Das japanische Prisenrecht in seiner Anwendung im japanisch-ru...

K. Marstrand-Mechl...

#### A. CHAUNCEY NEWLIN COLLECTION OF OCEANS LAW AND POLICY



LAW LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY OF VIRGINIA





## Das

# Japanische Prisenrecht

in seiner Anwendung

# im japanisch-russischen Kriege

Eine Sammlung der japanischen Prisenrechtsbestimmungen und der Entscheidungen der japanischen Prisengerichte

Übersetzt und mit Unterstützung des Auswärtigen Amts und des Reichs-Marine-Amts herausgegeben von

Dr. jur. K. Marstrand-Mechlenburg





Berlin 1908 Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Königl. Hofbuchhandlung



Lymna Ly Grugo

Alle Rechte aus dem Gesetze vom 19. Juni 1901 sowie das Übersetzungsrecht sind vorbehalten.

CCEANS 53.33 Jap .M374Ej

# Vorwort.

ic nachstehende Arbeit bezweckt, in einer dem Westen zugängigen Sprache ein Bild von der Anwendung des Seekriegsrechts in dem japanisch-russischen Krieg von seiten Japans in leicht übersichtlicher Form zu bieten.

Die Arbeit macht keinen Anspruch auf Originalität. Der anfängliche Plan, die japanischen Prisengerichtsentscheidungen in fortlaufendem Text zu besprechen, mußte dem Wunsche, keine Kritik, sondern eine objektive Darstellung zu geben, geopfert werden. Auch glaubte der Verfasser, nachdem er Überblick über das gesamte Material gewonnen hatte, den Hauptzweck schneller Übersichtlichkeit des umfangreichen Stoffes nicht besser erreichen zu können, als indem er anstelle seines eigenen Textes die für diesen Krieg japanischerseits erschienenen prisenrechtlichen Bestimmungen setzte und diese mit erschöpfenden Verweisungen auf das Entscheidungsmaterial versah. Dies um so mehr, als die Entscheidungen sich mit wenigen Ausnahmen an diese Bestimmungen halten. Wo Abweichungen vorgekommen sind, wird dies aus den Verweisungen der Füßtogten leicht erschiltlich

Wie die Verordnungen und Instruktionen ist auch das sich daran anschließende vollständige Entscheidungsmaterial mit Fußnoten versehen, welche vorzugsweise ihrerseits auf die genannten prisenrechtlichen Bestimmungen Bezug nehmen.

So ist die Arbeit im wesentlichen nur eine Übersetzungsarbeit, als welche sie aber bei der Authentizität ihrer Grundlagen eine um so sicherere Quelle für Forschung, Kritik und Nachbildung abgeben kann.

Der Verfasser hat wertvolle Beiträge für die nachstehende Arbeit erhalten von der Kaiserlich Deutschen Botschaft in Tokio und dem Kaiserlich Deutschen Generalkonsulat in Yokohama.

Außerdem ist ihm von japanischer Seite unentbehrliche Hilfe zuteil geworden. Vorzugsweise hat er zu danken

Seiner Excellenz Herrn Baron Dr. Goto Shimpei,

Herrn Staatsanwalt Kovama Matsukichi,

Herrn Rechtsanwalt Dr. Nagashima Washitaro,

Herrn Rechtsanwalt Dr. Jshibashi Tomokichi, sowie seinen ständigen Mitarbeitern, den Herren Kamada Toshikuni, Watanabe Junnoske und Fujikawa Jiro.

Twatutia, Formosa, Januar 1907.

Dr. Mechlenburg.

# Inhaltsverzeichnis.

Abschnitt	I	Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom 9. Februar 1904, betreffend
		die Befrelung russischer Handelsschiffe von der Beschlagnahme
Abschnitt	II	instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom 10. Februar 1904,
		betreffend die Kriegskonterbande
Abschnitt	111	Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom 9. Februar 1905.
		betreffend Abänderung der instruktion Nr. 1 vom Jahre 1904 (ji) 3
Abschnitt	IV	Prisengerichtsordnung:
**************************************		Organisation und Amtsrechte der Prisengerichte und des Ober-
		prisengerichts
		2) Prisenuntersuchungsverfahren
Abschnitt	v	
	_	1) Aligemeine Bestimmungen
		2) Personen, Dokumente und Güter, welche als Kriegskonter-
		bande gelten
		3) Die Schiffspapiere
		4) Biockade
		5) Gründe für Visitierung, Durchsuchung und Aufbringung 19
		<ol><li>Behandlung der aufgebrachten Schiffe, ihrer Ladung und ihrer</li></ol>
		Besatzung
		7) Verfahren bei der Aufbringung 23
		8) Verfahren nach der Aufbringung 26
		Formular Nr. 1. Blockadebekanntmachung
		. 2. Blockadewarnung
		3. Warnung über den Kriegsausbruch
		empfangenen Schiffspapiere
		, 5, Protokoll über die zur Zeit der Aufbringung
		weggeworfen (zerrissen oder versteckt) ge-
		wesenen Schiffspapiere
		. 6. Aufstellung über die zur Zeit der Aufbringung
		an Bord des Schiffcs gegenwärtig gewesenen
		Gelder, Wertsachen und sonstigen wichtigen
		Gegenstände
		<ul> <li>7. Protokoll über die Umschiffung der Mannschaft</li> </ul>
		des aufgebrachten Schiffes durch den Kriegs-
		schiffskommandanten
		. 8. Protokoii über den Verkauf der Ladung 35
		<ol> <li>9. Protokoll über die Überführung des aufgebrachten</li> </ol>

bschnitt V		leite
	Formular Nr. 10. Verzeichnis des Proviants, des Inventars und	
	der Ladung des aufgebrachten Schiffes	36
	<ul> <li>11, Protokoli über die w\u00e4hrend der Navigierung</li> </ul>	
	empfangenen (weggeworfenen, zerstörten oder	
	versteckten) Schiffspapiere	37
	<ul> <li>12. Protokoil über die Landung (Umschiffung) der</li> </ul>	
	Besatzung oder der Ladung des aufgebrachten	
	Schiffes	38
	Englische Formulare:	
	Formular Nr. 1. Declaration of Blockade	38
	. 2. Warning of Blockade	39
	. 3. Warning of Hostilities	39
	. 6. Certificate as to Money and Valuables found	
	on board the Prize	40
	. 10. Inventory of the Stores, Forniture and Cargo	
	of the Prize	40
bschnitt VI	Chronologische Übersicht über die Prisengerichtsentscheidungen	42
	Nr. 1 bis 58. Vollständige Sammlung der Prisengerichtsent-	
	scheidungen	48
	Alphabetisch nach den Namen der Schiffe geordnete Übersicht	
	über die Prisengerichtsentscheidungen siehe Seite	936
		_

# Anordnung.

Die Arbeit zerfällt in sechs Abschnitte (I—VI). Die Abschnitte I—V enthalten die japanischen Prisenrechtsbestimmungen, der Abschnitt VI die Prisengerichtsentscheidungen.

Zur Erreichung leichter Übersichtlichkeit ist jeder Seite am Rande oben die Nummer des betreffenden Abschnitts in römischer Ziffer aufgedruckt.

Die Prisengerichtsentscheidungen sind chronologisch nach dem Zeibunkt der Außbringung der Prisen angeordnet. Die Entscheidung eines Prisengerichts und die dazu gehörige Entscheidung des Oberprisengerichts sind jeweils unter derselben Nummer zusammengefaßt. Die Entscheidungen sind entsprechend der Übersicht am Anfang des Abschnitts VI mit arabischen Zahlen und Buchstaben numeriert, welche geleichfalls am Rande der Seiten aufgedruckt sind.

Sämtliche Verweisungen in den Fußnoten beziehen sich auf die genannten Randnummern,



# Abschnitt I.

# Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom 9. Februar 1904

betreffend die Befreiung russischer Handelsschiffe von der Beschlagnahme, 1)

§ 1.\*) Die beim Inkrafttreten dieser Verordnung in einem japanischen Hafen befindlichen russischen Handelsschiffe<sup>4</sup>) können bis zum 16. Februar<sup>4</sup>) in diesem Hafen ihre Ladung löschen oder einnehmen und von Japan abreisen,<sup>5</sup>)

§ 2. Die russischen Handelsschiffe, welche Japan gemäß dem vorstehenden Paragraphen verlassen haben, werden, wenn sie ausseislich von Schiffspapieren, die von einer japanischen Behörde beglaubigt sind, vor dem im vorstehenden Paragraphen bezeichneten Termin ihre Ladung gelöscht oder eingenommen haben und von dem japanischen Hafen abgereist sind, und wenn es offenbar ist, daß sie auf der Reise von jenem Hafen nach dem nächsten Hafen der Heimat oder einer Pachtung oder ihrem Bestimmungshafen begriffen sind, nicht aufgebracht. Ausgenommen sind jedoch solche fälle, wo sehon einmal ein Hafen der Heimat oder einer Pachtung angelaufen worden ist.

§ 3.9) Die russischen Handelsschiffe, 2) welche vor dem 9. Februar 1904 von einem ausländischen Hafen nach einem japanischen Hafen?) abgereist sind, können in den japanischen Hafen einlaufen, dort sogleich ihre Ladung löschen 3) und Japan verlassen.

<sup>1)</sup> Zweck der Verordnung ist Schutz des japanischen Handels: VI 2b; 6; 7; 8; 9.

Dieser Paragraph ist angezogen in VI 2b, I, k; 6; 9; 10a; 12; 13; 15.
 Nicht gültig für Fischereilahrzeuge: VI 6; 7; 8; 9; 10a.

Fristverlängerung nicht gewährt: VI 13.

b) Reiseunfähigkeit schützt nicht: VI 15.

Dieser Paragraph ist angezogen in VI 1a, b; 3a; 4b; 5a; 7; 8.
 Keine Analogie zulässig: VI 1a, b; 4b; 5a; 7; 8.

Nicht anwendbar auf Schille ohne Ladung: VI 3a.

a) Nicht anwendbar auf Schille ohne Ladung: VI 3a.
Marstrand-Mechlenburg, Das Japanische Prisenrecht. Band I.

Auf die russischen Handelsschiffe, welche Japan gemäß dem vorigen Absatz verlassen haben, finden die Vorschriften des vorstehenden Paragraphen entsprechende Anwendung.

§ 4. Auf die russischen Handelsschiffe, welche Güter, deren Ausfuhr verboten ist, Kriegskonterbandepersonen, Kriegskonterbandegüter oder Kriegskonterbandedokumente an Bord führen, findet diese Verordnung keine Anwendung.

### Zusatzbestimmung.

Diese Verordnung tritt vom Tage der Veröffentlichung 9) in Kraft. 10)

\*) Diese Verordnung wurde mittels Extrabiatts des Staatsanzeigers vom 9. Februar 1904 veröffentlicht.

16) Keine rückwirkende Kraft: VI 1b; 2b; 3a; 4b.

# Abschnitt II.

# Instruktion des Marineministeriums Nr. 1.1)

Kriegskonterbande während des japanisch-russischen Krieges wird, wie folgt, bestimmt:

 Folgende Güter gelten als Kriegskonterbande, wenn sie feindliches Gebiet zu passieren oder dorthin oder an die feindliche Armee oder Marine zu gelangen bestimmt sind:

Waffen, <sup>9</sup> Munition, Explosivstoffe und deren Materialien<sup>9</sup>) (einschließlich Blei, Salpete, Schwefel usv.) sowie Maschinen für deren Verarbeitung, Zement, <sup>9</sup> Uniformen und Ausrüstungsgegenstände für Armee- und Marineangehörige, Panzerplatten, Material für Bau und Ausrüstung von Kriegsschiffen und sonstigen Schiffen <sup>9</sup> und alle anderen, nicht unter die obigen fallenden Gegenstände, welche nur zum Kriegsgebrauch dienen können.

2.9) Folgende Güter gelten nur dann als Kriegskonterbande, wenn sie für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sind oder nach einem Platz in Feindesland gehen, nach dessen Verhältnissen angenommen werden muß, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würden:

<sup>1)</sup> Vgi. hierzu §§ 13, 14 und 18 der Seeprisenordnung (V).

<sup>&</sup>lt;sup>7)</sup> VI 30b, c; 36. — <sup>9)</sup> VI 18c; 37a. — <sup>4)</sup> VI 37a. <sup>8)</sup> VI 18b; 19h; 30a, b, e, d; 36; 37a; 48a, b; 55a, b,

Abgeändert durch Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 v. 9. Februar 1905 (III).

Nahrungsmittel, <sup>2</sup>) Getränke, <sup>8</sup>) Pferde, Pferdegeschirr, <sup>9</sup>) Pferdefutter, <sup>10</sup>) Wagen, Steinkohlen, <sup>11</sup>) Bauholz, <sup>12</sup>) Geld, <sup>12</sup>) Gold- und Silberbarren, Materialien zum Telegraphen-, Telephon- <sup>14</sup>) und Eisenbahnbau. <sup>15</sup>)

 Die unter den beiden obigen Ziffern aufgeführten Güter gelten nicht als Konterbande, wenn es als erwiesen anzusehen ist, daß sie ihrer Menge und Art nach speziell zum Gebrauch des betreffenden Schiffes dienen sollen.

Dieses wird als Instruktion erlassen.

Am 10. Februar 1904.

#### Der Marineminister

Baron Yamamoto Gombe.

- 1) VI 18b: 19b. h; 28a; 30a, b, c, d; 36; 37a; 48a, b; 50a, b; 55a, b; 57.
- ") VI 18b, c; 19h; 30a, b, c, d. ") VI 30b, c. 1") VI 33b, c; 34a, b.
  ") VI 26a, b; 27 a, b; 29a, b; 31a, b; 32a, b; 35a, b; 36; 38; 39a, b; 40a, b;
- ") VI 26a, 0; 27 a, 0; 29a, 0; 31a, 0; 32a, 0; 35a, 0; 36; 38; 39a, 0; 40a, 1 41; 42; 43a b; 44a, b; 45; 46; 49a, b. — 17) VI 18c.
  - 13) VI 18c, d, e, f; 19c, d, e, f, g, h. 14) VI 30b; 37 a, b. 13) VI 18c; 30a, b, d.

# Abschnitt III.

# Instruktion des Marineministeriums Nr. 1.1)

Die Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom Februar 1904 <sup>2</sup>) wird, wie folgt, abgeändert.

Am 9. Februar 1905.

#### Der Marineminister

Baron Yamamoto Gombe.

In Ziffer 2 wird hinter "Getränke": "Kleidung und deren Materialien" hinzugefügt und statt "Steinkohlen" wird "Steinkohlen und sonstige Brennmaterialien" gesetzt.

<sup>1)</sup> Vgl. § 14 der Seeprisenordnung (V).

<sup>1)</sup> II.

# Abschnitt IV.

# Prisengerichtsordnung.1)

Erster Abschnitt.

### Organisation und Amtsrechte der Prisengerichte und des Oberprisengerichts.

- § 1. In Prisenangelegenheiten entscheiden<sup>a</sup>) in erster Instanz die Prisengeriehte, in zweiter Instanz das Oberprisengericht.
- § 2. Die Prisengerichte setzen sich zusammen aus einem Prisengerichtspräsidenten und acht Prisengerichtsräten.
  - Zu Präsidenten sind Richter mit Chokuninrang 3) zu ernennen.
    Zu Päten sind Personen aus den nachfolgend angegebenen Ständen
- Zu Räten sind Personen aus den nachfolgend angegebenen Ständen zu ernennen:
  - Richter,
  - 2. Marineoffiziere,
  - 3. Marineministerialräte und -Auditeure.
  - 4. Ministerialräte der Legislatur,
  - Ministerialräte und Sekretäre des Auswärtigen Amtes, Diplomaten und Konsuln.
- § 3. Das Oberprisengericht setzt sich zusammen aus einem Oberprisengerichtspräsidenten und acht Oberprisengerichtsräten.
- Der Präsident wird aus den Mitgliedern des geheimen Staatsrats ernannt.
- Zu Räten werden ernannt: ein Mitglied des geheimen Staatsrats, zwei Marineoffiziere, drei Richter des Kassationshofs, der Chef der Legislatur, der Direktor der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt.
- § 4. Der Präsident eines Prisengerichts bzw. des Oberprisengerichts hat die Gesamtleitung der Geschäfte des Prisengerichts bzw. Oberprisengerichts bzw. Oberprisengerichts und den Vorsitz bei den Verhandlungen. Wenn der Präsident verhindert ist, so kann er einen Rat des betreffenden Prisengerichts zum Vorsitzenden ernennen.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> In ursprünglicher Form veröffentlicht durch die Kaiserliche Verordnung Nr. 149 vom 20, August 1897; abgeändert durch die Kaiserliche Verordnung Nr. 55 vom 1. Marz 1994.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) Die Entscheidung kann sich nur auf Einziehung oder Freigabe erstrecken, nicht auf Schädensensatz (VI 1b; 2c. i, k; 5d; 25), Arrestanlegung (VI 2d), Darlehnsansprüche (VI 3b), Vorzugsrechte aus einem Hillslohn (VI 2dc).

<sup>3)</sup> d. s. die Präsidenten des Kassationshofs und der Oberlandesgerichte sowie die Senatspräsidenten des Kassationshofs.

§ 5. Jedem Prisengericht sind drei Staatsanwälte und dem Oberprisengericht zwei Staatsanwälte zugeteilt.

Dieselben sind aus den Marineauditeuren, Staatsanwälten und höheren Verwaltungsbeamten zu ernennen.

Dem Oberprisengericht ist ein Sekretär zugeteilt, der aus den höheren Verwaltungsbeamten zu ernennen ist.

- § 6. Der Präsident, die Räte und Staatsanwälte der Prisengerichte und des Oberprisengerichts sowie der Sekretär des Oberprisengerichts werden auf Vorschlag des Premierministers vom Kaiser ernannt.
- § 7. Bei jedem Prisengericht und dem Oberprisengericht werden Gerichtsschreiber angestellt.
- Die Präsidenten berufen die Gerichtsschreiber aus den Unterbeamten.
- § 8. Zur Vornahme der Verhandlungen des Prisengerichts bedarf es der Anwesenheit von mindestens 6 Mitgliedern, einschließlich des Präsidenten, worunter 2 aus dem Richterstand sein müssen. Zur Vornahme der Verhandlungen des Oberprisengerichts bedarf es der Anwesenheit von mindestens 8 Mitgliedern, einschließlich des Präsidenten.
- § 9. Eröffnung und Schließung der Prisengerichte und des Oberprisengerichts werden durch besondere Kaiserliche Verordnung ) bestimmt.

Das Oberprisengericht wird in Tokio errichtet. Der Amtssitz der Prisengerichte wird durch Kaiserliche Verordnung 5) bestimmt.

### Zweiter Abschnitt.

# Das Prisenuntersuchungsverfahren.

- § 10. Die Kriegsschiffs-Kommandanten haben die beschlagnahmten Schiffe in den Hafen, in welchem sich ein Prisengericht befindet, zu führen oder einen Offizier ihres Schiffes als Vertreter an Bord des beschlagnahmten Schiffes zu schicken mit dem Befehl, das Schiff in den betreffenden Hafen zu führen. Bei der Ankunft ist dasselbe mit einer Aussageschrift dem Prisengericht auszuliefern. Falls das Schiff aus irgendeinen Orunde nicht ausgeliefert werden kann, ist nur die Aussageschrift vorzulegen.
- Die Aussageschrift muß die Gründe der Beschlagnahme sowie alle Tatumstände, welche das Vorgehen rechtfertigen sollen, enthalten. Alle Bücher und Dokumente, die von dem Kapitän oder der Besatzung

Kaiserliche Verordnungen Nr. 56 vom 1. März 1904 und Nr. 34 vom 29. März 1906.
 Die Kaiserliche Verordnung Nr. 27 vom 10. Februar 1904 bestimmte Sasebo Als Sitz der Peterpreseite. Die Keinerliche Verordnung Nr. 27 vom 10. Februar 1904 bestimmte Sasebo

als Sitz des Prisengerichts. Die Kaiserliche Verordnung Nr. 56 vom 1, März 1904 fügte zu Sasebo noch Yokosuka als Sitz eines Prisengerichts hinzu.

des beschlagnahmten Schiffes empfangen worden sind oder sich an Bord des Schiffes gefunden haben, sind beizufügen.

§ 11. Sobald der Präsident des Prisengerichts die Aussageschrift des § 10 erhalten hat, hat er für den Fall einen Prisengerichtsrat aus den zuständigen Prisengerichtsräten zu ernennen und denselben mit dem Fall zu beauftragen.

Der beauftragte Rat hat in Gegenwart des Kommandanten oder stellvertretenden Offiziers und des Kapitäns des beschlagnahmten Dampfers die vorgelegten Schriftstücke zu öffnen und ein Verzeichnis derselben anzufertigen.

Nach Beendigung dieses Verfahrens hat der beauftragte Rat unter Zuziehung des Kapitäns des beschlagnahmten Schiffes das Schiff und die an Bord befindlichen Güter zu besichtigen und über dieselben ein genaues Verzeichnis aufzustellen.

§ 12. Der beauftragte Rat hat den Kapitän und die Besatzung des beschlagnahmten Schiffes und, falls er es für nötig erachtet, die Besatzung des Schiffes, welches die Beschlagnahme ausgeführt hat, sowie die Passagiere des beschlagnahmten Schiffes zu vernehmen und über die Vernehmung vom Gerichtsschreiber ein Protokoll aufnehmen zu lassen.

Wenn er es für nötig erachtet, kann der beauftragte Rat zur Begutachtung der Angelegenheit einen Sachverständigen ernennen und dessen Gutachten einfordern.

- § 13. Wenn der beauftragte Rat die Untersuchung des Tatbestands beendigt hat, welche er für die Entscheidung darüber für nötig hält, ob die ganze Prise oder ein Teil derselben zu nehmen oder freizulassen ist, hat er eine Untersuchungsschrift anzufertigen und dieselbe zusammen mit der Aussageschrift des § 10 und den dazu gehörigen Dokumenten dem Staatsanwalt des Prisengerichts zu übersenden.
- § 14. Der Staatsanwalt hat für die Entscheidung über den Fall seinerseits einen Schriftsatz anzufertigen und denselben mit den ihm übersandten Akten dem Prisengericht einzureichen.

Falls er es zur Aufstellung seines Schriftsatzes für nötig hält, kann er den beauftragten Richter unter Angabe der fraglichen Tatumstände um eine weitere Untersuchung ersuchen.

- § 15. Wenn der Staatsanwall in seinem Schriftsatz die Ansieht vertritt, daß die in Beschlag genommenen Sachen sofort freizugeben seien und das Prisengericht dies gleichfalls anerkennt, so hat das Prisengericht sofort ein Urteil auf Freigabe zu erlassen und dasselbe sofort dem Staatsanwalt zu übersenden.
- § 16. Wenn der Staatsanwalt in seinem Schriftsatz geltend macht, daß eine Entscheidung auf Einziehung abzugeben sei, oder wenn das Prisengericht sich der Ansicht des Staatsanwalts, daß die Prise sofort

freizulassen sei, nicht anschließt, hat das Prisengericht das Bekanntmachungsverfahren vorzunehmen,

In der Bekanntmachung des vorigen Absatzes, welche im Staatsanzeiger und in zwei in Japan erscheinenden fremdsprachigen Zeitungen zu veröffentlichen ist, sind die Interessenten 6) darüber zu unterrichten. daß sie innerhalb einer Frist von 30 Tagen, 7) vom Tage nach der Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich reklamieren können.

Wenn nach Ablauf der im vorigen Absatz bezeichneten Frist Reklamationen nicht eingegangen sind, so hat das Prisengericht sofort zur Verhandlung zu schreiten. Wenn der Staatsanwalt es beantragt. hat eine weitere Verhandlung nicht stattzufinden, und das Urteil ist sofort zu erlassen. Die Urteilsschrift ist sofort dem Staatsanwalt zu ühersenden

§ 17. In der Reklamationsschrift\*) müssen die Hauptreklamationspunkte aufgezeichnet sein, und die Beweisschriften oder Beweisgegenstände müssen derselben beigefügt werden.

Reklamanten können sich nur durch jananische Rechtsanwälte® vertreten 10) lassen.

Falls der Reklamant oder dessen Vertreter in dem Amtssitz des Prisengerichts keinen Wohnsitz hat, hat er an dem genannten Orte einen vorübergehenden Wohnsitz zu bestimmen und denselben dem Prisengericht anzumelden, um die Zustellung von Schriftstücken zu ermöglichen.

Falls diese Anmeldung nicht erfolgt ist, sind die Schriftstücke mit der Post zu befördern. In diesem Falle werden die in dieser Verordnung festgelegten Fristen vom Tage der Aufgabe auf die Post an gerechnet.

§ 18. Wenn in der vorgeschriebenen Frist Reklamationen eingegangen sind, so ist ein Termin anzusetzen und in demselben die mündliche Verhandlung zu eröffnen. Der Staatsanwalt und die Reklamanten müssen zur Aussage zugelassen werden. Bei unbefugter Abwesenheit eines Reklamanten ist die Verhandlung gleichwohl zu eröffnen. 11)

Der Begriff Interessenten ist nicht beschränkt auf Eigentümer (VI 2d; 5k; 18b), doch sind Konsuln als solche nicht zur Interessenwahrnahme ihrer Staatsangehörigen befugt (VI 2g: 5b). 7) VI 2d; 10b; 18b.

<sup>\*)</sup> Telegraphische Reklamation unzulässig: VI 10b.

<sup>9)</sup> VI 2h. In der zweiten Instanz ist die Berufungsschrift von einem japanischen Rechtsanwalt zu zeichnen: § 23, 3,

<sup>10)</sup> Vertretungsvollmacht ist in schriftlicher Form zu den Akten zu bringen: VI 21; 5g.

<sup>11)</sup> VI 2h, I: 5b, d.

Nach Beendigung der mündlichen Verhandlung ist das Urteil zu erlassen und auf der Stelle oder an einem besonders festzusetzenden Termin zu veröffentlichen. Bei Veröffentlichung des Urteils ist die Anwesenheit des Reklamanten nicht erforderlich.

§ 19. Wenn das Prisengericht vor Erlaß des Urteils eine neue Beweiserhebung für nötig hält, so kann es den beauftragten Rat um dieselbe ersuchen.

Bis zum Erlaß des Urteils können von dem Staatsanwalt und Reklamanten neue Beweise und Tatsachen vorgebracht werden.

Wenn im Falle der beiden vorstehenden Absätze das Prisengericht es für nötig hält, kann aufs neue in die mündliche Verhandlung eingetreten werden.

§ 20. Über weitere, das Verhandlungsverfahren betreffende Punkte, die in den vorstehenden Paragraphen nicht erwähnt sind, trifft das Prisengericht Bestimmung. 19)

§ 21. Der Staatsanwalt und die Reklamanten können gegen das Urteil des Prisengerichts bei dem Oberprisengericht Berufung einlegen. § 22. Die Berufungsfrist beträgt 20 Tage, vom Tage der Ver-

öffentlichung des Urteils oder der Zustellung der Urteilsschrift ab gerechnet.

8 23. Die Berufungsschrift ist bei dem Prisengericht einzureichen.

In der Berufungsschrift sind die Hauptberufungspunkte genau anzugeben.

Die Berufungsschrift muß von einem japanischen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Das Prisengericht hat die Berufung zu verwerfen, wenn dieselbe von den gesetzlichen Formvorschriften abweicht oder die Frist abgelaufen ist. Im Falle des Abweichens von den gesetzlichen Formvorschriften kann das Prisengericht, falls es sich um das Datum, die Adresse oder andere unwichtige Punkte handelt, den Reklamanten zur Richtigstellung auffordern.

§ 24. Das Prisengericht hat, ausgenommen im Fall der Verwerfung des Berufung nach Maßgabe des vorstehenden Paragraphen, dem Reklamanten eine Abschrift der Berufungsschrift des Staatsanwalts zuzustellen und dem Staatsanwalt die Berufungsschrift des Reklamanten vorzulegen. Innerhalb von 10 Tagen ist eine Fwiderungsschrift einzureichen.

Die im vorigen Absatz erwähnte Erwiderungsschrift des Reklamanten muß von einem japanischen Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Falls das Prisengericht es für nötig erachtet, kann es die Fristen

der §§ 16, 22 und 24 verlängern.

<sup>12)</sup> Vi 21; 5g.

§ 25. Nach Ablauf der Frist für die Erwiderung hat das Prisengericht die Berufungsakten dem Oberprisengericht zu übersenden.

Falls das Oberprisengericht eine weitere Untersuchung des Tatbestandes oder der Beweismittel für nötig hält, hat es die Akten dem Prisengericht zurückzusenden und eine neue Untersuchung anzuordnen.

Das Prisengericht hat den Fall von dem beauftragten Rat untersuchen zu lassen und dessen Aufzeichnungen dem Staatsanwalt und dem Reklamanten vorzulegen, bevor diese dem Oberprisengericht eingeschickt werden.

§ 26. Das Oberprisengericht hat auf Grund der Akten zu urteilen und eine Urteilsschrift dem Staatsanwalt des Prisengerichts erster Instanz und dem Reklamanten zu übersenden.

Wenn die Urteile des Prisengerichts und Oberprisengerichts erlassen sind, sind die Hauptpunkte im Staatsanzeiger zu veröffentlichen. 12) Die Gerichtssprache in den Prisengerichten und im Oberprisen-

gericht ist die japanische. 19)
Falls jemand der japanischen Sprache nicht mächtig ist, so kann ein japanisch verstehender Dolmetscher gebraucht werden.

§ 27. Bestimmungen betreffend das Verfahren vor dem Oberprisengericht sind von diesem selbst zu erlassen.

§ 28. Die zur Einziehung verurteilten Gegenstände werden vom Staat vereinnahmt.

§ 29. Das Prisengericht hat die beschlagnahmten Schiffe und Güter bis zur Fällung des Urteils den Marinebehörden zu übergeben. Die Marinebehörde, welche der Marineminister bestimmt, hat die

Schiffe und Güter in Verwahrung zu nehmen. § 30. Die Ausführung des Urteils wird dem Staatsanwalt des Prisengerichts übertragen.

gerichts ubertragen.

Zur Ausführung des Urteils kann der Staatsanwalt des Prisengerichts
die Unterstützung der Marine- und Polizeibehörden in Anspruch nehmen.

§ 31. Im Falle, daß ein Schiff nach der besonderen Lage des Falles nicht mitgeführt werden kann, kommen die Bestimmungen dieser Verordnung, soweit ausführbar, zur Anwendung.

§ 32. Diese Verordnung tritt vom Tage des Erlasses 1) an in Kraft.

<sup>13)</sup> Die Texte der Übersetzungen des Teils VI sind alle dem Staatsanzeiger entnommen.

<sup>14)</sup> VI 33a.

# Abschnitt V.

# Seeprisenordnung.

Folgendes wird als Seeprisenordnung festgesetzt. Die Verordnung tritt am 15. März 1904 in Kraft.

Am 7. März 1904.

#### Das Große Hauptquartier.

### Kapitel I.

#### Allgemeine Bestimmungen.

- § 1. Die Kaiserlichen Kriegsschiffe können in Kriegszeiten 1) \*\*) in Gemäßheit der Bestimmungen dieser Verordnung Schiffe visitieren, durchsuchen und beschlagnahmen.
- § 2. Die Visitierung, die Durchsuchung und die Beschlagnahme dürfen nicht stattfinden in neutralen 3) Hoheitsgewässern 1) und in Gewässern, welche durch Vertrag ausdrücklich als außerhalb des Kriegsgebiets belegen Bezeichnet sind. 2)
- § 3. Die Landeszugehörigkeit<sup>6</sup>) von Personen wird ohne Rücksicht auf ihre Nationalität nach dem Lande bestimmt, in welchem dieselben zurzeit ihren Wohnsitz haben.
- § 4. Als Wohnsitz einer Person gilt der Ort, an welchem sie ihre ständige i Niederlassung hat. Doch soll bei Kauflenten der Ort, an welchem sie ihr Hauptgeschäft betreiben, und bei kaufmännischen Konsuln der Ort, an welchem sie ihr kaufmännisches Geschäft betreiben, als Wohnsitz gelten.
  - § 5. Gebiet, welches vorübergehend vom Feinde besetzt ist, gilt

<sup>&</sup>lt;sup>1)</sup> Beginn der Kriegszeit; Kriegserklärung: VI 1a, b; 2b, e, m, n, o; 3a, b; 4b; 5a; 7.

<sup>3)</sup> Das Reeht der prisengerichtlichen Aburtellung dauert dagegen auch noch nach Wiederherstellung des Friedens fort: VI 55a, b; 56.

<sup>&</sup>lt;sup>a</sup>) Neutralität Koreas verneint: VI 1a; 2b, e. i, k, m, n; 3a; 4b; 7; 8, <sup>4</sup>) 3 Mellen Grenze: VI 3a; 7; 8.

b) Sind Werften als Seegebiel zu betrachten?: VI 16.

Wörtlieh: Landescharakter. VI 1a, b; 2a, b, c, f, l, k, l, m, n, o; 4a; 5a, c, d, e, f, h, l, k.

Vorübergehender Aufenthalt begründet keine feindliche Landeszugehörigkeit: VI 5a.

mit Bezug auf die Landeszugehörigkeit von Personen, Schiffen und Gütern als Feindesland.\*)

- § 6. Folgende Schiffe werden als feindliche angesehen:
- Schiffe, welche im Dienst des feindlichen Staats stehen, <sup>9</sup>) auch wenn der Dienst ein vom Feinde erzwungener ist.
- Schiffe, welche unter feindlicher Flagge oder mit einer besonderen Erlaubnis des feindlichen Staats 10) fahren.
- 3. Schiffe, welche ganz oder teilweise<sup>11</sup>) dem feindlichen Staat oder einer feindlichen Person gehören.<sup>12</sup>) Ausgenommen hiervon sind die Schiffe, welche ein Kaiserlich japanisches Schiffszertifikat besitzen oder mit einer besonderen Erlaubnis des japanischen Staats fahren.
- 4. Schiffe, deren Eigentum vor dem Kriegsausbruch, aber in Voraussicht desselben, oder während des Krieges vom feindlichen Staat oder von einer feindlichen Person auf eine in Japan oder in einem neutralen Staat ihren Wohnsitz habende Person übertragen worden ist, wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß die Eigentumsübertragung in gutem Glauben und vollständig geschehen ist.

Wenn die Eigentumsübertragung während der Seereise stattgefunden hat, eine tatsächliche Übergabe des Schiffes aber noch nicht ertolgt ist, so gilt die Eigentumsübertragung nicht als in gutem Glauben und vollständig geschehen.

- § 7. Als japanische Schiffe werden, soweit sie nicht nach den Bestimmungen des vorigen Paragraphen zu beurteilen sind, die folgenden Schiffe angesehen:
- Schiffe, welche ein japanisches Schiffszertifikat besitzen, sowie Schiffe, welche mit besonderer Erlaubnis der Kaiserlich Japanischen Regierung fahren.
- Schiffe, welche solchen Personen gehören, die im Japanischen Reiche ihren Wohnsitz haben.
- 3. Schiffe, deren Eigentum vor dem Kriegsausbruch, aber in Voraussicht desselben, oder während des Krieges von einer Person, welche im Japanischen Reich ihren Wohnsitz hat, auf eine Person, welche in einem neutralen Staat ihren Wohnsitz hat, übertragen worden ist, wenn nicht der Nachweis erbracht werden kann, daß die Eigentumsübertragung in gutem Glauben und vollständig geschehen ist.

Wenn die Eigentumsübertragung während der Seereise stattgefunden hat, eine tatsächliche Übergabe des Schiffs aber noch nicht erfolgt ist, so gilt die Eigentumsübertragung nicht als in gutem Glauben und vollständig geschehen.

<sup>\*)</sup> VI 18b, c, d, e, f; 19a, b, c, d, e, f, g, h. — 9) VI 50; 58.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup>) VI 56. — <sup>11</sup>) 5a. — <sup>14</sup>) Besitzverhältnisse sind belanglos: VI 15.

- § 8.13) Die Landeszugehörigkeit eines Gutes 13) richtet sich nach der Landeszugehörigkeit des Eigentümers. 13)
- § 9. Die folgenden Güter werden, ungeachtet der Bestimmungen des vorigen Paragraphen, für feindliches Gut angesehen:
- 1. Güter, welche vor dem Kriegsausbruch, aber in Voraussicht desselben, oder während des Krieges von einem in Japan oder in einem neutralen Staat seinen Wohnsitz habenden Eigentümer oder von einer in seinem Auftrag handelnden Person an den feindliche Person oder an eine in deren Auftrag handelnde Person verschifft worden sind.
- 2. Güter, deren Eigentum vom feindlichen Staat oder von einer feindlichen Person vor dem Kriegsausbruch, aber in Voraussicht desselben, oder während des Krieges an eine in Japan oder in einem neutralen Staat ihren Wohnsitz habende Person übertragen worden ist, wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß die Eigentumsübertragung in gutem Glauben und vollständig geschehen ist.

Wenn die Eigentumsübertragung während der Reise des Schiffes, auf welchem die Güter verladen sind, stattgefunden hat, eine tatsächliche Übergabe aber noch nicht erfolgt ist, so gilt die Eigentumsübertragung nicht als in gutem Clauben und vollständig geschehen.

§ 10. Soweit Gesetze und Verordnungen, Verträge und diese Prisenordnung keine Bestimmungen enthalten, greifen die völkerrechtlichen Grundsätze Platz.

#### Kapitel II.

### Personen, Dokumente und Güter, welche als Kriegskonterbande gelten.

- § 11. Als Kriegskonterbandepersonen gelten feindliche Soldaten und andere Personen, welche bef\u00f6rdert werden, um beim Feinde Kriegsdienst zu leisten. 16)
  - § 12. Als Kriegskonterbandedokumente gelten alle Arten von amt-

<sup>18)</sup> VI 1b; 2a, b, c, f, i, k, i, m, n, o; 5a, c, d, e, f, h, i, k,

<sup>&</sup>quot;) Wörtlich: "der Landescharakter eines Guts", d. h. die Frage, ob ein Gut leindlichen oder neutralen Charakter hat, entscheidet sich nach dem entsprechenden Charakter des Eigentümers, dessen Zugehörigkeit zu einem Lande sich wiederum nach seinem Wohnsitz bestimmt (§§ § und 4).

ii) Es wird präsumiert, daß das Eigentum mit der Verschiffung auf den Empfänger übergeht; Gegenbeweis liegt dem Reklamanten ob: VI 2b, c, f, i, k, l, m, n, o; 5c, d, e, f, h, i, k.

<sup>16)</sup> Gegebene Parole ändert nicht die Kombattanteneigenschaft: VI 23a.

lichen Schriftstücken, welche zwischen den Beamten der feindlichen Regierung in bezug auf dienstliche Angelegenheiten ausgetauscht werden.

- Die zwischen der feindlichen Regierung und ihren in einem neutralen Lande residierenden diplomatischen und konsularischen Vertrettern<sup>11</sup>) sowie die zwischen der feindlichen Regierung und der Regierung eines neutralen Staats ausgetauschten Schriftstücke bilden hiervon eine Ausnahme.
- § 13.19 Folgende Güter gelten als Kriegskonterbande, wenn sie nach feindlichem Gebiet oder an die feindliche Armee oder Marine zu gelangen bestimmt sind:

Waffen, Munition, Explosivstoffe und deren Materialien (einschließlich Biel, Salpeter, Schwefel usv.) sowie Maschinen für deren Verarbeitung, Zement, Uniformen und Ausrüstungsgegenstände für Armee- und Marineangehörige, Panzerplatten, Material für Bau und Ausrüstung von Kriegsschiffen und sonstigen Schiffen und alle anderen, nicht unter die obigen fallenden Gegenstände, welche nur zum Kriegseebrauch dienen können.

§ 14.19) Folgende Güter gelten nur dann als Kriegskonterbande, went, sie für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sind oder nach einem Platz im Feindesland gehen, nach dessen Verhältnissen angenommen werden muß, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würden:

Nahrungsmittel, Getränke, (Kleidungsstücke und deren Materialien). <sup>20</sup> Pierde, Pferdegeschirr, Pferdefutter, Wagen, Steinkohle (und andere Brennmaterialien). <sup>20</sup> Holz, Geld, Gold- und Silberbarren sowie Materialien zum Telegraphen-, Telephon- und Eisenbahnbau.

- $\S$  15. In der Regel  $^{21})$  soll der Bestimmungsort eines Schiffes als der Bestimmungsort seiner Ladung gelten.
- § 16. Wenn ein Schiff, dessen Bestimmungsort nicht in feindlichem Gebeit liegt, unterwege einen Zwischenhafen anläuft, welcher in feindlichem Gebiet liegt, oder wenn anzunehmen ist, daß das Schiff unterwegs ein Kriegsschiff oder ein sonstiges Schiff des Feindes treffen will, so gift sein Bestimmungsort als feindliches Gebiet.
- § 17. Wenn angenommen werden muß, daß ein Schiff, dessen Bestimmungsort nicht feindliches Gebiet ist, seine Ladung nach feindlichem Gebiet befördert, so gilt, gleichgültig, ob es einmal in jenen

 $<sup>^{19})</sup>$  Desgi. Dokumente usw., die eine neutrale Regierung an ihre Vertreter im Feindesland schickt: VI 2e; 5a.

<sup>18)</sup> u. 19) Vgi, hierzu die Stücke II und iii und deren Anmerkungen.

<sup>29)</sup> Die eingeklammerten Stellen sind erst auf Grund der Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom 9. Februar 1905 hinzugetreten. Vgl. Stück lil.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup>) Nicht unbedingt? Vgl. Erörterungen des Staatsanwaits in dem Berufungsurteil VI 18c.

Bestimmungsort einlaufen und seine Ladung landen sollte oder nicht, die Reise als eine einheitliche und der Bestimmungsort des Schiffs als von Anfang an in Feindesgebiet-belegen.

- § 18. Wenn in bezug auf G\u00e4fter, welche unter die Bestimmungen der Paragraphen 13 und 14 fallen, nach deren Menge und Natur deutlich hervorgeht, da\u00e4\u00df dieselben lediglich zum eigenen Gebrauch des fraglichen Schiffes bestimmt sind, so werden dieselben nicht als Kriegskonterbande betrachtet.
- § 19. Wenn Verdacht vorhanden ist, daß sich unter der Ladung eines Schiffes Kriegskonterbande befindet, so soll der Kommandant des Kriegsschiffs das Manifest, die Ausklarierungspapiere und die sonstigen Schiffspapiere prüfen sowie den Schiffskapitän und die Besatzung vernehmen, um sich über den Bestimmungsort des Schiffes sichere Kunde zu verschaffen.

#### Kapitel III.

#### Die Schiffspapiere.

- § 20. Im allgemeinen gelten die im nachstehenden aufgeführten Dokumente als Schiffspapiere:
  - 1. Das Schiffszertifikat.

Das Schiffszertifikat ist eine von dem Registerbeamten des Heimatshafens des Schiffes ausgestellte Urkunde, welche enthalten muß:

- den Namen des Schiffes.
  - den Tonnengehalt.
- den Vor- und Zunamen des Kapitäns,
- die genauen Angaben über die Art und Weise des Erwerbs des Schiffes, Vor- und Zunamen des eingetragenen Eigentümers, seine Nationalität usw.
- Der Reisenaß.

Der Reisepäß ist ein von der Regierung des Landes, welchem das Schiff angehört, auf Antrag vistiertes Dokument, in welchem unter Angabe der Besatzung, der Passagiere, der Güter und Handelswaren die Grenehmigung zur freien und ungehinderten Reise nachgesucht wird. Er enthält in der Regel den Vor- und Zunamen sowie den Wohnstzt des Kapitäns, ferner den Namen, die Bauart und den Bestimmungsort des Schiffes.

3. Der Seebrief.

Der Seebrief ist ein von den Behörden des Ausrüstungshafens des Schiffs ausgestelltes Dokument, in welchem das Recht erteilt wird<sup>g1</sup>a) unter Führung der Flagge und mit einem Reisepaß seines Staates zu fahren. In der Regel enthält er Angaben über Art und Menge der Ladung sowie über deren Eigentümer und Bestimmungsort.

### 4. Der Chartervertrag.

Der Chartervertrag ist ein zwischen dem Figentümer oder Kapitän eines Schiffes und dem Charterer abgeschlossener Vertrag über die Vermietung des Schiffes im ganzen oder zu einem Teil. Derselbe enthält in der Regel Angaben über Vor- und Zunamen des Kapitäns, über den Namen des Schiffes, über seine Bauart, über den Hafen, woseblst das Schiff zur Zeit des Vertragsabschlusses verankert liegt, über Vor- und Zunamen sowie den Wohnsitz des Charterers, über die Art der Ladung, den Ladehafen und den Lüschhafen sowie über die Fracht.

#### 5. Das Schiffsjournal.

Das Schiffsjournal ist das Tagebuch, welches der Kapitän nach den gesetzlichen Bestimmungen des Heimatlandes des Schiffes führt. 6. Das Privat-Schiffsjournal.

#### Das Privat-Schittsjournal

Das Privat-Schiffsjournal ist das Tagebuch, welches der Schiffskapitän zur Informierung für den Reeder führt.

### 7. Der Schiffsbauvertrag.

Der Schiffsbauvertrag muß sich in allen solchen Fällen auf dem Schiff vorfinden, wo nach Erbauung des Schiffes ein Wechsel in der Person des Eigentümers nicht stattgefunden hat, und ist das Dokument, aus welchem sich beim Nichtvorhandensein eines Reisepasses, einer Erlaubnis zur Ausübung der Seefahrt oder eines Schiffszertifikats die Nationalität des Schiffes ergibt.

### 8. Ein Verkaufsvertrag.

Verkaufsvertrag nennt man das Dokument, durch welches der Übergang des Eigentums an einem Schiff auf einen Käufer bescheinigt wird.

#### Die Konnossemente.

Die Konnossemente sind Abschriften der Urkunden, welche in der Regel für alle geladenen Güter ausgestellt werden, und die an Bord befindlichen sind Abschriften der zur Zeit der Verschiffung von den Kapitän dem Verlader ausgehändigten Bescheinigungen. Sie enthalten gewöhnlich Vor- und Zunamen des Verladers, Tag und Ort der Verladung, den Namen sowie den Bestimmungsort des Schiffes, Art, Menge sowie Bestimmungsort der Ladung und den Betrag der Fracht.

#### Die Deklarationen.

Die Deklarationen, welche unter allen Umständen die Güter be-

<sup>&</sup>lt;sup>21 a</sup>) Es ist nicht gesagt, wem das Recht erteilt wird. Doch läßt die grammatische Konstruktion annehmen, daß das Recht dem Schilf erteilt werde, während tabsichlich der Seebrief dem Kapilän das Recht zur Fahrt mit dem betreffenden Schilf erteilt.

gleiten, enthalten eine genaue Beschreibung jedes einzelnen Stücks, den Wert, die Fracht, die Angaben über den Zoll und die sonst darauf lastenden Abgaben, den Vor- und Zunamen sowie Wohnort des Verladers und des Ladungsempfängers.

11. Das Ladungsverzeichnis.

Das Ladungsverzeichnis ist ein Dokument, welches Vor- und Zunamen des Verladers und des Ladungssempfängers sowie für jedes Stück die Marken und Nummern und die Menge der darin enthaltenen einzelnen Güter, desgleichen eine mit dem Konnossement übereinstimmende Frachtberechnung enthält, und von dem Schiffsagenten, der die Ausklarierung des Schiffs bei den Zollbehörden besorgt, und dem Kapitän unterzeichnet ist.

12. Der Ausklarierungsschein.

Der Ausklarierungsschein ist das Dokument, welches dem Schiff von den Zollbehörden des zuletzt verlassenen Hafens zum Ausweis darüber gegeben wird, daß es seinen Zoll bezahlt hat. Es enthält außerdem die Angabe der Ladung und des Bestimmungshafens.

13. Die Musterrolle.

Die Musterrolle enthält Vor- und Zunamen, Alter, Dienststellung, Wohnsitz und Geburtsort jeder einzelnen zur Schiffsbesatzung gehörigen Person.

Die Heuerverträge.

Die Heuerverträge, welche von den einzelnen zu der Besatzung gehörigen Personen unterzeichnet sind, enthalten genaue Angaben über die Ausdehnung der Seereise sowie über die Zeitdauer der Ausheuerung, auf welche sich der Vertrag bezieht.

Die Gesundheitspässe.

Die Gesundheitspässe sind Dokumente, in welchen beurkundet wird, daß in dem Ausfahrtshafen des Schiffes keine ansteckende Krankheit geherrscht hat, und daß zur Zeit der Ausfahrt an Bord des Schiffes keine Fälle ansteckender Krankheiten vorgekommen sind.

Kapitel IV.

#### Blockade. 22)

§ 21. Eine Blockade gilt als effektiv, wenn die feindlichen H\u00e4fen oder (K\u00e4stern mit einer tat\u00e4\u00e5h\u00e4lichen Macht gespert sind, welche ausreicht, um f\u00fcr das Ein- und Ausfahren bzw. die Ann\u00e4berung von Schiffen an dieselben eine offenbare Gefahr darzustellen. \u00e49) Doch ver-

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup>) Entscheidungen über Blockadebruch: VI 20; 22 a, b; 24 a, b; 25.
<sup>26</sup>) VI 20; 25.

Jiert die Blockade nicht schon dadurch ihre Wirksamkeit, daß die Flotte oder das Kriegsschiff wegen schlechten Wetters oder, um den Zweck der Blockade zu erreichen, sich vorübergehend von dem Blockadegebiet entfernt.

- § 22. Wenn eine Blockade besteht, muß der Kommandant des Geschwaders oder Kriegsschiffs nach dem Formular Nr. 1 unter Ausfüllung des Blockadegebiets und des Tags, von welchem an die Blockade durchgeführt wird, eine Blockadeerklärung erlassen.
- § 23. Wenn eine Blockade, nachdem sie ihre Wirksamkeit verloren halte, aufs neue wieder durchgeführt wird, oder wenn eine Veränderung im Blockadegebiet eintritt, so ist eine neue Blockadeerklärung in Gemäßheit des voriren Pararranben zu erlassen.
- § 24. Sofort nach Erlaß der Blockadeerklärung durch den Kommandanten eines Geschwaders oder Kriegsschiffes hat derselbe nach den folgenden Nummern zu verfahren:
- Er hat dem Marineminister von dem Erlaß der Blockadeerklärung
  Meldung zu machen.
- 2. Er hat den im Ausland, soweit es dem Blockadegebiet benachbart ist, residierendem Kaiserlich Japanischen Gesandten die Blockadeerklärung mit dem Ersuchen mitzuteilen, die betreffenden fremden Regierungen und die sämtlichen bei denselben beglaubigten diplomatischen und konsularischen Vertreter von dem Bestehen der Blockade zu benachrichtigen.
- 3. Er hat den Konsuln der M\u00e4chte, welche in neutralen P\u00e4tzen in der N\u00e4he des Blockadegebiets ihren Amtssitz haben, die Bekanntmachung zuzusenden und auch sonst alle notwendigen Schritte zu tun, um die Tatsache der Blockade allgemein bekannt werden zu lassen.
- Er hat nach Möglichkeit den in Betracht kommenden Behörden innerhalb des Blockadegebiets sowie den Konsuln der neutralen Staaten daselbst unter Heißung der Parlamentärflagge die Blockadeerklärung mitzuteilen.
- § 25. Wenn es erwiesen ist, daß ein Kapitän, sei es durch direkten Empfang einer Warnung seitens eines Kaiserlichen Kriegschiffs oder durch öffentliche oder private Nachricht oder auf irgend eine andere Weise von dem Bestehen der Blockade Kenntnis gehabt hat, so wird die Blockade als dem Kapitän tatsfelchle mitgeteilt erachtet.
- § 26. In folgenden Fällen wird die Blockade als dem Kapitän vermutlich mitgeteilt erachtet:
- Wenn anzunehmen ist, daß der Kapitän Mitteilung von der Blockade erhalten hat, weil den maßgebenden Behörden des Staats, dem sein Schiff angehört, die Anzeige über das Bestehen der Blockade übersandt worden und seitdem genügende Zeit verstrichen ist, um diese

Behörden in die Lage zu setzen, ihren Staatsangehörigen hiervon Kenntnis zu geben, ohne Rücksicht darauf, ob dies tatsächlich geschehen ist oder nicht.

- Wenn anzunehmen ist, daß der Kapitän Mitteilung von der Blockade erhalten hat, weil die Tatsache allgemein öffentlich bekannt gegeben ist.
  - § 27. Folgende Schiffe gelten als aus der Blockade ausgebrochen:
- Schiffe, welche aus dem blockierten Gebiet entweichen oder zu entweichen suchen.<sup>24</sup>)
- Schiffe, welche von einem aus dem Blockadegebiet ausgebrochenen Schiffe außerhalb des Blockadegebiets Ladung übernehmen oder überzunehmen versuchen.
- § 28. In folgenden Fällen greifen für Schiffe die Bestimmungen des vorigen Paragraphen nicht Platz:
- Wenn ein Schiff auf Grund einer von der Kaiserlichen Regierung oder von dem Kommandierenden des blockierenden Geschwaders oder Kriegsschiffes ausgestellten besonderen Erlaubnis aus dem Blockadegebiet ausfährt.
- Wenn ein Schiff ohne Kenntnis von der Blockade in das Blockadegebiet eingelaufen ist und sich ohne Ladung wieder daraus entfernt.
- Wenn sich ein Schiff zur Zeit der Verhängung der Blockade im Blockadegebiet befand und sich ohne Ladung daraus entfernt.
- Wenn ein Schiff mit einer innerhalb des Blockadegebiets vor der Verhängung der Blockade eingenommenen Ladung das Blockadegebiet verläßt.
- § 29. Folgende Schiffe gelten, wenn sie von der Blockade Mitteilung erhalten haben, 25) als in die Blockade eingebrochen:
- Schiffe, welche die Blockadelinie überschreiten und in das Blockadegebiet eindringen oder einzudringen suchen. 26)
- Schiffe, welche sich in der N\u00e4he des Blockadegebiets befinden und von denen offenbar anzunehmen ist, da\u00e3 sie nach dem Blockadegebiet fahren, welches auch immer der aus ihren Schiffspapieren sich ergebende Bestimmungsort sein m\u00f6ge.
- 3. Schiffe, welche ihre Ladung außerhalb des Blockadegebiets auf ein anderes Schiff umladen und auf diesem die Blockadelinie passieren und in das Blockadegebiet gelangen lassen oder gelangen zu lassen versuchen.
- Schiffe, welche mit Bestimmung nach einem blockierten Hafen reisen.
- § 30. In den folgenden Fällen greifen für Schiffe die Bestimmungen des vorigen Paragraphen nicht Platz:

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup>) VI 20; 25. — <sup>16</sup>) Vgl. §§ 25, 26. — <sup>26</sup>) VI 20; 22a, b; 24a, b; 25.

- Wenn ein Schiff eine von der Japanischen Regierung oder vom Kommandanten des blockierenden Geschwaders oder Kriegsschiffs ausgestellte besondere Erlaubnis hat.
- 2. Wenn darin, daß der Kapitän eines Schiffes, welches aus großer Entfernung gekommen ist, den blockierten Hafen zum Bestimmungshafen gemacht hat, indem er es darauf ankommen ließ, ob die Blockade aufgehoben sein würde, und mit der Absieht, andernfalls den Bestimmungshafen zu ändern, ein Grund zu erblicken ist, aus welchem das Schiff freizulassen ist.
- 3. Wenn es klar ist, daß ein Kapitän seine Absicht, den blockierten Hafen als Bestimmungsort zu nehmen, aufgegeben hat.
- 4. Wenn ein Schiff wegen schlechten Wetters, Mangels an Lebensmitteln oder sonstiger unvermeidlicher Umstände in einen Hafen einzulaufen genötigt ist, und weil ein anderer Hafen, in den es einlaufen könnte. nicht vorhanden ist, in das Blockadegebiet einfährt.
- § 31. Wenn die Blockade aufgehoben wird, 31) so hat der Kommandant des Geschwaders oder des Kriegsschiffs dies sofort dem Marineminister zu melden und auch sonst alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, damit die Aufhebung der Blockade allgemein bekannt wird.

#### Kapitel V.

## Gründe für Visitierung, Durchsuchung und Aufbringung.

- § 32. Die Visitierung und die Untersuchung kann gegen jedes Privatschiff ohne Unterschied der Nationalität zur Ausübung gebracht werden, wenn angenommen werden muß, daß Verdachtsgründe vorliegen, die seine Aufbringung nötig machen.
- § 33. In dem Falle, daß ein neutrales Schiff von einem Kriegsschiff des Staates, dem es angehört, geleltet wird, darf die Visitierung und Durchsuchung nicht ausgeübt werden, wenn der Kommandant des geleitenden Kriegsschiffs darüber, daß sich an Bord des fraglichen Schiffes weder Kriegsschierbandepersonen, noch Kriegskonterbandedokumente, noch Kriegskonterbandegüter befinden, sowie, daß die Schiffspapiere in Ordnung sind, eine schriftliche, von ihm unterzeichnete Erklärung abgibt, in welcher auch die Nationalität, der Ausgangs- und Bestimmungshafen des Schiffes klar bezeichnet sind. Die vorstehende Bestimmung soll indessen, wenn schwerwiegende Verdachtsgründe vorliegen, keine Anwendung finden.

<sup>&</sup>lt;sup>27)</sup> Aufhebung der Blockade nach Aufbringung und vor Abgabe der prisengerichtlichen Entscheidung ist kein Grund für Freigabe; VI 25.

- § 34. Findet die Visitierung oder die Durchsuchung einem neutralen 28) Postschiff gegenüber statt, so darf, wenn von einem auf dem Schiff mitfahrenden Postbeamten des betreffenden Staats die schriftliche, eidliche Versicherung abgegeben wird, daß sich in den Postsäcken keine Kriegskonterbandedokumente befinden, die Durchsuchung mit Bezug auf diese Säcke nicht ausgeübt werden, es sei denn, daß schwerwiegende Verdachtsgründe vorliegen.
- § 35. Sämtliche feindliche Schiffe unterliegen der Aufbringung, 29) Doch sind die im folgenden bezeichneten Schiffe von der Aufbringung auszunehmen, wenn es klar ist, daß sie ausschließlich 30) zu den Arbeiten oder Aufgaben verwendet werden, zu denen sie bestimmt sind:
  - 1. Küstenfischereifahrzeuge, 31)
- 2. Schiffe, welche zu wissenschaftlichen, zu philanthropischen oder zu Missionszwecken 32) fahren.
  - 3. Schiffe im Dienste von Leuchttürmen,
  - 4. Schiffe zum Austausch von Kriegsgefangenen.
- § 36. Japanische Schiffe, welche im Handelsverkehr mit dem feindlichen Staat oder mit feindlichen Personen oder mit der Absicht solchen Handelsverkehrs fahren, unterliegen ebenfalls der Aufbringung, jedoch sind Schiffe, welche von dem Ausbruch des Krieges noch keine Kenntnis haben oder welche sich im Besitz einer besonderen Erlaubnis der Japanischen Regierung befinden, ausgenommen.
- § 37. Die im folgenden aufgezählten Schiffe unterliegen der Aufbringung ohne Rücksicht auf ihre Landeszugehörigkeit: 33)
- Schiffe, welche Kriegskonterbandepersonen, 34) Kriegskonterbandedokumente oder Kriegskonterbandegüter 35) an Bord haben,
- 2. Schiffe, welche nicht ordnungsmäßig mit Schiffspapieren versehen sind oder dieselben absichtlich vernichtet oder verborgen haben oder gefälschte Schiffspapiere vorweisen. 36)
  - 3. Schiffe, welche eine Blockade gebrochen haben, 57)
- 4. Schiffe, von welchen ihrer Ausrüstung nach anzunehmen ist, daß sie ausgerüstet worden sind, um für den feindlichen Kriegsdienst bereitgestellt zu werden.
  - 5. Schiffe, von denen anzunehmen ist, daß sie im Interesse des
    - 28) Nicht feindlichen: VI 4b.
  - 29) VI 1a; 2b; 3a; 4b; 5a; 6; 7; 8; 9; 10a; 13; 14; 15; 16; 50; 54a; 56; 58,
  - 30) Faii des Lazarettschiffs "Orei": VI 54a, b.
  - 21) Nicht Hochseefischereifahrzeuge: VI 6; 7; 8.
  - 82) Analog sind auch Güter, welche Missionen gehören, nicht einzuziehen: Vi 5a.
    - 25) Nicht Nationalität; vgl, §§ 5, 6 und 7. 87) VI 23a.
- 35) VI 11; 18a; 19a; 21; 26a; 27a; 30a; 31a; 32a; 33b; 34a; 35a; 36; 37a; 38; 39a; 40a; 41; 42; 43a; 44a; 45; 46; 48a; 49a; 51a; 55a; 57. 30) Vi 21. - 37) VI 20: 22a: 24a: 25.

Feindes Kundschafterdienste leisten 38) oder Nachrichten übermitteln oder sonst offenbar tätig sind, um den Feind zu unterstützen.

sonst offenbar tätig sind, um den Feind zu unterstützen.

6. Schiffe, welche sich der Visitierung oder der Durchsuchung widersetzen.

7. Schiffe, welche im Geleit feindlicher Kriegsschiffe fahren.

§ 38. Von der Aufbringung ist abzusehen, wenn ein Schiff, welches Kriegskonterbandepersonen, Kriegskonterbandedokumente oder Kriegskonterbandegüter an Bord hat, von dem Ausbruch des Kriegs noch keine Kenntnis hat. 39)

Dagegen kann der Umstand, daß der Kapitän die Kriegskonterbauderigenschaft der an Bord befindlichen Personen oder Dokumente oder Güter nicht kannte, oder daß er zur Anbordnahme derselben durch Drohungen des Feindes gezwungen worden ist, nicht als Grund angenommen werden, von der Aufbringung abzusehen.

§ 39. In den nachstehend aufgeführten Fällen können Schiffe ohne Rücksicht auf ihre Landeszugehörigkeit 33) aufgebracht werden:

 Wenn ein Schiff Schiffspapiere, mit denen es unbedingt versehen sein m
üßte, nicht vorweist oder wenn die Schiffspapiere nicht in Ordnung sind.<sup>60</sup>

 Wenn die Schiffspapiere widersprechende Angaben enthalten, <sup>40</sup>) oder wenn die Auskunft des Kapitäns mit dem Inhalt der Schiffspapiere nicht im Einklang steht.

3. Wenn, ohne daß die Fälle der beiden vorigen Nummern vorliegen, auf Grund des Ergebnisses der Visitierung oder der Durchsuchung dringender Verdacht besteht, daß das Schiff nach den Bestimmungen der §§ 35–37 aufzubringen ist.

#### Kapitel VI.

# Behandlung der aufgebrachten Schiffe, ihrer Ladung und ihrer Besatzung.

§ 40. Feindliche Schiffe 41) werden eingezogen. 42) 45)

Die unter der Ladung der im vorigen Absatz bezeichneten Schiffe befindlichen 44) feindlichen Güter 45) werden eingezogen. 42) Wenn aber

26) VI 50; 53. — 27) VI 11.
47) VI 17; 26a; 27a; 29a; 30a; 31a; 32a; 33a; 34a; 35a; 36; 37a; 38; 39a;

41; 42; 43a; 44a; 45; 46; 48a; 49a; 51a; 55a. 4) VI 1a; 2b; 3a; 4b; 5a; 6; 7; 8; 9; 10a; 13; 14; 15; 16; 50; 54a; 56; 58.

<sup>49</sup> Ungeachtet Unkenntnis vom Kriegszustand: VI 1a, b; 2b, I, k; 3a; 4b; 5e, I, h; 6; 7; 8.

49) Das Recht der Einziehung ist ein absolutes: VI 2d; 3b; 5a, k,

49) Gieichgültig, ob vor dem Kriege verschifft: VI 2c, f. m, n; 5d, e, l, h.
49) VI 1b; 2b, c, f, l, k, l, m, n, o; 4b; 5a, c, d, e, f, h, i, k; 6; 7; 8; 10a;

49) VI 1b; 2b, c, f, l, k, l, m, n, o; 4b; 5a, c, d, e, f, h, i, k; 6; 7; 8; 10a 15; 54b; 56; 58. ein solches Schiff Kriegsausrüstung trägt, so wird die gesamte Ladung eingezogen.

§ 41. Japanische Schiffe, welche im Hahdelsverkehr mit dem feindlichen Staat oder mit feindlichen Personen oder mit der Absicht solchen Handelsverkehrs fahren, werden eingezogen.

Die unter der Ladung solcher Schiffe befindlichen, dem Schiffseigentümer gehörigen und die feindlichen Güter werden eingezogen.

- § 42. Kriegskonterbandepersonen werden zu Kriegsgefangenen gemacht, <sup>46</sup>) Kriegskonterbandedokumente werden eingezogen.
- Schiffe, welche Kriegskonterhandepersonen in oder -Dokumente an Bord haben, sowie die den Eigentümern in der Schiffe gehörigen Güter werden eingezogen. Wird indessen der klare Beweis erbracht, daß der Kapitän ohne sein Verschulden die Sachlage nicht kannte, so findet diese Bestimmung keine Anwendung.
- § 43. Kriegskonterbandegüter <sup>19</sup>) und die dem Eigentümer derselben gehörigen Güter <sup>50</sup>) werden eingezogen. <sup>51</sup>) <sup>52</sup>)
- lst der Eigentümer eines Schiffes zugleich Eigentümer von Kriegskonterbandegütern, welche auf dem Schiff verladen sind, so wird das Schiff eingezogen. <sup>50</sup>
- § 44. Schiffe, welche unter Anwendung betrügerischer Mittel Kriegskonterbandegüter an Bord haben, sowie die dem Eigentümer solcher Schiffe gehörigen Güter werden eingezogen. 34) 55)
- § 45. Schiffe, welche eine Blockade brechen, und deren Ladung werden eingezogen. <sup>30</sup> Wenn indessen ein Ladungseigentümer den Beweis erbringt, daß er von der Sache nichts gewußt hat, so ist seine Ladung freizugeben.
- § 46. Schiffe, von welchen anzunehmen ist, daß sie ausgerüstet sind, um für den Kriegsgebrauch des Feindes bereitgestellt zu werden, sowie die dem Eigentümer eines solchen Schiffes gehörigen Güler werden eingezogen.
- <sup>49</sup>) VI 22a. <sup>43</sup>) VI 23a. <sup>49</sup>) Analoge Ausdehnung aul den Charterer: VI 28b. <sup>49</sup>) VI 18b, c, d. e, f; 19b, c, d. e, f, g, h; 26b; 27b; 28b; 20b; 20b, 50b, c; 31b; 32b; 33c; 34b; 35b; 35c; 37a; 38; 33b; 40b; 41; 24; 43b; 44b; 45; 46; 48b; 49b; 51b; 55b; 57. <sup>29</sup>) VI 18b, c; 30a; 37a; 55b.
- 31) Gleichgüttig, ob die dem Eigentümer der Güter gehörige Konterbande absolute oder reiative Konterbande ist: VI 18c,
  - <sup>62</sup>) Auch wenn nicht nach demselben Orte verschifft wie die Konterbande: VI 18c, <sup>63</sup>) VI 38; 40a; 41; 42; 44a.
  - 4) VI 26a; 27a; 29a; 30a; 31a; 32a; 33b; 34a; 35a; 36; 37a; 38; 39a; 41;
- 42; 43a; 44a; 45; 46; 48a; 49a; 51a; 55a.
- <sup>30</sup>) Es genigt Indes schon zur Einzehung des Schilfes, daß dasselbe einen Konterhanderinsport dezweckt oder "unternommen" hats U 829, 400; 170. Thes ist auch in allen Oberprisengerichtsentscheidungen bezüglich Konterhandetransports (Fälle unter Anmerkung 31) ausgesprochen, wenn auch ofor die Einziehung noch anderweitig begründet ist. <sup>30</sup> V 207. 222; 273; 273; 273.

- § 47. Schiffe, von denen anzunehmen ist, daß sie im Interesse des Feindes Kundschafterdienste geleistet <sup>23</sup>) oder Nachrichten übermittelt haben oder sonst offenbar fätig gewesen sind, um den Feind zu unterstützen <sup>23</sup>), sowie die dem Eigenfümer eines solchen Schiffes gehörige Ladung werden eingezogen.
- § 48. Schiffe, welche sich der Visitierung oder der Durchsuchung widersetzt haben, sowie die dem Eigentümer eines solchen Schiffes gehörige Ladung werden eingezogen.
- § 49. Schiffe, welche im Geleit feindlicher Kriegsschiffe fahren, sowie die dem Eigentümer eines solchen Schiffes gehörige Ladung werden eingezogen.
- § 50. Der Kapitin und die Besatzung eines feindlichen schiffes können zu Kriegsgefangenen gemacht werden. Nicht zulässig ist dies von Passagieren sowie bezüglich des Kapitäns und der Mannschaft eines nichtfeindlichen Schiffes. Indessen können Personen festgehalten werden, von denen anzunehmen ist, daß eis alz Zeugen gebraucht werden.

## Kapitel VII.

#### Verfahren bei der Aufbringung.

- § 51. Der Kriegsschiffskommandant soll bei der Visitierung oder der Durchsuchung nicht mehr, als nötig ist, das Schiff aus seinem ursprünglichen Kurs bringen und überhaupt bemüht sein, dem Schiff so wenig Störung wie möglich zu verursachen.
- § 52. Der Kriegsschiffskommandant braucht bei der Verfolgung eines Schiffes die japanische Kriegsflagge nicht zu zeigen, darf auch eine falsche Flagge führen. Er muß aber, kurz bevor er dem Schiff den Befehl erteilt, anzuhalten, unbedingt die Kaiserlich Japanische Kriegsschiffsflagge heißen.
- § 53. Unter keinen Umständen darf der Kriegsschiffskommandant von dem zu visitierenden oder zu durchsuchenden Schiff verlangen, daß es ein Boot, Leute von der Besatzung oder seine Schiffspapiere usw. an Bord des Kriegsschiffes senden solle.
- § 54. Der Kriegsschiffskommandant hat zunächst dem in Betracht kommenden Schiff durch Flaggensignale oder durch Signale mit der Dampfpfeife bekannt zu geben, daß er es zu visitieren oder zu durchsuchen beabsichtigt. Zur Nachtzett ist über der Kriegsschiffsflagge eine weiße Laterne zu heißen, welche an Stelle der Flaggensignale tritt.

Wenn wegen schlechten Wetters die Absicht der Visitierung in der im vorigen Absatz angegebenen Weise nicht kundgegeben werden kann,

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup>) VI 50; 53, - <sup>56</sup>) VI 54a, b.

oder wenn das Schiff den Signalen nicht entspricht, sind hintereinander zwei blinde Schüsse abzugeben, und, wenn dann noch nötig, ist ein scharfer Schuß vorn am Schiff vorbei zu feuern.

Wenn trotz der Beobachtung der Bestimmungen des vorigen Absatzes das Schiff dem Befehl, anzuhalten, nicht Folge leistet, ist zunächst ein scharfer Schuß in die Takelage abzugeben und nur zuletzt darf auf den Schiffskörper geschossen werden.

- § 55. Wenn das Schiff anhält, hat der Kommandant einen Offizier, dem er je nach Bedarf zur Unterstützung noch andere Offiziere beigeben kann, zur Visitierung in einem Boot an Bord des Schiffes zu schicken.
- Die Bootsmannschaft darf keine Waffen tragen, doch bestehen gegen die Mitnahme der Waffen im Boot keine Bedenken.

gegen die Mitnahme der Waffen im Boot keine Bedenken. Wenn der Offizier dies beim Anbordgehen für erforderlich hält, kann er bis zu zwei Mann von der Bootsmannschaft mitnehmen.

- § 56. Wenn der visitierende Offizier Verdachtsmomente erblickt, soll er in höflicher Form Einsicht in die Schiffspapiere fordern. Wenn aber der Kapitän die Vorzeigung der Papiere verweigert, so kann der Offizier sie zwangsweise fordern.
- § 57. Wenn der visitierende Offizier nach Prüfung der Schiffspapiere zu der Ansicht kommt, daß zu einer Aufbringung des Schiffskein Anjaß vorliegt, so hat er dasselbe nach Einholung der Befehle des Kriegsschiffskommandanten sofort freizugeben.
- § 58. Wenn der visitierende Offizier nach Prüfung der Schiffspapiere zu der Ansicht kommt, daß noch Verdachtsmomente vorliegen, so hat er zur Durchsuchung des Schiffes zu schreiten.

Wenn der visitierende Offizier dies für erforderlich hält, kann er im Falle des vorigen Absatzes die Bootsmannschaft zu seiner Unterstützung an Bord kommen lassen oder auch vom Kriegsschiff Unterstützung erbitten.

- § 59. Die Durchsuchung hat in Gegenwart des Schiffskapitäns oder seines Vertreters stattzufinden.
- § 60. Verschlossene Räume oder Behältnisse soll der Kapitän oder dessen Vertreter zu öffnen veranlaßt werden. Wenn sie sich weigern, können die den Umständen des Falls entsprechenden Maßregeln ergriffen werden.
- § 61. Kommt der visitierende Offizier im Laufe der Durchsuchung zu der Ansicht, daß zu einer Aufbringung des Schiffes kein Anlaß vorliegt, so hat er die Untersuchung zu unterbrechen und das Schiff nach Einholung der Befehle des Kriegsschiffskommandanten sofort freizugeben.
- § 62. Ehe der visitierende Offizier das Schiff verläßt, hat er den Kapitän desselben zu befragen, ob derselbe Einwendungen gegen das

bei der Visitierung und der Durchsuchung beobachtete Verfahren zu erheben habe. Ist dies der Fall, so hat er denselben zu veranlassen, ihm eine schriftliche Aufzeichnung über diese Einwendungen zu übergeben.

- § 63. Der vistierende Offizier hat in das Schiffsjournal einen Vermerk einzutragen, in welchem er genaue Angaben über Zeit und Ort der Visitierung oder Durchsuchung, über den Namen des visitierenden Kriegsschiffes, über die Dienststellung sowie über den Vor- und Zunamen seines Kommandanten zu machen, und welchen er unter Angabe seiner eigenen Dienststellung mit Vor- und Zunamen zu unterzeichnen hat.
- § 64. Handelt es sich um Schiffe, welchen die Bekanntmachung über eine Blockade nicht zugegangen war, oder um solche, welche in Gemäßheit des § 30 Ziffer 2 oder in Gemäßheit der Bestimmungen der §§ 36 oder 38 wegen Unkenntnis vom Ausbruch des Krieges der Aufbringung nicht unterliegen, so hat der visitierende Offlizier in im Schiffsjournal oder in diejenigen Schiffspapiere, welche über die Staatsangehörigkeit des Schiffes Auskunft geben, nach Formular 2 oder 3 eine Warnung einzutragen und dem Schiff zu befehlen, umzukehren, beziehungsweise andere geeignete Maßregeln zu ergreifen, wie zum Beispiele, das Schiff einen anderen Kurs nehmen zu lassen 30) oder dergleichen.
- § 65. Wenn dem Kommandanten des Kriegsschiffs nach der Visiterung und der Durchsuchung noch Verdachtsmomente vorzuliegen scheinen, so muß er zunächst durch den visitierenden Offizier ein Verhör des Kapitäns vornehmen lassen; erscheint nach diesem Verhör die Aufbringung noch erboten, so ist das Schiff aufzubringen.
- § 66. Bei der Entscheidung der Frage, ob ein Schiff aufzubringen ist oder nicht, sollen die Art des Schiffes, seine Ausfüstung, seine Ladung, seine Schiffspapiere, sowie der Kapitän, die Mannschaft und deren Aussagen berücksichtigt werden. (\*\*)
- § 67. Wenn der Kommandant des Kriegsschiffes beschlossen hat, daß das Schiff aufzubringen sei, so hat er dem Kapitän die Gründe der Aufbringung bekannt zu geben und einen Offizier und die erforderlichen Unteroffiziere und Mannschaften an Bord zu senden und von dem Schiffe Besitz zu ergreiten. Wenn aber infolge schlechten Wetters oder aus sonstigen Gründen die Entsendung des Offiziers, der Unteroffiziere und der Mannschaften untunlich ist, so hat der Kriegsschiffskommandant das Schiff die Flagge herunterholen zu lassen und Befehl zu erteilen,

<sup>59)</sup> VI 11.

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup>) Hieraus ist nicht zu schiießen, daß das Prisengericht bei der Beweisaufnahme an diese aus der Prise stammenden Beweismomente gebunden ist: VI 25; 26b; 27b. Anders iedoch der Staatsanwait VI 29b. Anmerkung 4.

wohin es sich begeben soll. Leistet der Kapitän diesem Befehl nicht Folge, so kann der Kriegsschiffskommandant die nach den Umständen des Falls erforderlichen Maßregeln ergreifen.

- § 68. Wenn der Kriegsschiffskommandant ein Postschiff aufgebracht hat, so hat er die Postsäcke, soweit dieselben unverfänglich erscheinen, in versiegeltem Zustand von Bord herauszugeben und dafür Sorge zu tragen, daß dieselben mit der nächsten Gelegenheit schnell an ihren Bestimmungsort gelangen.
- § 69. Der Kriegsschiftskommandant hat die Passagiere des aufgebrachten Schiffes, soweit dieselben nicht als Kriegskonterbandepersonen zu betrachten oder soweit sie nicht, weil ihr Zeugnis erheblich erscheint, festzuhalten sind, in einem möglichst geeigneten Hafen an Land gehen zu lassen.
- § 70. Der Kriegsschiffskommandant, der ein Schiff aufgebracht hat, muß, wenn sich später herausstellt, daß die Aufbringung nicht gerechtfertigt war, das Schiff unverzüglich freigeben.
- § 71. Der Kriegsschiffskommandant hat in das bei diesem Kriegsschiff geführte Schiffsjournal sämtliche wichtigen Tatsachen in bezug auf die Visitierung, die Durchsuchung und die Aufbringung eines Schiffes einzutragen
- § 72. Der Kriegsschiffskommandant hat über die Visitierung, die Durchsuchung und die Aufbringung einen eingehenden Bericht abzufassen und denselben zusammen mit seinem eigenen Gutachten über den Fall unverzüglich dem Marineminister einzureichen.
- § 73. Der Kriegsschiffskommandant kann, falls er ein vom Feind aufgebrachtes japanisches oder neutrales Schiff diesem wieder abgenommen hat, vorausgesetzt, daß dasselbe noch nicht in einen feindlichen Hafen gebracht oder vom Feind für Kriegszwecke gebraucht worden ist, freilassen.

#### Kapitel VIII.

### Das Verfahren nach der Aufbringung.

§ 74. Der Kriegsschiffskommandant hat, sobald er von einem Schiff Besitz ergriffen hat, die auf das Schiff und die Ladung bezäglichen Papiere sowie sämtliche sonstigen an Bord befindlichen Papiere mit Beschlag zu belegen und sofort der Reihe nach zu ordnen, zu numerieren und zu kuvertieren und das Kuvert mit seinem und des Kapitäns Siegel oder Unterschrift zu versehen und über den Vorgang ein nach Formular Nr. 4 abgefaltse Protokoll bezürütigen.

Es ist üblich, daß dies Protokoll von derjenigen Person abgefaßt

wird, welche die beschlagnahmten Papiere in Empfang genommen oder ausfindig gemacht hat.

- § 75. Wenn zerstörte und weggeworfene oder versteckte Papiere aufgelesen oder ausfindig gemacht worden sind, so hat der Kriegsschiftskommandant, wie im vorigen Paragraphen angegeben, zu verfahren. Indessen ist in diesem Falle das Protokoll nach Formular 5 abzufassen.
- § 76. Der Kriegsschiffskommandant hat nach Formular Nr. 6 eine Aufstellung der auf dem Schiff vorgefundenen Gelder, Wertpapiere und sonstigen Wertgegenstände in 2 Exemplaren anzufertigen, deren eines er dem Kapitän auszuhändigen hat.
- § 77. Der Kriegsschiffskommandant hat womöglich die Luken des aufgebrachten Schiffs zu schließen und zu versiegeln und dafür Sorge zu tragen, daß sich niemand etwas von der Ladung, vom Schiffsgerät oder von irgendwelchen im Schiff befindlichen Sachen aneignen kann.
- § 78. Der Kommandant und die Offiziere des Kriegsschiffs haben sämllich dafür Sorge zu tragen, daß der Kapitän und die Besatzung des aufgebrachten Schiffs sowie die als Kriegsgefangene zu betrachtenden Personen gut behandelt, und daß sie bezüglich ihres Privateigentums geschützt werden.

Den als Kriegsgefangenen zu betrachtenden Personen gegeütber können, wenn dies erfordetich erscheint, Zwangsmaßregeln zur Anwendung kommen. Den übrigen auf dem Schiff befindlichen Personen gegenüber aber dürfen Zwangsmaßregeln nur aus ganz besonderen Gründen zur Anwendung gebracht werden.

- § 79. Der Kriegsschiffskommandant hat zur Navigierung des aufgebrachten Schiffse einen Prisenoffizier zu ernennen, dem die erforderlichen Unteroffiziere und Mannschaften beizugeben sind. Diese hat er an Bord zu sehicken, um unverzüglich das Schiff mit seiner Ladung nach dem nächsten japanischen Hafen, in welchem ein Prisengericht seinen Sitz hat, oder einem in dessen Nähe belegenen anderen japanischen Hafen überzufdhren.
- § 80. Der Kriegsschiffskommandant kann den Kapitān und die Mannschaft des aufgebrachten Schiffs ersuchen, den Prisenoffizier nach dessen Weisungen in der Navigierung des Schiffes zu unterstützen. Wenn diesem Ersuchen nicht entsprochen wird, darf er keinen Zwang ausüben.
- § 81. Der Kriegsschiffskommandant hat den Kapitän und die Mannschaft des aufgebrachten Schiffes, die gesamte Ladung und das Protokoll mit den beschlagnahmten Schiffspapieren auf dem beschlagnahmten Schiff unter möglichster Erhaltung des zur Zeit der Aufbringung vorhanden gewesenen Zustands zu befördern.

Der Kriegsschiffskommandant hat, wenn dies erforderlich erscheint, solche unter seinem Befehle stehende Personen, welche imstande sind, die Tatumstände der Aufbringung zu bezeugen, an Bord des aufgebrachten Schiffes mitfahren zu lassen.

§ 82. Wenn es unzweckmäßig erscheint, den Kapitän und die gesamte Mannschaft mit dem Schiff zu befördern, so hat der Kriegsschiffskommandant zum mindesten die drei oder vier wichtigsten Personen auszusuchen und als Zeugen mitzusenden, von denen zwei Kapitän, Zahlmeister, Offiziere oder Bootsmann sein müssen.

Die umgeschiffte Schiffsmannschaft soll ebenfalls unverzüglich nach demjenigen Hafen befördert werden, nach welchem das betreffende Schiff fährt.

- § 83. Im Falle des vorigen Paragraphen hat der Kriegsschiffskommandant durch den Prisenoffizier nach Formular Nr. 7 ein Protokoll über die Umschiffung der Mannschaft und über die Gründe der Umschiffung abfassen zu lassen.
- § 84. Befinden sich an Bord des Schiffes leicht verderbliche Güter, oder bestehen sonts Bedenhen gegen die Beförderung von Gütern, so hat der Kriegsschiffskommandant die geeignetsten unter seinen Offizieren als Untersuchungskommission auszuwählen und von ihnen ein Untersuchungsprotokoll vorlegen zu lassen.

Die Hauptpunkte der Untersuchung sind in das Schiffsjournal einzutragen.

- § 85. Wenn die Untersuchungskommission berichtet, daß sich unter der Ladung Güter befinden, gegen deren Beförderung Bedenken bestehen, so hat der Kriegsschiffskommandant dieselben am Orte der Aufbringung oder im nächsten japanischen Hafen oder auch mit Genehmigung der mäßgebenden neutralen Bebörden in neutralem Gebörte zum Verkauf zu bringen. Bestehen aber gegen den Verkauf Bedenken, so kann der Kriegsschiffskommandant diejenigen Maßregeln ergreifen, welche ihm geeignet erscheinen.
- § 86. Wenn möglich, hat der Kriegsschiffskommandant vor dem Verkauf der Ladung einen Sachverständigen zu ernennen und denselben die ganze Ladung oder den zu verkaufenden Teil derselben schriftlich abschätzen zu lassen.

Der Verkauf soll in Gegenwart des Prisenoffiziers und, wenn angängig, in Gegenwart eines Kaiserlichen Konsuls oder sonstigen in der Nähe des Verkaufsorts befindlichen Kaiserlichen Beamten stattfinden und, wenn möglich, ein öffentlicher sein.

§ 87. Der Kriegsschiffskommandant hat den Prisenoffizier zu veranlassen, über das ganze Verkaufsverfahren nach Formular Nr. 8 ein Protokoll aufzunehmen und dasselbe zusammen mit dem Untersuchungsprotokoll der Untersuchungskommission, der schriftlichen Abschätzung des Sachverständigen, der Verkaufsabrechnung und den sonstigen Urkunden mit dem aufgebrachten Schiff zu befördern.

§ 88. Bestehen Bedenken gegen die Überführung des aufgebrachten Schiffes, so hat der Kriegsschiffskommandant die geeignetsten unter seinen Offizieren auszuwählen und zur Untersuchungskommission zu ermennen und von derselben ein Untersuchungsprotokoll vorlegen zu lassen.

Die Hauptpunkte der Untersuchung sind ins Schiffsjournal einzutragen.

- § 89. Wenn die Untersuchungskommission berichtet, daß Bedenken gegen die Überführung des aufgebrachten Schiffes bestehen, so hat der Kriegsschiffskommandant dasselbe nach dem nächsten japanischen Hafen oder mit Genehmigung der maßgebenden neutralen Behörden nach dem nächsten neutralen Hafen zu senden.
- § 90. Im Falle des vorigen Paragraphen hat der Kriegsschiffskommandant durch einen Prisenoffizier über die Überführung des aufgebrachten Schiffes nach dem nächsten japanischen beziehungsweise neutralen Hafen ein ausführliches Protokoll nach Formular Nr. 9 aufnehmen zu lassen und dies zusammen mit dem Untersuchungsprotokoll der Untersuchungskommission durch den genannten Offizier mit den Zeugen, den Schiffspapieren und den sonstigen für die prisengerichtliche Untersuchung erforderlichen Urkunden dem nächsten japanischen Prisengericht zu übersenden.
- § 91. In den folgenden Fällen kann der Kriegsschiffskommandant, wenn es nicht zu vermeiden ist, das aufgebrachte Schiff vernichten oder die sonst nach Lage des Fälls geeigneten Maßregeln ergreifen. Doch soll er, ehe er zur Vernichtung oder den sonst nach Lage des Fälls geeigneten Maßregeln schreitet, die Besatzung des aufgebrachten Schiffsumschiffen und, soweit tunlich, die Ladung umladen, auch die Schiffspapiere und die sonstigen für die prisengerichtiehe Untersuchung erforderlichen Gegenstände in Sicherheit bringen:
- Wenn das Schiff nicht in gutem Zustande ist und wegen schwerer See nicht navigiert werden kann.
- Wenn zu befürchten ist, daß das Schiff vom Feinde wiedergenommen werden könne.
- § 92. Im Falle des vorigen Paragraphen hat der Kriegsschiffskommandant den Prisenofflieir zu veranlassen, ein Protokoll darüber aufzunehmen, warum die Navigierung untunlich war und welche Maßregeln er im einzelnen getroffen hat, und hat den genannten Offizier mit der umgeschifften Mannschaft und Ladung sowie mit den Schiffs

papieren und sämtlichen für die prisengerichtliche Entscheidung notwendigen Urkunden und Gegenständen an das nächste japanische Prisengericht zu senden.

- § 93. Der Prisenoffizier hat, wenn er selbst auf dem zu überführenden Schiff fährt, nach Formular Nr. 10 ein Verzeichnis über den
  Proviant, das Inventar und die Ladung aufzunehmen, soweit sie in
  den gegenwärtigen Zustand der Verladung untersucht werden können.
  Er kann bei der Aufnahme dieses Verzeichnisses den Kapitän um seine
  Unterstützung ersuchen und hat ihm eine von ihm selbst unterzeichnete
  Abschrift zu übergeben.
- § 94. Der Prisenoffizier hat ein Journal zu führen und während der Reise die das Schiff, die Ladung und die Mannschaft betreffenden Ereignisse in dasselbe einzutragen.
  - § 95. Wenn der Prisenoffizier während der Reise noch weitere Papiere empfängt oder zerstörte und weggeworfene oder versteckte Papiere ausfindig macht oder aufliest, so hat er dieselben sofort zu ordnen und zu numerieren und sie einem nach Formular Nr. 11 aufgenommenen Protokoll beizufügen.
- § 96. Es ist Pflicht des Prisenoffiziers, mit äußerster Sorgfalt darauf bedacht zu sein, daß dem Schiff und der Ladung während der Überführung kein Schade zustößt.
- § '07. Nur in Fällen dringender Notwendigkeit darf der Prisenoffizier die Mannschaft oder die Ladung landen oder unschiffen. In diesem Falle hat er über die Landung oder die Umschiffung der Mannschaft und der Ladung sowie über die Veranlassung hierzu ein Protokoll nach Formular Nr. 12 aufzunehmen.

Die gelandete oder umgeschiffte Mannschaft und Ladung muB auf geeignete Weise unverzüglich nach dem Sitz eines japanischen Prisengerichts befördert werden.

§ 98. Sofort nach der Ankunft an dem Reiseziel hat der Prisenoffizier das aufgebrachte Schiff dem Prisengerichtshof zu übergeben und die Einleitung des prisengerichtlichen Verfahrens zu beantragen.

# Formular Nr. 1. (§ 22.)

# Blockadebekanntmachung. Ich erkläre hiermit im Auftrage der Kaiserlichen Regierung, daß

am (Datum)
(Ort) in Breite Länge
bis (Ort) in Breite Länge
von Kaiserlichen Kriegsschiffen in ausreichender Stärke blockiert worden
ist, daß diese Blockade aufrechterhalten wird und daß gegen alle Schiffe,
welche dieselbe zu brechen versuehen, alle Zwangsmaßregelm, welche
das Völkerrecht und die Verträge zwischen Japan und den neutralen
Mächten reetsten, angewandt werden werden.

(Datum)
an Bord S. M. S. (Name)
(Name)
Obersikommandierender (Kommandierender) des
Geschwaders.

# Formular Nr. 2. (§ 64.)

# Blockadewarnung.

Ich habe heute im Auftrage des Kommandanten
(Name)

das Dampf- (Segel-) Schiff (Name)
visitiert und dasselbe gewarnt, daß (Ort)
visitiert und dasselbe gewarnt, daß (Ort)
visitiert und beschieden in Breite Länge
bis (Ort) in Breite Länge
sich unter Blockade befindet.
(Datum) .

Breite Länge
(Rang, Name, Siegel)
S. M. S. (Name)

#### Formular Nr. 3. (§ 64.)

#### Warnung über den Kriegsausbruch.

Ich habe heute im Auftrage des Kommandanten (Name)

das Dampf- (Segel-) Schiff (Name)

das Dampf- (Segel-) Schiff (Name)
visitiert und dasselbe gewarnt, daß zwischen Japan und
Krieg ausgebrochen ist.

(Datum)
Breite Länge
(Rang, Name, Siegel)
S.M.S. (Name)

## Formular Nr. 4. (§ 74.)

Protokoll über die zur Zeit der Aufbringung empfangenen Schiffspapiere.

Name des Schiffes
Name des Kapitäns
1. Ich bin am (Datum)
bringung des oben bezeichneten Schiffes durch S.M.S. (Name)
gegenwärtig gewesen.

Ich habe alle bei der Aufbringung des oben bezeichneten Schiffes an Bord vorhandenen, unter Nummer bis anliegenden Papiere damals empfangen.

 An dem Zustand der oben bezeichneten Papiere zur Zeit des Empfangs ist, abgesehen von ihrer Numerierung, keine Veränderung vorgenommen worden.

Die vorstehenden Tatsachen werden hiermit bescheinigt,

(Datum) (Rang, Name, Siegel) S. M. S. (Name)

## Formular Nr. 5. (§ 75.)

Protokoll über die zur Zeit der Aufbringung weggeworfen (zerrissen oder versteckt) gewesenen Schiffspapiere.

Name des Kapitāns
1. Ich bin am (Datum) bei der Auf-
bringung des oben bezeichneten Schiffes durch S. M. S. (Name)
gegenwärtig gewesen.
2. Ich habe (Ort) geschen, wie aus einer Bordöffnung des oben bezeichneten Schiffes einige Minuten (oder sonstige Angaben) vor der Aufbringung (Zahl) Bündel Papiere ins Wasser geworfen wurden. Ich habe sofort ein Boot ausgesetzt, (Zahl) von den Bündeln waren schon untergegangen, (Zahl) von ihnen ließ ich aber von der Bootsmannschaft aufnehmen. (Bei Zerreißen oder Verstecken ist der jeweilige Tatbestand anzugeben.) 3. Die unter Nummer bis beiliegenden Papiere sind alle, die derzeit aufgelesen worden sind. An dem damaligen Zustand derselben ist, abgesehen von ihrer Numerierung, keine Veränderung vorgenommen worden. Die obigen Tatsachen werden hiermit bescheinigt.
(Datum) (Rang, Name, Siegel) S. M. S. (Name)
Formular Nr. 6. (§ 76.)
Aufstellung über die zur Zeit der Aufbringung an
Bord des Schiffes gegenwärtig gewesenen Gelder,
Wertsachen und sonstigen wichtigen Gegenstände.
Name des Schiffes Name des Kapitäns (Aufstellung der Gegenstände)

wähnen.)

(Hier ist jeweils zu bemerken, ob die Gelder, die Wertsachen und die sonstigen wichtigen Gegenstände freiwillig übergeben worden sind oder ob und wo dieselben versteckt und gefunden worden sind.)

Daß das Obenstehende eine wahre Aufstellung der an Bord des von mir am (Datum) ... aufgebrachten Schiffes vorhanden gewesenen sämtlichen Gelder, Wertsachen und sonstigen wichtigen Gegenstände ist, bescheinige ich hiermit.

Anm. Eine Abschrift dieser Aufstellung wurde, mit Unterschrift versehen, am (Datum) \_\_\_\_\_\_ dem Kapitän des (Name)

übergeben, und (Hat der Kapitän Beschwerde erhoben, so ist dieselbe hier kurz zu er-

(Datum) (Rang, Name, Siegel)

S. M. S. (Name)

N. B. Es ist unerläßlich, eine Abschrift der

Aufstellung dem Kapitän zu übergeben.

#### Formular Nr. 7. (§ 83.)

Protokoll über die Umschiffung der Mannschaft des aufgebrachten Schiffes durch den Kriegsschiffs-Kommandanten.

Name des Schiffes
Name des Kapitāns
1. Der Kommandant S. M. S. (Name)
(Rang, Name) hat am (Datum)
auf Breite und Länge das ober
bezeichnete Schiff aufgebracht.
2. Der genannte Kommandant (Rang, Name)
ließ am (Datum) , ehe
er das aufgebrachte Schiff nach einem Hafen schickte, wo sich ein
Prisengericht befindet, (Zahl) von der Besatzung des ge-
nannten Schiffes sich umschiffen.
3. Der Grund dieser Umschiffung ist

Der Prisenoffizier
(Rang, Name, Siegel)

(Rang und Name)

 $(3^{\circ})$ 

35

#### Formular Nr. 8. (§ 87.)

	Protokol	lüberden	Verkauf	derLac	lung.
Name	des Schiffes				
Name	des Kapitāns .				

Der Kommandant S. M. S. (Name)
g und Name) hat am (Datum)

(Raing und France).
auf Breite und Länge das
oben bezeichnete Schiff aufgebracht.
Der genannte Kommandant hat am (Datum)
den Befehl erteilt, die Ladung des aufgebrachten Schiffes zu untersuchen.
<ol><li>Das Untersuchungsprotokoll der Untersuchungskommission liegt</li></ol>
als Anlage A an.
4. Auf dieses Protokoll hin hat der Kommandant mir den Befehl
erteilt, das genannte Schiff sofort nach dem Hafen von
zu navigieren und dort die Ladung öffentlich zu verkaufen.
5. Die Ladung habe ich am (Datum) nach dem ge-
nannten Hafen befördert und durch die geeignetsten Sachverständigen
(Name) X und (Name) Y abschätzen
lassen.
6. Ehe X und Y zur Schätzung schritten, haben sie geschworen,
daß sie ihre Schätzung unparteiisch und gewissenhaft abgeben würden.
Die Eidesschrift liegt als Anlage B an.
7. Die Abschätzungsbescheinigung des X und Y liegt als An-
lage C an.
8. Am (Datum) habe ich den Befehl erteilt, die
Ladung in (Ort)
über den öffentlichen Verkauf in (Ort) liegt als An-
lage D an.
Der bekanntgemachte öffentliche Verkauf wurde am (Datum)
ausgeführt. Verkauf und Übergabe der Ladung ge-
schahen in meinem Beisein (oder dem eines Kaiserlichen Konsuls oder
eines in der Nähe des Verkaufsortes befindlichen Kaiserlichen Beamten)
und vor meinen Augen.
10. Eine mir von (Name) übergebene Aufstellung
über die an ihn verkaufte Ladung liegt als Anlage E an.
11. Die in der anliegenden Aufstellung angegebene Summe im
Betrage von Yen habe ich am (Datum)
dem (Name) übergeben.
Die vorstehenden Tatsachen bescheinige ich hiermit.
(Datum)
Der Prisenoffizier
(Rang, Name, Siegel)

# Formular Nr. 9. (§ 90.)

Protokoll über die Überführung des aufgebrachten Schiffes nach einem neutralen (nächst gelegenen japanischen) Hafen.

Name des Schiffes	
Der Kommandant S. M. S. (Nam	
(Rang und Name)	hat am (Datum)
auf	Länge das oben be
<ol> <li>Der genannte Kommandant hat a den Befehl erteilt, das aufgebrachte Schif</li> </ol>	

- 3. Das Untersuchungsprotokoll der Untersuchungskommission liegt
- als Anlage A an.
  4. Auf dieses Protokoll hin hat der Kommandant mir den Befehl
- erteilt, das aufgebrachte Schiff nach dem Hafen (Name)
  zu navigieren.
  5. Zur Ausführung dieses Befehls bin ich am (Datum)
- in dem Hafen (Name) angekommen und habe das aufgebrachte Schiff dem (Name) übergeben.

Die vorstehenden Tatsachen bescheinige ich hiermit.

(Datum) (Rang, Name, Siegel) S. M. S. (Name)

## Formular Nr. 10. (§ 93.)

Verzeichnis des Proviants, des Inventars und der Ladung des aufgebrachten Schiffes.

Name des Schiffes
Name des Kapitāns
(Verzeichnis)
Ich bescheinige hiermit, daß ich am (Datum)

36

(Rang, Name, Siegel) S. M. S. (Name)

# Formular Nr. 12. (§ 97.)

Protokoll über die Landung (Umschiffung) der Besatzung oder der Ladung des aufgebrachten Schiffes.

	110 1 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 1
Name des Kapitäns	
an. Ich habe am (Datum) genannte Schiff behufs prisengerichtlich (Name) zu navig 2. Auf dieser Reise habe ich am gelandet (umgeschifft): (gelandete bzw.	er Untersuchung nach dem Hafen ieren. (Datum) . umgeschiffte Gegenstände oder
Personen und der betreffende Ort)	
3. Die Gründe der Landung folgende:	(Umschiffung) derselben waren
Die vorstehenden Tatsachen besch	
D	er Prisenoffizier
(Rang, Name, Siegel) S. M. S. (Name)	
7 Manufall to manufact the smaller	to a Observation of the Committee

Zum Vergleich werden die englischen Übersetzungen der Formulare No. 1, 2, 3, 6 und 10 beigefügt.

> Der Marineadjutant des Großen Hauptquartiers.

# Form Nr. 1 (referred to in Art. 22).

Declaration of Blockade.

* 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1		d	
the , fi		day of	
longitude			
longitude			
competent force of His	Imperial	Majesty's Ships and a	re now in such
38			

state of Blockade; and that all measures authorized by the Law of Nations and the respective Treaties between the Empire of Japan and the different Neutral Powers will be enforced on behalf of this Imperial Japanese Majesty's Government against all Vessels which may attempt to violate the Blockade.

> Given on board His Imperial Japanese Majesty's Ship at ..., this day of 19 ... Signed: Commander in Chief (Admiral in Command) of ..., Squadron.

#### Form Nr. 2 (referred to in Art. 64).

#### Warning of Blockade.

I have visited the vessel, the this	
by the order of Captain of His Imperial Japan	nes
Majesty's Ship , and warned that	
from , in latitude . , longitude	
to , in latitude , longitude	
is under Blockade.	
Dated this day of 19	
Signed:	
His Imperial Japanese Majesty's Ship	

#### Form Nr. 3 (referred to in Art. 64).

#### Warning of Hostilities.

I have visited the		. vesse	el, tl	1e				this
day by the order of Captain			٠.	of Hi	s Imp	erial .	Japar	1ese
Majesty's Ship,								
existed and exists between	the	Empire	of	Japan	and	the	Em	pire
of								
Dated this		day of	f			19		
Simo	d.							

His Imperial Japanese Majesty's Ship .....

39

#### Form Nr. 6 (referred to in Art. 76).

## Certificate as to Money and Valuables found on board the Prize.

# Commanding His Imperial Japanese Majesty's Ship.

Note.— I do hereby declare that on the day of 19. I delivered a copy, signed by myself, of the above Certificate to the Master of the \_\_\_\_\_\_\_, and that (here state whether or not the Master made any objection, and if he did, what the nature of the objection was)

Signed this \_\_\_\_\_ day of \_\_\_\_\_ 19.\_\_\_.

#### Form Nr. 10 (referred to in Art. 93).

Inventory of the Stores, Furniture and Cargo of the Prize.

The	
I, , holding the rank of	
Imperial Japanese Majesty's Navy, and the Prize-Officer in cl	narge of
the above-named Vessel, do hereby certify that the following is	
Inventory of the Stores, Furniture, and Cargo of the said V	essel, so

far as the said can be ascertained without disturbing the Stowage:.....

Note. — I do hereby declare that on the day of 19 ... I delivered a copy, signed by myself, of the above inventory to the Master of the , and that (here state whether or not the Master made any objection, and if he did, what the nature of the objection was) ...

Signed this day of 19.

(A copy of this Inventory must be delivered to the Master).

# Abschnitt VI.

# Übersicht über die Prisengerichtsentscheidungen nach der Anordnung des Abschnittes VI.

- "Ekaterinoslav" (russisch).
  - a) Einziehung des feindlichen Schiffs und feindlicher Ladung.
  - b) Einziehung feindlicher Ladung.
- 2. "Mukden" (russisch).
  - a) Freigabe nichtfeindlicher Ladung.
  - Einziehung des feindlichen Schiffs und feindlicher Ladung. Freigabe nichtfeindlicher Ladung.
  - c) Einziehung feindlicher Ladung.
  - d) Abweisung der Reklamation auf Freigabe von 10 000 Rubeln und des Antrags auf Arrestanlegung zugunsten des Reklamanten.
  - e) Freigabe amtlicher Schriftstücke der französischen Handelsagentur in Wladiwostok,
  - f) Einziehung feindlicher Ladung.
  - g) Abweisung der Reklamation eines Konsuls, weil dieser als solcher nicht zur Vertretung befugt.
  - h) Abweisung, der Reklamation, weil Vertreter kein japanischer Rechtsanwalt.
  - Einziehung feindlicher Ladung. Abweisung der Reklamation auf Ersatz der Frachtkosten.
  - k) wie bei i.
  - 1) Einziehung feindlicher Ladung.
  - m) wie bei l.
    n) wie bei l.
  - n) wie bei l.o) wie bei l.
- "Rossia" (russisch).
  - a) Einziehung des feindlichen Schiffs.
  - b) Abweisung der Reklamation auf Freigabe des Schiffs wegen Bestehens eines neutralen Vorzugsrechts an demselben, hzw. Zuerkennung eines solchen an der Prise, bzw. Befriedigung des zugrunde liegenden Anspruchs durch den japanischen Staat.

- 4. "Argun" (russisch).
  - a) Freigabe nichtfeindlicher Ladung.
- b) Einziehung des feindlichen Schiffs und zugehörigen Geldes.
   5. "Manchuria" (russisch).
- Einziehung des feindlichen Schiffs und feindlicher Ladung. Freigabe von Gütern einer Missionsgesellschaft und anderer, nichtfeindlicher Ladung.
  - Abweisung der Reklamation eines Konsuls, weil dieser als solcher nicht zur Vertretung befugt.
  - c) Einziehung feindlicher Ladung.
  - d) Einziehung feindlicher Ladung. Abweisung der Reklamation wegen Ersatzes der Frachtkosten.
  - e) Einziehung feindlicher Ladung.
  - f) wie bei e.
  - g) Abweisung der Reklamation wegen nicht formgerechter Prozeßvollmacht
  - h) Einziehung feindlicher Ladung.
  - i) wie bei h.
  - k) wie bei h.
- 6. "Alexander" (russisch).

Einziehung des feindlichen Walfischfängers und seiner Ladung.
7. "Michael" (russisch).

Wie bei 6.

8. "Nikolai" (russisch).

Einziehung des feindlichen Walfischfängers und zugehörigen Geldes.

9. "Kotik" (russisch).

Wegnahme des feindlichen Fischerei- und Kontrollschiffs.

- 10. "Les nik" (russisch).
  - Einziehung des feindlichen Hochseefischereifahrzeugs und seiner Ladung.
- b) Abweisung der Reklamation, weil nicht form- und fristgemäß.
   11. "Hermes" (norwegisch).
- Freigabe des Schiffs und seiner Kohlenladung, weil in Unkenntnis vom Kriegszustand befindlich.
- 12. "Nadeschda" (russisch).

Einziehung des feindlichen Schiffs.

13. "Bobrik" (russisch).

Einziehung des feindlichen Hochseefischereischiffs.

14. "Juliade" (russisch).

Einziehung des feindlichen Dampfboots.

- 15. "Manchuria" (russisch).
  - Einziehung des in Reparatur begriffenen feindlichen Schiffs und zugehörigen Proviants.
- "Thalia" (russisch).
  - Einziehung des feindlichen Dampfboots.
- "Aggi" (norwegisch).
  - Freigabe des Schiffs und der nichtfeindlichen Kohlenladung,
  - "Hsiping" (englisch).
    - a) Freigabe von Schiff und Nichtkonterbandegütern.
    - b) Einziehung von gemischter Konterbandeladung und von Gütern, die Konterbandeeigentümern gehören. Abweisung eines Teils der Reklamation, weil nicht fristgemäß.
      - c) Einziehung von gemischter Konterbandeladung und von Gütern, welche Konterbandeeigentümern gehören. Freigabe von Nichtkonterbandegütern.
      - d) Einziehung einer Konterbandeladung von Geld.
      - e) wie bei d.
      - f) wie bei d.
  - 19. "Peiping" (chinesisch).
    - a) Freigabe von Schiff- und Nichtkonterbandegütern.
      - b) Einziehung einer Konterbandeladung von Lebensmitteln.
      - c) Einziehung einer Konterbandeladung von Geld.
      - d) wie bei c. e) wie bei c.
      - f) wie bei c.
      - g) wie bei c.
    - h) Einziehung von gemischten Konterbandegütern und von Gütern. welche Konterbandeeigentümern gehören. •
- 20. "George" (französisch).
- Einziehung des Schiffes wegen Blockadebruchs. "Si-Shan" (englisch).
- Freigabe des Schiffs und seiner Ladung von Vieh.
- 22. "Fuping" (deutsch).
  - a) Einziehung von Schiff und Ladung wegen Blockadebruchs.
  - b) Einziehung von 67 000 Rubeln.
- 23. "Nigretia" (englisch).
  - a) Einziehung des Schiffs wegen Transports von Konterbandepersonen.
  - b) Einziehung der Ladung wegen Kollusion des Ladungseigentümers bei dem Transport der Konterbandepersonen.
    - c) Abweisung der Reklamation auf Festsetzung eines Vorzugsrechts an dem Schiff wegen Anspruchs auf Hilfslohn.

- 24. "Veteran" (deutsch).
  - a) Einziehung des Schiffs wegen Blockadebruchs.
  - b) Einziehung der Ladung wegen Blockadebruchs.
- 25. "King Arthur" (englisch).

Einziehung des Schiffs wegen Blockadebruchs. Abweisung der Reklamation wegen Ersatzes von Schaden und Kosten.

- 26. "Roseley" (englisch).
  - a) Einziehung des Schiffs wegen Transports einer Konterbandeladung von Kohle unter Anwendung betrügerischer Mittel.
  - b) Einziehung der Konterbandeladung von Kohle.
- 27. "I. ethington" (englisch).
  - a) wie bei 26 a.
- b) wie bei 26 b.
- 28. "Scotsman" (englisch).
  - a) Einziehung des Schiffs wegen Transports einer Konterbandeladung von Kohle.
     b) wie bei 26 b.
- 29. "Wilhelmina" (holländisch).
  - a) Einziehung des Schiffs wegen Transports einer dem Schiffseigentümer gehörigen Konterbandeladung von Kohle unter Anwendung betrügerischer Mittel.
  - b) Abweisung der Reklamation wegen mangelnden rechtlichen Interesses. Einziehung der Konterbandeladung von Kohle.
- 30. "Bawtry" (englisch).
  - a) Einziehung des Schiffs wegen Transports gemischter Konterbandeladung unter Anwendung betrügerischer Mittel.
    - Einziehung von Konterbandeladung und von Gütern, welche dem Eigentümer der Konterbande gehören.
    - c) wie bei b.
    - d) wie bei b.
  - e) Freigabe von Nichtkonterbandegütern.
- 31. "Oakley" (englisch).
  - a) wie bei 26 a.
  - b) wie bei 26 b.
- "B u r m a" (österreichisch-ungarisch).
  - a) wie bei 26 a.
  - b) wie bei 26 b.
- 33. "M. S. Dollar" (englisch).
  - a) Abweisung der Reklamation, weil nicht japanisch abgefaßt.
  - Wegnahme des Schiffs wegen Transports einer Konterbandeladung von Pferdefutter unter Anwendung betrügerischer Mittel.
    - c) Wegnahme der Konterbandeladung von Pferdefutter.

- 34. "Wyefield" (englisch).
- a) wie 33 b.
  - b) wie 33 c.
- 35. "Siam" (österreichisch-ungarisch).
  - a) wie 26 a.b) wie 26 b.
- 36. "Eastry" (englisch).
- Freigabe des Schiffs und seiner Kohlenladung.
- 37. "Paros" (deutsch).
  - a) Einziehung des Schiffs wegen Konterbandetransports unter Anwendung betrügerischer Mittel sowie der gemischten Konterbandeladung.
  - b) Freigabe von Nichtkonterbandegütern.
- 38. "A pollo" (englisch),

Einziehung des Schiffs wegen Transports einer dem Schiffseigentümer gehörigen Konterbandeladung unter Anwendung betrügerischer Mittel sowie der Konterbandeladung von Kohle.

39. "Sylviana" (englisch).

- a) wie bei 26 a.b) wie bei 26 b.
- 40. "Powderham" (englisch).
  - a) wie bei 28 a.
  - b) wie bei 26 b.
- 41. "Severus" (deutsch).
- wie bei 38. 42. ..Romulus" (deutsch).
  - wie bei 38.
- 43. "Easby Abbey" (englisch),
  - a) wie bei 26 a.
  - b) wie bei 26 b.
- 44. "Vegga" (englisch).
  - a) wie bei 26 a.
  - b) wie bei 26 b.
- "Venus" (englisch).
   wie bei 38.
- "A p h r o d i t e" (englisch).
   wie bei 38.
- 47. "Saxon Prince" (englisch).
- Freigabe von Schiff und Ladung.
- 48. "Tacoma" (amerikanisch).
  - a) Einziehung des Schiffs wegen Konterbandetransports unter Anwendung betrügerischer Mittel.
  - b, Einziehung der Konterbandeladung von Salzfleisch pp.

- 49. "Harberton" (englisch).
  - a) wie 26 a. b) wie 26 b.
- 50. "Industrie" (deutsch).

Einziehung des Schiffs wegen Spionage.

51. "Henry Bolckow" (norwegisch).

a) Einziehung des Schiffs wegen Konterbandetransports unter Anwendung betrügerischer Mittel.

b) Einziehung der Konterbandeladung von Mehl.

52. "Lincluden" (englisch).

Freigabe von Schiff und Ladung.

53. "Quang Nam" (französisch),

Abweisung der Reklamation wegen mangelnden rechtlichen Interesses. Einziehung des Schiffs wegen Spionage.

"Orel" (russisch).

- a) Einziehung des Lazarettschiffs wegen Teilnahme an den Kriegsoperationen.
- b) Einziehung des dem Lazarettschiff zugehörigen Geldes.
- 55. "l. y d i a" (deutsch).
  - a) wie 30 a.
  - b) wie 30 b.
- 56. "Australia" (amerikanisch).

Einziehung des Schiffs und der Ladung wegen feindlichen Charakters.

57. "Antiope" (englisch).

Prisengericht: Freigabe des Schiffs. Wegnahme der Konterbandeladung von Salz.

Oberprisengericht: Einziehung des Schiffs wegen Transport der Konterbandeladung von Salz.

"Montara" (amerikanisch).

wie bei 56.

Reklamant: Die Gesellschaft der russischen freiwilligen Flotte in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den Vorsitzenden Verwaltungsrat Pierre Faurief.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama Yamashitacho Nr. 14.

In der Prisensache, betreffend den russischen Dampfer "Ekaterinoslav" und seine Ladung, wird, wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Ekaterinoslav" und die auf ihm verladenen 22 Gewehre, 5 Pistolen, 3 Kisten Munition, 1600 Rubel, 31 Kolli Möbel, 4 Kolli Betten, 1 Kollo Musikinstrumente, 1 Kollo Fabrikartikel, 4 Kolli Pelzwaren, Schmiedegeräte und 2 andere Warensorten, 1 Schrank, 2 Kolli Seidengewebe, 156 Kolli kupferne Pattonenhülsen und eine andere Warensorte und 1 Kollo Kleider werden eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Ekaterinoslav" steht im Eigentum der russischen Gesellschaft der freiwilligen Flotte, sein Heimatshafen ist Odessa in Rußland, und er führt die russische Handelsflagge. Am 4. Februar 1904 lud er die in der Urteilsformel verzeichneten Güter und fuhr von Wladivesotsk in Rußland nach Odessa im gleichen Lande ab. Am 6. d. M., nach' 9 Uhr vormittags, wurde er 3 Seemeilten nördlich von Fusan in Korea auf 359 7 n. Br. und 1299 13' ö. L. von dem Kajserlichen Kriegsschiff "Saiven" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen sind nicht nur von dem Vertreter der Reklamation anerkannt, sondern werden auch bewiesen durch die Aussagseshrift und das Güterverzeichnis des Vertreters des Kommandanten der "Saiyen", Kapitänleutnants Voshimura Shinsei, die Frachtbriefe für die Güter, das Tagebuch, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns George Seletzky, des ersten Offiziers Wladimir Kicim offund des zweiten Offiziers Peter Rübak off vom Dampfer "Ekaterinoslav".

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

 Da das zur Verhandlung stehende Schiff weder Gefechtsrüstung trage, noch zum Kriegskonterbandetransport gedient, noch solche an 48 Bord gehabt habe, so könne es nach der von dem Völkerrechtskongreß in Turin vom Jahre 1882 beschlossenen Seeprisenordnung, Artikel 23 Ziffer 3, nicht beschlagnahmt werden.

- 2. Der Dampfer sei in einer Entfernung von drei Seemeilen von der K\u00fcster Koreas, welches von Japan als unabh\u00e4nigger Staat angesehen werde, d. h. innerhalb der in neuerer Zeit als Hoheitsgew\u00e4sser angesehenn 0 Seemeilen beschlagnahmt worden. Dieser Ort k\u00f6nne demnach nur als im Hoheitsgew\u00e4sser eines neutralen Staates belegen angesehen werden, und daher m\u00fcsse entsprechend dem von dem V\u00f6lker-rechtskongre\u00e4 in Paris im Jahre 1895 beschlossenen Ab\u00e4nderungsent-wurf und Artikel 8 und 9 der oben erw\u00e4nhten Seeprisondrung die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes f\u00fcr unrecht-m\u00e4\u00e4lig religier werden.
- 3. Das Schiff sei auf der Reise von Wladiwostok nach Colombo begriffen gewesen und habe von der Kriegseröffnung erst bei der Beschlagnahme Kenntnis erhalten. Daher könne es nach Artikel 6 der oben erwähnten Prisenordnung nicht mit Beschlag belegt werden. Da ferner der Krieg lediglich eine Beziehung zwischen den beteiligten Staaten hervorrufe, so habe er vor der Bekanntmachung der Kriegseröffnung keinen direkten Einfluß auf die einzelnen Untertanen. Daher sei Reklamant der Ansicht, daß das zur Verhandlung sehende Schiff und seine Ladung, welche am 6. Februar, wo die Kriegseröffnung noch nicht bekannt gewesen sei, beschlagnahmt worden seien, freigegeben werden mößten.

Da die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 19041) aus dem Gedanken hervorgegangen sei, Schiffe, welche von der Kriegseröffnung keine Kenntnis hätten, nicht mit Beschlag zu belegen, so sei es billig, daß auch das zur Verhandlung stehende Schiff, welches in Unkenntnis der Kriegseröffnung von Feindesland nach dem neutralen Hafen Colombo zu fahren vorgehabt habe, nicht beschlagnahmt werde.

- 4. Die modernen Gelehrten st\u00e4nden auf dem Standpunkt, da\u00e4, wie auf dem Lande das Privaterm\u00e4ngen unverletzlich sei, so auch d\u00e5 Privateigentum zur See nicht beschlagnahmt werden d\u00e4\u00fcre 20 auch der V\u00e5kerrechtskongre\u00e5 in Turin im Jahre 1882 dies beschlossen und der Friedenskonferenz im Haag im Jahre 1887 unterbreitet habe, so sei diese Ansicht zu einem bereits privat und \u00f6ffentlich anerkannten \u00dcrundsatz geworden.
- Da das Völkerrecht, abgesehen von den vertragsmäßigen oder sonstigen Bestimmungen der bedeutenden souveränen Staaten der Erde, aus den Prinzipien entstehe, welche Fachgelehrte des Völkerrechts oder Staatsregierungen bei vorkommenden Fällen ausgesprochen hätten, so

müsse es sich mit dem Fortschritt der Welt und der Änderung der Zeitverhältnisse täglich fortentwickeln. Daher müßten die Staaten den Drang der Welt und die fortgeschrittenste Meinung der Wissenschaft in Rücksicht nehmen und die entwickeltsten Grundsätze zur Anwendung bringen,

Aus Artikel 32 der genannten Seeprisenordnung gebe es klar hervor, daß Gegenstände, wie die 22 Gewehre, 5 Pistolen und 3 Kisten Munition, welche, wie auch auf anderen Schiffen, zur Verteidigung an Bord gehalten würden, keinenfalls als Konterbande angesehen werden könnten.

Aus diesen Gründen werde die Freigabe des Schiffes und seiner gesamten Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Das zur Verhandlung stehende Schiff sei ein feindliches und sei nach Eintritt des Krieges beschlagnahmt worden. Da ferner Korea kein neutrales Land sei, so sei die Beschlagnahme gerechtfertigt, und es müsse auf Einziehung erkannt werden.

Was die Ladung angehe, so seien die Möbel und die alten Kleider als persönliche Gebrauchsgegenstände freizugeben. Alle anderen Güter müßten zur Einziehung verurteilt werden.

In dem vorliegenden Fall ist zu untersuchen:

 ob die vom dem Kongreß für Völkerrechtswissenschaft in Turin im Jahre 1882 beschlossene Seeprisenordnung und der von dem Völkerrechtskongreß in Paris im Jahre 1895 beschlossene Abänderungsentwurf auf diesen Fall Anwendung finden oder nicht;
 ob die hier verhandelte Beschlagnahme rechtmäßig ist oder

nicht;
3. ob das zur Verhandlung stehende Schiff und seine ganze Ladung

ob das zur Verhandlung stehende Schiff und seine ganze Ladung einzuziehen ist oder nicht.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

1. Wenn auch, wie der Reklamant behauptet hat, das Völkerrecht, abgesehen von den vertragsmäßigen oder sonstigen Bestimmungen der Staaten, aus den Prinzipien hervorgehe, welche Fachgelchrte des Völkerrechts oder Staatsregierungen bei vorgekommenen Fällen ausgesprochen haben, so kann man doch nicht behaupten, daß die Erklärung einer einzelnen Regierung oder Gelehrtenbeschlüsse ohne weiteres zu einer Bestimmung oder Gewohnheit des gegenwärigen Völkerrechts werden. Da nun die von dem Reklamanten angezogene, von dem Völkerrechtskongreß in Turn im Jahre 1882 beschlossene Seepisenordnung, der der Friedenskonferenz im Haag im Jahre 1895 het schlossene Abänderungsenitwurf nur Vorschläge der Gelehrten zum Ausdruck bringen, und ferner die Regierungen der Mächte kediglich erklärt haben, diese Frage ihrer Untersuchung unterwerfen zu wolfen, so können

sie auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden. Daher kann den Behauptungen des Reklamanten in diesem Punkt nicht beigepflichtet werden.

 Um den zweiten Punkt klarzustellen, muß zunächst genau untersucht werden, ob die Beschlagnahme nach dem Eintritt des Kriegszustandes erfolgt ist oder nicht.

Aus den Tatsachen, daß Rußland während der Verhandlungen mit lanan über die mandschurisch-koreanische Frage auf der einen Seite seine Antwort grundlos hinzögerte, während es auf der anderen seine Armee in der Mandschurei und in Korea aufmarschieren ließ und seine Kriegsflotte nach Port Arthur zusammenzog, geht deutlich hervor, daß es seinerseits bereits entschlossen war, den Kampf gegen Japan zu eröffnen. Japan übersandte daraufhin am 5. Februar 1904 an Rußland eine Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und machte gleichzeitig seine Kriegsmacht mobil, so daß die japanische Flotte am 6. Februar 1904, 7 Uhr morgens, von Sasebo zum Angriff des russischen Geschwaders aufbrach. Wenn man sich die damalige allgemeine Situation und die Bewegungen der beiderseitigen Kriegsflotten vergegenwärtigt, so muß man sagen, daß die Feindseligkeiten schon vor der zur Verhandlung stehenden Beschlagnahme ihren öffentlichen Anfang genommen hatten. Damit ist es erwiesen, daß der Kriegszustand zur Zeit der hier verhandelten Beschlagnahme bereits eingetreten war.

Der Reklamant behauptet, die Bekanntmachung der Kriegseröffnung sei für die Staatsangehörigen unentbehrlich, daher sei eine Beschlagnahme vor Bekanntmachung der Kriegseröffnung unrechtmäß z. Da es aber gegenwärtig allgemein völkerrechtlich anerkannt ist, daß es zur Kriegseröffnung nicht unbedingt einer Bekanntmachung bedarf, so ist diese Behauptung des Reklamanten unbegründet.

Was ferner den Ort der Aufbringung angeht, so macht der Reklamant geltend, daß ein Ort in 3 Seemeilen Entfernung von der Küste Hoheitsgewässer sei, aber da Korea tatsächlich kein neutraler Staat ist, so kann damit die Unrechtmäßigkeit der Beschlagnahme nicht begründet werden.

Da es des weiteren allgemein völkerrechtlich anerkannt wird, daß ein feindliches Schiff, gleichgültig ob es von der Kriegseröffnung Kenntnis hatte oder nicht, beschlagnahmt werden kann, <sup>2</sup>) so kann, selbst angenommen, das Schiff habe keine Kenntnis von der Kriegseröffnung gehabt, aus diesem Curnde die Beschlagnahme nicht für rechtswidrig erachtet werden.

Die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 ist eine Gnadenverordnung, welche russische Handelsschiffe, die in japanischen Häfen

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>) V § 35.

lagen oder vor dem 9. Februar von einem ausländischen Hafen nach einem japanischen Hafen abgefahren waren, von der Beschlagnahme ausnimmt. Sie ist daher ihrem Sinne nach auf das zur Verhandlung stehende Schiff, welches auf der Reise nach Odessa war, wenn es auch in Colombo anlaufen wollke, nicht auszudehnen, und die Vergünstigung kann diesem nicht zuteil werden. Die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme ist demnach zu Recht eeschehen.

3. Da, wie oben dargetan, das zur Verhandlung stehende Schiff ein eindliches ist, und die ihm gehörigen 22 Gewehre, 5 Pistolen und 3 Kisten Munition zum Schutz des Schiffes, die 1600 Rubel zur Löhnung der Mannschaft bestimmt waren, so sind sie alle als feindliches Gut anzusehen und mit dem Schiff zusammen als Prise einzuziehen. 39

Was ferner die in der Urteilsformel aufgeführten Ladungsgüter angeht, so waren sie alle von Wladiwostok nach Odessa abgesandt und müssen alle als feindliches Gut betrachtet 4) und ebenfalls als Prise eingezogen werden. 3)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Gesellschaft der russischen freiwilligen Flotte in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den vorsitzenden Verwaltungsrat Pierre Faurief.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokujchiro, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama Yanashitacho Nr. 14.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht in Sasebo in der Prisensache, betreffend den im Eigentum der russischen freistilligen Flotte stehenden Dampfer "Ekaterinoslav", welcher am 6. Februar 1904 in der Nähe von Fusan in Korea von dem Kalseifichen Kriegsschiff "Saiyen" aufgebracht worden ist, ein Urteil erlassen, in welchem auf Einziehung des genannten Dampfers sowie der auf ihm verdadenen 22 Gewehre, 5 Pistoken, 3 Kisten Munition, 1600 Rubel, 31 Kolli Möbel, 4 Kolli Kleidungsstücke und Betten, 1 Kollo Fabrikartikel, 4 Kolli Pelzwerk, Schmiedegeräte und 2 andere Warensorten, 1 Schrank, 2 Kolli Seidengewebe, 156 Kolli kupferne Patronenhülsen und anderes und 1 Kiste Kleidungsstücke entschieden worden ist.

<sup>3)</sup> V § 40, - 4) §§ 8, 3 und 4.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, der vorsitzende Verwaltungsreierre Faurief der Gesellschaft der russischen freiwilligen Flotte, durch den Rechtsamwält Masushirma Rokuichiro als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Ober-Prisengericht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi remfit worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Masushima Rokuichiro und deren Gründe sind folgende:

1. Da eine Erklärung der Regierung eines Staats und ein Beschluß der Gelehrten eine Bestimmung oder einen Gebrauch des gegenwärtig geltenden Völkerrechts darstelle, so müsse die von dem internationalen Völkerrechtskongreß in Turin im Jahre 1882 beschlossene Seeprisenordnung, der der Friedenskonferenz im Jahre 1887 vorgelegte Entwurf und der Abänderungsentwurf des Völkerrechtskongresses in Paris im lahre 1885 als Norm des geltenden Völkerrechts betrachtet werden. Denn das Völkerrecht sei kein Gesetz, es fehle an einem Gesetzgeber wie für die Gesetze eines Staats. Die Normierung und Verbesserung geschehe in Erklärungen der Regierungen der Mächte und Beschlüssen der Gelehrten. Das, was eine Regierung vorkommendenfalls erkläre, werde damit zum Völkerrecht. Derartige Erklärungen müßten mit dem Fortschritte der Welt und der Änderung der Zeitverhältnisse ihrerseits fortschreitend, verschieden ausfallen und dürften nicht für einen Staat unveränderlich bestimmt bleiben. Als Richtschnur für das Völkerrecht müsse eine den Umständen des Falls entsprechende, billige und unparteiische Behandlung gelten, und bei der Anwendung der Bestimmungen des internationalen Kricgsrechts müßten die Staaten der allgemeinen Forderung der Welt nachgeben und unter Anwendung der fortgeschrittensten Theorien das Prinzip unparteiischer Gerechtigkeit gegen die ganze Welt zugrunde legen. Ein Prisengericht sei verschieden von einem gewöhnlichen Gerichtshof. Es gebe für dasselbe keine Bestimmungen, an die es gebunden sei. Wenn man sich überlege, was die Grundlage bilde, auf der man zu dem Völkerrecht gelangt sei, und was, darüber hinausgehend, als Richtschnur für die Entscheidungen dienen müsse, so müsse man zu dem Resultat kommen, daß bei der Entscheidung nach den jeweiligen Umständen des Falls zu verfahren sei. Reklamant sei der Ansicht, daß es sein selbstverständliches Recht sei, zu verlangen, daß bei einer Reklamation, welche er im Jahre 1904, am Beginn des 20. Jahrhunderts, erhebe, der Untersuchung die höchsten Prinzipien zugrunde gelegt würden, zu denen die völkerrechtliche Forschung gelangt sei. Die Ansicht des Reklamanten gehe dahin, daß nicht auf dem Standpunkt der Völkerrechtslehren des Westens Halt gemacht werden müsse, sondern daß man noch neuere Ansichten zugrunde legen müsse, nach denen gemäß der oben genannten Richtschnur selbst feindliche Schiffe und feindliches Gut, wenn dieses keine Konterbande sei und keine verhotene Handlung oder Absicht vorliege, auch ein direktes Kriegsbedürfnis oder ein Hindernis für die Kriegsführung nicht vorhanden sci. nicht wegzenommen werden könnten.

Nach moderner völkerrechtlicher Äuffassung geschehe die Beschlagnahme als Kontrolle im Interesse der Kriegsführung und die Visitierung
und Untersuchung dürfe über die Erreichung dieses Zieles hinaus nicht
ausgehbt werden und nicht den Charakter eines Racheaktes annehmen.
Selbst feindliche Schiffe und feindliches Gut dürften daher, abgesehen
von gewissen Fällen, nicht weggenommen werden. Reklamant sei der
Ansicht, daß eine Auschauung wie die, man müsse den Peind durch
Vernichtung seiner Schiffahrt und seines Handels zur Übergabe zwingen,
in unser Jahrhundert, welches die Organe des Verkehrs und der
Okonomie so entwickelt habe, nicht übernommen werden dürfe. Demnach müßten feindliche Schiffe, wenn man verbotene Handlungen nicht
annehmen könne, da der Zweck der Kontrolle erreicht sei, sofort freigegeben werden.

Das zur Verhandlung stehende Schiff habe keine Konterbande befördert, auch sonst keine verbotenen Handlungen begangen. Daß es in Zukunft derartiges vorhabe, sei nicht erwiesen. Es sei ein Schiff, welches in friedlichen Handelsgeschäften verwandt worden sei und bei dem irgendwelche Absicht, den Kampf direkt zu unterstützen, nicht vorliege. Daher sei seine Freisprechung selbstverständlich. Dies um so mehr, da niemand bezweifeln könne, daß lapan, welches den Krieg mit Rußland geraden Sinnes begonnen, ihn auch geraden Sinnes zu Ende führen wolle, und es der wahren Absicht der Kaiserlichen Regierung entsprechen müsse, wenn 'man feindlichen Schiffen und feindlichen Gütern, soweit bei dem Eigentümer keine schädigende Absicht oder Handlung vorliege, nach dem Grundsatz unparteiischer Gerechtigkeit für die ganze Welt dasselbe weitherzige Verfahren angedeihen lasse wie neutralen Schiffen und Gütern. Auch biete sich in dem jetzigen Kriege die beste Gelegenheit, das Völkerrecht, welches sich in den letzten zehn Jahren herausgebildet habe, anzuwenden und nötigenfalls neue Beispiele zu schaffen.

Dafür, daß die Reklamation begründet sei, spreche auch die Tatsech daß die Anschauungen des Völkerrechts sieh nach und nach in der Weise entwickelt hätten, daß die Beschränkungen für Beschlagnahme und Wegnahme von Schiffen so vermehrt worden seien, daß es nun so viele Ausnahmebestimmungen gebe, daß man geradezu geneigt sei, die Ausnahme zur Regel zu machen.

Wenn man nach dem suche, was für den vorliegenden Fall als völkerrechtliche Richtschnur zu nehmen sei, so müsse man sagen, daß es nichts besseres gebe, als die oben erwähnte, von dem internationalen Völkerrechtskongreß in Turin beschlossene Seeprisenordnung und daß eine Entscheidung auf Grund der Artikel 4, 5, 6, 8–10, 23 und 32 derselben das Richtige treffen würde. Diese Bestimmungen seien der Niederschlag der internationalen öffentlichen Meinung, und Japan dürfe nicht zögern, dieselben anzunehmen.

2. Nach modernen völkerrechtlichen Begriffen könne, wenn auch schon der Kampf begonnen habe, solange noch keine Bekanntmachung über die Kriegseröffnung vorliege, das Eigentum von Privatpersonen, die von dem Kriege keine Kenntnis hätten, wenn sie auch leindliche Staatsangehörige seien, nicht zur Prise gemacht werden. Wenn man sage, es bedürfe zur Kriegseröffnung keiner Bekanntmachung, so gelte das nur für die kriegführenden Staaten, treffe aber für die privateu Untertanen nicht zu. Denn der Krieg schaffe ein Verhältnis zwischen den Staaten als solchen. Die den Staat zusammenestzenden Untertanen hätten als eingelne Individuen zu dem Krieg keine Beziehung. Daher müsse der Friede für ihre Person und ihr Eigentum, ungeachtet der Kriegseröffnung, gewahrt werden.

Da ferner Korea ein neutrales Land sei, so sei die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme von vornherein unrechtmäßig. Nach dem Völkerrecht sei für die Enischeidung über die Rechtmäßigkeit odier Unrechtmäßigkeit odier Beschlagnahme der Punkt ins Auge zu fassen, ob Handlungen oder Absichten, welche die kriegsrechtlichen Bestimmungen verletzten, vorlägen oder nicht. Wenn man ferner dem Sinne der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904, 3) welche den Schutz derer, die von der Kriegseröffnung keine Kenntnis hätten, bestimme, so sei es offenbar, daß diese auch dem zur Verhandlung stehenden Schiff zugute kommen misse. Deshalb mache Reklamant auch diese Verordnung für den in dem vorliegenden Fall einzunehmenden Standpunkt geltend.

3. Das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung stünden freilich in feindlichem Eigentum. Aber die Beschlagnahme sei am 6. Februar 1904 erfolgt, und die Feindseligkeiten zwischen Japan und Rußland hätten erst am 8. Februar, familich mit dem Seegfecht vor dem Hafen von Chemulpo, begonnen. Das zur Verhandlung stehende Schiff sei am 4. Februar 2½ p. m. von Wladiwostok abgefahren und bis zu seiner Autbrungung an keinem Orte angelauten. Daher habe es von dem Abbruch der friedlichen Beziehungen zwischen Japan und Rußland keine Kennthis gehabt. Es sei ferner ein Handelsschiff, welches zum Seehandel gedient habe. Es lägen keine Spuren dafür vor, daß es Gefechtsrüstung geführt oder zum Konterbandetransport gedient habe. Da es ein friedliches Handelsschiff sei, ok öhnne es nach den Regeln

des in der Neuzeit entwickelten Völkerrechts allenfalls beschlagnahmt, keinenfalls aber eingezogen werden.

Im besonderen müßten, wie in der Reklamationsschrift und deren Ergänzung dargetan, die der Frau Kondratowitsch gehörigen 3 Kolli Möbel, weil sie friedliches Gut und keine Konterbande seien, freigegeben werden.

Aus diesen Gründen sei das Urteil erster Instanz, welches das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung für gute Prise erkläre und ihre Einziehung verfüge, rechtswidrig. Es werde daher Verwerfung dieser Entscheidung und Freigabe des Schiffs und seiner Ladung beantragt.

Die Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, \* Yamamoto Tatsurokuro, ist, wie folgt:

Die Berufungsbegründung sei freilich sehr lang, enthalte aber recht wenig Behauptungen, die mit der vorliegenden Sache direkt in Beziehung stünden. Ihr Kern sei der, daß der Reklamant wünsche:

daß die Beschlüsse des Völkerrechtskongresses in Turin im Jahre 1882, welche das entwickeltste und unübertroffene Völkerrecht darstellten, angewandt und noch darüber hinaus neue Beispiele geschaffen würden. Das Urteil erster Instanz habe dies nicht getan und sei rechtswidig;

Das Völkerrecht werde indes gebildet durch die von den Staaten allgemein anerkannten und in ihrem Verkehr untereinander von ihnen selbst befolgten Gewohnheiten und Rechtsbestimmungen. Bestimmungen, wie die von dem Reklamanten angezogenen, seien lediglich Beschlüsse von Gelehrten, welche nicht die allgemeine Anerkennung der Staaten genössen und daher nicht ohne weiteres angenommen werden könnten.

Was nun die anderen Berufungsgründe angehe, so sei die Ansicht des mit dem Schriftsatz für die mündliche Verhandlung beauftragten Staatsanwalts bereits klar ausgesprochen und, da neue Gründe uicht geltend gemacht seien, so sei eine Erwiderung überflüssig.

Das Urteil erster Instanz sei demnach rechtmäßig und gebe keinerlei Grund zu Aussetzungen. Es werde daher Verwerfung der Berufung beantragt.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Was die von dem Reklamanten angezogenen, von dem internationalen Völkerrechtskongref in Turin beschlossene Seeprisenordnung angeht, so ist ihr Inkrafttreten lediglich von einer Körperschaft bedeutender Gelehrter gewünscht worden und die Staaten haben sie ihrer Pr
f
üfung unterwerfen wollen. Sie hat aber keine völkerrechtlich bindende Kraft. Es wäre daher ein Fehlgriff, wenn man heute auf ihrer Grundlage Fragen des Seeprisenwessen entscheiden wolle.

Wenn man auch nicht behaupten kann, daß bei einem Prisengericht die Leistung in dem Punkte, daß es bei der Erledigung seiner Fälle das Landesgesetz und das Völkerrecht zu befolgen hat, von der Behandlung der Geschäfte in einem gewöhnlichen Gerichtshof nicht verschieden ist, so besteht doch zwischen den beiden in dem Punkte, daß sie die Gesetze befolgen und nach den gesetzlichen Anordnungen arbeiten müssen, kein Unterschied. Eine Argumentation, wie die des Reklamanten, welche nach Willkür einen humanitären Lehrsatz wie "Unparteiische Gerechtigkeit für die ganze Welt" zitiert und danach die Aufgaben für eine Zeit wie die jetzige bemessen will, berücksichtigt nicht, daß der Krieg bei dem heutigen Staatenverkehr eine unvermeidliche Tatsache ist; und man kann dem natürlich nicht beistimmen, wenn der Reklamant versucht, zu leugnen, daß nach dem geltenden Völkerrecht das Recht, Seeprisen zu machen, eine der Befugnisse ist, welche den Staaten im Kriegszustande zustehen. Daher ist der Grundsatz des geltenden Völkerrechts, daß während eines Krieges feindliche Schiffe und auf ihnen verladene Güter zur Prise gemacht werden können, ohne daß man die Absichten oder Handlungen der Reeder oder der Besatzung zu berücksichtigen braucht, durchaus billig und das Urteil erster Instanz. welches diesen Grundsatz angewandt hat, zutreffend,

2. Korea hat für den Krieg zwischen Rußland und Japan von Anfang an zu der Landung der japanischen Truppen in seinem Gebiet und dem Passieren derselben seine Zustimmung gegeben. Auch hat sich der Krieg anfangs innerhalb des Hoheitsgebiets von Korea abgespielt. Daher kann Korea nicht als neutral im gewöhnlichen Sinne des Worts erachtet werden. Wenn der Reklamant daher aus dem Orte der Beschlagnahme die Wirkungslosigkeit derselben ableiten will, so ist sehon die Örundlage seiner Behauptung irrig.

Die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 schafft mit Bezug auf die Beschlagnahme feindlicher Schiffe eine besondere Verginnstigung, die indes nur solchen feindlichen Schiffen zugute kommt, bei denen besondere Umstände zutreffen. Eine Anwendung derselben unter Erweiterung des in ihr bestimmten Umfangs ist daher nicht möglich. Da das zur Verhandlung stehende Schiff auf seiner Reise von Waldwostok in Rußland nach Odessa gleichfalls in Rußland auf der See bei Korea beschlagnahmt worden ist, so ist das ein Fall, der an der Vergünstigung der Kaiserlichen Verordnung keinen Anteil nimmt.

Da es ferner völkerrechtlich allgemein anerkannt ist, daß feindliche Schiffe, auch wenn sie von der Kriegseröffnung keine Kenntnis haben, zu Prisen gemacht werden können, so steht die Tatsache, daß das zur Verhandlung stehende Schiff von dem Bestehen des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland nichts gewußt hat, der Beschlagnahme nicht entreven.

Des weiteren ist es völkerrechtlich allgemein anerkannt, daß der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privatvermögens für Seeprisen keine Anwendung findet. Punkt 2 der Berufung ist daher in allen Teilen unbegründet.

3. Der Zeitpunkt des Beginns des Kriegszustands ist nicht unbedingt der Augenblick, wo die beiden streitenden M\u00e4chte dieser serste Kannenfeuer wechseln. Wenn auch nur durch weniger drastische Ausf\u00fchrung der Kriegsabsicht oder durch Abgabe einer Kriegserkl\u00e4rung oder einer derselben gleichstehenden Mitteilung der Wille zu k\u00e4npfen offenbart worden ist, so ist mit dem Zeitpunkt der Kriegszustand als eingetreten zu erachten.

Da nun während der japanisch-russischen Verhandlungen betreffend die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Chinas und Koreas Rußland durch sein unangemessenes Verhalten, welches die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens unmöglich machte, und durch fortwährende Kriegsrüstungen seine Absicht, uns mit Waffengewalt zu unterwerfen, klar bewies, so sandte unsere Regierung am 5, Februar 1904 eine Instruktion bezüglich Abbruchs der diplomatischen Beziehungen an unseren Gesandten in Rußland, und gleichzeitig traf unser Kriegsgeschwader seine Vorbereitungen und fuhr am folgenden Tage, dem 6. Februar, mit der Bestimmung, den Kampf aufzunehmen, von dem Kriegshafen Sasebo ab und nahm auf der Fahrt, also während der Kriegszeit, das, wie bekannt, tür den Kriegsgebrauch der feindlichen Regierung zur Verfügung zu stellende, hier zur Verhandlung stehende Schiff in Beschlag. Dies war eben nichts anderes als eine solche Ausführung der Kriegsabsicht, und man muß sagen, daß der japanisch-russische Krieg mit diesem Zeitpunkt seinen Anfang genommen hat. Der 6. Februar vorigen Jahres, d. h. der Tag, an welchem das Kaiserliche Kriegsschiff "Saiven" das zur Verhandlung stehende Schiff aufbrachte, liegt daher bereits in der Kriegszeit. Unfraglich war daher die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes gerechtfertigt und, da, wie bereits oben dargetan, das Schiff und die auf ihm befindliche feindliche Ladung der Wegnahme unterliegen, so hat das Urteil erster Instanz, welches ihre Einziehung verfügt, vollkommen richtig entschieden.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 30. Mai 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

**Reklamant:** Die Filiale der deutschen offenen Handelsgesellschaft Kunst & Albers in Nagasaki, vertreten durch den Prokuristen August Gese, Nagasaki, Oura &

In der Prisensache betreffend Ladungsstücke des russischen Dampfers "Ekaterinoslav" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Ekaterinoslav" verladenen Güter, nämlich 1 Kiste Musikinstrumente, 1 Kollo Fabrikartikel, 4 Kolli Blasebälge und anderes und 1 Kollo Kästen werden eingezogen.

Die Reklamation betreffend die Fracht für die Güter und Reisekosten wird abgewiesen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die in der Urteilsformel verzeichneten Güter sind auf dem russischen Dampfer "Ekaterinoslav" verladen und von der Filiale der deutschen offenen Handelsgesellschaft Kunst & Albers in Wladiwostok an die Filiale derselben Firma in Odessa versandt worden. Auf der Reise dahin wurden sie am 6. Februar 1904, nach 9 Uhr vormittags, 3 Seemeilen nördlich von dem koreanischen Hafen Fusan, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Saiyen" zusammen mit dem genannten Schiff beschlannahmt.

Diese Tatsachen werden bewisen durch die schriftliche Aussage des Vertreters des Kommandanten der "Saiyen", Kapitänleutnants Yoshimura Shinsei, das Schiffiszertfifikat der "Ekaterinoslav", die Frachtbriefe und die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns George Seletzky, des ersten Offiziers Wladimir Kisim off und des zweiten Offiziers Peter Rübakoff des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Reklamanten sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter stünden im Eigentum der von dem Reklamanten vertretenen offenen Handelsgeselbschaft K un sti & Albers, und sie seien, da die genannte Firma eine neutrale deutsche Firma sei, neutrales Gut. Neutrales Gut auf feindlichem Schiff könne, abgesehen von Kriegskonterbande, nicht eingezogen werden. Es werde daher Freigabe der gesamten zur Verhandlung stehenden Güter, welche keine Konterbande sei, beantragt.

Ferner werde Erstattung der Fracht für die zur Verhandlung stehenden Güter im Betrage von 64 Rubel 37 Kopeken und der aus Anlaß des Erscheinens des Reklamanten vor dem Prisengericht verauslagten Reisekosten von 50 Ven beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehenden Güter seien, wenn sie auch im Eigentum einer neutralen Person stünden, offenbar feindlich, weil sie von dem feindlichen Wladiwostok nach dem feindlichen Odessa verschifft worden seien.

Feindliches Gut auf feindlichem Schiff unterliege aber, gleichgültig ob es Konterbande sei oder nicht, der Einziehung.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Nach dem geltenden Völkerrecht kann feindliches Gut auf feindlichem Schiff, gleichviel ob Konterbande oder nicht, zu Kriegszeiten eingezogen werden. Ob Güter feindlich sind oder nicht, bestimmt sich nicht nach der Nationalität des Eigentümers, sondern nach seinem Wohnsitz und bei Kaufleuten nach dem Ort, an welchem sie ihre Handelsniederfassung haben.<sup>1</sup>)

Die Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Güter, die Firma Kunst & Albers, ist freilich eine deutsche Firma, sie betreibt indes in Władiwostok und Odessa mit eigenen Filialen Handelsgeschäfte. Da die zur Verhandlung stehenden Güter von der Filiale der genannten Firma in Władiwostok an die Filiale derselben Firma in Odesa versehifft wurden, so ist es erwiseen, daß is eindliche Güter sind.

Als solche müssen die zur Verhandlung stehenden Güter, weil sie auf dem feindlichen Dampfer "Ekaterinoslav" verladen und nach dem Eintreten des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland beschlagnahmt worden sind, wenn sie auch keine Konterbande sind, eingezogen werden. <sup>3</sup>)

Was den Antrag betreffend die Fracht- und Reisekosten angeht, so liegt die Entscheidung hierüber nicht im Bereich des Prisengerichts, und die Reklamation über diesen Punkt muß abgewiesen werden.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

#### (Unterschriften.)

Reklamant: Die Filiale der offenen Handelsgesellschaft Kunst & Albers in Nagasaki, Oura Nr. 8, vertreten durch den Prokuristen A. Gese.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt IshibashiTomokichi, Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisen'gericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladungsstücke des am 6. Februar 1904 bei Fusan

<sup>1)</sup> V §§ 8, 3 u. 4. — 2) V § 42, 2.

in Korea von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Saiyen" beschlagnahmten, der russischen Gesellschaft der freiwilligen Flotte gehörigen Dampfers "Ekaterinoslav" ein Urteil gefällt, in wechem auf Einziehung der auf diesem Dampfer verladenen folgenden Güter: 1 Kollo Musikinstrumente, 1 Kollo Fabrikartikel, 4 Kollis Blasebälge und sonstige Schmiedegeräte, 1 Kollo Kästen, erkannt und die Reklamation für die Fracht dieser Güter abgewissen worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, der Prokurist A. Gese der Fillate der offenen Handelsgesellschaft Kunst & Albers, durch den Rechtsanwält Ishibashi Tomokichi als Prozeßverteter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Jshiwatari Binichi im Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation Ishibashi Tomokichi und deren Begründung sind folgende:

1. Die Beschlagnahme der zur Verhandlung stehenden Güter sei mit der Aufbringung des Dampfers "Ekaterinoslav" zusammen am 6. Februar 1904, 9 Uhr vormittags, also während noch Frieden zwischen Japan und Rußland bestand, erfolgt. Die Annahme der Entscheidung erster Instanz, daß die Beziehungen zwischen Japan und Rußland am 5. Februar abgebrochen seien und der Kriegszustand bereits an diesem Tage eingetreten sei, beruhe auf einer Entstellung der ihr zugrunde liegenden Tatsachen. Außerdem sei es eine unzureichende Begründung, wenn man einfach den 5. Februar nenne, ohne die Stunde genau anzugeben. Nach dem von dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten. Komura, veröffentlichten Protokoll über die diplomatischen Verhandlungen sei das Telegramm, welches die Instruktion für den in St. Petersburg akkreditierten Gesandten Kurino bezüglich des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit der russischen Regierung enthalten habe, am 5. Februar, nachmittags 2 Uhr, abgesandt worden. Diese Mitteilung sei der russischen Regierung von dem genannten Gesandten am 6. Februar, 4 Uhr nachmittags, abgegeben worden. Daher habe am 5. Februar noch kein Kriegszustand bestanden. Dieses Telegramm des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten stelle nur die interne Mitteilung des Willens der Japanischen Regierung dar, sei aber noch keine Verlautbarung derselben nach außen. Erst am 6. Februar, 4 Uhr nachmittags, sei diese Absicht, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, von dem japanischen Gesandten der russischen Regierung gegenüber zum Ausdruck gebracht worden. Daß am 5. Februar noch kein Krieg bestanden habe, gehe auch aus der Tatsache hervor, daß die Zollbehörde in Nagasaki an diesem Tage für den Dampfer Mukden 3) und dessen Ladung die Ausklarierungspapiere ausgestellt habe.

³) "Mukden" ist ein russischer Dampfer gewesen. (VI, 2b.)

- 2. Der Ort, an welchem der in Frage stehende Dampfer und seine Ladung aufgebracht worden seien, liege 3 Seemeilen nörlich von Fusan in Korea. Korea habe aber vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Rußland sich für neutral erklärt und habe bis zum Abschluß der Allianz mit Japan am 27. Februar 1904 diese Stellung gewahrt. Es bedürfe daher nicht vieler Worte, um darzutun, daß die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme, weil der Ort, an dem sie vollzogen worden sei, nach dem Völkerrecht in dem Hoheitsgebiet eines neutralen Staats liege, rechtswidrig sei.
- 3. Wenn man aber annehme, Korea sei nicht neutral, so h\u00e4tten in seinen Hoheitsgew\u00e4ssern, in derselben Weise wie in den japanischen, die zur Verlandlung stehenden \u00dcute den Schutz der \u00e43 zund 1 der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 9) erhalten und der Beschlagnahme entgehen m\u00fcssen.
- 4. Da der Absender der zur Verhandlung stehenden Güter von dem Einritt des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland keine Kenntnis gehabt habe, so stehe es außer Zweifel, daß er keine böse Absicht, Japan zu schädigen und dem Feind zu nützen, gehabt habe. Daher mißten die zur Verhandlung stehenden Güter in dem von den Artikeln 6, 23 und 30 der von dem internationalen Völkerrechtskongreß im Jahre 1882 beschlossenen und den Regierungen der Mächte unterbreiteten Seeprisenordnung vorgeschriebenen Sinne behandelt zerden. Denn das Völkerrecht besitze keine besondere gesetzliche Formulierung, sondern entnehme seine Grundsätze den Ansichten einer Anzahl der Gelehrten und den von einer Anzahl der Staaten anerkannten Rechtsregeln.
- 5. Da der Krieg ein Verhältnis zwischen Staaten begründe, zu dem die Individuen in keiner direkten Beziehung stinden, so misse in derselben Weise wie auf dem Lande der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privatvermögens auch für die See zur Ausführung kommen und es müsse anerkannt werden, daß Privatvermögen, wenn es auch im Eigentum feindlicher Staatsangehöriger stehe, nicht zum Objekt einer Wegnahme gemacht werden dürfe. Reklamant hoffe daher, daß Japan mit den bisher als Gewohnheit befolgten sehlechten Präzedenzen, feindliches Out zur See wegzunehmen, im Interesse der Humanität und des Friedens aufräumen werde und den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privatvermögens zur Ausfährung bringen werde.
- 6. Absender und Empfänger der zur Verhandlung stehenden Güter hätten freilich ihren Wohnsitz in feindlichem Gebiet, seien aber von neutraler Nationalität. Daher seien die Güter Eigentum Neutraler und könnten nicht eingezogen werden.

7. Der durch unrechtmäßiges Vorgehen des Staats von dem Reklamanten tatsächlich erlittene Schaden müsse von dem betreffenden Staat billigerweise ersetzt werden, und das Prisengericht sei zur Entscheidung zuständig, da ein Antrag auf Ersatz des Schadens aus einer Beschlagnahme unter den Begriff "Prisenangelegenheiten" des § 1 der Prisengerichtsordnung") falls

Aus diesen Gründen werde beantragt, daß unter Verwerfung des Urtels erster Instanz eine Entscheidung gefällt werde, auf Grund deren die in dem Tenor des erstinstanzlichen Urtels aufgeführten Güter freigegeben würden und dem Staate der Ersatz der Frachtkosten von 64 Rubel 37 Koncken auferlegt werde.

- Die Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht in Sasebo, Yamamoto Tatsurokuro, ist folgende:
  - 1. Der Reklamant sage in seinem ersten Berufungspunkte:

Da der Dampfer "Ekaterinoslav" von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Saiyen" am 6. Februar 1904, 9 Uhr vormittags, beschlagmahmt worden sei, so sei diese Beschlagmahme, weil vor Eintreten des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland, geschehen. Die Annahme des Urteils erster Instanz, daß der Kriegszustand mit Absendung der Mitteilung betreffend den Abbruch der Beziehungen am 5. Februar eingetreten sei, sei eine Entstellung der Tatsachen.

Darauf sei zu erwidern, daß Rußland während der diplomatischen Verhandlungen über die koreanisch-mandschurische Frage auf der einen Seite absichtlich seine Antwort hingezögert, auf der anderen zu Land und zu Wasser sich zum Kriege gerüstet und, als diese Rüstungen vollendet gewesen, seine Truppen zu Wasser und zu Lande vorgeschoben habe, um Japan zu erdrücken. Daraus, daß das Port Arthur-Geschwader sich schon gefechtsklar vor dem Hafen gesammelt habe, sei es klar geworden, daß Rußland sich zum Kampfe entschlossen habe. So nabe Japan schließlich die Beziehungen abgebrochen, seinen Gesandten aus Rußland zurückgezogen und am selben Tage dem Geschwader Befehl gegeben, die feindliche Flotte aufzusuchen und anzugreifen. Daraufhin sei unsere vereinigte Kriegsflotte am 6. Februar, 7 Uhr vormittags, von Sasebo aufgebrochen. Dies sei die Antwort auf die russische Herausforderung gewesen. Da die beiden Geschwader derartig in Gefechtsbereitschaft einander gegenüber gestanden, so hätten, wenn sie auch nicht miteinander in Berührung gekommen wären und noch kein Kanonenfeuer ausgetauscht hätten, die Feindseligkeiten damit bereits begonnen und der Kriegszustand seinen Anfang genommen. Daß daher das Geschwader auf seiner Fahrt ein feindliches Schiff beschlagnahmt habe, sei eine durchaus rechtmäßige Ausübung seiner kriegsrechtlichen Befugnisse gewesen.

2. Der Reklamant behaupte.

daß der Ort der Beschlagnahme 3 Seemeilen nördlich von Fusan in Korea, also in neutralem Hoheitsgewässer, liege, und daß die Beschlagnahme ungerechtfertigt sei.

Aber nach dem jetzt geltenden Völkerrecht liege ein Ort in 3 Seemeilen Entfernung vom Lande in der offenen See, nicht im Gebietsgewässer. Aber selbst angenommen, er liege im Gebietsgewässer und Korea sei ein neutraler Staat, so stehe doch das Recht der Beschwerde gegen Verletzung der Neutralität ausschließlich dem betreffenden Staat zu und könne keinenfalls als Orund für die Freilassung eines feindlichen Schiffes oder seiner Ladung geltend gemacht werden.

- 3. Die erste Hälfte des dritten Punktes der Berufung sei durch das in der vorigen Ziffer Gesagte bereits erledigt. Des weiteren mache der Reklamant Anspruch auf die Vergünstigung der Kässerlichen Verordnung Nr. 20. Da aber diese Verordnung am 9. Februar veröftentlicht und von diesem Tage an in Kraft zu treten bestimmt gewesen sei, so sei nach allgemeinen Rechtsanschauungen offenbar, daß sie auf einen in der Vergangenheit liegenden Fall keine Anwendung finden könne.
  - 4. Der Reklamant bringe vor,

der Absender der zur Verhandlung stehenden Güter habe weder zur Zeit der Verschiffung derselben in Wladiwostok noch auch danach bis zur Beschlagnahme von dem Eintreten des Kriegszustands Kenntnis gehabt, daher seien die Güter nach der von dem Völkerrechtskongreß in Turin beschlossenen Seeprisenordnung freizugeben.

Das Völkerrecht heiße indes die Wegnahme feindlicher Schiffe und Güter gut ohne Rücksicht auf Kennthis oder Unkenntnis von dem Kriegszustand. Die Beschlüsse des Gelchrtenkongresses in Turin könnten nicht als Völkerrecht anerkannt werden und fänden daher auf den vorliegenden Fall keine Anwendung.

5. Der Reklamant sage,

es entspreche nur unparteiischer Gerechtigkeit, daß das Privatvermögen wie auf dem Lande so auch zur See als unverletzlich angesehen werde und er erwarte daher die Verwirklichung dieses Grundsatzes.

Da jedoch das Völkerrecht gebildet werde durch die von den zivilisierten Mächten allgemein anerkannten und in ihrem Verkehr untereinander von ihnen selbst befolgten Rechtsbestimmungen, so sei es unmöglich, daß Japan allein den genannten Grundsatz, wenn er auch der Billigkeit entsprechen möge, annehme. 6. Der Reklamant führe an,

daß das Urteil erster Instanz die Landeszugehörigkeit der Waren unter Verwerfung des Nationalitätsprinzips nach dem Domizilprinzip bestimmt habe. Aus dem Domizilprinzip würde indes die seltsame Ansicht zu folgern sein, daß ein Japaner, welcher in Rußland lebe, als Feind anzuschen sei. Dies vertrage sich nicht mit dem nationalen Gedanken des iananischen Staats.

Da aber Gut, welches im Feindesland sei, gleichgültig in wessen Eigentum, als Vermögensquelle des feindlichen Staats dem feindlichen Krieger zugute komme, so sei es nicht schwer einzusehen, daß der Charakter solchen Guts feindlich sei. Daher sei das Domizilprinzip als das den Verhältnissen am besten entsprechende von Japan angenommen, und die auf Grund desselben gegebene Entseheldung sei richtig.

7. Der Reklamant sei der Ansicht, daß der Reklamationspunkt betreffend den Schadensersatz unter den Ausdruck, "Prisenangelegenheiten" des § 1 der Prisenordnung falle, und die Abweisung desselben ungerechtfertigt sei. Es gehe indes aus der Prisenordnung deutlich hervor, daß das Prisengericht sich mit der Untersuchung über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit von Prisen und mit der Entscheidung über Wegnahme oder Freigabe zu beschäftigen und in einer rein zivilrechtlichen Frage, wie der eines Schadensersatzes, nicht zu befinden habe. Daß Prisenangelegenheiten Ansprüche, wie die auf Schadensersatz, umfassen sollten, müsse als eine willkürliche Behauptung abgewiesen werden.

Aus diesen Gründen sei die Berufung ungerechtfertigt und müsse abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der Zeilpunkt des Beginns des Kriegszustands ist nicht unbedingt der Augenblick, wo die beiden streitenden Mächte das erste Kanonenfeuer wechseln. Wenn auch nur durch weniger drastische Ausführung der Kriegsabsicht oder durch Abgabe einer Kriegserklärung oder einer derselben gleichstehenden Mittellung der Wille zu kämpfen offenbart worden ist, so ist mit diesem Zeitpunkt der Kriegszustand als eingetreten zu erachten.

Da nun während der japanisch-russischen Verhandlungen betreffend die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Chinas und Koreas Rußland durch sein unangemessense Verhalten, welches die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens unmöglich machte, und durch fortwährende Kriegsrüstungen seine Absicht, uns mit Wäfengewalt zu unterwerfen, klar bewies, so sandte unsere Regierung am 5. Februar des Jahres 1904 eine Instruktion bezüglich Abbruchs der diplomatischen Beziehungen an unseren Gesandten in Rußland, und gleichzeitig traf unser

Kriegsgeschwader seine Vorbereitungen und fuhr am folgenden Tage, dem 6. Februar, mit der Bestimmung, den Kampf aufzunehmen, von dem Kriegshafen Sasebo ab und nahm auf der Fahrt, also während der Kriegszeit, das, wie bekannt, für den Kriegsgebrauch der feindlichen Regierung bereit zu stellende hier in Frage stehende Schiff in Beschlag. Dies war eben nichts anderes als eine solche Ausführung der Kriegsabsicht, und man muß sagen, daß der japanisch-russische Krieg mit diesem Zeitpunkt seinen Anfang genommen hat.

Daher ist Punkt 1 der Berufung, welcher behauptet, daß die zur Verhandlung stehenden Güter vor der Kriegseröffnung beschlagnahmt seien und daher die Beschlagnahme rechtswidrig sei, unbegründet.

Korea hat für den Krieg zwischen Japan und Rußland von Anfang an zu der Landung der japanischen Truppen in seinem Gebiet und dem Passieren derselben seine Zustimmung gegeben. Auch hat sich der Krieg anfangs innerhalb des Hoheitsgebiets von Korea abgespielt. Daher kann Korea nicht als neutral im gewöhnlichen Sinne des Worts erachtet werden. Wenn der Reklamant demnach aus dem Orte der Beschlagnahme die Wirkungslosigkeit derselben ableiten will, so ist schon die Grundlage seiner Behauptung irrig, und damit fällt dieser Berufungspunkt hin.

Die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 schafft mit Bezug auf die Beschlagnahme feindlicher Schiffe eine besondere Vergünstigung, welche russischen Schiffen, die zur Zeit ihres Inkrafttretens in japanischen Häfen lagen oder vor dem 9. Februar von einem ausländischen Häfen nach einem japanischen Häfen abgefahren waren, zugute kommen sollte. Daher kann ein Eigentümer von Laduug auf dem Dampfer "Ekaterinosla", welcher von Wladiwostok nach Odessa fuhr, diese Verordnung nicht geltend machen und die Güter κönnen der Beschlagnahme nicht entgehen.

Die internationalen Gebräuche erblicken darin, daß die Kriegseröffnung unbekannt war und daß die Absicht, den kriegführenden Staaten zu schaden oder zu nützen, nicht vorlag, keinen Grund, weshalb Güter mit feindlichem Charakter der Wegnahme entgehen sollten.

Des weiteren ist es völkerrechtlich anerkannt, daß der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privatvermögens für die See nicht, wie im Landkrieg, zu beobachten ist.

Was ferner die von dem Reklamanten angezogenen Beschlüsse eines internationalen Völkerrechtskongresses angeht, so ist ihre Durchführung lediglich der Wunsch einer Körperschaft bedeutender Gelehrter, welcher noch der völkerrechtlichen Forschung unterzogen wird, und sie haben nicht die Geltung von Vorschriften, die der vorliegenden Entscheidung zugrunde gelegt werden müßten.

Auch ist es von der völkerrechtlichen Praxis anerkannt, daß die

Landeszugehörigkeit von Gütern nach dem Domizilprinzip entschieden werden kann, und das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies der Billigkeit entspricht.

Daher müssen die Punkte 3—6 der Berufung abgewiesen werden. Die Befugnisse eines Prisengerichts gehen über die in der Prisenordnung bestimmte Untersuchung und Entscheidung über die Frage der Rechtmäßigkeit von Prisen nicht hinaus. Angelegenheiten, wie möglicherweise aus Beschlagnahmen entstehende Schadensersatzansprüche, liegen dagegen außerhalb seiner Kompetenz. Daher ist die Ablehnung des sich hierauf beziehenden Reklamationspunktes seitens des Gerichts erster Instanz zutreffend und auch dieser Berufungspunkt unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 30. Mai 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

In Sachen des am 6. Februar 1904, 2 Uhr 45 Minuten nachmittags, im Hafen von Fusan von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Heiyen" beschlagnahmten russischen Handelsschiffs "Mukden" und seiner Ladung wird bezüglich der in dem besonders beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter nach Einsicht des Schriftsatzes des Staatsamwalts, wie folgt, entschieden.

Bezüglich der in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten, von der Firma Holme, Ring er & Co. verschiftlen und für Grineff bestimmten Güter, nämlich einer Kiste Bettgestelle und einer Kiste Bettmatratzen, welche in Nagasaki auf der "Mukden" mit Bestimmung nach Wonsang in Korea verladen waren; sowie bezüglich der von der Firma Mactavish & Lehmann verschifften, für Wakefield bestimmten einen Kiste Arzneiwaren, welche in Shanghai auf dem genannten Dampfer mit Bestimmung nach Wonsang verladen war, muß nach den Angaben des Ladungsverzeichnisses und nach der Natur der Waren angenommen werden, daß dieselben dem in Korea ansässigen Grineff beziehungsweise Wakefield gehören.

Bezüglich ferner des von Matsumoto an Matsumoto verschiften Geldschranks sowie bezüglich der von Moriya an Nishijim a verschiffen Güter, nämlich eines Kollo Schirme und acht anderer Warensorten, welche in Nagasaki mit Bestimmung nach Wonsang in Korea verladen waren, muß angenommen werden, daß sie im Eigentum von japanischen Staatsangehörigen stehen, die in Korea ansässig sind. Daher werden alle diese Güter, unbeschadet der Rechtmäßigkeit ihrer Beschlagnahme, weil keine besonderen Gründe für ihre Einziehung vorliegen, sofort freigegeben. 1)

Gegeben am 24. Februar 1904.

# (Unterschriften.) Güterverzeichnis.

#### Name der Güter Zahl Absender Empfänger Eiseme Bettstellen . . 1 Kiste Holme, Ringer & Co. Grineff Bettmatratzen dazu . . 1 Kiste do. do. Elserner Geldschrank 1 Stück Matsumoto Matsumoto Schirme . . . . . 1 Kollo Moriva Nishijima Nahrungsmittel . . 1 Kiste do. do. Bücher . . . . . 1 Kiste do. do. 1 Kiste Schinken . . . . . do. do. 2 Kisten Äpfel . . . . . . . do. do. Bambus . . . . . 69 Bund do. do. Bauholz . . . . . 2 Kisten do. do. Porzellan . . . . . 1 Kiste do. do. Wachskerzen . . . . 1 Kiste do. do. Arzneiwaren . . . . 1 Kiste Mactavish & Lehmann Wakefield

**Reklamant:** Die ostehinesische Eisenbahngesellschaft in St. Petersburg, vertreten durch den Vizepräsidenten Wenzel.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 10.

In der Prisensache betreffend den russischen Dampfer "Mukden" und die auf demselben verschiffte Ladung wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Mukden" und die in dem beigefügten Ladungsverzeichnis unter Nr. 1 bis 45, 47 bis 52 und 54 bis 56 aufgeführten Güter werden eingezogen, die unter Nr. 46 und 53 aufgeführten Güter werden freigegeben.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Mukden" ist Eigentum der russisch-ostchinesischen Eisenbahngesellschaft, sein Heimatshafen ist der russische Pachthafen Dalny in China, er führt die russische Flagge

und dient zum Transport von Passagieren, Gütern und Postsachen zwischen Shanghai in China, Fusan in Korea, Nagasaki in Japan und Wladiwestok in Rußland. Am 5. Februar verließ der Dampfer den Hafen von Nagasaki mit Bestimmung nach Wladiwostok und wurde am 6. desselben Monats während seines Aufenthalts im Hafen von Fusan um 2<sup>th</sup> nachmittags von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Heiyen" beschlagnahmt. Unter der Ladung, welche ohne Ausnahme für Empfänger in Wladiwostok bestimmt war, befinden sich eine Kiste für amtlichen Gebrauch bestimmte Registerpapiere und ein Kollo Flaggen, welche dem in Wladiwostok ansässigen französischen Handelsagenten gehören.

Diese Tatsachen hat nicht nur der Reklamant anerkannt, sondern sie gehen auch hervor aus dem Protokoll des Stellvertreters des Kommandanten des Kriegsschiffes "Heiyen", Kapitänleutnants Y os hi m ura S hi n sei, aus den Vernehmungsprotokollen des ersten Offiziers der "Mukden", Serge Wisz ni ows ki, und des zweiten Offiziers, A lexan der I wan owitsch Kanajeff, aus dem Schiffsjournal, dem Ladungsverzeichnis, den Ausklarerungspapieren des Zollamts in Nagasaki, dem Permit der Nagasaki Qnarantäne-Station, aus den Protokollen der mindlichen Verhandlungen in Sachen der Reklamationen Nr. 6 und Nr. 12¹) betreffend die Beschlagnahme des Dampfers "Mukden" und den Aussagen des französischen stellvertretenden Vizekonsuls in Nagasaki G. G ou da rea u.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

- 1. Japan und Rußland seien in den Kriegszustand eingetreten mit der Seeschlacht bei Port Arthur am 8. Februar 1904 und nicht mit der Mitteilung Japans an Rußland über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Daher habe die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme zu einer Zeit stattgefunden, die vor dem Eintreten der beiden Mächte in den Kriegszustand liege, und das Schiff müsse daher freigelassen werden.
- 2. Selbst angenommen, die beiden Mächte seien zur Zeit der Mittellung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in den Kriegszustand eingetreten, so müsse doch, da diese Mitteilung durch den Gesandten K ur in o am 6. Februar, 4 Uhr nachmittags, stattgefunden habe, die Beschlagnahme aber am selben Tage um 2<sup>th</sup> p. m. vorgenommen worden sei, also in eine vor Eintreten des Kriegszustandes liegende Zeit falle, das Sehlft freigegeben werden.

 Nach der Pariser Seerechtserklärung vom Jahre 1856 könnten Güter, welche Neutralen gehörten, nicht beschlagnahmt werden. Daher

<sup>1)</sup> VI 2 c und g.

seien die in der Bekanntmachung des Staatsanzeigers als der Ostasiatischen Gesellschaft gehörig verzeichneten Güter, weil sie der in Wladiwostok ansässigen Firma Marcerou, Schreter & Co. gehörten, freizulassen.

- Wenn das Schiff freigelassen werde, so müsse auch die Ladung freigegeben werden.
- 5. Da die Beschlagnahme in den koreanischen Hoheitsgewässern stattgefunden habe, so sei die Frage, ob Korea als neutral anzussehen sei oder nicht, klarzustellen. Da fermer die Angehörigen kriegsführender Staaten von dem Kriegszulstand erst durch die Bekanntmachung der Kriegserklärung erführen, so sei das zur Verhandlung stehende, vor der Veröffentlichung des Kaiserlichen Erlasses bezüglich der Kriegserklärung beschlagnahmte Schiff freizulassen. Ferner sei es freizugeben, weil der Sinn der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 naf Schiffe, welche, wie das vorliegende, vor Eröffnung des Krieges Japan verlassen hätten und auf der Reise begriffen gewesse seien, zutreffen hätten und auf der Reise begriffen gewesse seien, zutreffe.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Die eine für den französischen Handelsagenten bestimmte Kiste mit Registerpapieren (amtlichen Schriftstücken) sowie ein Kollo Flaggen seien freizugeben; das Schiff dagegen und die übrige Ladung sei, weil sämtliche Anführungen des Reklamanten grundlos seien, einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Rußland hat während der diplomatischen Verhandlungen mit Japan über die mandschurische und koreanische Frage seine Antwort beständig verzögert und in Entsendung seiner Truppen in die Mandschurei und nach Korea hinein sowie in der Konzentration seines Geschwaders nach Port Arthur lebhafte kriegerische Tätigkeit entwickelt und seinen Entschluß, den Kampf mit Japan aufzunehmen, deutlich gezeigt. Daraufhin hat Japan am 5. Februar 1904 seine Erklärung an Rußland über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen abgesandt und sich zugleich in Kriegsbereitschaft gesetzt. Am folgenden Tage, dem 6. Februar 1904, 7 Uhr morgens, brach die japanische Flotte zum Angriff des russischen Geschwaders von Sasebo auf. Wenn man sich die Bewegungen der beiderseitigen Geschwader und die allgemeine Situation zu der Zeit vergegenwärtigt, so muß man sagen, daß die Feindseligkeiten bereits vor der zur Verhandlung stehenden Beschlagnahme ihren öffentlichen Anfang genommen hatten. Es ist daher klar, daß zur Zeit der Beschlagnahme der Kriegszustand bereits eingetreten war, und die Frage, ob die Kriegserklärung veröffentlicht war oder nicht, ist belanglos,

Die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904³) begründet eine ausnahmsweise Vergünstigung der Befreiung von der Beschlagnahme

lediglich für russische Handelsschiffe, welche sich in japanischen Häfen befunden haben oder vor dem 9. Februar von einem ausländischen Hafen nach einem japanischen Hafen aufgebrochen sind. Auf Schiffe jedoch, welche, wie das vorliegende, vor dem genannten Tage von einem japanischen Hafen nach einem feindlichen Hafen aufgebrochen sind, kann die Vergünstigung dieser Kaiserlichen Verordnung nicht ausredehnt werden.

Da ferner offenbar Korea tatsächlich kein neutrales Land ist, so kann gegen die Berechtigung zur Ausübung einer Beschlagnahme in seinen Hoheitsrewässern nichts einerwendet werden.

Da deshalb die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes zu Recht geschehen ist, so ist dasselbe einzuziehen. )

Was die Schiffsladung angelt, so ist die eine Kiske Registerpapiere (amtliche Schriftstäcke) und ein Kollo Flaggen, weil für den in amtlicher Eigenschaft in Wladiwostok ansässigen französischen Handelsagenten bestimmt, freizugeben. Die übrigen Güter sind jedoch, als feindliche Güter auf feindlichem Schiff, ämtlich einzusehen. 9)

Der Vertreter des Reklamanten hat bezüglich der im Staatsanzeiger als der Ostasiatischen Gesellschaft gehörig verzeichneten Güter geltend gemacht, daß dieselben der im Wladiwostok ansässigen französischen Firma Marcerou, Schreter & Co. gehörten, folglich als Eigentum eines Neutralen und nicht als feindliche Güter zu behandeln seien. Aber der Charakter von Gütern als feindlicher bestimmt sich nicht nach der Nationalität, sondern nach dem Wohnsitz des Eigentümers <sup>9</sup> und, da der Eigentümer der Güter freillich französische Staatsangehörigkeit besitzt, indes im Wladiwostok, d. h. im Gebiete des Feindes ansässig st und dort Handel treibt, so sind die Güter feindlich und können der Einziehung nicht entgehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

# (Unterschriften.)

# Ladungsverzeichnis des Dampfers "Mukden".

Nr.	Güter	Stück	Absender	Empfänger
1	10000 Rubel	1 Kiste	RussChines. Bank, Nagasaki	Russ Chin. Bank, Wladiwostok
	Musikinstrumente . Schreibmaschinen .	1 Kiste 10 Kisten	Ahrens & Co.	Kunst & Albers

<sup>\*)</sup> V § 40, 1. -- \*) V § 40, 2. -- 9 V §§ 8, 3 und 4.

Nr.	Güter	Stück	Absender	Empfänger
4	Walfischöl	5 Faß	Graf Kayserling	Feger
5	Parfümerien	3 Kisten	Ahrens & Co.	
6	Glasröhren	2 Kisten	,,	
7	Glasgeräte	1 Kiste	, 1	
8	Senfsamen	2 Kisten	,,	
9	Gewürze	1 Kiste	, ,	
10	Bücher	1 Kiste	,,	
11	Zitronen	150 Kolli	,,	
12		75 Klsten	,,	
13		1000Sack	Holme, Ringer & Co.	Choorin & Co.
14	Glasgeräte	1 Kiste	Boeddinghaus	
15	Gausgerate	59 Kisten		
16		100	Chu Yen Cheng.	Yuang Gee Tse
17	representation of the control	50 ,,	Yeng Kiung	Lieh Ta Hang
18		50 .,		,,
19	Phonographennoten .		Holme, Ringer & Co.	
20	Getrocknetes Obst	50 Kisten	, ,	
21	Genockheies Obst	10 Kolli		
22	Getrocknete Pflaumen	200 Kisten		
23	Getrocknete Äpfel	99		
24		1 Kollo		Köhler, Apothe
25	Drogen	1 Kiste	Ahrens & Co.	
26	Notizbücher	1 Kollo		
27		1 Kollo		Clarkson & Co
28	Stahlgeräte	5 Kisten		Schreter & Co.
20	Musikinstrumente		Shanghai	Władiwostok
29	Parfümerien	3 ,,	,,	,,
30	Gußeiserne Möbel	5 "	,	,,
31	Telegraphenapparate .	1 Kiste	Great Northern Shanghai	Telegraph Co. Wladiwostok
32	Phonographenröhren .	2 Kisten	Giyumann & Co.	Yumpozan
33	Zinkblech	22 Stück	P. O. & Co.	,,
34	Teeproben	1 Kiste	Siemssen & Co.	Kunst & Alber
35		1768 Faß	Shewan, Tomes & Co.	٠,,
36		45 Kisten		1 .,
37	Porzellangegenstände .	2 Kolli	Siemssen & Co.,	Kunst & Albert
01	Poizenangegenstande .		Shanghai	Władiwostok
38		1 Kollo		,,
39		17 Kisten		1 "
40	Lischwaren	6 ,,		,,
41	Äxte	noncen-t-		,,
42	Bücher	1 1/1-4-	, ,	,,
42		1 Stück		"
43	1 - reaconnection	1		

Nr.	Güter	Stück	Absender	Empfänger
44	Muster u. Verzeichnisse	1 Kiste	Siemssen & Co.	Kunst & Albers
45	Margarine	1 ,,	,,	**
46	Registerpapiere	1 ,,	East Asiatic Co.,	,,
- 1			Shanghai	
47	Õ1	1 Faß		
48	Essig	1 ,,		
49	Konserven	25 Kisten		
50	Geldschränke u. Zubehör	4		
51		2		
52	Fabrikartikel "	12	Carlowitz & Co.,	Kunst & Albers
- 1		- "	Shanghai	Wladiwostok
53	Flaggen	1 Kollo		Schreter & Co.,
- 1			Shanghai	Wladiwostok
54		1	P. O. & Co.	Adolstuk
55		1 ,,		Ovesen
66	Gasbrenner	1	Trading Co., Shanghai	
		. "		Wladiwostok

Reklamant: Die ostchinesische Eisenbahngesellschaft in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den Vizepräsidenten Wenzel. Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro, Tokjo, Kvobashiku Kazacho Nr. 10.

Am 26, Mai hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend den am 6. Februar 1904 im Hafen von Fusan von dem Kaiserlichen Kriegssehiff "Heiyen" aufgebrachten russischen Dampfer "Mukden" und dessen Ladung auf Einziehung des Dampfers und die in dem, dem Urteil beigefügten, Ladungsverzeichnis unter Nr. 1 bis 43, 47 bis 52, 54 bis 56 aufgeführten und auf Freigabe der unter Nr. 46 und 53 aufgeführten Güter entschieden.

Gegen dieses Urteil hat der Rechtsanwalt Nagashima Washitaro als Prozeßvertreter der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft, vertreten durch den Vizepräsidenten Wenzel, die Berufung eingelegt. Dieselbe ist von dem Oberprisengreicht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binich ie geröfft worden.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Nagashima Washitaro sind folgende: Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz, soweit auf Einziehung erkannt sei, und Freilassung des Dampfers und dessen Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Da die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Dampfers im Hafen von Fusan am 6. Februar 1904, 2th nachmittags, stattgefunden habe, der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland aber erst am 8. Februar desselben Jahres, nämlich mit der Seeschlacht bei Port Arthur, eingetreten sei, so sei die Beschlagnahme, weil früher geschehen, ungerechtfertigt.
- 2. Selbst wenn man aber das Eintreten des Kriegzsustands auf den Zeitpunkt der Mittellung von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen verlege, so sei doch, da der Gesandte Kurino diese Mittellung dem russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten am 6. Februar, nachmittigs 4 Uhr, gemacht habe, die Beschlagnahme vor Eintreten des Kriegszustandes ausgeübt worden, und deshalb müsse die Freilassung erfolgen.
- 3. Die unter der Ladung befindlichen, in der Bekanntmachung des Statsanserigers als der ostsätischen Gesellschaft gehörig verzeichneten Güter seien von der Firma Marcerou, Schreter & Co. auf einem der französischen ostsätischen Gesellschaft gehörigen Dampfer für Wladiwosok verschifft und auf die, "Wukden" umgeladen worden. Da diese Güter am Bestimmungsorte gegen Aushändigung der Konnossemente zu überantworten gewesen wären, so seien sie, solange sie noch nicht im Bestimmungshafen angekommen seien, noch Eigentum des Absenders. Es sei auch besonders zu bemerken, daß die Güter von dem Absender auf einem französischen Postdampfer verschifft und daß sie nur zufällig auf ein feindliches Handelsschiff umgeladen worden seien.
- 4. Ebenso seien die unter Nr. 31 aufgeführten G\u00fcter Eigentum der d\u00e4nischen "Great Northern Telegraph Company", sie seien gegen Aush\u00e4ndigung des Konnossements auszuliefern und s\u00fchnde, solange sie noch nicht im Bestimmungshafen angekommen seien, noch im Eigentum des Absenders.
- Im Falle der Freilassung des Schiffes müßten auch die auf demselben verschifften Güter freigelassen werden.
- 6. Da das zur Verhandlung stehende Schiff im Hafen von Fusan aufgebracht worden sei, so sei es bei Abgabe eines prisengerichtlichen Erkenntnisses von Wichtigkeit, zu entscheiden, ob Korea ein neutraler oder für die Kriegszeit mit Japan verbündeter Staat sei. Bedauerlicherweise habe aber das Urteil des Prisengerichts von Sasebo die völkerrechtliche Stellung Koreas nicht klargelegt.
- 7. Die russischen Staatsangehörigen h\u00e4tten, solange die Kriegserkl\u00e4rung nicht ver\u00f6ffentlicht sei, keine Gelegenheit gehabt, von derselben Kenntnis zu erlangen. Daher sei die Beschlagnahme des hier verhandelten Dampfers, welche vor der Ver\u00f6ffentlichung dieser Kriegserkl\u00e4rung state, ungerechtfertjt.

- 8. Da der Dampfer am 5. Februar 1904 von Nagasaki aufgebrochen und am 6. desselben Monats, 2½ nachmittags, während seines Aufenthalts in Fusan beschlagnahmt worden sel, so müsse er, wenn man den wahren Sinn der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 auf ihn anwende, freigegeben werden.
- 9. Die in dem, dem Urteil des Prisengerichts zu Sasebo beigefügten Ladungsverzeichnis unter Nr. 28 bis 30 und 46 bis 51 aufgeführten Güter seien Eigentum von Bürgern der neutralen französischen Republik, die unter Nr. 28 bis 30 verzeichneten Güter seien auf einem Dampfer der Messageries Aurtimes, die Güter unter Nr. 46 bis 51 auf einem Dampfer der französischen ostasiatischen Gesellschaft verschifft worden und erst in Shanghai auf die, "Mukden" umgeladen. Wenn diese Umladung auf einen russischen Dampfer nicht stattgefunden hätte, würden die Güter dem Urfall der Beschlagnahme entgangen sein. Das Sasebo-Prisengricht babe diesen Punkt gar nicht in Erwägung gezogen, und der Reklamant könne sich damit nicht einverstanden erkläfen.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts des Sasebo-Prisengerichts, Vamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland sei mit der Zeit eingetreten, wo die beiden Kriegsflotten Vorbereitungen zum Kampf getroffen hätten, und man könne aus der Tatsache, daß sie kein Feuer ausgetauscht hätten, nicht die Behauptung ableiten, daß sie nicht schon öffentlich feindlich einander gegenübergetreten wären. Das russische Geschwader habe in der Absicht, unser Geschwader anzugreifen, seine Vorbereitungen getroffen und sei am 4. oder 5. Februar aus dem Hafen von Port Arthur ausgelaufen. Unser Geschwader seinerseits sei, um einen Gegenangriff zu machen, am 6. Februar, morgens 7 Uhr, von dem Kriegshafen Säsebo aufgebrochen. Damit sei zwischen den beiden Ländern der Kriegssustand begründet gewesen.

Es sei ein allgemeiner völkerrechtlicher Grundsatz, daß mit der Übergabe der Güter an einen Seeverfrachter die Gefahr des Seetransports und das Eigentum an den Gütern auf den Empfänger übergingen.

Dadurch, daß die Güter auf der Reise auf einen anderen Dampfer umgeladen worden seien, habe sich in der Vermutung bezüglich des Eigentumsrechts nichts geändert.

In der Tatsache, daß die Güter am Bestimmungsort gegen Auslieferung der Konnossemente zu übergeben seien, könne man keineswegs einen besonderen Vertrag erblicken, welcher den Übergang des Eigentumsrechts aufschiebe, denn diese Tatsache sei ganz allgemeine kaufmännische Übung.

Es sei gerechtfertigt, daß die Güter, welche nach Feindesland bestimmt und auf feindlichem Schiff verladen worden seien, als feindliche betrachtet worden wären. Es sei zweifellos richtig, daß im Falle, daß das zur Verhandlung stehende Schiff freigegeben würde, auch die auf demselben verschifften Güter freizugeben seien, aber da die Aufbringung von fiendlichen Schiffen und Gütern eine rechtmäßige Betätigung des Rechts der Kriegführung sei, so könnten sie auch in diesem Falle der Beschlagnahme nicht entgehen.

Was die Behauptung, Korea sei zurzeit kein neutrales Land, angehe, so gründe sich dieselbe auf der mandschurisch-koreanischen Frage. Das bekanntlich den Kern dieser Frage bildende Bestreben, die Integrität der Mandschurei und Koreas aufrechtzuerhalten, habe zur offbarban notwendigen Folge, daß Korea ebenso wie die Mandschurei tatsächlich den Kriegsschauplatz darstelle.

Ferner sei Unkenntnis feindlicher Schiffe oder Güter von dem Bestehen des Kriegszustands kein Grund, weshalb dieselben der Aufbringung nicht unterworfen sein sollten.

Der alleinige Zweck der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 sei der, den heimischen Handelsverkehr vor Schädigung zu schützen. Deshabl gewähre sie als eine Ausnahme von dem sonst zu Kriegszeiten bestehenden Recht der Beschlagnahme feindlicher Kriegsschiffe die Vergünstigung, das für eine gewisse Frist die Prisenmaßnahmen suspendiert sein sollten. Demnach sei es unzulässig, diese Verordnung auf Fälle, die sich nicht mit ihrem genauen Wortlaut deckten, anwenden zu wollen. Da der zur Verhandlung siehende Dampfer zur Zeit des Erlasses der Kaiserlichen Verordnung sich weder in einem japanischen Hafen befinden habe, noch auf der Fährt nach einem solchen begriffen gewesen, sondern bereits vor Veröffentlichung derselben beschlagnahmt zorden sei, so könne er selbstverständlich die Vergünstigung der Kaiserlichen Verordnung nicht in Anspruch nehmen.

Daher sei der Staatsanwalt der Ansicht, daß das Urteil erster Instanz voll begründet und die Berufung zu verwerfen sei.

Die vorliegende Entscheidung wird, wie folgt, begründet:

Der Berufungsreklamant behauptet in seinem ersten Punkte, daß die Beschlagnahme vor Eintreten des Krigszustands, nämlich vor der am 8. Februar 1904 stattgehabten Seeschlacht bei Port Arthur vorgenommen und deskahlb ungerechliertigt sei. Er behauptet ferner im Punkte 2, daß die Beschlagnahme auch vor der Mittellung vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens des Gesandten Kurin o an den russischen Minister des Außern geschehen sei und daß deshalb das Schiff gutes Anrecht auf Freilassung habe. Aber es ist unbestreitbar, daß die Eröffnung eines Krieges nicht von dem ersten Feuern der Kanonen der kriegsführenden Mächte abhängig ist, und es ist ebenso unbestreitbar, daß eine Kriegserklärung oder die Übermittelung einer solchen an den naden Teil hierbei nicht entscheidend ist, daß viele solchen an den andern Teil hierbei nicht entscheidend ist, daß viele-

mehr selbstredend die Verwirklichung der Kampfesabsicht oder jede sonstige Manifestation derselben den Kriegszustand ins Leben ruft. Da nun während der japanisch-russischen Verhandlungen Rußland durch sein unangemessenes Verhalten, welches die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens unmöglich machte, und durch fortwährende Kriegsrüstungen seine Absicht, uns mit Waffengewalt zu unterwerfen, klar bewies, so sandte unsere Regierung am 5. Februar des Jahres 1904 eine Instruktion bezüglich Abbruchs der diplomatischen Beziehungen an unseren Gesandten in Rußland, und gleichzeitig traf unser Kriegsgeschwader seine Vorbereitungen und führ am folgenden Tage, am 6. Februar, mit der Bestimmung, den Kampf zu eröffnen, von Sasebo ab und nahm auf der Fahrt, da es eben schon Kriegszeit war, das der russischen freiwilligen Flotte angehörige, für den Kriegsgebrauch der russischen Regierung bestimmte Dampfschiff "Ekaterinoslav" in Beschlag. Dies war eine deutliche Ausführung der Kampfesabsicht, und die erst später erfolgte Beschlagnahme des hier in Frage kommenden Dampfers kann daher nicht als ungerechtfertigt bezeichnet werden; dies um so weniger, als sie auch nach der am 6. Februar um 2 Uhr nachmittags erfolgten Mitteilung unserer Regierung an den bei unserem Hofe akkreditierten russischen Gesandten betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen stattgefunden hat. Punkt 1 und 2 der Berufung sind daher grundlos.

Der Berufungseklamant behauptet in Punkt 3 und 4 der Berufungsschrift, daß die in der Bekanntmachung des Staatsanzeigers als
der ostasiatischen Gesellschaft gehörig und ferner die unter Nr. 31 verzeichneten Güter im Eigentum der Absender stünden und daher freizugeben seine. Es ist jedoch eine nach Ansicht des Oberprisengerichts
den Verhältnissen gerechtwerdende völkerrechtliche Gewohnheit, daß
Güter, welche von Personen, die außerhalb des Feindesgebiets ihren
Wohnsitz haben, an einen Empfänger im Feindesgebiet zur Kriegszeit auf feindlichem Schiffe versandt werden, den Charakter feindlicher
Güter tragen und demgemäß der Einzichung unterliegen. Von dieser
Regel kann nicht nach der Art der Umstände, unter welchen die Verladung auf das feindliche Schiff geschehen ist, 7) eine Abweichung getroffen werden. Daher sind Punkt 3 und 4 der Berufung unbegründet.

Solange die Notwendigkeit, das Schiff freizulassen, nicht nachgewiesen wird, ist Punkt 5 als Grund für die Freilassung der Güter kraftlos

Der Reklamant erklärt es in Punkt 6 seiner Berufungsgründe für bedauerlich, daß das erstinstanzliche Urteil die völkerrechtliche Stellung Koreas nicht klargestellt habe, aber da Korea als neutral im gewönnlichen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) d. h. also in diesem Falle: ob sie zuvor auf einem neutralen Schiff verladen und später auf das feindliche Schiff umgeladen worden sind.

Sinne des Worts nicht betrachtet werden kann, so kann aus der Tassache, daß die Beschlagnahme in seinen Hoheitsgewässern stattgefunden hat, ein Vorwurf gegen dieselbe nicht erhoben werden. Daher kann auch die Behauptung, daß das Urteil des Sasebo-Prisengerichts, welches die tatsächlich nicht bestehende Neutraliät Koreas dartu, unvollständig sei, weil es sich des weiteren über die Stellung Koreas in keine Er-örterung eingelassen habe, nicht aufrechterhalten werden.

Punkt 7 der Berufung sagt, daß die Beschlagnahme ungerechtertigt sei, weil sie vor Veröffentlichung der Kriegserklärung stattgefunden habe. Es ist aber völkerrechtlich anerkannt, daß, wenn Staaten einmal in den Kriegszustand eingetreten sind, jeder derselben, gleichviel ob die Angehörigen des feindlichen Staats von dieser Tastache Kenntnis haben oder nicht, sein Beschlagnahmerecht ausüben kann. Daher ist die Behauptung des Reklamanten grundloss.

Der Berufungsreklamant sagt im Punkt 8 seiner Gründe, daß nach der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 das zur Verhandlung stehende Schiff freigelassen werden müsse. Aber einmal findet die Kaiserliche Verordnung auf das Schiff keine Anwendung, weil dasselbe am 5. Februar 1904 Nagasaki verlassen hat und bei seinem Aufenthalt in Fusan aufgebracht worden ist. Sodann aber beschränkt sich die Vergünstigung der Befreiung von der Beschlagnahme der genannten Kaiserlichen Verordnung auf friedlichem Zwecke dienende Privatschiffe, kann dagegen auf Schiffe, die als Eigentum der feindlichen Regierung anzusehen sind, keine Anwendung finden. Die ostchiuesische Eisenbahngesellschaft hatte zwar im Anfang das Aussehen einer privaten Gesellschaft, aber in der von dem russischen Verkehrsministerium veröffentlichten Schiffsstatistik für Russisch-Ostasien werden alle der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft gehörigen Schiffe unter die im Eigentum der Regierung stehenden Fahrzeuge gerechnet. Ferner hat die russische Regierung den Ersatz der bei den nordchinesischen Wirren int Jahre 1900 von der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft erlittenen Schäden als vom russischen Staat erlittener Schäden reklamiert. Man muß also annehmen, daß die russische Regierung selbst die ostchinesische Eisenbahngesellschaft in Wirklichkeit als ein Regierungsunternehmen betrachtet. Auch wenn man den Zweck dieser Gesellschaft und ihre Beamtenorganisation ansieht, so kann man nicht zu dem Schluß kommen, daß sie ein Privatunternehmen sei. Das zur Verhandlung stehende Schiff ist demnach als im Eigentum der russischen Regierung stehend anzuerkennen, und die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 findet selbstredend keine Anwendung.

Auch Punkt 9 der Berufungsgründe muß für unbegründet erklärt werden, da, wie bereits im Punkt 3 dargetan, die Umstände, welche die Verschiffung von Gütern mit feindlichem Charakter auf feindlichen Schiffen begleiten mögen, nicht den geringsten Einfluß auf das Beschlagnahmerecht der kriegführenden Macht haben können.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Im Oberprisengericht am 3. Juli 1905.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der im Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Deshima Nr. 4, wohnhafte deutsche Kaufmann C. E. Boedding-haus.

Bezüglich der auf dem russischen Dampfer "Mukden" verschifften Güter wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Mukden" verschifften Güter, nämlich ein Korb Kuhlymphe und 60 Kisten Glasgeräte, werden eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter, nämlich Kuhlymphe und Glasgeräte, welche auf dem Dampfer "Mukden" verschift waren, wurden auf der Reise nach Władiwostok am 6. Februar 1904 im Hafen von Fusan zusammen mit der "Mukden" von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff", Heiyern" mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Heijern", Kapitänleutnant Voshimura Shin sei, und dessen Bescheinigung über den Ladungsbestand, die Vernehmungsprotokolle des 1. Offiziers Serge Wiszniowski und des 2. Offiziers Alexander Iwanowitsch Kanajeff, das Tagebuch, das Ladungsverzeichnis und die Konnossemente der "Mukden" sowie die Aussagen des Prozebvertreters.

Die Hauptpunkte der Verteidigung des Reklamanten sind folgende:

Die Aufbringung der zur Verhandlung stehenden Güter sei nicht nur aus dem Grunde unrechtmäßig, daß sie in den Hoheitsgewässern eines neutralen Staats geschehen sei, sondern die Güter müßten auch, weil die Absendung vor der Kriegseröffnung zwischen Japan und Rußland stattgefunden habe und weil das Eigentumsrecht dem Reklamanten zustehe, freigegeben werden.

Auch müßten die von dem Reklamanten gezahlten Seeversicherungsprämien, die Frachtspesen und die Kosten für die zum Erscheinen vor dem Prisengericht unternommene Reise ihm ersetzt werden. Die Ansicht des Staatsanwalts geht in den Hauptpunkten dahin, daß die Güter, weil die Beschlagnahme zu Recht erfolgt sei, nicht freizugeben seien, und daß ferner die Entscheidung über die Vergütung der Seeversicherungsprämien, der Fracht und der Reisekosten nicht zur Kompetenz des Prisengerichts gehörten.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist völkerrechtlich anerkannt, daß das Eigentumsrecht an Gütern, welche für einen im Feindesland ansässigen Empfänger verschifft und abgesandt werden, 1) mangels gegenteiligen Beweises von dem Moment der Verschiffung an sofort auf den Empfänger im Feindesland übergeht, und daß die Ötäter damit durchaus feindlichen Charakter erwerben. Es steht somit außer Frage, daß die zur Verhandlung stehenden Güter feindliche sind.

Der Reklamant behauptet, daß die Beschlagnahme, weil in einem neutralen Hafen erfolgt, zu Unrecht geschehen sei, aber es ist klar, daß Korea tatsächlich zur Zeit nicht ein neutrales Land ist.

Da die Güter als feindliche Güter anzusehen sind, die auf feindlichem Schiff verladen worden sind, so erübrigt es sich, danach zu fragen, ob ihre Absendung während des Kriegse erfolgt sei oder nicht. Daher sind dieselben einzuziehen. 3)

Was ferner den von dem Reklamanten behaupteten Anspruch auf Erstattung von Versicherungs-, Fracht- und Reisegeldern angeht, so gehört die Entscheidung hierüber nicht in den Bereich des Prisengerichts.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalt Mizukami Chojiro.

# (Unterschriften.)

**Reklamant:** Der chinesische Staatsangehörige Yuen Tsu Chong, wohnhaft im Regierungsbezirk Hioge, Kobe, Shimoyamatedori Ichome Nr. 99.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Moriya Konoske, Tokio, Kyobashiku, Sayegicho Nr. 5,

Rechtsanwalt Shimizu Ichitaro, Tokio, Kyobashiku, Hiyoshicho Nr. 2,

Rechtsanwalt Imamura Rikisaburo, Tokio, Kandaku, Imagawakoji Nichome Nr. 14.

<sup>1)</sup> V. §§ 8, 3 und 4. — 2) V. § 40, 2.

In Sachen von Ladungsstücken des russischen Dampfer "Mukden" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die Reklamation wird abgewiesen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die Hauptpunkte des Prozeßvertreters Moriya Konoske sind folgende:

Die russisch-chinesische Bank, Aktiengesellschaft, habe behauptet, gegen den Reklamanten Ansprüche zu haben, die während dessen Beschäftigung bei derselben als Kompradore entstanden seien, und habe am 26. Juni 1903 eine Klage auf Rückleistung von 175 971,10 Yen und am 25. Juli desselben Jahres eine solche auf Rückleistung von 70 000 und 47 555,54 Yen bei dem Landgericht in Tokio angestrengt. Der Reklamant habe dagegen am 10. Juli desselben Jahres Widerklage auf 535 307 Yen Schadensersatz erhoben. Dieser Prozeß sei noch anhängig. Als der Reklamant erfahren habe, daß die Aktiengesellschaft russisch-chinesische Bank ihre Filiale zu schließen und sich nach der Heimat zurückzuziehen im Begriff stände, habe er zur Sicherung der Vollstreckung einen Arrest auf das bewegliche körperliche Vermögen der russisch-chinesischen Bank beantragt, und am 12. Februar 1904 habe das Landgericht zu Tokio einen Arrestbefehl für 359 335,90 Yen des beweglichen körperlichen Vermögens der russisch-chinesischen Bank erlassen, bei dessen Ausführung jedoch nur 7600 Yen arretiert worden seien, so daß ein Fehlbetrag von 351 735,90 Yen nachbleibe.

Unter der Ladung des am 7. Februar 1904 von dem japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlagnahmten russischen Dampfers "Mukden" befänden sich 10000 Rubel, welche der russisch-chinesischen Bank gehötren. Wenn diese 10000 Rubel eingezogen würden, könne der Reklamant den erwähnten Arrest nicht verwirklichen. Er hoffe daher

- daß die genannten 10 000 Rubel, weil sie Eigentum der Russischchinesischen Bank seien, freigegeben würden;
- 2. daß gleichzeitig mit der Freigabe auf die 10 000 Rubel ein Arrest zur Sicherung der Vollstreckung des Anspruchs des Reklamanten geleet würde:
- 3. daß, wenn dem Antrag des Punktes nicht stattgegeben werde, die genannten 10 000 Rubel aber aus einem anderen Grunde freigegeben wirden, zur Sicherung der Vollstreckung der Forderung des Reklamanten der Arrest auf dieselben gelegt würde.

Zum Beweise seiner vorstehenden Behauptungen hat der Reklamant den Arrestbefehl sowie Abschriften der Akten über das Arrestverfahren gegen das bewegliche körperliche Vermögen der russisch-chinesischen Bank und das weitere noch zu erledigende Verfahren in dieser Sache vorgelegt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Nach dem Vorbringen des Prozeßvertreters könne dem Reklamanten ein direktes Interesse an den zur Verhandlung stehenden 10 000 Rubeln nicht zuerkannt werden. Daher könne er auch die Reklamation nicht anstellen. Angenommen aber, er könne sie anstellen, so läge doch ein Grund für die Freigabe der 10 000 Rubel nicht vor. Auch sei er der Ansicht, daß das Prisengericht nicht in der Lage sei, auf Prisen Arreste zu legen, so daß auch damit der Antrag auf Anlegung des Arrests hinfällig sei.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der § 16 der jamischen Prisengerichtsordnung 1) bestimmt, daß Interessenten, welche Reklamationen erheben wollen, innerhalb einer von dem auf die Bekanntanchung folgenden Tage an zu rechnenden Frist von 30 Tagen eine Reklamationsschrift einzureichen haben und daß nach Ablauf dieser Frist eingehende Reklamationen abzuweisen sind. Da nun das unterzeichnete Gericht die Bekanntmachung betreffend eventuelle Reklamationen mit Bezug auf die zur Verhandlung stehenden 10 000 Rubel am 1. März 1904 im Staatsanzeiger veröffentlicht hat, so ist es klar, daß nach 30 Tagen vom folgenden Tage an gerechnet Reklamationen nicht mehr erhoben werden konnten.

Das Gericht hat von der Reklamationsschrift vom 18. März 1904 Kenntnis genommen. Darin wird gesagt, daß

unter der Ladung des russischen Dampfers "Mukden" sich 1000 Rubel befänden, welche der russisch-chinesischen Bank gehörten. Wenn diese 10 000 Rubel eingezogen würden, könne der Reklamant den erwähnten vorläufigen Arrest nicht verwirklichen. Dadurch würden seine Interessen verletzt.

Der Passus, in welchem das Petitum gestellt wird, lautet folgendermaßen:

"Auf Grund des von dem Landgericht in Tokio anter der Aktennummer P 36/1904 erlassenen Arrestbefehls gegen das bewegliche körperliche Vermögen der russisch-chinesischen Bank wird der Arrest auf die auf dem russischen Dampfer "Mukden" verschifften, der russisch-chinesischen Bank gehörigen 10 000 Rubel beautragt".

Es ist daher gänzlich außer Zweifel, daß die zur Verhandlung stehende Reklamation sich nur auf Anlegung des Arrestes bezieht.

Bei dem am 20. April 1904 stattgehabten Termin zur mündlichen Verhandlung hat alsdann der Prozeßvertreter einen neuen Antrag, nämlich auf Freigabe der 10000 Rubel gestellt. Er hat dann auch ein vom selben Tage datiertes Schriftstück eingereicht, in welchem er seinen Antrag dargelegt hat. Da nun die Anlegung eines Arrestes zur Sicherung der Zwangsvollstreckung dient und von der Freigabe, welche den Hauptpunkt für das Prisengericht bildet, inter Natur nach grundverschieden ist, so ist es unzulässig, einen Antrag auf Arrest nachträglich durch einen Antrag auf Freigabe zu ergänzen. Mangels irgendwelchen Zusammenhangs kann daher der Antrag auf Freigabe, weil auch Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Frist gestellt, nicht mehr angenommen werden.

Auch kann aus dem Grunde, daß die Prisengerichtsordnung über die Zulässigkeit, für Interessenten Arreste anzulegen, Bestimmungen nicht enthält, dem Arrestantrag nicht stattgegeben werden.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der stellvertretende Vizekonsul der französischen Republik in Nagasaki, G. Goudareau.

In Sachen der Beschlagnahme eines Stücks der Ladung des russischen Dampfers "Mukden" wird, wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Mukden" verschiffte kleine Kiste mit amtlichen Schriftstücken wird freigegeben.

### Tatbestand und Gründe:

Die in dem französischen Hafen Marseille auf dem der ostasätischen Gesellschaft gehörigen Dampfer "Gambodje" verladene, in Shanghai auf den der russisch-ostchinesischen Eisenbahngesellschaft gehörigen Dampfer "Mukdem" umgeladene, zur Verhandlung stehende kleine Kiste Marke L. P. J., bestimmt für den in Whadiwostok, Rußland, ansässigen französischen Handelsagenten ist am 6. Februar 1904 im Hafen von Fusan zusammen mit dem erwähnten Dampfer "Mukdem" von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Heisper" mit Beschlag belegt worden.

Naiserlich japanischen Kriegsschilf "Heiven" mit beschiag beiegt worden.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussage des Reklamanten, die von ihm vorgelegten Schriftstücke, die schriftliche Aussage des Stellvertreters des Kommandanten des "Heiyen", Kapitänleutnants Yoshim ura Shinsei, die Vernehmungsprotokolle des 1. Offiziers Serge Wiszniowski und des 2. Offiziers Alexan der Iwan owitsch Kanajef, das Ladungsverzeichnis, die Konnossemente und das Tagebuch des genanten Dampfers.

Der Reklamant macht geltend, daß die zur Verhandlung stehenden Schriftstücke freizugeben seien, weil sie amtliche Schriftstücke seien.

Die Ansicht des Stattsanwalts geht in der Hauptsache dahin, daß die zur Verhandlung stehenden Gegenstände, welche im Eigentum des französischen Handelsagenten im Wladiwostok stünden, in Anhetracht der Natur derselben dem Antrag des Reklamanten entsprechend freizugeben seien.

Das Gericht ist der Ansicht, daß, wie das Völkerrecht bestimmt, daß Schriftstücke, welche ein neutraler Staat an einen seiner, im Gebiet der kriegführenden Parteien ansässigen, Beamten schickt, respektiert werden müssen, die zur Verhandlung stehenden Gegenstände, nämlich eine Kiste amtliche Schriftstücke, freizugeben sind.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

# (Unterschriften.)

Reklamant: Der chinesische Staatsangehörige Jak Yuk Chang!) und Yam Shiu Heng, wohnhaft in Nagasaki, Hirobaba Nr 6.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Shida Sòichi, Regierungsbezirk Nagasaki, Kreis Nishisonoki, Dorf Okushi.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des Dampfers "Mukden" wird, wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Mukden" verschifften 100 Kisten Apfelsinen werden eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden, auf dem russischen Dampfer "Mukden" verschifften 100 Kisten Apfelsinen wurden am 6. Februar

¹) Die Reklamationen der beiden Chinesen sind in allem gielch, und die Urteile w\u00fcrtlich \u00fcbereinsslmmend.

1904 im Hafen von Fusan, Korea, zusammen mit dem Dampfer "Mukden" von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Heiyen" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen sind nicht nur von dem Prozeßvertreter anerkannt, sondern werden auch bewiesen durch die schriftliche Aussage des Stellvertreters des Kommandanten der "Heijer", Kapitänleunants Voshimura Shinsei, das Vernehmungsprotokoll des 1. Offiziers Serge Wiszniowski und des 2. Offiziers Alexander I wanowitseh Kanaie f sowie das Ladungsverzeichnis des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte des Prozeßvertreters sind folgende:

Da am 5. Februar 1904 zwischen Japan und Rußland der Kriegszustand eingetreten sei, so könnten feindliche Güter natürlich beschlagnahmt werden. Da aber die zur Verhandlung stehenden Güter auf
Grund eines gewöhnlichen, vorher abgeschlossenen kaufmännischen
Kontraktes an den in Wlädiwostok in Rußland ansässigen Chinesen
Yuen Tak Chi und Lee Chim Hang abgesandt gewesen seien,
so seien sie weder feindliche Güter, noch seien sie Kriegsmaterial oder
Lebensmittel für Truppen. Da ferner die Güter vor Eintritt des Kriegszustands auf der "Mukdem" verschifft seien, so liege kein Grund für
hire Beschlagnahme vor und er beantrage ihre sofortige Freigabe.

Der Staatsanwalt erklärt die Gründe des Prozeßvertreters für völlig haltlos und beantragt die Einziehung der Güter.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Nach den Bestimmungen und der Praxis des Völkerrechts können feindliche Güter auf feindlichem Schiff, gleichgültig, ob sie Konterbande sind oder nicht, oder ob sie vor der Kriegseröffnung verschifft sind oder nicht, beschlagnahmt werden. Der Charakter der Güter als feindlicher bestimmt sich nach dem Wohnsitz des Eigentümers? und das Eigentumsrecht steht mangels Gegenbeweises dem Empfänger zu.

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind auf der "Mukden", enem feindlichen Schiff, verladen worden mit Bestimmung für einen seit langer Zeit in Wladiwostok in Handelsgeschäften ansässiger Empfanger, und der Reklamant hat nicht bewiesen, daß das Eigentumsrecht an den Gütern ihm selbst zusteht. Sie sind daher als feindliche Güter zu erkennen und einzuziehen.")

Es wird folglich wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

### (Unterschriften.)

<sup>2</sup>) V. §§ 8, 3 und 4. — <sup>3</sup>) V. § 40.

Reklaman t: Der stellvertretende Vizekonsul der französischen Republik in Nagasaki, G. Goudareau.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Mukden" wird wie folgt entschieden.

#### Urteilsformel:

Die Reklamation wird abgewiesen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter, nämlich eine Kiste mit Kleiderparfüm und zehn weitere Stücke, sind in Shanghai in China von den französischen Dampfern "Ernest Simons" und "Cambodje" auf den der russisch- ostchinesischen Eisenbahngseslischaft gehörigen Dampfer "Mukden" umgeladen und nach Wladiwostok abgesandt worden. Sie wurden am 6. Februar 1904 im Hafen von Fusan, Korea, von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Heiyen" zusammen mit dem genannten Dampfer beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die schriftliche Aussage des Stellvettreters des Kommandanten der "Heiyen", Kapitänleutnants Yoshim ura Shinsei, die Vernehmungsprotokolle des 1. Offiziers Serge Wiszniowski und des 2. Offiziers Alexander Iwanowitsch Kanajef, das Ladungsverzeichnis, die Konnossemente und das Schiffstournal des genannten Dampfers.

Der Reklamant macht geltend:

Die Verschiffer der zur Verhandlung stehenden Güter seien die französische Postdampfergesellschaft und die ostsäätische Gesellschaft, und er habe die Pflicht, die Interessen französischer Bürger zu schützen. Da seit Ausbruch des Krieges die Verkehrsverbindungen gestört seien, so sei es für den Empfänger nicht möglich, die Reklamation zu erheben. Daher reiche er in seiner amtlichen Eigenschaft als stellvertretender Vizekonsul die Reklamation ein und beantrage die Freigabe der Güter, weil sie keine Kriegeskonterbande seien.

Der Staatsanwalt bringt dagegen im wesentlichen folgendes vor: Es sei nicht angängig, Konsularbeamten lediglich aus dem Grunde, daß ihnen die Pflicht der Interessenwahrnahme für ihre Landesangehörigen obliege, als Interessenten im Sinne der Prisengerichtsordnung?) anzuerkennen. Daher entspreche die zur Verhandlung stehende Reklamation nicht den gesetzlichen Vorschriften.

Im übrigen seien die in Frage stehenden Güter feindliche Güter und als solche einzuziehen. Nur das eine Kollo, welches französische Landesflaggen für den französischen Handelsagenten in Wladiwostok enthalte, sei zurückzugeben.

<sup>&#</sup>x27;) IV. § 16.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Einem Konsulatsbeamten liegt die von dem Reklamanten behauptete Pflicht zur Wahrnahme der Interessen seiner Landesangehörigen in seinem Amtsbezirk allerdings ob, aber deshalb kann er sich noch nicht ohne weiteres als Interessenten im Sinne des § 16 der Prisengerichtsordrung erklären. Zudem sind auch weder Absender noch Empfänger der zur Verhandlung stehenden Güter Landesangehörige des Reklamanten, die seinem Amtsbezirk unterstehen. Daher kann die vorliegende Reklamantion nicht als gesetzmäßie erachtet werden.

Da schon die Reklamation an und für sich nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, so ist dieselbe abzuweisen, ohne daß über die sonstigen Anführungen des Reklamanten Entscheidung getroffen wird

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

#### (Unterschriften.)

Reklamant: The East Asiatic Company in Shanghai, vertreten durch die Prokuristen A. Petersen und Iwan Andersen

Bevollmächtigter: Der englische Staatsangehörige Frederic Ringer, Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Ouramachi Nr. 7. In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen

#### Urteilsformel:

Dampfers "Mukden" wird, wie folgt, entschieden.

Die zur Verhandlung stehende Reklamation wird abgewiesen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter, nämlich Papier für Geschäftsbücher und fünf weitere Warenarten, welche auf dem Dampfer der russisch-ostchinesischen Eisenbahngesellschaft "Mukden" verladen und für Wladiwostok bestimmt waren, wurden am 6. Februar 1904 im Hafen von Fusan von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Heijem" zusammen mit dem genannten Dampfer beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die schriftliche Aussage des Stellvertreters des Kommandanten des "Heipen", Kapitänleutnants Yoshim ura Shinsei, die Vernehmungsprotokolle des 1. Offiziers Serge Wiszniowski und des 2. Offiziers Alexander Iwanowitsch Kanajef, das Ladungsverzeichnis, die Konnossemente und das Schiffsjournal des genannten Dampfers.

Der Bevollmächtigte des Reklamanten hat im wesentlichen geltend gemacht, daß die Güter, weil vor Ausbruch des Krieges verschifft und im Eigentum einer neutralen Handelsfirma stehend, freizugeben seien.

Reklamant ist trotz erhaltener Ladung zum Termin zur mündlichen Verhandlung nicht erschienen.

Der Staatsanwalt sagt im wesentlichen, daß der Vertreter des Reklamanten die zur Erhebung der Reklamation gesetzlich vorgeschriebenen Erfordernisse nicht erfülle. Die Güter seien als feindliche einzuziehen. Nur das unter denselben befindliche Papier für Geschäftsbücher müsse, weil für den amtlichen Gebrauch der im Wladiwostok ansässigen französischen Handelsagentur bestimmt, freigegeben werden.

Das Gericht ist der folgenden Ansicht:

Der Bevollmächtigte des Reklamanten hat freilich eine schriftliche Vollmacht der in Shanghai ansässigen Prokuristen der East Asiatic Company und hat mit Bezug auf die zur Verhandlung stehende Reklamations eine Reklamationschrift eingereicht. Aber nach § 17, Abs. 2 der Prisengerichtsordnung') beschränkt sich die Vertretungsbefugnis von Reklamantion sit daher nicht dem Gestez gemäß erfolgt.

Da so die Reklamation schon an und für sich nicht dem Gesetze entspricht, so ist sie abzuweisen, ohne daß über die sonstigen Anführungen des Bevollmächtigten der Reklamantin Entscheidung getroffen wird.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht in Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

# (Unterschriften.)

Reklamant: Die Filiale der Firma Kunst & Albers, Nagasakiken, Nagasaki Oura 8, vertreten durch den deutschen Reichsangehörigen A. Gese.

In der Prisensache betreffend die an Bord des russischen Dampfers "Mukden" befindlichen Güter wird, wie folgt, entschieden:

Die an Bord des Dampfers "Mukden" verschifften 10 Kisten Schreibmaschinen werden eingezogen. Die Reklamation wegen der Fracht der genannten Güter wird abgewiesen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 10 Kisten Schreibmaschinen sind am 5. Februar 1904 von der in Nagasaki befindlichen Filiale der deutschen Firma Kunst & Albers auf dem der russisch-ostasiatischen Eisenbahngesellschaft gehörigen Dampfer "Mukden" für die Firma Kunst & Albers in Waldiwostok verschifft und am 6. Februar 1904 von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Heiyen" im Hafen von Fusan in Korea zusummen mit dem genannten Dampfer beschlagnahmt worden.

Diese Tatsachen hat nicht nur der Reklamant anerkannt, sondern sie gehen auch hervor aus dem Protokoll des Stellvertreters des Kommandanten des Kriegsschilfs "Heiyen", Kapitänleutnants Yoshim ur a Shin sei, aus den Vernehmungsprotokollen des 1. Offiziers Serge Wiszniowski und des 2. Offiziers Alexander I wan ow sitsch Kanajeff vom Dampfer "Mukden", aus dem Ladeverzeichnis, den Frachtscheinen und dem Logbuch des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Verschiffer und Empfänger der zur Verhandlung stehenden
 Kisten Schreibmaschinen seien Angehörige eines neutralen Staats.
 Daher seien die Güter, welche keine Kriegskonterbande seien, neutrale Güter

 Die Güter h\u00e4tten am 5. Februar 1904 den Hafen von Nagasaki verlassen und seien am 6. Februar, also noch vor Ver\u00f6ffentlichung der japanischen Kriegserkl\u00e4rung, beschlagnahmt worden.

3. Da die Güter in neutralem Gebiet, nämlich dem koreanischen Hafen Fusan, beschlagnahmt worden seien, so müßten sie nach Artikel 3 der Pariser Seerechtsdeklaration vom lahre 1856 freiereeben werden.

der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 freigegeben werden.

Außerdem beanspruche der Reklamant Ersatz der Frachtkosten im
Betrage von 42 Ven.

Dei Staatsanwalt erklärt in der Hauptsache die Reklamationsgründe alle für haltlos und beantragt Einziehung der Schreibmaschinen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Frage, ob Güter feindliche sind, bestimmt sich nicht nach der Nationalität des Eigentümers, sondern nach dessen Wohnsitz. 1)

Es ist ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, daß mangels gegenteiligen Beweises das Eigentum von Gütern vom Tage der Verschiftung an auf den Empfänger übergeht. Der Reklamant hat diesen Gegenbeweis bezüglich seines Eigentumsrechts an den Gütern nicht erbracht, daher sind dieselben als im Eigentum des Empfängers in Wladiwostok stehend und somit als feindliche Güter anzusehen.

Es entspricht den modernen völkerrechtlichen Anschauungen, daß Güter auf feindlichem Schiffe, wenn sie erwiesenermaßen feindliche Güter sind, gleichgütig, ob sie Kriegskonterbande sind oder nicht, zu Kriegszeiten beschlagnahmt werden können. Der Rekhamant erklärt die Beschlagnahme für unrechtmäßig, weil sie vor Veröffentlichung der Kriegserklärung und in neutralem Gebiete geschehen sei. Es ist jedoch unzweifelhalt das Recht eines kriegsführenden Staates, zu Kriegszeiten Prisen aufzubringen, ungeachtet ob eine Kriegserklärung veröffentlicht worden ist oder nicht. P Am 6. Februar sind aber Japan und Rußland in das Verhältnis von kriegführenden Mächten zu einander getreten. Ferner kann Korea tatsächlich nicht als ein neutraler Staat betrachtet werden. Die hier verhandelte Beschlagnahme ist demgemäß zu Recht ausgeführt, und die beschlagnahmten 10 Kisten Schreibmaschinen sind einzuziehen. 3

Was die von dem Reklamanten vorgebrachte Frachtreklamation angeht, so ist dieser Reklamationspunkt abzuweisen, da die Entscheidung hierüber nicht zur Kompetenz des Prisengerichtshofes gehört.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

#### (Unterschriften.)

Reklamant: A. Gese, Vertreter der Filiale der Firma Kunst & Albers, Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Oura 8.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Togiyamachi 41.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht in Sasebo in der Prisensache beterffend die auf dem russischen Dampfer, Mukden" verladene und mit demselben am 6. Februar 1904 in dem koreanischen Hafen Fusan von dem Kaiserlichen Kriegsschilf", "Heiyen" aufgebrachte Ladung dafür entschieden, daß die auf dem Dampfer, "Mukden" verschliften 10 Kisten Schreibmaschinen einzuziehen seien. Die Reklamation wegen der Fracht der genannten Güter wurde abgewiesen. Gegen diese Entscheidung hat der Reklamant, der Vertreter der Filiale der Firma Kunst 8. Albers, A. Gese, durch den Rechtsanwalt 1 shibashi Tomokich i als Prozefwertreter die Berufung eingelegt. Diese ist vom Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte des Oberprisengerichts Tsutsuk i Keiroku und Dr. jur. 1 shiwatari Binich i geprüft worden.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende:

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) V. §§ 1 und 35. — <sup>3</sup>) V. § 40.

Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz, Freilassung der erwähnten beschlagnahmten Gegenstände und Ersatz der Frachtkosten von 42 Ven durch den japanischen Staat beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Die Beschlagnahme der zur Verhandlung stehenden G\u00fcter durch das Kaiserliche Kriegsschiff "Heiyen" habe am 6. Februar 1904, 2ºº Minuter nachmittags, zusammen mit der Beschlagnahme des Dampfers "Mukden" stattgefunden. Nach dem vom Minister der Ausw\u00e4ritgen Angelegenheiten K om ur a ver\u00f6ffentlichten Protokoll \u00f6ber die. Jiplomatischen Verhandlungen habe der Gesandte K ur in o das Ultimatum erst um 4 Uhr nachmittags des 6. Februar der russischen Regierung zugestellt. Daher habe die Beschlagnahme vor dem Entstehen des Kregszustandes stattgefunden und sei deshalb nicht zu rechtfertigen. Da\u00e4 vor dem 6., n\u00e4milch min 5. Februar, noch kein Kriegszustand bestanden habe, gehe klar hervor aus der Tatsache, da\u00e4 das Zollamt in Nagsaski, eine Kaiserlich Japanische Beh\u00f6rde, \u00e4ff den Dampfer "Mukden" und seine Ladung die Ausklarierungspapiere und die Lader-erlaubnis gew\u00e4hrt habe.
- 2. Der Zeit in Fusan 2<sup>10</sup> p. m. am 6. Februar entspreche in der russischen Hauptstadt die Zeit um 7 a. m. des 6. Februar. Das Utreil erster Instanz hätte nur von der Annahme ausgehend, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen vor 7 a. m. des 6. Februar stattgefunden hätte, zur Verurteilung der hier verhandelten O
  über kommen können; jetzt aber, wo es klar sei, daß man dies nicht mehr annehmen könne, sei die Entseheidung erster Instanz hinfallig.
- 3. Der Ort der Beschlagnahme des fraglichen Dampfers sei Fusan in Korea. Korea sei mindestens bis zum Abschluß der Allianz mit Japan am 27. Februar 1904 ein neutraler Staat gewesen. Das Urteil erster Instanz stelle aber geradeweg die Behauptung auf, Korea könne de facto nicht als muttarler Staat betrachtet werden. Weshalb es nicht als solcher betrachtet werden könne, und ob es, wenn es nicht als neutral gelte, ab Feindesland anzusehen sei oder ob es, mit Röcksicht auf den Kriegszustand als Japans Verbündeter gelte, der mit ihm Hand in Hand zu gehen habe, alles das habe das Urteil erster Instanz nicht klargestellt, sondern, ohne irgendwelche Beweise zugrunde zu legen, willkürliche Behauptungen aufgestellt. Deshalb müsse das Urteil aufgehoben und auf Freilassung der zur Verhandlung stelhenden Güter erkannt werden.
- 4. Wenn man Korea im Sinne der ersten Entscheidung als nicht neutral, vielmehr für die Dauer des Krieges als eine Erweiterung Japans ansähe, so müsse man, da dann Fusan als eine Hafenbucht Japans gelte, den zur Verhandlung stehenden Gütern wie auch hauptsächlich dem

Schiff selbst den Schutz der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 19044) angedeihen lassen.

- 5. Die zur Verhandlung stehenden Güter seien am 5. Februar 1904 in Nagasaki verladen worden, und der Reklamant habe weder damals noch auch zur Zeit der Aufbringung derselben irgendwelche Kenntnis von dem Kriege gehabt, so daß ihm der Vorwurf, er habe den Feind unterstützen und Japan schädigen wollen, nicht gemacht werden könne. Daher könnten die Güter nach den Anschauungen der von der Gesellschaft für internationale Rechtswissenschaft im Jahre 1882 den Mächten unterbreiteten Seeprisenordnung nicht beschlagnahmt werden. Freilich habe Japan nicht ausdrücklich erklärt, daß es diese anerkenne, aber, da das Völkerrecht keine besondere gesetzliche Formulierung besitze. sondern seine Grundsätze aus den Ansichten einer Anzahl der Gelehrten und den von einer Arizahl der Staaten anerkannten Rechtsregeln entnehme, so müsse Bestimmungen, wie den hier angezogenen, alle Beachtung gezollt werden.
- 6. Da der Krieg zwischen Staaten als solchen ein Verhältnis begründe, zu dem die Individuen in keiner direkten Beziehung stünden. so ergebe sich der natürliche Grundsatz, daß das Privatvermögen zu Wasser wie zu Lande unverletzbar sei, und es müsse als richtig anerkannt werden, daß dasselbe, soweit es sich nicht um Kriegskonterbande handele, selbst wenn es im Eigentum eines feindlichen Staatsangehörigen stehe, nicht zum Obiekt einer Beschlagnahme gemacht werden dürfe. Reklamant hoffe daher, daß Japan sich nicht nach dem schlechten Vorgange und den eigenmächtig aufgestellten Grundsätzen von Mächten richten werde, welche um Vorteils willen die Rechtslogik verdrehten und verwirrten. sondern daß es zu einer Zeit, wo es gegen den Feind der Humanität und des Weltfriedens kämpfe; neben seiner nationalen Machtentwicklung auch die Förderung von Recht und Vernunft im Auge behalten werde. Daher müsse es jetzt seine Größe beweisen, indem es auch für das Privatvermögen zur See den Grundsatz der Unverletzlichkeit zur Ausführung bringe.
- 7. Transportgüter gingen erst mit dem Augenblick, wo sie im Bestimmungsort angekommen und ausgehändigt worden seien, in das Eigentum des Empfängers über, und der Verschiffer verliere keineswegs mit dem Moment der Verschiffung sein Eigentumsrecht an den Gütern, Er habe vielmehr selbstredend bis zur Ankunft der Güter im Bestimmungsort und Ablieferung an den Empfänger die Rechte und Verantwortlichkeit des Eigentümers. Zum Beispiel habe er im Falle Verlustes der Güter dem Schiffsherrn gegenüber Recht auf Schadensersatz: und ebenso legten der 8. Abschnitt des 3. Buches und der 3. Abschnitt

des 5 Buches unseres Handelsgesetzbuches dem Ladungsempfänger die Verpflichtung zur Leistung der Fracht- und sonstigen Kosten erst dann auf, wenn er die Güter ausgehändigt erhalten habe. Es läge kein Grund vor, allein für das Völkerrecht andere Rechtsnormen anzunehmen. Es sei daher außer Zweifel, daß die hier verhandelten Güter, welche dem Empfänger nicht ausgehändigt worden seien, Eigentum des in Nagasaki ansässigen deutschen Reklamanten seien. Wolle man das Nätionalitätsprinzip anwenden, so sei der Verschiffer Angehöriger eines neutralen Staats; lege man das Domizilpfrügip zugrunde, so sei er als Japaner zu behandeln. Von welchem Punkte man den Fall auch ansehe, könne man die Güter nicht als feindliche betrachten und für konfiszert erdefferen.

8. Es sei billig, daß der Staat f\(\text{ir}\) den an Frachtkosten von dem Reklamanten durch unrechtm\(\text{iii}\) Biges Vorgehen des Staats tats\(\text{Staitch}\) ich erlittenen Schaden aufkomme, da man annehmen m\(\text{isse}\), da\(\text{dr}\) der Ausdruck "Prisensache" des \(\text{§1}\) der Prisenordnung\(\text{)}\) alles, was zu der hier verhandelten Sache Beziehung habe, in seinen Sinn einschließe.

Die Hauptpunkte des Schriftsatzes des Staatsanwalts beim Sasebo-Prisengericht, Hayashi Eijuro, besagen:

Was man völkerrechtlich als Kriegszeit bezeichne, nehme seinen Anfang mit öffentlichen, aus der Absicht, den Kampf zu beginnen, hervorgegangenen feindseligen Handlungen. Schon ehe Japan und Rußland über die mandschurische und koreanische Frage diplomatische Verhandlungen eröffnet gehabt hätten, habe Rußland einersies lassichtlich seine Antwort immer hinausgeschoben, auf der andern Seite durch umfangreiche Kriegsvorbereitungen Japan gegenüber seinen Entschluß, zu kämpfen, deutlich gezeigt. Daraufhin habe Japan am 5. Februar 1904 seine am Rußland gerichtete Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen abgesandt, und sein Geschwader sei am 6. Februar, um 7 Uhr morgens, vom Kriegshafen Sasebo aufgebrochen, mm die russische Flotte zu bekämpfen. Diese Handlung stelle sich als eine mit der Absicht, den Kampf zu beginnen, vorgenommene Handlung dar.

Da es feststehe, daß die Beschlagnahme des Dampfers "Mukden" nach diesem Zeitpunkt stattgefunden habe, so sei daher die Entscheidung in dem Urteil erster Instanz, daß es, wenn man den Stand der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Rußland und die Bewegungen der beiden Geschwader in Betracht ziehe, klar sei, daß der Kriegszustand bereits vorher bestanden habe, zu Recht getroffen worden.

Für die Behauptung, daß Korea kein neutraler Staat sei, bedürfe es angesichts dessen, daß es selber sich zu schützen nicht imstande sei, und wenn man das Ziel dieses Krieges sich vor Augen halte, eines Be-

weises nicht, da alles dies aus der allgemein bekannten Lage der Dinge von selbst klar hervorgehe. Zur Entscheidung darüber, ob die Beschlagnahme zu rechtfertigen sei oder nicht, genüge es, da das Beschlagnahme zeht nach dem Völkerrecht in neutralen Häfen oder neutralen richtigewässern nicht vorgenommen werden dürfe, vollkommen, festzustellen, ob Korea neutral sei oder nicht, und eine Entscheidung darüber, ob es als feindliches oder als verbündetes Land anzusehen sei, wäre vollkommen überflüssig. Daher könne in der Tatsache, daß das Urteil erster Instanz lediglich behauptet habe, Korea sei kein neutrales Land, nichts Ungerechtes erkannt werden. Ebenso erübrige es sich, die belanglose Behauptung des Reklamanten, das Urteil erster Instanz vertrete die Ansicht, Korea sei eine Allonge Japans, zu beantworten.

Ferner könnten die von der Gesellschaft für internationale Rechtswissenschaft im Jahre 1882 gefaßten Beschlüsse, welche lediglich die Privatansichten von Gelehrten repräsentierten, für die Gegenwart noch nicht als völkerrechtliche Norm anerkannt werden.

Daß man auf feindlichem Schiff befindliche feindliche Güter, wenn sie auch Privatvermögen seien, einziehen könne, sei ein fundamentaler Grundsatz des gegenwärtigen Völkerrechts und finde sich gleichermaßen in der Pariser Erklärung von 1850 wie in der japanischen Prisenordnung ausgesprochen. Es sei selbstredend, daß man diesen Grundsatz auf den vorliegenden Fall zur Anwendung bringe.

Die Frage, ob Güter feindlich seien oder nicht, entscheide sich nach dem Wohnsitz des Eigentümers, und Güter, welche an einen im Feindesland ansässigen Empfänger abgesandt seien, gälten, mangels ausdrücklichen Gegenbeweises, von dem Zeltpunkt der Absendung an als in das Eigentum des Empfängers übergegangen. Da nun der Empfänger der hier verhandelten Güter in dem zum Feindesland gehörigen Wladitwostok amsässig sei, und der Reklamant keinen Beweis beigebracht habe, daß die Güter zur Zeit der Aufbringung noch im Eigentum des Absenders standen, so sei die Ansicht des erstinstanzlichen Urteils, daß die Güter feindliche Güter seien, rechtmäßig.

Da nach der Prisengerichtsordnung die Entscheidung über die Schadensersatzforderung nicht zur Kompetenz der Prisengerichte gehöre, so habe das erstinstanzliche Urteil dieselbe mit Recht abgewiesen.

Die Berufung müsse daher, weil alle vorgebrachten Gründe unhaltbar seien, abgewiesen werden.

Die vorliegende Entscheidung wird, wie folgt, begründet:

Der Reklamant erklärt die Beschlagnahme der hier verhandelten Güter zusammen mit dem Dampfschiff "Mukden" für ungerechtfertigt, weil sie am 6. Februar 2<sup>43</sup> p. m., das heißt vor Entstehung des Kriegszustandes, stattgefunden habe. Die Eröffnung des Krieges fällt aber nicht unbedingt mit dem ersten Austausch von Kanonenfeuer unter den beiden Streitmächten zusammen, auch ist sie nicht unbedingt von der Abgabe einer Kriegserklärung oder einer dieser gleichstehenden Mitteilung abhängig. Wenn auch nur eine weniger drastische Ausführung der Kriegsabsicht oder andere Manifestation des Wilkens zu kämpfen, vorliegt, so ist damit der Kriegszustand eingeferteten.

Da nun während der japanisch-russischen Verhandlungen Rußland durch sein unangemessenes Verhalten, welches die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens unmöglich machte, und durch fortwährende Kriegsrüstungen seine Absicht, uns mit Waffengewalt zu unterwerfen, klar bewies, so sandte unsere Regierung am 5. Februar des Jahres 1904 eine Instruktion bezüglich Abbruchs der diplomatischen Beziehungen an unsern Gesandten in Rußland, und gleichzeitig traf unser Kriegsgeschwader seine Vorbereitungen und fuhr am folgenden Tage, dem 6. Februar, mit der Bestimmung, den Kampf aufzunehmen, von dem Kriegshafen von Sasebo ab und nahm auf der Fahrt, also während der Kriegszeit, das der russischen freiwilligen Flotte angehörige, für den Kriegsgebrauch der russischen Regierung bereitzustellende Dampfschiff "Ekaterinoslav" in Beschlag. Dies war eben nichts anderes als eine Ausführung der Kriegsabsicht, und die erst später erfolgte Beschlagnahme des hier in Frage kommenden Dampfers kann daher nicht als ungerechtfertigt bezeichnet werden; dies um so weniger, als sie auch nach der am 6. Februar um 2 Uhr nachmittags erfolgten Mitteilung unserer Regierung an den bei unserem Hofe akkreditierten russischen Gesandten betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen stattgefunden hat. Punkt 1 und 2 der Berufung sind daher grundlos.

Punkt 3 der Berufung behauptet, daß zum mindesten bis zum Zr. Februar 1904, das heißt bis zum Abschluß des japanisch-koreanischen Bindnisses, Korea neutral gewesen und daß dies ein Grund für die Freilsssung der in Frage stehenden Prise sei. Aber da Korea von Anfang am für diesen Krieg sein Einverständnis gegeben hat, daß die japanischen Truppen in Korea landen und durch dasselbe zussieren dürften, auch der Krieg sich von Anfang am in seinem Gebiete abgespiel hat, so kann es nicht als neutral im gewöhnlichen Sinne des Worberseigericht neben seiner Behauptung, Korea sei nicht neutral, keine weiteren Erörterungen über die Natur der Stellung Koreas getroffen habe, nichts einwenden. Daher ist auch Punkt 3 der Berufung grundlös.

Da aus der Tatsache, daß Korea nicht neutral ist, durchaus aicht gefolgert werden kann, daß Fusan ein japanischer Hafen ist, so fällt auch Punkt 4 der Berufung hin.

Auf den Punkt 5 der Berufung ist zu erwidern, daß der Reklamant

dort lediglich eine wissenschaftliche Ansicht anführt, welcher jedoch bis jetzt noch nicht der Charakter einer völkerrechtlichen Form beigelegt werden kann.

Der Punkt 6 der Berufung ist lediglich ein persönlicher Wunsch des Reklamanten. Das Völkerrecht erkennt dagegen tatsichlich an, daß Güter, wenn sie auch Privateigentum sind, deshalb nicht minder ein Objekt der Beschlagnahme zur See sind. Daher sind auch Punkt 5 und 6 der Berufung als unhaltbar zurfückzuweisen.

Im Punkt 7 seiner Berufung sagt der Reklamant, die Güter stünden im Figentum des Verschiffers und könnten daher nicht als eindliche Güter eingezogen werden. Es ist aber völkerrechtliche Bestimmung, daß Güter, welche von einer außerhalb Frindesgebeit ansässigen Person auf feindlichem Schiffe an einen im Feindesgebeit wohnhaften Empflänger abgesandt werden, als feindliche gelten und eingezogen werden können. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß diese Bestimmung den Verhältnissen durchaus gerecht wird, und verwirft deshalb Punkt 7 der Berufung.

Auch der Ansicht des Punktes 8 der Berufungsgründe, daß das Urteil erster Instanz die Schadenersatzforderung für Fracht zu Unrecht abgewiesen habe, kann nicht beigepflichtet werden, da nach Jen Bestimmungen unserer Prisengerichtsordnung die Prüfung von Schadenersatzforderungen nicht zur Amtsbefugnis der Prisengerichte gehört. Es wird daher, wie folge, entschieden.

Die Berufung wird verworfen.

Am 3. Juli 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: A. Gese, Vertreter der Filiale der Firma H. Ahrens & Co., Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Oura 8.

In der Prisensache betreffend die Ladung des russischen Dampfers "Mukden" wird, wie folgt, entschieden:

# Urteilsformel:

Die an Bord des Dampfers "Mukden" verschiffen Güter, nämlich:

1 Kiste Bücher, 3 Kisten Parfüm, 1 Kiste Glasgeräte,

2 Kisten Glasröhren, 2 Kisten Senfsamen, 1 Kiste Gewürze

und Chemikalien, 150 Kolli Zitronen, 75 Kisten Apfelsinen,

1 Kiste Muskinstrumente, 1 Kollo Notizbücher und 1 Kiste
Instrumente

werden eingezogen.

Die Reklamation wegen der Fracht-, Umlade- und Reisekosten wird abgewiesen.

#### Tathestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Bücher und die unter den anderen 10 Punkten aufgeführten Güter sind am 5. Februar 1904 von dem Reklamanten in Nagasaki auf dem russischen Dampfer "Mukden" mit Betimmung nach Whadiwostok in Rußland verschifft und am 6. Februar desselben Jahres nachmittags im Hafen von Fusan von dem japanischen Kriegsschiff "Heiyen" zusammen mit dem genannten Dampfer beschlagnahmt worden. Diese Tatsachen gehen klar hervor aus dem Protokoll des Stellvertreters des Kommandanten des Kriegsschiffs "Heiyen", Kapitänleuthants Voshimura Shinsei, aus den Vernehmungsschriften des 1. Offiziers Serge Wiszniowski und des 2. Offiziers Alexan der Iwan owilsch Kanajeff des Dampfers "Mukden", aus den Ladungsverzeichnis, den Frachtscheinen und dem Logbuch des genannten Dammfers.

Die Hauptreklamationspunkte sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter seien vor der Veröffentlieung der Kriegserklärung verschifft und vor der Eröffnung der Feindseligkeiten in einem neutralen koreanischen Hafen aufgebracht worden. Da sie ferner keine Kriegskonterbande seien und die Empfänger neutrale Staatsangehörige, nämlich Deutsche und Italiener seien, so könnten sie nach Artikel 3 der Pariser Deklaration vom Jahre 1856 nicht beschlagnahmt werden, und der Reklamant beantrage deshalb ihre Freilassung. Ferner beantragte er den Ersatz der Fracht- und Umladespesen sowie der ihm durch die auf Ladung des Prisengerichts dorthin zwecks Reklamation unternommene Reise erwachsenen Kosten.

Der Staatsanwalt bezeichnet in der Hauptsache die Gründe des . Reklamanten alle für haltlos und erklärt die Güter, da die Empfänger derselben im feindlichen Gebiet ansässig und die Güter deshalb als feindliche zu betrachten seien, für gute Prise.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Nach den gegenvärtigen völkerrechtlichen Bestimmungen und Gebrachen sind Gitter auf feindlichem Schiff, gleichviel ob Kriegskonterbande oder nicht, feindliche Güter und können, ungeachte ob vor Veröffentlichung der Kriegserklärung verladen oder nicht, selbstverständlich vährend der Kriegsezit mit Beschlag belegt werden. Nun sind die zur Verhandlung stehenden Güter auf dem feindlichen Dampfer "Mukden" nach dem feindlichen Wladiwostok versandt worden und, wenn auch der größte Teil von ihnen für dort ansässige Deutsche und Italiener bestimmt war, so erklärt das Gericht dieselben doch für feindliche, da sich die Frage, ob Güter feindliche sind oder nicht, nicht nach der Nätionalität des Eipentlimers, sondern nach dem Wonbristz desselben. bestimmt, 1) die Eigentümer der gesamten hier verhandelten Güter aber im Feindesland ansässig sind.

Außerdem ist es, wenn man den Stand der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Rußland und die Bewegungen der beiden Geschwader in Betracht zieht, klar, daß der Kriegszustand bereits vorher bestanden hat. Daher kann man nicht behaupten, daß die Beschlagnahme vor Eröffnung des Krieges stattgefunden hat.

Da es ferner klar ist, daß Korea zurzeit nicht neutral gewesen ist, so kann man die in einem koreanischen Hafen stattgehabte Beschlagnahme nicht für rechtswidrig erklären.

Aus diesen Erwägungen müssen die Reklamationsgründe alle für grundlos erachtet werden.

Was den Ersatz der Fracht-, Umlade- und Reisekosten angeht, so liegt die Entscheidung hierüber nicht im Bereich des Prisengerichts. Es wird demnach wie in der Urteilsformel entschieden. 2)

Verkündet im Prisengericht zu Sasebo am 26. Mai 1904 im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: A. Gese, Vertreter der Filiale der Firma H. Ahrens & Co., Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Oura 8.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Is hibas hi Tomokichi, Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Togiyamachi 41.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht in Sasebo in der Prisensache betreffend die auf dem russischen Dampfer "Mukdem" verladene und mit demselben am 6. Februar 1904 in dem koreanischen Hafen Fusan von dem japanischen Kriegsschiff "Heiyen" aufgebrachte Ladung dahin entschieden, daß die auf dem Dampfer "Mukdem" verschifften Güter, nämlich: 1 Kiste Bücher, 3 Kisten Parfum, 1 Kiste Glasgeräte, 2 Kisten Glassöhren, 2 Kisten Senfasmen, 1 Kiste Gwärze und Chemikalien, 150 Kolli Zitronen, 75 Kisten Apfelsinen, 1 Kiste Musikinstrumente, 1 Kollo Nodizbacher und 1 Kiste Instrumente ieinzuziehen seien.

Die Reklamation wegen der Fracht-, Umlade- und Reisekosten wurde abgewiesen.

Gegen diese Entscheidung hat der Reklamant, der Vertreter der Filiale der Firma H. Ahrens & Co., A. Gese, durch den Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt. Diese ist vom Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte des Oberprisengerichts, Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi, geprüft worden.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Ishibashi Tomokichi, sind folgende:

- Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz, Freilassung der ersähnten beschlagnahmten Gegenstände und Ersatz der Fracht- und Unladekosten von 88, 56 Ven durch den japanischen Staat beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:
- 1. Die Beschlagnahme der zur Verhandlung stehenden Güter durch dis Kriegsschiff "Heiyen" habe am 6. Februar 1904, 2 Uhr 45 Minuten nachmittags, zusammen mit der Beschlagnahme des Dampfers "Mukden" statgefunden. Nach dem vom Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Kom ur a. veröffentlichten Protokoll über die diplomatischen Verhandlungen habe der Gesandte Kurin o das Ultimatum der russischen Regierung erst um 4 Uhr nachmittags des 6. Februars zugestellt. Daher habe die Beschlagnahme vor dem Entstehen des Kriegszuslandes stattgefunden, und sei deshalb nicht zu rechtfertigen. Daß vor dem 6., nämlich am 5. Februar, noch kein Kriegszusland bestatnen habe, gebe lär hervor aus der Tatsache, daß das Zollamt in Nagasaki, eine Kaiserlich japanische Behörde, dem Dampfer "Mukden" und seiner Ladung die Ausklarierungspapiere und die Ladeerlaubnis gewährt habe.

2. Der Zeit in Fusan 2<sup>15</sup> p. m. am 6. Februar entspreche in der rursischen Hauptstadt die Zeit um 7 a. m. des 6. Februars. Das Urteil erster Instanz h\u00e4tte nur von der Annahme ausgehend, da\u00e4 der Abbruch der diplomatischen Beziehungen vor 7 a. m. des 6. Februars stattgefunden h\u00e4tie, zur Verurreitung der hier verhandelten G\u00fcter kommen k\u00f6nnen; jetzt aber, wo es klar sei, da\u00e4 man dies nicht mehr aunehmen k\u00f6nne, sei die Entscheidung erster Instanz hinf\u00e4llig.

- 3. Der Ort der Beschlagnahme des fraglichen Dampfers sei Fusan in Kora. Korea sei mindestens bis zum Abschluß der Allianz mit Japan am 27. Februar 1904 ein neutraler Staat gewesen. Das Urteil erster Instanz stelle aber geradeweg die Behauptung auf, Korea könne de faton nicht als neutraler Staat betrachtet werden. Weshalb es nicht als solcher betrachtet werden könne und ob es, wenn es nicht als neutral gelte, als Feindesland anzusehen sei, oder ob es mit Rücksicht auf den Kriegszustand als Japans Verbündeter gelte, der mit ihm Hand in Hand zu gehen habe, alles das habe das Urteil erster Instanz nicht klargestellt, sondern, ohne irgendwelche Beweise zugrunde zu legen, willkärliche Behauptungen aufgestellt. Deshalb müsse das Urteil aufgehoben und auf Freilassung der zur Verhandlung stehenden Güter erkannt werden.
  - 4. Wenn man Korea im Sinne der ersten Entscheidung als nicht

neutral, vielmehr für die Dauer des Krieges als eine Erweiterung Japans ansehe, so müsse man, da dann Fusan als eine Hafenbucht Japans gelte den zur Verhandlung stehenden Gütern wie auch hauptsächlich dem Schiff selbst den Schutz der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 angedeihen lassen.

5. Die zur Verhandlung stehenden Güter seien am 5. Februar 1004 in Nagasaki verladen worden, und der Reklamant habe weder damals noch auch zur Zeit der Aufbringung derselben irgendwelche Kenntnis von dem Kriege gehabt, so daß ihm der Vorwurf, er habe den Feind unterstützen und Japan schädigen wollen, nicht gemacht werden könne. Daher könnten die Güter nach den Anschauungen der von der Geselbschaft für internationale Rechtswissenschaft im Jahre 1882 den Mächten unterbreiteten Seeprisenordnung nicht beschlagnahmt werden. Freilich habe Japan nicht ausdrücklich erklärt, daß es diese anerkenne, aber, da das Völkerrecht keine besondere gesetzliche Formulierung besitze, sondern seine Grundsätze aus den Ansichten einer Anzahl der Gelatehren und den von einer Anzahl der Staaten anerkannten Rechtsregeln entnehme, so müsse Bestimmungen, wie den hier angezogenen, alle Beachtung gezollt werden.

6. Da der Krieg zwischen den Staaten als solchen ein Verhältnis begründe, zu dem die Individuen in keiner direkten Beziehung stünden, so ergebe sich der natürliche Grundsatz, daß das Privatvermögen zu Wasser wie zu Lande unverletzbar sei, und es müsse als richtig anerkannt werden, daß dasselbe, soweit es sich nicht um Kriegskonterbande handele, selbst wenn es im Eigentum eines feindlichen Staatsangehörigen stehe, nicht zum Objekt einer Beschlagnahme gemacht werden dürfe. Reklamant hoffe aber, daß Japan sich nicht nach dem schlechten Vorgange und den eigenmächtig aufgestellten Grundsätzen von Mächten richten werde, welche um Vorteils willen die Rechtslogik verdrehten und verwirrten, sondern daß es zu einer Zeit, wo es gegen den Feind der Humanität und des Weltfriedens kämpfe, neben seiner nationalen Machtentwicklung auch die Förderung von Recht und Vernunft im Auge behalten werde. Daher müsse es jetzt seine Größe beweisen, indem es auch für das Privatvermögen zur See den Grundsatz der Unverletzlichkeit zur Ausführung bringe.

7. Transportgüter gingen erst mit dem Augenblick, wo sie im Bestimmungsort angekommen und ausgehändigt worden seien, in das Eigentum des Empfängers über, und der Verschiffer verliere keineswegs mit dem Moment der Verschiffung sein Eigentumsrecht an den Gütern. Er habe vielmehr selbstredend bis zur Ankunft der Güter im Bestimmungsort und Ablieferung an den Empfänger die Rechte und Verantwortlichkeit des Eigentümners. Zum Beispiel habe er im Falle Verlustes der Güter dem Schifsherrn gegenüber Recht auf Schadens-

ersatz: und ebenso legten der 8. Absehnitt des 3. Buches und der 3. Absehnitt des 5. Buches unseres Handelsgesetzbuches dem Ladungsempfänger die Verpflichtung zur Leitung der Fracht- und sonstigen Kosten erst dann auf, wenn er die Güter ausgehändigt erhalten habe. Es läge kein Grund vor, allein für das Völkerrecht andere Rechtsnormen anzunehmen. Es sei daher außer Zweifel, daß die hier verhandelten Güter, welche dem Empfänger nicht ausgehändigt worden sein, Eigentum des in Nagasaki ansässigen deutschen Rekhamanten seien. Wolle man das Nationalitätsprinzip anwenden, so sei der Verschiffer Angehöriger eines neutralen Staats; lege man das Domizilprinzip zugunde, so sei er als Japaner zu behandeln. Von welchem Punkte man den Fall auch ansehe, könne man die Güter nicht als feindliche betrachten und für konfisziert erklären.

8. Es sei billig, daß der Staat für den an Frachtkosten von dem Reklamanten durch unrechtmäßiges Vorgehen des Staats tatsächlich erlittenen Schaden aufkomme, da man annehmen müsse, daß der Ausdruck "Prisensache" des § 1 der Prisenordnung alles, was zu der hier verhandelten Sache Beziehung habe, in seinen Sinn einschließe.

Die Hauptpunkte des Schriftsatzes des Staatsanwalts beim Sasebo-Prisengericht, Hayashi Eijuro, besagen:

Was man völkerrechtlich als Kriegszeit bezeichne, nehme seinen Anfang mit öffentlichen, aus der Absicht, den Kampf zu beginnen, hervorgegangenen feindseligen Handlungen. Schon ehe Japan und Rußland über die mandschurische und koreanische Frage diplomatische Verhandlungen eröffent gehabt hätten, habe Rußland einresits absichtlich seme Antwort immer hinausgeschoben, auf der anderen Seite durch umfangreiche Kriegssvorbereitungen Japan gegenüber seinen Entschulg, zu kämpfen, deutlich gezeigt. Darauthin habe Japan am 5. Februar 1904 seine an Rußland gerichtete Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen abgesandt, und sein Geschwader sei am 6. Februar, um 7 Uhr morgens, vom Kriegshafen von Sasebo aufgebrochen, um die russische Flotte zu bekämpfen. Diese Handlung stelle sich als eine mit der Absicht, den Kampf zu beginnen, vorgenommene Handlung dar.

Da es feststehe, daß die Beschlagnahme des Dampfers "Mukden" nach diesem Zeitpunkte stattgefunden habe, so sei daher die Entscheidung in dem Urteil erster Instanz, daß am 6. Februar der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland bereits bestanden habe, zu Recht getroffen worden.

Für die Behauptung, daß Korea kein neutraler Staat sei, bedürfe es angesichts dessen, daß es selber sich zu schützen nicht imstande eit, und wenn man das Ziel dieses Krieges sich vor Augen halte, eines Beweises nicht, da alles dies aus der allgemein bekannten Lage der Dinge von selbst klar herworgehe. Zur Entscheidung darüber, ob die Beschlagnahme zu rechtfertigen sei oder nicht, genüge es, da dis Beschlagnahmerecht nach dem Völkerrecht in neutralen Häfen oder neutralen Höheitsgewässern nicht vorgenommen werden dürfer, volkommen, festusstellen, ob Korea neutral sei oder nicht, und eine Entscheidung darüber, ob es als feindliches oder als verbündetes Land anzusehen sei, wäre vollkommen überfüßsig. Daher könne in der Tatsache, daß das Urteil erster Instanz lediglich behauptet habe, Korea sei kein neutrales Land, nichts Ungerechtes erkannt werden. Ebenso erübrige es sich, die belanglose Behauptung des Reklamanten, das Urteil erster Instanz vertrete die Ansicht, Korea sei eine Allonge Japans, zu beantworten.

Ferner könnten die von der Gesellschaft für internationale Rechtswissenschaft im Jahre 1882 gefaßten Beschlüsse, welche lediglich die Privatansichten von Gelehrten repräsentierten, für die Gegenwart noch nicht als völkerrechtliche Norm anerkannt werden.

Daß man auf feindlichem Schiff befindliche feindliche Güter, wenn sie auch Privatvermögen seien, einziehen könne, sei ein fundamentaler Grundsatz des gegenwärtigen Völkerrechts und finde sich gleichermaßen in der Pariser Erklärung von 1856 wie in der japanischen Prisenordnung ausgesprochen. Es sei selbstredend, daß man diesen Grundsatz auf den vorliegenden Fall zur Anwendung bringe.

Die Frage, ob Güter feindlich seien oder nicht, entscheide sich nach dem Wohnsitz des Eigentümers, und Güter, welche an einen im Feindesland ansässigen Empfänger abgesandt seien, gällen, mangels ausdrücklichen Gegenbeweises, von dem Zeitpunkt der Absendung an als in das Eigentum des Empfängers übergeangen. Da nun der Empfänger der hier verhandelten Güter in dem zum Feindesland gehörigen Wladiwostok ansässig sei, und der Reklamant keinen Beweis beigebracht habe, daß die Güter felndliche Güter der Aufbringung noch im Eigentum des Absenders standen, so sei die Ansicht des erstinstanzlichen Urteils, daß die Güter felndliche Güter seien, rechtmäßie.

Da nach der Prisengerichtsordnung die Entscheidung über die Schadensersatzforderung nicht zur Kompetenz der Prisengerichte gehöre, so habe das erstinstanzliche Urteil dieselbe mit Recht abgewiesen.

Die Berufung müsse daher, weil alle vorgebrachten Gründe unhaltbar seien, abgewiesen werden.

Die vorliegende Entscheidung wird wie folgt begründet:

Der Reklamant erklärt die Beschlagnahme der hier verhandelten Gitter zusammen mit dem Dampfschiff "Mukden" für ungerechtfertigt, weil sie am 6. Februar 1904 2<sup>26</sup> p. m., das heißt vor Entstehen des Kriegszustandes, stattgefunden habe. Die Eröffnung des Krieges fällt nicht unbedingt mit dem ersten Austausch von Kanonefteuer unter den beiden Streitmächten zusammen, auch ist sie nicht unbedingt von der Abgabe einer Kriegserklärung oder einer dieser gleichstehenden Mitteilung abhängig. Wenn auch nur eine weniger drastische Ausführung der Kriegsabsicht oder andere Manifestation des Willens, zu kämpfen, vorliege, so ist damit der Kriegsaustand eingeterten.

Da nun während der japanisch-russischen Verhandlungen Rußland durch sein unangemessenes Verhalten, welches die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens unmöglich machte, und durch fortwährende Kriegsrüstungen seine Absicht, uns mit Waffengehalt zu unterwerfen, klar bewies, so sandte unsere Regierung am 5. Februar des Jahres 1904 eine Instruktion bezüglich Abbruchs der diplomatischen Beziehungen an unsern Gesandten in Rußland, und gleichzeitig traf unser Kriegsgeschwader seine Vorbereitungen und fuhr am folgenden Tage, dem 6. Februar, mit der Bestimmung, den Kampf aufzunehmen, von dem Kriegshafen Sasebo ab, und nahm auf der Fahrt, also während der Kriegszeit, das der russischen freiwilligen Flotte angehörige, für den Kriegsgebrauch der russischen Regierung bereitzustellende Dampfschiff "Ekaterinoslay" in Beschlag. Dies war eben nichts anderes als eine Ausführung der Kriegsabsicht, und die erst später erfolgte Beschlagnahme des hier in Frage kommenden Dampfers kann daher nicht als ungerechtfertigt bezeichnet werden; dies um so weniger, als sie auch nach der am 6, Februar, nachmittags 2 Uhr, erfolgten Mitteilung unserer Regierung an den bei unserem Hofe akkreditierten russischen Gesandten betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen stattgefunden hat. Punkt 1 und 2 der Berufung sind daher grundlos.

Punkt 3 der Berufung behauptet, daß zum mindesten bis zum ZJ. Februar 1904, das heißt bis zum Abschluß des japanisch-koreanischen B\u00e4ndnisses, Korea neutral gewesen und daß dies ein Grund f\u00e4r die Freilassung der in Frage stehenden Prise sei. Aber da Korea von Anfang an f\u00e4r diesen Krieg sein Einverstandnis gegeben hat, daß die japanischen Truppen in Korea landen und durch dasselbe passieren die japanischen Truppen in Korea landen und durch dasselbe passieren date, so kann es nicht als neutral im gew\u00f6hnlichen Sinne des Wortes bezeichnet werden. Wenn aber Korea nicht im gew\u00f6hnlichen Sinne nettral ist, so kann die in seinen Hohelisgew\u00e4sservissern erfolgte Beschlag-nahme nicht als widerrechtlich bezeichnet werden. Auch l\u00e4\u00e4ß tes daggen, daß das Sasebo-Prisengericht neben seiner Behauptung, Korea seinicht neutral, keine weiteren Er\u00f6rtenugen \u00fcber die Natur der Stellung Koreas getroffen habe, nichts einwenden. Daher ist auch Punkt 3 der Berufung erundlos.

Da aus der Tatsache, daß Korea nicht neutral ist, durchaus nicht gefolgert werden kann, daß Fusan ein japanischer Hafen ist, so fällt auch Punkt 4 der Berufung hin. Auf den Punkt 5 der Berufung ist zu erwidern, daß der Reklamant der Idelglich eine wissenschaftliche Ansicht anführt, welcher jedoch bis jetzt noch nicht der Charakter einer völkerrechtlichen Norm beigelegt werden kann.

Der Punkt 6 der Berufung ist lediglich ein persönlicher Wunsch des Reklamanten. Das Völkerrecht erkennt dagegen talsächlich an, daß Güter, wenn sie auch Privateigentum sind, deshalb nicht minder ein Objekt der Beschlagnahme zur See sind. Daher sind auch Punkt 5 und 6 der Berufung als unhaltbar zurückzuweisen.

Im Punkt 7 seiner Berufung sagt der Reklamant, die Güter stünden m-Eigentum des Verschiffers, und könnten daher nicht als feindliche Güter eingezogen werden. Es ist aber völkerrechtliche Bestimmung, daß Güter, welche von einer außerhalb Feindesgebiet ansässigen Person auf feindlichem Schiff an einen im Feindesgebiet wohnhalten Empfääger abgesandt werden, als feindliche gelten und eingezogen werden können. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß diese Bestimmung den Verhältnissen durchaus gerecht wird, und verwirft deshalb Punkt 7 der Berufung.

Auch der Ansicht des Punktes 8 der Berufungsgründe, daß das Urteil erster Instanz die Schadenersstatforderung für Fracht- und Umladekosten zu Unrecht abgewiesen habe, kann nicht beigerlichtet verden, da nach den Bestimmungen unserer Prisengerichtsordnung die Prüfung von Schadensersatzforderungen nicht zur Amtsbefugnis der Prisengerichte erbört.

Es wird daher wie folgt entschieden: Die Berufung wird verworfen,

o .

Am 3. Juli 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der englische Staatsangehörige Frederic Ringer, Nagasaki, Oura Nr. 7, in Firma der Handels- und Schiffsagenturgesellschaft Holme, Ringer & Co.

In der Prisensache betreffend Ladung des russischen Dampfers "Mukden" wird wie folgt entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Mukden" verladenen 1000 Sack japanischer Reis und 360 Kolli getrocknetes Obst und 16 Polyphone werden eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Die in der Urteilsformel verzeichneten Güter sind von dem Reklamanten in Nagasaki auf dem russischen Dampfer "Mukden" verladen und am 6. Februar 1904, 2 Uhr 45 Minuten nachmittags, auf der Reise nach Wladiwostok im Hafen von Fusan von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Heiyen" zusammen mit dem genannten Schiff beschlagnahmt worden.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Heiyen", Kapitänleutnants Yos himura Shinsei, die Vernehmungsprotokolle des 1. Offiziers der "Mukden", Serge Wiszniowski, und des 2. Offiziers Alexander Iwanowitsch Kanajeff, das Ladungsverzeichnis, die Konnossement und das Schiffstournal des genannten Dampfers.

Der Reklamant hat Ladung zur mündlichen Verhandlung erhalten, ist aber nicht erschienen. 1)

Die Hauptpunkte der in der Reklamationsschrift niedergelegten Reklamation sind folgende:

Der zur Verhandlung stehende japanische Reis sei von dem Reklamanten auf Bestellung der Firma Choorin Re Co. in Wladiwostok in Nagasaki eingekauft und während des Transports an die genannte Finansbeschlägnahmt worden. Da der Reis noch nicht am Bestimmungsort angekommen und folglich der Kaufpreis noch nicht bezahlt sei, so stehe der Reis noch im Eigentum des Reklamanten und habe keinerlei Beziehungen zu der russischen Regierung.

Die 360 Kolli getrocknetes Obst und 16 Polyphone, welche von S. Francisco auf dem japanischen Dampfer "Nippon Maru" nach Nagasaki gekommen und von dem Reklamanten auf die "Mukden" umgeladen und nach Wladiwostok geschickt worden seien, stünden gleichfalls im Eigentum verschiederne rinzelner Persone.

Es werde daher die Auslieferung aller zur Verhandlung stehenden Güter an den Reklamanten beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsamwalts gehen dahin, daß die zur Verhandlung stehenden Güter alle für Personen, welche ihren Wohnsitz im feindlichen Wladiwostok hätten, bestimmt seien und daher als feindliches Gut auf feindlichem Schiff der Wegnahme verfallen m
ßben.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Nach den Bestimmungen und Gebräuchen des geltenden Völkerrechts kann feindliches Gut auf feindlichem Schiff mit Recht weggenommen werden. Die Frage, ob Güter feindlich sind oder nicht,

<sup>1)</sup> IV. § 18.

bestimmt sich nach dem Wohnsitz des Eigentümers, 2) und die Frage, ob sie der feindlichen Regierung gehören oder nicht, ist unerheblich.

Ferner werden Güter, welche an einen feindlichen Empfänger abgesandt worden sind, als feindliche Güter betrachtet und, wenn die Interessenten das Gegenteil behaupten wollen, so liegt der Beweis hierfür ihnen ob.

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind auf dem feindlichen Dampfer "Mukden" verladen und von amerikanischen und japanischen Absendern an Empfänger im feindlichen Wiadiwostok abgesandt worden. Da der Reklamant für die Behauptung, daß die Güter nicht feindlich seien, keinen Beweis erbracht hat, so ist diese Behauptung als unbegründet anzusehen und die Güter sind als feindliche Güter einzuziehen.<sup>2</sup>

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Vamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Frederic Ringer, Chef der Firma Holme, Ringer & Co., Nagasaki, Oura, Nr. 7.

Prozebvertreter: Rechtsanwalt Shigefuji Tsurutaro, Nagasaki, Hikijimachi, Nr. 33.

Die gegen das Urteil des Prisengerichts zu Sasebo vom 14, Juni 1904 in Sachen von Ladungsstücken des beschlagnahmten Dampfers "Mukden" eingelegte Berufung wird abgewiesen, weil der Prozeßvertrete keine ausreichenden Beweisdokumente für seine Prozeßvollmacht beigebracht hat.)

Am 3. Juli 1905.

Das Oberprisengericht.

Reklamanten: Der amerikanische Kaufmann Arthur W. Tay-1 or in Wladiwostok, Rußland, und

der amerikanische Staatsangehörige D. H. Blake, Prokurist der American Trading Company, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 28.

7) V. §§ 8, 3 und 4. — 3) V. § 40, 2. — 4) IV. § 20.

Prozeßvertreter der beiden Reklamanten: Rechtsanwalt Aki yama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache betreffend Ladungsstücke des russischen Dampfers "Mukden" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Mukden" verladenen 1723 Faß Nägel und 1 Kollo Gasbrenner werden eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die auf dem Dampfer "Mukden" verladenen Nägel und Gasbrenner wurden auf der Reise nach Wladiwostok am 6. Februar 1904 im Hafen von Fusan in Korea zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Heiven" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift und das Güterverzeichnis des Stellwerteters des Kommandanten der "Heiyen", Kapitänleutnants Yoshim ura Shinsei, die Vernehmungsprotokolle des 1. Offiziers der "Mukden", Serge Wiszniowski, und des 2. Offiziers, Alexander I wan owitsch Kanajeff, das Tagebuch, das Ladungsverzeichnis und die Konnossemente des genannten Dampfers sowie die Aussagen des Vertreters der Reklamation.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Bestimmungsort der zur Verhandlung stehenden Güter sei freilich feindliches Gebiet, aber zur Zeit ihrer Verschiffung hätten Japan und Rußland noch keine Kriegserklärungen abgegeben, auch hätten die Feindseligkeiten noch nicht begonnen gehabt.

Da die Güter im Eigentum des neutralen Empfängers stünden und keine Kriegskonterbande seien, so müßten sie freigegeben werden.

Die Ansicht des Staatsanwalts geht im wesentlichen dahin, daß die Güter erwiesenermaßen feindliche Güter auf feindlichem Schiff seien; daß die Behauptungen des Reklamanten völlig unbegründet und die Güter einzuziehen seien.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Feindliches Gut auf feindlichem Schiff, gleichviel ob Konterbande oder nicht, gleichviel auch ob vor der Kriegseröffnung verschifft oder nicht, kann mit Recht eingezogen werden. 1)

Es steht nach dem Völkerrecht außer Zweifel, daß die Frage, ob Güter feindlich sind, sich ungeachtet der Nationalität des Eigentümers nach dessen Wohnsitz bestimmt. 2)

<sup>1)</sup> V. § 40. — 7) V. §§ 8, 3 und 4.

Wenn man die obigen Tatsachen betrachtet, so muß es für erwiesen erachtet werden, daß die zur Verhandlung stehenden Güter feindliches Gut auf feindlichem Schiff darstellen und daß kein Grund für ihre Freigabe vorliegt.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Choiiro.

### (Unterschriften.)

Reklamanten: Die amerikanische Staatsangehörige Kaufmann San Elizabeth Smith in Wladiwostok, Rußland, und der amerikanische Staatsangehörige D. H. Blake, Prokurist der American Trading Company, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 28.

ProzeBvertreter der beiden Reklamanten: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache betreffend Ladungsstücke des russischen Dampfers "Mukden" wird wie folgt entschieden:

### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Mukden" verladenen 45 Kisten Wagen werden eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Die auf dem Dampfer "Mukden" verladenen Wagen wurden auf der Reise nach Wladiwostok am 6. Februar 1904 im Hafen von Fusan in Korea zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Heiven" beschlaenahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift und das Gütterverzeichnis des Stellwertreters des Kommandanten der "Heiyen", Kapitlanleutnans V os hi m ur a S hin sei, die Vernehmungsprotokolle des 1. Offiziers der "Mukden", Serge Wiszniowski, und des 2. Offiziers Alexan der Iwanowitsch Kanajeff, das Tagebuch, das Ladungsverzeichnis und die Konnossemente des genannten Dampfers sowie die Aussagen des Vertreters der Reklamation.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Bestimmungsort der zur Verhandlung stehenden Güter sei 108 freilich feindliches Gebiet, aber zur Zeit ihrer Verschiffung hätten Japan und Rußland noch keine Kriegserklärungen abgegeben, auch hätten die Feindseligkeiten noch nicht begonnen gehabt.

Da die Güter im Eigentum des neutralen Empfängers stünden und keine Kriegskonterbande seien, so müßten sie freigegeben werden,

Die Ansicht des Staatsanwalts geht im wesentlichen dahin, daß die Güter erwiesenermaßen feindliche Güter auf feindlichem Schiff seien, daß die Behauptungen des Reklamanten völlig unbegründet und die Güter daher einzuziehen seien.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Feindliches Gut auf feindlichem Schiff kann, gleichviel ob Konterbande oder nicht, gleichgültig auch ob vor der Kriegseröffnung verschifft oder nicht, mit Recht eingezogen werden.

Es steht nach dem Völkerrecht außer Zweifel, daß die Frage, ob Güter feindlich sind, sich ungeachtet der Nationalität des Eigentümers nach dessen Wohnsitz bestimmt.\*)

Wenn man die obigen Tatsachen betrachtet, so muß es für erwiesen erachtet werden, daß die zur Verhandlung stehenden Güter feindliches Gut auf feindlichem Schiff darstellen und daß kein Grund für ihre Freigabe vorliegt. 9

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Arthur W. Taylor, wohnhaft in Wladiwostok, Ostsibirien, Rußland, und D.H. Blake, Prokurist der American Trading Company, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 28. Reklamanten: Sarah Elizabeth Smith, wohnhaft in Wladiwostok, Ostsibirien, Rußland, und D. H. Blake, Prokurist der American Trading Company, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 28.

Prozeßvertreter der beiden Reklamanten: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

<sup>5</sup>) V. §§ 8, 3 und 4. — <sup>4</sup>) V. § 40.

Am') 20. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladung des am 6. Februar 1904 im Hafen von Fusan in Korea von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Heiyen" beschlagnahmten russischen Dampfers "Mukden" ein Urteil erlassen, in welchem auf Einziehung der auf dem eenannten Dampfer verladent

1723 Faß Nägel und 1 Kollo Gasbrenner erkannt worden ist. Gegen dieses Urteil haben die Reklaklamanten Arthur W. Taylor und der Prokurist der American Trading Company, D. H. Blake, Blake, 18 Jake, 18 Jake

durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Isutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts zu Sasebo, in welchem auf Einziehung der auf dem Dampfer "Mukden" verladenen 1776\*) Faß Nägel und 1 Kollo Gas- 45 Kisten Wagen

brenner

entschieden worden sei, sei unrechtmäßig. Es werde Aufhebung dieses Urteils und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Güter beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

Die zur Verhandlung stehenden
 Nägel und Gasbrenner
 Wagen

Nager und Gasorenner was eine im September 1903 in New York, Amerika, verschifft, am 1. Februar 1904 in Shanghai auf den der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft gehörigen Dampfer "Mukdern" umgeladen und auf der Fahrt nach Wladiwostok am 6. Februar, 2 Uhr 40 Minuten nachmittags, im Hafen von Fusan in Korea zusammen mit dem genannten Dampfer beschlagnahmt worden. Da am 6. Februar der Kampf zwischen Rußland und Japan noch nicht begonnen gehabt habe, so könne man diesen Tag nicht als Kriegszeit bezeichnen. Es sei aber unbestreitbar, daß Prisen nur zur Kriegszeit gemacht werden dürften. Der Kriegszustand zwischen Staaten entstehe dadurch, daß die am Kampfe beteiligten Mächte atsächlich die Feindseligkeiten begännen; er nehme dagegen seinen Anfang nicht mit einem Ultimatum oder mit Vorberetiungen für den Kampf. Was daher das Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Was daher das Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Was daher das Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Was daher das Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Was daher das Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Was daher das Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Was daher das Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Was daher das Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar der Verhältnis zwischen Japan und Rußland am 6. Februar

<sup>\*)</sup> Diese beiden Entscheidungen sind nur in der Person des Reklamanten und in dem Reklamationsobjekt verschieden. Daher sind sie hier kollateral angeordnet worden.

<sup>&</sup>lt;sup>b</sup>) Im Urteil I. Inst. 1723 Faß.

1904 angehe, so liege dieser Tag zwar nach der Abgabe des Ultimatums, und die Kriegsvorbereitungen seien bereits getroffen gewesen, aber trotzdem könne man nicht sagen, daß die Kriegszeit bereits begonnen gehabt labe. Demnach habe Japan zu dieser Zeit noch nicht die Befagnisse einer kriegflinernden Macht ausüben dürfen, und die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme stehe nicht im Einklang mit den Bestimmungen est Völkerrechts.

Selbst aber wenn man einmal annehme, daß der 6. Februar beritst in die Kriegszeit falle, so sei doch die Beschlagnahme im Hafen von Fusan in Korea geschehen. Korea sei zu der Zeit noch mit keinem der beiden Kaiserreiche in Bündnis gewesen und müsse als ein unabhängiges neutrales Land angesehen werden. Es ei aber unnbestreitist, daß eine Beschlagnahme in neutralen Hoheitsgewässern das Völkerrecht verletze und widerrechtlich sei.

- 2. Wie aus den Ladungspapieren der "Mukden" hervorgehe, sei dieselbe Eigentum der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft in Shanghai und gehöre nicht zu Rußland. Selbst aber zugegeben, das Schiff stehe im russischem Gebrauch und führe die russische Flagge oder stehe ganz oder teilweise im Eigentum russischer Untertanen, so sei doch Rußland an 6. Februar noch nicht als Feind anzusehen gewesen. Daher sid das genannte Schiff incht ab Feindesschiff anzusehen, und die Entschiedung, welche dies annehme und die zur Verhandlung stehenden Güter für Ladung eines feindlichen Schiffs erkläft habe, sei unzutreffend.
- 3. Nach dem im Artikel 3 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 ausgesprochenen Grundsatz könne neutrale Ladung auf Schiffen feindlichen Charakters nicht beschlagnahmt werden. Das Beschlagnahmterecht beschränke sich lediglich auf feindliche Ladung. Zur Entscheidung über die Frage, ob Ladung feindlich sei oder nicht, gebe es zwei Prinzipien. Das eine gehe nach der Nationalität, das andere nach dem Wohnsitz des Eigentümers. Von dem modernen Völkerrecht werde zweifellos als das natürlichste und vernünftigste das Nationalitätsprinzip und nicht das Domizilprinzip angesehen.

Der in Wladiwostok ansässige Arthur W. Taylor habe die zur Verhandlung stehenden Güter von der in New York in Amerika niederlässigen American Trading Company gekauft. Wenn man annehme, daß einem solchen Vertrag die Kraft innewohne, das Eigentum zur Zeit der Verschiffung übergehen zu lassen, so seien die zur Verhandlung stehenden Güter freilich Eigentum

des Taylor. der Smith.

Wenn man aber diese Kraft der Eigentumsübertragung nicht annehme, so stünden die Güter nach wie vor im Eigentum des Verkäufers, der American Trading Company. Das Urteil erster Instanz habe aber über die Wirkung des Eigentumsübergangs nach dem Völkerrecht keine Untersuchung angestellt, und daher könne die Entscheidung, so wie sie abgegeben sei, nicht als zutreffend erachtet werden.

Wenn man auch annehme, das Eigentumsrecht sei bereits auf den Käufer übergegangen und

der oben erwähnte Taylor sei die oben erwähnte Smith sei Eigentümer der zur Verhandlung Eigentümerin der zur Verhandlung stehenden Güter, so seien, weil die stehenden Güter, so seien, weil Smith von Nationalität Ameri-Taylor von Nationalität Amerikaner sei, kanerin sei.

die Güter der Nationalität

der Smith

Taylors entsprechend von neutraler Landeszugehörigkeit. Demnach könnten sie nach der Pariser Seerechtsdeklaration nicht weggenommen werden, und die Entscheidung des Prisengerichts erster Instanz, daß die Güter feindlich seien und eingezogen werden müßten, sei ungesetzlich. Das von diesem Gericht als völkerrechtlicher Grundsatz anerkannte Domizilprinzip sei nur englisches Prinzip, das man nicht als einen internationalen Grundsatz hinstellen könne. Nach diesem Prinzip werde übrigens dem Vertrag die Kraft der Übertragung des Eigentums an den Gütern von dem Zeitpunkt der Verschiffung nicht zuerkannt, wie das im Gegenteil bei dem französischen Nationalitätsprinzip der Fall sei, bei welchem im Einklang mit den gewöhnlichen Handelsgebräuchen die Verantwortung für die Güter nach der Verschiffung bei dem Käufer liege und demgemäß die Kraft des Vertrages, das Eigentum auf den Käufer übergehen zu lassen, anerkannt sei. Das Gericht erster Instanz habe, ungeachtet dieser Verschiedenheit in den beiden Prinzipien, einfach gesagt, das Domizilprinzip werde völkerrechtlich nicht in Zweifel gezogen, und sei diesem ohne Verständnis blindlings gefolgt, wobei es aber die Frage der Eigentumsübertragung übersehen habe. Man könne daher nicht behaupten, daß das Urteil die Wahrheit erschöpfe. Denn wenn man im vorliegenden Falle dem englischen Prinzip gefolgt sei, so stehe das Eigentum nach wie vor beim Verkäufer, der American Trading Company in New York, und die Landeszugehörigkeit der Güter sei unbestreitbar neutral.

4. Die zur Verhandlung stehenden Güter seien bereits im September 1903 abgesandt worden, d. h. etwa ein halbes Jahr vor der Kriegseröffnung, welche doch offenbar nicht vorausgesehen worden sei. Ihrem Charakter nach seien die Güter unfraglich keine Konterbande.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Hayashi Eijuro, sind folgende:

Es sei völkerrechtlich allgemein anerkannt, daß die Zeit der Ausübung des Seeprisenrechts nicht unbedingt mit dem Feuern der Kanonen ihren Anfang nehme, daß vielmehr in die Zeit, wo dieses Recht ausgeübt werden könne, sehon eingetreten werde, wenn nur irgendeine Tätigkeit gezeigt werde, die als feindliches Vorgehen angesehen werden müsse. Seit Anfang der Eröffnung der diplomatischen Verhandlungen zwischen Japan und Rußland über die mandschurisch-koreanische Frage habe Rußland auf der einen Seite seine Antwort absichtlich hingezögert, auf der anderen große Kriegsvorbereitungen getroffen und Japan gegenüber seinen Entschluß, den Kampf zu eröffnen, dargetan. Daraufhin habe Japan am 5. Februar 1904 seine Erklärung betreffend den Abbuch der diplomatischen Beziehungen an Rußland abgeschickt und das japanische Geschwader sei am 6. Februar, vormittags 7 Uhr, zum Kampf gegen die russische Kriegsflotte von Sasebo aufgebrochen. Da die Feindseligkeiten somit schon vor der zur Verhandlung stehenden Beschlagnahme ihren öffentlichen Anfang genommen hätten, so sei die Behauptung, daß die Beschlagnahme mit Rücksicht auf die Zeit, zu der sie vorgenommen, wirkungslos sei, unzuterfend.

Ferner sei es, ohne viel Worte zu machen, klar, daß Korea nach dem Zweck des Krieges und mit Rücksicht auf den Mangel der Fähigkeit, sich selbst zu schützen, tatsächlich nicht neutral sei. Auch habe es dadurch, daß es nach der Kriegseröffnung eine Neutralitätserklärung nicht abgegeben habe, bewiesen, daß es keinen vollständig neutralen Stand besitze. Daher seien auch in diesem Punkte die Behauptungen des Prozeßwertersets unhaltburgen.

Was die Landeszugehörigkeit des Dampfers "Mukden" angehe, so gehe aus den Schiffspapieren klar hervor, daß er der ostehinesischen Fisenbahngesellschaft gehöre, und es bestehe daher kein Raum für Zweifel darüber, daß es ein feindliches Schiff sei.

Nach der allgemeinen völkerrechtlichen Anschauung bestimme sich die Landeszugehörigkeit von Gütern nach dem Wohnsitz des Eigentümers und das Eigentum an Gütern müsse mangels Gegenbeweises als dem Empfänger zustehend angesehen werden. Es sei daher unbestreibar, daß die zur Verhandlung stehenden Güter, welche an eine in Wladiwostok ansässige Person versandt worden seien, weil kein Beweis vollege, daß das Eigentum einem anderen als dem Empfänger zustehe, frändlichen Charakters seien.

Da so die Güter feindliche Güter auf einem feindlichen Schiff seien, se enspreche es den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen, der Pariser Seerechtsdeklaration und der japanischen Prisenordrung, daß se, gleichviel ob Konterbande oder nieht, gleichgültig auch ob in Vorsalsicht des. Krieges abgesandt oder nicht, eingezogen werdem müßten.

Kurz, die Berufung sei in allen Punkten unbegründet, das Urteil erster Instanz in allem zutreffend, und es werde daher Verwerfung der Berufung beantragt.

Das vorliegende Urteil wird wie folgt begründet:

Der russische Dampfer "Mukden" ist zusammen mit den zur Verhandlung stehenden Gütern im Hafen von Fusan in Korea am 6. Februar 1904, 2 Uhr 40 Minuten nachmittags, beschlagnahmt worden.

Die Kriegseröffnung fällt nicht unbedingt mit dem Moment des ersten Austauschs von Kanonenfeuer zusammen, auch ist sie nicht unter allen Umständen von einer Kriegserklärung oder einer dieser gleichkommenden Mitteilung abhängig. Wenn vielmehr auch nur eine weniger drastische Ausführung der Kriegsabsicht oder sonst eine Manifestation des Willens zu kämpfen vorliegt, so ist damit der Kriegszustand eingetreten.

Da nun während der japanisch-russischen Verhandlungen Rußland durch sein unangemessenes Verhalten, welches die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens unmöglich machte, und durch fortwährende Kriegsrüstungen seine Absicht, uns mit Waffengewalt zu unterwerfen, klar bewies, so sandte unsere Regierung am 5. Februar des Jahres 1904 eine Instruktion bezüglich Abbruchs der diplomatischen Beziehungen an unseren Gesandten in Rußland, und gleichzeitig traf unser Kriegsgeschwader seine Vorbereitungen und fuhr am folgenden Tage, den 6. Februar, mit der Bestimmung, den Kampf aufzunehmen, von dem Kriegshafen Sasebo ab und nahm auf der Fahrt, also während der Kriegszeit, das der russischen freiwilligen Flotte angehörige, wie bekannt, für den Kriegsgebrauch der russischen Regierung bereitzustellende Dampfschiff "Ekaterinoslav" in Beschlag. Dies war eben nichts anderes als eine Ausführung der Kriegsabsicht, und die erst später erfolgte Beschlagnahme des hier in Frage kommenden Dampfers kann daher nicht als ungerechtfertigt bezeichnet werden; dies um so weniger, als sie auch nach der am 6. Februar, um 2 Uhr nachmittags, erfolgten Mitteilung unserer Regierung an den bei unserem Hofe akkreditierten russischen Gesandten betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen stattgefunden hat. Daher muß die Begründung des Reklamanten, daß am 6. Februar der Krieg zwischen Japan und Rußland noch nicht eröffnet gewesen, die an diesem Tage vorgenommene Beschlagnahme daher nicht zu Recht geschehen sei, als unzutreffend bezeichnet werden

Da ferner Korea für den Krieg zwischen Japan und Rußland von Anfang an zu der Landung der japanischen Truppen in seinem Gebiet und dem Passieren derselben seine Zustimmung gegeben hat, der Krieg sich auch anfangs innerhalb seines Hoheitsgebiets abgespielt hat, kann Korea nicht als ein neutraler Staat im gewöhnlichen Sinne des Worst erachtet werden. Die Widerrechtlichkeit der zur Verhandlung stehenden Beschlagnahme kann daher mit der Tatsache, daß sie in koreanischem Gebietsgewässer gesehehen ist, nicht begründet werden.

Der Reklamant behauptet zwar, daß die zur Verhandlung stehenden

Güte auf einem nicht feindlichen Schiff verladen worden seien, aber aus den Schiffspapieren geht hervor, daß der Dampfer "Mukden" der missischen ostchinesischen Eisenbahngesellschaft gehört. Auch die von dem Reklamanten herangezogenen Konnossemente beweisen das Gegentell nicht im ereinzischen.

Die ostchinesische Eisenbahngesellschaft sieht zwar äußerlich wie eine Privatgesellschaft aus. Aber in der von dem russischen Verkehrsmisterium veröffentlichten Schiffsstatistik für russisch Asien werden blie der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft gehörigen Schiffe unter die im Eigentum der Regierung stehenden Fahrzeuge gerechnet. Ferner hat die russische Regierung den Ersatz der bei den nordchinesischen Verten vom Jahre 1900 von der oostchinesischen Eisenbahngesellschaft erlittenen Schäden als vom Staat erlittener Schäden bei der chinesischen Regierung reklamiert. Man muß also annehmen, daß die russische Regierung sebst die ostchinesischen Sinchhangesellschaft im Wirklichkeit als ein Regierungsunternehmen betrachtet. Auch wenn man den Zweck dieser Gesellschaft und ihre Beamtenorganisation ansieht, so kann man nicht zu dem Schluß kommen, daß sie ein Privatunternehmen sci. Schon aus dieser einen Tatsache ergibt sich ohne jeden Raum für Zweifel, daß die "Mukden" ein feindliches Schiff ist.

Der Reklamant behauptet, daß am 6. Februar Rußland noch nicht als ein feindliches Land anzusehen gewesen sei. Wie aber schon oben auseinandergesetzt, ist dieser Punkt der Berufung unbegründet.

Daß die Landeszugehörigkeit von Gütern sich nach dem Wohnsitz des Eigentümers bestimmen läßt, daß ferner, wenn Personen, die außerhalb des Feindeslandes wohnen, zur Kriegszeit Güter auf feindelichem Schiff an einen Empfänger im Feindesgebiet schicken, diese Gitte leindlichem Charakter haben und folglich eingezogen werden können, ist von der völkerrechtlichen Praxis amerkannt und auch das Oberpriesngericht erachtet dies für billig. Wenn auch der Reklamant sigt, daß von dem modernen Völkerrecht zweifellos als das natürlichste und vernünftigste das Nationallitätsprinzip und nicht das Domizilprinzip angesehen werde, so ist das lediglich eigene Ansicht des Reklamanten und kann nicht als ausreichende Grundlage für die Verwerfung der erstinstanzlichen Entscheidung erachtet werden.

Ferner bringt der Reklamant vor, daß selbst, wenn das englische Prinzip für den vorliegenden Fall als zutreffend angenommen vorden sei, doch das Eigentum nach wie vor bei dem Verkäufer bleibe und die Landeszugehörigkeit der Güter neutral sei. Das Prisengericht hat aber gar nicht von einem fremden Lande anerkannte Prinzipien zur Anwendung zu bringen und, da die Landeszugehörigkeit von Gütern, die auf feindlichem Schiff an einen Empfänger im Feindesland geschiekt. werden, sich, wie oben ausgeführt, bestimmt, so ist auch dieser Berufungspunkt hinfällig.

Schließlich macht der Reklamant geltend, daß die Güter ohne Voraussicht des Krieges abgesandt worden und keine Konterbande seien. Aber da feindliches Gut auf feindlichem Schiff, gleichgiltig ob Konterbande oder nicht, gleichviel auch ob in Voraussicht des Krieges verschifft oder nicht, eingezogen werden kann, so bedarf dieser Punkt keiner besonderen Erörterung.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 3. Juli 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

**Reklamant:** Die Filiale der russisch-chinesischen Bank in Nagasaki, Ouramachi Nr. 9, vertreten durch den Prokuristen, den französischen Staatsangehörigen J. Carpentier.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Nagashima Washitaro, Tokio, Kyobashiku Kagacho Nr. 10, Enya Tsunetaro, Iokio Kyobashiku, Motosukiyacho Ichome Nr. 1, Hidaka Naoji, Tokio Kyobashiku Kagacho Nr. 10.

In der Prisensache betreffend Ladung des russischen Dampfers "Mukden" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Mukden" verladene 1 Kiste mit  $10\,000$  Rubel wird eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende 1 Kiste mit 10 000 Rubel ist von dem Reklamanten am 5, Februar 1904 im Hafen von Nagasaki auf dem Dampfer der russisch-ostchinesischen Eisenbahngesellschaft "Mukden" verladen und an die Filiale der russisch-chinesischen Bank im Wladiwostok abgesandt worden. Am 6, Februar d. J. wurde sie im Hafen von Fusan in Korer zussammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Heiven" beschlänganhant.

Diese Tatsachen sind nicht nur von den Vertretern der Reklamation anerkannt worden, sondern werden auch bewiesen durch die eingereichten Beweisdokumente, die Aussageschrift und das Güterverzeichnis des Stellvertreters des Kommandanten der "Heiyen", Kapitänleutnants Yoshimura Shinsei, die Vernehmungsprotokolle des 1. Offiziers der "Mukden", Serge Wiszniowski und des 2. Offiziers, Alexander Iwanowitsch Kanajeff, das Ladungsverzeichnis, die Konnossemente und das Schiffsjournal des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland sei um S. Februar 1904 mit der Seeschlacht bei Port Arthur eingetreten, nicht aber mit der Absendung der Mitteilung der japanischen Regierung an Rußland betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 6. Februar. Daher sei die Beschlagnahme des russischen Dampfers "Mukdem" unrechtmäßig gewesen und auch die auf demselben verladenen zur Verhandlung stehenden Güter müßten unfraglich freigegeben werden.

2. Selbst angenommen, der Kriegszustand sei zur Zeit der Übersendung der Mitteilung von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen eingetreten, so habe doch der Gesandte Kurino dieselbe erst am 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, dem russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten übermittelt. Da die Beschlagnahme des Dampfers "Mukden" aber bereits um 2 Uhr 40 Minuten nachmittags desselben Tages erfolgt set, so sei sie widerrechtlich und die zur Verhandlung stehenden Güter müßten freigegeben werden.

3. Die zur Verhandlung stehenden Güter seien freilich von der Filiale der russisch-chinesischen Bank in Nagasaki an die Filiale der genannten Bank in Wladiwostok versandt worden und die russischchinesische Bank habe ihre Hauptniederlassung in Rußland, aber die Filiale in Nagasaki, welche in dieser Sache reklamiere, sei nach Japanischem Handelsrecht als Filiale eingetragen und habe noch nach der Kriegesröffnung zwischen Japan und Rußland ihre Geschäfte in Japan fortgesetzt. Daher mißten die von ihr abgesandten zur Verhandlung stehenden Güter freigegeben werden.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts gehen dahin, daß die Behauptungen der Vertreter der Reklamation völlig unbegründet und die zur Verhandlung stehenden Güter als feindliche zu betrachten und einzuziehen seien.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn man sich die diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Rußland zu der damaligen Zeit und die Bewegungen der beiderseitigen Kriegsflotten vergegenwärtigt, so muß man sagen, daß die Feindseligkeiten zwischen den beiden Michten schon vor der Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs ihren öffentlichen Anfang es

nommen hatten, und es ist daher klar, daß zu dieser Zeit der Kriegszustand bereits eingetreten war.

Daher sind die von den Vertretern der Reklamation in den Punkten 1 und 2 gestellten Anträge auf Freigabe der Güter unbegründet.

Ferner wird vorgebracht, daß der Reklamant nach den japanischen Gesetzesbestimmungen seine Eintragung als Fliale bewirkt und in Japan Handelsgeschäfte betrieben habe. Die Frage, ob Güter feindlich sind oder nicht, bestimmt sich jedoch nach dem Wohnsitz des Eigertümers, 1) und es muß angenommen werden, daß an einen im Feindesland ansässigen Empfänger versandte Güter mit der Absendung in das Eigentum des Empfängers übergegangen sind, sofern nicht ausschräcklicher Gegenbeweis vorliegt. Die Beweislast hierfür liegt dem Reklamanten ob.

Da aber die zur Verhandlung stehenden Gitter auf dem russischen Dampfer "Mukden" an die in Wladiwostok befindliche Filiale der russischehinesischen Bank versandt worden sind, und die Vertreter der Rekimation über den erwähnten Punkt keinerlei Beweis erbracht haben, so ist auch die Behauptung des Punktes 3 unbegründet.

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind daher, weil auf feindlichen Schiff befindlich, mit Recht besehlagnahmt worden, denn sie haben, weil der Empfänger eine Person ist, die im Feindesland kaufmännische Oeschäfte betreibt, feindlichen Charakter.<sup>2</sup>)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Filiale der russisch-chinesischen Bank in Nagasaki, Oura Nr. 9, vertreten durch den Prokuristen G. Carpentier. ProzeBvertreter: Die Rechtsanwälte Nagashima Washi-

ProzeBvertreter: Die Rechtsanwälte Nagashima Washitaro, Tokio, Kyobashiku Kagacho Nr. 10, Enya Tsunetaro, Tokio, Kyobashiku Motosukiyacho, Ichome Nr. 1, Hidaka Naoji, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 10.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladung des am 6. Fehruar 1904 im Hafen von Fusan in Korea von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Helyen" beschlagnahmten russischen Dampfers "Mukden" auf Einziehung der auf demselben verladenen einen Kiste mit 1000 Rubel entschieden.

<sup>1)</sup> V. 88 8, 3 and 4. - 7) V. 8 40,

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, der Prokurist der Filiale der russisch-chinesischen Bank in Nagasaki, O. Carpentier, durch die Rechtsamvälle Nagashina Washitaro, Enya Tsunetaro und Hidaka Naoji als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi erenfüt worden ist.

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation sind folgende  $\cdot$ 

Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Güter beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Der Dampfer "Mukden", auf welchem die zur Verhandlung sehenden Güter verschifft worden seien, sei am 6. Februar 1904, nachmittags 2 Uhr 40 Minuten, im Hafen von Fusan in Korea Seschlagnahmt worden. Der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland könne erst als am 8. Februar mit der Seschlacht vor Port Arthur eingetreten angesehen werden. Vor diesem Zeitpunkt hätte die Beschlagnahme der "Mukden" nicht stattfinden dürfen. Dalter mißten auch die zur Verhandlung stehenden Güter freigegeben werden.
- 2. Selbst, wenn man annehme, der Kriegszustand sei mit der Übersendung der Mitteilung von dem Abbruch der diplomatischen Bezehungen eingetreten, so habe doch der Gesandte Kurin o diese Mitteilung dem russischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten erst am 6. Februar, 4 Uhr nachmittags, übergeben und die Beschlägnahme, welche am selben Tage um 2 Uhr 40 Minuten nachmittags erfolgt sei, sei daher unrechtmäßig und auch die auf dem Dampfer verschifften Güter m
  üßten freigegeben werden.
- 3. Die zur Verhandlung stehenden G\u00e4ter seien von der F\u00e4i\u00e5te der russ\u00e4sch-chinesischen Bank in Nagasaki an die Filiale derselben Firma in Wladiwostok versandt worden. Wenn auch die Hauptnieder-lassung der russisch-chinesischen Bank in Ru\u00edland sei, so sei doch die in dieser Sache reklamierende Filiale nach den Bestimmungen des ipanischen Handelsrechts eingetragen und habe selbst noch nach der Kriegser\u00f6ffnung ihre Gesch\u00e4itte in Japan fortgesetzt. Daher seien die diesem Reklamanten geh\u00f6renden \u00dc\u00fctuter, wenn auch das Schiff beschlagnahmt worden sei, trotzdem freizugeben.

Das Gericht erster Instanz behaupte, daß der Reklamant sein Eigentum nicht bewiesen habe. Dasselbe werde aber durch das Konnossement klar bewiesen. Denn da nur der Inhaber des Konnossements uie Auslieferung der Güter im Bestimmungshafen erlangen könne, die Konnossemente aber nicht angekommen, sondern beschlagnahmt seien, so stünden die Güter noch unverändert im Eigentum des Absenders. Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo Hayashi Eijuro sind folgende:

Was man völkerrechtlich als Kriegszeit bezeichne, nehme seinen Anfang nicht unbedingt mit dem ersten Austausch von Kanonenfeuer; sehon mit weniger drastischem feindseligen Vorgehen, welches der Kriegabsicht entspringe, trete man in die Kriegszeit ein. Dies sei in der völkerrechtlichen Wissenschaft und Praxis unbestritten.

Schon ehe Japan und Rußland über die mandschurisch-koreanische Frage diplomatische Verhandlungen eröffnet gehabt hätten, habe Rußland einerseits absichtlich seine Antwort immer hinausgeschoben, and der anderen Seite durch umfangreiche Kriegsvorbereitungen Japan gegenüber seinen Entschluß zu kämpfen deutlich gezeigt. Daraufhin habe Japan am 5. Februar 1904 seine an Rußland gerichtete Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen abgesandt und sein Gesehwader sei am 6. Februar, um 7 Uhr morgens vom Kriegshafen Sasebo aufgebrochen, um die russische Flotte zu bekämpfen. Diese Handlung stelle sich als eine, mit der Absicht den Kampf zu beginnen, vorgenommene Handlung dar.

Da es erwiesen sei, daß die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme nach diesen Ereignissen geschehen sei, so sei die Entscheidung der ersten Instanz durchaus nicht rechtswidrig.

Die Landeszugehörigkeit von Gütern bestimme sich nach dem Wohnsitz des Eigentümers und das Eigentum an Gütern, welche an einen Empfänger in Feindesland versandt würden, gehe mit dem Moment der Absendung auf den Empfänger über.

Der Reklamant behaupte, daß

der Inhaber der Konnossemente die Auslieferung der Güter erst im Ankunftshafen erlangen könne. Da nun die Güter noch nicht im Bestimmungsort angekommen, vielmehr mit Beschlag belegt seien, so stünden sie nach wie vor im Eigentum des Absenders. Die Konnossemente bewiesen deutlich das Eigentum des Reklamanten.

Da eine kriegführende Partei indessen in sämtliche Rechte des feindlichen Staats eintrete, so müsse man Güter, welche zur Kriegszeit für einen feindlichen Empfänger bestimmt seien, mit der Beschlagnahme als diesem abgeliefert ansehen. Daher könne auch dieser Berufungspunkt nicht anrekannt werden.

Es werde, weil alle Berufungspunkte nicht stichhaltig seien, Verwerfung der Berufung beantragt.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der Reklamant bringt in seinem ersten Berufungspunkt vor, daß der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland am 8. Februar 1904 mit der Seeschlacht vor Port Arthur begonnen habe und daß eine vor dieser Zeit vollzogene Beschlagnahme nicht rechtmäßig sei. Im zweiten Berufungspunkt behauptet er, daß die Beschlagnahme des in Frage stehenden Dampfers vor der Abgabe der Erklärung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch den Gesandten Kurin o an den russischen Minister der Auswärligen Angelegenheiten geschehen und daß das Schiff daher freizugeben sei.

Die Kriegseröffnung fallt aber nicht unbedingt mit dem Moment des ersten Austausches von Kanonenfeuer zusammen, auch ist sie nicht unter allen Umständen von einer Kriegserklärung oder einer dieser gleichkommenden Mitteilung abhängig. Sobald nur eine, wenngleich weniger drastische, Ausführung der Kriegsabsicht oder sonst eine Maniestation des Willens zu kämpfen vorliegt, so ist damit der Kriegszustand eingetreten.

Da nun während der japanisch-russischen Verhandlungen Rußland durch sein unangemessenes Verhalten, welches die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens unmöglich machte, und durch fortwährende Kriegsrüstungen seine Absicht, uns mit Waffengewalt zu unterwerfen, klar bewies, so sandte unsere Regierung am 5. Februar des Jahres 1904 eine Instruktion bezüglich Abbruchs der diplomatischen Beziehungen an unseren Gesandten in Rußland, und gleichzeitig traf unser Kriegsgeschwader seine Vorbereitungen und fuhr am folgenden Tage, dem 6. Februar, mit der Bestimmung, den Kampf aufzunehmen, von dem Kriegshafen Sasebo ab und nahm auf der Fahrt, also während der Kriegszeit, das der russischen freiwilligen Flotte angehörige, wie bekannt für den Kriegsgebrauch der russischen Regierung bereitzustellende Dampfschiff "Ekaterinoslav" in Beschlag. Dies war eben nichts anderes, als eine Ausführung der Kriegsabsicht, und die erst später erfolgte Beschlagnahme des hier in Frage kommenden Dampfers kann daher nicht als ungerechtfertigt bezeichnet werden; dies umsoweniger, als sie auch nach der am 6. Februar, um 2 Uhr nachmittags erfolgten Mitteilung unserer Regierung an den bei unserem Hofe akkreditierten russischen Gesandten betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen stattgefunden hat. Daher sind Punkt 1 und 2 der Berufung beide unbegründet.

Im dritten Punkt der Berufung heißt es, daß die Güter bis zur Ankunft im Bestimmungsort im Eigentum des Reklamanten stünden und daher freizugeben seien. Es ist aber von der völkerrechtlichen Prasis anerkannt, daß Güter, welche von einem Absender außerhalb des feindlichen Gebiets zur Kriegszeit auf feindlichen Schiff an einer feindlichen Empfänger versandt werden, feindlichen Charakter haben und demgemäß der Einziehung unterliegen. Auch das Oberprissengericht bält diesen Standpunkt für billig und so ist auch dieser Punkt der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 3. Juli 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Firma Rouß & Co. in St. Petersburg, vertreten durch ihren Prokuristen Seestrand

Prozeßvertreter: Der Rechtsanwalt Gorai Kinzo, Tokio, Kyobashiku Maruyacho Nr. 4.

Unterbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hidaka Naoji, ebendaselbst Kagacho Nr. 10.

In der Prisensache betreffend den russischen Dampfer "Rossia" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Rossia" wird eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Der Dampfer "Rossia" steht im Eigentum der russischen Firma Rouß & Co. in St. Petersburg, sein Heimatshafen ist St. Petersburg, er führt die russische Handelsflagge und dient zum Güter- und Personentransport.

Am 14. Dezember 1903 wurde der Dampfer von der Firma Kunst & Albers in Wladiwostok durch Vermittlung der Agenten der Reeder, der Firma Bryner, Kousnetzoff & Co. gechartert und transportierte wiederholt Kohlen von Karatsu nach Dalni.

Am 28. Januar 1904 trat der Dampfer seine dritte Reise von Karatsu an, fuhr am 5. Februar d. J. wieder von Dalni ab, erhielt auf der Rückreise nach Karatsu am 7. d. M., 6 Uhr 30 Minuten vormittags, bei Kuchinbahoi in Korea von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tatsuta" den Befehl zu stoppen und wurde des weiteren von dem Kriegsschiff "Taichu Maru" beschlagnahmt.

Zu der Zeit befand sich keine Ladung an Bord.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift und die Bescheinigung über die Ladung des Stellvertreters des Kommandanten der "Taichu Maru", Kapitänleutnants Yoshimura Shinsei, die Venehmungsprotokolle des Kapitäns Peter Grünberg und des 2. Offiziers A. Tim oratt, das Schiffszertfilkal, den Chartervertrag, das Tagebuch des genannten Dampfers und die Ausklarierungspapiere des Hafenamts in Dalni.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

- Da die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Dampfers am 7. Februar, d. h. einen Tag vor der Eröffnung des Krieges zwischen Japan und Rußland, dem 8. Februar, stattgefunden habe, so sei sie, weil vor der Kriegszeit geschehen, völkerrechtlich ungerechtferigt.
- 2. Das zur Verhandlung stehende Schiff müsse unter Anwendung der Ginadenbestimmung des § 3 der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 som 9, Februar 1904 1) von der Beschlagnahme ausgenommen werden. Da die Befreiung von der Beschlagnahme natürlich die Befreiung von der Einzehung in sich schließe, so stehe dem Schiff, wenn es auch vor dem 9, Februar beschlagnahmt worden sei, da die Einziehung bis jetzt noch nicht verfügt sei, dem Zweck der Kaiserlichen Verordnung entsprechend, die Befreiung von der Einziehung zu. Ferner sei der Gedanke, aus dem die Befreiung von der Beschlagnahme verordnet worden sei, der, Privateigentum zur See zu sehützen. Daher müsse das Prisengericht diesen völkerrechtlichen Grundsatz auch auf eine vor Veröffentlichung der Kaiserlichen Verordnung ausgeübte Beschlagnahme anwenden.
- 3. Fs gehe aus den Aussagen des Kapitäns hervor, daß die Beschlagnahme in Entfernung von 5 bis 6 Seemellen von Rus-thin-abnöl in Korea erfolgt sei. Die moderne Völkerrechtswissenschaft stehe auf dem Standpunkt, daß das Hoheitsgewässer eines Staats bis 6 Seemeilen von der Küste reiche. Daher sei die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme in einem neutralen Hoheitsgewässer erfolgt und demgemäß unrechtmäßig.

Aus diesen Gründen werde die Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme sei nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen Japan und Rußland, also nach Eintreten des Kriegszustands vorgenommen und sei daher rechtmäßig.

Die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 könne nicht auf vor ihr liegende Fälle von Beschlagnahmen rückwirkend angewandt werden. Zur Rückwirkung auf die Vergangenheit bedürfe es einer ausdrücklichen Bestimmung.

Da ferner die Theorie, welche das Hoheitsgewässer mit 6 Seemeilen annehme, nicht allgemein anerkannter völkerrechtlicher Grundsatz und da es außerdem unbegründet sei, Korea als neutrales Land zu betrachten, so sei die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme, selbst wenn man annehme, sie sei in koreanischem Gebietsgewässer erfolgt, nicht widerrechtlich.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

- Aus den Tatsachen, daß Rußland während der Verhandlungen mit Janan über die mandschurisch-koreanische Frage auf der einen Seite seine Antwort grundlos hinzögerte, während es auf der anderen seine Armee in der Mandschurei und in Korea aufmarschieren ließ, und seine Kriegsflotte nach Port Arthur zusammenzog, geht deutlich hervor, daß es seinerseits bereits entschlossen war, den Kampf gegen Japan zu eröffnen. Japan übersandte daraufhin am 5. Februar 1904 an Rußland eine Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und machte gleichzeitig seine Kriegsmacht mobil, so daß die japanische Flotte am 6. Februar 1904, 7 Uhr vormittags, von Sasebo zum Angriff des russischen Geschwaders aufbrach. Wenn man die damalige allgemeine Situation und die Bewegungen der beiderseitigen Kriegsflotten sich vergegenwärtigt, so muß man sagen, daß die Feindseligkeiten schon vor der zur Verhandlung stehenden Beschlagnahme ihren öffentlichen Anfang genommen hatten. Da hiermit zugleich der Kriegszustand eingetreten ist, so ist die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs, weil sie in Ausübung der Rechtsbefugnisse einer kriegführenden Partei vorgenommen worden ist, rechtmäßig.
- 2. Es ist unbestreitbar, daß die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 mit Befreiung von der Beschlagnahme die Befreiung von der Einziehung meint. Aber die Verordnung findet nur Anwendung auf die nach dem Tage ihres Inkrafttretens, also nach dem 9. Februar, fallenden Beschlagnahmen. Die Annahme, daß sie auch auf eine Beschlagnahme vor dem 9. Februar anzuwenden sei, ist in Anbetracht dessen, daß sie eine ausdrückliche Bestimmung, die ihr rückwirkende Kraft beilegt, nicht enthält, eine falsche Auslegung. Noch weniger kann aber die Verordnung, wie aus ihrem Wortlaut klar hervorgeht, auf Schiffe angewandt werden, die, wie das zur Verhandlung stehende, keine Ladung zum Löschen an Bord führen.

Der Reklamant behauptet, daß für Fälle, die vor dem Inkrafttreten der Kaiserlichen Verordnung liegen, die Befreiung auch vom völkerrechtlichen Standpunkt aus erfolgen müsse. Da aber die Beschlagnahme feindlicher Schiffe zur Kriegszeit ein allgemeiner Grundsatz des Völkerrechts ist, 3 so kann es nicht mit dem Völkerrecht begründet werden, wenn man die Vergünstigung der Befreiung für einen außerhalb der landesgesetzlichen Ausnahmebestimmung liegenden Fall in Anspruch nehmen will.

3. Da nach allgemeiner völkerrechtlicher Anschauung das Hoheits-

2) V. § 1.

gewässer sich über einen Bereich von 3 Seemeilen von der Küste erstreckt, so ist die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs, welche in einer Enfernung von 5 bis 6 Seemeilen von Ku-chin-bahoi in Korea, also auf offener See erfolgt ist, durchaus nicht rechtswidrig und die Behauptungen des Prozeßvertreters über diesen Punkt sind unhaltbar.

Aus den obigen Gründen ist die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs rechtmäßig und das Schiff muß eingezogen werden. 3)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro,

### (Unterschriften.)

Reklamant: Compagnie Rouß in St. Petersburg, vertreten durch den Prokuristen Seestrand.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Gorai Kinzo, Tokio, Kojimachiku Fujimicho Shichome Nr. 4 bei Kawamoto Jujiro.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend den russischen Dampfer "Rossia", welcher am 7. Februar 1904 bei Ku-chin-bahoi in Korea von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Taichu Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Rossi" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, der Prokurist der Compagnie Rouß in Rußland, durch den Rechtsanwalt Gorai Kinzoals Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte beim Oberprisengericht, Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatashi Binichi geprüff worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, des Rechtsanwalt Gorai Kinzo, und die Hauptpunkte ihrer Begründung sind folgende:

 Das Urteil erster Instanz habe bei der Festlegung des Anfangs des japanisch-russischen Krieges falsche Tatsachen angenommen und das Völkerrecht falsch angewandt.

Es sei zutreffend, wenn das Urteil den Beginn des Krieges auf den Beginn der Feindseligkeiten lege, es sei aber verkelirt, daß es diese Feind-

<sup>9</sup> V. 8 40.

seligkeiten nach der damaligen Situation und den Bewegungen der beiden Geschwader beurteile und annehme, daß sie bereits vor dem 7. Februar bestanden hätten. Die vor der Seeschlacht bei Chemulpo am 8. Februar, 5 Uhr nachmittags, liegenden Bewegungen der beiden Geschwader und die damalige Situation seien nicht derart, daß sie als Anfang der Feindseligkeiten anzussehen seien. Daher sei die Aufbringung des zur Verhandlung stehenden Schiffes vor der Kriegseröffnung vorvenommen und das Schiff sie unfraglich freizugeben.

2 Das Urteil erster Instanz behaupte, daß

die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom 9. Februar in Emangelung einer ausdrücklichen Bestimmung auf Handelschiffte, die vor dem 9. Februar beschlagnahmt worden seien, keine Anwendung finde. Ferner gehe aus ihrem Worltaut klar hervor, daß sie nicht zutrefle auf Handelsschiffe, welche wie das zur Verhandlung stehende keinerlei zu iöschende Ladung an Bord hätten.

Der wahre Sinn dieser Kaiserlichen Verordnung lasse eine derartige, allzu einseitige und enge Auslegung nicht zu. Sie finde daher mit Recht Anwendung auf das zur Verhandlung stehende Schiff.

3. Das Urteil erster Instanz führe aus, daß

der Bereich des Gebietsgewässers nach allgemeiner Ansicht nach dem jetzt gellenden Völkerrecht 3 Seemeilen von der Küste messe, daß daher die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes, welche 5 bis 6 Seemeilen von Ku-chin-bahoi in Korea geschehen sei, als eine Beschlagnahme auf offener See rechtmäßig gewesen sei.

Reklamant sei der Ansicht, daß es vielmehr der allgemein jetzt geltenden völkerrechtlichen Anschauung entspreche, daß der Bereich des Hoheitsgewässers 6 Seemeilen von der Küste betrage und das zur Verhandlung stehende Schiff, weil die Beschlagnahme in dem Hobeitsgewässer eines neutralen Staats geschehen sei, freigegeben werden müsse.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht in Sasebo sind folgende:

Die Prüfung der von dem Reklamanten eingereichten Berufungsschrift habe ergeben, daß ihre drei Punkte schon bei der mündlichen Verhandlung über die vorliegende Reklamation beantwortet worden seien, so daß, wenn man auf die vorliegende Berufung erwidern volle, das nur auf eine Wiederholung der von dem Staatsanwalt im Prisengericht vorgebrachten Erwiderung hinauslaufen würde. Da die Berufung keinerlei neue Gründe vorbringe, so sei eine Entgegnung überflüssig.

Der Staatsanwalt beantrage daher, seine in den Verhandlungsprotokollen niedergelegte Ansicht als Erwiderung auf diese Berufung anzunehmen und die in allen Punkten unbegründete Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird wie folgt begründet:

Die von dem Oberprisengericht kraft seines Amtes als erstes vorgenommene Prüfung der Rechtmäßigkeit der Berufung hat ergeben. daß der Reklamant, der Prokurist Seestrand der Compagnie Rouß in St. Petersburg, das zur Verhandlung stehende Schiff "Rossia" als im Eigentum der Firma Compagnie Rouß in St. Petersburg stehend bezeichnet und seine Freigabe bei dem Prisengericht in Sasebo betrieben und in der Folge gegen das Urteil desselben bei dem unterzeichneten Oberprisengericht die Berufung erhoben hat. Was das Eigentum eines aufgebrachten Schiffs angeht, so muß in Ermangelung eines klaren Gegenbeweises den an Bord des Schiffes vorgefundenen Schiffspapieren Glauben geschenkt werden. Wenn man aber nach dem zur Zeit der Beschlagnahme auf dem zur Verhandlung stehenden Dampfer vorhanden gewesenen Schiffszertifikat geht, so steht das Schiff im Eigentum der russischen Großkaufleute Saratowitsch und Morducowitsch in Kronstadt, Rußland, und es kann nicht angenommen werden, daß es Eigentum der oben genannten Compagnie Rouß ist. Daher ist die Berufung, gleichgültig, ob die Berufungsgründe zutreffen oder nicht, zu verwerfen.

Es wird daher wie folgt entschieden: Die Berufung wird abgewiesen,

Am 30. Mai 1905 im Oberprisengericht,

(Unterschriften.)

Reklamant: William Harrison Gill, von der englischen Firma W. H. Gill & Co., Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kyomachi Nr. 74

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Sakurai Ikkyu, ebendaselbst, Kitanagadori Shichome Nr. 54.

In Sachen der Reklamation einer Forderung gegen die Eigentümer des russischen Dampfers "Rossia" wird, wie folgt, entschieden.

### Urteilsformel:

Die Reklamation wird abgewiesen.

## Tatbestand und Gründe:

Der Prozeßvertreter macht folgende Hauptpunkte geltend: Der Dampfer sei am 14. November 1903 in Kobe eingelaufen und der

Reklamant habe während der Zeit bis zur Abfahrt desselben am 31. Dezember desselben Jahres im Auftrage der Agentur der Eigentümer des Dampfers "Rossia" in Wladiwostok verschiedene, für die Fortsetzung der Reise notwendige Ausgaben bestritten. Im ganzen habe sich sein er Forderung auf 1811.69 I ven belaufen. Davon habe er von den Ladungseigentümern für Fracht 3043.51 Ven eingenommen und es stehe ihm somit gegen die Eigentümer des Dampfers noch eine Forderung von 15 073.40 Ven zu. Während diese Forderung noch nicht beglichen gewesen sei, wäre der Dampfer am 7. Februar 1904 von einem Kaiserlich igananischen Kriegsschiff beschlagahamt worden.

Um die Begleichung dieser Forderung zu erlangen, werde folgendes geltend gemacht:

1. Schon mit Rücksicht auf die Ansprüche, die ein Neutraler an der Prise habe, sei die "Rossia" freizugeben. Wenn diese Behauptung nicht anerkannt werden könne, so sei zu berücksichtigen, daß das Schiff am 7. Februar 1904, um 7 Uhr vormittags, mit Beschlag belegt worden sei; daß die Mittellung der Erklärung betreffend den Abbruch der Beziehungen, welche von Japan am 6. Februar an die russische Regierung abgegeben worden sei, wenn auch die Zeit der Obermittung nicht genau bekannt sei, nach aller Wahrscheinlichkeit mittags um 12 Uhr erfolgt sei. Deen entspreche in Japan und Korea ein Zeitpunkt nach 8 Uhr vormittags des 7. Februar. Demnach sei die Aubringung des genannten Schiffes vor der Kriegszeit erfolgt, sie sei daher unrechtmäßig, und der Dampfer müsse freigegeben werden.

 Wenn die Freilassung des Dampfers "Rossia" nicht bewilligt werde, so werde in Ansehung des Anspruchs des Reklamanten an das Schiff um Zuerkennung eines Vorzugsrechts an der Prise gebeten.

 Wenn den in Punkt 1 und 2 dargelegten Reklamationsgründen nicht stattgegeben werden sollte, so werde um Entscheidung in dem Sinne gebeten, daß die Staatskasse zur Befriedigung des Anspruchs des Reklamanten verpflichtet würde.

Zum Beweise der Existenz seines Anspruchs überreiche der Reklamant die mit Nr. 1 bis 20 bezeichneten Beweisstücke.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die Ausfährungen des Prozeßvertreters bezüglich der Freigabe des Dampfers "Rossia" seien grundlos.

Was den Anspruch des Reklamanten angehe, so hafte derselbe, wenn die gemachten Ausgaben zur Erhaltung des Schiffes oder Fortsetzung der Reise notwendig gewesen wären, allerdings der Theorie nach, wenn das Schiff eingezogen würde, dieser Prise weiter an. Aber nach dem Wortbaut der japanischen Prisengerichtsordnung sei es zweifelhaft, ob eine Entscheidung über einen derartigen Anspruch gegeben werden könne oder nicht. Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Existenz des zur Verhandlung stehenden Anspruchs des Reklamannen wird als durch die von dem Prozenvertreter beigebrachten Beweismittel und das von dem unterzeichneten Gerichtshof abgelegte Zeugnis des Kapitäns des Dampfers "Rossia", Peter Grünberg, berissen gerächten.

Zu Punkt 1: Da es aber klar erwiesen ist, daß die Beschlagnahme mehr am 6. Februar 1904 erfolgten Kriegsausbruch vorgenommen worden ist, so it die Behauptung des Prozefkertreters des Reklamanten, dis Schiff sei vor der Kriegszeit beschlagnahmt worden, hinfällig. Daher ist das zur Verhandlung stehende Schiff eine gute Prise. Wenn es aber eine gute Prise ist, so kann damit, daß es in Rechtsansprüchen neutraler Personen befangen ist, ein Anspruch auf Freigabe nicht begründet worden.

Zu Punkt 2: Wenn auch die Ansprüche des Reklamanten aus Ausgaben entspringen, die für die Fortsetzung der Reise des Schiffes notwendig gewesen sind, so sieht ihm doch nicht nur nach den Gesetzen Japans ein Vorzugsrecht an der Prise nicht zu, sondern auch nach dem Völkerrecht wird das Recht des Captors an einer einzuziehenden Prise, welche im Eigentum des Feindes steht, als absolut rachtet, und ein Dritter kann gegen dieselbe keinerlei Forderungen geltend machen. Daher ist auch Punkt 2 des Prozeßvertreters des Reklamanten unbegründet.

Zu Punkt 3: Daß der Reklamant keine Ersatzforderung gegen die Staatskasse geltend machen kann, geht schon aus dem Vorhergesagten von selbst hervor; im übrigen ist aber auch das Prisengericht zur Entscheidung über eine Ersatzpflicht der Staatskasse nicht zuständig.

Aus diesen Gründen wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet im Prisengericht zu Sasebo am 26. Mai 1904 im Beisein des Staatsanwalts Vamamoto Tatsurokuro.

# (Unterschriften.)

In Sachen des am 7. Februar 1904 um etwa 4 Uhr nachmittags am 6 Südwestküste von Korea in der Nähe von Laimpo von dem Kiserlich japanischen Kriegeshiff "Azum" aufgebrachten russischen Handelsschiffs "Argun" und seiner Ladung wird bezüglich der in dem besonders beigefügten Verzeichnis aufgeführten Üüter nach Einsicht des Schriftstagts des Statistanwalts, wie folle, entschieden.

Bezüglich der in dem besonders beigefügten Verzeichnis aufgeführten, am 6. Februar 1904 in Dalni in der Mandschurei mit Bestimmung für Nagasaki verschifften Güter muß nach den Angaben des Ladungsverzeichnisses, der Natur der Güter und der Zeit der Verschiffung angenommen werden, daß sie im Eigentum von Personen stehen, die in Japan ihren Wohnsitz haben. 1)

Daher werden diese Güter alle, unbeschadet der Rechtmäßigkeit ihrer Beschlagnahme, in Ermangelung sonstiger Gründe für ihre Einziehung sofort freigegeben.

Gegeben am 24, Februar 1904.

(Unterschriften der Richter.)

#### Güterverzeichnis.

Gegenstand			Stückzahl	Absender	Empfänger
Möbel Shoyu Leere Fässer . Bier			9 45 6 4	Umeda Oishi Hirose do. Nissei Yoko	Kobayashi Oishi Tsutsui do. Nissei Yoko
Hüte Bettzeug Kieidungsstücke Shoyu		:	1 1 3 35	Agentur der ostchin. Eisenbahn-Gesell- schaft	Agentur der ost- chin. Eisenbahn- Gesellschaft

Reklamant: Die ostchinesische Eisenbahngesellschaft in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den Vizepräsidenten Wenzel. Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro,

Tokio, Kyobashiku Kagacho Nr. 10. In der Prisensache betreffend den russischen Dampfer "Argun" wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Der Dampfer "Argun" und die an Bord befindlichen 311 Rubel russischen Geldes werden eingezogen.

1) V. §§ 8, 3 und 4,

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Argun" steht im Eigenum der russischen ostehniesischen Eisenbahngesellschaft, sein Heimatshafen ist der russische Pachthafen Dalni in China und er dient zum Personen-, Güter- und Postverkehr. Am 6. Februar 1904 ist er von Dalni abgefahren und auf der Reise nach Nagsaski in Japan am 7. desselben Monats, nachmittags 4 Uhr, an der Südwestküste Koreas in der Gegend von Phal-ku-kai von dem Kaiserichen Kriegsschiff "Azuma" augebracht worden. Später wurde er an das Kriegsschiff "Tainan Mont" überliefert

An Bord befanden sich zu der Zeit 311 Rubel russischen Geldes. Diese Tatsachen sind von dem Vertreter der Reklamation anerkannt und werden außerdem bewiesen durch die Aussageschrift des Sellvertreters der "Tainan Maru", Kapitänleutnants Yosh im ura Shinse i, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Argun", Carl Görtner, und des 1. Offiziers Alexan der Schtscherbinin, das Schiffszertfikat, den Meßbrief, ein Schiffsbesichtigungszertifikat und das Iagebuch des penannten Damfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

- 1. És sei völkerrechtlich besümmt, daß der Zeitpunkt, mit welchem der Kriegszustand beginne, der gleiche sei wie der, an welchem der tatsächliche Kampf seinen Anfang nehme. Da aber die Aufbringung des vorliegenden Falls am Tage vor der Seeschlacht bei Port Arthur, also vor Anfang des tabächlichen Kampfes, stattgefunden habe, so sei das Schiff freizugeben.
- Da das zur Verhandlung stehende Schiff ein Handelsschiff sei, so stehe ihm die Vergünstigung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 zu. 1)
- Da der zur Verhandlung stehende Dampfer Postsachen an Bord gehabt habe, so sei er nach dem Standpunkt der Kriegsvölkerrechtswissenschaft freizugeben.
  - Wenn so der Dampfer freizugeben sei, m
    üsse auch das ihm zugehörige Geld freigegeben werden.
- Da die Aufbringung in koreanischen Hoheitsgewässern ausgeführt sei, so müsse die Frage, ob Korea neutral sei oder nicht, klargestellt werden.

Da außerdem die feindlichen Staatsangehörigen erst nach Veröffentlichung der Kriegserklärung von dem Kriegszustand Kennthis erhielten, so müsse das zur Verhandlung stehende Schiff, weil es vor der Veröffentlichung des Kaiserlichen Erlasses, welcher die Kriegserklärung enfalle, aufgebracht sei, freiegegehen werden

1) [. (91) Die Ansicht des Staatsanwalts geht in den Hauptpunkten dahin, da die vorliegende Reklamation völlig unbegründet sei und daß der zur Verhandlung stehende Dampfer und das ihm zugehörige Geld eingezogen werden müsse.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Aus den Tatsachen, daß Rußland während der diplomatischen Verhandlungen mit Japan über die mandschurisch-koreanische Frage auf der einen Seite seine Antwort grundlos hinzögerte, während es auf der anderen seine Armee in der Mandschurei und in Korea aufmarschieren ließ und seine Kriegsflotte nach Port Arthur zusammenzog, geht deutlich hervor, daß es seinerseits bereits entschlossen war. den Kampf gegen Japan zu eröffnen. Japan übersandte daraufhin am 5. Februar 1904 an Rußland die Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und machte gleichzeitig seine Kriegsmacht mobil, so daß die japanische Flotte am 6. Februar 1904, 7 Uhr morgens, von Sasebo zum Angriff des russischen Geschwaders aufbrach. Wenn man die Bewegungen der beiderseitigen Kriegsflotten und die damalige allgemeine Situation sich vergegenwärtigt, so muß man sagen, daß die kriegerische Tätigkeit schon vor der zur Verhandlung stehenden Beschlagnahme ihren öffentlichen Anfang genommen hatte. Damit ist es erwiesen, daß der Kriegszustand zur Zeit der hier verhandelten Beschlagnahme bereits eingetreten war, und es ist belanglos, ob die Aufbringung vor oder nach der Kriegserklärung stattgefunden hat.

Da ferner die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904vom Tage des Erlasses, d. i. vom 9. Februar des Jahres, in Kraft getreten ist, so kann sie auf die Zeit davor nicht rückwißend angewandt
werden. Sie kann aber auch aus dem Grunde nicht zur Anwendung
kommen, weil nach den Reglements der Schiffahrtsabteilung der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft das zur Verhandlung stehende Schiff
im Kriegsfall gänzlich zum Gebrauch für die russische Regierung und
die russische Kriegsmacht zur Verfügung zu stellen sein würde. Denn
unter diesen Verhältnissen würde die Preigabe des Schiffes eine Verinehrung der feindlichen Kriegsstärke bedeuten. Die genannte Kaiserliche Verordnung will ihre Vergünstigung nur unverfänglichen Handelsschiffen zukommen lassen und darf nicht so ausgelegt werden, daß
sie auch auf Schiffe wie das zur Verhandlung stehende Anwendung
findet.

Es ist völkerrechtlich anerkannt, daß feindliche Postschiffe mangels eines besonderen Abkommens unter den kriegsführenden Staaten ebenso wie die anderen feindlichen Schiffe zur Kriegszeit der Aufbrüngung unterliegen, <sup>2</sup>) und die Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind nur die Wiedergabe von Vorschlägen Gelehrter, welche nicht ohne weiteres angenommen werden können.

Da es ferner klar am Tage liegt, daß Korea tatsächlich kein neutraler Staat ist, so kann gegen die Berechtigung zur Ausführung einer

Beschlagnahme in seinen Hoheitsgewässern nichts eingewendet werden. Aus diesen Gründen ist die zur Verhandlung stehende Reklanation nicht begründet und der Dampfer "Argun" muß eingezogen werden. 3)

Danach ist es selbstverständlich, daß auch das dem Dainpfer zugehörige russische Geld einzuziehen ist.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Vamamoto Tatsurokuro.

### (Unterschriften.)

Reklamant: Die ostehinesische Eisenbahngesellschaft in St. Petersburg, vertreten durch den Vizepräsidenten Wenzel.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro, Tokio, Kyobashiku Kagacho Nr. 10.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Saseho in der Prisensache, betreffend den am 7. Februar 1904 an der Südwestküste Koreas in der Gegend von Phal-ku-kai von dem Kaiserlichen Kriegsschiff, "Azuma" beschlagnahmten, der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft m St. Petersburg gehörigen Dampfer "Argun" und die ihm zugehörigen 311 Rubel russischen Geldes ein Urteil gefällt, in welchem auf Einzehung des Dampfers "Argun" und der ihm zugehörigen 311 Rubel russischen Geldes erkannt worden ist. Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, der Vizepräsident der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft in St. Petersburg, Rußland, durch den Rechtsanwalt Naga shir an Washitaro als Prozefivertreter die Berufung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuk i Keiroku und Ishiwatari Binichi geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Nagashima Washitaro sind folgende:

Am 26. Mai 1904 habe das Prisengericht zu Sasebo ein Urteil verkündet, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Argun" und der ihm zugehörigen 311 Rubel russischen Geldes erkannt worden sei. Es werde aus folgenden Gründen Verwerfung dieses Urteils und Freigabe des genannten Dampfers und seiner Güter beantragt.

- 1. Das Gericht erster Instanz habe behauptet, der Kriegszustand sei am 6. Februar 1004, 7 Uhr morgens, eingetreten, als nämlich die japanische Flotte zum Angriff des russischen Geschwaders von Saseba aufgebrochen sei. Reklamant sei niches der Ansicht, daß der Kriegszustand erst mit dem tatsächlichen Kampf beginne. Da aber der tat-sächliche Kampf seinen Anfang erst am 8. Februar vorigen Jahres genommen habe, so hätte der Dampfer nicht beschlagnahmt werden düren.
- 2. Da das zur Verhandlung stehende Schiff am 6. Februar 1904 von Dalni abgefahren und auf der Reise nach Nagasaki begriffen gewesen sei, als man es am 7. Februar, nachmittags 4 Uhr, an der Südwestküste Koreas in der Nähe von Phal-ku-kai mit Beschlag belegt habe, so stehe ihm die Vergünstigung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 zu. Das Gericht erster Instanz habe indes die dem Sinn der Kaiserlichen Verordnung zuwiderlaufende Ansicht vertreten, daß dieselbe, weil sie vom Tage ihrer Veröffentlichung an in Kraft getreten sei, keine rückwirkende Kraft habe. Auch könne sie auf das zur Verhandlung stehende Schiff keine Anwendung finden, weil dasselbe nach den Reglements der Schiffahrtsabteilung der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft im Krieg zum Gebrauch für die zussische Regierung oder die russische Kriegsmacht bereitzustellen sei. Denn die Freigabe des Schiffes würde eine Vermehrung der Kriegsstärke des Feindes bedeuten, und die Kaiserliche Verordnung, welche ihre Vergünstigung nur unverfänglichen Handelsschiffen zuerkenne. könne nicht so ausgelegt werden, daß sie auch auf Schiffe wie das vorliegende Anwendung finde.

Reklamant mache demgegenüber geltend, daß der Brauch, nach dem zu Zeiten starken Bedarfs Eisenhahnen und Dampfschiffe dem Staat zur Verfügung gestellt würden, in allen Ländern bestehe, ohne daß jedoch selbstverständlich die Schiffe, solange kein Gebrauch hiervon gemacht werde, etwas anderes als reine Handelsschiffe seien. Es möge ja anderweitig Ürund vorliegen können, ein solches Handelsschiff nicht frezügeben, wie man aber für ein noch nicht requiriertes Schiff aus dem möglichen Eintreten der Requisition ein Schuldmoment konstruieren könne, sei dem Reklamanten unverständlich.

- 3. Da das genannte Schiff Postsachen an Bord führe, so müsse es nach dem Standpunkt der völkerrechtlichen Wissenschaft freigegeben werden. Dies sei nicht nur ein Vorschlag von Völkerrechtsgelehrten, sondern müsse als ein anerkannter Grundsatz des fortgeschrittenen Völkerrechts erachtet werden.
  - 4. Wenn das Schiff freizugeben sei, so müsse auch das ihm

zugehörige Geld, welches das Schicksal des Schiffes zu teilen habe, freigegeben werden.

- 5. Da die Aufbringung des genannten Schiffes in koreanischem Gebietsgewässer erfolgt sei, so sei enter der wichtigsten Punkte für die prisengerichtliche Entscheidung, die völkerrechtliche Stellung Koreas dahin klarzustellen, ob es ein neutraler oder ein verbändeter Staat sei. Es sei bedauerlich, daß das Gericht erster Instanz lediglich die Behauptung aufgestellt habe, Korea sei den tatsächlichen Umständen nach offenbar kein neutraler Staat, daß es aber unterlassen habe, die Stellung Koreas naher zu bezeichnet.
- 0. Wenn auch der Kriegszustand zwischen den Staaten als solchen mit der Eröffnung des tatsächlichen Kampfes seinen Anfang nehme, so könnten doch die feindlichen Untertanen erst durch die Veröffnetlichung der Kriegserklärung von dem Kriegszustand Kenntnis erlangen, und, da das zur Verhandlung stehende Schiff vor der Veröffentlichung der Kriegserklärung von Dalni abgefahren sei, so habe es keine Möglichkeit gehabt, von dem Kriegszustand Kenntnis zu erhalten. Daher könne es nicht beschlagnahmt werden.
- Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo Yamamoto Tatsurokuro sind folgende:

Die Berufung sei in allen Punkten unzutreffend begründet und müsse abgewiesen werden. Sie stütze sich auf folgende Punkte:

 Die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, daß der Kriegszustand eingetreten sei, als das japanische Geschwader am 0. Februar 1904 von Sasebo aufgebrochen sei, um die russische Flotte anzugreifen, sei unzutreffend.

Nach dem Abbruch der friedlichen Beziehungen trete indes der Kriegszustand sofort ein, ohne daß die kleinste Zeit dazwischen verfließe. Wenn die meisten modernen Völkerrechtslehrer behaupteten, daß der tatsächliche Kampf den Kriegszustand ins Leben rufe, so bedeute das nur, daß es dazu der Veröffentlichung einer Kriegserklärung nicht bedürfe; es solle jedoch nicht heißen, daß vor dem eigentlichen Kampf kein Kriegszustand bestehe. Zu dem Kriege zwischen Japan und Rußland sei es in der Weise gekommen, daß Rußland während der diplomatischen Verhandlungen mit Japan über die mandschurisch-koreanische Frage absichtlich seine Antwort hingezögert, dabei unaufhörlich Kriegsrüstungen getroffen und nach deren Vollendung seine Streitmacht zu Wasser und zu Lande vorgeschoben habe, um Japan mit Gewalt zu unterdrücken. Das Geschwader in Port Arthur sei bereits in Kriegsbereitschaft aus dem Hafen ausgelaufen. So sei es schließlich Japan klar geworden, daß Rußland nicht beabsichtige, friedlich zu verhandeln, und so habe es am 5. Februar endlich die Beziehungen abgebrochen, seinen Gesandten aus Rußland zurückgezogen und dem Geschwader zugleich Befehl gegeben, die feindliche Flotte aufzusuchen und anzugreifen. Dieser zur Selbsterhaltung nötige Schritt sei die Antwort auf die russische Förderung gewesen, und man könne wohl behaupten, daß mit diesem einem Befehl die Feindseligkeiten in die Existenz getreten seien, spätestens sei dies aber der Fall, als am nächsten Tage, am 0. Februar, morgens 7 Uhr, das japanische Geschwader von Sasebaufgebrochen sei. Damit, daß so die beiden Flotten sich in Gefechsbereitschaft gegenübergestanden hätten, hätten die Feindseligkeiten bereits offen begonnen, wenn die Flotten auch noch nicht miteinander sogleich in Berührung gekommen seien und noch kein Kanonenfeuer ausgetauseht hätten. Deshalb sei auch der Kriegszustand bereits zu dieser Zeit eingetreten gewesen, und die Beschlagnahme eines feindlichen Schilftes sei eine rechtmäßige Ausübung kriegsrechtlicher Befügnisse gewesen.

2. Der Reklamant führe an, daß das zur Verhandlung stehende Schiff, welches am 7. Februar 1904 in koreanischem Hoheitsgewässer beschlagnahmt worden sei, Anspruch auf die Anwendung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom selben Jahre habe.

Es sei indes ein allgemeiner juristischer Grundsatz, daß Gesetze keine rückwirkende Kraft hätten, und ebenso sei es völkerrechtliches Grundprinzip, daß feindliche Schiffe zur Kriegszeit beschlagnahmt werden könnten. Die Kaiserliche Verordnung, welche eine Ausnahme von der Aufbringung nur für eine gewisse Frist und nur für eine bestimmte Art von Schiffen aufstelle, müsse auf das strengste ausgelegt werden, und es sei unzulässig, sie analog anzuwenden. Daher sei es unhaltbar, diese Verordnung, welche mit dem Tage der Veröffenlichung, dem 9. Februar, in Kraft zu treten bestimmt sei, für einen Fall anzuziehen, der zwei Tage vor diesem Zeitpunkt liege.

Nach dem Gesagten seien die weiteren Erörterungen darüber, daß das Schiff der ostchinesischen Eisenbahngeselbehaft unterstehe usw., die darauf hinausgingen, daß das Schiff ein Regierungsschiff sei und als solches die Vergünstigung eines gewöhnlichen Handelsschiffs nicht beanspruchen könne, für die Reklamation unwesentlich, und es erübrige sich, darauf einzugehen.

3 Der Reklamant mache geltend, daß das zur Verhandlung stehende Schiff Postsachen an Bord gehabt habe, und daher nach Ansicht der völkerrechtlichen Wissenschaft freizugeben sei. Dem sei jedoch entgegenzuhalten, daß verschieden von Fällen neutraler Schiffe, für welche besondere Verträge vorlägen, bei feindlichen Schiffen, welche Post an Bord hätten, nur diese Postsachen nicht beschlagnahmt würden. Für Freigabe der feindlichen Schiffe selbst und der übrigen Ladung bestehe indes nicht der geringste Grund.

- Mit diesem Punkte stimme der Staatsanwalt überein, so daß derselbe keiner Beantwortung bedürfe.
- Dieser Punkt erörtere nur etwas, was der Reklamant f
  ür bedauerlich, nicht aber f
  ür rechtswidrig halte, und bed
  ürfe daher gleichf
  alls keiner Erwiderung.
- 6. Der Reklamant bringe vor, weil die Angehörigen des feindlichen Staats erst durch die Veröffentlichung der Kriegserklärung von dem Kriegszustand erführen, sei eine Beschlagnahme vor Veröffentlichung dieser Erklärung unzulässig.
- Dies sei indes nicht zutreffend, da bei Beschlagnahme feindlicher Schiffe die Unkenntnis der feindlichen Staatsangehörigen von dem Kriegszustand für die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme unerheblich sei.
  - Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Punkt 1 der Berufung besagt, der Kriegszustand beginne erst mit dem tatsächlichen Kampf. Da der tatsächliche Kampf zwischen Japan und Rubland seinen Anfang erst am 8. Februar 1904 genommen habe, so hätte der zur Verhandlung stehende Dampfer nicht beschlagnahnt werden dürfen.

Es wird indes allgemein angenommen, daß der Kriegszustand nicht mit dem Augenblick, wo die feindlichen Mächte das erste Kanonenfeuer auswechseln, beginnt, sondern mit dem Zeitpunkt, wo die Absicht, Krieg zu eröffnen, in irgend einer Weise manifestiert wird. Es steht daher außer Zeviefel, daß mit dem Zeitpunkt, wo die Kriegsabsicht in die Verwirklichung tritt, eine Erklärung über die Kriegseröffnung erlassen oder übersandt wird, oder dergl., der Kriegszustand seinen Anfang nimmt. Weil nun die Kriegsabsicht bereits, ehe Japan und Rußland am 8. Februar 1904 bei Port Arthur Kanonenfeuer auswechselten, schon am 6. Februar manifestiert wurde, so fällt der 7. Februar bereits in die Zeit nach Beginn des Kriegszustands. Daher ist die Behauptung des Reklamanten, daß der Zeitpunkt des Beginns des Kriegszustands der 8. Februar sei, unbegründet.

In Punkt 2 der Berufung wird gesagt, es sei vom Reklamanten geltend gemacht worden, daß dem zur Verhandlung stehenden Schiff auf Grund der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 Berfeiung von der Beschlagnahme zukomme. Das Gericht erster Instanz habe aber die Ansicht aufgestellt, daß diese Kaiserliche Verordnung erst vom Tage der Veröffentlichung in Kraft getreten sei und keine rückwirkende Kraft besitze. Auch könne sie nur für unverfängliche Handesschiffe in Betracht kommen und auf das zur Verhandlung stehende Schiff nicht angewandt werden, da dasselbe der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft gehöre und im Kriegsfall für den Gebrauch der russischen Regjerung und der russischen Kriegsmacht zur Verfügung

zu stellen sei. Die daraufhin ergangene Entscheidung, daß die Beschlagnahme rechtmäßig sei, sei unzutreffend.

Wenn man aber den Charakter der Schiffe, welche der ostchinesischer Eisenbahngesellschaft gehören, einer Untersuchung unterwirft, so kann man nur zu der Ansicht kommen, daß sie Staatsdampfer sind, welche der russischen Regierung gehören. Denn die leitenden Personen in der Schiffahrtsabteilung dieser Gesellschaft sind Marineoffiziere und andere Beamte: die zurzeit in Wladiwostok befindlichen Leiter sind ein Korvettenkapitän und ein Spezialbeamter des Finanzministeriums. Wenn man ferner in der vom russischen Verkehrsministerium im Jahre 1902 herausgegebenen Statistik über die Flußschiffe im asiatischen Rußland den Teil betreffend die das Amurwassergebiet befahrenden Schiffe prüft, so findet man als Gesamtzahl für Dampfer: 163, für andere Schiffe: 198. Darunter sind 45 Dampfer und 66 andere Schiffe als Regierungsfahrzeuge bezeichnet. Wenn man daneben aber die einzelnen Eigentümer der Dampfer und anderen Schiffe betrachtet, so findet man, daß, wenn man nicht die der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft gehörigen 19 Dampfer und 60 anderen Schiffe mit unter die Regierungsschiffe rechnet. die oben für diese genannte Gesamtzahl nicht erreicht werden kann. Wenn man des weiteren die Tatsache mit in Erwägung zieht, daß der bei den nordchinesischen Wirren im Jahre 1900 von der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft erlittene Schaden nicht für russische Staatsangehörige, sondern für den Staat reklamiert wurde, so kann man nur zu der Überzeugung kommen, daß die Schiffe, welche, wie das zur Verhandlung stehende, der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft unterstehen, tatsächlich der russischen Regierung gehörige Schiffe sind.

Oberflächlich betrachtet, bezieht sich die von der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 bestimmte Befreiung von der Beschlagnahme auf russische Handelsschiffe schlechthin. Wenn man aber auf den letzten Grund für den Erlaß dieser Verordnung zurückgeht, so will sie solche Handelsschiffe russischer privater Individuen vor der Härte der Beschlagnahme schützen, welche zu Anfang des Krieges von demselben keine Kenntnis hatten, und in einem japanischen Hafen lagen oder vor Inkrafttreten der genannten Kaiserlichen Verordnung von einem ausländischen Hafen nach einem japanischen Hafen abgefahren waren. Unfraglich ist aber die Vergunstigung der Verordnung auf Schiffe, die im Eigentum der Regierung stehen, nicht auszudehnen. Wenn man daher auch, wie der Reklamant geltend macht, die Ansicht des Gerichts erster Instanz, daß die Kaiserliche Verordnung keine Rückwirkung auf die Zeit vor ihrem Inkrafttreten habe, als unrichtig bezeichnen will, so trifft doch andererseits aus den oben ausgeführten Gründen die Berufungsbegründung gleichfalls nicht zu.

Punkt 3 der Berufung macht geltend, daß nach den fort-

geschrittenen Prinzipien der Wissenschaft und des Völkerrechts das zur Verhandlung stehende Schiff freizugeben sei, weil es zur Zeit der Aubfringung Post an Bord geführt habe. Diese Behauptung ist jedoch nicht zutreffend, da weder das bestehende Völkerrecht noch auch die japanischen Bestimmungen die Befreiung eines feindlichen Schiffes aus dem Grunde, daß es Post an Bord führt, anerkennt.

Im Punkt 5 behauptet der Reklamant, da die Aufbringung des genannten Schiffes in koreanischem Gebietsgewässer erfolgt set, so sei es ein für die Entscheidung wichtiger Punkt, festzustellen, ob Korea ein neutraler oder verbündeter Staat sei. Es sei bedauerlich, daß das Gericht erster Instanz darüber nicht entschieden habe.

Da aber Korea von Anfang an für den Krieg zwischen Rußland und Japan zu der Landung der japanischen Truppen in koreanischem Greitet und dem Passieren derselben seine Zustimmung gegeben hat, sich der Krieg auch anfänglich innerhalb des Hoheitsgebiets von Korea abgespielt hat, so kann Korea nicht als neutral im gewöhnlichen Sinne des Worts erachtet werden. Daher ist dieser Punkt der Berufung unbegrindet.

im Punkt 6 macht der Reklamant geltenel, daß die feindlichen Statasnagehörigen erst durch die Bekanntmachung der Kriegserklärung von der Kriegseröffnung Kenntnis erhielten und daß daher das zur Verhandlung stehende Schiff, welches vor der Bekanntmachung der Kriegserklärung aufgebracht worden sei, nicht für gute Prise erklärt werden könne.

Wenn aber einmal der Krieg eröffnet ist, so kann jede Partet, gleichgültig ob die Angehörigen der Gegenpartei von der Kriegseröffnung wisen oder nicht, nach Ansicht des geltenden Völkerrechts sein Beschlagnahmerecht ausüben. Daher ist auch dieser Punkt der Berufung unhalthar.

In Punkt 4 der Berufung äußert der Reklamant, daß das dem Schiff gehörige Geld das Schieksal des Schiffes teile und daher, senn dieses freigegeben werde, gleichfalls freizugeben sei. Da aber die Aufbringung des Schiffes, wie oben an den einzelnen Berufungspunkten dargetan, rechtmäßig ist, so ist auch kein Grund vorhanden, das von der Aufbringung betröffen Geld freizugeben.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. April 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die russisch-ostasiatische Dampfergesellschaft in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den Generaldirektor Benislawski.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro, Tokio, Kyobashiku Kagacho Nr. 10.

In Sachen der Beschlagnahme des russischen Dampfers "Manchuria" und seiner Ladung wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Der Dampfer "Manchuria" und die in dem beigefügten Verzeichnis unter Nr. 1 bis 6, 8 bis 94, 96, 98 bis 207, 210 bis 246 aufgeführten Güter werden eingezogen. Die unter Nr. 7, 95, 97, 208 und 209 aufgeführten Güter werden freigegeben.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Manchuria" steht im Eigentum der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft, sein Heimäthafen ist St. Petersburg in Rußland, er führt die russische Handelsflagge und dient zum Passagier- und Gütertransport. Auf der im November 1003 von St. Petersburg aus angetretenen Reise nach Port Arthur wurde er am 9. Februar 1904, 9 Uhr vormittags, 18 Seemeilen südöstlich von Port Arthur von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Latsuta" mit seiner Ladung aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift und Bescheinigung des Vertreters des Kommandanten der "Tatsuta", Kapitänleutmants Ki hara Seiske, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns K. Prahl und des 1. Offiziers O. Tampio, das Schiffszertifikat, das Logbuch, das Ladungsverzeichnis und das Privatschiffsjournal des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Prozeßvertreters des Reklamanten sind folgende:

- Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei zwar russischer Nationalität und stehe im Eigentum der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft, aber die meisten Teilhaber seien D\u00e4nen. Daher sei der Dampfer freizugeben.
- 2 Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei am 9. Februar, abo vor Veröffentlichung der japanischen Kriegserklärung, aufgebracht worden Da eine vor Veröffentlichung der Kriegserklärung vorgenommene Beschlägnahme unrechtmäßig sei, so müsse der Dampfer treigegeben werden.
- Nach dem Sinne der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 m
  üsse der zur Verhandlung stehende Dampfer freigegeben werden.

régeben werden. Auch wenn der Dampfer nicht freigegeben werden. Auch wenn der Dampfer nicht freigegeben werden sollte, so seien doch die in dem Verzeichnis unter Nr. 2, 212 bis 225 aufgeführten Güter bei neutralen Staatsangehörigen versichert und müßten wegen der Rechte dieser freigegeben werden.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Da die Behauptungen des Prozeßvertreters sämtlich unbegründet seien, so müsse das zur Verhandlung stehende Schiff eingezogen werden.

Da die unter Nr. 7, 95 und 97 des Verzeichnisses aufgeführten Güter nicht feindlich seien, so seien sie freizugeben.

Die unter Nr. 208 und 209 verzeichneten Güter stünden im Eigentum von Missionen, seien keine feindlichen Güter und müßten deshalb freigegeben werden.

Das Gericht ist der folgenden Ansicht:

Nach dem Völkerrecht kann ein feindliches Schiff, weil der größte Iele Stigentumsrechts an demselben neutralen Staatsangehörigen zusätht, der Beschlagnahme nicht entgehen. I Wenn daher auch der größte Teil der Aktien der Gesellschaft, welcher das zur Verhandlung stehende Schiff gehört, in Händen dänischer Staatsangehöriger ist, so kann damit die Freigabe des Schiffes nicht begründet werden.

Nachdem am 6. Februar zwischen Japan und Rußland der Kriegszustand eingetreten war, konnten die beiden Staaten, obwohl keine Kriegserklärung veröffentlicht war, ihre Kriegsrechte ausüben. ?) Die am 9. Februar vorgenommene Beschlagnahme ist daher reehtmäßie.

Aus diesen Gründen müssen die Behauptungen des Vertreters der Reklamation in Punkt 1, 2 und eingangs 4 für unbegründet erachtet werden.

Es bedarf keiner Erörterung, daß die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904\*) auf Schiffe, welche von feindlichem Gebiet nach teindlichem Gebiet fahren, keine Anwendung finden kann. Daher ist auch Punkt 3 der Berufung unhaltbar.

Da ferner das Recht an einer Prise nach dem Völkerrecht ein aboltute ist, welches keinerlei andere Rechtsansprüche neben sich anerkennt, so entbehrt auch die zweite Hälfte des Punktes 4 der Begründung.

Die unter Nr. 7, 95 und 97 des Verzeichnisses aufgeführten Güter können indessen nicht als feindliche Güter angesehen werden und sind treizugeben.

Die Güter unter Nr. 208 und 200 können nach dem völkerrechtlich anerkannten Prinzip der Unverletzlichkeit religiöser Institute, weil sie für eine im feindlichen Gebiet tätige dänische Missionsgesellschaft und für den täglichen Gebrauch ihrer Missionare bestimmt sind, nicht eingezogen werden.

Außerdem sind die unter Nr. 209 verzeichneten Güter auch aus dem Grunde freizugeben, weil sie für eine nur vorübergehend 1) im Feindesland aufenthältliche neutrale Person bestimmt sind.

Die übrigen Güter sind erwiesenermaßen feindliche 5) und müssen demnach eingezogen werden. 6)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

## (Unterschriften.)

### Ladungsverzeichnls des Dampfers "Manchuria".

Nr.	Art und Inhalt	Anzahl	Verlader	Empfänger
			St. Petersburg:	Wladiwostok:
1	Lampen und Gläser	26 Kisten	J. J. Abolink	Ussurische Bahn- verwaltung
2	Papier	286 Ballen	Paul Forostowski	Order
3	Thermometer	1 Kiste	Wassidlo & Co.	Haf. v. Wladiwostok
4	Kontor-Formulare .	3 Kisten	Ko. Singer	Ko. Singer
5	Nähmaschinenöl	1 Faß		
6	Ölkannen u. Gumml- ringe	1 Kiste	,,	,,
7	Eisenbahnkarten	1 Kiste	A. A. Ilin	G. Li, Kais. Chin. Handelsagent
8	Nahrungs-Konserven für Truppen	314 Kisten	Ismailowskisch.	Bezirks-Intend. d.
9	Nahrungs-Konserven für Truppen	314 Kisten	Proviantamt 2. "	Amur. Armee-Bez.
10	Feuerpumpen mit Zubehör	3 Kolli	St. Petersburger Artillerie-Depot	Artillerie-Depot
11	Eisen- u. Gasröhren	5 Kolli		
12	Telegraphen-Mate-	4 Kisten	Elektr. Abt. des IngDepartements	Chef-Ingenieur der Wladiwostok-Fest.
13	Streichhölzer	50	W. A. Lapschin	Order
14		200 ,,	,,	
15	"	150 ,,	, ,	
16	"	50 ,,		
17	Seife "	150 ,,	A. M. Dschukoff	"

<sup>4)</sup> V. - 2) V. §§ 8, 3 und 4. - 7) V.

142

	Nr.	Art und Inhalt	Anzahl	Verlader	Empfänger
٠				St. Petersburg:	Wladiwostok:
	18	Kosmetische Waren	6 Kisten	St. Petersburger Chem. Laborator.	E. Sawarsinoi
	19	Apotheker-Waren .	30 ,	Schtol & Schmidt	See-Hospital
	20	Grüne Seife	5 Faß		
	21	Elektr. Batterien für		Elektr. Abteilung	Chef-Ingenieur der
		Minen	12 Kolli	d. lngDepartmts.	
	22	Telegr. Artikel	135	Haupt-IngDepot	IngenVerwalt.der Fest.Wladiwostol
	23	Sprengstoffe	14 ,		
	24	Telegr. Materialien .	,		
	25	Eisendraht	23 ,		
	26	Frachtbriefe	24 Kisten	Haupt-Verwaltung d.Ussurisch.Bahn	Ussurische Bahn- Verwaltung
	27	Kettenteile	1 Kiste		
	28	Brückenbogen	3 Kolli		
	29	Brückenbaumaterial.	12 .		
	30	Papier	10 Ballen	P. S. Andruff	Order
	31		42 ,		
	32	D	14 ,		•
		Roste	464 Kolli	A. E. Stelp	
	34 35	Eisen und Stahl Eiserne Klammern .	842 .		
	36	Eisen und Stahl.	3 .		
	37	D. Dat	584 . 520 .		•
	38	111			•
	39		1 10 "		
	40	Ziegelsteine	70		
	41	Werg	31 .		
	42	Packungen u. Segel-	0, .		
		tuch	6 .		
	43	Ziegelsteine	2600 Stück		1 [
	44	Segeltuch	14 Kolli	1 :	1
	45	Leder	2 .		
	46	Zement	1 .		
	47	Schiffstau	6 .		
	48	Instrumente	3 .		
	49	Thermometer	3 .		
	50	Leitungsdraht	1 .		
	51	Granaten	145 Stück		
	52	Gerāt	2 Kolli		
	53		1 ,		
	54	Granatenhülsen aus	000		
	55	Messing	269 "		
	99	Granatenhülsen aus Messing	40 .		
	56	Gerät	2 .		•
	57	Springfedern	1 .		
		opinigreacht		•	•

Nr.	Art und Inhalt	Anz	ah1	Verlader	Empfänger
_				St. Petersburg:	Wladiwostok:
58	Gerät	3	Kolli	A. E. Stelp	Order
59	Messing-Granat-		.com	III. E. Oleip	
39	hülsen	200			
60	Hülsen u. Zinkkasten	141	:		
61	Fiserne Kasten	28	•		
62	Messing-Hülsen	100	1	, ,	
63		26		'	
64	Soda	17			
65		101		,	:
66	* * * * * * * * * * * * * * * * * * * *	25		' '	
		1			•
67	Salzgehaltmesser .	3			
68	Webwaren usw			,	
69	Kabel	2	,		
70	Springfedern	1	*		
71	Telegraphendraht u.	6			
=0	Elemente	0			
72	Elemente, Gläser u.				
	Gummiringe für	2			
	Minen	-			
73	stoff	1308		1 .	
74	Granaten, Schieß-	1000		1 1	· 1
14	pulver und anderes	2			
75	Kitt	ĩ			
76	Soda	23		1 '	
77		53	•		1 (
	Spiritus	129			11.
78	Pulver	123			· ·
79	Patronenhülsen, Zünder und Pulver	218			
80		4		'	
80	Destillierapparate .	1 3			
				St. Petersburg:	Dalni:
81	Papier	135	•	Verwaltung der chin. Eisenbahn	Verwaltung der chin. Eisenbah
82	Pappe	20			
83	Krankenkleider	6			
84	Seife	15			,
85		15			
86		15			
87		20			
88	Zündhölzer	200		W. A. Lapschin	
00	Buildinoise: 1				Port Arthu
89	Glühlampen mit Zu- behör	84		E. Tilmans & Co	. Order
90		6			
91				Gronmeyer &	Meyer
31	Zubehör	1		Trautscholt	

Nr.	Art und Inhalt	An	zahl	Verlader	Empfänger
		Π		St. Petersburg:	Port Arthur:
92	Klosetts	14	Kolli	F. San Galli	Suworoff
93	Gußeiserne Säulen .	1			
94	Offiziers-Säbel	2	-	P. E. Semenoff	Magazin der Offi- ziers-Vereinigung
95	Geogr. Karten	2	•	A. Ilin	Tue Jin Fan, Hankow
96	Eisenbahnkarten	1	•		Lin, Dolmetscher, Ing. der chin. Bahn Charbin
97		2	_		H. Si, Shanghai
98	Thermometer	1		Wossidlo & Co.	Haf, v. Port Arthur
99	Billards u. zugehörige Schiefertafeln	3		A. Freiberg	Order
100	Kosmetische Waren	23		St. Petersburger chem. Laborato- rium	Magazin der Offi- zlers-Vereinigung, Kwantung
101	Bücher	3		Co. M. O. Wolf	K. A. Smoloff
102		1			
103	Seife	50		A. M. Dschukoff	Order
104		100			
105		25			
106	Zigarettenhülsen	256		J. D. Dunajewsky	J. D. Dunajeswky
107	Nautisch.Instrumente und Kompasse .	6		Hauptverwalt. der Hydogr. Abteilg.	Direkt. d. Leucht- türmeu.Hafenamt
108	Zubehörf. Geschütze	1	•	St. Petersburger Artillerie-Depot	Kwantunger Festungsartillerie
109	Konserven	4167		Ismail. Verpro- vlantierMagazin	Intendant d. Kwan- tung-Gebiets
110		4167			
111	Petroleummotore .		Stück	A. A. Elisejeff	A. A. Elisejeff
112	Zündhölzer		Kolli	W. A. Lapschin	Order
113		50			
114	,•	50			
115		50			
116		50			
117		100			
118	Gußeiserne Wasser-	602	Stück	E T3	E. Tilmans
119	leitungsröhren Rund-Messing		Kolli	E, Tilmans A. E. Stelp	Order
120	Pt t.		Stück	A. E. Stelp	
120		51			•
121		213	•		•
122	Ankerketten	213	•	-	•
123	Dut	100	•		· ·
125	Ct to		Kolli		'
126			Stück		'
120	Kohlenbehälter	2/8			١,
141	Ciscille Rettell	²	•		,

Nr.	Art und Inhalt	Anzahl	Verlader	Empfänger
			St. Petersburg:	Port Arthur:
128	Scheiben und Klam- mern	3 Kolli	A. E. Stelp	Order
129	Webwaren	0	A. L. Stelp	
130	Soda	4 .	,	
131	Draht	9 .		
132	Ballon und Zubehör			•
133	Eiserne Klammern u.	1 .		•
134	Eisenstäbe für Schiffe	5 ,		
135	Schläuche	2 .		١.
136	Geschirr usw	17		
137	Röhren	6 .		,
138	Lumpen	206 .		•
139	Senkblele	1 .		
140	Kleider	i ;		
141	Bindfaden	3 .		
142	Schaufeln	15		
143	Kirchengeräte	1 ,		
144	Bolzen	i :		
145	Werg	33		
146	Papler	1		
147	Leder	l i :		
148	Geschirr	3 .	'	
149	Kalk	ı .	1 .	
150	Röhren	4 .	1 .	
151	Wasserdichte Mäntel	4 .		
152	Schrauben	2 .	1 :	1 :
153	Springfedern	1 .	1 :	1 .
154	Spiegel	i .	1 :	1 1
155	Kragen und Man- schetten	1 .		
156	Elekt, Zubehör	i .	1 :	1 :
157	Maschinenpackungen	1 .	1 1	1
158	Zylinder	1 .	1 :	1 1
159	Talg	3 .	1 :	1 :
160	Dampfpumpen	4 .	1 .	1 :
161	Bilderrahmen	6 .	:	1 :
162	Papier, Schrauben usw	8 .		
163	Trossen	i .	:	[
164	Platten für Röhren .	1 .	:	1 .
165	Matrosen-Anzüge .	7 .	1 .	1 1
166	Trossen	11 .	1 .	[
167	Maschinenöl	278 Faß		1 1
168	Leder für Kragen .	1 Kolli		1
169	Schiffs-Laternen und anderes	34		

Nr.	Art und Inhalt	Anz	ah1	Verlader	Empfänger
				St. Petersburg:	Port Arthur:
170	Kupferröhren	65	Kolli	A. E. Stelp	Order
	Gelenkschäfte	4			
	Maschinenöl	151	Faß		1
	Spucknäpfe	1	Kolli		1 .
	Wagen	7			l :
	Lichte	34			•
	Seife	37			'
	Schläuche	6	:		
	Soda	5			
		1	-		,
		46			
		66			
181	Talg	76			•
		10			
	Diverses Geschirr .				•
	Kupferröhren	21			
185	Zylinder- und Ventil-	٠.			
86	klappen	1 2	-		*
	Schotten-Verschlüsse				
	Raketen-Bojen	8			
	Kupferne Kessel .	6	*		
	Webwaren	2			
	Asbest	39			
91	Wagen,Thermometer	١ ـ			1
	usw	5			
	Spiritus	52			,
	Kautschukringe	1			
	Schiffsbetten	3			
	Elektr. Zubehör	19			
	Schießbaumwolle .	1			
	Kautschukringe	1		· •	
98	Kautschukringe und				
	anderes	1			
99	Schlüssel u. anderes	4			١.
00	Verschlussklappen für Schiffstüren, aus				
- 1	Messing und Guß-	4			1
101	eisen				
	Elektr. Leitungsdraht	6			
	Raketen	21			
	Zinkblech	3			
04	Ruderschrauben	1			
05	Rumkorff'sche Spi-			1	
1	ralen	7			
206	Schiffsmaschinenöl .	21	Faß	Akt. Sels. Det Ost- asiatiske Komp., Kopenhagen	
207	Maschinenteile	21	Kolli	Mekaniske Verk- stad, Stockholm	Kunst & Albers
1	(10°)			stad, Stockholm	

Nr.	Art und Inhalt	Anzah1	Verlader	Empfänger
			St. Petersburg	Port Arthur:
208	Verschiedenes	1 Kiste	J. Olesen, Kopen- hagen	Danish Lutheran Mission
209	Betten und verschie- denes	2 Kolli	The Danish Mission Society, Kopen- hagen	Kathrine Nielsen
210	Muster	1 .	AktSels. Det Ost- asiatiske Komp., Kopenhagen	
211	Reis	8 Sack	Colombo:	Dalni:
212	Schwarzer Tee	1042 Kolli	A, Koosenetzoff & Co.	
213		520		
214		99 "(1/2)	Finlay Muir & Co. Colombo:	Moskau: via Dalni.
215		58 ,	PeekBros. & Winch	Ltd. D. D. Gro- reebnikoff
216		75 .	Theodor & Rawlin	Order
217	Tee	79 .	Stcherbatchoff, Tschokoff & Co.	
218		202	ischokon & Co.	
210		202 ,	Colombo:	Tschelgabins via Dalni:
219		559 .	Molchanoff, Pechatnoff & Co.	Order
220	Ceylon-Tee	336 ,	Stcherbatchoff, Tschokoff & Co.	
221		375 .		
			Colombo:	Moskau via Dalni:
222	Tee	596 .	Rodewald & Heath	Order
223	Ceylon-Tee	613 .	Stcherbatchoff, Tschokoff & Co.	
224	Tee	513 .	Rodewald & Heath	-
225	Ceylon-Tee	299 ,	Stcherbatchoff, Tschokoff & Co.	
226	Bolzen und Platten		F. L. Smidt & Co.,	
	aus Eisen	303 .	Kopenhagen Honkong:	Dalni für Orde
- 1			Houseng.	Wladiwostok
227	Zünder , .	1 .		Clarkson & Co.
228	Reis	200 Sack	On Wo Tai	Yee Tai
229		307	Yue We Loong Honkong:	Hu Young Sang Dalni:
230	Seidenwaren	8 .		Wing Kee
231	Silberwaren			Kwong Lee Yue
.	Wollendecken	1 .		

Nr.	Art und Inhalt	Anzahl	Verlader	Empfänger
	1		Honkong:	Daln1:
232	Kleider	1 Kollo	On Wo Tai	Tak Wo & Co.
			Honkong:	Port Arthur:
233	Rum	30 Faß	China Sugar Refin- ing Cy. Ltd.	Ginsburg & Co.
234	Spirituosen	6 Krüge	Lee Yuen Cheung	Yun Cheung Chun
235	Gesalzene Fische .	1 Kollo	. "	, "
236	Biskuits	1 .		
237	Papier, getrocknete		1	1
	Waren, Tabak usw.	4 Kolli		
238	Räucherkerzen	5 ,		
239	Räucherblumen	1 .		
240	Gesalzene Gemüse.	2 ,		
241	Essig	2 Krüge		
242	Feuerwerk	1 Kollo		
243	Papierwaren	1 ,		
244	Taschentücher, Ziga-			
	retten usw	1 .		
245	Brauner Zucker	2 Kolli		
			Singapore:	Wladiwostok:
246	Schwarzer Pfeffer .	5 Sack	Stcherbatchoff, Tschokoff & Co.	Order

Reklamant: Russisch-ostasiatische Dampfergesellschaft in St. Petersburg, vertreten durch den Generaldirektor Benislawski.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 10.

Am '26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in Sachen des an 9. Februar 1904, 18 Seemeilen südöstlich von Port Arthur von dem Käiserlich japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlagnahmten russischen Dampfers "Manchuria" und dessen Ladung auf Einziehung des Dampfers und der in dem, dem Urteil beigefügten, Ladungsverziechinis unter Nr. 1 bis 6, 8 bis 94, 98 bis 207, 210 bis 246, aufgeführten Güter und auf Freilassung der unter Nr. 7, 95, 97, 208 und 209 aufgeführten Güte entschieden.

Gegen dieses Urteil hat der Rechtsanwalt N ag a s hi ma W as hilaro ab Prozeßvertreter der russisch-ostasiatischen Dampfergssellschaft, vertreten durch den Generaldirektor B e ni s laws k i, die Berufung einglegt, welche von dem Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälle Tsutsuk ik Keir ok un und 15 shi wat ar i B ni e ch i genfüt worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Prozeßvertreters des Reklamanten, Nagashima Washitaro, sind folgende:

 Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei zwar russischer Nationalität und stehe im Eigentum der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft, aber die meisten Teilhaber dieser Gesellschaft seien Dänen. Daher sei der Dampfer freizugeben.

- 2. Der zur Verhandlung siehende Dampfer sei am 9. Februar 1904, also vor Veröffentlichung der japanischen Kriegserklärung, aufgebracht worden. Zwar trätten die Staaten als solche mit dem Moment der tatsächlichen Eröffnung des Kampfes zueinander in das Verhältnis kriegführender Parteien, aber, da die privaten Angehörigen der feindlichen Staaten von dem Kriegszustand erst durch Veröffentlichung der Kriegserklärung erführen, so sei eine Beschlagnahme vor Veröffentlichung der Kriegserklärung urrechtungsig.
- 3. Es sei auch im Sinne der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904, das Schiff freizugeben; denn, da das Schiff im November 1903 von St. Petersburg abgefahren und auf der Fährt nach Port Arthur begriffen, am 9. Februar 1904, vormittags 9 Uhr, also zu einer Zeit, wo es noch keine Gelegenheit gehabt habe, von dem Kriegszustand Kenntnis zu erhalten, 18 Seemeilen südöstlich von Port Arthur aufgebracht worden sei, so finde die genannte Kaiserliche Verordnung auf diesen Fall Anwendung.
  - Die Ladung des Dampfers müsse, soweit keine besonderen Gründe für das Gegenteil vorlägen, mit dem Dampfer freigegeben werden.

Zusatz zu Nr. 1 der Berufungsgründe:

Es sei nicht zu bestreiten, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer Eigentum der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft sei: wenn aber auch der Dampfer vom zivilrechtlichen Standpunkte aus als im Eigentum einer russischen juristischen Person stehend zu betrachten sei, so entscheide sich doch die Frage der Beschlagnahme nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten, und da handele es sich darum zu untersuchen, welche Individuen in ihren Rechten verletzt seien. Da aber erwisenermaßen der größte Teil der Aktien der russischostasiatischen Dampfergesellschaft in dänischen, also neutralen Händen sei, so müsse das Schiff rechtmißigerweise freigegeben werden.

Zusatz zu Nr. 2 der Berufungsgründe:

Die von der Reklamation Nr. 5<sup>1</sup>) betroffenen, in dem, dem Urteil beigefügten, Ladungsverzeichnis unter Nr. 89, 90 und 118 aufgeführten Güter seien von der in St. Petersburg ansässigen deutschen Firma Ewald Tillmanns & Co. auf dem zur Verhandlung stehenden Dampfer nach Port Arthur verschifft und auf der Reise dorthin beschlagnahmt worden. Dies gehe aus den mit dem Schiff zusammen beschlagnahmten Dokumenten hervor. Da nun Güter Angehöriger neutraler Staaten, die ihren Bestimmungsort gar nicht erreicht hätten, nicht

als feindliche betrachtet werden könnten, so müßten die bezeichneten Güter freigelassen werden.

Zusatz zu Nr. 3 der Berufungsgründe:

Da die Güter, welche unter Nr. 2 und Nr. 212 bis 222 des dem Urteil beigefügten Ladungsverzeichnisses aufgeführt seien, bei Angebörigen neutraler Staaten versichert seien, so bedeute die Nichtfreigabe derselben eine Verletzung der Rechte Neutraler. Da nun schließlich er Orad dieser Verletzung ein sehr großer sei, so mäßten die Güter freigegeben werden, und es sei widerrechtlich, die Freigabe kurzerhand mit der Begründung, das Recht der Beschlagnahme sei ein absolutes, abzulehnen.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro vom Prisengericht in Sasebo sind folgende:

Der Reklamant behaupte in Punkt 1, daß das zur Verhandlung stehende Schiff, wenn es auch russische Nationalität habe, dennoch freigegeben werden müsse, weil der größte Teil der Aktien der russischostasiatischen Dampfergesellschaft in dänischen Händen sei.

Es sei aber Kriegsvölkerrecht, daß ein Schiff, welches die Nationalität des feindlichen Staates besitze und unter feindlicher Flagge führe, gleichviel ob die Aktionäre zum größten Teil, ja ob sie alle Angehörige neutraler Staaten seien, als feindliches Schiff anzusehen sei. Als solches unterliege daher das zur Verhandlung stehende Schiff mit Recht der Beschlagnahme und der Einziehung.

In Punkt 2 sage der Reklamant, das zur Verhandlung stehende Schiff sei am 9. Februar 1904, also vor der Kriegserklärung, beschlagnahmt worden. Diese Beschlagnahme sei nicht zu rechtlertigen, da die privaten Individuen, wenn auch die Staaten als solche schon mit dem tatsächlichen Beginn des Kampfes in den Kriegszustand eingetreten seien, von dem Bestehen des Kriegszustandes erst durch die Veröffentlichung der Kriegsserklärung erführen.

Derartige Gründe fänden aber weder in den zwischen den ziviisierten Staaten bestehenden völkerrechtlichen Gebräuchen, noch in der Wissenschaft Anerkennung. Es erübrige sich daher zu erörtern, daß ein feindliches Schiff, welches von dem Kriegszustande nichts wisse, deshalb der Aufbringung nicht entgehen könne.

In Punkt 3 mache der Reklamant geltend, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer nach dem Sinne der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 freizugeben sei, weil er zur Zeit der Beschlagnahme von dem Kriegszustand keine Kenntnis gehabt habe.

Da indes diese Kaiserliche Verordnung eine Ausnahme von dem allgemeinen kriegsvölkerrechtlichen Grundsatz darstelle, demzufolge ein kriegführender Staat die Handelsschiffe des Feindes auf offens Se und in den beiderseitigen Hoheitsgewässern beschlagnahmen könne, so müsse diese Verordnung eher eng ausgelegt werden, als auf Fälle, die der klarbestimmte Wortlaut nicht vorsehe, in Anwendung gesett werden. Deshalb könne der fragliche Dampfer, wenn er auch die Reise gemacht habe, ohne von dem Kriegszustand etwas zu wissen, da er nach dem als Feindesgebiet zu betrachtenden Port Arthur bestimmt gewesen sei, also zweifellos nicht unter die §§ 1 und 3 der genannten Kaiserlichen Verordnung falle, die Vergünstigung derselben nicht genießen.

In Punkt 4 erkläre der Reklamant, die Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers müsse, soweit nicht besondere Gründe vorlären, mit dem Schiffe freigereben werden.

Die Frage, ob die Güter Kriegskonterbande seien oder nicht, komme indes, da sie als feindliche Güter auf feindlichem Schiff befindlich anzusehen seien, gar nicht in Betracht, und ihre Einziehung sei rechtmäßig.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das zur Verhandlung stehende Schiff als Feindesschiff anzusehen ist. Denn es führte zur Zeit der Beschlagnahme die feindliche Flagge, hatte ein feindliches Schiffszertifikat und stand im Eigentum der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft in St. Petersburg. Der Reklamant macht zwar geltend, der Dampfer sei freizulassen, weil die meisten Aktien der genannten Gesellschaft in dänischen Händen seien und somit das Recht neutraler Staatsangehöriger verletzt werden würde. Aber wenn auch der größte Teil der Aktien der Gesellschaft, weicher der fragliche Dampfer gehört, in Händen von Neutralen ist, so hat das auf die Eigenschaft des Schiffes als eines feindlichen keinen Einfluß, und Punkt 1 der Berufungsgründe nebst Zusatz können nicht amerkannt werden.

Da, wie oben ausgeführt, die Eigenschaft des Schiffes als eines feindlichen durchaus unbestreitbar ist, so konnte dasselbe mit dem Entstehen des Kriegszustands auch vor der Kriegserklärung zu Recht beschlagnahmt werden, und damit fällt Punkt 2 der Berufung hin.

Die Fahrt des zur Verhandlung stehenden Dampfers decht sich unzweifelhaft nicht mit irgend einem Falle der §§ 1 bis 3 der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904, und die Anwendung dieser Verordnung auf Schiffe, welche, wie das in Frage stehende, von feindlichem Gebiet nach feindlichem Gebiet fahren, ist durchaus unzulässig. Deshalb ist auch der dritte Punkt der Berufungsgründe hinfällig.

Es ist völkerrechtlich anerkannt, daß, soweit das Beschlagnahmerecht in Betracht kommt, die Landeszugehörigkeit von Gütern nach dem Domizilprinzip bestimmt werden kann, und das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß diese Theorie der Logik der tatsächlichen Verhältnisse entspricht. Zugegeben, wie der Reklamant behauptet, daß die

in dem, dem Urteil des Sasebo-Prisengerichts beigefügten Ladungsverzeichnis unter Nr. 89, 00 und 118 aufgeführten üßter im Eigentum des Verschiffers, der Firma Ewald Tillmanns & Co. in St. Petersburg stehen, so sind sie, weil diese Firma völkerrechtlich als feindlich auzusehen ist, feindliche Güter; und auf feindlichem Schiff befindlich, unterliegen sie deshalb mit Recht der Aufbringung; so ist der Zusatz zum Punkt 2 der Berufungsgründe hallos.

Was ferner die oben erwähnten, unter Nr. 2, 212 bis 222 des Verzeichnisses aufgeführten Güter angeht, so unterliegen auch sie, weil sie auf feindlichem Schiff unach feindlichem Gebiet verschifft waren, de Aufbringung. Denn wenn sie auch, wie vom Reklamanten geltend gemacht, bei neutralen Staatsangehörigen versichert sind, so entsteht doch mit einem solchen Versicherungsvertrag kein Grund für Herausgibe feindlichen Gutes und auch der Zusatz zu Punkt 3 der Berufung mit als unbegründet abgelehnt werden.

Was alle übrigen, nach dem Urteil des Sasebo-Prisengerichts einzuziehenden Güter anbetrifft, so ist, da sie auf dem zur Verhandlung stehenden feindlichen Schiff nach feindlichem Gebiet versehifft waren, die Entscheidung des genannten Urteils zu Recht bestehend und Punkt 4 der Berufungsbegründung ist zu verwerfen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

lm Oberprisengericht am 17. Januar 1905.

(Unterschriften.)

Reklamant: Frederic Ringer, dänischer Konsul in Nagasaki, wohnhaft in Nagasaki, Oura Nr. 7.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden.

### Urteilsformel:

Die zur Verhandlung stehende Reklamation wird abgewiesen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter, nämlich 3 Kisten mit Bettzeug, Büchern und verschiedenen anderen Gegenständen, sind von der dristlichen Missionsgesellschaft in Kopenhagen, Dänemark, an die dänische Missionsgesellschaft in Port Arthur abgesandt und auf dem der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" verschifft worden. Am 30, Januar 1904 verließen sie Hongkong und wurden auf der Reise nach Port Arthur am 9, Februar desselben Jahres, vormittags, auf der See bei Port Arthur von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" zusammen mit dem genannten Dampfer beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Rekkamationsschrift, die schriftliche Aussage des Stellvertreters des Kommandanten der "Tatsuta", Kapitänleutnants Kihara Seiske, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns K. Prahl und des 1. Offiziers O. Tampio, das Laduurssverschnis und das Schiffsiournal des genannten Dampfers.

Der Reklamant bringt vor, er erhebe die Reklamation in seiner Eigenschaft als Konsul Seiner Majestat des Königs von Dänemark. Die zur Verhandlung stehenden Güter seien bestimmt für dänische Statsangehörige in Port Arthur, seien weder Kriegskonterbande noch Vermögensstücke feindlicher Staatsangehöriger und könnten deshalb nicht eingezogen werden.

Der Reklamant ist bei dem Termin zur mündlichen Verhandlung, trotzdem ihm derselbe bekannt gegeben war, nicht erschienen.

Der Staatsanwalt sagt in den Hauptpunkten, die Reklamation sei nicht gesetzmäßig, da die Eigenschaft als Konsul nicht ohne weiteres die eines Interessenten im Sinne der Prisenordnung nach sich zöge.

Was die zur Verhandlung stehenden Giter angehe, so seien sie alle für die dänische Missionsgesellschaft bestimmte Bücher und Gegenstände des läglichen Gebrauchs, die keine Kriegskonterbande darstellten, sondern lediglich als Gegenstände, die religiösen Zwecken zugute kämen, anzuschen seien. Ihre Freigabe entspreche daher dem Gedanken des Schutzes religiöser Bestrebungen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Nach § 10, Abs. 2 der Prisengerichtsordnung 1) ist eine wesenliche Bedingung für die Erhebung einer Reklamation, das Vorhandensein rechtlichen Interesses. Der Reklamant hat jedoch mit Bezug auf die zur Verhandlung stehenden Gütter keinerlei Interesse nachgewiesen. Wenn er keliglich auf Grund seiner Eigenschaft als dänischer Konsul im Interesse seiner Schutzgenossen reklamiert, so kann ihm weder die Eigenschaft eines Reklamanten noch auch die des Stellvertretres eines solchen zuerkannt werden. Der Reklamant hat aber nicht bewiesen, daß er von den Interessenten irgendwelche Reklamationsvollmachten erhalten hat, und es ist daher anzunehmen, daß er nicht imstande gewesen ist, die nach § 17, Abs. 2 der Prisengerichtsordnung vorgeschriebene Vollmacht beizubringen. Daher ist die zur Verhandlung stehende Reklamation nicht gesetzmäßig.

Da die Reklamation schon an und für sich den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht, so muß sie abgewiesen werden, ohne daß

<sup>1)</sup> IV.

über die weiteren Anführungen des Reklamanten Entscheidung getroffen werden kann.<sup>2</sup>)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts. Va ma moto Tatsurokuro.

## (Unterschriften.)

Reklamant: Die Filiale der Firma Jardine Matheson & Co, Hauptagentur der China Sugar Refining Company, vertreten durch ihren Prokuristen, den englischen Staatsangehörigen Reginald Walter Heysham Wood.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Manchuria" verladenen 30 Fässer Rum werder eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 30 Fässer Rum wurden auf Bestellung der russischen Firma G in s bur g & Co. in Port Arthur von der engl. offenen Handelsgesellschaft Jardine, Mathes on & Co. in flongkong am 30. Januar 1904 auf dem der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" verschifft und auf demselben an die Firma G in s bur g & Co. abgeschickt. Am 9. Februar desselben Jahres, vormittags, wurden dieselben auf der Reise nach Port Arthur in den dortigen Gewässern zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen sind nicht nur von dem Reklamanten anerkannt, sondern sie werden auch bewiesen durch die schriftliche Aussage des Verteters des Kommandanten der "Tatsut", des Kapitänleutnants Kihara Seiske, die Verhandlungsprotokolle des Kapitäns K. Prahl und des 1. Offiziers O. Tampio, das Ladungsverzeichnis und das Schiffstournal des genannten Dampfers.

Der Reklamant bringt in der Hauptsache vor, daß die zur Verbandlung stehenden Fässer Rum freilich auf Bestellung des Empfängers Ginsburg abgesandt worden seien, daß aber vermöge der getroffenen

<sup>3)</sup> Über die reklamierten Gegenstände ist entschieden in VI5a,

Vereinbarung, daß der Kaufpreis für dieselben erst nach ihrer Landung in Port Arthur gezahlt werden solle, die Waren, solange sie nicht in die Hände des Empfängers gelangt seien, noch im Eigentum der Absender, der China Sugar Refining Company stünden und deshalb freizugeben seien.

Der Staatsanwalt macht dagegen geltend, daß das Eigentum an den zur Verhandlung stehenden Gütern nicht als dem Reklamanten zustehend erachtet werden könne, daß dieselben daher als Eigentum des dem feindlichen Staat angehörigen Empfängers für gute Prise zu erklären seien.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist ein allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz, daß das Eigentum an Handelswaren, welche auf Bestellung versandt werden, gleichviel ob der Kaufpreis zur Zeit der Versendung schon bezahlt ist oder nicht, mangels einer besonderen Abmachung mit der Zeit der Absendung auf den Empfänger übergeht. Da aber die zur Verhandlung stehenden 30 Fässer Rum auf Bestellung an die russische Firma Ginsburg & Co. in Port Arthur versandt worden sind, und da der Reklamant bezüglich des Zeitpunkts des Eigentumsbergangs keinerlei gegenteilige Beweise hat beibringen können, so ist es billig anzunehmen, daß das Eigentumsrecht an den genannten Gütern zur Zeit der Beschlagnahme auf die russische Firma übergegangen war.

Da nun diese der russischen Firma gehörigen Güter auf einem russischen Schiff verladen worden sind, so sind sie als feindliche Güter auf feindlichem Schiff für gute Prise zu erklären 1) und einzuziehen. 2) Fs wird daher wie in der Utzeisformel entschieden

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Vamamoto Tatsurokuro.

# (Unterschriften.)

Reklamant: Der deutsche Reichsangehörige A. Gese, Prokurist der Firma Kunst & Albers in Nagasaki, Oura Nr. 9.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden:

# Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Manchuria" verladenen 14 Kieten Maschinenteile werden eingezogen.

<sup>&#</sup>x27;) V. §§ 8, 3 und 4. — 2) § 40.

Die Reklamation bezüglich der Fracht für die genannten Güter wird abgewiesen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 14 Kisten Maschinenteile sind von der Mekaniska Verkstad in Stockholm, Schweden, mit Bestimmung für die deutsche Kommanditgesellschaft Ku ns t. R. Albers in Port Arthur auf dem der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" verschifft und abgesandt worden. Auf dieser Reise wurden sie am 7. Februar vormittags von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" zusammen mit dem genannten Dampfer auf der Höhe von Port Arthur mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Reklamationsschrift, die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten des beschlagnehmenden, Kriegsschiffs, Raptifanleutnants K ih ar a Se iske, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns K. Prahl, des 1. Offiziers O. Tampio, das Ladungsverzeichnis und das Schiffsjournal des genannten 
Damofers.

Die Hauptpunkte des Reklamanten sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter stünden im Eigentum der Empfänger Kunst & Albers, einer deutschen Firma. Die Güter seien vor Eröffnung des Kriegs verschift. Sie müßten daher als neutrals Güter behandelt und freigegeben werden. Ferner beantrage der Reklamant Erazt von 311.80 Ven Frachtkosten für die venannten Güter.

Zur mündlichen Verhandlung ist der Reklamant trotz erhaltener Ladung nicht erschienen.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Da die Anführungen des Reklamanten sämtlich unbegründet seien, so müßten die zur Verhandlung stehenden Güter als feindliche Güter auf feindlichem Schiff einezooren werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist ein allgemeiner Grundsatz, daß die Frage, ob Güter feindlich sind oden nicht, sich ungeschett der Nationalität des Eigenfümers nach dessen gegenwärtigem Wohnsitz entscheidet. 9) Obwohl demnach der Empfänger, die Firma Kunst R Albers, eine deutsche Kommanditgesellschaft ist, müssen doch die ihr gehörigen, zur Verhandlung ste barden Güter, weil sie ein Handelsgeschäft in dem feindlichen Port Arhur hat, für feindliche Güter erachtet werden.

Dem weiteren Vorbringen des Reklamanten, daß die zur Verhandung stehenden Güter vor der Kriegszeit verschifft worden seien, ist entgegenzuhalten, daß es ein allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts ist, daß feindliche Güter auf feindlichem Schiff zur Kriegs-

<sup>1)</sup> V. §§ 8, 3 und 4.

zeit unbekümmert um die Zeit ihrer Verschiffung beschlagnahmt werden können.

Daher sind die zur Verhandlung stehenden 14 Kisten Maschinenteile für gute Prise zu erklären und einzuziehen. 2)

Was den Antrag bezüglich der Frachtkosten angeht, so liegt die Entscheidung hierüber nicht im Bereich des Prisengerichts, und die Reklamation über diesen Punkt muß abgewiesen werden.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts V am am o to T ats urok uro.

(Unterschriften.)

Reklamant: A. Gese, deutscher Reichsangehöriger, Prokurist der Firma Kunst & Albers, Kommanditgesellschaft, Nagasaki Oura Nr. 8.

ProzeBvertreter: Ishibashi Tomokichi, Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in Sachen der am 0, Februar 1004 18 Seemeilen südöstlich von Port Arthur von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlagnahmten, an Bord des russischen Dampfers "Manchuria" verschiftten 14 Kisten Maschinenteile auf Einziehung derselben erkannt und die Reklamation bezüglich der Fracht der genannten Güter abgewiesen. Gegen diese Urteil hat der Prozeßvertreter des Reklamanten A. Gese, der Rechtsanwalt 1s hi ba s hi Tom oki c hi, die Berufung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte Ts ut s u ki Keiroku und 1s hi wa tari Bini c hi geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte und Gründe der Berufung des Prozeßvertreters Ishibashi Tomokichi sind folgende:

Das Urteil erster Instanz nehme an, daß das Eigentum an den Gütern dem Empfänger zustehe, dieselben daher feindlichen Charakter trügen. Reklamant sei der Ansicht, daß das Eigentumsrecht erst nach Ankunft im Bestimmungshafen und Ablieferung an den Empfänger

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) V. § 40.

auf diesen übergehe und daß der Absender dasselbe nicht mit dem Zeitpunkt der Verschiffung verliere, Berechtigung und Verpflichtung mit Bezug auf die Güter trage bis zum Zeitpunkt ihrer Ankunft im Bestimmungshafen und Ablieferung an den Empfänger selbstverständlich der Absender. So bestimme zum Beispiel das japanische Handelsgesetzbuch im 8. Abschnitt des 3. Buches und im 3. Abschnitt des 5. Buches, daß im Falle des Unterganges der Güter der Absender gegen den Reeder Anspruch auf Schadensersatz habe und daß der Empfänger erst nach Empfang der Güter zur Leistung von Frachtund sonstigen Kosten verpflichtet sei. Es sei nicht begründet, lediglich wil die vorliegende Sache dem Völkerrecht unterstehe, derartige Rechtsbestimmungen umzudrehen. Da nun die zur Verhandlung stehenden Güter während der Reise und ehe sie an den Empfänger abgeliefert gewesen, mit Beschlag belegt worden seien, so stehe zweifellos das Eigentum an denselben noch dem Absender zu und der Reklamant habe die Reklamation nur in der Eigenschaft eines Interessenten 3) erhoben. Wenn aber so die Güter als im Eigentum des neutralen Absenders stehend anzusehen seien, so erwürben sie damit die Eigenschaft neutraler Güter und seien, weil nicht Kriegskonterbande, gemäß Artikel 3 der Pariser Seerechtsdeklaration unzweifelhaft freizugeben.

2 Selbst aber wenn man den einen Punkt zugebe und die Güter als im Eigentum des Empfängers stehend betrachte, so müsse man sie doch für neutrale Güter erklären.

Das Urteil erster Instanz habe die Frage nach der Neutralität der Güter nach dem Wohnstiz des Eigentümers entschieden und die Nationalität desselben nicht berücksichtigt. Es habe das Domizilprinzip anerkannt und das Nationalitätsprinzip der Billigkeit entspreche. Denn aus dem Domizilprinzip würde sich die wunderliche Argumentation ergeben, daß ein in Rußland behender Japaner als Feind anzusehen sei. Wenn auch ein derartig seltsames Prinzip in Europa Kurs habe, so sei es doch mit der nationalen Idee Japans nicht in Einklang zu bringen. Es sei daher rechtmäßig, die zur Verhandlung stehenden Güter als neutrale zu betrachten und freizugeben.

3. Die zur Verhandlung stehenden üfüter seien Ende 1003 von der Maschinenbaugesellschaft in Schweden verladen worden. Diese habe wehr damals noch zur Zeit der Aufbringung der ütter irgendwelche Kenntnis von dem möglichen Entstehen bzw. Bestehen des Kriegsnachandes zwischen Rußland und Japan gehabt, so daß ihr der Vorwurf, diesen Transport zur Schädigung der Interessen Japans oder Unterstützung des Feindes vorgenommen zu huben, nicht gemacht werden

<sup>&</sup>lt;sup>a</sup>) Also nicht als Elgentümer.

könne. Daher könnten die zur Verhandlung stehenden Güter nach Artikel (e. 32 und 30 der von dem Kongreß für internationale Rechts-wissenschaft im Jahre 1882 den Mächten unterbreiteten Seeprisenordnung nicht eingezogen werden. Freilich sei Japan diesen Bestimmungen nicht ausdfücklich beigetreten, aber, da das Völkerrecht überhaupt keine bestimmte gesetzliche Formulierung besitze, vielmehr die von einer Anzahl Gelehrten aufgesteillen und von einer Anzahl von Staaten anerkannten Rechtsregeln die völkerrechtlichen Grundsätze bildeten, so verdienten die erwähnten Bestimmungen alle Beachtung.

4 Da der Krieg ein Verhältnis zwischen den Staaten als solchen begründe, zu dem die Individuen in keiner direkten Beziehung stünden, so müsse für Güter zur See wie für die zu Lande der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privatvermögens gelten, woraus sich als logische Folge ergebe, daß auch das Privatvermögen fendlicher Staatsangehöriger, soweit es nicht Konterbande sei, nicht zum Objekt einer Beschlagnahme gemacht werden dürfe. Reklamant hoffe daher, daß Japan sich nicht nach dem schlechten Vorgange und den eigenmächtig aufgestellten Grundsätzen von Mächten richten werde, welche um Vorteils willen die Rechtslögik verdrehten und verwirten, sondern daß es zu einer Zeit, wo es gegen den Feind der Humanität und des Weltfriedens kämpfe, neben seiner nationalen Machtentwicklung auch die Förderung von Recht und Vernunft im Auge behalten werde. Daher müsse es jetzt seine Größe beweisen, indem es auch für das Privatvermögen zur See den Grundsatz der Unverletzlichkeit zur Ausfährung bringe.

5. Der durch unrechtmäßiges Vorgehen des Staates von dem Reklamanten erlittene Schaden an Fracht müsse billigerweise vom Staate wiede ersetzt werden. Die erste Instaar habe die Entscheidung über diese Schadensersatzfrage als außer ihrer Kompetenz liegend abgewiesen. Reklamant sei indes der Ansicht, daß der Ausdruck "Prisenargelegenheiten" des § 1 der Prisengerichtsordnung auch diesen Punkt, welcher mit der Hauptreklamation in rechtlichem Zusammenhang stehe, in sich sehließe.

Der Staatsanwalt Hayashi Eijuro vom Sasebo Prisengericht macht hiergegen folgende Hauptpunkte geltend:

Punkt 1 und 2 der Berufungsschrift gehe dahin, daß ganz allgemein Frachtgüter bis zum Zeitpunkt der Ankunft im Bestimmungsort und der Ablieferung an den Empfänger im Eigentum des Absenders stünden und daß daher die zur Verhandlung stehenden Oüter,
weil ihr Absender eine in Stockholm in Schweden niederlässige, neutrale Maschinenbaugesellschaft sei, nicht eingezogen werden könnten;
ferner daß, elbst wenn man annähme, die Oüter stünden im Eigentum
des Empfängers, sich ihre Nationälität nicht nach dem Wohnsitz, sondern
nach der Nationalität des Eigentümers richtete.

Es sei jedoch die verbreitete völkerrechtliche Anschauung, daß die Frage, ob Güter feindlich seien oder nicht, sich nach dem Wohnort des Eigentümers entscheide, und daß Güter, welche an einen im Feindesland wohnenden Empfänger abgesandt seien, mangels besonderen gegenteiligen Beweises mit dem Zeitpunkt der Absendung als in das Eigentum des Empfängers übergegangen anzusehen seien. Daher seien die zur Verhandlung stehenden Güter, weil sie für einen im feindlichen Port Arthur ansässigen Empfänger bestimmt gewesen seien und weil lein klarer Beweis dafür vorliege, daß das Eigentumsrecht an denselben zur Zeit der Beschlagnahme noch dem Absender zugestanden habe, in dem erstinstanzlichen Urteil zu Recht als feindliche erkannt, und das Urteil auf Einziehung sie gerechtfertigt.

Im 3. Punkte behaupte der Reklamant, die zur Verhandlung stehenden Güter seien Ende 1903 in Schweden von der Maschinenbaugsellschaft verladen, welche weder damals noch zur Zeit der Aufbrügung der Güter von dem eventuellen Entstehen des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland irgendwelche Kenntnis gehabt habe, so daß ihr der Vorwurf der Schädigung der Interessen Japans nicht gemacht werden könne. Daher könnten die zur Verhandlung stehenden Güter nach den in Artikel 6, 23 und 30 der von dem Kongreß für internationale Rechtswissenschaft im Jahre 1882 beschlossenen Seprisenordung enthaltenen Prinzipien nicht beschlagnahmt werden.

Diese Bestimmungen gingen jedoch über die Bedeutung von Privatauflichten Gelehrter nicht hinaus und könnten zurzeit noch nicht als Grundsätze des Völkerrechts betrachtet werden. Eine Pflicht, sie anzunehmen, bestehe daher nicht.

Im Punkte 4 sage der Reklamant, da der Krieg ein Verhältnis zeischen den Staaten als solchen begründe, zu dem die Individuen in leiner direkten Beziehung stünden, so müsse für Güter zur See in gleicher Weise wie für solche zu Lande der Grundsatz der Unverletzlichstet des Privatermögens gelten. Selbst feindliches Privateigentum dürfe daher, soweit es sich nicht um Kriegskonterbande handele, nicht zum Objekt einer Beschlagnahme gemacht werden.

Bezüglich von Gütern zur See erkenne jedoch sowohl die Pariser Serechtsdeklardion von 1856 wie auch die japanische Prisengerichtsordnung den fundamentalen Orundsatz an, daß feindliche Oüter auf feindlichem Schiff, auch wenn sie Privateigentum seien, eingezogen werden könnten. Es sei daher selbstverständlich, daß dieser Grundsatz in dem vorliegenden Falle angewendet werde.

Im Punkt 5 führe der Reklamant an, daß das Prisengericht erster Instanz über seinen Antrag auf Schadenersatz Entscheidung hätte treffen müssen.

Die Prisengerichtsordnung bestimme jedoch, daß die Prisengerichte

nur über Prisenangelegenheiten zu entscheiden hätten, und, da demnach Schadenersatzforderungen nicht in ihren Amtsbereich gehörten, so sei dieser Antrag des Reklamanten von dem Gericht erster Instanz zu Recht abgewiesen worden.

Aus diesen Gründen werde die Abweisung der Berufung beantragt.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Die zur Verhandlung stehenden G\(\text{\text{Giter}}\) sind von der "Mekaniska Verkstad" in Stockholm, Schweden, auf dem der russisch-onstasitischen Dampfschiffahrtsgesellschaft geh\(\text{o}\)rigen Dampfer "Manchuria" an die Kommandigesellschaft Kunst \(\text{K}\) at ber si in dem russischen Pacht-gebiet Port Arthur abgesandt worden. Auf der Reise dorthin wurden sic am 9. Februar 1904, also nach Er\(\text{o}\)ffunng des Krieges zwischen Japan und Rußland, 18 Seemeilen südöstlich von Port Arthur, zusammen mit dem genannten Schiff von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" mit Beschlag belein.

Es ist völkerrechtliche Praxis, Gütern, welche zu Kriegszeiten von Personen, die in neutralem Lande wohnen, an einen im feindlichen Gebiet wohnhaften Empfänger auf feindlichem Schiff versandt werden, feindlichen Charakter beizulegen und ihre Einziehung zu gestatten. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den tatsächlichen Verhältnissen gerecht wird.

Der Prozeßverterer der Bertfulm sagt in seinem ersten Punkt, die zur Verhandlung stehenden Güter stünden im Eigentum des Absenders, der in Stockholm, Schweden, niederlässigen "Mekaniska Verkstad"; da dieser Absender eine neutrale Gesellschaft sei, so trügen die zur Verhandlung stehenden Güter neutralen Chanakter und könnten nicht eingezogen werden. Dieser erste Punkt der Berufung ist aber aus dem oben angeführten Grunden nicht haltbar.

Im Punkt 2 sagt der Berufungsreklamant, wenn man die Güter für Eigentum des Empfängers, der Kommandligseellschaft K un st & Alber si n Port Arhur, ansehe, so seien sie trotzdem neutral, da diese Gesellschaft deutscher Nationalität sei. Denn es sei ungerechtfertigt, wenn das Prisengericht zu Sasebo als Norm für die Bestimmung der Nationalität der Güter das Nationalitätsprinzip verwürfe und das Domizilprinzip anerkenne. Nach völkerrechtlicher Praxis kann jedoch bei der Bestimmung der Landeszugehörigkeit von Gütern das Domizilprinzip zur Anwendung kommen, und das Oberprisengericht steht auf dem Standpunkt, daß dieses den Verhältnissen am besten Rechnung trägt. Daher ist Punkt 2 der Berufung unbegründet.

Punkt 3 der Berufung besagt, daß die Güter vor der Kriegseröffnung verschifft worden seien; daß die Absenderin weder zur Zeit der Verschiffung von dem möglichen Eintreten, noch zur Zeit der Aufbringung von dem erfolgten Eintritt des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland Kenntuis gehabt habe; daß die Verschiffung weder zum Nutzen des Feindes noch in der Absieht, Japan zu schädigen, geschehen sei und daß die Güter deshalb der Einziehung nicht unterliegen könnten. Nach Völkerrechtsbrauch ist aber darin, daß die Güter vor der Kriegseröffung verladen worden sind, daß der Kapitän oder der Absender von der Kriegseröffung keine Kenntin hatten, daß die Verschiffung der Güter ohne Absieht der Unterstützung des Feindes oder Schädigung des anderen Teiles geschehen ist, kein Grund zu sehn, weshalb Güter mit feindlichem Charakter der Aufbringung enteben sollten. Daher ist auch Punkt 3 der Berufung erundlos.

Punkt 4 der Berufungsgründe trägt eine wissenschaftliche Theorie vor, die indes bis jetzt keine Bestimmung des Völkerrechts ist, und damit fällt auch dieser Punkt der Berufung hin.

Im Punkt 5 erklärt der Reklamant es für unrechtmäßig, daß das Sasebo-Prisengericht die Reklamation wegen der Fracht abgewiesen habe, aber da unsere Prisengerichtsordnung die Prüfung von Schadenersatz-asprüchen nicht dem Tätigkeitsbereich der Prisengerichte unterstellt hat, so entbehrt auch dieser Berufungsunkt der Berüfundung.

Daher wird, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 17. Januar 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der naturalisierte englische Staatsuntertan Yu Hoi Chou, wohnhaft in Hongkong Queens Road Central, Victoria Street 136—138.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt IshibashiTomokichi, Na-Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Manchuria" verschifften 8 Kisten Seidentücher werden eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter wurden von dem Reklamanten am 1. Februar 1904 auf dem in Hongkong liegenden russischen Dampfer "Manchuria" verladen und an Wing Kee im russischen Pachtgebiet Dalni abgesandt. Am 9. Februar desselben Jahres, vornittage, 9 Uhr, wurden sie auf der Höhe von Port Arthur zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Tatsud" beschlagnahmt.

Diese Talsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvetreters des Kommandanten des beschlagnehmenden Schiffs, des Kapitänleutnants Kihara Seiske, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns K. Prahl und des 2. Offiziers des genannten Dampfers O. 1ampio, das Schiffsjournal, das Ladungsverzeichnis und die Komnossemente.

Die Hauptpunkte des Vertreters des Reklamanten sind folgende: Die zur Verhandlung stehenden Güter seien Eigentum des neutralen Reklamanten und keine Kriegskonterbande. Sie seien vor Eröffnung des Krieges zwischen Japan und Rußland abgeschiekt und könnten aus diesen Gründen nicht beschlamahmt werden.

Die Ansicht des Staatsanwalts ist im wesentlichen folgende:

Es sei keine Spur eines Beweises dafür vorhanden, daß die zur Verhandlung stehenden Güter im Eigentum des neutralen Absenders stünden. Sie seien feindliche Güter auf feindlichem Schiff. Daher müsse das Urteil die Beschlagnahme gutheißen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist von den Bestimmungen und Gewohnheiten des jetzt geltenden Völkerrechts anerkannt, daß feindlichen Güter auf feindlichen Schiff, gleichgültig ob sie Konterbande sind und ob sie vor dem Kriege abgeschickt sind oder nicht, zu Kriegszeiten natürlich der Beschlagnahme unterliegen.

Da ferner der Charakter von Gütern als feindlichen Gütern sich nach dem Wohnsitz des Eigentümers bestimmt, ) so sind Güter, welche von einem Absender in einem neutralen Lande an einen Empfänger in feindlichem Gebiet abgeschickt werden, als im Eigentum des Empfängers im Feindesgebiet stehend anzusehen und der Gegenbeweis muß von den Interessenten geführt werden.

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind auf dem feindlichen Dampfer "Manchuria" verschiftt und an ein in dem feindlichen Pachtgebert Dain intederlässiges Handelshaus abgeschiekt worden. Es wird nicht bestritten, daß die Aufbringung nach der Kriegseröffnung stattgefunden hat.

Da der Procedvertreter des Reklamanten lediglich die Behauptung aufstellt die Göter stünden im Eigentum des Absenders, welcher ein neutraler Staatsangehöriger sei, ohne indes irgendwelchen Beweis hier-

<sup>9</sup> V. \$5 5, 3 and 4.

für zu erbringen, so sind die zur Verhandlung stehenden Güter als feindliche Güter auf feindlichem Schiff einzuziehen. 2)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Yu Hoi Chou, naturalisierter englischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Hongkong, Queen's Road Central, Victoria-Street Nr. 136—138

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in Sachen der Beschlagnahme der auf dem russischen Dampfer "Manchurla" verschifften 8 Kisten Seidentücher, welche am 9. Februar 1904 18 Seemeilen sädöstlich von Port Arthur zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlagnahmt worden sind, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der genannten Gütter erkannt wird. Gegen dieses Urteil hat der Vertreter des Reklamanten Yu Hoi Ch ou, der Rechtsanwalt 1s hi ba sh i Tom ok ich i, die Berufung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein der Statsanwälte Tsutsuk i Keiroku und Ishiwatari Binichi geprüft worden ist.

Die Berufungspunkte des Prozeßvertreters Ishibashi Tomokichi und deren Begründung sind folgende:

1. Der Verlader der zur Verhandlung stehenden Güter sei der in Hongkong wohnhafte nahrusliseirte englische Staatsuntertan Vu Hoi Cho u, also ein neutraler Staatsangehöriger, der Empfänger Wing Kee in Dalni, ein neutraler Staatsangehöriger in feindlichem Gebiet ansässig. Das Urteil erster Instanz habe dahin erkannt, daß die Güter im Eigentum des Empfängers stünden und daher feindlichen Charakter hätten. Frachtigüter gingen aber erst nach Ankunft im Bestimmungshafen und Ablieferung an den Empfänger in das Eigentum dieses über, und der Absender verliere keineswegs sein Eigentum mit dem Moment der Verschiffung. Der Absender sei Träger der Rechte und Verpflichtungen mit Bezug auf die Frachtgüter, solange dieselben noch nicht im Bestimmungshafen eingetroffen und dem Empfänger abgeliefert

seien. So bestimme zum Beispiel das japanische Handelsgesetzbuch im 8. Abschnitt des 3. Buches und im 3. Abschnitt des 5. Buches, daß im Falle des Untergangs der Güter der Ablader gegen den Reeder Anspruch auf Schadenersatz habe und daß der Empfänger erst nach Empfäng der Güter zur Leistung von Fracht- und sonstigen Kosten verpflichtet sei. Es sei nicht begründet, lediglich weil die vorliegende Sache dem Völkerrecht unterstehe, die angeführten Rechtsbestimmungen umzudrehen. Da nun die zur Verhandlung stehenden Güter während der Reise und che sie dem Empfänger ausgeliefert gewesen, mit Beschlag belegt worden seien, so stehe zweifellos das Eigentlum an denselben noch dem Absenders stehend anzusehen seien, so erwärben sie damit die Eigenschaft neutralen Gutes und seien, weil nicht Kriegskonterbande gemäß Artikel 3 der Pariser Seercektsdeklaration, unzweifelhaft freizugeben.

- 2. Selbst aber wenn man den einen Punkt zugebe, daß die zur Verhandlung stehenden Güter als im Eigentum des Empfängers stehend zu betrachten seien, so müßten sie dennoch als neutrales Gut erachtet werden. Das Urteil erster Instanz habe die Frage nach der Neutralität der Güter nach dem Wohnsitz des Eigentümers entschieden und die Nationalität desselben nicht berücksichtigt; es habe das Domizilprinzip anerkannt und das Nationalitätsprinzip abgelehnt. Reklamant sei aber der Ansicht, daß das Nationalitätsprinzip der Billigkeit entspreche. Denn aus dem Domizilprinzip würde sich die wunderliche Argumentation ergeben. daß ein in Rußland lebender Japaner-als Feind anzuschen sic Wenn auch ein derartig seltsames Prinzip in Europa Kurs haben möge, so sei es doch mit der nationalen Idee des Kaiserreichs Japan nicht in Einklang zu bringen. Es sei daher rechtmäßig, die zur Verhandlung stehenden Güder als neutztel zu betrachten und freizurebern.
- 3. Die zur Verhandlung stehenden G\u00fcter seien am 1. Februar 1904 von dem Reklamanten in Hongkong verschifft worden. Derselbe habe weder damals noch auch zur Zeit der Aufbringung der \u00fc\u00fcter die Kenntnis von dem m\u00f6glichen Einstehen bzw. Bestehen des Kriegszustandes zwischen Japan und Rußland gehabt, so da\u00e4\u00e4n die Kriegszustandes zwischen Japan und Rußland gehabt, so da\u00e4\u00e4n die Verwurf, diesen Transport zur Sch\u00e4digung der Interessen Japans oder Unterst\u00e4tung des Feindes vorgenommen zu haben, nicht gemacht werden k\u00f6nne. Daher k\u00f6nnten die zur Verhandlung stehenden \u00fc\u00e4ten tanch Artikel \u00e5, 23 und \u00f30 der von dem Kongre\u00e5 f\u00fcr internationale Rechtswissenschaft im Jahre 1882 den M\u00e4chten unterbreiteten Seeprisenordnung nicht eingezogen werden. Freilich sei japan diesen Bestimmungen nicht ausdr\u00fcr\u00e4kin beigetreten, aber, da das Volkerrecht \u00fcr\u00e4then unter Anzahl Gelchter aufgestellten und einer Anzahl von Staaten anerkannten

Rechtsregeln die völkerrechtlichen Grundsätze bildeten, so verdienten die erwähnten Bestimmungen alle Beachtung.

4. Da der Krieg ein Verhältnis zwischen den Staaten als solchen begründe, zu dem die Individuen in keiner direkten Beziehung stünden, so müsse für Güter zur See in gleicher Weise wie für die zu Lande der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privatvermögens gelten, woraus sich als logische Folge ergäbe, daß auch das Privatvermögen feindlicher Staatsangehöriger, soweit es nicht Konterbande sei, nicht zum Objekt einer Beschlagnahme gemacht werden dürfe. Reklamant hoffe daher. daß Japan sich nicht nach dem schlechten Vorgange und den eigenmächtig aufgestellten Grundsätzen von Mächten richten werde, welche um Vorteils willen die Rechtslogik verdrehten und verwirrten, sondern daß es zu einer Zeit, wo es gegen den Feind der Humanität und des Weltfriedens kämpfe, neben seiner nationalen Machtentwicklung auch die Förderung von Recht und Vernunft im Auge behalten werde. Daher misse es ietzt seine Größe beweisen, indem es auch für das Privatvermögen zur See den Grundsatz der Unverletzlichkeit zur Ausführung bringe.

Die Erwiderung des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro vom Prisengericht zu Sasebo besagt in den Hauptpunkten folgendes:

Der Reklamant sage in seinem ersten Berufungspunkte, das Urteil eister Instanz habe dahin entschieden, daß das dieselben daher feindliche Gütern dem Empfänger zustehe und daß dieselben daher feindliche Güter seien. Es sei jedoch nicht der Fall, daß das Eigentumsrecht an den Gütern, solange dieselben nicht am Bestimmungsort eingetroffen und dem Empfänger ausgeliefert seien, auf diesen übergehe und der Absender das Eigentum an ihnen verliere usse.

Demgegenüber macht der Staatsanwalt geltend: Nach dem zurzeit von den Mächten anerkannten öffentlichen Völkerrecht liege die Gefahr des Transports von gewöhnlichen Handelswaren dem Empfänger ob, und mit dem Zeitpunkt, wann die Waren in die Hände des Seeverfrachters ausgeliefert seien, würden sie Eigentum des Empfängers, In Friedenszeiten beachte man mit Bezug auf Güter zur See wohl eine Übereinkunft der Beteiligten, aber in Kriegszeiten erkenne man ihre besonderen Abmachungen nicht an, sondern erkläre für einen feindlichen Empfänger bestimmte Güter für feindlich. Ebenso würden im umgekehrten Fall, wo der Empfänger der Güter ein neutraler Staatsangehöriger sei, wenn auch das Eigentum tatsächlich nicht dem feindlichen Absender zustehe, die Güter doch für feindliche angesehen, sofern nicht der Beweis geführt würde, daß bereits völliger Eigentumswechsel eingetreten sei und daß dem Verkäufer mit Bezug auf die Waren keinerlei Bedingungen und Rechte zustünden. Da bezüglich von Gütern auf feindlichem Schiff vermutet würde, daß sie feindlich seien, so liege der Gegenbeweis dem Eigentümer ob. Da der Empfänger im vorliegenden Fall, wo er ein im Feindesgebiet ansässiger neutraler Staatsangehöriger sei, der dort ein Handelsgewerbe betreibe, so sei es unter Zugrundelegung des von Japan angenommenen Prinzips der dauernden Niederlassung 3) bei Bestimmung der Landeszugehörigkeit desselben klar, daß er als Feind zu betrachten sei. Unbestreibar seien daher auch die Gütter feindlich.

In Punkt 2 erkläre der Reklamant, es vertrage sich nicht mit der nationalen Idee des Kaiserreichs Japan, daß dasselbe das Domizilprinzip bei der Bestimmung der Nationalität von Gütern angenommen habe. Diese Argumentation des Reklamanten sei grundlos, denn angenommen, ein Eigentümer von Gütern habe seinen dauernden Wohnsitz im Feindesland, so seien die Güter eine Vermögensquelle für den feindlichen Stat und würden unter dem Schutz und der Verwaltung der feindlichen Regierung zu einem Teil der Einnahme derselben und somit zu Materia für den Kriegsgebrauch. Da auch solche Güter im Bedarfsfalle der Requisition der feindlichen Regierung unterstünden, so müsse man sie natüfich als feindliche ansehen.

Im Punkt 3 mache der Reklamant geltend, daß zur Zeit der Verschiffung die Kriegseröffnung nicht habe vorausgesehen werden können und daß selbst bei der Aufbringung die Tatsache des Bestehens des Kriegszustandes nicht bekannt gewesen sei. Daher seien nach der von dem Kongreß von Völkerrechtsgelchten in Turin beschlossenen Seeprisenordnung die zur Verhandlung stehenden Güter freizugeben.

Die Bedeutung dieses Beschlusses des Gelehrtenkongresses geht, so erwidert der Staatsanwalt, jedoch über die eines von demselben geäußerten Wunsches nicht hinaus, und da derselbe nicht als allgemeine Gewohnheit des jetzt geltenden Völkerrechts angesehen werden könne, so brauche er nicht befolgt zu werden. Vielmehr seien Güter, wie die zur Verhandlung stehenden, nämlich feindliche Güter auf feindlichen Schiff, entsprechend der Pariers Eserechsteklaration einzuziehen.

Was Punkt 4 der Berufung angehe, so behandele er eine Streitfrage, die mit der vorliegenden Sache in keinem direkten Zusammenhang stehe und eine Erwiderung auf denselben sei daher nicht nötig.

Es werde daher die Abweisung der vorliegenden Berufung beantragt.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind von Yu Hoi Chou in Hongkong auf dem der russisch-ostsatischen Dampfergesellschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" an Wing Kee im russischen Pachtgebiet Dalni verschifft und abgeschickt worden. Auf der Reise wurden sie am 9. Februar 1904, also nach Eröffnung des Krieges zwischen

<sup>5)</sup> V. § 4.

Japan und Rußland, 18 Seemeilen südöstlich von Port Arthur, zusammen mit dem genannten Schiff von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" mit Beschlag belegt.

Es ist völkerrechtliche Praxis, Gütern, welche zu Kriegszeiten von Personen, die in neutralem Lande wohnen, an einen im seindlichen Gebiet ansässigen Empfänger auf feindlichem Schiff versandt werden, eindlichen Charakter beizulegen und ihre Einziehung zu gestatten. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies der Logik der Verhältnisse enkaricht.

Der Prozeßvertreter der Berufung sagt in seinem ersten Punkt, die zur Verhandtung stehenden Güter stünden im Eigentum des Absenders Yu Hoi Chou in Hongkong. Da dieser Absender eine neutrale Person sei, so trügen die zur Verhandlung stehenden Güter neutralen Charakter und könnten nicht eingezogen werden. Dieser Punkt der Berufung ist aber aus sein oben ausgeführten Gründen nicht hatbar.

Im Punkt 2 macht der Berufungsreklamant geltend, auch wenn man die zur Verhandlung stehenden Güter als Im Eigentum des Empfängers Wing Kee in Dalni stehend erkläre, so seien sie doch neutral, da der genannte Wing Kee ein neutraler Staatsuntertan sei. Denne ses ein upgrechtletrigt, wenn das Prisengericht zu Sasebo als Norm für die Bestimmung der Landeszugehörigkeit der Güter das Nationalitätsprinzip rewerfe und das Domizipfrinzip anerkenne.

Nach völkerrechtlicher Praxis kann jedoch bei der Bestimmung der Landeszugehörigkeit von Gütern das Domizilprinzip zur Anwendung kommen, und das Oberprisengericht steht auf dem Standpunkt, daß dies den Verhältnissen in vernünftiger Weise Rechnung trägt. Daher ist Punkt 2 der Berufung unbegründet.

Punkt 3 der Berufung besagt, daß die Güter vor der Kriegsröffungu verschifft worden seien, daß die Absender weder zur Zeit der Verschiffung noch zur Zeit der Aufbringung von dem möglichen beziehungsweise erfolgten Eintreten des Kriegszustandes zwischen Japan und Rußland Kenntnis gehabt habe; daß die Verschiffung weder zum Nutzen des Feindes noch in der Absicht, Japan zu schädigen, geschehen sei und daß die Güter deshalb der Einziehung nicht unterliegen könnten.

Nach Völkerrechtsbrauch ist aber darin, daß die Güter vor der Kriegseröffnung verladen worden sind, daß der Kapitän oder die Absender von der Kriegseröffnung keine Kennthis haben, daß die Verschiffung der Güter ohne Absicht der Unterstützung des Feindes und der Schädigung des anderen Teils geschehen ist, kein Grund zu sehen, weshalb Güter mit feindlichem Charakter der Aufbringung entgehen sollten Daher ist auch Punkt 3 der Berufung grundlos.

Punkt 4 der Berufungsgründe trägt eine wissenschaftliche Theorie

vor, die indes bis jetzt keine Bestimmung des Völkerrechts ist, und damit fällt auch dieser Punkt der Berufung hin.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 17. Januar 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der deutsche Reichsangehörige E. Tillmanns, Chef der Firma E. Tillmanns & Co. in St. Petersburg.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Nagasakı. Togiyamachi Nr. 41.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Manchuria" verladenen 84 Kisten Lampen und Zubehör, 6 Billards mit zugehörigen Schieferplatten und 693 eiseme Wasserleitungsrohre werden eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Die auf dem der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" verladenen, zur Verhandlung stehenden Güter, nämlich Lampen und Zubehör, Billards und zugehörige Schieferplatten und eiserne Wasserleitungsrohre wurden auf der Reise nach dem russischen Pachthafen Port Arthur am 9. Februar 1904 auf der Höbe von Port Arthur zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich japanischen Kriegeschiff "Tatsuta" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die schriftliche Aussage des Stellvertreters des Kommandanten des beschlagnehmenden Schiffs, Kapitänleutnants Kjhara Seiske, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns K. Prahl und des 1. Offiziers O. Tampio, das Schiffsjournal, das Ladeverzeichnis der "Manchuria" und die Aussagen des Prozeßvertreters.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Prozeßvertreters sind . folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter stünden im Eigentum eines Angehörigen des neutralen deutschen Reichs und könnten, da sie nicht als Konterbande anzusehen seien, nach der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 und nach der Japanischen Prisenordnung nicht eingezogen werden.

Selbst aber angenommen, die Güter seien nicht neutral, so müßten sie doch, weil sie vor der Kriegseröffnung verschifft worden und in Unkenntnis von der Kriegseröffnung nicht für Zwecke des Feindes besimmt gewesen seien, auch nicht zum direkten Kriegsgebrauch des Feindes hätten dienen können, nach Ansicht des internationalen Völkerteibkkongresses vom Jahre 1882 freigegeben werden.

Auch stünden die modernen Völkerrechtsgelehrten auf dem Standpulck, daß das Privatvermögen zur See in gleicher Weise wie das zu lande für unverletzlich erklärt werden misses. Reklamant hoffe, daß dieser Grundsatz in Anwendung gesetzt würde und daß die Freigabe der zur Verhandlumg sehenden Güter erfolge.

Die Ansicht des Staatsanwalts geht im wesentlichen dahin, daß die Ausführungen des Prozeßvertreters sämtlich unbegründet und die zur Verhandlung stehenden Güter einzuziehen seien.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es steht nach dem Völkerrecht außer Zweifel, daß die Frage, ob ölter feindlich sind oder nicht, sich ungeachtet der Nationalität des Eigentümers nach dessen Wohnsitz bestimmt.<sup>1</sup>) Es bedarf daher keiner weiteren Erörterungen über den feindlichen Charakter der zur Verhandlung stehenden Güter.

Von der Pariser Seerechtsdeklaration und der japanischen Prisenordnung wird aber in gleicher Weise ausgesprochen, daß feindliche Güter auf feindlichem Schiff, gleichgültig ob sie Konterbande sind oder nicht, einzuziehen sind.

Die des weiteren von dem Reklamanten angezogenen Ansichten eines internationalen Völkerrechtskongresses und der modernen Völkerrechtsgelehrten haben lediglich den Wert von Privatmeinungen, die man nicht als Grundsätze des Völkerrechts ansehen kann.

Da somit keinerlei Gründe für die Freigabe der zur Verhandlung stehenden Güter vorliegen, wird wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 28. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

# (Unterschriften.)

Reklamant: Der deutsche Reichsangehörige E. Tillmanns, Inhaber der Firma E. Tillmanns & Co. in St. Petersburg, Admiralitätsquai Nr. 6.

<sup>&#</sup>x27;) V. §§ 8, 3 und 4.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

Am 28. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in Sachen der an Bord des am 9. Februar 1904, 18 Seemeilen sudöstlich von Port Arthur, von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlagnahmten russischen Dampfers "Manchurfa" verschifften 84 Kisten Lampen mit Zubehör, 6 Kisten Billards mit Schieferplatten und 693 Wasserleitungsrohre ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung dieser Güter erkannt wird. Gegen dieses Urteil hatt der Rechtsanwalt Ishi-bashi Tomokichi als Prozeßvertreter des Reklamanten E. Tillmanns Berufung eingelegt. Diese Berufung ist im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binich i gerüft worden.

Die Hauptberufungspunkte des Prozeßvertreters Ishibashi Tomokichi sind folgende:

1. Der Verschiffer der zur Verhandlung stehenden Güter sei der in Rußland ansässige deutsche Reichsangehörige E. Tillmanns, also ein neutraler Staatsangehöriger. Der Empfänger sei die Filiale des Verschiffers in Port Arthur, ebenfalls von neutraler Nationalität. Das Urteil erster Instanz habe die Frage, ob die Güter feindlich oder neutral seien, ohne die Nationalität des Eigentümers zu berücksichtigen, nach dem Wohnsitz desselben entschieden. Reklamant sehe den Grund nicht ein, weshalb man das Nationalitätsprinzip zugunsten des Domizilprinzips aufgeben solle, er sei vielmehr der Ansicht, daß es billiger sei, die Frage der Neutralität von Gütern nach dem Nationalitätsprinzip zu entscheiden. Denn für die Handlungen von Angehörigen der feindlichen Nation sei die Liebe zum Vaterland und der Haß gegen den Feind bestimmend ganz anders wie bei einem Neutralen, für dessen Verhalten daher auch ein ganz anderer Maßstab angelegt werden müsse. Wenn man die Domiziltheorie anerkenne, so könne der wunderliche Fall eintreten, daß ein in Rußland ansässiger Japaner als Angehöriger des feindlichen Staats behandelt würde, was mit der nationalen Idee des Kaiserreichs Japan nicht in Einklang gebracht werden könne. Da daher die fraglichen Güter, gleichviel ob sie Eigentum des Verschiffers oder des Empfängers seien, neutrale Waren seien, so müßten sie, weil keine Kriegskonterbande, nach Artikel 3 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 freigegeben werden.

2. Die zur Verhandlung stehenden Güter seien Ende des Jahres 1003 verladen worden, und der Reklamant habe weder damals noch auch zur Zeit der Aufbringung irgendwelche Kenntnis von dem möglichen Enistehen beziehungsweise dem Bestehen des Kriegszustandes zwischen Japan und Rußland gehabt, so daß ihm der Vorwurf, er habe diesen Transport zur Schädigung der Interessen Japans und Unterstützung des Feindes vorgenommen, unmöglich gemacht werden könne. Daher seien

die Güter nach Artikel 6, 23 und 30 der von dem Kongreß für internationale Rechtswissenschaft im Jahre 1882 den Mächten unterbreiteten Prisenordnung freizugeben. Freilich sei Japan diesen Bestimmungen nicht ausstrücklich beigetreten, aber, da das Völkerrecht überhaupt keine bestimmte gesetzliche Formulierung besitze, vielmehr die von einer Anzahl Gelehrter aufgestellten und von einer Anzahl von Staaten anerkannten Rechtsregeln die völkerrechtlichen Grundsätze bildeten, so wedienten die erwähnten Bestimmungen alle Beachtung.

3. Da der Krieg ein Verhältnis zwischen den Staaten als solchen begründe, zu dem die Individuen in keiner direkten Beziehung stünden, so müsse für Güter zur See in gleicher Weise wie für die zu Lande der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privatvermögens gelten, woraus sich als logische Folge ergebe, daß auch das Privatvermögen feindlicher Staatsangehöriger, soweit es sich nicht um Konterbande handele, nicht zum Objekt einer Beschlagnahme gemacht werden dürfe. Reklamant hoffe daher, daß Japan sich nicht nach dem schlechten Vorgange und den eigenmächtig aufgestellten Grundsätzen von Mächten richten werde, welche um Vorteils willen die Rechtslogik verdrehten und verwirrten. sondern daß es zu einer Zeit, wo es gegen den Feind der Humanität und des Weltfriedens kämpfe, neben seiner nationalen Machtentwicklung auch die Förderung von Recht und Vernunft im Auge haben werde. Daher müsse es jetzt seine Größe beweisen, indem es auch für das Privatvermögen zur See den Grundsatz der Unverletzlichkeit zur Ausführung bringe.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts Vamamoto Tatsurokuro vom Sasebo-Prisengericht sind folgende:

Der Prozeßvertreter erkläre das Ürteil erster Instanz für ungerechtfreigt, weil dasselbe das Nationalitätsprinzip verworfen und das Domizilprinzip angenommen habe. Zur Zeit der Verschiffung der Güter sei
der Krieg noch nicht eröffnet gewesen, und auch zur Zeit der Aufbringung habe der Verschiffer von dem Bestehen des Kriegszustands
noch nichts gewußt. Privatvermögen zur See sei in gleicher Weise
wie solches zu Lande für unverletzlich zu erachten.

Wenn man indes die unter den zivilisierten Mächten bestehenden völkerrechtlichen Bestimmungen und Gebräuche prüfe, so ergebe sich die Haltlosigkeit dieser Ausführungen des Reklamanten.

Die weitere Behauptung des Reklamanten, daß, wenn unn die Landeszugehörigkeit von Gütern nach der Domizillteorie bestimme, der wunderliche, mit dem nationalen Gedanken des Kaiserreiches Japan unvereinbare Fall eintreten könne, daß ein in Rußland ansässiger Japaner als Angehöriger des feindlichen Staates behandelt werden würde, sei kölglich eine Privatansicht des Vertreters des Reklamanten, die kaum anderweitig Anhänger finden dürfte. So sei es völlig unhaltbar, in einem Falle, wo die Güter unzweifelhaft feindlich seien, ihnen die Neutralität zusprechen und auf Grund der Pariser Deklaration vom Jahre 1856 ihre Freilassung fordem zu wollen. In Fällen, wo feindliche Güter auf feindlichem Schiff verladen seien, sei es durch-aus nur die Realisierung ihres Rechts als kriegsführender Staat, wenn die eine oder andere der kämpfenden Parteien, gleichviel ob der Kriegszustand bekannt sei, gleichviel auch, ob es sich um Kriegskonterbande handele oder nicht, derartige Güter beschagnahme.

Daher müsse die Berufung abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird folgendermaßen begründet:

Die zur Verhandlung stehenden Güter wurden von E. Tillmanns & Co. in St. Petersburg auf dem der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" an die in dem russischen Pachthafen Port Arthur bestehende Filiale des Verschiffers geschickt und am 9. Februar 1904, also nach Eröffnung des Kriegs zwischen Japan und Rußland, auf der Reise 18 Seemeilen südöstlich von Port Arthur auf offener See zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Tastuta" beschlagnahant.

Es ist völkerrechtliche Praxis, Gütern, welche zu Kriegszeiten von Personen, die in neutralen Lande wohnen, an einen im felmlichen Gebeit ansässigen Empfänger versandt werden, feindlichen Charakter beizulegen und ihre Einziehung zu gestatten. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Latsächlichen Verhältnissen gerecht wird.

Im Punkt 1 seiner Berufung sagt der Prozeßvertreter, der Verschiffer der zur Verhandlung stehenden Güter sei der in Rußland ansässige deutsche Reichsangehörige E. Till manns, also ein Angehörige eines neutralen Staats. Neutral sei gleichfalls der Empfänger der Güter in Port Arthur, nämlich die Filiale des Verschiffers, und das Saseborrisengericht habe zu Unrecht geurteilt, indem es bei Bestimmung der Landeszugehörigkeit der Güter nicht das Nationalitätsprinzip, sonden das Domizilprinzip als Norm aufstelle.

Das Öberprisengericht ist jedoch der Ansicht, daß die durch die völkerrechtliche Praxis anerkannte Berechtigung, die Landeszugehörigkeit von Gütern nach dem Domizilprinzip zu entscheiden, dem diesen Verhältnissen zugrundeliegenden Gedanken am besten entspricht, und verwirft daher den ersten Punkt der Bertrüfen.

In Punkt 2 der Berufung sägt der Reklamant, die zur Verhandlung stehenden Göter seien vor der Kriegszeit verladen worden und der Verschiffer habe weder damals noch auch zur Zeit der Aufbringung derselben irgendwelche Kenntnis von dem möglichen Entstehen, bezw. dem Bestehen des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland gehabt, so daß ihm der Vorwurf, er habe diesen Transport zur Schädigung der Interessen Japans und zur Unterstützung des Feindes vorgenommen, unmöglich ge-

macht werden könne. Daher könnten die Güter nicht eingezogen werden.

Die Völkerrechtspraxis erkennt aber in der Tatsache, daß die Verschiffung von Güttern vor der Kriegszeit erfolgt ist, daß weder der Kapitän noch der Verschiffung von der Eröffnung des Kriegs Kenntnis halten, daß die Verschiffung nicht in der Absicht geschehen ist, dem einen der kriegführenden Staaten zu schaden und dem anderen zu hellen, keinen Grund, feindliche Güter von der Beschlagnahme auszunehmen. Daher ist Punkt 2 den Berufung unbegründet.

Punkt 3 der Berufungsgründe trägt eine wissenschaftliche Theorie vor, die bis jetzt nicht als Bestimmung des Völkerrechts angesehen werden kann, und damit fällt Punkt 3 der Berufung hin.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Im Oberprisengericht am 17. Januar 1905.

Reklamant: Der deutsche Reichsangehörige Henry Schmidt, wohnhaft in Hamburg.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Akao Hikosaku, Yokohama, Motohamacho shichome Nr. 46.

In Sachen der Reklamation von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Die Reklamation wird abgewiesen.

# Tatbestand und Gründe:

Der Vertreter der Reklamation behauptet, von dem Reklamanten bevolmächtigt zu sein, die Freigabe der in Frage stehenden 375 Kisten Ceylon Tee zu betreiben. Er hat jedoch keine formgerechte Vollmacht eingereicht, sondern lediglich eine telegraphische Vollmacht beigebracht. Das Prisengericht hat danach, weil diese telegraphische Vollmacht beigebracht ausreichend ist, angeordnet, daß der Vertreter eine schriftliche formgerechte Vollmacht zur Ergänzung beschafte. Der Vertreter zeigte sich damit einwerstanden, bat um eine angemessene Fristverlängerung und diesem Antrag wurde stattgegeben. Die festgesetzte Frist lief jedoch ab, ohne daß der Vertreter der Reklamation die Vollmacht eingereicht hätte. Dagegen stellte er die Behauptung auf, daß, weil die Prisengerichtsordnung bezüglich der Form der Proze®vollmacht keinerlei Vorschriften enthalte, die Bestimmungen des Zivilrechts anzuwenden seien und daß nach diesen für die Vollmacht die einfache Willenserklärung ausreichend

sei. Er beantrage daher, daß die bereits eingereichte telegraphische Vollmacht für gesetzmäßig anerkannt werde.

Die Ansicht des Staatsanwalts geht im wesentlichen dahin, da der Prozeßvertreter eine formgerechte Vollmacht nicht beigebracht habe, sei er kein gesetzmäßiger Vertreter. Demnach sei seine Reklamation unwirksam und der vorliegende Fall bedürfe keiner weiteren Prüfung, denn eine Reklamation sei überhaupt nicht entstanden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Da in § 20 der Prisengerichtsordnung!) bestimmt ist, daß das Prisengericht über das Verfahren vor demselben Anordnungen treffen kann, und das unterzeichnete Prisengericht bestimmt hat, daß die Bevollmächtigung für die Vertretung einer Reklamation vermittels einer formgerechten schriftlichen Urkunde zu gesehehen hat, widrigenfalls sie kraftlos ist, so ist es unbestreitbar, daß diese Bestimmung zu befolgen war.

Der Vertreter der Reklamation behauptet, daß die Seegeridtsordnung bezüglich der Form der Vertretungsvollmacht keinerlei Bestimmungen tretfe, und daß daher die einfache Willenserklärung, welche
das Zivilrecht anerkenne, ausreichend sei. Wenn sich aber auch die
Rechtsverhältnisse einer Vollmacht nach dem Zivilgesetzbuch entscheiden,
so kann man doch nicht behaupten, daß ein für allemal Formvorschriften
zur Verlautbarung der vollmachtlichen Rechtsverhältnisse überflüssig
seien.

Obwohl nun das Prisengericht nach Maßgabe der von ihm aufgestellten Bestimmungen eine formgerechte schriftliche Vollmacht für unerläßlich erklärte und zur Nachlieferung einer solchen eine angemessen Fristverlängerung bewilligte, hat der Vertreter der Reklamation die Vollmacht während der festgesetzten Frist nicht beigebracht, und er kann daher von dem Prisengericht nicht als zur Vertretung des Reklamanten befugt anerkannt werden. Die vorgebrachte Reklamation ist daher, wei von einer unbefugten Person erhoben, nicht dem Gesetz entsprechend. Da so die Reklamation nicht dem Gesetz entsprechend.

es sich, den von ihr betroffenen Fall weiter zu prüfen. Die Reklamation ist daher abzuweisen und es wird wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 31. Mai 1904 im Sasebo-Prisengericht im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Henry Schmidt, deutscher Reichsangehöriger, wohnhaft in Hamburg. Deutschland.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt A ka o Hikosaku, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Motochamacho shichichome Nr. 46.

Am 31. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in Sachen der eshiften 375 Kisten Ceylon-Tee, welche am 9. Februar 1904 18 Seemelken 3döstlich von Port Arthur von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff, Zatsuds "beschlagmahnt worden sind, ein Urteil gefäll, in welchem die betreffende Reklamation abgewiesen wurde. Gegen dieses Urteil hat der Vertreter des Reklamanten Henry Schmidt, der Rechtsamwalt Akae Hikosaku, die Berufung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binich ig geröft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Prozeßvertreters des Reklamanten Akao Hikosaku und deren Gründe sind folgende:

Der Prozeßvertreter habe als Beweisurkunde für seine Vertretungsbefügnis ein von der japanischen Behörde beglaubigtes Telegramm an das Prisengericht in Sasebo eingeschickt. Obwohl aber aus diesem seine Vertretungsbefügnis klar hervorgehe, habe das genannte Prisengericht es nicht für eine beweiskräfige Urkunde anerkannt und nach mehreren Verhandlungsterminen das nicht zu rechtfertigende Urteil gefällt, daß die Reklamation abzuweisen sei.

In dem Verhandlungstermin am 6. Mai 1904 habe das Prisengericht erster Instanz dem Prozeßvertreter aufgelegt, bis zum 26. Mai seine Prozeßveilmacht zu ergänzen. Da aber ein einmaliger Briefwechselt zwischen dem Reklamanten und dem Prozeßvertreter mindestens 80 Tage in Anspruch nehme, und selbst, wenn er die Obersendung der Vollmacht telegraphisch erbeten hätte, hierzu über 40 Tage nötig wären, so habe er, weil er nicht imstande gewesen wäre, während der verlängerten Frist die Vollmacht beizubringen, aufs neue um Fristverlängerung gebeten. Das Prisengericht erster Instanz habe indessen diesem Antrag nicht stattgegeben, und so sei es, dadurch daß das Prisengericht eine dem Prozeßvertreter unmögliche Handlung angeordnet habe, zur Abweisung der Reklamation gekommen.

Nach § 643 des japanischen Zivligesetzbuchs bestehe ein Auftrag, wenn ein Teil einem anderen die Besorgung eines Rechtsgeschäfts übertrage und der andere die Besorgung übernehme. Wenn also der Reklamant den Vertreter telegraphisch beauftragt habe, die Freigabe der 375 Kisten Tee zu beantragen, und der Vertreter die Besorgung dieses Geschäfts übernehme und mit der Reklamation bereits begonnen hase, so müsse behauptet werden, daß die gesamten Vertretungsbefugnisse nunmehr dem Vertreter zustünden.

Obwohl § 17 der Prisengerichtsordnung die Formalitäten der Reklamation regele, sei doch nichts über die Beurkundung der Befugnisse eines Prozeßvertreters gesagt. Es sei daher unfraglich, daß dieselbe ebensowohl telegraphisch als durch sonstige Schriftstücke geschehen könne. Die Art der Beurkundung der Vertretungsbefugnis habe mit dem Prisenverfahren nichts zu tun. Das Prisengericht zu Sasebo habe aber erklärt, daß die Art der Beurkundung der Vollmacht mit dem Prisenverfahren im Zusammenhang stehe, und habe, obwohl die bestehenden Gesetze Formvorschriften für die Vollmacht nicht enthielten und daher eine nur telegraphische Vollmacht kein Hindernis darstelle, dahin entschieden, daß es einer formgerechten Vollmacht bedürfe. Da aber in der Entscheidung nicht klar gesagt sei, was diese sogenannte formgerechte Vollmacht sei, könne er dies nicht mit Sicherhelt wissen. Wenn man Unterschrift und Siegel des Reklamanten verlange, so wäre das Resultat, daß der Vertreter, weil der Reklamant ein Siegel nicht führe, überhaupt eine Reklamation nicht erheben könne, was doch wohl ein gar zu ungerechter Schluß sei.

Daher werde Aufhebung des Urteils des Prisengerichts von Sascho und Freigabe der dem Reklamanten gehörigen 375 Kisten Ceylon-Tee beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro vom Prisengericht in Sasebo sind folgende:

Es sei zweifellos richtig, daß die Vollmacht sich in ihren rechtlichen Beziehungen nach dem Zivilrecht richte. Daraus aber, daß das Zivilgesetzbuch keine Formvorschriften für eine Prozeßvertretung wie die vorliegende enthalte, könne man doch nicht ableiten, daß die einfache Willenserklärung dafür genüge. Derartige Formvorschriften bezögen sich auf das Verfahren, und es sei unbestreitbar, daß in Zivilsachen die Vorschriften der Zivilprozeßordnung zu befolgen seien. Gerade wie daher eine dem Artikel 64 der ZivilprozeBordnung nicht entsprechende Vollmacht ungültig sei, so sei die vorliegende Reklamation ohne Gültigkeit, weil der Prozeßvertreter das vorgeschriebene Prisenverfahren nicht beobachtet habe. Bezüglich von Prisensachen bestimme § 16, Absatz 2 der Prisengerichtsordnung, daß innerhalb einer Frist von 30 Tagen reklamiert werden könne; § 17. Absatz 2. daß Reklamanten sich nur durch japanische Rechtsanwälte vertreten lassen könnten; § 20, daß über weitere, das Verhandlungsverfahren betreffende Punkte, die in dem vorstehenden Artikel nicht erwähnt seien, das Prisengericht Bestimmung treffe. Daraufhin habe das Prisengericht zu Sasebo, als der Fall zuerst aufgetreten sei, bestimmt, daß in gleicher Weise, wie im Zivilprozeß, schriftliche Vollmacht erforderlich sein solle. In Fällen, wo sich die Reklamanten in einem fernen Orte befunden hätten, sei, wenn die Beibringung der vorgeschriebenen schriftlichen Vollmacht innerhalb der Frist nicht möglich gewesen sei, zunächst auf Grund einer telegraphischen Vollmacht sowohl die Reklamation erhoben als auch die mündliche Verhandlung vorgenommen. Es sei indes von den Reklamanten nachträgliche Ergänzung der Vollmacht durch eine formgerechte schriftliche Urkunde verlangt worden, und alle Prozeßvertreter hätten auf Grund dieses Verfahrens ihr Urteil erhalten. Nur der Vertreter des vorliegenden Falls, Akao Hikosaku, behaupte, nachdem ihm eine ausreichende Fristverlängerung gewährt worden sei und die schriftliche Vollmacht durch sein eigenes Verschulden nicht rechtzeitig eingetroffen sei, daß die Prisenvorschriften eine bestimmte Form für die Vollmacht nicht vorschrieben und daß mit einem Telegramm dem Erforderlichen genügt sei. In gewissem Sinne sei freilich ein Telegramm auch eine Urkunde und man könne sagen, daß eine telegraphische Vollmacht auch eine schriftliche Vollmacht sei. Aber es sei eine allgemeine Regel, daß derartige Urkunden eigenhändig gezeichnet oder gesiegelt sein müßten. Daher sei es unbestreitbar, daß ein Telegramm, welches alles dies entbehre, eine Urkunde in diesem Sinne nicht darstelle. Die in dem Urteil erster Instanz ausgesprochene Abweisung der Reklamation. weil ein Beweisdokument für die Vertretungsbefugnis nicht vorgebracht worden sei, die Reklamation daher den gesetzlichen Vorschriften nicht entspreche, sei daher zu Recht geschehen, und die dem Urteil gemachten Vorwürfe seien durchaus unbegründet,

Die Berufung müsse daher abgewiesen werden.

Prisengerichtsentscheidungen: "Manchuria".

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der Prozeswerteter A kao H ik o sa ku hat, wie aus den Akten hervorgeht, seine Vertretungsbefugnis lediglich durch eine von dem Postamt in Yokohama beglaubigte Telegrammabschrift bewiesen, und, da er der Anordnung des Prisengerichts erster Instanz, seine Vertretungsbefugnis in schriftlicher Beglaubigung beizuhringen, nicht nachgekommen ist, so ist ein Urteil auf Abweisung der Reklamation ergangen. Hierbei ist auf Grund von § 20 der Prisengerichtsordnung lediglich ein Grundsatz angewandt worden, welcher eine charakteristische und für die betreffenden Behörden beim Verfahren unbedingt zu beobachtende Vorschrift aller Prozesbordnungen ist.

Das Prisengericht zu Sasebo hat vor Fällung des Urteils der telegraphischen Vollmacht die Anerkennung verweigert und unter Zugrundelegung des obengenannten, für die Vollmacht maßegehenden Paragraphen eine bestimmte Frist vorgeschrieben und die Ergänzung der telegraphischen Vollmacht durch eine schriftliche Urkunde angeordnet. Wenn der Prozeßwertreter behaupten wollte, daß seine Reklamation den gesetzlichen Vorschriften entspreche, so hätte er innerhalb der vom Prisengericht vorgeschriebenen Frist sich nach dem von demselben vorgeschriebenen Verfahren richten und die Vertretungs-betuggist durch eine

schriftliche Urkunde beweisen müssen. Da das Prisengericht bei Erläd dieser Ansrchung durchaus befugt war, eine seiner Ansicht nach angemessene Frist zu stellen, so durfte der Prozeßverreter von dieser Frist nicht abweichen. Es ist unmöglich zu bestreiten, daß die Vorschriften über den Beweis der Vertretungsbefugnis einen Teil des Prozeßverchts in Prisensachen bilden müssen, da dieselben für die Frage, ob die Reklamation zu Recht besteht, von entscheidender Wichtigkeit sind.

Aus diesen Gründen kann weder die Behauptung des Prozebvertreters, daß das Gericht erster Instanz ihm durch Festsetzung der Frist etwas Unmögliches auferlegt habe, noch auch die, daß durch das Telegramm zwischen ihm und dem Reklamanten das Vollmachtsverhältnis tatsächlich begründet sei, als stichhaltig anerkannt werden.

Die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, daß der Reklamant sich bei Erhebung der Reklamation nicht an die Prozeßvorschriften gehalten habe, und die damit begründete Abweisung der Reklamation ist daher zu Recht getroffen, und es wird, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 7. Januar 1905 im Oberprisengericht,

Reklamant: Der chinesische Staatsuntertan An Wo Tai in Hongkong.

Hongkong.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ikoma Takehiko, Nagasaki,
Higashifurukawamachi.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Manchuria" verladenen 200 Säcke Chinareis und 1 Kiste Kleidungsstücke werden eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter wurden in Hongkong auf dem russischen Dampfer "Manchuria" verladen, die 200 Säcke Chinareis mit Bestimmung nach Wladiwostok, die eine Kiste Kleidungsstücke mit Bestimmung nach dem russischen Pachtgebiet Dalni. Am 9. Februar 1904 wurden sie auf der Höhe von Port Arthur zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschägnahmt.

Die Tatsachen sind von dem Vertreter des Reklamanten anerkannt und werden außerdem bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten des beschlagnehmenden Schiffs, Kapitänleutnants Ki hara Seiske, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns K. Prahl und des 1. Offiziers O. Tampio, das Tagebuch, das Ladungsverzeichnis und die Konnossemente vom Dampfer "Manchuria".

- Die Hauptpunkte der Ausführungen des Prozeßvertreters sind folgende:
- 1. Da die Wissenschaft auf dem Standpunkt stehe, daß das Privatvermögen zur See wie solches zu Lande unverletzlich sein müsse, so m
  üßten die zur Verhandlung stehenden G
  üter in Befolgung dieses Grundsatzes freigegeben werden.
- 2. Nach der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 könnten neutzle Güter auf feindlichem Schiff, sofern sie nicht Konterbande seien, nicht beschlagnahmt werden. Die zur Verhandlung stehenden Güter seien vor Eröffnung des Krieges von einem neutzalen Absender an einen neutzalen Empfänger versandt worden und seien nicht Konterbande. Da der unter den Gütern befindliche Reis nur als Nahrung für Chinesen diene, und auch die Kleidungsstücke lediglich für den Gebrauch des vorübergehend in Dahin aufenthältlichen chinesischen Eigentimers bestimmt seien, so sei es klar, daß die zur Verhandlung stehenden Güter nicht zum Krüegsgebrauch des Feindes verwandt werden könnten. Es werde daher die Freigabe der Güter beatragt.

Die Ansicht des Staatsanwalts geht in der Hauptsache dahin, daß die zur Verhandlung stehenden Güter, da sie für Empfänger, die im Feindesland wohnhaft seien, bestimmt gewesen, als diesen gehörig und daher als feindlich zu erachten seien.

Es werde daher ihre Einziehung beantragt. Das Gericht ist folgender Ansicht:

Nach den Bestimmungen und der Praxis des gegenwärtigen Völkerrechts kann feindliches Out auf feindlichem Schiff, ob Konterbande oder nicht, ob vor dem Kriege verschifft oder nicht, ob für den Kriegsgebrauch des Feindes dienlich oder nicht, beschlagnahmt werden, und die Frage, ob Otter feindlich sind oder nicht, bestimmt sich nach dem Wohnsitz des Eigentümers. nicht nach dessen Nationalität. 1)

Ferner wird bezüglich von Gütern, die von einem Absender in neutralem Gebiet an einen Empfänger im feindlichen Gebiet abgeschiekt sind, angenommen, daß dieselben in das Eigentum des Empfängers übergegangen sind. Wenn der Interessent das Gegenteil geltend machen will, so liegt him der Gegenbeweis ob.

Da nun von den zur Verhandlung stehenden Gütern die 200 Säcke Reis an einen Empfänger in Wladiwostok, die 1 Kiste Kleidungsstücke an einen Empfänger in dem als Feindesland zu betrachtenden

<sup>1)</sup> V. §§ 8, 3 und 4.

Pachtgebiet Dalni versandt worden sind und der Prozeßvertreter de Reklamanten für seine Behauptung, die Güter stünden im Eigentum des neutralen Absenders, nicht den geringsten Beweis erbracht hat, so kann diese Behauptung nicht anerkannt werden, und die zur Verhandlung stehenden Güter unterliegen in Gemäßheit der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 als feindliche Güter auf feindlichem Schiff der Einziehung. <sup>5</sup>

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

### (Unterschriften.)

Reklamant: Der in Hongkong wohnhafte chinesische Staatsuntertan An Wo Tai.

**Prozeßvertreter:** Rechtsanwalt Ikoma Takehiko, Nagasaki, Higashifurukawamachi.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in Sachen der auf dem russischen Dampfer, "Manchuria", weicher am 9. Februar 1904 18 Seemeilen südöstlich von Port Arthur von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlagnahmt worden ist, verschifften 200 Säcke Reis und 1 Kiste Kleidungsstücke auf Einziehung derselben erkannt Gegen dieses Urteil hat der ProzeDvertreter des Reklamanten An Wo Tai, der Rechtsanwalt Ikom a Take hiko, die Berufung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binich ig geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Prozeßvertreters Ikoma Takehiko und ihre Begründung sind folgende:

Der Berufungsreklamant habe in Unkenntnis des Kriegszustandes zwischen Japan und Rußland 200 Sack chinesischen Reis, um sie durch den Leiter seiner Niederlassung in Wladiwostok als Nahrungsmittel an dort lebende Chinesen verkaufen zu lassen, an diesen abgesandt.

Ferner habe sein Bekannter, der chinesische Staatsuntertan Kwong Chaw, Faktor der chinesischen Firma Tack Wooß Co. in Dalni, wohnhaft in Hongkong, wo er die Geschäfte der Firma besorge, und nur in Angelegenheiten der Firma auf einige Monate je nach Ablauf der Geschäfte in Dalni aufhältlich, ihn sehrfflich gebeten, Kleidungstücke, die er zum Wechseln brauche, von seiner Frau zu holen und ihm zu schicken. Dies habe er dessen Frau erzählt, habe von ihr die Kleider erhalten und sie an die genannte Firma adressiert.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) V. 5 40.

Diese Güter habe der Reklamant am 1. Februar auf den im Hafen von Hongkong liegenden Dampfer der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft "Manchuria" verschifft und abgesandt.

Am 6. Februar 1994 habe Japan die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abgebrochen und eine Erklärung dahin abgegeben, daß es nach eigenen Entschließungen verfahren werde. Schließlich sei, nachdem die beiden Geschwader Kanonenfeuer ausgetauscht hätten, der Krieg für eröffnet angesehen, und am 9. Februar der Dampfer "Manchuria" auf der Höhe von Port Arthur von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Ta-tsuta" aufgebracht worden. Mit dem Schiff zusammen sei der erwähnte Reis und die Kleidungsstücke beschlagnahmt worden.

Aber diese Güter seien Eigentum eines neutralen Staatsangehörigen und ihrem Charakter nach keine Kriegskonterbande. Auch seien sie nicht für die russische Armee oder Marine verschifft worden und hätten auch nicht an diese geliefert werden sollen. Daher läge ein Grund für ihre Beschlagnahme nicht vor. Das Sasebo-Prisengericht habe die Güter für feindliche erklärt und auf ihre Einziehung entschieden. Diese Entscheidung sei unrechtmäßig und es werde dagegen die Berufung erhoben

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts Vamamoto Tatsurokuro vom Prisengericht in Sasebo sind folgende:

Der Absender der zur Verhandlung stehenden Güter mache als Berufungsreklamant geltend, daß er von dem Kriegszustand keine Kenntnis gehabt habe, daß die Güter neutral und keine Konterbande seien, daß sie nicht an die russische Armee oder Marine verschifft worden seien und nicht an diese hätten geliefert werden sollen, daß folglich kein Grund für ihre Beschlagnahme vorliege.

Die genannten Güter seien indessen auf einem feindlichen Handelsschiff verladen und nach dem feindlichen Dalni bestimmt gewesen. Es set erwiesen, daß sie im Eigentum eines in Dalni ansässigen und dort Handel treibenden Chinesen stünden. Daher seien sie feindliche Güter und könnten nicht für neutral erklärt werden. Was dem Punkt anlange, daß der Eigentümer der Kleider nicht mit der Absicht dauernden Wohnsitzes in Dalni ansässig gewesen, sondern nur auf einige Monate dort aufenthältlich gewesen sei, so hätte der Reklamant, dem die Beweislast hierfür obläge, dies beweisen müssen. Der Prozeßwerterter habe dies jedoch nur einmal mündlich behauptet, ohne dafür Beweis zu führen, dah er sein die Güter fäglich als feindlich zu erkennen. Die Tatsache, daß der Kriegszustand nicht bekannt gewesen sei, könne feindliche Güter auf feindlichem Schifft, wie im vorliegenden Falle, nicht der Beschlagnahme entziehen.

Es werde daher Verwerfung der Berufung beantragt. Das vorliegende Urteil wird wie folgt begründet: Die von dem in Hongkong wohnhaften An Wo Tai auf dem der russisch-oatsaistischen Dampfergesellschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" verschiften und für den in Wladiwostok ansässigen Yee Tai bestimmten 200 Sack Reis und die für die in dem russischen Pachtgebiet Dalni niederlässige Firma Tack Woo & Co. bestimmte nach Eroffung des japanisch-russischen Krieges, 18 Seemelien säd-östlich von Port Arthur zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff, Taistust" beschlagnahmt worden.

Es ist von der völkerrechtlichen Praxis anerkannt, und das Oberprisengericht erachtet dies als den Verhältnissen gerecht werdend, dab Güter, welche von Personen mit neutralem Wohnsitz zur Kriegszeit auf feindlichem Schiff an einen Empfänger im Feindesgebiet abgesandt werden, feindlichen Charakters sind und daher der Einziehung verfallen.

Der Prozeßvertreter behauptet freilich, die 200 Säcke Reis seien neutrale Güter und könnten nicht beschlagnahmt werden. Das Oberprisengericht ist jedoch der Ansicht, daß die Anerkennung des Domizilprinzips der Logik der Verhältnisse entspricht, und daher ist die Behauptung des Reklamanten, daß die zur Verhandlung stehenden Güter neutralen Charakters seien, unbegründet.

Des weiteren behauptet der Prozeßvertreter, daß die an den vorübergehend in Dalni aufenthältlichen Faktor der Firma Tack Wooß Co,
den Chinesen Kwong Chaw versandte Kiste mit Kleidungsstücken
neutral sei und nicht beschlagnahmt werden könne. Das Ladungsverzeichnis und die Konnossmente aber weisen die Firma Tack Wooß
Co in Dalni als Empfänger aus, und demgegenüber ist das Eigentum des Kwong Chaw an diesen Güttern sowie sein nur vorübergehender Aufenthalt in Dalni nicht bewiesen worden. Daher sind die
Behauptungen des Prozeßvertreters bezüglich dieses Punktes als unbegründet zu erachten.

Ferner führt der Reklamant an, daß die Verschiffung der zur Verhandlung stehenden Güter vor der Kriegseröffung erlogt sei und daß er von der Kriegseröffung zwischen Japan und Rußland keine Kenntnis gehabt habe. Da aber nach Völkerrechtspraxis feindliche Güter deshalb nicht der Aufbringung entgehen können, weil sie vor der Kriegseröffung verschifftt sind oder der Verschiffer von der Kriegseröffung keine Kenntnis gehabt hat, so ist auch dieser Punkt der Behauptungen des Prozeßvertreters hinfällig.

Es wird daher wie folgt entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 17. Januar 1905 im Oberprisengericht.

Reklamant: Yue Wo Loong in Hongkong.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ikoma Takehiko, Nagasaki, Higashifurukawamachi.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer verladenen 307 Säcke Chinareis werden eingezogen,

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 307 Säcke Chinareis wurden mit Bestimmung für Wladiwostok in Hongkong auf dem russischen Dampfer "Manchuria" verschifft und am 9. Februar 1904 auf der Höhe von Port Arthur zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff, "Jastuat" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen sind von dem Vertreter des Reklamanten anerkannt und werden außerdem bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten des beschlagenhenneden Schiffs, Kapitänleutnants Kihara Seiske, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns K. Prahl und des 1. Offiziers O. Tam pio vom Dampter "Manchuria", das Tarebuch und das Ladungsverzeichnis.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Prozeßvertreters sind folgende:

2. Nach der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 könnten neutrale G\u00fcter auf feindlichem Schiff, sofern sie nicht Konterbande seien, nicht beschlagnahmt werden. Die zur Verhandlung stehenden G\u00fctr seien vor Er\u00f6ffnung des Krieges von einem neutralen Absender an einen neutralen Empf\u00e4nger versandt worden und seien nicht Konterbande. Daher m\u00fctften sie freigegeben werden.

Die Ansicht des Staatsanwalts geht im wesentlichen dahin, daß die Behauptungen des Prozeßvertreters des Reklamanten sämtlich grundlos seien und daß die zur Verhandlung stehenden Güter als feindliche einzuziehen seien.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Nach den Bestimmungen und der Praxis des gegenwärtigen Völkerrechts können feindliche Güter auf feindlichem Schiff gleichviel ob Konterbande oder nicht, beschlagnahmt werden, und die Frage, ob Güter feindliche sind oder nicht, bestimmt sich nach dem Wohnsitz des Eigentümers. 1)

Ferner wird bezüglich von Gütern, die von einem Absender in neutralem Gebiet an einen Empfänger im Feindesland versandt worden sind, in Ermangelung gegenteiligen Beweises angenommen, daß dieselben mit dem Zeitpunkt der Verschiffung in das Eigentum des Empfängers übergehen. Der Beweis über diesen Punkt ist also von dem Reklamanten zu erbringen.

Da nun die zur Verhandlung stehenden Güter auf dem der russischostasiatischen Dampfergeselbschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" mit Bestimmung für einen in Wladivostok wohnhaften Empfänger verschifft worden sind und der Prozeßvertreter des Reklamanten für seine Behauptung, die Güter ständen im Eigentum des neutralen Absenders, nicht den geringsten Beweis erbracht hat, so kann diese Behauptung nicht anerkannt werden, und die zur Verhandlung stehenden Güter unterliegen in Gemäßheit der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 als feindliche Güter auf feindlichen Schiff der Einziehung. 9)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der chinesische Staatsuntertan Yue Wo Loong, wohnhaft in Hongkong.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ikoma Takehiko, Nagasaki, Higashifurukawamachi.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in Sachen der Beschlagnahme von 307 Sack chinesischen Reis, welche auf dem russischen Dampfer "Manchuria" verschifft und mit diesem zusammen am 9. Februar 1904 18 Seemeilen süddstilch von Port Arthur von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlagnahmt worden waren, ein Urteil auf Einziehung dieser Güter erlassen. Gegen dieses Urteil hat der Prozeßvertrert des Reklamanten Yue W O. Loon g, der Rechtsanwalt I kom a Takehiko, die Berufung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi geprüft worden ist.

<sup>1)</sup> V. §§ 8, 3 und 4. - 7) V. § 40.

Die Hauptpunkte der Berufung des Prozeßvertreters des Reklamanten Ikoma Takehiko und deren Begründung sind folgende:

Der Rekkmant habe ohne Kenntnis von der Fröffnung des Krieges zuschen Japan und Rußland am 1. Februar 1904 307 Sack chinesischen Reis für den Leiter seiner Filiale "Kwong Tai Seng" in Wladiwostok, den chinesischen Staatsuntertan Au Yong Pang, mit der Absicht sie durch ihn an dort wohnende Chinesen verkaufen zu lassen, auf dem in Hongkong liegenden Dampfer der russisch-ostasitätschen Dampfergesellschaft "Manchuria" verschifft. Nach ihrer Abreise, am 6 Februar, habe Japan die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abgebrochen und eine Erklärung dahin abgegeben, daß es nach eigenen Entschließungen verfahren werde. Schließlich sei, nachdem die beiden Geschwader Kanonenfeuer ausgetausseht hätten, der Krieg für eröffnet angesehen und am 9. Februar der Dampfer "Manchuria" auf der Höhe von Port Arthur von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff, Tatstutt" aufgebracht worden. Hierbei sei auch der genannte Reis beschlagmant worden.

Diese Ladungsstücke seien aber Eigentum eines neutralen Staatsangehörigen und ihrem Charakter nach keine Kriegskonterbande. Auch
seien sie nicht für die russische Armee oder Marine verschifft worden
und hätten auch nicht an diese geliefert werden sollen. Daher liege
en Grund für ihre Beschlagnahme nicht vor. Das Sasebo-Prisengericht
habe die Güter für feindliche erklärt und auf ihre Einziehung entschieden. Diese Entscheidung sei unrechtmäßig und es werde dagegen
die Berufung erhoben.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro vom Prisengericht in Sasebo sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter seien Handekwaren, welche an einen im Handelsgewerbe in Wladiwostok ansässigen chinesischen Statsuntertan auf einem feindlichen Schiff versandt worden seien. Sie sein daher feindliche Güter und unterlägen, wenn sie auch keine Konterbande seien, der Einziehung.

van Erner nach den Gewohnheiten und Bestimmungen des gegenwärtigen Völkerrechts die Tatsache, daß der Absender von der Eröffnung des Krieges nichts gewußt habe, kein Grund sei, weshalb Gütter, wie die im vorliegenden Falle, der Beschlagnahme entgehen sollten, so sei das Urteil erster Instanz gerechtfertigt und die Berufung unbegründet.

Es werde deshalb Abweisung der Berufung beantragt.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Die von dem in Hongkong wohnenden Yue Wo Loong auf dem der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" verschifften und für den in Wladiwostok wohnhaften Kwong Tai Seng bestimmten zur Verhandlung stehenden Gilter sind auf der Reise dorthin am 9. Februar 1904, also nach Eröffnung des japanisch-russischen Krieges, 18 Seemeilen südöstlich von Port Arhubr zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich Japanischen Kriepsschiff "Taistuta" beschlaranhut worden.

Es ist von der völkerrechtlichen Praxis anerkannt, und das Oberpresengericht erachtet dies als den Verhältnissen gerecht werdend, daß Güter, welche von Personen mit neutralem Wohnsitz zur Kriegszeit auf feindlichem Schiff an einen Empfänger im Feindesgebiet abgesendet werden, feindlichen Charakters sind und daher der Einziehung unterliegen.

Der Prozeßvertreter behauptet freilich, die 200 Säcke Reis seien neutrale Güter und könnten nicht beschlagnahmt werden. Das Oberprisengericht ist jedoch der Ansicht, daß die Anerkennung des Domizilprinzips der Logik der Verhältnisse entspricht, und daher ist die Behauptung des Reklamanten, daß die zur Verhandlung stehenden Güter neutralen Charakters seien, umbegründet.

Ferner führt der Reklamant an, daß die Verschiffung der zur Verhandlung stehenden Güter vor der Kriegseröffnung erfolgt sei und daß er von der Kriegseröffnung zwischen Japan und Rußland keine Kenntnis gehabt habe. Da aber nach Völkerrechtspraxis feindliche Güter deshalb nicht der Aufbringung entgehen können, weil sie vor der Kriegseröffnung verschifft sind oder der Verschiffer von der Kriegseröffnung keine Kenntnis gehabt hat, so ist auch dieser Punkt der Behauptungen des Prozeßverteters hinfallie.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 17. Januar 1905 im Oberprisengericht.

Reklamant: Die in London niederlässige Bankfirma Frederic Haß & Co., vertreten durch ihren Prokuristen, den englischen Staatsangehörigen F. H. Hill, wohnhaft in Yokohama Yamashitacho Nr. 71.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokujchiro, ebendaselbst Nr. 14.

In Sachen der Beschlagnahme von Ladungsstücken des russischen Dampfers "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Manchuria" verladenen 513 Kolli Tee (gezeichnet ▽) und 596 Kolli Tee (gezeichnet □) werden eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung Tee ist in Colombo auf dem der russisch-ostasiatischen Dampfergeselbschaft gebröigen Dampfer "Manchuria" verschifft und mit Bestimmung nach Moskau abgesandt worden. Auf der Reise nach Port Arthur wurde sie am 9. Februar 1904, 9 Uhr vormittags, zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" auf der Höhe von Port Arthur beschlannahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Reklamationsschrift, die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten des beschlagnehmenden Schiffs, Kapitänleutnants Kihara Seiske, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns K. Prahl und des 1. Offiziers
O. Tam pio, das Ladungsverzeichnis und das Schiffsjournal des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Prozeßvertreters des Reklamanten sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter seien von der Firma Rodevald & Heath in Colombo am 11. Januar 1904 mit Konnossementen, die für Order der genannten Firma ausgestellt waren, auf dem Dampfer "Manchuria" verschifft und mit der Bestimmung nach Moskau in Rußland via Dalni abgeschickt worden, wo sie an die Order der Absender abgeliefert werden sollten.

1. Da der Absender der zur Verhandlung stehenden Güter es in seinem Belieben gehabt habe, mit denselben je nach Zahlung oder Nichtzahlung des Betrags des von ihm gezogenen Wechsels zu verfahren, so seien die Güter zur Zeit der Aufbringung noch Eigentum des neutralen Absenders gewesen und kömuten daher nicht als Feindesgut eingezogen werden.

 Da der Reklamant den erwähnten Warenwechsel acceptiert und Zahlung dafür geleistet habe, so habe er bedeutendes Interesse an den zur Verhandlung stehenden Gütern und beantrage ihre Freigabe.

Die Ansicht des Staatsanwalts geht im wesentlichen dahin, daß die Ausführungen des Prozeßvertreters des Reklamanten unbegründet und die Güter einzuziehen seien.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der Reklamant macht geltend, daß die zur Verhandlung stehenden Gitter, weil sie an die Order des Absenders in Moskau abzuliefern waren, zur Zeit der Aufbringung noch im Eigentum der neutralen Absender gestanden hätten und daher nicht für feindlich erklärt werden könnten

Aus den von dem Prozeßvertreter des Reklamanten vorgelegten Beweisdokumenten Nr. II 1 und 2 geht jedoch hervor, daß der Absender die 596 Kolli Tee (gezeichnet □) auf das Konto der Teehandlung Med ow jese w's Erben in Moskau gesetzt und einen Warenwechsel darüber gezogen hat, dessen Prima er an diese Firma schickte. Daher ist die genannte Gesellschaft als die Empfängerin anzusehen. Die 513 Kolli Tee (gezeichnet v) waren an W. J. Popoff & Co. in Moskau abgeschickt. Daß diese Firma die Empfängerin ist, muß nach den Beweisstücken III 1 und 2 und nach der Übersetzung des von den Reklamanten an den Prozeßvertreter gerichteten Telegramms vom 25. Mai dieses Jahres als erwisen erachtet werden. Lediglich dadurch, diß die Konnossemente auf Order lauten, kann die obige Annahme nicht umgestößen werden.

Nach dem Völkerrecht müssen feindliche Güter auf feindlichen Schiff, gleichviel ob sie vor der Kriegseröffnung verschifft worden sind oder nicht, eingezogen werden, und die Frage, ob Güter feindlich sind oder nicht, bestimmt sich nach dem Wohnsitz des Eigentlimers. ) Ferner wird bezüglich von Gütern, die von einem Absender in neutralen Gebiet an einen Empfänger im Feindesland versandt werden, in Ermangelung gegenteiligen Beweises angenommen, daß dieselben mit dem Zeitpunkt der Verschiffung in das Eigentum des Empfängers übergehen.

Da der Proze®vertreter diesen Gegenbeweis nicht erbracht hat, so muß angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehenden Güter zur Zeit der Aufbringung bereits in das Eigentum einer feindlichen Person übergegangen waren. Da so die genannten Güter feindliche sind, so kann Punkt 1 der Ausführungen des Reklamanten nicht anerkannt werden.

Da die Güter feindliche sind und nach Völkerrecht das Recht des Captors an feindlichem Gut absolut ist, so können irgendwelche anderen Rechtsansprüche an dieselben nicht anerkannt werden. So ist auch Punkt 2 der Behauptungen des Prozeßvertreters des Reklamanten hinfällio.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden. 2)

Verkündet am 27. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die in London niederlässige Bankfirma Frederic Haß & Co., vertreten durch ihren Prokuristen, den englischen Staatsangehörigen F. H. Hill, Yokohama, Yamashitacho 71.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, wohnhaft ebendaselbst, Yamashitacho 14.

Am 27. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in Sachen der Beschlagnahme von 513 Kolli Tee, gezeichnet V, und 596 Kolli Tee, greeichnet — welche auf dem russischen Dampfer "Manchuria" verschifft und zusammen mit diesem am 9. Februar 1904 18 Seemeilen schöffstigt von dem Kaiseichle Japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlagnahmt worden waren, auf Einziehung dersehen erkannt. Gegen dieses Urteil hat der Prozefeverteret des Reklamanten, des Prokuristen F. H. Hill der Londoner Bankfirma Fre deric 18 & Co., der Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, die Brudung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein der Staatsawälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Prozeßvertreters Masushima Rokuichiro und ihre Begründung sind folgende:

1. Das Urteil erster Instanz habe die von dem Reklamanten behaupteten Tatsachen falsch verstanden. Es werde dort als Vorbringen des Reklamanten aufgeführt, daß die Güter nach den von der Firma Rodewald & Heath in Colombo ausgestellten, auf Order lautenden Konnossementen auf der "Manchuria" zu verschiffen und über Dalni gehend an die Order des Absenders in Moskau abzuliefern waren. Reklamant habe indes den Ausdruck "an die Order des Absenders in Moskau" nicht gebraucht. Punkt II. 1 und Punkt III. 1 der Reklamation wolle vielmehr mit den Worten "Ablieferung-Orderperson-Absender" klar machen, daß das Verfügungsrecht über die genannten Güter der neutralen Firma Rodewald & Heath zustehe. In dem in den Punkten II, 1 und III, 1 der Reklamation sich findenden Passus "Ablieferung-Orderperson-3) Absender" sei, wie geschrieben, unter "Orderperson" der Absender in Colombo zu verstehen. Das bedeute, daß es vollständig in der Hand des Absenders gelegen habe, den Empfänger zu bestimmen. Wenn, wie im vorliegenden Falle, der jeweilige Besteller keine Barzahlung geleistet habe, sondern, wie es handelsüblich sei, die Transaktion gegen Wechsel geschehe, so entstünden die obligatorischen Rechtsbeziehungen zwischen Absender und Empfänger erst nach Akzentation durch das darin liegende Zahlungsversprechen des Akzeptanten. Bis zur Zahlung des Wechselbetrags stehe das Recht der Verfügung über die Güter und somit der Bestimmung, an wen sie auszuliefern

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Um das von dem Proze
ßvertreter behauptete Mißverst
ändais in der 
Öbersetzung verst
ändlich zu machen, m
übet das Wort "s
äs
ßizunin" mit "Orderperson" wortlich 
übertr
ägen werden. Das Ausdr
änck ist zweide
über
ängen der
änger
änd er
änger
änd
änder
än

seien, dem Absender zu. Dies sei vom Handelsrecht, welches einen Teil des Völkerrechts bilde, anerkannt.

Do ferner die zur Verhandlung stehenden Güter während des Setransports beschlagnahmt worden seien, so liege noch nicht einmal ein Übergang des Besitzrechts auf einen Dritten vor. Das Eigentumsrecht stehe daher unverändert dem Absender zu. (S. die Ergänzung 2 der Berufungsgründe vom 26. September 1904).

Das Urteil erster Instanz habe diesen wichtigen Punkt falsch verstanden und sei daher unzutreffend.

2. Das Urteil erster Instanz habe angenommen, daß die Teehandlung Medowjesew's Erben in Moskau die Empfängerin der unter den zur Verhandlung stehenden Gütern befindlichen mit [ ] gezeichneten 596 Kolli Tee sei, weil die Absender das Konto dieser Firma dafür belastet und ihr ein Exemplar des dafür gezogenen Warenwechsels geschickt habe. Ebenso habe das erstinstanzliche Urteil, da die A gezeichneten 513 Kolli Tee an die gleichfalls in Moskau niederlässige Firma W. J. Popoff versandt worden seien, angenommen, daß diese die Empfängerin sei. Die Annahme sei unrichtig, denn sie berücksichtige nicht die in Punkt II, 1 und III, 1 der Reklamation sich findenden Worte "Ablieferungs-Orderperson-Absender" und lasse so völlig außer acht, daß hier die in Punkt 1 dargelegte handelsübliche Art der Transaktion vorliege. Die Trassierung des für diesen Tee ausgestellten Warenwechsels sei geschehen, um bis zum Akzent des Wechsels, d. h. bis zur Zahlung seines Betrags das Eigentumsrecht an den Gütern nicht auf den Empfänger übergehen zu lassen. Daher seien auch die Konnossemente von dem Absender in der Weise ausgestellt, daß sie an seine Order auszuliefern gewesen wären. Sie seien daher verschieden von gewöhnlichen Konnossementen, in welchen der Absender den Empfänger der von ihm abgesandten Güter bestimmt benenne. Da in dem vorliegenden Fall die Wechsel noch nicht von den beiden genannten Firmen, vielmehr nur von dem Reklamanten akzeptiert seien, so könnten die beiden Firmen, selbst wenn sie die genannten Konnossemente empfangen haben würden, doch die Waren nicht ausgehändigt erhalten. Tatsächlich hätten sie aber die Konnossemente nicht empfangen, und man könne daher nicht behaupten, daß sie das Eigentumsrecht erworben hätten.

Da demnach das Eigentumsrecht an den zur Verhandlung stehenden Gütern dem neutralen Absender, einem englischen Staatsangehörigen zustehe, so seien dieselben nicht feindlich. Vgl. die Ergänzung der Berufungsgründe vom 13. Juni 1904 und desgleichen vom 7. Oktober desselben lahres Nr. 3).

 Das Urteil erster Instanz habe bezüglich der zur Verhandlung stehenden Güter entschieden, daß nach dem Völkerrecht feindliche Güter auf eindlichem Schiff, gleichgültig ob sie vor der Kriegseröffnung verschifft seien oder nicht, selbstverständlich der Beschlägnahme unterligen; daß die Frage, ob Güter feindlich seien oder nicht, sich nach dem Wohnort des Eigentümers bestimme; und daß Güter, welche von einem in neutralem Gebeit ansässigen Absender an einen Empfänger in Feindesgebiet entsandt würden, in Ermanglung aussdrücklichen Gegenbeweises mit der Absendung in das Eigentum des Empfängers börgingen. Diese Entscheidung widerbaufe dem Recht. Denn nach der japanischen Prisenordnung bestimme sich die Landeszugehörigkeit von Gütern nach der Landeszugehörigkeit des Eigentümers. Was aber das Eigentum an den zur Verhandlung stehenden Gütern angehe, so gebe bereits aus Punkt II, 1 und III, 1 der Reklamation klar hervor, daß es der Firma Rodewald & Heath zustehe und daß das Urteil erster Instanz die oben dargelegten Handelsgebräuche nicht verstunden und daher falsch entschieden habe

4. Ebenso sei die Entscheidung des Urteils erster Instanz unzurtefiend, daß, weil der Gegenbeweis nicht erbracht sei, angenommen werden müsse, daß das Eigentum an den zur Verhandlung stehenden G\u00fctern zur Zeit der Beschlagnahme bereits auf eine feindliche Person übergegangen gewesen sei.

Wie nämlich aus Punkt 1 der Reklamation hervorgehe, so seien, da sowohl der Absender wie auch der Reklamant neutrale englische Staatsangehörige seien, die Güter neutral.

Ferner sei es eine Handelsgewohnheit, die einen Teil des Völkerrechts bilde, daß ein Absender, solange der Besteller den dem Preis der Güter entsprechenden Wechselbetrag noch nicht gezahlt habe, wenn ein Kieg ausbreche, jederzeit die Ablieferung der Waren zu verhindern berechtigt sei. (Vgl. Ergänzung Nr. 1 der Berufungsgründe vom 7. Oktober 1904.)

 Das Urteil erster Instanz habe das Recht der Beschlagnahme für absolut erklärt und entschieden, daß die Rechtsansprüche des Reklamanten an den zur Verhandlung stehenden Gütern nicht zu beachten sein.

Der Reklamant sei, wie bereits erwähnt, neutraler Nationalität und sei der Akzeptant der für die zur Verhandlung sehenden Güter gezogenen Wechsel und sei dadurch verpflichtet, die Transaktionssumme darzuleihen. Er sei im Besitz der richtig indossierten Konnossemente, welche die Herleitung des Eigentumsrechts an den zur Verhandlung sichenden Gütern bewiesen, daher habe er rechtliches Interesse an denselben. (Vgl. die Ergänzung Nr. 1 der Berufungsgründe vom 26. September 1904, desgleichen Nr. 2 vom 7. Oktober desselben Jahres, desgleichen vom 25. Oktober desselben Jahres.)

6. Die zur Verhandlung stehenden Güter seien etwa einen Monat

vor Ausbruch des Krieges verschifft worden. Weder die Reederei noch die Absender hätten von der Kriegseröffnung etwas gewußt. Ferner sei die Beschlagnahme vor der Veröffentlichung der Kriegserklärung geschehen, und daher sei die Beschlagnahme unrechtmäßig.

- 7. Nach der im Jahre 1882 von dem Kongreß für internationale Rechtswissenschaft in Turin beschlossenen Seprisenordnung könne feindliches Privatvermögen erst nach Eröffnung des Krieges beschlagnahmt werden. Auch beschränke sich die Beschlagnahme von feindlichen Schiffen und deren Ladung auf solche Fälle, wo der Kapitä von dem Kriege Kenntnis gehabt habe und wo erwiesenermaßen ein den Zwecken des Feindes dienender oder nach einem feindlichen Platz bestimmter verbotener Transport vorliege. Diese Bestimmungen seien von der öffentlichen Meinung der ganzen Welt anerkannt, und es sei außer Zweifel, daß auch Japan nicht zögern werde, die Billigkeit derselben anzuerkennen. Es werde daher um eine Entscheidung im Sinne dieser Bestimmungen gebeten.
- Absatz 3 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 verwerft es, daß Güter, welche, wie die zur Verhandlung stehenden, erwiesenermaßen im Eigentum neutraler Personen stünden, als gute Prise verurteilt werden dürften.
- 9. Ein Prisengericht sei verschieden von den gew\u00e4hnlichen Landsgerichten. W\u00e4hrend diese sich genau an die Gesetze ihres Landes zu halten h\u00e4tte, sei ein Prisengericht an keine v\u00f6kerrechtlichen Gesetzesnormen gebunden. Es m\u00fcsse bei Frl\u00e4\u00e4 einer Entscheidung nach den besonderen Verh\u00e4ltinissen des Falles urteilen. Eine Prisengerichtentscheidung sei daher verschieden von einem richterlichen Urteil. Die Bestimmungen und Gewohnheiten des V\u00f6lkerrechts k\u00e4men daf\u00fcr lediglich h\u00f6chstens als Material in Betracht. Reklaunant hoffe daher, d\u00e4did die neueren Normen des V\u00f6lkerrechts anerkannt und mit \u00e4hrer Anwendung in der Praxis hier ein Anfang gemacht werde.

Der Staatsanwalt beim Sasebo-Prisengericht, Yamamoto Γatsurokuro, hat hierauf im wesentlichen folgendes erwidert:

Der Berufungsreklamant behaupte in Punkt 1, das Urteil erster Instanz habe die von dem Rekkamanten aufgeführten Tatsachen falsch verstanden. Es werde dort von "Güttern, welche an die Order des Absenders in Moskau abzuliefern seien" gesprochen. Der Rekkamant habe aber einen derartigen Ausdruck nicht gebraucht. Der Sim des Ausdrucks "Ablieferung-Orderperson-Absender" sei, wie geschrieben, dahin zu verstehen, daß die Firma Rodewald & Heath das Verfügungsrecht über die Güter hätte. Das Urteil erster Instanz gründe sich daher auf einer irrtümlichen Annahme und sei unzutreffend.

Demgegenüber sei zu bemerken, daß das Urteil die Behauptungen des Reklamanten nur in den Hauptpunkten wiedergebe und daß die von dem Reklamanten eingereichten Dokumente und Erklärungen dort nicht in voller Länge verzeichnet seien. Es bedürfe jedoch kaum einer Erörterung, daß es genüge, den Sinn richtig wiederzugeben, wenn auch der Wortlaut verschieden sein möge. Wenn der Reklamant sage, daß die Güter an eine von dem Absender in Colombo benannte Person in Moskau abzuliefern sei, so weiche dies von dem im Urteil Geschriebenen, nämlich daß die Güter an die Order des Absenders in Moskau abgeliefert werden sollten, dem Sinne nach nicht im geringsten ab. Wenn der Berufungsreklamant diesen Satz so auslegen wolle, als ob das Urteil habe sagen wollen, der Absender sei in Moskau ansässig, 9) so müsst im Gegenteil dem Berufungsreklamanten vorgeworfen werden, diß er das Urteil mibrerstanden habe, denn die in Moskau befindliche Person sei dort nicht als Absender, sondern als Empfänger bezeichnet.

2. Der Reklamant erkläre, daß die Annahme des ersinstanzlichen Urteils, die Empfänger der zur Verhandlung stehenden G\titer seien die Teehandlung Me el ow ije se W 's Erben und die Firma W. J. Po po f\ti in Moskau, unrichtig sei. Denn diese Annahme ber\titeksichtige nicht die in den Beweisdokumenten sich findendem Worte "Ablieferung-Orderperson - Absender" und lasse damit eine handels\tibliche Gewohnheit villie aufer Acht

Demgegenüber müsse gesagt werden, daß es freilich im allgemeinen bei kaufmännischen Transaktionen üblich sei. Waren, welche auf Bestellung verschickt würden, nach Ankunft gegen Zahlung auszuhändigen und daß ebenso üblicherweise bei großen Entfernungen die Zahlung in der Weise erfolge, daß ein Konnossement als Sicherheit gegeben und daraufhin ein Warenwechsel gezogen würde, dessen Inhaber alsdann von dem Käufer der Waren Zahlung gegen den Wechsel erhalte. Aber auch für derartige Güter gelte auf allen Meeren der Grundsatz, daß das Eigentum an ihnen mit der Verschiffung sogleich auf den Empfänger übergehe. Daher müßten Güter, welche auf die eben beschriebene Transaktionsweise von einem neutralen Lande nach feindlichem Gebiet transportiert würden, als feindliche Güter angesehen werden und der Beschlagnahme und Einziehung unterliegen können. In Friedenszeiten freilich bestünden mit Bezug auf den Eigentumsübergang vom Verkäufer auf den Käufer auf Grund der Abmachungen unter den Beteiligten oder besonderen Handelsgewohnheiten Ausnahmen, und die tatsächlich bestehenden Umstände fänden dann, wie der Reklamant es geltend mache, auch Berücksichtigung. In Kriegszeiten jedoch würden bei Seebeschlagnahmen derartige Ausnahmen nicht berücksichtigt, denn wenn man sie berücksichtige, so würde es dahin kommen, daß überhaupt kein Gut zur See beschlagnahmt werden könne,

<sup>4)</sup> Der Staatsanwalt hat offenbar den Gedankengang des Proze
ßvertreters gar nicht verstanden.

3. Reklamant sage: das Urteil erster Instanz habe bezüglich der zur Verhandlung stehenden Güter entschieden, daß nach Völkerrecht feindliche Güter auf feindlichem Schiff, gleichgültig ob sie vor der Kriegseröffnung verschifft seien oder nicht, selbstverständlich der Beschlagnahme unterlägen; daß die Frage, ob Güter feindliche seien oder nicht, sich nach dem Wohnort des Eigentümers bestimme; und daß Güter, welche von einem in neutralem Gebiet ansässigen Absender an einen Empfänger im Feindesgebiet versandt würden, in Ermanglung ausdrücklichen Gegenbeweises mit der Absendung in das Eigentum des Empfängers übergingen. Diese Entscheidung widerliefe dem Recht. Denn nach der japanischen Prisenordnung bestimme sich die Landeszugehörigkeit von Gütern nach der Landeszugehörigkeit des Eigentümers usw.

Der Reklamant habe oft erörtert und behaupte dies auch jetzt wieder in Punkt 9 der Berufungsschrift, daß die Entscheidung einse Prisengerichts von einem richterlichen Urteil verschieden sei; daß es keine Gesetze gäbe, welche angewandt werden müßten; daß weder Präzedenzen noch Prisenordnungen irgendwie verbindlich seien. Trotz dem sage der Reklamant jetzt, die erstinstanzliche Entscheidung laufe ei japanischen Prisenordnung zuwider und sei ungesetzmäßig. Damit setze sich der Reklamant mit seinen eigenen Argumenten in Widerspruch Aus der Japanischen Prisenordnung vom 15. März 1904 gehe übrigens klar hervor, daß Japan das Domitziphrinzip angenommen habe. Es heiße dort:

§ 3. Die Landeszugehörigkeit von Personen wird ohne

- Rücksicht auf ihre Nationalität nach dem Lande bestimmt, in welchem sie zurzeit ihren Wohnsitz haben. § 4. Als Wohnsitz einer Person gilt der Ort, an welchem
- § 4. Als wollinst einer Ferson gin der Ort, an wenten sie für die Dauer ansässig ist. Doch gilt für Kaufleute der Ort, wo sie ihr Hauptgeschäft, und für kaufmännische Konsuln der Ort, an welchem sie ihr Handelsgewerbe betreiben, als Wohnsitz.
- § 8. Die Landeszugehörigkeit von Gütern bestimmt sich nach der Landeszugehörigkeit des Eigentümers.

Da es entschieden sei, daß die zur Verhandlung stehenden Güter in Eigentum des in Moskau wohnhaften Einpfängers stilnden, so mößler sie nach der japanischen Prisenordnung als feindliche Güter angesehen werden. Wenn sogar der Reklamant die japanische Prisenordnung anerkenne, so sei es doch wohl nur richtig, daß auch der Staatsanwalt diejenigen Bestimmungen dieser Prisenordnung, welche auf den vorliegenden Fall zuträffen in Anwendung setze.

§ 9 am gleichen Orte heiße es:

Die folgenden Güter werden ohne Rücksicht auf die Be-

stimmungen des vorigen Paragraphen sämtlich als feindliches Gut angesehen:

1. Güter, welche vor dem Krieg, aber in Erwartung des Krieges oder während des Krieges von einem in Japan oder in einem neutralen Staat seinen Wohnsitz habenden Eigentümer oder von einer in seinem Auftrag handelnden Person an den feindlichen Staat, eine feindliche Person oder an eine in deren Auftrag handelnde Person verschifft sind.

Es sei mit Recht zu vermuten, daß die Absender, welche ihre Güter an Bord eines Schiffes verlüden, welches bereits, wie die "Manchuria", eine große Menge von Kriegskonterbande für die russische Armee und Marine an Bord gehabt habe, den Krieg vorausgesehen hätten. Daher st auch nach dem oben züerten Paragraphen das zur Verhandlung stehende Urteil rechtmäßie.

4. Der Reklamant behaupte, daß die Entscheidung, das Eigentum an dem Zur Verhandlung stehenden Gütern sei in Ermanglung eines von dem Reklamanten gelieferten Beweises als zur Zeit der Beschlägnahme bereits auf eine feindliche Person übergegangen zu erachten, widerrechtlich sei. Es erübrige sich, auf diese Behauptung, welche dieselben Gründe wie Punkt 2 enthielte. hier nochmals einzuwehen.

5. Der Reklamant bringe vor, daß das Urteil errster Instanz unrechterweise das Bestehen rechtlichen Interesses des Reklamanten abgestritten habe. Das Urteil habe jedoch die Ansicht, daß der Reklamant kein Rechtsinteresse habe, nicht vertreten, sondern nur dargetan, daß das Beschlagnahmerecht absolut sei und Pfandrechte und sonstige Rechtsansprüche besiege. Es sei daher durchaus nicht rechtswidrig.

6. Der Reklamant mache geltend, daß die zur Verhandlung sehenden G\u00fcter bereits einen Monat vor der Kriegser\u00f6fffnung verschifftt vorden seien und daß die Beschlagnahme vor Bekanntmachung der Kriegser\u00f6fffnung geschehen und daher unrechtm\u00e4\u00e4gis geschehen auch das Artikel 5 der von dem Reklamanten als das entwickeltste V\u00f6lkerrechtsdokument neuerer Zeit gutgehei\u00dfenen Beschl\u00fcsse der internationalen V\u00f6krerchtshofferenz in Turin hervor, daß es einer Bekanntmachung oder Mittellung \u00fcber die Kriegser\u00f6ffnung nicht bed\u00fcr\u00dfen. Noch viel veniger sei dies durch die allgemeinen Grunds\u00e4tze oder die Praxis des gegenw\u00e4ritgen V\u00f6lkerrechts anerkannt.

Punkt 7, 8 und 9 der Berufung stünden zu dem vorliegenden Fall in keiner direkten Beziehung und bedürften daher keiner Erwiderung. Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind von der Firma Rode-

wald & Heath in Colombo auf dem der russisch-ostasiatischen Dampfergesellschaft gehörigen Dampfer "Manchuria" mit Bestimmung nach Moskau in Rußland versandt und auf der Reise dorthin am 9, Fe bruar 1904, also nach Eröffmung des Krieges zwischen Japan und Rußland, 18 Seemeilen sädöstlich von Port Arthur mit dem genannten Schiffe zusammen von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Tatsuta" beschlamahntt worden.

Die Tatsache, daß der Reklamant die auf das Konto der Firma 
W. J. Popoff und der Techandlung Med ow jessew's Erben in 
Moskau gezogenen Wechsel akzeptiert hat, beweist nur, daß er die Verpflichtung, den Preis für die zur Verhandlung stehenden Otter für 
diese beiden Firmen zu zahlen, übernommen hat. Dies zusammen mit 
der Tatsache, daß die Otter sich zuzreit auf der Reise nach Moskau 
befunden haben, gibt genügend Anhalt für die Annahme, daß sie mit 
Bestimmung für die im Lande des Feindes niederlässigen genannten 
beiden Firmen abgeschickt worden sind.

Es ist von der völkerrechtlichen Praxis anerkannt, und das Oberprisengericht erachtet dies als den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werdend, daß Güter, welche von Personen mit neutralem Wohnstiz zur Kriegszeit auf feindlichem Schiff an einen Empfänger im Feindesland abgesandt werden, feindlichen Charakters sind und daher der Einziehung verfallen.

Die Tatsache, daß ein neutraler Staatsangehöriger einen sich auf diese Güter beziehenden Wechsel akzeptiert hat, kann sie der Beschlagnahme nicht entziehen.

Daher kann den Punkten 1 bis 5 und 8 der Berufung, welche mit den angeführten Rechtsgründen in Widerspruch stehen, nicht beigenflichtet werden.

Da es ferner völkerrechtlich anerkannt ist, daß feindliche Güter auf feindlichem Schiff ohne Rücksicht darauf, daß sie vor der Kriegseröffnung verschifft sind und daß der Ablader von der Kriegseröffnung keine Kenntnis gehabt hat, nach Eintritt des Kriegszustands der Aufbringung unterliegen, so ist auch Punkt of der Berufung umbegründet.

Im Punkt 7 und, 9 äußert der Reklamant den Wunsch, daß unter Zugrundelegung von Beschlüssen eines internationalen Völkerrechtskongresses, welche noch nicht Völkerrecht sind, und ohne Unterwerfung unter die bestehenden völkerrechtlichen Regeln verfahren würde. Diesen Wünschen kann der Wert von Berufungsbegründungen nicht bei-gemessen werden.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 17. Januar 1905 im Oberprisengericht,

(Unterschriften.)

Reklamant: Graf H. H. Keyserling & Co., St. Petersburg, Pacifische Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft, vertreten durch den Direktor Frederic Groß.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 14.

Regerungsbezitk Kanagawa, Yokonama, Yamasintacho Nt. 14.

In der Prisensache betreffend den russischen Dampfer "Alexander"
und seine Ladung wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Der Dampfer "Alexander" und die auf ihm verladenen Güter, nämlich 36 Tons Walfischtran, 36 Tons eingesalzenes Walfischfleisch, 15 Tons frisches Walfischfleisch, werden eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Der Dampfer "Alexander" steht im Eigentum der russischen Paciischen Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft, sein Heimatshafen ist Wladiwostok im Rußland, er führt die russische Handelsflagge und ist ein Hochseefischereidampfer, der dazu dient, den anderen Schiffen der Gesellschaft ihre Bedarfsartikel zuzuführen und den Ertrag der Fänge zu befördern.

Am 10. Februar 1904, 2 Uhr morgens, wurde der Dampfer in buhara in der Proxinz Tsushima von der 17. Kaiserlichen Torpedobootsflottille mit Beschlag belegt. Zu der Zeit befanden sich die in der Urteilsformel verzeichneten Güter, nämlich Walfischtran und 2 andere Güterarten, an Bord.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die schriftliche Aussage und das Verzeichnis der Güter, aufgesetzt von dem Stellvertreter des Kommandanten Kihara Sejske, die Vernehmungsprotokolle des Kapitans S. Rußmann und des Offiziers Oustav Adolf Dseniß, das Schiffszertifikat, den Kaufbrief und das Tagebuch des Dampfers "Alexander".

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Prozeßvertreters sind folgende:

- Der Dampfer "Alexander" sei weder mit Gefechtsrüstung versehen, noch habe er zum Konterbandetransport gedient, noch sei solche an Bord gewesen.
- Dem Dampfer sei zur Zeit der Aufbringung das Bestehen des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland nicht bekannt gewesen.
- 3. Der Dampfer habe in Unkenntnis von dem Kriegsanfang in einem japanischen Hafen gelegen. Daher trete für ihn die Befreiung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 v. J. 1904¹) ein.

- Wie auf dem Lande das Privatvermögen für unverletzlich gelte, so müsse derselbe Grundsatz auch für die See angewendet werden.
- 5. Das genannte Schiff sei freilich ein Hochserfischereischiff, abr da es nicht zum Konterbandetransport gedient, auch keine Konterbande an Bord gehabt habe und so ein harmloses Fahrzeug sei, so müsse es nach dem Prinzip, welches Küstenfischereiboote von der Beschlagnahme ausnehme, freigegeben werden.
- 6. Da der Krieg lediglich die Staaten als solche berühre, so könnten, bevor der Krieg bekannt sei, die Untertanen dadurch nicht direkt beeinflußt werden. Die vorliegende Beschlagnahme sei aber vor Bekanntmachung der Kriegseröffnung geschehen.

Aus diesen Gründen beantragt der Reklamant Freigabe des Dampfers "Alexander" und seiner ganzen Ladung. Die in den Punkten 1, 2 und 4 angeführten Argumente sind im wesentlichen der Inhalt der von dem Kongreß für internationale Rechtswissenschaft in Turin im Jahre 1882 beschlossenen Seeprisenordnung.

Der Staatsanwalt erwidert hierauf im wesentlichen, daß die Aussagen des Prozeßvertreters sämtlich unbegründet seien und daß auf Einziehung des Schiffs und seiner ganzen Ladung erkannt werden müsse.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der Vertreter der Reklamation zieht hauptsichlich die Beschlüsev von Völkerrechtskongressen an und beantragt, daß unter Zugrundelegung derselben entschieden werde. Nach dem tatsächlich zurzeit bestehenden Völkerrecht können jedoch unfraglich feindliche Schiffe zur Kriegszeit beschlagnahmt werden, ?) gleichviel ob sie mit Gefechstausrüstung versehen sind; zum Kriegskonterbandetransport dienen; von der Kriegseröffnung Kenntnis haben oder nicht und ob schließlich die Beschlagnahme nov Veröffentlichung der Kriegserdfärung erfolgt ist oder nicht. Darüber, daß der Dampfer "Alexander" ein feindliches Schiff ist und daß die Beschlagnahme nach Eröffnung des Krieges geschehen ist, kann aber kein Streit aufkommen.

Ferner bringt der Vertveter der Reklamation vor, daß auf das zur Verhandlung stehende Schifft, welches von der Kriegseröffnung keine Kenntnis gehabt und in einem japanischen Hafen gelegen habe, die Befreiung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 zutreffe. Der Gedanke der genannten Verordnung ist indes der, Handelsschifft, welche in Ausübung des Handelsverkehrs nach japanischen Häfen kamen, zu schützen. Daher erstreckt sich ihre Vergünstigung nicht auf Fischereifahrzeuge wie das zur Verhandlung stehende.

Der Reklamant bringt vor, daß nach demselben Gedanken, welcher die Küstenfischereiboote<sup>3</sup>) von der Beschlagnahme ausnehme, auch das

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) V. § 35. — <sup>3</sup>) V. § 35, 1.

zur Verhandlung stehende Schiff freizugeben sei. Die völkerrechtliche Prazis jedoch, welche die kleinen Fischreriboote von der Beschlagnahme ausschließt, ist im wesentlichen aus dem Motiv entsprungen, die am Kriege nicht beteiligte arme Bevölkerung vor Not zu bewahren, und kann sich daher nicht auf ein im Eigentum einer Gesellschaff stehendes, zur Hochseefischerei dienendes Schiff, wie den Dampfer "Alexander", restrechen

Da demnach alle Behauptungen des Vertreters der Reklamation mbegründet sind, so muß der zur Verhandlung stehende Dampfer "Akxander" eingezogen werden. Da ferner die auf demselben befindlichen Güter, nämlich Walfischtran und zwei andere Warensorten, 
erwiesenermaßen feindliches Gut sind, so müssen sie gleichfalls eingezogen werden. 4)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

### (Unterschriften.)

Reklamant: Graf H. H. Keyserling & Co., St. Petersburg, Pacifische Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft, vertreten durch den Direktor Frederic Groß.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 14.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensiche betreffend den am 10. Februar 1904 im Hafen von Izuhara in der Proinz Tsushima von der 17. Torpedobootsflottille beschlagnahmten russischen Dampfer "Alexander" und seine Ladung bestehend aus 36 Jons Walfischtran, 36 Tons eingesalzenem Walfischfleisch und 15 Tonsfischem Walfischfleisch ein Urteil auf Einziehung gefällt.

Gegen dieses Urteil hat der Prozeßvertreter des Reklamanten, Frederic Groß, Vertreters der Pacifischen Walfisch- und Fischerei-Kommandtigesellschaft des Grafen H. H. Keyserling, der Rechtsawalt Masushima Rokuichiro die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation Masushima Rokuichiro und deren Begründung sind folgende:

<sup>4)</sup> V. & 40.

Das Urteil des Sasebo-Prisengerichts sei gesetzwidrig, es werde Verwerfung desselben und Freilassung des zur Verhandlung stehenden Schiffs und seiner Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das Völkerrecht sei kein Gesetz, ein Gesetzgeber wie bei den einzelnen Staaten sei nicht vorhanden. Die Richtschnur für dasselbe sei in den Erklärungen der Regierungen der verschiedenen Mächte und den Beschlüssen von Gelehrten zu suchen. Daher sei die von dem internationalen Völkerrechtskongreß in Turin im Jahre 1882 beschlossene Seeprisenordnung und der von dem Völkerrechtskongreß in Paris beschlossene Abänderungsenteurf als Richtschnur für das jetzt geltende Völkerrecht anzunehmen. Nach dem letzten Teil des Artikels 4 der genannten Seeprisenordnung könne Privatvermögen, wie das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung, wenn es auch feindlich sei, nicht beschlaganhatt werden.

Do ferner das Prisengericht von einem gewöhnlichen Landesgericht verschieden und nicht in der Weise, wie ein Landesgericht die Landesgesetzt befolgen müsse, an die Bestimmungen des Völkerrechts gebunden sei, so müsse es, von fortschriftlichen Prinzipien geleitet, welche über die bestehenden Völkerrechtsregeln hinausragten, ein neues Beispiel geben, indem es seine Entscheidung nach den Umständen des Falls urteilend abgebe.

2. Der zur Verhandlung stehende Dampfer habe die Aufgabe gehabt, für den Reklamanten die Lieferungen für den Walfisch- und sonstigen Fischfangbetrieb auszuführen und den Fangertrag zu vertreiben. Zu diesem Zwecke sei er, um die Order des Vertreters des Reklamanten in Nagasaki in Empfang zu nehmen, nach Izuhara gekommen. Der Dampfer sei demnach im Handelsbetrieb verwandt worden und müsse als Handelsschiff betrachtet werden. Daher habe er Anspruch auf die Vergünstigung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904. Wenn man auch sagen müsse, daß das Schiff zum Handelsverkehr im strengen Sinne nicht diene, so heiße es doch den inneren Sinn der Kaiserlichen Verordnung außer acht lassen, wenn man die Anwendung derselben auf das zur Verhandlung stehende Schiff ablehne.

Wenn ferner das Urteil erster Instanz ausführe, daß die Praxis. K\u00e4stenfischereifahrzeuge nicht zu beschlagnahmen, in der Hauptsache entstanden sei, um die arme Bev\u00f6lkerung, welche an dem Kriege nicht beteiligt sei, nicht in Not zu bringen, und daß diese Praxis sich auf ein Hochserfischereischiff wie das zur Verhandlung stehnede nicht erstrecken k\u00f6nne, so habe das Urteil den Gedanken des Reklamanten m\u00e4\u00f6nverstanden, der lediglich den Wunsch \u00e4\u00fcnere, daß die japanischen Prisengerichte die neueste Entwickelung des V\u00f6lkerrechts zum Vorb\u00e4\u00fcn und nicht an veralleten Gewohnheiten kleben, sondern neue Pr\u00e4zedennen schaffen \u00e4\u00fcnere und reicht an veralleten Gewohnheiten kleben, sondern neue Pr\u00e4zedennen schaffen \u00e4\u00fcnere und reicht an veralleten Gewohnheiten kleben, sondern neue Pr\u00e4zedennen schaffen \u00e4\u00fcnere und reicht an veralleten Gewohnheiten kleben, sondern neue Pr\u00e4zedennen schaffen \u00e4\u00fcnere und reicht an veralleten Gewohnheiten kleben, sondern neue

3 Aus den obigen Gründen könne ein Urteil auf Einziehung des Schiffes und der Ladung nicht erlassen werden. Wenn daher die Beschlagnahme für die Zeit gerechtfertigt sein möge, so sei es am gerechtesten, wenn das Schiff während der Kriegsführung festgehalten oder in Gebrauch genommen, nach Friedensschluß aber freigegeben stelle.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Man könne nicht umhin zu sagen, daß die Argumente Jes Vertreters der Reklamation das Völkerrecht gänzlich außer acht ließen. Abei gerade so wie sich die Pflicht eines Individuums nicht nach seinen Vorstellungen von dem in der Körperschaft geltenden Recht bestimme, sondern nach den in derselben in Kraft stehenden Gesetzen, so bestimmten sich auch die Pflichten der Staaten nach dem allgemein von denselben anerkannten, wirklich in Ausführung befindlichen Recht. Darüber hinaus bestünden anderen Staaten gegenüber keine Pflichten; auch könne ein Staat einem anderen solche nicht auferlegen. Da Völkerrecht die Grundsätze und Rechtsbestimmungen seien, welche die Staaten als in dem Verkehr unter sich zu beobachten anerkannt hätten, so liege den Staaten die Pflicht ob, diese untereinander zu achten, doch misse die Befolgung von der Bedingung der Gegenseitigkeit abhängig gemacht werden Es liege daher keinerlei Grund vor, weshalb lapan in dem gegenwärtigen Krieg mit Rußland, dessen Marine japanische Handelsschiffe, ohne daß es nachgewiesen sei, daß sie Konterbandetransport betrieben oder von dem Kriege Kenntnis gehabt hätten, sobald sie dieselben getroffen hätten, auf der Stelle in den Grund gebohrt habe, die unter den Mächten, von Rußland nicht zu reden, nicht ausgeführten Ansichten der Wissenschaft von sich aus allein unter Abweichung von der bisherigen völkerrechtlichen Praxis anwenden und feindliche Schiffe von der Beschlagnahme befreien und so dem Feinde Vorteil gewähren solle.

Der Umfang der Rechte der Kriegsführung beschränke sich nicht auf den Austausch von Kannoenfeuer mit dem Feind. Vielmehr sei es von den zivilisierten Mächten als jetzt geltendes Kriegsvölkerrecht allgemein anerkannt, daß ein Staat das Recht habe, wenn er ein feindliches Gebiet besetzt habe, der feindlichen Bevölkerung gegenüber Requisitionen auszuführen und Geldkontributionen einzutreiben und auf der See feindliche Schiffe, auch solche, die Privateigentum seien, mit Beschlag zu belegen. Mit Rücksicht auf diese Tatsachen sei oben gesagt worden, daß der Reklamant das Völkerrecht in seinen Ausführungen außer acht gelassen habe.

Bezüglich der anderen Berufungsgründe erübrige sich eine Erwiderung mit Rücksicht auf das schon in den Protokollen der mündlichen Abschnitt VI6

Verhandlung ausführlich Gesagte, und die Berufung müsse daher schließlich als gänzlich unbegründet abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Der Reklamant behauptet in seinem ersten Berufungspunkt, daß Bestimmungen, wie die von dem internationalen Völkerrechtskongreß in Turin im Jahre 1882 beschlossene Seeprisenordnung als Richtschnur für das gegenwärtige Völkerrecht angesehen werden nüßten und daß danach das zur Verhandlung stehend Schiff und seine Ladung, wenn sie auch feindliches Privatvermögen seien, nicht eingezogen werden dürften.

Da das Prisengericht nicht wie ein Landesgericht, das die Gesette stense Landes zu beobachten habe, an die Bestimmungen des Völkerrechts gebunden sei, so misse es, von fortschrittlichen Prinzipien geleitet, welche über die bestehenden Völkerrechtsregeln hinausragten, ein neues Beispiel geben, indem es seine Entscheidung nach den Umständen des Falls abgebe.

Da aber das zurzeit bestehende Völkerrecht die Beschlagnahme von feindlichen Schiffen und feindlichem Gut auf feindlichem Schiff zuläßt, so kann der Wunsch, daß die Beschlüsse eines internationalen Völkerrechtskongresses, welche bis jetzt nicht als Völkerrecht gelten, befolgt, das in Kraft stehende Völkerrecht außer acht gelassen und dem Fall entsprechend entschieden werde, nicht als eine Berufungsbegründung angesehen werden.

2. Im zweiten Punkt sagt der Vertreter der Reklamation, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer die Aufgabe gehabt habe, für den Reklamanten die Lieferungen für den Walfisch- und sonstigen Fischfangbetrieb auszuführen und den Fangertrag zu vertreiben. Er diene demnach dem Handelsbetrieb und müsse als ein Handelsdampfer behandelt werden. Daher stehe ihm die Vergünstigung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 zu. Ferner erwarte er, daß die neuer Entwicklung des Völkerrechts zum Vorbild genommen und eine neue Präzedenz geschaffen werde, nach der auch Hochsesfischereitährzuge, wie das zur Verhandlung stehende, von der Beschlagnahme ausgenommen würden.

Dies Kaiserliche Verordnung ist aber zum Schutze des Handelsverkehrs geschaffen worden und findet auf ein Fischereifahrzeug, wie das vorliegende, keine Anwendung. Da der Antrag, eine neue Präzdenz zugunsten der Befreiung der Hochseefischereifahrzeuge von der Beschlagnahme zu schaffen, lediglich ein Wunsch des Reklamanten ist, so ist auch Punkt 2 der Berufung unbegründet.

 Punkt 3 der Berufung behauptet, wenn auch die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Dampfers und seiner Ladung für die Zeit gerechtfertigt sein möge, so sei es doch am gerechtesten, das Schiff während der Kriegszeit festzuhalten oder in Gebrauch zu nehmen, nach dem Friedensschluß aber freizugeben.

Dieses Vorbringen des Prozeßvertreters ist jedoch nur ein privater Wunsch, der nicht als Begründung der Berufung angesehen werden kann

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. Juni 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Pacifische Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft des Grafen H. H. Keyserling in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den Direktor Frederic Groß.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, Regerungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 14.

In der Prisensache betreffend den russischen Dampfer "Michael" und seine Ladung wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Der Dampfer "Michael" und die an Bord befindlichen Güter, nämlich 150 Tons Walfischtran, 500 Tons Salz, 110 Tons Eisenstangen, 1 Ton Walfischbarten, 200 Pikul Walfischfleisch und Knochenmehl, 100 Pikul Walfischknochen, 10000 leere Säcke, 4 Walfischnetze, werden singezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Michael" steht im Eigentum der Pacifischen Wallisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft, sein Heimatshafen ist Wladiwostok in Rußland, er führt die russische Plages und ist eines der Hochseefischereifahrzeuge, welche die genannte Geselschaft für ihr Hauptgewerbe, die Herstellung om Walfischptodukten, gebraucht. Er ist am 8. Februar 1904 von Chyang-chyöndong in Korea abgefahren und auf der Fahrt nach Shanghai am 10. desselben Monats, nachmittags 2 Uhr, auf 35° 10° n. Br. und 129° 20° ö. L., also an einem von der koreanischen Küste 5½ seemeilen entfernten Ort, von dem Käiserlich Japanischen Kriegsschiff, "Mijs-ko" be-schlagnahmt worden. Zur Zeit der Aufbringung befanden sich an

Bord die in der Urteilsformel aufgeführten Güter, Walfischtran und 7 andere Warensorten.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift und das Güterverzeichnis des Kommandanten der "Miyako", Tojinai Sojiro, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns des Dampfers "Michael", Wilhelm Lewerdowitsch und des Offiziers Richard Nipkin, das Schiffszertfäkt und das Schiffszortfäkt un

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende:

1. Der Dampfer "Michael" sei weder mit Gefechtsausrüstung ver-

- Der Dampfer "Michael" sei weder mit Gefechtsausrüstung versehen, noch habe er zum Konterbandetransport gedient, auch sei keine Konterbande an Bord.
- 2. Die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Dampfers ein erieme von der K\u00fcste Koreas, welches gegenw\u00e4rig von Japan als neutraler Staat angesehen w\u00fcrde, 4 Seemeilen entfernten Ort gesehehen, also innerhalb der 0 Seemeilen, welche der V\u00f6lkerrechtskonged in Paris im Jahre 1895 f\u00edr neutrales Hobeisgew\u00e4sser erk\u00e4\u00fcr neutrales
- Zur Zeit der Aufbringung des genannten Dampfers sei der zwischen Japan und Rußland bestehende Kriegszustand noch nicht bekannt gewesen.
- Wie auf dem Lande das Privatvermögen für unverletzlich gelte, so müsse derselbe Grundsatz auch für die See angewandt werden.
- 5. Das genannte Schiff sei freilich ein Hochserfischereischiff. Da es aber nicht zum Konterbandetransport gedient, auch keine Konterbande an Bord gehabt habe und somit ein harmloses Fahrzeug sei, so müsse es nach dem Prinzip, welches K\u00e4stenfischereiboote von der Beschlagnahme ausnehme, freigegeben werden.
- 6. Da der Krieg lediglich die Staaten als solche berühre, so kömtten, bevor der Krieg bekannt sei, die Untertanen nicht direkt dadurch beeinflußt werden. Die vorliegende Beschlagnahme sei aber vor Bekanntwerden des Krieges geschehen.
- 7. Die Kalserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 19041) sei dem Gedanken entsprungen, Schiffe, welche von der Kriegseröffnung keine Kenntnis gehabt h\u00e4tien, von der Beschlagnahme auszunchmen. In gleicher Weise d\u00e4rften daher auch Schiffe, welche, wie das zur Verhandlung stehende ohne Kenntnis vom Kriege, wenn auch nach einem neutralen \u00e4) Hafen, abgefahren seien, nicht beschlagnahmt werden, und der Dampfer "Michael" und seine ganze Ladung seien freizugeben.

Die von dem Prozeßvertreter in den Punkten 1, 2, 3 und 4 angeführten Argumente sind im wesentlichen der Inhalt der von dem Kongreß für internationale Rechtswissenschaft in Turin im Jahre 1882 besehlossenen Prisenordnung.

i) I. —  $\hat{\gamma}$  § 3 der Verordnung bezieht sich nur auf solche Schiffe, welche nach japanischen Häfen fahren.

Der Staatsanwalt erwidert hierauf im wesentlichen, daß die Aussigen des Prozeßvertreters sämtlich unbegründet seien und daß auf Einziehung des Schiffs und seiner ganzen Ladung erkannt werden müsse.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der Prozeßvertreter zieht hauptsächlich die Beschlüsse von Völkerrechtskongressen an und beantragt ein Urteil auf Grund dereslben. 
Nach dem tatsächlich zurzeit bestehenden Völkerrecht können jedoch 
unfraglich feindliche Schiffe zur Kriegszeit beschlagnahmt werden, gleichvid ob sie mit Gefechtsrüstung versehen sind; zum Kriegskonterbandetrasport dienen; solche an Bord haben, von der Kriegseröffnung 
kenntnis gehabt haben oder nicht; gleichviel auch ob die Beschlagnahme 
vor Veröffentlichung der Kriegserklärung erfolgt oder nicht. Darüber, 
daß der Dampfer "Michael" ein feindliches Schiff ist und daß die Beschlagnahme nach Eröffnung des Krieges geschehen ist, kann aber kein 
Streit aufkommen.

Da ferner die Beschlagnahme in 5½ Seemeile Entfernung von der koreanischen Küste erfolgt ist und die Völkerrechtspraxis einen Rayon von 3 Seemeilen als Hoheitsgewässer betrachtet, so ist die Beschlagnahme des genannten Dampfers auf offener See geschehen. Selbst venn man aber annehmen wollte, sie sei innerhalb der Hoheitsgewässer Koreas vorgenommen, so ist es doch klar, daß Korea nach seiner derzeitigen tatsächlichen Lage nicht als neutrales Land betrachtet werden kann.

Der Reklamant bringt vor, daß nach demselhen Gedanken, welcher die Küstenfischereiboote<sup>3</sup> von der Beschlagnahme ausnehme, auch das zur Verhandlung stehende Schiff freizugeben sei. Die völkerrechtliche Praxis jedoch, welche die kleinen Küstenfischereiboote von der Beschlagnahme aussehließt, ist im wesentlichen aus dem Motiv entsprungen, die am Kriege nicht beteiligte arme Bevölkerung vor Not zu bewahren, und kann sich daher nicht auf ein im Eigentum einer Gesellschaft stehendes, zur Hochseefischerei dienendes Schiff, wie den Dampfer "Michael", erstrecken.

Ferner behauptet der Reklamant, das zur Verhandlung stehende Schiff sei nach dem der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 zugrunde liegenden Gedanken freizugeben. Es ist aber umbestreibar, daß die genannte Kaiserliche Verordnung nur an den Schutz von Handelsschiffen denkt, welche mit einem japanischen Hafen in Handels-verkehrsbeziehungen begriffen sind. Auf einen Fischereidampfer, wie den zur Verhandlung stehenden, welcher keinen Handels-verkehr betreibt und außerdem von einem ausländischen nach einem ausländischen Hafen fahrt, kann die Vergünstigung der genannten Kaiserlichen Verordnung nicht ausgedehnt werden.

<sup>3)</sup> V. § 35, 1.

Da demnach alle Behauptungen des Vertreters der Reklamation unbegründet sind, so muß der zur Verhandlung stehende Dampfer "Michael" eingezogen werden. 4)

Da ferner die auf demselben befindlichen Güter, nämlich Walfischtran und sieben andere Güterarten, erwiesenermaßen feindliches Gut sind, so müssen sie gleichfalls eingezogen werden.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Pacifische Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft des Grafen H. H. Keyserling in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den Direktor Frederic Groß.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 14.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend den am 10. Februar 1904 auf 35° 10° n. Br. und 129° 20° 6. L., also in einer Entfernung von 5 Seemeilen von der koranischen Küste von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff, "Miyako" aufgebrachten russischen Dampfer "Michael" ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung desselben sowie seiner Ladung von 130 Tons Walfischtran, 500 Tons Salz, 110 Tons Einenstangen, 1 Tons Walfisch barten, 200 Pikul Walfischleisch und Knochenmehl, 100 Pikul Walfischknochen, 10000 leere Söcke und 4 Walfischntze erkannt vorden st

Gegen dieses Urteil hat der Rechtsanwalt Masushima Rokuichire als Prozefivertreter des Reklamanten, der durch ihren Direktor Frederic Groß vertretenen Pacifischen Walfisch- und Fischerei-Kommanditgsellschaft des Grafen H. H. Keyserling, die Berufung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwilte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi geprüft worden st.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation Masushima Rokuichiro und deren Begründung sind folgende: Das Urteil des Prisengerichts zu Sasebo sei gesetzwidrig. Es

werde Verwerfung desselben und Freilassung des zur Verhandlung stehenden Schiffes und seiner Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

<sup>4)</sup> V. § 40.

- 1. Das Völkerrecht sei kein Gesetz, es fehle an einem Gesetzgeber, wie er bei den einzelnen Staaten vorhanden sei. Die Richtschnur für dasselbe sei in den Erklärungen der Regierungen der verschiedenen Mächte und den Beschlässen von Gelehrten zu suchen. Daher sei die von dem internationalen Völkerrechtskongreß in Turin im Jahre 1882 beschlossene Seeprisenordnung und der 1885 von dem Völkerrechtskongreß in Paris beschlossen abhänderungentwurf als Röchschnur für das jetzt geltende Völkerrecht anzunehmen. Nach dem letten Teil des Artikel 4 der genannten Seeprissonordnung könne Prüstvermögen, wie das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung, obleich feindliches Gut. nicht beschlapnahmt werden.
- Da das Prisengericht von einem Landesgericht verschieden und nicht, wie ein an seine Landesgesetze gebundenes Landesgericht an die Bestimmungen des Völkerrechts gebunden sei, so müsse es, von fortschrittlichen Prinzipien geleitet, welche über die bestehenden Völkerrechtsregeln hinausragten, ein neues Beispiel geben, indem es seine Entscheidung nach den Umständen des Falls abgebe.
- 2. Da die Beschlagnahme vor der Bekanntmachung der Kriegserlärung erfolgt, die Kriegseröfinung daher nicht bekannt gewesen sei, so misse Freigabe erfolgen. Daß ein kriegführender Staat bei Eröffnung des Kriegse eine Kriegserklärung nicht abzugeben brauche, beziehe sich nämlich nur auf den gegenreischen Staat als solehen. Denn es seien die Staaten als solehe, welche zu einander in das Kriegsverhältnis träten, die Individuen stünden hierzu in keiner direkten Beziehung.
- 3. Die Beschlagnahme sei in koreanischem Gebiet erfolgt und sei unrechtmäßig, weil Korea ein neutraler Staat sei. Das Urtiell erster Instanz behaupte einfach, Korea sei tatsächlich kein neutraler Staat, ohne jedoch diese Behauptung irgendwie zu begr\u00e4nden.
- 4. Das Urteil erster Instanz behaupte, daß die Vergünstigung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden könne. Da jedoch der Gedanke, aus dem die genannte Verordnung hervorgegangen sei, der sei, feindliche Schiffe, die von dem Kriege keine Kenntnis gehabt hätten, zu schützen, so müsse sie auch auf Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, welches von dem Kriege keine Kenntnis gehabt habe, zur Anwendung gebracht werden.
- 5. Aus den obigen Gründen könne ein Urteil auf Einzichung des Schiffes und der Ladung auf keinen Fall erlassen werden. Wenn daher die Beschlagnahme für die Zeit gerechtfertigt sein möge, so würde man am billigsten verfahren, wenn man das Schiff während der Kriegszeit festhalte oder in Gebrauch nehme, nach Friedensschluß aber freigebe.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Der Reklamant stütze sich lediglich auf Beschlüsse von internationalen Völkerrechtskongressen und behaupte, daß feindliche Schiffe, wenn sie keine Gefechtsristung trügen, nicht zum Konterbandetransport dienten, keine Konterbande an Bord hätten und von der Kriegseröffnung keine Kenntin hätten, nicht beschlagnahmt werden könnten.

Es bedürfe jedoch keiner weiteren Erörterung, daß derartige Ausführungen in den zurzeit unter den zivilisierten Staaten zur Anwendung kommenden völkerrechtlichen Bestimmungen und Gewohnheiten keine Unterstützung fänden. Daher sei die Berufung in allen Punkten unbegründet und misses abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Michael" steht im Eigentum der Pacifischen Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft in St. Petersburg, Rußland, sein Heimatshafen ist Władiwostok, er ührt die russische Handelsflagge und wird im Betriebe eines Unternehmens zur Herstellung von Walfischprodukten verwandt. Am 10. Februar 1904, also nach Eröffnung des Krieges zwischen Japan und Rußland, wurde er auf der Reise von Chyang-Chyön-dong nach Shanghai auf 359 10'n. Br. und 120 ° 20' ö. L., also in einer Entfernung von mehr als 5 Seemtlen von der koreanischen Küste, von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Miyako" mit Beschlag belegt.

Es ist erwiesen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff feindlich und die darauf befindlichen Güter, Walfischtran und sieben andere Güterarten, feindliche Güter auf feindlichem Schiff sind.

Der Reklamant behauptet in seinem ersten Berufungspunkt, daß Bestimmungen, wie die von dem internationalen Völkerrechtskongreß in Turin im Jahre 1882 beschlossene Seeprisenordnung als Richtschnur für das gegenwärtige Völkerrecht anzusehen seien und daß danach das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung, wenn sie auch feindliches Privatvermögen seien, nicht eingezogen werden dürften.

Da das Prisengericht nicht wie ein Landesgericht, das die Gesetze seines Landes zu befolgen habe, an die Bestimmungen des Völkerrechts gebunden sei, so müsse es, von forstehritlichen Prinzipien geleitet, welche über die bestehenden Völkerrechtsregeln hinausragten, ein neues Beispiel geben, indem es seine Entscheidung nach den Umständen des Falls abgebe.

Da aber das zurzeit bestehende Völkerrecht die Beschlagnahme von feindlichen Schiffen und feindlichem Gut auf feindlichem Schiff gutheißt, so kann der Vorschlag, daß den Beschlüssen eines internationalen Völkerkongresses, welche bis jetzt nicht als Völkerrecht gelten, Folge geleistet und das in Anerkennung stehende Völkerrecht außer

acht gelassen und dem Fall entsprechend entschieden werde, nicht als eine Berufungsbegründung anerkannt werden.

In Punkt 2 bringt der Reklamant vor, daß die Beschlagnahme vor Bekanntmachung der Kriegserklärung erfolgt sei und daß daher das Schiff, weil es von der Kriegseröffnung keine Kenntnis gehabt habe, freizugeben sei.

Es ist aber völkerrechtlich anerkannt, daß es zur Kriegseröffnung der Veröffentlichung einer Kriegserklärung nicht bedarf, daß viellnehr, venn nur der Krieg eröffnet ist, gleichviel ob die feindlichen Staatsangehörigen darum wissen oder nicht, der kriegführende Staat diesen gegnüber sein Beschlagnahmerecht ausüben kann. Daher ist Punkt 2 der Berufung unbegründet.

Der Punkt 3 der Berufung macht geltend, daß die Beschlagnahme, veil in den neutralen koreanischen Hoheitsgewässern ausgeführt, widerrechtlich sei. Korea hat aber für den Krieg zwischen Japan und Rußland von Anfang an zu der Landung und dem Passieren der japanischen Truppen in seinem Gebiet seine Zustimmung gegeben. Auch hat sich der Krieg anfangs innerhalb des Hoheitsgebiets von Korea abgespielt. Daher kann Korea nicht als neutraler Staat im gewöhnlichen Sinne des Worts erachtet werden und Punkt 3 der Berufung ist unbegründet.

In Punkt 4 wird gesagt, daß der in der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 zum Ausdruck gekommene Gedanke, feindliche Schiffe, welche von der Kriegseröffnung keine Kenntals hätten, zu schützen, auf das zur Verhandlung stehende Schiff angewandt werden misse.

Die Fahrt des zur Verhandlung stehenden Schiffes deckt sich aber, sie aus dem Wortlaut klar hervorgeht, nicht mit einem der Fälle der §§ 1 bis 3 der Kalserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 und eine Anwendung dieser Verordnung auf Schiffe, welche, wie das in Trage stehende, von einem Platz außerhalb Japans nach einem solchen fahren, ist unzulässig. Deshalb ist auch Punkt 4 der Berufung unbegründet.

Punkt 5 der Berufung behauptet, daß man, wenn die Beschlagname für die Zeit gerechtfertigt sein möge, am billigsten verfahren würde, wenn man das Schiff während der Kriegszeit festhielte oder in Gebrauch nehme, nach Friedensschluß aber freigebe.

Dieses Vorbringen des Prozeßvertreters ist jedoch lediglich ein Priwatwunsch, der nicht als Begründung der Berufung angesehen werden kann

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Im Oberprisengericht am 16. Februar 1905.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Pacifische Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft des Grafen H. H. Keyserling in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den Direktor Frederic Groß.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 14.

In der Prisensache betreffend den russischen Dampfer "Nikolai" wird, wie folgt, entschieden:

# Urteilsformel:

Der Dampfer "Nikolai" und die an Bord befindlichen 6500 Fun¹) koreanischen Geldes werden eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Nikolai" steht im Eigentum der Pacifischen Walfisch- und Fischerei-Kommandligesellschaft, sin
Heimatshafen ist Wladiwostok in Rußland, er führt die russische Flagge
und ist eines der Hochseefischereifahrzeuge, welche die genannte Oesellschaft für ihr Haupigewerbe, den Walfischfang gebraucht. Er ist
am 8. Februar 1904 von Chyang-chyön-dong in Korea abgefahren und
auf der Fährt nach Shanghai am 10. desselben Monats auf 35 9 7 \* n. Bv.
und 129 15 \* 6. L., also an einem von der koreanischen Küste 4 Seemeilen entifernten Ort von dem Kaisetich Japanischen Krigesschiff
"Mityako" beschlagnahmt worden. Das Schiff war ohne Ladung, hatte
aber 6500 Fun koreanischen Geldes an Bord.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift und das Oiterverzeichnis des Kommandanten der "Miyako", Tojinai Sojiro, die Vernehmungsprotokolle des Kapitians des Dampfers "Nikolai", Gustav Beising und des Harpuniers Niels Nielsen, durch das Schiffszertifikat und das Journal des genannten Dampfers sowie die Geschäftsbücher über den Walfschfang.

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende:

- Der Dampfer "Nikolai" sei weder mit Gefechtsausrüstung versehen, noch habe er zum Konterbandetransport gedient; auch sei seine Konterbande an Bord.
- 2. Die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Dampfersei an einem von der Kläte Koreas, welches gegenwärtig von Japan als neutraler Staat angesehen werde, 4 Seemeilen entfernten Ort, d. h. nach den Beschlüssen des Völkerrechtskongresses in Paris im Jahre 1895 in den Hohelstgewässern eines neutralen Staats geschehen.
- Zur Zeit der Aufbringung des genannten Dampfers sei der zwischen Japan und Rußland bestehende Kriegszustand noch nicht bekannt gewesen.

<sup>1) 100</sup> Fun = etwa 37 Pfennige.

- Wie auf dem Lande das Privatvermögen für unverletzlich gelte, so müsse derselbe Grundsatz auch für die See angewandt werden.
- 5. Das genannte Schiff sei freilich ein Hochseefischereischiff. Das aber nicht zum Konterbandetransport gedient, auch keine Konterbande an Bord gehabt habe und somit ein harmloses Fahrzeug sei, so müsse si nach dem Prinzip, welches Küstenfischereiboote von der Beschlagnahne ausnehme, freigegeben werden.
- 6. Da der Krieg lediglich die Staaten als solche berühre, so könnten, bevor der Krieg bekannt sei, die Untertanen nicht direkt dadurch beeinfußt werden. Die vorliegende Beschlagnahme sei aber vor Bekanntwerden des Krieges geschehen.
- 7. Die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 sei dem Gedanken entsprungen, Schiffe, welche von der Kriegseröffnung keine Kenntnis gehab h\u00e4tten, von der Beschlagnahme auszunehmen. In gleicher Weise d\u00fcrften daher auch Schiffe, welche, wie das zur Verhandlung stehende, ohne Kenntnis vom Kriege, wenn auch nach einem neutralen?] Hafen, abgefahren seien, nicht beschlagnahmt werden, und Der Dampfer "Nikolai" und das auf ihm befindliche Geld seien freizugeben

Die von dem Prozeßvertreter in den Punkten 1, 2, 3 und 4 angeführten Argumente sind im wesentlichen der Inhalt der von dem Kongreß für internationale Rechtswissenschaft in Turin im Jahre 1882 beschlossenen Seeprisenordnung.

Der Staatsanwalt erwidert hierauf im wesentlichen, daß die Aussagen des Prozeßvertreters sämtlich unbegründet seien und daß auf Einziehung des Schiffs und des an Bord befindlichen koreanischen Geldes erkannt werden misse.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der Prozeßvertreter zieht hauptsächlich die Beschlüsse von Völkerrechtskongressen an und beantragt ein sich darauf gründendes Urteil.
Nach dem tatsächlich zurzeit bestehenden Völkerrecht können jedoch
unfraglich feindliche Schiffe zur Kriegszeit beschlagnahmt werden, 3
gleichviel, ob sie mit Gefechtsausrästung versehen sind; zum Kriegskonterbandetransport dienen; solche an Bord haben; von der Kriegseröffung Kenntnis gehabt haben oder nicht, gleichviel, auch ob die
Beschlagnahme vor der Veröffentlichung der Kriegserklärung erfolgt
oder nicht. Darüber, daß der Dampfer "Nikolai" ein feindliches Schiff
ist und daß die Beschlagnahme nach Eröffnung des Krieges geschehen
ist, kann aber kein Streit aufkommen.

Da ferner die Beschlagnahme in 4 Seemeilen Entfernung von

 $<sup>^{9}\ \</sup>S$  3 der Kaiserlichen Verordnung bezieht sich nur auf solche Schiffe, die nach einem japanischen Hafen fahren.

<sup>3)</sup> V. §§ 1 und 35.

der koreanischen Küste erfolgt ist und die Völkerrechtspraxis einen Rayon von 3 Seemeilen als Hoheitsgewässer betrachtet, so ist die Beschlagnahme des genannten Dampfers auf offener See geschehen. Selbst wenn man aber annehmen wollte, sie sei innerhalb der Hoheitsgewässer Koreas vorgenommen, so sit es doch klar, daß Korea nach seiner derzeitigen tatsächlichen Lage nicht als ein neutrales Land betrachtet werden könne.

Der Reklamant bringt vor, daß nach demselben Gedanken, welcher die Küstenfischeriebode von der Beschlagnahme ausnehme, auch das zur Verhandlung stehende Schiff freizugeben sei. Die völkerrechtliche Praxis jedoch, welche die kleinen Küstenfischerreibode von der Beschlagnahme ausschließt, ist im wesentlichen aus dem Motiv entsprungen, die am Kriege nicht beteiligte arme Bevölkerung vor Not zu bewahren, und kann sich daher nicht auf ein im Eigentum einer Gesellsschästschendes, zur Hochseefischerei dienendes Schiff, wie den Dampfer"Nikolai", esterseken.

Ferner behauptet der Reklamant, das zur Verhandlung stehende Schiff sei nach dem der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 zugrunde liegenden Gedanken freizugeben. Es ist aber unbestreitbar, daß die genannte Kaiserliche Verordnung nur an den Schutz von Handelsschiffen denkt, welche mit einem japanischen Hafen in Handelsverkehrsbeziehungen begriffen sind. Auf einen Fischereidampfer, wie den zur Verhandlung stehenden, welcher keinen Handelsverkehr betreibt und außerdem von einem ausländischen Hafen nach einem Auspellen Hafen haten der einem ausländischen Hafen nach einem ausländischen Hafen haten einem ausländischen Hafen haten einem ausländischen Hafen haten einem ausländischen Hafen haten einem a

Da demnach alle Behauptungen des Vertreters der Reklamation unbegründet sind, so muß der zur Verhandlung stehende Dampfer "Nikolai" eingezogen werden. 4)

Da ferner die auf demselben befindlichen 6500 Fun koreanischen Geldes erwiesenermaßen feindliches Gut sind, so müssen sie gleichfalls eingezogen werden. 4)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Pacifische Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft des Grafen Keyserling in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den Direktor Frederic Groß.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 14.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend den am 10. Februar 1904 auf 35 9 7 in. Br. und 129 e 15: 6. L., also in einer Entfernung von 3½ Seemeilen von der koreanischen Kiste von dem Käiserlich Japanischen Kriegsschiff "Miyako" aufgerachten tussischen Dampfer "Nikolai" ein Urteil gefällt, in welchen uf Einziehung des Dampfers sowie der ihm zugehörigen 6500 Fun koranischen Geldes erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro als Prozefverteter des Reklamanten, der durch ihren Direktor Frederic Groß vertretenen Pacifischen Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft des Grafen H. H. Keyserling, die Berufung eingelegt, welche-im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binich ig geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation Masushima Rokuichiro und deren Begründung sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts zu Sasebo sei gesetzwidrig. Es werde Verwerfung desselben und Freilassung des zur Verhandlung stehenden Schiffes und seiner Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das Völkerrecht sei kein Gesetz, denn es fehle an einem Gesetzgeber, wie er bei den einzelnen Staaten vorhanden sei. Die Richtschnur für dasselbe sei in den Erklärungen der Regierungen der verschiedenen Mächte und den Beschlüssen von Gekehrten zu suchen. Daher sei die von dem internationalen Völkerrechtskongreß in Turin im Jahre 1882 beschlössene Seeprisenordnung und der 1885 von dem Völkerrechtskongreß in Paris beschlössene Abänderungsentwurf als Richtschnur für das jetzt geltende Völkerrecht anzunehmen. Nach dem letzten Teil des Artikel 4 der genannten Seeprisenordnung könne Privatvermögen, wie das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung, obgleich feindliches Gut, nicht beschlagnahmt werden.

Da das Prisengericht von einem Landesgericht verschieden und nicht wie ein an seine Landesgesetzte gebundense Landesgericht an die Bestimmungen des Völkerrechts gebunden sei, so müsse es, von fortschrittlichen Prinzipien geleitet, welche über die bestehenden Völkerrechtsregeln hinausragten, ein neues Beispiel geben, indem es seine Entschleidung nach den Umständen des Falls slegebe.

 Da die Beschlagnahme vor der Bekanntmachung der Kriegserklärung erfolgt, die Kriegseröffnung daher nicht bekannt gewesen sei, so müsse Freigabe erfolgen. Daß ein kriegführender Staat bei Eröffnung des Krieges eine Kriegserklärung nicht abzugeben brauche, beziehe sich nämlich nur auf den gegnerischen Staat als solchen. Denn es seien die Staaten als solche, welche zu einander in das Kriegsverhältnis träten, die Individuen stünden hierzu in keiner direkten Beziehung.

- 3. Die Beschlagnahme sei in koreanischem Gebiet erfolgt und sei unrechtmäßig, weil Korea ein neutraler Staat sei. Das Urteil erster Instanz behaupte einfach, Korea sei tatsächlich kein neutraler Staat, ohne jedoch diese Behauptung irgendwie zu begründen.
- 4. Das Urteil erster Instanz behaupte, daß die Vergünstigung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden könne. Da jedoch der Gedanke, aus dem die genannte Verordnung hervorgegangen sei, der sei, feindliche Schiffe, die von dem Kriege keine Kenntnis gehabt häten, zu schützen, so müsse sie auch auf Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, welches von dem Kriege keine Kenntnis gehabt habe, zur Anwendung gebracht werden.
- 5. Aus den obigen Gründen könne ein Urteil auf Einziehung des Schiftes und der Ladung auf keinen Fall erlassen werden. Wenn daher die Beschlagnahme für die Zeit gerechtfertigt sein möge, so würde man am billigsten verfahren, wenn man das Schiff während der Kriegszeit festhalte oder in Gebrauch nehme, nach Friedensschuld aber freigeb.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

- Der Berufungsreklamant stelle unter Zugrundelegung der von einem internationalen Völkerrechtskongreß beschlossenen Seeprisenordnung folgende Behauptungen auf:
  - Privatvermögen zur See dürfe wie solches zu Lande nicht beschlagnahmt werden.
- Der Zeitpunkt der in Frage stehenden Aufbringung liege vor der Veröffentlichung der Kriegserklärung, daher müsse, weil die Tatsache der Kriegseröffnung unbekannt gewesen, Freigabe erfolgen.

Da aber das Völkerrecht ein Gewohnheitsrecht sei, welches der gemeinsamen Anerkennung durch die Mächte entspringe und von den Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen nach freier Seibsbestimmung befolgt werde, so könnten natürlich Beschlüsse von internationalen Völkerrechtskongressen, welche lediglich der Ausdruck von Vorsehlägen Gelehrter seien, keinen Anspruch auf sofortige Anerkennung haben. Außerdem würde aber kein Grund vorliegen, weshalb Japan allein gewohnheitsrechtliche Bestimmungen, die von dem Gegert nicht befolgt würden, anwenden und durch prinziplose Gewährung von Vergünstigungen den Feind besser stellen sollte. Solche Bestimmungen den könnten daher nicht zur Begründung der Freigabe angeführt werden.

3. Der Reklamant behaupte, der Ort, an welchem die Beschlag-

nahme stattgefunden habe, sei innerhalb der koreanischen Hoheitsgewässer, die Beschlagnahme daher widerrechtlich und es müsse Freigabe erfolgen.

Die Streitfrage über die 3 oder 6 Seemeilen eine Weile beiseite gelassen und angenommen, daß die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes in koreanischem Gebeitsgewässer erfolgt sei, 30 könne man doch Korea nicht als einen neutralen Staat betrachten. Des weiteren aber angenommen, Korea sei neutral, 30 stehe doch das Recht einer Beschwerde wegen Verletzung seiner Neutraliät niemandem außer dem neutralen Staat selber zu und könne nicht von dem Eigentümer des feindlichen Schiffes zur Erlangung der Freigabe desselben oder als Berufungsgrund gegen das Urteil erster Instanz geltend gemacht werden. Dies um so weniger, als die Beschlagnahme talsächlich außerhalb der allgemein als Grenze des Gebietsgewässers anerkannten 3 Seemeiken erfolgt sei.

Punkt <sup>4</sup> der Berufung mache geltend, daß die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 auf Schiffe, welche von der Kriegseröffnung keine Kenntnis hätten und nach einem neutralen Hafen zu fahren im Begriff seien, Anwendung finden müsse. Der Gedanke indessen, der der genannten Kaiserlichen Verordnung zugrunde liege, sei nicht der, feindliche Schiffe, die von der Kriegseröffnung keine Kenntnis hätten, zu schützen.

Demnach sei die Berufung in allen Punkten unbegründet und müsse abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Nikolai" steht im Eigenum der Pacifischen Walfisch- und Fischerei-Kommanditgesellschaft in St. Petersburg. Rußland, sein Heimatshafen ist Wladiwostok, er führt die russische Handelsflagge und dient zum Walfischfang. Am 10. Februar 1004, also nach Eröffnung des Krieges zwischen Japan und Rußland, wurde er auf 35° 17° n. Br. und 120° 15° 6. L., also in einer Entfernung von 39′<sub>6</sub> Seemeilen von der koreanischen Küste von dem Küserlich Japanischen Kriegsschiff "Miyako" beschlagnahmt.

Es ist erwiesen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff ein feindliches Schiff und die ihm zugehörigen 6500 Fun feindliches Gut auf feindlichem Schiff sind.

Da das Prisengericht nicht wie ein Landesgericht, das die Gesetz

seines Landes zu befolgen habe, an die Bestimmungen des Völkerrechts gebunden sei, so müsse es, von fortschrittlichen Prinzipien geleitet, welche über die bestehenden Völkerrechtsregeln hinausragten, ein neues Beispiel geben, indem es seine Entscheidung nach den Umständen des Falls abgebe.

Da aber das zurzeit bestehende Völkerrecht die Beschlagnahme von feindlichen Schiffen und feindlichem Gut auf feindlichen Schiff gutheißt, so kann der Vorschlag, daß den Beschlüssen eines internationalen Völkerrechtskongresses, welche bis jetzt nicht als Völkerrecht gelten, Folge geleistet und das in Anerkennung stehende Völkerrecht außer acht gelassen und dem Fall entsprechend entschieden werde, nicht als eine Berufungsbegründung anerkannt werden.

In Punkt 2 bringt der Reklamant vor, daß die Beschlagnahme vor Bekanntmachung der Kriegserklärung erfolgt sei und daß daher das Schiff, weil es von der Kriegseröffnung keine Kenntnis gehabt habe, freizugeben sei.

Es ist völkerrechtlich anerkannt, daß es zur Kriegseröffnung der Veröffentlichung einer Kriegserklärung nicht bedarf, daß vielmehr, wenn nur der Krieg eröffnet ist, gleichviel ob die feindlichen Staatsangehörigen darum wissen oder nicht, der kriegführende Staat diesen gegenüber sein Beschlagnahmerecht ausüben kann. Daher ist Punkt 2 der Berufung unbegründet.

Der Punkt 3 der Berufung macht geltend, daß die Beschlagnahme, weil in den neutralen koreanischen Hoheitsgewässern ausgeführt, widerrechtlich sei. Korea hat aber für den Krieg zwischen Japan und Rußland von Anfang an zu der Landung und dem Passieren der japanischen Truppen in seinem Gebeit seine Zustimmung gegeben. Auch hat sich der Krieg anfangs innerhalb des Hoheitsgebiets von Korea abgespielt. Daher kann Korea nicht als neutraler Staat im gewöhnlichen Sime des Worts erachtet werden und Punkt 3 der Berufung ist unbegründet.

In Punkt 4 wird gesagt, daß der in der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 zum Ausdruck gekommene Gedanke, feindliche Schiffe, welche von der Kriegseröffnung keine Kenntnis hätten, zu schützen, auf das zur Verhandlung stehende Schiff angewandt werden müsse.

Die Fahrt des zur Verhandlung stehenden Schiffs deckt sich aber, wie sus dem Wortlaut klar hervorgeht, nicht mit einem der Fälle der §§ 1 bis 3 der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904, und eine Anwendung dieser Verordnung auf Schiffe, welche, wie das in Frage stehende, von einem Platz außerhalb Japans nach einem solchen fahren, ist unzulössig. Deshalb ist auch Punkt 4 der Berufung unbegründet.

Punkt 5 der Berufung behauptet, daß man, wenn die Beschlagnahme für die Zeit gerechtfertigt sein möge, am billigsten verfahren würde, wenn man das Schiff während der Kriegszeit festhielte oder in Gebrauch nehme, nach Friedensschluß aber freigebe.

Dieses Vorbringen des Prozeßvertreters ist jedoch lediglich ein Privatwunsch, der nicht als Begründung der Berufung angesehen werden kann.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Im Oberprisengericht am 16. Februar 1905.

(Unterschriften.)

In der Prisensache, betreffend den am 10. Februar 1904 im Hafen von Yokohama von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Amaki" beschlagnahmten Dampfer "Kotik", wird nach Beendigung der Untersuchung wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des Dampfers "Kotik" entschieden.

# Tatbestand und Gründe:

Det Dampfer "Kotik" steht im Eigentum der im Fischereigewerbe in Kamtschatka in Rußland tätigen Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft in St. Petersburg. Sein Heimatshafen ist Wladiwostok, er hat die Erlaubnis zur Führung der russischen Handelsflagge und dient der genannten Gesellschaft zum Transportieren des Fischereiertrages, der Bedarfsartikel der Fischereipflätze und der Fischer. Daneben hatte er gewöhnlich behörfliche Funktionen der russischen Regierung bei der Kontrolle gegen unerlaubte Fischerei in der See bei Kamtschatka auszuüben.

Seit dem 25. Dezember 1903 lag der Dampfer im Hafen von Yokohama, wo er nach Eintritt des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland am 10. Februar 1904 von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Amaki" beschlagnahmt wurde.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Vernehmungsprotokolle des Stellvertreters des Kommandanten des Kaiserlichen Kriegsschiffs "Manki", Kapitänleutnants K am am ura Giki, des früheren Kommandanten der "Amaki", Fregattenkapitäns Minami Yoshichika, des Chefs der Wasserpolizei in Yokohama, Yuasa Hidetomi, des Vertreters des Kapitäns der "Kotik", 1. Offiziers Uffmann, des Maschinisten Moji Sotaro, des 2. Gesandtschaftssekretärs, Kawakami Toshihiko, der Inspektoren des Zollamts in Vokohama, Karaoko Yoshizo, Fukai Shimpachiro, Shimizu Shokichi und Saito Torakichi; ferner durch die Aussageschrift des Fregattenkapitäns Minami Yoshichika, die von dem oben erwähnten Stelvertreter des Kapitäns übergebenen Schliftspapiere und schriftliche Aussage sowie durch die Übersetzung des Urteils des Landgerichts in Wladiwostok gegen das Segeschiff "Kyomasa Maru".

Die Hauptpunkte der Reklamation der Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft sind folgende:

Da die "Kotik" ein Schiff sei, welches einem reinen Handelbetriebe diene, so sei sie juristisch ein einfaches Handelsschiff. Obwohl ihr daher habe freistehen müssen, auf Grund der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 1) bis zum 16. Februar d. J. den japanischen Hafen zu verlassen, sei sie rechtswidrigerweise vor Ablauf der Frist beschlagnahmt worden.

Bei der Entscheidung über die Frage, ob die Beschlagnahme zu Recht geschehen sei oder nicht, müsse festgestellt werden, ob die "Kotil" ein reines Handelsseihff oder ein Staatsschiff sei, ferner, wenn sie kein Staatsschiff sei, ob sie vom Staat die Befugnis zur Ausübung polizellicher Rechte erhalten habe oder nicht.

Es stehe außer allem Zweifel, daß ein Schiff, um ein Staatsschiff zu sein, zwei Bedingungen erfüllen müsse, nämlich erstens müsse es unter dem direkten Aufsichtsrecht der Regierung stehen, d. h. es müsse ein aufsichtführender Regierungsbeamter an Bord sein; zweitens müsse es für Zwecke des Staats, das heißt zur Ausübung öffentlicher Rechte, verwandt werden.

Selbst zugegeben, die "Kotik" habe polizeiliche Rechte ausgeübt, so hätte sich dies doch, wie Moji Sotaro's Aussage bezeuge, auf solche Zeiten beschränkt, zu welchen ein russischer Beamter an Bord gewesen sei. Wenn das Schiff auch zu Staatszwecken benutzt worden sei, so könne man es doch für die Zeit, wo kein aufsichtführender Beamter an Bord sei, nicht als Staatsschiff ansehen, so daß es also mit Aufhören der zeitweiligen öffentlichen Verwendung sogleich seine Eigenschaft als ein öffentliches Fahrzeug wieder verliere.

Als die "Kotik" beschlagnahmt worden sei, habe sie lediglich Meeresprodukte nach Japan gebracht gehabt und keinen öffentlichen Charakter getragen.

Was ferner die Behauptung angehe, die "Kotik" habe Polizeibefugnisse ausgeübt, so habe nicht der Kapitän, sondern ein russischer Beamter solche im Auftrage der russischen Regierung ausgeübt, wobei der Kapitän nur engagiert worden sei. Kurz, die "Kotik" sei von der russischen Regierung gechartert worden und sei während der Zeit außer der Ausübung der Polizeirechte ein Handelsschiff, welches von seinen Eigentümern, einer Erwerbsgesellschaft, für deren Zwecke vervandt worden sei. Daher sei es billigerweise freizugeben.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wie bereits oben gesagt, ist die "Kotik" ein Fischereifahrzeug, welches zum Transport der Fischereierträge usw. dient. Da ferner nach der Aussage von Kur ao ka Y os hi zo um K aw ak am i Tos hihibito Grund zu der Annahme vorliegt, daß das genannte Schiff auch, wenn kein Beamter an Bord war, behördliche Punktionen auszuüben hatte, so kann das Zeugnis des Moji Sotaro allein nicht genügen, um die Tatsache, daß das Schiff ganz allgemein die erwähnten behördlichen Funktionen hatte, umzustoßen. Angesichts dieses Charakters kann die "Kotik" nicht aus dem Grunde, daß sie zur Zeit der Beschlagnahme Meeresprodukte nach Japan geschafft, also zufälig einmal keine öffentlichen Befagnisse ausgeübt hatte, als ein reines Handelsschiff angesehen werden.

Aus diesen Gründen muß das Schiff als ein feindliches Schiff betrachtet werden, <sup>2</sup>) auf welches die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 keine Anwendung findet. Die Beschlagmahme durch den Kommandanten des Kaiserlichen Kriegssehiffs "Amaki" ist daher gerechtfertigt, und das Schiff kann nicht freigeveben werden.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 18. Mai 1904 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio,

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch die Prokuristen Alexis Brosroff und Amor Mandl.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Gorai Kinzo, Tokio, Kojimachiku Fujimicho Shichome Nr. 4, bei Kawamoto Jujiro.

Am 18. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensache betreffend den am 10. Februar 1904 im Hafen von Yokohama von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Amaki" beschlagnahmten russischen Dampfer "Kotik" ein Urteil auf Wegnahme desselben gefällt. Gegen dieses Urteil haben die Prokuristen der Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft Alexis Brosroff und Amor Mandl durch den Rechtsanwalt Gorai Kinzo als Prozefbertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Statasmwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Gorai Kinzo und deren Begründung sind folgende:

Die genannte Gesellschaft sei Etitig im An- und Verkauf von Pelzen von Seetieren, der Fabrikation von Dünger und von Konserven sowie im Transportgeschäft; zugleich betreibe sie die Versorgung der Bewohnt von Kamtschatka mit allgemeinen Provisionen; aber der Fischfang sei ihr Gewerbe nicht. So sei auch die im Eigentum der Gesellschaft stehende "Kotik" ein Handelsschiff, welches zum Transport der von der Oesellschaft eingekauften Tierpelze, ihrer Fabrikate sowie zum Passegier- und Gütterverkehr diene. Es sei daher eine falsche Auffassung der Tatsachen, wenn das Gericht erster Instanz das Schiff als eia Fischereifahrzeug angesehen habe.

Was die der Auffassung des Gerichts zugrunde liegende Tatsache angehe, daß das Schiff ganz allgemein behördliche Funktionen ausgeübt haben sollte, so könne das nur für die Zeit gelten, als das Schiff im Eigentum der Sealskin Company gestanden habe, während der späteren Zeit habe es diese Obliegenheiten nur ein einziges Mal. am 6. August 1902, ausgeübt, so daß man nicht sagen könne, daß es dies gewöhnlich tue.

Was ferner die Behauptung betreffe, die "Kotik" habe zur Kortrolle gegen unerlaubte Fischerei gedient, so sei das nur der Fall gewesen, wenn ein Beamter an Bord gewesen sei, und der öffentliche Charakter des Schiffs sei mit dem Absteigen dieses Beamten sogleich wieder erloschen. Da das Schiff zur Zeit der Beschlagnahmer ein gewöhnliches Handelsschiff gewesen sei, so sei die Beschlagnahme, wel innerhalb der in der Kaiseriichen Verordnung Nr. 20 für die Abreisbestimmten Aufschubfrist geschehen, unrechtmäßig und die "Kotik" misse freizegeben werden.

Es werde daher Aufhebung des auf Wegnahme lautenden Urteils des Prisengerichts von Yokosuka und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, Uchida Shigenari und Yanagita Kunio sind folgende:

Es gehe aus dem Vernehmungsprotokoll des Stellvertreters des Kapitäns der "Kotik" sowie aus dem Bericht des Konsuls Nomura Motonobu an den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hervor, daß die Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft sich mit der Fischerei beschäftige. Die von dem Reklamanten vorgebrachte Bebeauptung, daß die Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft sich nie mit Hochseefischerei beschäftigt habe, habe nicht den Wert eines Grepenbeweise.

Der Verdacht, daß die "Kotik" die Befugnisse gehabt habe, polizeiliche Funktionen auszuüben, werde hinreichend bewiesen, wenn man folgende Tatsachen nebeneinander halte: Obwohl sich unter dem 6 August 1902, zu welcher Zeit das Schiff an der Kontrolle gegen unerlaubte Fischerei beteiligt gewesen sei, in dem Schiffsjournal nichts zum Beweise dafür verzeichnet finde, daß das Schiff von dem Gouvernement engagiert gewesen, sei dasselbe doch zu iener Zeit absichtlich bei Schiffen, welche unter dem Verdacht unerlaubter Fischerei gestanden hätten, vor Anker gelegt worden und die Besatzung habe von dem Gouvernement Auftrag für Visitierungen und Beschlagnahmen gehabt, Zur Zeit, als die "Kotik" im Eigentum der Sealskin Company gestanden habe, sei sie oft bei Beschlagnahmen von Schiffen, die unerlaubte Fischerei betrieben, beteiligt gewesen. Die Kamtschatka Handels--und Industriegesellschaft betreibe dasselbe Gewerbe wie die Sealskin Company, insbesondere habe sie auch einen der Hauptangestellten derselben zu ihrem Prokuristen gemacht. Die gewerbliche Tätigkeit von ganz Kamtschatka werde von ihr monopolisiert und sie genieße einen herrschenden Einfluß in der ganzen Gegend.

Da der Reklamant, um diesen Verdacht zu entfernen, kein Beweismaterial beigebracht habe, so sei die Entscheidung erster Instanz zutreffend

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Aus den Eintragungen in das Tagebuch der "Kotik" geht hervor, daß dieselbe, während sie im Eigentum der Sealskin Company war, häufig an der Kontrolle gegen Schiffe, welche unerlaubte Fischerei ausübten, beteiligt gewesen ist und zur Verfolgung, Beschlagnahme und Arretierung solcher Schiffe gedient hat. Der Reklamant hebauptet, daß solche Vorkommnisse zum größten Teil der Zeit angehörten, wo das Schiff im Eigentum der Sealskin Company stand und daß das kein Beweis für das jetzige Bestehen solcher Beziehungen sei. Da aber die Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft die Nachfolgerschaft in den Geschäften der Sealskin Company angetreten hat und einer der wichtigsten Angestellten der letzteren jetzt Prokurist bei der Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft ist, auch bei der Anderung des Namens der Eigentümerin die Besatzung des Dampfers keine Anderung der Verhältnisse bemerkt hat, so ist es schwer anzumehmen, daß die beiden Gesellschaften zwei gazu verschiedene, nicht zu einander in Beziehung

stehende Gesellschaften sein sollten. Zum mindesten kann nach den Vernehmungsprotokollen der Besatzung nicht angenommen werden, daß in den Beziehungen der "Kotik" zu der Kontrolle der unerlaubten Fischerei eine Anderung eingetreten sei.

Ferner sagt der Rekkamant, daß die Verwendung der "Koth" als Kontrollschiff gegen die unerlaubte Fischerei sich auf die Zeit beschränkt habe, wenn ein Beanter an Bord gewesen sei, und daß sie dann nur vorübergehend als ein im öffentlichen Dienst stehendes Fahrzeug gemietet worden sei, daß sie aber diesen öffentlichen Charakte, sobald der betreffende Beamte das Schiff verlassen, wieder verloren habe. Es muß aber nach den Eintragungen in dem Schiffsjournal der "Kotik" angenommen werden, daß sie, auch ohne von einem Beamten abhängig gewesen zu sein, die Kontrolle über die unerlaubte Fischerei ausgeübt hat. Auch findet sich in dem Tagebuch über die jeweilige Charterung des Schiffes nichts verzeichnet. Auch sonst sind hierfür keine Beweise vorhanden.

Aus der Tatsache, daß das Schiff am 6. August 1902 absichtlich bei Schiffen, welche unter dem Verdacht unerhaubter Fischerei standen, zu Anker gelassen wurde und die Besatzung im Auftrage des Gouvernements an der Visitierung und Beschlagnahme teilnahm, geht es hinreichend klar hervor, daß das Schiff der russischen Regierung gegenüber besondere Verpflichtungen hat.

Kurz, die "Kolik" ist, weil sie bei auftretender Gelegenheit als Fischereikontrollschift verwandt wird und die Verpflichtung hat, für den Gebrauch zur Ausübung behördlicher Funktionen zur Verfügung zu stehen, kein gewöhnliches Handelsschiff.

Die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 findet Anwordung ausschließlich auf gewöhnliche Handelsschiffe, und ihre Vergünstigung kann solchen Schiffen, die der feindlichen Regierung gegenüber besondere Pflichten haben, nicht zuteil werden.

Demnach ist die Entscheidung des Prisengerichts zu Yokosuka auf Wegnahme des Dampfers "Kotik" nicht widerrechtlich.

Der Rekkamant sowohl wie die Staatsanwälte haben über den weiteren Punkt, ob die "Kotik" als Fischereifahrzeug anzusehen ei oder nicht, Erörterungen angestellt. Da aber die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 schon nach dem oben Ausgeführten keine Anwendung finden kann, so erscheint es überflüssig, auf jenen Punkt einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen, Am 1. Juli 1905 im Oberprisengericht,

(Unterschriften.)

In Sachen der Beschlagnahme des russischen Segelschiffs "Lesnik" und seiner Ladung wird auf Grund des letzten Absatzes des § 16 der Prisengerichtsordnung,!) wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Das russische Segelschiff "Lesnik" wird mit seiner ganzen Ladung, bestehend aus Salz, Säcken, aus Segelleinen und leeren Weinfässern, eingezonen.

#### Gründe:

Das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung, bestehend aus Salz und anderen Waren, wurden am 10. Februar 1904 im Hafen von Nagasaki von dem zur Besatzung des Kaiserlich Japanischen Kriegsschiffs, Ktsuragi" gehörigen Marineleutnant Yosh i Masune auf Befelt des Kommandanten des eenannten Krieseschiffs mit Beschlar beleet.

Es ist unbestreitbar, duß zur Zeit der Beschlagnahme "xischen Japan und Rußland Krieg bestand. Eine Bescheinigung des russischen Konsuls in Nagasaki tut die russische Nationalität des genannten Schiffes dar. Ferner aber hat nach dem Vernehmungsprotokoll der mit der Vereahrung des Schiffes betraute Chinese Chim Min g Kiu ausgesset, daß dasselbe ein Walfischfänger sei, welcher im Eigentum des in Waldwostok in Rußland ansässigen russischen Staatsuntertane "Kasulin", d. i. Graf Keyserling, stehe und daß diesem auch die Ladung des Schiffes gehöre, welche aus Salz und anderen zum Einsilzen von Walfischfliesch dienenden Gütern bestünde. Es ist damit reichlich bewiesen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung feindlich sind.

Da das genannte Schiff zur Hochseefischerei dient und kein Handelsschiff ist, so findet die Bestimmung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom 9. Februar 19041) betreffend die Vergünstigung der Befreiung von der Beschlagnahme auf dasselbe keine Anwendung. Die Beschlagnahme ist daher zu Recht erfolgt, und das Schiff und die gesamte Ladung sind einzuziehen.

Aus diesen Gründen wird wie in der Urteilsformel entschieden. 3) Bei der vorliegenden Sache haben die Staatsanwälte Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro mitgewirkt.

Am 18. April 1904.

(Unterschriften.)

Reklamant: Serge Lenige, St. Petersburg.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 10.

Der Reklamant hat in der Prisensache betreffend das russische Segelschiff "Lesnik" und seine Ladung unter der Behauptung, der Eigentümer des Schiffes und der Ladung zu sein, am 8. April 1904 mittels eines Telegramms die Freigabe derselben beantragt.

Ein Telegramm ist keine formgerechte Reklamationsschrift. Freilich hat der Reklamant eine solche am 11. April eingereicht, da dies aber nach Ablauf der Reklamationsfrist 1) fällt, so kann die Reklamationsschrift nicht angenommen werden.

Daher wird die Reklamation abgewiesen.

Am 18, April 1904,

Der Präsident des Prisengerichts von Sasebo:

(Unterschrift.) 2)

Reklamant: Serge Lenige, directeur d'agriculture, wohnhaft in St. Petersburg.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 10.

Am 18. April 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend das russische Segelschiff "Lesnik" und seine Ladung die Abweisung der Reklamation verkündet. Hiergegen hat der oben genannte Vertreter der Reklamation eine Berufungsschrift unter der Bezeichnung Beschwerdeschrift eingereicht, welche im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Die Reklamation sei auf Grund der am 9. März 1904 im Staatsanzeiger veröffentlichten Bekanntmachung betreffend die Beschlagnahme des russischen Segelschiffs "Lesnik" und seiner Ladung innerhalb der Reklamationsschrift erhoben worden. Da aber die Zeit für die Reklamation gedrängt habe, so sei der Inhalt derselben telegraphisch über-

<sup>1)</sup> IV. § 16, 2.

<sup>3)</sup> Die obige Abweisung der Reklamation ist kein Urteil, sondern eine Verfügung-Trotzdem ist die Beschwerde des Reklamanten hiergegen als Berufung angenommen worden. AMERICAN SHARES

nittelt worden, und obwohl dies durchaus eine formgerechte Reklamation gewesen, sei dieselbe mit der Begründung, daß ein Telegramm keine formgerechte Reklamationsschrift sei, abgewiesen worden. Da aber die Prisengerichtsordnung eine bestimmte Form für die Reklamationsschrift nicht vorschreibe, genüge es, wenn die Reklamation innerhalb der gesetzlichen Frist erhoben sei. Reklamant sei der Ansicht, daß die Frage, ob die Reklamation telegraphisch oder brieflich erhoben werde, völlig belanglos sei. Da nun das Vollmachtstelegramm, in welchem der Reklamani den Gegenstand der Reklamation darlege, erst am 6. April 1904, um 4 Uhr 35 Minuten nachmittags, beim Postamt in Tokio eingetroffen und darauf dem Vertreter abgeliefert worden sei, so habe es, da selbst ein dem am selben Abend 9 Uhr 30 Minuten von Shimbashi abgehenden Zug mitgegebener Brief erst am neunten des Monats nachmittags oder am 10. vormittags beim Prisengericht in Sasebo zur Bestellung gelangt sein würde, kein anderes Mittel für die Erhebung der Reklamation gegeben als den Telegraphen. Es sei demgcmäß zuerst telegraphisch der Inhalt der Reklamation klar mitgeteilt worden und sodann die übliche Reklamationsschrift zur Vervollständigung eingeschickt worden. Wenn man dies als einen Fall nicht fristgemäßer Erhebung der Reklamation ansehe, so widerspreche das durchaus dein Sinn des Gesetzes. Reklamant beantrage daher eine besondere Behandlung des Falls und Aufhebung der erstinstanzlichen Verfügung.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Nach § 17 der Prisengerichtsordnung 5) müssen in der Reklamationsschrift die Reklamationspunkte dargelegt und derselben die Beweisdokumente für dieselbe beigefügt werden. Außerdem muß aber im Falle, daß die Reklamation von einem Vertreter erhoben wird, nicht nur ein japanischer Rechtsanwalt bevollmächtigt werden, sondern dieser muß auch seine Vollmacht mit der Reklamationsschrift zusammen einreichen. Wie nun aus den Akten hervorgeht, so hat der Vertreter der Reklamation freilich am 8. April 1904 telegraphisch reklamiert, hat aber einen Beweis dafür, daß er vom Reklamanten bevollmächtigt war, nicht beigebracht. Erst nach Ablauf der Reklamationsfrist, 4) nämlich am 11. desselben Monats, hat er eine Reklamationsschrift eingereicht, welcher seine telegraphische Vollmacht beigefügt war. Die Erhebung der Reklamation kann daher unzweifelhaft nicht als fristgemäß erachtet werden. Demgemäß hat das Gericht erster Instanz zu Recht dahin entschieden, daß die Reklamation nach Ablauf der Reklamationsfrist erhoben sei, und die vorliegende Berufung ist unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

<sup>\*)</sup> IV. -- \*) IV. § 16.

Die Berufung wird abgewiesen.

Im Oberprisengericht am 17. Juni 1904.

(Unterschriften.)

In Sachen des beschlagnahmten norwegischen Dampfers "Hermes" wird nach Einsicht des Schriftsatzes des Staatsanwalts, wie folgt, enschieden.

Urteilsformel:

Der norwegische Dampfer "Hermes" und seine gesamte Ladung werden freigegeben.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer steht im Eigentum der norwegischen Firma Brunsgaard, Kjösterud & Co., führt die norwegische Handelsflagge und dient vorzugsweise zum Kohlentransport. Das Schiff ist von neutraler Nationalität, der Kapitän, die Maschinisten und Offiziere sind alle Norweger. Das Schiff war von der Agentur der russischen Firma Ginsburg, der Uriu Gesellschaft in Moii, gechartert worden, nahm am 4, und 5, Februar 1904 2100 tons Kohlen ein und fuhr am 6. Februar, vormittags um 10 Uhr, ohne zu wissen, daß an diesem Tage der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland eingetreten war, von Moji ab. Es traf, auf direkter Fahrt nach Port Arthur begriffen, am 9. Februar, um 2 Uhr nachmittags auf der Höhe von Port Arthur 38 ° 24 ' n. Br. und 121 ° 48 ' ö. L., mit einem japanischen Kriegsschiff zusammen. Nachdem es auf Befragen über Ladung und Bestimmungshafen im Einklang mit den Schiffspapieren Auskunft gegeben hatte, wurde ihm Befehl gegeben, direkt nach Nagasaki zu fahren. 1) Nachdem es in Befolgung dieses Befehls am 13. Februar, um 8 Uhr vormittags, in Nagasaki eingetroffen war, wurde es am selben Tage, um 8 Uhr 45 Minuten vormittags, von dem Zugführer der dortigen Minenlegeabteilung, Kapitänleutnant Takamatsu Koshu, besichtigt und endgültig mit Beschlag belegt,

Diese Tatsachen werden bewiesen durch das Protokoll des Sheßder Minenlegeabeilung in Nagasaki, Fregattenkapitän Tsu ki yam a Seichi, den Bericht des Zugführers der genannten Abteilung, Kapitänleutnants Takamatsu Koshu, an den Chef derselben, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns und 1. Offiziers vom Dampfer

<sup>1)</sup> V. § 64.

"Hermes", das Schiffszertifikat, die Ausklarierungspapiere vom 5. Februar 1904, das Ladungsverzeichnis, die Konnossemente und die Übersetzung des Schiffsiournals.

Das Gericht ist der Ansicht, daß die auf dem zur Verhandlung sehenden Dampfer verschifften Steinkohlen, nach ihrer Menge und nach dem Bestimmungshafen zu urteilen, unmöglich für den eigenen Gebrauch des Schiffs bestimmt sein können. Da sie im Falle ihrer Ankunft in Porl Arthur zum Gebrauch für die feindliche russische Kriegsmarine hilten geliefert werden können, so müssen sie als Kriegskonterbande betrachtet werden

Aber nach Ansicht des modernen Völkerrechts können neutrale Schiffe, welche von der Eröffnung des Krieges nicht unterrichtet waren, selbst wenn sie Konterbande führen, und ebensowenig auch ihre Ladung von den kriegführenden Mächten eingezogen werden. 9 Dies ist schließlich nur eine Anwendung des Grundsatzes, daß die Neutralitätsplücht erst mit Kenntnis von der Kriegseröffnung entsteht. Es liegt nicht der geringste Grund vor, anzunehmen, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer "Hermes" beim Verlassen Mojis am 6. Februar 1904 oder auch später von dem Eintreten des Kriegssustands zwischen Japan und Rußland und der Fröffnung des Krieges unterrichtet gewestn sei. Unterwarteterweise wurde ihm auf der Höhe von Port Arthur von einem japanischen Kriegsschiff der Befehl erteilt, sich direkt nach Nagasski zu begeben. Da ihm erst bei dieser Gelegenheit die Kriegs-röffnung bekannt wurde, so kann weder der zur Verhandlung stehende Dampfer noch seine Ladung eingezogen werden.

Der zur Verhandlung stehende Dampfer ist jedoch von einem japanischen Kriegsschiff in der See bei Port Arthur am 9, Februar 1904, nachmittags 2 Uhr, nachdem gerade heftige Gefechte bei Chemulpo und Port Arthur stattgefunden halten, wahrgenommen worden. Er war von einer russischen Firma gechartert, führte eine große, als Konterbande zu betrachtende Menge Kohlen an Bord, und war auf der Fahrt nach Port Arthur, dem Haupflötentstützpunkt Rußlands, begriffen. Die unter derartigen Verhältnissen ausgeführte Aufbringung des Dampfers muß für rechtunäßig erachtet werden. <sup>3</sup>)

Mit Rücksicht auf diese Tatsachen und Gründe ist, unbeschadet der Rechtmäßigkeit der erfolgten Beschlagnahme, das zur Verhandlung stehende Schiff mitsamt seiner Ladung freizugeben.

Gegeben am 7. März 1904 im Prisengericht zu Sasebo.

(Unterschriften der Richter.)

n V. § 38, — n V. § 37, 1.

In Sachen des am 17. Februar 1904 im Hafen von Hakodate von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Takao" beschlagnahmten Segelschiffs "Nadesschda" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Es wird auf Einziehung des Segelschiffs "Nadeschda" erkannt.

#### Tatbestand und Gründe:

Das zur Verhandlung stehende Segelschiff steht im Eigentum der Frankleiten Statsangehörigen Iphigenie Josephowitsch-Nikolski, dient vorzugsweise zum Gütertransport, sein Heinatshafen ist Wladiwostok in Rußland, es hat die Erlaubnis zur Führung der Transportzwecken.

Das Schiff ist am 28. November 1903 in Hakodate eingelaufen und hat seitdem ununterbrochen dort vor Anker gelegen. Am 6. Fe bruar 1904 ist der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland eingetreten, und am 9. desselben Monats wurde die Kaiserliche Verordnung betreffend die Befreiung unssicher Handelsschiffe von der prisenrechtlichen Beschlagnahme: ) veröffentlicht, auf Grund deren der Kommandant des japanischen Kriegsschiffs, "alkao" den zur Verhandlung stehender Schiff den Befehl erteilte, die japanischen Hoheitsgewäser innerhalb der in der Kaiserlichen Verordnung bestimmten Gnadenfrist, d. h. biz zum 16. Februar, zu verlassen. Als aber das genannte Schiff nach Ablauf der Gnadenfrist noch im Hafen von Hakodate lag, ließ der Kommandant der "Ikako" dasselbe am 17. Februar, morgens 7 Uhr, von dem zur Besatzung der "Takao" gehörigen Offizier Tajima Joji auf Grund der japanischen Prisenordnung mit Beschläg belegen.

Diese Tatsachen gehen hervor aus den sehriftlichen Berichten des Kommandanten der "Takao" über die Einzelheiten der Beschlagnahms und des zur Besatzung der "Takao" gehörigen Offiziers Tajim a Joji über den Akt der Beschlagnahme, dem Schiffahrtserlaubnisschein und den Vernehmungsprotokollen des Tajim a Joji und des Stellvertreters des Kapitäns der "Nadeschda".

Da nan zu Kriegszeiten, abgesehen von solchen Fällen, wo eine kriegführende Macht nach eigenem Ermessen die Befreiung feindlicher Schiffe von der prisenrechtlichen Beschlagnahme festgesetzt hat, die Möglichkeit der Einziehung feindlicher Schiffe in der Kaiseriich Jepanischen Prisenordnung, den völkerrechtlichen Präzedenfzillen und den Ansichten der Wissenschaft in gleicher Weise anerkannt ist, so ist das zur Verhandlung stehende Segelschiff einzuziehen, weil es ein

feindliches Handelsschiff <sup>3</sup>) ist und die japanischen Hoheitsgewässer nicht im Verlaufe der in der Kaiserlichen Verordnung vom Februar dieses Jahres bezüglich der russischen Handelsschiffe von der Beschlagnahme iestgesetzten Onadenfrist verlassen hat.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Am 12. Mai 1904 im Prisengericht zu Yokosuka nach Anhörung der Ansicht des Staatsanwalts Yamakita Kunio.

(Unterschriften.)

In der Prisensache betreffend das am 17. Februar 1904 im Hafen von Akodate von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Takao" beschlagnahmte Segelschiff "Bobrik" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

Urteilsformel:

Es wird auf Einziehung des Segelschiffs "Bobrik" erkannt.

Tatbestand und Gründe:

Das Segelschiff "Bobrik" steht im Figentum der Kamtschatka Hundels- und Industriegesellschaff in St. Petersburg, dient zum Fischerigiewerbe im Kamtschatka, Rußland, sein Heimatshafen ist Wadiwostok, es hat die Lizenz der russischen Regierung zur Führung der russischen Handelsflagge und dient der genannten Gesellschaft ausschließlich zum Transport der gefangenen Fische, der Bedarfsartikel für die Fischereißlatze und der Fischer.

Am 19. Oktober 1903 traf das genannte Segelschiff in Hakodate ein. Seitdem hat es dort ununterbrochen gelegen. Nachdem am 6. Fe-bruar dieses Jahres der Kriegszustand zwischen Japan und Rußland eingetreten war, wurde am 9. Februar die Kaiserliche Verordnung), beteffend die Betreiung russischer Handelsschiffe von der Beschlagnahme, voröffentlicht. Der Kommandant der "Takao" erteilte dem genannten Segekshiff sogleich den Befehl, die japanischen Gewässer innerhalb der in dieser Kaiserlichen Verordnung bestimmten Abfahrtsfrist, d. h. bis zum 16. Februar, zu verlassen. Auf Grund einer Nachricht vom 12. Februar, daß ein Teil der russischen Flotte bis in die Nähe des Hafens von Hakodate vorgestoßen sei, erteilte der Kommandant der "Takao" am selben Tage, 11 Uhr vormittags, als eine für die Kriegsführung

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) V. § 40. — <sup>1</sup>) I.

notwendige Maßnahme durch die Wasserpolizei von Hakodate der Agentur der "Bobrik" die Order, bis zum Erhalt weiterer Befehle die Abfahrt nicht auszuführen. Als sich bald darauf herausstellte, daß ein Bedürfnis für den Befehl nicht vorlag, wurde derselbe am 13. Februar, 9 Uhr vormittags, durch Vermittlung der Wasserpolizei wieder aufgehoben und die Abfahrt bis zum 16. Februar wieder angeordnet Am 9. Februar, sogleich nach Empfang der Abfahrtsorder seitens des Kommandanten der "Takao", fragte die Agentur der "Bobrik" bei der Firma Smith, Baker & Co. in Yokohama telegraphisch an. ob sie eine Mannschaft für die Reise der "Bobrik" anheuern könne oder nicht, worauf sie eine beiahende Antwort erhielt. Als aber der Befehl kam, vorläufig nicht abzureisen, stellte die Agentur die Beschaffung der Mannschaft wieder ein, und beantragte, sobald sie am 13. Februar den erneuten Abfahrtsbefehl erhalten hatte, eine Verlängerung der Abfahrtsfrist. Dies wurde indes von dem Kommandanten der "Takao" abgelehnt, Als nach Ablauf der gesetzlichen Frist die "Bobrik" die japanischen Gewässer nicht verlassen hatte, ließ der Kommandant der "Takao" sie am 17. Februar, vormittags 9 Uhr 30 Minuten, durch den zur Besatzung gehörigen Offizier Tajima Ioji auf Grund der japanischen Prisenordnung mit Beschlag belegen.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch den Bericht über die Einzelheiten der Beschlagnahme des Kommandanten der "Takao", den Bericht des Offiziers Tajima Joji über die von ihm ausgeführte Beschlägnahme, das Verenchmungsprotokold des Chefs der Firma Howell, John An Art erw Wilson, die Schiffahrtserlaubnis der "Bobrit", das Antwortschreiben des Kommandanten der "Takao" und die Schreiben Wilson's an den mit dem Fall beauftragten Prisenrat.

Die Hauptpunkte der Reklamation der Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft sind folgende:

Die "Bobrik" sei ein Schiff, welches einer rein privaten Erwerbgesellschaft zur Handelsschiffahrt diene. Daher könne sie nicht eingezogen werden, denn, da die Feindseligkeiten im Kriege sich von einen Staat gegen den anderen richteten, so sei es ein Grundgedanke des Völkerrechts, dieselben nicht auf die einzelnen Personen auszudehnen. Der schon für Güter zu Lande bestehende Grundsatz der Unverletzlichkeit des feindlichen Privateigentums übe endlich seinen Einfluß auch auf das Seckriegsrecht aus, und ungeachtet der bisherigen Praxis, welch die Aufbringung von feindlichem Privateigentum zur See gutheiße, mache sich jetzt eine Tendenz bemerkbar, die dies verneine. Diese Tendenz beschränke sich nicht auf Außerungen zahlreicher hervorragender Gelehrter und sonstiger Anhänger dieser Ansicht, sondern sei auch von bedeutenden Staaten wie Deutschland, Osterreich, Italien und Amerika

anerkannt. So erhalte die Forderung, das vernunftwidrige und störende Seeprisenwesen abgeschafft zu sehen, überall in der Welt große Unterstützung. Reklamant bitte daher, das Prisengericht wolle sich dem, was die ganze Welt als vernünftig anerkenne, anschließen und auf Freilassung der "Bobrik" erkennen. Auch verdiene dies Schiff angesichts der Umstände, welche zu seiner Aufbringung führten, besondere Milde. Das Schiff sei von ieher im allgemeinen zum Handelsverkehr verwandt worden. Am 9. Februar habe es auf Grund der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 Befehl erhalten, innerhalb einer Woche die japanischen Gewässer zu verlassen. Als es aber am 12. Februar eine Order erhalten habe, welche ihm die Abfahrt vorläufig verbot, sei die inzwischen in Yokohama eingeleitete Anheuerung einer Besatzung eingestellt worden, so daß, als der Arrest wieder aufgehoben wurde, nur noch drei Tage bis zum Ablauf der Abfahrtsfrist übrig gewesen seien, während welcher sich die Anheuerung der Mannschaft nicht mehr habe bewerkstelligen lassen. Eine Bitte an die zuständigen Beamten um Verlängerung der Frist sei abgeschlagen worden, und mit Ablauf der in der Kaiserlichen Verordnung bestimmten Frist sei das Schiff beschlagnahmt worden. Dieses Vorgehen sei ungerecht, und das Schiff müsse freigegeben werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die im ersten Teil der Reklamation besprochene Unverletzlichkeit iendlichen Privatvermögens im Kriege ist allerdings für Güter auf dem Lande ein Grundprinzip des geltenden Völkerrechts. Mit Bezug auf Güter zur See wird dies jedoch von dem Völkerrecht, wie es in Theorie und Praxis aller Staaten anerkannt ist, verneint, und auch die japanische Prisenordnung seht auf keinem anderen Standpunkt.

Was die weiteren Ausführungen der Reklamation angeht, so hat die Agentur der "Bobrik", als der Kommandant der "Takab", wie die Kriegsführung es erforderte, dem Segelschiff "Bobrik" den Befehl erleilte, einstweilen nicht abzureisen, die Beschaffung einer Schiffsbesatzung gänzlich aufzugeben und die Zeit von Erhalt dieses Befehls ols zum Ablauf der Abfahrsfrist, dowohl sie reichlich genügte, zur Rüstung und Abreise des Schiffes nicht benutzt. Daher kann nicht behauptet werden, daß die schließlich erfolgte Beschlagnahme auf das Vorgehen des Kommandanten der "Takab" zurückzuführen und unrechtmäßig sei.

Ferner sagt der Reklamant, das zur Verhandlung stehende Segelschiff sei ein reines Handelsschiff. Nach Ansicht des Staatsanwalts
dient es jedoch als Mutterschiff bei der Hochseefischeret. Über diesen
Charakter des Schiffes ließe sich vielleicht streiten, da aber die Beschlagnahme desselben erst nach Ablauf der gesetzlichen Abfahrsfrist stattgefunden hat, so ist eine Entscheidung darüber völlig belanglos.

Aus diesen Gründen ist das Segelschiff "Bobrik" einzuziehen,") und es wird wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 18. Mai 1904 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft in St. Petersburg, vertreten durch die Prokuristen Alexis Brosroff und Amor Mandl.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Gorai Kinzo, wohnhaft in Tokio, Kojimachiku Fujimicho Shichichome Nr. 4 bei Kawamoto Jujiro.

Am 18. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Vokosuka in Sachen des am 17. Februar 1904 im Hafen von Hakodate von dem Kaiserlichte Kriegsschiff "Takao" beschlagnahmten, der russischen Kamtschaba Handels- und Industriegesellschaft in St. Petersburg gehörigen Segtschiffs "Bobrik" und Urtell erlassen, in welchem auf Einzehung desselber erkannt wird. Gegen dieses Urteil hat der Rechtsanwalt G or a i Kinzo als Vertreter des Reklamanten die Berufung eingelegt, welche im Besien des Staatsanwalts T s u t s u k i K e i r o k u beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation Gorai Kinzo sind folgende:

Das Urteil erster Instanz sei unrechtmäßig. Es werde daher Aufhebung desselben und Entscheidung auf Freilassung des Segelschiffs "Bobrik" beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das Urteil erster Instanz besage, daß die Unverletzlichkeit feindlichen Privatvermögens im Kriege für Gütter auf dem Lande aller dings ein Grundprinzip des geltenden Völkerrechts sei, daß indes mit Bezug auf Güter zur See die von den Staaten anerkannte Theorie und Praxis des Völkerrechts dieses Prinzip verneinten. Demgegenüber macht der Reklamant folgendes geltend:

Italien habe in seinem im Jahre 1865 erlassenen Seehandelgesetzbuch unter Zugrundelegung des Prinzips der Oegenseitigkeit dis Recht zur Beschlagnahme feindlicher Handelsschiffe verneint. Im Jahr 1866 hätten Preußen, Österreich und Italien in dem zwischen ihnen geführten Kriege alle das genannte Prinzip streng durchgeführt und nicht ein einziges Handelsschiff sei beschlagnahmt worden. Während des Krieges zwischen Frankreich und Preußen im Jahre 1870 habe Preußen diesen Grundsatz, ohne das Prinzip der Gegenseitigkeit zugrunde zu legen, anerkann\*. Im Jahre 1870 hätten Italien und Amerika sich vertragsmäßig verpflichtet, im Falle eines Krieges zwischen ihnen sich nach diesem Grundsatz zu richten. Wenn man dies in Betracht ziehe, so könne man freilich noch nicht behaupten, daß alle Mächte diesen Grundsatz anerkannt hätten, aber es stehe mit den Tatsachen in Widerspruch, wenn man sage, derselbe sei nicht durch die Gewohnheit anerkannt. Die Feindseligkeiten während eines Krieges beschränkten sich auf die Staaten, und es sei völkerrechtlich anerkannt, daß sich dieselben nicht auf private Individuen erstrecken dürften. Daß dieses Prinzip auf dem Lande anerkannt sei, gebe das Urteil erster Instanz unumwunden zu. Es bestehe aber kein Grund, weshalb ein Prinzip, welches schon für das Land anerkannt wäre, nicht auch für die See Anwendung finden solle. Wenn ein Grundsatz dem Recht und der Billigkeit entspreche und nur ein Staat ihn in einem internationalen Krieg annehme, so bedürfe er nicht weiter der Anerkennung seitens sämtlicher anderen Staaten, es sei vielmehr deren natürliche Pflicht als Zivilisationsträger, einen solchen Grundsatz von sich aus anzuwenden und seine Entwicklung zu fördern. Die von dem Urteil erster Instanz angeführten Bestimmungen der japanischen Prisenordnung seien daher nicht würdig, von dem Oberprisengericht, dem kraft seines Amtes die Pflicht obliege, das Völkerrecht der Welt in Anwendung zu setzen, auch nur mit einem Gedanken berücksichtigt zu werden.

2. Das Segelschiff "Bobrik" habe am 9. Februar von dem Kommandanten der "Takao" Order bekommen, bis zum 16. Februar Hakodate zu verlassen. Darauf habe die Agentur des Schiffes, die Firma Howell & Co. in Hakodate, hierfür Vorbereitung getroffen, indem sie sofort der Agentur in Yokohama, der Firma Smith, Baker & Co., Auftrag zur Anheuerung eines Kapitäns und einer Mannschaft gegeben habe. Das Antworttelegramm von Smith, Baker & Co., daß die Anheuerung geschehen könne, sei am 11. Februar abends angekommen, so daß die Rückantwort, welche den definitiven Auftrag zur Anheuerung gegeben habe, wegen der späten Tageszeit bis zum nächsten Tag habe aufgeschoben werden müssen. An diesem Tage vormittags sei plötzlich von dem Kommandanten der "Takao" der Gegenbefehl gekommen, nicht abzufahren, so daß an Smith, Baker & Co. telegraphiert worden sei, von der Anheuerung abzustehen. Am 13. vormittags sei eine neue Order gekommen, welche die Abfahrt wieder gestattete. Zu der Zeit seien aber nur noch drei und ein halber Tag übrig gewesen, und überdies sei der 13, ein Sonnabend und der 14, ein Sonntag gewesen. Wie Smith, Baker & Co. in ihrem Telegramm vom 10. gesagt hätten, sei wegen der Kriegseröffnung die Anheuerung von Japanern aus-

geschlossen gewesen, und von den wenigen Ausländern hätten sich nur mit Mühe ein Kapitan und fünf Leute zur Anmusterung bereitfinden lassen. Selbst wenn aber am 13. von neuem Auftrag zur Anheuerung dieser Leute gegeben worden und diese am 13. oder 14. bewirkt worden wäre, so würden die Leute, am 14. von Yokohama abfahrend, erst am 16. morgens in Hakodate haben eintreffen können, da die Fahrt von Yokohama nach Hakodate 48 Stunden dauere. Nach Ankunft der Mannschaft würde alsdann die Anbringung des Segelwerks und die Einnahme von Ballast, Proviant und Brennmaterial 36 bis 48 Stunden in Anspruch genommen haben. Selbst ohne daß der Befehl vom 12., nicht abzufahren, gekommen wäre, hätte befürchtet werden müssen, daß die Abreise vor Ablauf der Frist unmöglich gewesen sei; der Erlaß dieses Befehls habe jedoch erst die Einstellung der Reisevorbereitungen veranlaßt. Als dann am 13. Februar von neuem die Erlaubnis zur Abfahrt erteilt worden sei, sei es vollends ausgeschlossen gewesen, die Abfahrt bis zum 16. zu vollenden. Es sei daher, als der zweite Reisebefehl gekommen sei, sofort ein Antrag auf Verlängerung der Abfahrtsfrist gestellt, der jedoch am 14. von dem Kommandanten der "Takao" abschlägig beantwortet worden sei. Da zu dieser Zeit nur noch 2 Tage von der Frist übrig gewesen seien, so seien die Vorbereitungen zur Abreise endgültig aufgegeben worden. Der Kommandant der "Takao" habe das Recht mit Füßen getreten, indem er dadurch, daß er ihr abzufahren verboten habe, die "Bobrik" tatsächlich der Vergünstigung der Abfahrtsfrist beraubt habe.

Die nach Ablehnung der erbetenen Fristverlängerung am 17. Februar ausgeführte Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes sei daher zu Unrecht geschehen und das Schiff müsse freigegeben werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Yokosuka-Prisengericht Kobayashi Yoshio, Uchida Shigenari und Yanagita Kunio besagen folgendes:

Die Berufung sei aus folgenden Gründen abzuweisen:

1. Für den Krieg zu Lande seien dem Recht zur Zerstörung oder Wegnahme des Eigentums des Feindes sehr eine Gektranken gezogen. Der Grund, weshalb eine in Feindesland einfallende Armee das feindliche Privateigentum respektiere, sei in erster Linie der, daß man darn eins der unentbehrlichsten und wirksamsten Mittel erblicke, um die Bevölkerung der betreffenden Gegend in Ruhe zu halten und den Kampf erfolgreich durchzuführen. Dagegen würden Beschlagnahmen von Privateigentum zur See ausgeführt nicht nur, weil daraus ein großer Gewinn für das betreffende Land entspränge, sondern auch, um das dem Feinde für den Seckrieg unentbehrliche Material an Handelsschiffen zu vermindern und den feindlichen Handel und Verkehr lahmzulegen.

weil dies das wirksamste Mittel sei, um den Zweck des Krieges zu erreichen. Daher erkläre das moderne Völkerrecht die Beschlagnahme von feindlichem Privateigentum zur See für rechtmäßig.

Die Berufungssehrift führe das Seehandelsgesetzbuch Italiens, den Krieg zwischen Preußen, Osterreich und Italien, den Krieg zwischen Preußen und Frankreich und den amerikanisch-italienischen Vertrag an. Die Tatsache aber, daß die Anerkennung der dort erscheinenden Rechtsbestimmungen und Prinzipien nur für den Fall geschehe, daß durch Vertrag oder Gesetz die Gegenseitigkeit gewährt würde, liefere im Gegenteil den Beweis, daß die Seebeschlagnahme ein Recht krieg-führender Staaten sei und von den Mächten als solches anerkannt werde, und könne unmöglich zum Beweis für die Behauptung angeführt werden, daß die Praxis auch für Güter zur See die Unverletzlichkeit infellichen Privateirentums anerkannt habe.

In dem Kriege zwischen Japan und Rußland habe letzteres oft unter dem Vorwand einer Seeprise jápanische Handelsschiffe in den Grund geschossen, und die Kaiserlich Japanische Regierung habe ihrerseits, mit Ausnahme der in der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom 9. Februar 1904 für einen Teil der feindlichen Schiffe gewährten Vergünstigung der Befreiung von der Beschlagnahme, ihre Absicht, die Beschlagnahme zur See nicht auszuüben, nicht ausgesprochen. Sie labe vielmehr in der auf den bestehenden völkerrechtlichen Bestimmungen und Gewohnheiten aufgebauten Seeprisenordnung die Seebeschlagnahme ausdrücklich angeordnet. Daher sei es zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz sage, daß die japanische Prisenordnung übereinstimme mit den gegenwärtig von den Mächten anerkannten Bestimmungen und Gewohnheiten, die den Grundsatz der Unverletzlichkeit feindlichen Privatvermögens zur See vermeinten.

2. Da, wie die Verhandlungsprotokolle des vorliegenden Fallszeigen, die "Bobrik" nicht als ein zum Handelsverkehr dienendes Fahrzeigen, sondern als ein Hillsfahrzeug bei der Hochseefischerei anzuschen sei, so f\u00e4nder Bestimmungen der Ka\u00e4serlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904, welche ausschließlich den zum Handelsserkehr dienenden Handelsseihffen die Verg\u00fcnstigung der Befreiung von der Beschlagnahme gew\u00e4hre, all das zur Verhandlung stehende Schiff keine Anwendung. Da\u00e4 der Kommandant der "Takac" dem genannten Schiff den Aufschub der Abfahrt gew\u00e4hrt, als der Zeit die Natur des Schiffes nicht bekannt gewesen sei. Sofortige Beschlagnahme ohne Gew\u00e4hrung des Aufschubs w\u00e4re durchaus nicht gestewirdig gewesen.

Aber einstweilen angenommen, das Schiff sei ein gewöhnliches Kauffahrteischiff, so hätten doch die Verwalter des Schiffs, da sie nicht hätten wissen können, wann das Verbot der Abreise aufgehoben werden würde, die Vorbereitungen für dieselbe fortsetzen müssen. Sie hätten dieselben indes ohne Grund eingestellt und auch, als die Abreise wieder freigestellt war, obwohl hinreichend Zeit vorhanden gewesen sei, nicht wieder aufgenommen. Das Nichtvorhandensein einer Mannschaft, der Ort der Anheuerung einer solchen und dergleichen die Vollendung der Reisevorbereitungen beeinflussenden Tatumstände seien bei der Anwendung der Verordnung nicht zu berücksichtigen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist von dem gegenwärtigen Völkerrecht anerkannt, daß einer kriegführenden Macht einseitig das Recht zusteht, feindliche Handelschiffe aufzubringen, und zwischen Japan und Rußland besteht kein Abkommen darüber, daß im Kriegsfalle zwischen ihnen gegenseitig Seperisen nicht gemacht werden sollen. Daher hat jedes der beiden Länder Seeprisenbestimmungen erlassen und in denselben die Regeln bei Aufbringung feindlicher Handelsschiffe und sonstigen Privateigentums klar aufgestellt.

Auch die von dem Berufungsreklamanten zur Unterstützung seiner Behauptungen angeführten Beispiele des italienischen Seehandelsgesetzbuchs, des Vorgangs des preußisch-österreichisch-italienischen Krieges und des amerikanisch-italienischen Vertrages tun nicht dar, daß diese Gesetze oder Verträge die völkerrechtliche Gewohnheit, im Kriege feindliches Privateigentum zur See aufzubringen, gänzlich abschaffen wollten. Alle diese Gesetzes- und Vertragsbestimmungen fordern vielmehr zur Schonung feindlichen Privateigentums zur See seitens des einen Staats, daß auch der andere das Privateigentum des einen zur See nicht mit Beschlag belegen dürfe. Wenn auch in dem französisch-preußischen Kriege Preußen, ohne diese Bedingung zu stellen, zuerst seine Absicht, französisches Privateigentum zur See nicht zu verletzen, bekannt gegeben hat, so ist doch Frankreich diesem Beispiel nicht gefolgt, sondern hat sich unverändert an die bisherigen Völkerrechtsgebräuche gehalten, so daß auch Preußen nach kurzem seine anfängliche Absieht aufgab und wieder zu der Beschlagnahme feindlichen Privateigentums zur See zurückkehrte. Die von dem Reklamanten für das Prinzip der Unverletzlichkeit feindlichen Privateigentums zur See angeführten Tatsachen können daher nicht beweisen, daß dies Prinzip von den Mächten als Gewohnheit des gegenwärtigen Völkerrechts respektiert wird. Ein Prisengericht hat aber die Pflicht, bei Entscheidung über Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit einer Seeprise den völkerrechtlichen Vorschriften und Gewohnheiten sowie den gesetzlichen Bestimmungen seines eigenen Landes zu folgen. Wenn daher auch die Befolgung des Prinzips der Unverletzbarkeit des feindlichen Privatvermögens in gleicher Weise wie auf dem Lande so auch für Güter zur See nach der öffentlichen Meinung der Welt den Prinzipien der Hamunität entsprechen mag, so ist doch dieser Grundsatz zwischen den jetzt Krieg führenden Mächten nicht vertragsmäßig festgelegt worden. Daher ist es selbstredend für das Prisengericht pflichtgemäß unmöglich, nach diesem Grundsatz, der weder von den Mächten anerkannt ist, noch auch den Bestimmungen und Gewohnheiten des Völkerrechts und den Gestzen des sigenen Landes entspricht, über die Frage der Rechtmäßigkeit dieser Pries zu entscheiden. So hat auch das Prisengericht zu Vokosuka zuteffend dargetan, daß der Grundsatz, feindliches Privatvermögen im Kriege nicht zu verletzen, mit Bezug auf Güter zur See gegenwärtig von den seitens der Mächte anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen und Gewohnheiten verneint würde, und daß auch die japanische Prisenordung grundsätzlich auf demselben Standpunkt stehe. Daher ist die Entscheidung, daß die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Segelschiffs "Bohrik" rechtmäßig sei, zutreffen.

2. Was den Charakter des zur Verhandlung stehenden Schiffs angeht, so kann derselbe Veranlassung zu Meinungsverschiedenheiten geben. Aber selbst wenn man annimmt, daß es ein Handelsschiff ist, auf welches die Kaiserliche Verordnung Nr. 20 vom 9. Februar 1904 Anwendung finden muß, so ist doch das Urteil erster Instanz nicht unzutreffend. Denn wenn bei Anfang eines Krieges eine der kriegführenden Parteien unter Festsetzung einer angemessenen Frist den feindlichen Schiffen Befehl erteilt, vor Ablauf dieser Frist ihre Gewässer zu verlassen, so steht es außer Zweifel, daß die Personen, welche diesen Befehl erhalten, ohne Verzug die nötigen Vorbereitungen zur Abfahrt treffen müssen und auch nicht die geringste Versäumnis begehen dürfen Wenn daher der Kommandant der "Takao" auch plötzlich die Abreise verboten hatte, so war doch sicher kein Grund vorhanden, die Reisevorbereitungen zu unterbrechen, weil man doch nicht wissen konnte, wann dieses Verbot wieder aufgehoben werden würde. Auch war, nachdem der Kommandant der "Takao" am 13. Februar, 9 Uhr vormittags, den Befehl, nicht abzureisen, wieder aufgehoben hatte, bis zum Ablauf der Frist noch hinreichend Zeit vorhanden, um die nötigen Vorbereitungen zu vollenden. Da aber die Agentur des Schiffseigentümers diese Vorbereitungen zu treffen verabsäumte, so war schließlich das Resultat, daß das zur Verhandlung stehende Schiff vor Ablauf der Frist nicht abfahren konnte und am Ende beschlagnahmt wurde.

Da die Beschlagnahme nach Ablauf der Abfahrsfrist am 17. Februar erfolgt ist, so ist sie durchaus rechtmäßig, und auf ihren Rechtsbestand kann die Tatsache, daß vor Ablauf der Frist die Abfahrt einmal verboten wurde, keinen Einfluß ausüben. Der dem Urteil erster Instanz gemachte Vorwurf, welcher die obigen Tatsachen nicht in Rücksicht zicht, ist daher nicht zuterffend, und es wird, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 9. Dezember 1904 im Oberprisengericht,

# (Unterschriften.)

Reklamant: Der russische Staatsangehörige M. Ginsburg.
Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sawada Shunzo, wohnhaft
Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 79.

In Sachen der Beschlagnahme des russischen Dampfers "Juliade" wird, wie folgt, entschieden.

Urteilsformel:

Der Dampfer "Juliade" wird eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Juliade" ist Eigentum des russischen Staatsangehörigen Gi in sbur g., führt die russische Handelsflagge und dient zum Verkehr im Hafen von Nagasaki. Der Eigentümer Gins bur g ist Lieferant der russischen Armee und Marine und hät in verschiedenen Plätzen Ostasiens Handelsniederlassungen. Da im Dezember 1903 der Ausbruch des Krieges zwischen Japan und Rußland bevorstand, verließ Gins bur g Nagasaki und zog sich nach Dalni zurück. Seitdem befand sich der genannte Dampfer in Aufbewährung des Prokuristen der Firma Gins bur g & Co., des englischen Untertanen Dow. Am 17. Februar 1904, vormittags 11 Uhr. wurde er von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Katsuragi" mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Komandanten der "Katsuragi", Sa ka m ot o Sos hic hi, das Protokoll und die Bescheinigung des Vertreters des Kommandanten, Marine leutnants Yos hi Mas un e, über die Beschlagnahme, das Schiffsklassenzetifikat erster Klasse des beschlagnahmten Schiffes, ein Schreiben des Chefs der Polizeistation Umegasaki in Nagasaki, Polizeihauptnamst leguchi Minekichi, die Vernehmungsprotokolle des früheren Führers des beschlagnahmten Schiffes, Uwotani Kanekichi und des Marineleutnants Yoshi Masune.

Der Prozeßvertreter des Reklamanten macht dagegen hauptsächlich folgendes geltend:

 Das zur Verhandlung stehende Schiff sei von der Firma Gins-240 burg im Hafen von Nagasaki zum Verkehr auf den mit ihr in Geschäftsverbindung stehenden ausländischen und inländischen Schiffen und zur Vermittlung des Verkehrs der Passagiere derselben gebraucht worden und diene nicht zu überseeischer Fahrt.

 Es habe keine Kriegskonterbande an Bord gehabt und gegen lanan keinerlei feindliche Handlungen begangen.

Daher werde die Freilassung des Schiffes beantragt.

Der Staatsanwalt erklärt dagegen, daß die Anführungen des Vertreters des Reklamanten sämtlich grundlos seien und daß er beantrage, das zur Verhandlung stehende Schiff für gute Prise zu erklären und einzuziehen.

Das Gericht ist der folgenden Ansicht:

Der Figentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffes, der russische Staatsangehörige Gins burg, hat freilich in Japan eine gewerbliche Niederlassung gehabt, er hat aber in Voraussicht des Ausbruchs des Krieges zwischen Japan und Rußland sich im Dezember 1903 von Japan nach Dalni zurückgezogen. Nach dem Völkerrecht ist er eine feindliche Person, 1) und sein Schiff ein feindliches Schiff. Auch die Tatsache, daß das genannte Schiff der zussische Handelsflagge führt, beweist seinen unzweichlaft feindlichen Charakter.

Gleichviel, ob es zum Hafenverkehr oder zum Überseeverkehr dient, ob es Konterbande an Bord hat und ob es zu feindseligen Handlungen gebraucht worden ist oder nicht: ein feindliches Schilf kann zu Kriegszeiten an jedem, nicht neutralen Ort mit Recht beschlagenahmt werden. P Daher ist die nach Eintritt des Kriegszustands zwischen Japan und Rußland ausgeführte Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Dampfers gesetzmäßig geschehen und derselbe ist einzuziehen. P

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) Dies erscheint im Hinhlick auf § 4 der Seeptsenordnung (V) sehlet. Das Schiff ist feindlich anch § 6, 2, d. h., well es die feindliche Flagge führt. Der Eigentimer hatte auch zur Zeit der Aufbringung, obwohl er persönlich verzogen war, oftenbar seine geschäftliche Niederlassung nicht aufgegeben. Denn das Boot war, wie der Taibestand oben anglit, in Verwahrung seines Prokuristen. Er müllet also bezüglich der Chankters seines Schiffs als eine Person von neutraler Landeszugehörigkeit angebehn werden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>; V. § 35. — <sup>3</sup>) V. § 40.

Reklamant: Die ostehinesische Eisenbahngesellschaft in St. Petersburg, Rußland, vertreten durch den Vizepräsidenten Wenzel Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro,

Tokio. Kyobashiku, Kagacho Nr. 10.

In der Prisensache betreffend den russischen Dampfer "Manchuria" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Manchuria" und die ihm zugehörigen Spirituosen und Nahrungsmittel werden eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer, Eigentum der russischen ostehinesischen Eisenbahngesellschaft, wurde, während er bei der Mitsu Bishi Dockgesellschaft in Nagasaki in Reparatur begriffen war und vor der Werft an einer Boje lag, am 17. Februar 1904 von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Katsuragi" beschlagnahmt. Zu dieser Zeit befanden sich an Bord Spirituosen und Nahrungsmittel.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten der "Katsturagi", Kapitänleutnams Vokoo Naoshi, das Vernehmungsprotokoll des Genannten sozie des englischen Staatsangehörigen Walker, welcher die Aufsicht über die "Manchuria" führte, das Schiffszertflistat des damaligen russischen Konsuls in Nagasaki, die Abschrift des Auftrags betreffend die Reparatur des Schiffser und die Aussagen des Vertreters der Rekhamaton. Die Hauptpunkte der Ausfährungen des Vertreters der Rekhamaton.

mation sind folgende:

Nach Völkerrecht könne freilich die Beschlagnahme eines feindlichen Schiffes ihren Anfang in den Gebietsgewässern des beschlagnahmenden oder eines mit him für den Krieg verbindeten Staats oder
auf offener See nehmen, da aber der zur Verhandlung stehende Dampfer
zu der Zeit der Beschlagnahme in dem Dock der Mitsu Bishi Dockgesellschaft gelegen habe, so sei die Beschlagnahme ungerechtfertigt.
Selbst wenn der Dampfer nicht im Dock gelegen hätte, so hätte er doch,
weil er im Besitz eines japanischen Staatsangehörigen gewesen sei, nicht
beschlagnahmt werden dürfen.

Die Bestimmung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1004, ?) daß russische Handelsschiffe, welche zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung in japanischen Häfen seien, bis zum 16. Februar des Jahres abfahren könnten, beziehe sich auf Schiffe, welche reisefähig seien. Demnach könnten Schiffe, welche, wie das zur Verhandlung stehende, zur Zeit der Veröffentlichung der genannten Kaiserlichen

Verordnung keine Mannschaft an Bord gehabt und sich in Reparatur befinden hätten, daher zur Abreise außerstande gewesen seien, nicht, seil die Abfahrtfrist abgelaufen sei, sogleich danach mit Beschlag belegt serden.

Es werde daher Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes sowie der Spirituosen und Nahrungsmittel beautragt.

Der Staatsanwalt äußerte sich im wesentlichen dahin, daß die Reklamation unbegründet sei und das Schiff sowie die Spirituosen und Nahrungsmittel einzuziehen seien.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der Reklamant macht geltend, daß die Beschlagnahme in einem Dock vorgenommen worden sei, wie aber oben bereits angeführt, ist is bewiesen, daß dies nicht der Fall gewesen ist.

Erferner behauptet der Reklamant, daß das zur Verhandlung stehende Schliegen zu der fraglichen Zeit im Besitz eines japanischen Staatsangehörigen gewesen sei, nicht hätte beschlagnahmt werden können. Es kann indes nicht bestritten werden, daß die Frage, wer der Besitzer sei, mit der Wirksamkeit einer Aufbringung zur See nichts zu sthaffen hat.

Des weiteren bringt der Reklamant vor, daß das zur Verhandlung stehende Schiff zurzeit zur Reise durchaus nicht imstande gewesen sei und nicht mit der Begründung, daß die Frist der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 von diesem Jahre abgelaufen sei, sofort nätte beschlagnahmt werden düffen. Der allgemeine völkerrechtliche Grundstz ist jedoch, daß feindliche Schiffe beschlagnahmt werden können, und die genannte Kaiserliche Verordnung schafft nur eine Ausnahme hiervon. Schiffe, welche die Voraussetzungen der Bestimmungen dieser Verordnung nicht erfüllen, unterliegen daher selbstverständlich der Beschlagnahme, und die Frage, ob sie reisefähig sind oder nicht, ist völlig belanglos.

Was demnach die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden eindlichen Dampfers "Manchuria" angeht, so ist nach den obigen Ausführungen sowohl Ort als Zeit als Verfahren derselben dem Rechte entsprechend gewesen, und Gründe für seine Freigabe sind nicht zu ersehen.

Da ferner die dem genannten Dampfer zugehörigen Spirituosen und Nahrungsmittel "als im Eigentum der Eigentümer des Schiffes stehend" anzusehen sind, so sind sie gleichfalls einzuziehen.")

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Hayashi Eijuro.

(Unterschriften.)

<sup>1</sup>) V. § 40, (16\*) Reklamant: Die ostehinesische Eisenbahngesellschaft in St Petersburg, Rußland, vertreten durch den Vizepräsidenten Wenzel Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro,

Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 10.

Am 26. Mai 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend den am 17. Februar 1904 im Hafen von Agasaki von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Katsuragi" beschlagnahmten russischen Dampfer "Manchuria" ein Urteil gefällt, in welchem auf Finziehung desselben und der ihm zugehörigen Spirituosen und Nahrungsmittel erkannt wird.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, der Vizepräsident der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft, We nzel, durch den Rechtanwalt Nagashima Washitaro als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein des Staatsanwalb 1 sutsukt Keiroku geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation Nagashima Washitaro und deren Begründung sind folgende:

Das Urteil erster Instanz habe zugegeben, daß die Beschlagnahne der Zur Verhandlung stehenden Dampfers während seiner Reparatur bei der Mitsu Bishi Dockgesellschaft in Nagasaki geschehen sei. Wenn dem aber so sei, so sei der Fall anders wie bei Schiffen, die sich sehlechthin in Gebietsgewässern oder auf hoher See befänden. Denn das Schiff habe sich im Besitz eines japanischen Staatsangehörigen befunden und verliere damit die Eigenschaften, welche die Aufbringung rechtfertigen wirden.

Da ferner das zur Verhandlung stehende Schiff zur Zeit der Veröffentlichung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904 in jeder Beziehung nicht reisefähig gewesen sei, so hätte es nicht, weil die Frist abgelaufen gewesen sei, beschlagnahmt werden dürfen.

Es werde daher Verwerfung des Urteils erster Instanz und Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes und seiner Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Hayashi Eijuro, sind folgende:

Die Berufung sei in allen Punkten unhaltbar. Die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Dampfers und seiner Ladung erfüllte alle Bedingungen, die zur rechtlichen Gültigkeit einer Beschlagnahme zur See erforderlich seien. Demnach sei das Urteil erster Instanz, welches dieselbs gutheiße und auf Einziehung der Prise erkenne, unanfechtbar. Die Berufung müsse daher abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Die Berufungsbegründung macht geltend, daß das zur Verhandlung

stehende Schiff zur Zeit der Beschlagnahme bei der Mitsu Bishi Dockgesellschaft in Reparatur gewesen sei. Damit, daß es sich so im Besitz eines japanischen Staatsangehörigen befunden habe, gestalte sich der Fall ganz verschieden von solchen Fällen, wo Schiffe sich schlechtlin in Gebietsgewässern oder auf offener See befänden; denn das Schiff verkre damit die Eigenschaften, die seine Aufbringung rechtfertigen striften

Da ferner das zur Verhandlung stehende Schiff zur Zeit der Veröfentlichung der Kaiserlichen Verordnung Nr. 20 vom Jahre 1904
m jeden Beziehung nicht zur Reise fähig gewesen sei, so hätte es nicht,
veil die Abfahrtsfrist abgelaufen gewesen sei, beschlagnahmt werden
dürfen

Die Tatsache, daß ein Schiff sich in Reparatur befinder, ist aber bein Grund, weshalb es die Eigenschaften verlieren sollte, gegen die sich die Beschlagnahme richtet. Auch hat bei Gütern mit feindlichem Charakter die Frage, wer der Besitzer ist, keinerlei Einfluß auf die Beschlagnahmer.

Was ferner die Talsache angeht, daß das Schiff zur Zeit der Aufbrüngung nicht reisefähig war, so kann diese kein Hindernis für die Anwendung der prisenrechtlichen Grundsätze bilden. Auf Grund beschender Praxis ist die erwähnte Kaiserliche Verordnung erlassen sorden, welche ausanlamsweise feindliche Handelsschiffe für eine besimmte Frist von der Aufbrüngung befreit. Aber auch in dieser Kaiserlichen Verordnung findet sieh keine Bestämmung, nach welcher zugunsten von reiseunfähigen Schiffen eine Ausnahme von der festgesetzten finadenfrist gemacht werden könne. Daher konnte dem zur Verhandlung stehenden Schiff die Vergünstigung der Befreiung über die in der Kaiserlichen Verordnung festgesetzte Frist hinaus nicht gewährt sorden

Demnach hat das Gericht erster Instanz zu Recht auf Einziehung des zu Verhandlung stehenden Dampfers und der ihm zugehörigen Spitituosen und Nahrungsmittel erkannt und die Berufung ist unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

lm Oberprisengericht am 4. Februar 1905.

(Unterschriften.)

In der Prisensache betreffend den am 13. April 1904 in Hakodate von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Takao" beschlagnahmten Dampfer "Thalia" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Es wird auf Einziehung des Dampfers "Thalia" erkannt.

### Tatbestand und Gründe:

Der Dampfer "Thalia" steht im Figentum der Kamtschatka Handeund Industriegesellschaft in St. Petersburg, Rußland, und dient zur
Seeschiffahrt. Fr. wurde, als er gemäß Auftrags des Direktors der
genannten Gesellschaft, Barons M. Bru g.g. en, bei der Hakodate Dok
Aktiengesellschaft im Hafen von Hakodate in der Nähe des in der Ailage der Gesellschaft befindlichen Hellings auf Land gezogen und in
Reparatur begriffen war, am 13. April 1904 von dem zur Bestatung
der "Takso" gehörigen Kapitänleutnant Tajim a Joji auf Befehl de
Kommandanten des genannten Kriegsschiffs mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch den Bericht des Kapitänleutnants Tajim a Joji über die Beschlagnahme, ein Autwortschreiben des Fachdirektors der Dockgesellschaft, Sonoda Sanenori, an der Kommandanten der "Takao", Vashiro Voshinori, ein Schreiben des Chefs der Firma Howell, J. A. Wilson, und den Bericht des mit dem Fall beauftragten Prisenrats.

Die Hauptpunkte der Reklamation der Prokuristen der Kamtschalka Handels- und Industriegesellschaft Alexis Brogroff und Amor Mandlsind folgende:

Das zur Verhandlung stehende Schiff stehe im Eigentum der genannten Gesellschaft und sei auf dem Lande innerhalb der Anlage der Hakodate Dock Aktiengesellschaft, in Reparatur befindlich, mit Beschlag belegt worden. Das Recht der Beschlagnahme zur See beschränke sich auf die offene See und die Hoheitsgewässer der kriegführenden Staaten. Daß außerhalb dieser befindliches Gut unverletzlich sei, lehrten nicht nur Gelehrte wie Hall, Calvo und andere; auch die japanische Prisenordnung stehe offenbar auf diesem Standpunkt. Da nun das Gebiet des Hoheitsgewässers in der Weise bestimmt werde, daß man von der Küste aus nach dem offenen Meere zu eine gewisse Entfernung messe so könne man dasselbe nicht über das Wassergebiet hinaus ausdehnen und nicht das Festland innerhalb eines Docks für Hoheitsgewässer erklären. Und selbst einmal zugegeben, daß das Seeprisenrecht auch auf Bächen, Flüssen, Sümpfen und Seen, d. h. Stellen, welche außerhalb des Seegebiets lägen, ausgeübt werden könne, so müsse es dennoch Schiffe geben, welche sich außerhalb dieser Wasserflächen befänden und auf welche die Seegesetze keine Anwendung finden würden. Denn der Artikel 53. Absatz 2 des Haager Vertrages 1) spreche aus, daß es Schiffe gebe, welche außerhalb der Seegesetze stünden. Wenn dem so sei, dann müsse der erwähnte Vertrag mit den von ihm genannten Schiffen solche bezeichnen wollen, welche, wie das hier verhandelle, auf dem Land lägen, so daß also diese, wie der angeführte Arfikel sage, außerhalb der Anwendung des Secretchs stünden.

Die Frage ferner, ob Gitter zur See oder zum Lande gehören, besimm sich nicht nach ihrer Natur und ihrer Verwendung, sondern mitsen nach dem Orte, an welchern sie sich zur Zeit der Aufbringung befinden, entschieden werden. Wenn es im besonderen zweifelhaft sie ob ein Glut zur See oder zum Lande gehöre, misse für dasselbs billigerweise die Vermutung gelten, daß es zum Lande gehöre, da der Grundsatz der Unwerkeltichkeit feindlichen Privatvermögens nach der Tendenz, welche das Völkerrecht beherrsche, nach und nach auch für Gut zur See in Anwendung kommen würde.

Da der zur Verhandlung stehende Dampfer wegen Schadens nicht selber reisefähig gewesen sei, sondern als Transportgut des Dampfers "Progreß" gekommen sei, so sei er wie ein Ladungsstück zu betrachten.

Da also der Ort, wo der Dampfer beschlagnahmt worden sei, auf dem Lande sei, so müsse der Dampfer seinem Charakter nach als ein zum Lande gehöriges Gut betrachtet werden, und es werde um seine schleunige Freilassung gebeten.

Das Gericht ist folgender Ausicht:

Um ein Schiff in tüchtigem Zustand zu erhalten, ist es bei den modernen Fahrzeugen eine der unentberhichsten Bedingungen, daß das Schilf zu bestimmten Zeiten in einem Dock oder an einem Ort, der unter diesen Begriff fällt, einer Reparatur des Schiffskörpers und einem Neuanstrich unterzogen wird. Da demnach ein Schiff sich, wenn es in einem Dock oder dergleichen liegt, in durchaus natürlichen Uinstanden befindet, so ist es sowohl vom rechtslogischen als vom tatsichlichen Standpunkt widersning, behaupten zu wollen, daß es durch die Dockung, wenn es auch damit für eine Zeit auf das feste Land gerät, in derselben Weise wie ein gewöhnliches Stück Gut bei der Landung sogleich seinen Charakter als Seegut verliere.

Dementsprechend macht die Gesetzgebung und das Gewohnheitsrecht keines Staates noch auch das Völkerrecht einen Unterschied zusehen Schiffen, die im Dock liegen, und solchen, die im Hafen schwinmen. Rechte und Pflichten mit Bezag auf die Schiffe sind in beiden Fällen völlig dieselben. Kurz der Fall, daß ein Schiff, wie

i) Dort heißt es: Eisenbahnmaterial, Landteiegraphenlinien einschließlich der Linien, welche Land und Sce verbinden, Telephone, Dampfer und andere Schiffe, welche nicht unter das Seerecht fallen, ".... missen für die Kriegsoperationen zur Verfügung gestellt werden. iiblich, im Dock oder auf dem Helling liegt, wird dem Fall gleich erachtet, daß es im Hafen liegt, und daraus ergibt sich natürlich, daß es auch im ersteren Falle zur Kriegszeit ein Objekt der Beschlagnahme ist. Derselbe Gesichtspunkt der Notwendigkeit, nach welchem das Völkerrecht las Seeprisenwesen gutheißt, greift auch hier Platz.

Der Reklamant zieht für seine Behauptung, daß Schiffe auf dem Lande nicht beschlagnahmt werden können, die Bestimmung des Artikles 53, Absatz 2, des Haager Vertrags an. Aber darin wird von "Dampfern und anderen Schiffen, welche nicht unter der Herrschalt der Segesetze stehen", gesprochen. Diese Bestimmung handelt abo nicht von Schiffen, auf die die Segesetze Anwendung finden. Daher bezieht sie sich nicht auf ein Schiff wie das vorliegende, welches sich an einem der See gleichzuerachtenden Ort befindet und daher den Seegesetzen untersteht.

Der Reklamant behauptet, der zur Verhandlung stehende Dampfer müsse, weil er einmal auf einem Schiff verladen worden sei, als Ladungsgut behandelt werden. Is ist aber ganz selbstverständlich, daß man ihn, nachdem er wieder abgeladen und in die ihm als Schiff eigentümlichen Verhältnisse zurückgekehrt ist, nicht mehr als Ladungsgut behandeln kann.

Man kann daher, wenn auch der zur Verhandlung stehende Daumpfer auf dem Lande bei dem Helling in der Anlage der Hakodate Dock Aktiengesellschaft aufgebracht worden ist, nicht behaupten, die der Ort der Aufbringung nicht unter der Herrschaft des Seerechlsstehe, oder daß das Schift ein zum Lande gehöriges Gut sei.

Demnach ist die von dem Kommandanten der "Takao" ausgeführte Beschlagnahme zu Recht geschehen ²) und der Dampfer "Thalia" ist einzuziehen. ³)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 8. August 1904 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts Yanagita Kunio.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Kaintschafta Handels- und Industriegesellschaft in St. Petersburg, vertreten durch die Prokuristen Alexis Brosroff und Amor Mandl.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Gorai Kinzo, Tokio, Kojimachiku, Fujimicho Shichome Nr. 4, bei Kawamoto Jujiro.

Am 8. August 1904 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensache betreffend den am 13. April 1904 im Hafen von Hakodate von

dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Takao" beschlagnahmten, der Kaunschalta Händels- und Industriegesellschaft in St. Petersburg gehörigen Dampfer "Thalia" ein Urteil gefällt, in weichem auf Einziehung desseben erkannt worden ist. Gegen dieses Urteil haben die Prokuristen der genannten Firma, Alexis Brossoff und Amor Mandl, durch den Rechtsanwalt Gorai Kinzo als Prozebevtrteet die Berufung eingeligt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuk i Keiroku und Ishiwatari Binich beim Oberniskengericht gepräft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, Gorai Kinzo, sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts in Yokosuka, welches auf Einziehung des Dampfers "Thalia" erkenne, sei widerrechtlich, und es werde aus folgenden Gründen Freilassung des genannten Dampfers beantragt.

#### A.

Im Urteil erster Instanz heiße es:

Da ein Schiff sich, wenn es in einem Dock oder dergleichen liege, in durchaus natürlichen Umständen befinde, so sei es sowohl vom rechtslogischen als vom tatsächlichen Standpunkt widersinnig, behaupten zu wollen, daß es durch die Dockung, wenn es auch damit für eine Zeit auf das Land geriete, in derselben Weise wie ein gewöhnliches Stück Ladung bei der Landung sogleich seinen Charakter als Seegut verliere.

Diese Ausführungen stützten sich lediglich auf die Schiffsnatur des Dampfers "Thalia", ohne zu berücksichtigen, daß die Beschlagnahme in dem fraglichen Orte unzulässig gewesen sei. Sie stehe mit dem fundamentalen Grundsatz, daß eine Seebeschlagnahme nur in Gebiets-gewäser oder auf offener See ausgeführt werden könne, in Widerspruch und sei, wie nachstehend erörtert, unrechtmäßig.

I. Im § 2 der japanischen Seeprisenordnung heiße es,

daß die Visitierung, die Durchsuchung und die Beschlagnahme nicht stattfinden dürfe in einem neutralen Hoheitsgewässer oder in Gewässern, welche durch Vertrag ausdrücklich als außerhalb des Kriegsgebiets belegen bezeichnet seien.

Daß hierin mit keinem Worte erwähnt sei, daß diese Handlungen sich nicht auch auf das feste Land ausdehnen dürften, sei lediglich darin begründet, daß es selbstverständlich sei, daß das Beschlagnahmerecht auf dem Lande nicht ausgeübt werden dürfe und daß demnach kein Bedürfnis vorliege, dieses besonders auszunehmen. Weil daher nach dem Sinn der angeführten Bestimmung eine Beschlagnahme außerhalb des Wassergebiets ausgeübt werden dürfe, so sei die zur Verhandlung

stehende Beschlagnahme eine Verletzung des in der japanischen Prisenordnung niedergelegten Landesrechts.

II. In dem Artikel 23, g und Artikel 46 des am 21. November 1900 veröffentlichten Haager Vertrags sei bestimmt, daß feindliche Privateigentum nicht willkürlich beschlagmahnt und eingezogen werden könne. Damit sei der sogenannte Grundsatz der Unverletzlichkeit feindichen Privatvermögens anrekhannt. Da in diesen Bestimmungen keine Beschränkungen nach Art des Vermögens aufgestellt seien, so widerspreche es ihrem Sinn, wenn am Schiffe davon ausnehme.

Ausdrücklich spreche auch Artikel 53. Absatz 2 des genannten Vertrages von Schiffen, die außerhalb des Seerechts stünden. Nach diesen Worten müsse daher der Grundsatz der Unverletzlichkeit auch auf Schiffe, soweit sie sich außerhalb des Bereichs der Ausübung des Seeprisenrechts befänden, zur Anwendung kommen.

Das weiter in dem genannten Artikel, Absatz 2 vorkommend: Wort "Landtelegraphen" schließe in seinen Sinn auch die über Land gehenden Teile von Seekabeln ein. Das heiße also, daß zuch Seegut, sobald es ams Land komme, als Giut auf dem Lande betrachtet und als solches geschützt werde.

Daher verstoße die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme gegen den Haager Vertrag, welchem Japan beigetreten sei.

 Die Beschlagnahme der "Thalia" auf dem festen Lande verletze auch das Völkerrecht.

a) Das Urteil erster Instanz vertrete die Ansicht,

daß Schiffe, welche zwecks Reparaturen oder derart in Dockoder dergleichen lägen, damit ihren Charakter als Seegut nicht verlören und daher der Beschlagnahme nicht entgehen könnten.

Aber Schiffe, welche in neutralem Hoheitswasser oder in vertragmäßig außerhalb des Kriegsgebiets liegenden Gewässern befindlich seien, behielten doch auch ihren Charakter als Schiffe, und der Grund, wehalb sie nicht beschlagnahmt werden dürften, sei der, daß diese Hoheitbzw. durch Vertrag ausgenommenen Gewässer völkerrechtlich unverletzlich seien.

Das zur Verhandlung stehende Schiff habe zur Zeit der Beschlagnahme bei einem Dock auf Land gelegen, und Pfrixateigentum zu Landsei unverletzlich. Man könne wohl nicht behaupten wollen, daß das
Land bei einem Dock noch Wassergebiet sei, und, weil demnach auf
dem Lande befindlich, könne das zur Verhandlung stehende Schiff denso
wenig wie Schiffe, die sich in den oben erwähnten Hoheitsgewäsern
bzw. vertraglich neutralisierten Gewässern befänden, zur Prise zemacht
werden. Das Urteil erster Instanz argumentiere aber lediglich dami,
daß ein Schiff seiner Natur nach Seegut sei, und gehe auf die Streit

frage nach dem Gebiet, in welchem Seeprisenrecht zur Anwendung kommen könne, mit keinem Worte ein. Daher sei es rechtswidrig.

b) Eine große Anzahl von Völkerrechtsgelehrten halte die Beschlagnahme auf dem Lande für unzulässig. Hall sage:

Güter des Feindes, welcher ein kriegführender Staat in seinem Gebiet vorfinde, dürften, sofern sie nicht nach Eröffnung des Krieges in seine Gebietsgewässer kämen, nicht eingezogen werden:

## Massé sage:

Unter den zivilisierten Staaten schütze man auf dem Lande die nichtkämpfenden Personen und das Privateigentum nach Möglichkeit, aber auf der See sei man zu dem barbarischen Zustand zurückgekehrt, (eindliche Privatpersonen, Fahrzeuge und Güter aufzubrinnen:

#### Rivier sage:

Die Kriegführenden hätten das Recht, feindliches Privatvermögen, welches auf der See schwimme, mit Beschlag zu belegen:

#### Charles de Boek sage:

Feindliches Privateigentum unter feindlicher Flagge könne auf der offenen See und in den Gebietsgewässern der kriegführenden Staaten aufgebracht werden.

Das Gewicht dieser Ansicht lasse sich daraus erkennen, daß der Artikel 8 der Beschlüsse des internationalen Völkerrechtskongresses von Jahre 1882 über das Seeprisenwesen der allgemeinen Ansicht der Gelehten aller Länder den einheitlichen Ausdruck gegeben habe, daß die Seebeschlagnahme auf das Wasser zu beschränken set.

Daß das Beschlagnahmerecht nicht bis auf das Land bei einem Dock erstreckt werden dürfe, sei demnach die fast unbestrittene Ansicht der Wissenschaft, und daher mitsse die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs sehließlich auch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus verworfen werden.

o) Das Urteil erster Instanz behaupte, daß eine Beschlagnahme auf dem Lande, wie die bei dem Dock an der "Thalia" vollzogene, nach demselben Gesichtspunkt der Notwendigkeit, aus welchem das Völkerrecht das Seeprisenrecht anerkenne, gerechtertigt sei. Eine derärige Geltendmachung des für Seeprisen geltenden Gesichtspunktes bei einer Beschlagnahme eines Schiffes auf dem Lande sei indes nicht mar an und für sich widersinig; diese Beschlagnahme stehe vielnehr auch direkt im Gegensatz zu dem grundsätzlichen Unterschied, der in der Behandlung des Privateigentums im Landkrieg und im Seeking gemacht würde.

Die Gründe, weshalb man im Gegensatz zu dem Schutze des

Privateigentums zu Lande die Aufbringung des Privateigentums zur See für notwendig halte, seien mannigfach, doch im wesentlichen folgende:

 Pradier-Fodéré gebe als Grund für die Beschlagnahme der in den Häfen eines kriegführenden Staats befindlichen feindlichen Schiffe an. daß

> der Staat bezüglich solchen in seinen Häfen oder sonstigen Gewässern schwimmenden Guts nicht wie bei Gut, das sich auf dem Lande befinde, in der Lage sei, seine Gesetze uneingeschränkt in Anwendung zu setzen, es seiner Kontrolle zu unterziehen oder ihm seinen Schutz zu gewähren.

Wenn dies der Grund sei, weshalb man Schiffe zu Prisen machen könne, so entbehre die auf dem festen Land bei einem Dock ausgeführte Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes der Begründung. Denn dies feste Land sei von dem Wassergebiet eines Hafens versehieden und dem Staat seien dort für die Anwendung seiner Gesetze und die Ausübung seiner Kontrollgewalt keinerlei Schranken gesetzt.

 Hautefeuille erkläre die Gründe für die Unverletzlichkeit des Privateigentums zu Lande einerseits und für das Prisenrecht an Privateigentum zur See andrerseits, indem er sage, daß

im Landkrieg ein Staat den Feind hinreichend des Nutzenses öffentlichen und privaten Figentums beraube, wenn er sein Gebiet besetze. Auf der See indes gebe es, am den Feind zu schädigen, nur das eine Mittel der Einziehung feindehen Privatvermögens. Durch diese werde der Feind des Nutzens, der ihm aus solchem Vermögen entspringe, beraubt, während, wenn man Schiffe und deren Ladungen frei in das Feindesland gelangen ließe, der feindliche Staat unverkürzt mittelbar oder unmittelbar Vorteil aus ihnen zu zichen imstande sei. Mache jedoch ein Staat solche Güter zur Prise, so könne er den Nutzen, den der Feind von ihnen ghabt haben würde, selbst für sich daraus zichen.

Nach diesen Ausführungen könne das zur Verhandlung stehende Schift, welches Gut zu Lande sei, wenn es für die Kriegsoperationen benötigt werde, nach Artikel 53, Absatz 2 des Haager Vertrags als Gut auf dem Lande requiriert und in Gebrauch genommen werden. Sobald freilich der Feind es unternehme, dasselbe zur See nach dem Feindesland fortzuschaffen, könne es als Privateigentum zur See beschlägenahmt werden. Solange es aber als ein Stück Gut auf dem Lande in Japan festgehalten werde, diene es weder zum Nutzen des Feindes noch zum Schaden Japans.

3. Funk-Brentano und Sorel führten aus, daß

wenn feindliche Staatsangehörige in Lande des Gegners Vermögen besäßen, dies Vermögen dorthin gekommen sei im Hinblick und im Vertrauen auf den Schutz, den die gewöhnlichen Landesgesetze dem Eigentumsrecht gewährten, und daß der Krieg an diesen Gesetzen nicht die geinsten, kannen der den Eigentumschutz unverändert fortschauungen über den Eigentumschutz unverändert fortbestehen lasse, müsse er auch das Eigentum feindlicher Privatpersonen schützen und respektieren. Wenn er es verletze, so verletze er damit seine eigenen Gesetze.

Wenn aus diesem Grunde feindliches Privateigentum auf dem Lande geschützt werden müsse, so bedeute die Einziehung des auf dem Lande befindlichen, hier zur Verhandlung stehenden Schiffes einen Bruch mit dem Geiste derjenigen Gesetze Japans, welche sich auf den Schutz des Eigentumsrechts bezögen.

4. Rivier, Hautefeuille und andere Gelehrte hätten gesigt, daß

> Schiffe, verschieden von Gut auf dem Lande, sofort armiert und als Kriegsschiffe benutzt oder zum Truppentransport oder zu anderen für die Kriegsführung wichtigen Zwecken gebraucht werden könnten. Daher müsse ihre Beschlagnahme als von der Notwendigkeit geboten erachtet werden.

Auch wenn man das zur Verhandlung stehende Schiff unter diese Argumentation stelle, so müsse es der Beschlagnahme entgehen. Denn angenommen, man bedürfe seiner für den Krieg, so unterliege es doch nur der Requisition, weil es ein Schiff sei, welches nach Artikel 53, Absatz 2 des Haager Vertrags nicht dem Seerecht unterstehe.

Wheaton, Rivier und andere Gelehrte seien der Ansicht, daß,

weil das Ziel des Landkriegs die Eroberung des feindlichen Gebiets, das des Seekriegs aber die Vernichtung des feindlichen Handels und seiner Schiffahrt sei, bei ersterem ein Bedürfnis für die Verletzung des Privatvermögens nicht vorliege, während letzterer dieser nicht entraten könne.

Der wahre Zweck des Seeprisenwesens sei danach, während des kriegs Handel und Schiffahrt des Feindes zu hemmen, um dadurch schnell zum Ziel des Krieges zu gelangen. Deshalb sei es nicht unter allen Umständen nötig, diese Härte noch bis nach Vollendung des Krieges auszudehnen. Für ein Schiff wie das hier verhandelte besteht einerseits die Möglichkeit hinreichender Kontrolle durch die Regürung; auch könne es nur auf dem Wasserwege in die Heimat zurückkehren. Wenn man es daher, während es auf dem Lande liege, als unverletzliches Gut zu Lande behandele, so stehe das der Erreichung des als notwendig erblickten Ziels, den feindlichen Handelsverkehr zu brechen, in keiner Weise im Wege.

b) Die Ausdehnung der Seebeschlagnahme bis auf das feste Land bei einem Dock sei eine Verletzung des fundamentalen Grundsstzes des Völkerrechts über die Parteien im Kriege. Die Parteien eines Krieges seien die Staaten, nicht die einzelnen Privatpersonen. Rivier sage:

das Recht der Kriegsführung stehe nur Staaten zu. Daher bestehe Krieg nicht zwischen den Individuen. Auch zwischen Staat und Individuum gebe es keinen Krieg.

Bis auf einen einzigen englischen Völkerrechtslehrer seien alle Gelehrten Europas und Amerikas dieser Ansicht. Als natürlicher Ausfluß dieses Grundsatzes werde die Unverletzbarkeit des Privateigentums von der ganzen Welt als ein grundlegendes Prinzip des Kriegsrechts angesehen. Auch der Artikel 46 des Haager Vertrages spreche dieses klar aus Diesem Grundsatz gegenüber nehme die Praxis des Seeprisenwesens nur die Stelle einer Ausnahme ein. Daher müsse in diesem Falle, wo das zur Verhandlung stehende Schiff auf dem Lande bei einem Dock gelegen habe und wo es zweifelhaft sei, ob es als Gut zur See oder zu Lande aufzufassen und demnach einzuziehen oder nicht einzuziehen sei, die Regel beobachtet werden, daß man Ausnahmen möglichst eng auslegen solle. Danach müsse man das Schiff als Gut zu Lande betrachten, auf welches der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privatvermögens anzuwenden sei. So ergebe sich auch aus dem Grundsatz, daß Parteien eines Kriegs nur die Staaten seien, weil das Schiff als Gut auf dem Lande Anspruch auf Anwendung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Privatvermögens habe, die natürliche Konsequenz, daß das Schiff nicht beschlagnahmt werden dürfe.

e) Das Urteil erster Instanz habe behauptet, ein Dock und das bei demselben belegene Land sei der See gleichzuerachten. Wie im folgenden erörtert werden solle, sei es jedoch klar, daß solche Orte ihrer juristischen Natur nach verschieden seien.

 Während ein Dock oder das bei demselben belegene Land vom Staat oder von Privaten geeignet werden könne, sei ein Eigentum von Privaten am Hoheitswassergebiet ausgeschlossen. Carnazza-Amari sage:

wenn auch ein Figentumstecht an Grund und hoden, welches einen Teil des Wassergebiets eines Hafens in sich schließe, vorkomme, so gehe doch daraus daß dem Eigentümer bezüglich des Teils, welcher Wässergehiet sei, keine absolute Verfügungsgewalt zuerkannt werde, klar hervor, daß seine Rechte daran nicht dieselben seien, wie sein Eigentumsrecht an dem Teil, welchet Grund und Boden sei. Während also dus Eigentumsrecht an dem Laudgebiet des Docks und des dabeiliegenden Grundes absolut sei, so daß ein Eindringen in dasselbe gegen den Willen des Figentilmers von diesem abgewehrt werden könne, so sei derselbe doch nicht berechtigt, den Eintritt in das von ihm geeingnete Hafengebiet. z. B. wegen gefährlichen Wetters oder un einer Verfolgung zu entgehen, abzuweisen. Während es des weiteren dem Eigentümer des Bodens freistehe, den Gebrauch desselben zu gestletten oder zu verweigern, müsse der Staat, als Eigentümer des Hafengöbiets, die Benutzung desselben allen auswärtigen Staaten in gleichem Möße gestatten.

2. Ein Staat k\u00f6nne das harmlose Passieren aus\u00e4andischer Truppen durch ein Dock oder das bei demselben belegene Land schlechthin verw\u00e4gern; er m\u00e4sse aber, abgesehen von F\u00e4llen, wo dies seine eigene Ruhe gef\u00e4hrde, das harmlose Passieren aus\u00e4\u00e4ndischer Kriegsschiffe in seinen H\u00e4dengew\u00e4ssern eraben.

Da diesergestalt zwischen Land und See zu unterscheiden sei, so bestehe kein Grund, welcher die Ausübung des Seeprisenrechts auf dem Grund bei einem Dock, dem man schlechterdings die Eigenschaft von wirklichem festen Land nicht absprechen könne, zu rechtfertigen geeignet sei. Die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs set daher ungerechtfertigt.

f) Das Urteil erster Instanz gebe zu, daß die Beschlagnahme auf dem Land bei dem Helling geschehen sei, beschränke sich aber Jarauf, diesen Ort einfach als einem Dock gleichstehend zu bezeichnen. Das Land in der Nähe eines Docks sei aber kein Dock, und wenn es auch zur Aufnahme von Schiffen, die repariert würden, diene, so sei es doch kein Ort, wo diese Schiffe sich ihrer Natur eemäß befänden.

Wenn man derartigen Grund und Boden als im Bereich der Ausübung des Seeprisenrechts belegen betrachte, so müsse das auch von jedem anderen Ort, der kein Dock sei, gelten, sobald sich ein Schiff dort zur Reparatur befinde, wenn er gleich 10 oder 100 Meilen von der Küste entfernt auf dem Lande liege.

Selbst wenn man annehme, daß es für ein Schiff etwas Natürliches est, im Dock zu liegen, und daß dies dasselbe sei, als wenn es im Hafen schwimme, so könne man doch nicht behaupten, daß es für ein Schiff natürlich sei, außerhalb eines Docks auf dem Lande zu liegen. Wenn auch die Entfernung zwischen dem Helling und dem hier in Frage kommenden Land nur einige wenige Schritte betrage, so komme diese Entfernung, vom juristischen Standpunkte aus gesehen, einer Entfernung von zehn Millionen Meilen durchaus gleich. Da so aber das Schiff auf gewöhnlichem Lande, d. h. an einem außerhalb des Wirkungsberichs des Seeprisenrechts liegenden Ort beschlagnahmt worden sei, so es es nach dem Ausgeführten unfraglich freizugeben.

Prisengerichtsentscheidungen: "Thalia-

B.

Es sei ein Mißverstehen der Tatsachen, wenn das Urteil erster Instanz behaupte, das Schiff habe sich in einer für ein Schiff gewöhnlichen Lage befunden.

1. Das zur Verhandlung stehende Schiff sei zur Reparatur auf dem Dampfer "Progreß" nach Hakodate gekommen. Das Urteil erster Instanz gebe freilich zu, daß das Schiff, während es auf dem genannten Dampfer verladen gewesen, als ein Stück Ladung desselben zu betrachten gewesen sei; es stelle aber die Ansicht auf, daß man es nicht mehr als Ladungsgut betrachten könne, nachdem es wieder abgeladen und in seine ihm als Schiff eigentümlichen Verhältnisse zurückgekehrt sei. Es sei aber nicht einzusehen, weshalb das Schiff, nachdem es einmal seine Schiffsnatur habe ablegen und die eines Ladungsstücks annehmen können, nicht, wenn es auf dem Lande ebenfalls sei, seine reine Schiffsnatur solle ablegen und die Eigenschaft eines Stücks Privateigentums zu Lande annehmen können. Zum Zwecke einer Reparatur sei das Schiff ein Ladungsstück des "Progreß" geworden. Aus dem gleichen Grunde sei es auch auf das Land geschafft worden. Weshalb solle daher, während der gleiche Zweck noch fortdauere, die Tatsache, daß es nun auf dem Lande sei, ihm einen anderen Charakter geben? Wenn man behaupte, der Umstand, daß das Schiff nach der Abladung einmal ins Wasser gelassen sei, habe es wieder in die ihm eigentümlichen Verhältnisse zurückgebracht, würde es dann, wenn man es, ohne es ins Wasser zu lassen, direkt ans Land geschafft hätte, die Eigenschaft eines Guts zu Lande erworben haben? Diese Art von Argumentation sei doch wohl kaum zu rechtfertigen. Denn das Herablassen ins Wasser sei gerade, wie wenn man ein Stück Bauholz beim Löschen aus einem Schiff erst ins Wasser lasse, nichts weiter als eine besondere Transportmethode.

II. Der Bericht des Offiziers, der die Beschlagnahme ausgeführt habe, tue dar, daß das Schiff zur Zeit der Beschlagnahme sich im Zustande unvollendeter Reparatur befunden habe und nicht selbstänig reisefähig gewesen sei. Reklamant sei der Ansicht, daß man ein derartiges, reiseunfähiges Fahrzeug nicht als ein richtiges Schiff, sondern nur als ein Stück Gut ansehen könne.

III. Das zur Verhandlung stehende Schiff habe zur Zeit der Aufbringung weder die für die Reise nötigen Aussitstungsgeräte aoch ein Landesflagge, noch Schiffspapiere, noch Mannschaft besessen, kurz es habe an allen Anforderungen gefehlt, die man an ein Schiff stellen müsse. Auch hieraus ergebe sich, daß der Fäll nicht als der eines richtigen Schiffes, sondern vielmehr als der eines Stücks Gut zu behandeln sei. Man habe es mit einem richtigen Stück Gut zu behandeln sei. Man habe sen tit einem richtigen Stück Gut zut dem Landel

zu tun, auf welches der Haager Vertrag Anwendung finde und das dahei unfraglich freizugeben sei.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari, Kobayashi Yoshio und Yanagita Kunio, sind folgende:

Die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei rechtmäßig und seiner Einziehung stehe nichts im Wege. Dies werde folgendermaßen begründet:

 Die vielen Ansichten der Gelehrten und praktischen Beispiele beinmten den Bereich, in welchem Beschlagnahmen vorgenommen werden könnten, lediglich in negativer Weise, ohne ihn positiv zu begenzen. Auch wenn I.us hing ton und Hollan d lehrten,

das Beschlagnahmerecht könne außer in dem Wassergebiet, das unter der Herrschaft neutraler Staaten stehe, in jedem Wassergebiet ausgeübt werden,

o entspringe das nur der Ännahme, daß für gewähnlich Seegut anderen Orten nicht angetroffen werden würde, habe aber nicht den Sinn, daß Seegut, wenn es ausnahmsweise aus dem Wassergebiet entfernt werde, dabei aber offenbar noch als Seegut anzusehen sei, frei ausgehen und nicht vor Gericht gezogen werden solle.

Aber selbst zugegeben, der Seepriseubereich sei in der Weise, 
wie der Reklamant es annehme, positiv begrenzt, so sei trotzdem das 
Schiff innerhalb seiner Grenzen beschlagnahmt worden. Wenn es auch 
nicht klar ersichtlich sei, worauf sich der sogenannte fundamentale 
Grundsatz des Reklamanten beziehe, so sei wohl anzunehmen, daß 
er in dem von Phillim ore für die Ausübung der Visitierung und 
Durtsbuchung und von Hall für die Beschlagnahme schleethtin aufgestellten Bereich positiv fixierte Grenzen erblieke und so annehme, 
daß das Seeprisengebiet das Territorialwassergebiet der kriegführenden 
Staten und die offens See sei.

Das Wort "Wassergebiet" enthalte aber die Gesamtheit der Häfen, Buchten, Baien, Flußmündungen und dergleichen mit dem Wasser in Beziehung stehenden geographischen Einzelteile dessen, was man mit einem Sammetwort der gewöhnlichen Sprache als "Meer" bezeichne. Da demnach das Wassergebiet je nach den natürlichen Wirkungen von Ebbe und Flut oder infolge künstlicher Vorrichtungen der Menschen eicht notwendigerweise in allen Teilen und zu allen Zeilen von Wasser bedeckt sei, so sei es ein Fehler, es mit dem Begriff "Wasserfläche" zu identifizieren.

Ein Dock müsse daher einmal für sich allein als ein Wassergebiet betrachtet werden; sodann bilde es aber auch vermöge seiner notwendigerweise vorhandenen Abhängigkeit von Liegeplätzen für Schiffe zusamnen mit dem übrigen Hafen, Flußmündungsgebiet, oder was et sei, ein gemeinschaftliches Wassergebiet. Wie nan es auch inseln, immer ergebe sich, daß die in einem Dock vorgenommene Beschlagnahme als in gewöhnlichem Wassergebiet vorgenommen gelten müsse.

Die Erklärung des Reklamanten von dem festen Land, auf dem ein Beschlagnahme nicht ausgeübt werden dürfe: daß dies nämlich die ganze Erdoberfläche unfasse, soweit sie nicht von Meerwasser bedeckt sei, sei durchaus nur seine eigene, und selbst wenn die Wissenschaft das Gebiet erlaubter Beschlagnahme positiv bestimmen würde, so würde sie doch nicht versuchen, diese Behauntung aufzustellen.

Wenn Schiffe zwecks Reparatur ins Dock zu gehen hätten, so sei es aus technischen Gründen zuweilen erforderlich, sie daneben aufs Land zu ziehen oder das Dockwasser abzulassen. Deshalb könne man aber nicht sagen, daß sie außerhalb des Docks und auf dem Lande seiea.

 In dem von dem Reklamanten angeführten Artikel 8 der Beschlüsse des Völkerrechtskongresses in Turin im Jahre 1882 heiße esdas Beschlagnahmerecht könne nur in dem innerhalb 3 See-

das Beschlagnahmerecht könne nur in dem innerhalb 3 Seemeilen von der Küste belegenen Wassergebiet der kriegführenden Staaten und auf dem Ozean ausgeübt werden.

Hier werde von Wassergebiet in dem Sinne, den der Reklamant angebe, nicht gesprochen. Sonst würde man zu der merkwürdigen Erscheimung kommen, daß ein feindliches Schiff, welches in unmittelbarer Nähe der Küste liege, mit dem Wechsel der Flut eine Stunde vor der Aufbringung sicher sei und in der anderen Stunde diesen Schutz wieder verliere. Im übrigen sei der Beschluß des oben zitierten Artikels 8 in die japanische Prisenordnung nicht aufgenommen, und zwar einmal, weil eine derartige positive Begrenzung des Seeprisengebiets der allgemeinen Ansicht der Welt nicht entspreche, sodann auch, weil man kein Bedürfniserblickt habe, eine derartige Begrenzung, welche die Interessen des Staats so wesentlich berühre, ohne die Bedüngung der Gegenseitigkeit erfüllt zu sehen, von sich aus einseitig aufzustellen.

# 3. Der Reklamant behaupte,

die Tatsache, daß die japanische Prisenordnung im § 2 als Gebiet, in welchem Prisen nicht gemacht werden dürften, nur neutrales Territorialmeer und besonders durch Vertrag ausbedungene Wassergebiete anführe und das neutrale feste Land als selbstrerständlich ausgeschlossen nicht erwähne, beweise, daß sie eben die Beschlagnahme auf dem festen Lande der kriegführenden Staaten für unzulässig erachte, suicht nötig, daß eine Prisenordnung die Rechtsbestimmungen

Es sei indes nicht nötig, daß eine Prisenordnung die Rechtsbestimmungen sämtlich enthalte, und, wenn die Prisenordnung diesen Fall vorsehende Bestimmungen nicht getroffen habe, so sei der Grund lediglich der, daß sie ein Bedürfnis dafür nicht erblickt habe.

- a. Wenn auch der Reklamant selbst anerkenne, daß die von ihm ageomenn Bestimmungen des Haager Vertrages dem Landkrieg seine Schranken vorschreibe, mit welcher Begründung volle er dieselben dann auf die Prisennaßnahmen der Marine zur Anwendung Sringen? Toderten die Worte "Schiffe, welche nicht unter der Herrschaft des Serechts stehen" nicht vielmehr zu der Argumentation auf, daß in ihmen implicite gesagt sei, daß auch eine Landmacht gelegentlich mit Schiffen zu tun haben könne, die dem Serercht unterstünder.
- 5. Zur Unterstützung seiner Ansicht daß außerhalb des Wassers Prisen nicht genacht werden dürften, stelle der Reklamant viellach die Ansichten von Gelehrten falsch dar. Was zum Beispiel Ha11 sage, sei weiter nichts als die Anerkennung einer Tendenz, Feindesgut, selbes seit der Zeit vor dem Kriege in dem Gebiet eines Staates sei, von der Beschlagnahme zu befreien. Das Zitat von Massé sei ledigieh eine Wiedergabe allgemeiner Tatsachen. Damit den Bereich des Beschlagnahmerechts abzugerenzen, sei nicht beabsichtigt gewisen. Ebenstemig sei mit den Worten Riviers "das zur See schwimmende dur" etwas anderes gemeint ab Seegut, ohne daß eine Unterscheidung nach der Richtung, ob es zurzeit auf dem Wasser schwimme oder nicht, gemacht worden sei.
- 6. Der Rekkamant f\u00e4hre betreffs der Gr\u00e4nde, weshalb nur Seegul beschlagnahmt werden k\u00f6nne, eine gro\u00e4e Anzahl wissenschaftlicher Ansichten an und behaupte, daß die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Sehiffes mit keinem dieser Gr\u00e4nde im Einklang stehe. Aber d\u00e4\u00e3e einestlen in Widerspruch stehe, beweise, daß diese Ansichten eben nicht zutr\u00e4\u00e4ne (Was man auch immer f\u00fcr Gr\u00fcr\u00e4nde eine Ma\u00e4nahme, die im Kriegszeiten unentbehrlich set, in Geltung, und es liege kein Grund vor, gerade dieses eine Schiff davon auszunchmen.
  - 7. Der Reklamant mache geltend,
    - es sei die allgemeine Ansicht unserer Zeit, daß der Krieg nur zwischen Staaten geführt werde und das Seeprisenwesen, welches den Privaten als Feind behandele, eine Ausnahme sei. Daher sei in zweifelhaften Fällen die grundlegende Regel anzuwenden.

Daß indes das Ziel des Krieges das sei, dem feindlichen Staat Schaden zuzufigen, treife auch für die See zu, und andreseits hätten die Prixaten auf dem Lande ebenfalls durch die Rückwirkungen des Krieges Schädigungen zu ertragen. Wenn die Behandlung des Privateigentums zu Lande und zur See verschieden sei, so liege der Grund hierfür, wie viele Gelehrte annahmen, darin, daß das Recht für den Landkrieg und das für den Seckrieg jedes seine besondere Entwicklung erfahren habe, Wenn man aber vom geschichtlichen Standpunkte aus darüber entscheiden wolle, was Regel und was Ausnahme sei, so müsse man sagen, daß vielimehr die Einziehung des Privatvermögens die grundlegende Regel darstelle. Im übrigen bestehe bezüglich des Thaliafalls kein Zweifel darüber, ob das Objekt Gut zu Lande oder Gut zur Ses si.

- 8. Der Reklamant behaupte, daß das Land und das Wasser eine verschiedene juristische Stellung einnähmen; führ aber nicht aus, inwisefern dies auf die Wirksamkeit einer Beschlagnahme Einfalß haben solke Selbst angenommen, es bestehe ein derartiger Unterschied, so liege doch kein Grund vor, weshalb dem Prisenwesen, welches selbst auf der mur recht sehwach beherrschten See frei ausgeübt werden dürfe, auf dem viel stärker beherrschten Land Fesseln angelegt werden sollten. Im übrigen gebe es zahlreiche Fälle, wo Privaten ein gewisses Wasserarel zum privaten Eigentum oder Gebrauch überlassen sei, so daß sie drüte aus demselben ausweisen könnten, z. B., das Wasser bei Landungsbrücken und Hafendämmen. Auch ein Dock gehöre unter diese Beispiele, und es sei unmöglich, sich der Ansicht zu unterwerfen, welche für die Rechtsverhältnisse desselben je nach Vorhandensein oder Nicht vorhandensein von Seewasser in demselben einen Unterschied tufstellen volle.
- 9. Der Reklamant wende, um die Verwerfung der Beschlagnahme um jeden Preis durchzusetzen, den neuen Ausdruck "Beschlagnahme auf dem Lande" an. Wenn man aber den Begriff "Land" so auffasse wie der Reklamant, so sei eine Landprise durchaus nicht unter allen Umständen ungerechtfertigt. Daß im allgemeinen auf dem Lande keine Prisen gemacht würden, treffe für Ladungsgut unbedingt zu. Selbst für Schiffe müsse man sagen, daß, wenn sie von der Küste entfernt im Lande lägen, sie in vielen Fällen wohl ihren Charakter als Seegut verloren haben und zu Vermögensstücken geworden sein würden, welche völkerrechtlich die Beschlagnahme nicht zuließen. Aber im Falle, daß ein Schiff im Dock sei selbstverständlich, und auch im Falle, daß ein Eigentümer sein Schiff, um es der Beschlagnahme zu entziehen, auf das Ufer ziehen würde, verliere das Schiff dieserhalb keineswegs seinen Charakter als Seegut und unterliege daher selbstverständlich der Beschlagnahme. Wenn man an dem Wasserufer eine Linie ziehen und dann behaupten wolle, daß, sobald diese Linie auch nur um einen Schritt überschritten werde, ohne die Umstände des Falls zu erwägen, schlechthin auf die Beschlagnahme verzichtet werden müsse, so müßten in Zukunft einem Inselreich wie Japan, wenn es genötigt sei, sich mit seiner Marinemacht gegen einen kontinentalen Feind zu wenden, aus dieser Schranke die größten Schwierigkeiten erwachsen,

Kurz und gut, die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes stimme mit dem Geist unserer Seeprisenordnung, welche die Grenzen der Beschlagnahme nicht positiv festgelegt habe, überein und, daß das Prisengericht zu Yokosuka bei der Untersuchung der Frage, ob das Gut Seegut sei oder nicht, sich um den Ort, wo dasselbe sich befunden habe, nicht gekümmert habe, sei durchaus richtig gewesen,

10. Der Reklamant mache geltend, daß das zur Verhandlung stehende Schiff, weil es als Ladung auf dem Dampfer "Progreß" verschifft und in Hakodate ans Land geschaft worden sei, ein gewöhnliches Ladungsgut wäre. Aber in dem Vernehmungsprotokoll des damab bei der Hakodate Dock Aktiengesellschaft angestellten Mizu n o Yoke i heiße es:

> "Wie ist die "Thalia" nach Hakodate geschafft worden?" "Wie sie dorthin gekommen ist, weiß ich nicht, als sie aber nach der Dockgesellschaft kam, schwamm sie auf dem Wasser."

Das sei ein deutlicher Beweis dafür, daß der Agent des Reeders in Ikkodate die "Thalia" als Schiff behandelt habe, und sie sei deshahl nicht wie Bauholz, welches in das Wasser geworfen werde, anzusehen, Selbst zugegeben, es habe einmal eine Zeit bestanden, wo das Schiff ein zum Lande gehöriges Vermögensstück gewesen sei, so habe es doch breits, bevor es ins Dock aufgenommen worden sei, seine gewöhnliche Natur wiedererlangt gehabt.

Das Fehlen der Schiffsflagge, der Schiffspapiere usw. stelle die Natur des Schiffes als eines Stückes Seegut nicht in Frage, und in den meisten Prisenfällen sei dies im Gegenteil eine Anreizung zur Beschlagnahme.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der Reklamant mache folgendes geltend.

## A.

Das Gericht erster Instanz habe ausgeführt, daß

ein Schiff, welches in einem Dock oder dergleichen liege, sich in durchaus natürlichen Umständen befinde und, wenn es auch damit für eine Zeit auf das feste Land gerate, dadurch doch nicht seinen Charakter als Seegut verliere usw.

durch doch nicht seinen Charakter als Seegut verliere usw. Diese Ausführungen stützten sich lediglich auf die Schiffsnatur des Dampfers "Thalia", ohne zu untersuchen, ob die Aufbringung an dem Orte, wo sie geschehen sei, zulässig gewesen sei oder nicht. Die Entscheldung auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffs stehe indes in Widerspruch mit dem fundamentalen Grundsatz, daß eine Seebeschlagnahme nur in Gebietsgewässer oder auf offener See ausgeführt werden könne. Sie sei daher, wie nachstehend erörtert, unrechtmäßig:

l. Die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs

Abschnitt VI 16

sei eine Verletzung der japanischen Seeprischordnung. Die Bestimmung des § 2 unserer Seeprischordnung:

die Visitierung, Durchsuchung und Beschlagnahme dürfen nicht stattfinden in neutralem Hoheitsgewässer oder in Wassergebieten, welche durch Vertrag ausdrücklich als außerhalb des Kriegsgebiets belegen bezeichnet sind

bedeutet nur, daß die Kaiserlichen Kriegsschiffe in neutralem Hoheisgewässer und im Wassergebieten, welche ausdrücklich durch Vertag als außerhalb des Kriegsgebiets belegen bezeichnet sind, keine Visitierung, Durchsuchung und Beschlagnahme ausführen dürfen. Is ist aber tatsschilch unbestreitbar, daß die hier verhandelte Beschlagnahme weder in einem neutralen Hoheitsgewässer noch in einem Wassergebiet, welches durch Vertrag ausdrücklich als außerhalb des Kriegsgebiets belegen bezeichnet worden ist, ausgeführt worden ist. Daher ist die Beschlagnahme keine Verletzung unserer Seeprisenordnung.

11. Der Rekkamant behauptet, die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme sei in Widerspruch mit dem unter dem 21. November 1900 veröffentlichten Haager Vertrag, Dieser Vertrag bezieht sich je doch auf die Rechtsbestimmangen und die Praxis des Landkriegs und hat nit dem Recht und der Praxis des Seckriegs nichts zu schaffen. Daher ist auch die Begründung des Reklamanten, daß die Beschlagnahme eine Handlung sei, die gegen den Haager Vertrag verstoße, umbegründet.

III. Der Reklamant sagt, die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme widerlaufe dem Völkerrecht und begründet dies folgendermaßen: a) Von jeher sei das Privatvermögen zu Lande völkerrechtlich

a) Von jeher sei das Privatverinogen zu Lande volkerrechtlich als unverletzbar angesehen worden. Da aber das zur Verhandlung stehende Schiff sich zurzeit bei einem Dock auf dem festen Land befunden habe, so sei die Beschlagnahme desselben rechtswidrig.

b) Viele Gelehrte sagten mit Bezug auf den Ort, an welchem Schifft beschlagnahmt werden könnten, entweder, daß die Beschlagnahme auf der Sez au erfolgen, oder daß sie auf der offenen See oder im Gebietsgewässer der kriegführenden Staaten stattzufinden habe, oder daß das Objekt der Beschlagnahme das auf der See sehwimmende Gut set. Auch habe der internationale Völkerrechtskongreß im Jahre 1882 beschlossen, daß Seeprisen nur auf dem Wasser gemacht werden dürften. Die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme stehe daher mit der Wissenschaft in Widerspruch.

 c) Bei der zur Verhandlung stehenden Beschlagnahme habe es an der das Seeprisenwesen rechtfertigenden Notwendigkeit gefehlt.

d) Daraus, daß die Parteien in einem Kriege die Staaten seien, folge als Grundsatz, daß das Privatvermögen unverletzlich sei. Die Beschlagnahme von Privatvermögen zur See bilde lediglich eine Ausnahme hiervon. Im Zweifel, ob ein Gut zum Lande oder zur See gehöre, müsse der Grundsatz, Ausnahmen eng auszulegen, befolgt und das betreffende Gut für Gut zu Lande angesehen werden. Daher sei auch das zur Verhandlung stehende Schiff als Gut zu Lande zu betrachten und unter den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privatvermögens zu stellen.

e) Da die rechtliche Natur eines Docks und des dasselbe umgebenden Landes von der der See klar unterschieden sei, so sei die Beschlagnahme an einem derartigen Ort unzulässig.

f) Selbst wenn man Schiffe in einem Dock mit solchen, die im hafen schwämmen, für gleich erachten wolle, so sei doch die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes bei dem Dock auf dem festen Land widerrechtlich.

Zu a) Daß ein Schiff sich vorübergehend wegen nötiger Reparaturen in einem Dock oder auf einem Bauplatz befindet, dient nur dem Zweck, den bestimmungsgenäßen Gebrauch des Schiffes in vollenn Maße zu erreichen, und bedeutet daher weiter nichts, als daß es während der Arbeiten vorübergehend aus dem Wasser entfernt worden ist. Wenn auch in solchem Fall der Ort, wo das Schiff sich befindet, zufällig zu der Zeit nicht vom Seewasser bedeckt ist, so muß man doch sagen, daß gegen ein solches Schiff das Beschlagnahmerecht ausgefüh werden kann. Es ist daher unbegründet, wenn der Reklamant sagt, daß die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme, weil sie auf dem Lande erfolgt seit, ungesetzlich sei.

Žu b) In der Annahme, daß ein Schiff für gewöhnlich und dem Waser schwimmt, haben die Gelehrten mit Bezug auf Orte, an welchen Schiffe beschlagnahmt werden können, Worte wie "die See" oder "die öffene See und die Gebietsgewässer der kriegführenden Staaten" oder "Güter, welche auf der See schwimmen" gebraucht. Auch hat der internationale Völkerrechtskongreß in Turin beschlossen, daß das Beschlagnahmerecht außer in den Gewässern der kriegführenden Staaten und auf dem offenen Ozean nicht ausgeübt werden könne. Aber alles dies hat nur die gewöhnlichen Fälle im Auge und es steht außer Frage, daß der Fäll, daß ein Schiff auf dem Bauplatz eines Docks liegt, gerade wie ein solcher, wo ein Schiff zum Schutz oder zur Überwachung für eine. Zeit auf das Ufer gezogen worden ist, dem Fäll gleich zu schten ist, wo es im Wässer schwimmt. Daher steht die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme nicht im Widerspruch mit der Wissenschaft.

Zu c) Wenn auch das zur Verhandlung stehende Schiff auf dem Arbeitsplatz eines Docks lag, so war es doch ein feindliches Schiff, velches noch wieder zu fahren fähig war, und seine Beschlagnahme steht nicht im Widerspruch mit der Idee des Völkerrechts, die das Seprisenwesen gutheißt. Zu d) Da die Tatsache unbestritten ist, daß das Objekt der zur Verlandlung stehenden Beschlagnahme ein Schliff ist, welches nur vorübergehend zur Reparatur auf dem Bauplatz eines Docks lag, so is kein Raum für einen Zweifel darüber, ob dies Objekt Gut zu Lande oder zur See sei, und eine Auslegungsfrage, wie der Reklamant sagt, entsteht ear nicht.

Daß die Punkte e) und f) des Reklamanten unbegründet sind, geht bereits aus dem zu a) Gesagten klar hervor. Diese Punkte bedürfen daher keiner Erörterung.

In B. führt der Reklamant folgendes aus:

Das zur Verhandlung stehende Schiff sei, um in Hakodate repriert zu werden, auf einem anderen Dampfer verladen und dorthin geschafft worden. Da, während es auf dem Lande gelegen habe, dieset Zweck noch fortgedauert habe, so sei das Schiff weiter nichts als ein Ladungsstick, welches an Land geschafft sei. Auch seien zur Zeit der Beschlagnahme des Schiffes die Reparaturen noch nicht vollendet und das Schiff nicht in reisefähigen Zustand gewesen, und die zur Reise erforderliche Ausstüstung und die Mannschaft habe gefehlt. Es müsse daher als ein Out, welches auf dem Lande in der Nähe des Docks lag, selbstverständlich freigegeben werden.

Da es aber aus der Vollmacht des Reklamanten, den Vernehmungprotokollen des Inspektors des Zollamts in Hakodate, Na ka da K uranos ke, und des bei der Hakodate Doch Aktiengesellschaft angestellten Mizu no Y oke i und den Untersuchungsakten des Prisenrats in Yokosuka, Sa ka kiw ar a C hu sab ur o, hervorgeht, daß das zur Verhandlung stehende Schiff russischer Nationalität ist, da es ferner unbestritten ist, daß die Hakodate Dock Aktiengeselbschaft Auftrag halte, ein Schiff zu reparieren, so kann man lediglich daraus, daß die "Thalia", um nach Hakodate zu gelangen, einmal auf einem anderen Schiff verladen gewesen ist, nicht schileßen, daß sie kein Schiff sei.

Da des weiteren zur Zeit der Beschlagnahme das Schiff der Form nach ein solches darstellte, so kann die Tatsache, daß die Reparatur desselben teilweise noch unvollendet war, so daß es nicht sofort reisefähig war, auf die Wirksamkeit der Beschlagnahme keinen Einfluß haben. Dies um so weniger, als aus dem Bericht des Offiziers, der die Beschlagnahme ausführte, nicht zu entnehmen ist, daß das Schiff nicht reisefähig gewesen sei, vielmehr aus dem Vernehmungsprotokolf des bei der Hakodate Dock Aktiengesellschaft, welche das Schiff in Gewahrsam latte, augestellten Miz un o Y oke i sich hinreichend ersehen läßt, daß die Reparatur bereits vollendet war und daß das Schiff reisefähig gewesen sein würde.

Das Fehlen von wichtigen Schiffsgeräten, von Papieren und Mann-

schaft ist kein Grund, weshalb es seine Eigenschaft als solches verlieren sollte.

Wenn also das Gericht erster Instanz das Schiff für ein richtiges Schiff erklärte, so ist das eine zutreffende Entscheidung und durchaus kein Mißverstehen der Tatsachen. Dieser Berufungspunkt ist demnach ebenfalls verfehlt.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 9. Mai 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

In Sachen der Beschlagnahme des norwegischen Dampfers "Aggi" wird nach Einsichtnahme der Schriftsätze der Staatsanwälte Vamamoto Tatsurokuro und Hayashi Eijuro wie folgt entschieden.

#### Urteilsformel-

Der norwegische Dampfer "Aggi" und seine gesamte Ladung werden treigegeben.

# Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer gehört der norsegischen Firma Christian Miche Isen & Co., sein Heimatshafen ist Bergen in Norwegen und er fährt als Handelsschiff unter norwegischer Flagge. Er hat in Bari in England 4021 Tons der Gesellschaft gehörige Steinsolhen geladen, ist am 1. April 1904 von Bari abgefahren und am 14. Mai in Singapore angekommen. Nach Order der Reederei ist er am gleichen Tage von dort wieder abgefahren und am 25. Mai desselben Jahres in Shanghai eingetroffen. Während er bei der Insel Gulsafir vor Anker lag, erheit er wieder Order der Reederei, auf Grund deren er am 2. Juni von dort absegelte und am 4. desselben Monats in Nagasaki eintraf. Am 7. des gleichen Monats wurde er, seil seine Schiffspapiere nicht in Ordnung waren, von dem Kalserfich Japanischen Kriegsschiff "Katsuragi" im Hafen von Nagasaki beschlagnahnt.

Diese Tatsachen gehen hervor aus der sehriftlichen Aussage des Kommandanten der "Katsuragi", Sakam oto Soshichi, den Vernehmungsprotokolle des Marineleutnatts Masume Voshi, des Kapitäns H. Ohlsen, des I. Offiziers Hans Ede, des I. Maschinisten Christian O. Nielsen, dem Schiffszerfüßkat, dem Meßbrief, den Konnossementen und dem Chartervertrag des genannten Dampfers.

Die Ansieht der Staatsanwälte ist in den Hauptpunkten folgende:

Die Beschlagnahme sei zwar, weil die Schiffspapiere nicht in Ommung gewesen seien, zu rechtfertigen, aber da es nicht klar erwissen sei, daß die au Bord verschifften Kohlen für die russische Armee oder Marine geliefert werden sollten, so könnten dieselben nicht für Konterbande erklärt werden und müßten mit dem Schiff zusammen freiegeeben werden.

Die Ansicht des Gerichts ist folgende:

Die im Besitz des Kapitäns der "Aggi" befindlichen Konnossemente sowie der Chartervertrag bezeichnen als Bestimmungsort "Singapore und Order". Sie geben also den Bestimmungsort inkt latr an. Die Schiffspapiere sind freilich beim Verhör durch den mit dem Fall be-auftragten Prisengerichtsrat von dem Kapitän vorgelegt, dem beschlagnahmenden Offizier war jedoch die Vorlegung verweigert worden. Die ferner unter den Schiffspapieren das Ladungsverzeichnis fehlte, so kam der Kommandant der "Katsuragi" zu der Ansicht, daß die Schiffspapiere nicht in Ordnung seien, und zu dem Verdacht, daß Kriegskonterbandetransport vorliege. Die Beschlagnahme muß denmach für berechtigt erklärt werden.")

Da aber der Dampfer am 4, Juni 1904, auf Order seiner Reederi von Shanghai abgefahren, in Nagasaki eingetroffen ist, so kann nicht angenommen werden, daß er auf der Fahrt nach dem feindlichen Rußland begriffen gewesen sel. Es ist daher unbegründet, anzunehmen, daß die Kohlenladung des Dampfers für die feindliche Armee oder Marine geliefert werden sollte. Sie kann demnach nicht für Kriegskonterbande erklärt werden, 3)

Es ist daher recht, den zur Verhandlung stehenden Dampfer and seine Ladung freizugeben, und es wird folglich wie in der Urteilsformel entschieden.

Im Prisengericht zu Sasebo am 25. Juni 1904.

(Unterschriften.)

In Sachen der Beschlagnahme des englischen Dampfers "Hsi-Ping" und seiner Ladung wird nach Einsicht des Schriftsatzes der Statasanwähle Mizukami Chojiro und Hayashi Eijuro, wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Hsi-Ping" und die unter der Ladung befindlichen, in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter werden freigegeben.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Hsi-Ping" steht im Eigenund er englischen Kaiping-Minengesellschaft, G. m. b. H., sein Heimatshafen ist Shanghai, er führt die englische Handelsflagge und ist ein 
Handelsfahrzeug, welches zum Personen- und Gütertransport dient, 
tr ist beladen mit den in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten 
Gütern und außerdem Blei, Eisen, silbermünzen, Nahrungsmitteln und 
derfänken. Am II. Juli 1904 ist er von Shanghai über Tschinigwantso 
nach dem von den Russen besetzten Niutschwang abgefahren und auf 
der Reise dorthin am 14. desselben Monats, 8 Uhr vormittags, in der 
se etwa 61.3 Seemeilen nörfülch von der Insel Kaiming bei dem 
Shantung-Vorgebirge, weil er Kriegskonterbande führen sollte, von dem 
käseiftle. I laansischen Kriessschiff "Honksom Maru" beschlagnahmt.

Diese Tatssehen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Kommandanten der "Hongkong Maru", I nouy e Tos hio, den Bericht des Marineuberleutnauts K am u r a V a s u m a s a über die Durchsuchung der "His-Ping", die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns R. Macfarlan, des 1. Offiziers E. B. Hay es, der Kompradore N. Wai Meng und Paw Meng Ching, das Schiffszertifikat, die Kounossemente und das Ladungsverzeichnis des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ansicht der Staatsanwälte sind folgende:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei auf offener See beschlagnahnt worden, und da ein großer Teil der Ladung wie Blei, Eisen. Nahrungsmittel und Getränke vermöge ihrer Bestimmung nach dem von dem Feinde besetzten Nittschwang Kriegskonterbande seien, so sei die Beschlagnahme zu Recht ausgeführt worden. Aber das Schiff und die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter seien freizugeben.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es steht fest, daß das Kriegsschiff "Hongkong Maru" die Beschlagnach obgeschielten nördlich von der Insel Kaiming bei dem Shantung-Vorgebirge ausgeführt hat, daß dieselbe dennach auf offener See geschehen ist.

Da ein großer Teil der Ladung aus Blei, Eisen, Silbergeld, Reis, Weizenmelh, Weim und Bauholz besteht, welche alle nach dem von dem Feinde besetzten Niutschwang bestimmt waren, so hat der Kommandant der "Flongkong Maru" in der Vermutung, daß diese Waren auf die frindliche Armee oder Marine geliefert werden würden, und

daher Kriegskonterbande seien, 1) das zur Verhandlung stehende Schiff mit seiner Ladung zu Recht beschlagnahmt. 2)

Da aber die Teile der Ladung, welche Konterbande sind, nicht im Eigentum der Reederei, <sup>3</sup>) nämlich der Kaiping Minengesellschaft stehen, sicher auch nicht angenommen werden kann, daß dieselbeu unter Anwendung betrügerischer Mittel verschifft worden sind, <sup>3</sup>) so wird es für billig erachtet, das zur Verhandlung stehende Schiff frezugeben.

Was ferner die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Ladungsteile angeht, so sind sie der Natur der Waren nach alle nicht als Konterbande anzusehen. Da sie auch nicht Eigentum des Figentümers der Konterbande sind, <sup>3</sup>) so sind sie alle freizugeben.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Am 7. August 1904 im Prisengericht zu Sasebo.

# (Unterschriften.) Verzeichnis der Güter des Dampfers "Hsi-Ping".

der Güter enzeug") . er	Zahi 1 1 20	Ablader Weeks&Co. Carlowitz . & Co. Melchers	Ort der Abladung Shanghai	Mrs. Bush	Bestimmung Niutschwang
er weiße rhemden .	20	Carlowitz . & Co.			Niutschwang
weiße rhemden .		. & Co.			
rhemden .					
rhemden .		Melchers		Bush Bros	,,
rhemden .			19	Order	Tientsin
	10	TuWoo Kun	**	Inhaber	,,
	١.				
w. Tücher	5	"	**	,,	.,
		i l			
ngarn aus	١				
bay			**		,,
	15	Tou Sun Wo	,,	TouWaChin	"
	١				
	14	Armee	**	Armee	- "
	05	C Mas Edu		lababas	Chinwantao
	20	C. Mac Eue	**	milaber	Citiiwantao
ingaitt aus					
		A grountur dor	"	Inedino Ma	
		D&O S N Co			
	440			theson aco.	
	110			Inhaber	
	es Baum- ngarn aus bay ter Tee . chiedene en und enräder . des Baum- ngarn . es Baum- ngarn aus bay en	es Baum- ngam aus bay 10 ler Tee 15 chiedene m und enräder . 14 les Baum- ngam 25 es Baum- ngam aus bay	es Baum- ingam aus bay . 10 Tou Sun Wo chiedene 15 Tou Sun Wo Französisch. Armee Französi	es Baum- nggarn aus bay. 10 ter Tee chitedene in und enräder 14 erragearn 25 C. Mac Ede grangearn 25 erragearn 26 erragearn 27 erragear	es Baum- ngam aus bay. 10 ter Tee chitedene französisch. m und enräder 14 Armee Französisch. Armee Es Baum- ngam 25 C. Mac Ede granzingam 15 J 16 J 17 J 18 J 26 J 18 J 27 J 28 J 29 J 20 J 20 J 20 J 21 Agentur der 18 J 26 J 27 J 28 J 28 J 29 J 20

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) V. §§ 5 u. 14. — <sup>5</sup>) V. § 37. — <sup>5</sup>) V. § 43. 2. — <sup>5</sup>) V. § 44. — <sup>5</sup>) V. § 43. 1. — <sup>5</sup>) V. § 43. 1. — <sup>5</sup>) Kleidungsstücke und deren Materialien wurden erst später für Konterbande erkiärt. Vgf. III.

<sup>268</sup> 

Reklamant: The Union Insurance Society of Canton Ltd., vertreten durch E. C. Lane, Shanghai, Jin-Kee Road Nr. 4;

The Yangtzse Insurance Association I.td., vertreten durch W. S. Jackson, Shanghai, Bund Nr. 26;

The World Marine Insurance Company, vertreten durch Ballard & Hunter, Shanghai, Canton Road Nr. 2;

The China Traders Insurance Company Ltd., vertreten durch H. P. Wodman, Shanghai, Nanking Road Nr. 7.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Suzuki Jubi, Tokio, Krobashiku, Kagacho Nr. 8 und Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18.

In der Prisensache betreffend Ladung des englischen Dampfers "Hsi-Ping" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die in dem beigefügten Verzeichnis A aufgeführten Güter der Ladung des Dampfers "Hsi-Ping" werden eingezogen.

Die Reklamation betreffend die unter der Ladung des genannten Schiffes befindlichen, unter Nummer 4 bis 10, 229 und 244 bis 252 des beigefügten Verzeichnisses A und die in dem beigefügten Verzeichnis B aufgeführten Güter wird abgewiesen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter wurden in Shanghai, China, auf dem englischen Dampfer "Hsi-Ping" verladen und verließen den genannten Hafen den 11. Juli 1904 mit der Bestimmung nach Niutschwang, China. Auf der Reise dorthin wurden sie am 14. d. M., 8 Uhr vormitugs, auf der See etwa bly Seemeilen nördlich von der Insel Käiming bei dem Shantung-Vorgebirge, als der Dampfer "Hsi-Ping", weil er Konterbande führe, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht wurde, mit dem Dampfer zusummen mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussage des Kommandanten der "Hongkong Maru", In ouye Tos hio, den Bericht des Marincoberleutnants Kam ur a Yas um a sa über die Durchsuchung der "His-Ping", das Tagebuch, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns R. Mac Farlane, des I. Offiziers F. B. Hayes, der Kompradore, Paw Meng Chiung und N. Wai Meng, der Passagiere Täng Ming Chien, A. Haas und A. Finkelstein, durch die Konnossemente, das Ladungsverzeichnis und die Frachtbriefe, welche die Kompradores bei sich hatten.

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

- 1. Der Ort, an welchem der in Frage stehende Dampfer aufgebracht worden ist, liege nach Aussage des Kapitäns in einer Entfernung von nicht ganz einer Seemeile von der chinesischen Küste. Die Beschlagnahme sei demnach in neutralem Hobeitsgewässer ausgeführt worder, und durchaus unrechtlich. Daher müßten die Güter mit Recht freiegereben werden.
- 2. Unter den G
  ütern bef
  änden sich Eisen und Getr
  änke, welche verschiedene einzelne Kaufleute einen Sped
  üterur zur Bef
  örderung 
  äbergeben h
  ätten und deren Entp
  änger sie selber seien, so da
  ß die G
  üter
  nicht f
  ür die feindliche Armee und Marine best
  ämmt gewesen seien.

Ferner hätten die Ladungseigentümer und der Reeder die gleiche Art von Waren gewöhnlich nach Nintschwang verschiekt. Auch hütten sie bei der Versendung der zur Verhandlung stehenden Güter zunächs bei dem chinesischen Zollamt angefragt und die Güter erst zerschift, als sie die Antwort erhalten hätten, daß sie nur, wenn sie an die kriegführenden Staaten geliefert werden sollten, Konterbande seien. Daraus könne man entnehmen, daß die Absicht, sie an den Feind zum Kriegsgebrauch zu Biefern, nicht bestanden habe.

Überdies seien derartige Güter in Friedenszeiten sehr in Nachferag, in Niutschwang, so daß sie regelmäßig von Shanghai eingeführt würden. 'Auch in diesem Falle hätten die verschiedenen Ladungeigentümer die Güter lediglich als gewöhnliche Handelswaren in ihr Hauptgeschäfte in Niutschwang geschickt. Da die Güter nuch der Zahl nach als gering bezeichnet werden müßten, so sei es eine ähertrieben harte Annahme, daß sie besonders für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollten.

Von den Reklamanten habe

die Union Insurance Society of Canton

für die Güter unter Nummer 1, 2, 4 bis 10 des Verzeichnisses A;

die Yangtsze Insurance Association

für die Güter unter Nummer 11 bis 20, 201, 229, 243 bis 252 des Verzeichnisses A und unter Nummer 31, 32, 100 und 200 des Verzeichnisses B;

die World Marine Insurance Company

für die Gifter unter Nummer 21 und 22 des Verzeichnisses A und unter Nummer 33, 37 bis 41, 44 bis 46, 50, 59, 103 und 108 des Verzeichnisses B;

die China Traders' Insurance Company

für die Güter unter Nummer 23 bis 27, 48, 49, 168 and 190 des Verzeichnisses B

Versicherungsverträge abgeschlossen. Da ihnen demnach rechtliches Interesse zustehe, so beantragten sie Freigabe der Güter. Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende; Die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme sei auf offener Sei geschehen.

Die in den anliegenden Verzeichnissen aufgeführte Ladung besehe aus Konterbande und aus Gütern, welche den Eigentümern derselben gehörten. Daher müsse sie ganz eingezogen werden.

Da ferner die Reklamanten ihr Interesse an den in Frage stehenden Gütern der Ladung nicht bewiesen hätten, so müsse die Reklamation abgewiesen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

1. Daß die zur Verhandlung stehende Außringung in einer Enterung von mehr als 3 Seemeilen von der ehinesischen K\u00fcste, das bel\u00e4t also auf offener See geschehen ist, geht aus der Aussageschrift des Kommandanten der "Hongkong Maru", dem Tagebuch der "His-Ping" und dem Vernehmungsprotokolle des Kapitäns des genannten Dampfers ohne jeden Zweifel hervor. Daher ist die Ausf\u00fchrung der Vertreter der Reklamation im Punkte I unbegr\u00e4nder.

2 Da, wie bekannt, Niutschwang zu der fraglichen Zeit :on den russischen Truppen besetztes, also feindliches!) Gebiet war, sind die zur Verhandlung stehenden Güter alle nach Feindesland bestimmt gewegn.

Da das in dem beigefügten Verzeichnis A unter Nummer 240 bis 231 aufgeführte Eisen, die Schrauben und Zwischenlegspelatten der Nummer 252 als Material zum Bau von Kriegs- oder anderen Schiffen anzusehen sind, so fallen sie unter die Konterhande<sup>2</sup>) und sind mit Recht einzuziehen.

Die Güter unter Nummer 1, 2, 4 bis 9, 11 bis 15, 17 bis 22, 201 bis 19, 221 bis 229, 243 bis 247 des genannten Verzeichnisses sind Nahrungsmittel und Getränke, wie sie vorzugsweise von Europäern und Amerikanern verbraucht werden. Nach Aussage von Pa w Men 1g Chi un g und Fe dm u n d H ay e sis die Zahl der zurzeit in Niutschwang ansässig gewesen gewöhnlichen Europäer und Amerikaner außerordenlich gering, wogegen russischen Truppen in großer Zahl dort lagern. Niutschwang war zur fraglichen Zeit ein Hauptetappenort der russischen Truppen. Wenn man alles dies in Fravägung zieht, erscheint es unbestreibar, daß die große Menge von Lebensmitteln und Getränken zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten. Da die Anführungen der Prozedvertreter und die von ihnen eingereichten Beweisstlicke alle nicht geeignet sind, um diese Annahme umzusfürzen, so müssen auch diese Gütet als Konterbande<sup>2</sup>) angesehen und eingezogen werden.

Da ferner die unter Nummer 10 des Verzeichnisses A aufgeführte

1) V. § 5, — 2) II. Ziffer 1, — 3) II. Ziffer 2,

Tinte dem Ejgentüner der Konterbande unter Nummer 9; die Schleisteine unter Nummer 16 dem Ejgentüner der Konterbande anter Nummer 15; das Parfüm unter Nummer 220 dem Ejgentümer der Konterbande unter Nummer 219 gehören und die Kerzen unter Nummer 248 nach dem auf der Rückseite des Ladescheins angegebenen Name und der diesbezüglichen Bescheinigung des Kompradore Paw Meng Ching von Dampfer "His-Ping" im gleichen Eigentum stehen wie Konterbande unter Nummer 244 ff., so sind diese Güter jedenfalls einzuriehen, 9)

Die Vertreter der Reklamation behaupten, daß die Reklamatien bezüglich von Gütern aus dem Verzeichnis A Versicherungsverträge abgeschlossen und daher rechtliches Interesse an ihnen hätten. Bezüglich der Güter unter Nummer 4 bis 16, 229, 244 bis 252 dieses Verzeichnisses ist indes das Vorhandensein von Versicherungsverträgen nicht bewiesen worden, und da keine Spur dafür vorliegt, daß sie sonst ein rechtliches Interesse<sup>3</sup>) an ihnen haben, so ist die Reklamation mit Bezug auf sie ungesetzlich und muß abgewiesen werden.

Die Vertreter der Reklamation haben am 14. September 1904 die Reklamation bezüglich der im Verzeichnis A aufgeführten Gütter er hoben. Später, am 14. Dezember, als die Reklamationsfrist') schon abgelaufen war, haben sie die Reklamation auf die in dem Verzeichnis B aufgeführten Güter ausgedehnt. Da aber diese hinzugetertenen Gütte in der ursprünglichen Reklamationsschrift nicht enthalten gewesen sind, so muß man die Reklamation bezüglich ihrer für eine neue Reklamation erklären. Da ferner diese Reklamation nach Ablauf der Reklamationfrist erhoben ist, so muß sie als ungestellich abgewiesen werden.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

 Verkündet am 17. Dezember im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

# Verzeichnisse der auf dem Dampfer "Hsi-Ping" verschifften Güter. Verzeichnis A.

Nr. dee	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Empfänger
zeichnissen		Stucke		- mpranger
1	Bier	50 Klsten	irvine,Edblad &Co.	Order
2	Konserven	38 .		
4	Bier	10 .	Tun Chong Yu	1:
5	Lachs	10 .		1:
6	Cherry Cordial	10 .		1 :
7	Bier	20 .		1 :
8	Champagner	7 .		1 [
9	Margarine	2 .		1 [
10	Tinte	1 Kiste		
11	Zucker	25 Kisten	A. Chazalon & Co.	1 .
12	Rotwein	2 .		l :
13	Zucker	1 Kiste		· .
14	Gin	30 Kisten		1 .
15	Champagner	20 .		
16	Schleifsteine	1 Kiste		•
17	Bier	200 Kisten		'
18	Rotwein	50 .		·
19	Champagner	20 .		'
20	Cognac	40 .		•
21	Bier	450		•
22	Rotwein	100 .		•
201	Bier	1000 .	A. Haas	A. Haas
202	Wein.	38	Caldbeck, Mc.	Hgkg. & Shgh.
			Gregor & Co.	Bank
203		18 .	Ψ,	A. Milkoff
204	Bier	29 .	A. Finkelstein	Order
205	Ananas	10 .		
206	Früchte	15 ,		
207	Käse	8 .		
208	Pickles	8 .		
209	Tomaten	10 .		]
210	Whisky	10 .		:
211	Oriental Water	100 .		
212	Rum	10 .		
213	Champagner	105 .		
214	Bier	10 .	A. Danon	
215	Cognac	15 .		1 [
216	Champagner	10 .		1
217	Bier	10 .		
218	Cognac	15 .	[	
219	Champagner	10 .		
220	Parfümerien	1 Kiste	:	
221	Milch	11 Kisten	· :	
222	Bier	10 .	1 1	•
223	Cognac	15 .	1	•
224	Champagner	10	1	•
				•

Nr. des Ladungs- ver- zeichnisses	Art der Güter	Zahi der Stücke	Absender	Empfänger
225	Bier	10 Kisten	A. Danon	Order
226	Cognac	15		
227	Champagner	10 .	1	l .
228	Weizenmehi	1000 Sack	1 :	1 .
229	Europ, Lebensmittel	1 Kiste	Franju, Sorabju & Co.	
243	Lebensmittel	69 Kisten	Christoph Decker	Christoph Decker
244	Früchte	500 .	Unbekannt	Unbekannt
245	Lachs	100		
246	Rahm	200		
247	Bier	200		1 1
248	Lichte	100	1 .	1 1
249	Eisen	40 Koiii		
250		50 .	,	'
251		100	,	
252	Schrauben und	100 .	,	'
202	Zwischenlegscheiben	13 Kisten		
		Verzeich	inis B.	
23	Reis	1 208 Sack	Sin Chong Yung	Sin Chong Yung
24		214		
25		200		
26		200 .	1 1	1 1
27		212		1 .
31	Weizenmehl	500	Yong Dong Wo	Yong Dong Wo
32		500	Tong Shin Yo	Tong Shin Yo
33		500	Teng Sang Shing	Teng Sang Shing
37	Reis	281	Yung Hsing Chong	Vung Heing Chong
38	Reis	202	rung rising Chong	Tung Hang one
39	Weizenmehl	0000		
40				,
41		1000 .		,
44	Tee		Zui Chong	Yi Ching Tai
45		50 Kisten	Zui Cilong	Yi Shun Hwa
46		100		Hing Mon Fuh
48	Welsonski	1000 Sack	Sing Chong Yung	
49	Weizenmehl	1000 Sack	Sing Chong rung	Sing Chong 144
		1000 .	Yuen Tack Yu	Yuen Tack Yu
50	Di	20 Kisten		ruen rack ru
59	Bier	50		Order *
103	Cognac	oo .	Kai Ping Chang	Yuen Tack Yu
118	Zucker	60 ,	Yuen Tack Yu Tack Fa Ha	Chang Loong Ta
168	Reis	210 .		
196	Nanking-Stoffe	30 .	Chi Chi	Ming Ki Chow
199	Tee	50 .	Yung Shing Chang	Hing Moh Chang
200		50 ,		

Reklamanten: The Union Insurance Society of Canton Ltd., vertreten durch E. C. Lane, Shanghai, Ying-kee Road Nr. 4;

The Yangtsze Insurance Association Ltd., vertreten durch W. S. Jackson, Shanghai, Bund Nr. 26;

The World Marine Insurance Company, vertreten durch Ballard & Hunter, Shanghai, Canton Road Nr. 2:

& Hunter, Shanghai, Canton Road Nr. 2; The China Traders' Insurance Company Ltd., vertreten durch H. P. Wodman, Shanghai, Nanking Road Nr. 7.

Prozefivertreter: Die Rechtsanwälte Suzuki Jubi, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 8 und Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladung des englischen Dampfers "His-Ping", welcher am 14. Juli 1904 auf 37° 34° n. Br. und 122° 29° ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" beschlagnahmt worden ist, auf Einziehung der in dem dem Urteil beigefügten Verzeichnis A aufgeführten Güter und auf Abweisung der Reklamation betreffend die unter der Ladung des genannten Schiffes befindlichen, unter Nummer 4 bis 16, 229 und 244 bis 252 des Verzeichnisses A und die in dem gleichfalls dem Urteil beigefügten Verzeichnis B aufgeführten Güter entschieden.

Gegen dieses Urteil haben E. C. Lane, als Vertreter des Reklamanten Union Insurance Society of Canton Ltd.; W. S. Jackson als Vertreter des Reklamanten Vangtsze Insurance Association Ltd.; Ballard 8. Hunter als Vertreter der Reklamanten World Marine Insurance Company und H. B. Wodman als Vertreter des Reklamanten China Traders' Insurance Company durch die Rechtsanwälte Suzuki Jubi und Hatakeyama Shigeaki als Prozefwertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Statasnwalts Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation Suzuki Jubi und HatakeyamaShigeaki und deren Gründe sind folgende: Die Reklamanten hätten für die Güter von Irvin. Edblad & Co.

A Haas. Caldbeck, Macgregor & Co., A. Finkelstein, Alfred Danon, Franju & Gorabju & Co. und Christoph Decker See-Versicherungsverträge abgeschlossen. Wenn diese Gütter eingezogen würden, so liege ihnen die Deckung des Schadens ob, so daß sie and er Angelsgenheit stark interseist seien.

Die Zahl der von der Reklamation betroffenen Güter sei sehr groß. Die wichtigsten unter ihnen seien aber Eisen, Weitzenmehl und Zucker, gewöhnliche Spirituosen und andere Getränke und Lebensmittel, welche alle unter Ziffer 2 der Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom Jahre 1904 7) felen. Sie seien daher nur Konterbande, (I) wenn sie an die feindliche Armee oder Marine bestimmt wären oder (2) wenn angenommen werden müsse, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würden. Die genannten Güter seien indes von verschiedenen einzelnen Kaufleuten einem Transportgeschäft zur Beforderung übergeben und offenbar nicht für die feindliche Armee oder Marine bestimmt. Das sei auch aus der Entscheidung betreffend den Dampfer "Hsi-Ping", \*) auf dem die Güter verladen seien, zu entnehmen.

Was des weiteren die Frage angehe, ob sie für den Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine hätten geliefert werden sollen, so beförderten die Ladungseigentümer und Reeder gewöhnlich solche Güter als Handelswaren nach Niutschwang und betrieben dieses Geschäft schon seit lange. Da zu der fraglichen Zeit gerade Krieg bestanden habe, so hätten die Reklamanten, um sicher zu sein, daß sie die negativen Pflichten neutraler Staatsangehöriger nicht verletzten, ausdrücklich sich bei der chinesischen Zollbehörde erkundigt, und, wie sich aus dem Beweisstück A1 ergebe, die Antwort erhalten, daß Reis, Weizenmehl. Zucker, Petroleum und Silbergeld keine Konterbande seien, wenn sie nicht zum Gebrauch der kriegführenden Mächte geliefert werden sollten. Erst danach seien die Güter versandt worden. Wenn die Eigentümer den Zweck verfolgt hätten, sie zum Gebrauch einer der kriegführenden Mächte zu liefern, so liege kein Grund vor, weshalb sie die Vorsicht geübt haben sollten, sich diese Antwort zu verschaffen. Vielmehr müsse man daraus schließen, daß sie nicht zum Gebrauch des Feindes hätten geliefert werden sollen.

Daß in Niutschwang nach derartigen Waren starke Nachfrage herrsche und daß dieselben stets von Shanghai und anderen Plätzen dort eingeführt würden, gehe aus Beweisstück A6 hervor.

Da ferner die verschiedenen Eigentümer alle in Niutschwang ihre Hauptgeschäfte hätten, so hätten ise die Güte releiglich als Handelsobjekte bestellt. Wenn Kaufleute Güter als Handelsobjekte kommen ließen, welche sie in gleicher Art schon mehrere Jahrzehnte lang hätten kommen lassen, die Zahl der Güter auch gering sei, so sei es eine unbillige Härte, anzunehmen, daß sie zum Gebrauch des Feindes geliefert werden sollten. Wenn auch einige von den aufgebrachten Gütern sich in der Zollstatistik 9) nicht fänden, so sei der Grund der, daß gewisse Lebensmittel zum Gebrauch in Speisewirtschaften oder zum gewöhnlichen Bedarf dienten und nicht besonders in der Zollstatistik zur Eintragung gelangten. Sie würden unter der Rubrik "Verschiedene Waren" eingestellt, seien aber bis jetzt talsschilch eingeführt worden.

<sup>&</sup>quot;) VI. 18a.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup>) Eins der Beweisstücke ist eine Zollstatistik von Niutschwang, welche beweisen soll, daß auch in Friedenszeiten Güter wie die in Frage stehenden einen Markt halten.
276

Auch seien unter den von der Reklamation betroffenen Gütern einige, welche zu den richtigen Nichtkonterbandegütern gehörten.

Wenn die Japanische Seeprisenordnung 19) im § 43 sage, daß Kriegskonterbandegüter und die dem Eigentümer derselben gehörigen Güter eingezogen wörden, so glaube der Reklamant, daß mit dem Eigentümer on Kriegskonterbandegütern der Eigentümer absoluter Kriegskonterbande gemeint sei und daß der Eigentümer von Gütern, welche unter gewissen Umständen eingezogen werden könnten, darin nicht einbegriffen st. Denn die Einziehung von Nichtkonterbandegütern sei die Strafe für den Transport von Konterbandegütern. Im Falle von Transport absoluter Konterbande misse freilich der Eigentümer derselben, weil zu vermuten sei, daß er einer der kriegführenden Parteien haben nützen vollen, bestraft werden. Aber bezüglich der bedingten Konterbande werde die Einziehung oder die Friegabe je nach den von dem betrofftens Staat angenommenen Tatsachen verfügt, so daß also eine Vermutung wie im obigen Falle nicht bestehe und ein Grund zur Bestrafum nicht vorliege.

Es werde daher Aufhebung des ganzen Urteils erster !nstanz und Freigabe der auf dem Dampfer "Hsi-Ping" verladenen, in dem der Reklamationsschrift beigefügten Verzeichnis stehenden aufgebrachten Gliter beantract

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsutokuro sind folgende:

 Es sei bekannt, daß Niutschwang zur Zeit der Bef\u00f6rderung der zur Verhandlung stehenden G\u00fcter von den russischen Truppen besetzt, demnach feindliches Gebiet gewesen sei. Das bestreite auch der Reklamant nicht.

Daß ferner die unter den von der Reklamation betroffenen Gütern betindlichen Eisenschrauben und Zwischenlegeplatten den von der Instruktion des Marineministeriums Nr. 1<sup>10</sup> erwähnten Materialien zum Bau und zur Ausrüstung von Kriege- und anderen Schiffen entsprächen und absolute Konterbande sein, stehe außer jedem Zweifen

Die übrigen Güter seien Lebensmittel und Getränke, welche nach Art und Verwendung alle für den Bedarf von Europäern und Amerikanern geeignet seien. Zu der fraglichen Zeit hätten aber in Niutschwang viele Tussische Truppen gelegen, wogegen gewöhnliche Europäer und Amerikaner nur in geringer Zahl vorhanden gewesen seien. Außerdem müsse daraus, daß, wie bekannt, Niutschwang zu jener Zeit einer der Haupt-tappenorte gewesen sei, unzweifelhaft geschlossen werden, daß die Güter, wenn sie nach Niutschwang gelangt wären, sofort zum Gebrauch der feindlichen Truppen gedient haben würden. Güter, welche nach

<sup>10)</sup> V. - 11) II.

feindlichem Gebiet bestimmt seien, und von denen angenommen werde, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Truppen geliefert werden würden, müßten unter die Instruktion Nr. 1 des Marineministeriums fallen.

Es sei demnach zu Recht geschehen, wenn das Gericht erster Instanz diese Güter für Kriegskonterbande angesehen und nach den Regeln des Völkerrechts eingezogen habe. Daher sei die Berufung der Reklamanten unbegründet.

2. Es sei ein völkerrechtlicher Grundsatz und auch in der japnischen Prisenordnung klar ausgesprochen, daß als Strafe für Kriegkonterbandertransport die Kriegkonterbandegüter selbstwerständlich, aber auch diejenigen Nichtkonterbandegüter, welche auf demselben Schiff nach demselben Bestimmungsort verschifft worden seien und dem Eigentümer der Kriegskonterbande gehörten, der Einziehung verfallen müßten. Daher sei es belanglos, ob die Konterbandegüter absolute oder bedingte seien. Es sei daher richtig, wenn das Gericht erster Instanz unter Zugrundelegung des oben dargelegten Sachverhalts und in Gemäßheit der völkerrechtlichen Regeln und der Bestimmungen der japanischen Seeprisenordnung die Nichtkonterbande eingezogen habe, weil dieselbe im gleichen Eigentum stehe wie die Konterbande.

Da wie oben ausgeführt, das Urteil erster Instanz in dieser Sache zutreffend und die Berufung unbegründet sei, so müsse die Berufung abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es bedarf keiner Erörterung, daß Niutschwang zu dem chinesischen Hoheitsgebiet gehört und kein russisches Territorium ist. Der Kaiserliche Konsul Segawa in Niutschwang hat berichtet, daß

Rußland, seitdem es diesen Platz besetzt gehabt, dort eine Zivliverwahlungsbehörde eingerichtet und bis zum 25, Jül 1004 die Flagge eines Zivliverwaltungsamtes geführt habe. Dies habe mit dem Morgen jenes Tages plötzlich aufgehört und es sel wieder die Konsulatsflagge geheßt worden. Beim Eindringen unserer Truppen sei die französische Plagge aufgezogen worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Güter aufgebracht wurden, Niutschwang tatsächlich unter russischer Verwallung stand, daß der Feind dort nicht nur viele Truppen liegen, sondern auch einen Hauptetappenort eingerichtet hatte. Wenn daher Güter dorthin befördert wurden, so muß das ebenso angesehen werden, als ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt seien. <sup>19</sup>) Es ist daher klar, daß die Güter, wenn sie die Voraussetzungen von Kriegskonterbande erfüllen, weggenommen werden müssen.

<sup>11)</sup> V. 6 5.

Die bei den Reklamanten versicherten Güter des Verzeichnisses A, nämlich Eisen, Schrauben, Zwischenlegescheiben, sind Material zum Bau von Kriegs- und anderen Schiffen und daher selbstverständlich Kriegskonterbande, 13) Die übrigen Güter sind meistens Lebensmittel und Getränke, welche ihrer Art nach vorzugsweise dem Bedarf von Europäern und Amerikanern dienen. Da zu der fraglichen Zeit in Niutschwang friedliche Europäer und Amerikaner nur in geringer Zahl ansässig waren, und, wie oben dargetan, der Platz ein russischer Hauptetappenort war, so muß angenommen werden, daß die fraglichen Güter, wenn sie dort eingetroffen wären, sofort zum Gebrauch der feindlichen Truppen geliefert worden wären. Das gegenwärtige Völkerrecht erkennt aber an, daß Lebensmittel und Getränke, welche nach feindlichem Gebiet gehen und zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollen, bedingte Konterbande sind. 14) Es muß daher als zutreffend anerkannt werden, wenn das Urteil erster Instanz bezüglich dieser Güter die Einziehung erklärt hat. 15) Bei der Beförderung von Kriegskonterbande ist es nicht angebracht, offen zu sagen, daß es sich um Konterbande handelt; vielmehr sucht man das Unternehmen so zu bemänteln, daß es äußerlich den Anschein eines einwandsfreien Transports hat. Wenn daher bei der Abreise eine ausdrückliche Anfrage beim Zollamt gemacht worden ist, ehe der Transport ausgeführt wurde, so ist das durchaus nicht geeignet, die obige Annahme umzustürzen.

Ferner ist es völkerrechtlich anerkannt, daß Güter, welche auf demselben Schiffe wie Konterbandegüter, die nach Feindesland eingeführt verden sollten und aufgebracht wurden, befindlich sind und dem Eigenlümer der Konterbande gehören, obwohl sie keine Konterbande sind, zusammen mit der Konterbande eingezogen werden können. 19 Es ist daher zu Recht geschehen, wenn das Urteil erster Instanz mit dieser Begründung auch die Nichtkonterbandegüter eingezogen hat.

Die Reklamanten haben Freilassung der Güter beantragt, haben aber bezüglich derjenigen Güter, welche in dem Verzeichnis A des Urteils erster Instanz aufgeführt sind und bezüglich derer die Reklamation abgewiesen ist, nicht bewiesen, daß sie für dieselben Versicherungsverträge abgesehlossen haben. Auch sonst ist kein Beweis für das Vorhandensein von rechtlichem Interesse erbracht worden.

Was weiter die Reklamation betreffend die in dem Verzeichnis B des Urteils erster Instanz aufgeführten Güter angeht, so geht es, wie das Urteil sagt, aus den Akten unzweifelhaft hervor, daß sie nach Ablauf der Reklamationsfrist erhoben worden ist. Sie kann daher nicht angenommen werden.

<sup>15)</sup> II Ziffer 1. -- 14) II. Ziffer 2. -- 15) V. § 43. -- 16) V. § 43.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Täng Ming Chien, Geschäftsführer der Firmen Kai Ping Chiang und Shang Fa Yun in Shanghai, Kiangsi Road Nr. 94; die chinesischen Staatsangehörigen Kwang Shun, Yuen Ching Dah, Tun Chong Yu, Yung Hsing Chong, Tong Foung Tai, Ku Foung Tai, Kong Chang Tong, Hon Shan Ching, Wai Fah Hua, Yuen Chan Kung, Yu Chan Wo, Fung Shun Yung, Yuen Fang, Hi Ta Cheong, Yuen Fah Hoa, Loong Hing Yuen, Sin Chang Yu, Ha Chi Ching. Am Cheong, Tong Fag Ha, Hong Fa Ha, Dah Shing Ting, Yue Fah Yuen, Zui Chong, Pow Yuen Ta, Wan Cheang Ta, Whai Chong Loong, Loong Fa Ha, Tack Tai Hsing, Chi Chi, Tack Wo Cheong, Chin Ta Foong, Tack Cheang Yuen, Fa Yuen Ho, Tong Shun Shing, Yuen Tack Yue, Nan Shun Ta, Tack Cheong Yong, Yue Ta Shing, Tong Shing Yo, Yong Dong Wo und Teng Sang Shing sämtlich wohnhaft in Shanghai, der griechische Staatsangehörige G. Rapanaki und türkische Staatsangehörige A. Y. Levinson.

ProzeBvertreter: Die Rechtsanwälte Suzuki Jubi, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 8 und Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18.

In der Prisensache betreffend Ladung des englischen Dampfers "Hsi-Ping" wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Hsiping" verschifften, in dem beigefügten Verzeichnis unter Nummer 23 bis 84, 88 bis 156, 168 bis 189, 190, 200, 230 232 bis 242, 257 bis 293, 298 bis 363 aufgeführten Güter werden eingezogen; die unter Nummer 85 bis 87, 157 bis 167, 190 bis 198 werden freigegeben.

# Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind in Shanghai auf dem englischen Dampfer "Hsi-Ping" verschifft und am 11. Juli 1904 von 280 dort, wie sich aus dem beigefügten Verzeichnis ergibt, nach Niutschwang, Tiensin und Chinwantao in China abgeschicht worden. Auf der Reise dorthin wurden sie am 14. d. M., 8 Uhr vormittags, auf der See etwa 0½ Seemeile nördlich von der Insel Kaliming bei dem Shantung Vorgebirge, als der Dampfer "His-Ping", weil er Konterbande führe, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht wurde, mit dem Dampfer zusammen mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Kommandanten der "Hongkom Maru", In ou up « Vo s hio, dem Bericht des Marineoberleutnants K a m u r a Y a s u m a s u über die Durchsuchung der "His-Ping", die Abschrift des Tagebuchs, die Vernehmungsprotokolle des Kaptins R. M a c Farl an e., des 1. Offiziers E. B. Hayes, der Kompradores Paw Men g Chi un g und N. Wai M en g, der Passagiere Täng Ming Chi en, O. Rapan aki und Levin son, durch die Konnossemente, das Ladungsverzeichnis und die Frachtbriefe, welche die Kompradores bei sich hatten.

Die Hauptpunkte der Vertreter der Reklamation sind folgende:

1. Der Ort, an welchem der in Frage stehende Dampfer aufgebracht worden sei, liege nach Aussage des Kapitians in einer Entfernung von nicht ganz einer Scemeile von der chinesischen Küste. Die Beschlagnahme sei demnach in neutralem Hoheitsgewässer ausgeführt worden und durchaus unrechtlich. Daher müßten die Güter mit Recht freigegeben werden.

2. Was das unter den nach Niutschwang bestimmten Gütern befindliche Blei angehe, so scheine es allerdings, als ob es durch Ziffer 1 der Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom Jahre 1904 i) be-troffen werde. In dieser Instruktion sei "Blei" indes nur in Klammer hinter "Waffen, Munition, Explosivstoffe und deren Materialien" auf-gführt, so daß es nicht absolut als Konterbande angesehen werden könne. Vielmehr sei die richtige Auslegung die, daß es nur als Konterbande festgesetzt sei, wenn es als Material für Waffen und Munition dienen solle. Da in Niutschwang kein Arsenal bestehe, so könne das zur Verhandlung stehende Blei nicht als Material für Waffen angesehen werden. Daß es jährlich in sehr großer Menge zu Friedenszwecken nach Niutschwang eingeführt werde, lasse sich aus Beweistück A o entnehmen. Auch das hier in Frage stehende Blei sei nicht zum Kriegsgebrauch bestimmt und daher keine Kriegskonterbande.

Auch der Reis, das Weizenmehl, der Tee, der Zucker, das Bauholz und das Silbergeld, welche unter Ziffer 2 der genannten Ministerialinstruktion Nr. 1 fielen, wirden erst Kriegskonterbande, wenn sie für die feindliche Armee oder Marine bestimmt seien oder angenommen werden mässe, daß sie für den Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würden. Da aber die entsprechenden, zur Verhandlung stehenden Gitter von verschiedenen einzelnen Kaufleuten einem Spediteur zur Beförderung übergeben worden und diese selber deren Empfanger seien, so sei es klar, daß sie nicht für die feindliche Armee oder Marine bestimmt gewesen seien.

Ferner hätten die Ladungseigentümer und der Reeder bei der Verladung der zur Verhandlung stehenden Güter zunächst bei dem chinesischen Zollamt angefragt und die Güter erst verschifft, als si die in Beweisstück A 1 niedergelegte Antwort der Zollbehörde erhalten hätten, daß Reis, Weizenmehl und Silbergeld nur, wenn sie an die kriegführenden Shaaten geliefert werden sollten, Konterbande seien. Daraus könne man mehr als zur Genüge entnehmen, daß die Absicht, sie zum Gebrauch des Feindes zu liefern, nicht bestanden habe.

Aus dem Beweisstück A 6 gehe hervor, daß derartige Güter in Niutschwang zu Friedenszeiten sehr in Nachfrage stünden, so daß sie regelmäßig von Shanghai eingeführt würden.

Des weiteren täten die Beweisstücke A 2 bis 4 dar, daß die Ladungseigentümer, welche alle in Niutschwang ihre Hauptgeschäfte oder Filialen hätten, die Güter als gewöhnliche Handelsobjekte dahin versandt hätten. Es sei daher unbillig anzunehmen, daß sie zum Gebrauch des Feindes hätten dienen sollen.

3. Tientsin und Chinwantao seien neutrale Häfen, die zu diesem Kriege nicht in der geringsten Beziehung stünden. Die dorthin bestimmten Güter seien daher keine Kriegskonterbande und müßten mit Recht freigegeben werden.

4. Unter den Reklamanten betreibe Täng Ming Chien ein Transportgeschäft und sei Inhaber der beiden Firmen Kai Ping Chiang und Shang Fa Yun. Die übrigen 44 Reklamanten seien alle Eigentümer der von der Reklamation betroffenen Güter. Die Güter seien demnach freilich nicht Eigentum des Täng Ming Chien, da er aber den Transport derselben übernommen habe und im Fälle det Einziehung derselben Schaden erleiden müsse, so habe er mit den Eigentümern zusammen die Reklamation erhoben.

Die 41 Reklamanten außer Täng Ming Chien, Nan Shun Ta, Yue Ta Shing, Rapanak ind Levinson beantragten Freigabe der in dem beigefügten Verzeichnis bei ihren jeweiligen Firmen angegebenen Güter; Nan Shun Ta das gleiche für die Güter unter Nummer 129 ubs 124; Yue Ta Shing für die unter Nummer 190 und 200; Rapanak i für die unter Nummer 170 bis 185, 60 bis 78, 140 bis 145; Levinson für die unter Nummer 170 bis 183 des Verzeichnisses aufgefährten Güter. Täng Ming Chien beantrage Freigabe sämtlicher Güter.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme sei auf offener See geschehen, und demnach rechtmäßig.

Von den nach Niutschwang gehenden Gütern seien die in dem beigefügten Verzeichnis unter Nummer 19 bis 122 aufgeführten Güter freizugeben, die übrigen alle einzuziehen.

Die nach Tientsin und Chinwantao bestimmten Güter seien alle freizugeben.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

1. Die Vertreter der Reklamation machen geltend, daß die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme in neutralem Hoheitsgewässer ausgeführt und demnach unrechtmäßig sei. Aus der Aussageschrift des Kommandanten der "Hongkong Mart", dem Auszug aus dem Tagebuch und dem Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "His-Ping" liegt der Ort der Aufbringung ungefähr of/g Seemeile nördlich von der Insel Kaiming, also mehr als 3 Seemeilen von der chinesischen Küste und in offener See. Daher ist die zur Verhandlung stehende Beschlagnahme rechtmäßig.

2. És ist bekannt, daß Niutschwang zur fraglichen Zeit von den Russen besetzt, also feindliches Gebiet war.?) Da das in dem beigefügten Verzeichnis unter den nach Niutschwang gehenden Gütern aufgeführte Blei, Zink, Kupferplatten, Argentanplatten, eiserne Wagenreien (Nr. 116). Stücke von Eisenstäben, alle Eisenklumpen, Material zur Herstellung von Waffen und Munition beziehungsweise Ausrüstung von Kriegs- und anderen Schiffen sind.?) so müssen diese Güter, weil nach dem feindlichen Niutschwang bestimmt, als Konterbande angesehen werden. Die unter Nummer 91 bis 93, 95, 97, 99, 116, 117, 121 und 122 aufgeführten Güter sind daher einzurichen.

Die Vertreter der Reklamation bringen vor, daß die Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom Jahre 1904 blei nicht absolut als Konterbande ansehe. Die genannte Instruktion spricht aber in Ziffer I von "Waffen, Munition, Explosivstoffe und deren Materialien einschließlich Blei, Salpeter, Sphwefel uswy" und zeigt damit, daß sie Blei, Salpeter und Schwefel als Materialien für Waffen, Munition und Explosivstoffe ansieht. Es ist daher außer Zweifel, daß sie Blei als Kriegskonterbande erklärt hat.

Ferner bringen die Vertreter der Reklamation vor, daß, wie aus dem Beweisstück A6 ersehen werden könne, in den Jahren 1902 und 1903 Blei in großer Menge nach Niutschwang eingeführt worden sei, was beveise, daß die Chinesen im Frieden viel Blei gebrauchten. Daraus könne man ersehen, daß auch das zur Verhandlung stehende Blei nicht zum Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen. Das Beweisstück

<sup>7)</sup> IV. § 5. — 1) II Ziffer 1. 1) II.

A6 ist indes eine Ein- und Ausfuhrstatistik, welche die beiden Jahre betrifft, in welchen die Russen Niutschwang besetzt gehabt haben. Sie ist daher ungeeignet, um zu beweisen, daß die Chinesen viel Blei gebrauchten.

Was des weiteren die unter der für Niutschwang bestimmten Ladung befindlichen Lebensmittel und Getränke, wie Weizenmehl, Spirituosen, Ananas, angeht, so sind sie alle Artikel, wie sie bei Europäern und Amerikanern in Nachfrage stehen. Nach Aussage von Paw Meng Chiung und Edmund Hayes ist die Zahl der zur Zeit in Niutschwang ansässig gewesenen gewöhnlichen Europäer und Amerikaner außerordentlich gering, wogegen russische Truppen in großer Zahl dort lagerten. Niutschwang war zur fraglichen Zeit ein Hauptetappenort der russischen Truppen. Wenn man alles dies in Erwägung zieht, erscheint es unbestreitbar, daß die zahlreichen Lebensmittel und Getränke zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten. Ebenso ist es unzweifelhaft, da Geld, alte Eisenbahnnägel und Bauholz von den russischen Truppen in der Mandschurei zum Krieg benötigt wurden, daß auch diese Güter zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten. Es wird daher angenommen, daß die genannten Güter, wenn sie auch nach dem beigefügten Verzeichnis an einen anderen Empfänger gehen sollten, tatsächlich zum Kriegsgebrauch bestimmt und daher Konterbande waren. 5)

Demnach sind die unter Nummer 23 bis 46, 48 bis 84, 88 bis 90, 94, 96, 98, 101 bis 104, 106, 108 bis 115, 118, 124 bis 129, 131, 133 bis 151, 168 bis 180, 182 bis 189, 199 bis 200, 230, 232 bis 242 des beigefügten Verzeichnisses aufgeführten Güter einzuziehen. 9

Die übrigen nach Niutschwang bestimmten Güter sind freilich keine Konterbande, aber sie gehören Eigentümern von Konterbandegütern, nämlich die unter Nummer

47	dem	Eigentümer	von	28,	die	unter
100	,,	,,	,,	99,	,,	,,
105	,,	,,	**	107,	,,	,,
181	,,	,,	,,	103,	,,	,,
119	,,	,,	,,	120,	,,	,,
122	,,	"	,,	121,	,,	,,
123	,,	,,	,,,	124,	,,	**
130	,,	"	,,	131,	,,	,,
152	,,	,,	,,	125,	,,	,,
153-15	6 ,,		,,	151,	,,	,,

Daher sind sie alle einzuziehen. 6) Die von den Vertretern der Reklamation eingereichten Beweisdokumente sind nicht imstande zu be-

i) II. Ziffer 2. - f) V. § 43.

weisen, daß die oben erwähnten Güter keine Kriegskonterbande sind.

Die unter Nummer 85 bis 87, 157 bis 167, 190 bis 198 des beigefügten Verzeichnisses aufgeführten Güter sind weder Konterbande, noch gehören sie Eigentümern von solcher. Daher sind sie freizugeben.

3. Tientsin und Chinwantao sind nicht feindliches Gebiet. Daher bönnen Güter wie diejenigen der zur Verhandlung stehenden, welche dorthin bestimmt sind, weil kein Beweis vorliegt, daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten, nicht als Kriegskonterbande aufgefaßt werden. Da aber der Absender aller nach dem beigelügten Verzeichnis nach Tientsin und Chinwantao bestimmten Güter Tän gMing Chien und der Empfänger der Inhaber der Konnossemette ist, so müssen die Güter alle als im Eigentum Tän gMing Chien's stehend betrachtet werden. Sie gehören dem Eigentümer er unter Nummer 103 aufgeführten Kriegskonterbande. Es entspricht aber dem Recht, daß Güter, welche einem Eigentümer von auf demselben Schiff befindlicher Kriegskonterbande gehören, gleichgültig ob se nach Feindesland bestimmt sind oder nicht, einzegoen werden.

Daher sind die unter Nummer 257 bis 293, 298 bis 363 des beigefügten Verzeichnisses aufgeführten Güter sämtlich einzuziehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht in Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

## (Unterschriften.)

# Verzeichnis der auf dem Dampfer "Hsl-Ping" verschifften Güter.

Nr. der Bekannt- machung	Art	d	er	G	lte	er	Zahl der Stücke (Kolli)	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
23	Reis					٠	208	Tack Che- ang Yuen	Shanghai	Tack Che- ang Yuen	Niutschwang
24							214	,,	,,	, ,	**
25							200	,,	,,	,,	,,
26							200	,,	,,	,,	,,
27							212		,,		,,
28							215	Wai Fah Hua		Wai Fah Hua	
29							276		,,		
30			٠			٠	400	Yuen Ching Dah		Yuen Ching Dah	,,
31	Weiz	er	m	ehl			500	Yong Dong Wo	,,	Yong Dong Wo	,,
32		•					500	Tong Shin	"	Tong Shin	,,
33					٠		500	Teng Sang Shing	,,	Teng Sang Shing	,,

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke (Kolli)	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungson
34	Reis	350	Yuen Chan Kung	Shanghai	Yuen Chan Kung	Niutschwan
35		225	Yuen Fang	,,	Yuen Fang	,,
36		172		,,	,, "	
37		281	Yung Hsing	,,	Yung Hsing	,,
			Chong		Chong	
38		323	"	,,	"	**
39	Weizenmehl	2000	"	,,	,,	"
40		1000	,,	,,	"	"
41		1000	7	,,	Zui Chong	. "
42	Tee	80	Zui Chong	,,		"
43		91	"	,,	,,	"
44		50	,,	,,	"	"
45		50	"	,,	"	,,
46		100 200	Wai Fah Hua	"	Wai Fah Hua	"
47	Papier	1000	Tack Che-	"	Tack Che-	"
48	Weizenmehi		ang Yuen	. "	ang Yuen	"
49		1000	у "т	",	Yuen Tack	,,
50		1000	Yuen Tack Yue	"	Yuen Tack	,.
51	Bier	15	Kai Ping Chang	,,	G. Rapanaki	,,
52	Spirituosen	10	,,	,,		,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,
53	Bier	10		,,	,,	"
54	Amer. Käse	2	-	,,	,,	"
55	Früchte	10		"	**	"
56	Sardinen	8		,,	**	19
57	Pickles	5		**	,,	,,
58	Marmelade	3	*	**	"	"
59	Bier	20	Yuen Tack Yue	,,	Yuen Tack Yue	"
60	Champagner	6	Kai Ping Chang	"	G. Rapanaki	"
61	Rahm	10		"	,,	"
62	Heringe	5		"	,,	"
63	Franz. Spargei .	3		"	,,	"
64	Cognac	15	,,	"	,,	"
65	Ges. Rindfl	7	,,	,,	,,	"
66	Liqueurs	5	"	,,	,,	19
67	Lachs	10	,,	"	,,	"
68	Biskuits	1	,,	. ,,	"	19
69	Ananas	10	"	"	"	"
70	Schinken	2	"	"	"	"
71	Rahm	10	"	"	,,	"
72	Tomaten	5	,,	17	"	15
73	Getr. Obst	5 2	,,	"	,,	19
74	Amer. Spargei .		,,	17	"	19
75	Rum	20	,,,	,,	"	

_					-		
Brk	der soot- bung	Art der Güter	Zahl der Stücke (Kolli)	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
Π	76	Würfelzucker	2	Kai Ping Chang	Shanghai	G. Rapanaki	Niutschwang
	77	Sardinen	2	,,	,,	., .	,,
	78	Pfeffer	5	,,	- "	,,	"
	79	Bauholz	500	Kong Chang	,,	Kong Chang	.,
				Tong		Tong	
	80		500	Hon Chan Ching	-,	Hon Chan Ching	,,
	81		2000	Yuen Chan Kung	,,	Yuen Chan Kung	"
	82	Віет	1000	Yue Fah Yuen	"	Yue Fah Yuen	,,
	83	Rotwein	60	Kai Ping Chang	"	Order	,,
	84	Tee	174	Rio Po Fu	- 11	.,	,,,
	85	Emaill. Becher .	5	Am Cheong		Am Cheong	,,
	86	Linain. Decirci .	5	" Checking	"	,,	,,
	87	Grüne Seife	10	11		, "	
	88		50	Kong Chang	**	Kong Chang	,,,
		Weißer Zucker .	1	Tong	"	Tong	"
	89	* 1	413	11	19	"	**
	90		258	**	17	***	
	91	Zink	10	,,	1.9	11	11
	92	Kupferplatten .	2	,,	- ,,	- 11	,,
	93	Argentanplatten .	10		.,	,,	.,
	94	Sweetmeats	20		12		
	95	Blei	150		17		
	96	Kandiszucker	60	,,		,,,	,,
	97	Riei	50	Hon Chan	19	Hon Chan	,,
	91	Ble1	30	Ching	11	Ching	, "
	98		50	Ching	1	Cining	1
		Kandiszucker		m "	- 11		"
	99	Ble!	50	Tong Foung Tai	**	Tong Foung Tai	**
	100	Arsenik	15	31	23	11	37
	101	Weißer Zucker .	204	Hon Shan Ching	,,	Hon Shan Ching	"
	102		121	Kong Chang Tong	.,	Kong Chang Tong	"
	103	Cognac	50	Kaiping Chang	,,,	Order	**
	104	Gin	5	,,,	- "	,,	19
	105	Eßgeschlrr	5	,,	.,	١,,,	,,
	106	Wurst	1	,,,	11	.,	,,
	107	Zigaretten	l i	,,	"	,,	
	108	Schwarzer Tee	20	Yuen Chan		Yuen Chan	1
			1	Kung	"	Kung	
	109	Weißer Zucker	60	11	17	"	,,,
	110		342	>>	12	**	1)
	111	١	50	,,	33	,,	33
		I	1	1		1	1

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke (Kolli)	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
112	Weißer Zucker .	50	Yuen Chan Kung	Shanghai	Yuen Chan Kung	Niutschwan
113	Kandiszucker	60	"	٠,,		,,
114		100				
115	Alte Eisenbahn-		Yuen Tack	,,	Yuen Tack	
	năgel	139	Yue	"	Yue	
116	Alte Wagenreifen	103	,,	,,	,,	,,
117	Eisenstäbe	210	,,	,,	,,	.,
118	Welßer Zucker .	60	,,	,,	**	,,
119	Kupfertöpfe	5	Fung Shun Yung	"	Fung Shun Yung	"
120	Alte Schienen- laschen	121	,,	,,	,,	"
121	Alte Elsenbarren	235				
122	Papier	30		,,	, ;;	
123	Alte Reissäcke .	68	Yu Chan Wo		Yu Chan Wo	
124	Zucker	200	.,		,,	
125		100	Yuen Fah Hua	,,	Yuen Fah Hua	"
126	Asahi Bier	100	Kwang Shun	.,,	Kwang Shun	
127		100			,,	
128	Schwarzer Tee .	30		,,	,,	
129	Eingem, Orangen	5	,,	,,	,,	,,
130	Alte Reissäcke .	12	Tack Wo Cheong	,,	Tack Wo Cheong	,,
131	Sesamöl	5		,,	,, "	,,
132	Argentanplatten .	2	Wai Fah Hua	,,	Wai Fah Hua	,,
133	Kandiszucker	100	Yung Hsing Chong	,,	Yung Hsing Chong	**
134	Weißer Zucker .	200		,,	,, "	,,
135		65	"	,,	,,	,,
136	Schwarzer Tee .	30	Tun Chong Yu	"	Tun Chong Yu	,,
137	Branntwein	10	,,	,,	,,	29
138	Asahi Bier	75	,,	,,	,,	,,
139		25	Ku Foung Tai	,,	Ku Foung Tai	"
140	Vermouth	13	Kai Ping Chang	**	G. Rapanaki	,,
141	Marmelade	2	,, "	,,	,,	,,
142	Bier	10		",	, ,	"
143	Ges. Rindfleisch	3			, ,	,,
144	Champagner	20	,,	,,	,,	,,
145	Old Tom Gin .	10	"	"	,,	,,
146	Mexik. Dollars .	5	Yuen Ching Dah	"	Yuen Shing Dah	,,
147		5	Yü Shing Yun	"	Yū Shing Yun	,,
148		20		,,	,,	,,

-	,	Zahl	1			
Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	der Stücke (Kolli)	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
149	Kl. Silbergeld .	25	Yue Yun	Shanghai	Yue Yun	Niutschwang
150	,	5	Tack Cheang Yuen	"	Tack Cheang Yuen	
151		17	Yu Sheng Chang	"	Yu Sheng Chang	,,
152	Graues Bombay- Baumwollengarn	10	Yuen Fah Hua	"	Yuen Fah Hua	,,
153	Graue amer. Bett- decken	50	Yu Sheng Chang	17	Yu Sheng Chang	"
154	Graues Bombay- Baumwollengarn	20	"	"	"	"
155	Graue amer. Bett- decken	100	"	**	**	"
156	Graues Bombay- Baumwollengarn	25	"	"	,,,	"
157	Graue amer. Bett- decken ,	15	Dah Shing Ting	17	Dah Shing Ting	"
158		10	"	,,	,,	1,
159 160	Graues Bom- bay-Baum- wollengarn	10 10	Chin Fah Foong	,,	Chin Fah Foong	"
161		25	,,	11	,,	,,
162	Graue amer. Bett- decken	20	Tong Shun Shing	**	Tong Shun Shing	**
163			Tong Fah Ha	11	Tong Fah Ha	,,
164		20	Whai Chong Loong	11	Whai Chong Loong	"
165	Graues japan. Baumwollengarn	10	**	**	, "	**
166	Graue amer. Bett- decken	50	Loong Hing Yuen	**	Loong Hing Yuen	**
167		50	Sin Chang Yu	19	Sin Chang Yu	**
168	Reis	210	Tack Tai Hsing	**	Tack Tai Hsing	**
169	Branntwein	31	Kai Ping Chiang	**	Order	**
170	Rum	9		11	"	**
171	Gin	4		99	,,	19
172	Butter	1	**	33		"
173	Heringe	1	,,	17	**	**
174 175	Obst	2	,,			19
175	Marmelade	4	,,		**	31
177	Rahm	3	"	,,	"	"
178		4	"	**	"	**
178	Bier	15	,,	**	,,	**
180	ges. Rindfleisch	10	,,	33	,,	**
181	Seife	2	,,	**	"	**
[182	Heringe	5	"	"	,,	**

Marstrand-Mechlenburg, Das Japanische Prisenrecht. Baud 1. (19)

289

	Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke (Kolli)	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
	183	Bier	5	Kai Ping Chang	Shanghai	Order	Niutschwang
-	184	Obst	20	Hi Ta Cheong		Hi Ta Cheong	,,
	185	Ananas	50	,,	,,	,, ~	,,
	186	Biskuits	1		,,	,,	,,
	187	Margarine	5	,,	,,	,,	,,
	188	Ges. Rindfleisch.	20	,,	,,	,,	,,
	189	Marmelade	5	,,	,,	,,	,,
	190	Nanking Stoffe .	135	Ha Chin Ching	"	Ha Chin Ching	
	191	,, ,	90	Loong Fa Ha	,,	Loong Fa Ha	,,
	192	,, .	45		**	"	,,
	193	" .	50	Am Cheong	"	Am Cheong	"
	194	" .	82	Tong Fah Ha	,,	Tong Fah Ha	"
	195	,, .	50	Chi Chi	"	Ming Ki Chow	"
	196	,, .	30	Hong FahHa	,,	HongFahHa	19
	197	,, .	78		,,		"
	198	_ " .	20	Tong Fah Ha	,,	Tong Fah Ha	"
	199	Tee	50	Yun Shing Shan	"	Hing Moh Chang	,,
	200	_,,	50	"	"	. ".	19
	231	Branntwein	50	Shang Fah	,,	Order	"
	232	Bier ,	10	Li Pa Hun	"	Hing Fah Shang	,,
	233	,,	20	,,	,,	,,	,,,
	234	,,	20	,,	,,	,,	**
	235	,,	10	,,	,,	,,	,,
	236	Reis	300	-,,	"	,,	,,
	237	,,	293	,,	,,	,,	"
	238	,,	476	,,	"	,,	**
	239	.,	382	"	"	,,	, ,,
	240	Weizen	373	"	"	,,	"
	241	Agar-Agar	6	,,	"	"	"
	242	Ananas	45		"	".	Tientsin.
	257	Frischer Ingwer .	80	Kai Ping Chiang	"	Inhaber	Hentsin
	258	" .	75	19	"	,,	"
	259	,, ,	65	17	11	,,	"
	260	,, .	65	**	**	,,	"
	261	,, .	60	29	"	,,	"
	262	,, .	65	- 11	"	,,	"
	263		110	Ch " F. b	"	,,	"
	264	GestreifteGewebe	2	Chang Fah Yun	,,	,,	,"
	265	Italienisch. Baum- wollenzeug .	4	"	"	,,	"

		I Zahl				
Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	der Stücke (Kolli)	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
266	Satin	1	Chang Fah Yun	Shanghai	Inhaber	Tientsin
267	Italienisch. Baum- wollenzeug	4	,,	,,	,,,	,,
268	Graues Bombay- Baumwollengarn	20	,,	,,	**	,,
269	Japanisch. Baum- wollengam	10	"	,,	**	**
270	Englisches Baum- wollengarn	5	,,	,,	**	,,
271	Baumwollengarn.	38	,,	,,	,	
272	Graue amer. Bett- decken	30	,,			,,
273	Italienisch, Baum- wollenzeug	١,	,		,,	
274	Graues amerikan. Baumwollenzeug	50				"
275	Baumwollentuch .	1	,,	,,	"	"
		'	,,	"	99	"
276	Graues Bombay- Baumwollengarn	15	,,	"	,	**
277	Holländisches Baumwollenzeug	10	,,	,,	19	,,
278	Graue englische Hemden	2	,,	,,	**	,,,
279	Graues Bombay- Baumwollengarn	25	,,	,,	**	,,
280	Weiße englische Hemden	5	,,	,,	,,	,,
281	Europ. Tuch	1	,,	.,,	"	**
282	"	1	,,	,,	**	,,
283	"	1	,,	,,	,,	,,
284 285	Gestreift. Hemden Graues Bombay-	2	"	"	**	"
	Baumwollengarn	1	,,	,, ;	"	,,
286	Europ. Tuch	1	,,	,,	,,	,,
287		1	,,	,,	,,	,,
288	Italienisch. Baum- wollenzeug	2	,,	, '	,,	.,
289	Seidenstoff	1	",	"	**	,,
290	Leinen	8	"."	,,	,,	l ",
291	Drogen u. anderes	ľ		"	,,	,,
292	Tomaten	4	"	"	"	
293	Tee	360	"		"	
298	Alte Wagenreifen	191	Kai Ping Chiang	"	Kai Ping Chiang	Chinwantao
299	Tee	73			_	.,
300	Papierfächer	1	"	"	"	
301	Chines, Bücher .	6	,,	,,	"	
302	Kerzen	li	"	"	**	"
002	Meizen	1 '	"	"	"	"

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke (Kolli)	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
303	Federhalter	20	Kal Ping Chiang	Shanghai	Kai Ping Chiang	Chinwantac
304	Pillen	1	,,	,,	**	.,
305	Scheren	1	,,	,,	,,	.,
306	Satinschuhe	1	,,	,,	,,	
307	Zeugschuhe	1	**	,,	**	
308	Satinschuhe	1	39	,,	"	,,
309	Kerzen	1	,,	,,	,,	
310	Nanking-Stoffe .	2	**	,,	,,	,,
311	Japan, Papier	2	**	,,	,,,	,,
312	Graues japanisch. Baumwoilengarn	25	Chang Fah Yun	,,	Inhaber	, "
313	Graues Bombay- Baumwollengarn	5	31	,,	**	"
314	. "	10	,,	"	.,	,,,
315	Japanisch, Baum- wollengam	10	,,		,,	"
316	Bombay-Baum- wollengam	15	,,	,,	"	"
317	Graue amer. Bett- decken	5	,,	,,	,,	"
318	Graues japanisch. Baumwollengarn	5	"	,,	,,	"
319	Bombay-Baum- wollengam	10	,,	,,	"	,,
320		15	,,	۱ " ا	,,	.,
321	Japanisch, Baum- wollengarn	75	"	,,	**	,,
322	Bombay-Baum- wollengarn	30	**	"	,,	11
323		25	,,	l " i	,,	
324	Japanisch, Baum- woilengarn.	25	"	,,	**	"
325	,,	10	,,	,,	,,	
326	Bombay-Baum- wollengarn	15	"	,,	"	"
327	Calico	1		,,	**	>>
328	Graues japanisch. Baumwollengarn	10	"	21	"	,,
329	,,	3	,,	- "	**	.,
330	,,	10	,,	,,,	**	,,
331	Jap. Baumwollen- zeug u. Seiden-		"	,,	"	"
	satin	1				
332	Bombay-Baum- wollenzeug .	1	,,	**	**	"
333	Graues Bombay- Baumwollengarn	25	"	,,	**	"
334	Japanisch, Baum- wollengarn	10	"	"	"	"

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke (Kolli)	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
335	Bombay-Baum- wollengam	10	Chang Fah Yun	Shanghai	Inhaber	Chinwantao
336	,	12			.,	· "
337	"	15	,,	,,	,,	,,
338	,,	13	,	,,	**	,,
339	Graue engl. Bett- decken	1	,,	,,		
340	Bombay Baum- wollengarn	17				
341	Graue amerikan. Bettdecken	15	"	"	**	,,
342	Weisse englische		99	"	**	"
343	Hemden Graue amerikan.	3	**	"	**	"
344	Hemden Italienisch, Baum-	10	"	"	,,	,,
	wollenzeug	2	,,		,,	١
345	Baumwollentuch.	1		"	,,	,,
346	Graues Bombay Baumwollengarn	30		"	,,	
347	Italienisch. Baum- wollenzeug	2	,,			
348	Graues Bombay-	- 1	"	"	"	"
349	Baumwollengarn Italienisch. Baum-	18	"	"	"	"
350	wollenzeug Graues Bombay	2	**	"	,,	,,
351	Baumwollengarn	25 35	**	,,	,,	,,
352	**	10	,,	"	"	,,
353	"	15	,,	,,	39	,,
354	"	45	,,	,,	,,	,,
355	,,	35	,,	,,	"	"
356	"	12	,,	,,	"	"
357	"		"	,,	,,	,,
358	Japan. do	20	,,	,,,	**	,,
		8	"	,,	11	19
359	Papier	2	**	"	,,	**
360	Seife	10	,,	,,	,,	**
361 362	Tuch	1	,,	"	"	,,
302	Indigo u. sonstige Farbstoffe	5				
363	Zigaretten	35	"	"	"	"

Reklamanten: Täng Ming Chien, Geschäftsführer der Firmen Kai Ping Chiang und Shang Fa Yun in Shanghai, Kiangsi Road Nr. 94; die chinesischen Staatsangehörigen Kwang Shun, Yuen Ching Dah, Tun Chong Yu, Yung Hsing Chong, Tong Foung Tai, Ku Foung Tai, Kong Chang Tong, Hon Shan Ching, Wai Fah Hua, Yuen Chan Kung, Yu Chan Wo, Fung Shun Yung, Yuen Fang, Hi Ta Cheong, Yuen Fah Hoa, Loong Hing Yuen, Sin Chang Yu, HaChiChing, Am Cheong, Tong Fag Ha, Hong Fa Ha, Dah Shing Ting, Yue Fah Yuen, Zui Chong, Pow Yuen Ta, Wan Cheang Ta, Whai Chong Loong, Loong Fa Ha, Tack Tai Hsing, Chi Chi, Tack Wao Cheong, Chin Ta Foong, Tack Cheang Yuen, Fa Yuen Ho, Tong Shun Shing, Yuen Tack Yue, Nan Shun Ta, Tack Cheong Yong, Yue Ta Shing, Tong Shing Yo, Yong Dong Wo und Teng Sang Shing sämtlich wohnhaft in Shanghai; der griechische Staatsangehörige G. Rapanaki und türkische Staatsangehörige A. Y. Levinson.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Suzuki Jubi, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 8 und Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladung des Dampfers "Hsi-Ping", welcher am 14. Juli 1904 auf 37°34" n. Br. und 122°29' 6. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, im velchem auf Einziehung der unter der Ladung des Dampfer "Hsi-Ping" befindlichen, in dem dem Urteil beigefügten Verzeichnis unter Nummer 23 bis 84, 88 bis 156, 168 bis 189, 199, 200, 230, 232 bis 242, 257 bis 293 und 298 bis 363 bezeichneten und auf Freigabe der unter Nummer 85 bis 87, 157 bis 167, 190 bis 198 bezeichneten Güter erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil haben die Rechtsanwälle Su zuki Jubi und Hatakeyama Shigeaki als Prozeßvertreter von Täng Ming Chien und 44 anderer Reklamanten die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalls Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung der Vertreter der Reklamation Suzuki Jubi und Hatake yama Shigeaki und deren Begründung sind folgende:

Von den Reklamanten betreibe der chinesische Kaufmann Täng Ming Chien mit den beiden ihm gehörigen Firmen Kai Ping Chiang und Shang Fa Yun ein Transportgeschäft. Die äbrigen 44 Reklamanten seien alle Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Güter. Wie aus Beweisstück 44 hervorgehe, gehörten die aufgebrachten Güter freilich nicht dem Täng Ming Chien, sondern den anderen Kaufleuten, und Täng Ming Chien habe lediglich ihren Transport übernommen. Da er aber im Falle der Einziehung Schaden erleiden müsse, so habe er zusammen mit den Eigentümern eine Reklamationsschrift einerericht und die Freigabe aller Güter beantract.

Nun seien unter den zur Verhandlung stehenden Gütern zwei ganz getrennte Arten vorhanden. Die einen seien nach Niutschwang bestimmt, die anderen nach Tientsin und Chinwantao. Die ersteren seien wieder in zwei Gruppen zu teilen: 1. Güter, welche der Ziffer 1 der Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom Jahre 1904, betreffend die Kriegskonterbande im japanisch-russischen Kriege, entsprächen; 2. Güter, welche unter Ziffer 2 dieser Instruktion fielen.

Unter Ziffer 1 falle nur eine einzige Ware, nämlich Blei. In dieser Instruktion sei Blei indes nur in Klammer hinter "Waffen, Munition, Explosivstoffe und deren Materialien" aufgeführt, so daß es nicht absolut als Konterbande angesehen werden könne. Vielmehr sei die richtige Auslegung die, daß es nur als Konterbande gelte, wenn es als Material für Waffen und Munition dienen solle. Als Waffe werde Blei heutzutage außerordentlich wenig verwandt. Diese Eigenschaft trete vielmehr erst hervor, wenn es mit anderen Metallen gemischt werde. Dazu sei aber das Bestehen geeigneter Fabriken nötig, und in Niutschwang seien solche nicht vorhanden, so daß das Blei nicht als Material für Waffen gelten könne. Außerdem sei die Einfuhr von Blei nach Niutschwang in Friedenszeiten groß und habe, wie aus Beweisstück A.6, einer chinesischen Zollstatistik, hervorgehe, im Jahre 1903 42 864 Taels, im Jahre 1903 20 758 Taels betragen. Daraus könne man entnehmen, wie groß der Friedensbedarf der Chinesen für Blei sei. Wenn aber das gegenwärtig zur Einfuhr bestimmt gewesene Blei nicht zum Kriegsgebrauch der Truppen haben dienen sollen, so liege kein Grund für seine Einziehung vor.

Die Arten der Güter, welche unter 2 fielen, seien freilich sehr zuhlreich; in der Hauptsache handele es sich aber um Reis, Weizenmehl, Tee, Zucker, Bauholz und Silbergeld. Diese seien Konterbande nur, wenn sie für die Armee oder Marine bestimmt seien oder angenommen werden müsse, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden sollten. Da aber die Güter von verschiedenen einzelnen Kauffeuten einem Transportgeschäft zur Bestörderung übergeben und diese Kaufleute selbst die Empfänger seien, so seien sie nicht für die feindliche Armee oder Marine bestimmt gewesen.

Das lasse sich auch aus dem Urteil über den Dampfer "Hsi-Ping" entnehmen.  $^{7}$ )

<sup>7)</sup> VI. 18a,

Was des weiteren die Frage angehe, ob sie für den Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine hätten geliefert werden sollen, so beförderten die Ladungseigentümer und Reeder gewöhnlich solche Güter als Handelswaren nach Niutschwang und betrieben dieses Geschäft schon seit lange. Da zu der fraglichen Zeit gerade Krieg bestanden habe, so hätten die Reklamanten, um sicher zu sein, daß sie die Pflichten neutraler Staatsangehöriger nicht verletzten, sich nachdrücklich bei der chinesichen Zollbehörde erkundigt und, wie aus dem Beweisstück A1 hervorgehe, die Antwort erhalten, daß Reis, Weizenmehl, Zucker, Petroleum und Silbergeld keine Konterbande seien, wenn sie nicht zum Gebrauch der kriegführenden Mächte geliefert werden sollten. Erst danach sein die Güter versandt worden. Wenn die Eigentümer den Zweck verfolgt hätten, sie zum Gebrauch einer der kriegführenden Mächte zu liefern, so liege kein Grund vor, weshalb sie eine derartige Anfrage hätten machen und sich eine derartige Auskunft hätten geben lassen sollen.

Wie aus Beweisstück A 6 ersichtlich, sei in Niutschwang gewöhnlich sehr große Nachfrage nach solchen Gütern und die Einfuhr von Shanghai und anderen Plätzen entspreche einem allgemeinen Bedürfnis.

Da ferner die verschiedenen Ladungseigentümer in Niutschwang Haupt- und Zweiggeschäfte besäßen, so hätten sie die Güter, wie aus den Beweisstlicken A 2 bis 4 hervorgehe, als Handelsobjekte dorthin befördern lassen. In Anbetracht dessen, daß sie Waren gleicher Art schon mehrere Jahrzehnte lang eingeführt hätten und die Zahl der Güter auch gering sei, so sei es eine unbillige Härte, anzunehmen, daß sie zum Gebrauch des Feindes geliefert werden sollten.

Nach den Ladescheinen zu urteilen, gehörten die meisten der zur Verhandlung stehenden Güter Kai Ping Chiang und Shang Fa Yun, und das könne zu dem Verdacht Anlaß geben, daß so viele Güter, welche von derselben Firma befördert wurden, zum Gebrauch der feindlichen Truppen geliefert werden sollten. Da aber der Chef der genannten Firma, Täng Ming Chlen, ein Transportgeschäft betreibe, so seien die Güter nur unter seinem Namen verladen worden und es werde durch die Beweisstücke A 2 bis 4 dargetan, daß sie Kaufleuten verschiedener Plätze gehörten. Nach alter kaufmännischer Handelsusanen in Shanghai übergäben Kaufleute, welche ihre Güter nach einem anderen Hafen verschicken wollten, diese meistens gänzlich einem Transportgeschäft. Leute wie Täng Ming «Chien zahlten jährlich mehrere hunderttausend Taels Fracht an die Reeder und in den letzten zehn Jahren seien an Fracht über 4 Millionen Taels von ihm bezahlt worden. Wenn man dies erwäge, so könne man daraufhin, daß die meisten Güter auf den Namen Täng Ming Chien stünden, nicht schließen, daß sie Konterbande seien.

Wenn auch einige von den aufgebrachten Güterarten sich in der

Zollstafistik nicht fänden, so sei der Grund der, daß kleine Mengen von Lebensmitteln zum Gebrauch in Speisewirtschaften oder von gevöhnlichen Konsumenten nicht besonders in der Zollstatistik eingetragen, sondern alle zusammen in die Rübrik "Verschiedene Waren" eingestellt sein. Wenn auch ferner einige der zur Verhandlung stehenden Güter mit den bisherigen Einfuhrgütern der Statistik, was ihre Farbe oder ihre Herkunft angehe, nicht übereinstimmen, so sein doch diejenigen, welche bezüglich der Warengattung nicht übereinstimmten, nur sehr venige.

Bezüglich der nach Tientsin und Chinwantao bestimmten Güter sei zu bemerken, daß diese Plätze absolut neutrale Häfen seien und zu dem Krieg keine Beziehung hätten. Daher seien die dorthin bestimmten Güter keine Konterbande, und die Verhängung der Konfiskation seitens der ersten Instanz mit der Begründung, daß sie Konterbandeeigentümern gehöten, sei falsch und zwar aus folgenden Gründen:

- Der Eigentümer, von dem der § 43 der Seeprisenordnung in den Worten
  - "Kriegskonterbandegüter und die dem Eigentümer derselben gehörigen Güter werden eingezogen"

spreche, bedeute den Eigentümer absoluter Kriegskonterbande und bezeichne nicht den Eigentümer sogenannter bedingter Konterbande. Denn die Einziehung von Nichtkonterbandegütern, welche einem Eigentümer von Konterbande gehörten, sei die Strafe für den Transport der Konterbandegüter. Im Falle eines Transports absoluter Konterbande könne freilich vermutet werden, daß der Eigentümer derselben einer der kriegführenden Parteien habe nützen wollen. Aber bei bedingter Konterbande vinde die Entscheidung über die Frage, ob die Güter Konterbande sein oder nicht, einzig bei dem betroffenen Staat, so daß also die gleiche Vermutung hier nicht ohne weiteres Platz greife und ein Grund zur Bestrafung nicht bestehe.

2. Wie schon oben ausgeführt, reklamiere Täng Ming Chien, weil er den Transport übernommen gehabt habe. Daß in den Konnossementen und anderen Papieren Täng Ming Chiens Firma verzeichnet st, beruhe auf einem Handelsbrauch in Shanghai, und daß außer ihm Eigentümer da seien, werde durch das Beweisstück A dargetan. Das Gricht erster Instanz habe diesen Beweis aber außer Acht gelassen und angenommen, daß die auf den Papieren erscheinenden Namen der Firmen Kai Ping Chiang und Shang Fa Vun die Eigentümer der Güter andeuteten. So sei es dahin gekommen, daß das Gericht Nichtkonterbandegüter, welche Personen gehörten, die nicht Eigentümer von Konterbande seien, mit in seine Strafe hineingezogen habe.

Was Zink, Kupfer und Argentanplatten angehe, so möge es Fälle

geben, wo sie in dem vorhandenen Zustand Material für Waffen, Munition, für den Bau und die Ausrüstung von Kriegs- und anderen Schiffen abgaben. Aber es gebe auch Fälle, wo sie nach der Art lihrer Form durchaus nicht zu derartigem Gebrauch dienen könnten; und man könnten nicht sagen, daß Güter, welche schließlich nach vielen Bearbeitungen die Fähigkeit solcher Verwendung erreichen könnten, ihrer Natur nach unbedingt Material für Waffen darstellten. Man müsse daher zur Rechfertigung der Annahme, daß solche Güter Material für Waffen seien, nach ihrer Menge oder Form usw. klarstellen, daß sie ohne weiteres zu diesem Zweck geliefert werden sollten. Die Reklamanten seien der Ansicht, daß die genannten Güter freilich, wenn sie nach Menge und Form sogleich zum Gebrauch für Waffen usw. dienen könnten, absolute Kriegskonterbande seien; daß sie aber, wenn erst durch viele Bearbeitung ihre Form und Natur geändert werden müsse, damit sie als Material für Waffen usw. dienen könnten, keine Kriegskonterbande seien.

Wie sehon dargelan, erführen die zur Verhandlung stehenden Waren eine große Einfuhr, sie würden auf friedliche Nachfrage geliefert und seien kein Material für Waffen. Auch seien sie nicht in dem Zustand, um als solches Material dienen zu können und gehörten daher, wie erwähnt, unter die Nichtkonterbandegüter.

Um darzutun, daß die vorhandene Ware ohne weiteres als Material für Waffen dienen solle, sei es nötig, ihre Menge und Form klarzustelke, und, um ihre Einziehung zu verfügen, müßten die Gründe, weshalb sie solches Material seien, dargestellt werden. Das Gericht erster Instanz habe aber die genannten Güter, ohne irgendwelchen Unterschied zu machen, als absolute Kriegskonterbande angesehen. Dem könnten sich die Reklamanten nicht unterwerfen.

Die eisernen Wagenreifen, die Stücke von Eisenstäben, die alten Eisenklumpen möchten wohl indirekt zur Herstellung von Waffen, Munition, Kriegs- und anderen Schiffen dienen können. Sie seien aber noch nicht ohne weiteres Material dafür. Wenn man diese Güter als indirekt für solche Zwecke dienlich ansehe, dann müsse auch Bauholz, Ol, Papier, überhaupt alles als derartiges Material gelten. Daher sei auch der Auffassung, daß derartiges indirektes Material absolute Konterbande sei, nicht beizupflichten.

In dem Urteil erster Instanz werde ausgeführt,

was die unter der für Niutschwang bestimmten Ladung befindlichen Lebensmittel und Getränke wie Weizenmehl, Spirituosen und Ananas angehe, so seien sie alle Artikel, wie sie bei Europäeren und Amerikanern in Nachfrage stünden. Zur fraglichen Zeit sei aber die Zahl der in Niutschwang ansässigen gewöhnlichen Europäer und Amerikaner aufer ordentlich gering gewesen. Es sei daher ganz klar, dah derartig große Mengen von Lebensmitteln und Getränken zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden sollten.

Wenn es auch nicht zu bestreiten sei, daß die Zahl der dort lebenden Europäer und Amerikaner nur gering und die der dort lagenden rusischen Truppen sehr groß sei, so ständen doch Weizenmehl und Spirituosen nicht nur bei Europäern und Amerikanern in Nachfrage, sondern kämen auch bei den Chinesen zur Verwendung. Daß spirituosen und Weizenmehl, welches als Material zur Herstellung von Kuchen diene, alljährlich in großer Menge eingeführt worden sei, sei bereits nachzewissen worden.

Reis ferner komme für Europäer und Amerikaner nicht in Frage, st vielmehr ein Lebensbedürfnis für die Chinesen. Wenn daher der Reis aus demselben Grunde wie Weizenmehl und Spiritussen als für den Gebrauch des Feindes bestimmt zur Einziehung verurteilt worden sei, so müsse man sagen, daß dies mit der ausgeführten Begründung nicht zusammennasse.

Daß Geld zum Krieg nötig sei, sei unzweifelhaft klar. Es sei aber fraglich, wie der Eigentümer des Geldes dasselbe den russischen Truppen habe liefern sollen; und man könne wohl sagen, daß er fast kein Mittel habe, dasselbe zu liefern. Bei einem russischen Eigentümer liege allenfalls die Möglichkeit, es zu liefern, vor; für einen Ausländer si es aber klar, daß er nicht besonders Geld einführen werde, um es den russischen Truppen zu übergeben. Wenn es abet Leute gegeben hätte, welche Geld für den Gebrauch der russischen Truppen hätten einsprechenden Gegenwert fordern sollten. Die russischen Truppen hätten aber zur Zeit keine Güter besessen, durch deren Verkauf sie sich Geld hätten verschaffen können.

Wenn ferner auch bei den russischen Truppen Bedarf für chinesische Arbeit vorhanden sein möge, so sei doch kaum anzunehmen, daß die Russen für die Chinesen arbeiten würden.

Es sei demnach klar, daß in keinem Falle das Geld zum Gebrauch der russischen Truppen habe geliefert werden sollen, und es sei daher unbillig, zu entscheiden, daß dasselbe zum Gebrauch des Feindes habe dienen sollen.

Wozu die feindlichen Truppen alte Eisenbahnnägel und Bauholz brauchten, sei nicht ersichtlich. Bauholz könne allenfalls zum Truppengebrauch dienen. Alte Eisenbahnnägel würden dagegen niemals zum Eisenbahnbau verwandt. Es sei daher kaum möglich, sich vorzustellen, wozu diese im Krieg dienen sollten.

Einen Teil der Nichtkonterbandegüter habe das Urteil erster Instanz mit der Begründung, daß sie Eigentümern von Konterbande gehörten, eingezogen. Da aber, wie dargetan, der größte Teil dieser als Konterbande bezeichneten Güter keine Konterbande sei, so mösse die Enscheidung anders ausfallen. Es scheine, als ob das Urtell erster Instaut die nach Tientsin und Chinwantao bestimmten Güter ungeachtet de Warengattung als Nichtkonterbande ansehe. Trotzdem sei aber die Enizeltung der hierunter beindlichen, den Eigentümern von Konterbande gehörigen Güter verfügt worden. Die Worte des § 43 der Seeprisenordnung\*) "und die dem Eigentümer derselben gehörigen Güter bezögen sich auf Güter, die sich auf demselben Schiff befänden und nach demselben Ort bestimmt seien. Daher düfften Güter, welche nacht anderen Häfen gingen, nicht eingezogen werden. Wenn man auch solche Güter einzuziehen beabsichtige, so ergebe sich das Resultat, daß auch auf einem anderen Schiff verladene Güter eingezogen werden müßten, wodurch den neutralen Staatsangehörigen schwerer Schaden erwachsen müßse.

In dem Artikel 72 des Handbuchs des englischen Prisenrechts<sup>9</sup>) heiße es, daß

> auch in Fällen, wo man wissen könne, daß die Güter in einem neutralen Hafen gelöscht würden, doch der Bestimmungsort der Güter als feindliches Gebiet angesehen würde;

ferner in der Strafbestimmung des Artikels 82:

Zur Strafe für den Transport von absoluten Konterbandegütern würden gewöhnlich diese Güter und das Interesse ihres Eigentümers an der übrigen Ladung eingezogen.

Diesem scheine der Inhalt des Urteils erster Instanz zu ähneln. Indes beziehe sich diese Bestimmung des englischen Rechts darauf, daß auch neutrale Zwischenhäfen als Feindesgebiet anzusehen seien. In der vorliegenden Sache sei aber eine solche Tatsache nicht nur nicht angenommen, sondern es fehle auch an einer Bestimmung, welche eine solche Annahme vorschreibe.

Ferner sehe das englische Recht die Strafe des Verlustes des Interesses an dem übrigen Teil der Ladung für den Fall von absoluter Konterbande vor. In dem vorliegenden Falle wolle man dagegen die gleiche Strafe bei Einziehung von nicht absoluter Konterbande eintreten lassen.

Täng Ming Chien sei nicht Ladungseigentümer; es sei daher

<sup>9</sup> V.

<sup>9)</sup> Artikel 72 des Manuat of Naval Prize sagt: The destination of the vessel is conclusive as to the destination of the Goods on board. If, therefore, the destination of the Vessel be Hostile, then the destination of the Goods on board should be correctly destinated from the Hostile also, notwithstanding it may appear from the papers or otherwise that the Goods themselves are not intended for the Hostile port, but are intended either to be forwarded beyond it to an ulterior Neutral destination, or to be deposited at an intermediate Neutral nort.

schon ausgeführt worden, daß die nach Tientsin oder Chinwantao gehenden Güter nicht als im Eigentum von Konterbandeeigentümern stehend bezeichnet werden könnten. Selbst aber einmal angenommen, er sei Eigentümer der unter Nr. 103 des Verzeichnisses aufgeführten Güter, so sei doch Cognac weder absolute, noch auch, wie schon dargetan, bedingte Konterbande. Wie man es auch ansehe, könnten die nach Tientsin und Chinwantao gehenden Güter nicht einerezone werden.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz, soweit es nicht auf Freisprechung von Ladungsstücken der "Hsi-Ping" erkenne, und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe aller für eingezogen erklärten Güter beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro sind folgende:

1. Zur Zeit, als die zur Verhandlung stehende Ladung befördert worden sei, sei Niutschwang nicht nur von den russischen Truppen besetzt, sondern auch ein wichtiger Etappenort für dieselben gewesen. Die unter der Ladung befindlichen Lebensmittel und Getränke entsprächen alle den Bedürfnissen von Europäern und Amerikanern. In Niutschwang hätten nun russische Truppen in großer Zahl gelegen, wogsgen gewöhnliche Europäer und Amerikaner nur sehr wenige vorhanden gewesen seien. Es sei daher ohne viel Worte klar, daß diese Güter sofort nach ihrer Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der feindlichen Truppen gedient haben wärden.

Infolge der andauernden Niederlagen der Russen zu Wasser und zu unde habe das in Niustehwang und in der Mandschurei verwandte Kriegs-Papiergeld stark an Kredit verloren, so daß, um dem täglichen Kriegsbedarf zu entsprechen, kleines chinesisches Silbergeld auf das dringendste benötigt worden sei. Daraufhin sei zweifellos auch das zur Verhandlung stehende Geld nach dem Etappenort Niutschwang geschickt worden, um dort nach Ankunft sogleich zum Gebrauch der feindlichen Truppen zu dienen.

Auch Bauholz, alte Eisenbahnnägel usw. seien Artikel, deren die russische Kriegsführung im höchsten Maße bedurft habe, so daß vermutet werden müsse, daß auch diese Güter, wenn sie nach Niutschwang gelangt wären, den feindlichen Truppen gelefert worden wären.

Es sei daher zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz auf Grund der oben angegebenen Talsachen und Gründe angenommen habe, daß diese Güter der Ziffer 1 der Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 entsprächen, und auf Grund der völkerrechtlichen Prinzipien und der Bestimmungen der japanischen Seeprisenordnung auf Einziehung derselben entschieden habe.

2. Nach den Prinzipien des Völkerrechts und den Bestimmungen

der japanischen Seeprisenordnung könne zur Strafe des Transports von Konterbandegütern dem Eigentümer solcher gehörige Nichtkonterbande eingezogen werden:

a) Wenn sie mit der Konterbande auf demselben Schiff sei;
 b) wenn sie nach demselben Bestimmungsort ginge, wie die Konterbande.

Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt seien, so sei die Frageob die Konterbande absolute sei oder nicht, belanglos. 19) Das Gericht erster Instanz habe daher auf Grund der oben angegebenen Tatsachen und Gründe zu Recht die Einziehung der, Konterbandeeigentümen gehörigen. Nichtkonterbande verfügt.

3. Eine große Menge derjenigen zur Verhandlung stehenden Gütrt, welche nach eigener Aussage von dem Reklamanten Täng Ming Chien zum Transport übernommen seien, sei unter anderen Namen als denen der Firmen Kai Ping Chiang und Shang Fa Vun, welche dem genannten Reklamanten gehörten, versandt worden. Wenm man annehme, daß nach den Gebräuchen in Shanghai Güter unter dem Namen des Frachtunternehmers versandt würden, so hätten die Güter, deren Transport Täng Ming Chien übernommen habe, alle in gleicher Weise versandt werden müssen. Da dem aber nicht so sei, so könne die Behauptung bezüglich der Gebräuche in Shanghai ust, keinen Glauben finden, und es sei billig, anzunehmen, daß die unter dem Namen Täng Ming Chien's Versandten Güter, deren Empfänger überdies "auf Order" laute, alle in Täng Ming Chien's Eigentum stünden.

4. Es gebe freilich völkerrechtliche Präcedenzen, wo Nichtkontebande, welche einem Konterbandeeigentümer gehöre, mit dieser zusammen eingezogen worden sei. Die Nichtkonterbande habe aber nicht wie die Konterbande, dadurch, daß sie nach dem Feinde befördert werde, einen besonderen Wert für die kriegerischen Operationen. Wenn sie trotzdem zusammen mit der Konterbande eingezogen werde, so si das lediglich eine Art der Bestrafung des Konterbandetransports. Deshalb bestehe der Grundsatz, daß für die Ausübung dieser Stafa sehr strenge Voraussetzungen vorhanden sein müßten. Um Nichtkonterbandegüter mit Konterbande zusammen einziehen zu können, sei folgendes erforderlich:

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup>) So § 43 der japanischen Seeprisenordnung. Anders art, 82 des englischen Manual of Naval Pritze Law: The penalty for carrying goods absolutely Contraband is, in general, the conflication of such Goods and also of any interest which the owner of such Goods may have in the rest of the Cargo,

 c) sie m

üßten denselben Bestimmungsort, d. h. denselben Ankunftsort haben, wie die Konterbandeg

üter.

Wenn man den Tatbestand des gegenwärtigen Falles prüfe, so gehörten die in Streit befangenen Nichtkonterbandegüter Eigentümern von Konterbande und seien auch mit dieser zusammen auf der "Hsi-Ping" verschift worden, so daß freilich zwei der oben beschriebenen Bedingungen erfüllt seien. Der Bestimmungs- oder Ankunfstort der beiden si dagegen durchaus verschieden. Die Nichtkonterbandegüter seien nach den neutralen Pätzen Tientsin und Chinwantao bestimmt. Der Bestimmungsort der Konterbande sei dagegen Niutschwang. Da die beiden also verschieden seien, so sei die dritte Voraussetzung nicht erfüllt. Das Gericht erster Instanz habe offensichtlich die Verschiedenheit der beiden Bestimmungsorte anerkannt, habe aber trotzdem die Nichtkonterbande, welche nach einem anderen Bestimmungs- oder Ankunftsort habe gehen sollen, wie die Konterbande, eingezogen.

Eine Prüfung der Frage, welche Präcedenz dabei zu Grunde gelegt sei, oder ob es einen derartigen Rechtssatz oder eine derartige Theorie gebe, welche befolgt werden müßten, ergebe folgendes. Es gebe freilich Präcedenzen für die Einziehung von Nichtkonterbandegütern auf Grund dessen, daß sie im selben Figentum stünden wie Konterbandegüter. Aber diese Präcedenzen nähmen als Bestimmungsort der Ladung den Bestimmungsort des Schiffes an. So gebe es für den Fall, daß ein nach feindlichem Gebiet bestimmtes Schiff Ladung an Bord habe, welche nach einem auf seinem Kurs liegenden neutralen Zwischenhafen bestimmt sei, eine Präcedenz (Peterhoff, 1866, Oberster Gerichtshof von Amerika), wo auf Einziehung der Nichtkonterbande zusammen mit der Konterbande erkannt worden sei. Diese stütze sich auf die Theorie (Handbuch des englischen Prisenrechts), daß als Bestimmung für solche Ladung nicht der wirkliche neutrale Bestimmungsort, sondern der Ankunftshafen des Schiffes, also feindliches Gebiet anzusehen sei. Von einer Präcedenz, welche, wie das Gericht erster Instanz es tue, Nichtkonterbandegüter einziehe, welche freilich mit der Konterbande auf demselben Schiff sei, bezüglich derer aber das Gericht anerkenne, daß ihr Bestimmungsort und der Bestimmungsort der Konterbande verschieden sei, habe man bis ietzt noch nichts gehört.

Jemand möchte wohl behaupten, in der japanischen Seeprisenordnung in) heiße es im § 43:

Kriegskonterbandegüter und die dem Eigentümer derselben gehörigen Güter werden eingezogen.

Der Fassung nach werde danach, ob der Bestimmungsort der Güter derselbe oder ein anderer sei, nicht gefragt. Danach müßten also Güter, wenn sie nur auf demselben Schiff verladen seien, eingezogen werden

können. Demgegenüber sei indes zu sagen, daß die Bestimmung dieses Paragraphen in Verbindung mit den Bestimmungen der §§ 13, 14 und 15 anzuwenden sei. In den §§ 13 und 14 sei aber bestimmt, welche Güter Konterbande seien und in welchen Fällen. Daher könnten nur Güter, welche unter diese beiden Artikel paßten, als Kriegskonterbande bezeichnet werden. Was ferner den Bestimmungsort von Gütern wie in \$\$ 13 und 14 angehe, so brauche, da im \$ 15 gesagt werde, daß in der Regel der Bestimmungsort eines Schiffes als der Bestimmungsort seiner Ladung gelten solle, der Bestimmungsort einer Ladung nicht unbedingt der des Schiffes zu sein. Es kämen Fälle vor, wo der Bestimmungsort eines Schiffes in Feindesland, der seiner Ladung außerhalb des feindlichen Gebiets liege. Güter, welche nach den §§ 13 und 14 Konterbande seien, brauchten demnach ihren Bestimmungsort nicht unbedingt im Feindesland zu haben. In einem Falle, wo der Bestimmungsort der Ladung außerhalb des feindlichen Gebiets liege, könne man, wenn auch das Schiff, auf dem sie verladen sei, nach feindlichem Gebiet bestimmt sei, die Ladung nicht als Konterbande im Sinne der 88 13 und 14 bezeichnen. Die Konterbandeeigenschaft von Gütern bestimme sich nach deren Art und den besonderen Verhältnissen ihres Bestimmungsorts. Wenn also die Verhältnisse des Schiffes, auf dem die Güter verladen seien, belanglos seien, so habe der § 43 offenbar den Sinn, daß nur solche Nichtkonterbandegüter zusammen mit Konterbande eingezogen werden könnten, welche nach demselben Bestimmungsort gingen. Wenn der Wortlaut des Paragraphen einen Unterschied nach den Bestimmungsorten nicht mache, so müsse das damit erklärt werden, daß der entsprechend dem § 15, wo es heiße, daß in der Regel der Bestimmungsort eines Schiffes als der Bestimmungsort seiner Ladung gelte, die hauptsächlich in Betracht kommende Anwendung auf den gewöhnlichen Fall im Auge habe, d. h. auf den Fall, wo Schiff und Ladung denselben Bestimmungsort hätten.

Kutz, es möge, wenn man wie das englische Prisenrecht den Bestimmungsort des Schiffes als den der Ladung ansehe, gerechtfertigt sein, auch diejenigen Nichtkonterbandegüter einzuziehen, welche in Wirklichkeit einen anderen Bestimmungsort hätten, wie die Kontterbandegüter. Doch könnten unter der Herrschaft der japanischen Seeprisenordnung, welche einen Bestimmungsort der Ladung außerhalb desjenigen Schiffes anerkenne, Nichtkonterbandegüter, die auf demselben Schiff mit Konterbande verladen seien, aber einen anderen Bestimmungsort wie diese hätten, nicht eingezogen werden.

Das Gericht erster Instanz habe, ohne daß Präcedenzen vorlägen, demanch in Verletzung des Sinnes unserer Seeprisenordnung mit der Begründung, daß sie demselben Eigentümer gehörten wie die nach Niutschwang bestimmten Konterbandegüter, auf Einziehung der in dem Verzeichnis für Tientsin und Chinwantao unter den Nummern 257 bis 293, 298 bis 363 aufgeführten Güter erkannt. Dies sei unzutreffend, und die Berufung sei begründet. Es werde daher Aufhebung des Urtelis in diesem Punkte und Freigabe der von der Reklamation betroffenen oben erwähnten Göter beantragt.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es ist von dem gegenwärtigen Völkerrecht anerkannt, daß Güter neutraler Staatsangehöriger, wenn sie Kriegskonterbande seien, die nach feindlichem Gebeit bestimmt ist, aufgebracht und eingezogen werden können; ebenso daß auch Nichtkonterbandegüter, wenn sie mit Konterbandegütern auf demselben Schiff verladen sind und dem Eigentümer der Konterbande gehören, zusammen mit dieser einzuziehen sind.

Es bedarf keiner Erörterung, daß Niutschwang zu dem chinesischen Hoheitsgebiet gehört und kein russisches Territorium ist. Der Kaiserliche Konsul Segawa in Niutschwang hat berichtet, daß

Rußland, seitdem es diesen Platz besetzt gehabt, dort eine Zivilvervaltungsbehörde eingerichtet und bis zum 25. Juli 1904 die Flagge eines Zivilverwaltungsamtes geführt habe. Dies habe mit dem Morgen jenes Tages plötzlich aufgehört und es sei wieder die Konsulatsflagge geheilt worden. Beim Eindringen unserer Truppen sei die französische Flagge aufgezogen worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Güter aufgebracht wurden, Niutschwang tatsächlich unter russischer Verwaltung stand, daß der Feind dort nicht nur viele Truppen liegen, sondern auch einen Haupletappenort eingerichtet hatte. Wenn daher Güter dorthin befördert wurden, so muß das ebenso angesehen werden, als ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt seien. Demnach müssen die zur Verhandlung stehenden Güter, wenn sie die Voraussetzungen von Konterbande erfüllen, eingezogen werden.

Blei ist unter dem Material für Flintenkugeln das wichtigste. Es ist daher selbstverständich, daß es Konterbande ist, gleichviel ob in Niutschwang ein Waftenarsenal besteht oder nicht. Wenn auch aus der Ein- und Austhretatisitis, welche das Beweisstück A 6 bildet, erschen werden kann, daß auch in den Jahren 1902 und 1903 die Einfahr von Blei bedeutend gewachsen ist, so liegt doch diese Zeit nach der Besetzung Niutschwang durch die Russen so, daß sich daraus nicht beweisen läßt, daß das Blei bei den gewöhnlichen Chinesen stark in Nachfrage stehe und daß es daher keine Konterbande sei.

Was ferner das Zink, die Kupfer- und Argentanplatten angeht, so können sie in ihrem gegenwärtigen Zustand zum Kriegsgebrauch dienen. Daher ist das Urteil erster Instanz deshalb, weil es sich über die Form

und Menge nicht ausgelassen und diese Güter für Konterbandegüter erklärt hat, nicht rechtswidrig.

Ebenso sind die Wagenreifen, Stücke von Eisenstähen, die allen Eisenbarren und das Bauholz Stoffe, welche ohne weiteres zum Krieggebrauch dienen können. Es bedarf keiner Erörterung, daß sie nicht, wie der Reklamant behauptet, mit Papier oder Ol auf eine Stufe gestellt werden können.

Die in dem Ladungsverzeichnis aufgeführten Lebensmittel und Getränke, wie Weizenmehl, Spiritusoen, Marmelade, Annans, Käse und andere, welche zur Einziehung verurteilt sind, stellen bei weitem in der Mehrzahl für Europäer oder Amerikaner geeigneten Bedarf dar. Ab die "His-Pinig" aufgebracht wurde, war Niutschwang noch von den russischen Truppen besetzt, und auch der Reklamant bestreitet es nicht, daß die Europäer und Amerikaner, welche dort ein friedreitigse Leben führten, zu der Zeit nur sehr wenige waren. Es kann daher durchaus nicht als unbillig bezeichnet werden, wenn man annimmt, daß die genannten Güter nach ihrer Landung in erster Linie zum Gebrauch der feindlichen Truppen geliefert worden wien.

Aus den Konnossementen ergibt sich, daß der größte Teil der Ladung im Eigentum der dem Täng Ming Chien gehörigen Firmen steht. Da auch ihre Menge sehr groß ist, so muß angenommen werden, daß sie in der Absicht, sie mit großem Verdienst den russischen Truppen zu liefern, versandt worden sind. Freilich sind über diesen Punkt die Beweisstücke A vorgelegt worden. Sie sind aber alle erst nach Entstehen dieser Prisensache und Verhandlung unter den Interessenten hergestellt und daher kaum galubwürdig.

Da es nicht an Beispielen dafür fehlt, daß auch Leute, die ein Handelsgeschäft haben und ihr Gewerbe ehrlich treiben, um großen Gewinn zu machen, Risiken übernehmen und unregelmäßige Transaktionen versuchen, muß dies zweifellos um so mehr von solchen Kaufleuten gelten, welche nur den einen Gedanken des Gewinns haben und sonst keinerlei Rücksichten kennen. Wenn man daher auch einmal annimmt, daß die ganze Ladung nicht dem Täng Ming Chien, sondern den anderen chinesischen Kaufleuten gehöre, welche seit Jahrzehnten in Niutschwang gewohnt und dort Handel mit den gleichen Waren betrieben haben, so steht das nach den obigen Ausführungen der Einziehung nicht im Weze.

Wenn der Reklamant behauptet, daß Reis viel mehr, als er von Europäern und Amerikanern gebraucht werde, das gewöhnliche Nahrungsmittel der Chinesen sei, so hat er in diesem einen Punkt nicht unrecht. Aber Reis ist trotzdem auch ein Verkaufsartikel der Amerikaner und Europäer, und es ist eine bekannte Tatsache, daß er in Ermangelung von Weizenmehl auf dem russisch-japanischen Kriegsschauptatz zur Verpflegung der Russen gedient hat. Daher ist es zutreffend, wenn das trittel erster Instanz den Reis als Konterbande angesehen hat. Was ferner die Frage, ob auch das zur Verhandlung stehende Silbergeld als Konterbande anzusehen ist oder nicht, so heißt es in einem Bericht des in Niutschwang ansässieger Kasterlichen Konsuls Sez gava. 4 aß

die russische Regierung beim Beginn des Baues der Mandschurischen Eisenbahn anfänglich alle Zahlungen in Gold geleistet habe. Ein oder zwei Jahre später habe sie daneben Papierrubel benutzt und den Chinesen gesagt, zwischen dem Metall und dem Papier sei kein Unterschied. Dann habe sie, um dem Papier Kredit zu verschaffen, nach und nach das Gold zurückgezogen und das Papier vermehrt. Im Jahre 1902 sei es dahin gekommen, daß man in der Mandschurei russisches Goldgeld nur sehr selten in Umlauf gesehen habe, Damals habe aber die russisch-chinesische Bank schon an verschiedenen wichtigen Punkten Niederlassungen errichtet. In diesen Banken sei das Papier zum Tageskurse gegen Silbergeld eingelöst worden und in der Mandschurei habe dabei ein Papierrubel einen Tauschkurs von 1 Dollar 30 Cents bis 1 Dollar 40 Cents Silbergeld gehabt. Als indessen seit Herbst 1903 die Gerüchte über einen Krieg zwischen lanan und Rußland in Blüte gestanden hätten, habe es unter den Chinesen geheißen, daß, wenn nach dem Ausbruch des Krieges die Russen einmal unterliegen würden, die russischen Papierrubel nicht mehr gewechselt werden könnten und nur noch den Wert von altem Papier haben würden. Von November oder Dezember dieses Jahres bis zum Ausbruch des Krieges im Februar 1904 sei der Wert des Papiergeldes oft bis auf 1 Dollar 10 Cents gefallen und nur dank den Bestrebungen der Niederlassungen der russisch-chinesischen Bank in den verschiedenen Orten, den Kredit des Papiergeldes aufrechtzuerhalten, sei es nicht dazu gekommen, daß ihr Umlauf ganz ins Stocken geraten sei. Als aber die Nachrichten von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Kaiping und Yinkow kamen, hätten die Chinesen, welche Papiergeld gehabt hätten, darin gewetteifert, dieses zu verkaufen. Der Rubel sei damals bis auf 70 oder 80 Cents gefallen. Aber da in Tientsin und Shanghai Papierrubel immer zum Tageskurse gegen Silbertaels gewechselt werden könnten, so hätten Geldwechsler in Yinkow, wenn das russische Papiergeld gefallen gewesen sei, dieses aufgekauft, nach Shanghai geschickt und dort mit ungeheuerem Gewinn wieder eingetauscht.

Nach diesem Bericht zu urteilen, erregte also der Rubelschein schon beim Beginn des russisch-japanischen Kriegs im Verkehr unter den Chinesen ganz alloemein Verdacht und Mißtrauen, und es zeigte sich die Tendenz, daß er schließlich gänzlich den Kredit verlieren würde. Als die Nachricht von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Yinkow gekommen war, traf freilich die russisch-chinesische Bank sorgfältige Maßnahmen, um das alte Verhältnis wieder herzustellen; es kam aber trotzdem zu einem großen Sturz. Als sodann immer mehr Nachrichten von dem weiteren Kampf und Sieg der japanischen Truppen kamen, war die Lage so, daß es sich auf keine Weise mehr vermeiden ließ, daß der Rubel unter den Chinesen ganz allgemein selne Kursfähigkeit verlieren würde. Es ist daher ganz klar, daß die Situation so war, daß die russischen Truppen zu der Zeit, wo das zur Verhandlung stehende Silbergeld befördert wurde, zur Requisition des Kriegsbedaris und zur Bezahlung der Kulis den Papierrubel nicht ohne weiteres verwenden konnten. Daher ist es offenbar, daß chinesisches Silbergeld zu jener Zeit für die russischen Truppen unentbehrlich geworden war.

Ferner besagt der Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls 1 juin in Tientsin über die russischen Papierrubelscheine:

Seit der Eröffnung des Krieges zwischen Japan und Rahand seien Zweifel unter vielen Chinesen über die Einlösbakeit der Rubelscheine aufgekommen. Man habe gefürchtet, daß sie Fälschungen seien und der Kredit sei beeinträchtigt worden. Auch unter den Russen und russischen Regierung-lieferanten seien nur sehr wenig Rubelscheine in Verkeit gewesen, wenn man auch nicht behaupten könne, daß se absolut keinen Umlauf gehabt hätten. Wenn die Banken in Tientsin sei nich El Hand bekommen hätten, so hätten sie sie nicht als Geld behandelt, sondern als eine Art Wertnapier.

Danach hat der Rubelschein, nachdem die russischen Truppen bei Nanshan und Tehlitze geschlagen worden waren, unter den Chinesen allgemein keinen Umlauf gehabt. Er war nur gelegentlich des Kurssturzes eine Art Handelsobjekt für Kaufleute, die großen Gewinn erzielen wollten. Daher hat der Rubelschein auch die Requisitionen der russischen Truppen und die Löhne der Kulls nicht zahlen können. Aus allem diesen geht klar hervor, daß die russischen Truppen chinesisches Geld nötig hatten.

Wenn es auch offenbar ist, daß trotz des japanisch-russischen Krieges die Hauptprodukte Niutschwangs, Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl verhandelt worden sind, so bestand daneben doch die Talsache, daß auf der anderen Seite Kauffeute in Benutzung der Gelegenhelt, daß die russischen Truppen chineisshes Umlaufszeid nöfür hatten. die vermehrten Rubekscheine billig von den russischen Truppen kaufen und dadurch großen Gewinn erzielen kontten. Daher stimmt die Behauptung des Reklamanten, daß das in Streit befangene Silbergeld, veil jener Warenhandel im Betrieb gewesen sei, auf keinen Fall dem Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, nicht mit den Tatschen überein. Vielmehr ist es natürlich, anzunehmen, daß zu einer solchen Zeit die geschäftlich scharfsinnigen chinesischen Kaufluette, vor allem die Bankunternehmer, anstelle ihrer gewöhnlichen Geschäfte lieber Rubeischeine billig von den Russen kaufen und, um einen außerordentlichen Profit zu erzielen, die Gefahr eines solchen Geldimports laufen värsten.

Das zur Verhandlung stehende Geld ist durch Vermittlung der Seetensportfirma Täng Ming Chien, welche eine volle Ladung von 
Kriegskonterbande heimlich nach Nittschwang zu befördern beabsichtigt 
hatte, und außerdem mit dieser Konterbande zugleich auf demselben 
Schilf verladen und befördert worden. Dazu ist sein Bestimmungsort 
ein russischer Etappenort und, wie oben dargetan, bedurften die russischen Truppen solchen Geldes. Daraus muß geschlossen werden, daß der 
Zweck der Einfuhr des Geldes wie der der übrigen Konterbandeladung 
des fraglichen Schiffes der gleiche gewesen ist, nämlich es zum Gebrauch 
der russischen Truppen zu liefern.

Die nach Tientsin und Chinwantao bestimmten Güter, welche, wie die Konnossemente zeigen, dem Täng Ming Chien zu beliebiger Behandlung überlassen waren, werden als ihm gehörig betrachtet.

In der Wissenschaft des gegenwärtigen Völkerrechts wird die Ansicht vertreten, daß bei einer Aufbringung von Kriegskonterbande auf demselben Schiff befindliche, dem Eigentümer der Konterbande gebörge Nichtkonterbandegüter, auch wenn ihr Landungsort von dem der Konterbande verschieden ist, eingezogen werden können. Das Oberprisengericht erachtet dieses als den Verhältnissen gerecht werdend. Denn da dies schließlich nichts anderes ist als eine Bestrafung des Eigentümers der Konterbande für den Versuch, dieselbe in Feindesland zu löschen, so liegt kein Grund vor, weshalb die Entscheidung je nach dem Landungsort der Nichtkonterbandegüter verschieden ausfallen sollte.

Tientsin und Chinwantao sind neutrales Gebiet, so daß die dorthin bestimmten, zur Verhandlung stehenden Güter freilich keine Konterbande sind. Da sie aber dem Täng Ming Chien, welcher Kriegskonterbande verladen und in Niuschwang zu löschen versucht hat, gehören, so müssen sie als Strafe für diese Handlung zusammen mit der Konterbande eingezogen werden.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

## (Unterschriften.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yü Po und Ching Po Saw, in Firma Yu Shing Yuen, aus der Provinz Canton, Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori, shichome Nr. 54.

In der Prisensache betreffend Ladung des englischen Dampfers "Hsi-Ping" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die unter der Ladung des Dampfers "Hsi-Ping" befindlichen, an die Firma Yu Shing Yuen versandten 20 Kisten mexikanische Dollar werden eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 20 Kisten mexikanische Dollar sind alle kleines chinesisches Silbergeld. Sie sind von der Transportfirma Kai Ping Chang in Shanghai, China, auf dem englischen Dampfer "Hsi-Ping" verladen und am 11. Juli 1904 an die Firma Yu Shing Yuen in Niustchwang, China, abgesandt worden. Als am 14. d. M., 8 Uhr vormittags, der Dampfer "Hsi-Ping" ungefähr 61/3 Seemeilen nördlich von der Insel Kaiming bei dem Shantung-Vorgebirge in China von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht wurde, weil er Kriegskonterbande führe, wurden auch die zur Verhandlung stehenden Gelder mit Beschlag beleg.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Kommandanten der "Hongkong Maru", In o u ye T o s hio, den Bericht des Marincoberleutnants K am u ra Y as u m as a über die Durchsuchung der "His-Ping", das Tagebuch, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns R. Mac Farlane, des I. Offiziers E. B. Hayes, der Kompradores Paw Meng Chiung und N. Wai Meng, des Passagiers Täng Ming Chien, durch die Konnossemente, das Ladungsverzeichnis und die Frachtbriefe.

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Die Reldamanten betrieben in Niutschwang ein Bankgeschäft. Sie hätten das zur Verhandlung stehende Geld von Shanghai kommen lasen wollen, weil zu der Zeit in Niutschwang die Handelsbeziehungen zu einem einseltigen Wechselverkehr geneigt hätten und weil die Zeit für den Einkauf von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnend gekommen gewesen, so daß Umlaufskapital vonnöten gewesen sei. Ferner sei der Kurs für Papiergeld und für kleines Silbergeld sehr ungleich gewesen, so daß die Reklamanten durch Einfuhr von Metallgeld einen Vorteil zu erzielen beabsichtigt gehabt hätten. Das zur Verhandlung stehende Geld sei nicht für die russische Armee oder Marine bestimmt gewesen und habe auch nicht für ihren Gebrauch geliefert werden sollen. Daher sei es keine Konterbande und müsse freigegeben werden.

Der Reklamant hat zum Beweis der vorstehenden Tatsachen verschiedene Beweisdokumente einzereicht.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehenden Gelder würden nach ihrer Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben. Sie seien daher Kriegskonterbande und müßten eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Lebensmittel oder Geld nach einem von den feindlichen Truppen besetzten Hafen versandt worden sind, so kann je nach den Umständen angenommen werden, daß sie zum Gebrauch dieser Truppen dienen würden.

Niutschwang war zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen bestet und diente als ein Hauptetappenort. Außerdem hatte das russische Papiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine sehr an Kredit verloren und es ist bekannt, daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld, wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld stark benötigt wurde, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es muß daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre.

Es wird demnach für Kriegskonterbande angesehen und weder die Anführungen des Vertreters der Reklamation noch die von ihm eingereichten 1) verschiedenen Beweisdokumente sind imstande, diese Annahme umzustoßen.

Es wird daher, wie in der Urteilsformel, entschieden. 2)

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yü Po und Shing Pu Saw, in Firma Yu Shing Yuen, aus der Provinz Canton. Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

ProzeBvertreter: Die Rechtsanwälte Takagi Toyozo, Tokio, Kojimachiku, Uchisaiwaicho ichome Nr. 3 und Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori, shichome Nr. 54.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache berteffend Ladung des Dampfers "Hsi-Pring", welcher am 14. Juli 1904 auf 37° 34° n.Br. und 122° 29° ö.L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, auf Einzichung der unter der Ladung des Dampfers "Hsi-Pring" befindliche, an die Firma Yu Shing Yuen versandten 20 Kisten mexikanische Dollar erkannt.

Gegen dieses Urteil haben die Reklamanten, die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yû Po und Ching Pu Saw in Ifrma Yu Shing Yuen durch die Rechtsanwälte Takagi Toyozo und Sakurai Ikkyu die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung der Prozeßvertreter Takagi Toyozo und Sakurai Ikkyu sind folgende:

Es werde Aufhebung des am 17. Dezember 1904 von dem Prisengericht in Sasebo abgegebenen Urteils auf Einziehung der auf dem englischen Dampfer "His-Ping" verschiften 20 Kisten mexikanische Dollar und Freigabe derselben beantragt und zwar aus folgenden Gründen".

1. Die Reklamanten hätten ein Bankgeschäft und betrieben daneben ein Engrosgeschäft für Ein- und Verkauf.

Bei der Äusfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl nach Shanghai liehen die Kaufleute von Niutschwang den Wechselbetrag für die Gülter dar, vereinnahmten in Shanghai den Wechselbetrag von dem Wechselschuldner und bewerkstelligten die Übersendung dieses Betrages entweder durch Ankauf eines in Niutschwang zahlbaren Wechsels oder in Form baren Geldes. Auch in Fällen, wo Waren von Niutschwang nach anderen Plätzen wie Shanghai ausgeführt würden und der Wechsel dargelichen werde, werde die Zahlung des Wechselbetrags bisweilen in Shanghai entgegengenommen. Denn da Shanghai das Zentrum des chineisschen Handels sei, so sei es auch der Mittelpunkt des Geldumlaufes. Auch in Fällen, wo die Reklamanten selber Bohnen und Bohnenkuchen nach Shanghai ausgführen, würde die Zahlung des Preises in Shanghai entgegengenommen; und auch in Fällen, wo die Ausfuhr nach anderen Plätzen wie Shanghai gehe, sei dies bisweilen der Fäll.

So sei das zur Verhandlung stehende Geld im Verlauf einer Transaktion von dem Angestellten der Reklamanten in Shanghai dort eingetommenes Geld, welches er bei einem Wechsler eingewechselt und
an das Hauptgeschäft in Niutschwang gesandt habe. Daß barces Silbergeld geschiekt worden sei, habe seinen Grund darin, daß gerade in
Niutschwang die Zeit für die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen usw.
gekommen gewesen sei. Denn da in der Regel die Ausfuhrfirmen
Zahlung für die Bohnen usw. in kleinem Silbergeld leisteten und die
Kunden des Bankdepartements der Reklamanten de Reklamanten um
Leistung in Silbergeld bäten, so hätten dieselben sich darauf vorbereiten
müssen. Dies sei einer der Gründe, weshalb das zur Verhandlung
stehend Geld in bar geschiekt worden sei.

Wenn in Niutschwang Silbergeld reichlich und der Kurs für in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai niedrig gewesen wäre, so wäre es allerdings nicht nötig gewesen, daß der Angestellte der Reklamanten extra Silbergeld hätte schicken sollen. In Niutschwang habe es aber an Silbergeld gefehlt und der Wechselkurs auf Niutschwang sei in Shanghai hoch gewesen, so daß selbst nach Zahlung der Fracht und Versicherung die Sendung von barem Geld immer noch geschäftlich vorteilhaft und außerdem notwendig gewesen sei. Das sei der zweite Grund, weshalb das zur Verhandlung stehende Geld in har übersandt worden sei. Die obigen Tatsachen gingen hervor aus den Beweisstäcken Nummer 2, 3, 5 bis 7 und 9 bis 11.

- 2. Daß der Angestellte der Reklamanten das zur Verhandlung sehende Silbergeld an das Hauptgeschäft in Niutschwang geschickt habe, sei, wie dargetan, eine für ein Bankgeschäft natürliche Maßnahme, die mit den russischen Truppen in keinerlei Beziehung stehe. Wenn man annehme, daß es zulässig sei, eine derartige reine Handelstranssktion für unerlaubt zu erklären und die auf der Reise befindlichen Güter einzuziehen, so bedeute das eine Hnziehung des Rechts, Gewerbe zu treiben. Von etwas dergleichen, wie insbesondere auch davon, daß neutralen Staatsangehörigen das Recht auf ihr gewöhnliches Gewerbe in ihrem eigenen Lande entzogen werden könne, habe man bislang in der Praxis und der Wissenschaft des Kriegsvölkerrechts noch niemals texas gehört.
- 3. Der Dampfer "Hsi-Ping" habe seine Absieht, nach Niutschwang und anderen Häfen zu gehen, in Shanghai-Zeitungen bekannt gemacht, und der englische Konsul habe die Abreise des Dampfers zwecks \(\tilde{O}\) tütter \(\tau\) tangbar der englische Konsul habe die Abreise des Dampfers zwecks \(\tilde{O}\) tütter \(\tau\) tangbar das Zollamt in Shanghai habe die öffentlich nach Niutschwang gehende Ladung passieren lassen. Daher habe der Angestellte der Reklamanten ohne weitere \(\text{Uberlegung ganz unbefangen dem Sehiffe das zur Verhandlung stehende Silbergeld zur Bef\(\text{G}\) tengther ubergeben. Denmach sei die Beschlagen \(\text{S}\) tengther der Silbergeld zur \(\text{G}\) tengther der Silbergeld zur \(\text{G}\).

nahme, von der Einziehung nicht zu reden, im höchsten Grade unerwartet gekommen.

Wenn man das Geld wirklich heimlich habe absenden wollen, um es zum Gebrauch der russischen Truppen dienen zu lassen, so hätte man ein so öffentliches Transportverfahren nicht wählen sollen. Daß man doch ein solches Verfahren eingeschlagen habe, liefere reichlichen Grund für die Vermutung, daß böser Glaube dabei nicht vorgelegen habe.

In dem Urteil erster Instanz werde zur Begründung folgendes gesagt:

Niutschwang sei zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen und habe als ein Hauptetappenort gedient. Außerdem habe das russische Papiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Maines sehr an Kredit verloren, und es sei bekannt, daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, benötigt worden sei, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es müsse daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre.

Daraufhin aber, daß Niutschwang ein Hauptetappenort der russischen Truppen sei, annehmen zu wollen, daß alle dorthin ausgeführten Güter zum Gebrauch der Truppen geliefert würden, sei unbillig streng und widerlaufe auch den Tatsachen. Daß, wenn auch Niutschwang zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen sei, deshalb der Handel Niutschwangs nicht in Stillstand geraten, sondern tatsächlich ausgeübt worden sei, könne man aus den das Beweisstück Nr. 15 bildenden telegraphischen Mitteilungen der Niutschwang-Filiale der offenen Handelsgesellschaft Mit su i Bu sa n über die Handelsge in Niutschwang bis zum Juli des vorigen Jahres entenhemen. Wenn später die chinesische Zollstatistik für das Jahr 1904 erscheinen werde, so würden sich diese Tatsachen bestätigen.

Selbst angenommen, die russischen Truppen hätten Geld wie das zur Verhandlung stehende nötig gehabt, so sei es doch unsinnig, ohne zu fragen, wem es gehöre, anzunehmen, daß es unbedingt an die Truppen geliefert worden wäre. Auch sprächen die Tatsachen nicht dafür. Vielmehr müsse grundsätzlich angenommen werden, daß, wenn die Reklamanten, welche ein Bankgeschäft hätten, Geld, wie es zum Betriebe dieses Gewerbes erforderlich sei, von Shanghai, woher sie ihre Kapitalien geliefert bekämen, nach Niutschwang, dem Sitz ihres Geschäfts befördern ließen, dieses Geld im Betriebe des Bankgeschäfts der Reklamanten zur Verwendung kommen solle. Wenn man diese

natürliche Vermutung umstürzen wolle, so bedürfe es dazu unter allen Umständen sicherer Gründe und Beweise. Wenn daher das Urteil erster Instanz auf die verzeichneten vagen Gründe hin eine Annahme aufgestellt habe, welche dieser natürlichen Vermutung widersprecke, so sei das auch vom Standpunkt des Beweisrechts unzutreffend.

5. Silbergeld sei sogenannte bedingungsweise Konterbande. Da se demnach nur in den beiden Fällen: (1) daße sig find ei feindliche Armee oder Marine bestimmt sei; (2) daß es nach feindlichem Oebiet bestimmt sei und angenommen werden müsse, daß es zum Oebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würde, Kriegskonterbande sei, 9 so sei es nötig, für die Behauptung, daß es Konterbande sei, Beweise beizuhöringen, welche dartäten, daß es für die feindliche Armee oder Marine bestimmt gewesen sei, oder daß es zu ihrem Gebrauch habe geliefert werden sollen.

Wenn man also bei der Annahme, daß Konterbande nach dem Fall "(2)" vorliege, einfach so folgere, daß die Güter, weil sie nach einem von feindlichen Truppen besetzten Ort gesandt würden, auch zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden würden, so schließe man aus dem Vorhandensein der ersten der beiden Bedingungen, welche dieser Fall erfordere, ohne weiteres auf das Vorhandensein auch der zweiten Bedingung. Das sei im Erfolg dasselbe, als wenn die zweite Bedingung überflüssigerweise geschrieben sei, und laufe darauf hinaus, daß die bedingte Kriegskonterbande des Falles "(2)" keinen Unterschied von der absoluten Konterbande aufweise, so daß der Sinn, welcher der Unterscheidung dieser beiden zu Grunde liege, völlig zunichte gemacht werde.

Man werde aber vielleicht behaupten, die Orundlage, auf welche hin das Gericht erster Instanz das zur Verhandlung stehende Geld als Konterbande angesehen habe, beschränke sich nicht nur darauf, daß das Geld nach einem vom Feinde besetzten Platz bestimmt sei, sondern es sei auch die weitere Begründung beigefügt, daß die feinleiche Armee oder Marine es benutzen werde. Demgegenüber sei aber folgendes zu bemerken: Jedermann könne in allen Umständen Geld gebrauchen, und die Verwendbarkeit desselben beschränke sich nicht auf die russische Armee und Marine. Wenn demnach dafür, daß nur die russische Armee und Marine das zur Verhandlung stehende Geld gebrauchen werde, keine besonderen Orlinde vorlägen, so gebe die oben genannte weitere Begründung des Urteils der ersten Instanz auf die Frage, inwiefern die Annahme berechtigt sei, daß das zur Verhandlung stehende Geld bei den russischen Truppen zur Verwendung kommen werde, die Antwort, man müsse annehmen, daß es bei den

russischen Truppen zur Verwendung gekommen sein würde, weil diese es zu verwenden genötigt gewesen seien. Das sei Beantwortung einer Frage mit derselben Frage.

Obwohl den Reklamanten die Beweislast nicht obliege, nätten sei ihre Behauptungen, daß das zur Verhandlung stehende Geld weder an die russischen Truppen bestimmt noch zu ihrem Gebrauch zu liefen gewesen, daß es vielmehr zur Deckung des Bedarfs in dem Bankgeschäft der Reklamanten versandt worden sei, mit verschiedenen beweiskräftigen Tatsachen und Gründen belegt. Der Staatsanwalt habe, ohne dagegen einen einzigen Gegenbeweis vorzubringen, diese Erklärung der Reklamanten verworfen, und die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, welches der Ansicht des Staatsanwalts beipflichte, sei daher auch vom Standpunkt der Beweisführung rechtswidrig.

6. Es sei freilich nicht zu leugnen, daß Niutschwang nicht nur zur Zeit der Aufbringung, sondern schon seit der Zeit vor dem japanischrussischen Krieg unter russischer Gewalt gestanden habe. Aber man müsse dieses besetzte Gebiet nicht einem gewöhnlichen Okkupationsgebiet gleichstellen, denn Niutschwang sei ein dem Handel der Mächte offen stehender Hafen und kein Kriegs- oder Blockadehafen. Es könne nicht mit nur während des Krieges besetzten Gebieten, wie zum Beispiel der Song To Bucht, der Taubenbucht und der Sho Ping Insel bei Port Arthur auf eine Stufe gestellt werden. Wenn relative Konterbandegüter, d. h. Güter, wie sie im § 14 der Seeprisenordnung 4) aufgestellt seien, nach der Song To Bucht usw. bestimmt wären, so werde jedermann dem zustimmen, wenn man annehme, daß sie direkt für die russischen Truppen bestimmt seien und daher als Kriegskonterbande eingezogen werden müßten. Wenn man aber einen solchen Fall und den Fall, wo die Güter nach Niutschwang bestimmt seien, gleichstelle, so entspreche das nicht dem wahren Sinne der japanischen Seeprisenordnung und des Völkerrechts über die Behandlung neutralen Gutes. Besonders seien auch die zur Verhandlung stehenden Silbermünzen courantes Geld, wie es unter den Chinesen und den in- und ausländischen Kaufleuten Kurs habe. Von anderen Konterbandegütern, wie Lebensmitteln und dergleichen, sei es weit verschieden, und es lägen Gründe vor, wonach man nicht auf Gebrauch seitens der Truppen schließen müsse. Beispielsweise sei zwischen Lebensmitteln, welche zum Gebrauch für die Russen, und solchen, welche zum Gebrauch für die Chinesen dienen sollten, ein großer Unterschied, so daß man, wenn Lebensmittel, welche für Russen geeignet seien, in großer Menge nach Niutschwang bestimmt würden, diese wohl als Konterbande anschen könne. Geld sei aber nicht nur bei Truppen verwendbar, und da auch die Menge des hier versandten Geldes im Handel mit den großen

Mengen Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl keinen Überschuß lassen würde, so könne man es nicht mit Lebensmitteln vergleichen und als Truppenbedarf ansehen.

7. Niutschwang sei ein Handelshafen. Daher müsse man einen Fall von bedingter Kriegskonterbande wie Geld besonders sorgfällig iberlegen. Daher werde besonders die rechtliche Auffassung der Stellung Niutschwangs der Beachtung empfohlen, welche mit der diplomatischen Frage über den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenol eng verknüpft sei. Dieselbe sei folgende: Die Verhandlungen, betreffend die Frage ob die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen usw. aus Niutschwang verboten werden solle, hätten zu dem Resultat geführt, daß die Ausfuhr gestattet sein solle, wenn garantiert werde, daß die Güter nicht beim Militär zur Verwendung kommen würden. Dieses sei der Kaiserlichen Regierung mittels Berichts des in China akkrediterten Gesandten vom 18. April 1904 mitgeteilt worden, und Japan habe diese Tatsache, daß die Bohnen, Bohnenkuchen usw. nach japanischen Häfen ausseführt werden würden, mit Freuden begräßt.

Wenn daher auch Niutschwang von den russischen Truppen besetzt gewesen sei, so sei es doch ein diplomatisches Faltum, daß der
Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen usw. von Japan, Rußland, China
und anderen neutralen Staaten gutgeheißen sei; und darin liege ein
wichtiger Grund, weshalb die vorliegende Sache nicht allein darauftlin,
daß Rußland Niutschwang besetzt habe, entschieden werden sonne.
Denn wenn die Mächte so den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen
usw. übereinstimmend gestattet hätten, so falle auch das Resultat dieses
Handes, nämlich, daß die Kauffeute den Preis für die verkauften Waren
in Empfang nähmen, in den Bereich dieses übereinstimmend gestatteten
Handes. Demnach könne das Silbergeld, welches als Preis für die
Bohnen, Bohnenkuchen usw. eingenommen sei, vorausgesetzt, daß es
nicht an die russischen Truppen gehe, nicht eingezogen werden.

Daß aber das zur Verhandlung stehende Geld der Kaufpreis für rihlere Bohnen, Bohnenkuchen usw.; sowie Kapital für den auch in Zukunft erlaubten Einkauf derselben; und daß es kleines Geld sei, wie es für solche Einkäufe nötig sei; kurz, daß es in jeder Beziehung im Rahmen harmlosen Handelsverkehrs stehe, alles dies gehe aus den eingereichten Beweisen klar hervor.

Da die Absicht des Völkerrechts und der Seeprisenordnung dahin gehe, die Rechte neutraler Staatsangehöriger zu achten, so werde um äußerste Unparteilichkeit bei Beurteilung der zum Beweise ungefälschter Tatsachen eingereichten Beweisdokumente gebeten.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro sind folgende:

1. Zur Einziehung von Gütern auf Grund der Annahme, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würden und daher Konterbande seien, sei es nicht unbedingt erforderlich darzulegen, daß diese Annahme sich auf Beweise gründe. Im Falle, daß nach der Art der Güter, den Verhältnissen des Einfuhrorts und anderen Umständen angenommen werden könnte, daß die Güter zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würden, habe das Prisengericht nach freier Überzeugung zu befinden.

Das zur Verhandlung stehende Geld sei in China geprägt und habe in Niutschwang sowie auch in den verschiedenen Gegenden der Mandschurci Kurs. Es sei alles eine und dieselbe Art kleinen Silbergeldes, wie es zum Lohn für Tagelöhner sowie zum Einkauf der zum Haus- und persönlichen Gebrauch dienenden Gegenstände am geeignetsten, zur Zahlung bei großen geschäftlichen Transaktionen jedoch am allerungeeignetsten sei. Es sei bequem für kleine, aber äußerst unbequem für große Zahlungen.

Zur Zeit, als das Geld in Niutschwang habe eingeführt werden sollen, sei, wie das Urteil erster Instanz sage, Niutschwang von den russischen Truppen besetzt gewesen und die in Port Arthur und den verschiedenen Teilen der Mandschurei liegenden russischen Armee- und Marinetruppen seien von diesem Platz als Bezugsort für ihren Kriegsbedarf abhängig gewesen, und die meisten Lebensmittel und sonstigen Gegenstände, die der Feind nötig gehabt habe, seien von dort geliefert worden. Da aber infolge der andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine das Kriegspapiergeld, welches in Niutschwang und auch in verschiedenen Teilen der Mandschurei Kurs gehabt habe. sehr im Kredit gesunken sei, so seien bei der Zahlung der Preise für requirierte Gegenstände und der Löhne für Menschen- und Pferdearbeit, d. h. also bei den kleinen Zahlungen, plötzlich Schwierigkeiten entstanden. Daher seien Klagen über das Bedürfnis nach kleinem Hartgeld, insbesondere Geld wie dem zur Verhandlung stehenden, laut geworden, und man sei auch bezüglich dieses auf Niutschwang als Lieferungsort angewiesen gewesen.

Die Reklamanten häften daraufhin unter Erleidung von allerhand Schwierigkeiten und unter großem Risiko die Kommission und Versicherung gezahlt und viele Tausend Yen weit von Shanghai nach Niutschwang einführen wollen. Die Frage, wie das Bedürfnis hierfür entstanden sei, beantworteten sie damit:

> es sei die Folge einseitigen Wechselverkehrs; ferner diene das Geld als Kapital zum Einkauf der von Niutschwang nach Shanghai ausgeführten Bohnen, Bohnenkuchen und des Bohnenöls, auch sei der Wertunterschied zwischen Süber und Papier so groß geworden, daß der Kurs für Silber

den für Papier bis um 20 und 30 Prozent überstiegen habe, und es einträglich gewesen sei, bares Silbergeld von Shanghai kommen zu lassen.

Niutschwang sei aber seit langer Zeit von den Russen okkupiert gewesen, und die von dort zur Ausfuhr gelangenden Bohnen, Bohnenkuchen usw. seien von ihnen entweder als Nahrungsmittel oder Brennmittel requiriert worden. Auch sei, um den Gegner in Verlegenheit zu bringen, die Ausfuhr derselben streng verboten worden, so daß eine Ausfuhr der Hauptexportartikel; Bohnen, Bohnenkuchen usw. nach Shanghai fast gar nicht stattgefunden habe.

Dagegen seien die Kriegsbedürfnisse der russischen Truppen in der Gegend von Niutschwang immer größer geworden und neben der gewöhnlichen Einfuhr sei die Einfuhr von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen sehr gewachsen, so daß Ein- und Ausfuhr völlig aus dem Gleichgewicht gekommen und demzufolge natürlich in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai zahlreich, und in Shanghai zahlbare Wechsel gering geworden seien. So seien in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai leicht und billig käuflich gewesen. Wenn daher die Reklamanten in ihrem Geschäftsbetrieb in Shanghai vereinnahmte Gelder nach Niutschwang zu schicken gehabt hätten, so hätten sie, anstatt das Risiko und die Kommission und die sonstigen Kosten bei Übersendung von barem Geld zu tragen, lieber mit dem Gelde in Niutschwang zahlbare Wechsel kaufen sollen, bei deren Übersendung sie zugleich Bequemlichkeit und Vorteil gehabt haben würden. Daß ein in Geschäften scharfsinniger chinesischer Kaufmann, besonders Bankfirmeninhaber, wie die Reklamanten es seien, ein bequemes und vorteilhaftes Verfahren außer Acht lassen und ein unbequemes und unvorteilhaftes Verfahren wählen und vorsätzlich Schaden und Risiko aufsuchen solle, sei kaum glaublich,

Zudem sei, wie oben dargetan, die Ausfuhr der Hauptexportartikel Bohnen, Bohnenkuchen usw. fast gänzlich ins Stocken geraten, so daß ein Bedürfnis, Kapital zum Einkauf bereit zu halten, nicht vorgelegen haber.

Daß ferner zwischen Silber und Papier in der Gegend von Niuschwang eine so außerordentlich große Wertdifferenz bestanden habe, so daß eine Übersendung von barem Gelde von Vorteil gewesen wäre, sei nur eine mündliche Behauptung der Reklamanten, welcher man mangels anderer Grundlagen sehwer Glauben schenken könne.

So könne man, wie dargetan, welchen Punkt der Reklamanten man auch erwägen möge, aus keinem derselben ein Bedürfnis für die Sendung des baren Geldes entnehmen.

Dagegen hätten die russischen Truppen zur Deckung ihres Kriegsbedarfs chinesisches Geld und insbesondere kleine Münze, wie die zur Verhandlung stehende, dringend nötig gehabt. Wenn daher die Reklamanten, ohne Bedürfnis für ihr Geschäft, mit großer Mühe, veschiedene Tausend Ven kleines Geld gesammelt, vorsätzlich die Gefahr des Transports getragen, Kommission, Versicherungsprämie und Fracht bezählt hätten, um dieses Geld nach Niutschwang zu schaffen, so se es ohne viel Worte offenbar, daß sie darin dem plötzlichen Bedürfnis der russischen Truppen hätten nachkommen wollen.

Selbst einmal zugegeben, das Geld habe nicht besonders eingeführt werden sollen, um dem plötzlichen Bedarf der russischen Truppen zu entsprechen, so müsse man doch vermuten, daß es, wenn es nach Niutschwang gekommen wäre, jedenfalls zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben wärde. Daher sei es zutreffend, daß das Urteil erster Instanz auf Grund dieser Tatsschen unter Berücksichtigung der damaligen Umstände angenommen habe, daß das zur Verhandlung stehende Geld sofort nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würde, und die Berufung der Reklamanten sei unbegründet.

2. Die Reklamanten behaupteten:

Neben der Notwendigkeit des zur Verhandlung stehenden Geldes für die russischem Truppen in Niutschwang habe es aber auch an Bedürfnis für dasselbe im Handelsbetriebe Niutschwangs nicht gefehlt. Es sei aber unbillig, dies sonstige Bedürfnis gar nicht zu berücksichtigen und, weil die russischen Truppen Geld bedurft hätten, zu entscheiden, daß es ihnen gellefert worden wäre.

Das Urteil erster Instanz habe aber nicht lediglich daraufhin, daß die russischen Truppen das zur Verhandlung stehende Geld nößig gehabt hätten, so entschieden. Nach den Verhältnissen Niutschwangs zur Zeit der Einfuhr; nach der Tatsache, daß eine Notwendigkeit, bares Geld zu senden, nicht vorgetegen habe; und nach verschiedenen sonstigen Tatsachen sei es schwer anzunehmen, daß die Reklamanten, wie sie behaupten, das zur Verhandlung stehende Geld, weil es in ihrem Handelsbetrieb benößigt worden sei, eingeführt hätten. Dagegen hätten die russischen Truppen in ihrem Geldbedarf Mangel gelitten. Aus diesen Gründen habe das Urteil erster Instanz geschlossen, daß das Geld nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch für die russischen Truppen geliefert worden wäre. Es habe also nicht, ohne das damalige Bedürfnis in Handelskreisen zu berücksichtigen, in willkärlichter Weise lediglich daraufhin, daß die russischen Truppen Geld nößig gehabt hätten, entschieden, daß es zu ihrem Gebrauch dienen würde.

Nach dem Ausgeführten seien die Behauptungen der Reklamanten alle unbegründet und das Urteil erster Instanz zutreffend. Daher sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es bedarf keiner Erörterung, daß Niutschwang zu dem chinesischen Hoheitsgebiet gehört und kein russisches Territorium ist. Der Kaiserliche Konsul in Niutschwang, Segawa, hat aber berichtet, daß

Rußland, seitdem es diesen Platz besetzt gehabt, dort eine Zivilverwaltungsbehörde eingerichtet und bis zum 25. Juli 1904 die Flagge eines Zivilverwaltungsamts geführt habe. Dies habe mit dem Morgen jenes Tages plötzlich aufgehört, und es sei wieder die Konsulastflagge geheilt worden. Beim Eindringen unserer Truppen sei die französische Flagge aufgezogen worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Gelder aufgebracht wurden, Niutschwang tatsächlich unter russischer Verwaltung stand. Der Feind hatte dort nicht nur viele Truppen legen, sondern auch einen Hauptetappenort eingerichtet. Wenn daher führt dorthin befördert werden, so muß das ebenso angesehen werden, als ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt seine. 9) Da es demnach offenbar ist, daß die Tatumstände zu der Annahme berechtigen, daß auch das zur Verhandlung stehende, von den Reklamanten für die Einfuhr nach Niutschwang bestimmte Silbergeld zum Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, so muß man sagen, daß es die Voraussetzungen, die es zur Konterbande machen, erfüllt. 9

In einem Bericht des oben genannten Kaiserlichen Konsuls heißt es, daß

die russische Regierung beim Beginn des Baues der mandschurischen Eisenbahn anfänglich alle Zahlungen in Gold geleistet habe. Ein oder zwei Jahre später habe sie daneben Papierrubel benutzt und den Chinesen gesagt, zwischen dem Metall und dem Papier sei kein Unterschied. Dann liabe sie, um dem Papier Kredit zu verschaffen, nach und nach das Gold zurückgezogen und das Papier vermehrt. Im Jahre 1902 sei es dahin gekommen, daß man in der Mandschurei russisches Goldgeld nur sehr selten in Umlauf gesehen habe. Damals habe aber die russisch-chinesische Bank schon an verschiedenen wichtigen Plätzen Niederlassungen errichtet. In diesen Banken sei das Papier zum Tageskurse gegen Silbergeld eingelöst worden und in der Mandschurei habe dabei ein Papierrubel einen Tauschkurs von 1 Dollar 30 Cents bis 1 Dollar 40 Cents Silbergeld gehabt. Als indessen seit Herbst 1903 die Gerüchte über einen Krieg zwischen Japan und Rußland in Blüte gestanden hätten, habe es unter den Chinesen geheißen, daß, wenn nach dem Ausbruch des

<sup>&</sup>quot;) V. § 5. — ") II, Ziffer 2.

Krieges die Russen einmal unterliegen würden, die russischen Papierrubel nicht mehr gewechselt werden könnten und nur noch den Wert von altem Papier haben würden. Von November oder Dezember dieses Jahres bis zum Ausbruch des Krieges im Februar 1904 habe der Umlauf des Papiergeldes eine starke Abnahme erfahren, und dasselbe sei von 1 Dollar 30-40 Cents häufig auf 1 Dollar 10 Cents gefallen, und nur, dank den Bestrebungen der Niederlassungen der russsich-chinesischen Bank in den verschiedenen Orten den Kredit des Papiergeldes aufrecht zu erhalten, sei es nicht dazu gekommen, daß sein Umlauf ganz ins Stocken geraten sei. Als aber die Nachrichten von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Kaining und Yingkow kamen. hätten die Chinesen, welche Papierrubel gehabt hätten, darin gewetteifert, diese zu verkaufen. Der Rubel sei Jamals bis auf 70 oder 80 Cents gefallen. Aber da in Tientsin und Shanghai Papierrubel immer zum Tageskurse gegen Silbertaels gewechselt werden könnten, so hätten Geldwechsler in Yingkow, wenn das russische Papiergeld gefallen gewesen sei, dieses aufgekauft, nach Shanghai geschickt und mit ungeheurem Gewinn wieder eingetauscht.

Nach diesem Bericht zu urteilen, erregte also der Papierrubel schon beim Beginn des japanisch-russischen Krieges im Verkehr unter den Chinesen ganz allgemein Verdacht und Mißtrauen, und es zeigte sich die Tendenz, daß er schließlich gänzlich den Kredit verlieren würde. Als die Nachricht von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Yingkow gekommen war, traf freilich die russischchinesische Bank sorgfältige Maßnahmen, um das alte Verhältnis wiederherzustellen; es kam aber trotzdem zu einem großen Sturz. Als sodann immer mehr Nachrichten von dem weiteren Kampf und Sieg der japanischen Truppen kamen, war die Lage so, daß es sich auf keine Weise mehr vermeiden ließ, daß der Rubel unter den Chinesen ganz allgemein seinen Kurs verlieren würde. Es ist daher ganz klar, daß die Situation so war, daß die russischen Truppen zu der Zeit, wo das zur Verhandlung stehende Silbergeld befördert wurde, zur Requisition des Kriegsbedarfs und zur Bezahlung der Kulis den Papierrubel nicht ohne weiteres verwenden konnten. Daher ist es offenbar, daß chinesisches Silbergeld zu jener Zeit für die russischen Truppen unentbehrlich geworden war.

Ferner besagt der Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls I juin in Tientsin über die russischen Papierrubelscheine:

Mit der Eröffnung des Krieges zwischen Japan und Rußland seien unter vielen Chinesen Zweifel über die Einlösbarkeit der Rubelscheine aufgekommen. Man habe gefürchte, daß eie Fälschungen seien, und der Kredit sei beeinträchtigt worden. Auch unter den Russen und unter den russischen Regierungslieferanten seien nur sehr wenig Rubelscheine in Verkehr gewesen, wenn man auch nicht behaupten könne, daß sie absolut keinen Umlauf gehabt hätten. Wenn die Banken in Tientsin sei nie Hand bekommen hätten, so hätten sie sie nicht als Geld behandelt, sondern als eine Art Wertnanier.

Danach hat der Rubelschein, nachdem die russischen Truppen bein standen und Tehlitze geschlägen worden waren, unter den Chinesen allgemein keinen Umlauf gehabt. Er war nur gelegentlich des Kurssturzes eine Art Handelsobjekt für Kaufleute, die großen Gewinn erzielen wollten. Daher hat der Rubelschein auch die Requisition der russischen Truppen und die Löhne der Kulls nicht zahlen können. Aus allem diesen geht klar hervor, daß die russischen Truppen chinesisches Gleld nötir hatten.

Wenn es auch offenbar ist, daß trotz des japanisch-russischen Krieges die Hauptprodukte Niutschwangs, Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenől, wie auch die Reklamanten behaupten, verhandelt worden sind, so bestand daneben doch die Tatsache, daß auf der anderen Seite Kaufleute in Benutzung der Gelegenheit, daß die russischen Truppen chinesisches Umlaufsgeld nötig hatten, die vermehrten Rubelscheine billig von den russischen Truppen kaufen und dadurch großen Gewinn erzielen konnten. Daher stimmt die Behauptung der Reklamanten, daß das in Streit befangene Silbergeld, weil jener Warenhandel in Betrieb gewesen sei, auf keinen Fall dem Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, nicht mit den Tatsachen überein. Vielmehr ist es natürlich, anzunehmen, daß zu einer solchen Zeit die geschäftlich scharfsinnigen chinesischen Kaufleute, vor allem die Bankunternehmer, anstelle ihrer gewöhnlichen Geschäfte lieber Rubelscheine billig von den Russen kaufen und, um einen außerordentlichen Profit zu erzielen, die Gefahr eines solchen Geldimports laufen würden. Das zur Verhandlung stehende Geid ist durch Vermittlung der Seetransportfirma Täng Ming Chien, welche eine volle Ladung von Kriegskonterbande heimlich nach Niutschwang zu befördern beabsichtigt hatte, und außerdem zugleich mit dieser Konterbande auf demselben Schiff verladen und befördert worden. Dazu ist sein Bestimmungsort ein russischer Etappenort und, wie oben dargetan, bedurften die russischen Truppen solchen Geldes. Daraus muß geschlossen werden, daß der Zweck der Einfuhr des Geldes der gleiche gewesen ist wie der der Einfuhr der übrigen Konterbandeladung, nämlich Lieferung zum Gebrauch der russischen Truppen. Demnach ist es durchaus zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz die Einziehung des Geldes ausgesprochen hat

Da Personen, welche Schleichimport treiben, immer genötigt sind, mit allen Mitteln den Verdacht abzulenken und die Spuren zu verheimlichen, so kann die Tatsache, daß man in Shanghai beim Zollsmit öffentlich die Ausfuhrformalitäten erfüllt hat, nicht als ein Beweis erachtet werden, welcher geeignet ist, der obigen Annahme entgegnzustehen.

Wenn man die von den Reklamanten angeführten Beweise betrachtet, so können sie lediglich zu der Vermutung führen, daß in jedem Jahre Fälle von Einfuhr kleinen Silbergeldes nach Nituschwang vorkommen. Für die Behauptung aber, daß, obgleich eine Gelegenheit, großen Gewinn zu erzielen, vorhanden war, diese Gelegenheit nicht berücksichtigt worden sei und das Geld für die alljährlich wiederkehrenden Handelszwecke dienen sollte, ist keinerlei Beweis erbracht worden.

Die Reklamanten behaupten, daß es nicht zu bestreiten sei, daß die Verwendung von Silbergeld sich nicht auf die russische Armee und Marine beschränke, sondern daß es allgemein im Verkehr unter den Chinesen verwendbar sei. Was indes das von den Reklamanten einzuführen beabsichtigte Silbergeld angeht, so ist aus den Tal-umständen die Annahme, daß dasselbe zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würde, offenbar gerechtfertigt. Dasselbe kann daher, gerade wie auf Grund derselben Tatumstände der gleichen Annahme bei Lebensmitteln wie Reis und Weizenmehl nichts im Wegesteht, als Konterbande angesehen werden.

Da ferner der Grund dafür, daß Lebensmittel, Geld usw., wenn sie nach feindlichem Gebiet gehen und zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollen, als Konterbande gelten, der ist, daß man dagegen ist, daß solche Güter im Ende die Kriegsfahigkeit des Feindes untersfützen, so ist die Frage, ob ihr Bestimmungsort ein Kriegshäfen oder Blockadehafen ist, für die Entscheidung, ob ein Konterbandetransport vorliegt oder nicht, nicht von wesentlichen Bedeutung. Wenn der Bestimmungsort ein Kriegshafen oder Blockadehafen ist, so liefert das nur einen Umstand, welcher die Vermutung, daß die dorthin bestimmten Güter Konterbande sind, erleichtert. Daher ist auch dieser Punkt der Berufung nicht anzuerkennen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yü Po und Ching Pu Saw, in Firma Yu Shang Chang, aus der Provinz Canton, Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sakurai Ikkyu; Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori, shichome Nr. 54.

In der Prisensache betreffend Ladung des englischen Dampfers "Hsi-Ping" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die unter der Ladung des Dampfers "Hsi-Ping" befindlichen, an die Firma Yu Shang Chang versandten 17 Kisten mit kleinem silbergeld werden eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 17 Kisten kleines Silbergeld sind von der Transportfirma Shang Fa V un in Shanghai, China, auf dem englischen Dampfer "Hsi-Ping" verladen und am 11. Juli 1904 an die Firma V u Shang Chang in Niutschwang, China, abgesandt worden. Als am 14. d. M., 8 Uhr vormittags, der Dampfer "Hsi-Ping" ungefähr 61/2 Seemeilen nördlich von der Insel Kaiming bei dem Shantung-Vorgebirge in China von dem Kalserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht wurde, weil er Kriegskonterbande führe, wurden auch die zur Verhandlung stehenden Güter mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussagesehritt des Kommandanten der "Hongkong Maru", In ou ye To shi o, den Bericht des Marineoberleutnants Kamura Yasumass aüber die Durchsuchung des Dampfers "Hsi-Ping", das Tagebuch, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns R. Mac Farlane, des I. Offiziers E. B. Hayes, der Kompradores Paw Meng Chiung und N. Wai Meng, des Passagiers Täng Ming Chien, durch die Konnossemente, das Ladungsverzeichnis und die Frachtbriefe

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant betreibe in Niutschwang ein Bankgeschäft. Er habe das hier zur Verhandlung stehende Geld von Shanghai kommen lassen wollen, weil zu der Zeit in Niutschwang die Handelsbeziehungen zu einem einseitigen Wechselverkehr geneigt hätten und weil die Zeit für den Einkauf von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnend gekommen gewesen sei, so daß Umlaufskapital nötig gewesen sei. Ferner sei der Kurs für Papiergeld und für kleines Silbergeld sehr ungleich gewesen, so daß er durch Einfuhr von Metallgeld einen Vorteil zu erzielen beäbschtigt habe. Das zur Verhandlung stehende Geld sei nicht für die russische Armee oder Marine bestimmt gewesen und habe auch

nicht zu ihrem Gebrauch geliefert werden sollen. Daher sei es keine Konterbande und müsse freigegeben werden.

Der Reklamant hat zum Beweis der vorstehenden Tatsachen verschiedene Beweisdokumente eingereicht.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:
Die zur Verhandlung stehenden Güter würden nach ihrer Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben. Sie seien daher Kriegskonterbande und müßten eingezogn

werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:
Wenn Lebensmittel oder Geld nach einem von den 'eindlichen
Truppen besetzten Hafen versandt worden sind, so kann je nach den
Umständen angenommen werden, daß sie zum Gebrauch dieser Truppen
dienen würden. Niutschwang war zurzeit von den russischen Truppen
besetzt und diente als ein Hauptetappenort. Außerdem hatte die
russische Papiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen
Armee und Marine verloren, und es ist bekannt, daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld wie das zur Verhandlung stehende
Silbergeld, stark benötigt wurde, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es muß daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld sofort zum Gebrauch der genannten
Truppen geliefert worden wäre.

Es wird demnach für Kriegskonterbande angesehen ) und weder die Anführungen des Vertreters der Reklamation noch die verschiedenen von ihm eingereichten Beweisdokumente sind imstande, diese Annahme "mzustoßen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden. 2)

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Vamamoto Tatsurokuro.

# (Unterschriften.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yū Po und Ching Pu Saw, in Firma Yu Shang Chang, aus der Provinz Canton, Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Takagi Toyozo, Tokio, Kojimachiku, Uchisaiwaicho shichome Nr. 3 und Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori shichome Nr. 54.

<sup>1)</sup> Ii. Ziffer 2. - 2) V. § 43.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisenssche, betreffend Ladung des Dampfers "Hsi-Ping", welcher am 14. Juli 1901 auf 37° 34′ n. Br. und 122° 29° ö. L. von dem Kaiserichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, auf Einzehung der unter der Ladung des genannten Dampfers befindlichen, an die Firma Yu Shang Chang versandten 17 Kisten kleines Silberedel erkannt.

Prisengerichtsentscheidungen: "Hsi-Ping".

Gegen dieses Urteil haben die Reklamanten, die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yū Po und Ching Pu Saw, in Firma Yu
Shang Chang, durch die Rechtsanwäller Takag i Toyozo und
Sakurai Ikkyu die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälle Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi
beim Oberprisengericht geprüft worden sind.

Die Hauptpunkte der Berufung der Prozeßvertreter Takagi Tovozo und Sakurai Ikkyu sind folgende:

Es werde Aufhebung des am 17. Dezember 1904 von dem Prisengericht in Sasebo abgegebenen Urteils auf Einziehung der auf dem englischen Dampfer "Hsi-Ping" verschifften 17 Kisten kleines Silbergeld und Freigabe derselben beantragt, und zwar aus folgenden Orfünden:

 Die Reklamanten h\u00e4tten eine Bankfirma und betrieben daneben ein Engrosgesch\u00e4ft f\u00fcr Ein- und Verkauf.

Bei der Äusfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenól nach Shanghai liehen die Kaufleute von Niutschwang den Wechselbetrag für die Güter dar, vereinnahmten in Shanghai den Wechselbetrag von dem Wechselschuldner und bewerfstelligten die Übersendung dieses Betrages entweder durch Ankauf eines in Niutschwang zahlbaren Wechsels oder in Form baren Geldes. Auch in Fällen, wo Waren von Niutschwang nach anderen Plätzen wie Shanghai ausgeführt würden und der Wechsel dargeliehen werde, werde die Zahlung des Wechselbetrags bisweilen in Shanghai entgegengenommen. Denn da Shanghai des Zentrum des chinesischen Handels sei, so sei es auch der Mittelpunkt des Geldumlaufs. Auch in Fällen, wo die Reklamanten selber Bohnen und Bohnenkuchen nach Shanghai ausführten, werde die Zahlung des Preises in Shanghai entgegengenommen; und auch in Fällen, wo die Ausfuhr nach anderen Plätzen wie Shanghai gehe, sei dies bisweilen der Fäll.

So sei das zur Verhandlung stehende Geld im Verlauf einer Iransakton von dem Angestellten der Reklamanten in Shanghai dort eingenommenes Geld, welches er bei einem Wechsler eingewechselt und
an das Hauptgeschäft in Niutschwang gesandt habe. Daß bares Silbergeld geschickt worden sei, habe seinen Grund darin, daß gerade in
Niutschwang die Zeit für die Ausfuhr von Bohnen und Bohnenkuchen
usw: gekommen gewesen sei. Denn da in der Regel die Ausfuhrfirmen

Zahlung für die Bohnen usw. in kleinem Silbergeld leisteten und die Kunden des Bankdepartements die Reklamanten um Leistung in Silbergeld bäten, so hätten dieselben sich darauf vorbereiten müssen. Dies sei einer der Gründe, weshalb das zur Verhandlung stehende Geld in bar geschlickt worden sei.

Wenn in Niutschwang Silbergeld reichlich und der Kurs für in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai niedrig gewesen wäre, so wäre es allerdings nicht nötig gewesen, daß der Angestellte der Reklamanten extra Silbergeld hätte schicken sollen. In Niutschwang habe es aber an Silbergeld gefehlt und der Wechselkurs auf Niutschwang sei in Shanghai hoch gewesen, so daß selbst nach Zahlung der Fracht und Versicherung die Sendung von barem Geld immer noch geschäftlich vorteilhaft und außerdem notwendig gewesen sei. Das ei der zweite Grund, weshalb das zur Verhandlung stehende Geld in bar übersandt worden sei. Die obigen Tatsachen gingen hervor aus den Beweisstücken Nummer 2, 3, 5 bis 7 und 9 bis 11.

2. Daß der Angestellte der Reklamanten das zur Verhandlung stehende Sibergeld an das Hauptgeschäft in Nittschwang geschickt habe, sei, wie dargetan, eine für ein Bankgeschäft natürliche Maßnahme, die mit den russischen Truppen in keinerlei Beziehung stehe. Wenn man annehme, daß es zuläsigs sei, eine derartige reine Handelstranssktion für unerlaubt zu erklären und die auf der Reise befindlichen Gitter einzuziehen, so bedeute das eine Entziehung des Rechts, Gewerbe zu treiben. Von etwas dergleichen, wie insbesondere auch davon, daß neutralen Staatsngehörigen das Recht auf ihr gewöhnliches Gewerbe in ihrem eigenen Lande entzogen werden könne, habe man bislang in der Praxis und der Wissenschaft des Kriegsvölkerrechts noch niemals etwas gehört.

3. Der Dampfer "Hsi-Ping" habe seine Absicht, nach Niutschwang und anderen Häfen zu gehen, in Shanghai-Zeitungen bekannt gemacht, und der englische Konsul habe die Abreise des Dampfers zwecks Gütertransports nach Niutschwang gutgeheißen. Auch das Zollamt in Shanghai habe die öffentlich nach Niutschwang gehende Ladung passierel lassen. Daher habe der Angestellte der Reklamanten ohne weiter Überlegung ganz unbefangen dem Schiffe das zur Verhandlung stehende Sülbergeld zur Beförderung übergeben. Demnach sei die Beschligenahme, von der Einziehung nicht zu reden, im höchsten Grade unerwartet gekommen.

Wenn man das Geld wirklich heimlich habe absenden wollen, um es zum Gebrauch der russischen Truppen dienen zu lassen, so hätte man ein so öffentliches Transportverfahren nicht wählen sollen. Daß man doch ein solches Verfahren eingeschlagen habe, liefere reichlichen

Grund für die Vermutung, daß böser Glaube dabei nicht vorgelegen

4. In dem Urteil erster Instanz werde zur Begründung folgendes gesagt:

Niutschwang sei zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen und habe als ein Hauptetappenort gedient. Außerdem habe das russische Papiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine sehr an Kredit verloren, und es sei bekannt, daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld, wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, benötigt worden sei, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es müsse daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre.

Daraufhin aber, daß Niutschwang ein Hauptetappenort der russischen Truppen sei, annehmen zu wollen, daß alle dorthin ausgeführten Güter zum Gebrauch der Truppen geliefert würden, sei unbillig streng und widerlaufe auch den Tatsachen. Daß, wenn auch Niutschwang zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen sei, deshalb der Handel Niutschwangs nicht in Süllstand geraten, sondern tallsählich ausgeübt worden sei, könne man aus den das Beweisstück Vr. 15 bildenden telegraphischen Mitteilungen der Niutschwangs-Fillale der offenen Handelsgesellschaft Mitsu i Bussan über die Handelsge in Niutschwang bis zum Juli des vorigen Jahres enthehmen. Wenn später die chineisische Zollstatistik für das Jahr 1904 erscheinen werde, so würden sich diese Tatsachen bestätigen.

Selbst angenommen, die russischen Truppen hätten Geld wie das zur Verhandlung stehende nötig gehabt, so sei es doch unsinnig, ohne zu fragen, wern es gehöre, anzunehmen, daß es unbedingt an die Truppen geliefert worden wäre. Auch sprächen die Tatsachen nicht dafür. Vielmehr müsse grundstätlich angenommen werden, daß, wenn die Reklamanten, welche ein Bankgeschäft hätten, Geld, wie es zum Betriebe dieses Gewerbes erforderlich sei, von Shanghai, woher sie ihre Kapitalien geliefert bekämen, nach Niutschwang, dem Sitz ihres Geschäfts, befördern ließen, dieses Geld im Betriebe des Bankgeschäfts der Reklamanten zur Verwendung kommen solle. Wenn man diese nütriche Vermutung umstürzen wolle, so bedürfe es dazu unter allen Umständen sicherer Gründe und Beweise. Wenn daher das Urteil erster Instanz auf die verzeichneten vagen Gründe hin eine Annahme aufgestellt habe, welche dieser natürlichen Vermutung widerspreche, so sei das auch vom Standpunkt des Beweisrechts unzutreffend.

5. Silbergeld sei sogenannte bedingungsweise Konterbande. Da es demnach nur in den beiden Fällen: [1) daß es für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sei; (2) daß es nach feindlichem Gebiet bestimmt sei und angenommen werden müsse, daß es zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine diene, Kriegskonterbande sei, 3) sei es nötig, für die Behauptung, daß es Konterbande sei, Beweise beizubringen, welche darätlen, daß es für die feindliche Armee oder Marine bestimmt gewesen sei oder daß es zu ihrem Gebrauch habe geliefert werden sollen.

Wenn man also bei der Annahme, daß Konterbande nach den Fall "(2)" vorliege, einfach so folgere, daß die Güter, weil sie nach einem von feindlichen Truppen besetzten Ort gesandt würden, auch zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden würden, so schließe man aus dem Vorhandensein der ersten der beiden Bedingungen, welche dieser Fall erfordere, ohne weiteres auf das Vorhandensein auch der zweiten Bedingung. Das sei im Erfolg dasselbe als wenn die zweite Bedingung überflüssigerweise geschrieben sei, und laufe darauf hinaus, daß die bedingte Kriegskonterbande des Falles "(2)" keinen Unterschied von der absoluten Konterbande aufweise, so daß der Sinn, welcher der Unterscheidung dieser beiden zugrunde liege, völlig zu nichte gemacht werde.

Man werde aber vielleicht behaupten, die Grundlage, auf welche hin das Gericht erster Instanz das zur Verhandlung stehende Geld als Konterbande angesehen habe, beschränke sich nicht nur darauf, daß das Geld nach einem vom Feinde besetzten Platz bestimmt sei. sondern es sei auch die weitere Begründung beigefügt, daß die feindliche Armee oder Marine es benutzen werde. Demgegenüber sei aber folgendes zu bemerken: Jedermann könne in allen Umständen Geld gebrauchen, und die Verwendbarkeit desselben beschränke sich nicht auf die russische Armee und Marine. Wenn demnach dafür, daß nur die russische Armee oder Marine das zur Verhandlung stehende Geld gebrauchen werde, keine besonderen Gründe vorlägen, so gebe die oben genannte weitere Begründung des Urteils der ersten Instanz auf die Frage, inwiefern die Annahme berechtigt sei, daß das zur Verhandlung stehende Geld bei den russischen Truppen zur Verwendung kommen werde, die Antwort, man müsse annehmen, daß es bei den russischen Truppen zur Verwendung gekommen sein würde, weil diese es zu verwenden genötigt gewesen seien. Das sei Beantwortung einer Frage mit derselben Frage.

Obwohl den Reklamanten die Beweislast nicht obliege, hätten sie ihre Behauptungen, daß das zur Verhandlung stehende Geld weder an die russischen Truppen noch zu ihrem Gebrauch zu liefern gewesen.

<sup>3)</sup> II. Zilfer 2.

daß es vielmehr zur Deckung des Bedarfs in dem Bankgeschäft der Reklamanten versandt worden sei, mit verschiedenen beweiskräftigen Tatsachen und Gründen belegt. Der Staatsanwalt habe, ohne dagegen einen einzigen Gegenbeweis vorzubringen, diese Erklärung der Reklamanten verworfen und die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, velches der Ansicht des Staatsanwalts beipflichte, sei daher auch vom Sundnunkt der Beweisführung rechtswidrie.

- 6 Es sei freilich nicht zu leugnen, daß Niutschwang nicht nur zur Zeit der Aufbringung, sondern schon seit der Zeit vor dem japanischrussischen Krieg unter russischer Gewalt gestanden habe. Aber man müsse dieses besetzte Gebiet nicht einem gewöhnlichen Okkupationsgebiet gleichstellen. Denn Niutschwang sei ein dem Handel der Mächte offenstehender Hafen und kein Kriegs- oder Blockadehafen. Es könne nicht mit nur während des Krieges besetzten Gebieten, wie zum Beispiel der Song To Bucht, der Taubenbucht und der Sho Ping Insel bei Port Arthur auf eine Stufe gestellt werden. Wenn relative Konterbandegüter, d. h. Güter, wie sie im § 14 der Seeprisenordnung 1) aufgestellt seien, nach der Song To Bucht usw. bestimmt wären, so werde iedermann dem zustimmen, wenn man annehme, daß sie direkt für die russischen Truppen bestimmt seien und daher als Kriegskonterbande eingezogen werden müßten. Wenn man aber einen solchen Fall und den Fall, wo die Güter nach Niutschwang bestimmt seien, gleichstelle, so entspreche das nicht dem wahren Sinne der iananischen Seeprisenordnung und des Völkerrechts über die Behandlung neutralen Gutes Besonders seien auch die zur Verhandlung stehenden Silbermünzen kurantes Geld, wie es unter den Chinesen und den in- und ausländischen Kaufleuten Kurs habe. Von anderen Konterbandegütern. wie Lebensmitteln und dergleichen, sei es weit verschieden und es lägen Gründe vor, nach denen man nicht auf Gebrauch seitens der Truppen schließen müsse. Beispielsweise sei zwischen Lebensmitteln, welche zum Gebrauch für die Russen, und solchen, welche zum Gebrauch für die Chinesen dienen sollten, ein großer Unterschied, so daß man, wenn Lebensmittel, welche für Russen geeignet seien, in großer Menge nach Niutschwang bestimmt würden diese wohl als Konterbande ansehen könne. Geld sei aber nicht nur bei Truppen verwendbar, und da auch die Menge des hier versandten Geldes im Handel mit den großen Mengen Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl keinen Überschuß lassen würde, so könne man es nicht mit Lebensmitteln vergleichen und als Truppenbedarf ansehen.
- Niutschwang sei ein Handelshafen. Daher müsse man einen Fall von bedingter Kriegskonterbande wie Geld besonders sorgfältig überlegen. Deshalb werde besonders die rechtliche Auffassung der

Stellung Niutschwangs der Beachtung empfohlen, welche mit der diplomatischen Frage über den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl eng verknüpft sei. Dieselbe sei folgende: Die Verhandlungen betreffend die Frage, ob die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen usv. aus Niutschwang verboten werden solle, hätten zu dem Resultat geführt, daß die Ausfuhr gestattet sein solle, wenn garantiert werde, daß die Güter nicht beim Militär zur Verwendung kommen würden. Dieses sei der Kaiserlichen Regierung mittels Berichts des in China akkreditierten Kaiserlichen Gesandten vom 18. April 1904 mitgeteilt worden, und Japan habe diese Tatsache, daß die Bohnen, Bohnenkuchen usw. nach japanischen Häfen ausgeführt werden würden, mit Freuden begrüßt.

Wenn daher auch Niutschwang von den russischen Truppen besetzt gewesen sei, so sei es doch ein diplomatisches Faktum, daß der Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen usw. von Japan, Rußland, Chiaa und anderen neutraken Staaten gutgeheißen sei; und darin liege ein wichtiger Grund, weshalb die vorliegende Sache nicht allein daraufhin, daß Rußland Niutschwang besetzt habe, entschieden werden könne.

Denn wenn die Mächte so den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen usw. übereinstimmend gestatte hätten, so falle auch das Resultat dieses Handels, nämlich daß die Kaufleute den Preis für die verkauften Waren in Empfang nähmen, in den Bereich dieses übereinstimmend gestatteten Handels. Demnach könne das Silbergeld, welches als Preis für die Bohnen, Bohnenkuchen usw. eingenommen sei, vorausgesetzt, daß es nicht an die russischen Truppen gehe, nicht eingezogen werden.

Daß aber das zur Verhandlung stehende Geld der Kaufpreis für frühere Bohnen, Bohnenkuchen usw.; sowie Kapital für den auch in Zukunft erlaublen Einkauf derselben; und daß es kleines Geld sei, wie es für solche Einkäufe nötig sei; kurz, daß es in jeder Beziehung im Rahmen harmlosen Handelsverkehrs stehe, alles dies gehe aus den eingereichten Beweisen klar hervor.

Da die Absicht des Völkerrechts und der Seeprisenordnung dahin gehe, die Rechte neutraler Staatsangehöriger zu achten, so werde um äußerste Unparteilichkeit bei Beurteilung der zum Beweise ungefälschter Tatsachen eingereichten Beweisdokumente gebeten.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Priscngericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro sind folgende:

Zur Einziehung von Gütern auf Grund der Annahme, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würden und daher Konterbande seien, sei es nicht unbedingt erforderlich darzulegen, daß diese Annahme sich auf Beweise gründe. Im Falle, daß nach der Art der Güter, den Verhältnissen des Einfuhrortes und anderen Umständen angenommen werden könne, daß die Güter zum

Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würden, habe das Prisengericht nach freier Überzeugung zu befinden.

Das zur Verhandlung stehende Geld sei in China geprägt und habe in Niutschwang sowie auch in den verschiedenen Gegenden der Mandschurei Kurs. Es sei alles eine und dieselbe Art kleinen Silbergeldes, wie es zum Lohn für Tagelöhner sowie zum Einkauf der zum Hausund persönlichen Gebrauch dienenden Gegenstände am geeignetsten, zur Zahlung bei großen geschäftlichen Transaktionen jedoch am allerungeeignetsten sei. Es sei bequem für kleine, aber äußerst unbequem für große Zahlungen.

Zur Zeit, als das Geld in Niutschwang habe eingeführt werden sollen, sei, wie das Urteil erster Instanz sage, Niutschwang von den russischen Truppen besetzt gewesen und die in Port Arthur und den verschiedenen Teilen der Mandschurei liegenden russischen Armee- und Marinetruppen seien von diesem Platz als Bezugsort für ihren Kriegsbedarf abhängig gewesen, und die meisten Lebensmittel und sonstigen Gegenstände, die der Feind nötig gehabt habe, seien von dort geliefert worden. Da aber infolge der andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine das Kriegspapiergeld, welches in Niutschwang und auch in verschiedenen Teilen der Mandschurei Kurs gehabt habe. sehr im Kredit gesunken sei, so seien bei der Zahlung der Preise für requirierte Gegenstände und der Löhne für Menschen- und Pferdearbeit. d. h. also bei den kleinen Zahlungen plötzlich Schwierigkeiten entstanden. Daher seien Klagen über das Bedürfnis nach kleinem Hartgeld, insbesondere Geld wie dem zur Verhandlung stehenden, laut geworden, und man sei auch bezüglich dieses auf Niutschwang als Lieferungsort angewiesen gewesen.

Die Reklamanten hätten darauthin unter Erleidung von allerhand Schwierigkeiten und unter großem Risiko die Kommission und Versicherung gezahlt und viele Tausend Ven weit von Shanghai uaen Niutschwang einführen wollen. Die Frage, wie das Bedürfnis hierfür entstanden sei, beantwortten sie damit,

es sei die Folge einseitigen Wechselverkehrs; ferner diene das Geld als Kapital zum Einkauf der von Niutsehwang nach Shanghai ausgeführten Bohnen, Bolmenkuchen und des Bohnenöls, auch sei der Wertunterschied zwischen Silber und Papier in Niutschwang so groß geworden, daß der Kurs für Silber den für Papier bis um 20 und 30 % überstiegen habe und es einträglich gewesen sei, bares Silbergeld von Shanghai kommen zu lassen.

Niutschwang sei aber seit langer Zeit von den Russen okkupiert gewesen und die von dort zur Ausfuhr gelangenden Bohnen, Bohnenkuchen usw. seien von ihnen entweder als Nahrungsmittel oder Brennmittel requiriert worden. Auch sei, um den Gegner in Verlegenheit zu bringen, die Ausfuhr derselben streng verboten worden, so daß eine Ausfuhr der Hauptexportarlikel Bohnen, Bohnenkuchen usw. fast gar nicht stattgefunden habe.

Dagegen seien die Kriegsbedürfnisse der russischen Truppen in der Gegend von Niutschwang immer größer geworden und neben der gewöhnlichen Einfuhr sei die Einfuhr von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen sehr gewachsen, so daß Ein- und Ausfuhr völlig aus dem Gleichgewicht gekommen und demzufolge natürlich in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai zahlreich und in Shanghai zahlbare Wechsel gering geworden seien. So seien in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai leicht und billig käuflich gewesen. Wenn daher die Reklamanten in ihrem Geschäftsbetrieb in Shanghai vereianahmte Gelder nach Niutschwang zu schicken gehabt hätten, so hätten sie, anstatt das Risiko des Transports und die Kommission und die sonstigen Kosten bei Übersendung von barem Gelde zu tragen, lieber mit dem Gelde in Niutschwang zahlbare Wechsel kaufen sollen, bei Jeren Übersendung sie zugleich Bequemlichkeit und Vorteil gehabt haben würden. Daß ein in Geschäften scharfsinniger chinesischer Kaufmann, besonders ein Bankfirmeninhaber, wie die Reklamanten es seien, ein bequemes und vorteilhaftes Verfahren außer Acht lassen und ein unbequemes und unvorteilhaftes Verfahren wählen und vorsätzlich Schaden und Risiko aufsuchen solle, sei kaum glaublich.

Zudem sei, wie oben dargetan, die Ausfuhr der Hauptexportartikel Bohnen, Bohnenkuchen usw. fast gänzlich ins Stocken geraten, so daß ein Bedürfnis, Kapital zum Einkauf bereit zu halten, nicht vorgelegen habe.

Daß ferner zwischen Silber und Papier in der Gegend von Niutschwang eine so außerordentlich große Wertdifferenz bestanden habe, so daß eine Übersendung von barem Gelde von Vorteil gewesen wäre, sei nur eine mündliche Behauptung der Reklamanten, welcher nan manzels anderer Grundlagen schwer Glauben schenken könne.

So könne man, wie dargetan, welchen Punkt der Reklamation man auch erwägen möge, aus keinem derselben ein Bedürfnis für die Sendung des baren Geldes entnehmen.

Dagegen hätten die russischen Truppen zur Deckung ihres Krigsbedarfs chinesisches Geld und insbesondere kleine Münze, wie die zur Verhandlung stehende, dringend nötig gehabt. Wenn daher die Reklamanten, ohne Bedürfnis für ihr Geschäft, mibsam viele Tausend Ven kleines Geld gesammelt, vorsätzlich die Gefahr des Transports getragen, Kommission, Versicherungsprämie und Fracht bezahlt hätten, um diesesGeld nach Nituschwang zu schaffen, so sei es ohne ziel Worte offenbar, daß sie darin dem plötzlichen Bedürfnis der russischen Truppen hätten nachkommen wollen.

Selbst einmal zugegeben, das Geld habe nicht besonders eingeführt werden sollen, um dem plötzlichen Bedarf der russischen Truppen zu entsprechen, so müsse man doch vermuten, daß es, wenn es nach Niutschwang gekommen wäre, jedenfalls zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würde. Daher sei es zutreffend, daß das Urteil erster Instanz auf Grund dieser Tatsachen unter Berücksichtigung der damaligen Umstände angenommen habe, daß das zur Verhandlung stehende Geld sofort nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würde, und die Berufung der Reklamanten sei unbegründet.

2. Die Reklamanten behaupteten :

Neben der Notwendigkeit des zur Verhandlung stehenden Geldes für die russischen Truppen in Niutschwang habe es aber auch an Bedürfnis für dasselbe im Handelsbettiebe Niutschwangs nicht gefehlt. Es sei aber unbillig, dies sonstige Bedürfnis gar nicht zu berücksichtigen und, weil die russischen Truppen Geld bedurft hätten, zu entscheiden, daß es ihnen geliefert worden wäre.

Das Urteil erster Instanz habe aber nicht lediglich daraufhin, daß die russischen Truppen das zur Verhandlung stehende Geld nötig gehabt hätten, so entschieden. Nach den Verhältnissen Niutschwangs zur Zeit der Einfuhr; nach der Tatsache, daß eine Notwendigkeit, bares Geld zu senden, nicht vorgelegen habe; und nach verschiedenen sonstigen Tatsachen sei es schwer anzunehmen, daß die Reklamanten, wie sie behaupteten, das zur Verhandlung stehende Geld, weil sie es in ihrem Handelsbetrieb gebraucht hätten, eingefählt hätten. Dagegen hätten die nussischen Truppen in ihrem Geldbedarf Mangel gelitten. Aus diesen Gründen habe das Urteil erster Instanz geschlossen, daß das Geld nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch für die russischen Truppen geliefert worden wäre. Es habe also nicht, ohne das damalige Bedürfnis in Handelskreisen zu berücksichtigen, in willkärlicher Weise lediglich daraufhin, daß die russischen Truppen Geld nötig gehabt hätten, entschieden, daß es zu ihrem Gebrauch dienen würde.

Nach dem Ausgeführten seien die Behauptungen der Reklamanten alle unbegründet und das Urteil erster Instanz zutreffend. Daher sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es bedarf keiner Erörterung, daß Niutschwang zu dem chinesischen Hoheitsgebiet gehört und kein russisches Territorium ist. Der Kaiserliche Konsul in Niutschwang, Segawa, hat berichtet, daß

Rußland, seitdem es diesen Platz besetzt gehabt, dort eine Zeivlerewaltungsbehörde eingerichtet und bis zum 25. Juli 1904 die Flagge eines Zivliverwaltungsamtes geführt labe Dies habe mit dem Morgen jenes Tages plötzlich aufgehört und es sei wieder die Konsulstfalgage gehelle worden. Beim Eindringen unserer Truppen sei die französische Flagge auferezonen worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Gelder aufgebracht wurden, Nitschwang tatsöchlich unter russischer Verwaltung stand. Der Feind hatte dort nicht nur viele Truppen liegen, sondern auch einen Hauptetappenort eingerichtet. Wenn daher Güler dorthin befördert wurden, so muß das ebenso angesehen werden, als ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt seien. 9) Da es demnach offenbaist, daß die Tatumstände zu der Annahme berechtigen, daß auch das zur Verhandlung stehende, von dem Reklamanten für die Einfuhr nach Niutschwang bestimmte Silbergeld zum Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, so muß man sagen, daß es die Voraussetzungen, welche es zu Konterbande machen, erfüllt. 9

In einem Berichte des obengenannten Kaiserlichen Konsuls heißt es, daß

die russische Regierung beim Beginn des Baus der mandschurischen Eisenbahn anfänglich alle Zahlungen in Gold geleistet habe. Ein oder zwei Jahre später habe sie daneben Papierrubel benutzt und den Chinesen gesagt, zwischen dem Metall und dem Panier sei kein Unterschied. Dann habe sie, um dem Papier Kredit zu verschaffen, nach und nach das Gold zurückgezogen und das Papier vermehrt. Im Jahre 1902 sei es dahin gekommen, daß man in der Mandschurei russisches Goldgeld nur sehr selten in Umlauf gesehen habe. Damals habe aber die russisch-chinesische Bank schon an verschiedenen wichtigen Plätzen Niederlassungen errichtet. In diesen Banken sei das Papier zum Tageskurse gegen Silbergeld eingelöst worden und in der Mandschurei habe dabei ein Papierrubel einen Tauschkurs von 1 Dollar 30 Cents bis 1 Dollar 40 Cents Silbergeld gehabt. Als indessen seit Herbst 1903 die Gerüchte über einen Krieg zwischen Japan und Rußland in Blüte gestanden hätten, habe es unter den Chinesen geheißen, daß, wenn nach dem Ausbruch des Krieges die Russen einmal unterliegen würden. die russischen Papierrubel nicht mehr gewechselt werden könnten und nur noch den Wert von altem Papier haben würden. Von November oder Dezember dieses Jahres bis

<sup>\*)</sup> V. 8 5. - 9 II. Ziffer 2.

zum Ausbruch des Krieges im Februar 1904 habe der Umlauf des Papiergeldes eine starke Abnahme erfahren und dasselbe sei von 1 Dollar 30-40 Cents häufig auf 1 Dollar 10 Cents gefallen, und nur, dank den Bestrebungen der Niederlassungen der russisch-chinesischen Bank in den verschiedenen Orten, den Kredit des Papiergeldes aufrecht zu erhalten, sei es nicht dazu gekommen, daß sein Umlauf ganz ins Stocken geraten sei. Als aber die Nachrichten von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Kaiping und Yingkow kamen, hätten die Chinesen, welche Papierrubel gehabt hätten, darin gewetteifert, diese zu verkaufen. Der Rubel sei damals bis auf 70 oder 80 Cents gefallen. Aber da in Tientsin und Shanghai Papierrubel immer zum Tageskurs gegen Silbergeld gewechselt werden könnten, so hätten Geldwechsler in Yingkow, wenn das russische Papiergeld gefallen gewesen sei, dieses aufgekauft, nach Shanghai geschickt und mit ungeheurem Gewinn wieder eingetauscht.

Nach diesem Bericht zu urteilen, erregte also der Rubelschein schon beim Beginn des japanisch-russischen Krieges im Verkehr unter den Chinesen ganz allgemein Verdacht und Mißtrauen, und es zeigte sich die Tendenz, daß er schließlich gänzlich den Kredit verlieren würde. Als die Nachricht von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Yingkow gekommen war, traf freilich die russisch-chinesische Bank sorgfältige Maßnahmen, um das alte Verhältnis wiederherzustellen, es kam aber trotzdem zu einem großen Sturz. Als sodann immer mehr Nachrichten von dem weiteren Kampf und Sieg der japanischen Truppen kamen, war die Lage so, daß es sich auf keine Weise mehr vermeiden ließ, daß der Rubel unter den Chinesen ganz allgemein seinen Kurs verlieren würde. Es ist daher ganz klar, daß die Situation so war, daß die russischen Truppen, zu der Zeit, wo das zur Verhandlung stehende Silbergeld befördert wurde, zur Requisition des Kriegsbedarfs und zur Bezahlung der Kulis den Papierrubel nicht ohne weiteres verwenden konnten. Daher ist es offenbar, daß chinesisches Silbergeld zu jener Zeit für die russischen Truppen unentbehrlich geworden war.

Ferner besagt der Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls I juin in Tientsin über die russischen Papierrubelscheine:

Mit der Fröffnung des Krieges zwischen Japan und Rußland seien unter vielen Chinesen Zweifel über die Einlösbarkeit der Rubelscheine aufgekommen. Man habe gefürchtet, daß sie Fälschungen seien, und der Kredit sei beeinträchtigt worden. Auch unter den Russen und unter den russischen Regierungslieferanten seien nur sehr wenig Rubelscheine in Verkehr gewesen, wenn man auch nicht behaupten könne, daß sie absolut keinen Umlauf gehabt hätten. Wenn die Banken in Tientsin sie in die Hand bekommen hätten, so hätten sie sie nicht als Geld behandelt, sondern als eine Art Wenpapier.

Danach hat der Rubelschein, nachdem die russischen Truppen bei Nanshan und Tehlitze geschlagen worden waren, unter den Chineset allgemein keinen Umlauf gehabt. Er war nur gelegentlich des Kursturzes eine Art Handelsobjekt für Kaufleute, die großen Gewinn erzielen wollten. Daher hat der Rubelschein auch die Requisitionen der russischen Truppen und die Löhne der Kulls nicht zahlen können. As allem diesen geht klar hervor, daß die russischen Truppen chinesisches Geld nötig hatten.

Wenn es auch offenbar ist, daß trotz des japanisch-russischen Krieges die Hauptprodukte Niutschwangs Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl, wie auch die Reklamanten behaupten, verhandelt worden sind, so bestand daneben doch die Tatsache, daß auf der anderen Seite Kaufleute in Benutzung der Gelegenheit, daß die russischen Fruppen chinesisches Umlaufsgeld nötig hatten, die vermehrten Rubelscheine billig von den russischen Truppen kaufen und dadurch großen Gewinn erzielen konnten. Daher stimmt die Behauptung der Reklamanten, daß das in Streit befangene Silbergeld, weil jener Warenhandel in Betrieb gewesen sei, auf keinen Fall dem Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, nicht mit den Tatsachen überein. Vielmehr ist es natürlich anzunehmen, daß zu einer solchen Zeit die geschäftlich scharfsinnigen chinesischen Kaufleute, vor allem die Bankunternehmer, anstelle ihrer gewöhnlichen Geschäfte lieber Rubelscheine billig von den Russen kaufen und, um einen außerordentlichen Profit zu erzielen, die Gefahr eines solchen Geldimports laufen würden. Das zur Verhandlung stehende Geld ist durch Vermittlung der Seetransportfirma Täng Ming Chien. welche eine volle Ladung von Kriegskonterbande heimlich nach Niutschwang zu befördern beabsichtigt hatte, zugleich mit dieser Konterbande auf demselben Schiff verladen und befördert worden. Dazu ist sein Bestimmungsort ein russischer Etappenort und, wie oben dargetan, bedurften die russischen Truppen solchen Geldes. Daraus muß geschlossen werden, daß der Zweck der Einfuhr des Geldes der gleiche gewesen ist wie der der Einfuhr der übrigen Konterbandeladung, nämlich Lieferung zum Gebrauch der russischen Truppen. Demnach ist es durchaus zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz die Einziehung des Geldes ausgesprochen hat.

Da Personen, welche Schleichimport treiben, immer genötigt sind, mit allen Mitteln den Verdacht abzulenken und die Spuren zu verheimlichen, so kann die Tatsache, daß man in Shanghai beim Zollamt öffentlich die Ausfuhrformalitäten erfüllt hat, nieht als ein Beweis erachtet werden, welcher geeignet sei, der obigen Annahme entgegenzustehen.

Wenn man die von den Reklamanten angeführten Beweise benachtet, so können sie lediglieh zu der Vermutung führen, daß in jedem Jahre Fälle von Einfuhr kleinen Silbergeldes nach Niutsehwang wokommen. Für die Behauptung aber, daß, obgleich eine Gelegenheit, goßen Gewinn zu erzielen, vorhanden war, diese Gelegenheit nicht berüeksichtigt worden sei und das Geld für die alljährlich wiederlehrenden Handelszwecke dienen sollte, ist keinerlei Beweis erbracht sorden.

Die Reklamanten behaupten, daß es nieht zu bestreiten sei, daß die Micher beschränke, sondern daß es allgemein im kaufmännischen Versehr unter den Chinesen verwendbar sei. Was indes das von den Reklamanten einzuführen bescheitigte Silbergeld angeht, so ist aus den Tatumständen die Annahme, daß dasselbe zum Gebraueh der Lussischen Truppen gedient haben würde, ganz offenbar berechtigt. Dassehbe kann daher, gerade wie auf Grund derseiben Tatumstände der gleichen Annahme bei Lebensmitteln wie Reis und Weizenmehl niehts im Were steht. als Konterbande annesehen werden.

Da ferner der Grund dafür, daß Lebensmittel, Geld usw., wenn sie die heine Gebiet gehen oder zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollen, als Kontrebande gelten, der ist, daß nam dagegen ist, daß solche Güter im Ende die Kriegsfähigkeit des Feindes unterstützen, so ist die Frage, ob ihr Bestimmungsort ein Kriegshafen oder Blockade hafen ist, für die Bestimmung, ob ein Konterbandetransport vorliegt oder nieht, nicht von wesentlicher Bedeutung. Wenn der Bestimmungsort ein Kriegshafen oder ein Blockade hafen ist, so liefert das nur einen Umstand, welcher die Vermutung, daß die dorthin bestimmten Güter Konterbandes sind, erlichtert. Daher ist auch dieser Punkt der Berufung nicht anzuerkennen.

Es wird daher, wie folgt, entsehieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

(Untersehriften.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yû Po und Shing Pu Saw, in Firma Ying Yu Hao, aus der Provint Canton, Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sakurai Ikkyu, Regierungbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori, sichome Nr. 54.

In der Prisensache, betreffend Ladung des englischen Dampfers "Hsi-Ping", wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Die unter der Ladung des Dampfers "Hsi-Ping" befindlichen, an die Firma Ying Yu Hao versandten 5 Kisten mexikanische Dollar werden eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 5 Kisten mexikanische Dollar sind alle kleines chinesisches Silbergeld. Sie sind von der Transportfirma Kai Ping Chiang in Shanghai, China, auf dem englischen Dampfer "Hsi-Ping" verladen und am 11. Juli 1904 an die Firma Ving Yu Hao in Nituschwang, China, abgesandt worden. Als am 14. d. M., 8 Uhr vormittags, der Dampfer "Hsi-Ping" ungetähr 6½. Seemeilen nördlich von der Insel Kaining bei dem Shantung-Vorgebürge in China von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht wurde, weil er Kriegskonterbande führe, wurden auch die zur Verhandlung stehenden Gelder mit Beschalg belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift de Kommandanten der "Hongkong Maru", In ou ye Ts hi o, den Bericht des Marineoberleutnants K am u ra Y as u m as a über die Durchsuchung der "His-Ping", das Tagebuch, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäne, Mac Farlane, des 1. Offiziers E. B. Hayes, der Kompradores Paw Meng Chien, durch die Konnossemente, das Ladungsverzeichnis und die Frachtbriefe.

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende: Der Reklamant betreibe in Niutschwang ein Geschäft, in welchen er Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl einkaufe, welche er nach Shanghai und anderen Häfen ausführe. Er habe das zur Verhandlung stehende Silbergeld von Shanghai kommen lassen, weil die Zeit zum Einkauf seiner Handelswaren gekommen gewesen sei und als Resultat der Neigung der Handelsbezichungen zu einem einseitigen Wechselverkehr Kapital nötig gewesen sei.

Das zur Verhandlung stehende Geld sei nicht für die russische Armee oder Marine bestimmt gewesen und habe auch nicht zu ihrem Gebrauch geliefert werden sollen. Daher sei es keine Konterbande und müsse freigegeben werden. Der Reklamant hat zum Beweis der obigen Tatsachen verschiedene Dokumente eingereicht.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter würden nach ihrer Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben. Sie seien daher Krierskonterbande und müßten einvezowen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Lebensmittel oder Geld nach einem von den feindlichen Truppen besetzten Hafen versandt worden sind, so kann je nach den Umständen angenommen werden, daß sie zum Gebrauch dieser Truppen dienen werden.

Niutschwang war zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt und diente als ein Hauptetappenort. Außerdem hatte das russische Papiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine sehr an Kredit verloren, und es ist bekannt, daß thinesisches Metalligeld, insbesondere kleines Geld, wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, stark benötigt wurde, um der täglichen Xuchfrage zu entsprechen. Es muß daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre.

Es wird demnach für Kriegskonterbande angesehen!) und weder die Ausführungen des Vertreters der Reklamation noch die von ihm eingereichten verschiedenen Beweisdokumente sind imstande, diese Annahme umzustoßen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden. 2)

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yū Po und Shing Pu Saw, in Firma Ying Yu Hao, aus der Provinz Canton, Regierungsbezirk, Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälle Takagi Toyozo, Tokio, Kojimachiku, Uchisaiwaicho sichome Nr. 3. und Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori sichome Nr. 54.

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. - 7) V. § 43.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend Ladung des Dampfers "Hsi-Ping", welcher am 14. Juli 1904 auf 37° 34° n. Br. und 122° 29° ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, auf Einziehung der unter der Ladung des Dampfers "Hsi-Ping" befindliche, an die Firma Ying Yu Ha o versandten 5 Kisten mexikanischer Dollas erkannt.

Gegen dieses Urteil haben die Reklamanten, die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yû Po und Ching Pu Saw in Firma Ving Yu Hao durch die Rechtsanwälte Takagi Toyozo und Sakurai Ikkyu die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Statsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberorisenerricht gerofft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung der Prozeßvertreter Takagi Toyozo und Sakurai Ikkyu sind folgende:

Es werde Aufhebung des am 17. Dezember 1904 von dem Prisegericht in Sasebo abgegebenen Urteils auf Einziehung der auf dem englischen Dampfer "His-Ping" verschiften 5 Kisten mexikanischer Dollars und Freigabe derselben beantragt, und zwar aus folgendes Gründen:

1. Die Reklamanten betrieben in Niutschwang ein Ausfuhrgeschäft in Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl. Bei der Ausfuhr dieser Güter nach Shanghai nähmen sie den Preis dafür in Shanghai ein and die Übersendung dieses Geldes nach Niutschwang werde entweder durch Ankauf in Niutschwang zahlbarer Wechsel oder in Form baren Geldes bewerkstelligt. Auch in Fällen, wo Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnend nach anderen Pältzen wie Shanghai ausgeführt würden, werde der Preis bisweilen in Shanghai bezahlt. Denn ab Zehrtum des chineisschen Handels seit Shanghai auch der Mittelpunkt des Geldundunfa. So habe der Agent des Reklamanten in Shanghai das zur Verhandlung stehende Geld in der beschriebenen Weise im Betriebe des Geschäfts vereinnahmt, bei einem Wechsler gewechselt und an die Firma Ying Yu Hao in Niutschwang essehickt.

Daß bares Silbergeld geschickt worden sei, habe seinen Grund darin, daß gerade in Niutschwang die Zeit für die Ausfuhr von Bohnen. Bohnenkuchen usw. gekommen gewesen sei. Denn da die Exportfirma Ying Yu Hao in der Regel Zahlung für die Bohnen in kleinem Silbergedd leiste, sei es nöfig gewesen, bares Geld zu seichken. Diess sei einer der Gründe, weshalb das zur Verhandlung stehende Gield in bar geschickt worden sei. Wenn in Niutschwang Silbergeld reichlich und der Kurs für in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai niedrig gewesen wäre, so wäre es allerdings nicht nötig gewesen, daß der Agent der Reklamanten extra Silbergeld hätte schicken sollen. In Niutschwang

habe es aber an Silbergeld gefehlt, und der Wechselkurs auf Nittschwang sei in Shanghai hoch gewesen, so daß selbst nach Zahlung der Fracht und Versicherung die Sendung von barem Geld immer noch geschäftlich vorteilhaft und außerdem notwendig gewesen sei. Das sei der zweite Grund, weshabb das zur Verhandlung stehende Geld in bar versandt vorden sei. Die obigen Tatsachen gingen hervor aus den Beweisstücken Nummer 2, 3, 5 bis 7 und 9 bis 11.

- 2. Daß der Agent der Reklamanten das zur Verhandlung stehende Silbergeld an die Firma Ying Yu Ha o in Niutschwang geschickt habe, sei, wie dargetan, eine für eine Exportfirma natürliche Maßnahme, die mit den russischen Truppen in keinerlei Bezichung stehe. Wenn man annehme, daße szulässig sei, eine derartige reine Handelstransaktion für unerlaubt zu erklären und die auf der Reise befindlichen Güter einzuzehen, so bedeute das eine Entziehung des Rechts, Gewerbe zu treiben. Von etwas dergleichen, wie insbesondere auch davon, daß neutralen Staatsangehörigen das Recht auf ihr gewöhnliches Gewerbe in ihrem eigenen Lande entzogen werden könne, habe man bislang in der Praxis und Wissenschaft des Kriegsvölkerrechts noch niemals etwas gehört.
- 3. Der Dampfer "Hsi-Ping" habe seine Absicht, nach Niutschwang und anderen Häfen zu gehen, in Shanghai Zeitungen bekannt gemacht, und der englische Konsul habe die Abreise zwecks Gütertransports nach Niutschwang gutgeheißen. Auch das Zollamt in Shanghai habe die öffentlich nach Niutschwang gehende Ladung passieren lassen. Daher habe der Agent der Reklamanten ohne weitere Überlegung ganz unbefangen dem Schiffe das zur Verhandlung stehende Silbergeld zur Beförderung übergeben. Danach sei die Beschlagnahme, von der Einziehung nicht zu reden, im höchsten Grade unerwartet gekommen.

Wenn man das Geld wirklich heimlich habe absenden wollen, um es zum Gebrauch der russischen Truppen dienen zu lassen, so hätte man ein so difentliches Transportverfahren nicht wählen sollen. Daß man doch ein solches Verfahren eingeschlagen habe, liefere reichlichen Grund für die Vermutung, daß böser Glaube dabei nicht vorgelegen habe.

 In dem Urteil erster Instanz werde zur Begründung folgendes gesagt:

Nüuschwang sei zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen und habe als ein Hauptetappenort gedient. Außerdem habe das russische Kriegspapiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine sehr an Kredit verloren, und es sei bekannt, daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, benötigt worden sei, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es müsse daht angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre.

Daraufhin aber, daß Niutschwang ein Hauptetappenort der rusischafter zum Gebrauch der Truppen geliefert würden, sei unbillig stereg
und widerlaufe auch den Tatsachen. Daß, wenn auch Niutschwang
zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen si,
deshalb der Handel Niutschwangs nicht in Stillstand geraten, sonden
tatsschlich ausgeübt worden sei, könne man aus den das Beweisstück
Nr. 15 bildenden telegraphischen Mitteilungen der Niutschwang-Filiale
der öffenen Handelsgesellschaft Mits ui B u san über die Handellage in Niutschwang bis zum Juli des vorigen Jahres entnehmen. Wem
später die chinesische Zollstatistik für das Jahr 1904 erscheinen werde,
so würden sich diese Tatsachen bestätigen.

Selbst angenommen, die russischen Truppen hätten Geld, sie das zur Verhandlung stehende, nötig gehabt, so sei es doch ansinnig, ohne zu fragen, wem es gehöre, anzunehmen, daß es unbedingt an die Truppen geliefert worden wäre. Auch sprächen die Tatsachen nicht dafür. Vielmehr müsse grundsätzlich angenommen werden, daß, wen die Reklamanten, welche ein Exportgeschäft hätten, von Shanghai, woher sie ihre Kapitalien geliefert bekämen, nach Niutschwang, dem Sitz ihres Geschäfts, Geld, welches zum Betriebe des Geschäfts erforderlich sie, befördern ließen, dieses Geld im Betriebe des Geschäfts der Reklamanten zur Verwendung kommen solle. Wenn man diese natürliche Vermutung umstürzen wolle, so bedürfe es dazu unter allen Umständen sichere Oründe und Beweise. Wenn daher das Urteil erster Instanz auf die verzeichneten vagen Gründe eine Annahme aufgestellt habe, welche dieser natürlichen Vermutung widerspreche, so sei das auch vom Standpunkt des Beweissechts unzutreffend.

5. Silbergeld sei sogenannte bedingungsweise Konterbande De se demnach nur in den beiden Fällen: (1) daß es für die feindliche Arme oder Marine bestimmt sei; (2) daß es nach feindlichem Gebiet bestimmt sei, und angenommen werden müsse, daß es zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würde, Kriegskonterhande sei, 9 sei es nötig, für die Behauptung, daß es Konterbande sei, Beweise beizubringen, welche darätien, daß es für die feindliche Armee oder Marine bestimmt gewesen sei oder daß es zu ihrem Gebrauch habe geliefert werden sollen.

Wenn man also bei der Annahme, daß Konterbande nach dem Fall "(2)" vorliege, einfach so folgere, daß die Güter, weil sie nach 

" li. Zitter 2.

einem von den feindlichen Truppen besetzten Ort gesandt würden, auch zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werdem würden, so schließe man aus dem Vorhandensein der ersten der beiden Bedingungen, welche dieser Fall erfordere, ohne weiteres auf das Vorhandensein auch der zweiten Bedingung. Das sei im Erfolg dasselbe, als wenn die zweite Bedingung überflüssigerweise geschrieben worden sei, und laufe darauf hinaus, daß die bedingte Kriegskonterbande des Falles "(2)" keinen Unterschied von der absoluten Konterbande aufweise, so daß der Sinn, welcher der Unterschiedung dieser beiden zugrunde liege, völlig zunichte gemacht werde.

Man werde aber vielleicht behaupten, die Grundlage, auf welche hin das Gericht erster Instanz das zur Verhandlung stehende Geld als Konterbande angesehen habe, beschränke sich nicht nur darauf, daß das Geld nach einem vom Feinde besetzten Platz bestimmt sei. sondern es sei auch die weitere Begründung beigefügt, daß die feindliche Armet oder Marine es benutzen werde. Demgegenüber sei aber folgendes zu bemerken: ledermann könne in allen Umständen Geld gebrauchen, und die Verwendbarkeit desselben beschränke sich nicht auf die russische Armee oder Marine. Wenn demnach dafür, daß nur die russische Armee oder Marine das zur Verhandlung stehende Geld gebrauchen werde, keine besonderen Gründe vorlägen, so gebe die obengenannte weitere Begründung des Urteils der ersten Instanz auf die Frage, inwiefern die Annahme berechtigt sei, daß das zur Verhandlung stehende Geld bei den russischen Truppen zur Verwendung kommen werde, die Antwort, man müsse annehmen, daß es bei den russischen Truppen zur Verwendung gekommen sein würde, weil diese es zu verwenden genötigt gewesen seien. Das sei Beantwortung einer Frage mit derselben Frage.

Obwohl den Reklamanten die Beweislast nicht obliege, hätten sie ihre Behauptungen, daß das zur Verhandlung stehende Geld weder für die russischen Truppen bestimmt, noch zu ihrem Gebrauch zu liefern gewesen, daß es vielmehr zur Deckung des Bedarfs in dem Geschäft der Reklamanten versandt worden sei, mit verschiedenen beweiskräftigen Tatsachen und Gründen belegt. Der Staatsanwalt habe, ohne dagegen innen einzigen Gegenbeweis vorzubringen, diese Erklärung der Reklamanten verworfen, und die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, welches der Ansicht des Staatsanwalt beipflichte, sei daher auch vom Sundpunkt der Beweisführung rechtswidrig.

a. Es sei freilich nicht zu leugnen daß Nintschwang nicht nur Zeit der Aufbringung, sondern sehon seit der Zeit vor dem japanischnsischen Krieg unter russischer Gewalt gestanden habe. Aber man m\u00e4set dieses besetzte Gebiet nicht einem gew\u00f6hnlichen Okkupations-g\u00f6cht gleichstellen. Denn Nitteshwang sei ein dem Handel der M\u00e4chte

offenstehender Hafen und kein Kriegs- oder Blockadehafen. Es könne nicht mit nur während des Krieges besetzten Gebieten wie zum Beispiel der Song To-Bucht, der Taubenbucht und der Sho Ping-Insel bei Port Arthur auf eine Stufe gestellt werden. Wenn relative Konterbandegüter, das heißt Güter, wie sie im § 14 der Seeprisenordnung 1) aufgestellt seien, nach der Song To-Bucht usw. bestimmt wären, so werde jedermann dem zustimmen, wenn man annehme, daß sie direkt für die russischen Truppen bestimmt seien und daher als Kriegskonterbande eingezogen werden müßten. Wenn man aber einen solchen Fall und den Fall, wo die Güter nach Niutschwang bestimmt seien, gleichstelle, so entspreche das nicht dem wahren Sinne der japanischen Seeprisenordnung und des Völkerrechts über die Behandlung neutralen Gutes. Besonders seien auch die zur Verhandlung stehenden Silbermünzen kurantes Geld, wie es unter den Chinesen und den in- und ausländischen Kaufleuten Kurs habe. Von anderen Konterbandegütern, wie Lebensmitteln und dergleichen sei es weit verschieden, und es lägen Gründe vor, wonach man nicht auf Gebrauch seitens der Truppen schließen müsse. Beispielsweise sei zwischen Lebensmitteln, welche zum Gebrauch für die Russen, und solchen, welche zum Gebrauch für die Chinesen dienen sollten, ein großer Unterschied, so daß man, wenn Lebensmittel, welche für Russen geeignet seien, in großer Menge nach Niutschwang bestimmt würden, diese wohl als Konterbande ansehen könne. Geld sei aber nicht nur bei Truppen verwendbar, und da auch die Menge des hier versandten Geldes im Handel mit den großen Mengen Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl keinen Überschuß lassen würde. so könne man es nicht mit Lebensmitteln vergleichen und als Truppenbedarf ansehen.

7. Niutschwang sei ein Handelshafen. Daher müsse man einen Fall von bedingter Kriegskonterbande wie Geld besonders sorgfältig überlegen. Daher werde besonders die rechtliche Auffassung der Stellung Niutschwangs der Beachtung empfohlen, welche mit der diplomatischen Frage über den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnend eng verknüpft sei. Dieselbe sei folgende: Die Verhandlungen betreffend die Frage, ob die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen uss. aus Niutschwang verboten werden solle, hätten zu dem Resultat geführt, daß die Ausfuhr gestattet sein solle, wenn es garantiert werde, daß die Güter nicht beim Militär zur Verwendung kommen würden. Dieses sei der Kaiserlichen Regierung mittels Berichts des in China akkreditierten Gesandten vom 18. April 1904 mitgeleilt worden, und japan habe diese Tatsache, daß die Bohnen, Bohnenkuchen usse, nach japanischen Häfen ausgeführt werden würden, mit Freuden begrüßt. Wenn daher auch Nitsterhamp von den russischen Trunnen bes

\_\_\_\_

setzt gewesen sei, so sei es doch ein diplomatisches Faktum, daß der Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen usw. von Japan, Rußland, China und anderen neutralen Staaten gutgeheißen sei. Darin liege ein wiehüger Grund, weshalb die vorliegende Sache nicht allein daraufhin, daß Rußland Niutschwang besetzt habe, entschieden werden könne. Denn wenn die Mächte so den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen usw. übereinstimmend gestattet hätten, so falle auch das Resultat dieses Handels, nämlich, daß die Kaufleute den Preis für die verkauften Waren in Empfang nähmen, in den Bereich dieses übereinstimmend gestattete Handels. Demnach könne das Silbergeld, welches als Preis für die Bohnen, Bohnenkuchen usw. eingenommen sei, vorausgesetzt, daß es nicht an die russischen Trupen epen. nicht eingezopen werden.

Daß aber das zur Verhandlung stehende Geld der Kaufpreis für frühere Bohnen, Bohnenkuchen usw.; sowie Kapital für den auch in Zukunft erlaubten Einkauf derselben; und daß es kleines Geld sei, wie es für solche Einkäufe nötig sei; kurz, daß es in jeder Beziehung im Rahmen harmlosen Handelsverfahrens stehe, alles dies gehe aus den einererichten Beweisen klar hervor.

Da die Absicht des Völkerrechts und der Seeprisenordnung dahin gehe, die Rechte neutraler Staatsangehöriger zu achten, so werde um äußerste Unparteilichkeit bei Beurteilung der zum Beweise ungefälschter Tatsachen eingereichten Beweisdokumente gebeten.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Zur Einziehung von Gütern auf Grund der Annahme, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würden und daher Konterbande seien, sei es nicht unbedingt erforderlich, darzulegen, daß diese Annahme sich auf Beweise gründe. Im Fälle, daß anch der Art der Güter, den Verhältnissen des Einfuhrotst und anderen Umständen angenommen werden könne, daß die Güter zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würden, habe das Prisengericht nach freier Überzuegung zu befinden.

Das zur Verhandlung stehende Geld sei in China zeprägt und habe in Nituschwang sowie auch in den verschiedenen Gegenden der Mandschurel Kurs. Es sei alles eine und dieselbe Art kleines Silbergeld, wie es zum Lohn für Tagelöhner sowie zum Einkauf der zum Haus- und persönlichen Gebrauch dienenden Gegenstände am geeignetsten, zur Zahlung bei großen geschäftlichen Transaktionen jedoch am allerungesignetsten sei. Es sei bequem für kleine, aber äußerst unbequem für große Zahlungen. Zur Zeit, als das Geld in Nittschwang habe eingeführt werden sollen, sei, wie das Urteil erster Instanz sage, Nittschwang von den russischen Truppen besetzt gewesen, und die

in Port Arthur und den verschiedenen Teilen der Mandschurei liegenden russischen Armee- und Marinetruppen seien von diesem Platz als Bezugerot für ihren Kriegsbedarf abhängig gewesen, und die meisten Lebenmittel und sonstigen Gegenstände, die der Feind nötig gehabt habe, seien von dort geliefert worden. Da aber infolge der andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine das Kriegspapiergeld, welches in Nutschwarg und auch in verschiedenen Teilen der Mandschurei Kurs gehabt habe, sehr im Kredit gesunken sei, so seien bei der Zahlung der Preise für requirierte Gegenstände und der Löhne für Menschen- und Pferdearbeit, d. h. also bei den kleinen Zahlungen, plötzlich Schwierigkeiten entstanden. Daher seien Klagen über das Bedürfnis nach kleinem Hartgeld, besonders Oeld wie dem zur Verhandlung stehenden, laut geworden, und man sei auch bezüglich dieses auf Nituschwang angewisene gewesen.

Die Reklamanten hätten daraufhin unter Erleidung von allerhand Schwierigkeiten und unter großem Risiko die Kommission und Versicherung gezahlt und viele Tausend Ven weit, von Shanghai nach Niutschwang, einführen wollen. Die Frage, wie das Bedürfnis hierfür, entstanden sei, beantworteten sie damit,

es sei die Folge einseitigen Wechselverkehrs; ierner dien das Geld als Kapital zum Einkauf der von Niutschwang nach Shanghai ausgeführten Bohnen, Bohnenkuchen und des Bohnenöls; auch sei der Wertunterschied zwischen Siber und Papier so groß geworden, daß der Kurs für Siber gegen Papier bis zu 20 und 30 % betragen habe und es einträglich gewesen sei, bares Silbergeld von Shanghai kommen zu lassen.

Niutschwang sei aber seit langer Zeit von den Russen okkupiert gewesen, und die von dort zur Austuhr gelangenden Bohnen, Bohnenkuchen usw. seien von ihnen entweder als Nahrungs- oder Brennmittel requiriert worden. Auch sei, um den Gegner in Verlegenheit zu bringen, die Ausfuhr derselben streng verboten worden, so daß eine Ausfuhr der Hauptexportartikel: Bohnen, Bohnenkuchen usw. fast gar nicht stattgefunden habe.

Dagegen seien die Kriegsbedürfnisse der russischen Truppen in der Gegend von Niutschwang immer größer geworden, und neben der gewöhnlichen Einfuhr sei die Einfuhr von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen sehr gewachsen, so daß Ein- und Ausfuhr völlig aus dem Gleichgewicht gekommen und demzufolge natürlich in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai zahlreich, und in Shanghai zahlbreich, und in Shanghai zahlbreich gering geworden seien. So seien in Niutschwang zahlbare Wechsel gering geworden seien. So seien in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai leicht und billig käuflich gewesen. Wenn daher die Reklamanten in ihrem Geschäftsbetrieb in Shanghai ver

einnahmte Gelder nach Niutschwang zu schicken gehabt hätten, so hätten sie, anstatt das Risiko und die Kommission und die sonstigen Kosten bei Übersendung von barem Geld zu tragen, lieber mit dem Gelde in Niutschwang zahlbare Wechsel kaufen sollen, bei deren Übersendung sie zugleich Bequemitlicheit und Vorteil gehabt haben würden. Daß ein in Geschäften scharfsinniger chinesischer Kaufmann, besonders Bankfirmeninhaber, wie die Reklamanten es seien, ein bequemes und unvorteilhaftes Verfahren außer acht lassen und ein unbequemes und unvorteilhaftes Verfahren wählen und vorsätzlich Schaden und Risiko außschen solle, sei kaum elaublich.

Zudem sei, wie oben dargetan, die Ausfuhr der Hauptexportartikel Bohnen, Bohnenkuchen usw. fast gänzlich ins Stocken geraten, so daß ein Bedürfnis, Kapital zum Einkauf bereit zu halten, nicht vorgelegen habe.

Daß ferner zwischen Silber und Papier in der Gegend von Niuschwäng eine so außerordentlich große Wertdifferenz bestanden habe, so daß eine Übersendung von barem Gelde von Vorteil gewesen wäre, sei nur eine mündliche Behauptung der Reklamanten, welcher man mangels anderer Grundlagen schwer Glauben schenken könne.

So könne man, wie dargetan, welchen Punkt der Reklamanten man auch erwägen möge, aus keinem derselben ein Bedürfnis für die Sendung des baren Geldes entnehmen.

Dagegen hätten die russischen Truppen zur Deckung ihres Kriegsbedarfs chineisches Geld und insbesondere kleine Münze, wie die zur Verhandlung stehende, dringend nötig gehabt. Wenn daher die Reklamanten, ohne Bedürfnis für ihr Geschäft, mit vieler Mühe viele Tausend Ven kleines Geld gesammelt, vorsätzlich die Gefahr des Transports getragen, Kommission, Versicherungsprämie und Fracht bezahlt hätten, um dieses Geld nach Nitstchwang zu schaffen, so sei es ohne viel Worte offenbar, daß sie darin dem plötzlichen Bedürfnis der russischen Truppen hätten nachkommen wollen.

Selbst einmal zugegeben, das Geld habe nicht besonders eingeführt werden sollen, um dem Bedarf der russischen Truppen zu entsprechen, so misse man doch vermuten, daß es, wenn es nach Niutschwang gekommen wäre, jedenfalls zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben wärde. Daher sei es zutreffend, daß das Urteil erster Instanz auf Grund dieser Tatsachen unter Berücksichtigung der damälgen Umstände angenommen habe, daß das zur Verhandlung stehende Geld sofort nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würde. Daher sei die Berutung der Reklamanten unbegründet.

Die Reklamanten behaupteten:

Neben der Notwendigkeit des zur Verhandlung stehenden

Geldes für die russischen Truppen in Niutschwang habe es aber auch an Bedürfnis für dasselbe im Handelsbetrieb Niutschwangs nicht gefehlt. Es sei aber unbillig, dies sonstige Bedürfnis gar nicht zu berücksichtigen und, weil die russischen Truppen Geld bedürften, zu entscheiden, daß es ihnen geliefert worden sein würde,

Das Urteil erster Instanz habe aber nicht lediglich daraufhin, daß die russischen Truppen das zur Verhandlung stehende Geld nößig gehabt hätten, so entschieden. Nach den Verhältnissen Niustchwangs zur Zeit der Einfuhr; nach der Tatsache, daß eine Notwendigkeit, bares Geld zu senden, nicht vorgelegen habe; und nach verschiedenen anderen Tatsachen sei es schwer anzunehmen, daß die Reklamanten, wie sie behaupteten, das zur Verhandlung stehende Geld, weil sie es in ihrem Handelsberieb benötigt hatten, eingeführt hätten. Dagegen hätten die russischen Truppen in ihrem Geldbedarf Mangel gelitten. Aus diesen Gründen habe das Urteil erster Instanz geschlossen, daß das Geld nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch für die russischen Truppen geliefert worden wäre. Es habe also nicht, ohne das damalige Bedürfnis in Handelskreisen zu berücksichtigen, in willkürficher Weise lediglich daraufhin, daß die russischen Truppen Geld nötig gehabt hätten, entschieden, daß es zu ihrem Gebrauch dienen wärde.

Nach dem Ausgeführten seien die Behauptungen der Reklamanten alle unbegründet und das Urteil erster Instanz zutreffend. Daher sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es bedarf keiner Erörterung, daß Niutschwang zu dem chinesischen Hoheitsgewässer gehört und kein russisches Territorium ist. Der Kaiserliche Konsul in Niutschwang, Segawa, hat aber berichtet, daß

Rußland, seitdem es diesen Platz besetzt gehabt, dort eine Zivilverwaltungsbehörde eingerichtet und bis zum 25. Juli 1904 die Flagge eines Zivilverwaltungsamts geführt habe. Dies habe mit dem Morgen jenes Tages plötzlich aufgehört, und es sei wieder die Konsulatsflagge geheißt worden. Beim Eindringen unserer Truppen sei die französische Flagge geheißt worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Gelder aufgebracht wurden, Niutschwang tatsächlich unter russischer Verwaltung stand, daß der Feind dort nicht nur viele Truppen liegen, sondern auch einen Hauptetappenort eingerichtet hatte. Wenn daher Güter dorthin befördert werden, so muß das ebenso angesehen werden, als ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt seien. 9) Da es demnach offenbar ist, daß die Tatumstände zu der Annahme be-

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup>) V. § 5.

rechtigen, daß auch das zur Verhandlung stehende, von den Reklamanten für die Einfuhr nach Nituschwang bestimmte Silbergeld zum Kregegebrauch des Feindes geeident haben wärde, so muß man sagen, daß es die Voraussetzungen, welche es zur Konterbande machen, erfüllt. 9

In einem Bericht des oben genannten Kaiserlichen Konsuls heißt es, daß

die russische Regierung beim Beginn des Baues der mandschurischen Eisenbahn anfänglich alle Zahlungen in Gold geleistet habe. Ein oder zwei Jahre später habe sie daneben Papierrubel benutzt und den Chinesen gesagt, zwischen dem Metall und dem Papier sei kein Unterschied. Dann habe sie, um dem Papier Kredit zu verschaffen, nach und nach das Gold zurückgezogen und das Papier vermehrt. Im Jahre 1902 sei es dahin gekommen, daß man in der Mandschurei russisches Goldgeld nur sehr selten in Umlauf gesehen habe. Damals habe aber die russisch-chinesische Bank schon an verschiedenen wichtigen Plätzen Niederlassungen errichtet. In diesen Banken sei das Papier zum Tageskurse gegen Silbergeld eingelöst worden und in der Mandschurei habe dabei der Papierrubel einen Tauschkurs von 1 Dollar 30 Cents bis 1 Dollar 40 Cents Silbergeld gehabt. Als indessen seit Herbst 1903 die Gerüchte über einen Krieg zwischen Japan und Rußland in Blüte gestanden hätten, habe es unter den Chinesen geheißen, daß, wenn nach dem Ausbruch des Krieges die Russen einmal unterliegen würden, die russischen Papierrubel nicht mehr gewechselt werden könnten und nur noch den Wert von altem Papier haben würden. Von November oder Dezember dieses Jahres bis zum Ausbruch des Krieges im Februar 1904 habe der Umlauf des Papiergeldes eine starke Abnahme erfahren, und dasselbe sei von 1 Dollar 30 bis 40 Cents häufig auf 1 Dollar 10 Cents gefallen, und nur, dank den Bestrebungen der Niederlassungen der russischchinesischen Bank in den verschiedenen Orten den Kredit des Papiergeldes aufrecht zu erhalten, sei es nicht dazu gekommen, daß sein Umlauf ganz ins Stocken geraten sci. Als aber die Nachrichten von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Kaiping und Vingkow kamen, hätten die Chinesen, welche Papierrubel gehabt hätten, darin gewetteifert, diese zu verkaufen. Der Rubel sei damals bis auf 70 oder 80 Cents gefallen. Aber da in Tientsin und Shanghai Papierrubel immer zum Tageskurs gegen Silbertaels gewechselt werden könnten, so hätten Geldwechsler in Yingkow, wenn das russische Papiergeld gefallen gewesen sei, diess aufgekauft, nach Shanghai geschickt und mit ungeheuren Gewinn wieder eingetauscht.

Nach diesem Bericht zu urteilen, erregte der Papierrubel also schon bei Beginn des japanisch-russischen Krieges unter den Chinesen ganz allgemein Verdacht und Mißtrauen, und es zeigte sich die Fendenz, daß er schließlich gänzlich den Kredit verlieren würde. Als die Nachricht von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Yingkow gekommen war, traf freilich die russisch-chinesische Bank sorgfältige Maßnahmen, um das alte Verhältnis wiederherzustellen; es kam aber trotzdem zu einem großen Sturz. Als sodann immer mehr Nachrichten von dem weiteren Kampf und Sieg der japanischen Truppen kamen, war die Lage so, daß es sich auf keine Weise mehr vermeiden ließ. daß der Rubel unter den Chinesen ganz allgemein seinen Kurs verlieren würde. Es ist daher ganz klar, daß die Situation so war, daß die russischen Truppen zu der Zeit, wo das zur Verhandlung stehende Silbergeld befördert wurde, zur Requisition des Kriegsbedarfs und Bezahlung der Kulis den Papierrubel nicht ohne weiteres verwenden konnten. Daher ist es offenbar, daß chinesisches Silbergeld zu jener Zeit für die russischen Truppen unentbehrlich geworden war.

Ferner besagt der Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls 1 juin in Tientsin über die russischen Papierrubelscheine:

Mit der Eröffnung des Krieges zwischen Japan und Rubland seien unter vielen Chinseen Zweifel über die Einföbarkeit der Rubelscheine aufgekommen. Man habe gefürchtet, daß sie Fälschungen seien, und der Krecill sei beeinträchtigt worden. Auch unter den Russen und der russischen Regierungslieferanten seien nur wenig Rubelscheine im Verkehr gewesen, wenn man auch nicht behaupten könne, daß sie absolut keinen Umlauf gehabt hätten. Wenn die Banken in Tientsin sie in die Hand bekommen hätten, so hätten sie sie nicht als Geld behandelt, sondem als eine Art Wertnapier.

Danach hat der Rubelschein, nachdem die Russen bei Nanshar und Tehlitze geschlagen worden waren, unter den Chinesen allgmein keinen Umlauf gehabt. Er war nur gelegentlich des Kurssturzes eine Art Handelsobjekt für Kaufleute, die großen Gewinn erzielen wollten. Daher hat der Rubelschein auch die Requisitionen der russischen Truppen und die Löhne der Kulis nicht zahlen können. Aus allem diesen geht klar hervor, daß die russischen Truppen chinesisches Geld nöß hatten.

Wenn es auch offenbar ist, daß trotz des japanisch-russischen Krieges die Hauptprodukte Niutschwangs Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl, wie auch die Reklamanten behaupten, verhandelt worden sind, so bestand daneben doch die Tatsache, daß auf der anderen Seite Kaufleute in Benutzung der Gelegenheit, daß die russischen Truppen chinesisches Umlaufsgeld nötig hatten, die vermehrten Rubelscheine billig von den russischen Truppen kaufen und dadurch großen Gewinn erzielen konnten. Daher stimmt die Behauptung der Reklamanten, daß das in Streit befangene Silbergeld, weil jeder Warenhandel in Betrieb gewesen sei, auf keinen Fall dem Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, nicht mit den Tatsachen überein. Vielmehr ist es natürlich anzunehmen, daß zu einer solchen Zeit die geschäftlich scharfsinnigen chinesischen Kaufleute, vor allem die Bankunternehmer, anstelle ihrer gewöhnlichen Geschäfte lieber Rubelscheine billig von den Russen kaufen und, um einen außerordentlichen Profit zu erzielen, die Gefahr eines solchen Geldimports laufen würden. Das zur Verhandlung stehende Geld ist durch Vermittlung der Seetransportfirma Täng Ming Chien, welche eine volle Ladung Kriegskonterbande heimlich nach Niutschwang zu befördern beabsichtigt hatte, und zugleich mit dieser Konterbande auf demselben Schiff verladen und befördert worden. Dazu ist sein Bestimmungsort ein russischer Etappenort und, wie oben dargetan, bedurften die russischen Truppen solchen Geldes. Daraus muß geschlossen werden, daß der Zweck der Einfuhr des Geldes der gleiche gewesen ist wie der der Einfuhr der übrigen Konterbandeladung, nämlich Lieferung zum Gebrauch der russischen Truppen. Demnach ist es durchaus zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz die Einziehung des Geldes ausgesprochen hat,

Da Personen, welche Schleichimport treiben, immer genötigt sind, mit allen Mitteln den Verdacht abzulenken und die Spuren zu verheimlichen, so kann die Tatsache, daß man in Shanghai beim Zollamt öffentlich die Ausfuhrformalitäten erfüllt hat, nicht als Beweis erachtet werden, der geeignet sei, der obigen Tatsache entregeenzustehen.

Wenn man die von den Reklamanten angeführten Beweise betrachtet, so können sie lediglich zu der Vermutung führen, daß in jedem Jahre Fälle von Einfuhr kleinen Silbergeldes vorkommen. Für die Behauptung aber, daß, obgleich eine Gelegenheit großen Gewinn zu erzeiten, vorhanden war, diese Gelegenheit in richt berücksichtigt worden sei und das Geld für die alljährlich wiederkehrenden Handelszwecke dienen sollte, ist keinerlei Beweis erbracht worden.

Die Reklamanten behaupten, daß es nicht zu bestreiten sei, daß die Verwendung von Silbergeld sich nicht auf die russische Armee und Marine beschränke, sondern daß es allgemein im Verkehr unter den Chinesen verwendbar sei. Was indes das von den Reklamanten ein-

zuführen beabsichtigte Silbergeld angeht, so ist aus den Tatumständen die Annahme, daß dasselbe zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würde, offenbar gerechtierfigt. Dasselbe kann daher, gerade wie auf Grund derselben Tatumstände der gleichen Annahme bei Lebensmitteln wie Reis und Weizenmehl nichts im Wege sieht, als Konterbande anressehen werden.

Da ferner der Örund dafür, daß Lebensmittel, Geld usw., vem sie nach feindlichem Gebiet gehen oder zum feindlichen Kriegsgebraude gleifert werden sollen, als Konterbande gelten, der ist, daß nam degegen ist, daß solche Güter im Ende die Kriegsfahigkeit des Feinds unterstützen, so ist die Frage, ob ihr Bestimmungsort ein Kriegshafen oder Blockadehafen ist, für die Entscheidung ob ein Konterbandetransport vorliegt oder nicht, nicht von wesentlicher Bedeutung. Wend der Bestimmungsort ein Kriegshafen oder Blockadehafen ist, so liefet das nur einen Umstand, welcher die Vermutung, daß die dorhlin bestimmten Güter Konterbande sind, erleichtert. Daher ist auch dieser Punkt der Berufung nicht anzuerkennen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

In Sachen der Beschlagnahme des chinesischen Dampfers "Pei-Ping" und seiner Ladung wird nach Einsicht des Schriftsatzes der Staatsanwälte Mizukami Chojiro, Yamamoto Tatsurokuro und Hayashi Eijuro, wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Pei-Ping" und die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Stücke seiner Ladung werden freigegeben.

## Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer steht im Eigentum der englischen Kaiping Minengesellschaft in Tientsin, führt die chinesische Handelsflagge, hat seinen Heimatshafen in Shanghai und dient zum Personen- und Gütertransport. Er ist beladen mit den in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Gütern und außerdem mit Eist. Silbergeld, Nahrungsmitteln und Getränken. Am 15. Juli 1904 ist er von Shanghai abgefahren und auf der Reise nach dem von den Russen besetzten Niutschwang am 17. desselben Monats 10 Uhr vormittags auf 37° 35" n. B. und 122° 23" ö. L. unter dem Verdacht, Kriegskonterbande zu führen, von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Hongkong Maru" beschlagnahmt worden.

Diese Talsachen werden bewiesen durch die schriftliche Aussage des Vertreters des Kommandanten der "Hongkong Maru", Kapitän-leutnants I wa mu ra T et su ji ro, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns A. Maetaggart, des Kompradors C heong S ou Wing, des I. Offiziers H. C. Atkinson, den Kaufvertrag, das Schiffszerlifikat, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei auf offener See beschlagnahmt worden und, da ein großer Teil der Ladung, wie Eisen, Nahrungsmittel und Getränke vermöge ihrer Bestimmung nach dem von den Feinden besetzten Niutschwang Kriegskonterbande sei, so sei die Beschlagnahme zu Recht ausgeführt worden. Aber das Schiff und die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter seien freizugeben.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es steht fest, daß das Kaiserliche Kriegsschiff "Hongkong Maru" die Beschlagnahme auf dem Punkte 37° 35° n. Br. und 122° 23° ö. L., also auf offener See etwa 10 Seemeilen nordöstlich von Weihaiwei in China ausgeführt hat.

Da ein großer Teil der Ladung aus Eisen, Silbergeld, Reis, Weizenmehl und alkoholischen Getränken bestand, welche nach dem von dem Feinde besetzten Niutschwang bestimmt waren, so ist die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes und seiner Ladung rechtmäßig erfolgt,<sup>3</sup> bl. anzunehmen war, daß die genannten Güter für den Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert würden und somit Kriesskonterbande seien.<sup>3</sup>)

Da aber nicht nur das Schiff ein neutrales ist, sondern auch die Reeder nicht die Verlader der Konterbande sind, <sup>3</sup>) auch bezüglich der Verladung der Konterbande die Anwendung betrügerischer Mittel nicht zu ersehen ist, <sup>4</sup>) so ist es nötig, das Schiff freizugeben.

Was ferner die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Stücke der Ladung angeht, so sind sie weder Kriegskonterbande, noch gehören sie dem Eigentümer der Kriegskonterbandegüter. <sup>8</sup>) Daher sind auch sie freizugeben.

Im Prisengericht zu Sasebo am 11. August 1904.

# (Unterschriften.)

<sup>1</sup>) V. § 37, I. — <sup>2</sup>) II. — <sup>3</sup>) V. § 43, — <sup>4</sup>) V. § 44. — <sup>4</sup>) V. § 43, 1. (23°)

### Verzeichnis der Güter des Dampfers "Pei-Ping".

Nr.	Art der Güter	Zahl	Ablader	Verschif- fungsort	Empfänger	Bestim- mungsor
1	Verschiedenes .	17	Dunning & Co.	Shanghai	E. Gilchrist	Niutschwan
2	Kalender	1	W. H. Boyd Co.	"	Bush Bros.	"
4	Säcke		H.Robertson	,,	Order	,,
5	,,	15	,,	,,	,,	,,
6	,,	40	,,	,,	,,	,,
7	,,	10	,,	,,	,,	,,
8	,,	30	,,	39	,,	39
106	Whisky	1	Shau Chi Yeon	,,	Inhaber	Chiwantao
107	Holländ. Gin	1			,,	
108	Hutzucker	1		, ,	,,	,,
109	Kleidungsstücke, Hüte, Bücher	2	Schiller & Co.	"	KaipingMin- ing Co. Ltd.	Tientsin
110	Knegsmatenal, Baumwollen- zeug, Hüte	3	"	"	"	**

Reklamant: Canton insurance Office Ltd., vertreten durch Jardine, Matheson & Co.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Suzuki Jubi, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 8 und Hatakeyama Shigeaki, Nagsaki, Hiradomachi Nr. 18.

In der Prisensache betreffend Ladung des chinesischen Dampfers "Pei-Ping" wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Die unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Getz Bros versandten 45 Kolli Lebensmittel werden eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 45 Kolli Lebensmittel, bestehend aus konserviertem Obst, Schokolade, Makkaroni und anderem, sind von der Firma Getz Bros in Shanghai, China, auf dem chinesischen Dampfer "Pei-Ping" verladen und am 15. Juli 1904 nach Nituschwang abgesandt worden. Als am 17. d. M. das Kaiserliche Kriegssehiff "Hongkong Maru" den Dampfer "Pei-Ping" wegen Konterbandetransports etwa.

18 Seemeilen nordöstlich von Weihaiwei in China aufbrachte, wurden auch die zur Verhandlung stehenden Güter mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Verterers des Kommandanten der "Hongkong Maru", Leutnants zur See Iwam ur or Tetsuijfro, die Vernehmungsprotokolie des Kapitäns A. Mactaggart, des Kompradors Cheong Sow Wing, des I. Offiziers H. C. Atkinson, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter seien von dem Eigentümer zum Verhauf in seinem Geschäft an seine Hauptniederlassung in Niutschwang versandt worden und hätten daher nicht an die feindliche Armee oder Marine geliefert werden sollen. Der Eigentümer schieke schon seit langen Jahrzehnten derartige Güter nach Niutschwang, um mit ihnen ein Geschäft zu betreiben.

mBezüglich der zur Verhandlung stehenden Güter habe der Reklamant zunächst bei dem chineisiehen Zollamt angefragt und die Güter erst verschiftt, als er die Antwort erhalten habe, daß sie nur, wenn sie an die kriegführenden Staaten geliefert werden sollten, Konterbande seien. Daraus könne man enthenhen, daß die Absicht, sie an den Feind zum Kriegsgebrauch zu liefern, nicht bestanden habe. Überdies würden derartige Güter in Friedenszeiten immer von Shanghai und anderen Plätzen viel nach Niutschwang eingeführt. Da die zur Verhandlung stehenden Güter auch der Zahl nach als gering bezeichnet werden müßten, so sei es eine übertrieben harte Annahme, daß sie besonders für den Kriegsgebrauch hätten geliefert werden sollen.

Der Reklamant habe bezüglich der zur Verhandlung stehenden Güter einen Seeversicherungsvertrag abgeschlossen. Da ihm demnach rechtliches Interesse zustehe, so beantrage er Freigabe der Güter.

echtliches Interesse zustehe, so beantrage er Freigabe der Güter.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Da die zur Verhandlung stehenden Güter nach Ankunft in

Da die zur Vernandung stenenden Guter nach Ankunt in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würden, seien sie Konterbande und demzemäß einzuziehen.

### Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind vorzugsweise von der Art, wie sie von Europäern und Amerikanern verwandt werden. Die Zahl der in Niutschwang ansässigen gewöhnlichen Europäer und Amerikaner war aber zu der fraglichen Zeit sehr gering. Dagegen lagen dort zahlreiche russische Truppen, und es ist auch bekannt, daß Niutschwang zu jener Zeit von den russischen Truppen besetzt war und als Hauptetappenort diente. Es ist daher unzweifelhaft, daß die zur Verhandlung stehenden Güter, wenn sie dort angekommen wären,

sogleich an die russischen Truppen geliefert worden wären. Sie sind daher Kriegskonterbande. <sup>3</sup>) Die Ausführungen der Vertreter der Relamation und die von ihnen eingereichten Beweisstücke sind alle nicht geeignet, diese Annahme umzustoßen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sascho im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Canton Insurance Office Ltd., vertreten durch Jardine, Matheson & Co., Shanghai, China, Bund Nr. 27.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Suzuki Jubi, Tokio. Kyobashiku Kagacho Nr. 8 und Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladung des Dampfers "Pehiping", welcher am 17. Juli 1904 auf 37° 35° n. Br. und 122° 23° 6. L. von dem Kaise-lichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Getz Brothers abgesandten 5 Kolli Lebensmittle erkannt worden ist.

Gegen dieses Utreil haben die Vertreter des Canton Insuranes Office, Jard ine, Matheson & Co., durch die Rechsanwälte Suzuki Jubi und Hatakeyama Shigeaki als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalts Dr. jur. Ishiwatari Bin ichi beim Oberprisengreicht geprüft worden ish

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation, Suzuki Jubi und Hatakeyama Shigeaki und deren Gründe sind folgende:

Die Reklamanten hätten für die in dem Urteil erster Instanz für eingezogen erklärten Güter Seeversicherungsverträge abgeschlossen. Wenn diese Güter eingezogen würden, so liege ihnen die Deckung des Schadens ob, so daß sie an der Angelegenheit stark interessiert seien.

Die zur Verhandlung stehenden Lebensmittel seien Güter, welche unter Ziffer 2 der Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom Jahre

<sup>1)</sup> II, Ziffer 2.

1904) fielen. Sie seien daher nur Konterbande, (1) wenn sie an die feindliche Armee oder Marine bestimmt wären oder (2) wenn angenommen werden misse, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würden. Die genannten Güter seien indes von einzelnen Kaufleuten einem Transportgeschäft zur Beförderung übergeben und offenbar nicht für die feindliche Armee oder Marine bestimmt. Das sei auch aus der Entscheidung betreffend den Dampfer "Pei-Ping", auf dem die Güter verladen seien, zu entnehmen. Was des weiteren die Frage angehe, ob sie für dem Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine hätten geliefert werden sollen, so beförderten die Ladungseigentümer gewöhnlich solche Güter als Handelswaren nach Nittschwarn und betrieben dies Oeschäft sehon seit lange.

Die Reklamanten hätten, um sicher zu sein, daß sie die negativen Pflichten neutraler Staatsangehöriger nicht verletzten, sich ausdrücklich bei der chinesischen Zollbehörde erkundigt und, wie sich aus dem Beweisstück A1 ergebe, die Antwort erhalten, daß Reis, Weizenmehl, Zucker, Petroleum und Silbergeld keine Konterbande seien, wenn sie nicht zum Gebrauch der kriegführenden Mächte geliefert werden sollten. Erst danach seien die Güter versandt worden. Wenn die Eigentümer den Zweck verfolgt hätten, sie zum Gebrauch einer der kriegführenden Mächte zu liefern, so liege kein Grund vor, weshalb sie diese Vorsieht geübt haben sollten. Vielmehr müsse man daraus schließen, daß sie nicht zum Gebrauch des Feindes hätten geliefert werden sollten.

Daß derartige Güter auch in Friedenszeiten von Shanghai oder anderen Plätzen in Niutschwang eingeführt würden, gehe aus dem Beweisstück A6 hervor.

Da ferner die Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Güter in Niutschwang ihre Hauptgeschäfte hätten, so hätten sie die Güter lediglich als Handelsobjekte versandt. Wenn Kaufleute Güter als Handelsobjekte kommen ließen, welche sie in gleicher Weise schon mehrere Jahrzehnte lang hätten kommen lassen, die Zahl der Güter auch gering sei, so könne man darin keinen ausseichenden Grund für die Annahme erblicken, daß sie zum Gebrauch des Feindes geliefert werden sollten.

Es werde daher Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Güter beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro sind folgende:

Wenn auch der Handel mit Kriegskonterbande eine Handlung sei, welche die Freiheiten des öffentlichen neutralen Handels genieße, so würden doch, um der Gefahr der Wegnahme zu entgehen, verschiedene Mittel ausgedacht und, wenn man Konterbande transportiere, so gebe man sich allgemein den Anschein, als ob kein Konterbandetransport vorliege. So sei es natürlich, daß man Güter nicht mit Konnossementen, welche offen an die Truppen adressiert seien, versende, oder daß man bei einer Versicherung klar ausspreche, daß es sich um Lebensmittel, welche an die Truppen zu schicken seien, handele. Daher sei es selbstverständlich, daß Beweisschriftstücke dafür, daß die zur Verhandlung stehenden Lebensmittel an die russischen Truppen in Niutschwang bestimmt seien, nicht vorhanden seien. Wenn man aber die Verhältnisse des Bestimmungsorts Niutschwang, die Art und Menge der Güter erwäge; wenn man ferner überlege, daß Niutschwang von russischen Truppen besetzt gewesen und ein Hauptetappenort gewesen sei; daß die Lebensmittel ihrer Art nach ausschließlich für den Bedarf von Europäern und Amerikanern geeignet und keine für Chinesen gewöhnlichen Lebensmittel seien; daß zur fraglichen Zeit außer den russischen Truppen in Niutschwang gewöhnliche Europäer und Amerikaner nur in sehr geringer Zahl vorhanden gewesen seien, so werde es klar, daß die Güter nicht den Bedarf dieser gewöhnlichen Personen zu decken bestimmt gewesen seien.

Auch daraus, daß der Reklamant unter Berücksichtigung der damaligen verschiedenen Umstände die Kriegsversicherung übernommen habe, sei es nicht schwer zu schließen, daß die genannten Lebensmittel den russischen Truppen hätten überliefert werden sollen.

Wenn dem so sei, erkenne das Völkerrecht es als Pflicht des von dem Unglück der Beschlagnahme Betroffenen an, sich diesem zu fügen.

Kurz, da hinreichend Tatsachen vorlägen, welche zu der Annahme nötigten, daß die zur Verhandlung stehenden Güter nach Ankunft in Niutschwang sogleich an die russischen Truppen überliefert worden wären, so könnten sie der Einziehung nicht entgehen.

Da nach diesem die Ausführungen des Reklamanten nicht stichhaltig seien, so sei das Urteil erster Instanz zutreffend, und die Berufung müsse abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es ist nach der Aussage des Reklamanten und nach den Akten nicht ub bezweifeln, daß die zur Verhandlung stehenden 45 Kolli vorzugsweise Lebensmittel enthalten, die dem Bedarf von Europäern und Amerikanern entsprechen. Daher ist für die Untersuchung der Frage, ob die Zeitverhältnisse bei der Beschlagnahme des Dampfers, "Pei-Pigi" derart gewesen sind, die Güter als Konterbande erscheinen zu lassen und ihre Einziehung nötig zu machen, der Bericht des Kaiserlichen Konsuls Se ga wa in Nitstehwang von Interesse, in welchem es helbt.

Seitdem Rußland Niutschwang besetzt halte, habe es dort eine Zivilverwaltungsbehörde eingerichtet und bis zum 25. Juli 1904 die Flagge eines Zivilverwaltungsamts geführt. Dies habe mit dem Morgen jenes Tages plötzlich aufgehört, und es sei wieder die Konsulatsflagge geheift worden. Beim Eindringen unserer Truppen in Yingkow sei die französische Flagge aufgezogen worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Güter aufgebracht wurden, Niutschwang tatsächlich unter russischer Verwaltung stand. Der Feind hatte dort nicht nur viele Truppen liegen, sondern auch einen Hauptetappenort eingerichtet. Wenn daher Güter dorthin befördert wurden, so muß das ebenso angesehen werden, als ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt seien. 3) Es ist daher klar, daß die Güter, wenn sie die Voraussetzungen von Kriegskonterbande erfüllen, weregenommen werden müssen.

Ihrer Art nach sind die genannten Güter, wie schon gesagt, Lebensmittel und Getränke, wie sie der Bedarf von Europäern und Amerikanern erfordert. Zur fraglichen Zeit waren aber in Niutschwang friedliche Europäer und Amerikaner nur in geringer Zahl ansässig, und da der Platz ein russischer Etappenort war, so muß angenommen werden, daß die fraglichen Güter, wenn sie dort eingetroffen wären, sofort zum Gebrauch der feindlichen Truppen geliefert worden sein würden. Das gegenwärtige Völkerrecht erkennt aber an, daß Lebensmittel und Getränke, welche nach feindlichem Gebiet gehen und zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollen, bedingte Konterbande sind. Es muß daher als zutreffend anerkannt werden, wenn das Urteil erster Instanz bezüglich dieser Güter die Einziehung erklärt hat. Bei der Beförderung von Kriegskonterbande ist es nicht angebracht, offen zu sagen, daß es sich um Konterbande handelt, vielmehr sucht man das Unternehmen so zu bemänteln, daß es äußerlich den Anschein eines einwandfreien Transports hat. Wenn daher bei der Abreise eine ausdrückliche Anfrage beim Zollamt gemacht worden ist, so ist das durchaus nicht geeignet, die obige Annahme umzustürzen.

Die Einfuhr von Kriegskonterbande bezweckt die Erlangung lichen Gewinns unter großem Risiko. Es fehlt nicht an Beispielen, wo rechtschaffene Geschäftsleute aus Gewinnlust solche Importe betrieben haben. Selbst wenn man daher, wie der Reklamant es ausführt, annimmt, daß die Eigentümer der in Streit befangenen Güter rechtschaffene Kaufleute sind, so steht das der obigen Annahme nicht entgegen.

Danach ist das Urteil erster Instanz durchaus zutreffend, und es liegt kein Grund für seine Aufhebung vor.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) V. § 5.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yü Po und Ching Pu Saw, in Firma Yu Shing Yuen, aus der Provinz Canton, Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori shichome Nr. 54.

In der Prisensache betreffend Ladung des chinesischen Dampfers "Pei-Ping" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Kai Ping Chiang an die Firma Yu Shing Yuen versandten zwei Kisten mexikanischer Dollars werden eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden zwei Kisten mexikanischer Dollurbestehen aus kleinem chinesischen Silbergeld. Sie sind von dem Frachtgeschäft Kai Ping Chiang auf dem chinesischen Dampfer "Pei-Ping" verschifft und am 15. Juli 1904 an Yu Shing Yuen abgesandt worden. Als am 17. d. M. das Kaiserliche Krigesschiff "Hongkong Maru" den Dampfer "Pei-Ping" wegen Konterbandetransports etwa 10 Seemeilen nordöstlich von Weihaiwai in China aufbrachte, wurden auch die zur Verhandlung stehenden Güter mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Hongkong Maru", Leutnants zur See I wa mu ro Tetsu jir o, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns A. Mactaggart, des Kompradors Cheong Sow Wing, des 1. Offiziers H. C. At kinson, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Die Reklamanten betrieben in Niutschwang ein Bankgeschäft. Sie hätten das zur Verhandlung stehende Geld von Shanghai kommen lassen wollen, weil zu der Zeit die Handelsverhältnisse in Niutschwang zu einem einseitigen Wechselverkehr geneigt hätten und weil die Zeit ird den Einkauf von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl gekommen gewesen sei, so daß Umlaufskapital nötig gewesen sei. Ferner sei der Kurs für Papiergeld und für kleines Sübergeld sehr ungleich gewesen, so daß die Reklamanten durch Einfurbr von Metalligeld einen Vorteil zu erzielen beabsichtigt hätten. Das zur Verhandlung stehende Geld sei nicht für die russische Armee oder Marine bestämmt gewesen und habe auch nicht zu ihrem Gebrauch geliefert werden sollen. Daher sei es keine Konterbande und müsse freigegeben werden.

Der Reklamant hat zum Beweis der vorstehenden Tatsachen verschiedene Beweisdokumente eingereicht.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter würden nach ihrer Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben Sie seien daher Kriegskonterbande und müßten eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Lebensmittel oder Geld nach einem von den feindlichen Truppen besetzten Hafen versandt worden sind, so kann je nach den Umständen angenommen werden, daß sie zum Gebrauch dieser Truppen dienen werden.

Niutschwang war zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen bestu und diente als ein Hauptetappenort. Außerdem hatte das russische Kriegspapiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine sehr an Kredit verloren, und es ist bekannt, daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, stark benötigt wurde, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es muß daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre. Es wird demnach für Kriegskonterbande angesehen, 3) und weder die Anführungen des Vertreters der Reklamation noch die von ihm eingeriechten verschiedenen Beweisdokumente sind imstande, diese Annahme umzustoßen.

Es wird daher, wie in der Urteilsformel, entschieden. 2)

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. - 1) V. § 43.

Reklamanten: Chan Yü Po und Ching Pu Saw, chinesische Staatsangehörige, in Firma Yu Shing Yuen, aus China, Provinz Canton, Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte TakygiToyozo, Tokio, Kojimachiku, Uchisaiwaicho sichome Nr. 3 und SakuraiIkkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori Nr. 54.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend Ladung des Dampfers "Pei-Ping", welcher am 17. Juli 1904 auf 37° 35° n. Br. und 122° 23° ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Kai Ping Chiang an die Firma Yu Shing Yuen versandten zwei Kisten mexikanischer Dollars erkantt worden ist.

Gegen dieses Urteil haben die Reklamanten, die chinesischen Statsangehörigen Chang YüPo und Ching Pu Saw, in Firma YuShing Yuen durch die Rechtsanwälte TakagiToyozo und Sakurai Ikkyu als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keirok und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Vertreter der Reklamation Takagi Toyozo und Sakurai Ikkyu sind folgende:

Es werde Aufhebung des Urteils des Prisengerichts zu Sasebo vom 17. Dezember 1904, welches die Einziehung von zwei Kisten mexikanischer Dollars, die auf dem chinesischen Dampfer "Pei-Ping" verladen gewesen sind, ausspricht, und Freigabe der genannten zwei Kisten mexikanischer Dollars beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

 Die Reklamanten h\u00e4tten ein Bankgesch\u00e4ft und betrieben daneben ein Engrosgesch\u00e4ft f\u00fcr Ein- und Verkauf.

Bei der Ausführ von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl nach Shanghai lichen die Kaufleute von Niutschwang den Wechselbetrag für die Güter dar, vereinnahmten in Shanghai den Wechselbetrag von dem Wechselschuldmer und bewerkstelligten die Obersendung dieses Betrages entweder durch Ankauf eines in Niutschwang zahlbarra Wechsels oder in Form baren Geldes. Auch in Fällen, wo Waren von Niutschwang nach anderen Plätzen als Shanghai ausgeführt würden und der Wechsel dargelichen werde, werde die Zahlung des Wechselbetrags bisweilen in Shanghai entgegengenommen. Denn da Shanghai das Zentrum des chineischen Handels sei, so sei es auch der Mitteb unkt des Geldumlaufs. Auch in Fällen, wo die Reklamanten selber Bohnen und Bohnenkuchen nach Shanghai ausführten, werde die Zahlung des Preises in Shanghai entgegengenommen, und auch, wem

die Ausfuhr nach anderen Plätzen wie Shanghai gehe, sei dies bisweilen der Fall.

So sei das zur Verhandlung stehende Geld im Verlauf einer Transkein von dem Angestellten der Reklamanten in Shanghai dort eingenommenes Geld, welches er bei einem Wechsler eingewechselt und an das Hauptgeschäft in Niutschwang gesandt habe.

Daß bares Silbergeld geschickt worden sei, habe seinen Grund darin, daß gerade in Niutschwang die Zeit für die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen usw. gekommen gewesen sei. Denn da in der Regel die Ausfuhrfirmen Zahlung für die Bohnen usw. in kleinem Silbergeld leistesten und die Kunden des Bankdepartements die Reklamanten um Leistung in Silbergeld bäten, so hätten dieselben sich darauf vorbereiten müssen. Dies sei einer der Grände, weshalb das zur Verhandlung stehende Geld in bar geschickt worden sei.

Wenn in Niutschwang Silbergeld reichlich und der Kurs für in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai niedrig gewesen wäre, so wäre es allerdings nicht nößig gewesen, daß der Angestellte der Reklamanten extra Silbergeld hätte schicken sollen. In Niutschwang habe es aber an Silbergeld geleht und der Wechselkurs auf Niutschwang sei in Shanghai so hoch gewesen, daß selbst nach Zahlung der Fracht und Versicherung die Zahlung von barem Geld immer noch geschäftlich vorteilhaft und außerdem notwendig gewesen sei. Das sei der zweite Grund, weshalb das zur Verhandlung stehende Geld in bar übersandt worden sei.

Die obigen Tatsachen gingen hervor aus den Beweisstücken Nummer 2, 3, 5 bis 7 und 9 bis 11.

- 2. Daß der Angestellte der Reklamanten das zur Verhandlung stehende Silbergeld an das Hauptgeschäft in Niutschwang geschickt habe, sei, wie dargetan, eine für ein Bankgeschäft natürliche Maßnahme, die mit den russischen Truppen in keinerlei Beziehung stehe. Wenn man annehme, daß es zulässig sei, eine derartige reine Handels-transktion für unerlaubt zu erklären und die auf der Reise befindlichen Güter einzuziehen, so bedeute das eine Entziehung des Rechts, Gewerbe zu treiben. Von etwas dergleichen, wie insbesondere auch davon, daß neutralen Stadatsangehörigen das Recht auf ihr gewöhnliches Gewerbe in ihrem eigenen Lande entzogen werden könne, habe man bislang in der Praxis und der Wissenschaft des Kriegsvölkerrechts noch niemals etwas gehört.
- 3. Der Dampfer "Pei-Ping" habe seine Ansicht, nach Niutschwang und anderen Häfen zu gehen, in Shanghai-Zeitungen bekannt gemacht, und der englische Konsul habe die Abreise des Dampfers zwecks Gütertransport nach Niutschwang gutgeheißen. Auch das Zollamt in Shanghai habe die öffentlich nach Niutschwang gehende Ladung passieren

lassen. Daher habe der Angestellte der Reklamanten ohne weiter Überlegung ganz unbefangen dem Schiffe das zur Verhandlung stehende Silbergeld zur Beförderung übergeben. Danach sei die Beschlagnahne, von der Einziehung nicht zu reden, im höchsten Grade unerwartet gekommen.

Wenn man das Geld wirklich heimlich habe absenden wollen, um es zum Gebrauch der russischen Truppen dienen zu lassen, so häte man ein so öffentliches Transportverfahren nicht wählen sollen. Daß man doch ein solches Verfahren eingeschlagen habe, liefere reichlichen Grund für die Vermutung, daß böser Glaube dabei nicht vorgelegen habe.

 In dem Urteil erster Instanz werde zur Begründung folgendes gesagt:

Niutschwang sei zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen und habe als ein Hauptetappenort gedient. Außerdem habe das russische Kriegspapiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Amee und Marine sehr an Kredit verloren und es sei bekannt, daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld xie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, benötigt worden sei, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es müsse daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre.

Daraufhin aber, daß Niutschwang ein Hauptetappenort der russischen Truppen sei, annehmen zu wollen, daß alle dorthin eingeführten Güter zum Gebrauch der Truppen geliefert würden, sei unbillig streg und widerlaufe auch den Tatsachen. Daß, wenn auch Niutschwang zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen sich deshalb der Handel Niutschwangs nicht in Stillstand geraten, sondern tatsächlich ausgeübt worden sei, könne man aus den das Beweisstück Nr. 15 bildenden telegraphischen Mitteilungen der Niutschwang-Filiale der offenen Handelsgesellschaft Mits ui B us san über die Handelage in Niutschwang ib zu nur Juli des vorjeng nähres entnehmen. Wenn später die chinesische Zollstatistik für das Jahr 1904 erscheinen werde, so würden sich diese Tatschen bestätigen.

Selbst angenommen, die russischen Truppen hätten Geld, sie das zur Verhandlung stehende, nötig gehaht, so sei es doch unsining, ohne zu fragen, wen es gehöre, anzunehmen, daß es unbedingt an die Truppen geliefert worden wäre. Auch sprächen die Talsachen nicht dafür. Veliember müsse grundsätzlich angenommen werden, daß, wenn die Reklamanten, welche ein Bankgeschäft hätten, Geld, wie es zum Betriebe dieses Gewerbes erforderlich sei, von Shanghai, woher sie

ihre Kapitalien geliefert bekämen, nach Niutschwang, dem Sitz ihres Geschäfts, befördern ließen, dieses Geld im Betriebe des Bankgeschäfts der Reklamanten zur Verwendung kommen solle. Wenn man diese natürliche Vermutung umstürzen wolle, so bedürfe es dazu unter allen Umständen sicherer Gründe und Beweise. Wenn daher das Urteil erster Instanz auf die dort verzeichneten vagen Gründe hin, eine Annahme aufgestellt habe, welche dieser natürlichen Vermutung widerspreche, so sei das vom Standpunkt des Beweisrechts unzuturfefned.

5. Silbergeld sei sogenannte bedingungsweise Konterhande. Da es demnach nur in den beiden Fällen: (1) daß es für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sei; (2) daß es nach feindlichem Gebiet bestimmt sei und angenommen werden müsse, daß es zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen werde, Kriegskonterbande sei, so sei es nötig, für die Behauptung, daß es Konterbande sei, Bewisse beizubringen, welche darätien, daß es für die feindliche Armee oder Marine bestimmt gewesen sei oder daß es zu ihrem Gebrauch habe reliefert werden sollen.

Wenn man also bei der Annahme, daß Konterbande nach dem Fall "(2)" vorliege, einfach so folgere, daß die Güter, weil sie nach einem von feindlichen Truppen besetzten Ort gesandt würden, aus zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden würden, so schließe man aus dem Vorhandensein der ersten der beiden Bedingungen, welche dieser Fall erfordere, ohne weiteres auf das Vorhandensein auch der zweiten Bedingung. Das sei im Erfolg dasselbe, als wenn die zweite Bedingung überflüssigerweise geschrieben sei, und laufe darauf hinaus, daß die bedingte Kriegskonterbande der Falls "(2)" keinen Unterschied von der absoluten Konterbande aufweise, so daß der Sinn, welcher der Unterschiedung dieser beiden zugrunde liege, völlig zunichte gemacht werde.

Man werde aber vielleicht behaupten, die Grundlage, auf welche hin das Gericht erster Instanz das zur Verhandlung stehende Geld als Konterbande angesehen habe, beschränke sich nicht nur darauf, daß das Geld nach einem vom Feinde besetzten Platz bestimmt sei, sondern es sei auch die weitere Begrändung beigefügt, daß die feindliche Armee oder Marine es benutzen werde. Demgegenüber sei aber folgendes zu bemerken: Jedermann könne in allen Umständen Geld gebrauchen, und die Versvendbarkeit desselben beschränke sich nicht auf die russische Armee und Marine. Wenn dennach dafür, daß die russische Armee oder Marine das zur Verhandlung stehende Geld gebrauchen werde, keine besonderen Gründe vorlägen, so gebe die obengenannte weitere Begründung des Urteils erster Instanz auf die Frage, mixiefern die Annahme berechtigt sei, daß das zur Verhandlung stehende Geld bei den russischen Truppen zur Versendung kommen wärde,

die Antwort, man müsse annehmen, daß es bei den russischen Truppen zur Verwendung gekommen wäre, weil diese es zu verwenden genötigt gewesen seien. Das sei Beantwortung einer Frage mit derselben Frage.

Obwohl den Reklamanten die Beweislast nicht obliege, hätten seinre Behauptungen, daß das zur Verhandlung stehende Geld weder für die russischen Truppen bestimmt, noch zu ihrem Gebrauch zu liefern gewesen, daß es vielmehr zur Deckung des Bedarfs in dem Bankgeschäft der Reklamanten versandt worden sei, mit verschiedene beweiskräftigen Tatsachen belegt. Der Staatsanwalt habe, ohne dagegen einen einzigen Gegenbeweis beizubringen, diese Erklärung der Reklamanten verworfen, und die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, welches der Ansicht des Staatsanwalts beipflichte, sei daher auch vom Standpunkt der Beweisführung rechtswörige.

6. Es sei freilich nicht zu leugnen, daß Niutschwang nicht nur zur Zeit der Aufbringung, sondern schon seit der Zeit vor dem japanischrussischen Krieg unter russischer Gewalt gestanden habe. Aber man müsse dieses besetzte Gebiet nicht einem gewöhnlichen Okkupationsgebiet gleichstellen. Denn Niutschwang sei ein dem Handel der Mächte offenstehender Hafen und kein Kriegs- oder Blockadehafen. Es könne nicht mit nur während des Kriegs besetzten Gebieten, wie zum Beispiel der Song To-Bucht, der Taubenbucht oder der Sho Ping-Insel bei Port Arthur, auf eine Stufe gestellt werden. Wenn relative Konterbande, d. h. Güter, wie sie im § 14 der Seeprisenordnung aufgestellt worden seien, nach der Song To-Bucht usw. bestimmt wären, so werde iedermann dem zustimmen, wenn man annehme, daß sie direkt für die russischen Truppen bestimmt und daher als Konterbande einzuziehen seien. Wenn man aber einen solchen Fall und den Fall, wo die Güter nach Niutschwang bestimmt seien, gleichstelle, so entspreche das nicht dem wahren Sinn der japanischen Seeprisenordnung und des Völkerrechts über die Behandlung neutralen Guts. Besonders seien auch die zur Verhandlung stehenden Silbermünzen kurantes Geld, wie es unter den Chinesen und den in- und ausländischen Kaufleuten in Niutschwang Kurs habe. Von anderen Konterbandegütern wie Lebensmitteln und dergleichen sei es weit verschieden, und es lägen Gründe vor, nach denen man nicht auf Gebrauch seitens der Truppen schließen müsse. Beispielsweise sei zwischen Lebensmitteln, welche zum Gebrauch für die Russen, und solchen, welche zum Gebrauch für Chinesen dienten, ein großer Unterschied, so daß man, wenn Lebensmittel, welche für Russen geeignet seien, in großer Quantität nach Niutschwang bestimmt würden, diese wohl als Konterbande ansehen könne. Geld sei aber nicht nur bei Truppen verwendbar, und da auch die Menge des hier versandten Geldes im Handel mit den großen Mengen Bohnen. Bohnenkuchen und Bohnenöl keinen Überschuß lassen würde, so könne man es nicht mit Lebensmitteln vergleichen und als Truppenbedarf ansehen.

7. Niutschwang sei ein Handelshafen. Daher müsse man einen Fall von bedingter Kriegskonterbande wie Geld besonders sorgfältig überlegen. Deshalb werde besonders die rechtliche Auffassung der Stellung Niutschwangs der Beachtung empfohlen, welche mit der diplomatischen Frage über den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl eng verknüpft sei. Dieselbe sei folgende: Die Verhandlungen betreffend die Frage, ob die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen usw. aus Niutschwang verboten werden solle, hätten zu dem Resultat geführt, daß die Ausfuhr gestattet sein solle, wenn garantiert werde, daß die Güter nicht beim Millitär zur Verwendung kommen wirden. Dieses sei der Kaiserlichen Regierung mittels Berichts des in China akkreditierten Kaiserlichen Gesandten vom 18. April 1904 mügeteilt worden und Japan habe diese Tatsache, daß Bohnen, Bohnenkuchen usw. von Niutschwang nach japanischen Häfen ausgeführt werden würden, mit Freuden begräßt.

Wenn daher auch Niutschwang von den russischen Truppen bestat gewesen sei, so sei es doch ein diplomatisches Faktum, daß der
Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen usw. von Japan, Rußland, China
und anderen neutralen Staaten gutgeheißen sei. Darin liege ein wichiger Grund, weshalb die vorliegende Sache nicht allein daraufhin, daß
Rußland Niutschwang besetzt erhabt habe, entschieden werden könne.

Denn wenn die Mächte so den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen usw: übereinstimmend gestattet hätten, so falle auch das Resultat dieses Handels nämlich, daß die Kaufleute den Preis für die verkautten Waren in Empfang nähmen, in den Bereich dieses übereinstimmend gestatteten Handels. Demnach könne das Silbergeld, welches als Preis für die Bohnen, Bohnenkuchen usw. eingenommen sei, vorausgesetzt, daß es nicht an die russischen Truppen gehe, nicht eingezogen werden.

Daß aber das zur Verhandlung stehende Geld der Kaufpreis für in Das Bohnen, Bohnenkuchen usw. sowie Kapital für den auch in Zukunft erlaubten Einkauf derselben und daß es kleines Geld sei, wie es für solche Einkäufe nötig sei, kurz, daß es in jeder Beziehung im Rahmen harmlosen Handelsverkehrs stehe: alles dies gehe aus den eingreteichten Beweisen klar hervor.

Da die Ansicht des Völkerrechts und der Seeprisenordnung dahin gehe, die Rechte neutraler Staatsangehöriger zu achten, so werde um äußerste Unparteilichkeit bei Beurteilung der zum Beweis ungefälschter Tatsachen eingereichten Beweisdokumente gebeten.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurukuro, sind folgende:

sei, welche die Freiheiten des öffentlichen neutralen Handels genick, so würden doch, um der Gefahr der Wegnahme zu entgehen, verschiedene Mittel ausgedacht, und wenn man Kriegskonterbande transportiere, so gebe man sich allgemein den Anschein, als ob kein Kriegskonterbandetransport vorliege. So sei es natürlich, daß man Güter nicht mit Konnossementen, welche offen an die Truppen adressiert seien, versende. Gerade so wenig, wie es sich daraus, daß das Konnossement besage, daß der Empfänger des zur Verhandlung stehenden Geldes ein chinesischer Bankinhaber in Nituschwang sei, beweisen lasse, daß das Geld nicht zum Kriegsgebrauch Rußlands dienen werde, gerade so wenig gebe es natürlich schriftliche Beweise dafür, daß es den russischen Truppen habe übergeben werden sollen. Daher sie es das Richtige, den Tatbestand auf den Umständen aufzubauen, welche eine Betrachtung der Angelegenheit von den verschiedenen Seiten ergebe.

Sir William Scott sage in dem Urteil betreffend die "Jonge Margaretha":

Es müsse für die Entscheidung, ob Güter Konterbande seien oder nicht, als die wichtigste Richtschnur bezeinhet werden, ob sie auf der Reise nach einem Platz gewesen seien, nach dessen Verhältnissen man mit neunzig Prozent Sicherheit annehmen könne, daß sie zum Kriegsgebrauch geliefert worden sein würden.

Der in Frage stehende Dampfer "Pei-Ping" habe in Shanghai Lebensmittel. Getränke und chinesisches Geld geladen, das heiße Güter, welche, wenn sie an die Armee oder Marine des Feindes bestimmt seien oder wenn angenommen werden müsse, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würden, als Kriegskonterbande gälten. Der letzte Bestimmungsort sei Niutschwang gewesen; der Dampfer sei aber auf der Fahrt nach dem Zwischenhafen Chinwantao in China aufgebracht worden. Der Bestimmungsort Niutschwang sei von den Russen dauernd besetzt gewesen. Das Zollamt habe die russische Flagge geführt und der Platz habe unter russischer Militärverwaltung gestanden. Zur fraglichen Zeit hätten dort russische Truppen gelegen und seit dem Krieg mit Japan diene Niutschwang als Stapelplatz für den Kriegsbedarf der russischen Truppen. Da überdies zur Zeit, als die "Pei-Ping" ihre Reise gemacht habe, Port Arthur von unserer Kriegsflotte blockiert gewesen sei, so habe Rußland für seine Truppen auf Liaotung und in der Mandschurei auf dem Seewege Kriegsbedarf nur über Niutschwang erhalten können. So werde wohl jeder zugeben inüssen. daß Niutschwang ein Platz gewesen sei, nach dessen Verhältnissen man, wie Sir William Scott es bezeichne, mit 90 % Sicherheit annehmen könne, daß die Güter zum Kriegsgebrauch geliefert worden Wenn auch der Handel mit Kriegskonterbande eine Handlung wiren; besonders auch, da es nicht zu verbergen sei, daß die russischen Iruppen zur fraglichen Zeit infolge der Tatsache, daß wegen ihrer andauernden Niederlagen das Kriegspapiergeld seinen Kredit eingebüßt gehabt habe, zu den kleinen Zahlungen für Kriegsbedarfsartikle alf dem Kriegsschauplatz chinesisches Geld verwandt hätten. Die zur Verhandlung stehenden mexikanischen Dollars seien kleines chinesisches Umlaufsgeld. Da es von den amtlichen Münzen geprägt sei, so habe es überall Kurs und sei bei den Chinesen als kleine Münze am beliebtesten. Es sei bekannt, daß die Truppen, deren Kriegspapiergeld den Kredit verloren gehabt habe, bei der Zahlung der Preise für requirierte Gegenstände und der Löhne für Menschen- und Pferdearbeit über das dringende Bedürfnis nach solchem Geld geklagt hätten und bezöglich der Lieferung desselben auf Niutschwang angewiesen gesten seine

Wenn behauptet werde, daß der größte Teil der Ladung der "Pei-Ping" Nichtkonterbande sei und daß die geringe Menge des darunter befindlichen zur Verhandlung stehenden Geldes zu friedlichem Zwecke befördert worden sei, so stünden die Tatsachen dieser Behauptung direkt entgegen. Denn, wenn auch der Empfänger verschieden sei, so betrage doch das allein auf der "Pei-Ping" in gleicher Weise nach Niutschwang versandte Silbergeld 144 000 Dollar, und wenn man dazu den Betrag des fast zur gleichen Zeit auf der "Hsi-Ping" verschifften Geldes hinzuzähle, so ergäbe das einen Betrag von mehr als 440 000 Dollars. Ferner betrügen die auf der "Pei-Ping" nach Niutschwang verschifften Güter 90 Stück, von denen nur 13 Nichtkonterbande, die übrigen 77 dagegen Konterbande seien. Wie könne man da wohl behaupten wollen, daß nur das Silbergeld zu friedlichem Zweck transportiert worden sei, weil der Wechselverkehr sich nur nach der einen Seite vollzogen habe? Man müsse vielmehr annehmen, daß es gerade wie die Lebensmittel und Getränke auf Bestellung seitens der russischen Truppen habe eingeführt werden sollen, um entweder direkt für die russischen Truppen bzw. das Konsulat in Niutschwang gelandet oder, wenn dem auch nicht so sei, durch die Reklamanten an die genannten Truppen abgeliefert zu werden.

Die Reklamanten behaupteten:

Für die Behauptung, daß das zur Verhandlung stehende Geld Kriegskonterbande sei, müsse derjenige, der die Behauptung aufstelle, den Beweis erbringen, und es sei zu Unrecht geschehen, daß man die durch Beweise belegte Behauptung des Rekhamathen, es handele sich im Gegenteil um einen friedlichen Handelstransport, abgewiesen habe

Es werde indes von der Wissenschaft und Praxis übereinstimmend

anerkannt, daß Geld, wenn anzunehmen sei, daß es zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden würde, Konterbande sei. Diese völkerrechtliche Begründung und die Tatsache, daß das Geld bei Ankunft in Niutschwang zum feindlichen Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen, habe der Staatsanwalt nach dem, was in den Vernehmungsprotokollen verzeichnet sei, und dem Beweismaterial der ganzen Akten genau dargelegt. Wenn daher das Urteil erster Instanz diese Gründe anerkannt und daraufhin auf Einziehung entschieden habe, so sei es unnötig, daß der Staatsanwalt dafür noch mehr Beweise vorbringe. Was außerdem die Behauptung der Reklamanten, ihnen liege die Beweispflicht nicht ob, angehe, so müsse man das als einen Irrtum bezeichnen, der die zur Verhandlung stehende Sache mit einer gewöhnlichen Strafsache auf eine Stufe stelle. Der Staatsanwalt in Prisensachen sei kein strafrechtlicher, d. h. kein klägerischer Staatsanwalt. Auch sei der Reklamant nicht als Angeklagter anzusehen. Daher könne es nicht als genügend erachtet werden, wenn er mit Nichtwissen und Nichterinnern antworte, vielmehr müsse der Reklamant nach völkerrechtlichen Grundsätzen Beweise vorbringen, weshalb ein Konterbandetransport nicht vorliege. Auf diesen Punkt brauche der Staatsanwalt daher nicht weiter zu erwidern. Darauf jedoch, daß der Reklamant behaupte, er habe die Tatsache, daß es sich um einen friedlichen Handelstransport handele. bewiesen, müsse er noch etwas erwidern:

Die von den Reklamanten eingereichten Beweisstücke Nr. 1 bis 12 beweisen nur, daß die Reklamanten als Bankfirma in Fällen, wo infolge des friedlichen Handels der Wechselverkehr einseitig set, bei einer Sendung von Metallgeld von Shanghai nach Nitutschwang nach Abzug von Kommissionen, Fracht und Versicherungsprämie noch einen Vorteil erzielen könnten. Weder dafür aber, daß die Handelsverhältnisse in Nitutschwang so gelegen hätten, noch auch dafür, daß das Silbergeld, obwohl es zur Kriegszeit, wo noch dazu der Feind es zur Deckung seines Mangels dringend nötig gehabt habe, zusammen mit Lebensmitteln und Getränken befördert worden sei, nicht zum Kriegszebrauch des Feindes habe geliefert werden sollen, sei der geringste Beweiserbracht worden.

Aus diesen Gründen sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es bedarf keiner Erörterung, daß Niutschwang zu dem chinesischen Hoheitsgebiet gehört und kein russisches Territorium ist. Der Kaiserliche Konsul Segawa in Niutschwang hat berichtet:

daß Rußland, seitdem es diesen Platz besetzt gehabt, dort eine Zivilverwaltungsbehörde eingerichtet und bis zum 25. Juli 1904 die Flagge eines Zivilverwaltungsamts geührt habe. Dies habe mit dem Morgen jenes Tages plötzlich aufgehört und es sei wieder die Konsulatsflagge geheißt worden. Beim Eindringen unserer Truppen sei die französische Flagge aufgezogen worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Giter aufgebracht wurden, Niuschwang takschlich unter russischer Verwaltung stand. Der Feind hatte dort nicht nur viele Truppen liegen, sondern auch einen Hauptetappenort eingerichtet. Wenn dahrer Güter dorthin befördert wurden, so muß das ebenso angesehen werden, als ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt seien. 9) Da es demnach folhar ist, daß die Tatumstände zu der Annahme berechtigen, daß auch das zur Verhandlung stehende, von den Reklamanten für die Einfuhr mach Niutschwang bestimmte Sübergeld zum Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, so muß man sugen, daß es die Voraussetzungen, wichte es zur Konterbande machen. erfüllt! 5

In einem Bericht des oben genannten Kaiserlichen Konsuls heißt es, daß

die russische Regierung beim Beginn des Baues der Mandschurischen Eisenbahn anfänglich alle Zahlungen in Gold geleistet habe. Ein oder zwei Jahre später habe sie daneben Papierrubel benutzt und den Chinesen gesagt, zwischen dem Metall und dem Papier sei kein Unterschied. Dann habe sie, um dem Papier Kredit zu verschaffen, nach und nach das Gold zurückgezogen und das Papier vermehrt. Im Jahre 1902 sei es dahin gekommen, daß man in der Mandschurei russisches Goldgeld nur sehr selten in Umlauf gesehen habe. Damals habe aber die russisch-chinesische Bank schon an verschiedenen wichtigen Plätzen Niederlassungen errichtet. In diesen Banken sei das Papier zum Tageskurse gegen Silbergeld eingelöst worden, und in der Mandschurei habe dabei ein Papierrubel einen Tauschkurs von 1 Dollar 30 Cents bis 1 Dollar 40 Cents Silbergeld gehabt. Als indessen seit Herbst 1903 die Gerüchte über einen Krieg zwischen Japan und Rußland in Blüte gestanden hätten, habe es unter den Chinesen geheißen, daß, wenn nach dem Ausbruch des Krieges die Russen einmal unterliegen würden, die russischen Papierrubel nicht mehr gewechselt werden könnten und nur noch den Wert von altem Papier haben würden. Vom November oder Dezember d. I. bis zum Ausbruch des Krieges im Februar 1904 habe der Umlauf des Papiergeldes eine starke Abnahme erfahren und von 1 Dollar 30 bis 40 Cents sei es häufig auf 1 Dollar 10 Cents gefallen, und nur, dank den Bestrebungen der

<sup>3)</sup> V. § 5. - 4) II. Ziffer 2.

Niederlassungen der russisch-chinesischen Bank in den verschiedenen Orten, den Kredit des Papiergeld aufreibt zuerhalten, sei es nicht dazu gekommen, daß der Umlauf desselben ganz ims Stocken geraten sei. Als aber die Nächrichten von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Kaiping und Vingkow kamen, hätten die Chinesen, welche Papierrubel gehabt hätten, darin gewettelfert, diese zu verkaufen. Der Rubel sei damals bis auf 70 oder 80 Cents gefallen. Aber da in Tientsin und Shanghai Papierubel immer zum Tageskurse gegen Silbertaels gewechselt werden könnten, so hätten die Geldwechsler in Vingkow, wenn dar russische Papiergeld gefallen gewesen sei, dieses aufgekaut, nach Shanghai geschickt und dort mit ungeheurem Gewin wieder eingetauscht.

Nach diesem Bericht zu urteilen, erregte also der Rubelschein schon beim Beginn des japanisch-russischen Krieges im Verkehr unter den Chinesen ganz allgemein Verdacht und Mißtrauen, und es zeigte sich die Tendenz, daß er schließlich gänzlich den Kredit verlieren würde. Als die Nachricht von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Vinkow gekommen war, traf freilich die russisch-chinesische Bank sorgfältige Maßnahmen, um das alte Verhältnis wiederherzustellen, es kanı aber trotzdem zu einem großen Sturz. Als sodann immer mehr Nachrichten von dem weiteren Kampf und Sieg der japanischen Truppen kamen, war die Lage so, daß es sich auf keine Weise mehr vermeiden ließ, daß der Rubel unter den Chinesen ganz allgemein seinen Kredit verlieren würde. Es ist daher ganz klar, daß die Situation so war, daß die russischen Truppen zu der Zeit, wo das zur Verhandlung stehende Silbergeld befördert wurde, zur Requisition des Kriegsbedarfs und zur Bezahlung der Kulis den Papierrubel nicht ohne weiteres verwenden konnten. Daher ist es offenbar, daß chinesisches Silbergeld zu jener Zeit für die russischen Truppen unentbehrlich geworden war.

Ferner besagt der Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls 1 juin in Tientsin über die russischen Papierrubelscheine:

Seit der Fröffnung des Krieges zwischen Japan und Rußland seien unter viehen Chinesen Zweifel über die Einßebarkeit der Rubelscheine aufgekommen. Man habe gefürchtet, daß sie Fälschungen seien, und ihr Kredit sei beeinträchtigt worden. Auch unter den Russen und den russischen Regierungslieferanten seien nur sehr wenig Rubelscheine in Verkeht gewesen, wenn man auch nicht behaupten könne. daß sie absolut keinen Umlauf gehabt hätten. Wenn die Banken in Tientsin sei nich Hände bekommen hätten, so

hätten sie sie nicht als Geld behandelt, sondern als eine Art Wertpapier.

Danach hat der Rubelschein, nachdem die russischen Truppen bei Nanshan und Tehlitze geschlagen worden waren, unter den Chinesen allgemein keinen Umlauf gehabt. Er war nur gelegentlich des Kursturzes eine Art Handelsobjekt für Kauffeute, die großen Gewinn erzielen wollten. Daher hat der Rubelschein auch die Requisitionen der russischen Truppen und die Löhne der Kulis nicht zahlen können. Aus allem diesem geht hervor, daß die russischen Truppen chinesisches Geld nötig hatten.

Wenn es auch offenbar ist, daß trotz des japanisch-russischen Krieges die Hauptprodukte Niutschwangs, Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl, wie auch die Reklamanten behaupten, verhandelt worden sind, so besteht daneben doch die Tatsache, daß auf der anderen Seite Kaufleute in Benutzung der Gelegenheit, daß die russischen Truppen chinesisches Umlaufsgeld nötig hatten, die vermehrten Rubelscheine billig von den russischen Truppen kaufen und dadurch großen Gewinn erzielen konnten. Daher stimmt die Behauptung der Reklamanten, daß das in Streit befangene Silbergeld, weil jener Warenhandel in Betrieb gewesen sei, auf keinen Fall dem Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, nicht mit den Tatsachen überein. Vielmehr ist es natürlich anzunehmen, daß zu einer solchen Zeit die geschäftlich scharfsinnigen chinesischen Kaufleute, vor allem die Bankunternehmer, anstelle ihrer gewöhnlichen Geschäfte lieber Rubelscheine billig von den Russen kaufen und, um einen außerordentlichen Profit zu erzielen, die Gefahr eines solchen Geldimports laufen würden.

Das zur Verhandlung stehende Geld ist durch Vermittlung der Sectransportfirma Täng Ming Chien, welche eine volle Ladung von Kriegskonterbande heimilich nach Niutschwang zu befördern beabsichtigt hatte, zugleich mit dieser Konterbande auf demselben Schiff verladen und befördert worden. Dazu ist sein Bestimmungsort ein russischer Etappenort und, wie oben dargetan, bedurften die russischen Truppen solchen Geldes. Daraus muß geschlossen werden, daß der Zweck der Einfuhr des Geldes der gleiche gewesen ist wie der der Einfuhr des Geldes der gleiche gewesen ist wie der der Einfuhr der übrigen Konterbandeladung, nämlich Lieferung zum Gebauch der russischen Truppen.

Demnach ist es durchaus zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz die Einziehung des Geldes ausgesprochen hat.

Da Personen, welche Schleichimport treiben, immer genötigt sind, mit allen Mitteln den Verdacht abzulenken und die Spuren zu verheimlichen, so kann die Tatsache, daß man in Shanghai beim Zollamt öffentlich die Ausfuhrformalitäten erfüllt hat, nicht als ein Beweis erachtet werden, welcher geeignet sei, der obigen Annahme entgegenzustelen.

Wenn man die von den Reklamanten angeführten Beweise betrachtet, so können sie ledigileit zu der Vermutung führen, daß in jeden Jahre Fälle von Einfuhr kleinen Silbergeldes nach Niutschwang vorkommen. Für die Behauptung aber, daß, obgleich eine Gelegenheit, großen Gewinn zu erzielen, vorhanden war, diese Gelegenheit nicht berücksichtigt worden sei und das Geld für die alljährlich wiederkehrenden Handelszwerken dienen sollte. ist keinerleß Beweis vorhanden.

Die Reklamanten behaupten, daß es nicht zu bestreiten rei, daß die Verwendung von Silbergeld sich nicht auf die russische Armee und Marine beschränke, sondern daß es allgemein im kaufmännischen Verkehr unter den Chinesen verwendbar sei. Was indes das von den Re-klamanten einzuführen beabsichtigte Silbergeld angeht, so ist aus den Tatumständen die Annahme, daß dasselbe zum Gebrauch der russischen Truppen dienen würde, ganz offenbar berechtigt. Dasselbe kann daher, gerade wie auf Grund derselben Tatumstände der gleichen Annahme bei Lebensmitteln wie Reis und Weizenmehl nichts im Wege sieht, als Konterbande angesehen werden.

Da ferner der Grund dafür, daß Lebensmittel, Geld usw., wens ien ach feindlichem Gebiet gehen oder zum feindlichen Kriegsgebrunds gelitert werden sollen, als Konterbande gelten, der ist, daß nan dagegen ist, daß solche Güter im Ende die Kriegsfähigkeit des Feindsunterstützen, so ist die Frage, ob ihr Bestimmungsort ein Kriegshafen oder Blockadehafen ist, für die Bestimmung, ob ein Konterbandetransport vorliegt oder nicht, nicht von wesentlicher Bedeutung. Wenn der Bestimmungsort ein Kriegshafen oder ein Blockadehafen ist, so liefet das nur einen Umstand, welcher die Vermutung, daß die dorfnih bestimmten Güter Konterbande sind, erleichtert. Daher ist auch dieser Punkt der Berufung nicht anzuerkennen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yü Po und Ching Pu Saw, in Firma Ying Yü Hao, aus der Provinz Canton, Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori sichome Nr. 54.

In der Prisensache betreffend Ladung des chinesischen Dampfers "Pei-Ping" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von er Firma Kai Ping Chiang an die Firma Ying Yü Hao versandten 8 Kisten mexikanischer Dollars werden eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 8 Kisten mexikanischer Dollers betein aus kleinem chinesischen Silbergeld. Sie sind von dem Frachtgeschäft Ka i Pin g Ch ia ng auf dem chinesischen Dampfer "Pei-Ping" verschifft und am 5, Juli 1904 an Vin g Vü Hao abgesandt worden. Als am 17. d. M. das Kaiserliche Kriegsschiff "Hongkong Maru" den Dampfer "Pei-Ping" wegen Konterbandetransports etwa 10 Seemeilen nordöstlich von Weihaiwei in China aufbrachte, wurden auch die zur Verhandlung stehenden Güter mit Beschlag belegt.

Diese Talsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Hongkong Maru", Leutnants zur See I wa mur in Tetsu jiro, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns A. Mactaggart, des Kompradors Cheong Sow Wing, des I. Offiziers H. C. Atkinson, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Die Reklamanten betrieben in Niutschwang ein Geschäft, in welchem sie Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl einkauften, welches sie nach Shanghai und anderen Plätzen ausführten. Sie hälten das zur Verhandlung stehende Silbergeld von Shanghai kommen lassen, weil die Zeit zum Einkauf ihrer Handekwaren gekommen gewesen si und weil als Resultat der Neigung des Handels zu einem einstitten Wechsehverkehr Kapital nötig erwesen sei.

Das zur Verhandlung stehende Geld sei nicht für die russische Armee oder Marine bestimmt gewesen und habe auch nicht zu ihrem Gebrauch geliefert werden sollen. Daher sei es keine Konterbande und müsse freigegeben werden.

Der Reklamant hat zum Beweise dieser Tatsachen verschiedene Beweisstücke eingereicht.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehenden Güter würden nach ihrer Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedicnt haben. Sie seien daher Kriegskonterbande und müßten eingezogen

werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Lebensmittel oder Geld nach einem von den feindlichen Truppen besetzten Hafen versandt worden sind, so kann je nach den Umständen angenommen werden, daß sie zum Gebrauch dieser Truppen dienen werden.

Niutschwang war zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt und diente als ein Hauptetappenort. Außerdem hatte das russischen Kriegspapiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine sehr an Kredit verloren, und es ist bekannt daß chinesisches Metaligeld, insbesondere kleines Geld wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, stark benötigt wurde, um der üglichen Nachfrage zu entsprechen. Es muß daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Nütschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre. Es wird demnach für Kriegskonterbande angesehen, 1) und wedt die Ausführungen des Vertreters der Reklamation noch die von ihm eingereichten Beweisdokumente sind imstande, diese Annahme umzustoßen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden. 2)

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Chan Yū Po und Ching Pu Saw, chinesische Staatsangehörige, in Firma Ying Yū Hao, aus China, Provinz Canton, Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Takagi Toyozo, Tolio, Kojimachiku, Uchisaiwaicho sichome Nr. 3 und Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kita agasadori Nr. 54.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisenssehe betreffend Ladung des Dampfers "Pei-Ping", welcher am 17. Juli 1904 auf 37 9 3° n. Br. und 122 ° 23° d. L. von dem Kasierichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Kai Ping Chiang an die Firma Ving Vü Hao versandten 8 Kisten mexikanischer Dollars «rkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil haben die Reklamanten, die chinesischen Statsangehörigen Chang Yū Po und Ching Pu Saw, in Firma Ying

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. - 2) V. § 43.

Yû Hao, durch die Rechtsanwälte Takagi Toyozo und Sakurai Ikkyu als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation, Γαkagi Toyozo und Sakurai Ikkyu, sind folgende:

Es werde Aufhebung des am 17. Dezember 1904 von dem Prisengenicht in Sasebo abgegebenen Urteils auf Einziehung der auf dem chinesischen Dampfer "Pei-Ping" verschiften 8 Kisten mexikanischer Dollars und Freigabe derselben beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1 Die Reklamanten betrieben in Niutschwang ein Ausfuhrgeschäft in Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl. Bei der Ausfuhr dieser Güter nach Shanghai nähmen sie den Preis dafür in Shanghai ein und die Übersendung dieses Geldes nach Niutschwang zwrde entweder durch Ankauf in Niutschwang zahlbarer Wechsel oder in Form baren Geldes bewerkstelligt. Auch in Fällen, wo Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl von Niutschwang nach anderen Plätzen wie Shanghai agespführt wirden, werde der Preis bisweilen in Shanghai gezahlt. Denn als Zentrum des chinesischen Handels sei Shanghai auch der Mittelpunkt des Geldumlaufs. So habe der Agent der Reklamanten in Shanghai das zur Verhandlung stehende Geld in der beschriebenen Weise im Betiebe des Geschäfts vereinnahmt, bei einem Wechsler gewechselt und an seine Firma Ying y ü Ha o in Niutschwang geschicht.

Daß bares Silbergeld geschickt worden sei, habe seinen Grund darin, daß gerade in Niutschwang die Zeit für die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen usw: gekommen gewesen sei. Denn da die Exportfirma Ving Yü Ha o in der Regel Zahlung für die Bohnen in kleinem Silbergeld leiste, sei es nötig gewesen, bares Gield zu schieken. Das sti einer der Gründe, weshalb das zur Verhandlung stehende Geld in bar geschiekt worden sei.

Wenn in Niutschwang Silbergeld reichlich und der Kurs tür in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai niedrig gewesen wäre, so wäre es allerdings nicht nödig gewesen, daß der Agent der Reklamanter extra Silbergeld hätte schicken sollen. In Niutschwang habe es aber an Silbergeld gefehlt, und der Wechselkurs auf Niutschwang sei in Shanghai so hoch gewesen, daß selbst nach Zahlung der Fracht und Versicherung die Sendung von barem Geld immer noch geschäftlich vorteilhaft, abgesehen davon, daß sie notwendig gewesen sei. Das sei der zweite Grund, weshalb das zur Verhandlung stehende Geld in bar übersandt worden sei.

Die obigen Tatsachen gingen hervor aus den Beweisstücken Nummer 2, 3, 5 bis 7 und 9 bis 11.

- 2. Daß der Agent der Reklamanten das zur Verhandlung stehende Silbergeld an die Firma Ying Yü Hao in Niutschwang geschiethabe, sei, wie dargetan, eine für eine Exportfirma natürliche Mahnahme, die mit den russischen Truppen in keinerlei Beziehung stehe Wenn man annehme, daß es zulässig sei, eine derartige reine Handelstranssaktion für unerhaubt zu erklären, und die auf der Reise befindlichen Güter einzuzschen, so bedeute das eine Entziehung des Rechts Gwerbe zu treiben. Von etwas dergleichen aber, wie insbesondere auch davon, daß neutralen Statsangehörigen das Recht auf ihr gewöhnliches Gewerbe in ihrem eigenen lande entzogen werden könne, habe man bislang in der Praxis und der Wissenschaft des Kriegsvölkerrechts noch niemas etwas gehört.
- 3. Der Dampfer "Pei-Ping" habe seine Absicht, nach Nituschwang und anderen Häfen zu gehen, in Shanghai-Zeitungen bekannt gemacht, und der englische Konsul habe die Abreise des Dampfers zwecks Gütertransports nach Nituschwang gutgeheißen. Auch das Zollamt in Shanghai habe die öffentlich nach Nituschwang gehende Laduug passiere lassen. Daher habe der Agent der Reklamanten ohne weitere Überlegung ganz unbefangen dem Schiffe das zur Verhandlung stehende Silbergeld zur Beförderung übergeben. Demnach sei die Beschlegnahme, von der Einziehung nicht zu reden, im höchsten Grade unerwartet gekommen. Wenn man das Geld wirklich heimlich habe absenden wollen, um es zum Gebrauch der russischen Truppen zu liefen, so hätte man ein so öffentliches Transportverfahren nicht wählen sollen. Daß man aber doch ein solches Verfahren eingeschlagen habe, liefer reichlichen Grund für die Vermutung, daß böser Glaube dabei nicht vorselegen habe.
- In dem Urteil erster Instanz werde zur Begründung folgendes gesagt:

Nüuschwang sei zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen und habe als ein Hauptetappenort gedient. Außerdem habe das russische Kriegspapiergeid durch die andauernden Niederlagen der russischen Armet und Marine sehr an Kredit gelitten, und es sei bekannt, daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, benötigt worden sei, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es müsse daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Nituschwang sofot zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden

Daraufhin aber, daß Niutschwang ein Hauptetappenort der russischen Truppen sei, annehmen zu wollen, daß alle dorthin eingeführten Güter zum Gebrauch der Truppen geliefert wirden, sei unbillig streng und widerlaufe auch den Tatsachen. Daß, wenn auch Niutschwang zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen sei, deshalb der Handel Niutschwangs nicht in Süllstand geraten, sondern tästöllich ausgeübt worden sei, könne man aus den das Beweisstick Nr. 15 bildenden telegraphischen Mitteilungen der Niutschwang-Filiale der offenen Handelsgesellschaft Mits ui Bussan über die Handelslage in Niutschwang bis zum Juli des vorigen Jahres entnehmen. Wenn später die chinesische Zollstatistik für das Jahr 1904 erscheinen werde, so würden diese Tatsachen sich bestätigen.

Selbst angenommen, die russischen Truppen hätten Geld, wie das zur Verhandlung stehende, nötig gehabt, so sei es doch unsinnig, ohne zu fragen, wem es gehöre, anzunehmen, daß es unbedingt an die Truppen geliefert worden wäre. Auch sprächen die Tatsachen nicht dafür: vielmehr müsse grundsätzlich angenommen werden, daß, wend die Rekalmanten, welche ein Exportgeschäft hätten, von Shanghai, woher sie ihre Kapitalien geliefert bekämen, nach Niutschwang, dem Sitz ihres Geschäfts, Geld, welches zum Betrieb des Geschäfts erforderlich sei, befördern ließen, dieses Gield im Betriebe des Geschäfts der Reklamanten zur Verwendung kommen solle.

Wenn man diese natürliche Vermutung umstürzen wolle, so bedürde se dazu unter allen Umständen sicherer Gründe und Beweise. Wenn daher das Urteil erster Instanz auf die dort verzeichneten vagen Gründe hin eine Annahme aufgestellt habe, welche dieser natürlichen Vermutung widerspreche, so sei das auch vom Standpunkt des Beweisrechts unzuterfefend.

5. Silbergeld sei sogenannte bedingungsweise Konterbande. Da es danach nur in den beiden Fällen: (I) daß es fair die ieindliche Armee oder Marine bestimmt sei; (2) daß es nach feindlichem Gebiet bestimmt sei und angenommen werden m
ässe, daß es zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen w
ürde, Kriegskonterbande sei, so sei es n
ötig, f
ür die Behauptung, daß es Konterbande sei, Beweise beizubringen, welche dar
äten, daß es f
ür die findliche Armee oder Marine bestimmt gewesen sei oder daß es zu ihrem Gebrauch habe geliefert werden sollen.

Wenn man also bei der Annahme, daß Konterbande nach dem Fall "29" vorliege, einfach folgere, daß die Güter, weil sie aach einem von feindlichen Truppen besetzten Ort gesandt würden, auch zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden würden, so schließe man aus dem Vorhandensein der ersten der beiden Bedingungen, welche dieser Fall erfordere, ohne weiteres auf das Vorhandensein auch der zweiten Bedingung. Das sei im Erfolg dasselbe, als wenn die zweite Bedingung überflüssigerweise geschrieben sei, und laufe darauf hinaus,

daß die bedingte Kriegskonterbande des Falls "(2)" keinen Unterschied von der absoluten Konterbande aufweise, so daß der Sinn, welcher der Unterscheidung dieser beiden zugrunde liege, völlig zunichte gemacht werde.

Man werde aber vielleicht behaupten, die Grundlage, auf welche hid das Gericht erster Instanz das zur Verhandlung stehende Geld als Konterbande angesehen habe, beschränke sich nicht nur drauf, daß das Geld nach einem vom Feinde besetzten Platz bestimmt sei, sondern es sei auch noch die weitere Begründung beigefügt, daß die feindliche Armee oder Marine es benutzen werde.

Demgegenüber sei aber folgendes zu bemerken: Jedermann könne in allen Umständen Geld gebrauchen, und die Verwendbarkeit desselhen beschränke sich nicht auf die russische Armee und Marine. Wenn demnach dafür, daß nur die russische Armee oder Marine die Verhandlung stehende Geld gebrauchen werde, keine besonderen Gründe vorlägen, so gebe die oben genannte weitere Begründung des Urtelserster Instanz auf die Frage, inwiefern die Annahme berechtigt sit, daß das zur Verhandlung stehende Geld bei den russischen Truppen zur Verwendung kommen werde, die Antwort, man müsse annehmen, daß es bei den russischen Truppen zur Verwendung gekommen wäre, weil diese es zu verwenden genötigt gewesen seien. Das sei Beantwortung einer Frage mit derselben Frage

Obwohl den Reklamanten die Beweislast nicht obliege, hätten sie ihre Behauptung, daß das zur Verhandlung stehende Geld weder an die russischen Truppen bestimmt, noch zu ihrem Gebrauch zu liefern gewesen, daß es vielmehr zur Deckung des Bedarfs in dem Geschilt der Reklamanten versandt worden sei, mit verschiedenen beweiskräftigen Tatsschen und Gründen belegt. Der Staatsanwalt habe, ohne dagegen einen einzigen Gegenbeweis vorzubringen, diese Erklärung der Reklamanten verworfen, und die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, welches der Ansicht des Staatsanwalts beipflichte, sei daher auch vom Standpunkt der Beweisführung rechtswichtige.

zur Zeit der Aufbringung, sondern schon seit der Zeit vor dem japanischrussischen Krieg unter russischer Gewalt gestanden habe. Aber man müsse dies besetzte Gebiet nicht einem gewöhnlichen Okkupationsgebiet gleichstellen. Denn Nittschwang sei ein dem Handel der Mischt offenstehender Hafen und kein Kriegs- oder Blockadehafen. Es könne nicht mit nur während des Krieges besetzten Gebieten, wie zum Beigil der Song To-Bucht, der Taubenbucht und der Sho Pingelnsel bei Port Arthur auf eine Stufe gestellt werden. Wenn relative Kontebandegüter, d. h. Güter, wie sie im § 14 der Septrisondung? 3u-der Stuffender und der Sho Pingelnsel wie sie mit g. 4 der Septrisondnung 3u-der sie sie mit § 14 der Septrisonordnung? 3u-der Stuffender und der Sho Pingelnsel wei sein mit § 14 der Septrisonordnung 3u-der sie sie mit § 14 der Septrisonordnung 3u-der Stuffender und der Sho Pingelnsel wei sein mit § 14 der Septrisonordnung 3u-der sie sie mit § 14 der Septrisonordnung 3u-

gestellt seien, nach der Song To-Bucht usw. bestimmt wären, so werde jedermann dem zustimmen, wenn man annehme, daß sie direkt für die russischen Truppen bestimmt seien und daher als Kriegskonterbande eingezogen werden müßten. Wenn man aber einen solchen Fall und den Fall, wo die Güter nach Niutschwang bestimmt seien, gleichstelle, so entspreche das nicht dem wahren Sinn der japanischen Seeprisenordnung und des Völkerrechts über die Behandlung neutralen Gutes. Besonders seien auch die zur Verhandlung stehenden Silbermünzen kurantes Geld, wie es unter den Chinesen und den in- und ausländischen Kaufleuten Kurs habe. Von anderen Konterhandegütern. wie Lebensmitteln und dergleichen, sei es weit verschieden, und es lägen Gründe vor, nach denen man nicht auf Gebrauch seitens der Truppen schließen müsse. Beispielsweise sei zwischen Lebensmitteln, welche zum Gebrauch für die Russen, und solchen, welche zum Gebrauch für die Chinesen dienen sollten, ein großer Unterschied, so daß man, wenn Lebensmittel, welche für Russen geeignet seien, in großer Menge nach Niutschwang bestimmt würden, diese wohl als Konterbande ansehen könne. Geld sei aber nicht nur bei Truppen verwendbar, und da auch die Menge des hier versandten Geldes im Handel mit den großen Mengen Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl keinen Überschuß lassen würde, so könne man es nicht mit Lebensmitteln vergleichen und als Truppenbedarf ansehen.

7. Niutschwang sei ein Handelshafen. Daher müsse man einen Fall von bedingter Kriegskonterbande, wie Geld, besonders sorgfältig überlegen. Deshalb werde besonders die rechtliche Auffassung der Stellung Niutschwangs der Beachtung empfohlen, welche mit der diplomatischen Frage über den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl eng verknüpft sei. Dieselbe sei folgende: Die Verhandlungen betreffend die Frage, ob die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen usw. aus Niutschwang verboten werden solle, hätten zu dem Resullat geführt, daß die Ausfuhr gestattet sein solle, wenn garantiert würde, daß die Güter nicht beim Militär zur Verwendung kommen würden. Dieses sei der Kaiserlichen Gesandten vom 18. April 1904 mitgeteilt worden, und Japan habe diese Tatsache, daß die Bohnen, Bohnenkuchen usw. nach japanischen Häfen ausgeführt werden würden, mit Freuden begrüßt.

Wenn daher auch Niutschwang von den russischen Truppen besetzt gewesen sei, so sei es doch ein diplomatisches Faktum, daß der Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen usw. von Japan, Rußland, China und anderen neutralen Staaten gutgeheißen sei. Darin liege ein wichtiger Grund, weshalb die vorliegende Sache nicht allein daraufhin, daß Rußland Niutschwang besetzt habe, entschieden werden könne. Denn wenn die Mächte so den Handel mit Bohnen, Bohnenkuche usw: übereinstimmend gestattet hätten, so falle auch das Resultat dies-Handels, nämlich daß die Kaufleute den Preis für die verkauften Warn in Empfang nähmen, in den Bereich dieses übereinstimmend gestatteten Handels. Demnach könne das Silbergeld, welches als Preis für de Bohnen, Bohnenkuchen usw: eingenommen sei, vorausgesetzt, daß enicht an die russischen Truppen gehe, nicht einzezogen werden.

Daß aber das zur Verhandlung stehende Geld der Kaufpreis für frühere Bohnen, Bohnenkuchen usw., sowie Kapital für den auch in Zukunft gestatteten Einkauf derselben; und daß es kleines Geld sei, wie es für solche Einkäufe nötig sei; kurz, daß es in jeder Beziehung im Rahmen harmlosen Handelsverkehrs stehe, alles dies gehe aus den eingereichten Beweisen klar hervor.

Da die Absicht des Völkerrechts und der Seeprisenordnung dahin gehe, die Rechte neutraler Staatsangehöriger zu achten, so werde um äußerste Unparteillichkeit bei Beurteilung der zum Beweise ungefälschter Tatsachen eingereichten Beweisdokumente gebeten.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

1. Die zur Verhandlung stehenden acht Kisten Silbergeld im Betrage von 72 000 Dollar sollten nach Aussage der Reklamanten Kaufgeld für Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl sein. Wenn dem so sei, so sei es für die zur Verhandlung stehende Sache von der allergrößten Bedeutung zu wissen, wann und wo und an wen die Ware verkauft sei, für welche das Geld der Preis sei. Über diese wichtigen Tatsachen hätten indes die Reklamanten keinerlei Beweis erbracht. Sie hätter, lediglich im allgemeinen auf den Charakter ihrer Firma hingewiesen und dargetan, daß die Handelsgewohnheit bestehe, den Preis für Exportgüter des friedlichen Handels in Shanghai, der Zentrale des chinesischen Handels, einzunehmen, und daß die Übersendung des Geldes nicht unbedingt durch Wechsel, sondern in Fällen, wo es vorteilhaft sei, bares Geld zu schicken, auch in bar geschehe. Daß dies nicht ausreiche, um zu begründen, daß das zur Verhandlung stehende Geld nicht zum Gebrauch der russischen Truppen habe geliefert werden sollen, sei selbstverständlich. Außerdem sei dies das erste Mal gewesen, daß die Reklamanten bares Geld nach Niutschwang gesandt hätten. Dies werde bewiesen durch das Zeugnis des Täng Ming Chien, Chefs der Transportfirmen Kai Ping Chiang und Shang Fa Yun in Shanghai, welches dieser am 26. September 1904 im Prisengerichtshof zu Sasebo auf die Frage des Staatsanwalts abgelegt habe und welches besage

Er habe Ving Vü Hao, Yu Shing Vuen und Vu Shing Vuen schon von früher gekannt; Transporte habe er aber für diese Firmen erst jetzt zum ersten Male übernommen. Seit 50 Jahren betreibe er sein Transportgeschäft in Shanghai, und außer durch seine Firmen gehe kein Stück Ausfuhrgut nach Niutschwang. Der Transport der in den Prisensachen "Pei-Ping" und "Hist-Ping" befangenen Güter liege ausschließth in seiner Hand.

Nach diesem Zeugnis hätten die Reklamanten früher kein bares Geld nach Niutschwang gesandt. Außerdem könnten sie auch nicht beweisen, daß nach dem damaligen Wechseklurs in Niutschwang, selbst nach Abzug der Kommission, Fracht- und Versicherungskosten, noch ein Vorteil bei der Barsendung vorhanden sei.

Dagegen sei Niutschwang von den Russen okkupiertes Gebiet und ein Hauptetappenort gewesen; sodann sei es bekannt, daß infolge der andauernden Niederlagen der russischen Truppen zu Wasser und zu Lande der Kredit des Papiergeldes in Liaotung und in der Mandschurei verloren gegangen sei, so daß die russischen Truppen für die laufenden kleinen Zahlungen kleines Geld mötig gehabt hätten. Daher habe das zur Verhandlung stehende Geld wohl in der Hoffnung auf großen Verdienst an die russischen Truppen geliefert werden sollen, und man müsse vermuten, daß der Transport des baren Geldes, welcher so große Kosten und so großes Risiko bedingt habe, im Hinblick darauf unternommen worden sei.

Wenn daher das Urteil erster Instanz in dem Transport des zur Verhandlung stehenden Silbergeldes kein reines Handelsunternehmen erblickt, sondern auf Grund der Annahme, daß das Geld nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der feindlichen Truppen gedient haben würde, die Einziehung verfügt habe, so sei das nicht unzutreffend.

Zur Emziehung von Gütern auf Grund der Annahme, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würden und daher Konterbande seien, sei es nicht unbedingt erforderlich darzulegen, daß diese Annahme sich auf Beweise gründe. Im Falle, daß nach der Art der Güter, den Verhältnissen des Einfuhrots und anderen Umständen angenommen werden könne, daß die Güter zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würden, habe das Prisengericht hierüber nach freier Überzeugung zu befinden.

Wenn auch der Handel mit Kriegskonterbande eine Handlung sei, welche die Freiheiten des öffentlichen neutralen Handels genieße, so würden doch, um der Gefahr der Wegnahme zu entgehen, verschiedene Mittel ausgedacht, und, wenn man Kriegskonterbande transportiere, so gebe man sich ganz allgemein den Anschein, als ob kein Kriegskonterbandetransport vorliege. So sei es natürlich, daß man Güter nicht mit Konnossementen, welche offen an die Truppen adressiert seien, versende.

Das zur Verhandlung stehende Geld sei kleines Silbergeld, welches in den amtlichen chinesischen Münzen geprägt worden sei. Da es überall in China Kurs habe, so könne man selbstredend aus der einen Tatsache, daß es nach Niutschwang befördert worden sei, nicht ohne weiteres schließen, daß es zum russischen Kriegsgebrauch habe dienen sollen. Indes sei Niutschwang zu der fraglichen Zeit ein russischer Hauptetappenort gewesen; die russischen Truppen seien dadurch, daß ihr Kriegspapiergeld infolge der andauernden Niederlagen den Kredit verloren gehabt habe, gezwungen gewesen, kleines chinesisches Silbergeld zu verwenden: die "Pei-Ping", auf der das zur Verhandlung stehende Silbergeld verschifft worden sei, sowie die zu gleicher Zeit gereiste "Hsi-Ping" seien mit einer großen Menge von Konterbandegütern vollbeladen gewesen und insbesondere bezüglich der Lebensmittel und Getränke könne ihrer Art wegen niemand bestreiten, daß sie für den russischen Etappenbedarf hätten geliefert werden sollen. Wenn man diese verschiedenen Tatumstände zusammenhalte, um daraus den Tatbestand des vorliegenden Falles zu entnehmen, so könne man freilich nicht behaupten, daß sie eine direkte Begründung für die Tatsache darstellten, daß das zur Verhandlung stehende Geld nur von den russischen Truppen gebraucht worden wäre; es sei aber zum mindesten nicht schwer, daraus zu entnehmen, daß es mit den Lebensmitteln zusammen zum Gebrauch der russischen Trunnen habe dienen sollen

Es sei eine unbegründete Klage, wenn die Reklamanten sagten, es sei vom Standpunkt der Beweisführung widerrechtlich, daß das Gericht, obwohl die Reklamanten, ohne daß ihnen die Beweispflicht obliege, ihren Argumenten verschiedene sichhaltige Beweise und Fakta zugrunde gelegt hätten, sich der Ansicht des Staatsanwalts angeschlossen habe, velcher auch nicht den geringsten Gegenbeweis vorgebracht habe.

Daher sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es bedarf keiner Erörterung, daß Niutschwang zu dem chinesischen Hoheitsgebiet gehört und kein russisches Territorium ist. Der Kaiserliche Konsul in Niutschwang, Segawa, hat berichtet, daß

Rußland, seitdem es diesen Platz besetzt gehabt, dort eine Zivlaverwaltungsbehörde eingerichtet und bis zum 25. Juli 1904 die Hagge eines Zivliverwaltungsamts geführt habe. Dies habe mit dem Morgen jenes Tages plötzlich aufgehört, und es sei wieder die Konsulatsflagge geheißt worden. Beim Eindringen unserer Truppen sei die französische Flagge aufgezonen worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Geber aufgebracht wurden, Niutschwang tatsächlich unter russicher Verwaltung stand. Der Feind hatte dort nicht nur viele Truppen liegen, sondern auch einen Hauptetappenort eingerichtet. Wenn daher Güter dorthin befördert wurden, so muß das ebenso angesehen werden, als ob dieselben nach feindlichem Gebiet bestimmt seien. 9) Da es demnach offenbar ist, daß die Tatumstände zu der Annahme berechtigen, daß auch das zur Verhandlung stehende, von den Rekhamatnen für die Einfuhr nach Niutschwang bestimmte Silbergeld zum Kriegsgebrauch gedient haben würde, so muß man sagen, daß es die Voraussetzungen, welche es zur Konterbande machen, erfüllt. 9)

In einem Bericht des obengenannten Kaiserlichen Konsuls heißt es. daß

die russische Regierung beim Beginn des Baues der Mandschurischen Eisenbahn anfänglich alle Zahlungen in Gold geleistet habe. Ein oder zwei Jahre später habe sie daneben Papierrubel benutzt und den Chinesen gesagt, zwischen dem Metall und dem Papier sei kein Unterschied. Dann habe sie, um dem Papier Kredit zu verschaffen, nach und nach das Gold zurückgezogen und das Papier vermehrt. Im Jahre 1902 sei es dahin gekommen, daß man in der Mandschurei russisches Goldgeld nur sehr selten in Umlauf gesehen habe. Damals habe aber die russisch-chinesische Bank schon an verschiedenen wichtigen Plätzen Niederlassungen errichtet. In diesen Banken sei das Papier zum Tageskurse gegen Silbergeld eingelöst worden, und in der Mandschurei habe dabei ein Papierrubel einen Tauschkurs von 1 Dollar 30 Cents bis 1 Dollar 40 Cents Silbergeld gehabt. Als indessen seit Herbst 1903 die Gerüchte über

<sup>1)</sup> V. § 5, - 1) ii. Ziffer 2.

einen Krieg zwischen Japan und Rußland in Blüte gestanden hätten, habe es unter den Chinesen geheißen, daß, wenn nach dem Ausbruch des Krieges die Russen einmal unterliegen würden, die russischen Papierrubel nicht mehr gewechselt werden könnten und nur noch den Wert von altem Papier haben würden. Vom November oder Dezember d. l. bis zum Ausbruch des Krieges im Februar 1904 habe der Umlauf des Papiergeldes eine starke Abnahme erfahren, und dasselbe sei von 1 Dollar 30 bis 40 Cents häufig auf 1 Dollar 10 Cents gefallen, und nur, dank den Bestrebungen det Niederlassungen der russisch-chinesischen Bank in den verschiedenen Orten den Kredit des Papiergeldes aufrechtzuerhalten, sei es nicht dazu gekommen, daß sein Umlauf ganz ins Stocken geraten sei. Als aber die Nachrichten von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Kaiping und Yingkow kamen, hätten die Chinesen, welche Papierrubel gehabt hätten, darin gewetteifert, diese zu verkaufen. Der Rubel sei damals bis auf 70 oder 80 Cents gefallen. Aber da in Tientsin und Shanghai Papierrubel immer zum Tageskurs gegen Silbertaels gewechselt werden könnten, so hätten die Geldwechsler in Yingkow, wenn das russische Papiergeld gefallen gewesen sei, dieses aufgekauft. nach Shanghai geschickt und dort mit ungeheurem Gewinn wieder eingetauscht.

Nach diesem Bericht zu urteilen, erregte also der Rubelschein schon beim Beginn des japanisch-russischen Krieges im Verkehr unter den Chinesen ganz allgemein Verdacht und Mißtrauen, und es zeigte sich die Tendenz, daß er schließlich gänzlich den Kredit verlieren würde. Als die Nachricht von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Yingkow gekommen war, traf freilich die russisch-chinesische Bank sorgfältige Maßnahmen, um das alte Verhältnis wiederherzustellen; es kam aber trotzdem zu einem großen Sturz. Als sodann immer mehr Nachrichten von dem weiteren Kampf und Sieg der japanischen Truppen kamen, war die Lage so, daß es sich auf keine Weise mehr vermeiden ließ, daß der Rubel unter den Chinesen ganz allgemein seinen Kurs verlieren würde. Es ist daher ganz klar, daß die Situation derartig war, daß die russischen Truppen zu der Zeit, wo das zur Verhandlung stehende Silbergeld befördert wurde, zur Requisition des Kriegsbedarfs und zur Bezahlung der Kulis den Papierrubel nicht ohne weiteres verwenden konnten. Daher ist es offenbar, daß chinesisches Silbergeld zu jener Zeit für die russischen Truppen unentbehrlich geworden war.

Ferner besagt der Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls Ijuin in Tientsin über die russischen Papierrubelscheine: Mit der Eröffnung des Krieges zwischen Japan und Rußland seien unter vielen Chinesen Zweifel über die Einlösbarkeit der Rubelscheine aufgekommen. Man habe gefürchtet, daß sie Fälschungen seien, und der Kredit sei beeinträchtigt worden. Auch unter den Russen und den russischen Regierungslieferanten seien nur sehr wenig Rubelscheine in Verkehr gewesen, wenn man auch nicht behaupten könne, daß sie absolut keinen Umlauf gehabt hätten. Wenn die Banken in Tientsin sie in die Hand bekommen hätten, hätten sie sie nicht als Geld behandelt, sondern als eine Art Wertnapier.

Danach hat der Rubelschein, nachdem die russischen Truppen bei nashahan und Tehlütze geschlagen worden waren, unter den Chinesen allgemein keinen Umlauf gehabt. Er war nur gelegentlich des Kursturzes eine Art Handelsobjekt für Kauffeute, die großen Gewinn erzielen vollten. Daher hat der Rubelschein auch die Requisitionen der russischen Truppen und die Löhne der Kulis nicht zahlen können. Aus allem diesen geht klar hervor, daß die russischen Truppen ehinesisches Geld nöße hatten.

Wenn es auch offenbar ist, daß trotz des japanisch-russischen Krieges die Hauptprodukte Niutschwangs Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl, wie auch die Reklamanten behaupten, verhandelt worden sind, so bestand daneben doch die Tatsache, daß auf der anderen Seite Kaufleute in Benutzung der Gelegenheit, daß die russischen Truppen chinesisches Umlaufsgeld nötig hatten, die vermehrten Rubelscheine billig von den russischen Truppen kaufen und dadurch großen Gewinn erzielen konnten. Daher stimmt die Behauptung der Reklamanten, daß das in Streit befangene Silbergeld, weil iener Warenhandel in Betrieb gewesen sei, auf keinen Fall dem Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, nicht mit den Tatsachen überein. Vielmehr ist es natürlich anzunehmen, daß zu einer solchen Zeit die geschäftlich scharfsinnigen chinesischen Kaufleute, vor allem die Bankunternehmer, anstelle ihrer gewöhnlichen Geschäfte lieber Rubelscheine billig von den Russen kaufen und, um einen außerordentlichen Profit zu erzielen, die Gefahr eines solchen Geldimports laufen würden. Das zur Verhandlung stehende Geld ist durch Vermittlung der Seetransportfirma Täng Ming Chien, welche eine volle Ladung von Kriegskonterbande heimlich nach Niutschwang zu befördern beabsichtigt hatte, zugleich mit dieser Konterbande auf demselben Schiff verladen und befördert worden. Dazu ist sein Bestimmungsort ein russischer Etappenort und, wie oben dargetan, bedurften die russischen Truppen solchen Geldes. Daraus muß geschlossen werden, daß der Zweck der Einfuhr des Geldes der gleiche gewesen ist wie der der Einfuhr der übrigen Konterbandeladung, nämlich Lieferung zum Gebrauch der russischen Truppen. Demnach ist 6 durchaus zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz die Einziehung des Geldes ausgesprochen hat.

Da Personen, welche Schleichimport treiben, immer genötigt sind, mit allen Mitteln den Verdacht abzulenken und die Spuren zu verheinlichen, so kann die Tatsache, daß man in Shanghai beim Zollamt öffenlich die Ausfuhrformalitäten erfüllt hat, nicht als ein Beweis erachtet werden, welcher geeignet sei, der obigen Annahme entgegenzustehen.

Wenn man die von den Reklamanten angeführten Beweise betrachtet, so können sie lediglich zu der Vermutung führen, daß bi jedem Jahre Fälle von Einfuhr keinen Silbergeldes nach Niutschwang vorkommen. Für die Behauptung aber, daß, obgleich eine Gelegenheit, großen Gewinn zu erzielen, vorhanden war, diese Gelegenheit nicht berücksichtigt worden sei und das Geld für die alljährlich wiedekehrenden Handelszwecke dienen sollte, ist keinerlei Beweis erbracht worden.

Die Reklamanten behaupten, daß es nicht zu bestreiten si; daß die Verwendung von Silbergeld sieh nicht auf die russische Armee und Marine beschränke, sondern daß es allgemein im kaufmännischen Verkehr unter den Chinesen verwendbar sei. Was indes das von den Reklamanten einzufähren beabsichtigte Silbergeld angelt, so ist aus den Tatumständen die Annahme, daß dasselbe zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würde, ganz offenbar berechtigt. Dasselbe kann daher, gerade wie auf Grund derselben Tatumstände der gleichen Annahme bei Lebensmitteln wie Reis und Weizenmehl nichts im Wege steht, als Konterbande angesehen werden.

Da femer der Grund dafür, daß Lebensmittel, Gield usw., venn sie nach feindlichem Geheit gehen oder zum feindlichen Kriegsgebrauch gelücert werden sollen, als Konterbande gelten, der ist, daß man degeen ist, daß solche Güter im Ende die Kriegsfahigkeit des Findes unterstützen, so ist die Frage, ob ihr Bestimmungsort ein Kriegshafen oder Blockadehafen ist, für die Bestimmung, ob ein Konterbandetransport vorliegt oder nicht, nicht von wesentlicher Bedeutung. Wenn der Bestimmungsort ein Kriegshafen oder ein Blockadehafen ist, so liefert das nur einen Umstand, welcher die Vernutung, daß die dorfnib bestimmten Güter Konterbande sind, erleichtert. Daher ist auch dieser Punkt der Berufung nicht anzuerkennen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yü Po und Ching Pu Saw, in Firma Yu Shang Chiang, aus der Provinz Canton. Regierungsbezirk Chowchow, Haijang bzw. Chaoyang.

Prozefivertreter: Rechtsanwalt Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori sichome Nr. 54.

In der Prisensache, betreffend Ladung des chinesischen Dampfers "Pei-Ping", wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Die unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Shang Fa Yun an die Firma Yu Shang Chiang versandten 5 Kisten kleines Silbergeld werden eingezogen.

#### Tathestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 5 Kisten kleines Silbergeld sind von dem Transportgeschäft Shang Fa Yun auf dem chinesischen Dampfer "Pei-Ping" verladen und am 15. Juli 1904 nach Niutschwang verschiftt worden. Als am 17. d. M. das Kaiserliche Kriegsschift "Hong-kong Maru" den Dampfer "Pei-Ping" wegen Konterbandetransports etwa 10 Seemeilen nordöstlich von Weihaiwei in China aufbrachte, wurden auch die zur Verhandlunes stehenden Güter mit Beschlar beleckt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Hongkong Maru", Leutnants zur See Iwamuro Tetsu jiro, die Vernehmungsprotokolle des Kapitians A. Mactaggart, des Kompradors Cheong Sow Wing, des I. Offiziers H. C. Atkinson, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Die Rekkamanten betrieben in Niutschwang ein Bankgeschäft. Sie hätten das zur Verhandlung stehende Geld von Shanghai kommen lassen wollen, weil zu der Zeit in Niutschwang die Handelsverhältnisse zu einem einseitigen Wechselverkehr geneigt hätten und weil die Zeit für den Einkauf von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnend gekomen gewesen sei, so daß Umlaufskapital nötig gewesen sei. Ferner sei der Kurs für Papiergeld und für kleines Silbergeld sehr ungleich gewesen, so daß die Reklamanten durch Einfuhr von Silbergeld einen Gewinn zu erzielen erwartet hätten. Das zur Verhandlung stehende Geld sei nicht für die russische Armee oder Marine bestimmt gewesen und habe auch nicht zu ihrem Gebrauch geliefert werden sollen. Daher sei es keine Konterbande und müsse freiegegeben werden.

Die Reklamanten haben zum Beweise der vorstehenden Fatsachen verschiedene Beweisdokumente eingereicht.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehenden Güter würden nach ihrer Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben. Sie seien daher Krieeskonterbande und müßten eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Lebensmittel oder Geld nach einem von den seindlichen Truppen besetzten Hasen versandt worden sind, so kann je nach den Umständen angenommen werden, daß sie zum Gebrauch dieser Truppen dienen werden.

Niutschwang war zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt und dient als ein Hauptetappenort. Außerdem hatte das russische Kriegspapiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine sehr an Kredit verloren, und es ist bekannt daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, stark benötigt wurde, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es muß daher angenommen «erden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre. Es wird demnach als Kriegskonterbande angesehen, 9 und weder die Ausführungen des Vertreters der Reklamation noch die von ihm eingereichten verschiedenen Beweisstücke sind imstande, diese Annahme umzustoßen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden. 2)

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Chan YüPo und Ching PuSaw, in Firma YuShang Chiang, aus China, Provinz Canton, Regierungsbezirk Chowchow, Haiyang bzw. Chaoyang.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Takagi Toyozo, Tokio, Kojimachiku, Uchisaiwaicho sichome Nr. 3. und Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori sichome Nr. 54.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladung des Dampfers "Pei-Ping", welcher am 17. Juli 1904 auf 37 ° 35 'n. Br. und 122 ° 23' ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der unter der Ladung des Dampfers

<sup>1)</sup> II, Ziffer 2. - 2) V. § 43.

"Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Shang Fa Yun versandten 5 Kisten kleines Silbergeld erkannt worden ist.

Gegen dieses Urfeil haben die Reklamanten, die chinesischen Staatsangehörigen Chan Yū Po und Ching Pu Saw, in Firma Yu Shang Chiang, die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsawälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation, Takagi Toyozo und Sakurai Ikkyu, sind folgende:

Es werde Aufhebung des am 17. Dezember 1904 von dem Prisengericht zu Sasebo abgegebenen Urteils auf Einziehung der auf dem chinesischen Dampfer "Pei-Ping" verschiften 5 Kisten kleines Silbergeld und Freigabe derselben beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Reklamanten hätten ein Bankgeschäft und betrieben daneben ein Engrosgeschäft für Ein- und Verkauf.

Bei der Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl liehen die Kaufleute von Niutschwang den Wechselbetrag für die Güter dar, vereinnahmten in Shanghai den Wechselbetrag von dem Wechselschuldner und bewerkstelligten die Übersendung dieses Betrages entweder durch Ankauf eines in Niutschwang zahlbaren Wechsels oder in Form baren Geldes. Auch in Fällen, wo. Waren von Niutschwang nach anderen Plätzen wie Shanghai ausgeführt würden und der Wechsel dargeliehen werde, werde die Zahlung des Wechselbetrages bisweilen in Shanghai entgegengenommen. Denn da Shanghai das Zentrum des chinesischen Handels sei, so sei es auch der Mittelpunkt des Geld-umlaufs. Auch in Fällen, wo die Reklamanten selber Bohnen und Bohnenkuchen nach Shanghai ausführten, werde die Zahlung des Preises in Shanghai entgegengenommen, und auch in Fällen, wo die Ausfuhr nach anderen Plätzen gehe, wie Shanghai, sei dies bisweilen der Fäll. So sei das zur Verhandfung stehende Geld im Verlauf einer Trans-

aktion von dem Angestellten der Reklamanten in Shanghai dort eingenommenes Geld, welches er bei einem Wechsler eingewechselt und
an das Hauptgeschäft in Niustehwang gesandt habe. Daß bares Geld
geschiekt worden sei, habe seinen Grund darin, daß gerade in Niutschwang die Zeit für die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen usw.
gekommen gewesen sei. Denn da in der Regel die Exportfirmen Zahlung
für die Bohnen usw. in kleinem Silbergeld leisteten und die Kunden des
Bankdepartements die Reklamanten um Leistung in Silbergeld bäten,
so hätten dieselben sich darauf vorbereiten müssen. Dies sei einer der
Gründe, weshalb das zur Verhandlung stehende Geld in bar geschiekt
worden sei.

Wenn in Niutschwang Silbergeld reichlich und der Kurs für in Niutschwang zahlbare Wechsel in Shanghai niedrig gewesen wäre, so wäre es allerdings nicht nötig gewesen, daß der Angestellte der Relbmanten extra Silbergeld hätte schicken sollen. In Niutschwang hab es aber an Silbergeld gefehlt, und der Wechselkurs auf Niutschwang sei in Shanghai so hoch gewesen, daß selbst nach Zahlung der Frach und Versicherung die Sendung von barem Geld immer noch vorteilhal, abgesehen davon, daß sie geschäftlich notwendig gewesen sei. Da sei der zweite Grund, weshalb das zur Verhandlung stehende Geld in bar übersandt worden sei.

- Die obigen Tatsachen gingen hervor aus den Beweisstücken Nummer 2, 3, 5 bis 7 und 9 bis 11.
- 2. Daß der Angestellte der Reklamanten das zur Verhandlung stehende Silbergeld an das Hauptgeschäft in Nittschwang geschich habe, sei, wie dargetan, eine für ein Bankgeschäft natürliche Maßnahme, die mit den russischen Truppen in keinerlei Beziehung stehe. Wen man annehme, daß es zulässig sei, eine derartige reine Handelstrasaktion für umerlaubt zu erklären und die auf der Reise befindlichen Güter einzusiehen, so bedeute das eine Entziehung des Reeths, Gewerbe zu treiben. Von etwas dergleichen, wie insbesondere auch davon, daß neutralen Staatsangehörigen das Recht auf ihr gewöhnliches Gewerbe in Ihrem eigenen Lande entzogen werden könne, habe man bislam in der Praxis und der Wissenschaft des Völkerrechts noch niemsbetwas gehört.
- 3. Der Dampfer "Pei-Ping" habe seine Absicht, nach Nitutschwang und anderen Häfen zu gehen, in Shanghai-Zeitungen bekannt gemacht und der englische Konsul habe die Abreise des Dampfers zwecks Gütertransports nach Nitutschwang gutgeheißen. Auch das Zollamt in Shanghai habe die öffentlich nach Nitutschwang gehende Ladung passieren lassen. Daher habe der Angestellte der Reklamanten ohne weitere Überlegung ganz unbefangen dem Schiffe das zur Verhandlung stehende silberged zur Beförderung übergeben. Danach sei die Beschlagmahme, von der Einziehung nicht zu reden, im höchsten Grade unerwartet gekommen. Wenn man das Geld wirklich heimlich habe absenden wollen, um es zum Gebrauch der russischen Truppen zu liefern, so hätte man ein so öffentliches Transportverfahren nicht wählen sollen. Daß man doch ein solches Verfahren eingeschlagen habe, liefere reichlichen Grund für die Vermutung, daß böser Glaube dahei nicht vorgelegen habe.

 In dem Urteil erster Instanz werde zur Begründung folgendes gesagt:

> Nütschwang sei zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen und habe als ein Hauptetappenort gedient. Außerdem habe das russische Kriegspapiergild durch die andauernden Niederlagen der russischen Amee und Marine sehr an Kredit verloren, und es sei bekantt.

daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, benötigt worden sei, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es müsse daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Nüutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre.

Daraufhin aber, daß Niutschwang ein Hauptetappenort der russischen Truppen sei, annehmen zu wollen, daß alle dorthin eingeführten
Güter zum Gebrauch der Truppen geliefert wirden, sei unbillig streng
und widerlaufe auch den Tatsachen. Daß, wenn auch Niutschwang
zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt gewesen sei,
deshalb der Handel Niutschwangs nicht in Süllstand geraten, sondern
tatsächlich ausgeübt worden sei, könne man aus den das Beweisstück
Nr. 13 bildenden telegraphischen Mittellungen der Niutschwang-Filiale
der offenen Handelsgesellschaft Mits u i Bussan über die Handelslage in Niutschwang bis zum Juli des vorigen Jahres entnehmen. Wenn
päktr die chinesische Zollstatistik für das Jahr 1904 erscheinen werde,
so würden sich diese Tatsachen bestätigen.

Selbst angenommen, die russischen Truppen hätten Geld wie das zur Verhandlung stehende nötig gehabt, so sei es doch unsinnig, ohne zu fragen, wem es gehöre, anzunehmen, daß es unbedingt an die Iruppen geliefert worden wäre. Auch sprächen die Tatsachen nicht dafür. Vielmehr müsse grundsätzlich angenommen werden, daß, wen die Reklamanten, welche ein Bankgeschäft hätten, Geld, wie es zum Betriebe dieses Gewerbes erforderlich sei, von Shanghai, woher sie ihre Kapitalien geliefert bekämen, nach Niutschwang, dem Sitz Jhres Gschäfts, befördern ließen, dieses Geld im Betriebe des Bankgeschäfts der Reklamanten zur Verwendung kommen solle.

Wenn man diese natürliche Vermutung umstürzen wolle, so bedürfe se dazu unter allen Umständen sicherer Gründe und Beweise. Wenn daher das Urteil erster Instanz auf die dort verzeichneten vagen Gründe hin eine Annahme aufgestellt habe, welche dieser natürlichen Vermutung widerspreche, so sei das auch vom Standpunkt des Beweisrechts unzutreffend.

5. Silbergeld sei sogenannte bedingungsseise Konterbande. Da es danach nur in den beiden Fällen: (J) daß es f\u00e4n die feindliche Armee oder Marine bestimmt sei; (2) daß es nach feindlichem Gebiet bestimmt sei und angenommen werden m\u00e4sse, alß es zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen w\u00fcrd, \u00e4rgesselnstehande sti, \u00e4) so sei es n\u00f6tig, \u00fcr die Gehauptung, daß es Konterbande sti, Beweise beizubringen, welche dart\u00e4ten, daß es f\u00fcr die feindliche Armee

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2.

oder Marine bestimmt gewesen sei oder daß es zu ihrem Gebrauch habe geliefert werden sollen.

Wenn man also bei der Annahme, daß Konterbande nach dem Fall "(2)" vorliege, einfach so folgere, daß die Güter, weil sie nach einem von feindlichen Truppen besetzten Ort gesandt würden, aus zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden würden, so schließe man aus dem Vorhandensein der ersten der beiden Bedingungen, welche dieser Fall voraussetze, ohne weiteres auf das Vorliegen auch der zweiten Bedingung. Das sei im Erfolg dasselbe, als wenn die zweite Bedingung überflüssigerweise geschrieben sei, und laufe darauf hinaus, daß die bedingte Kriegskonterbande des Falles "(2)" keinen Unterschied von der absoluten Konterbande aufweise, so daß der Sinn, welcher dieser Unterschiedung zugrunde liege, völlig zunichte gemacht werde.

Man werde vielleicht behaupten, die Grundlage, auf welche hin das Gericht erster Instanz das zur Verhandlung stehende Geld als Konterbande angesehen habe, beschränke sich nicht nur darauf, daß das Geld nach einem vom Feinde besetzten Orte bestimmt sei, sondern es sei auch die weitere Begründung beigefügt, daß die feindliche Armee oder Marine es benutzen werde. Demgegenüber sei aber zu bemerken, daß Geld von iedermann in allen Umständen gebraucht werde und daß seine Verwendbarkeit sich nicht auf die russische Armee und Marine beschränke. Wenn demnach dafür, daß nur die russische Armee oder Marine das zur Verhandlung stehende Geld gebrauchen werde, keine besonderen Gründe vorlägen, so gebe die oben genannte weitere Begründung des Urteils erster Instanz auf die Frage, inwiefern die Annahme berechtigt sei, daß das zur Verhandlung stehende Geld bei den russischen Truppen zur Verwendung kommen werde, die Antwort, man müsse annehmen, daß es bei den russischen Truppen zur Verwendung gekommen wäre, weil diese es zu verwenden genötigt gewesen seien. Das sei Beantwortung einer Frage mit derselben Frage.

Obwohl den Reklamanten die Beweislast nicht obliege, hätten sie ihre Behauptungen, daß das zur Verhandlung stehende Geld weder an die russischen Truppen bestimmt, noch zu ihrem Gebrauch zu liefern gewesen, daß es vielmehr zur Deckung des Bedarfs in dem Bankgeschäft der Reklamanten versandt worden sei, mit verschiedenen beweiskräftigen Tatsachen und Gründen belegt. Der Staatsanwalt habe, ohne dagegen einen einzigen Gegenbeweis beizubringen, diese Erklärung der Reklamanten verworfen, und die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, welches der Ansicht des Staatsanwalts beipflichte, sei daher auch von dem Standpunkt der Beweisführung rechtsvidig;

 Es sei freilich nicht zu leugnen, daß Niutschwang nicht nur zur Zeit der Aufbringung, sondern schon seit der Zeit vor dem russischjapanischen Krieg unter russischer Gewalt gestanden habe. Aber man

müsse dieses besetzte Gebiet nicht einem gewöhnlichen Okkupationsgebiet gleichstellen. Denn Niutschwang sei ein dem Handel der Mächte offenstehender Hafen und kein Kriegs- oder Blockadehafen. Es könne nicht mit nur während der Kriegszeit besetzten Gebieten, wie zum Beispiel der Song To-Bucht, der Taubenbucht oder der Sho Ping-Insel bei Port Arthur auf eine Stufe gestellt werden. Wenn relative Konterbandegüter, d. h. Güter, wie sie im § 14 der Seeprisenordnung 4) aufgestellt worden seien, nach der Song To-Bucht usw. bestimmt wären, so werde jedermann dem zustimmen, wenn man annehme, daß sie direkt für die russischen Truppen bestimmt und daher als Kriegskonterbande einzuziehen seien. Wenn man aber einen solchen Fall und den Fall, wo die Güter nach Niutschwang bestimmt seien, gleichstelle, so entspreche das nicht dem wahren Sinn der japanischen Seeprisenordnung und des Völkerrechts über die Behandlung neutralen Gutes. Besonders seien auch die zur Verhandlung stehenden Silbermünzen kurantes Geld, wie es unter den Chinesen und den in- und ausländischen Kaufleuten in Niutschwang Kurs habe. Von anderen Konterbandegütern, wie Lebensmitteln und dergleichen, sei es weit verschieden, und es lägen Gründe vor, nach denen auf Gebrauch seitens der Truppen nicht geschlossen werden müsse. Beispielsweise sei zwischen Lebensmitteln, welche zum Gebrauch für die Russen, und solchen, welche zum Gebrauch für die Chinesen dienen sollten, ein großer Unterschied, so daß man, wenn Lebensmittel, welche für Russen geeignet seien, in großer Quantität nach Niutschwang bestimmt würden, diese wohl als Konterbande ansehen könne. Geld sei aber nicht nur bei Fruppen verwendbar, und da auch die Menge des hier versandten Geldes im Handel mit den großen Mengen Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl keinen Überschuß lassen würde, so könne man es nicht mit Lebensmitteln vergleichen und als Truppenbedarf ansehen.

7. Niutschwang sei ein Handelshafen. Daher müsse man einen Fall von bedingter Kriegskonterbande wie Oeld besonders sorgfältig überlegen. Deshalb werde die rechtliche Auffassung der Stellung Niutschwangs besonderer Beachtung empfohlen. Dieselbe sei mit der diplomatischen Frage über den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenol eng verknüpft. Diese sei folgende: Die Verhandlungen betreffend die Frage, ob die Ausfuhr von Bohnen, Bohnenkuchen usw. aus Niutschwang verboten werden solle, h\u00e4tten zu dem Resullat gef\u00e4hirt, daß die Ausfuhr gestattet sein solle, wenn garantiert werde, daß die \u00fc\u00e4tier this beim \u00e4hilt\u00e4tier zur Verwendung kommen wirden. Dieses sei der Kaiserlichen Regierung mittels Berichts des in China akkreditierten Kaiserlichen Gesandten vom 18. April 1904 mitgeteilt worden, und Japan habe diese Tatsasche, daß Bohnen, Bohnenkuchen usw. von Niutschwang

nach japanischen Häfen ausgeführt werden würden, mit Freuden begrüßt.

Wenn daher auch Niutschwang von den russischen Truppen besetzt gewesen sei, so ei es doch ein diplomatisches Faktum, daß der
Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen usw. von Japan, Rußland, China
und anderen neutralen Staaten gutgeheißen sei. Darin liege ein wichtiger Grund, weshalb die vorliegende Sache nicht allein daraufhin,
daß Rußland Niutschwang besetzt habe, entschieden werden None.
Denn wenn die Mächte den Handel mit Bohnen, Bohnenkuchen und
Bohnenöl übereinstimmend gestattet hätten, so falle auch das Resultat
dieses Handels, nämlich daß die Kauflette den Preis für de verkauften Waren in Empfang nähmen, in den Bereich dieses übereinstimmend gestatteten Handels. Demmach könne das Silbergeld, wechtes
ab Preis für die Bohnen; Bohnenkuchen usw. eingenommen si, votaugesetzt, daß es nicht an die russischen Truppen gehe, nicht eingezogen werden.

Daß aber das zur Verhandlung stehende Geld der Kaufpreis für frühere Bohnen, Bohnenkuchen usw., sowie Kapital für den auch in Zukunft erlaubten Einkauf derselben, und daß es kleines Geld sei, wie es für solche Einkäufe nötig sei; kurz, daß es in jeder Beziehung im Rahmen harmlosen Handelsverkehrs stehe: alles dies gehe aus den einpereichten Beweisen klar hervor.

Da die Ansicht des Völkerrechts und der Seeprisenordnung dahin gehe, die Rechte neutraler Staatsangehöriger zu achten, so werde um äußerste Unparteilichkeit bei Beurteilung der zum Beweise ungefälschter Tatsachen einzereichten Beweisdokumente gebeten.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

1. Zur Einziehung von Gütern auf Grund der Annahme, d
ß
ei zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden
w
ürden und daher Konterbande seien, sei es nicht unbedingt erforderlich, darzulegen, daß diese Annahme sich auf Beweise gr
ünde. Im
Falle, daß nach der Art der G
üter, den Verh
älmissen des Einf
h
örts und anderen Umst
änden angenommen werden k
önne, daß de
G
üter zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden
w
ürden, habe das Prisengericht nach freier Überzeugung zu befinden.

Das zur Verhandlung stehende Geld sei in China geprägt und habe in Niutschwang sowie den verschiedenen Gegenden der Manschurei Kurs. Es sei alles eine und dieselbe Art keinen Sibergedes, wie es zum Lohn für Tagelöhner sowie zum Einkauf der zum Haund persönlichen Gebrauch dienenden Gegenstände am geeignetstw. zur Zahlung bei großen geschäftlichen Transaktionen jedoch am aller-

ungeeignetsten sei. Es sei bequem für kleine, aber äußerst unbequem für große Zahlungen.

Zur Zeit, als das Geld in Niutschwang habe eingeführt werden sollen, sei, wie das Urteil erster Instanz sage, Niutschwang von den russischen Truppen besetzt gewesen, und die in Port Arthur und den verschiedenen Gegenden der Mandschurei liegenden russischen Armeeund Marinetruppen seien von diesem Platz als Bezugsort für ihren Kriegsbedarf abhängig gewesen, und die meisten Lebensmittel und sonstigen Gegenstände, die der Feind nötig gehabt habe, seien von dort geliefert worden. Da aber infolge der andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine das Kriegspapiergeld, welches in Niutschwang und auch in verschiedenen Teilen der Mandschurei Kurs gehabt habe, sehr im Kredit gesunken sei, so seien bei der Zahlung der Preisc für requirierte Gegenstände und der Löhne für Menschenund Pferdearbeit, d. h. also bei den kleinen Zahlungen plötzlich Schwierigkeiten entstanden. Daher seien Klagen über das Bedürfnis nach kleinem Hartgeld, insbesondere Geld wie dem zur Verhandlung stehenden, laut geworden, und man sei auch bezüglich dieses auf Niutschwang als Lieferungsort angewiesen gewesen.

Die Reklamanten hätten daraufhin unter Erleidung von allerhand Schwierigkeiten und unter großem Risiko die Kommission und Versicherung gezahlt und viele Tausend Yen, weit von Shanghai, einzuführen versucht. Die Frage, wie das Bedürfnis hierfür entstanden sei, beantworteten sie damit,

es sei die Folge einseitigen Wechselverkehrs; Ferner diene das Geld als Kapital zum Einkauf der von Niutschwang nach Shanghai ausgeführten Bohnen, Bohnenkuchen und des Bohnenöls; auch sei der Wertunterschied zwischen Silber und Papier in Niutschwang so groß gewesen, daß der Kurs für Silber den für Papier bis um 20 und 30 % überstiegen habe und es einträglich gewesen sei, bares Silbergeld von Shanghai kommen zu lassen.

Niutschwang sei aber seit langer Zeit von den Russen okkupiert gewesen, und die sonst von dort zur Ausfuhr gelangenden Bohnen, Bohnenkuchen usw. seien von ihnen entweder als Nahrungs- oder Brennmittel requiriert; auch sei, um den Gegner in Verlegenheit zu bringen, die Ausfuhr derselben streng verhoten worden, so daß die Ausfuhr der Hauptexportartikel, Bohnen, Bohnenkuchen usw. nach Shanghai fast gar nicht stattgefunden habe.

Dagegen seien die Kriegsbedürfnisse der russischen Truppen in der Gegend von Niutschwang immer größer geworden, und neben der gewöhnlichen Einfuhr sei die Einfuhr von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen sehr gewachsen, so daß Ein- und Ausfuhr völlig aus dem Gleichgewicht gekommen und demzufolge natürlich in Nisschwang zahlbare Wechsel in Shanghai zahlreich und in Shanghai zahlbare Wechsel gering geworden seien. In Shanghai seien dahe in Niutschwang zahlbare Wechsel leicht und billig zu kaufen geweset. Wenn daher die Reklamanten in ihrem Geschäftsbetrieb in Shanghai vereinnahmte Gelder nach Niutschwang zu schicken gehabt hätten, so hätten sie, anstatt das Risiko des Transports und die Kommission und die sonstigen Kosten bei Übersendung von barem Geld zu traget, lieber mit dem Gelde in Niutschwang zahlbare Wechsel kaufen sollen, bei deren Übersendung sie zugleich Bequemlichkeit und Vorteil gehäb haben würden. Daß ein in Geschäften scharfsinniger chinesischer Kaufmann, besonders Bankinhaber, wie die Reklamanten es seien, ein bequemes und vorteilhaftes Verfahren außer acht lassen und ein zubequemes und unvorteilhaftes Verfahren wählen und vorsätzlich Schadet und Risiko aufsuchen solle, sei kaum glaublich.

Zudem sei, wie oben dargetan, die Ausfuhr der Hauptexportartikel, Bohnen, Bohnenkuchen usw. fast gänzlich ins Stocken geraten, so daß ein Bedürfnis, Kapital zum Einkauf bereitzuhalten, nicht vorgelegen habe.

Daß ferner zwischen Silber und Papier in der Gegend von Niuschwang eine so außerordentlich große Wertdifferenz bestanden habe, so daß eine Übersendung von barem Gelde von Vorteil gewesen wäre, sei nu eine mündliche Behauptung des Reklamanten, vechler man mangels anderen Grundlagen schwer Glauben schenken könne.

So könne man, wie dargetan — welchen Punkt der Reklamation man auch erwägen möge — aus keinem derselben ein Bedürfnis für die Sendung des baren Geldes entnehmen.

Dagegen hätten die russischen Truppen zur Deckung ihres Kriegbedarfs chinesisches Geld und insbesondere kleine Münze, wie die zur Verhandlung stehende, dringend nötig gehabt. Wenn daher die Reklamanten, ohne Bedürfnis für ihr Geschäft müßsam viele Tausend Yen kleinen Geldes gesammelt, vorsätzlich die Oefahr des Transports getragen, Kommission, Versicherungsprämie und Fracht bezahlt hätten, um dieses Geld nach Niukschwang zu schaffen, so sei es ohne viel Worte offenbar, daß sie darin dem plötzlichen Bedürfnis der russischen Truppen hätten nachkommen wollen.

Selbst einmal zugegeben, das Geld habe nicht besonders eingeführt werden sollen, um dem plotzlichen Bedarf der russischen Truppen zu entsprechen, so müsse man doch vermuten, daß es, wenn es nach Niutschwang gekommen wäre, Jederalls zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würde. Daher sie es zutreffend, daß das Urtell erster Instanz auf Grund dieser Tatsachen unter Berücksichtigung der damaligen Umstände angenommen habe, daß das zur Verhandlung

stehende Geld sofort nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben würde. Daher sei die Berufung der Reklamanten unbegründet.

2. Die Reklamanten behaupteten:

Neben der Notwendigkeit des zur Verhandlung stehenden Geldes für die russischen Truppen in Niutschwang habe es aber auch an Bedürfnis für dasselbe im Handelsbetriebe Niutschwangs nicht gefehlt. Es sei aber unbillig, diesenstigte Bedürfnis gar nicht zu berücksichtigen und, wei die russischen Truppen Geld bedurft hätten, zu entscheiden, daß es ihnen geliefert worden wäre.

Das Urteil erster Instanz habe aber nicht lediglich daraufhin, daß die russischen Truppen das zur Verhandlung stehende Geld nößig gehabt hätten, so entschieden. Nach den Verhältnissen Niutschwangs zur Zeit der Einfuhr; nach der Tatsache, daß eine Notwendigkeit, bares Geld zu senden, nicht vorgelegen habe; und nach verschiedene sonsigen Tatsachen sei es schwer anzunehmen, daß die Reklamanten, wie sie behaupteten, das zur Verhandlung stehende Geld, weil sie es in ihrem Handelsbetrieb gebraucht hätten, eingeführt hätten. Dagegen hätten die russischen Truppen in ihrem Geldbedarf Mangel gelitten. Aus diesen Gründen habe das Urteil erster Instanz geschlosen, daß das Geld nach Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch für die russischen Truppen geliefert worden wäre. Es habe also nicht, ohne das damalige Bedürfnis in Handelskreisen zu berücksichtigen, in willkürlicher Weise lediglich daraufhin, daß die russischen Truppen Geld nößig gehabt hätten, entschieden, daß es zu ihrem Gebrauch dienen würde.

Nach dem Ausgeführten seien die Behauptungen der Reklamanten alle unbegründet, und das Urteil erster Instanz zutreffend. Daher sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es bedarf keiner Erörterung, daß Niutschwang zu dem chinesischen Hoheitsgebiet gehört und kein russisches Territorium ist. Der Kaiserliche Konsul in Niutschwang, Segawa, hat berichtet, daß

Rußland, seitdem es diesen Platz besetzt gehabt, dort eine Zivilverwaltungsbehörde eingerichtet und bis zum 25. Juli 1904 die Flagge eines Zivilverwaltungsamts geführt habe. Dies habe mit dem Morgen jenes Tages piötzlich aufgehört und es sei wieder die Konsulastflagge geheißt worden. Beim Eindringen unserer Truppen sei die französische Flagge aufgezogen worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Gelder aufgebracht wurden, Niutschwang tatsächlich unter russischer Verwaltung stand. Der Feind hatte dort nicht nur viele Truppen liegen, sondern auch einen Hauptetappenort eingerichtet. Wenn daher Güter dorthin befördert wurden, so muß das ebenso angesehen ærden, als ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt wären. <sup>5</sup>) Da es demach offenbar ist, daß die Tatumstände zu der Annahme berechtigen, daß auch das zur Verhandlung stehende, von den Reklamanten für die Einfuhr nach Niutschwang bestimmte Silbergeld zum Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, so muß man sagen, daß es die Voraussetzungen, welche es zur Konterbande machen, erfüllt. <sup>6</sup>)

In einem Berichte des obengenannten Kaiserlichen Konsuls heißt es, daß

die russische Regierung beim Beginn des Baues der Mandschurischen Eisenhahn anfänglich alle Zahlungen in Gold geleistet habe. Ein oder zwei Jahre später habe sie daneben Papierrubel benutzt und den Chinesen gesagt, zwischen dem Metall und dem Papier sei kein Unterschied. Dann habe sie, um dem Papier Kredit zu verschaffen, nach und nach das Gold zurückgezogen und das Papier vermehrt. Im Jahre 1902 sei es dahin gekommen, daß man in der Mandschurei russisches Goldgeld nur sehr selten in Umlauf gesehen habe. Damals habe aber die russisch-chinesische Bank schon an verschiedenen wichtigen Plätzen Niederlassungen errichtet. In diesen Banken sei das Papier zum Tageskurse gegen Silhergeld eingelöst worden, und in der Mandschurei habe dabei ein Papierrubel einen Tauschkurs von 1 Dollar 30 Cents bis 1 Dollar 40 Cents Silbergeld gehabt. Als indessen seit Herbst 1903 die Gerüchte über einen Krieg zwischen Japan und Rußland in Blüte gestanden hätten, habe es unter den Chinesen geheißen, daß, wenn nach dem Ausbruch des Krieges die russischen Truppen einmal unterliegen würden, die Papierrubel nicht mehr gewechselt werden könnten und nur noch den Wert von altem Papier haben würden. Vom November oder Dezember d. l. bis zum Ausbruch des Krieges im Februar 1904 habe der Umlauf des Papiergeldes eine starke Abnahme erfahren, und dasselbe sei von 1 Dollar 30 bis 40 Cents häufig auf 1 Dollar 10 Cents gefallen, und nur dank den Bestrebungen der Niederlassungen der russisch-chinesischen Bank in den verschiedenen Orten, den Kredit des Papiergeldes aufrechtzuerhalten, sei es nicht dazu gekommen, daß sein Umlauf ganz ins Stocken geraten sei. Als aber die Nachrichten von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Kaiping und Yingkow kamen, hätten die Chinesen, welche

<sup>&</sup>lt;sup>5)</sup> V. § 5. — 9 il. Ziffer 2.

Papierrubel gehabt håtten, darin gewettelfert, diese zu verkaufen. Der Rubel sei damals bis auf 70 oder 30 Cents gefallen. Aber da in Tientsin und Shanghai Papierrubel immer zum Tageskurs gegen Silbertaels gewechselt werden könnten, so hätten die Geldwechsler in Yingkow, venn das russische Papiergeld gefallen gewesen set, dieses unfgekauft, nach Shanghai geschiekt und dort mit ungcheurem Gewinn wieder eingetauscht.

Nach diesem Bericht zu urteilen, erregte also der Rubelschein schon beim Beginn des japanisch-russischen Krieges im Verkehr unter den Chinesen ganz allgemein Verdacht und Mißtrauen, und es zeigte sich die Tendenz, daß er schließlich gänzlich den Kredit verlieren würde. Als die Nachrichten von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze meh Yingkow gekommen waren, traf freilich die russisch-chinesische Bank sorgfältige Maßnahmen, um das alte Verhältnis wiederherzustellen; es kam aber trotzdem zu einem großen Sturz. Als sodann immer mehr Nachrichten von dem weiteren Kampf und Sieg der japanischen Truppen kamen, war die Lage so, daß es sich auf keine Weise mehr vermeiden ließ, daß der Rubel unter den Chinesen ganz allgemein scinen Kurs verlieren würde. Es ist daher ganz klar, daß die Situation derartig war, daß die russischen Truppen zu der Zeit, wo das zur Verhandlung stehende Silbergeld befördert wurde, zur Requisition des Kriegsbedarfs und zur Bezahlung der Kulis den Papierrubel nicht ohne weiteres verwenden konnten. Daher ist es offenbar, daß chinesisches Silbergeld zu jener Zeit für die russischen Truppen unentbehrlich geworden war

Ferner besagt der Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls Ijuin in Tientsin über die russischen Papierrubelscheine:

Mit der Eröffnung des Krieges zwischen Japan und Rußland seien unter vielen Chinesen Zweifel über die Einfösbarkeit der Rubelscheine aufgekommen. Man habe gefürchtet, daß sie Fälschungen seien, und ihr Kredit sei beeinträchtigt worden. Auch unter den Russen und den russischen Regierungslieferanten seien nur sehr wenig Rubelscheine in Verkehr gewesen, wenn man auch nicht behaupten könne, daß sie absolut keinen Umlauf gchabt hätten. Wenn die Banken in Tientsin sie in die Hände bekommen hätten, so hätten sie sie nicht als Geld behandelt, sondern als eine Art Wertpapier.

Danach hat der Rubelschein, nachdem die russischen Truppen bei Nanshan und Tehlitze geschlagen worden waren, unter den Chinesen allgemein keinen Umlauf gehabt. Er war gelegentlich des Kurssturzes eine Art Handelsobjekt für Kaufleute, die großen Gewinn erzielen wollten. Daher hat der Rubelschein auch die Requisitionen der russischen Truppen und die Löhne der Kulis nicht bezahlen können. Aus allem diesen geht klar hervor, daß die russischen Truppen chinesisches Geld nötig hatten.

Wenn es auch offenbar ist, daß trotz des japanisch-russischen Krieges die Hauptprodukte Niutschwangs, Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl, wie auch die Reklamanten behaupten, verhandelt worden sind, so bestand daneben doch die Tatsache, daß auf der anderen Seite Kaufleute in Benutzung der Gelegenheit, daß die russischen Truppen chinesisches Umlaufsgeld nötig hatten, die vermehrten Rubelscheine billig von den russischen Truppen kaufen und dadurch großen Gewinn erzielen konnten. Daher stimmt die Behauptung des Reklamanten, daß das in Streit befangene Silbergeld, weil jener Warenhandel in Betrieb gewesen sei, auf keinem Fall dem Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, nicht mit den Tatsachen überein. Vielmehr ist es natürlich anzunehmen, daß zu einer solchen Zeit die geschäftlich scharfsinnigen chinesischen Kaufleute, vor allem die Bankunternehmer, anstelle ihrer gewöhnlichen Geschäfte lieber Rubelscheine billig von den Russen kaufen und, um einen außerordentlichen Profit zu erzielen, die Gefahr eines solchen Geldimports laufen würden. Das zur Verhandlung stehende Geld ist durch Vermittlung der Seetransportfirma Täng Ming Chien, welche eine volle Ladung von Kriegskonterbande heimlich nach Niutschwang zu befördern beabsichtigt hatte, zugleich mit dieser Konterbande auf demselben Schiff verladen und befördert worden. Dazu ist sein Bestimmungsort ein russischer Etappenort und, wie oben dargetan, bedurften die russischen Truppen solchen Geldes. Daraus muß geschlossen werden, daß der Zweck der Einfuhr des Geldes der gleiche gewesen ist wie der der Einfuhr der übrigen Konterbandeladung, namlich Lieferung zum Gebrauch der russischen Truppen. Demnach ist es durchaus zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz die Einziehung des Geldes ausgesprochen hat.

Da Personen, welche Schleichimport treiben, immer genötigt sind, mit allen Mitteln den Verdacht abzulenken und die Spuren zu verheinlichen, so kann die Tatsache, daß man in Shanghai beim Zollamt öffertlich die Ausfuhrformalitäten erfüllt hat, nicht als ein Beweis erachtet werden, welcher geeignet sei, der obigen Annahme entgegenzustehen.

Wenn man die von den Reklamanten angeführten Beweise betrachtet, so können sie lediglich zu der Vermutung führen, daß in jedem Jahre Fälle von Einfuhr kiehene Silbergeldes nach Niutschwang vorkommen. Für die Behauptung aber, daß, obgleich eine Gelegnheit, großen Gewinn zu erzielen, vorhanden war, diese Gelegnheit nicht berücksichtigt worden sei und das Geld für die alljährlich wiederkehrenden Handelszwecke dienen sollte, ist keinerlei Beweis erbracht worden.

Die Reklamanten behaupten, daß es nicht zu bestreiten sei, daß die Verwendung von Silbergeld sich nicht auf die russische Armee und Marine beschränke, sondern daß es allgemein im kaufmännischen Verkehr unter den Chinesen verwendbar sei. Was indes das von den Reklamanten einzuführen beabsichtigte Silbergeld angeht, so ist aus den Tatumständen die Annahme, daß dasselbe zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben wirde, ganz offenbar berechtigt. Dassebe kann daher, gerade wie auf Grund derselben Tatumstände der gleichen Annahme bei Lebensmitteln wie Reis und Weizenmehl nichts im Wege steht, als Konterbande angesehen werden.

Da fermer der Orund dafür, daß Lebensmittel, Geld usw., wenn sie nach feindlichem Gebiet gehen oder zum feindlichen Kriegsgebrauch gelifert werden sollen, als Konterbande gelten, der ist, daß man dagegen ist, daß solche Güter im Ende die Kriegsfähigkeit des Feindes untersättzen, so ist die Frage, ob ihr Bestimmungsort ein Kriegshafen oder Blockadehafen ist, für die Bestimmung, ob ein Konterbandetransport vorliegt oder nicht, nicht von wesentlicher Bedeutung. Wenn der Bestimmungsort ein Kriegshafen oder ein Blockadehafen ist, so liefert das nur einen Umstand, welcher die Vermutung, daß die dorthin bestimmten Güter Konterbande sind, erleichtert. Daher ist auch dieser Punkt der Bertufung nicht anzuerkennen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Li Woo Chwen, in Firma Shih Chang Tock, Regierungsbezirk Päng Lai, Tengchowfu, China.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori shichome Nr. 54.

In der Prisensache betreffend Ladung des chinesischen Dampfers "Pei-Ping" wird, wie folgt, entschieden:

# Urteilsformel:

Die unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Kai Ping Chang an die Firma Shi Chiang Tock versandten 6 Kisten mexikanischer Dollars werden eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 6 Kisten mexikanische Dollasind kleines chinesisches Sübergeld. Sie wurden in Shanghai, Chia, von dem Transportgeschäft Kai Ping Chang auf dem ehinesische Dampfer "Pei-Ping" verladen und am 15. Juli 1904 an die Firma Shi Chang Tock in Niutschwang abgesandt. Als am 17. d. M. die Kaiserliche Kriegsschiff "Hongkong Maru" den Dampfer "Pei-Ping" wegen Konterbandetransports etwa 10 Seemeilen nordöstlich von Weihaiwei in China außrachte, wurden auch die zur Verhandlung stehende Güter mit Beschlap belect.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Hongkong Maru", Leutnants zur See Iwam ur or Tets ujiro, die Vernehmungsprotokolle des Kapitins A. Mactaggart, des Kompradors Cheong Sow Wing, des I. Offiziers H. C. Atkinson, die Konnossemente und das Ladungverzeichnis des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant betreibe in Niutschwang ein Bankgeschift. Er habe das zur Verhandlung stehende Geld von Shanghai kommen lassen wollen, weil zu der Zeit in Niutschwang die Handelsverhältnisse zu einem einseitigen Wechselverkehr geneigt hätten und weil die Zeit zum Einkauf von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenol gekommen gewesen sei, so daß Umlaufkapital nötig gewesen sel. Ferner sei der Kurs für Papiergeld und für kleines Silbergeld sehr ungleich gewesen, so daß der Reklamant durch die Einfuhr von Metallgeld einen Gewinn zu erzielen erhofft habe.

Das zur Verhandlung stehende Geld sei nicht für die russische Armee oder Marine bestimmt gewesen und habe auch nicht zu ihrem Gebrauch geliefert werden sollen. Daher sei es keine Konterbande und müsse freigegeben werden.

Der Reklamant hat zum Beweise der vorstehenden Fatsachen verschiedene Beweisdokumente eingereicht.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter würden nach ihrer Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben. Sie seien daher Kriegskonterbande und müßten eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Lebensmittel oder Geld nach einem von den feindlichen Truppen besetzten Hafen versandt worden sind, so kann je nach den Umständen angenommen werden, daß sie zum Gebrauch dieser Truppen dienen werden.

Niutschwang war zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen

besetz und diente als ein Hauptetappenort. Außerdem hatte das russische Kriegspapiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine sehr an Kredit verloren, und es ist bekannt, daß chlineisisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld stark benötigt wurde, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es muß daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre. Es wird demnach als Kriegskonterbande angesehen, <sup>3</sup>) und weder die Ausführungen des Vertreters der Reklamation noch die von ihm eingreichten verschiedenen Beweisdokumente sind imstande, diese Annahme umzustützen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden. 2)

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der chinesische Staatsangehörige LiWooChwen, in Firma ShiChang Tock, aus China, Provinz Shantung, Regierungsbezirk Tengchow, Päng Lai.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Takagi Toyozo, Tokio, Kojimachiku, Uchisaiwaicho ichome Nr. 3 und Sakurai 1kkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori, shichome Nr. 54.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensche betreffend Ladung des Dampfers "Pel-Ping", welcher am 17. Juli 1904 auf 37 9 35 'n. Br. und 122 9 23 'ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Kai Ping Chiang an die Firms Shi Chang Tock abgesandten 6 Kisten mexikanischer Dollars erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, der chinesische Staatsangehöfige Li Woo Chwen, in Firma Shi Chang Tock, Jurch die Rechtsanwälte Takagi Toyozo und Sakurai Ikkyu als Prozeßverteter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuk IK eirok u und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

<sup>&#</sup>x27;) II, Ziffer 2. - 2) V. § 43,

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation, Takagi Toyozo und Sakurai 1kkyu, sind folgende:

Es werde Aufhebung des am 17. Dezember 1904 von dem Prisengericht zu Sasebo erlassenen Urteils auf Einziehung der auf dem chinesschen Dampfer "Pei-Ping" verschifften 6 Kisten mexikanischer Dollars und Freigabe derselben beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

> (Das Folgende ist identisch mit dem korrespondierenden Teil des Urteils des Oberprisengerichts in der Reklamation der Firma Yu Shang Chiang. VI. 19e.)

Reklamant: Der chinesische Staatsangehörige Woo Wen Tien, in Firma Ching Tai Fung, aus der Provinz Shansi, Regierungsbezirk Tai Kuh, Tai Yuen, China.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori Nr. 54.

In der Prisensache betreffend Ladung des chinesischen Dampfers "Pei-Ping" wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Die unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma Shang Fa Yun versandten 10 Kisten kleines Silbergeld werden eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 10 Kisten kleines Silbergeld wurden in Shanghai, China, von dem Transportgeschäft Shang Fa Y un auf den ehinesischen Dampfer "Pei-Ping" verladen und am 15. Juli 1904 nach Niutschwang in China abgesandt. Als am 17. d. M. das Kaiser-liche Kriegsschiff "Hongkong Maru" den Dampfer "Pei-Ping" vegen Konterbandetransports etwa 10 Seemellen nordöstlich von Weihairet in China außrachte, wurden auch die zur Verhandlung stehenden Güter mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Hongkong Maru", Leutansta zur See, Iwa muro Tetsu jiro, die Vernehmungsprotokolle des Kaptians A. Mactaggart, des Kompradors Cheon g Sow Wing, des I. Offiziers H. C. Atkins son, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis des genannten Dampfers.

Die Haustburkute der Ausführungen des Vertreters der Reklamation

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant betreibe in Niutschwang ein Bankgeschäft. Er habe

das zur Verhandlung stehende Geld von Shanghai kommen lassen, weil zu der Zeit in Niutschwang die Handelsverhältnisse zu einem einstügen Wechselverkehr geneigt hätten und weil die Zeit zum Einkauf von Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl gekommen gewesen ei, so daß Umlaufskapital nötig gewesen sei. Ferner sei der Kurs für Papiergeld und für kleines Silbergeld sehr ungleich gewesen, so daß der Reklamant durch Einfuhr von Metallgeld einen Gewinn zu erziehen erhofit habe.

Das zur Verhandlung stehende Geld sei nicht für die russische Armee oder Marine bestimmt gewesen und habe auch nicht zu ihrem Gebrauch geliefert werden sollen. Daher sei es keine Konterbande und müsse freigegeben werden.

Der Reklamant hat zum Beweise der vorstehenden Tatsachen verschiedene Beweisdokumente eingereicht.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehenden Güter würden nach ihrer Ankunft in Niutschwang zum Gebrauch der russischen Truppen gedient haben. Daher seien sie Kriegskonterbande und müßten eingezogen

werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Lebensmittel oder Geld nach einem von den feindlichen Truppen besetzten Hafen versandt werden, so kann je nach den Umständen angenommen werden, daß dieselben zum Gebrauch dieser Truppen dienen würden.

Niutschwang war zur fraglichen Zeit von den russischen Truppen besetzt und diente als ein Hauptetappenort. Außerdem hatte das russische Kriegspapiergeld durch die andauernden Niederlagen der russischen Armee und Marine sehr an Kredit verloren, und es ist bekannt, daß chinesisches Metallgeld, insbesondere kleines Geld, wie das zur Verhandlung stehende Silbergeld, stark benötigt wurde, um der täglichen Nachfrage zu entsprechen. Es muß daher angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Silbergeld nach Ankunft in Niutschwang sofort zum Gebrauch der genannten Truppen geliefert worden wäre. Es wird denmach als Kriegskonterbande angesehen, 3) und weder die Ausführungen des Vertreters der Reklamation noch die von ihm eingereichten verschiedenen Beweisdokumente sind imstande, diese Annahme umzustoßen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden. 2)

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der chinesische Staatsangehörige Woo Wen Tien, in Firma Ching Tai Fung, aus China. Provinz Shansi, Regierungsbezirk Taiyuen, Tai Kuh.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Takagi Toyozo, Tokio, Kojimachiku, Uchisaiwaicho shichome Nr. 3 und Sakurai Ikkyu, Regierungsbezirk Hiogo, Kobe, Kitanagasadori shichome Nr. 54.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladung des Dampfers "Pel-Ping", welcher am 17. Juli 1904 auf 37° 35° n. Br. und 122° 35′ ö. L. von dem Kaiselichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, ein Urell gefällt, im welchem auf Einziehung der unter der Ladung des Dampfes "Pei-Ping" befindlichen, von der Firma 5 han Fah Yun versandten 10 Kisten kleinen Silbergeldes erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant Woo Wen Tien, in Firma Ching Tai Fung, durch die Rechtsanwälte Takagi Toyozo und Sakurailkkyu als Prozedvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht gepröft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation, Takagi Tovozo und Sakurai Ikkyu, sind folgende:

Es werde Aufhebung des am 17. Dezember 1904 von dem Prisergericht in Sasebo abgegebenen Urteils auf Einziehung der auf dem chinesischen Dampfer "Pei-Ping" verschiften 10 Kisten kleinen Silbergeldes und Freigabe derselben beantragt und zwar aus folgenden Gründen".

> (Das Folgende ist identisch mit dem korrespondierenden Teil des Urteils des Oberprisengerichts in der Reklamation der Firma Yu Shang Chang. VI. 19 e.)

Reklamanten: Die chinesischen Staatsangehörigen Täng Ming Chian, Chef der Firmen Kai Ping Chian gund Shang Fa Yun. in Shanghai, China, Kiangsi Road Nr. 94, und Yue Foong Tack, Yuen Ching Dah, Yuen Chang Kung, Yu Chang Wo, Fung Shun Yung, Yuen Fang, Wai Fah Hua, Ching Ta Foong, Shi Cheang Tack, Dong Shun Shing, Chi Chi, San Shun Ta, Shing Chang Yüng, Teng Ha Tong, Shing Woo Che ang, sämtlich wohnhaft in Shanghai, China

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Suzuki Jubi, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 8 und Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18. In der Prisensache, betreffend Ladung des chinesischen Dampfers "Pei-Ping", wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Pei-Ping" verladenen, in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter werden sämtlich eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind in Shanghai, China, auf dem chinesischen Dampfer "Pei-Ping" verladen. Am 15. Juli 1904 wurden sie, wie in dem beigefügten Ladungsverzeichnis angegeben, nach den chinesischen Häfen Niutschwang, Tientsin und Chinwantao abgesandt. Als am 17. d. M., 10 Uhr vormittags, das Kalserliche Kriegschiff", Hongkong Maru" den Dampfer "Pei-Ping" wegen Konterbandetransports etwa 10 Seemielin nordöstlich von Weihaiwei in China aufbrachte, wurden auch die zur Verhandlung stehenden Güter mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Hongkong Maru", Leutnants zur See, Iwam uro Tetsujiro, die Vernehnungsprotokolle des Kapitins A. Mactaggart, des Kompradors Cheong Sow Wing, des I. Offiziers H. C. Atkinson, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis des genannten Damofers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Die nach Nittschwang bestimmten zur Verhandlung stehenden Güter, welche unter Ziffer 2 der Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 vom Jahre 1904 ly fielen, wie Reis, Weizenmehl, Tee, Zucker und Silbergeld, könnten erst als Konterbande gelten, wenn sie entweder an die feindliche Armee oder Marine bestimmt seien oder angenommen werden müsse, daß sie zu deren Gebrauch dienen würden. Was aber die Art der zur Verhandlung stehenden Güter angehe, so hätten verschiedene einzelne Kaufleute, die auch selbst die Empfänger seien, sie einem Spedieuter zur Beförderung übergeben. Es sei daher offenbar, daß sie nicht an die feindliche Armee und Marine bestimmt gewesen seien.

Ferner håtten die Ladungseigentümer und der Reeder zunächst bei dem ehinesischen Zollamt angefragt und die Güter erst verschifft, als sie die das Beweisstück A 1 bildende Antwort erhalten hätten, daß Reis, Weizenmehl, Zucker, Silbergeld usw. nur, wenn sie an die kriegführenden Staaten geliefert werden sollten, Konterbande seien. Das sei mehr als ausreichend für die Vermutung, daß die Absicht, sie an den Feind zum Kriegsgebrauch zu liefern, nicht bestanden habe. Überdies gehe es aus Beweisstück A 6 hervor, daß derartige Güter gewöhnlich in Niutschwang sehr in Nachfrage stünden, so daß sie regelmäßig von Shanghai eingeführt würden.

Des weiteren täten die Beweisstlicke A2 bis 4 dar, daß die Ladungeigentümer, welche alle in Niutschwang ihr Hauptgeschäft oder Filiakn hätten, die Güter als gewöhnliche Handelsobjekte dorthin versandt hätten. Es sei daher unbillig, anzunehmen, daß sie zum Gebrauch des Feinde hätten dienen sollen.

Tientsin und Chinwantao seien neutrale Häfen, die zu diesem Kriege nicht in der geringsten Beziehung stünden. Die dorthin bestimmten Güter seien daher keine Kriegskonterbande und müßten mit Recht freigegeben werden.

Die Reklamanten seien die Eigentümer der in dem beigefügten Verzeichnis unter folgenden Nummern aufgeführten Güter und beantragten deren Freigabe:

deren Freigabe:		
Yuen Shang Kun	Nummer	85,
Yuen Shing Dah	**	89,
Yuen Fang	,,	90,
Shing Chang Ying	17	83,
Yue Foong Tack	**	84,
Fung Shun Yung	,,	82,
Shi Cheang Tack	**	88,
Yu Chan Wo	.,	81,
Ching Ta Foong	27	16,
Dong Shun Shing	**	13,
Teng Ha Tong	**	18-24,
Shing Woo Cheang	**	25-79,
Nan Shun Ta		80

Chi Chi und Wai Fah Hua Nummer 14 und 17.

Tāng Ming Chien sei freilich nicht Eigentümer irgendwelber der zur Verhandlung stehenden Güter. Er betreibe aber unter der Firma Kai Ping Chang und Shang Fayun Seetransportgeschäfte, und da er den Transport der zur Verhandlung stehenden Güter übernommen habe und im Falle der Einziehung derseben Schaden erteiden müsse, so habe er mit den anderen Reklamanten zusammen die Reklamation erhoben und beantrage die Freigabe Sämlicher Güter.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Von den nach Niutschwang gehenden Gütern seien die in dem beigefügten Verzeichnis unter den Nummern 9 bis 12, 15, 16, 18 bis 90 aufgeführten Güter einzuziehen und die unter den Nummern 13, 14 und 17 aufgeführten sowie die nach Chinwantao und Tientsin bestimmten Güter freizuerbeit. Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Niutschwang zur Zeit der in Frage stehenden Aufbringung von den russischen Truppen besetztes, daher seindliches Gebiet war. 2)

Da das in dem beigefügten Verzeichnis unter den nach Niutschwang bestimmten Gütern aufgeführte Eisen und die Eisenwaren Güter sind, welche als Material zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegsschiffen dienen können, so ist es unbestreitbar, daß sie, weil nach dem feindlichen Niutschwang bestimmt, Konterbande sind. <sup>3</sup>) Daher sind die Güter unter Nummer 23 und 24 einzuziehen. <sup>9</sup>)

Was ferner die Lebensmittel, wie Weizenmehl und Getränke, angeht.<sup>4</sup>) so sind sie alle Artikel, wie sie bei Europäeru und Amerikanern in Nachfrage stehen. Zur fraglichen Zeit ist aber die Zahl der in Nitschwang ansässigen gewöhnlichen Europäer und Amerikaner sehr gering gewesen, wogegen unssiche Truppen dort in großer Zahl lagen. Auch war Niutschwang zu der Zeit ein Hauptetappenort der russischen Truppen. Wenn man alles dies in Erwägung zieht, ist es ganz klar, daß die große Menge von Lebensmitteln und Getränken zum Kriegsgebrund des Feindes gedient haben würde.

Auch bezüglich des Geldes, <sup>3</sup>) welches die russischen Truppen bei der damaligen Lage für die Kriegsführung am allernötigsten hatten, kann es nicht bezweifelt werden, daß auch dieses dem Feinde zum Kriegsgebrauch geliefert worden sein würde.

Die mit Konnossementen, welche auf den Inhaber als Empfänger lauten, ohne Zweifel, aber auch die an die im beiliegenden Verzeichnis aufgeführten Empfänger bestimmten Güter sind daher tatsächlich alle als für den Gebrauch der russischen Truppen zu liefern, d. h. als Konterbande anzusehen.

Demnach sind die in dem beigefügten Verzeichnis unter Nummer 15, 16, 18 bis 22, 25 bis 33 und 35 bis 90 verzeichneten Güter einzuziehen. 4)

Die unter Nummer 9 bis 14 und 17 bis 34 verzeichneten Güter sind freilich keine Konterbande, gehören aber dem Konterbandesigentümer Täng Ming Chien und können daher der Einziehung nicht entgehen. 9 Freilich behaupten die Vertreter der Reklamation auf Grund des Beweisstückes A4, daß die Güter anderen Reklamaten wie Täng Ming Chien gehören; dieses Beweisstück hat aber Täng Ming Chien erst nach Entstehn der vorliegenden Sache hergestellt, und da sonst keine Beweise vorliegen, welche die dort verzeichneten Tatsachen bekräftigen könnten, so ist demselben nicht ohne weiteres Glauben zu schenken.

Die übrigen von den Vertretern der Reklamation eingereichten

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) V. § 5. — <sup>3</sup>) II. Ziffer 1. — <sup>4</sup>) V. § 43. <sup>5</sup>) II. Ziffer 2.

Beweisdokumente sind alle nicht geeignet, um zu beweisen, daß die oben genannten Güter keine Konterbande sind.

Tientsin und Chinwantao sind kein feindliches Gebiet, so dåd die dorthin bestimmten Güter, gegen welche in diesem Falle ein Beweis dafür, daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten, nicht vorliegt, nicht als Konterbande bezeichnet werden können. Der Absender der nach diesen beiden Plätzen bestimmten, in dem beigefügen Verzeichnis aufgeführten Güter ist aber Tång Ming Chien und die Konnossemente bezeichnen als Empfänger den Inhaber. Daher sind die Güter alle als im Eigentum Tång Ming Chien's stehend zu betrachten; d. h. sie gehören dem Eigentümer der oben genannten Kriegskonterbande. Es ist aber rechtens, daß Güter, welche einem Eigentümer von Konterbande gehören, wenn sie auf demselben Schilf wie diese sind, gleichviel ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt sind oder nicht, eingezogen werden. Demnach sind die in dem beigefügten Verzeichnis unter Nummer 91 bis 105 und 111 bis 123 aufgeführter Güter alle einzuziehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 17. Dezember 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

# (Unterschriften.)

# Verzeichnis der auf dem Dampfer "Pei-Ping" verschifften Güter.

Nr. des Ladungs- ver- zeichnisses	Art der Güter	Zahl der Kolii	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
9	Graues Bombay-		Shang Fah	Shanghai	Inhaber	Niutschwang
	Baumwollen-	1	Yun	"		
	garn	25		1 1		
10		47		.		
11		3		-	-	
12		20	-		-	-
13	Nanking-Stoffe .	100		1 - 1	-	
14		50		.		
15	Kleines Silbergeld	5		1 . 1		
16		10		l . I		
17	Zigaretten	35		1 . !		
18	Rotwein	5				١.
19	Lebensmittel	1				١ .
20	Kohlensaures			1 1		
	Wasser	20		1 . 1		
21	Stärkemehl	1				
22	Butter	10				
23	Eisen	1				
24	Eisenwaren	1				

Nr. des Ladungs- ver- reichnisses	Art der Güter	Zahl der Kolli	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
25	Gin	50	Shang Fah Yun	Shanghai	Inhaber	Niutschwang
26	Likörs	20				
27	Zucker	10				
28	Gesalzenes Rind-			1 1		
	fleisch	40		l - i		
29	Rotwein	10		- 1		
30	Lebensmittel	4		- 1		
31	Branntwein	170		- 1		
32	Vermouth	10				
33	Geräucherte			1 1		
	Schinken	11		-		
34	Spielkarten	1		- 1		
35	Bier	50				
36	Tomaten	20				
37	Marmeladen	2				
38	Lachs	10		-		
39	Rindszunge	1		- 1		-
40	Tomaten	10		- 1		-
41	Kochsalz	20	-		-	
42	Schokolade	1	-			-
43	Butter	2				
44	Milch	10		- 1		
45	Schwarzer Tee .	35		- 1		
46	Lebertran	2		-		
47	Lebensmittel	2		- 1		
48		3				
49	Sardinen	10		-		
50	Whisky	15		-		
51	Rotwein	1				
52	Gin	10		- 1		
53	Old Tom Gin .	6		- 1		
54	Likörs	8				
55		30		- 1		
56	Rotwein	10		- [		
57	Bier	20				
58		60			-	
59	Gesalzenes Rind-					1
	fleisch	3				•
60	Marmelade	2	-			
61		5	-		-	
62	Alkoholische Ge-			1		
63	tränke	1	-			
	Biskuits	1 2		.		
64 65	Stärkemehl	1				
		5				
66 67	Obst	2				
68	Ananas Zucker	10				
08	Zucker	10				

Nr. des		_				
Ladungs-	Art der Güter	Zahl	Absender	Lade-	Emp-	Bestim-
ver- zeichnisses	Air dei Gutei	der Koili	Absender	ort	fänger	mungsort
69	Pfeffermünz	6	Shang Fah Yun	Shanghai	Inhaber	Niutschwang
70	Whisky	5				
71	10	3		٠.		
72	Likörs	4			-	
73	Gin	15				
74	Likors	5		1 :	,	
75	Ger. Schinken .	3		:		
76	Dies	50			1 :	i I
77	schwarzer Tee	2		1 :	1 :	
78	Lachs	3		1 :	:	1 :
79	Essi <sub>6</sub>	10		1 :	1 1	1 .
80	Reis	94	Nan Shun	1 :	Nan Shun	1 .
		٠.	Ta	1 '	Ta	
81	Weizenmehl	1000	Kai Ping Chiang		Yu Chan Wo	
82		500			Fun Shun Yung	-
83		100			Shin Chang Yün	
84		2000			Yue Foong Tack	
85		1000			Yuen Chang Kun	
86	Mexikan. Dollars	2	-		Yu Shung Yuen	
87		8	_		Ching Yu	
88	:	6	:		Shi Cheang Tack	
89	Reis	150			Yuen Ching Dah	
90		150			Yuen Fang	
91	Amerikan, graue		Shang Fah		Inhaber	Chinwantao
	Bettdecken	5	Yun			
92	Japanisches graues					
	Baumwollengarn	13				
93		10				
94		10	-			
95 96		15				-
	Bombay-Baum- wollengarn	30				
97	Japan. Baum- wollengarn	20				
98		5	- 1			
99		5				
100		2	-	-	-	
101	Graues amerikan. Baumwollenge- webe	5				
- 1	webe	٥	- 1	'	-	

Nr. dee Ladungs- ver- reichnisses	Art der Güter	Zahl der Kolli	Absender	Lade- ort	Emp- fänger	Bestim- mungsort
102	Japan, graues Baumwollengarn	25	Sheng Fah Yun	Shanghai	Inhaber	Chinwantao
103	Bombay-Baum- wollengarn	10				
104	wonengam.	10				,
105	Reis	340				
111		340				
	Englische graue Bettdecken	3				Tientsln
112	Graues Bombay- Baumwollengam	10				١.
113		10		1 1		1 :
114		14	,	1 - 1		1 :
115	,	5	,			1 .
116	Amerikan, graue	۰				
	Bettdecken	24				
117	Englische graue Bettdecken	3				
118	Amerikan, graue					
	Bettdecken	50				i .
119		10	1			1 .
120		10		. 1		
121	Italienisch, Baum-	10				1 "
121	wollenstoff	3		1		
122	Seidenstoff	1		,		
123	Seidension	1				,
123		1	,			

Reklamanten: Tāng Ming Chien, Chef der Firmen Kai Ping Chang und Shang Fa Yun in Shanghai, China, Kiangsi Road Nr. 94, und Yue Foong Tack, Yuen Ching Dah, Yuen Chan Kung, Yu Chan Wo, Fung Shun Yung, Yuen Fang, Wai Fah Hua, Ching Ta Foong, Shi Cheang Tack, Dong Shun Shing, Chi Chi, Nan Shun Ta, Shing Chang Yūng, Teng Ha Tong, Shing Woo Cheang, sämtlich wohnhaft in Shanghai, China.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Suzuki Jubi, Tokio, Kyobashiku, Kagacho Nr. 8 und Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18.

Am 17. Dezember 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladung des Dampfers "Pei-Ping", welcher am 17. Juli 1904 auf 37° 35° n. Br. und 122° 23° 6. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der unter der Ladung des Dampfers "Pei-Ping" befindlichen, in dem dem Urteil beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Täng Ming Chien und 13 andere Re-

klamanten durch die Rechtsanwälte Suzuki Jubi und Hatakeyama Shige aki als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalts Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation, Suzuki Iubi und Hatakevama Shigeaki, sind folgende:

Es werde Aufhebung des Urteils des Prisengerichts zu Sasebo und Freigabe der in dem der Reklamationsschrift beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

Non den Reklamanten betreibe der chinesische Kaufmann Täng Min g Chie n mit den beiden ihm gehörigen Firmen Kai Pin g Chang und Shang Fa Vun ein Transportgeschäft. Die übrigen 13 Reklamanten seien alle Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Güter. Wie aus Beweisstück A 4 hervorgehe, gehörten die aufgebrachten Güter freilich nicht den Firmen Kai Ping Chiang und Shang Fa Vun, sondern den anderen chinesischen und ausländischen Kaufleuten, und Tän g Min g Chie n habe lediglich ihren Transport übernommen. Da er aber im Falle der Einziehung Schaden erleiden müsse, so habe er zusammen mit den Eigentümern eine Reklamationsschift eingereicht und die Freigabe aller Güter beantragt.

Nun seien unter den zur Verhandlung stehenden Gütern zwei ganz getrennte Klassen vorhanden. Die einen seien nach Niutschwang bestimmt, die anderen nach Tientsin und Chinwantao.

Die Arten der ersten Klasse seien freilich sehr zahlreich, in der Hauptsache handele es sich aber um Reis, Weizenmehl, Tee, Zucker. Bauholz und Silbergeld. Diese seien Konterbande nur, wenn sie für die feindliche Armee oder Marine bestimmt seien oder angenommen werden mißse, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden sollten. Da aber die Gitter von verschiedente nizenlenn Kaufleuten einem Transportgeschäft zur Beförderung übergeben und diese Kaufleute selbst die Empfänger seien, so seien sie nicht an die feindliche Armee oder Marine bestimmt gewesen. Das lass sich auch aus dem Urteil über den Dampfer "Pei-Pijne" enthenken.")

Was des weiteren die Frage angehe, ob die Güter für den Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine hätten geliefert werden sollen, so beförderten die Ladungseigentümer und Reeder gewöhnlich solche Güter als Handelswaren nach Niutschwang und betrieben diese Geschäft sehon seit lange. Da zu der fraglichen Zeit gerade Krieg bestanden habe, so hätten die Reklamanten, um sicher zu sein, däb sie die Pflichten neutraler Staatsangehöriger nicht verletzten, ausdrücklich sieh bei der chinesischen Zollbehörde erkundigt und, wie sich aus Beweisstück A1 ergebe, die Antwort erhalten, daß Reis, Weizenmehl.

<sup>4</sup> VI. 19a.

Zucker, Petroleum und Silbergeld keine Konterbande seien, wenn sie nicht zum Gebrauch der kriegführenden Mächte geliefert werden sollten. Erst danach seien die Gütter versandt worden. Wenn die Ladungseigentümer von Anfang an den Zweck verfolgt hätten, sie zum Gebrauch einer der kriegführenden Mächte zu liefern, so liege kein Grund vor, weshalb sie eine solche Anfrage hätten machen sollen.

Wie aus Beweisstück A6 ersichtlich, sei in Niutschwang gewöhnlich sehr große und allgemeine Nachfrage nach solchen Gütern, und sie würden daher von Shanghai und anderen Plätzen eingeführt.

Da ferner die verschiedenen Ladungseigentümer alle in Niutehrang Haupt- oder Zweiggeschäfte besäßen, so hätten sie die Güter, vie aus den Beweisstücken A2 bis 4 hervorgehe, als Handelsobjekte dorthin befördern lassen. In Ambetracht dessen, daß sie Waren gleicher Art sehon mehrere Jahrzehnte lang eingeführt hätten und die Zahl der Güter auch gering sei, so sei es eine unbillige Härte anzunehmen, daß sie zum Gebrauch des Feindes geliefert werden sollten.

Nach den Ladescheinen zu urteilen, gehörten die meisten der zur Verhandlung stehenden Güter Kai Ping Chang und Shang Fa Yun, und das könne zu dem Verdacht Anlaß geben, daß so viele Güter, welche von derselben Firma befördert würden, zum Gebrauch der feindlichen Truppen geliefert werden sollten. Da aber der Chef der genannten Firma, Täng Ming Chien, ein Transportgeschäft betreibe, so seien die Güter nur unter seinem Namen verladen worden und es werde durch die oben genannten Beweisstücke dargetan, daß sie alle anderen Kaufleuten gehörten. Nach alter kaufmännischer Handelsusance in Shanghai übergäben Kaufleute, welche ihre Güter nach einem anderen Hafen verschicken wollten, diese meistens gänzlich einem Transportgeschäft. Leute wie Täng Ming Chien zahlten jährlich mehrere hunderttausend Taels Fracht an die Reeder und in den letzten zehn Jahren seien an Fracht über 4 Millionen Taels von ihm bezahlt worden. Wenn man dies erwäge, so könne man daraufhin, daß die meisten Güter auf dem Namen Täng Ming Chien stünden, nicht schließen, daß sie Konterbande seien.

Wenn auch einige der aufgebrachten Güter sich in der Zollstatistik nicht fänden, so sei der Grund der, daß kleine Mengen von Lebensmitteln zum Gebrauch von Speisewirtschaften oder gewöhnlichen Konsumenten nicht besonders in der Zollstatistik eingetragen seien, sondern alle zusammen unter die Rubrik, Verschiedene Waren" eingestellt seien. Wenn auch in der Art der Güter, bezüglich ihrer Farbe und, ihrer Herkunft einige wenige Verschiedenheiten vorhanden seien, so seien doch die Warengattungen durchweg dieselben.

In dem Urteil erster Instanz heiße es:

Da das unter den nach Niutschwang bestimmten Güten aufgeführte Eisen und die Eisenwaren Güter seien, welch als Material zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegs- oder anderen Schiffen dienen könnten, so sei es unbestreitbar, daß sie, weil nach dem feindlichen Niutschwang bestimmt Konterbande seien.

Man könne aber nicht behaupten, daß alles Eisen und alle Eisenwaren als Material zum Bau usw. von Kriegs- oder anderen Schiffen geliefert werden müßten. Außerdem seien die von dieser Entscheidung betroffenen Güter nur ein einziges Kollo, so daß man sie kaum als solches Material betrachten dürfe.

Ferner habe das Urteil angenommen, daß

es ganz offenbar sei, daß die Lebensmittel und Getränke, wie Weizenmehl und Spirituosen . . . . . alle zum Krieggebrauch des Feindes gedient haben würden.

Weizenmehl und Spirituosen dienten indessen nicht notwendigerweise ausschließlich zum Gebrauch von Europäern und Amerikanen, sondern st\u00e4under auch bei Chinesen sehr in Nachfrage. Man k\u00f6nne daher nicht mit der Begr\u00e4ndung, da\u00e4 in Niutschwang nur wenige Europ\u00e4er und Amerikaner lebten, entscheiden, da\u00e4 diese G\u00fcter den Feinde zum Kriegsgebrauch h\u00e4tten gelefert werden sollen.

Was ferner besonders den Reis angehe, so sei er das wesenlichste Lebensmittel der Chinesen, wogegen Europäer und Amerikaner ihn zu ihrer Nahrung nicht verwendeten.

Was des weiteren das Geld angehe, so wirde es, wie man sich auch immer vorstellen möge, daß es an die Russen zu ihrem Bedarf habe geliefert werden sollen, doch sicher nicht ohne Gegenvergütung geliefert worden sein. Da aber die russischen Truppen keinen Sachen gehabt hätten, die sie als Vergütung hätten leisten können, so sei es falsch anzunehmen, daß das Geld dem Feind zum Gebrauch habe geliefert werden sollen.

Das Urteil habe bezäglich eines Teils der Ladung entschieden, daß die Güter einzuziehen seien, weil sie einem Eigentümer von Konterbande gehörten. Da aber, wie dargetan, der größte Teil derselben keine Kriegskonterbande sei, so müsse das Urteil in diesem Punkte natürlich anders ausfallen.

Die nach Tientsin und Chinwantao bestimmten Güter gingen nach durchaus neutralen Bestimmungshäfen und seien daher keine Konterbande. Wenn trotzdem das Gericht erster Instanz sie für Konterbande erklärt habe, so sei das vielligieht auf Grund der Vermutung gesebehen, daß die Güter der Firma Täng Ming Chien's den größten Teil ausgemacht hätten und daß ihre Bestimmung nach Tientsin und Chinwantao nur ein Vorwand gewesen sei und sei im Wirklichkeit in Nieus

schwang hätten gelöscht werden sollen. Es sei aber bereits erörtert worden, daß dieser Verdacht die Eigentümer ohne Grund treffe. Da fermer die verschiedenen Ladungseigentümer in Tientsin und Chinwantao ihre Hauptgeschäfte oder Filialen hätten, so müsse man nach Beweisstück A vermuten, daß sie nicht in anderen Häfen hätten gelandet werden sollen. Sie für Konterbande zu erklären, sei falsch, und zwar aus folsenden Gründen:

Der "Eigentümer von Konterbandegütern", von dem der § 43 der Seeprisenordnung") in den Worten
 reierskonterbandegüter und die dem Figentümer derselben.

Kriegskonterbandegüter und die dem Eigentümer derselben gehörigen Güter werden eingezogen

spreche, bedeute den Eigentümer absoluter Kriegskonterbande und schließe nicht den Eigentümer von Gütern ein, die in gewissen Fällen Konterbande seien. Denn die Einziehung von Nichtkonterbandegütern, welche einem Eigentümer von Konterbande gehörten, sei die Strafe für den Transport der Konterbandegüter. Im Falle eines Transports absoluter Konterbande könne vermutet werden, daß der Eigentümer derselben einer der kriegführenden Parteien habe nützen wollen; daher bestehe ihm gegenüber Grund zur Bestrafung. Bei bedingter Konterbande aber richte sich die Entscheidung über Einziehung oder Freigabe der Güter lediglich nach der Annahme des betreffenden Staates, so daß die gleiche Vermutung, wie oben, nicht Platz greife und ein Grund zur Bestrafung nicht vorliege. Außerdem gehörten die zur Verhandlung stehenden Güter den Reklamanten außer Täng Ming Chien und anderen Personen. Wie mit Beweisstück A bewiesen sei. habe Täng Ming Chien nur, weil er als Transportunternehmer interessiert sei, die Reklamation erhoben. Das Urteil erster Instanz habe dagegen ohne Grund diese Beweise außer acht gelassen und Kai Ping Chang und Shang Fa Yun\*) als Eigentümer der Ladung angesehen. Die Entscheidung, welche Nichtkonterbandegüter, die einen ganz anderen Eigentümer hätten wie die Konterbandegüter, mit diesen zusammen unter die Strafe der Einziehung gestellt habe, beruhe demnach auf einer Annahme falscher Tatsachen

2. Nach Ansicht der Reklamanten bezögen sich die Worte des § 43 der Seeprisenordnung "und die dem Eigentümer derselben gehörigen Güter" auf solche Güter, die auf demselben Schiff verladen und nach demselben Ort bestimmt seien; umfaßten dagegen nicht solche Güter, welche nach anderen Häfen bestimmt seien. Wenn man auch Güter, welche einem Konterbandeeigentümer gehörten, aber nach einem anderen Hafen bestimmt seien, einziehen wolle, so ergebe sich die Folge, daß auch Güter, die auf einem anderen Schiff verladen seien, wenn sie einem Konterbandeeigentümer gehörten, eingezogen werden m
ßbten. Da-

<sup>7)</sup> V. -- 9) Dies sind Firmennamen, unter denen Täng Ming Chien Geschäfte betreibt.

durch würde den neutralen Staatsangehörigen schwerer Schaden entstehen.

In dem Artikel 72 des Handbuchs des englischen Prisenrechts heiße es, daß

auch in Fällen, wo man wissen könne, daß die Güter in einem neutralen Hafen gelöscht würden, der Bestimmungsort der Güter als feindliches Gebiet angesehen werde; ?) der Stroßestimmung des Artikals 82:

ferner in der Strafbestimmung des Artikels 82:

Zur Strafe für den Transport von absoluten Konterbandegütern würden gewöhnlich diese Güter und das Interesse ihres Eigentümers an der übrigen Ladung eingezogen.

Dieses scheine dem Inhalt des Urteils erster Instanz sehr åhnlich. In der englischen Bestimmung sei nämlich ausgesprochen, daß der Bestimmungsort, wenn er auch ein neutraler Zwischenhafen sei, als feiad-liches Gebiet angeschen werde. Indessen sei im vorliegenden Fälle eine derartige Annahme nicht nur nicht aufgestellt worden, sonden es fehle auch an einer entsprechenden Bestimmung, welche zur Anwendung kommen könne. Auch habe das Urteil erster Instanz im Gegenteil angenommen, daß die Güter nach einem rein neutralen Häfen bestimmt gewesen seien. Was ferner die dem Eigentümer dieser Güter gehörigen, für Konterbande erklärten Güter angehe, so seien sie keine absolute Konterbande, so daß der Fall anders liege, wie der Fall, auf welchen die obige englische Bestimmung zur Anwendung komme. Es ei daher verfehlt, wenn man trotzdem die gleiche Strafe eintreta lassen wolle. Wie man es auch ansehe, könnten daher die nach Tientsin und Chinwanda ogehenden Güter nicht eingezogen werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro sind folgende:

Bezüglich von Kriegskonterbandegütern habe man zwei Arten zu unterscheiden: erstens Güter, welche zum Kriegsgebrauch zu dienen bestimmt seien und nach Feindesland oder einem Platz, wo feindliche Truppen seien, gesandt würden; zweitens Güter, welche sowohl zum Kriegsgebrauch als zum friedlichen Gebrauch dienten und welche and die feindlichen Truppen bestimmt seien oder welche nach einem feindlichen Platz bestimmt seien, nach dessen Verhältnissen angegenomen werden müsse, daß die Güter zum Kriegsgebrauch des Feindes geleiner

<sup>9)</sup> Der game Artikel lautet: The destination of the vessel is conclusive as to the destination of the Groods on board. If, therefore, the destination of the Vesule Hostile, then the destination of the Goods on board should be considered flistile also, nothwithstanding it may appear from the Papers or otherwise that the Goodthemselves are not intended for the Hostile port, but are intended either to be fore warded beyond it to an ulterior Neutral destination, or to be deposited at an intermediate Neutral port.

werden würden. Die erste Art nenne man absolute, die zweite bedingte Konterbande. Zwischen den beiden Arten sei indessen keinerlei Unterschied, sobald bei der einen und der anderen die Bedingungen für ihre Konterbandeeigenschaft erfüllt seien; vielmehr gälten sie alsdann in gleicher Weise als Konterbande. Der Reklamant behaupte, der § 43 unserer Seeprisenordnung wolle mit dem Ausdruck Konterbandeeigentümer nur die Eigentümer von absoluter Konterbande, also der obengenannten ersten Art bezeichnen; die Eigentümer der zweiten Art von Konterbandegütern seien iedoch nicht eingeschlossen. Diese Auslegung möge vielleicht auf den Artikel 82 des englischen Handbuchs des Prisenrechts zutreffen: für den § 43 unserer Seeprisenordnung sei eine solche Interpretation indes völlig unbegründet. Denn einmal welche sie von dem klaren Wortlaut der Bestimmung ab. Wenn man ferner aber annehme, daß der Konterbandetransport eine Handlung sei, durch die dem Feinde genützt werde, so sei der Verstoß gleich schwer bei Gütern der ersten wie der zweiten Art, und es liege kein Grund vor, weshalb bei der Strafe dafür ein Unterschied gemacht werden solle.

Im vorliegenden Falle fielen Eisen und Eisenwaren unter die erste Art; Reis, Weizenmehl, Spirituosen und Zucker sowie Silbergeld unter die zweite; sie seien daher in den Bedingungen, welche sie als Konterbande erscheinen ließen, verschieden. Der Reklamant sage in der Berufungsschrift über Eisen und Eisenwaren gar nichts, so daß una annehmen müsse, daß er gegen die Einziehung Einwendungen nicht zu machen habe; und so sei eine Erwiderung nicht zu machen. Bezüglich der unter die zweite Art fallenden Lebensmittel, Gletränke und Silbermünzen behaupte er, daß sie freilich nach Niutschwang gingen, aber weder an die feindliche Armee oder Marine bestimut geween seien, noch auch zum Gebrauch derselben hätten geliefert werden sollen. Zur Bekräftigung dieser Behauptung liege aber weder ein Beweis vor, noch sprächen die Verhältnisse dafür.

Wenn auch der Handel mit Kriegskonterbande eine öffentliche kaufmännische Handlung sei, welche unter den Freiheiten des neutralen Handels stehe, so gebe man sich doch, um der Gefahr der Wegnahme zu entgehen, ganz allgemein den Anschein, als ob es sich um einen friedlichen Transport handele. Dies gelte besonders von Gütern der zweiten Art. So sei es natürlich, daß man Güter nicht mit Konnossementen, welche offen an die Truppen adressiert seien, versende. Man könne daher freilich nicht durch Schriftstücke beweisen, daß die Güter an die feindlichen Truppen bestimmt oder ihnen abzuliefern gewesen seien. Aber aus der Art, der Menge und dem Bestimmungsort und verschiedenen anderen Tatumständen sei es nicht schwer zu entnehmen, daß die zur Verhandlung stehenden Güter für die feindlichen Truppen bestimmt gewesen seien.

Sir William Scott sagt:

Es müsse für die Entscheidung, ob Güter Konterbande sein oder nicht, als die wichtigste Richtschnur bezeichnet werde, ob sie auf der Reise nach einem Platz gewesen seien, nach dessen Verhältnissen man mit 90 % Sicherheit annehmen könne, daß sie zum Kriegsgebrauch geliefert worden sein würden.

Der in Frage kommende Dampfer "Pei-Ping" habe in Shanghal Lebensmittel, Getränke und chinesisches Geld geladen. Der letzte Bestimmungsort sei Niutschwang gewesen. Der Dampfer sei aber auf der Fahrt nach dem Zwischenhafen Chinwantao am 17. Juli 1904, um 8 Uhr morgens, auf der Höhe von Tschlüt aufgebracht worden. Niutschwang sei zu der fraglichen Zeit von dem Feinde okkupiert und ein Hauptetappenort desselben gewesen. Es sei daher klar, daß Niutschwag ein Platz gewesen sei, nach welchem man, wie Sir William Scott es bezeichne, mit 90 % Sicherheit annehmen könne, daß die Güter zum Kriegsgebrauch geliefert werden würden.

Was insbesondere die Lebensmittel und Getränke angehe, so ensprächen sie dem Bedarf von Europäern und Amerikanern. Zur Zeit seien aber, abgesehen von den russischen Truppen, in Niutschwang nur etwas mehr als zehn solche Personen vorhanden gewesen. Auch sei es nicht zu verbergen, daß infolge der andauernden Niederlagen der feindlichen Truppen zu Wasser und Lande der Kredit ihres Papiergeldes verloren gegangen und Klagen über das Bedüfrish nach chinesichem, besonders nach kleinem Geld wie dem zur Verhandlung stehenden, laut geworden seien und daß man für die Lieferung von solchem auf Niutschwang angewissen gewesen sei. Danach müsse man annehmen, daß diese Güter sogleich nach Ankunft in Niutschwang in die Hände der feindlichen Truppen übergegangen sein würden.

Die Nummern 13, 14 und 17 der Güter seien freilich nicht Kriegkonterbande. Aber das Beweisstück A 4, welches das Eigentumsrecht an denselben beweisen solle, sei erst nach Entstehen dieser Sache angefertigt worden, und es sei richtig, daß das Gericht erster Instanz in Ermanglung anderer stichhaltiger Beweise jenen Beweis nicht anerkannt habe, sondern auf Grund der Annahme, daß Täng Ming C hien der Eigentümer sei, die Güter also einem Konterbandeeigentümer gehörten, auf Einziehung derselben entschieden habe.

Das Gericht erster Instanz habe auf Einzichung der nach Tiensh und Chinwantao bestimmten Güter nicht entschieden, weil sie Konteibande seien. Daher sei der Berufungspunkt unbegründet, in welchen gesagt werde, die Einziehung dieser Güter sei unbegründet, weil man sei nicht als Konterbande ansehen könne. Der Statsanwalt sümme dagegen in dem Punkte, daß die Güter nicht einzuziehen seien, überein.

Die Einziehung von Nichtkonterhandegütern, welche einem Eigentimer von Konterbandegütern gehörten, sei nur eine Strafe für den Transport der Konterbande und beschränke sich daher unbedingt auf die Fälle, wo beide auf demselben Schiff seien und nach demselben Bestimmungsort gingen, wie solches auch in den Artikeln §2 und 72 des Handbuchs des englischen Prisenrechts bestimmt sei. Im Artikel 72 heiße es:

Der Bestimmungsort der Ladung bestimme sich nach dem des Schiffes. Daher sei auch in Fällen, wo der Bestimmungsort des Schiffes ein feindlicher Platz sei und man aus den Schiffspapieren oder auf andere Weise wissen könne, daß die Ladung nicht nach dem feindlichen Gebiet bestimmt sei, sondern entweder über feindliches Gebiet nach einem endgültigen neutralen Bestimmungsort gehe oder in einem neutralen Zwischenhafen gelöscht werden solle, der feindliche Platz als Bestimmungsort der Ladung anzusehen.

Da hiernach ein Bestimmungsort der Ladung neben dem Bestimmungsort des Schiffes ausnahmslos nicht anerkannt werde, so sei sowohl für Konterbande als für Nichtkonterbande der Bestimmungsort in keinem Falle ein anderer als der des Schiffes, und Nichtkonterbande, welche im gleichen Eigentum mit Konterbande stehe, werde als Strafe für den Konterbandetransport nach Artikel 82 eingezogen. Dies sei von Präcedenzen und gesetzlichen Bestimmungen des Völkerrechts anerkannt. Aber wenn auch unsere Seeprisenordnung ihre Grundsätze dem Handbuch des englischen Prisenrechts entlehnt haben möge, so sei doch in ihrem § 1510) bestimmt, daß in der Regel der Bestimmungsort eines Schiffes als der Bestimmungsort seiner Ladung gelten solle, Es werde also ein Bestimmungsort für Güter neben dem Bestimmungsort des Schiffes anerkannt. Daher müsse, trotzdem der Bestimmungsort des Schiffes Niutschwang sei, für die Güter, bezüglich deren aus den Schiffspapieren und auch sonst auf sichere Weise bewiesen sei, daß sie nach Chinwantao bzw. Tientsin bestimmt gewesen seien, Chinwantao bzw. Tientsin auch als Bestimmungsort angesehen werden. Wenn man dies aber annehme, so könne man, wenn die Güter auch mit der Konterbande, welche nach einem anderen, feindlichen Hafen bestimmt sei, auf einem Schiff gewesen seien, sie doch nicht als im selben Eigentum stehend erachten. Denn es sei ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, bezüglich Eigentums von Gütern zu vermuten, daß es, wenn nicht ein besonderer Vertrag vorliege, mit dem Zeitpunkt, wo die Güter in die

Hände des Seetransporteurs übergingen, auf den Empfänger übertragen werde. Wenn daher auch der Absender derselbe sei, so könne doch, wenn der Empfänger verschieden sei, der Eigentümer nicht der gleicht sein.

Wenn man aber bezüglich der Strafe für die Konterbandebeförderung so überlegen wolle: der Absender sei der Beförderer, daher müsse der Absender in diesen Fällen immer als Eigentümer angesehen werden und nicht der Empfänger, so laufe das darauf hinaus, daß man beim Konterbandetransport keinen Eigentumsübergang annehme, wofür indes ein Grund nicht zu ersehen sei. Da, wie oben erwähnt, der Handel mit Kriegskonterbande keine strafbare Handlung sei, so gebe es keinen Grund, weshalb beim Kauf und Verkauf solcher Güter kein Eigentumswechsel eintreten solle. Wenn aber das Eigentum übergehe, so sei es selbstverständlich, daß auch bei demselben Verkäufer, d. h. Absender, wenn die Käufer, d. h. Empfänger, verschieden seien, das Eigentum nicht in einer und derselben Hand liegen könne. Wenn man in dem vorliegenden Fall angenommen habe, daß die Ladung bei Ankunft in Niutschwang in die Hände der russischen Truppen übergehen und zu ihrem Gebrauch dienen werde, so habe man eben Kauf und Verkauf angenommen. Wenn dem so sei, so werde es ohne viel Worte offenbar, daß man die für Tientsin und Chinwantao bestimmten Güter und die nach Niutschwang gehende Konterbande nicht als im selben Eigentum stehend betrachten könne.

Wenn man aber den § 15 unserer Seeprisenordnung nach dem Artikel 72 des Handbuchs des englischen Prisenrechts auslege, so bestimme sich der Charakter einer Ladung nach dem Reiseziel des Schiffes; d. h. also, die Ladung sei, im Falle, daß das Reiseziel des Schiffes Feindesgebiet sei, Konterbande; und auch, wenn nach den Schiffspapieren und sonst bewiesen sei, daß der Bestimmungsort der Güter ein anderer wie der des Schiffes sei, würden doch diese Beweise nicht berücksichtigt werden, so daß also bezüglich der Ladung, gleichviel ob Konterbande oder nicht, überhaupt keine Rede von verschiedenen Schiffen, Bestimmungsorten und Eigentümern sei. Ob man dann den Grund der Einziehung auf ein Kontagionsprinzip zurückführe oder darin eine Bestrafung für den Konterbandetransport erblicke, in jedem Falle sei, weil die Güter nach Feindesland gingen und durch Vermehrung der Macht des Feindes schädlich würden, der Grund für ihre Einziehung ein klarer. Man müsse nach dem juristischen Sinn der §§ 15 und 43 unserer Seeprisenordnung gerade wie nach dem der Artikel 72 und 82 des englischen Handbuchs des Prisenrechts annehmen, daß sie nur im Falle, daß sowohl der Bestimmungsort als auch der Eigentümer derselbe sei, zur Anwendung kämen. Das Urteil erster Instanz habe aber diesen Sinn nicht beachtet. Es habe vielmehr angenommen, daß nach § 15 neben dem Bestimmungsort des Schiffes noch ein Bestimmungsort der Ladung vorhanden - sei, und nach § 43, daß, obwohl die Bestimmungsorte und demnach die Empfänger verschieden seien, die Güter, wiche denselben Absender hätten, alle einem und demselben Eigentümer gehörten. Obwohl es ferner anerkannt habe, daß die Güter in den neutralen Plätzen Chinwantao und Tientsin hätten gelöscht werden sollen, habe es dieselben eingezogen. Da diese Entscheidung somit weder das englische Handbuch des Prisenrechts, noch die Präcedenzen des Völkerrechts, noch auch unsere Seeprisenordnung befolge, so müsse sa kunzutreffend bezeichnet werden.

Aus diesen Gründen seien die Ausführungen des Reklamanten umbegründet und dementsprechend das Urteil erster Instanz zum größten Teil zutreffend; es treffe indessen nicht zu in dem Teil, welcher die Einziehung der nach Tientsin und Chinwantao bestimmten Güter verfüße.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es ist von dem gegenwärtigen Völkerrecht anerkannt, daß Güter necklarer Staatsangehöriger, wenn sie Kriegskonterbrande sind, die nach feindlichem Gebeite bestimmt ist, aufgebracht und eingezogen werden können; ebenso, daß auch Nichtkonterbandegüter, wenn sie mit Konterbandegütern auf demeiblem Schiff verladen sind und dem Eigentümer der Kontterbande gehören, zusammen mit dieser einzuziehen sind.

Es bedarf keiner Erörterung, daß Niutschwang zu dem chinesischen Hoheitsgebiet gehört und kein russisches Territorium ist. Der Kaiserliche Konsul Segawa in Niutschwang hat berichtet, daß

Rußland, seitdem es diesen Platz besetzt gehabt, dort eine Zivilverwaltungsbehörde eingerichtet und bis zum 25. Juli 1904 die Flagge eines Zivilverwaltungsamtes geführt habe. Dies habe mit dem Morgen jenes Tages plötzlich aufgehört und es sei wieder die Konsulatsflagge geheißt worden. Beim Eindringen unserer Truppen sei die französische Flagge aufgezogen worden.

Es ist somit bekannt, daß zur Zeit, als die in Streit befangenen Giter aufgebracht wurden, Niutschwang tatsächlich unter russischer Verwaltung stand. Der Feind hatte dort nicht nur viele Truppen liegen, sondern auch einen Hauptetappenort eingerichtet. Wenn daher Güter dorthin befordert wurden, so muß das ehenso angesehen werden, als ob sie nach feindlichem Gebiet bestimmt seien. Demnach müssen die zur Verhandlung stehenden Güter, wenn sie die Voraussetzungen von Konterbande erfüllen, eingezogen werden.

Das Eisen und die Eisenwaren sind Material zum Bau von Kriegsund anderen Schiffen, und zwar können sie unmittelbar als solches verwandt werden. Daher müssen sie als Kriegskonterbande angesehen werden. 11)

Das Weizenmehl, die Spirituosen und die übrigen in dem Ladungverzeichnis des Urteils erster Instanz aufgeführten Lebensmittel und Getränke stellen bei weitem in der Mehrzahl für Europäer und Ameikaner geeigneten Bedarf dar. Als der Dampfer "Pei-Ping" aufgebracht wurde, war Niutschwang noch von den russischen Truppen bestür, und auch der Reklamant bestreitet es nicht, daß die Europäer und Amerikaner, welche dort ein friedliches Leben führten, zu der Zeit nur sehr wenige waren. Es kann daher durchaus nicht als unbillig bezeichnet werden, wenn man anninmt, daß die genannten Güter nach ihrer Landung zum Gebrauch der feindlichen Truppen geliefert worden wären. <sup>19</sup>)

Aus den Konnossementen ergibt sich, daß der größte Teil der Ladung im Eigentum der dem Tång Ming Chien gehörigen Firmen steht. Da auch ihre Menge sehr groß ist, so muß angenommen werden, daß sie in der Absicht, sie mit großem Verdienst den russischen Truppen zu liefern, versandt worden sind. Freilich sind über diesen Punkt die Beweisstücke A vorgelegt worden. Sie sind aber alle erst nach Entstehen dieser Prisensache und nach Verhandlung unter den Interessenten hergestellt und daher kaum glaubwürdig.

Da es nicht an Beispielen dafür fehlt, daß auch Leute, die ein Handelsgeschäft haben und ihr Gewerbe ehrlich betreiben, um großen Gewinn zu machen, Risiken übernehmen und unregelmäßige Transaktionen versuchen, muß dies zweifellos um so mehr von solchen Kaufleuten gelten, welche nur den einen Gedanken des Gewims haben und sonst keinerlei Rücksichten kennen. Wenn man daher auch einmal annimmt, da die ganze Ladung nicht dem Tän g Min g Chien, sondern den anderen chinseischen Kaufleuten gehöre, welche seit Jahr zehnten in Niutschwäng gewohnt und dort Handel mit den gleichen Waren betrieben haben, so steht das nach den obigen Ausführungen &r Einziehung nicht im Wege.

Wenn der Reklamant behauptet, daß Reis viel mehr, als er von Europäern und Amerikanern gebraucht werde, das gewöhnliche Nahrungsmittel der Chinesen sei, so hat er in diesem einen Punkt nicht unrecht, aber Reis ist trotzdem auch ein Verbrauchsartikel der Europäer und Amerikaner, und es ist eine bekannte Tatsache, daß er, in Ermanglung von Weizenmehl, auf dem japanisch-russischen Kriegsschupplatz zur Verpflegung der Russen gedient hat. Daher ist es zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz den Reis als Konterbande angesehen hat.

Was ferner die Frage, ob auch das zur Verhandlung stehende Silbergeld als Konterbande anzusehen ist oder nicht, angeht, so heißt

esin einem Bericht des in Niutschwang ansässigen Kaiserlichen Konsuls Segawa, daß

> die russische Regierung beim Beginn des Baues der mandschurischen Eisenbahn anfänglich alle Zahlungen in Gold geleistet habe. Ein oder zwei Jahre später habe sie daneben Papiergeld benutzt und den Chinesen gesagt, zwischen dem Metall und dem Papier sei kein Unterschied. Dann habe sie, um dem Papier Kredit zu verschaffen, nach und nach das Gold zurückgezogen und das Papier vermehrt. Im Jahre 1902 sei es dahin gekommen, daß man in der Mandschurei russisches Goldgeld nur sehr selten in Umlauf gesehen habe. Damals habe aber die russisch-chinesische Bank schon an verschiedenen wichtigen Plätzen Niederlassungen errichtet. In diesen Banken sei das Papier zum Tageskurse gegen Silbergeld eingelöst worden, und in der Mandschurei habe dabei ein Papierrubel einen Tauschkurs von 1 Dollar 30 Cents bis 1 Dollar 40 Cents Silbergeld gehabt. Als indessen seit Herbst 1903 die Gerüchte über einen Krieg zwischen Japan Rußland in Blüte gestanden hätten, habe es unter den Chinesen geheißen, daß, wenn nach Ausbruch des Krieges die Russen einmal unterliegen würden, die russischen Papierrubel nicht mehr gewechselt werden könnten und nur noch den Wert von altem Papier haben würden. Vom November oder Dezember dieses Jahres bis zum Ausbruch des Krieges im Februar 1904 sei der Wert des Papierrubels oft bis auf 1 Dollar 10 Cents gefallen, und nur dank den Bestrebungen der Niederlassungen der russisch-chinesischen Bank in den verschiedenen Orten, den Kredit des Papiergeldes aufrechtzuerhalten, sei es nicht dazu gekommen, daß der Umlauf desselben ganz ins Stocken geraten sei. Als aber die Nachrichten von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Kaiping und Yingkow kamen, hätten die Chinesen, welche Papierrubel gehabt hätten, darin gewetteifert, diese zu verkaufen. Der Rubel sei damals bis auf 70 oder 80 Cents gefallen. Aber da in Tientsin und Shanghai Papierrubel immer zum Tageskurse gegen Silbertaels gewechselt werden könnten, so hätten die Geldwechsler in Yingkow, wenn das russische Papiergeld gefallen gewesen sei, dieses aufgekauft, nach Shanghai geschickt und dort mit ungeheurem Gewinn wieder eingetauscht.

Nach diesem Bericht zu urteilen, erregte also der Rubelschein schon beim Beginn des japanisch-russischen Krieges im Verkehr unter den Chinesen ganz allgemein Verdacht und Mißtrauen, und es zeigte sich die Tendenz, daß er schließlich gänzlich den Kredit verlieren würdt. Als die Nachricht von den Niederlagen bei Nanshan und Tehlitze nach Vingkow gekommen war, traf freilich die russisch-chinesische Bank sorg-fältige Maßnahmen, um das alte Verhältnis wieder herzustellen; es km aber trotzdem zu einem großen Sturz. Als sodann immer mehr Nachrichten von dem weiteren Kampf und Sieg der japanischen Truppen kamen, war die Lage so, daß es sich auf keine Weise mehr vermeiden ließ, daß der Rubel unter den Chinesen ganz allgemein seine Kursfähigkeit verlieren würde. Es ist daher ganz klar, daß die istlustion derartig war, daß die russischen Truppen zu der Zeit, wo das zur Verhandlung stehende Silbergeld befördert wurde, zur Requisition des Kriegsbedarfs und zur Bezahlung der Kulis den Papierrubel nicht ohne weiteres verwenden konnten. Daher ist es offenbar, daß das chinesische Silbergeld zu jener Zeit für die russischen Truppen unenthehrlich geworden war.

Ferner besagt der Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls Ijuin in Tientsin über die russischen Papierrubelscheine:

Seit der Eröffnung des Krieges seien unter vielen Chineen Zweifel über die Einlösbarkeit der Rubelscheine aufgekommen. Man habe gefürchtet, daß sie Fälschungen seien und ihr Kredit sel beeinträchtigt worden. Auch unter den Russen und den russischen Regierungslieferannen seien nur sehr wenig Rubelscheine in Verkehr gewesen, wenn man auch nicht behaupten könne, daß sie absolut keinen Umlauf gehabt hätten. Wenn die Banken in Tientsin sie in die Hand bekommen hätten, so hätten sie sie nicht als Geld behandelt, sondern als eine Art Wertpapier.

Danach hat der Rubelschein, nachdern die russischen Truppen bei Nanshan und Tehlitze geschlagen worden waren, unter den Chinesen allgemein keinen Umlauf gehabt. Er war nur gelegentlich des Kursturzes eine Art Handelsobjekt von Kaufleuten, die großen Gewinn erzielen wollten. Daher hat der Rubelschein auch die Requisitionen der russischen Truppen und die Löhne der Kulis nicht zahlen können. Aus allem diesen geht klar hervor, daß die russischen Truppen ehinesisches Geld nötig hatten.

Wenn es auch offenbar ist, daß trotz des japanisch-russischen Kriegs die Hauptprodukte Niutschwangs, Bohnen, Bohnenkuchen und Bohnenöl verhandelt worden sind, so bestand auf der anderen Seite doch die Tatsache, daß Kaufleute in Benutzung der Gelegenheit, daß die russischen Truppen chinesisches Umlaufsgeld nößig hatten, die vermehrten Rubelscheine billig von den russischen Truppen kaufen und dadurch großen Gewinn erzielen konnten. Daher stimmt die Behauptung der Reklamanten, daß das in Streit befangene Silbergeld, weil jeert Warenhandel im Betrieb gewesen sei, auf keinen Fall dem Kriegsgebrauch des Feindes gedient haben würde, nicht mit den Tatsachen überein. Vielmehr ist es natürlich anzunehmen, daß zu einer solchen Zeit die in Geschäften scharfsinnigen chinesischen Kaufleute, vor allem die Bankwuhrenhmer, anstelle ihrer gewöhnlichen Geschäfte lieber Rubeskeheine billig von den Russen kaufen und, um einen außerordentlichen Profit zu erzielen, die Gefahr eines solchen Gedümports luden würden.

Das zur Verhandlung stehende Geld ist durch Vermittlung der Setransportfirma Tån g Min g C hi en "welche eine volle Ladung von Kriegskonterbande nach Niutschwang zu befördern beabsichtigt hatte, und außerdem zugleich mit dieser Konterbande auf demselben Schiff verladen und befördert worden. Dazu ist sein Bestimmungsort ein russischer Etappenort und, wie oben dargelan, bedurften die russischen Truppen solehen Geldes. Daraus muß geschlossen werden, daß der Zweck der Einfuhr des Geldes der gleiche gewesen ist wie der der Einfuhr der übrigen Konterbandeladung des fraglichen Schiffes, nämlich Lieferung zum Gebrauch der russischen Truppen.

Die nach Tientsin und Chinwantao bestimmten Güter, welche, wie die Konnossemente zeigen, dem Täng Ming Chien zu beliebiger Behandlung überlassen waren, werden als ihm gehörig betrachtet.

In der Wissenschaft des gegenwärtigen Völkerrechts wird die Ansicht vertreten, daß bei einer Aufbringung von Kriegskonterbande auf demselben Schiff befindliche, dem Eigentümer der Konterbande gehörige Nichtkonterbandegüter, auch wenn ihr Landungsort von dem der Konterbande verschieden ist, eingezogen werden können. Das Oberprisengericht erachtet dies als den Verhältnissen gerecht werdend. Denn da des schließlich nichts anderes ist wie eine Bestrafung des Eigentümers der Konterbande für den Versuch, dieselbe im Feindesland zu löschen, so liegt kein Grund vor, weshalb die Entscheidung je nach dem Landungsort der Nichtkonterbandegüter verschieden ausfallen sollte.

Tientsin und Chinwantao sind neutrales Gebiet, so daß die dorthin beammen, zur Verhandlung stehenden Güter freilich keine Konterbande sind. Da sie aber dem Täng Ming Chien gehören, welcher Konterbande verladen und in Niutschwang zu landen versucht hat, so müsen sie als Strafe für diese Handlung zusammen mit der Konterbande eingezogen werden.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 25. Dezember 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

**Reklamant:** Der französische Staatsangehörige Auguste Vernon, wohnhaft in Tongku in China.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Saito Jiro, wohnhaft in Tokio, Shibaku Atagomachi Nichome Nr. 14.

In der Prisensache betreffend den französischen Dampfer "George" wird, wie folgt, entschieden.

# Urteilsformel:

Der Dampfer "George" wird eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "George" steht im Eigentum des Franzosen Auguste Vernon, sein Heimatshafen ist Tongku in China, er führt die französische Handelsflagge und dient zum Personen- und Gütertransport in den nordehinesischen Gewässern.

Der Kapitin Scellos hat, obwohl ihm bekannt war, daß zurzeit Port Arthur von der japanischen Kriegsflotte blockiert wurde, Lebenmittel und Getränke geladen, um sie dorthin zu transportieren. Er ist am 16. August 1904 unter dem Vorgeben, nach Weihaiwei zu fahren. von Tongku abgereist und am 18. desselben Monats vor Port Arthur eingetroffen. Er warf dort unter einem Fort in einer Entfernung von 100 bis 120 Meter von der Küste Anker, lud während desselben und des folgenden Tages seine gesamte Ladung auf einen russischen Dampfer um und nahm einen aus Port Arthur gekommenen Türken an Bord. Auf der Rückreise nach Tongku wurde er in der Nacht vom 19. des Monats etwa 5 Seemeilen südöstlich von dem Liaotishanvorgebirge von dem auf Blockadedienst befindlichen Kaiserlichen Torpedohoot Nr. 65 aufgebracht. Zu dieser Zeit war keinerlei Ladung an Bord.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Verteters des Kommandanten des Torpedoboots Nr. 05, Kapitänleutnants Fujim ur a Sokichi, dessen Bescheinigung über die an Bord befindlichen Güter, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "George" Charles Gustawe Scellos, des Vieskapitäns Ma Leong, des Bootsmanns Ku Yaw Kat, des Maschinisten Wong Fok Ling, des Passagiers Nicolai Vanva des, das Registrierungsattest des Zollamts in Tientsin und das Flaggenattest.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Prozeßvertreters sind folgende:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "George" stehe im Eigentum eines neutralen Staatsangehörigen, sei weder von der feindlichen Regierung als Transportschiff gechartert, noch mit Erlaubnis der feindlichen Regierung oder unter dem Schutze feindlicher Kriegsschiffe gefahren. Auch habe er zu der Zeit¹) keine Konterbande für den Feind geführt oder feindliche Handlungen gegen Japan begangen.

Das Schiff habe bis vor Port Arthur gelangen können. Daher könne die Blockade nicht effektiv gewesen sein.

Ferner habe das Schiff seine Fahrt nach Port Arthur bereits vollendet gehabt und da es schon auf der Rückfahrt begriffen gewesen sei, könne nicht behauptet werden, daß es die Blockade habe brechen wöllen. Der Vorwurf des Blockadebruchs könne ihm daher nicht gemacht werden, und es sei friezugeben.

Die Ansicht des Staatsanwalts ist im wesentlichen folgende:

Es sei erwiesen, daß das Schiff die Blockadelinie durchbrochen habe und daß zu dieser Zeit die Blockade in effektivem Zustand erhalten worden sei. Daher müsse Einziehung erfolgen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der Reklamant behauptet, die Blockade von Port Arthur sei zur Zeit der Aufbringung des zur Verhandlung stehenden Dampfers nicht effektiv gewesen, das Schiff habe daher eine Blockade nicht gebrochen. Es ist aber den tatsächlichen Umständen nach außer Zweifel, daß die in der Erklärung des Kommandierenden der vereinigten japanischen Kriegsflotte vom 26. Mai 1904 über die Südküste der Halbinsel Liaotung verhängte Blockade, wie immer seit dieser Erklärung so auch natürlich zur Zeit der Aufbringung des zur Verhandlung stehenden Dampfers in Kraft erhalten worden ist. <sup>3</sup>) Der Dampfer hat daher, indem er ohne Berechtigung dazu die oben beschriebene Fahrt bis vor Port Arthur ausgeführt hat, die Blockade gebrochen. <sup>3</sup>) Das Völkerrecht bestimmt, daß Schiffe, welche eine Blockade brechen, lediglich auf diese Tatsache hin, ohne nach anderen Umständen zu fragen, eingezogen werden können. <sup>4</sup>) Daher braucht über die anderen Punkte der Anführungen des Vertreters der Reklamation nicht entschieden zu werden.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 21. Oktober 1904 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

<sup>1)</sup> d. h. als er von Port Arthur zurückkehrte.

<sup>1)</sup> V. § 21, - 1; V. §§ 27 und 29, - 1) V. § 45.

Reklamant: Der französische Staatsangehörige Auguste Vernon in Tongku, China.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Saito Jiro, Tokio, Shibaku Atagomachi Nichome Nr. 14.

Am 21. Oktober 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend den dem französischen Staatsangehörigen Auguste Vernon in Tongku, China, gehörigen Dampfer "George", welcher am 19. August 1904 auf der Höhe von Lisodishan auf der Halbinsel Lisotung von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 65 aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des genannten Dampfers erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Vertreter des genannten Auguste Vernon, der Rechtsanwalt Saito Jiro die Berufung erhoben, welche im Oberprisengericht im Beisein des Staatsanwalts Tsutsuki Keiroku geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation Saito Jiro und deren Begründung sind folgende:

Es sei völkerrechtlich bestimmt, daß die Einziehung von Schiffen wegen verübten Blockadebruchs bedinge, daß die Blockade rechtmäßig und effektiv sei. Eine effektive Blockade bestehe aber nur in dem Falle, daß ein Kriegsschiff oder eine Anzahl derselben einen Hafen so schlössen, daß Schiffe, um hinein- oder herauszukommen, eine Gefahr zu überwinden hätten. Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei aber am 16. August 1904 von Tongku abgefahren und am 18. desselben Monats vor Port Arthur eingetroffen und habe unterhalb eines Forts in einer Entfernung von 100 bis 120 Metern von der Küste Anker geworfen. Am nächsten Tage, dem neunzehnten, habe er die Rückfahrt angetreten und sei am selben Tage nachts etwa 5 Seemeilen südöstlich von dem Liaotishanvorgebirge von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 65 aufgebracht worden. Da deinnach der genannte Dampfer bei seiner Einfahrt bis vor Port Arthur und seiner Ausfahrt von dort keinerlei Hindernisse getroffen und keinerlei Gefahr zu bestehen gehabt habe, sondern die Reise erwiesenermaßen unbehindert ausgeführt habe, so könne nicht behauptet werden, daß eine effektive Blockade bestanden und daß der Dampfer dieselbe gebrochen habe. Gerade wie ein Bonitofischnetz die Makrelen durchlasse, so kämen natürlich bei einer weiten Blockadelinie Fälle vor, in denen die Blockade der Effektivität entbehre. So habe sich im Falle des Dampfers "George", der ein winziges Fahrzeug von kaum mehr als 170 Tons sei, die am 26. Mai 1904 von dem Kommandierenden der vereinigten japanischen Kriegsflotte bekanntgemachte Blockade über die Südküste der Liaotunghalbinsel, wenn sie auch im allgemeinen in effektivem Zustand erhalten worden sein mögeaus den oben angedeuteten Gründen nicht als effektiv erwiesen.

Das Prisengericht in Sasebo habe aber mit der Begründung, daß Blockadebruch vorliege, zu Unrecht auf Einziehung des Dampfers entschieden. Reklamant beantrage Verwerfung dieses Urteils und Erlaßeiner Entscheidung auf Freilassung desselben.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Die Effektivität einer Blockade bedinge keineswegs die Verwendung einer Macht, die die Hafenzufahrt tatsächlich versperre. Es genüge vielmehr, daß eine Streitmacht aufgestellt werde, welche ausreiche, um Annäherungen an die feindliche Küste erfolgreich abweisen zu können. Das bedeute aber nur eine Streitmacht, welche ausreichend sei, um für Schiffe, die in den feindlichen Hafen ein- oder aus demselben ausfahren oder sich der Küste nähern wollten, eine Gefahr zu schaffen. Daß es dabei auf die Anzahl der Geschwader oder Kriegsschiffe und auf die Art der Aufstellung derselben nicht ankomme, bewiesen nicht nur die völkerrechtlichen Präcedenzen und die Ansichten vieler Gelehrten; dies sei vielmehr auch in § 215) der japanischen Seeprisenordnung klar anerkannt. Außerdem sei es eine erwiesene Tatsache, daß zur Zeit der Aufbringung des zur Verhandlung stehenden Schiffes die vereinigte japanische Kriegsflotte in hinreichender Stärke die Blockade ausgeübt habe, um für Schiffe, welche in Port Arthur ein- und von dort ausgelaufen seien oder dies zu tun vorgehabt hätten, eine Gefahr darzustellen. Daher sei die Blockade effektiv gewesen.

Es sei ferner durch die Vorgänge und die unbestrittene Ansicht der völkerrechtlichen Wissenschaft anerkannt, daß, wenn auch hin und wieder das eine oder andere Schiff der Gefahr trotze und unbehindert in das Blockadegebiet hinein oder aus demselben herausgelange, dies keinen Grund bilde, um die Blockade für nicht effektiv erklären zu können. Daher könne aus dem einen Fall, daß das zur Verhandlung stehende Schiff der Kontrolle der Kriegsschiffe entgangen und unbehindert in das Blockadegebiet eingedrungen sei, nicht geschlossen werden, daß die Blockade nicht effektiv gewesen sei. Dies um so weiger, als die Aufbringung des zur Verhandlung stehenden Dampfersnicht weit von der Blockadelinie bei dem Vorgebirge von Liaotishan erfolgt sei.

Da nach dem oben Ausgeführten feststehe, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer die Blockade gebrochen habe, so sei das Urteil des Prisengerichts zu Sasebo zu Recht abgegeben und die Berufung unbegründet.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Das zur Verhandlung stehende Schiff steht im Eigentum des französischen Staatsangehörigen Auguste Vernon in Tongku, China.

³) V.

Es ist unbestritten, daß der Kapitän am 18. August 1904, obwohl er genau von dem Bestehen der Blockade unterrichtet war, vor Port Arhur eingetroffen ist, am nächsten Tag seine Ladung auf einen russischen Dampfer umgeladen hat und auf der Rückfahrt in einer Entfernung von etwa 5 Seemeilen südöstlich von dem Läotishanvorgebirge von den auf Blockadedienst befindlichen Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 65 aufgebracht worden ist.

Der Reklamant führt an, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer bis vor Port Arthur habe gelangen können, ohne auf Hindernisse zu stoßen und Gefahr zu laufen. Es habe daher zur Zeit keine wirksame Blockade bestanden. Selbst wenn man zugebe, daß im allgemeinen die Blockade in effektivem Zustand erhalten gewesen sein möge, so sei sie doch mit Bezug auf das zur Verhandlung stehende Schiff nicht effektiv gewesen.

Die am 26. Mai 1904 von dem Kommandierenden der vereinigten japanischen Kriegsflotte bekanntgemachte Blockade ist seit der Zeit mit hinreichender Streitmacht ausgeübt worden, um ihren Zweck zu erreichen. Vor und nach der Aufbringung des genannten Dampfers sind zum direkten Blockadedienst bei Port Arthur in einer Ausdehnung von ungefähr 20 Seemeilen entlang der Küste 60 Kriegsschiffe und Torpedoboote 5 bis 10 Seemeilen von der Küste entfernt aufgestellt gewesen. Außerdem kreuzten das Hauptgeschwader, bestehend aus im ganzen sieben Schlachtschiffen und kleineren Schiffen, bei Yuentao, sowie 4 Hülfskreuzer und 7 Kanonenboote in der Straße von Liaotishan umher. Aus diesen Tatsachen ergibt sich klar, daß die Blockade wirklich effektiv erhalten worden ist. Wenn das zur Verhandlung stehende Schiff zufällig bis vor Port Arthur gelangt ist, so ist ihm dies gelungen. indem es sich der Kontrolle des Blockadegeschwaders entzog und sich heimlich hindurchschlich. Es kann aber nicht behauptet werden, daß es dabei keine Gefahr gelaufen sei. Die Tatsache, daß das Schiff auf der Rückreise, welche es nachts vornahm, um der Kontrolle des Blockadegeschwaders zu entgehen, aufgebracht wurde, widerlegt auch die Behauptung des Reklamanten, daß die über die Südküste von Liaotung verhängte Blockade an einer Stelle nicht effektiv gewesen sei.

Das Urteil des Prisengerichts zu Sasebo, welches wegen Blockadebruchs auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Dampfers erkennt, ist daher zutreffend, und es wird, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 17. Februar 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

In Sachen der Beschlagnahme des englischen Dampfers "Si-Shan" und seiner Ladung wird nach Einsicht des Schriftsatzes der Staatsanwälte Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, wie folgt, enschieden.

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Si-Shan" und seine gesamte Ladung werden freigegeben.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Si-Shan" steht im Eigentum des englischen Staatsangehörigen Samuel Spitzel, sein Heimatshafen ist Hongkong, er führt die englische Handelsflagge und ist ein Handelsschiff, das vorzugsweise zum Gütertransport dient. Mit einer Ladung von Rindern, Hammeln und vielen sonstigen Nahrungsmitteln fuhr er am 25. September 1904 mit Bestimmung für Niutschwang von Hongkong ab. Nachdem er nachts die Gewässer von Port Arthur passiert hatte, lief er am 2. Oktober desselben Jahres in Niutschwang ein. Er bemühte sich sofort, seine Ladung zu verkaufen, landete die Rinder und Hammel, mußte dieselben jedoch mangels Verkaufs wieder an Bord zurücknehmen. Während er sich vergeblich bemühte, seine Ausklarierung nach Tschifu zu bewirken, wurde er von dem im dortigen Hafen liegenden Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Chikushi" in dem Verdacht, daß er Kriegskonterbande führe, am 7. des Monats visitiert und am selben Tag im dortigen Hafen beschlagnahmt. Die bei der Visitierung vorhanden gewesenen Schiffspapiere wurden bei der Beschlagnahme unter der Angabe, daß sie in Verwahrung des englischen Konsulats in Niutschwang seien, nicht vorgelegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die schriftliche Aussage des Stellvertreters des Kommandanten der "Chikushi", Marineoberleutnants Hara Kanjiro, das Vernehmungsprotokold des Kapitäns James Cartridge, des I. Maschinisten John Brady, des 2. Maschinisten David Fotheringham, des 3. Maschinisten Robert Butcher, des Passagiers H. K. Struve und des Zeugen Adolf Spitzel.

Die Ansicht der Staatsanwälte ist im wesentlichen folgende:

Die Schiffspapiere seien in großer Unordnung, und in Ermanglung anderer Gründe, welche dagegen hätten sprechen können, habe das Schiff dem Verdacht verfallen müssen, daß die Fortsetzung der Reise zum Kriegskonterbandetransport geschehen solle. Daher sei die Beschlagnahme zu Recht ausgeführt worden, aber, da die Untersuchung des Falls in dem Prisengericht erwiesen habe, daß der Verdacht, es handele sich um eine Fortsetzung der Reise zum Zwecke von Konterbandetransport, unbegründet gewesen sei, so müsse das zur Verhandlung stehende Schiff mit seiner Ladung freigegeben werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der amerikanische Bürger Adolf Spitzel hat als Vertreter seines Neffen Samuel Spitzel den zur Verhandlung stehenden Dampfer kürzlich angekauft und hatte volle Verfügungsgewalt über denselben. Er kaufte mit der Absicht, sie nach dem bestbezahlenden - gleichgültig welchem - Platz zu schaffen und dort mit großem Verdienst abzusetzen. Lebensmittel für den Bedarf von Kriegstruppen ein. Sodann nahm er unter Zusicherung eines Anteils am Gewinn seinen Landsmann Struve als Supercargo mit an Bord, während er selbst die Oberleitung und Aufsicht über das ganze Schiff ausübte. Er bestimmte dann Niutschwang als Reiseziel und führ von Hongkong ab. Da aber zu dieser Zeit gerade die russischen Truppen in Port Arthur wegen der streng durchgeführten Belagerung und Blockade sehr stark an Proviantmangel litten, so verbreitete sich in Hongkong und Shanghai das Gerücht, der Dampfer beabsichtige, einen Schleichimport nach Port Arthur auszuführen. Schließlich stand dies sogar in den Zeitungen. Sobald der Dampfer in Niutschwang angekommen war, versuchte er ohne Erfolg, die Ladung zu verkaufen. Er traf darauf Vorbereitungen angeblich zur Reise nach Tschifu, wohin er nur durch die Gewässer Port Arthurs gelangen konnte. Der Supercargo Struve, der mit dem Ladungseigentümer zusammen völlig über das Schiff zu bestimmen hatte. erzählte bei der Agentur Bush Brothers, daß er vorhabe, die Ladung nach Port Arthur zu schaffen. Auch hatte der zur Besatzung gehörige 1. Offizier Chambers im englischen Konsulat in Niutschwang gesagt, der Dampfer habe auf der Reise von Hongkong nach Vingkow versucht, die Blockade von Port Arthur zu brechen. Da ihm die aber nicht gelungen sei, so wolle er unter der Vorgabe, nach Tschifu zu gehen, einen erneuten Versuch machen, um nach Port Arthur hineinzukommen. Als aus diesem Grunde das Kaiserlich Japanische Kriegsschiff "Chikushi" eine Visitierung des zur Verhandlung stehenden Dampfers vornahm, waren die Schiffspapiere nicht in Ordnung; der Bestimmungshafen war nicht festgesetzt; als Kapitän wurde eine tatsächlich nicht autorisierte Person angegeben, und über alles dieses konnte keine zufriedenstellende Auskunft gegeben werden. Daher nahm die "Chikushi" an, daß das seit der Abreise von Hongkong im geheimen gehegte Vorhaben, einen Schleichimport nach Port Arthur auszuführen. noch nicht aufgegeben sei und daß, um es nunmehr zur Ausführung zu bringen, Tschifu als Reiseziel angegeben werde. Es war daher durchaus in der Ordnung, daß die "Chikushi", als es schien, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer im Begriff war, abzufahren, denselben mit Beschlag belegte. 1)

<sup>1)</sup> V. § 37, 1 und 2.

Aber die genaue Untersuchung in dem unterzeichneten Prisengericht hat ergeben, was folgt:

Es muß freilich angenommen werden, daß der Dampfer auf der Reise von Hongkong nach Nittschwang vorgehabt hat, die Blockade von Port Arthur zu brechen und einen Schleichimport auszuführen. Als dies aber nicht gelang, hat der Dampfer die Reise, welche in den Schlifspapieren angegeben ist, vollendet. In Nittschwang hat er versucht, seine Ladung zu verkaufen, und sich, als ihm dies nicht gelang, entschlossen, nach Tschlift zu fahren. Es muß daher angenommen werden, daß der Dampfer bereits zur Zeit seines Eintreffens in Nittschwang seinen früheren Plan aufgegeben hatte. Die Kontinuität der den Blockadebruch <sup>3</sup>) oder Konterbandetransport bezweckenden Reise kann daher nicht annenommen werden.

Auch läßt sich nicht sagen, daß der für Tschifu bestimmte Dampfer bei seiner Abfahrt von Niubschwang, selbst wenn er von neuem einen Schleichimport nach Port Arthur ins Auge gefaßt hatte, die Ausführung desselben bereits angefangen hatte. Daher kann auch in dieser Weise Blockadebruch oder Konterbandetransport nicht konstruiert werden.

Da ferner die Unordnung der Schiffspapiere sowie die inangelnde Legitimation des Kapitians usw. ausreichende Erklärung gefunden haben, so ist das zur Verhandlung stehende Schiff und seine gesamte Ladung, ungeachtet der Rechtmäßigkeit der erfolgten Beschlagnahme, freizugeben.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Am 26, Oktober 1904 im Prisengericht zu Sasebo.

(Unterschriften.)

In Sachen der Beschlagnahme des deutschen Dampfers "Fuping" und in Beimer Ladung wird nach Einsichtnahme des Schriftsatzes der Staatsanwälte Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, wie folgt, entschieden.

# Urteilsformel:

Der Dampfer "Fuping" und seine gesamte in beigefügtem Ladungsverzeichnis aufgeführte Ladung werden eingezogen.

9) Hier tritt der zu verwerfende Standpunkt zu Tage, daß schon die Absicht des Blockadebruchs ohne tatsächlichen Versuch straffällig macht. Es hätte genügt, nur von Konterbandetransport zu sprechen, wie dies der Staatsamwalt tut. Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Fuping" ist Eigentum der deutschen Firma Telge, Schröter und Co. in Tientsin, führt die deutsche Flagge und dient zum Personen- und Gütertransport. Dem Kanitan des Schiffes, Frank Grav, ist bekannt gewesen, daß der Hafen von Port Arthur zur Zeit von der japanischen Kriegsflotte blockiert wird. Trotzdem hat er auf Anordnung der Reeder für Port Arthur bestimmte Waren, nämlich Waffen, Munition und Proviant unter falschen Angaben an Bord genommen und auch den aktiven russischen Hauptmann Wassili Julie witsch Eckardt sich einschiffen lassen. Er hat unter dem Vorwande, daß er für Tschifu bestimmt sei, am 8. Oktober 1904 den chinesischen Hafen Tongku mit dem Reiseziel Port Arthur verlassen. Am 11. desselben Monats hat er alsdann 5 Seemeilen südlich von Rockpoint auf offener See in Rußland fabrizierte Stiefel und Lebensmittel, welche von seinem Reeder besonders für Port Arthur verschifft waren, von zwei chinesischen Dschunken übergenommen und ist am selben Tage, nachdem er die ganze in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführte Ladung verladen hatte, von dort abgefahren. Am folgenden Tage, dem 12. Oktober, vormittags um etwa 9 Uhr wurde der Dampfer, auf der Fahrt nach Port Arthur begriffen, etwa 10 Seemeilen nördlich von der Hwangchang-Inselgruppe auf 120 ° 55 ' ö. L. und 38 ° 34 ' n. Br. von dem auf Blockadegebiet befindlichen japanischen Torpedoboot "Shirataka" aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die schriftliche Aussage des Kapitänleutnants Kawasoye Masaharu, der die Beschlagnahme ausführte, die Bescheinigung über die Umschiffung der Manschaft, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns Frank Gray, des 1. Offiziers James Duncan, des 1. Maschinisten Alexander Robertson vom Dampfer "Fuping" und des mitreisenden russischen Hauptmanns Wassili Julie witsch Eckardt, durch das Logbuch, das Flaggenattest, das Notizbuch des Kapitäns, den Ausklarierungsschein und eine Bescheinigung des russischen Obersten Ogorodnikoff.

Die Ansicht der Staatsanwälte geht im wesentlichen dahin, daß es außer Zweifel stehe, daß zur Zeit der Aufbringung des zur Verhandlung stehenden Schiffes die Blockade wirklich effektiv gewsen sei, und daß man das Schiff, welches in der Richtung auf die Blockade-inie vorgerückt sei, als Blockadebrecher betrachten müsse. Daher sei das Schiff mit der gesamten Ladung einzuziehen.

Das Gericht ist der Ansicht, daß es einem allgemeinen völkerrechtlichen Grundsatz entspricht, daß im Falle effektiven Bestehens einer Blockade Schiffe, welche in der Nähe der Blockadelinie offenbar in der Richtung auf dieselbe zu fahren, als Blockadebrecher anzussehn und mitsamt ihrer Ladung einzuziehen sind mit Ausnahme von solchen Gütern, die im Eigentum von Personen stehen, die von dem Blockadezustand keine Kenntnis hatten.

Da nun am 26. Mai 1904 der Oberstkommandierende der vereinigten japanischen Kriegsflotte die Verhängung des Blockadezustandes

über die Südküste von Liaotung bekannt germecht hat und es außer
Zerifel steht, daß diese Blockade ununterbrochen in effektivem Zustand
ehalten worden ist, so ist es klar, daß das zur Verhandlung stehende
Schiff, welches in der oben geschilderten Weise auf dem Wege nach
Port Arthur beröffen war, als Blockadebrecher anzessehen werden muß.

Da ferner die zur Verhandlung stehenden Güter Eigentum des Schiffseigentümers sind und nach einem von dem Schiffseigentümer dem Kapitän übergebenen Zertifikat des Kommandierenden der russischen Gesandtschaftswache in Peking, des Obersten Ogorodnikoff, zwiefellos sämlich für Port Arthur bestimmt waren, auch der Schiffseigentümer von dem Blockadezustand hat wissen müssen, so ist das Schiff mit der eesamten Ladung einzuziehen. <sup>5</sup>)

Das Prisengericht hat, weil während der von ihm festgesetzten und veröffentlichten Frist Reklamationen nicht erhoben worden sind, auf Antrag der Staatsanwälte in Gemäßheit des letzten Abastzes des § 10 der Prisengerichtsordnung?) ohne mündliche Verhandlung wie in der Utteilsformel entschieden.

Im Prisengericht zu Sasebo am 6. Dezember 1904.

## Ladungsverzeichnis.

	Art d	er Gi	iter						An	zah	ıl d	ler	Stücke
	Gekochte	s Rin	ndfle	isc	h								1026
	Corned b	eef											1085
	Hirse .												1043
	Nudeln												720
	Würste												25
	Gesalzen	es Ri	indfl	eis	ch								11
	Medikam	ente											35
	Stiefel .												98
	Seife .												61
	Schinken												34
	Suppenko												5
	Gemüsek												88
	Schwefels												38
	Tee												1
		٠.											8
	Munition												1091
_													

<sup>1)</sup> V. § 45. - 2) IV.

Reklamant: Wassili Juliewitsch Eckardt, Pionierhaupmen bei dem russischen Ussuri-Eisenbahnbatialon, wohnhaft in Wladwostok, Afanassieffskajaulist Nr. 21, zur Zeit in dem Kriegsgefangenequartier in Matsuyama, 1) Regierungsbezirk Ehime, im Versammlunghaus

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 14.

In der Prisensache betreffend Ladungsgut des deutschen Dampfers "Fuping" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Fuping" verschifften 67 000 Rubel russischen Papiergeldes werden eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 67 000 russischen Papierrubel sind von dem Reklamanten Wa assi il ju lie wits ch E ek ard ta m. 8. Obt tober 1904, als er sich am 8. Oktober 1904 in Tsingtau in China auf dem Dampfer "Fuping" einschiifte, um nach dem damaligen russischen Kriegshafen Port Arthur zu schaffen. Sie wurden am 12. d. M., etwa 9 Uhr vormittags auf 120° 55° 6. L. und 38° 34° n. Br. ungefähr 10 Seemellen nördlich von der Hwangchang-Inselgruppe, als der genannte Dampfer, weil er Konterbande geladen hatte, von dem Kaiserflichen Torpedobot "Shirataka" aufgebracht wurde, mit diesem zusammen beschlagnahm.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Kapitänleutunst Kawasoye Masaharu, der die Beschlagunher ausgeführt hat, die Bescheinigung über die Umschiffung der Besatung, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Fuping" Frank Gray, des 1. Offiziers James Duncan, des 1. Maschinisten Alexander Robertson und des Passagiers Wassili Juliewitsch Eckardt, durch das Tagebuch, das Flaggenattest, das Notizbuch des Kapitäns, einen Brief des Kapitäns an "George" und eine Bescheinigung des russischen Kapitäns zur Sec? J Ogorodnik off.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Von den zur Verhandlung stehenden 67 000 Rubeln habe der Reklamant Mitte September 1904 russischen Stills 4000 Rubel aus einem Deposit bei der russisch-chinesischen Bank in Tientsin, China, zurückgezogen. Die übrigen habe er Mitte desselben Jahres von seinem Ver-

<sup>)</sup> V. § 42. — ) in dem Urteil über den Dampfer "Fuping" wird Ogorodnikoff als Armeeoberst bezeichnet,

treter Pawlowitsch und der Post in Liaoyang empfangen. Der ganze Betrag sei sein Privatgeld und sei keine Ladung.

Der Reklamant habe sich ferner in Tientsin auf der "Fuping" eingeschift, um nach Tschifu zu fahren und von dort in die Heimat zurückzukehren; er habe nicht die Absicht gehabt, nach Port Arthur zu gehen. Selbst wenn er aber diese Absicht gehabt hätte, so könne doch das Geld, da es in dem Privatkoffer des Reklamanten gewesen sci, nur, wenn Beweis vorhanden sei, daß es nicht sein Privateigentum sei; eingezogen werden.

Es werde daher Freigabe des zur Verhandlung stehenden Geldes beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Das zur Verhandlung stehende Papiergeld sei nicht Privateigentum

Das zur Verhandlung stehende Papiergeid sei nicht Privateigentum des Reklamanten, sondern öffentliches Geld und müsse, da es mit der übrigen Ladung nach Port Arthur bestimmt gewesen sei, eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Bestimmungen und die Praxis des Völkerrechts erkennen an, daß die Ladung eines Schiffes, welches einen Blockadebruch begangen hat, abgeschen von solehen Gütern, welche im Eigentum von Personen stehen, die von dem Blockadezustand absolut keine Kenntnis hatten, einzuziehen ist.

Der in Frage stehende Dampfer "Fuping" ist, wie dem Vertreter der Reklamation bekannt ist, wegen Blockadebruchs bereits zur Einziehung verurteilt worden,") und es geht aus der Bescheinigung des russischen Obersten Ogorodnikoff und dem Brief des Kapitäns an "George" unzweifelhaft hervor, daß das Schiff vorgehabt hat, die Blockade zu brechen und die der russischen Regierung gehörige Ladung nach Port Arthur zu schaffen, sowie daß der Reklamant für russische Rhörden Papiere und 400 000 Rubel auf dem Schiffe bei sich gehabt hat. Dies Geld hat der Reklamant bei der Beschlagnahme des genannten Dampfers ins Wasser geworfen, und nur die zur Verhandlung stehenden 07 000 Papierrubel sind übrig geblieben. Diese sind als Gut anzusehen, welches den russischen Behörden gehört und nach Port Arthur befordert werden sollte.

Der Vertreter der Reklamation behauptet, daß der Reklamant, auf der Rückreise nach der Heimat begriffen, sich bei der Abreise von Tientsin auf der "Fuping" eingeschifft habe, um nach Tschifu zu gehen. Die Absicht, nach Port Arthur zu fahren, habe nicht bestanden. Selbst wenn er aber diese Absicht gehabt habe, so sei doch das Geld, da es in dem Privatkoffer des Reklamanten gewesen sei, sein Privateigentum.

<sup>&</sup>lt;sup>a</sup>) Vi. 22a.

Es geht aber aus der oben erwähnten Bescheinigung Og orodnikoffs und dem Brief des Kapitins an "George" hervor, daß der
Reklamant auf Befehl seiner Behörde von Tongku nach Port Arthur
abgereist war. Auch besagt die Aussage des Reklamanten auf de
Frage des mit dem Fall beauftragten Rats, daß der Reklamant in Tienski
von dem russischen Konsul zwei in Strohmatten verpackte Kolli anvertraut erhalten hat und beauftragt worden ist, sei im Falle, daß das
Schiff mit der japanischen Flotte zusammentreffe, mit der ganzen übrigen
Ladung zu verbrennen. Als dann das Schiff im Begriff stand, von
einem Kaiserlichen Torpedoboot aufgebracht zu werden, hat der Reklamant die beiden Strohmattenkolli und noch eine Kiste ins Wasser geworfen. Wenn man alle diese Tatsachen vergleicht, so sit es nicht
zu bezweifeln, daß der Reklamant sich auf der "Fuping" zur Oberaufsicht eingeschifft hat.

Wenn ferner auch das zur Verhandlung stehende Papiergeld im Koffer des Reklamanten gewesen ist, so unterscheidet es sich dadurch von gewöhnlicher Ladung in weiter nichts als der Art der Verpackung und Verladung. Ein Beweis dafür, daß es Privateigentum sei, kann darin aber nicht erkannt werden.

Des weiteren beruft sich der Reklamant zum Beweis dafür, daß das zur Verhandlung stehende Geld ihm privatim gehöre, auf schriftliche Aussagen des russischen Obersten Ogorodnik off und des Oberleutnants de Reutlinger sowie eine Bescheinigung des russischen Konsuls Laptew in Tientsin. Da aber Laptew und Ogorodnik off die "Fuping" ausgerüstet haben, um mit ihr einen Blockadebruch auszuführen, so kann ihren Aussagen und Bescheinigungen in dieser Sache kein Glauben beigelegt werden.

Demnach ist das zur Verhandlung stehende Geld als Staatseigentum, welches auf einem Schiff, das sich eines Blockadebruchs schuldig gemacht hat, nach Port Arthur geschafft werden sollte, einzuziehen.

Selbst aber angenommen, das Geld gehöre dem Reklamanten, so ist es doch Ladung eines Blockadebrechers, und da es nach Port Arthur gelangen sollte, so kann angenommen werden, daß es doch zum feindlichen Kriegsgebrauch gedient haben würde. Demnach kann 6 doch der Einziehung nicht entgehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 15. Mai 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Wassili Juliewitsch Eckardt, russischer Pionierhauptmann in Matsuyama, Kriegsgefangenenquartier, wohnhaft in Wladiwostok. Afanassieffskaiauliza Nr. 21.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Masushima Rokuichiro, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 14.

Am 15. Mai 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend Ladung des deutschen Dampfers "Fuping", welcher am 12. Oktober 1904 etwa 10 Seemeilen inördlich von der Hwang-Chang-Inselgruppe von dem Kaiserlichen Torpedoboot "Shirataka" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der auf dem Dampfer "Fuping" verhadenen 67000 russischen Papiertubel erkannt worden ist. Gegen dieses Urteil hat der Reklamant Wassili Juliewitsch Eckardt durch den Rechtsamvalt Masushima Rokuichiro als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation und deren Begründung sind folgende:

Das Gericht erster Instanz habe ausgeführt:

es gehe aus der Bescheinigung Ogorodnikoff's und einem an "George" gerichteten Brief des Kapitäns hervor, daß der Reklamant im amtlichen Auftrag von Tongku nach Port Arthur abgereist sei.

Es sei jedoch nicht kar, von wem diese sogenannte Bescheinigung Og or od nik off's dem Kapitän übergeben worden sei. In den ganzen Akten dieses Falles sei die Herkunft dieser Bescheinigung nicht angegeben und die Bescheinigung selber enthalte nichts über den Reklamanten. Das Gericht erster Instanz habe demnach in unrechtmäßiger Weise Tatsachen angenommen, für die kein Beweis vorhanden sei.

Was ferner den Brief des Kapitäns an "George" angehe, so seisein inhalt überaus dunkel und, wenn man aus der Aussage des Kapitäns
Vermutungen aufstellen wolle, so habe er es doch nur von irgend jemandem gehört gehabt, daß der Reklamant eine große Menge Rubel
mit sich führe, und habe dies in dem Brief geschrieben. Dies sei aber
kein Beweis, daß die Gelder, die der Reklamant mit sich gehabt habe,
amtliche russische Gelder gewesen seien. Auch liege kein Beweis dafür
vor, daß die zur Verhandlung stehenden 67000 Rubel ein Teil jener
größeren Summe gewesen seien.

Das Gericht erster Instanz habe darauthin, daß der Reklamant von dem russischen Konsul in Tientsin zwei in Strohmatten eingewickelte Kolli empfangen und den Auftrag erhalten habe, die Ladung zu verbrennen, angenommen, daß er sich zur Beautsichtigung auf der "Fluping" eingeschifft. Da aber der Reklamant, wie er erklärt habe, erst nach

seiner Einschiffung von dem Konsul schriftlich ersucht worden sei, so sei es eine nicht durch Gründe belegte Annahme, daß er sich auf Grund der genannten Tatsache zur Beaufsichtigung auf der "Fuping" eingeschifft habe.

Wenn man aber annehmen wolle, der Reklamant habe sich auf antlichen Befehl auf der "Fuping" eingeschift, so liege kein Grund vor, weshalb Og or od nik off die Bescheinigung dem Kapitän habe zustellen sollen; aber auch dem Kapitän hätte er sie dann durch den Reklamanten zustellen müssen; zum mindesten aber hätte der Kapitän den Reklamanten kennen müssen. Der Reklamant habe aber die Bescheinigung Og or od nik off 1's bis auf den heutigen Tag noch ücht einmal gesehen, auch von dem Kapitän niemals etwas darüber gehört. Zudem sei der Reklamant dem Kapitän Or ay von der "Fuping" vor seiner Einschiffung nicht bekannt gewesen. Daher sei das Urtell erster Instanz, welches einen wichtigen Streitpunkt entschieden habe, ohne einen Beweis zugrunde zu legen, ungesetzlich.

Das Urteil erster Instanz behaupte, die Tatsache, daß das zur Verhandlung stehende Geld sich in dem Privatkoffer des Reklamanten befunden habe, sei kein ausreichender Beweis dafür, daß es ihm gehöre. Es werde aber aus dem Handelsrecht offenbar, daß die Ladung eines Schiffes und das Handgepäck der Passagiere gänzlich von einander verschiedene Dinge seien, und auch in dem auf der "Funing" vorhandenen Bescheinigung über die Ladung 1) und dem Ladungsverzeichnis finde sich, da das Handgepäck des Reklamanten seiner Art nach dort nicht eingetragen werden durfe, eine solche Eintragung nicht. Daß das zur Verhandlung stehende Papiergeld sich in dem Koffer eines Passagiers befunden habe, sei daher ein Beweis dafür, daß es sein unzweifelhaftes Privateigentum sei. Wenn iemand das Gegenteil behaunten wolle, so habe er unbedingt den Beweis dafür zu liefern. Das Urteil erster Instanz führe aber aus, wenn das Geld auch in dem Handgepäck des Reklamanten gewesen sei, so liege darin nur eine Verschiedenheit in der Art der Verpackung und der Verschiffung, es sei aber darum nicht verschieden von der gewöhnlichen Ladung. Diese Annahme stehe nicht in logischem Zusammenhang mit den Tatsachen und könne dem Vorwurf unzureichender Begründung nicht entgehen.

Das Urteil erster Instanz behaupte, daß die Aussage Ogorodnik off's nicht glaubwürdig sei, da er einen Blockadebruch vorgehalt habe. Diese Beweisussage stimme indes mit der des Leutmants Reutlinger überein, der ausgesagt habe, der Reklamant habe in seiner Gegenwart-etwa 30000 Rubel von Pawlowitsch und ungefähr dieselbe Summe von dem russischen Postamt erhalten. Wenn dessen un-

<sup>4)</sup> Vermutlich Konnossemente.

geachtet die Aussage Ogorodnikoff's nicht anerkannt worden sei, so sei das ungerecht.

Das Urfeil erster Instanz habe entschieden, das zur Verhandlung schende Geld müsse eingezogen werden, weil es auf einem Blockadebrecher verschifft worden und nach Port Arthur bestimmtes amtliches Geld sei. Es widerlaufe dem Recht, daß dafür, daß das Geld nicht prüsate, sondern amtliches Geld sel, kein Beweis erbracht worden sei.

Das Gericht erster Instanz stelle daraufhin, daß der Reklamant zwei Kolli ins Wasser geworfen habe, die Ansicht auf, daß das zur Verhandlung stehende Geld ein Teil von 400000 Rubeln gewesen sei. Diese von dem Reklamanten ins Wasser geworfenen Pakete seien dem Reklamanten von dem russischen Konsul in Tientsin zur Beforderung an den russischen Konsul in Tschifu anvertraut worden. Er habe sie aber nicht von Og orodnikoff bekommen. Auch hätten sie kein russisches Papiergeld enthalten.

Daraus, daß der Reklamant nach den Auftrag des Kousuls mit Bezug auf die anvertrauten Pakete verfahren sei, dagegen die Order, die ganze Ladung zu verbrennen, nicht befolgt habe, könne inan ershen, daß die ins Wasser geworfenen Pakete und die allgemeine Ladung durchaus verschieden seien und daß der Reklamant zu der letzteren in keiner Beziehung gestanden habe.

Wenn daher das Urteil annehme, daß die von dem Reklamanten weggeworfenen Pakete russisches Papiergeld seien und daß das zur Verhandlung stehende Geld der Rest davon gewesen sei, so sei das eine sich nicht auf Beweise, sondern auf Vorurteil gründende Entscheidung

Schließlich entscheide das Urteil erster Instanz, daß das zur Verhandlung stehende Geld, wenn es auch dem Reklamanten gehöre, doch als Ladung eines Blockadebrechers, wenn es nach Port Arthur gekommen wäre, zum feindlichen Kriegsgebrauch gedient haben würde und dahre rinzuziehen sei.

Hierin setze sich das Urteil erster Instanz aber offenbar in Widerspruch mit einem Grundsatz, welcher als völkerechtliche Bestimmung und Gewohnheit anerkannt sei. Denn dieser Grundsatz besage klar, daß Güter, welche Personen gehörten, die von der Tatsache des Blockadebruchs keine Kenntnis gehabt hätten, nicht eingezogen werden könnten. Dies gelte um so mehr für Handgepäck eines Passagiers, weil dieses nicht als Ladung angesehen werden könne.

Ferner gehe es aus dem Fahrschein des Reklamanten klar hervor, der nach Tschifu habe fahren wollen, und der Kapitin habe dem Steward des genannten Dampfers gesagt, daß der Reklamant ein Fahrgast sei, der nach Tschifu fahre. Auch habe der Reklamant sein Chequebuch bei sich gehabt, um in Tschifu seine Depositengelder bei der russisch-chinesischen Bank zu ziehen.

Trotz dieser Beweise habe das Urteil erster Instanz unter Zugrundelegung von Tatsachen, die keine direkten Beweise seien, entschieden, daß der Reklamant auf amtlichen Befehl nach Port Arthur zu reisen im Begriff gewesen sei. Das sei eine Entscheidung, die ausreichender Begründung entbehre.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe der 67000 russischen Papierrubel beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

In der Bescheinigung Og oro d ni koff's sei freilich der Namdes Reklamanten nicht ersähnt, aber man könne auf Orund desen
nicht behaupten, daß der Inhalt sich nicht auf den Reklamanten beziehe
und daß das Dokument kein Beweis sei. Der in der genannten Bescheinigung erwähnte Überbringer derselben, nämlich der britische Staskangehörige Oray, sei als Kapitän des Dampfers "Fuping" freilich beauftragt worden, die Ladung an die russischen Behörden in Port Arthur
abzuliefern. Die geheimen militärischen Schriftstücke und das Papiergeld aber hätten ihm nicht anvertraut werden können. Noch vid
weniger die Aufgabe, je nach den Umständen, falls man unterwegjapanische Kriegsschiffe träfe, das Schiff zu versenken, um es der Aufbringung zu entziehen.

Daß in der Bescheinigung, die der Kapitän zu überbringen gehabt habe, nichts über die Pflichten des mit einer gebeimen Aufgabe betrauten und wohl zu der Zeit als Aufsichtführender auf der "Fuping" zu betrachtenden Reklamanten Eckardt enthalten sei, sei durchaus nicht seltsam. Wenn man daneben erwäge, was der Kapitän in seinem an "George" gerichteten Brief geschrieben habe, so genüge das, um zu beweisen, daß der Reklamant damals geheime Schrifstücke und Papiergeld bei sich gehabt habe, und diese Annahme sei in keiner Weis unrechtlich.

Das Gericht habe freilich angenommen, daß der Reklamant sich als Angehöriger der russischen Armee auf der "Fuping" eingeschiff und die Pflicht gehabt habe, wenn das Schiff japanischen Kriegschiffen begegne und der Aufbringung nicht entgehen könne, nicht nur die Güter, sondern auch das Schiff zu versenken. Diese Annahme habe es aber nicht nur auf die Bescheinigung Ogorod nikoff's, sondem auf verschiedene andere Beweise gegründet, und sie sei nicht unrechtmäßig. Was die Behauptung angehe, daß der Reklamant erst nach seiner Einschiffung schriftlich von dem russischen Konsul in Tientsin beufungt worden sei, so habe der Reklamant das nur mindlich kurz erwähnt. Ein Brief des Konsuls, welcher diese Behauptung würde bekräftigen können, sei indes nicht vorgelegt worden.

Wenn man die verschiedenen Umstände in Betracht ziehe, so sei der Blockadebruch und die Einfuhr von Kriegsbedarfsartikeln nach Port Arthur eine Handlung, welche die größte Gefahr in sich trage und in ihrem Resultat von der größten Bedeutung sei. Wenn daher im Falle der Begegnung mit den feindlichen Kriegsschiffen die geheimen Schriftstäcke und das Papiergeld verbrannt, und wenn noch Zeit vorhanden, das Schiff habe durch Sprengen versenkt werden sollen, so sei das ein Befehl, der so wichtige Aufgaben auferlege, daß ihn der Oberst Og or odn i k off vielleicht selber würde haben erteilen können; er würde ihn aber schwerfieh durch den Konsul erteilen lassen. Ganz ausgeschlossen aber sei es, daß der Auftrag erst nach der Einschiffung schriftlich erteilt sein solle, denn es liege doch auf der Hand, daß das Versenken eines Schifftes durch Sprengen nur ausführbar sei, wenn die nötigen Ovorbereitungen ertoffen seien.

Es sei daher offenbar, daß der Reklamant sich sicher im Auftrage des Obersten Ogorodnik off als Aufsichtlibmender eingeschifft und einige geheime Schriftstücke und eine große Menge Papiergeld mitgenommen habe, die unabhängig von der allgemeinen Ladung von Kriegsbedarfsartikeln gewesen seien; ein gewöhnlicher Passagier sei er nicht gewesen.

Der Reklamant behaupte, daß die ins Wasser geworfenen Pakete von dem russischen Konsul in Tientsin an den russischen Konsul in Tientsin an den russischen Konsul in Tschifu gerichtet und kein russisches Papiergeld gewesen seien. Da aber die "Fuping" von Anfang an zum Blockaderbruch und zur Einfuhr von Munition und Lebensmitteln nach Port Arthur bestimmt gewesen sei, nicht aber in Tschifu habe anlaufen sollen, wie aus der Aussege des Kapitäns, der Beschenigung Og or of n ik off 's und anderen Beweismitteln hervorgehe, so sei es selbstverständlich, daß dem Schiff Paket für den Konsul in Tschifu nicht hätten mitgegeben werden können. Was insbesondere die Behauptung, daß die Pakete kein russisches Papiergeld enthalten hätten, angehe, so sei das nur von dem Reklamanten mündlich ausgesagt worden und könne nicht anerkannt werden.

Der Reklamant behaupte ferner bezüglich dessen, daß er dem Auftrag, die ganze Ladung zu verbrennen, nicht nachgekommen sei, daß er die Ausführung des Auftrags bezüglich der übrigen Ladung nicht für nötig gehalten habe. Da aber die Pakete und die übrige Ladung in gleicher Weise von russischen Behörden stammten und Auftrag erteilt gewesen sei, sie bei Begegnung mit japanischen Kriegsschiffen zu verbrennen, so sei der Grund nicht einzusehen, weshalb, während ein Teil ausgeführt worden sei, der andere unbefolgt habe bleiben sollen. Eckard it habe auch bei der Vernehmung vor dem Prisengericht durch

den mit dem Fall beauftragten Rat ausgesagt, daß, wenn auch die Paket ins Wasser geworfen worden seien, doch die Beschlagnahme zu plötzlich gekommen sei, als daß die Sprengung des Schiffes sich habe ausführen lassen. Daher könne die Berufungsbegründung, welche dieser Aussage widespreiche, nicht anerkannt werden.

Es sei selbstredend richtig, daß zwischen der Ladung eines Schiffes und dem Handgepäck der Passagiere ein Unterschied bestehe. Im vorliegenden Falle habe aber die russische Regierung das Schiff gechartert, um Kriegsbedarfsgegenstände nach dem blockierten Port Arthur zu schaffen, und der auf dem Schiff mitfahrende Offizier, der auf der Reise nötigenfalls über die Ladung Entscheidung habe treffen sollen, habe die wichtigsten Teile der zu Kriegszwecken dienenden Gegenstände, nämlich Schriftstücke und Papiergeld, in Matten beziehungsweise in seinem Koffer verpackt, mit sich geführt. Danach sei es eine oberflächliche Ansicht, welche behaupten wolle, daß diese Gegenstände, weil sie nicht wie die andere Ladung im Ladungsverzeichnis aufgeführt seien, keine Ladung darstellten. Handgepäck sei, was zum allzeitigen Gebrauch der Passagiere vonnöten und seiner Art nach von der Ladung zu unterscheiden sei; es bestimme sich aber nicht danach, ob es im Ladungsverzeichnis stehe, noch danach, ob Fracht dafür bezahlt werde oder nicht. Auch wenn man daher annehmen wolle, daß die 67 000 Papierrubel unabhängig von den 400 000 den Behörden gehörigen Rubeln seien, so müsse man sie dann auch noch als Ladung ansehen. Denn obwohl die gleichfalls von dem Reklamanten mitgeführten, zur Zeit der Aufbringung ins Wasser geworfenen, zwei in Matten gepackten Pakete nicht in dem Ladungsverzeichnis aufgeführt und daher mit dem Koffer auf dieselbe Stufe zu stellen seien, habe doch der Reklamant diese nicht als Handgepäck und als sein Privateigentum bezeichnet. Überdies habe der Reklamant für seinen täglichen Gebrauch oder zur Deckung seiner persönlichen Reisekosten noch besonderes Geld bei sich gehabt. Daher sei es billig, den Koffer, welcher nur das Papiergeld enthalten habe, sowie die in Matten gepackten Pakete als Ladung anzusehen. Aus dem Vernehmungsprotokoll des Kapitäns und des Obermaschinisten ergebe sich, daß der Reklamant als Handgepäck 3 Koffer und 2 in Matten gewickelte Pakete gehabt habe.

Wenn der Reklamant sich auf der "Fuping" eingeschifft habe, so sei das in der Absicht geschehen, sich seines Auftrags zu entledigen und dann sogleich nach Tientsin zurückzukehren; daß er sich nicht, auf der Reise nach der Heimat via Shanghai befindlich, eingeschifft habe, gehe auch aus der Aussage des von ihm als boy engageiren Chineren hervor. Da demnach durchaus kein Bedürfnis vorgelegen habe, weshulb er eine so große Menge privaten Geldes bei sich habe führen sollen, so sei die Annahme, daß das Geld ein Teil der nach Port Arthur zu

befördernden, dem Kriegsbedarf dienenden 400 000 Rubel gewesen sei, gerechtfertigt.

Prisengerichtsentscheidungen: "Fuping".

Selbst wenn man aber dem Rekkmanten darin nachgebe, daß das Geld sein Privateigentum sei, so sei es doch, wie oben dargetan, als Ladung anzusehen und müsse als solche, weil es nicht bezweieft werden könne, daß der Rekkmant von dem beabsichtigten Blockadebruch Kenntnis gehabt habe, mit Recht eingezogen werden.

Der Reklamant bringe vor: daß er nach Tschifu habe gehen wollen, gehe aus seinem Fahrschein hervor usw. Wenn man aber einmal annehme, daß die "Fuping" wirklich nach Tschifu habe reisen wollen, 50 sei auch kein Stück der Ladung Konterbande. Das wisse jeder gewöhnliche Mensch, von dem russischen Konsul und dem Reklamanten, einem russischen Militär, nicht zu reden. Wenn demnach die Ladung kine Konterbande sei und die Absicht des Blockadebruchs nicht vorgekgen habe, weshalb solle dann wohl der russische Konsul in Tientsin Auftrag gegeben haben, daß die "Fuping", wenn sie auf japanische Krigsschiffe stieße, mit ihrer Ladung verbrannt werden sollte, und zeshalb sollte der Reklamant diesem Auftrag Folge geleistet haben? Deute nicht vielmehr das ganze Vorgehen des Reklamanten darauf hin, die er von seiner Einschiftling auf die "Fuping" an sehr wohl gewußt habe, daß das Schiff die Blockade habe brechen und nach Port Arthur gehen sollen."

Wenn der Reklamant das Urteil des vorliegenden Falles, in dem der Blockadebruch klar erwiesen sei, mit der bei Schiffen, welche zum Blockadebruch oder zum Konterbandetransport verwendet würden, üblichen Vorgabe angreife, daß das Schiff nach einem in der Nähe gelegenen neutralen Hafen bestimmt sei, so sei das eine ohne weitere Worte haltlose Behaubtung.

Da die Berufung nach dem oben Gesagten in allen Punkten unbegründet sei, so müsse sie abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es ist unbestritten, daß der Dampfer "Fuping" die Blockade von Port Arthur gebrochen hat, um Kriegsbedarfsartikel nach dort zu befördern, und daß er auf dieser Reise aufgebracht worden ist.

Der Reklamant behauptet freilich, daß er sich, auf der Rickskehr in die Heimat begriffen, als Fahrgast von Tientsin nach Tschifu auf dem Dampfer eingeschifft und nicht die Absicht gehabt habe, nach Port Arthur zu gehen. Während aber die "Fuping" vorhatte, die Blockade von Port Arthur zu brechen, konnte sie keine gewöhnlichen Fahrgäste sich einschiffen lassen, noch konnte sie keine gewöhnlichen Fahrgäste sich einschiffen lassen, noch konnte der Reklamant sich als solcher einschiffen.

In einem an "George" gerichteten Brief des Kapitäns heißt es: Auf meinem Schiff befindet sich ein russischer Offizier, der Briefe für Port Arthur und 400 000 Rubel bei sich hat......
Derselbe hat sich vorgenommen, damit das Schiff und die
auf ihm verladenen Kriegsbedarfsarfülst nicht aufgebracht
werden, das Schiff zu sprengen, und er wird sich nicht beruhigen, wenn er das nicht auch wirklich ausfährt.

Nach dem Vernehmungsprotokoll des Kaptins hat derselbe gesagt, der Offizier habe drei große Handkoffer als Handgepäck mitgebracht. Ir habe in Tongku gehört, daß derselbe eine große Menge Rubel bei söch führe. Der Offizier heiße Eckardt. Auch der Obermaschninst hat nach seinem Vernehmungsprotokoll zu urteilen, von jemandem gehört, daß der Offizier eine große Menge Rubel bei sich habe. Auch der Reklamant selber hat bei seiner Vernehmung durch den mit dem Fäll beauftragten Rat des Prisengerichts ausgesagt, der russische Konsul in Tientsin habe ihm zwei in Matten verpackte Pakete anvertraut und ihm Order gegeben, dieselben im Fälle einer Begegnung mit japanischen Kriegsschiffen irgendwie zu verbrennen und auch die ganze Ladung zu verbrennen. Wenn die Aufbringung nicht so schnell vor sich gegangen wäre, so habe er beabsichtigt gehabt, das Schiff ganz zu verbrennen.

Aus allem diesen geht hervor, daß der Reklamant eine große Mengramtlichen russischen Geldes bei sich geführt und sich in besonderem Auftrag auf der "Fuping" eingeschifft hat, um nach Port Arthur zu fahren, nicht aber, um als gewöhnlicher Passagier nach Tschifu zu gehen.

Der Reklamant behauptet, er habe den Auftrag von dem Tussischen Konsul in Tiensin erst nach seiner Einschiffung schriftlich erhalten. Vor der Einschiffung habe er davon nichts gewußt. Das Verbrennen der ganzen Ladung eines Schiffes und das Sprengen sogar auch des Schiffes selbst würde aber gehöriger Vorbreitung beduff haben und hätte sich nicht nach der Einschiffung plötzlich anordnen lassen. Auch würde man dem Reklamanten, wenn er ein gewöhnlicher Passagier wäre, eine solche Aufgabe nicht anvertrauen. Der Reklamant würde auch nicht den Wunsch haben, einen solchen Auftrag auszuführen.

Wenn der Reklamant auch aus seinem Billet und seinem Gesptöh mit dem boy und dem Kapitän beweisen will, daß er, auf der Heinreise begriffen, nach Tschifu fahren wollte, so ist dies, wenn es nicht überhaupt eins der gebräuchlichen Mittel, sein Ziel zu verheimlichen, gewesen ist, nur eine Aussage des Reklamanten gewesen, die man nicht als Beweis ansehen kann.

Der Reklamant hat demnach Schriftstücke und eine große Metgrussisches Papiergeld bei sich gehabt, um es nach Port Arthur zu befördern. Es hatte sich eingeschifft mit der Aufgabe, wenn dieser möglich Fall eintreten sollte, dieselben zusammen mit der übrigen Ladung der Aufbringung durch die jannaische Marine zu entziehen, indem er je

nach den Verhältnissen handelte. Es ist daher kein grundloses Vorurteil, wenn man annimmt, daß die zur Verhandlung stehenden 67 000 Rubel zusammen mit den beiden ins Wasser geworfenen Paketen die 400 000 Rubel gewesen sind, von denen der Kapitän in seiner Aussage spricht.

Der Reklamant behauptet, daß die ihm von dem russischen Konsul in Tientsin anvertrauten, in Matten gepackten Pakete für den russischen Konsul in Tschifu bestimmt und kein Papiergeld gewesen seien. Wenn diese Aussage richtig wäre, so würde keine Notwendigkeit vorgelegen haben, dem Reklamanten aufzutragen, die Pakete im Falle, daß ınan auf japanische Kriegsschiffe treffen solle, zu verbrennen.

Da es ferner daraus allein, daß der Auftrag gegeben wurde, die Ladung zu verbrennen, offenbar ist, daß es bekannt war, daß die, "Pubing" die Blockade brechen sollte, so ist der Grund durchaus unverständlich, veshalb einem Schiff, das einer solchen gefährlichen Reise entgegenging, die in Matten verpackten Pakete für Tschifu hätten mitgegeben werden sollen.

Selbst wenn man einmal annimmt, die zur Verhandlung stehenden 67:000 Rubel sein verschieden von den in der Aussage des Kaplitäns erwähnten 400:000 Rubeln, so sind sie doch Ladung eines Blockadebrechers gewesen, und daß sie in Kenntnis der Sachlage verschifft worden sind, wird daraus klar, daß der Reklamant die Absicht gehabt hat, die ganze Schiffsladung zu verbrennen, wenn, wie möglich, die Notwendigkeit eintreten sollte. Daher muß das Geld, gleichviel ob se Regierungsgeld oder Privatgeld war, mit Recht der Wegnahme verfallen.

Der Reklamant winsicht mit der Begründung, daß das zur Verhandlung stehende Papiergeld in seinem eigenen Koffer gewesen sei, zu beweisen, daß es zu dem in seinem Privateigentum stehenden Handgepäck gehört habe. Da aber der Reklamant die Reise unternommen hat, um nach einem blockierten Hafen eine große Menge amtlicher Gelder zu schaffen, so kann lediglich die Tatsache, daß diese Gelder in dem Koffer des Reklamanten verpack gewesen sind, nicht beweisen, daß das Geld keine Ladung und kein amtliches Geld ist.

Der Reklamant behauptet, die Zeugnisse Og or o d ni k off 's und des Leutnants Reutlinger betreffend die Herkunft des zur Verhandlung stehenden Geldes stimmten überein. Wenn trotzdem das Urteil erster Instanz dieselben nicht anerkannt habe, so sei das ungerecht. Der Reklamant hat aber über die Herkunft der 67 000 Rubel bei seiner Vernehmung durch den mit dem Fall beauftragten Rat des Prisengerichts erster Instanz gesagt, daß 2000 Rubel davon ihm von dem Kaufmann Wassilief im Wladiwostok geschickt worden seien; daß er ungefähr 4000 Rubel von Liaoyang mitgebracht; und die übrigen 31000 Rubel für Eisenbahnlieferungen erhalten habe.

Og or od nik off hat aber dagegen gesagt, daß der Theaterbesitze Galetzki in Władiwostok die ganze Summe von 67000 Rubeln in Auftrag des Unternehmers des Theaterbaites Wassilieff durch Vemittlung von dessen Stellvertreter Pawlowitsch an den Partne Wassilieffs, den Reklamanten, geschickt habe. Während der Rekis mant behauptet, 33000 Rubel von Ogorodnikoff endalten zu habet, sagen Ogorodnikoff und Leutnant Reutling er dagegen aus, de Pawlowitsch, der Vertreter des Theaterbesitzers in Władiwostok. daß das Geld selbst dem Reklamanten bezahlt habe. Alles dieses widersprück sich so, daß man nichts davon glauben kann. Vielmehr beweisen die Ausagen des Reklamanten und der anderen dadurch, daß sie erdicht sind, daß das zur Verhandlung stehende Papiergeld in Wahrheit nich Privateiorentum des Reklamanten ist.

Das Urteil erster Instanz ist daher nach dem oben Gesagten nicht, wie der Reklamant behauptet, rechtswidrig, sondern durchaus zutrefiend, wenn es entschieden hat, daß das Geld als Eigentum der russische Behörden, welches mit Bestimmung nach Port Arthur auf einen Blockadebrecher verschifft worden ist, eingezogen werden nuß.

Der Reklamant bringt noch andere Punkte vor, es erscheint aber nicht notwendig, darauf im einzelnen noch einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 5. September 1905 im Oberprisengericht,

(Unterschriften).

Reklamant: Samuel Harrison, Kapitän der "Nigretia", englischer Staatsangehöriger aus Westhartlepool in England.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte: Shigefuji Tsurutaro, Nagasaki, Hikijimachi 33 und Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi 18.

In der Prisensache betreffend den englischen Dampfer "Nigretis" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Nigretia" wird eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Nigretia" steht im Eigentum der Firma Allan & Co. in Newcastle-on-Tyne in England, er 454

Abschnitt VI 23:

führt die englische Flagge und ist ein Handelsschiff, welches ausschließlich zum Gütertransport dient. Am 22. Oktober 1904 schloß der russische Staatsangehörige Alexander Serebrenik mit der Agentur der Firma Allan & Co., der Firma Möller & Co., einen Chartervertrag über das genannte Schiff ab und verlud 70 000 Kisten Petroleum auf demselben. Sodann veranlaßte er den Kommandanten des seiner Zeit von Port Arthur nach Tschifu entwichenen russischen Torpedoboots "Rastoropny", das sich selbst versenkte, Kapitänleutnant Paul Michaelowitsch Prehn, sich als einen Deutschen namens Friedrich Pilsener und den zur Besatzung dieses Torpedoboots gehörigen Leutnant zur See K. Valentinowitsch Schweleff sich als einen Deutschen namens I ean Gorschalky auszugeben. Diese beiden sowie der russische Kaufmann Serge Politika bezeichnete er als seine Faktoren bzw. Supercargos, gab jedem von ihnen einen Brief, in dem er sie mit der Erledigung der kaufmännischen Obliegenheiten betraute, und ließ sie sich auf der "Nigretia" einschiffen. Am 16. Dezember fuhr der Dampfer von Shanghai ab und wurde, als er in der Tsushima-Straße angelangt war, am 19, d. Mts., 2 Uhr nachmittags auf 35 º 8' nördlicher Breite und 129 º 50' östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tsushima" unter dem Verdacht, Kriegskonterbandepersonen zu befördern, aufgebracht. 1)

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Kommandanten der "Tsushima", Sento Buo, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Nigretia", Samuel Harrison, des Kapitänleutnants Paul Michaelowitsch Prehn und des Leutnants zur See K valentin owitsch Schweleff von der russischen Marine, des russischen Kaufmanns Serge Politika, das Schiffszrüfikat des genannten Dampfers, den Chartervertrag, das Konnossement und die Briefe, welche Alexander Serebrenik den drei Passagieren gegeben hatte.

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe Prehn, Schweleff und Politika an Bord genommen, weil in dem Chartervertrag eine Bestimmung vorgeshen sei, nach welcher er verpflichtet sei, einen Supercargo und zwei Passagiere sich einschiffen zu lassen. Der Reklamant habe den Worten des Charterers durchaus Glubben geschenkt und Prehn und Schweleff für Deutsche gehalten. Diese beiden russischen Offiziere häten keine Uniform angehabt, sich selbst als Deutsche ausgegeben und sich auf Deutsch unterhalten. Infolge dieser geschickten Verheimlichung ihres wahren Standes habe der Reklamant nicht geahnt, daß sie russische Offiziere seien, und da keinerlei Anzeichen vorfägen, welche

zu der Annahme nötigten, daß der Reklamant darum gewußt habe, so könne ihm bezüglich der Einschiftung der beiden russischen Offiziere keinerlei Verschulden zuremessen werden. 2)

Da ferner die beiden russischen Offiziere bereits auf Eid von der chinesischen Regierung freigelassen seien, so hätten sie nicht mehr die Eigenschaften von Kombattanten und seien daher keine Konterbandepersonen.<sup>3</sup>)

Aus diesen Gründen könnte das zur Verhandlung stehende Schiff nicht unter der Anschuldigung, Konterbandepersonen befördert zu haben, eingezogen werden.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Da Prehn und Schweleff russische Offiziere seien, so habe der zur Verhandlung stehende Dampfer zum Transport von Konterbandepersonen gedient und sei daher einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die modernen völkerrechtlichen Bestimmungen und Gebräuche erkennen allgemein an, daß neutrale Schiffe, welche für einen kriegführenden Staat Kombattanten befördern, weil sie zur Beförderung von Konterbandepersonen dienen, einzuziehen sind, sofern nicht Beweis vorliegt, daß der Kapitän ohne sein Verschulden die Umstände nicht gekannt hat.

Es steht unzweifelhaft fest, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer "Nigretia" zwei russische Marineoffiziere nach Wiadiwostok zu befördern versucht hat und demnach zum Transport von Konterbandepersonen gedient hat.

Mit Bezug auf die Einschiffung der russischen Marineoffiziere macht der Reklamant geltend, daß er nicht die geringste Kenntnis davon gehabt habe, daß dieselben Mittlärpersonen seien, auch treffe inn bezäglich dieser Unkenntnis kein Verschulden. Alles dieses sei der Handlung des Charterers entsprungen, und das Schiffs ei daher nicht einzuzehen. Es liegt aber keinerlei Beweis dafür vor, daß der Kapitän hiervon nichts gewuß hat. Selbst aber angenommen, er habe nicht darum gewuß, so könne man doch nicht behaupten, daß ihn kein Verschulden treffe, dar er verantwortlicherweise den Worten des Charterers Glauben geschenkt und die Leute danach für Deutsche gehalten und an Bord genommen habe.

Ferner bringt der Reklamant vor, daß die russischen Offiziere bereits auf Eid von der chinesischen Regierung freigelassen seien. Dennach hätten sie nicht mehr die Eigenschaft von Kombattanten und sein keine Konterbanderersonen. Die Tatsache, daß sie der chinesischen Regierung Parole gegeben haben, hat aber auf ihren Stand als Kombattanten keinen Einfluß. Überdies geht daraus, daß sie ihren Stand

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) V. § 42,2. — <sup>3</sup>) V. § 11.

verleugnet und heimlich nach Wladiwostok, dem Hauptflottenstützpunkt Rußlands, zu gelangen versucht haben, hervor, daß sie auch damals noch mit militärischen Geschäften zu tun hatten und im militärischen Dienst beschäftigt waren.

Da demnach das zur Verhandlung stehende Schiff zur Beförderung von Konterbandepersonen gedient hat, so kann es der Strafe der Einziehung nicht entgehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden,

Verkündet am 17. April 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts. Vamamoto Tatsurokuro.

## (Unterschriften).

Reklamant: Samuel Harrison, Kapitän des Dampfers "Nigretia", aus Westhartlepool, England.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18 und Shigefuji Tsurutaro, Nagasaki, Hikijimachi Nr. 33.

Am 17. Åpril 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensiche betreffend den englischen Dampfer "Nigretia", welcher am 19. Dezember 1904 auf 35 18 "nördlicher Breite und 129 50" östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tsushima" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Nigreiti" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant Samuel Harrison durch die Rechtsanwälte Hatakeyama Shigeaki und Shigefuji Tsurutaro als Prozefbertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengreicht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung der Vertreter der Reklamation Hatakeyama Shigeaki und Shigefuji Tsurutaro sind folgende:

Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe des Dampfers "Nigretia" beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Nigretia" sei am 22. Oktober 1904 in Shanghai von dem russischen Statasngehörigen Alexander Serebren it kgechartert und mit 70 000 Kisten Petroleum befrachtet worden. Am 10. Dezember d. Js. sei es von Shanghai nach Waldwostok abgefahren.

Es sei freilich wahr, daß der russische Kapitänleutnant Paul Michaelowitsch Prehn und der russische Leutnant zur See K. Valentinowitsch Schweleff an Bord der "Nigretia" genommen seien, doch seien sie für Deutsche namens Friedrich Pilsener und Jean Gorschalky gehalten worden. Auf Grund der in dem Chartervertrag enthaltenen Bestimmung, nach welcher ein Supercargo und zwei Passagiere mitzunehmen gewesen seien, sei am Tage vor der Abreise ein Auftrag erhalten worden, nach welchem zwei Leute als Supercargos an Bord zu nehmen gewesen seien. Am Tage der Abreise hätten sich die beiden Supercargos eingeschifft, und der Charterer Serebrenik habe dem Reklamanten gesagt, diese beiden seien zwei in seinem Dienste stehende Deutsche. Der Reklamant habe nichts bemerkt, was darauf hätte schließen lassen, daß die genannten beiden Mitreisenden russische Kombattanten seien, oder was sonst irgendwie zu Verdacht Anlaß hätte geben können. Diese Tatsachen ergäben sich klar aus den Vernehmungsprotokollen des russischen Kapitänleutnants Paul Michaelowitsch Prehn und des Leutnants zur See K. Valentinowitsch Schweleff, einer Aussageschrift des Charterers Alexander Serebrenik, dem Chartervertrag und den Beweisdokumenten A 1 bis 3. Wenn demgegenüber das Gericht erster Instanz entschieden habe, daß der Reklamant sich des Transports von Konterbandepersonen schuldig gemacht habe, so habe er dabei einen unzutreffenden Tatbestand angenommen.

Das Urteil erster Instanz führe aus, daß

kein Beweis dafür geliefert sei, daß der Kapitān nicht darum gewußt habe, daß die Mitreisenden Kombattanten seien. Selbst aber angenommen, er habe nicht davon gewußt, so könne man doch nicht behaupten, daß ihn kein Verschulden treffe, die er unverantwortlicherweise dem Worten den Charteres Glauben geschenkt und die Leute danach für Deutsche gehalten und an Bord genommen habe.

Es sei aber ein allgemeiner Grundsatz der Beweistehre, daß eine Beweispflicht nur gegenüber positiven Behauptungen, nicht aber gegnüber negativen Behauptungen bestehe. Das gelte selbstverständlich auch für Fragen des öffentlichen Rechts. Selbst aber angenommen, daß es in einem Fall wie dem vorliegenden völkerrechtlich notwendig sei, den Beweis zu führen, so sei das mit dem oben Gesagten hinreichend geschehen.

Wenn ferner die Behauptung aufgestellt werden solle, daß der Reklamant um die fragliche Tatsache gewußt habe, so müsse die Beweislast hierfür dem obliegen, der die Behauptung aufstelle. Es sei dahe durchaus im Widerspruch mit den Regeln des Beweisrechts, wenn ohne Vorbringung irgendwelchen Beweises wilkürlich angenommen worde sei, daß der Reklamant bei dem Transport der Kombattanten Mittäter gewesen sei.

- 2. Prehn und Schweleff seien Offiziere, die zu der Besatzung des russischen Torpedoboots "Rastoropny" gehört hätten. Danach scheine es freilich auf den ersten Blick unzweifelhaft, daß sie Konterbandepersonen seien. Da sie aber, ehe sie sich auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff eingeschifft hätten, auf Grund des der chinesischen Regierung geleisteten Eides, hinfort nicht am Kriege teilzunehmen, freigelassen worden seien, so hätten sie selbstverständlich ihre Eigenschaft als Kombattanten verloren. Die japanische Seeprisenordnung bezeichne als Kriegskonterbandepersonen 1) feindliche Soldaten und andere Personen, welche befördert würden, um beim Feinde Kriegsdienste zu leisten. Wenn daher Personen in der Vergangenheit die Eigenschaft von feindlichen Kombattanten gehabt hätten, so könne man sie, wenn sie diese einmal vorhanden gewesene Eigenschaft verloren und ihre Absicht, an dem Kriege nicht teilzunehmen, durch einen Eid dargetan hätten, nicht als Kriegskonterbandepersonen ansehen. Wenn dem aber so sei, so könne es nicht bestritten werden, daß das Schiff, welches zu ihrer Beförderung gedient hätte, nicht eingezogen werden könne.
- 3. Selbst aber einmal angenommen, die genannten beiden Personen sien Kriegskonterbandepersonen, so könne doch das zur Verhandlung sichende Schiff nicht eingezogen werden. Denn der Grund, aus wechem Schiffe, die Konterbandepersonen beförderten, eingezogen würden, sei der, daß der Transport seinem Charakter nach nicht eine kommerzielle Handlung sei, sondern eine kriegerische Aktion, weil er eine Unterstützung einer der kriegführenden Parteien darstelle. Das Völkerrecht seh heirin Ausübung eines Teils der Feindessigkeiten. In diesem Sinne sehe es daher vollkommen gleich, ob man von Kriegsdienst oder von Konterbandefahrt spreche. Daher müßten folgende Tatsachen klargestellt werden:

a) ob der Zweck der Reise des Schiffes der Transport der Konterbandepersonen gewesen sei;

b) ob der Reeder oder der Kapitän mit der feindlichen Regierung einen Vertrag gemacht habe, bzw. ob der Transport dem Willen der feindlichen Regierung entsprungen sei;

 c) ob die fraglichen Personen in einer Eigenschaft eingeschifft worden seien, in welcher sie Kriegsdienste zu leisten h\u00e4tten.

Daß der Zweck der Reise des zur Verhandlung stehenden Schiffes ein kaufmännischer gewesen sei, ergebe sich aus dem Chartervertrag, und auch die Tatsache, daß es Petroleum befördert habe, welches, wie bekannt, keine Konterbande sei,<sup>3</sup>) müsse es über jeden Verdacht er-

<sup>7)</sup> V. § 11. — 3) Petroleum wurde erst im folgenden Jahre für Konlerbande erklart. Siehe III.

7) V. § 11. — 3) Petroleum wurde erst im folgenden Jahre für Konlerbande erklart. Siehe III.

heben. Jedenfalls liege hierin keinerlei Beweis dafür, daß es den Feind zu unterstützen vorgehabt habe, so daß die Bedingung unter a) nicht erfüllt sei

Das zur Verhandlung stehende Schiff habe den Transport unternommen lediglich im Auftrage einer einzigen Privatperson, der Firma Serebren ik. Es habe nie einen Vertrag mit der feindlichen Regierung abgeschlossen, und der Transport sei auch nicht dem Willen derselben entsorungen. Somit liege auch die Bedingung unter b) nicht vor.

Ferner habe der Kapitän keinerlei Verpflichtung gehabt, zu untersuchen, ob die Mitreisenden, weche Zivilkleider getragen hätten, Militärpersonen seien oder nicht, und da Prehn und Schweleff sich als Deutsche ausgegeben und in schlechter Kleidung an Bord gekommen seien, so habe er auf den ersten Blick nicht sehen können, daß sie Militärs seien. Demmach sei auch die Bedingung unter c) unerfülkt.

Da aus diesen Gründen das zur Verhandlung stehende Schiff sich des Transports von Kriegskonterbandepersonen nicht schuldig gemacht habe, so könne es nicht eingezogen werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Vamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

- 1. Der Reklamant habe in keiner Weise bewiesen, daß er keine Kenntnis davon gehabt habe, daß die beiden Mitreisenden russicht Marineoffiziere gewesen seien. Dagegen heiße es in den von dem Charterer an jeden der beiden Mitreisenden geschriebenen und von diesen bei ihrer Einschiffung dem Reklamanten übergebenen Briefes: "..... jetzt nicht leicht zu erhaltenden Gelegenheit..... wänsche Ihnen gute Rückkehr.....". Das seien keine Worte, wie man sie gewöhnlich seinen Handeksangestellten gegenüber gebrauche. Wenn trotzdem der Reklamant einfach die Worte des Charterers für wahr genommen und die beiden als deutsche Faktoren des Charterers an Bord genommen habe, so könne man nicht sagen, daß ihn dabe kien Verschulden treffe.
- 2. Wenn auch Prehn und Schweleff der chinesischen Regierung Parole gegeben hälten, nicht wieder an dem Kriege teilzunehmen, und daraufhin freigelassen seien, so sei es doch selbstverständlich, daß sie dadurch ihren militärischen Stand nicht verloren hätten. Auch sei es unmöglich anzunehmen, daß sie ihrem Eide entsprechen dieth wieder am Kriege teilgenommen haben würden, vielmehr misse angenommen werden, daß sie unter Verletzung ihres Eides im Begriff gewesen seien zu entweichen, um wieder in den Krieg zu gehen. Denn sie hätten sich nach Wladiwostok begeben, welches zur Zeit der einzige Stützpunkt der russischen Flotte im Osten sei. Dabei hätten sie htt Nationalität, ihren Namen und ihren Stand verleugnet und sich als neutrale Handelspersonen ausgegeben. Das sei ausseichend, um ihre

böse Absicht darzutun. Hierzu komme auch noch, daß der Charterer Serebrenik und der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffes bei dem Betrug mitgewirkt hätten. Das sei eine Tatsache, die durch die Bestimmung in dem Artikel 16 des Chartervertrags, durch die Briefe Serebrenik is an die beiden in Frage stehenden Personen, in welchen er ihnen die Sorge für die Ladung anvertraute, und die Aussage des Kapitäns im Prisengericht erster Instanz gegenüber dem mit dem Fall beauftragten Rat klarerstellt sei.

3. Ein Transport von Kriegskonterbandepersonen, d. h. ein Neutralitätsbruch, sei nicht notwendigerweise von der Bedingung abhängig, daß ein Vertrag mit der feindlichen Regierung abgeschlossen sei oder daß dem Transport der Wille derselben zugrunde liege.

Es gebe viele Präcedenzen dafür, daß Reeder, Charterer und Kapitäne sich dadurch, daß sie Kriegskonterbandepersonen oder Dokumente in bösem Glauben beförderten, schuldig machten. Der Reklamant behaunte freilich, daß

den Kapitän kein Verschulden treffe, da Prehn und der andere in Zivilkleidung an Bord gekommen seien.

Das möge richtig sein für gewöhnliche Schiffe, welche als regelmäßige Schiffe zum Passagiertransport dienten, könne aber nicht zutreffen auf den vorliegenden Fall eines Frachtdampfers, der nach dem Kriegshafen einer kriegführenden Macht gefahren sei.

Kurz, bezüglich Konterbandetransports könnten neutrale Staatsangehörige, weiche einen solchen unternähmen, unbekämmert, do sie
darum gewußt oder ob sie die Handlung unter Bedrohung und gegen
ihren eigenen Willen ausgeführt hätten, der Verantwortung dafür nicht
enighen. Um so weniger sei dies möglich in dem vorliegenden Falle,
wo der Charterer, der Kapitän und die entweichenden Kombattanten
in Gemeinschaft gehandelt hätten.

Aus diesen Gründen sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Negretis" hat die beiden nussischen Marineoffiziere, den Kapitänleutnant Prehn und den Leutnant zur See Schweleff an Bord genommen, eine Ladung von 70000 Kisten Petroleum geladen und ist von Shanghai nach Wladiwostok abgefahren.

Der Reklamant behauptet, daß die beiden genannten Personen auf Grund eines der chinesischen Regierung geleisteten Elides, hinfort keinen Kriegsdienst zu leisten, freigelassen worden seien. Dadurch hätten sie selbstverständlich die Eigenschaft von Kombattanten verloren und seien keine Kriegskonterbandepersonen. Dadurch, daß sie den Eid gekistet und freigelassen sind, haben sie aber keineswegs ihre Eigenschaft als Militäpresonen verloren. Auch steht es nicht unbedingt fest, daß sie, wenn sie auch den Eid geleistet haben, diesen nicht verletzen würden. Die genannten beiden Personen haben nun ihre Nationalität und ihre Namen verleugnet, ihren Stand als feindliche Militärs verheimlicht, und versucht, heimlich nach einem feindlichen Kriegshafen zu gelangen. Wenn man dieses Verhalten betrachtet, so wird es offenbar, daß sie noch mit militärischen Geschäften zu tun hatten und beabsichtigten, wieder militärischen Dienst zu leisten. Es steht daher über jedem Zweile, daß sie Kontrebandepersonen sind.

Der Charterer des zur Verhandlung stehenden Dampfers, die Finn Sere bre nik, hat die genannten russischen Militärpersoinen bei ihre Einschiffung sieh als die Deutschen Pilsen er und Gorschalky ausgeben lassen und hat ihnen Briefe gegeben, nach welchen er sie mit der Beaufschiftigung bei der Löschung der Ladung und der Bedgiehung der Rechnung beauftragte. Er hat sie auf diese Weise als seine eigenen Handelsangestellten vorgegeben und sie ihren Stand als feindliche Militipersonen verheimlichen lassen. Diese Tassachen werden linrichtend klargestellt durch die erstinstanzlichen Vernehmungsprotokolle des auf dem Schiff mitreisenden Politika, der obengenannten Prehn und Schweleff sowie des Kapitäns des zur Verhandlung stehenden Schiffes, durch die Briefe Serebrenik's an Prehn und Schweleff und den Chartervertrag.

Nach allem diesen muß angenommen werden, daß der Zweck der Reise des Schiffes der Transport von Kriegskonterbandepersonen war. Es ist aber völkerrechtlich anerkannt, daß Schiffe, deren Reisezweck der Transport von Konterbandepersonen ist, eingezogen werden können. <sup>1</sup>9 Überdies läßt sich aus den obengenannten Beweisdokumenten einennehmen, daß der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffes gewußt hat, daß die beiden genannten Personen russische Militürwaren.

Da hiernach das Schiff der Einziehung nicht entgehen kann, so ist es zutreffend gewesen, daß das Gericht erster Instanz auf Einziehung desselben erkannt hat.

Es erübrigt sich demnach, auf die einzelnen Berufungspunkte noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 2. November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften).

<sup>9</sup> V. § 42,2

Reklamant: Alexander Serebrenik, russischer Kaufmann, wohnhaft in Shanghai, Range Road Nr. 25.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Shigefuji Tsurutaro, Nagasaki, Hikijimachi Nr. 33 und Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18.

In der Prisensache betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Nigretia" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Nigretia" verschifften 70 000 Kisten Petroleum werden eingezogen.

#### Tathestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 70000 Kisten Petroleum sind von dem Reklamanten Alexander Serebrenik in Shanghai, China. auf dem Dampfer "Nigreita" verschifft und am 16. Dezember 1904 nach Wladiwostok in Rußland abgesandt worden. Der Reklamant veranlaßte den Kommandanten des seiner Zeit von Port Arthur nach Tschifu entwichenen russischen Torpedoboots "Rastoropny", das sich selbst versenkte, Kapitänleutnant Paul Michaelowitsch Prehn, sich als einen Deutschen namens Friedrich Pilsener und den zu der Besatzung dieses Torpedoboots gehörigen Leutnant zur See K. Valentin owtisch S. oh weleff sich als einen Deutschen namens Jean Gorschalky auszugeben. Diese beiden sowie den russischen Kaufmann Serge Politika bezeichnete er als seine Faktoren bzw. Supercargos, gab jedem von ihnen einen Brief, in dem er sie mit der Erdeigung der kaufmännischen Obliegenheiten betraute und ließ sie sich auf der "Nisversia" einschiffen.

Die genannte Ladung wurde am 19. Dezember 1904, 2 Uhr nachmittags auf 35° 8' nördlicher Breite und 120° 50' östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tsushima", als das genannte Schiff unter dem Verdacht, Konterbandepersonen zu befördern, aufgebracht wurde, gleichzeitig beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Kommandanten der "Tusshim", Sento Buo, die Vernchmungsprotokolle des Kapitäns der "Nigretia", Samuel Harrison, des Kapitäneutnants Paul Michaelowitsch Prehn und des Leutnants zur See K. Valentin owitsch Schweleff von der russischen Marine, des russischen Kaufmanns Serge Politika, das Schiffszertlikat des gerannten Dampfers, den Chartervetrag, das Konnossement und die Briefe, welche Alexander Serebrenik den drei Passagieren gegeben hatte.

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Die zur Verhandfung stehende Ladung von Petroleum sei keine Kriegskonterbande 1) und könne, obwohl im Eigentum eines feindlichen Staatsangehörigen stehend, weil auf neutralem Schiffe befindlich un nicht nach einem blockierten Hafen bestimmt, nicht von einer kriegführenden Macht beschlagnahmt werden. Daher sei sie freizulassen.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Der Reklamant habe zwei russische Marineoffiziere fälschlich als

seinen Faktor und Supereargo ausgegeben und versucht, sie nach feindlichem Gebiet zu befördern. Da er sich daher einer Beförderung von Konterbandepersonen schuldig gemacht habe, so sei die ihm gehörige zur Verhandlung stehende Ladung einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist ein Grundsatz des modernen Völkerrechts, daß Schiffe, welche zum Konterbandetransport\*) gedient haben, zur Strafe eingezogen werden und daß die Ladungsgüter von Ladungseigentümern, welche bei diesem Transport mit beteiligt gewesen sind, gleichfalls eingezogen werden.

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist von dem Reklamanten Alexander Serebrenik auf dem Dampfer "Nigretia" verschiftt worden. Der Reklamant hat ferner zwei russische Marineoffiziere sie seinen Faktor beziehungsweise Supercargo ausgegeben und versucht, sie nach Władiwostok in Rußland zu schaffen. Serebrenik hat diesen Konterbandetransport tatsächlich selbst unternommen und ausgeführt. Daher ist die ihm gehörige Ladung, gleichgültig, ob sie Konterbande ist oder nicht, einzuziehen.)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 17. April 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) Petroleum wurde erst im folgenden Jahre f
ür Konterbande erkl
ärt. Siehe ill
<sup>3</sup>) Gemeint ist hier ein Transport von uneigentlicher Konterbande, in diesen
Falle Millitarpersonen.

<sup>3)</sup> Dieser Fall findet in der japanischen Seeprisenordnuog keine Deckung.

Reklamant: Alexander Serebrenik, russischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Shanghai, China, Range Road Nr. 25.

ProzeBvertreter: Die Rechtsanwälte Hatakeyama Shigeaki, Nagasaki, Hiradomachi Nr. 18 und Shigefuji Tsurotaro, Nagasaki, Hikijimachi Nr. 33.

Am 17. April 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Nigretia", welcher am 19. Dezember 1904 auf 35° 18' nördlicher Breite und 129° 50' öst-licher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschift "Tsushima" aufgebracht worden ist, ein Urtelt gefällt, in welchem auf Einziehung der auf dem Dampfer "Nigretia" verschifften 70 000 Kisten Petroleum erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant Alexander Serebrenik durch die Rechtsanwälte Hatakeyama Shigeaki und Shigefuji Tsurutaro die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Shatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht gerpfüt worden ist.

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation Hatakeyama Shigeaki und Shigefuji Tsurutaro sind folgende: Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe der

Ladung des Dampfers "Nigretia" von 70 000 Kisten Petroleum beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Reklamant habe im November 1904 sein Hauptgeschäft in Harbin und eine Filiale in Wladiwostok gehabt. Er habe mit dem Prokuristen He im an des russischen Kaufmanns A. L. Kiv o t ov s ky einen Vertrag über Verkauf von 150 000 Kisten Petroleum abgeschlossen. Diese habe er in Shanghai eingekauft und Vorbereitungen getoffen, sie auf dem Dampfer "Nordpol" zu verschiffen. Da aber der Dampfer ine Bescheinigung über Ladefähigkeit von mehr als 90 000 Kisten nicht gehabt hätte, so habe er diese Menge verschifft und die übrigen 60 000 Kisten und weitere 10 000 Kisten, die er zu verkaufen beabsichtigt gehabt habe, zusammen auf dem Dampfer "Nigretia" verladen und am 16. Dezember desselben Jahres abgesandt.

Er habe den russischen Kapitänleumant Paul Michaelowitsch Profi den Deutschen Friedrich Pilsener und den Leutnant zur Seck. Valentin owitsch Schweleff für den Deutschen Jean Gorschalky gehalten, und es sei wahr, daß er sie zur Erledigung kaufmännischer Obliegenheiten sich auf der "Nigretia" Nabe einschiffen lassen. Daß sie Marineoffiziere seien, habe er nicht im geringsten geahnt. Dies gehe auch hervor aus den Vernehmungsprotokollen des Kapitäns der "Nigretia", San uel Harrison, der genannten Prehn und Schweleff, aus dem Chartervertrag und den Beweisstücken A1 bis 3.

Wenn das Urteil erster Instanz daher entschieden habe, daß der Reklamant die beiden russischen Marineoffiziere fälschlich als seinen Faktor und Supercargo ausgegeben und versucht habe, sie nach Rußland zu befördern, und daß er demnach einen Konterbandetransport vorgehabt und in Ausführung gesetzt habe, so sei dies eine völlig falsche Auffassung des Tatbestandes.

Außerdem sei die Entscheidung, daß, wenn der Ladungseigentümer an dem Konterbandetransport Anteil gehabt habe, die Ladung einzuziehen sei, eine unzutreffende Auslegung des Konterbandetransports, welche die Grenzen derselben erweitere. Denn in Fällen von Konterbandetransport und in solchen, wo Güter, d. h. Konterbandegüter, an Bord seien, sei der Rechtsgrund für die Einziehung ganz verschieden. Im letzteren Falle herrschte der Grundsatz, daß die Einziehung sich vorzugsweise gegen die Ladung richte, nicht aber sich auf das Schiff erstrecke; im ersteren Falle dagegen gelte die Regel, daß sie das Schiff treffe, die Ladung dagegen verschone. Daß ausnahmsweise Konterbandefahrt 4) die Folge habe, daß ihr feindseliger Charakter auch auf die Ladung übergehe und daß diese zusammen mit dem Schiff eingezogen werde, beschränke sich auf die Fälle, wo der Eigentümer des Schiffes und der Ladung ein und dieselbe Person sei. Dies sei nicht nur allgemeine völkerrechtliche Praxis, auch die japanische Seeprisenordnung 5) scheine vielmehr in §§ 42, Absatz 2, 46 und 47 diesen Standpunkt einzunehmen. In einem Falle aber wie dem vorliegenden, wo der Reeder und der Kapitän des Schiffes von dem Eigentümer der Ladung verschieden seien, sei es ganz klar, daß die obengenannte Erweiterung nicht platzgreifen könne.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts Mizukami Chojiro vom Prisengericht zu Sasebo sind folgende:

1. Der Reklamant behaupte, daß

er freilich zur Aufsicht über das auf dem Dampfer "Nigretla" verhadene Petroleum und zur Erfedigung anderer Obliegenheiten die beiden Deutschen Frie er ich i Pitsener und Jean Gorschalky an Bord geschickt habe, daß er aber nicht im geringsten geahnt habe, daß dieselben russische Marincoffiziere gewesen seien.

Es sei aber selbstverständlich, daß Jemand, der einen anderen mit seinen kaufmännischen Angelegenheiten betraue, diesen gut kennen und hinreichendes Vertrauen zu ihm haben müsse, und niemand würde so unvernünftig sein, Jemanden zu engagieren, von dem er nicht einmal den Namen, die Nationalität und den Stand kenne. Wenn man

<sup>4)</sup> Der Ausdruck ist ungeschickt gewählt; es m

ßte heißen Quasikonterbandetransport.
4) V. -

dagegen erwäge, daß der Rekkamant jeder der genannten beiden Personen ausdrücklich einen Brief geschickt habe und daß es darin heiße: "... jetzt nicht leicht zu erhaltenden Gelegenheit..... wünsche hinen gute Rückkehr ....", so sei es offenbar, daß der Rekkamant gesuß habe, daß die beiden russische Marineoffiziere seien und daß er sie unter der Vorgabe, sie seien sein Faktor und Supercargo, nach Wladiwsotok zu schaffen beabsichtigt habe.

2. Der Reklamant sage,

wenn auch im Falle von Konterbandetransport<sup>6</sup>) die Strafe der Einziehung sich für das Schiff nicht umgehen lasse, so sei doch die Einziehung der Ladung eine Verletzung der völkerrechtlichen Prinzipien.

Es sei aber völkerrechtlicher Grundsatz, daß Schiffe, welche zum Kriegskonterbandetransport gedient hätten, mit Einziehung bestraft würden und daß, wenn Ladungseigentümer an diesem Transport beteiligt seien, auch deren Ladung einzuziehen sei. Da aber, wie im vorigen Punkte dargetan, der Reklamant zwei russische Marineoffiziere als gewöhnliche Kaufleute ausgegeben, dieselben nach Wladiwostok zu schaffen unternommen und dies in Ausführung gesetzt habe, so sei es klar, daß er an dem Konterbandetransport teilgenommen habe, und es sei selbstverständlich, daß die ihm gehörige Ladung dem Schicksal der Einziehung verfallen müsse.

Aus diesen Gründen sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der in Frage stehende Dampfer "Nigretia" hat die beiden russischen Marineoffiziere, den Kapitänleutnant Prehn und den Leutnant zur See Schweleff an Bord genommen, eine Ladung von 70000 Kisten Petroleum geladen und ist von Shanghai nach Wladiwostok abgefahren. Der Charterer des Schiffes, die Firma Serebrenik, hat die genannten russischen Militärpersonen bei ihrer Einschiffung sich als die Deutschen Pilsen er und Gorschalky ausgeben lassen und hat ihnen Briefe gegeben, nach welchen er sie mit der Beaufsichtigung bei der Löschung der Ladung und der Begleichung der Rechnung beauftragte. Er hat sie auf diese Weise als seine eigenen Handelsangestellten vorgegeben und sie ihren Stand als feindliche Militärpersonen verheimlichen lassen. Diese Tatsachen werden hinreichend klargestellt durch die erstinstanzlichen Vernehmungsprotokolle des auf dem Schiff mitreisenden Politika, der oben genannten Prehn und Schweleff, sowie des Kapitans des Schiffes, durch die Briefe Serebrenik's an Prehn und Schweleff und den Chartervertrag,

Nach allem diesen muß angenommen werden, daß der Zweck der

Der Reklamant meint mit dem gewählten Ausdruck den Quasikonterbandetransport. Vgl. Anm. 4.

Reise des Schiffes der Transport von Kriegskonterbandepersonen var Es ist aber völkerrechtlich anerkannt, daß Ladung, welche einer Person gehört, die ein Schiff zum Transport von Kriegskonterbandepersonen bereitstellt,") soweit sie sich an Bord dieses Schiffes befindet, eingezogen werden kann. Es ist daher durchaus rechtmäßig, wenn im Urtiell erste Instanz auf Einziehung der zur Verhandlung stehenden Ladung erkannt worden ist, und die Berufung ist unbegreifindet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 2. November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Mitsu Bishi-Kommanditgesellschaft Tokio, Kojimachiku Yayesucho Ichome Nr. 1, Geschäftsführer und gesetzlicher Vertreter Iwasaki Hisaya.

ProzeBvertreter: Die Rechtsanwälte Takaki Toyozo und Nakamura Tokujuro, Tokio, Kojimachiku Uchisaiwaicho Ichome Nr. 3.

In der Reklamation betreffend ein Vorzugsrecht an dem englischen Dampfer "Nigretia" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die Reklamation wird abgewiesen.

### Tatbestand und Gründe:

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Reklamant habe den englischen Dampfer "Nigretia" vom 14. April bis zum 24. Oktober 1904 gechartert gehabt. Am 19. Oktober d.). sei der Dampfer etwa 65 Seemeilen aufwärts in den Unterlauf de Kiu Kiang in China, bei Tonglin Pagoda auf eine Sandbank aufgelaufen. Reklamant habe die Hilfelekstung ausgeführt und darad Ven 4379,57 verwandt. Da dies allgemeine Havariekosten seien, 50 stehe dem Reklamanten an dem Schiffe ein Vorzugsrecht für die genannte Summe zu. Das Schiff sei dann aber nach Ablauf der Charfefrist des Reklamanten am 19. Dezember d. Js. auf 35° 18° nördlicher Briege und 120° 50° östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegen.

Analoge Erweiterung des "Eigentümers" des § 42,2 der Seeprisenordnung (V) auf den Charterer.

schiff "Tsushima" aufgebracht worden. Reklamant sei an den Umständen, welche zu der Aufbringung geführt hätten, nicht interessiert, es stehe ihm aber an dem Schiff ein dingliches Recht, nämlich, wie oben dargetan, ein Vorzugsrecht zu, welches er iedem dritten entgegensetzen könne. Daher müsse jemand, der später Rechte an dem Schiffe erwürbe, unbedingt seine Rechte anerkennen. Das stehe nach privatrechtlichen Begriffen völlig außer Zweifel, aber es stehe nichts im Wege, auch eine öffentlich-rechtliche Beziehung, wie sie eine prisenrechtliche Wegnahme schaffe, in gleicher Weise zu beurteilen. Das moderne Völkerrecht entwickele sich dahin, die Rechte privater Personen in weitestem Maße zu respektieren. Wenn daher die jetzige japanische Prisengerichtsordnung 1) im § 16 Absatz 2 ganz allgemein Personen, die an der Prise ein Interesse hätten, ein Reklamationsrecht zuerkenne, und dies nicht nur auf Personen, denen Eigentumsrechte zuständen, beschränke, so müsse auch das in dem vorliegenden Falle geltend gemachte Vorzugsrecht nach Maßgabe der genannten Bestimmung geschützt werden.

Das genannte Vorzugsrecht sei ein dingliches Recht, welches von Gesetzes wegen zufalle, nicht aber wie ein Pfandrecht willkärlich durch Vertrag erfeitli werde. Da also falsche Angaben hierüber nicht möglich seien, so habe es ganz besonders Anspruch auf Schutz. Auch werde durch diesen Schutz das Recht auf die Prise nicht im geringsten verktzt.

Es werde daher ein Urteil erbeten, in welchem ausgesprochen würde, daß der Reklamant an der "Nigretia" ein Vorzugsrecht für Ven 4379,57 Hilfskosten habe.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Der Reklamant habe kein rechtliches Interesse an dem in Frageschenden Schiffe. Selbst aber angenommen, er habe dies Interesse, so beziehe sich die Reklamation nicht auf Einziehung bzw. Freigabe des Schiffes, und es stehe dem Prisengericht nicht zu, über einen Antrag auf Festsetzung eines Vorzugsrechts wegen eines Anspruchs an dem Schiffe eine Entscheidung zu treffen. Daher sei die Reklamation inbzuweisen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn auch der Reklamant für den Dampfer "Nigretin" Ven 4397,57 als Hifikosten bezahlt hat, so erkennen doch unsere gesetzlichen Bestimmungen in ihrem Wortlaut Vorzugsrechte an Prisen nicht an. Auch das Völkerrecht erachtet das Recht des Kaptors an einer Prise als ein absolutes Recht, dem gegenüber dritte weder dingliche noch Forderungsrechte gellend machen können.

Die Vertreter der Reklamation behaupten, die Bestimmung des

Absatzes 2, § 16 der Prisengerichtsordnung beschränke das Recht der Reklamation nicht auf den Eigentümer, sondern auch ein Vorzugsrecht müsse nach dieser Bestimmung Schutz erhalten.

Wenn aber auch die Befugnis, eine Rekkamation zu erheben, sich nicht nur auf den Eigentümer beschränkt, so kann doch der Reklamat keinen Schutz für ein Vorzugsrecht an einer Prise erhalten. Daher ist der Antrag der Vertreter der Reklamation auf Festsetzung eines Vorzugsrechts an dem Schiffe unbegründet.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 17. April 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die Mitsu Bishi-Kommanditgesellschaft, Tokio, Kojimachiku Yayesucho Ichome Nr. 1, Geschäftsführer und gesetzlicher Vertreter Iwasaki Hisaya.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Takaki Toyozo und Nakamura Tokujuro, Tokio, Kojimachiku Uchisaiwaicho Ichoma Nr. 3.

Am 17. April 1903 hat das Prisengericht zu Sasebo über eine Reklamation betreffend Feststellung eines Vorzugsrechts an dem englischen Dampfer "Nigretin", welcher am 19. Dezember 1904 auf 35 18' nördlicher Breite und 120° 50' östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tsushima" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Abweisung der Reklamation erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Rekkamant, der gesetzliche Vertretr der Mitsu Bishi-Kommanditgesellschaft, I wasaki Hisaya, durch die Rechtsanwälte Takaki Toyozo und Nakamura Tokujuro als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Statsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation Takaki Toyozo und Nakamura Tokujuro sind folgende:

Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Festsetzung des Vorzugsrechts für Yen 4375,57 Hilfskosten an dem Dampfer "Nigretia" beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

In einem Falle, wo wie der Reklamant es vorbringe, ein Vorzugsrecht an einem beschlagnahmten Schiff zuständig sei, sei der Hauptpunkt der, ob er es geltend machen könne oder nicht. Das Gericht erster Instanz habe entschieden, daß

unsere gesetzlichen Bestimmungen in ihrem Wortlaut Vorzugsrechte an Prisen nicht anerkennten. Auch das Völkerrecht erachte das Recht des Kaptors an einer Prise als ein absolutes Recht, dem gegenüber dritte weder dingliche noch Forderungsrechte geltend machen könnten.

In der Prisengerichtsordnung heiße es indes im § 16:2)

Wenn der Staatsanwalt in seinem Schriftsatz geltend mache, daß eine Entscheidung auf Einziehung abzugeben sei, oder wenn das Prisengericht sich der Ansieht des Staatsanwalts, daß die Prise sofort freizulassen sei, nicht anschließe, habe das Prisengericht das Bekanntmachungsverfahren vorzunehmen.

In der Bekanntmachung des vorigen Absatzes seien die Interessenten darüber zu unterrichten, daß sie innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, vom Tage nach der Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich reklamieren könnten usw.

Darin sei also anerkannt, daß ganz allgemein Personen, welche bei einer Entscheidung über Wegnahme einer Prise interessiert seien, das Recht der Reklamation zustehe. Daß das, was als "Interesse" bezeichnet sei, sich nicht auf das des Eigentümers beschränke, gehe aus der Fassung der Bestimmung von selbst hervor. Auch ergebe sich daraus, daß es nicht in Zweifel gezogen werden könne, daß eine Person, welcher ein Vorzugsrecht zustehe, damit auch ein Interesse besitze, ganz klar, daß der Reklamant unter die "Interessenten" des genannten Paragraphen falle. Wenn dies der Sinn dieser Bestimmung sei und trotzdem in der Weise argumentiert werde, daß dem Wortlaut nach ein Vorzugsrecht nicht anerkannt, sei, so heiße das, die gesetzgeberische Idee zunichte machen, welche mit dem Ausdruck "Interessenten" einen weiten Begriff gewählt habe. Willkürlich diesen Ausdruck "Intereressenten" mit "Eigentümer" identifizieren zu wollen, sei unbestreitbar verkehrt, und das Urteil erster Instanz, welches der Prisengerichtsordnung diese Auslegung gebe, sei unzutreffend. Auch passe dies nicht mit den Begriffen des Völkerrechts zusammen.

Das Gericht erster Instanz entscheide, daß

völkerrechtlich das Recht des Kaptors an der Prise ein absolutes sei, gegen welches dritte weder dingliche noch Forderungsrechte geltend machen könnten.

Das Völkerrecht habe indes einen derartigen Grundsatz noch nicht aufgestellt. Die Wissenschaft stehe aber auf dem Standpunkt, daß Rechte wie das in dieser Berufung verfochtene, welche dem Schiffe das Leben gerettet hätten, anzuerkennen seien. Wenn man nun diesem

<sup>3)</sup> IV.

Rechtssatz nachspüre, so finde man, daß er in dem Recht aller Länder anerkannt sei, daß die Kosten einer allgemeinen Havarie ein Vorzugrecht an dem Schiff genössen und daß es keine Bestimmung gebe, welche dies Prinzip verletze. Man müsse daher sagen, daß diese Rechtvorschrift ein völkerrechtliches Prinzip darstelle. Das Vorzugsrecht sie in dingliches Recht, welches an dem Schiff hafte und an ihm geltend gemacht werden könne. Was die Otgenstände angehe, welchen diese Recht anhafte, so hätten sie nicht den Wert uneingeschränkten Eigertums. Da dem so sei, so sei die Einziehung eines Schiffes, das sich in dieser Rechtslage befinde, Einziehung eines belasteten Eigentums, und diese Belastung habe Ansoruch auf Anserkennund.

Nach den §§ 42 und 43 der Seeprisenordnung<sup>3</sup>) sei ferner die Einziehung von Konterbandegütern eine Strafe für die Personen, die sich des rechtswidrigen Verhaltens schuldig gemacht hätten, und es sei selbstverständlich, daß sie auf die Vermögensrechte dritter Personen, welche an diesem Verhalten keinen Anteil hätten, keinen Einfluß ausüben könne

Wenn dem so sei, so sei es im Völkerrecht begründet, wenn dritt, welche an einer Prise dingliche Rechte besäßen wie der Reklamant, in diesen geschützt würden. Es sei daher unzutreffend, wenn das Gericht erster Instanz das Gesuch des Reklamanten als unbegründet verworfen habe.

Der Staatsanwalt des Gerichts erster Instanz behaupte bezüglich der Form 4) der vorliegenden Reklamation, daß

sie nicht die Freigabe des Schiffes beantrage, sondern auf Feststellung eines Vorzugsrechts an dem Schiff gerichtet sei. Das sei eine formwidrige Reklamation.

Reklamant wünsche, da er glaube, daß eine Untersuchung der Amtsbefugnisse in diesem Punkte zu den Aufgaben des Oberprisengerichts gehöre, im folgenden die Gründe, aus denen die Reklamation formgerecht sei, darzutun.

Da, wie im vorstehenden dargetan, eine Reklamation von Pesonen erhoben werde, welche sich als durch das Urteil auf Wegnahme nach § 16 der Prisengerichtsordnung\*) in ihren Interessen an einem Schiff, einer Ladung oder dergleichen geschädigt erachteten, so müsse natürlich jede Art und Weise, auf welche dem Schaden abgehölten werden könne, ohne die Form zu berücksichtigen, anerkannt werden. In der Prisengerichtsordnung sei nicht bestimmt, daß die Rekbi-

 <sup>3)</sup> V.
 4) Faklisch wird nicht die Form, sondern vielmehr der Inhalt der Reklamation

<sup>9)</sup> Müßte heißen: durch Einleitung der Verfahrens nach § 16 der Prisengerichtsordnung, (IV).

mation der Form nach ein Antrag auf Freigabe sein müsse. Wenn das Gericht erster Instanz die Reklamation auf diesen einen Punkt beschränke, so sei es nicht bis zum wahren Sinn des Guesetzes durchgedrungen. In einem Falle zum Beispiel, wo ein Schiff und seine Ladung, welche zu einer verbotenen Handlung in keiner Beziehung ständen, von einem japanischen Kriegsschiff in den Grund gebohrt sein, würde die von den Eigentümern des Schiffes und der Ladung einzureichende Reklamation sicherlich der Form nach einen Schadensersatz beantragen. Wenn man in diesem Falle behaupten wolle, daß die Reklamation nicht formgerecht sei, weil se incht eine Freigabe beantrage, so sei das nicht die Art und Weise, wie das Gesetz die Rechte von Interessenten schitze.

In der Prisengerichtsordnung heiße es im § 13:

.....welche der beauftragte Rat zur Entscheidung darüber, ob die ganze Prise oder ein Teil derselben zu nehmen oder freizulassen sei......

Es möge wohl Leute geben, welche diese Worte herausgriffen und behaupteten, daß es sich nur um Wegnahme oder Freilassung handeln könne. Erstens sehe diese Bestimmung aber nur den allergewöhnlichsten Fall vor. Sodann werde die vorliegende Reklamation gegen den als Prise weggenommenen Gegenstand geltend gemacht und sei somit in der Prise mit einbegriffen. Überdies beschäftige sich die genannte Bestimmung nicht mit der Form der Reklamationen, sondern sei lediglich eine Vorschrift betreffend die Untersuchung des Tatbestandes. Daher lasse sich diese Bestimmung nicht als Grundlage für eine Argumentation betreffend die Form der Reklamationen verwenden. Wenn aber behauptet werde, daß eine Reklamation eine Prise betreffen müsse, daß aber die vorliegende Reklamation sich nicht auf eine Prise beziehe, so sei dem entgegenzusetzen, daß diese Reklamation sich auf dem Vorhandensein eines Vorzugsrechts an der Prise gründe, die Feststellung des Bestehens dieses Rechts beantrage und behaupte, daß es unrechtmäßig sei, wenn die Wegnahme einfach so geschehe, als ob ein Vorzugsrecht gar nicht bestehe. Da die Reklamation in dieser Weise die Rechtmäßigkeit der Wegnahme in Frage stelle, so müsse man sagen, daß sie eine sich auf das, was man Prise nenne, beziehende Reklamation sei.

Demnach sei die zur Verhandlung stehende Reklamation formgerecht, und die Abweisung derselben durch das Gericht erster Instanz sei angesichts des wohlbegründeten Antrags unrechtmäßig.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts Mizukami Chojiro beim Prisengericht zu Sasebo sind folgende:

Die Kaiserlichen Prisengerichte hätten sich bezüglich der aufgebrachten Gegenstände mit der Untersuchung und Entscheidung darüber zu befassen, ob diese Gegenstände einzuziehen oder freizulassen

seien. Es stehe ihnen daher keine Befugnis zu, über das Bestehn oder Nichtbestehen eines Vorzugerehts, wie der Reklamant es gelteid mache, oder über das Zutreffen bzw. Nichtzutreffen seiner Ausführungs zu entscheiden. Da ferner unsere Rechtsbestimmungen dem Wortlat nach ein Vorzugsrecht an Prisen nicht anerkennten, so sei der Antrag des Reklamanten auf Feststellung seines Vorzugsrechts an dem in Frag stehenden Schiff nicht berechtigt, und seine Ausführungen seien urbegründet.

Der Reklamant bringe noch manches andere vor, was indes nur eine Wiederholung der obigen Ausführung sei und daher gleichfalls jeder Begründung entbehre.

Die Berufung sei daher abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der Reklamant behauptet, die Verwerfung seiner Reklamation auf Feststellung seines Vorzugsrechts an dem Dampfer "Nigretia" sei unrechtmäßig. Ein Prisengericht ist aber für die Untersuchung einer Reklamation betreffend die Feststellung eines Vorzugsrechts nicht zuständig, und die Abweisung derselben durch das Gericht erster Instanz ist durchaus rechtmäßig.

Es ist demnach überflüssig, auf die Berufungsgründe, welche auführen, daß der Reklämant ein Interessent sei und daß dritte, welche an einer Prise ein dingliches Recht wie ein Vorzugsrecht besäßen, völkerrechtlich geschützt werden müßten, noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 2. November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der deutsche Reichsangehörige Eduard Eichwede, wohnhaft in Tschifu in China.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi in Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

In der Prisensache betreffend den deutschen Dampfer "Veteran" wird, wie folgt, entschieden:

Urteilsformel:

Der Dampfer "Veteran" wird eingezogen.

Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Veteran" ist Eigentum 474

des in Tschifu ansässigen deutschen Reichsangehörigen Eduard Eichwede, er führt die deutsche Flagge und dient hauptsächlich zum Gütertransport. Am 6. November 1904 wurde der Dampfer von der aus deutschen Handeltreibenden bestehenden Firma Die derich sen. lebsen & Co. in Tsingtau gechartert und von dieser Firma mit wollenen Winterschutzdecken, Stiefeln, Seife, Tabak, Streichhölzern, Arzneien und Nahrungsmitteln, die für Port Arthur bestimmt waren, beladen. Die Schiffspapiere waren unvollständig, der chinesischen Mannschaft wurde Tschifu als Bestimmungsort angegeben, tatsächlich aber verließ der Dampfer mit der Absicht, nach Port Arthur zu fahren, am 17. November 1904 um Mitternacht Tsingtau. Unterwegs ließ der Kapitän, um seine Reise unbemerkt vollenden zu können, die Schiffsglocke abnehmen, und es wurde keine Zeit mehr geglast. Als der Dampfer am folgenden Tage, dem 18. November, um Mitternacht auf der Höhe von Wei-hai-wei ankam, änderte der Kapitän plötzlich den Kurs nach NO und gab dem Bootsmann Wong Tack Sui und den anderen chinesischen Schiffsleuten, welche ahnten, daß der Dampfer nach Port Arthur gehen sollte, auf ihre diesbezüglichen Fragen keine Antwort, sondern schlug sie, so daß sie Verletzungen davontrugen. Auch schoß er als Drohung seinen Revolver ab. Am 19. November 1904 um 4 Uhr morgens wurde der Dampfer, mit Kurs W 1/2 NW, also in der Richtung auf Port Arthur fahrend, 38 ° 6 ' 30 " nördlicher Breite und 122 ° 40 ' 30 " östlicher Länge von dem auf Blockadedienst befindlichen Kaiserlichen Kriegsschiff "Tatsuta" als Blockadebrecher aufgebracht. 1)

Diese Tatsachen gehen klar aus dem Protokoll des Offiziers, der die Beschlagnahme in Stellverfretung (des Kommandanten) ausführte, Kapitänleutnants O ha ra Shunji, aus den Vernehmungsprotokollen des Kapitäns Karl Edler, des ersten Offiziers Anton Müller, des ersten Maschinisten Max Hase, des zweiten Maschinisten Fritz Bruns, des Bootsmanns Wong Tack Sui, der Steuerleute Wong Sai Hock und Wong Kee Sang, der Heizer Ka Tack Loi und Hong Hing Wing, aus dem Flaggenattest, dem Logbuch, dem Original-Maschinenjournal, aus dem Teil der Untersuchungsakten betreffend die Abnahme der Schiffsglocke, dem Gutachten des Marine-Maschinen-Ingenieurs Hirano Katsuhiko über den Maschinen-shaden an der Führungsskange und aus dem Chartervertrag hervor.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Es werde Freigabe des zur Verhandlung stehenden Dampfers beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Dampfer sei am 17. November 1904 von Tsingtau abgefahren mit der Bestimmung, zuerst nach Niutschwang und dann über Tientsin

<sup>1)</sup> V. § 37,3.

nach Tschifu zu fahren. Das ergebe sich aus dem zwischen dem Reklamanten und Diederichsen, Jebsen & Co. abgeschlossenen Chartervettrag und den Ladescheinen. Ein Teil der Ladung sei für die Firma Bandinel & Co. in Niutschwang bestimmt gewesen und habe durch diese verkauft werden sollen; die anderen Güter sein für Telge, Schröter & Co. in Tientsin und Diederichsen, Jebsen & Co. in Tschifu bestimmt gewesen. Ein Transport der Güter nach Port Arthur sei nie beabsichtigt gewesen.

Für einen Dampfer mit dem Reiseziel Niutschwang habe es allerdings den Anschein, als ob der Dampfer von der Höhe des Shantung-Vorgebirges aus zu sehr nordöstlich in die offene See gesteuert habe; aber zu der Zeit habe der Dampfer Maschinenschaden gehabt und wäre bei seiner verminderten Fahrgeschwindigkeit und dem herrschenden Nordwestwinde in Strandungsgefahr gewesen, wenn er nicht einen von dem gewöhnlichen Kurs für Niutschwang nach NO abweichenden Kurs angenommen hätte. Auf Port Arthur sei aber niemals Kurs gehalten worden. Der Staatsanwalt führe in seinem Schriftsatz als Beweis für die beabsichtigte heimliche Fahrt nach Port Arthur die Tatsache an, daß Kisten, welche Milch und Seife enthielten, mit "Port Arthur" gezeichnet seien. Es sei jedoch kaum anzunehmen, daß jemand der eine Blockade zu brechen vorhabe, selbst das Beweismaterial für dieses Vorgehen offenbaren würde. Deshalb sei jene Aufschrift auf den Kisten vielmehr ein Beweis dafür, daß der Dampfer die ihm vorgeworfene Absicht nicht gehabt habe. Daß ferner nach dem Lichten des Ankers während der Fahrt der Kapitän die Schiffsglocke hab: abnehmen lassen, sei durchaus nicht mit einer Absicht, die Fahrt nach Port Arthur unbemerkt ausführen zu können, in Verbindung zu bringen; die Entfernung der Glocke, welche noch den alten Namen des Schiffes "Phalos" trug, habe vielmehr lediglich als ein gutes Omen für die Fahrt dienen sollen. Es sei ferner nicht erwiesen, daß die aus den Niutschwang als Bestimmungshafen bezeichnenden und durchaus in Ordnung befindlichen Schiffspapieren sich als beabsichtigt ergebende Reise mit dem tatsächlich genommenen Kurs nicht in Einklang zu bringen sei. Des weiteren lieferte die Aufbringung des Dampfers auf offener See in einer Entfernung von 60 bis 70 Seemeilen von Port Arthur keine hinreichende Unterlage für die Behauptung, daß der Dampfer geplant habe, die Blockadelinie zu überschreiten und somit die Blockade zu brechen. Daher sei die Beschlagnahme unrechtmäßig. Selbst aber angenommen, der Kapitän und der Charterer hätten unter sich den Blockadebruch verabredet, so sei doch, da der in diesem Verfahren als Reklamant auftretende Schiffsherr nicht die geringste Kenntnis davon gehabt habe, wenn auch die Güter eingezogen würden, das Schiff freizugeben.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts sind folgende: Der zur Verhandlung stehende Dampfer habe versucht, die Blockade zu brechen, und sei deshalb, da zweifellos die Blockade zu der Zeit effektiv gewesen sei, einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen und Gebräuche kommen dahin überein, daß im Falle effektiven Bestehens einer Blockade Schiffe, welche den Blockadezustand kennen und in der Absicht, in das Blockadegebiet einzudringen, sich demselben nähern, als Blockadebrecher anzusehen und, gleichviel, ob der Reeder von der Sache wußte oder nicht, einzuziehen sind. Es steht außer Zweifel, daß die am 26, Mai 1904 von dem Oberstkommandierenden der vereinigten Kaiserlichen Kriegsflotte über die Südküste der Liaotung-Halbinsel verhängte Blockade zur Zeit der Aufbringung des zur Verhandlung stehenden Dampfers sich in effektivem Zustand befand. Wenn nun Schiffe eine Blockade zu brechen vorhaben, so ist ein ganz gewöhnliches Mittel. um der Aufbringung zu entgehen, daß sie allerhand falsche Dokumente herstellen, So waren unter den Schiffspapieren des fraglichen Dampfers nur für cinen Teil der Ladung Frachtscheine vorhanden, das Original-Maschinenjournal und die Reinschrift stimmten nicht überein, und auch das von dem Prozeßvertreter des Reklamanten beigebrachte Ladungsverzeichnis deckt sich nicht mit der vorhandenen Ladung. Daher kann die Echtheit aller dieser Dokumente nicht anerkannt werden. Was den Kurs des Dampfers angeht, so hat der Prozeßvertreter behauptet, daß der Dampfer, als er die Höhe des Shantung-Vorgebirges passiert hatte. Maschinenschaden erlitt, infolgedessen die Geschwindigkeit herabgesetzt wurde und der Dampfer in Gefahr kam, auf Land getrieben zu werden. Diese Behauptungen können jedoch in Anbetracht der Beweise, die sich aus den Protokollen der im Maschinenraum zur fraglichen Zeit beschäftigt gewesenen Chinesen und aus dem Originalmaschinenjournal ergeben, sowie der Beweise, die sich auf das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein des Maschinenschadens beziehen, nicht als richtig anerkannt werden. Es ist vielmehr klar erwiesen, daß der Dampfer auf der Höhe von Wei-hai-wei plötzlich den Kurs nach NO änderte und von da ab in der Richtung nach Port Arthur fuhr, während welcher Fahrt er aufgebracht wurde. Die Tatsache ferner, daß der Dampfer 60 bis 70 Seemeilen von Port Arthur auf der See aufgebracht wurde, steht nicht dem Schlusse entgegen, daß es beabsichtigt war, mit demselben einen Blockadebruch auszuführen. Nach Aufführung aller der vorstehenden Tatsachen erübrigt es sich, auf die anderen Verteidigungspunkte des Prozeßvertreters einzugehen. Da dem Charterer sowohl wie dem Kapitan des fraglichen Dampfers bekannt war, daß zur fraglichen Zeit die Blockade seitens des Kaiserlichen Geschwaders bestand, und

es anerkannt werden muß, daß der Dampfer zwecks Schleichimports die Blockade zu brechen beabsichtigte, so entscheidet das Gericht, wie im Tenor, auf Einziehung des Dampfers.\*)

Verkündet im Prisengericht zu Sasebo am 1. März 1905 im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der deutsche Reichsangehörige Eduard Eichwede, wohnhaft in Tsingtau, China.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Togiyamachi 41.

Åm 1. März 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend den am 10. November 1904 38° 6' 36" nördlicher Breite und 122° 40' 30" östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegschiff, Tatsuta" aufgebrachten deutschen Dampfer "Veteran" ein Urtel gefällt, nach welchem der Dampfer einzuziehen ist. Gegen diese Entscheidung hat der Rechtsanwalt 1s hib as hi Tom okich in als Prozenerterer des Reklamanten Eduard Eich wede Berufung eingekgt. Diese Berufung ist von dem Oberprisengericht im Beisein des Statsanwalts Dr. jur. Is hiwatari Binichi geprüft worden.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation Ishibashi Tomokichi und deren Begründung sind folgende:

 Das Urteil erster Instanz erblicke den Hauptbeweis dafür, daß das zur Verhandlung stehende Schiff die Blockade zu brechen und nach Port Arthur zu gelangen beabsichtigt habe, in der alleinigen Tatsache, daß das Schiff auf der Höhe von Wei-hai-wei plötzlich seinen Kurs nach Nordost geändert habe. Diese Entscheidung entbehre jeder Grundlage, denn, wenn das Schiff von Wei-hai-wei nach Port Arthur zu gelangen vorgehabt habe, so wäre es besser gewesen, gleich von Wei-hai-wei aus nördlich zu fahren. Um nach Port Arthur zu gelangen, hätte es nicht nötig gehabt, Kurs auf Nordost in die Bai von Korea zu nehmen und so einen ungefähr viermal so langen Umweg zu machen. Ferner wäre, um die Blockade zu brechen, die Nachtzeit am geeignetsten gewesen und, wenn das zur Verhandlung stehende Schiff ein derartiges Unternehmen vorgehabt hätte, so hätte es dazu von Wei-hai-wei um Mitternacht aufbrechen und direkt nach Port Arthur fahren müssen. Bei gesundem Menschenverstand könne man schwerlich annehmen, daß jemand anstatt dessen seinen Kurs auf Nordost ändern

<sup>9</sup> V. § 45.

und, gerade als ob er es darauf anlege, von unseren Kriegsschiffen geben zu werden, bei Tagesanbruch an der Stelle, wo der Dampfer aufgebracht worden sei, umherfahren werde. Daher beruhlten die dem estinstanzlichen Urteil zugrunde gelegten und von demselben anerhanten Tatsachen auf Irrtum.

- 2. Da der Ort, an welchem das zur Verhandlung stehende Schiff aufgebracht worden sei, von der Blockadelinie etwa 70 Seemeilen entfernt sei, so könne man es nicht als Tatsache ansehen, daß das Schiff die Blockadelinie zu überschreiten und in den Hafen einzufahren beabsichtigt habe. Wenn das Kriegsschiff die Aufbringung auf das sogenannte Repressionsrecht stützen wolle, so erblicke der Reklamant darin einen Mißbrauch dieses Rechts, denn eine, wie im vorliegenden Falle, auf einem von der Blockadelinie 70 Seemeilen entfernten Punkte erfolgte Aufbringung stehe nicht im Einklang mit Absatz 1 des § 29 unserer Seeprisenordnung, 3) die von Schiffen spreche, "welche die Blockadelinie überschreiten und in das Blockadegebiet eindringen oder einzudringen beabsichtigen". Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, könnten, selbst wenn sie nach dem blockierten Hafen bestimmt seien, weil sie inzwischen noch reichlich Zeit hätten, diese Bestimmung aufzugeben oder zu ändern, nach einem rechtmäßigen völkerrechtlichen Grundsatz nicht zur Verantwortung gezogen werden. Dies umsoweniger, wenn es nicht einmal klar bewiesen sei, ob der blockierte Hafen der Bestimmungshafen sei oder nicht. Deshalb müsse der Ort der Aufbringung in der Nähe der Blockadelinie liegen und, bevor ein solcher Punkt erreicht sei, könne das Repressionsrecht nicht als bestehend anreschen werden
- 3. Unsere Seeprisenordnung sei lediglich eine vom Großen Hauptquartier erlassene Verordnung, welche weder die Japaner, geschweige denn die Ausländer, allgemein zu kennen und zu befolgen verpflichtet seien. Daher sei die Frage, welche Stellung Japan zu der Blockade einnehme, nicht klar. Das Urteil erster Instanz besage in der Begründung der Entscheidung, daß die allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen und Gebräuche dahin übereinkämen, daß Schiffe, welche den Blockadezustand kennten und in der Absicht, in das Blockadegebiet einzudringen, sich demselben näherten, als Blockadebrecher anzusehen seien usw. Der Reklamant müsse aber abweisen, daß es eine ganz allgemeine Bestimmung oder ein ausnahmslos anerkannter Brauch des Völkerrechts sei, daß der noch unvollendete Akt schon als Blockadebruch anzusehen sei. Der europäische Kontinent erkenne als Prinzip an, daß nur der wirkliche Blockadebruch bestraft werden könne, daß aber, wenn das betreffende Schiff nicht auf frischer Tat oder wenn es vor Ausführung des Blockadebruchs betroffen würde, nicht als Blockadebrecher an-

zusehen sei. Es sei daher klar, daß der in Frage stehende Dampfer, wei er 70 Semeilen von der Blockadelnie entfernt gewesen sei, nicht aß Blockadebrecher abgeurteilt werden könne. Daher fordere der Reklamant Verwerfung des erstinstanzlichen Urteils und eine Entscheidung auf Freilassung des Dampfers "Weteran".

Der Staatsanwalt beim Sasebo-Prisengericht, Yamamoto Tatsurokuro, bringt hiergegen folgendes vor:

1. Der Reklamant habe behauptet, daß das Urteil erster Instanz den Hauptbeweis dafür, daß das zur Verhandlung stehende Schiff die Blockade zu brechen und nach Port Arthur zu gelangen beabsichtigt habe, in der alleinigen Tatsache erblicke, daß das Schiff auf der Höhe von Wei-hai-wei plötzlich seinen Kurs nach Nordost geändert habe, und erkläre, daß diese Entscheidung ieder Grundlage entbehre. Die Entscheidung des Gerichts, daß das Schiff nach Port Arthur bestimmt gewesen sei, habe sich aber darauf begründet, daß der Kapitän nachts in der Richtung nach Port Arthur abgefahren sei und, um die Reise unbemerkt vollenden zu können, die Schiffsglocke abgenommen und von dieser Zeit an keine Stunden mehr geglast habe; daß er femer, als er auf der Höhe von Wei-hai-wei angekommen sei, plötzlich den Kurs auf Nordost geändert habe; daß er dem Bootsmann und den andern chinesischen Schiffsleuten, welchen damals der Verdacht kam, daß der Dampfer nach Port Arthur gehen solle, auf ihre diesbezüglichen Fragen keine Antwort gegeben, sondern sie geschlagen habe, so daß sie Verletzungen davontrugen, und als Drohung seinen Revolver abgeschossen habe; daß er dann den oben angedeuteten Kurs auf W 1/2 NW. d. i. auf Port Arthur, geändert habe. Freilich sei es wahr, daß die Kursänderung des Dampfers zu der Zeit nicht nur einen Umweg, sondern fast ein Zurückfahren bedeute, aber der Grund hierfür sei der gewesen, daß der Dampfer vor sich Kriegsschiffe gesehen habe und, um deren Gesichtsfeld zu entgehen, entflohen sei. Später sei er dann nach Änderung des Kurses auf W 1/2 NW gerade auf Port Arthur zugefahren.

Ferner behauptete der Reklamant, daß, um nach Port Arthur hintizzukommen, der Dampfer um Mitternacht von Wei-hai-wei hälte aufbrechen und direkt nach Port Arthur fahren müssen; daß es daher
bei gesundem Menschenverstand schwer anzunehmen sei, daß jemand
dies anstatt dessen bei Tagesanbruch unternehmen würde, gerade als
ob er es darauf anlege, von unseren Kriegsschiffen gesehen zu werden.
Aber die Aussage des Kapitians sowie die Noierung im Logbuch gäßen
4 Uhr morgens, die Aussageschrift des beschlagnehmenden Offiziers
40 morgens als Zeit der Beschlagnahme an. Wie dem num sei, am
19. November von 1 bis 5 Uhr morgens seie snoch nicht Tagesanbruch,

und man müsse daher mit Recht annehmen, daß die Reise heimlich im Schutze der Nacht unternommen worden sei.

2. Der Reklamant habe behauptet, daß der Ort, wo der "Veteran" aufgebracht worden sei, von der Blockadelinie ungefähr 70 Seemeilen entfernt sei und daß die Beschlagnahme mit Artikel 29 Absatz 1 unserer Seeprisenordnung 4) nicht in Einklang zu bringen sei. Das sei aber leeres Gerede, über welches man nicht zu disputieren brauche. Daß der Ort der Aufbringung von dem Eingang des Hafens von Port Arthur ungefähr 60 bis 70 Seemeilen entfernt sei, möge wohl wahr sein, daß er aber 70 Seemeilen von der Blockadelinie entfernt sei, sei eine Behauptung, die jedes Beweises entbehre. Blockadelinie sei das Fahrgebiet, in welchem die Kriegsschiffe, um die Blockade effektiv zu erhalten, hin- und herführen und Aufsicht ausübten. Da es nun erwiesen sei, daß der Feind in einer Entfernung von 10 Seemeilen von Liaotishan Minen gestreut hätte, so sei es nicht schwer auszurechnen, daß dieses Fahrgebiet der Kriegsschiffe etwa 30 bis 40 Seemeilen weiter auf die Höhe des Meeres hinaus sich befunden habe. Wenn nun auch, wie angenommen, der Ort der Aufbringung des fraglichen Dampfers vom Hafeneingang 60 bis 70 Seemeilen entfernt gewesen sei, von der Blockadelinie sei er sicherlich nicht weit, ja er sei vielleicht ganz in der Nähe derselben gewesen. Da es demnach unleugbar sei, daß die Aufbringung mit dem Absatz 25) des Artikels 29 unserer Prisenordnung durchaus im Einklang sei, so stelle sie sich keineswegs als ein Mißbrauch des Repressionsrechts, vielmehr als die dem Fall gerechtwerdende Handlung dar.

Da außerdem der Reklamant in seinen Behauptungen:

daß die Aufbringung sich nicht mit Artikel 29, Absatz 1, der Prisenbestimmungen vereinbaren Husse; daß das Schiff rechtmäßig nicht zur Verantwortung gezogen werden könne, weil es noch Zeit gehabt hätte, sein Vorhaben aufzugeben, oder zu ändern usw.

gegen Sachen Vorwürfe erhöbe, welche dem erstinstanzlichen Urteil gar nicht zugrunde gelegt seien, so erübrige es sich, dagegen zu disputieren.

3. Der Reklamant behaupte, daß nach kontinentaler Theorie nur der virkliche Blockadebruch bestraft werde, daß aber eine nicht frische oder noch unvollendete Tat nicht als Blockadebruch gelte. Aus diesem Grunde halte der Reklamant die Aufbringung des hier verhandelten Schiffes für unrechtmäßig. Aber von den beiden Theorien, welche fast allen Präcedenzen und Gebräuchen zugrunde lägen und von allen ziviliserten Staaten als völkerrechtliche Prinzipien anerkannt seien,

<sup>\*)</sup> V. - \*) soll heißen: "Absatz 1".

nämlich den englischen Prinzipien auf der einen und den kontinentalen auf der andern Seite, seien die englischen Grundsätze am verbreitetsten, und es sei ferner allgemein bekannt, daß der japanische Staat seit dem Kriege im Jahre 1894 bis 95 die englischen Theorien angenommen habe. Je nach dem Prinzip, welches man zugrunde lege, sei natürlich auch das Resultat ein anderes. Es sei aber unmöglich, dem Urteil erster Instanz einen Vorwurf daraus zu machen, daß es sich auf das englische Prinzip stütze, anstatt das kontinentale anzunehmen.

Die Berufung sei daher, weil in allen Punkten unbegründet, abzuweisen.

Die vorliegende Entscheidung wird, wie folgt, begründet:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Veteran" ist Eigentum des in Tsingtau ansässigen deutschen Reichsangehörigen Eduard Eichwede.

Es ist unbestritten, daß der Kapitān des Dampfers am 17. November 1904 um Mitternacht Tsingtau verlassen hat und am 19. November um 4 Uhr morgens an einem Punkte 38° 6' 30" nördlichter Breite und 122° 40' 30" östlicher Länge von dem auf Blockadedienst befindlichen Kalserlichen Kriegsschiff, Tabatuh" aufgebracht worden ib

Punkt 1 der Berufung sagt, das Urteil erster Instanz erblicke den Hauptbeweis dafür, daß das zur Verhandlung stehende Schiff die Blockade zu brechen und nach Port Arthur zu gelangen beabsichtigt habe, in der alleinigen Tatsache, daß das Schiff auf der Höhe von Weihai-wei plötzlich seinen Kurs nach Nordost geändert habe, und erklärt die Entscheidung für völlig grundlos. Dem steht iedoch ein Telegramm des Oberstkommandierenden unserer vereinigten Kriegsflotte an den Kommandanten des Kriegshafens Sasebo entgegen, des Inhalts, daß sein Schiff am 19. November um 3 Uhr morgens in einer Entfernung von 32 Seemeilen S zu O 3/4 O von der Insel Yuentao bei nordwestlichem Kurs auf Backbord einen fast in derselben Richtung fahrenden Dampfer gesichtet, nach einiger Zeit die Schiffslichter außer Sicht verloren und sofort die "Tatsuta" auf die Suche geschickt habe, welche den Dampfer um 5 Uhr morgens gefunden habe usw. Nach diesem Telegramm kann die Vermutung, daß der fragliche Dampfer, als er auf der Höhe von Wei-hai-wei unser Kriegsschiff sichtete, seinen Kurs änderte, um aus dem Gesichtsfeld desselben zu gelangen und zu entweichen, nicht bezweifelt werden. Dies wird noch klarer, wenn man damit die Aussage des Steuermanns Wong Tak Sui und die Differenz der Zeit des "Veteran" und des Kriegsschiffes von ungefähr einer Stunde zusammenhält. Das Gericht ist demnach der Ansicht, daß der Dampfer schon vor Änderung seines Kurses auf Schleichfahrt nach Port Arthur begriffen war. Denn wenn der Dampfer nicht die Absicht des Blockadebruchs hatte, so lag keine Notwendigkeit vor, weshalb er seinen Kurs

fast bis zur entgegengesetzten Richtung hätte ändern und die Flucht ergreifen sollen. Wenn er ferner nach Niutschwang zu fahren vorhatte, so hätte er von dem Punkte, wo er das Leuchtfeuer des Shantung-Vorgebirges 4 Seemeilen westlich sichtete, direkt in die Mitte der Liaotishan-Straße mit nordwestlichem Kurs steuern müssen. Wenn man nun die Entfernung des von dem Kriegsschiff gesichteten Backbordlichts zu dem gewöhnlichen Gesichtshorizont von 2 Seemeilen ansetzt und annimmt, daß der Ort, wo unser Kriegsschiff dasselbe am 19. November 3 Uhr morgens gesichtet hat, ungefähr in einer nördlichen Breite von 38º 1' und einer östlichen Länge von 122º 26', d. h., daß er von dem Punkte, wo man das Leuchtfeuer des Shantung-Vorgebirges westlich 4 Seemeilen ab sichtet, in der Richtung von N zu W 1/2 W liegt, so weicht dieser Punkt von der Fahrrichtung nach Niutschwang ungefähr 21/2 Strich nach Osten ab, und der Bug des zu der Zeit mit unserm Kriegsschiff ziemlich in gleicher Richtung fahrenden Dampfers "Veteran" wies demnach gerade auf den Hafeneingang von Port Arthur.

Der Kapitän behauptet ferner, daß durch Maschinenschaden seine fahrgeschwindigkeit vermindert gewesen sei und daß er, um der Gefahr, auf Land getrieben zu werden, zu entgehen, die von dem gewöhnlichen Kurse abweichende Richtung einzuschlagen genötigt gewesen sei. Selbst wenn man der Tatsache, daß weder die Eintragung im Schiffsjournal mit der Wirklichkeit, noch auch die Kladde des Maschinenjournals mit der Reinschrift übereinstimmen, kein entscheidendes Gewicht beilegt, so muß doch demgegenüber gesagt werden, daß, da unbestrittenermaßen nur ein leichter Nordwest wehte, weder die Windverhältnisse noch auch die Position des Schiffes zum Lande, selbst bei etwas verminderter Fahrmöglichkeit das Schiff nicht nötigten, einen besonderen Umweg zu nehmen, um der Gefahr des Auftreibens zu entgehen. Denn das Schiff hatte, wenn es nach Niutschwang fuhr, nur eine leichte Brise von vorn: achtern lag kein Land zum Auflaufen, und im Weiterfahren entfernte es sich von selbst allmählich von dem zu Backbord liegenden Land.

.Ferner hat der Kapitän am Tage nach der Abfahrt von Tsingtau die Schiffsglocke abgenommen und von da ab keine Stunden niehr glasen lassen; er hat weiter, als er auf die Höhe von Wie-hal-wei kam, plötzlich den Kurs geändert und dem Bootsmann und den andern chinesischen Schiffsleuten, welchen damals der Verdacht kam, daß der Dampfer nach Port Arthur gehen solle, auf ihre diesbezüglichen Fragen keine Antwort gegeben, sondern sie geschlagen, so daß sie Verletzungen davontrugen; seiheßlich hat er als Drohung seinen Revolver abgeschossen; er hat währenddessen den neuangenommenen Kurs beibehalten, um erst später mit wiederum verändertem Kurs in die Richtung auf Port Arthur zuzufahren; ferner war es festzustellen, daß er erst einige Tage zuwor

den Schiffskörper sowie die Boote schwarzgrau hat anstreichen lassen; zur Zeit der Beschlagnahme brannten die Toplaterne und die Backborlaterne nur sehr schwach, und die Luken und alle sonstigen Stelke, 
aus denen Licht hätte herausdringen können, waren verschlossen. Alk 
diese Handlungen sind unzweifelhaft mit dem Zweede vorgenommen, 
unserer Kontrolle Auge und Ohr zu benehmen. Alles dieses, sowie de 
Tatsache, daß das Schiff zur Zeit der Beschlagnahme mit dem Kur 
NW 1/8 W, d. h. auf Port Arthur, fuhr, sind ausreichend, um zu den 
Schluß zu kommen, daß der Dampfer unter dem Schutze der Nacht 
die Blockade zu brechen und heimlich nach Port Arthur zu fahren 
vorhatte.

Daher ist Punkt 1 der Berufung unbegründet.

Im Punkte 2 der Berufung behauptet der Reklamant, der Ort, an welchem das zur Verhandlung stehende Schiff aufgebracht worden sei, sei von der Blockadelinie etwa 70 Seemeilen entfernt, und es könne nicht als Tatsache angesehen werden, daß das Schiff die Blockadelinie zu überschreiten und in den Hafen einzufahren beabsichtigt habe. Die Aufbringung des hier zur Verhandlung stehenden Dampfers sei ein gründlicher Mißbrauch des Repressionsrechts, denn sie sei mit dem Absatz 1 des Artikels 29 unserer Seenrisenordnung, die von Schiffen spreche, "welche die Blockadelinie überschreiten und in das Blockadegebiet eindringen oder einzudringen beabsichtigen", nicht in Einklang zu bringen. Schiffe, welche so weit wie das vorliegende von der Blockadelinie entfernt seien, könnten, selbst wenn sie nach dem blockierten Hafen bestimmt seien, nicht zur Verantwortung gezogen werden, da sie noch reichlich Zeit hätten, diese Bestimmung aufzugeben oder zu ändern. Da aber unsere Blockadeschiffe, die in ungefähr 10 Seemeilen Entfernung von der Küste aufrangiert waren, die darüber hinausliegende Meeresfläche abzufahren hatten und bei dieser Ausübung des Wachdienstes bis zu 30 Seemeilen und mehr südlich von der 22 Seemeilen von der Küste entfernt liegenden Insel Yuentao umherkreuzten, wo erwiesenermaßen der zur Verhandlung stehende Dampfer von einem der Blockadeschiffe entdeckt wurde, so muß der Ort der Aufbringung als in der Nähe des Blockadegebiets befindlich erachtet werden. Es ist demnach klar, daß das zur Verhandlung stehende Schiff den Blockadebruch bereits begonnen hatte, und auch Punkt 2 der Berufung ist grundlos.

Dø es ferner völkerrechtlich anerkannt ist, daß Schiffe, welcht einen Blockadebruch begonnen haben, aufgebracht werden können, b so ist auch Punkt 3 der Berufung hinfällig.

V. §§ 29,2 und 37,3

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 6, Juli 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Die in Tsingtau, China, ansässigen deutschen Reichsangehörigen, Prokuristen der Firma Diederichsen, Jebsen & Co.: Emil Walikoff und Werner Geim.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi in Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

In der Prisensache, betreffend die auf dem deutschen Dampfer "Veteran" verschifften Güter, wird, wie folgt, entschieden:

# Urteilsformel:

Die sämtlichen auf dem deutschen Dampfer "Veteran" verschifften, in beigeheftetem Verzeichnis aufgeführten Güter werden eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind Eigentum der in Taingtau ansässigen, aus deutschen Handelstriebenden bestehenden Firma Die der rich sen, Jebsen & Co., wurden auf dem von dieser Firma gecharterten Dampfer "Neteran" verschifft und verließen am 17. November 1904 um Mitternacht Tsingtau mit Bestimmung für Port Arthur. Am 19, desselben Monats um 4 Uhr morgens wurde der "Veteran" von dem Kaiserichen Kriegsschift", Tatsutu" 38° 6' 30° nördlicher Breite und 122° 40' 30° östlicher Länge wegen Blockadebruchs zusammen mit den zur Verhandlung stehenden Gütern beschlagnahnt.)

Diese Tatsachen gehen klar hervor aus dem Protokoll des Offiziers, der die Beschlagnahme in Stellvertretung (des Kommandanten) ausfährte, Kapitänleutnants Ohara Shunji, aus den Vernehmungsprotokollen des Kapitäns Karl Edler, des ersten Offiziers Anton Müller, des ersten Maschinisten Max Hase, des zweiten Maschinisten Fritz Bruns, des Bootsmanns Wong Tack Sui, der Steuerleut Wong Sai Hock und Wong Kee Sang, der Heizer Ka Tack Loi und Hong Hing Wing, aus dem Flaggenattest, dem Logbuch, dem Original-Maschinenjournal, aus dem Teil der Untersuchungsburgen.

<sup>1)</sup> V. § 37,3.

akten des beaufsichtigten Rats, betreffend die Abnahme der Schiffsglocke, dem Gutachten des Marine-Maschinen-Ingenieurs Hirano Katsuhiko über den Maschinenschaden an der Führungsstange und aus dem Chartervertrag.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Es werde Freigabe der zur Verhandlung stehenden Güter beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Dampfer sei am 17. November 1904 von Tsingtau abgefahren mit der Bestimmung, zuerst nach Niutschwang und dann über Tientsin nach Tschifu zu fahren. Das ergehe sich aus dem zwischen den Reklamanten und dem Schiffseigentümer abgeschlossenen Chartervertrag und den Ladescheinen. Ein Teil der Ladung sei für die Firma Ban dinel & Co. in Niutschwang bestimmt gewesen und habe durch diese verkauft werden sollen; die anderen Güter seien für Telge, Schröter & Co. in Tientsin und Diederich sen, Jebsen & Co. in Tschifa bestimmt gewesen. Ein Transport der Güter nach Port Arthur sei nie beabsichtigt gewesen.

Für einen Dampfer mit dem Reiseziel Niutschwang habe es allerdings den Anschein, als ob der Dampfer von der Höhe des Shantung-Vorgebirges aus zu sehr nordöstlich in die offene See gesteuert habe; aber zu der Zeit habe der Dampfer Maschinenschaden gehabt und wäre bei seiner verminderten Fahrgeschwindigkeit und dem herrschenden NW-Wind in Strandungsgefahr gewesen, wenn er nicht einen von dem gewöhnlichen Kurs für Niutschwang nach NO abweichenden Kurs angenommen hätte. Auf Port Arthur sei aber niemals Kurs gehalten worden. Der Staatsanwalt führe in seinem Schriftsatz als Beweis für die beabsichtigte heimliche Fahrt nach Port Arthur die Tatsache an, daß Kisten, welche Milch und Seife enthielten, mit "Port Arthur" gezeichnet seien. Es sei iedoch kaum anzunehmen, daß iemand, der eine Blockade zu brechen vorhabe, selbst das Beweismaterial für dieses Vorgehen offenbaren würde. Deshalb sei jene Aufschrift auf den Kisten vielmehr ein Beweis dafür, daß der Dampfer die ihm vorgeworfene Absicht nicht gehabt habe. Daß ferner nach dem Lichten des Ankers während der Fahrt der Kapitän die Schiffsglocke habe abnehmen lassen, sei durchaus nicht mit einer Absicht, die Fahrt nach Port Arthur unbemerkt ausführen zu können, in Verbindung zu bringen; die Entfernung der Glocke, welche noch den alten Namen des Schiffes "Phalos" trug, habe vielmehr lediglich als ein gutes Omen für die Fahrt dienen sollen. Es sei ferner nicht erwiesen, daß die, aus den Niutschwang als Bestimmungshafen bezeichnenden und durchaus in Ordnung befindlichen Schiffspapieren sich als beabsichtigt ergebende Reise mit dem tatsächlich genommenen Kurs nicht in Einklang zu bringen sei. Des

weiteren liefere die Aufbringung des Dampfers auf offener See in einer Entfernung von 60 bis 70 Seemeilen von Port Arthur keine hinreichende Unterlage für die Behauptung, daß der Dampfer geplant habe, die Blockadelinie zu überschreiten und somit die Blockade zu brechen. Daher sei die Beschlagnahme unrechtmäßig.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Der fragliche Dampfer habe versucht, die Blockade zu brechen, zu einer Zeit, wo zweifellos die Blockade effektiv gewesen sei. Alle an Bord des Dampfers befindlichen Güter seiten daher, weil es beabsichtigt gewesen sei, dieselben heimlich nach Port Arthur einzuführen, einzusiehen

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen und Gebräuche kommen dahin überein, daß die Ladung von Schiffen, welche als Blockadebrecher handeln, einzuziehen sind, mit Ausnahme von solchen Gütern, welche Personen gehören, die von der Sache absolut keine Kenntnis hatten. Wenn nun Schiffe eine Blockade zu brechen vorhaben, so ist ein ganz gewöhnliches Mittel, um der Aufbringung zu entgehen, daß sie allerhand falsche Dokumente herstellen. So waren unter den Schiffspapieren des fraglichen Dampfers nur für einen Teil der Ladung Frachtscheine vorhanden, das Original-Maschinenjournal und die Reinschrift stimmten nicht überein, und auch das von dem Prozeßvertreter des Reklamanten beigebrachte Ladungsverzeichnis deckt sich nicht mit der vorhandenen Ladung. Daher kann die Echtheit aller dieser Dokumente nicht anerkannt werden. Was den Kurs des Dampfers angeht, so hat der Prozeßvertreter behauptet, daß der Dampfer, als er die Höhe des Shantung-Vorgebirges passiert hatte, Maschinenschaden erlitt, infolge dessen die Geschwindigkeit herabgesetzt wurde und der Dampfer in Gefahr kam, auf Land getrieben zu werden. Diese Behauptungen können jedoch in Anbetracht der Beweise, die sich aus den Protokollen der im Maschinenraum zur fraglichen Zeit beschäftigt gewesenen Chinesen und aus dem Original-Maschinenjournal ergeben, sowie der Beweise, die sich auf das Vorhandensein oder das Nichtvorhandensein des Maschinenschadens beziehen, nicht als richtig anerkannt werden. Es ist vielmehr klar erwiesen, daß der Dampfer auf der Höhe von Wei-hai-wei plötzlich den Kurs nach NO änderte und von da ab in der Richtung nach Port Arthur fuhr, während welcher Fahrt er aufgebracht wurde. Die Tatsache ferner, daß der Dampfer 60 bis 70 Seemeilen vor Port Arthur auf der See aufgebracht wurde, steht nicht dem Schlusse entgegen, daß es beabsichtigt war, mit demselben einen Blockadebruch auszuführen. Nach Aufführung aller der vorstehenden Tatsachen erübrige es sich, auf die anderen Verteidigungspunkte des Prozeßvertreters einzugehen. Da dem Charterer sowohl

wie dem Kapitän des fraglichen Dampfers bekannt war, daß zur fraglichen Zeit die Blockade seitens des japanischen Geschwaders bestand, und es anerkannt werden muß, daß der Dampfer zwecks Schleichinport die Blockade zu brechen beabsichtigte, so entscheidet das Gericht, da die Güter auf einem Schift verladen worden waren, welches als Blockadebrecher anzusehen ist und da sie alle im Eigentum des Charterers dieses Blockadebrechers stehen, wie in der Urteilsformel auf Einziehung der gesamten Ladung. <sup>3</sup>)

Verkündet im Prisengericht zu Sasebo am 1. März 1905 im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

# (Unterschriften.)

### Ladungsverzeichnis des Dampfers "Veteran".

Nr.	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender
1	Peize	89 Kolli	Diederichsen, Jebsen & Co in Tsingtau
2	Pelzmäntel	130 "	, ,
3	Stiefel	60 Kisten	1 ,,
4	Baumw. Beinkleider .	40 Kolli	
5	Baumw. Hemden	19 "	"
6	Gesalzenes Rindfleisch	1859 Fässer	"
7	Gesalzene Gemüse .	339 "	"
8	Tee	300 Kisten	,,
9	Kartoffeln	379 Säcke	,
10	Kondensierte Milch .	335 Kisten	1 ,,
11	Fleischkonserven	1454 "	1 "
12	Tabak	68 "	l "
13	Zigaretten	3 "	,,
14	Streichhölzer	78 ,,	"
15	Seife	1600 ,,	,,
16	· Arzneimittel	12 Fässer	,,
17	,	1 Kollo i.Stroh	,,
18	Schwefelsäure	96 Kisten	l "
19	Heilmittel	74 ,,	l • ",

Reklamanten: Die Prokuristen der Firma Die derich sen, Jebsen & Co. in Tsingtau, China: Emil Walik off und Werner Gleim.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Togiyamachi 41.

Am 1. März 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensehe, betreffend die Ladung des am 10. November 1904 38 ° 6 '36' nördlicher Breite und 122 ° 40' 30" östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tatsuta" aufgebrachten deutschen Dampfers "Veteran", ein Urteil gefällt, nach welchem diese, in dem der Entscheidung beigefügten Ladungsverzeichnis aufgeführte Ladung insgesamt dinzuziehen ist. Gegen diese Entscheidung hat der Rechtsanwall Ishibashi Tomokichi als Prozeßvertreter der Reklamanten En il Walikoff und Werner Geim Berufung eingelegt. Diese Berufung ist von dem Oberprisengericht im Beisein des Staatsanwalts Dr. jur. Ishiwatari Binichi gerofft worden.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation Ishibashi Tomokichi und deren Begründung sind folgende:

- 1. Das Urteil erster Instanz erblicke den Hauptbeweis dafür, daß . das fragliche Schiff die Blockade zu brechen und nach Port Arthur zu gelangen beabsichtigt habe, in der alleinigen Tatsache, daß das Schiff auf der Höhe von Wei-hai-wei plötzlich seinen Kurs nach Nordost geändert habe. Diese Entscheidung entbehre jeder Grundlage, denn, wenn das Schiff von Wei-hai-wei nach Port Arthur zu gelangen vorgehabt habe, so wäre es besser gewesen, gleich von Wei-hai-wei aus nördlich zu fahren. Um nach Port Arthur zu gelangen, hätte es nicht nötig gehabt, Kurs auf Nordost in die Bai von Korea zu nehmen und so einen ungefähr viermal so langen Umweg zu machen. Ferner wäre, um die Blockade zu brechen, die Nachtzeit am geeignetsten gewesen und, wenn das fragliche Schiff ein derartiges Unternehmen vorgehabt hätte, so hätte es dazu von Wei-hai-wei um Mitternacht aufbrechen und direkt nach Port Arthur fahren müssen. Bei gesundem Menschenverstand könne man schwerlich annehmen, daß jemand anstatt dessen seinen Kurs auf Nordost ändern und, gerade als ob er es darauf anlege, von unseren Kriegsschiffen gesehen zu werden, bei Tagesanbruch an der Stelle, wo der Dampfer aufgebracht worden sei, umherfahren werde. Daher beruhten die dem erstinstanzlichen Urteil zugrunde gelegten und von demselben anerkannten Tatsachen auf Irrtum.
- 2. Da der Ort, an welchem das fragliche Schiff aufgebracht worden sei, vom der Blockadellinie etwa 70 Seemeilen entfernt sei, so könne man es nicht als Tatsache ansehen, daß das Schiff die Blockadellinie zu überschreiten und in den Hafen einzufahren beabsichtigt habe. Wenn das Kriegsschiff die Außrüngung auf das sogenannte Represionsrecht

stützen wolle, so erblickten die Reklamanten darin einen Mißbrauch dieses Rechts, denn eine, wie im vorliegenden Falle, auf einem von der Blockadelinie 70 Seemeilen entfernten Punkte erfolgte Aufbringung stehe nicht im Einklang mit Absatz 1 des Artikels 29 unserer Seprisenordnung-?) die von Schiffen spreche, "welche die Blockadelinie überschreiten und in das Blockadegebiet eindringen oder einzudringen beabsichtigen". Schiffe, wie das fragliche, könnten, selbst wenn sie nach dem blockierten Hafen bestimmt seien, weil sie inzwischen noch reichlich Zeit hätten, diese Bestimmung aufzugeben oder zu ändern, nach einem rechtmäßigen volkerrechtlichen Grundsatze nicht zur Verantwortung gezogen werden. Dies um so weniger, wenn es nicht einmal klar bewiseen sei, ob der blockierte Hafen der Bestimmungshäne sei oder nicht. Deshalb müsse der Ort der Aufbringung in der Nähe der Blockadelinie liegen und, bevor ein solcher Punkt erreicht st. könne das Repressionsrecht nicht als besthend angesehen werden.

3. Unsere Seeprisenordnung sei lediglich eine vom Hauptquartier erlassene Verordnung, welche weder die Japaner, geschweige denn die Ausländer, allgemein zu kennen und zu befolgen verpflichtet seien. Daher sei die Frage, welche Stellung Japan zu der Blockade einnehme, nicht klar. Das Urteil erster Instanz besage in der Begründung der Entscheidung, daß die allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen und Gebräuche dahin übereinkämen, daß Schiffe, welche den Blockadezustand kennten und in der Absicht, in das Blockadegebiet einzudringen. sich demselben näherten, als Blockadebrecher anzusehen seien usw. Die Reklamanten müßten es aber abweisen, daß es eine ganz allgemeint Bestimmung oder ein ausnahmslos anerkannter Brauch des Völkerrechts sei, daß der noch unvollendete Akt schon als Blockadebruch anzusehen sei. Der europäische Kontinent erkenne als Prinzip an, daß nur der wirkliche Blockadebruch bestraft werden könne, daß aber, wenn das betreffende Schiff nicht auf frischer Tat oder wenn es vor Ausführung des Blockadebruchs betroffen würde, nicht als Blockadebrecher anzusehen sei. Es sei daher klar, daß der in Frage stehende Dampfer, weil er 70 Seemeilen von der Blockadelinie entfernt gewesen sei, nicht als Blockadebrecher abgeurteilt werden könne. Daher forderten die Reklamanten Verwerfung des erstinstanzlichen Urteils und eine Entscheidung auf Freilassung der Ladung des Dampfers "Veteran".

Der Staatsanwalt beim Sasebo-Prisengericht, Yamamoto Tatsurokuro, bringt hiergegen folgendes vor:

Da die Berufungsgründe in der vorliegenden Sache Wort für Wort mit den Berufungsgründen der Prisensache des Dampfers "Veteran" übereinstimmten, so wünsche er seine dort vorgebrachte Replik auf den vorliegenden Fall anzuwenden.

<sup>3)</sup> V.

Die vorliegende Entscheidung wird, wie folgt, begründet:

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist auf dem Dampfer "Veteran" verschifft worden.

Es ist unbestritten, daß der Kapitän des Dampfers am 17. November 1904 um Mitternacht Tsingtau verlassen hat und am 19. November um 4 Uhr morgens an einem Punkte 38° 6′ 30° nördlicher Breite und 122° 40′ 30° östlicher Länge von dem auf Blockadedienst befindlichen Kasierlichen Kriegsschiff "Tastauta" aufgebracht worden ist.

Punkt 1 der Berufung sagt, das Urteil erster Instanz erblicke den Hauptbeweis dafür, daß das in Frage stehende Schiff die Blockade zu brechen und nach Port Arthur zu gelangen beabsichtigt habe, in der alleinigen Tatsache, daß das Schiff auf der Höhe von Wei-hai-wei plötzlich seinen Kurs nach Nordost geändert habe, und erklärt die Entscheidung für völlig grundlos. Dem steht iedoch ein Telegramm des Oberstkommandierenden unserer vereinigten Kriegsflotte an den Kommandanten des Kriegshafens Sasebo entgegen, des Inhalts, daß sein Schiff am 19. November um 3 Uhr morgens in einer Entfernung von 32 Seemeilen S zu O 3/4 O von der Insel Yuentao bei nordwestlichem Kurs auf Backbord einen fast in derselben Richtung fahrenden Dampfer gesichtet, nach einiger Zeit die Schiffslichter außer Sicht verloren und sofort die "Tatsuta" auf die Suche geschickt habe, welche den Dampfer um 5 Uhr morgens gefunden habe usw. Nach diesem Telegramm kann die Vermutung, daß der fragliche Dampfer, als er auf der Höhe von Weihai-wei unser Kriegsschiff sichtete, seinen Kurs änderte, um aus dem Gesichtsfeld desselben zu gelangen und zu entweichen, nicht bezweifelt werden. Dies wird noch klarer, wenn man damit die Aussage des Steuermanns Wong Tak Sui und die Differenz der Zeit des "Veteran" und des Kriegsschiffs von ungefähr einer Stunde zusammenhält. Das Gericht ist demnach der Ansicht, daß der Dampfer schon vor Änderung seines Kurses auf Schleichfahrt nach Port Arthur begriffen war. Denn wenn der Dampfer nicht die Absicht des Blockadebruchs hatte, so lag keine Notwendigkeit vor, weshalb er seinen Kurs fast bis zur entgegengesetzten Richtung hätte ändern und die Flucht ergreifen sollen. Wenn er ferner nach Niutschwang zu fahren vorhatte, so hätte er von dem Punkte, wo er das Leuchtfeuer des Shantung-Vorgebirges 4 Seemeilen westlich sichtete, direkt in die Mitte der Liaotishan-Straße mit nordwestlichem Kurs steuern müssen. Wenn man nun die Entfernung des von dem Kriegsschiff gesichteten Backbordlichts zu dem gewöhnlichen Gesichtshorizont von 2 Seemeilen ansetzt und annimmt, daß der Ort, wo unser Kriegsschiff dasselbe am 19. November 3 Uhr morgens gesichtet hat, ungefähr in einer nördlichen Breite von 38 º 1' und einer östlichen Länge von 122° 26', d. h., daß er von dem Punkte. wo man das Leuchtfeuer des Shantung-Vorgebirges westlich 4 Seemeilen ab sichtet, in der Richtung von N zu W <sup>1</sup>/<sub>2</sub> W liegt, so wecht dieser Punkt von der Fahrrichtung nach Niutschwang ungefähr 2<sup>n</sup>; Strich nach Osten ab, und der Bug des zu der Zeit mit unserm Kriegschiff ziemlich in gleicher Richtung fahrenden Dampfers "Veteran" wies demnach auf den Hafeneingang von Port Arthur.

Der Kapitän behauptet ferner, daß durch Maschinenschaden seine Fahrgeschwindigkeit vermindert gewesen sei und daß er, um der Gefahr, auf Land getrieben zu werden, zu entgehen, die von dem gewöhnlichen Kurs abweichende Richtung einzuschlagen genötigt gewesen sei. Selbst wenn man der Tatsache, daß weder die Eintragung im Schiffsiournal mit der Wirklichkeit, noch auch die Kladde des Maschinenjournals mit der Reinschrift übereinstimmen, kein entscheidendes Gewicht beilegt, so muß doch demgegenüber gesagt werden, daß, da unbestrittenermaßen nur ein leichter Nordwest wehte, weder die Windverhältnisse noch auch die Position des Schiffes zum Lande, selbst bei etwas verminderter Fahrmöglichkeit, das Schiff nicht nötigten, einen besonderen Umweg zu nehmen, um der Gefahr des Auftreibens zu entgehen. Denn das Schiff hatte, wenn es nach Niutschwang fuhr, nur eine leichte Brise von vorn; achtern lag kein Land zum Auflaufen, und im Weiterfahren entfernte es sich von selbst allmählich von dem zu Backbord liegenden Land.

Ferner hat der Kapitan am Tage nach der Abreise von Tsingtau die Schiffsglocke abgenommen und von da ab keine Stunde mehr glasen lassen; er hat weiter, als er auf die Höhe von Wei-hai-wei kam, plötzlich den Kurs geändert und dem Bootsmann und den andern chinesischen Schiffsleuten, welchen damals der Verdacht kam, daß der Dampfer nach Port Arthur gehen solle, auf ihre diesbezüglichen Fragen keine Antwort gegeben, sondern sie geschlagen, so daß sie Verletzungen dayontrugen: schließlich hat er als Drohung seinen Revolver abgeschossen; er hat währenddessen den neuangenommenen Kurs beibehalten, um erst später mit wiederum verändertem Kurs in die Richtung auf Port Arthur zuzufahren; ferner war es festzustellen, daß er erst einige Tage zuvor den Schiffskörper sowie die Boote schwarzgrau hat anstreichen lassen: zur Zeit der Beschlagnahme brannte die Toplaterne und die Backbordlaterne nur sehr schwach, und die Luken und alle sonstigen Stellen, aus denen Licht hätte herausdringen konnen, waren verschlossen. Alle diese Handlungen sind unzweifelhaft mit dem Zwecke vorgenommen, unserer Kontrolle Auge und Ohr zu benehmen. Alles dieses, sowie die Tatsache, daß das Schiff zur Zeit der Beschlagnahme mit dem Kurs NW 1/2 W, d. h. auf Port Arthur, fuhr, sind ausreichend, um zu dem Schluß zu kommen, daß der Dampfer unter dem Schutze der Nacht die Blockade zu brechen und heimlich nach Port Arthur zu fahren vorhatte.

Daher ist Punkt 1 der Berufung unbegründet.

Im Punkt 2 der Berufung behaupten die Reklamanten, der Ort, an welchem das in Frage stehende Schiff aufgebracht worden sei, sei von der Blockadelinie etwa 70 Seemeilen entfernt, und es könne nicht als Tatsache angesehen werden, daß das Schiff die Blockadelinie zu überschreiten und in den Hafen einzufahren beabsichtigt habe. Die Aufbringung des hier in Frage stehenden Dampfers sei ein gründlicher Mißbrauch des Repressionsrechts, denn sie sei mit dem Absatz 1 des Artikels 29 unserer Seeprisenordnung, die von Schiffen spreche, "welche die Blockadelinie überschreiten und in das Blockadegebiet einbrechen oder einzubrechen beabsichtigen", nicht in Einklang zu bringen. Schiffe, welche so weit wie das vorliegende von der Blockadelinie entfernt seien, könnten, selbst wenn sie nach dem blockierten Hafen bestimmt seien, nicht zur Verantwortung gezogen werden, da sie noch reichlich Zeit hätten, diese Bestimmung aufzugeben oder zu ändern. Da aber unsere Blockadeschiffe, die in ungefähr 10 Seemeilen Entfernung von der Küste aufrangiert waren, die darüber hinausliegende Meeresfläche abzufahren hatten und bei dieser Ausübung des Wachdienstes bis zu 30 Seemeilen und mehr südlich von der 22 Seemeilen von der Küste entfernt liegenden Insel Yuentao umherkreuzten, wo erwiesenermaßen der fragliche Dampfer von einem der Blockadeschiffe entdeckt wurde, so muß der Ort der Aufbringung als in der Nähe des Blockadegebiets befindlich erachtet werden. Es ist demnach klar, daß das in Frage stehende Schiff den Blockadebruch bereits begonnen hatte, und auch Punkt 2 der Berufung ist grundlos.

Da es ferner völkerrechtlich anerkannt ist, daß Schiffe, welche einen Blockadebruch begonnen haben, aufgebracht werden können, so ist auch Punkt 3 der Berufung hinfällig.

Da die zur Verhandlung stehenden Güter zur Zeit der Aufbringung Artikel dringenden Bedarfs für die in Port Arthur befindlichen feindlichen Truppen waren; sie ferner alle dem Charterer des Dampfers gehören; ferner der Charterer sowohl wie der Kapitän des Dampfers genaue Kenntnis von dem Bestehen der Blockade hatten, und endlich angenommen werden muß, daß diese einen Blockadebruch vorhatten, so ist das Erkenntnis der ersten Instanz auf Einziehung der gesamten Ladung gerechtefreigt. 1)

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 19. Juli 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

<sup>4)</sup> V. §§ 29 Ziffer 2 und 45.

Reklamant: Alonzo Albert Cox, englischer Staatsangehöriger, wohnhaft in London, England, New Cross, Waller Road Nr. 135.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "King Arthur", wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Der Dampfer "King Arthur" wird eingezogen.

Die Reklamation betreffend Ersatz von Schaden und Kosten wird abgewiesen.

## Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "King Arthur" steht im Eigentum des Reklamanten, des englischen Staatsangehörigen Alonzo Albert Cox, sein Heimatshafen ist Bombay in Britisch Indien, er führt die englische Handelsflagge und dient zum Gütertransport. Obwohl Cox, der selbst der Kapitan ist, gewußt hat, daß Port Arthur zu der fraglichen Zeit von dem japanischen Kriegsgeschwader blockiert wurde, hat er mit Absicht, sie nach dort einzuführen, ihm gehörige 50 000 Sack Weizenmehl geladen und ist am 8. November 1904 unter der Vorgabe, nach Niutschwang zu fahren, von Bombay abgedampft. Am 12. Dezember desselben Jahres traf er 5 bis 6 Seemeilen auf der Höhe von Liaotishan auf der Halbinsel Liaotung ein russisches Kriegsschiff, welches ihn nach Port Arthur hineinführte. Nach Löschung der Ladung nahm er den deutschen Kaufmann Pauli und drei andere Personen an Bord, ließ sich aus eigenem Antriebe eine große Zahl von Briefen anvertrauen und fuhr am 19. d. M. von dort wieder ab-Auf der Reise nach Tschifu in China wurde er von dem auf Blockadedienst befindlichen Kaiserlichen Kriegsschiff "Asakiri" gesichtet, erhielt etwa um 11 Uhr abends desselben Tages etwa 12 Seemeilen auf der Höhe von Tschifu Order zu stoppen und wurde nach Tsunglo, einer Insel der Elliot-Gruppe, gebracht. Am 21. d. M., 8 Uhr morgens wurde er dort von dem gleichfalls auf Blockadedienst befindlichen Kaiserlichen Kriegsschiff "Otowa" mit Beschlag belegt.

Zu dieser Zeit war keine Ladung an Bord.

 nal Ausklarierungsattest, Ladungsverzeichnis, eine Bescheinigung der raussichen Marinebehörden in Port Arthur über die Beschlagnahme des Schiffs, die dem Kapitän von Einwohnern Port Arthurs auvertrauten Briefe, ein Schreiben und einen Auftrag des russischen Offiziers Maltschenko an dem Kapitän.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Prozeßvertreters sind folgende.

Das zur Verhandlung stehende Schiff sei auf der Reise nach Nütschwang von einem russischen Kriegsschiff beschlagnahmt und nach Port Arthur geschafft worden. Es sei daher nicht in die Blockade eingebrochen.<sup>4</sup>) Dies gehe auch aus der Bescheinigung der russischen Marinebehörden über die Beschlagnahme hervor.

Ferner habe das Schiff sowohl bei der Einfahrt als bei der Ausfahrt von Port Arthur keinerlei Hinderung durch japanische Kriegsschiffe erfahren. Es habe seine Fahrt dorthin unbehindert ausgeführt und habe erst nach der Ausfahrt auf der See bei Tschiftu ein Japanisches Kriegsschiff getroffen. Danach zu urteilen, sei die Blockade der Liaotung-Halbinsel nicht effektiv gewesen. Aber auch angenommen, sie sei effektiv gewesen und das zur Verhandlung stehende Schiff habe sie gebrochen, so sei sie doch jetzt noch vor Erfaß der Entscheidung in dieser Sache schon aufgehoben. Daher sei es billig, entsprechend der Entscheidung in dem Fall "Lisette", wo es heiße, daß nach Auflösung der Blockade ein Bedürfnis für Bestrafung, um künftige Übertetungen zu verhüten, nicht vorliege, das zur Verhandlung stehende Schiff freizueben.

Es werde beantragt, daß das zur Verhandlung stehende Schiff mit seiner gesamten Ausrüstung freigegeben werde und daß die infolge der Beschlagnahme erlittenen Verluste und Kosten ersetzt würden.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Das zur Verhandlung stehende Schiff habe die Blockade gebrochen, welche erwiesenermaßen zu der Zeit effektiv gewesen sei. Daher müsse auf Wegnahme des Schiffes entschieden werden. Der Antrag auf Ersatz des Schadens sei abzuweisen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist allgemein bekannt, daß der Schiffsverkehr mit Niutschwang jedes Jahr um Mitte Dezember unterbrochen wird. Dahre ist es durchub unglaubwürdig, daß das zur Verhandlung stehende Schiff zu dieser Zeit, ohne einen bestimmten Besteller zu haben, es unternommen haben sollte, eine große Menge Weizenmehl dorthin zu befördern. Wenn man femer überlegt, daß das Schiff sich auf dem von der gewöhnlichen Fahroute nach Niutschwang ab gelegenen Punkte von 5 bis 6 Seemellen von Liaotishan befunden hat, so muß man annehmen, daß der

Bestimmungsort des Schiffs nicht Niutschwang war. Der Kapitän behauptet, daß er, bis er die Erlaubnis, Port Arthur zu verlassen, er halten habe, erwartet habe, daß die Russen sein Schiff einziehen würden. Wenn man aber erwägt, daß er bereits vor Empfang der Abfahrtserlaubnis vier deutsche Kaufleute, die Port Arthur zu verlassen stienen an Bord genommen und auf eigenes Angebot sich viel Briefe hat anvertrauen lassen, so muß man zu dem Schluß kommen, daß es von vornherein bestimmt war, daß das Schiff Port Arthur nach Löschen seiner Ladung verlassen sollte und daß dies nicht erst nach Empfang der Erlaubnis der russischen Behörden abgemacht worden ist.

Es ist völkerrechtliches Prinzip, aufgebrachte Schiffe der Enscheidung von Prisengerichten zu unterwerfen. Obwohl aber das zur Verhandlung stehende Schiff in Port Arthur keinerlei Untersuchung durch russische Beamte — von einem Prisengericht nicht zu reden — unterworfen worden ist, hat doch der Kapilän dagegen keine Einwendungen gemacht. Der von dem Reklamanten beigebrachten Bescheinigung der russischen Marinebehörden in Port Arthur, daß das Schiff mit Beschlag belegt gewesen sei, ist kein Glauben beizumessen. Man muß im Gegenteil annehmen, daß diese Bescheinigung auf der einen Seite gelpant war, um die Ausfahrt zu sichern, auf der anderen Seite als Beweismaterial dafür dienen sollte, daß der Import ausgeführt worden sei. Es ist daher ersichtlich, daß das Schiff nicht von einem russischen Kriegsschiff beschlagnahmt worden, vielmehr nach Ausfahr eines Schleichimports wieder von Port Arthur ausgefahren ist.

Der Reklamant bringt vor, daß das zur Verhandlung stehende Schiff frei nach Port Arthur ein- und von dort wieder ausgefahren, die Blockade also nicht effektiv gewesen sei. Es kann aber den Tät-sachen nach nicht im geringsten bezweifelt werden, daß die Blockade über die Süddköste von Liaotung, welche der Oberstkommandierende der vereinigten japanischen Kriegsflotte in seiner Erklärung vom 20. Mai 1904 verhängt hat, immer in effektivem Zustand erhalten worden ist. Außerdem ist se ein völkerrechtlich fest bestimmter Grundstz, daß die Tatsache, daß gelegentlich einige Schiffe der Kontrolle der Kriegsflotte entgehen und die Blockadelinie passieren, kein Präjudiz gegen die Effektivität der Blockade bildet. 3)

Der Reklamant zieht die Entscheidung des Falls "Lisette" an und sagt, daß die Blockade über Liaotung schon vor diesem Urteil aufgehoben worden sei,") das zur Verhandlung stehende Schiff daher freigegeben werden müsse. Da aber der von dem Reklamanten angezogene Passus der erwähnten Präcedenzentscheidung ledigich die Freigabe eines Schiffes begründet, welches nach Aufhebung der Blockade beschlagnahmt wurde, so kann dieser Fall nicht als Präcedenz

<sup>\*)</sup> V. § 21. — \*) V. § 31.

für den vorliegenden angezogen werden, wo das Schiff beschlagnahmt wurde, während die Blockade bestand. Ein genauer Vorgang des vorliegenden Falls ist vielmehr der der "Charlotte Sophia", welche gerade wie die "Lisette" die Blockade gebrochen hatte, aber während des Bestehens dersebben aufrebracht und schließlich einvezoen wurde.

Das zur Verhandlung stehende Schiff ist, nach allem zu urteilen, ohne einen rechtmäßigen Grund zu haben, nach Port Arthur ein- 4) und von dort wieder ausgefahren. 3) Es hat demnach die Blockade des japanischen Geschwaders gebrochen und das Völkerrecht erkennt es als recht und billig, daß es mitsamt der ihm zugehörigen Ausristung eingezogen werden kann. 9)

Des weiteren macht der Reklamant Anspruch auf Ersatz des durch die Aufbringung des zur Verhandlung stehenden Schiffs erlittenen Verlustes und der Kosten. Dies gehört aber nicht zur Entscheidungskompetenz des Prisengerichts und die Reklamation über diesen Punkt wird demnach abgewiesen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 9. März 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften).

Reklamant: Der englische Staatsangehörige Alonzo Albert Cox, wohnhaft in London, England, New Croß Waller Road Nr. 135.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Hatakeyama Shigeakira, Hiradomachi Nr. 18.

Am 9. März 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensehe, betreffend den englischen Dampfer "King Arthur", welcher am 19. Dezember 1904 auf der See bei Tschifu in China von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Asakiri" beschlagnahmt worden ist, ein Urteil erlassen, in welchem auf Einziehung des Dampfers und Abweisung des Antrags auf Ersatz des Schadens und der Kosten erkannt worden ist. Der Reklamant Alonzo Albert Cox hat gegen den Teil der Einscheidung, welcher die Einziehung des Dampfers ausspricht, durch den Rechtsanwalt Hatakeyama Shigeakira als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsu ki Keiroku und Dr. jur. 1shiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

<sup>&</sup>quot;) V. § 29,1. — ") V. § 27,1. — ") V. § 45.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Hatakevama Shigeakira und deren Gründe sind folgende:

1. Da das zur Verhandlung stehende Schiff, auf der Reise nach Niutschwang begriffen, von einem russischen Torpedoboot aufgebracht und nach Port Arthur geführt worden sei, so habe es die Blockade nicht gebrochen.

Das Urteil erster Instanz habe angenommen, daß

der Reklamant, obwohl er gewußt habe, daß Port Arthur zu der fraglichen Zeit von dem japanischen Kriegsgeschwader blockiert gewesen sei, mit der Absicht, sie nach dort einzuführen, ihm gehörige 50 000 Sack Weizenmehl geladen habe und am 8. November 1904 unter der Vorgabe. nach Niutschwang zu fahren, von Bombay abgedampft sei und am 12. Dezember desselben Jahres 5-6 Seemeilen auf der Höhe von Liaotishan auf der Halbinsel Liaotung ein russisches Kriegsschiff getroffen habe. Dies liabe ihn nach Port Arthur hineingeführt, wo die Ladung gelöscht worden sei.

Ferner habe das Urteil erster Instanz entschieden, daß es von vornherein bestimmt gewesen sei, daß das Schiff Port Arthur nach dem Löschen seiner Ladung habe verlassen sollen, und daß dies nicht erst nach Empfang der Erlaubnis der russischen Behörden abgemacht worden sei. Dieser Annahme sei iedoch nur zugrunde gelegt, daß

der Kapitan behauptet habe, daß er bis zum Empfang der Erlaubnis, Port Arthur zu verlassen, erwartet habe, daß die Russen sein Schiff einziehen würden, während er doch bereits vor Empfang der Abfahrtserlaubnis vier deutsche Kaufleute, die Port Arthur zu verlassen gewünscht hätten, an Bord genommen habe und auf eigenes Angebot sich viele Briefe habe anvertrauen lassen.

Aus den von dem Gericht angezogenen Schriftstücken gehe jedoch hierfür keinerlei Beweis hervor.

Nach der japanischen Seeprisenordnung 7) § 66 müsse bei Entscheidung über die Frage, ob ein Schiff aufzubringen sei oder nicht, die Art des Schiffes, seine Ausrüstung, seine Ladung, seine Papiere, der Kapitän, die Mannschaft und deren Aussagen berücksichtigt werden. Auch sei es ein allgemeiner völkerrechtlicher Grundsatz, daß in Prisenangelegenheiten der Beweis sich beschränken solle auf die Schiffspapiere und die Aussagen des Kapitäns, der Offiziere und der sonst zur Zeit der Beschlagnahme an Bord befindlichen Personen und daß darüber nicht hinausgegangen werden dürfe; ferner daß die Beweislast dafür, daß eine neutrale Person die Neutralität gebrochen habe, dem obliege, der die Beschlagnahme ausführe. Das Urteil erster Instanz habe aber die Beweislast umgedreht, willkürlich angenommen, daß die Schiffspapiere nicht die Wahrheit angäben und von vornberin entschieden, daß der Reklamant die Blockade verletzt habe. Diese Annahme von Tatsachen, die sich nicht auf dem Recht entsprechende Beweise stützten, verstoße nicht nur gegen den Wortlaut der Seeprisenordnung und die Doktrinen des Völkerrechts, sondern kollidiere auch mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Sie sei daber wiederschilich.

2. Das Urteil erster Instanz behaupte, daß

es nicht glaubwürdig sei, daß das Schiff um die Mitte Dezember, d. h. zu einer Zeit, wo jedes Jahr der Verkehr nach Niutschwang gesperrt sei, den Import einer großen Menge Weizenmehl vorgehabt haben solle.

Da aber das Schiff Bombay am 8. November verlassen habe, so hätte es Niutschwang vor Mitte Dezember erreichen müssen, wenn es nicht unterwegs Maschinenschaden gehabt hätte und wegen der Reparaturen sich verspätet gehabt hätte. Wenn man sich überlege, daß totz dieser Verspätung die Beschlagnahme durch das russische Kriegsschiff am 12. Dezember erfolgt sei, so sei es unbegründet, wenn das Urteil sage, daß es unglaubwürdig sei, daß das zur Verhandlung stehende Schiff, obvohl es gewußt habe, daß zu dieser Zeit der Schiffsverkehr nach Niutschwang gespert sei, dennoch zu Jieser Zeit einen Import nach dort vorgehabt haben solle.

Da ferner die Weizennehleinfuhr nach Nordehina jährlich stark zunehme, so könne die Menge des Weizenmehls, welche auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladen gewesen sei, nicht als ein für die Einfuhr nach Niufschwang zu großes Quantum angesehen werden.

3. Das Urteil erster Instanz erkläre,

man müsse daraus, daß das Schiff bis zu 5 oder 6 Semeilen auf der Höhe von Liaotishan gelangt sei, da dieser Ort nicht auf der gewöhnlichen Fahrfinie nach Niutschwang liege, annehmen, daß der Bestimmungsort nicht Niutschwang gewesen sei.

Wenn aber das zur Verhandlung stehende Schiff mehr oder weniger von dei üblichen Fahrroute abgewichen sei, so habe das seinen Grund darin, daß es Maschinenschaden erlitten und einen Teil seiner Fahrgeschwindigkeit eingebüßt gehabt habe. Wenn man überdies eine Seekarte ansehe, so finde man, daß die Route den direkten Weg von Bombay nach Niutschwang darstelle, der für alle gewöhnlichen Handelsschiffe die geeignetste Fahrlinie sei. Daher sei die Darlegung des Urteis erster Instanz über diesen Punkt unhaltbar.

4. Das Urteil erster Instanz besage, daß

es völkerrechtliches Prinzip sei, aufgebrachte Schiffe der Enscheidung von Prisengerichten zu unterwerfen; daß abet der Kapitän, obwohl das zur Verhandlung stehende Schiff in Port Arthur keinerlei Untersuchung durch russische Beamtevon einem Prisengericht nicht zu reden – untersordie worden sei, dagegen keinerlei Einwendungen gemacht habe. . . . Es sei daher ersichtlich, daß das Schiff nicht von einem russischen Kriegsschiff beschlagmahmt worden sei, wie mehr nach Ausführung eines Schleichimports wieder von Port Arthur ausgefahren sei.

Daß aber das zur Verhandlung stehende Schiff in Port Arthur nicht der Untersuchung durch ein russisches Prisengericht oder sonstige russsche Beamte unterworfen worden sei, habe seinen Grund darin, daß nach der damaligen militärischen Lage Port Arthurs die Einziehung des Schiffes den Militärbehörden lediglich Verwicklungen und Unbequemlichkeiten bereitet haben würde, ohne für sie von irgendwelchem Vorteil zu sein. Da es klar gewesen sei, daß zu der Zeit die Verteidigung Port Arthurs nicht mehr lange habe fortgeführt werden können. so sei es, anstatt ein kleines Fahrzeug wie das in Frage stehende einzuziehen, vielmehr durchaus das zweckmäßigste Verfahren gewesen, die auf demselben befindlichen Lebensmittel zu nehmen, das Schiff aber selber sofort wieder aus dem Hafen fortzuschicken. Daraus, daß anderseits der Dampfer den Wunsch gehabt habe, möglichst schnell einen so gefährlichen Hafen zu verlassen, und überstürzt auf die See entwichen sei, dem Schiff den Vorwurf einer Verletzung des öffentlichen Rechts zu konstruieren, sei doch ungeheuerlich.

5. Das Urteil erster Instanz behaupte, das zur Verhandlung stehende Schiff habe die Blockade gebrochen. Der Reklamant habe aber, zie oben dargetan, nicmals die Absicht des Blockadebruchs gehabt. Selbst aber angenommen, eine solche Absicht habe vorgelegen, so sei doch die Blockade von Port Arthur nicht effektiv gewesen. Um nämlich eine nach dem Völkerrecht effektive Blockade herzustellen, müsse man ständig Kriegsschiffe aufstellen und dieselben in hinreichent kleiner Entfernung halten, um offenbar für das Einfahren in diesen Bereich eine Gefahr zu schaffen. Die Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 schreibe vor, daß zur Eiffektivität einer Blockade eine Macht unterhalten werden müsse, die ausreiche, um Annäherungen an die feindliche Küste abzuwehren. Wenn daher die Kontrollschiffe zu anderen Zwecken benutzt würden oder aus anderen Oründen die Kontrolle nicht ausreiche, so stünden den Neutralen, wenn dies auch nur eine kleine Zeit andauere, mit Bezog auf das Blockadegebiet die gewöhnlichen.

Freiheiten des Handelsverkehrs zu. Dies sei auch in dem § 21 der jananischen Seeprisenordnung nicht anders geregelt.

Das Urteil erster Instanz sage mit Bezug auf den vorliegenden

Fall, daß das zur Verhandlung stehende Schiff

in einer Entfernung von 5 bis 6 Seemeilen von Liaotishan ein russisches Kriegsschiff getroffen habe und unter dessen Führung nach Port Arthur hineingelangt sei usw.

Wenn aber ein feindliches Schiff bis zu 5 oder 6 Seemeilen von dem blockierten Halen in der offenen See umherkreuzen und nach Gefallen ein Handelsschiff beschlagnahmen, dies in den Hafen ziehen, die Ladung landen und das Schiff wieder aus dem Hafen fortschicken könner, so et von einem Blockadezustand nicht zu reden. Überdies habe das zur Verhandlung stehende Schiff von seiner Abfahrt aus Port Arthur an bis in die kleine Entfernung von zwolf Seemelien von Tschiftu, vo es von dem japanischen Kriegsschiff gesichtet worden sei, auch nicht den Schatten eines japanischen Kriegsschiff gesichtet worden sei, auch nicht den Schatten eines japanischen Kriegsschiff gesekntet.

Wenn man erwäge, daß ein feindliches Schiff so bis weit in die öftene See hinaus fahre und ein Handelsschiff nehme und daß dieses Handelsschiff bei klarem Wetter ungehindert wieder ausfahren und so weit als bis in die See von Tschifu habe gelangen können, so sel die Blockade von Port Arthur zu dieser Zeit nicht effektiv gewesen.

6. Wenn auch ein Schiff, welches eine Blockade gebrochen habe, bis zur Vollendung der Rückreise jederzeit der Aufbringung unterworfen sei, so könne doch ein Schiff, wenn die Blockade vor seiner Wegnahme aufgehoben werde, nicht weggenommen oder bestraft werden. Das gehe klar aus der Entscheidung in dem "Lisette"-Fall hervor, wo es heiße, daß nach Auflösung der Blockade die zum Zwecke der Vermeidung künftiger Übertretungen geschaffene Strafbestimmung nicht angewandt werden dürfe. Freilich sei die "King Arthur" vor der Bekanntmachung der Aufhebung der Blockade aufgebracht worden, jedoch sei noch bis nach Aufhebung der Strafbestimmung das Prisenverfahren nicht in Angriff genommen gewesen. Der Zweck, weshalb ein kriegführender Staat neutrale Schiffe, die eine Blockade gebrochen hätten, wegnehme, sei nicht der, die Güter für sich anzusammeln oder den neutralen Eigentümer zu bestrafen, sondern lediglich der, die Blockade durchzuführen. Daher müsse die "King Arthur", obwohl vor der Aufhebung der Blockade aufgebracht, weil sie die Übertretung zu wiederholen nicht in der Lage sei, gerade wie ein Schiff, welches nach Aufhebung der Blockade aufgebracht worden sei, freigegeben werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

 Der Reklamant habe eine Bescheinigung der russischen Marinebehörden in Port Arthur über seine Beschlagnahme beigebracht und behaupte, da das Schiff von einem russischen Kriegsschiff beschlagnahmt und vorgeführt worden und die Ladung von Weizenmehl eingezogen sei, so habe es einen Blockadebruch nicht begangen. Aber bei den Schiffen, welche die Blockade brächen, um Schleichimporte nach Port Arthur auszuführen, sei es ganz gebräuchlich, bis Liaotishan zu fahren, dort zu signalisieren und sich dann von einem aus dem Hafen herauskommenden Torpedoboot hineinführen zu lassen. Auch bei dem von diesem Prisengericht verurteilten Dampfer "George" 8) sei es 50 gemacht worden. Aber selbst wenn man annehme, daß das Schiff wirklich aufgebracht worden sei, so hätte nach völkerrechtlichem Brauch auf jeden Fall ein prisengerichtliches Urteil ergehen müssen und auch die Ladung hätte nicht willkürlich eingezogen werden können. Der Kapitan und Reklamant habe jedoch ganz klar ausgesprochen, daß das Schiff keinerlei Untersuchung durch irgendwelche russische Behörden - von einem Prisengericht nicht zu reden - unterworfen worden sei. Dagegen habe er, ehe noch das Löschen beendet gewesen sei, vier deutsche Kaufleute, welche Port Arthur zu verlassen gewünscht hätten, an Bord genommen und sich aus eigenem Antrieb viele Briefe anvertrauen lassen. Alles dies seien Spuren des Beweises, daß der Kapitän schon damalim voraus gewußt habe, daß er nach Vollendung des Löschens seiner Ladung würde abreisen müssen, und aus ihnen ergebe sich ganz klar. daß die Bescheinigung über die Aufbringung nur ein Mittel sei, dabezwecke, auf der einen Seite die Ausfahrt zu sichern, auf der anderen dazu dienen solle, die Ausführung des Schleichimports nachzuweisen.

Ferner müsse es einem Seemann bekannt sein, daß zur Zeit, als das Schiff die Reise gemacht habe, der Hafen von Niutschwang zugefroren und daher der Schiffsverkehr gesperrt gewesen sei. Da dies dem Kapitän auch bekannt sei, so könne man nur annehmen, daß Nüstchwang lediglich als Bestimmungsort vorgegeben worden sei, in Wirklichkeit aber das Schiff einen Schleichimport nach Port Arthur ausgeführt habe, wobei es nach der Ausfahrt von dort von einem Kaiserlichen Kriegsschiff aufgebracht worden sei.

2. Der Reklamant vertrete die Ansicht, daß die Blockade von Port Arthur nicht für effektiv angesehen werden könne, da das zur Verhandlung stehende Schiff dort frei ein- und ausgefahren sei. Die Effektivität einer Blockade bedinge keineswegs die Verwendung einer Macht, die die Hafenzufahrt absolut versperre. Es genüge vielmeht, daß eine Streitmacht aufgestellt würde, welche ausreiche, um Annäherungen an die feindliche Küste erfolgreich abwehenz zu können. Es sei aber klar erwiesen, daß die in der Erklärung des Kommandierenden der japanischen Kriegsflotte über die Südküste von Liaotung verhängte Blockade immer mit hinreichenden Mitteln effektiv erhalten worden sei.

<sup>\*)</sup> VI, 20,

Ferner sei es von der Wissenschaft und den Präcedenzen in gleicher Weise anerkannt, daß, wenn auch hin und wieder das eine oder andere Schiff der Gefahr trotzend ungehindert in das Blockadegebiet habe einfahren oder aus demselben ausfahren können, dies keinen Grund bilde, um die Blockade für nicht effektiv erklären zu können. Daher sei es unbestreithar, daß man aus dem einen Fall, daß das zur Verhandlung stehende Schiff der Kontrolle der Kriegsschiffe und Torpedobootte labe entgehen und unbehindert die Blockadelinie passieren und in das Blockadegebiet eindringen können, nicht schließen könne, daß die Blockade nicht effektiv ewesen sei.

3. Das Urteilsbeispiel der "Lisette" beziehe sich auf eine Aufbringung nach Aufhebung der Blockade und könne nicht als Präcedenzfall für die vorliegende, während des Bestehens der Blockade ausgeführte Beschlagnahme angezogen werden.

Die Berufung sei demnach nicht begründet, das Urteil der ersten Instanz dagegen zutreffend und nicht zu beanstanden. Daher sei die Berufung zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Im ersten Punkt der Berufung macht der Reklamant im wesentlichen geltend, daß das Urteil erster Instanz annehme, das zur Verhandlung stehende Schiff sei nicht von einem russischen Kriegsschiff aufgebracht worden und habe die Blockade gebrochen. Als Grundlage hierfür diene ihm die Tatsache, daß der Dampfer vor Empfang der Abfahrtserlaubnis deutsche Kaufleute, die Port Arthur zu verlassen gewünscht hätten, an Bord genommen habe und sich auf eigenen Anrich viele Briefe habe mitgeben lassen. Weitere wichtige Beweise habe es nicht festgestellt.

Aus den vielen, in dem Urteil erster Instanz aufgestellten Beweisen geht jedoch klar hervor, daß es sich nur auf diese Tatsachen gestützt hat, um zu der Entscheidung, daß Blockadebruch vorliege, zu gelangen. Punkt 1 der Berufung ist daher unbegründet.

 gehabt haben sollte. Vielmehr ist es aus der Tatsache, daß das Schiff aus dem gewöhnlichen Kurs nach Niutschwang heraus bis 5 oder 6 Seemeilen auf die Höhe von Liaotishan gefahren ist, zu vermuten, daß Niutschwang nicht der Bestimmungsort gewesen ist.

Der Reklamant behauptet in seiner Berufungsschrift, daß das Schiff mehr oder weniger von dem gewöhnlichen Fahrweg abgewichen sei, müsse auf einen von ihm erlittenen Maschinenschaden und die verringerte Fahrgeschwindigkeit zurückgeführt werden. Bei seiner Vernchmung hat Jedoch der Kapitin als Grund hierfür die Stromverhältniss, die Unfahigkeit des Steuerers und Ungenauigkeit des Kompasses angegeben. Diese Widersprüche deuten darauf hin, daß es sich hier um unglaubwürdige Ausreden handelt und daß die Annahme des Urtells erster Instanz, der Bestimmungsort sei nicht Nüstechwang gewesen, zutreffend ist. Daher sind die Punkte 2 und 3 der Berufung beide unbegründet.

Es ist völkerrechtliche Regel, daß die Entscheidung über aufgebrachte Schiffte und Güter im Wege einer prisengerichtlichen Untersuchung zu geschehen hat und daß sie nicht willkürlich eingezogen werden können. Wenn auch die militärische Lage Port Arthurs zur Zeit der Ankunft des zur Verhandlung stehenden Schiffes so gewesen sein mag, wie sie der Reklamant darstellt, so kann doch nicht angenommen werden, daß die russische Marine neutrales Gut einziehen würde, ohne mit Bezug auf dasselbe eine prisengerichtliche Untersuchung vorzunehmen. Der Behauptung des Reklamanten, daß das Schiff von einem russischen Kriegsschiff beschalgnahmt worden ist und keinen Transport nach Port Arthur beabsichtigt und daher die Blockade nicht gebrochen hat, kann demnach kein Glauben geschenkt werden. Daher ist auch Punkt 4 der Berufung unbegründet.

Die am 26. Mai 1904, von dem Oberkommandierenden der vereinigten japanischen Kriegsflotte bekanntgemachte Blockade über die
Südküste von Liaotung ist seit der Zeit mit hinreichenden Mitteln ausgeübt worden, um ihren Zweck zu erreichen. Es war zum unmittelbaren
Blockadedienst bei Port Arthur in einer Ausdehnung von ungefähr 20
Seemeilen entlang der Küste stets eine große Anzahl von Kriegsschiffen
aufgestellt. An dem Tage, an welchem das zur Verhandlung stehende
Schiff in Port Arthur einief, waren 3 Schlachtschiffe, 10 Kreuzer, 9
Torpedozerstörer und Torpedoboote; am Tage, an welchem das Schiff
aufgebracht wurde, also am 19. Dezember, 9 forpedozerstörer, 9 Kreuzer
und 1 Schlachtschiff in einer Entfernung von ungefähr 10 Seemelen
aufgestellt, und außer diesen ließ man noch andere Schiff zur Ausübung des Blockadedienstes umherkreuzen. Daraus wird es offenbar,
daß die Blockade in effektivem Zustand gehalten worden ist. Wem
das zur Verhandlung stehende Schiff zufällig bis vor Port Arthur kat
aus verhandlung stehende Schiff zufällig bis vor Port Arthur kat

gelangen. können, so ist ihm das gelungen, indem es sich der Konrolle des Blockadegeschwaders entzog und so durch die Blockadelinie hirdurchkam. Es kann aber nicht behauptet werden, daß es dabei kine Gefahr gelaufen sei. Da demnach die Behauptung des Relamanten, die Blockade über die Südkiste von Liaotung set nicht effektiv gewesen, mit den Tatsachen in Widerspruch steht, so ist auch Punkt 5 der Berufung unbeveründet.

Ferner ist es völkerrechtlich anerkannt, daß, wenn ein vollendeter Blockadebruch vorliegt, das Schiff, welches die Blockade verletzt hat, wenn es während der Dauer der Blockade aufgebracht wird, gleich-gültig, ob die Blockade zur Zeit der Untersuchung noch fortbesteht oder nicht, eingezogen werden kann. Daher ist auch Punkt 6 der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 11. Juli 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschrift).

Reklamant: William Robert Rea, Reeder des Dampfers "Rechen", wohnhaft in Belfast, Provinz Antrim in Irland, England, Donegal Quay Nr. 19, vertreten durch David M. Robertson, Kapitan des Dampfers "Roseley", wohnhaft in Tayport, England, Queens Street

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt AkiyamaGenzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Roseley", wird, wie folgt, entschieden:

Urteilsformel:

Der Dampfer "Roseley" wird eingezogen.

Tatbestand und Gründe:

Der Dampfer "Roseley" steht im Eigentum des Reklamanten, des englischen Statsangehörigen William Robert Rea, er führt die englische Flagge und dient zum Gütertransport. Der Kapitän David M. Robertson Iud Anlang November 1904 zur Beförderung nach Wladiwostok in Rußland in Barry, England, 6462 Tons Cambrische Kohle. In dem Chartervertrag wurde fälschlich als Reiseziel Hongkong, Shanghai oder Kalustehou angegeben. Am II. d. M. fuhr der Dampfer von Barry ab, lief Singapore und Hongkong an, wo er stels fälschlich angab, er führe nach Shanghai, so daß ihm Ausklarierungspapier für Shanghai gegeben wurden. Am 5. Januar 1905 verließ er Hongkong und fuhr, ohne Shanghai anzulaufen, direkt weiter nach Wladdwosok. Er machte abschtlich einen Umweg, als ob er nach Shimonosoki führ, passierte die östliche Straße von Shimonosoki, 1) änderte dann plötzich seinen Kurs und wurde am 12. d. M., 12 Uhr 15 morgens, auf der Fahrt nach Wladiwostok begriffen, auf 36° 18' n. Br. und 130° 52' 5. L., weil er Kontrbande führte, von dem Kaiserlichen Kriegsschilf, "Tokiwa" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift de Vertreters des Kommandanten der "Toksiwa", Kapitianteutnants Ando Shokyo, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Roseley". David M. Robertson, des I. Offiziers Adam Harry Broxn und des I. Maschinisten Robert James Thompson, das Schiffszertiffkat, Privatschiffsjournal, die Ausklarierungspapiere, den Chartervertrag und das Konnossement.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe als Eigentümer des Dampfers "Roseley" am November 1904 mit dem Vertreter des russischen Staatsangeh\u00f6rigen E. A. Grabowski, der Aktiengesellschaft Pyman and Watson in London einen Vertrag geschlossen, laut welchem das Schiff zum Transport von Steinkohlen von Barry in England nach Hongkong, Shanghai oder Kiautschou gechartert worden sei. Wenn das zur Verhandlung stehende Schiff nach anderen als den in dem Chartervertrag benannten Bestimmungshäfen gereist sei, so sei das auf Maßnahmen des Charterers oder Absenders hin geschehen. Der Reklamant und Reeder habe daran weder Anteil gehabt noch darum gewußt. Da die Güter nicht im Eigentum das Reklamanten stünden, so könne das Schiff, wenn auch die Ladung Konterbande sei, nicht mit dieser zusammen eingezogen werden. Da ferner der Reklamant bei Abreise des Schiffs von Barry keinerlei Kenntnis davon gehabt habe, daß das Schiff nach anderen als den in dem Chartervertrag bestimmten Häfen fahren würde, 50 könne man darin, daß die Schiffspapiere nicht Wladiwostok als Bestimmungshafen angäben, einen betrügerischen Plan, um der Aufbringung zu entgehen, nicht erblicken. Selbst aber einmal angenommen, es sei als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes geschehen, so sei dies eine Handlung des Charterers oder des Absenders, welchen der Besitz des Schiffes und der Befehl und die Kontrolle der Besatzung zustehe. Da der Reklamant hieran keinen Teil habe, so könne man nicht

<sup>1)</sup> Müßte heißen: östliche Straße des Tsushimakanals,

sagen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff unter Anwendung betrügerischer Mittel Kriegskonterbande geladen habe.

Aus diesen Gründen werde Freigabe des Schiffes beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Da die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladene

Steinkohle nach Władiwostok, einem militärischen Stitizpunkt Rußlands, bestimmt sei und es offenbar sei, daß sie für den Kriegsgebrauch des Feindes hätte geliefert werden sollen, so sei sie Konterbande. Da ferner die Schiffspapiere des Dampfers, auf dem die Ladung verschifft sti, gefälschte Angaben enthielten, so müsse das Schiff eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist in den Bestimmungen und in der Praxis des Völkerrechts anerkannt, daß Schiffe, welche unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande führen, eingezogen werden können. 2)

Die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes ist aber cambrische Kohle, wie sie gegenwärig ausschließlich von Kriegsschiffen gebraucht wird, und ihr Bestimmungsort ist Wladiwostok, ein Hauptstützpunkt der russischen Kriegsflotte. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß sie für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollte. Sie wird deshalb als Konterbande angesehen.<sup>3</sup>9

Obwohl es schon von der Abreise von Barry an klar war, daß das Schiff nach Waldwostok reisen sollte, wurden doch, wie oben erwähnt, in dem Chartervertrag, dem Konnosement und dem Tagebuch neutrale Häfen wie Hongkong und Shanghai als Bestimmungsorte eingetragen. Dies ist als Anwendung betrügerischer Mittel zum Zweck des Konterbandeternasports anzusehen.

Der Reklamant bringt vor, daß die Reise nach anderen als den abgemachten Bestimmungsorten ein Unterfangen des Charterers oder Absenders sei, welchen der Besitz und die Kontrolle des Schiffes zustand, und daß der Reklamant hieran keinen Teil und auch keine Kenntis davon gehabt habe. Nach seinem Wortlaut hat indes offenbar der in Frage kommende Chartervertrag nicht den Charakter einer Sachmiete, und man kann nur zu der Ansicht kommen, daß der Besitz und die Kontrolle des Dampfers nicht auf den Charterer übergegangen ist, sondern, wie vorher, dem Reklamanten zusteht. Wenn daher der Kapitän von seiner Abreise von Barry an die Absicht hatte, nach Wladiwostok zu fahren und auch dorthin fuhr, so kann der Reklamant als Mietsherr des Kapitians die Verantwortung für diese Handlung desselben nicht ablehnen. Daher kann er auch nicht geltend machen, daß, wenn der Kapitän falsche Schiffspapiere herstellte, er an dieser Handlung keinen Anteil hatte und nicht darum wußte.

Ferner bringt der Reklamant vor, daß die Unterlassung der Eintagung Wladiwostoks in die Schiffspapiere nicht geschehen sei, um der Aufbringung zu entgehen und daß darin demnach ein betrügerisches Mittel nicht erblickt werden könne. Der Dampfer hat aber, als er nach Wladiwostok fuhr, nicht dem üblichen Kurs durch die westliche Straße esstliche Straße nahm, den Anschein gegeben, als ob er nach Shimonoseli führe. Dann hat er, wie sich aus der Aussage des Kapitäns klar ergibt, plötzlich den Kurs geändert, um nach Wladiwostok zu gehen, wobei er schießlich aufgebracht wurde. Danach steht es über jedem Zweick, daß die falschen Eintragungen in den Schiffspapieren den Zweck hatten, der Aufbringung zu enteyten.

Da nun das zur Verhandlung stehende Schiff dieser Art, unter Anwendung betrügerischer Mittel, Konterbande befördert hat, so ist es durchaus unnötig zu untersuchen, in wessen Eigentum die auf ihm verschifften Steinkohlen stehen und das Schiff ist einzuziehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. April 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsuro kuro.

# (Unterschriften).

Reklamant: William Robert Rea, englischer Staatsangehöriger, wohnhaft in England, Irland, County Antrim, Belfast Donegal Quay Nr. 19.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 10. April 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Roseley", welcher am 12. Januar 1905 auf 36° 18′ n. Br. und 130° 52′ ö. L. von dem Kistelichen Kriegsschiff "Tokiwa" beschlagnahmt worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Roseley" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Rechtsanwalt Akiyama Genzo die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroki und Dr. jur. 1shiwatari Binichi geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Akiyama Genzo und deren Begründung sind folgende:

1. Der einzige Grund, aus dem die Einziehung verfügt sei, sei der, daß unter Verwendung gefälschter Schiffspapiere und Angabe eines

falschen Bestimmungsortes Konterbande befördert worden sei. Da aber die Konterbande nicht im Eigentum des Reeders stehe, so müsse sich die Einziehung auf die Ladung beschränken. Das Schiff könne dagegen nicht konfisziert werden. Denn, um das Schiff zu konfiszieren, sei es unbedingt nötig, daß neben der Annahme der Verwendung betügerischer Mittel bei der Verschiffung der Konterbande auch feststehe, daß der Reeder an diesem betrügerischen Verfahren beleißtgt, d. h. im Einverständnis sei. Wenn daher, ohne daß diese Beteiligung bei dem in Frage kommenden Reeder vorliege, einfach der zivilrechtliche Standpunkt eingenommen werde, daß der Reeder Unkenntus gegenüber den Handlungen des Kapitäns nicht vorschützen könne und darauffin soelicht die Einziehung verfügt werde, so sei das unrechtmäßie.

2. Der zur Einziehung des Schiffes erforderliche Tatbestand betrügerischer Maßnahmen könne lediglich damit, daß in den Schiffspapieren der Bestimmungsort nicht angegeben sei, nicht als vorliegend erachtet werden. Es sei vielmehr nötig, daß die Papiere in der bösen Absicht gefälselt seien, die kriegführende Marine bei der Visitierung und Durchsuchung zu täuschen und dadurch der Aufbringung zu entgehen; auch m
ßten die Mittel zu der Täuschung tauglich sein.

Da aber keine tatsächliche Spur dafür vorliege, daß die Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffes in solcher Absicht hergestellt worden seien, und es durchaus klar sei, daß die Papiere nicht gewörden seien, um damit der Beschlagnahme zu entgehen, so sei die Einziehung des Schiffes unrechtmäßig:

3. Der Reeder habe das Schiff zum Kohlentransport an den Ladungseigentümer vermietet und einen Chartervertrag abgeschlossen, in welchem Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungshäfen festgesetzt gewesen seien. Daher habe der Reeder an der Bestimmung des Schiffes nach einem anderen Hafen keinen Anteil gehabt. Wenn man, wie das englische Recht, annehme, daß der Chartervertrag von der Art einer Sachmiete sei, so stehe für die Zeit das Recht des Besitzes und die Verfügungsgewalt dem Charterer zu. Selbst aber wenn man den Fall nicht so auslege, sondern einen gewöhnlichen Frachtvertrag annehme, so entspreche doch dem Willen des Reeders die in dem Vertrag bezeichnete Reise und wenn der Kapitan den Willen des Charterers ausgeführt habe, so könne man nicht sagen, daß der Reeder als Mittäter bei dem Konterbandetransport gehandelt habe. Auch könne mangels Beweises der Mittäterschaft die Verantwortung für eine das Völkerrecht verletzende Handlung, wie den Konterbandetransport unter Anwendung betrügerischer Mittel, dem Reeder nicht auferlegt werden, weil eine solche Handlung außerhalb der Vertretungsbefugnisse des Kapitans als Vertreters des Reeders liege.

4. Der Charterer habe bei der Abreise des Schiffes dem Kapiän für den Fall, daß er bei Ankunft in Hongkong keine andere Orderehalte, Befehl gegeben, mit einem beliebigen Kurs nach Wladiwostok weiter zu fahren. Danach zu urtellen, sei Wladiwostok damals noch nicht fest als Bestimmungsort festgesetzt gewesen. Dies sei erst fest bestimmt worden, als der Dampfer bei Ankunft in Hongkong keine andere Order erhalten habe. Daher könne darin, daß in dem im Abfahrhafen ausgestellten Konnossement und Ausklarierungsschein Hongkong als Bestimmungsort bezeichnet sei, ein Grund für Verdacht nicht liegen, und man könne daraus nicht schließen, ohß die Papiere auf einen falsehen Bestimmungsort ausgestellt worden seien in der bösen Absicht, dadurch der Aufbringung durch die kriegführende Macht zu entgehen.

Wenn der Dampfer sich in Singapore und Hongkong Ausklarierung für Shanghai habe geben lassen, so sei das lediglich in der Befürchtung geschehen, daß zur Zeit die englischen Behörden die Reisnach Wladiwostol verweigern würden. Wenn er genötigt gewesnt wäre, um Ausklarierung nach Wladiwostok zu bitten, so würde er bid der Abreise Schwierigkeiten erfahren haben, welche er gescheut habe. So habe er lediglich, um seine Abfahrt zu erleichtern, den Behörden gegenüber eine falsche Meldung gemacht, die, wie von selbst klar si, nicht den Zweck gehabt habe, dadurch der Aufbringung durch jepanische Kriegsschiffe zu entgehen.

Die Ausklarierungsbescheinigung sei eigentlich kein wichtiges Schiffspapier. Daß die verschiedenen Staaten ihr kein Gewicht beilegten, könne man daraus entnehmen, daß sei sich unter den in den Artikel 177 bis 194 der englischen Prisenordnung aufgeführten Schiffspapieren der einzelnen europäischen und amerikanischen Staaten nicht finde. Wenn daher auch in den fraglichen Ausklarierungsbescheinigungen nicht der richtige Bestimmungsort angegeben sei, so könne man doch nicht sagen, daß es den Prinzipien des modernen Völkerrechts entspreche, wenn man daraufhin dem Schiffe die sehwere Strafe der Einziehung auferlege.

5. Die zur Verhandlung stehende Ladung sei keine Kriegskonte-bande, denn, wenn sie auch nach Wladiwostok bestimmt sei, so vereinige dieser Platz doch in sich die Eigenschaften eines Kriegs- und eines Handelshafens und es sei, wie das Beispiel des "Neptunus"-Falls im englisch-holländischen Krieg lehre, billig, in diesem Fall anzunehmen, daß die Ladung nach dem Handelshafen Wladiwostok eingeführt werden solle.

Ferner behaupte das Urteil erster Instanz, daß

es bekannt sei, daß zur Zeit als der zur Verhandlung stehende Dampfer von Barry abgefahren sei, die russische Regierung einen Vertreter nach England geschickt gehabt habe, der in Vorbereitung der Ausreise der baltischen Flotte nach dem Osten viel Steinkohle nach Wladiwostok habe befördern

lassen usw.

Die daraus gefolgerte Entscheidung gründe sich nicht auf einem richtigen Beweise und sei daher unrechtmäßig.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Erlaß einer Entscheidung auf Freilassung des zur Verhandlung stehenden Dampfers beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts Mizukami Chojiro vom Prisengericht zu Sasebo sind folgende:

- 1. Da der Reeder der Mietsherr des Kapitäns sei, so sei er in Bezug auf die von dem Kapitän in Ausübung seiner Pflichten begangenen Handlungen, gleichgültig, ober darum wisse oder daran beteiligt sei oder nicht, verantwortlich. Daher könne er nicht mit der Begründung, er habe keine Beziehung zu der Ausstellung der gefälschten Papiere durch den Kapitän, seine Verantwortung ablehnen. Dies um so weniger, als nach eigener Aussage des Kapitäns die Vertreter des Charterers und des Reklamanten Pym an Wat son A. O., dem Kapitän, als er Barry verlassen habe, die Konnossemente, welche auf Shanghai als Bestimmungsort lauteten, übergeben, ihn dabei aber mündlich beordert hätten, nach Waldiwostok zu fahren.
- 2. Da die Frage, ob die auf dem zur Verhandlung stehenden Schilf werdaden Kohle Konterbande sei oder nicht, sich nach den Verhältnissen des Bestimmungsorts entscheide, so müßten unstreitbar Schilfspapiere als gefälscht gelten, wenn in ihnen kein oder ein falscher Bestimmungsort angegeben sei, gleichviel aus welehem Grunde dies geschehen sei. Denn dadurch könnten die im Kriege befindlichen Kriegsschilfte bei der Visiterung und Durchsuchung gefäuscht werden.

Aus den eigenen Aussagen des Kapitäns gehe es hervor, daß das Schiff, als es nach Wladiwostok habe fahren wollen, nicht den üblichen Kurs durch die westliche Straße des Tsushimakanals genommen, sondern absichtlich, um sich den Anschein zu geben, daß es nach Shimonoseki fahre, die östliche Straße passiert, dann aber plötzlich den Kurs geändert habe, und schließlich auf der Fahrt nach Wladiwostok von einem Kaiserlichen Kriegsschiff aufgebracht worden sei. Daraus werde es klar, daß die Eintragung eines falschen Bestimmungsorts, bzw. die Unterlassung der Eintragung in das Konnossement, das Tagebuch und die Auskairerungsbescheinigungen nur den Zweck gehabt hätten, die Aufbringung durch die Kaiserlichen Kriegsschiffe zu verhüten.

3. Da es nach dem Wortlaut des Chartervertrages klar sei, daß er seiner Natur nach kein Mietsvertrag über das Schiff, sondern ein Transportvertrag sei, so müsse man annehmen, daß das Recht des Besitzes und die Verfügungsgewalt über das Schiff nicht auf den Charterer

übergegangen sei, sondern nach wie vor dem Reklamanten zugestanden habe.

Da der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffs schon bi der Abreise von Barry den Willen gehabt habe, nach Wiladwosok zu fahren, und versucht habe dorthin zu kommen, so könne der Reklaman als Mitesherr des Kapitäns der Verantwortung hierfür nicht entgehen. Dies um so weniger, als Py man W at son A. G., weelche, wie oben gesagt, die Vertretung des Reklamanten hätten, bei der Abreise des Schiffs dem Kapitän Order gegeben hätten, nach Wladiwostok zu fuhren.

Da, wie dargetan, das Urteil erster Instanz zutreffend und die Berufung in allen Punkten unbegründet sei, so müsse dieselbe abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Krieghafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und zum Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Kriegsgeeräte, Lebensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedarfsstrükel aufgesteptelt. Der gewöhnliche Handelswerkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch gelidert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so meht, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiften keine Nachfrage dafür vorhanden ist, so daß es ganz unzweifelhaft ist, daß sie für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präcedenentscheidung, betreffend den "Neptunus", auch in diesem Fälle angenommen werden, daß die in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"Fäll und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fäll nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe wie das zur Verhandlung stehende, deren Reiserweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. 9) Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders im vorliegenden Fall, wo die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist und, obwohl erwisesnermaßen sechon seit der Abfahrt von England Wläden.

<sup>4)</sup> Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundiage das englische Manuai of Naval Prize Law, art. 82 bis 85.

wostok das Reiseziel war, der Chartervertrag und die anderen Schiffspapiere einen falschen Bestimmungsort angeben und das Schiff demnach zur Beförderung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel gedient hat.

Da schon nach dem in Punkt 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des Schiffs unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt kein Bedürfnis vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Pyman Watson A. G., Absender der Ladung des Dampfers "Roseley", England, Wales, Cardiff, vertreten durch David Moertson, Kapitän des Dampfers "Roseley", wohnhaft in England, Tayport, Queens Strete.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Roseley", wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Roseley" verladenen 6462 Tons Steinkohlen werden eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung wurde Anfang November 1004 in Barry, England, auf dem von der Aktiengesellschaft Pyman Watson gecharterten englischen Dampfer "Roseley" verladen. Am 11. d. M. ging sie mit Bestimmung nach Wladiwostok von dort ab und wurde am 12. Januar 1005 morgens 12 Uhr 15 Minuten auf der See in 36° 18' n. Br. und 130° 52' ö. L., als der Dampfer "Roseley", auf dem sie verschifft war, weil er Konterbande führte, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa" aufgebracht wurde, zugleich mit diesem beschlagnahmt.
Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des

Vertreters des Kommandanten der "Tokiwa", Kapitänleutnants Ando

Shokyo, die Vernehmungsprotokolle des Kapitāns der "Rosely", David M. Robertson, des I. Offiziers Adam Harry Brown und des I. Maschinisten Robert James Thompson, das Schiliszertifikat, das Privatschiffsjournal, die Ausklarierungspapiere, den Chartervertrag und das Konnossement.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe im November 1904 für den russischen Stateangehörigen E. A. Grabowski in Glasgow, England, den dem William Robert Rea gehörigen Dampter "Roseley" gechartet und die zur Verhandlung stehende Ladung mit Bestimmung nach Wlaßwostok auf demselben verschifft.

Nach der japanischen Seeprisenordnung 1) gelte die Kohlenladung nur dann als Kriegskonterbande, wenn sie zum Gebrauch der leindlichen Armee oder Marine oder nach einem feindlichen Ort bestimmt sei, nach dessen Verhältnissen angenommen werden müsse, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würde. In dem vorliegenden Falle aber, wo die Kohle nach Wlodiwostok gebe, einem Hafen, der die Eigenschaften eines Kriegshafens und eines Handehafens vereinige, sei es billig daß man annehme, sie sei nach dem Handehafen Wladiwostok befördert worden. Das tue auch die Präcedearentscheidung des Prisenfalls "Neptunus" dar. Dies gelte auch um so mehr, als die Verwendbarkeit der zur Verhandlung stehenden Ladung sich nicht ausschließlich auf den Krieg beschränke, dieselbe vielmehr auch für gewerbliche Zwecke gebraucht werden könnt werden könnt den Krieg beschränke, dieselbe vielmehr auch für gewerbliche Zwecke gebraucht werden könnt den kennt den kennt den konnt den kennt den kennt den kennt den kennt den konnt den kennt den kennt den konnt den kennt den kennt

Selbst einmal angenommen, die Ladung sei feindliches Gut, 50 könne doch nach Artikel 2 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 Beschlagnahme nicht erfolgen.

Es werde daher Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nach dem Hauptstützpunkt der russischen Marine, Wladiwostok, bestimmt und hätte offenbar zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden sollen. Sie sei daher Konterbande und müsse eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist cambrische Kohle, vir siegenwärtig ausschließlich von Kriegsschilfen gebraucht wird. Ihr Bestimmungsort ist Władiwostok, ein Hauptstützpunkt der russischen Kriegsflotte.

Es ist bekannt, daß zur Zeit, als der Dampfer "Rosetey" von Barty abfuhr, die russische Regierung einen Vertreter nach England geschickt

1) 8-14 der japanischen Seeptisenordnung (V).

<sup>·) § 14</sup> der japanischen Seeprisenore

hatte, der in Vorbereitung der Ausreise der baltischen Flotte nach dem Osten viel Steinkohle nach Wladiwostok befördern ließ. Es ist daher unzweifelhaft, daß die zur Verhandlung stehende Kohle für den Kriegsgebrauch des Feindes nach Wladiwostok geliefert werden sollte. Sie ist demnach Konterbande, und man kann der Behauptung des Reklamanten nicht beinflichten, welcher sagt, daß es in dem vorliegenden Falle, wo die Ladung nach Wladiwostok gehe, einem Hafen, der die Eigenschaft eines Kriegs- und eines Handelshafens vereinige, billig sei, anzunehmen, sie sei nach einem Handelshafen befördert worden, und daß die zur Verhandlung stehende Kohle daher keine Konterbande sei.

Da die übrigen Ausführungen des Reklamanten zu dem vorliegenden Urteil keine direkte Beziehung haben, so ist es unnötig, sie einzeln zu erörtern.

Die Ladung ist daher als Konterbande nach den Grundsätzen des Völkerrechts mit Recht einzuziehen?), und es wird wie in der Urteilsformel entschieden

Verkündet am 10. April 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

## (Unterschriften.)

Reklamant: Pyman Watson A. G., England, Wales, Cardiff. vertreten durch David M. Robertson, Kapitan des Dampfers "Roseley", wohnhaft in Tayport, Queens Street,

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 10. April 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend die Ladung des Dampfers "Roscley", welcher am 12. Januar 1905 auf 36 º 18 ' n. Br. und 130 º 52 ' ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa" beschlagnahmt worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der an Bord des genannten Dampfers verschifften 6462 Tons Steinkohlen erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat David M. Robertson als Vertreter der Reklamanten Pyman Watson A.G. durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Akiyama Genzo sind folgende:

1) V. 6 43.

(33°)

Das Urteil der ersten Instanz sei unzutreffend. Es werde Abgabe einer Entscheidung auf Freilassung der auf dem Dampfer "Roseler" verladenen 6462 Tons Steinkohlen beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Es sei freilich in neuerer Zeit äußerst bestritten, ob Kohle Konterbande sei. In der japanischen Seeprisenordnung3) sei aber als Prinzip anerkannt, daß sie nur als Konterbande gelte, wenn sie erwiesenermaßen zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden solle. Aber wenn man selbst annehme, daß dies Prinzip mit dem Grundsatz de Völkerrechts übereinstimme, so sei doch der Bestimmungshafen der zur Verhandlung stehenden Ladung Wladiwostok sowohl Rußlands einziger Kriegshafen wie auch sein einziger Handelshafen im Osten. Da an diesem Platz verschiedene Arten von kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen betrieben würden und neutrale Firmen dort Niederlassungen hätten, so könne man aus der Tatsache, daß Kohk. welche nicht absolute Konterbande sei, dorthin transportiert werde, nicht ohne weiteres schließen, daß diese für den Gebrauch der Kriegsmacht bestimmt sei. Auch nach der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus" im Kriege zwischen England und Holland im Jahre 1798, sei es billig, daß die zur Verhandlung stehende Ladung als zur Einfuhr nach dem Händelshafen Wladiwostok und zu friedlichem Gebrauch bestimmt angesehen werde.
  - 2. Das Urteil erster Instanz behaupte, daß

es bekannt sei, daß zur Zeit, als der in Frage stehende Dampfer "Roseley" von Barry abgefahren sei, die russische Regierung einen Vertreter nach England geschickt gehabt habe, der in Vorbereitung der Ausreise der baltischen Flotte nach dem Osten viel Steinkohle nach Wladiwostok habe befördern lassen usw.

Auf was für einem Beweis gründe sich aber diese Annahme? Das Prisengericht habe sich nicht an die für die Beweisaufnahme geltenden Normen gehalten, sondern nach freier Überzeugung geurteilt. Es sei aber ein völkerrechtlicher Grundsatz für das Prisenverfahren, daß man als Material für die Entscheidung nur die Papiere des aufgebrachten Schiffs und die Aussagen der Besatzung benutzen solle, 4) Es sei daher unfraglich, daß das Urteil unzutreffend sei, weil es gegen diese völkerrechtliche Grundregel verstoßen habe.

3. Bezüglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff weiche zwar das englische Prinzip von dem kontinentalen in etwas ab, aber im großen und ganzen sei ihr Sinn doch derselbe. Nach

<sup>1)</sup> Art, 240, 326 Manual of Naval Prize Law, doch die japanische Seeprisenordnung nur 8 66 (V).

der englischen Praxis würden Güter, welche, weil für die feindlichen Kriegsschiffe oder Truppen bestimmt, als Kriegskonterbande anzusehen seien, unter Zahlung einer Vergütung eingezogen. 5) Nach dem kontinentalen Prinzip sei, wie es die völkerrechtlichen Kongresse beschlossen hätten, für Güter, welche sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken dienen könnten, wenn sie auf der Reise nach einem feindlichen Hafen begriffen seien, bestimmt, daß dem kriegführenden Staat ihnen gegenüber unter der Bedingung der Vergütung das Beschlagnahmerecht und außerdem das Vorkaufsrecht zustehe. Während so die moderne Rechtspraxis mit Bezug auf relative Konterbande eine immer weitherziger werdende Tendenz zeige, sei nur Japan unbillig streng, indem es im Gegensatz zu den erwähnten Rechtsprinzipien und Gewohnheiten Kohle, die sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken diene, wenn sie nach einem Platz, der Handelsund Kriegshafen sei, bestimmt wäre, bedingungslos einziehe. Besonders weil die japanische Prisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, daß, wo es sich um neutrale relative Konterbandegüter handele, eine billigere Haltung eingenommen würde.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro, sind folgende:

1. Cardiffkohle, wie die zur Verhandlung stehende, werde in der gegenwärtigen Zeit ausschließlich auf Kriegsschiffen gebraucht. Die Ladung sei nach Wladiwostoh bestimmt, welches als Handelshafen seit dem japanischen Kriege nur dem Namen nach existiere, tatsächlich aber ein wirklicher Kriegshafen und der Hauptstützpunkt für die russische Kriegsflotte sei. Es sei bekannt, daß diese Flotte bezüglich der von ihr benötigten Kohle fast gänzlich auf Import von Cardiff angewiesen sei. Daher sei es klar, daß die zur Verhandlung stehende Kohle, welche nach Wladiwostok bestimmt gewesen sei, unmittelbar zum Kriegsgebrauch des Feindes hätte geliefert werden sollen und daher unzwerfelhaft Kriegskonterbande sei.

Da man den holländischen Hafen Amsterdam, welcher weder dem Namen noch den tatsächlichen Verhältnissen nach zugleich die Eigenschaften eines Kriegs- und eines Handelshafens habe, nicht auf gleiche Stufe mit Władiwostok stellen könne, so könne die Präcedenzentscheidung des "Neptunus"-Falls nicht für den vorliegenden Fall angezogen werden.

2. Da besondere Regeln für die Beweisaufnahme, an welche das Pischericht gebunden wäre, nicht existierten, so könne das Gericht unter Zugrundelegung der Schiffspapiere, der Aussagen der Besatzung und jedes anderen Umstandes nach freier Überzeugung den Tatbestand

Manual of N, P. L. Art. 84. Anders die japanische Seeprisenordnung § 43 (V).

feststellen. Daher lasse sich nicht sagen, daß es unrechtmäßig sei, bei Feststellung des Tatbestands über die Schiffspapiere und Aussagen der Besatzung hinauszugehen, 6) besonders auch da die von dem Urteil erster Instanz angenommenen Tatsachen allgemein bekannt seien.

• 3. Daß Kohle, welche für feindliches Gebiet bestimmt sei, wenn anzunehmen sei, daß sie für den feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden solle, als Konterbande angesehen und eingezogen werden müsse, sei nicht nur von der völkerrechtlichen Praxis anerkannt, sondern auch in der japanischen Seeprischenordnung klar ausgesprochen. Es sei dahe zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz, weil es diesen Tatbestand annahm, auf Einziehung der zur Verhandlung stehenden Kohle erkant habe. Auch sei es als zutreffend zu bezeichnen, wenn das Prissengericht den Ausführungen des Reklamanten bezöglich Einziehung unter Leistung einer Vergütung, bedingter Beschlagnahme und Vorkauf nicht gefolgt sei, denn diese seien nur die Praxis vereinzelter Staaten bzv. Gelehrtenansichten, könnten aber nicht als Bestimmungen oder Praxides geltenden Völkerrechts anerkannt werden.

Da demnach, wie ausgeführt, das Urteil erster Instanz zutreffend sei und die Berufungspunkte sämtlich unbegründet seien, so sei die Berufung zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Krieghafen ist. Seit dem Kriege mit Japan hat Rußland es zum Hauptstützpunkt für seine Kriegsflotte und zum Hauptstützpunkt für seine Kriegsflotte und zum Hauptstappenort gemacht. Es hat
dort in ausgedehntem Maße Kriegsgerät, Lebensmittel, Kohlen und
sonstige Kriegsbedarfsartistel aufgespeichett. Der gewöhnliche Handelverkehr nach dorthin hat fast gänzlich aufgehört. Es ist daher durglaus begründet, wernn das Gericht gater Instanz angenommen hat, daß
die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen
Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande
seien. Dies um so mehr, als die zur Verhandlung stehende Ladung augewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsgebilifen
zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden ist, so daß es ganz
unzweifelhalt ist, daß sie für den russischen Kriegsgebrauch geliciert
werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus", auch in diesem Falle angenommen werden, daß die Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der

<sup>9</sup> Anders derselbe Staatsanwalt in VI, 29 b.

Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

- Daher ist Punkt 1 der Berufung unbegründet.
- 2. Da ein Prisengericht bei Feststellung des Tatbestands die Schiffspapier, die Aussagen des Kapitäns und der Besatzung und alle anderen Tatsachen und Umstände berücksichtigen und nach freier Überzeugung urteilen kann, so ist der zweite Berufungspunkt, welcher das Urteil erster Instanz für unzutreffend erklärt, weil es die Tatsachen, die außerhalb der Schiffspapiere und der Aussagen der Besatzung liegen, als Material für die Entscheidung versvandt habe, unbegründet.
- 3. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande schlechtlin eigezogen werden kann. Winnsche bezüglich Vorkauf, Einziehung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragitiche Abmachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinenfalls können sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden. Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas versehen habe, wenn es diesem Ansuchen des Reklamanten nicht Folge leistet.

Demnach ist auch Punkt 3 der Berufung unbegründet. Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: William Robert Rea, Reeder des Dampfers "Lethington", wohnhaft in Belfast, Provinz Antrim in Irland, England, Donegal Quay Nr. 19, vertreten durch Thomas Tate, Kapitān des Dampfers "Lethington", wohnhaft North Field Newcastle Street Nr. 3.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Lethington", wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Lethington" wird eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Lethington" steht im Eigentum des Reklamanten Robert Rea, führt die englische Flage, sein Heimatshafen ist Belfast in Irland, England, und er ist ein Handelschiff, das ausschließlich zum Gütertransport dient. Der Reklamint hat m. 1. November 1904 mit den Vertretern des in England volhhaften russischen Staatsangehörigen E. A. Grab owski, der Aktiengesellschaft Pyman Watson, einen Chartervertrag abgeschlossen, laut welchem der Dampfer Köhle von Cardiff nach Hongkong, Shanghio oder Kiautschou befördern sollte. Der Dampfer nahm in Cardiff 6495 Tons Köhlen ein. Die Konnossemente besagen, daß der Empfänger sich nach Order richten solle. Als Bestimmungsort sollte nach Ankunft in Hongkong iner der Häfen Hongkong, Shanghai oder Kautschou felst gesetzt werden. Ferner war gesagt, daß, wenn der Kapitän bei Ankunft in Hongkong keine andere Weisung erhalte, er nach Wladiwoslok fahren solle.

Am 11. November d. J. fuhr der Dampfer demgemäß von Cadiff unter Angabe von Hongkong als Bestimmungsort ab. In Hongkong erhielt er auf Grund seiner Angaben eine Ausklarierungsbescheinigung für Shanghai, fuhr jedoch direkt nach Władiwostok und wurde auf dieser Reise etwa 10 Seemellen westlich von Okinoshim im Regierungsbezirk Fukuoka von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 72 aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Kommandanten des genannten Torpedoboots Nr. 72, Va m a guchi Denichi, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Lethington" Thom as Tate, des 1. Offiziers George Bergwitz, des 1. Maschinisten W. Moffit, das Schiffszerfliftat, den Chartervertrag, des Hafenants in Hongkong.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Da der Reklamant und Reeder das zur Verhandlung stehende Schiff auf Grund eines Chartervertrages vermietet habe, so habe er weder Anteil daran gehabt noch darum gewußt, daß das Schiff nach Wladwostok, welches im Chartervertrag 'nicht verzeichnet sei, gereist wäre. Das Schiff könne daher, wenn auch seine Ladung Konterbande si, da der Reklamant nicht der Eigentümer dieser Ladung sei, i) nicht dis Schicksal derselben teilen und der Einziehung verfallen. Wenn femer auch das Schiff sehon zur Zeit seiner Abfahrt von Cardiff mit der Absicht, es nach Wladiwostok fahren zu lassen, gechartert gewesen sch

<sup>1)</sup> V. § 43,2.

Abschnitt VI 27 .

so sei das lediglich ein Plan des Charterers oder des Absenders gewesen, an dem der Reeder in keiner Weise beteiligt gewesen sei.

Auch die Unterlassung der Eintragung Wladiwostoks als eines der Bestimmungsorte sei lediglich eine Handlung des Charterers oder Befrachters, zu der der Reeder in keiner Beziehung stehe. Da das Schiffsjournal übrigens klar Wladiwostok als Bestimmungsort angebe, so sei die Unterlassung der Eintragung dieses Hafens in die übrigen Schiffspapiere nicht geschehen, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen. Da das Schiff fediglich sich in Hongkong eine Ausklarierung nach Shanghai anstatt nach Wladiwostok habe geben lassen, so sei die Tatsache, daß, außer in dem Journal, in den Schiffspapieren Wladiwostok nicht als Bestimmungsort eingetragen sei, dirfach als Unvollständigkeit der Schiffspapiere anzusehen. Man könne dagegem nicht daraus schileßen, daß das Schiff für den Kohlentransport betrügerische Mittel habe anwenden wollen. Dies um so weniger, als die Ladung nicht als absolute Konterbande gerlen könne.

Das Schiff unterliege daher nicht der Strafe der Einziehung.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Da es erwiesen sei, daß das zur Verhandlung stehende Schiff, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen, sich mit gefälschten Schiffspapieren versehen und unter Angabe eines falschen Bestimmungshafens Konterbande nach Wladiwostok habe befördern wöllen, so müsse es mitsamt seiner Ladung eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

In gewöhnlichen Fällen beschränkt sich die Strafe für Konterbandernasport auf die Einziehung der Konterbandeartikel. Wenn aber gefälschte Schiffspapiere verwandt werden und ein falscher Bestimmungsort angegeben wird, so ist es die Regel, auch das Schiff einzuziehen. Das ist im modernen Völkerrecht von Wissenschaft und Praxis allgemein anerkannt.

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Lethington" hat Cardiffkohle, wie sie ausschließlich für Kriegsschiffe verwandt wird, geladen, um sie nach dem Hauptflottenstützpunkt Rußlands, Wladiwostok,
zu befördern. Darüber, daß es sich um einen Transport von Konterbande handelt, besteht nicht der geringste Zweifel. Obwohl es sehon
von der Zeit der Abreise von Cardiff in England an bestimmt war,
daß Wladiwostok das Ziel der Reise sein sollte, war im Chartervertrag, dem Konnosseinent usw. vorgegeben, daß die Kohle in Hongkong,
Shanghai oder Kiautschou verkauft werden solle. In Hongkong hat
der Dampfer sich eine Ausklarierung für Shanghai verschafft und ist
dann nach Wladiwostok gefahren. Alle diese Maßnahmen hat der
Dampfer durchaus in der Absieht, dadurch der Aufbringung durch die
Kaiserliche Marine zu entgehen, getroffen. Er hat demnach dazu ge-

dient, unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande zu befördern. Wenn auch im Tagebuch sich Władiwostok verzeichnet findet, so reicht das doch nicht aus, um zu der Annahme zu gelangen, es habe keine betrügerischen Mittel für den Transport benutzt.

Da derartige betrügerische Handlungen vorliegen, so inuß die Einziehung des Schiffs erfolgen, gleichviel ob die Handlungen aus dem Willen des Reeders oder des Charterers entsprungen sind. 2)

Weil daher alle Ausführungen des Vertreters der Reklamation unbegründet sind, wird wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. April 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

## (Unterschriften.)

Reklamant: William Robert Rea, englischer Staatsangehöriger, Belfast, Donegal Quay Nr. 19, England, Irland, County Antrim.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt A k i y a m a G en z o , Regierungsbezirk Kanarawa. Yokohama. Yamashitacho Nr. 75.

Am 10. April 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensche, betreffend den englischen Dampfer "Lethington", welcher am 12. Januar 1905 auf der See in einer Enfernung von etwa 18 Seemeilen westlich von Okinoshima von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 72 aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einzichung des Dampfers "Lethington" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant William Robert Rea durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als ProzeBevertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Akiyama Genzo und deren Begründung sind folgende:

1. Der einzige Grund, aus welchem die Einziehung verfügt sei, sei der, daß unter Verwendung gefälscher Schiffspapiere und Angabe eines falschen Bestimmungsorts Konterbande befördert worden sei. Da aber die Konterbande nicht im Eigentum des Reeders stehe, so müsse sich die Einziehung auf die Ladung beschränken. Das Schiff dagegen könne nicht konfisziert werden. Denn um das Schiff zu konfiszieren, sei es unbedignt nötig, daß neben der Annahme der Verwendung

<sup>2)</sup> V. S 44.

betrügerischer Mittel bei der Verschiffung der Konterbande auch feststehe, daß der Reeder an diesem betrügerischen Verfahren heteligt, d. h. im Einverständnis sei. Wenn man daher, ohne daß diese Beteiligung bei dem in Frage kommenden Reeder vorliege, einfach den zivitrechtlichen Standpunkt einnehme, daß der Reeder Unkenntnis gegenüber den Handlungen des Kapitäns nicht vorschützen könne, und daraufhin ohne weiteres die Einziehung verfüge, so sei das unrechtmäßig.

2. Der zur Einrichtung des Schiffes erforderliche Tatbestand betrügerischer Maßnahmen könne damit, daß lediglich in den Schiffspapieren der Bestimmungsort nicht angegeben sei, nicht als vorliegend erachtet werden. Es sei nötig, daß die Papiere gefälscht seien in der bösen Absicht, die Visitierung und Durchsuchung der kiregführenden Marine zu täuschen und dadurch der Aufbringung zu entgehen; auch mißten die Mittel zu der Täuschung taugelich sein.

Da aber keine tatsächliche Spur dafür vorliege, daß die Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffes in solcher Absicht ausgestellt worden seien, und es durchaus klar sei, daß die Papiere nicht geeignet seien, um damit der Beschlagnahme zu entgehen, so sei die Einziehung des Schiffs unrechtmäßig.

3. Der Reeder habe das Schiff zum Kohlentransport an den Ladungseigentümer vermietet und einen Chartervertrag abgeschlossen, in welchem Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungshäfen angegeben gewesen seien. Daher habe der Reeder an der Bestimmung des Schiffs nach einem anderen Hafen keinen Anteil gehabt. Wenn man mit dem englischen Recht annehme, daß der Chartervertrag von der Art einer Sachmiete sei, so stünden für die Zeit die Rechte des Besitzes und der Verfügung dem Charterer zu. Selbst wenn man aber einmal den Fall nicht so auslege, sondern einen gewöhnlichen Frachtvertrag annehme, so entspreche doch dem Willen des Reeders die in dem Vertrag bezeichnete Reise, und wenn der Kapitän den Willen des Charterers ausgeführt habe, so könne man nicht sagen, daß der Reeder Mittäter an dem Konterbandetransport gewesen sei. Dies um so weniger. als mangels Beweises der Mittäterschaft die Verantwortung für eine das Völkerrecht verletzende Handlung wie den Konterbandetransport unter Anwendung betrügerischer Mittel, dem Reeder nicht auferlegt werden könne, weil eine solche Handlung außerhalb der Vertretungsbefugnisse des Kapitäns als Stellvertreters des Reeders liege.

4 Der Charterer habe bei Abreise des Schiffes dem Kapitän für den Fäll, daß er bei Ankunft in Hongkong keine andere Order erhalte, Befehl gegeben, mit einem beliebigen Kurs nach Wladiwostok weiterzufahren. Danach zu urteilen, sei damals Wladiwostok noch nicht fest als Bestimmungsort abgemacht gewesen. Dies sei erst fest bestimmt worden, als der Dampfer bei Ankunft in Hongkong keine andere Order erhalten habe. Daher könne darin, daß in dem im Abfahrtshafen ausgestellten Konnossement und Ausklarierungsschein Hongkong als Bestimmungsort bezeichnet sei, ein Grund für Verdacht nicht liegen, und man könne daraus nicht schließen, daß die Papiere auf einen gefälschten Bestimmungsort ausgestellt worden seien in der bösen Absicht, dadurch der Aufbringung durch die kriegführende Macht zu enterben.

Wenn der Dampfer sich in Singapore und Hongkong Ausklurierung für Shanghai beschafft habe, so sei das Lediglich in der Befürchung geschehen, daß zurzeit die englischen Behörden die Reise nach Wladiwolst verweigern würden. Wenn er genötigt gewesen wäre, um Ausklarierung nach Wladiwostok zu bitten, so hätte er bei der Abreise Schwierigkeiten erfahren, welche er gescheut habe. So habe er den Behörden gegenüber eine falsche Meldung nur gemacht, um seine Abfahrt zu erleichtern. Daß dies nicht geschehen sei, um der Aufbringung durch die jananischen Kriegsschiffe zu entgehen, gehe auch daraus hervor, daß in dem Tagebuch Wladiwostok deutlich als Bestimmungsort genannt sei.

Die Ausklarierungsbescheinigung sei eigentlich kein wichtiges Schiffspapier. Daß die verschiedenen Staaten ihr kein Gewicht beilegten, könne man auch daraus entnehmen, daß sie sich unter den in den Artikeln 177 bis 194 der englischen Prisenordnung aufgeführten Schiffspapieren der einzelnen Staaten Europas und Amerikan sincht finde. Wenn daher auch in den fraglichen Ausklarierungsbescheinigungen nicht der richtige Bestimmungsort angegeben sei, so könne man doch nicht sagen, daß es den Prinzipien des modernen Völkerrechts entspreche, wenn man daraufhin dem Schiffe die schwerste Strafe der Einziehung auferlere.

5. Die in Frage stehende Ladung sei keine Kriegskonterbande, denn, wenn sie auch nach Wladiwostok bestimmt sei, so vereinige dieser Platz doch in sich die Eigenschaft eines Kriegshafens und eines Handelshafens, und es sei, wie das Beispiel des "Neptunus"-Fälls im englischholländischen Krieg Iehre, billig, in diesem Fäll anzunehmen, daß die Ladung nach dem Handelshafen Wladiwostok eingeführt werden solle.

Das Urteil erster Instanz nehme an, 3) daß

in Wladiwostok zur Zeit gewöhnliche Schiffe fast gar nicht vorhanden seien und daß der Schilß grechtlertigt sei, daß die auf dem zur Verhandlung stehenden Dampfer verschiffte Cardiffkohle, welche von der Art sei, wie sie ausschließlich auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme, wenn sie nach Wladiwostok gelangt wäre, für den Gebrauch der Marine geliefert worden wäre.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup>) Eine Verwechslung mit dem erstinstanzlichen Urteil über die Ladung dieses Schiffes. Siehe VI, 27 b.

Diese Annahme sei unzutreffend, weil sie sich auf keinen richtigen Beweis gründe.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Abgabe einer Entscheidung auf Freilassung des zur Verhandlung stehenden Dampfers beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro, sind folgende:

- 1. Da der Reeder der Mietshert des Kapitäns est, so sei er mit Bezug auf die von dem Kapitän in Ausübung seiner Pflichten begangenen Handlungen, gleichgültig ob er darum wisse und daran beteiligt ei oder nicht, verantwortlich. Daher könne er nicht mit der Begründung, er habe keine Beziehung zu der Ausstellung der gefälschten Papiere druch den Kapitän, seine Verantwortung ablehnen.
- 2. Da die Frage, ob die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladene Kohle Konterhande sei oden richt, sich nach den Verhältnissen des Bestimmungsortes entscheide, so müßten unstreitbar die Schiffspapiere als gefällscht gelten, well in ihnen kein oder ein falscher Bestimmungsort angegeben sei, gleichviel aus welchem Grunde dies gesichelne sei. Denn dadurch könnten die im Kriege begriffenen Kriegsschiffte bei der Visitferung und Durchsuchung getäuscht werden.

Zumal habe auch der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffes schon beim Verlassen von Barry die Absicht gehabt, nach Wladiwostok zu Ishren. Wenn trotzdem in den Schiffspapieren ein falscher Bestimmungsort verzeichnet sei, so müsse man vermuten, daß dies geschehen sei, um der Gefahr der Aufbringung während der Reise zu entgehen.

3. Da es nach dem Wortlaut des Chartervertrages klar sei, daß er seiner Natur nach kein Mietsvertrag über das Schiff, sondern ein Transportvertrag sei, so müsse man annehmen, daß das Recht des Besitzes und der Verfägung des Schiffs nicht auf den Charterer übergegangen sei, sondern nach wie vor dem Reklamanten zustehe.

Da der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffes schon bei der Abreise von Cardiff den Willen gehabt habe, nach Wladiwostok zu fahren und versucht habe, dorthinzukommen, so könne der Reklamant als Mielsherr des Kapitäns der Verantwortung hierfür nicht entgehen.

Da, wie dargetan, das Urteil erster Instanz zutreffend und die Berufung in allen Punkten unbegründet sei, so müsse dieselbe abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

 Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Kriegsgerät, Lebensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedrästrätkel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß nach diesem Hafen bestimmte Steinkohle für den russischen Kriegsgebrauch gelieret werden sollte und daher Kriegskonterbande seit. Dies um so mehr, als die Kohlendaung des zur Verhandlung stehenden Schiffes ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für dem Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden ist, so daß es ganz unzweifelhaft ist, daß sie für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung betreffend den "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden answandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. 9) Das Oberprisengericht ist der Ansieht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird, besonders im vorliegenden Fall, wo die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist und, obwohl erwisenermaßen schon seit der Abfahrt von England Whadiwostók das Reiseziel war, der Chartervertrag und andere Schiffspapiere einen falschen Bestimmungsort angeben und das Schiff demnach zur Beförderung von Konterbande unter Anwendung beträgerischer Mittel gedient hat.

Da schon nach dem in Punkt 1 und 2 Gesagten die Entscheidung erster Instanz auf Einziehung des Schiffs unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt keine Notwendigkeit vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>) Anders die Japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 41 (V) und ihre Grundiage, das englische Manual of Naval Prize Law, art. 82 bis 85.

Reklamant: Pyman Watson A.G., Absender der auf dem Dampfer "Lethington" verschifften Kohlen, Cardiff, Wales, England, vertreten durch Thomas Tate, Kapitän des Dampfers "Lethington", wohnhaft in England, Northfield, Newcastle Street Nr. 3.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Lethington", wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Lethington" verschifften 6495 Tons Steinkohle werden eingezogen.

## Tathestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung von 6495 Tons Cardifikohle ist auf Grund des am 1. November 1904 von dem Reklamanten als Vertreter des in England wohnhaften russischen Staatsangehörigen E. A. Grabowski mit dem Reeder des Dampfers "Letülnigton", Robert Rea, abgeschlossenen Chartervetrags mit der Absieth, sie nach Wladiwostok in Rußland zu befordern, in Cardiff geladen worden. Nach dem Konnossement sollte sich der Empfänger nach Order bestimmen. Als Bestimmungsort sollte nach Ankunft in Hongkong einer der Häfen Hongkong, Shanghai oder Klautschou festgesetzt werden. Zugleich war aber gesagt, daß, wenn der Kapitän bei Ankunft in Hongkong keine andere Weisung erhalte, er nach Wladiwostok fahren solle.

Am 11. November d. J. fuhr der Dampfer demgemäß von Cardiff unter Angabe von Hongkong als Bestimmungsort ab. In Hongkong erhielt er auf Grund seiner Angabe eine Ausklarierung nach Shanghai, fuhr jedoch direkt nach Wladiwostok und wurde auf dieser Reise etwa 10 Seemelien westlich von Okinoshima im Reigerungsbezirk Fukuoka von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 72 zusammen mit der zur Verhandlung stehenden Ladung beschlagnahme.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Kommandanten des genannten Torpedoboots Nr. 72, Yamaguchi Denichi, die Vernehmungsprotokolle des Kapitins der "Lethington", Tho un sa Tate, des 1. Olffizers George Bergwitz, des 1. Maschinisten W. Moffit, das Schiffszerflißt, den Chartervettrag, das Konnossement das Privatschiffsjournal und die Ausklarierungspapiere des Hafenamts in Hongkong.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Die von dem Reklamanten, einem neutralen Staatsangehörigen, unternommene Beförderung von Steinkohle nach Wladiwostok, einem Hafen einer kriegführenden Macht, sei eine offene Handelstransktion, welche unter den Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs stehe und nicht vom Völkerrecht untersagt sei. Auch nach der japanischen Seeprisenordnung sei kohle keine absolute Konterbande. Sie gelte als Konterbande nur, wenn sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine oder nach einem feindlichen Ort bestimmt sei, nach dessen besonderen Verhältnissen angenommen werden müsse, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würde. <sup>5</sup>In dem vorliegenden Fall, wo die Kohle nach Wladfwostok gehe, einem Hafen, welcher die Eigenschaften eines Kriegs- und eines Handelshafens in sich vereinige, sei es billig anzunehmen, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok bestimmt und nicht für Kriegszwecke zu liefern sei.

Auch wenn man einmal annehme, daß das Eigentum an der Ladung, welche auf der Reise beschlagnahmt worden sei, auf den Empfänger im Feindesland übergegangen, die Güter daher feindlichen Charakters seien, so könnten sie doch, weil sie unter neutraler Flagge stünden, nicht weggenommen werden.

Aus diesen Gründen könne die zur Verhandlung stehende Ladung nicht eingezogen werden.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehende Steinkohle sei nach dem Hauptstützpunkt der russischen Marine, Wladirostok, bestimmt gewesen, und es stehe außer Zweifel, daß sie für den Krieg habe verwandt werden sollen. Daher müsse sie einerzegene werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Lebensmittel, Kohle und dergleichen nach einem von feindichen Truppen innegehabten Hafen abgesandt sind, so können sie je nach den Verhältnissen als für den Gebrauch dieser Truppen bestimmt angesehen werden. Da Władiwostok der einzige Kriegshafen Rußlands im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt seiner Flotte ist, wo zurzeit gewöhnliche Schiffe fast gar nicht vorhanden sind, so ist es gerechtertigt anzunehmen, daß die zur Verhandlung stehende Cardiffkohle, welche von der Art ist, wie sie ausschließlich auf Kriegsschiffen zur Verwendung kommt, wenn sie nach Władiwostok gelangt wäre, sicher für den Bedarf der Marine geliefert worden wäre. Eis steht daher außer Frage, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande ist. <sup>5</sup>)

Da dies aber feststeht, so erübrigt es sich, auf die weiteren Ausführungen des Vertreters der Reklamation einzeln einzugehen.

<sup>1)</sup> Vgl. § 14 der japanischen Seeprisenordnung (V).

<sup>2)</sup> II. Ziffer 2.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden. 3)

Verkündet am 10. April 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Vamamoto Tatsurokuro

(Unterschriften.)

Reklamant: Pyman Watson, A. G., England, Wales, Cardiff, vertreten durch den Kapitan des Dampfers "Lethington", Thomas Tate, wohnhaft in Northfield, New Castle Street Nr. 3.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt A k i y a m a G e n z o, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama Yamashitacho Nr. 75.

Am 10. April 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Lethington", welcher am 12. Januar 1905 auf der See in einer Entfernung von etwa 18 Seemeiken westlich von Okinoshima von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 72 aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, im welchem auf Einziehung der auf dem genannten Dampfer verladenen 6495 Tons Steinkohlen erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Thom as Tate als Vertreter des Reklamanten, der Aktiengesellschaft Pyman Watson, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Proze®vertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte beim Oberprisengericht Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Akiyama Genzo sind folgende:

Das Urteil erster Instanz, welches auf Einziehung der auf dem Dampfer "Lethington" verladenen 6495 Tons Steinkohlen entschieden habe, sei unzutreffend. Es werde die Aufhebung desselben und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe der genannten Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gränden.

1. Es wei freilich in neuerer Zeit äußerst bestritten, ob Kohle Konterbande sei. In der japanischen Seeprisenordnung sei aber als Prinzip anerkannt, daß sie nur als Konterbande gelte, wenn sie erwisesenermaßen zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden sollte. 9 Aber wenn man selbst annehme, daß dieses Prinzip mit den Grundsätzen des Völkerrechts übereinstimme, so sei doch der Bestimmungshafen der zur Verhandlung stehenden Ladung, Wladiwostok, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger

<sup>3)</sup> V. § 43. - 9 V. § 14.

Handdshafen im Osten. Da an diesem Platz verschiedene Arten von kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen betrieben würfen und neutrale Firmen dort Niederlassungen hätten, so könne man aus der Tatsache, daß Kohle, welche nicht absolute Konterbande sei, dorthin transportiert werde, nicht ohne weiteres schließen, daß diese für den Gebrauch der Kriegsmacht bestimmt sei. Auch nach der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus" im Krieg zwischen England und Holland im Jahre 1798, sei es billig, daß die zur Verhandlung stehende Ladung als zur Einfuhr nach dem Handelshafen Wladiwostok und zu friedlichem Gebrauch bestimmt, angesehen werde.

2. Das Urteil erster Instanz behaupte, daß

in Wladiwostok zur Zeit gewöhnliche Schiffe fast gar nicht vorhanden seien und daß der Schluß gerechtfertigt sei, daß die zur Verhandlung stehende Cardiffkohle, welche von der Art sei, wie sie hauptsächlich auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme, wenn sie nach Wladiwostok gelangt wäre, für den Gebrauch der Marine gelifert worden wäre, usw.

Was für Beweise habe man dafür, daß zur Zeit in Wladiwostok gewöhnliche Schiffe gar nicht vorhanden seien? Das Gericht habe sich nicht an die für die Beweissufnahme gellenden Normen gehalten, sondern nach freier Überzeugung geurteilt. Es sei aber ein völkerrechtlicher Grundsatz für das Prisenverlahren, daß man als Material für die Entscheidung nur die Papiere des aufgebrachten Schiffs und die Aussagen der Besatzung benutzen solle. Es sei daher unfraglich, daß das Urteil unzutreffend sei, weil es gegen diese völkerrechtliche Grundregel verstoßen habe.

3. Bezüglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff weiche zwar das englische Prinzip von dem kontinentalen etwas ab, aber im großen und ganzen sei ihr Sinn doch derselbe. Nach der englischen Praxis würden Güter, welche, weil für die feindlichen Kriegsschiffe oder Truppen bestimmt, als Kriegskonterbande anzusehen seien. unter Zahlung einer Vergütung eingezogen. Nach dem kontinentalen Prinzip sei, wie es die völkerrechtlichen Kongresse beschlossen hätten, für Güter, welche sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken dienen könnten, wenn sie auf der Reise nach einem feindlichen Hafen begriffen seien, bestimmt, daß dem kriegführenden Staat ihnen gegenüber unter der Bedingung der Vergütung das Beschlagnahmerecht und außerdem das Vorkaufsrecht zustehe. Während so die moderne Rechtspraxis mit Bezug auf relative Konterbande eine immer weitherziger werdende Tendenz zeige, sei nur Japan unbillig streng, indem es im Gegensatz zu den erwähnten Rechtsprinzipien und Gewohnheiten Kohle, die sowohl friedlichen als kriegerischen Zwecken diene, wenn sie nach einem Platz, der Handelshafen und Kriegshafen sei, bestimmt wäre. bedingungslos einziehe. Besonders weil die japanische Prisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, Jaß, wo es sich um neutrale relative Konterbandegüter handele, eine billigere Haltung eingenommen werde.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo Mizukami Chojiro sind folgende:

- 1. Cardiffkohle, wie die zur Verhandlung stehende, werde in der gegenwärtigen Zeit ausschließlich auf Kriegsschiffen gebraucht. Die Ladung sei nach Wladiwostok bestimmt, welches als Handelshafen seit dem japanisch-russischen Kriegen und dem Namen nach existiere, tatsächlich aber ein wirklicher Kriegshafen und der Hauptstützpunkt für die russische Kriegsflotte sei. Es sei bekannt, daß diese Plotte bezüglich der von ihr benötigten Kohle fast ganzikh auf Import von Cardiff angewiesen sei. Daher sei es klar, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Kohlen, welche nach Wladiwostok bestimmt gewesen sei, unmittelbar für den Kriegsgebrauch des Feindes hätte geliefert werden sollen und daher unzweifelhaft Kriegskonterbande sei.
- Da man den holländischen Hafen Amsterdam, welcher weder dem Mannen, noch den tatsächlichen Verhällnissen nach zugleich die Eigenschaften eines Kriegshafens und eines Handeshafens habe, nicht auf gleiche Stufe mit Wladiwostok stellen könne, so könne die Präcedenzentscheidung des "Neptunus"-Falls nicht auf den vorliegenden Fall angezogen werden.
- 2. Da besondere Regeln f\(\tilde{\tilde{u}}\) die Beweisaufnahme, an welche das Perisehr prisengericht gebunden w\(\tilde{a}\)re, nicht existierten, so k\(\tilde{o}\)ned das Gericht unter Zugrundelegung der Schiffspapiere, der Aussagen der Besatzung und jedes anderen Umstandes nach freier Überzeugung den Tatbestand feststellen. Daher lasse sich nicht sagen, da\(\tilde{o}\) es unrechnia\(\tilde{g}\) sei, bei Feststellung des Tatbestandes \(\tilde{o}\) ber die Schiffspapiere und Aussagen der Besatzung hinauszugehen, besonders auch da \(\tilde{o}\) evon dem Urtell erster Instanz angenommenen Tatsachen allgemein bekannt seien.
- 3. Daß Kohle, welche für feindliches Gebiet bestimmt sei, wenn anzunehmen sei, daß sie für den feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden solle, als Kriegskonterbande angesehen und eingezogen werden müsse, sei nicht nur von der Völkerrechtspraxis anerkannt, sondern auch in der japanischen Seeprisenordnung klar ausgesprochen. Es sei daher zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz, weil es dies angenommen habe, auf Einziehung der zur Verhandlung stehenden Kohle erkenne. Auch sei es als zutreffend zu bezeichnen, venn das Prisengericht den Ausführungen des Reklamanten bezüglich Einziehung unter Leistung einer Vergütung, bedingter Beschlagnahme und Vorkauf nicht gefolgt sei, denn diese seien nur vereinzelte Staatenpraxis bzw. Gelehrten.

ansichten, könnten aber nicht als Bestimmungen oder Praxis des geltenden Völkerrechts anerkannt werden.

Da demnach, wie ausgeführt, das Urteil erster Instanz zutreffend und die Berufung in allen Punkten unbegründet sei, so sei die Berufung zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Kriegsgerät, Lebensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist dahre durchaus begründet, wenn das Glericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Konterbande seien. Dies um so mehr, als die zur Verhandlung stehende Kohlenladung ausgewählte Cardifficholhe ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Oberauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden ist, so daß es ganz unzweifelhaft ist. daß ei für den russischen Kriegsgebrauch erliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präcedenzentscheidung, betreffend dem "Neptunus", auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus". Fäll und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann. Daher ist Punkt 1 der Berufung unbegründet.

2. Da ein Prisengericht bei Feststellung des Tatbestands die Schiffspapiere, die Aussagen des Kapitians und der Besatzung und alle anderen Tatsachen und Umstände berücksichtigen und nach freier Überzeugung urteilen kann, so ist der zweite Berufungspunkt, welcher das Urteil erster Instanz für unzutreffend erklärt, weil es Tatsachen, die außerhalb der Schiffspapiere und der Aussagen der Besatzung liegen, als Material für die Entscheidung verwandt habe, unbegründet.

3. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande sehlechthin konfisziert werden kann. Wünsche bezüglich Vorkauf, Einziehung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragliche Abmachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinesfalls können sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden. Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas versehen.

habe, wenn es diesem Ansuchen des Reklamanten nicht Folge geleistet hat. Demnach ist auch Punkt 3 der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.) .

Reklamant: Lombard Steamship Company, England, London, Great St. Helen's Street Nr. 20, vertreten durch den Prokuristen John White.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache betreffend den englischen Dampfer "Scotsman" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des englischen Dampfers "Scotsman" erkannt.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Scotsman" steht im Figentum des Reklamanten, sein Heimatshafen ist London, England, und er ist ein Handelsschiff, welches die englische Flagge führt. Der Dampfer hat auf Grund eines am 4. Januar 1905 in Shanghai, China, von der Vertretung des Reklamanten, der Firma Dodwell & Co. Ltd., in Shanghai mit der dortigen Firma R. Peretz (diese Firma ist am 12. Februar dieses Jahres aufgelöst, und alle ihre Geschäfte sind der Firma A. Chazalon übertragen worden) abgeschlossenen Chartervertrags in Saigon ungefähr 20 000 Sack Saigon Reis (Gewicht ungefähr 134 000 Pud) geladen, um sie nach Wladiwostok in Rußland zu befördern. Die Absender waren die Vertreter der Firma R. Peretz in Saigon, P. Rauzy & P. Ville. Nach dem Konnossement sollte sich der Empfänger nach Order bestimmen. Ein Chartervertrag wurde nicht an Bord gegeben. Am 24. Januar dieses Jahres fuhr der Dampfer mit Bestimmung nach Wladiwostok von Saigon ab, kam am 29. desselben Monats in Hongkong an und nahm bei seiner Abfahrt von dort am 1. Februar vorsätzlich einen Umweg, der ihn durch die Tsugaru-Straße nach Wladiwostok bringen sollte. Auf dieser Reise wurde er am 14. des Monats, 7 Uhr abends, in der Straße von Tsugaru in der

Nähe des Leuchtturms von Shiokubi von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 30 aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten des Käiserlichen Torpedoboots Nr. 30, Oberleutnants zur See Tominaga Ryutaro, die Vernehmungsprotokolle des Vertreters des Kommandanten des genannten Torpedoboots, Kapitalneutnants Nagasawa Naotaro und des Kapitian des Dampfers "Scobman", Edward Albert Mackenzie, durch das Schiffszerfühst, die Ausklarierungsscheine von Saigon und Hongkong, das Ladungsverzeichnis, das Konnossement, das Tagebuch, den von dem Vertreter der Reklamation eingereichten Chartervertrag und eine von dem spanischen Konsulat in Shanghai für R. Peretz ausgestellte Bescheinigung.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Da die Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers nicht im Eigentum des Reeders stehe, so könne das Schiff, selbst wenn die Ladung als Konterbande betrachtet werde, nicht mit derselben zu-sammen eingezogen werden. Da ferner der Reeder davon, daß Konterbande habe befördert werden sollen, keine Kenntnis gehabt habe, auch in den Schiffspapieren Wladiwostok klar als Bestimmungsort für Schiff und Ladung bezeichnet sei, so sei eine Fläschung in nichts versucht worden. Freilich sei zufällig der Chartervertrag zur Zeit der Aufbringung nicht an Bord vorhanden gewesen. Der Grund hierfür sei aber der, daß der Chartervertrag über dieses Schiff in Shanghai abgeschlossen worden sei und daß keine Zeit vorhanden gewesen sei, denselben dem Schiff zu übersenden, weil dieses damals in Saigon gelegen habe.

Wenn Reis auch nach einem Hafen, wo feindliche Truppenteile lägen, befördert werde, so müsse er doch nicht notwendigerweise nur zum Gebrauch dieser Truppen geliefert werden, sondern auch die übrige Bevölkerung lebe davon. Demgemäß stünde eine Reihe von kontinentalen Völkerrechtslehrern auf dem Standpunkt, daß es zu verwerfen sei, Reis als Konterbande zu betrachten. Auch der englische Praist dahin beschrieben, daß Lebensmittel nur in dem Falle, wo es festsehe, daß sie an die feindliche Armee oder Marine oder nach Festungen befördert würden, als Konterbande gelten könnten. Auch für diesen Fall nehme er an, daß lediglich ein Vorkaufsrecht ausgeübt werden dürfe.

Ferner habe England in dem französisch-chinesischen Krieg vom Jahre 1885, als Frankreich aus Gründen der Kriegsführung eine Zeit lang das gewöhnliche Prinzip durchbrochen und Reis für Kriegskonterbande erklärt habe, einen energischen Protest gegen die Unbilligkeit dieser Behandlung von Reis als Konterbande eingelegt. Auch im japanisch-chinesischen Krieg hätten England und Frankreich sich absolut dagegen ausgesprochen, als China Reis für Konterbande erklärt habe, und Japan habe gegen diesen Standpunkt der beiden Länder keinen Einspruch einzelezt.

So seien sich die Staaten fast alle in dem Punkte einig, daß Reis nicht als Konterbande gelten dürfe, und die Wissenschaft sowohl wie die Praxis erkennten dieses an.

Selbst einmal angenommen, Japan habe lediglich für den Krieg mit Rußland den Standpunkt eingenommen, daß Reis, welcher für die feindlichen Truppen bestimmt sei, als Konterbande gelte, so habe doch Wladiwostok zu gleicher Zeit die Eigenschaften eines Handels- und eines Kriegshafens. Auch sei der Handelsverkehr nach dort keineswegs völlig unterbunden. Daß in diesem Falle die dorthin beförderte Ladung rechtmäßigerweise als nach dem Handelshafen Wladiwostok und nicht für den Kriegsperkach bestimmt anzusehen sie, gehe aus der Präcedenz-Entscheidung über den während des englisch-holländischen Kriegs im Jahre 1798 aufgebrachten "Neptunus" hervor. Dies gelte umsomehr, als bei den Russen der Reis kein gewöhnliches Nahrungsmittel sei, während er von der fremden Bevölkerung Wladiwostoks ganz allgemein gegessen werde.

Wenn der Empfänger der Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers nicht klar bestimmt sei, so komme das daher, daß das Konnossement auf Order laute. Darin könne man aber keinen Grund zu irgendwelchem Verdacht erblicken.

Aus diesen Gründen werde Freigabe des zur Verhandlung stehenden Dampfers beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Wladiwostok Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und zur Zeit der Hauptstützpunkt für seine Kriegsmarine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht und sie ist mit allen Kräften bestreht, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher eine Ladung Reis, wie die des zur Verhandlung stehenden Schiffes, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befördert wird, so muß mangels klaren Gegenbeweises angenommen werden, daß dieselbe für den Kriegsgebrauch zu liefern war.

Das Konnossement über die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs lautet nun auf Order, und der Kapitän hat ausgesagt, daß ihm bezäglich des Empfängers derselben bei seiner Ankunft in Wladiwostok Mitteilung von dem Eisbrecher hat zuteil werden sollen. Auch steht in dem Charterverfrag eine Abmachung, nach welcher das Schiff bei Ankunft in Wladiwostok erforderlichenfalls kostenlos die Un-

terstützung des Eisbrechers erhalten könne. Nach der von den russischen Küstenbehörden im Jahre 1901 und 1902 herausgegebenen "Übersicht über Sibirien" gehört der Eisbrecher in Wladiwostok zu dem sibirischen Geschwader der russischen Kriessmarine.

Der zur Verhandlung stehende Dampfer hat 1679 Brutto-Tons Gehalt. Nach dem Ladungsverzeichnis ist die Ladung reichlich 210 000 Franks wert. Das Chartergeld von Saigon bis Wladiwostok beträgt die enorme Summe von L. 6250. Auch sagt der Kapitän aus, er glaube, daß der Reeder in Voraussicht einer Konfiskation für diese Reise die höchste Versicherungsprämie bezahlt habe. Danach ist es schwer anzunehmen, daß eine gewöhnliche Handelstransaktion bezweckt gewesen ist.

Der Vertreter der Reklamation sagt, Reis sei bei den Russen kein gebräuchliches Nahrungsmittel, aber nach den russischen Verpflegungsvorschriften wird Reis zur Verpflegung der Truppen verwandt. Auch ist es bekannt, daß zur Zeit bei den russischen Truppenteilen im Osten Chinesen und Koreaner angestellt sind, deren gewöhnliche Nahrung Reis ist.

Wenn man alles dies in Erwägung zieht, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die Reisladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers der russischen Regierung gehöriger Kriegsvorrat ist und daher mit Recht als Konterbande angesehen werden muß.<sup>1</sup>)

Der Vertreter der Reklamation führt die Ansichten der kontinentalen Völkerrechtslehrer und des englischen Professors Holland sowie die Beispiele des chinesisch-französischen und des japanisch-chinesischen Kriegs an und behauptet, die Staaten seien fast alle über das Prinzip einig. daß Reis nicht als Konterbande gelten dürfe, und die Wissenschaft sowie die Praxis erkennten dieses an. Holland aber und andere englische Gelehrte vertreten den Standpunkt, daß Reis in dem Falle, wo es klar erwiesen sei, daß er an die feindliche Armee oder Marine oder nach einer Festung befördert werde, als Kriegskonterbande angesehen werden könne, Als in dem jetzigen Kriege Rußland Reis für absolute Konterbande erklären wollte, hat die englische Regierung dagegen protestiert und gesagt, daß sie einverstanden sei, wenn die kriegführenden Mächte Reis als bedingungsweise Konterbande erklären wollten, daß es aber dem Völkerrecht und seiner Praxis widerspreche, wenn Reis für absolute Konterbande erklärt werde. Aus der britischen diplomatischen Korrespondenz vom Jahre 1905, Teil Rußland Nr. 1, in dem Erlaß des britischen Staatssekretärs des Auswärtigen Lansdowne an den englischen Botschafter Sir Charles Hardinge in Rußland vom 1. Juni 1904 ist der Standpunkt Englands ersichtlich. Daß auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika auf diesem Prinzip stehen, ergibt sich aus

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2.

Praxis und Wissenschaft dieses Staats. Rußland hat, wie oben erwähnt, während des jetzigen Krieges Reis für Konterbande erklärt. Wenn man alle diese Beispiele ansieht, so ist offenbar die Behauptung des Reklamanten, alle Staaten stünden auf dem Prinzip, daß Reis nicht als Kriegskonterbande angesehen werde, völlig unbegründet.

Was die von dem Reklamanten angezogene Präcedenz aus dem chinesisch-französischen Krieg angeht, so hat die englische Regierung gerade wie jetzt gegenüber Rußland, sich damals nur Frankreichs Erklärung, daß Reis absolute Konterbande sei, widersetzt. Keineswegs ist sie jedoch gegen die Erklärung von Reis als bedingter Konterbande einpertreten.

Einmal die Frage betrachtet, ob es sich mit der Präcedenz aus dem japanisch-chinesischen Krieg wirklich so verhält, wie der Vertreter der Reklamation behauptet, so hat vielmehr Japan im § 10 der damaligen Prisenordnung Nahrungsmittel deutlich als bedingte Konterbande bezeichnet und während jenes Krieges sind keine Anderungen hinzugefügt, so daß also das Gegenteil der Behauptung des Reklamanten der Fall ist.

Sodann führt der Vertreter der Reklamation zur Begründung dafür, daß ein Chartervertrag nicht an Bord gewesen ist, an, daß keine
Zeit gewesen sei, denselben zu übersenden. Aus dem Chartervertrag
des Schiffs und anderen Papieren ergibt sich indes, daß der Vertrag,
während das Schiff in Kobe lag, das heißt am 4. Januar dieses Jahres,
in Shanghai abgeschlossen worden ist. Da ferner das Schiff am 24.
Januar von Saigon nach Wladiwostok abgefahren, am 29. des Monats in
Hongkong angekommen und am 1. Februar von dort abgefahren ist,
so daß für die Übersendung des Chartervertrages an das Schiff hinreichend Zeit vorhanden gewesen ist, muß man annehmen, daß das
Schiff überhaupt nicht mit einem solchen versehen werden sollte. 3)

Wie oben beschrieben, hat der Reeder das Schiff zum Transport von Reis nach Wladiwostok bereitgestellt und dafür ein enormes Chartergeld erhalten und in Voraussicht einer Aufbringung durch japanische Kriegsschiffe eine reichliche Versicherung genommen. Nach der Aussage des Kapitans sollte diesem bezüglich des Empfängers des Schiffes eine Mitteilung von seiten des der russischen Marine angehörigen Eisbrechers zuteil werden. Ferner ist in dem Chartervertrag aussgemacht worden, daß das Schiff die kostenlose Hülfe des Eisbrechers erhalten solle. Überdies hat der Kapitän seiner Aussage nach die Order für diese Reise von dem Reeder erhalten. Der Dampfer hat, um nach Wladiwostok zu fahren, vorsätzlich einen Umweg genommen und außer der Konterbandeladung von Reis keine andere Ladung eingenommen. Wenn man

<sup>3)</sup> Ob dies als eine betrügerische Maßnahme (§ 44 der Seeprisenordnung V) angesehen wird, ist nicht ersichtlich.

alles dies nebeneinander stellt, so muß man annehmen, daß der Reklamant gewußt hat, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers der russischen Regierung gehöriger Kriegsvorrat war, und daß der Dampfer nach einem wohlüberlegten Plan zu dem Transport derselben gedient hat. Mit andern Worten, der Reklamath hat mit seinem Schiffe den Feind unterstützt.<sup>9</sup>) Die Wissenschaft und die Praxis des Völkerrechts erkennen an, daß ein Schiff, welches sich solcher Handlung schuldig gemacht hat, zusammen mit seiner Konterbandeladung einzuziehen ist. <sup>9</sup>)

Da aus diesen Gründen das zur Verhandlung stehende Schiff einzuziehen ist, so liegt eine Notwendigkeit zur Beantwortung der übrigen Behauptungen des Vertreters der Reklamation nicht vor.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 7. Juni 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts Kobayashi Yoshio.

(Unterschriften.)

Reklamant: J. Lombard Steamship Company, England, London, Great St. Helen's Street 20.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kiobashiku Unemecho Nr. 15.

Am 7. Juni 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensche betreffend den englischen Dampfer "Scotsman", welcher am 4. Februar 1905 in der Straße von Tsugaru bei dem Leuchturn Shiokubi von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 30 aufgebracht worden ist, ein Urteil erlassen, in welchem auf Wegnahme des englischen Dampfers "Scotsman" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, die J. Lombard Steamship Company, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) Ob dies als eine Verletzung des § 47 der Seeprisenordnung (V) angesehen wird, ist nicht klar ersichtlich.

<sup>9)</sup> Diese Entscheldung wird durch die Japanische Seeprisenordnung nicht gedeckt, es sel dem, daß das Gericht Annedung betrügerischer Mittel nach § 44 oder Unterstützung des Peindes nach § 47 der Seeprisenordnung (V) angenommen hat, wie es den Anschein hat. Das Oberprisengericht nimmt offenbar Verletzung dieser Bettimmungen nicht am, sondern erkennt auf Einzlehung, weil der "Reisezweck" Konterbandetransport ab.

der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, Akivama Genzo, sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts zu Yokosuka vom 7. Juni 1905, betreffend Wegnahme des Dampfers "Scotsman" sei unzutreffend. Es werde Aufhebung desselben und Freigabe des genannten Dampfers beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Obwohl die Verwendung des zur Verhandlung stehenden Schiffes zum Transport seiner Ladung ein rechtmäßiges Handelsgeschäft sei, das unter den Freihelten des neutralen Handelsverkehrs stehe, habe das Gericht erster Instanz ungerechterweise entschieden, daß diese Handlung zur Unterstützung des Feindes diene und habe die Einziehung des Schiffes mit der Ladung angeordnet.

2. Die Übernahme eines Konterbandetransports seitens eines Handelsschiffs sei Übernahme eines Handelsgeschäfts, und das Schiff könne außer in dem Falle, daß es im selben Eigentum stehe wie die Ladung, nicht eingezogen werden. Anderseits würden Seetransportfürmen, welche Transporte übernähmen, die die Neutralität verletzten, nach völkerrechtlichem Prinzip mit Einziehung des Schiffes bestraft.

Das Gericht erster Instanz habe seine Entscheidung auf Wegnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs damit begründet, daß

der Reklamant sich der Unterstützung des Feindes mit seinem Schiff schuldig gemacht habe, und daß solche Schiffe zusammen mit ihrer Konterbandeladung eingezogen werden m

üßten.

Das sei eine rechtswidrige Entscheidung, weil sie das oben genannte Prinzip außer acht lasse.

Was die Strafe für Konterhandetransport angehe, so sei die Grundregel die, daß man für das Schiff den Verlust von Zeit, Kosten und Fracht als ausreichend erachte, im übrigen aber keine Schädigung auferlege. Aber in den beiden Fällen, daß der Reeder der Eigentümer der Konterbandelaufung sei und daß das Schiff sich bei der Verschiffung von Kriegskonterbande betrügerischer Mittel bedient habe, werde auch das Schiff eingezogen. Im letzlen Falle müsse das Schiff, weil der Reeder offenbar an dem Kriegskonterbandetransport mitgewirkt und an der unrechtmäßigen Handlung teilgenommen habe, als ein Gegenstand, der hierbel verwendet worden sei, eingezogen werden.

Das zur Verhandlung stehende Schiff habe aber einem andern gehörige Handelsware befördert und nicht zum Konterbandetransport gedient. Selbst aber angenommen, die Ladung sei Konterbande, so liege doch eine Beteiligung des Reeders bei Verwendung betrügerischer Mittel und Kenntnis desselben von der Konterbandeeigenschaft der Ladung nicht vor. Wenn daher das Gericht erster Instanz entscheide, daß die fragliche Handlung eine Unterstützung des Feindes und eine Verletzung der Neutralität sei, und deshalb auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes neben der Ladung erkenne, so sei das rechtswidig.

3. Es ergebe sich aus den an Bord befindlichen Papieren, daß bei der Beförderung der Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes von Saigon nach Wladiwostok keine Spur von betrügerischem Verfahren vorhanden sei. Alle diese Papiere gaben Władiwostok als Bestimmungsort an, keines enthalte einen unwahren Bestimmungsort. Es sei daher ohne Raum für jeden Zweifel klar, daß von einer Verheinlichung des Bestimmungshafens keine Rede sein könne.

Das Gericht erster Instanz nehme unter Verweisung auf die in dem Urteil aufgezählten Tatsachen an, daß

das zur Verhandlung stehende Schiff gewußt habe, daß seine Ladung der russischen Regierung gehöriger Kriegsvorrat sei und daß es sich durch Verwendung zur Beförderung derselben der Unterstützung des Feindes schuldig gemacht, nich aber eine gewöhnliche Handelstransktion ausgeführt habet.

Dies sei eine unzutreffende Entscheidung, welche die Tatsachen falsch auffasse, wie im folgenden dargetan werde:

- a) Wladiwostok sei nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Sein Handel sei zur Zeit der Beförderung der Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes wie früher ausgeübt worden und durchaus nicht zum Stillstand gekommen. Es sei bekannt, daß auch neutrale Kaufleute ihre Geschäfte geöffnet und betrieben hätten. Aus dem in dem "Neptunus"-Fall des englisch-holländischen Krieges vom Jahre 1798 gegebenen Urteilsbeispiel sei ersichtlich, daß die völkerrechtliche Praxis auf dem Standpunkt stehe, daß im Falle, wo Güter, welche sowohl zu kriegerischem wie friedlichem Gebrauch dienen könnten, nach einem Hafen wie dem genannten befördert würden, der die Eigenschaften eines Kriegs- und eines Handelshafens in sich vereinige, angenommen werden müsse, daß sie nach dem Handelshafen befördert würden. Es sei daher im Widerspruch mit dieser Präcedenz, wenn angenommen worden sei, daß das zur Verhandlung stehende Schiff zum Transport von Kriegsvorrat gebraucht worden sei.
- b) Wenn der Eisbrecher auch der russischen Regierung gehöre, so werde er doch immer dazu verwandt, für doch versehrende Handelsschiffe aller Länder das Eis zu brechen, den Verkehr zu erleichtern und allerhand Bequemlichkeiten zu vermitteln. Das sei nicht nur während der Kriegszeit, sondern auch im Frieden der Fall.

Wenn daher auch im Chartervertrag eine Bestimmung stehe, daß das zur Verhandlung stehende Schiff nötigenfalls kostenlos die Hülfe des Eisbrechers erhalten werde, und wenn auch der Kapitän geglaubt habe, daß er von dem Eisbrecher Mitteilung darüber habe erhalten sollen, wer der Empfänger sei, so könne man daraus nicht ohne weiteres konstruieren, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes für die russischen Trupone bestümmter Kriesvorrat sei.

c) Wenn das Chartergeld für das zur Verhandlung stehende Schiff außerordentlich hoch gewesen sei, und der Reeder eine hohe Versicherungsprämie bezahlt habe, so sei das etwas im Seetransportwesen zu Kriegszeiten ganz Gewöhnliches.

Besonders weil bei einer Reise nach einem dem Kriegsschauplatz nahe gelegenen Hafen einer der kriegührenden Mächte zu den gewöhnlichen Seegefahren noch Kriegsgefahren vorzusehen seien, so sei es eine öffentlich anerkamnte Handelsgevohnheit, im Vergleich mit Friedenszeiten hohes Chartergeld und große Versicherungsprämien zu nehmen, um den möglicherweise entstehenden Schaden zu decken. Etwas Verdächtiges könne hierin keinenfalls gesehne werden, und wenn das Urteil erster Instanz hierin etwas Ungewöhnliches erblicke, so sei das ein ungeheureifiches Unverständnis gegenüber den Tatsachen.

- d) Daß ein Chartervertrag nicht an Bord gewesen sei, habe seinen Grund darin, daß der Platz, wo dieser abgeschlossen worden sei, von dem Liegeplatz des Schiffes weit entfernt gewesen sei, so daß es zur Übersendung an Zeit gefehlt habe. Selbst aber angenommen, er sei nicht übersandt worden, protzem reichlich Zeit gewesen sei, so sei das lediglich eine Versäumnis der Schiffsagentur, und man könne daraus dem Reeder nicht den Vorwurf machen, daß er beträgerische Mittel angewandt habe, und könne daraus, daß der Chartervertrag unter den Schiffspapieren fehle, nicht auf betrügerisches Vorgehen des Kapitäns schiffseher; dies um so weniger, als sein Fehlen nicht ausreichen könne, um die Kaptoren zu t\u00e4usselle.
- e) Daß das zur Verhandlung stehende Schiff bei der Reise nach Wladiwostok vorsätzlich einen Umweg gemacht und seinen Kurs durch den Stillen Ozean genommen habe, sei, wie sich aus der Aussage des Kapitäns klar ergäbe, geschehen, weil zu der Zeit, als die Reise gemacht worden sei, die Wind- und Wetterverhältnisse im chinesischen und japanischen Meer sehr rauh seien. In dieser Weise nach den Verhältnissen des Wetters von dem gewöhnlichen Kurs abzuweichen, seien Seefahrer selbstredend befugt, und, da selbst ein Reeder darin nichts zu bestimmen habe, so könne darin, daß das zur Verhandlung siehende Schiff einen Umweg gemacht habe, eine verdächtige hundlung nicht erblickt werden.

Aus den obigen Ausführungen ergebe sich, daß die von dem Gericht erster Instanz angenommenen und als Urteilsgründe aufgestellten Tatsachen alle nicht als Handlungen des Reklamanten, durch welche er den Feind unterstützt haben solle, angesehen werden könnten.

4. Wenn die russischen Truppen auch Reis essen m\u00f3chten, so k\u00f3nn man doch dar\u00e4ber, d\u00e4b er bei ihnen kein gebr\u00e4auchlichen Sahrungsmittel sei, nicht streiten. Es k\u00f3nne freilich nicht bestritten \u00e4red, d\u00e4\u00e4 die russischen Truppen in Nord-Korea und in der Mandschurei viele Koreaner und Chinesen angestellt h\u00e4tten. In Wladtwostok und seiner Umgebung sein aber tats\u00e4chlich derartige Bev\u00f6lkerungselemente nicht engagiert. Daher m\u00e4sse man es als unzutreffend bezeichnen, wenn angenommen worden sei, da\u00e4 die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes f\u00ear diese Leute bestimmt gewesen sei.

Nach allem diesem reiche keine der von dem Gericht erster Instanz zur Begründung des Urteils aufgestellten Tatsachen aus, um zu beweisen, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes Kriegsvorrat gewesen sei. Kurz, wenn der Reis auch nach einem Hafen, wo feindliche Truppen Ilsgen, biefördert worden est, so beschränke sich sein Gebrauch doch nicht unbedingt auf die Truppen, sondern auch die übrige Bevölkerung lebe davon. Wissenschaft und Praxis seien sich darin einig und man brauche es nicht zu diskutieren, daß Reis nicht als Konterbande gelten dürfe, well, wenn die Reistransporte ganz aufhören, die Zivlibevölkerung dem Hunger preisgegeben würde.

Da kein absoluter Beweis vorliege, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes den russischen Truppen habe geliefert werden sollen, so sei es billig, zu entscheiden, daß sie gewöhnliche Handelsware sei und es sei rechtswidrig, das zur Verhandlung stehende Schiff, auf dem die Ladung verschifft sei, einzuziehen.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts bei dem Prisengericht zu Yokosuka, Yanagita Kunio, sind folgende:

1. Es werde behauptet, daß das zur Verhandlung stehende Schiff die Ladung auf Grund eines Chartervertrages bef\u00f6ndere. An Bord befinde sich aber die unter den Schiffspapieren eine wichtige Rolle spielende Abschrift des Chartervertrages nicht. Nach dem V\u00f6lkerrecht liege die Verantwortung f\u00fcr diesen schwerwiegenden Mangel dem Reklamanten ob, dieser habe ihn aber nicht begr\u00e4nder nur derh\u00e4tertigen k\u00f6nnen. Selbst wenn nan annehme, da\u00e4 den nehme tentder\u00e4ung dieses Fehlers eingereichte Chartervertrag echt sei, so gehe doch aus seinen Bestimmungen und den sich darauf beziehenden fr\u00e4heren Aussagen des Kapi\u00e4ns und dem Vorgehen des Schiffes hervor, da\u00e4 der Receder bzw. sein Vertreter um den Konterbandefransport gew\u00e4\u00e4t, daran teilgenommen und dazu H\u00fcf\u00e4te flehen bei bei nieht auf die Ladung zu besch\u00e4\u00e4nsen, sondern auch auf das Schiff zu erstrecken habe, sei von vielen Oelehrten einstimnig an das Schiff zu erstrecken habe, sei von vielen Oelehrten einstimnig an das Schiff zu erstrecken habe, sei von vielen Oelehrten einstimnig an

erkannt worden, und daher sei die Entscheidung des Gerichts erster Instanz zutreffend.

2. Wie der Konterbandetransport theoretisch auf keinen Fall als ein natürliches Recht des neutzlane Staatsangehörigen bezeichnet werden könne, so stehe es auf der andern Seite dem kriegführenden Staat mit Recht frei, dem Konterbandetransport zu verhindern und zugleich durch Bestrafung für die Zukunft eine Warnung zu geben.

Freilich seien Fälle, wo Reeder in gutem Glauben zufällig einige Konterbandegüter an Bord nähmen, häufig; da es aber tatsichlich unmöglich sei, zu beweisen, ob Vorsatz oder Teinahme auf seiten des Reeders vorliege, so bestehe allgemein nur der Gebrauch, bei einer solchen Annahme das Vorhandensein ausreichender deutlicher Gründe zur Richtschnur zu nehmen und weiteren Beweisen nicht nachzuspüren. In dem vorliegenden Fälle regebe es sich aber ganz klar aus den Akten, daß der Reeder des Schiffs über die Umstände unterrichtet gewesen sei und zur Erreichung des Ziehs seine Behüllig gewährt habe, und der Reklamant könne nicht behaupten, wie er es getan habe, daß er keinen Neutralitätsbruch begangen habe.

Wenn der Reeder wünsche, seine Verantwortung für die Unvollständigkeit der Schiffspapiere und die sonstigen unklaren Handlungen abzulehnen, so sei es erforderlich, daß er hierfür treffende Gründe darlege. Er habe aber, wie oben dargetan, keinerlei Antwort geben können.

Der Reklamant habe erklär, daß ein Versehen des Vertreters des Reeders vorliege. An der Folge dieses Versehens könne aber die betroffene kriegführende Macht keinen Teil nehmen. Der Reklamant wiederhole zwecklos den alten Standpunkt, ohne indes etwas Neues vorzubringen. Das lasse vermuten, daß seine Handlungsweise nicht auf Versehen, sondern auf Absieht beruhe. Der Grund, weshalb eine Kopie des Chartervertrags, welche an Bord habe geliefert werden müssen, nicht geliefert worden sei, sei glücklicherweise der, daß ein Chartervertrag von Anfang an nicht vorhanden gewesen und der Verkauf der Ladung auf Rechnung des Reeders geschehen sei, oder der, daß man gefürchet habe, daß der Wortlaut des Chartervertrags offenbart haben würde, daß die Ladung Kriegsvorrat und daß der Reeder beteiligt gewesen sei. Eins von diesen beiden sei wohl sieher der Fall, und wie es auch sei, könne das Schiff der Verantwortung hierfür nicht entgehen.

Aus diesen Gründen sei die Berufung unbegründet und müsse abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es ist völkerrechtlich anerkannt, daß Lebensmittel wie Reis, im Falle, daß sie für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sind oder nach einem Platz in Feindesland gehen und angenommen werden muß, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würden, als Kriegskonterbande anzusehen sind und eingezogen werden können. Es ist nun aber unbestritten, daß der in Frage stehende Reis nach Wladiwostok bestimmt gewesen ist. Ferner ist es eine bekannte Tatsache, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegsplafen ist und daß Rußland diesen Platz seit dem Kriege mit Japan zum Hauptstützpunkt für seine Flotte und Hauptetappenort gemacht hat. Es hat dort in ausgedehnten Maße Wäffen, Lebensmittel, Könke und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert, und der gewöhnliche Handelsverkehr ist dort fast gänzlich zum Stillstand gekommen.

In dem Chartervertrag des zur Verhandlung stehenden Dampfers "Scotsman" steht eine Bestimmung, nach welcher die Verpflichtung übernommen wird, daß das Schiff bei Ankunft in Waldwostok erforderlichenfalls, ohne daß ihm daraus Kosten erwüchsen, sich von dem Eisbrecher innerhalb und außerhalb des Hafens eine Fahrrinne solle brechen lassen können.

Es wird also, obwohl, wie auch der Reklamant annimmt, der Eisbrecher im Eigentum der russischen Regierung steht, ausdrücklich verbürgt, daß das zur Verhandlung stehende Schiff, welches einen Transport von Saigon-Reis übernommen habe, den Eisbrecher kostenlos benutzen könne, um sich bei Wladiwostok eine Fahrinne brechen zu lassen. Nach Aussage des Kapitäns hat ihm, wenn er nach Wladiwostok kam, der Empfänger der Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers von dem Eisbrecher mitgleeilt werden sollen.

Nach dem Ladungsverzeichnis ist der Wert der Ladung reichlich 210000 Frans. Demgegenüber beträgt das Chartergeld von Saigon nach Wladiwostok den enormen Betrag von L. 6250 netto. Nach allem diesen zu schließen, kann man auf keinen Fall annehmen, daß der Reis im gewöhnlichen Handelsverkehr nach Wladiwostok geschaft worden ist.

Der Reklamant behauptet ferner, daß der Handelsverkehr in Wladiwostok zur Zeit der Beförderung der Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes wie früher ausgeübt und noch keineswegs zum Süllstand gekommen sei. Da für diese Behauptung aber keinerlei Beweis erbracht worden ist, so kann sie nicht als der Wahrheit entsprechend angesehen werden.

Weiter sagt er, die in Frage stehende Ladung Reis müsse nach deur Urteilsbeispiel des "Neptunus"-Falls als zu friedlichem Gebrauch bestimmt angesehen werden. Da aber die Verhältnisse des Bestimmungsorts in dem genannten Fall von denen der vorliegenden Sache von Grund aus verschieden sind, so kann jener Fall nicht als Präcedenz für den vorliegenden dienen. Kurz, es ist durchaus zuturfflend, daß das Gericht

erster Instanz den auf dem zur Verhandlung stehenden Schiffe verschifften Saigon-Reis als Kriegskonterbande betrachtet hat. 6)

Wie im Vorigen dargetan, kann keinenfalls angenommen werden, daß der Transport der Reisladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs nach Wladiwostok im gewöhnlichen Handelswerkehr geschehen ist. Die ganze Ladung ist Reis, also Konterbande. Nach der Aussage des Kapitäns hat der Reeder in Voraussicht der Gefahr der Einzichung auf dieser Reise eine reichliche Versicherung genommen, so daß er, wenn auch das Schiff eingezogen werde, keinen Schaden erleiden werde. Wenn man dieser Tatsachen zusammenstellt, so liefern sie treichlich Unterlage für die Vermutung, daß der Zweck der Reise des zur Verhandlung stehenden Schiffes ein Transport von Konterbande war. Das Völkerrecht steht aber auf dem Standpunkt, daß Schiffe, deren Reisezweck die Beförderung von Konterbande ist, eingezogen werden können. 9 Das Oberprissengericht erkennt dies als den Umständen gerecht werdend an.

Da nach dem oben Gesagten die Entscheidung des Gerichts erster Instanz auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes durchaus zutreffend ist, so ist es unnötig, auf die einzelnen Berufungsgründe noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 5. September 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: A. Chazalon & Co., Shanghai, China, vertreten durch den Prokuristen Maurice Jacquet.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Scotsman" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

# Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme der auf dem englischen Dampfer "Scotsman" verladenen ungefähr 20 000 Sack Saigon-Reis erkannt.

<sup>3</sup>) II. Ziffer 2.

9 Anders die Japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage, das englische Manual of Naval Prize, Art. 82—85.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist auf Grund des am 4. Juni 1905 in Shanghai, China, zwischen dem Vertreter des Reeders des Dampfers "Scotsman", der Firma Dodwell & Co. in Shanghai und der Firma R. Peretz ebendaselbst (diese Firma ist am 12. Februar dieses Jahres aufgelöst, und alle ihre Geschäfte sind der Firma A. Chazalon übertragen worden) abgeschlossenen Chartervertrags in Saigon auf dem Dampfer "Scotsman" verladen worden, um sie nach Wladiwostok in Rußland zu befördern. Die Absender waren die Vertreter der Firma R. Peretz in Saigon P. Rauzy & P. Ville. Nach dem Konnossement sollte sich der Empfänger nach Order richten. Am 24. Januar dieses Jahres fuhr der genannte Dampfer von Saigon ab. kam am 29. des Monats in Hongkong an und nahm bei seiner Abfahrt von dort am 1. Februar vorsätzlich einen Umweg, der ihn durch die Tsugaru-Straße nach Wladiwostok führen sollte. Auf dieser Reise wurde die Ladung am 14. des Monats in der Straße von Tsugaru in der Nähe des Leuchtturms von Shiokubi von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 30 zusammen mit dem Dampfer beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten des Kaiserlichen Torpedoboots Nr. 30. Oberleutnants zur See Tomimaga Ryutaro, die Vernehmungsprotokolle des Vertreters des Kommandanten des genannten Torpedoboots, Kapitänleutnants Nagasawa Naotaro und des Kapitäns des Dampfers "Scotsman", Edward Albert Mackenzie, durch das Schiffszertifikat, das Ladungsverzeichnis, das Konnossement, den von dem Vertreter der Reklamation eingereichten Chartervertrag und eine von dem japanischen Konsul in Shanghai für die Firma R. Peretz ausgestellte Bescheinieung.

# Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Wenn die zur Verhandlung stehende Ladung Reis auch nach einem Hafen, wo die feindlichen Truppenteile sich sammelten, befördert werde, so beschränke sich ihre Lieferung doch nicht notwendigerweise auf den Gebrauch von seiten der Truppen, sondern auch die übrige Bevölkerung lebe davon. Demgemäß stünde eine Reihe von kontinentalen Völkerrechtslehren auf dem Standpunkt, daß es zu verwerfen sei, Reis als Konterbande zu betrachten. Auch der englische Gelehrte Holland habe zur Zeit des südafrikanischen Krieges die englische Praxis dahin beschrieben, daß Lebensmittel nur in dem Falle, wo es feststehe, daß sie an die feindliche Armee oder Marine oder nach Festungen befördert würden, als Konterbande gelten könnten. Auch für diesen Fall nehme er an, daß lediglich ein Vorkaufsrecht ausgeübt werden dürfe.

Ferner habe England in dem französisch-chinesischen Krieg vom Jahre 1885, als Frankreich aus Gründen der Kriegsführung zeitweise das gewöhnliche Prinzip durchbrochen und Reis für Kriegskonterbande erklärt habe, einen energischen Protest gegen die Unbilligkeit dieser Behandlung von Reis als Konterbande eingelegt.

Auch in dem japanisch-chinesischen Krieg hätten England und Frankreich sich absolut dagegen ausgesprochen, als China Reis für Konterbande erklärt habe, und Japan habe gegen diesen Standpunkt der beiden Länder keinen Einspruch eingelegt.

So seien die Staaten sich fast alle in dem Punkt einig, daß Reis nicht als Konterbande gelten dürfe, und die Wissenschaft sowie die Praxis erkennten dieses an.

Selbst einmal angenommen, Japan habe lediglich für den Krieg mit Rußland den Standpunkt eingenommen, daß Reis, welcher für die feindlichen Truppen bestimmt sei, als Konterbande gelte, so habe doch Wladivostok zu gleicher Zeit die Eigenschaften eines Handels- und eines Kriegshafens. Auch sei der Handelsevreken nach dort keines-wegs völlig unterbunden. Daß in diesem Falle die dorthin beförderte Ladung rechtmäßigerweise als nach dem Handelshafen Wladiwostok und nicht für den Kriegsgebrauch bestimmt anzusehen sei, gehe aus der Präcedenzentscheidung über den während des englisch-holländischen Kriegs im Jahre 1798 aufgebrachten "Neptunus" hervor. Dies um so mehr, als bei den Russen der Reis kein gewöhnliches Nahrungsmittel sei, während er von der fremden Bevölkerung Wladiwostoks ganz allgemein gegessen werde.

Wenn der Empfänger der zur Verhandlung stehenden Ladung nicht klar bestimmt sei, so komme das daher, daß das Konnossement auf Order laute. Darin könne man aber keinen Grund zu irgendwelchem Verdacht erblicken.

Aus diesen Gründen werde Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Wladirostok Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine
Kriegsmarine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht und sie ist mit
allen Kräften bestrebt, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn
daher eine Ladung Reis wie die zur Verhandlung stehende, deren
Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach
Wladirostok befördert wird, so muß mangels klaren Gegenbeweises angenommen werden, daß dieselbe für den Kriegsgebrauch zu liefern war.

Das Konnossement über die zur Verhandlung stehende Ladung lautet nun auf Order und der Kapitän des Dampfers, Scotsman" hat ausgesagt, daß ihm bezüglich des Empfängers derselben bei seiner Ankunft in Wladiwostok Mitteilung von dem Eisbrecher habe zuteil werden sollen. Auch steht in dem Chartervertrag eine Abmachung, nach welcher das Schiff bei Ankunft in Wladiwostok erforderlichenfalls kostenlos die Unterstützung des Eisbrechers erhalten könne.

Nach der von den russischen Küstenbehörden im Jahre 1901 und 1902 herausgegebenen "Übersicht über Sibirien" gehört der Eisbrecher in Wladiwostok zu dem sibirischen Geschwader der russischen Kriegsmarine.

Der zur Verhandlung stehende Dampfer hat 1679 Brutto Tons Gehalt. Nach dem Ladungsverzeichnis ist die Ladung reichlich Fes. 210000 wert. Das Chartergeld von Saigon bis Wladivostok beträgt die enorme Summe von £ 6250. Auch sagt der Kapitän aus, daß er glaube, daß der Reeder in Voraussicht einer Konfiskation für diese Reise die höchste Versicherungsprämie bezahlt habe. Danach ist es schwer anzunehmen, daß eine gewöhnliche Handelstransaktion bezweckt gewesen ist.

Der Vertreter der Reklamation sagt, Reis sei bei den Russen kein gebräuchliches Nahrungsmittel, aber nach den russischen Verpflegungsvorschriften wird Reis zur Verpflegung der Truppen verwandt. Auch ist es bekannt, daß zurzeit bei den russischen Truppenteilen im Osten Chinesen und Koreaner angestellt sind, deren gewöhnliche Nahrung Reis ist.

Wenn man alles dies in Erwägung zieht, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Reis der russischen Regierung gehöriger Kriegsvorrat ist und daher mit Recht als Konterbande angesehen werden muß.<sup>1</sup>)

Der Vertreter der Reklamation führt die Ansichten der kontinentalen Völkerrechtslehrer und des englischen Professors Holland sowie
die Beispiele des chinesisch-französischen sowie des japanisch-chinesischen Krieges an und behauptet, die Staaten seien fast alle über das
Prinzip einig, daß Reis inicht als Konterbande gelten dürfe und die
Wissenschaft und die Praxis erkennten dieses an. Holland aber und
andere englische Gelehrte vertreten den Standpunkt, daß Reis in dem
Fälle, wo es klar erwisen sei, daß er an die feindliche Armee oder
Marine oder nach einer Festung befördert werde, als Kriegskonterbande
angesehen werden könne. Als in dem jetzigen Kriege Rußland Reis
für absolute Konterbande erklären wollte, hat die englische Regierung
dagegen protestiert und gesagt, daß sie einverstanden sei, wenn die
kriegführenden Mächte Reis als bedingungsweise Konterbande erklären

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2.

wollten, daß es aber dem Völkerrecht und seiner Praxis widerspreche, wenn Reis für absolute Konterbande erklärt werde. Aus der britischen diplomatischen Korrespondenz vom Jahre 1905, Teil Rußland, Nr. 1, in dem Erlaß des britischen Staatssekretärs des Auswärtigen, Lansdowne, an den englischen Botschafter Sir Charles Hardinge in Rußland vom 1. Juli 1904 ist der Standpunkt Englands ersichtlich. Daß auch die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika auf diesem Prinzip stehen, ergibt sich aus der Praxis und Wissenschaft dieses Staats, Rußland hat, wie oben erwähnt, während des ietzigen Krieges Reis für Konterbande erklärt. Wenn man alle diese Beispiele ansieht, so ist offenbar die Behauptung des Reklamanten, alle Staaten stünden auf dem Prinzip, daß Reis nicht als Kriegskonterbande angesehen werde, völlig unbegründet. Was die von dem Reklamanten angezogene Präcedenz aus dem französisch-chinesischen Kriege angeht, so hat die englische Regierung gerade wie jetzt gegenüber Rußland sich damals nur Frankreichs Erklärung, daß Reis absolute Konterbande sei, widersetzt. Keineswegs ist sie iedoch gegen die Erklärung von Reis als bedingter Konterbande eingetreten.

Einmal die Frage betrachtet, ob es sich mit der Präcedenz aus dem japanesisch-chinesischen Krieg wirktlich so verhält, wie der Vertreter der Reklamation behauptet, so hat vielmehr Japan im § 10 der damaligen Prisenordnung Nahrungsmittel deutlich als bedingte Konterbande bezeichnet und während jenes Kriegs sind keine Anderungen hinzugefügt, so daß also das Gegenteil der Behauptung des Reklamanten der Fall ist.

Daß aber Kriegskonterbande, wenn auch unter neutraler Flagge fahrend, eingezogen werden kann, ist in der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 und von der völkerrechtlichen Wissenschaft und Praxis in gleicher Weise anerkannt.<sup>2</sup>)

Da die zur Verhandlung stehende Ladung aus den obigen Gründen einzuziehen ist, so erübrigt es sich, auf die übrigen Punkte des Vertreters der Reklamation einzugehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 7. Juni 1905 im Prisengericht zu Vokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Vokosuka, Kobayashi Yoshio.

(Unterschriften.)

Reklamant: A. Chazalon and Company, Shanghai, China, vertreten durch den Prokuristen Maurice Jacquet.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku Unemecho Nr. 15.

Am 7. Juni hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensache betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Scotsman", welcher am 14. Februar 1905 in der Tsugarustraße bei dem Leuchtturme von Shiokubi von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 30 aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme der auf dem englischen Dampfer verschifften ungefähr 20000 Sack Saigon-Reis erkannt, worden ist

Gegen dieses Urteil hat Maurice Jacquet als Vertreter des Reklamanten, der Firma A. Chazalon and Company, durch den Rechtsanwalt Akiya ma Genzo als Prozebvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. iur. Ishiwatari Binichi beim Obernstengericht egenfüt worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Das am 7. Juni 1905 von dem Prisengericht zu Vokosuka gefällte Urteil auf Wegnahme der Ladung des Dampfers "Scotsman" von etwa 2000 Sack Saigon-Reis sei unzutreffend. Es werde Aufhebung desselben und Freigabe der genannten Ladung beantragt, und zwar aus folvenden Gründen:

- 1. Es sei von der Wissenschaft und der Praxis als billig anerkannt, daß die zur Verhandlung stehende Ladung von Saigon-Reis, welche nach Whadiwostok, dem einzigen Handels- und Kriegshafen Rußlands im Osten, befördert worden sei, als zur Einfuhr nach dem Handelshafen des genannten Platzes und nicht zur Lieferung für den Kriegsgebrauch bestimmt betrachtet werden müsse. Es sei daher unzutreffend, daß das Gericht erster Instanz die Ladung als zum Kriegsgebrauch bestimmt und daher als Konterhande angesehen habe.
- 2. Das Gericht erster Instanz nehme unter Verweisung auf die in dem Urteil aufgezählten Tatsachen an, daß die zur Verhandlung stehende Ladung der russischen Regierung gehöriger Kriegsvorrat, daher Konterbande sei.

Dies sei eine unzutreffende Entscheidung, welche die Tatsachen falsch auffasse, wie im folgenden dargetan werde:

a) Wladiwostok sei nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten, sein Handel sei zur Zeit der Beförderung der zur Verhandlung stehenden Ladung wie früher ausgeübt worden und durchaus nicht zum Stillstand gekommen. Es sei bekannt, daß auch neutrale Kaufleute ihre Geschäfte geöffnet gehalten und betrieben hätten. Aus dem in dem "Neptunus"-Fall des

englisch-holländischen Krieges vom Jahre 1798 gegebenen Urteilsbeispiel sei ersichtlich, daß die völkerrechtliche Praxis auf dem Standpunkt stehe, daß im Falle, wo Güter, welche sowohl zu kriegerischem wie friedlichem Gebrauch dienen könnten, nach einem Hafen wie dem genannten befördert würden, der die Eigenschaften eines Kriegs- und eines Handelshafens in sich vereinige, angenommen werden müsse, daß sie nach dem Handelshafen befördert würden und zu friedlichem Gebrauch bestimmt seien. Es sei daher im Widerspruch mit dieser Präcedenz, daß die zur Verhandlung stehende Ladung als Kriegsvorrat angesehen worden sei.

b) Wenn der Eisbrecher auch der russischen Regierung gehöre, so werde er doch immer dazu verwandt, für dort verkehrende Handelsschiffe aller Länder das Eis zu brechen, den Verkehr zu erleichtern und allerhand Bequemlichkeiten zu vermitteln. Das sei nicht nur während der Kriegszeit, sondern auch im Frieden der Fall. Wenn daher auch im Chartervertrag des Dampfers, auf dem die zur Verhandlung stehende Ladung verschifft sei, eine Bestimmung stehe, daß der Dampfer nötigenfalls kostenlos die Hülfte des Eisbrechers erhalten werde, und wenn auch der Kapitän geglaubt habe, daß er von dem Eisbrecher Mitteilung darüber habe erhalten sollen, wer der Empfänger sei, so könne man daraus nicht ohne weiteres schließen, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Kriegsvorrat sei, welcher an die russischen Truppen habe befördert werden sollen.

c) Wenn das Chartergeld und die Versicherungsprämie sehr hoch gewesen sei, so sei das in Kriegszeiten tetwas ganz Gewöhnliches. Besonders, weil bei einer Reise nach einem dem Kriegsschauplatz nahe gelegenen Hafen einer der kriegführenden Mächte das Chartergeld und die Versicherungsprämie für das Schiff außer der gewöhnlichen Seegefahr noch die Kriegsgefahr zu berücksichtigen und den daraus möglicherweise entstehenden Schaden im voraus zu decken habe, so sei eine anerkannte Handelsgewohnheit, im Vergleich mit Friedenszeiten hohe Summen zu vereinbaren. Daher könnten die Tatsachen nicht als Unterlagen für die Annahme dienen, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Kriegsvorat sei.

d) Wenn die russischen Truppen auch Reis essen möchten, so könne man darüber, daß er bei ihnen kein gebräuchliches Nahrungsmittel sei, nicht streiten. Es könne freilich nicht bestritten werden, daß die russischen Truppen in Nord-Korea und in der Mandschurei viele Koreaner und Chinesen angestellt hätten. In Waldwostok und seiner Umgegend seien aber talsächlich derartige Bevölkerungselemente nicht engagiert. Daher müsse man es als unzutreffend bezeichnen, wenn angenommen worden sei, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für diese Leute bestimmt erwesen sei.

Nach allem diesen reiche keine der von dem Gericht erster Instanz als zur Begründung des Urteils aufgestellten Tatsachen aus, um zu beweisen, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Kriegsvorrat gewesen sei.

Kurz, wenn der Reis auch nach einem Hafen, wo die feindlichen Truppen sich sammelten, befördert worden sei, so beschränke sich sein Gebrauch doch nicht unbedingt auf die Truppen, sondern auch die übrige Bevölkerung lebe davon. Wissenschaft und Praxis seien sich darin einig und man brauche es nicht zu diskutleren, daß Reis nicht als Konterbande gelten dürfe, weil, wenn Reistransporte so ganz aufhören würden, die Zvilbevölkerung dem Hunner preiserechen würde.

Da kein absoluter Beweis vorliege, daß die zur Verhandlung stehende Ladung den russischen Truppen habe geliefert werden sollen, so sei es billig, zu entscheiden, daß sie gewöhnliche Handelsware sei.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Yanagita Kunio, sind folgende:

1. Der Reklamant behaupte,

der Bestimmungsort der zur Verhandlung stehenden Ladung Wladiwostok habe neben seiner Eigenschaft als Kriegshafen auch die eines Handelshafens, und Güter, welche dorthin eingeführt würden, könnten nicht als zum Kriegsgebrauch bestimmt angesehen werden.

Aber vor der Kriegseröffnung habe man Wladiwostok auf keinen Fall nach den damaligen Zusänden als einen allgemeinen Handelsplatz betrachten können. Wenn man dazu erwäge, daß die russische Regierung mit allen Mitteln Vorräte für die Armee und Marine dort anzusammein bestrebt sei, so sei es gerechtiertigt anzunehmen, daß Lebensmittel, die dorthin gingen, Konterbande seien. Wenn es auch vieleicht Präcedenzen und wissenschaftliche Ansichten, wie der Reklamant sie angebe, geben möge, so paßten diese doch nicht auf Wladiwostok, welches kein Handelshafen sei.

Daß eine im Verhältnis zu Frachtgeldern in Friedenszeiten zehnfache Summe geleistet und empfangen worden sei, und daß in Voraussicht einer Einziehung eine besonders hohe Versicherung genommen sei, deute darauf hin, daß nicht eine gewöhnliche Handelstransaktion bezweckt gewesen sei.

Kurz, es sei nach den damaligen Verhältnissen des Bestimmungsortes sowie früheren und jetzigen Anzeichen klar, daß der Transport
der zur Verhandlung stehenden Ladung für die feindlichen Truppen beabsichtigt gewesen sei; und sowohl nach den Grundsätzen des Völkerrechts wie nach dem neuerlich verkündeten japanischen Standpunkt
stehe der Einziehung derselben nichts im Wege.

2. Es sei überflüssig zu erörtern, daß Reis bedingte Konterbande sei. Der Hauptpunkt der Reklamation besage, daß

es unzutreffend sei, wenn das Gericht erster Instanz daraufhin, daß der Bestimmungsort Władiwostok sei, ohne weiteres angenommen habe, daß die Ladung zum Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen.

Da es aber bekannt sei, daß Rußland beim Ansammeln von Kriegsvorräten für Marine und Armee Wladiwostok zum Mittelpunkt gemacht habe, so liege sehon darin, daß Lebensmittel Orthin gingen, ein ausreichender Grund für die Annahme, daß sie zum Kriegsgebrauch zu liefern gewesen wären, wenn auch sonst keine Anzeichen vorhanden seien, welche einen Schlüß auf ihre Bestimmung gestattelten.

Der Reklamant führe dafür, daß Wladiwostok ein Handelshafen sei, als Beispiel an, daß es außer dem Millträ auch noch sonstige Einwohner gebe und daß kleine Läden vorhanden seien. Diese Behauptung tue dar, daß er die Verhältnisse nicht verstehe. Wenn Wladiwostok beispielsweise ein Hafen sei, wie der auch in dem von dem Reklamanten ziterte "Neptunus"-Urteil erwähnte französische Hafen Brest, so müsse man doch mit Recht behaupten, daß es unmöglich der angünstigen Präsumption entgehen könne. Wladiwostok übertreffe aber offenbar Brest bei wieltem an milltärischer "Bedeutust".

Kurz, die Berufung sei in allen Punkten unbegründet.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es ist völkerrechtlich anerkannt, daß Lebensmittel wie Reis, im Falle, daß sie für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sind oder nach einem Platz in Feindesland gehen und angenommen werden muß, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würden, als Kriesskonterbande anzusehen sind, und eingezogen werden können.

Es ist nun aber unbestritten, daß der in Frage stehende Reis nach Wladiwostok bestimmt gewesen ist. Ferner ist es eine bekannte Tatsache, daß Władiwostok Rublands wichtigster Kriegshafen ist und daß Rußland diesen Platz seit dem Kriege mit Japan zum Hauptstützpunkt für seine Flotte und Hauptetappenort gemacht hat. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert, und der gewöhnliche Handelsverkehr ist dort fast gänzlich zum Süllstand gekommen.

In dem Chartervertrag des Dampfers "Scotsman", auf dem die zur Verhandlung stehende Ladung verschifft worden ist, steht eine Bestimmung, nach welcher die Verpflichtung übernommen wird, daß das Schiff bei Ankunft in Władiwostok erforderlichenfalls, ohne daß ihm daraus Kosten erwüchsen, sich von dem Eisbrecher innerhalb und außerhalb des Hafens eine Fahrrinne solle brechen lassen können. Es wird also, obwohl, wie auch der Rekkmant annimmt, der Eisbrecher im Eigentum der russischen Regierung steht, ausdrücklich verbürgt, daß das Schiff, welches zur Beförderung der zur Verhandlung stehenden Ladung diene, den Eisbrecher kostenlos benutzen könne, um sich bei Wladiwostok eine Fahrrinne brechen zu lassen. Nach Aussage des Kapitäns hat ihm, wenn er nach Wladiwostok kam, der Empfänger der zur Verhandlung stehenden Ladung von dem Eisbrecher mitgeteilt werden sollen. Nach dem Ladungsverzeichnis ist der Wert der Ladung reichlich Fcs. 210 000.— Demgegenüber beträgt das Chartergeld von Saigon bis Wladiwostok den enormen Betrag von £ 6250 netto. Nach allem diesen zu schließen, kann man. auf keinen Fall annehmen, daß der zur Verhandlung stehende Saigon-Reis im gewöhnlichen Handelsverkehn nach Wladiwostok geschafft worden ist.

Der Reklamant behauptet, daß der Handelsverkehr in Wladiwostok zur Zeit der Beförderung der zur Verhandlung stehenden Ladung wie früher ausgeübt und noch keineswegs zum Stillstand gekommen sei. Da für diese Behauptung aber keinerlei Beweis erbracht worden ist, so kann sie nicht als der Wahrheit entsprechend angesehen werden.

Weiter sagt er, die zur Verhandlung stehende Ladung Reis müssen nach dem Urteilsbeispiel des "Netpunus"-Falles als zum friedlichen Gebrauch bestimmt angesehen werden. Da aber die Verhältnisse des Bestimmungsortes in dem genannten Falle von denen der vorliegenden Sache von Grund aus verschieden sind, so kann jener Fall nicht als Präcedenz für den vorliegenden dienen.

Da es, wie oben dargetan, durchaus zutreffend ist, daß das Urteil erster Instanz den zur Verhandlung stehenden Saigon-Reis als Kriegskonterbande angesehen und seine Wegnahme verfügt hat, so ist es nicht notwendig, auf die einzelnen Berufungspunkte noch besonders einzuwehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 5. September 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Holland Gulf Stoomvaart Maatschappy, vertreten durch Johannes Josephus de Poorter, wohnhaft in Rotterdam.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75. In der Prisensache, betreffend den holländischen Dampfer "Wilhelmina" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Wilhelmina" wird eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Wilhelmina" steht im Eigentum der Holland Gulf Stoomvaart Maatschappy, Rotterdam, Holland. Er führt die holländische Flagge und dient zum Gütertransport.

Der Kapitän A. Wolkammer lud im August 1904 in Cardiff eine Ladung Steinkohle, mit welcher er nach Wladiwostok gelangte. Als er die Ladung an die russischen Behörden abgeliefert hatte, erhielt er am 1. Dezember dieses Jahres von seinem Reeder die Order, nach Shanghai zu fahren, um dort Schiffskohle zu laden und wieder nach Władiwostok zu fahren. Am 12. d. M. verließ er Władiwostok und traf am 24. in Shanghai ein. Am 28. d. M. erhielt er von dem Reeder Order, sofort Steinkohle zu laden und lud nach Anweisung der Firma Alexander Bielfeld & Co. in Shanghai am Hafen liegende 68971/2 Tons Cardiffkohle, gab vor. nach Astoria in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu fahren, erhielt von dem holländischen Konsul in Shanghai Ausklarierungsschein und Gesundheitsnaß für Astoria und fuhr. ohne ein Konnossement zu haben, am 13. Januar 1905 von Shanghai ab. Auf der Fahrt nach Wladiwostok begriffen, wurde er am 16. desselben Monats nachmittags 2 Uhr 30 Minuten auf 35 º 2' 45" n. Br. und 129 º 24 ' 15" ö. L. etwa 15 Seemeilen östlich von der koreanischen Insel Chyöllyöng, weil er Konterbande führe, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Naniwa" und dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 60 aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Naniaw", Marineleutnants Shirais hi Shin sei, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Wilhelmina" A. Wolkammer, des I. Offiziers de Vries, des 2. Offiziers D. Geertsma und des I. Maschinisten H. P. Burg dorffer, durch das Schiffszertifikat, das Tagebuch, die Ausklarierungsbescheinigung und die Telegramme des Reeders an den Kapitän.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant sei der Eigentümer des Dampfers "Wilhelmina". Der Dampfer habe vom 28. Dezember 1904 in Shanghai Steinkohle, welche dem Charterer, D an iel Milberg in Hamburg, Deutschland, gehörte, geladen und sei damit nach Wladiwostok abgefahren. Kohle sei aber keine absolute Konterbande. Vielmehr gelte sie nach der japanischen Seeprisenordnung<sup>1</sup>) als Konterbande nur, wenn sie für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sei oder als für den feindlichen Kriegsgebrauch zu liefern angesehen werden müsse.

Im Falle aber, daß Kohle nach einem Hafen wie Wladiwostok befordert werde, der die beiden Eigenschaften eines Kriegs- und Handelshafens in sich vereinige, sei es richtig, anzunehmen, daß dieselbe nach
dem Handelshafen befordert werde und nicht für den Kriegsgebrauch
geliefert werden solle. Das tue die Präcedenzentscheidung des "Neptunus"-Falls dar. Daher könne die Kohle, wenn sie auch nach
Wladiwostok befordert worden sei, nicht ohne weiteres als zum Kriegsgebrauch bestümmt angesehen werden.

Wenn die Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffes unvollständig und nicht in Ordnung seien, so sei der Grund dafür der, daß der Absender im Ladehafen oder dessen Vertreter keine Zeit gehabt habe, dem Kapitän die Papiere zu behändigen. Daß die Auskkairerungsbescheinigung usw. auf Astoria ausgestellt worden seien, sei geschehen, um die Mannschaft, die nicht nach Wladiwostok habe fahren wollen, zu beruhigen, nicht aber, um daudurch der Aufbringung zu entgehen. Man könne daher nicht sagen, daß die Ladung unter Anwendung betrügerischer Mittel verschifft worden sei.

Besonders auch, da die Kohle nicht dem Reeder gehöre, könne das Schiff, selbst wenn man die Kohle als Konterbande ansehe, nicht mit der Ladung zusammen eingezogen werden.

Es werde daher eine Entscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Dampfers beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladene Steinkohle sei nach dem russischen Kriegshafen Wladiwostok bestimmt und eri, da es somit offenbar sei, daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen, Konterbande.

Da ferner angenommen werden könne, daß die Kohle im Eigentum des Reeders stehe, und die Ausklarierungs- und sonstigen Papiere falsche Angaben enthielten, so sei das zur Verhandlung stehende Schiff einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Bestimmungen und die Praxis des Völkerrechts stehen auf dem Studien den Schiff, welches Konterbande führt, im Falle, daß sein Eigentümer und der Eigentümer der Konterbande dieselbe Person ist, eingezogen werden muß; ebenso daß Schiffe, welche unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande befördern, eingezogen werden müssen.

<sup>1)</sup> V. § 14.

Die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes besteht aus Cardiffkohle, wie sie zurzeit ausschließlich auf den Kriegsschiffen verwandt wird. Ihr Bestimmungsort ist Wladiwostok, der Hauptstützpunkt der russischen Flotte. Auf seiner letzten Reise hat das Schiff Kohle von Cardiff in England nach Wladiwostok befrödert und dot an die russischen Behörden abgeliefert. Daraus ergibt sich unzweifelhaft, daß die jetzige Kohlenladung für den feindlichen Kriegsgebrauch zu liefern und daher Konterbande ist. Wenn man weiter überlegt, daß ein Chartervertrag und ein Konnossement auf dem Schiff nicht vorhanden war, und daß der Kapitän nach Order des Reeders, die er in Wladiwostok und Shangahi erhielt, in Shanghai die Kohle geladen hat, sowie daß der Reeder den Kohlenhandel gewerbsmäßig betreibt, so darf man annehmen, daß die genannte Kohlenladung ihm gehört.

Wenn man ferner die Tatsachen nebeneinander hält, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer, obwohl er vorhatte, nach Wladiwostok zu fahren, mit einer Ausklarierung, die fälschlich auf Astoria lautet, gereist ist, und daß der Kapitän von dem Reeder Order erhalten hatte, bei der Fahrt nach Wladiwostok südlich um Japan herum zu fahren, so ergibt sich, daß das Schiff Konterbande befördert und dabei, um der Aufbringung zu entgehen, betrügerische Mittel verwandt hat. Aus allen diesen Gründen muß das Schiff eingezogen werden.<sup>9</sup>

Der Reklamant macht unter Änziehung des "Neptunus"-Urteils geltend, daß es richtig sei, im Falle, daß eine Ladung nach einem Hafen wie Wladiwostok befördert werde, der die Eigenschaften eines Kriegsund Handelshafens in sich vereinige, anzunehmen, daß die Ladung nach dem Handelshafen befördert werde und nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden solle. Da aber der Kapitän ausgesagt hat, daß als der zur Verhandlung stehende Dampfer früher nach Wladiwostok gefahren sei, der Hafen aussehließlich Kriegshafen gewesen sei, so sind die Verhältnisse von Wladiwostok und dem in dem "Neptunus"-Fall erwähnten Amsterdam grundverschieden.

Da demnach die Kohle offenbar für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollte, so ist die Behauptung des Reklamanten unbegründet.

Ferner hat der Vertreter der Reklamation einen am 9. Dezember 109d zwischen Dan iel Milberg und dem Vertreter des Reeders Poorter abgeschlossenen Vertrag bezüglich Transports von Kohle eingereicht und behauptet, daß nach diesem das zur Verhandlung stehende Schiff an Milberg werchartert sei und daß die Kohlenladung Milberg gehöre. Da aber die in diesem Vertrag angegebenen Tatsachen, angesichts der auf dem Schiff vorhandenen Papiere und der Aussagen des Kapitäns, nicht glaubwürdig erscheinen, so kann diese Ausführung des Reklamanten nicht anerkannt werden.

<sup>1)</sup> V. §§ 43,2 und 44,

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. Mai 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Choiiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Holland Gulf Stoomvaart Maatschappy, vertreten durch Johannes Josephus de Poorter aus Gravenhage und Josephus de Poorter in Rotterdam, Holland.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 16. Mai 1905 hat das Prisengericht zu Saseho in der Prisensache betreffend den holländischen Dampfer "Wilhelmina", welcher am 16. Januar 1905 etwa 15 Seemeilen östlich von der koreanischen Insel Chyöllyöng von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Naniva" und dem Kaiserlichen Torpedoboot ob aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Wilhelmina" erkannt worden ist

Gegen dieses Urteil haben Johannes Josephus de Poorter und Josephus de Poorter als Vertreter des Reklamanten, der Firma Holland Gulf Stoomwart Maatschappy, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeövertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Akiyama Genzo und deren Begründung sind folgende:

Das Gericht erster Instanz habe angenommen, daß die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladenen Steinkohlen dem Reeder gehörten, und zwar auf Grund folgender Tatsachen:

 daß auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff kein Chartervertrag und kein Konnossement vorhanden gewesen sei;

 daß der Kapitän auf Order des Reeders, die er in Wladiwostok und Shanghai erhalten habe, in Shanghai die Kohlen geladen habe;

3. daß der Reeder den Kohlenhandel als Gewerbe betreibe.

Dazu habe es das Bestehen des am 9. Dezember 1904 zwischen dem Reeder und dem Ladungseigentümer abgeschlossenen Kohlentransportvertrags nicht anerkannt und denselben gänzlich verworfen. Hierin habe das Urteil erster Instanz die Tatsachen falsch auf-

Hierin habe das Urteil erster Instanz die Tatsachen falsch aufgefaßt und folglich sei seine Vermutung im Widerspruch mit der Billigkeit. Dies solle nunmehr dargetan werden:

- 1. Was das Nichtvorhandensein eines Chartervertrags auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff angehe, so sei der Ort, an welchem dieser Vertrag geschlossen sei, von dem Ort, vo sich das Schiff zurzeit befunden habe, so weit entfernt gewesen, daß keine Zeit gewesen sei, um denselben an den Kapitän zu übersenden. Was die Unterlassung der Ausstellung eines Konnossements angehe, so sei es nach Handelsgebrauch nicht unbedingt nötig, ein solches auszustellen, wenn die Ladung von einer einzigen Art sei. Wenn daher auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff ein Konnossement nicht vorhanden sei, so sei dies kein sehwerwiegender Verdachtsgrund.
- 2. Was die Tatsache angehe, daß der Kapitän auf Order des Reeders, die er in Wladiwostok und Shanghai erhalten, in Shanghai Kohlen geladen habe, so habe der Reeder lediglich dem Kapitän die Erfüllung des Transportvertrages aufgetragen, und der Kapitän habe diese Order ausgeführt. Die Handlungen dieser beiden bewegten sich also durchaus nur in dem Rahmen ihrer Pflichten und gäben zu Verdacht nicht den geringsten Anlaß.
- 3. Wenn auch das Gewerbe des Reeders mit Kohlen zu tun habe, so ei es doch, wenn man nicht annehmen wolle, daß er überhaupt von Dritten keine Transportaufträge für Kohle erhalte, für ihn, den Reklamanten, als eine Dampfschiffahrtsfirma eine ganz natürliche Ausübung seines Gewerbes, wenn er mit dem Ladungseigentümer Dan iel Milberg einen Transportvertrag für Kohle abgeschlossen habe.

Aus diesen Gründen könne keine von den oben angeführten Tatsachen als Unterlage für die Annahme dienen, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs dem Reeder gehöre, und man müsse sagen, daß das Urteil erster Instanz, welches bei der Annahme betreffend das Eigentumsrecht an der Ladung diese Tatsachen zugrunde gelegt habe, mit der gewöhnlichen Billigkeit in Widerspruch stehe.

Ferner habe das Urteil erster Instanz entschieden, daß in Anbetracht der Schiffspapiere und der Aussagen des Kapitäns dem zwische dem Reeder und dem Ladungseigentümer abgeschlossenen, oben erwähnten Transportvertrag kein Glauben geschenkt werden könne. Daß das Gericht, ohne sich darüber zu äußern, in welchen Punkten dieser Vertrag mit den Schiffspapieren kollidiere und welche Aussage des Kapitäns mit ihm im Widerspruch stehe, einfach das Bestehen des Vertrags verwerfe, sei eine Entscheidung von ungeheuerlicher Willkür.

Für seine weitere Behauptung, daß Konterbandetransport unter Anwendung betrügerischer Mittel vorliege, führe das Urteil erster Instanz an, daß

> dies klar werde, wenn man die Tatsachen neben einander halte, daß das zur Verhandlung stehende Schiff, obwohl es vorgehabt habe, nach Wladiwostok zu fahren, mit einer

Ausklarierung und einem Gesundheitspaß, die auf Astoria gelautet hätten, gereist sei, und daß der Reeder dem Kapitān Order gegeben habe, bei der Fahrt nach Wladiwostok südlich um lanan herunzufahren.

Daß der Kapitän aber keine Ausklarierung und keinen Gesundheitspaß für Wladiwostok genommen habe, habe seinen Grund darin, daß
die Mannschaft diesen Platz für gefährlich gehalten und sich geweigert
habe, dorthin zu gehen. Der Kapitän habe daraufhin, um die Leute
zu beruhigen, in sehr politischer Behandlung der Verhältnisse den unwahren Ausklarierungsschein und Gesundheitspaß ausstellen lassen.
Daß dies nicht geschehen sei, um die Rechte des kriegführenden Staats
zu verletzen, sei von selbst klar.

Wenn femer der Reeder dem Kapitän gesagt habe, es sei besser, bei der Abreise von Shanghai südlich um Japan zu fahren, jedoch überlasse er das seiner Entscheidung, so sei das eine durchaus natürliche Handlung für einen Reeder und man brauche daraus nicht ohne weiteres zu schließen, daß dabei die Absicht, den kriegführenden Staat zu täuschen und seiner Aufbringung zu entgehen, zugrunde liege. Man könne daher nicht behaupten, daß das zur Verhandlung stehende Schiff sich betrüperisches Vorgehen habe zu schulden kommen lassen.

Das Urteil erster Instanz besage:

das zur Verhandlung stehende Schiff habe auf einer früheren Reise Kohle von Cardiff in England nach Wladiwostok befördert und dort an die russischen Behörden abgeliefert. Daraus ergebe sich, daß auch die jetzige Kohlenladung des Schiffs wie die frühere für den feindlichen Kriegsgebrauch zu liefern gewesen und daher als Konterbande zu betrachten sei.

Um indes aus einer früheren Handlung auf eine spätere Schlüsse ziehen zu können, müßten zwischen den beiden Handlungen gegenseitige Beziehungen bestehen. Wenn man dagegen aus zwei unabhängigen Tat-beständen, wenn sie auch ähnlich seien, ohne weiteres schließe, daß die Handlungen bei beiden dem gleichen Zweck entsprängen und gleichartige Handlungen seien, so sei das eine Annahme, die sich auf einem Mißverstehen der bei der Aufstellung von Vermutungen zu beobachtenden Gesetze grände.

Des weiteren bringe das Urteil erster Instanz die Aussage des Kapitäns vor, daß Władiwostok, als er früher mit dem zur Verhandlung stehenden Schiff dort gewesen sei, ausschließlich nur Kriegshafen gewesen sei, und behaupte daraufbin, daß

die Verhältnisse von Amsterdam zur Zeit des von dem Reklamanten angezogenen "Neptunus"-Falls von Wladiwostok grundverschieden seien. Wenn aber auch der Kapitän zufällig von Wladiwostok den Eindruck eines Kriegshafens bekommen habe, so könne man auf Grund dessen doch nicht behaupten, daß die Eigenschaft des Platzes als eines Handelshafens sich geändert habe.

Was den Punkt angehe, daß das in dem erwähnten Präcedenzfall vorkommende Amsterdam seinen Verhältnissen nach anders sein solle, so liege der Unterschied lediglich in dem während der Kriegszeit bestehenden Umfang des Handelsverkehrs. In jeder anderen Beziehung seien die Verhältnisse absolut dieselben, und das Urteil, welches die Präcedenzentscheidung, obwohl sie den vorliegenden Fall durchaus decke, völlig außer Acht gelassen håbe, müsse als zutreffend bezeichnet werden.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und eine Entscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Dampfers beantragt,

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Es gehe aus der eigenen Aussage des Kapitäns hervor, daß das Gewerbe des Reklamanten Kohlenhandel sei und daß die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs auf Order des Reklamanten und Reeders in Shanghai verschifft worden sei. Auch seien auf dem Schiff weder Chartervertrag noch Konnossement noch sonstige Papiere vorhanden gewesen, welche darauf schließen ließen, daß ein anderer Absender oder Eigentümer der Ladung existiere als der Reeder. Daher sei, weil kein Gegenbeweis vorliege, die Vermutung gerechtfertigt, daß die Steinkohlen dem Reeder und Reklamanten gehörten. Der Reklamant behaupte freilich, daß aus dem, nach seiner Aussage am 9. Dezember 1904 zwischen Daniel Milberg und dem Vertreter des Reeders, Poorter, abgeschlossenen, Kohlentransportvertrag hervorgehe, daß die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes Milberg gehöre. Einen solchen Vertrag könnten indes die Interessenten jederzeit abschließen und das von dem Reeder an den Kapitän in Wladiwostok gerichtete Telegramm, welches sich bei den Akten des Falls befinde, tue dar, daß der Reeder schon vor der Errichtung des genannten Vertrages, nämlich am 30. November 1904, Order gegeben habe, daß das zur Verhandlung stehende Schiff nach Shanghai fahren und dort Schiffskohle laden solle. Daher könne jener Vertrag, der auch nach Form und Inhalt schwer als hinreichend glaubwürdig angesehen werden könne, nicht als Gegenbeweis dienen.

Obwohl das zur Verhandlung stehende Schiff von Anfang an nach Wladiwostok bestimmt gewesen sei, habe es bei der Abreise von Shanghai ausdrücklich von dem Reeder den Rat erhalten, südlich um Japan herumzufahren. Es habe sich daher in Shanghai Ausklarierung und Gesundheispaß für Astoria in den Vereinigten Staaten von Nord-amerika geben lassen, sei indes sogleich nach Wladiwostok gefahren. Danach könne man nicht annehmen, wie der Reklamant es behaupte, daß die genannten Papiere beschaftl worden seien, um die Mannschaft zu beruhigen. Vielmehr lasse dies auf die Absicht schließen, die japanische Marine zu täuschen und der Aufbringung zu entgehen.

Da außerdem die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs Cardiffkohle sei, wie sie ausschließlich für die Kriegsmarinen geliefert werde, und da ihr Bestimmungsort, Wladiwostok, der Hauptstützpunkt der feindlichen Flotte sei, so sei es offenbar, daß sie zum Gebrauch dieser Flotte habe geliefert werden sollen. Es sei deshalb unbestreitbar, daß sie als Konterbande angesehen werden müsse.

Demnach sei es erwiesen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff sich des Transports von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel schuldig gemacht habe.

Das Gericht erster Instanz habe bei der Begründung seiner Annahme, daß die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs Konterbande sei, ausgeführt, daß

das Schiff auf seiner letzten Reise Cardiffkohle nach Wladiwostok befördert und dort an die russischen Behörden abgeliefert habe. Danach sei es unzweifelhaft, daß auch die diesmalige Kohlenladung zum feindlichen Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen usw.

Aber, wenn man auch, wie der Reklamant, diese Ausführung für nicht ganz zutreffend halten wolle, so diene doch Kohle, wie die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff vorhandene Cardiffkohle, wie sehon dargetan, ausschließlich zum Gebrauch auf Kriegsschiffen, und der Bestimmungsort der Kohle, Waldwio sotlo, sei, wie bekannt, der Hauptflottenstützpunkt des Feindes und der einzige Lieferungsort der von dieser Flotte benötigten Kohle. Daher sei mangels Oegenbeweises die Vermutung berechtigt, daß die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs, welche nach Wladiwostok bestimmt sei, für die feindliche Marine habe geliefert werden sollen.

Der Reklamant behaupte,

das Urteil der ersten Instanz gehe darin fehl, daß es der Entscheidung des "Neptunus"-Falls, welcher eine Präcedenz des vorliegenden sei, nicht folge.

Wladisostok sei aber der Hauptstützpunkt der feindlichen Flotte, und seit dem Kriege mit Japan hätten die gewöhnlichen Handelsschiffe ihren Verkehn nach dort fast gänzlich eingestellt. Es sei bekannt, daß Wladiwostok ein Handelshafen nur dem Namen nach, tatsächlich aber seinen Verhältnissen nach ein reiner Kriegshafen sei. Es sei von dem in dem "Neptunus"-Fall in Betracht kommenden Amsterdam der damaligen Zeit so verschieden, daß die beiden Häfen nicht auf eine Stufe gestellt werden könnten. Demnach könne jener Fall nicht als Präcedenz für den vorliegenden angewendet werden. Das Urteil erster Instanz sei ihm daher mit Recht nicht gefolgt, und die Berufung sei in diesem Punkte unbegründet.

Da, wie dargetan, das Urteil erster Instanz zutreffend und odie Berufung unbegründet sei, so müsse sie abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedarfskritkel aufgespeichet. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch gelieret werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die Kohlenfaldung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhalt ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung betreffend die "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die hier in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse 'der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können.<sup>3</sup>) Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird; besonders im vorliegenden Falle, wo die ganze Ladung des Schiffes Konterbande ist und, obwohl erwiesenermaßen schon bei der Abreise von Shanghai Wladiwostok das Reiseziel war, die Ausklarierungsbescheinigung und sonstigen Schiffspapiere einen falsehen Bestimmungsort angeben und das Schiff dem

<sup>7)</sup> Anders §§ 43, 44 der japanischen Seeprisenordnung (V) und Art, 82 bis 85 des englischen Manual of Naval Prize Law.

(36°) 563

nach zur Beförderung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel gedient hat.

Ferner kann nach den Schiffspapieren und auch sonst nicht angenommen werden, daß ein anderer Ladungseigentümer als der Reeder vorhanden ist. Das Datum des angeblich zwischen Daniel Milber g und dem Vertreter des Reeders abgeschlossenen Vertrags liegt später als die Order des Reeders an den Kapitän, nach Shanghal zu fahren, um dort Kohlen zu laden. Schließlich ist auch das Gewerbe des Reeders der Kohlenhandel. Aus all diesem ist zu schließen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung dem gleichen Eigentümer gehören.

Da schon nach dem in Punkt 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einzichung des zur Verhandlung stehenden Schiffs unzweifelhaft gerechtfertigt ist, so liegt keine Notwendigkeit vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzugehen. Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

**Reklamant:** Daniel Milberg, Hamburg, Deutschland, vertreten durch den Kapitän der "Wilhelmina", A. Wolkammer, Delfzijl, Holland.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt AkiyamaGenzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des holländischen Dampfers "Wilhelmina" wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Die Reklamation wird abgewiesen.

Die auf dem Dampfer "Wilhelmina" verladenen 6897 $^{\rm t}/_{\rm 2}$ Tons Steinkohlen werden eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung von 6s971/3. Tons Cardifkohle ist in Shanghai, China, auf dem Dampfer "Wilhelmina" verladen und am 13. Januar 1905 von dort nach Władiwostok abgesandt worden. Als am 16. d. M. der Dampfer "Wilhelmina" unter dem Verdacht, Konterfs4. bande zu führen, auf 35° 2' 45° n. Br. und 120° 24' 15° ô. L. etwa 15 Seemeilen östlich von der koreanischen Insel Chyöllyöng von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Naniwa" und dem Kaiserlichen Torpedoboot 60 aufgebracht wurde, ist auch die zur Verhandlung stehende Ladung beschlagnahmt worden.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Verteters des Kommandanten der "Naniwa", Marineleunnants Shraishi Shinsei, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Wilhelmina", A. Wolkammer, des 1. Offiziers de Vries, des 2. Offiziers D. Geertsma und des 1. Maschinisten H. P. Burgd orffert, durch das Schiffszerlifikat, das Tagebuch, die Ausklarierungsbescheinigung und die Telegramme des Reeders an den Kapitän.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe die ihm gehörige, zur Verhandlung stehende Ladung im Dezember 1904 in Shanghai, China, auf dem von ihm gecharterten Dampfer "Wilhelmina" verfaden und sie von dort am 13. Januar 1905 mit der Absieht, sie nach Wladiwostok hefördern zu lassen, abersehiekt.

Köhle sei aber ihrer Art nach keine natürliche Konterbande, sei vielmehr nur dann als Konterbande aæzusshen, wenn sei für de feindliche
Armee oder Marine bestimmt sei oder als für den feindlichen Kriegsgebrauch zu liefern angesshen werden müsse. Im Falle aber, daß Köhle
nach einem Hafen wie Wladiwostok befördert werde, der die beiden
Eigenschaften eines Kriegs- und eines Handelshafens in sich vereinige,
sei es richtig, anzunehmen, daß dieselben nach dem Handelshafen befördert werde und nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden solle.
Das tue die Präedenzentscheidung des "Neptunus"-falls dar. Daher
könne die Köhle, wenn sie auch nach Wladiwostok befördert worden sei,
nicht ohne weiteres als zum Kriegsgebrauch bestimmt angesehen werden.

Daher sei die zur Verhandlung stehende Ladung freizugeben.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nach dem Hauptstützpunkt der russischen Marine, Wladiwostok, bestimmt und sei, da es somit offenbar sei, daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen, Konterbande. Daher sei sie einzuziehen.

Das Gerieht ist folgender Ansicht:

Der Vertreter der Reklamation hat einen am 9. Dezember 1904 zwischen dem Reklamanten und dem Vertreter des Reeders der "Wilhelmina" Po ort er abgeschlossenen Vertrag bezüglich Transports von Kohle eingereicht und behauptet, daß nach diesem der Dampfer "Wilhelmina" an den Reklamanten verchartert sei und daß die zur Verhandlung stehende Ladung dem Reklamanten gehöre. Da aber die in

diesem Vertrag angegebenen Tatsachen, angesichts der auf dem Schiff vorhandenen Papiere und der Aussagen des Kapitäns, nicht glaubwürdig erscheinen, so kann diese Ausführung des Vertreters der Reklamation nicht anerkannt werden. Vielmehr muß man daraus, daß auf dem Schiff kein Chartervertrag und kein Konnossement vorhanden waren; daß der Kapitän nach Order des Reeders, die er in Wladisvostok und Shanghai erhielt. die zur Verhandlung stehende Ladung in Shanghai lud; sowie daß der Reeder den Kohlenhandel gewerbsmßig betreibt, schließen, daß die zur Verhandlung stehende Kohle dem Reeder gehört. Demnach ist die Reklamation, weil der Reklamant kein rechtliches Interesse an der zur Verhandlung stehende Ladunp hat, abzuweisen.

Die zur Verhandlung stehende Ladung besteht aus Cardiffkolle, wei sie zurzeit vorzugsweise auf Kriegsschiffen vervandt wird. Ihr Bestimmungsort ist Wladiwostok, der Hauptstützpunkt der russischen Flotte. Auf seiner letzten Reise hat das in Frage stehende Schiff Kohle von Cardiff in England nach Wladiwostok befordert und dort an die russischen Behörden abgeliefert. Daraus ergibt sich unzweifelhaft, daß die zur Verhandlung stehende Kohle für den feindlichen Kriegsgebrauch zu liefern war und daher Konterbande ist. 1) Demnach ist sie nach den völkerrechtlichen Grundsätzen mit Recht ietzuziehen. 2)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 16. Mai 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Daniel Milberg in Hamburg, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Wilhelmina", A. Wolkammer, aus Delfzijl, Holland

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt AkiyamaGenzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 16. Mai 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend die Ladung des holländischen Dampfers "Wilhelmina", welcher am 16. Januar 1905 etwa 15 Seemeilen östlich von der koreanischen Insel Chyöllyöng von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Namiwa" und dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 60 aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einzichung der auf dem Dampfer "Wilhelmina" verladenen 68971," Tons Stelinköhlen erkannt worden ist,

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2, - 2) V. § 43.

Gegen dieses Urteil hat A. Wolkammer als Vertreter des Reklamanten Daniel Milberg durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprissengricht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Akiyama Genzo und deren Gründe sind folgende:

In unserer Zeit werde Cardiffkohle nicht auf Kriegsschiffen ausschließlich gebraucht, sondern finde auch in allen Arten von Industrien reichlich Verwendung.

In einem Falle, wo Güter, die in dieser Weise zu kriegerischem und friedlichen Gebrauch verwandt würden, nach Wladiwostok, Rußlands einzigem Handels- und Kriegshafen im Osten befördert würden, sei es billig, wie in der Präcedenzentscheidung des "Neptunus"-Falls anzunehmen, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok eingeführt und zu friedlichen Zwecken verbraucht werden sollten.

Das Gericht habe die in dem am 9. Dezember 1904 zwischen dem Reklamanten und dem Reeder abgeschlossenen Transportvertrag angegebenen Tatsachen als im Hinblick auf die Schiffspapiere und die Aussagen des Kapitäns unglaubwürdig erachtet und unberücksichtigt gelassen. Das müsse als durchaus unbegründet bezeichnet werden. Die Schiffspapiere und die Aussagen des Kapitäns könnten die Wahrheit des oben angegebenen Vertrages und sein Bestehen nicht in Frage stellen, denn es sei keine Spur von Widersprüchen vorhanden. Wenn daher der erwähnte Vertrag als unglaubwürdig bei Seite gelässen worden sei, so sei das eine nicht zu rechtfertigende Entscheidung.

Ferner gründe das Urteil erster Instanz seine Annahme, daß die zur Verhandlung stehende Ladung dem Reeder gehöre, darauf, daß

auf dem Schiff kein Chartervertrag und kein Konnossement vorhanden gewesen sei, daß der Kapitän nach Order des Reeders, die er in Wladiwostok und Shanghai erhalten labe, die zur Verhandlung stehende Ladung in Shanghai geladen habe und daß der Reeder als Gewerbe den Kohlenhandel betreibe.

Wie aber bereits in den Bernfangsgründen in der Prisensache, betreffend den Dampfer "Wilhelmira", 30 auf dem die zur Verhandlung stehenden Kohlen verschifft seien, hinreichend erörtert worden sei, könnten diese Tatsachen nicht zur Unterstützung der Annahme dienen, daß das Eigentum an der zur Verhandlung stehenden Ladung nicht dem Reklamanten zustehe. Wenn deshalb daraufbin entschieden worden sei, daß sie dem Reeder gehöre, so sei gler wahre Sachverhalt verkannt und

<sup>3)</sup> VI. 29a,

die Entscheidung sei ungerecht, weil sie mit den Tatsachen nicht in logischem Einklang stehe.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und eine Entscheidung auf Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo Mizukami Chojiro und Vamamoto Tatsurokurosind folgende:

Wladiwostok sci seit dem japanisch-russischen Krieg, besonders seit dem Fall von Port Arthur, Rußlands einziger Flottenstütgrunkt im Osten; es sei ausschließlich Kriegshafen und der wichtigste Etappenort für Armee und Marine. Von seiner in Friedenszeiten gleichzeitig bestehenden Eigenschaft eines Handelshafens sei nichts übrig geblieben. Da ferner die zur Verhandlung stehende Ladung die von den Kriegsmarinen verwandte rauchlose Cardiffkohle sei, so könne das Urteil des "Neptunus"-Falls weder vom Gesichtspunkt der Ladung noch des Bestimmungshafens als Präcedenz zugunsten der Frießasung der zur Verhandlung stehenden Ladung geltend gemacht werden; vielmehr müsse man es als eine Präcedenz zugunsten der Finziehung bezeichnen.

Die Tatsache, daß ein Konnossement auf dem Schiff nicht vorhanden gewesen sei, daß der Reeder Kohlenhandel treibe und daß die Einnahme der Ladung und die Reise des Schiffes auf telegraphische Order des Reeders geschehen sei, lieferten klaren Beweis dafür, daß der Reeder als Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Ladung anzusehen sei. Demgegenüber könne man dem angeblich von dem Reklamanten mit dem Reeder abgeschlossenen Transportvertrag nicht die Kraft eines glaubwürdigen Beweises zuerkennen, da der Vertrag sich nicht an Bord des Schiffes befunden habe. Denn einen solchen Vertrag könnten die Interessenten jederzeit abschließen und die völkerrechtliche Wissenschaft und die Präcedenzen stimmten darin überein, daß in Prisensachen nur die auf dem Schiffe befindlichen Papiere und die Aussagen der Schiffsbesatzung und Passagiere Beweiskraft hätten.)

Es sei daher zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz diesen Vertrag beiseite lasse und auf Grund der vorhandenen Beweise annehme, daß die Ladung dem Reeder gehöre.

Daher müsse die Berufung, welche nicht zutreffend begründet sei, verworfen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der Reklamant sagt, das Urteil erster Instanz, welches seine Reklamation abgewiesen habe, sei unrechtmäßig. Auf der "Wilhelmina" haben sich jedoch weder ein Chartervertrag, noch ein Konnossement,

Derselbe Staatsanwalt benutzt die gegenteilige Behauptung gegen den Reklamanten in VI 26b.

noch sonst irgend ein Dokument vorgefunden, aus dem sich ergeben hätte, daß ein anderer Absender oder Eigentümer als der Reeder existiert. Dagegen ist die zur Verhandlung stehende Ladung auf Order des Reeders in Shanghai verschifft worden, und der Reeder betreibt das Gewerbe des Kohlenhandels. Es ist daher gerechtfertigt, wenn das Urteil erster Instanz im Hinblick auf diese Tatsachen angenommen hat, daß die zur Verhandlung stehende Ladung demselben Eigentümer gehört wie das Schiff.

Der Reklamant will freilich aus dem am 9. Dezember 1904 zwischen ihm und dem Reeder abgesehlossenen Transportvertrag beweisen, daß die Ladung in seinem Eigentum stehe; der Kapitän hat jedoch die Order, die zur Verhandlung stehende Ladung einzunehmen, bereits vor dem Datum des genannten Vertrags erhalten, und da ein solcher Vertrag jederzeit von den Beteiligten abgeschlossen werden kann, so hat er nicht den Wert eines Beweises dafür, daß die Ladung dem Reklamanten gehöre. Daher ist die Entscheidung der ersten Instanz auf Abweisung der Reklamation zutreffend.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26, August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: The Imperial Steamship Company Ltd., Eigentümerin des Dampfers "Bawtry", England, Manchester, Cross Street Nr. 14, vertreten durch den englischen Staatsangehörigen W. C. Bacon, Geschäftsführer der Firma Sivewright Bacon Company.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache betreffend den englischen Dampfer "Bawtry" wird, wie folgt, entschieden:

Urteilsformel:

Der Dampfer "Bawtry" wird eingezogen.

Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Bawtry" steht im Eigentum des Reklamanten, The Imperial Steamship Company Ltd., er führt die englische Flagge und ist ein Handelsschiff, welches zum Gütertransport dient. Der Dampfer wurde am 15. Dezember 1904 in Shanghai, China, von der Firma Die der ein ben, Jebsen & Co. gechartert Er lud in Hongkong und Kiautschou Bau- und Ausrüstungsmaterial für Kriegs- und andere Schiffe, Lebensmittel und Getränke, Eisenbahnbaumaterbilden zusammen mit vieler gemischter Ladung.

Um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen, wurde in den Konnossementen und dem Ladungsverzeichnis ohne Ausnahme fälschlich Hakodate als Bestimmungsort angegeben. Am 14. Januar 1905 brach der Dampfer von Kiautschou auf und wurde auf der Reise nach Wladiwosok in Rußland an 1. d. Ms., 1 Uhr 15 Minutten nachmittags auf der See in 34°58' nördlicher Breite und 130°28' éstlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa", weil er Konterbande führe, aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Tokiwa", Kapitänleutnants Torizaki Yasugo, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Bautry", Harry Reteliff Shotton, des Supercargo Otto Meier, das Schiffszertifikat des genannten Schiffsc, das Deckjournal, den Chartervertraz, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis.

Die Hauptpunkte der Ausführung des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer habe in Charter der Firma Diederichsen, Jebsen & Co. Gütter geladen, um diese nach Wladiwostok zu befördern. Da demnach der Reeder nicht der Eigentümer der Ladung sei, so könne das Schiff, wenn auch anzunehmen sci. daß sich unter der Ladung Kriegskonterbande befinde, da der Reeder die Ladung nicht unter Anwendung betrügerischer Mittel verladen habe, nicht der Strafe der Einzichung unterliegen. Wenn ferner anter den Schiffspapieren soche seien, welche Hakodate als Bestimmungsort angaben, so sei das auf Veranlassung des Kapitäns geschehen, ohne daß der Reeder daran irgendwie beteiligt sei. Daher könne letzteren hierfür keine Verantwortung treffen. Demnach müsse das zur Verhandlung stehende Schiff freigegeben werden.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Das zur Verhandlung stehende Schiff habe sich, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen, eines gefälschten Bestimmungsorts bedient und Kriegskonterbande befördert. Wenn auch dieser Betrug eine Handlung des Kapitäns sei, so habe doch dieser als Vertreter des Reeders diesen Transport ausgeführt. Daher könne der Reeder der Verantwortung nicht entgehen und das zur Verhandlung stehende Schiff sei einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

In gewöhnlichen Fällen beschränkt sich die Strafe für Konterbandetransport auf Einziehung der Konterbandegüter. 1) Wenn aber bei diesem Transport, um der Aufbringung der im Kriege begriffenen Marine zuentgehen, betrügerische Mittel verwandt werden, so wird auch das Schiff eingezogen. Das ist von den Bestimmungen und der Praxis des modernen Völkerrechts allgemein anerkannt.

Die von dem zur Verhandlung stehenden Dampfer "Bawtry" verladenen Güter, wie Material zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegsund anderen Schiffen, Nahrungsmittel und Getränke, Eisenbahnbaumaterialien usw. 2) sollten nach Wladiwostok, dem Hauptflotienstützpunkt Rußlands, befördert werden. Wenn bei dieser Reise Hakodate als Bestimmungsort vorgegeben wurde, so ist das offenbar geschehen. um durch dies betrügerische Mittel die Aufbringung durch die Kaiserlichen Kriegsschiffe zu vermeiden und den Kriegskonterbandetransport auszuführen.

Da demnach das Schiff unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande befördert hat, so kann es, gleichgültig, ob der Reeder der Eigentümer der Konterbande ist oder nicht, gleichgültig auch, ob er sie selber unter betrügerischen Mitteln verladen oder nicht, der Strafe der Einziehung nicht entgehen. 3)

Der Vertreter der Reklamation behauptet freilich, daß das betrügerische Vorgehen auf Seiten des Kapitäns oder Absenders geschehen sei und daß der Reeder hieran nicht im geringsten beteiligt gewesen sei. Daher könne den Reeder hierfür keinerlei Verantwortung treffen. Die Fälschung des Bestimmungsorts in den Konnossementen und dem Ladungsverzeichnis ist aber nach der Natur der Handlung und nach dem Geständnis des Kapitans offenbar eine Handlung des Kapitans. Wenn es aber eine Handlung des Kapitans ist, so muß unbestreitbar der von ihm vertretene Reeder die Verantwortung hierfür tragen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. Iuli 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Vamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: The Imperial Steamship Company Limited, England, Manchester, Cross Street Nr. 14, vertreten durch W. C. Bacon. Geschäftsführer der Firma Sive wright Bacon Company.

<sup>1)</sup> Vergleiche dagegen die Ansicht des Oberprisengerichts im Punkt 2 dieses Fails, in den Fällen VI 28a, 40a, 57 und anderen. 3) Il. 1 und 2. - 3) V. § 44.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 10. Juli 1005 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Bawtry", welcher am 17. Januar 1005 auf 31° 58° nördlicher Breite und 130° 28° Sotlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Finziehung des Dampfers "Bawtry" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat W. C. Bacon als Vertreter des Reklamanten, The Imperial Steamship Company Ltd., durch den Rechtsanwalt A kiya ma Genzo als Prozefisvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalts Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, und deren Begründung sind folgende:

1. Das Urteil erster Instanz habe angenommen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande geladen habe, und daraufhin die Strafe der Einziehung verhängt. Wenn man prüfe, welche Handlungen als Betrug angesehen worden seien, so sage das Urteil hierüber.

in den Konnossementen und in dem Ladungsverzeichnis sei nicht der wahre Bestimmungsort Wadiwostok angegeben, vielmehr sei Hakodate vorgegeben. Da dies in der Absicht geschehen sei, dadurch der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen, so stelle es eine betrügerische Handlung dar.

Um aber auf Grund von betrügerischem Verhalten einem Schiff die Strafe der Einziehung auferlegen zu können, müsse der Reeder zusammen mit dem Ladungseigentümer den Plan gehabt haben, zwecks Ausführung eines Konterbandetransports die Kaptoren zu täuschen, und ferner sei es unbedingt erforderlich, daß die dazu ergriffenen Mittel auch zur Durchführung des betrügerischen Plans geeignet seien. Was nun diesen Punkt angehe, so gehe es aus der Charte-Partie ganz klar hervor, daß der Reeder das zur Verhandlung stehende Schiff in Shanghai an die Firma Diederichsen, Jebsen & Co. vermietet und einen Chartervertrag abgeschlossen habe, nach welchem er es zum Transport von gemischter Ladung nach Wladiwostok bereitgestellt habe. Wenn zur Zeit der Beförderung der Ladung nicht Wladiwostok, sondern Hakodate als Bestimmungsort angegeben und die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis in diesem Sinne ausgestellt worden sei, so sei das unter Zusammenwirken des Kapitäns mit dem Charterer oder den Absendern geschehen. Daß der Reeder hieran nicht den geringsten Anteil gehabt habe, gehe aus den Akten des Falls klar hervor.

Wenn auch unstreitbar in der Regel der Kapitän als Vertreter des Reeders gelte, so stünden Groti us und andere große Gelehrte doch auf dem Standpunkt, daß den Reeder für solche ungesetzliche und willkürliche Handlungen die Verantwortung nicht treffen könne, und das moderne Völkerrecht erkenne dies an.

Selbst wenn man aber einmal annehme, der Reeder könne der Verantwortung nicht entgehen, so sei doch in dem Chartervertrag Wladiwostok klar als Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Schiffes
angegeben und, wenn daneben in den Konnossementen und den Ladungsverzeichnissen ein falscher Bestimmungsort eingetragen sei, so
hätte man doch damit den Plan, der Aufbringung zu entgehen, nicht zur
Durchführung bringen können. Man könne daher nicht sagen, daß das
zur Verhandlung stehende Schiff sich betrügerischen Vergehens schuldig
gemacht haber

 Die zur Verhandlung stehenden G\u00fcter seien keine absolute Konterbande. Daher k\u00f6nnthen sie, nur wenn sie zum Kriegsgebrauch des Feindes bestimmt seien, als Kriegskonterbande angesehen werden. Das Gericht erster Instanz habe indes angenommen, da\u00e4\u00dft

die Ladung, weil sie nach Wladiwostok, dem Hauptflottenstitzpunkt Rußlands bestimmt geresen sei, Konterbande sei. Aber da Wladiwostok sowohl der einzige Handels- als Kriegshafen Rußlands im Osten sei, so müsse in einem Falle, wo Güter nach einem solchen Hafen befördert würden, welche sowohl zu friedlichem als kriegerischem Gebrauch dienten, nach der Präcedenzentscheidung des "Neptunus"-Falls aus dem englisch-holländischen Kriege vom Jahre 1798 angenommen werden, daß die Güter nach dem Handelshafen Wladiwostok befördert und zu friedlichem Gebrauch bestimmt gewesen seien. Dies entspreche den völkerrechtlichen Bestimmungen und Gebräuchen.

Es werde daher Freigabe des zur Verhandlung stehenden Dampfers beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Vamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Die völkerrechtliche Wissenschaft und Praxis stimme darin überein, daß im Falle, daß ein neutrales Schiff Kriegskonterbande befördere, eine kriegführende Macht das Schiff beschlagnahmen, die Kriegskonterbandegüter und die dem Eigentümer dieser Konterbande gehörigen Güter einziehen und diese Strafe der Einziehung auch auf das Schiff erstrecken könne, wenn dasselbe mit gefälschten Schiffspapieren versehen sei oder einen falschen Bestimmungsort vorgebe, oder Eigentümer von Schiff und Ladung derselbe sei.

Der Absender des größten Teils der zur Verhandlung stehenden Ladung sei die Firma Jebsen & Co., welche erwiesenermaßen in Gemeinschaft mit dem Kapitän die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis fälschlich auf Hakodate als Bestimmungsort ausgestellt hätten, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen. Dies sei Betrug von der schwersten Art.

Was die Handlungen des Kapitins anginge, so sei es natürliches Rechtsprinzip, daß den Reeder die Verantwortung dafür treffe. Da im vorliegenden Falle die Handlung des Kapitäns geschehen sei, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen, so habe sie den Vorteil des Reeders bezweckt, und es sei selbstverständlich, daß der Reeder der Verantwortung hierfür nicht mit der Begründung sich entziehen könne, er habe hierzu keinen besonderen Befehl erteilt.

Ferner sei das gegenwärtige Wladiwostok von Amsterdam zur Zeit des englisch-holländischen Krieges durchaus verschieden, und seit dem japanisch-russischen Krieg, besonders seit dem Fall von Port Arthur, sei Wladiwostok tatsächlich kein Handelshafen.

Der Kapitän habe ausgesagt, daß er gewußt habe, daß Wladiwostok zurzeit die wichtigste Flottenbasis für die Armee und Marine sei. Ferner habe der Charteere, die Firma Jeh sen & Co., sehon früher in dem Fall des "Veteran" 9) versucht, die Blockade von Port Arthur zu brechen. Daher sei es offenbar, daß auch diesmal ein Kriegskonterbandetransport zum Zwecke eroßen Gewinns unternommen gewesen sei.

Die Entscheidung erster Instanz auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Dampfers sei daher zutreffend, und die Berufung müsse abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

 Da der Bestimmungshafen des zur Verhandlung stehenden Schiffes Wladiwostok ist, so ist es klar, daß die unter der Ladung befindlichen Waffen und Materialien für Bau und Ausrüstung von Kriegsschiffen Kriegskonterbande sind.<sup>4)</sup>

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan har Rußland es zum Sützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dort hat fast ganz aufgehört. Daher müssen auch die unter der Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes betindlichen Lebensmittel, Getränke und Eisenbahnbaumaterialien als für den russischen Kriegsgebrauch bestimmt und demgemäß als Kontterbande angesehen werden. 9

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung betreffend den "Neptunus" auch in diesem Fall angenommen werden, daß die Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Wie aber oben angegeben, befindet sich unter der Ladung absolute Konterbande,

<sup>4)</sup> VI, 24a und b. -- 1) II. Ziffer I, -- 1) II. Ziffer 2.

und auch wenn man die bedingte Konterbande ins Auge faßt, so sind doch die Verhältnisse des Bestimmungsorts im vorliegenden und im "Neptunus"-Fall so verschieden, daß dieser Fall nicht als Präcedenz geltend gemacht werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können, 7) Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird, besonders im vorliegenden Fall, wo, obwohl es schon bei der Abfahrt von Shanghai bestimmt war, daß das Schiff nach Wladiwostok gehen sollte, in den Konnossementen und im Ladungsverzeichnis der falsche Bestimmungsort Hakodate angegeben war; wo also Konterbandetransport unter Anwendung betrügerischer Mittel vorliegt, 8)

Nach dem in den Punkten 1 und 2 Ausgeführten ist die Entscheidung erster Instanz auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes durchaus gerechtfertigt und die Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 30, November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Harry Ratcliff Shotton; Kapitan des Dampfers "Bawtry" aus England, South Shields, Iorante Terrace Nr. 13, als Vertreter

- des österreich-ungarischen Staatsangehörigen Hermann Kobritz in Shanghai, China,
- der deutschen Firma Die derich sen, Jebsen & Co. in Kiautschou, China, und

der Firma Siemssen & Co. in Kiautschou, China.

die deutsche Firma Sietas, Plambeck & Co. in Kiautschou, China. Prozeßvertreter der beiden Reklamanten: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend Ladung des englischen Dampfers "Bawtry" wird, wie folgt, entschieden: 1) Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage,

das englische Manual of Naval Prize Law, Art, 82 bis 85,

<sup>1)</sup> V. § 44.

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Bawtry" verschifften, in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter werden sämtlich eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist in Hongkong und Kiautschou, China, von dem englischen Dampfer "Bawtry" geladen worden. Am 14. Januar 1905 fuhr sie von Kiautschou ab, um nach Wladiwostok in Rußland befördert zu werden. Als am 17. d. Mts., 1 Uhr 15 Minuten nachmittags die "Dawtry" auf der Sei n 34 98 in ördicher Breite und 130° 28' östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa" aufgebracht wurde, wurde auch die Ladung mit beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Verterers des Kommandanten der "Tokiwa", Kapitänleutnants Torizaki Yasuzo, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Bastry", Harry Ratcliff Shotton und des Supercargo Otto Meier, das Schiffszertlifkat des genannten Schiffse, das Deckjournal, den Chartervetrag, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung stehe im Eigentum der Reklamanten, sei im Dezember 1004 in Kiautschou, China, auf dem englischen Dampfer "Bawtry" verschifft und auf der Reise nach Wiadiwostok zusammen mit dem Schiff von einem Kaiserlichen Kriegsschiff beschlagnahmt worden.

Unter dieser Ladung befänden sich Güter, welche keine Kontebande seien und solche, welche sovohl zu friedlichem als kriegerischem Gebrauch dienen können. Die letzteren könnten aber als Kriegskonterbande nur dann angesehen werden, wenn Beweis vorhanden sei, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Truppen zu liefern gewesen wären. In dem gegenwärtigen Falle lägen indes derartige Beweise nicht vor, und die Güter seien nach Wladivostok, welches die Eigenschaften eines Handels- und eines Kriegshafens vereinige, bestimmt gewesen. Es entspreche den Bestimmungen und der Praxis des Völkerrechts, wenn in diesem Falle unter Anwendung des Entscheidungsbeisjels über den "Neptunus"-Fall aus dem englisch-holländischen Kriege vom Jahre 1706 angenommen würde, daß die Güter mach dem Handelshafen Wladiwostok bestimmt nud für friedliche Zwecke zu liefern gewesen seien.

Es werde daher Freigabe der gesamten zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Da ein großer Teil der zur Verhandlung stehenden Ladung Kriegskonterbande und sein Bestimmungsort der russische Kriegshafen Wladiwostok sei, der Kanitän auch ausgesagt habe, daß der Empfänger dieser Güter wohl die russisch-chinesische Bank sei, so sei es offenbar, daß sie für den Gebrauch der feindlichen Truppen hätten geliefert werden sollen. Es sei daher unbestreitbar, daß sie eingezogen werden müßten.

Da ferner die unter der Ladung befindlichen Nichtkonterbandegüter dem Eigentürner der Konterbandegüter gehörten, so seien sie gleichfalls einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist durchaus richtig, wenn der Vertreter der Reklamation behauptet. Wladiwostok sei ein russischer Hafen, der sich aus einem Handels- und einem Kriegshafen zusammensetze. Seitdem aber der Krieg zwischen Japan und Rußland ausgebrochen ist, hat der Verkehr der gewöhnlichen Handelsschiffe dort gänzlich aufgehört, und es ist bekannt, daß Władiwostok ausschließlich zum Flottenstützpunkt der russischen Marine geworden ist.

Die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter haben alle zum Absender den Reklamanten, der Empfänger lautet "auf Order", und ihre Bestimmung ist Wladiwostok. Unter diesen Gütern sind die Nummern

> 19, 22, 46, 47, 52, 58, 64, 92, 93, 95 bis 97, 130, 139, 171, 177, 178, 216, 230, 234, 237, 245, 252, 253, 262, 274, 275, 287, 288, 292, 283, 318, 321 bis 323, 326, 345, 347, 349, 356, 362, 363, 368, 370, 394, 398, 409, 415, 499, 512, 534 bis 536, 546

Materialien zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegs- und anderen Schiffen; 1)

die Nummern 264, 555,

Waffen, 1)

die Nummern 1, 13 bis 17, 24, 35, 39, 40, 110, 113 bis 115, 122, 127 bis 129, 131, 134, 135, 231, 235, 258, 426, 428, 429, 511, 551

Lebensmittel und Getränke; 2)

die Nummern 2 bis 10

Eisenbahnmaterialien: 2)

die Nummern 309, 338, 412

Pferdegeschirr; 2)

die Nummer 478

Telephonbaumaterial, 2)

Da alle diese Güter nach einem feindlichen Kriegshafen bestimmt waren und nach der Aussage des Kapitäns wahrscheinlich die russischchinesische Bank der Empfänger war, so ist es als erwiesen zu erachten,

<sup>1)</sup> II. Ziffer 1, - 9 II. Ziffer 2.

Zahl .. Emp-

daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten. Sie sind daher mit Recht als Konterbande einzuziehen. 3)

Die übrigen Güter sind freilich keine Konterbande. Sie können aber, da sie alle den Eigentümern der vorbezeichneten Konterbande gehören, der Einziehung nicht entgehen. 4)

Der Vertreter der Rekkamation macht geltend, daß die Präcedenzentscheidung des "Neptunus"-Falls auf den vorliegenden Fall anzuwenden sei; diese Behauptung ist aber unbegründet, da die Verhältnisse des heutigen Wladiwostok und des damaligen Amsterdam ganz verschieden sind.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. Juli 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

# Verzeichnis der auf dem Dampfer "Bawtry" verschifften Güter.

(Hier folgt Im japanischen Öriginal zunächst das Verzeichnis, welches dem Urteil, betreffen die Reklamation von Hermann Kobritz (V) 304), sodam das Verzeichnis, welches dem Urteil, betreffend die Reklamation der Firma Diederichsen, Jebsen & Co., vertreiem durch August Müller (V130c), beigefügt ist. Daran schließt sich das Folgende an.)

der Bekannt- machung	Art der Güter	der Stücke	Absender	fänger
550	Roheisen	29 Bund		
551	Schokolade	5 Kisten		
552	Ausschnittwaren	1 Kiste		
553	Geibmetalikugeln	1,		
554	Weißbiech	1 .		
555	Gewehre	1 .		
135	Zucker	297 Sack	Siemssen	Order
136	Streichhölzer	185 Kisten		
137		5 ,		
138		10 .		
139	Eisendraht	10 Faß		
140	Watteabfăile	16 Kolli		
215	Eisenwaren	6 Kisten	Sietas, Plam- beck & Co.	

<sup>\*)</sup> V. § 43,1. -- 4) V. § 43,2.

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- pfänger
216	Eisennetz	10 Rollen	Sietas, Plam- beck & Co.	Order
218	Eiserne Träger	409 Stück		
219	Eisenwaren	3 Kisten		
220		4 Kolli		
221	Kupferröhren	1 Kiste		
222	Wagenfedern	2 Kisten		
223	Eisenwaren	4 Kolli u. 6 Faß		
224	Warenmuster	2 Kisten		
225	Palmöl	4 .		
226	Eisenwaren	1 Kiste		
227	Gelbmetallwaren	2 Faß		
228	Treibriemen	1 Kiste		
229	Stahltrossen	15 Rollen		
230	Schiffsgerät	2 Faß		
231	Branntwein	20 Kisten		
232	Feilen	5 .		
233	Treibriemen	1 Kiste		
234	Gelbmetall und Kupfer	2 Kisten		
235	Speisesalz	1902 Sack	1 1	1
236	Eisenstäbe	1286 Stück u. 335 Bündel		
237	Gelbmetallröhren , .	1 Kiste	: 1	

Reklamanten: Harry Ratcliff Shotton, Kapitän des Dampfers "Bawtry" aus England, South Shields, Iorante Terrace Nr. 13, als Vertreter

des österreich-ungarischen Staatsangehörigen Hermann Kobritz in Shanghai, China.

der deutschen Firma Die derichsen, Jebsen & Co. in Kiautschou, China,

und der Firma Siemssen & Co. in Kiautschou, China;

die deutsche Firma Sietas, Plambeck & Co. in Kiautschou, China.

Prozebvertreter der belden Reklamanten: Rechtsanwalt
Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Vokohama, Vamashitacho Nr. 75.

Am 10. Juli 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Bawty", wechter am 17. Januar 1905 auf 34° 58° nördlicher Breite und 130° 28° östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff", Tokiwa" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einzehung sämtlicher in dem dem Urteil beigefügten Verzeichnis aufgeführten, auf dem Dampfer "Bawty", verschiffen Oftier erkannt worden ist. Gegen dieses Urteil haben Harry Rateliff Shotton als Verteter der Reklamanten Hermann Kobritz, Diederichsen, Jebsen & Co. und Siemssen & Co. sowie die Reklamanten Sietas, Plambeck & Co. durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozedbertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalts Dr. jur. Is hiw atari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, und deren Begründung sind folgende:

- 1. Das Gericht habe entschieden,
  - da die zur Verhandlung stehenden Güter alle nach einem feindlichen Krigeshafen bestimmt gewesen seien, und nach der Aussage des Kapitäns wahrscheinlich die russisch-chinesische Bank der Empfänger gewesen sei, so sei es als erwisen zu erachten, daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch hätten geliefert werden sollen. Sie seien daher mit Recht als Kriegskonterbande einzuziehen.

Die übrigen Güter seien freilich keine Konterbande. Sie könnten aber, da sie alle dem Eigentümer der vorbezeichneten Konterbande gehörten, der Einziehung nicht entgehen.

Die von dem Gericht erster Instanz als Konterbande eingezogenen Güter seien alle nur im Falle, daß sie zum Kriegsgebrauch geliefert würden, Konterbande. Da diese Güter sogenannte bedingte Konterbande seien, so könnten sie nicht ohne weiteres mit der Begründung, daß sie nach dem russischen Kriegshafen Waldwostok bestimmt gewesen seien, als Kriegsbedarfsartikel angesehen werden. Denn da Wladiwostok von jeher neben seiner Eigenschaft als einziger Kriegshafen Rußlands auch die seines einzigen Handeshafens im Osten besessen habe, so entspreche es den völkerrechtlichen Bestimmungen, daß Güter, welche dorthin befördert würden, wenn sie wie die zur Verhandlung stehenden ihrer Art nach nicht nur zum Kriegsgebrauch, sondern auch allgemein zum Handels- und Industriebetrieb dienten, nach der Präeedenz in dem "Neptunus"-Fälle als nach dem Handelshafen Wladiwostok und zu friedlichen Gebrauch bestimmt angesehen würden.

2. Das Urteil erster Instanz besage, daß die Verhältnisse des Jetzigen Whadiwostok und des damaligen Amsterdam verschieden seien, Wladiwostok sei aber zur Zeit der Beförderung der zur Verhandlung stehenden Güter noch wie friher ein Handelsplatz gewesen, in den Handel- und Gewerbetreibende aller Länder ihre Niederlassungen geöffnet gehabt und ihre Geschäfte betrieben hätten. Wenn man das erwäge, so sei, wenn Wladiwostok in seiner Lage und in dem Grade seiner Entwicklung von Amsterdam verschieden sei, doch in der Eigenschaft als Handelsplatz kein Unterschied vorhanden. Demmach sei die

Entscheidung, daß das Urteilsbeispiel der "Neptunus" auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden könne, unzutreffend.

Wenn ferner auch der Kapitän ausgesagt habe, daß der Empfänger der zur Verhandlung stehenden Güter wohl die russisch-ehinesische Bank sei, so genüge das doch nicht, um darauf die Vermutung zu gründen, daß die Güter zum Kriegsgebrauch hätten gelisfert werden sollen. Da die Banken Organe zur Vermittung des Geldumlaußin Handelskreisen seien, so seien sie zeitweilig Besitzer der Handelswaren oder, wenn sie einen Frachwechsel negoeiterten, Empfänger derselben. Es sei daher falsch, aus den Aussagen des Kapitäns, daß die russisch-chinesische Bank wohl der Empfänger sei, darauf schließen zu wollen, in welcher Weise die Güter verbraucht werden sollten.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe der gesamten zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Priscngericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befänden sich über 50 Positionen absoluter Kriegskonterbande, nämlich Material zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegsschiffen, und zwei Positionen Wäffen. Außerdem seien in der Mehrzahl vorhanden Güter wie Lebensmittel, Telegraphen, Telephon- und Eisenbahmmaterialien, welche im Falle, daß man annehmen könne, daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten, als Kriegskonterbande gelten müßten.

Die Materialien zum Bau von Kriegsschiffen und die Waffen könnten schon lediglich daraufhin, daß sie nach dem feindlichen Wladiwostok bestimmt seien, als Kriegskonterbande eingezogen werden.

Die übrigen Güter seien freilich sogenannte bedingte Konterbande, aber die Verhältnisse des gegenwärtigen Wladiwostok könnten, wie im Urteil erster Instanz dargetan, nicht mit denen von Amsterdam während des englisch-holländischen Krieges im Jahre 1798 für gleich erklärt werden.

Der Reklamant behaupte,

Wladiwostok sei zu der fraglichen Zeit immer noch ein Handelsplatz gewesen wie früher. Handel- und Gewerbetreibende hätten ihre Niederlassungen geöffnet gehabt und alle blühende Geschäfte betrieben.

Dies sei in Wirklichkeit eine völlig unbegründete Behauptung, die nicht anerkannt werden könne. Denn der genannte Hafen sei vielmehr seit dem japanisch-russischen Kriege, und insbesondere seit dem Fall von Port Arthur, d. h. seit Januar dieses Jahres, Rußlands einzige Etappenbasis im Osten gewesen, welche sein Here und seine Marine auf dem

Seewege håtten erreichen können. Es sei eine nicht zu verborgende Tatsache, daß von gewöhnlichen Handelsschiffen auch nicht cin einziges dort verkehrt habe. Daher könne der "Neptunus"-Fall, wie auch das Urteil erster Instanz angenommen habe, nicht als ein auf diesen Fall passendes Beispiel angesehen werden.

Der Reklamant behaupte ferner,

die russisch-chinesische Bank sei wie eine gewöhnliche Bank ein Organ zur Vermittlung des Geldverkehrs für rein kaufmännische Kreise.

Das sei indes eine Behauptung, welche den wahren Charakter der genannten Bank nicht klarstelle. Im Jahre 1896 habe Rußland unter dem Vorwande der Vermittlung der Rückgabe der Liaotung-Halbinsel mit China den Cassini-Vertrag abgeschlossen und 12 Artikel über die Eisenbahn festgestellt. In dem Artikel 10 sei bestimmt worden, daß Port Arthur, Dalni und das benachbarte Gebiet, welche von großer militärischer Wichtigkeit seien, zu einem einheitlichen Kriegshafengebiet gemacht werden sollten. Da dieser Vertrag ein Geheimvertrag zwischen Rußland und China gewesen sei, so habe man Verhandlungen eröffnet, in welchen dem Anscheine nach Rußland China mit der Begründung, daß der Bau der vorher bestimmten Bahnlinie der sibirischen Eisenbahn gefährdet sci, zu bestimmen versucht habe, diese Bahn durch die Mandschurei legen zu lassen. Am 27. August russischen Stils sei der Welt vorgemacht worden, daß zwischen China und der russischchinesischen Bank ein Vertrag abgeschlossen worden sei, in welchem dieser der Bau und der Betrieb der mandschurischen Eisenbahn konzessioniert worden sei.

In der Folge habe die russisch-chinesische Bank, angeblich auf Grund dieses Vertrages, einen Entwurf eines Eisenbahnreglements unter dem Namen "Reglement der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft" der russischen Regierung eingereicht, welcher die Kaiserliche Genehmigung erhalten habe. Seitdem sei es nicht mehr verborgen worden, daß die sogenannte ostchinesische Eisenbahngesellschaft ein Organ für das Nachrichtenwesen zu Wasser und zu Lande und für militärische Zwecke sei, mittels dessen Rußland die Besetzung Port Arthurs und Dalnis ausgeführt und auch die Mandschurei mit übergeschluckt habe. Die russisch-chinesische Bank sei daher in Wirklichkeit eine russische Behörde, und man müsse annehmen, daß die zur Verhandlung stehenden Güter, deren Empfänger die russisch-chinesische Bank sei, für die russischen Behörden bestimmt gewesen seien. Dies um so niehr, als bei den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwostoks anzunehmen sei, daß Güter, wie die in Frage stehenden, zum Kriegsgebrauch für Armee und Marine dienen sollten.

Aus diesen Gründen sei die Berufung zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Da der Bestimmungsort des Schiffes Wladiwostok ist, so Ist es klar, daß die unter der Ladung befindlichen Waffen und Materialien für Bau und Ausrüstung von Kriegsschiffen Kriegskonterbande sind. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfstrüße aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dort hat fast ganz aufgehört. Daher müssen auch die unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befindlichen Lebensmittel, Getränke, Eisenbahn- und Telephonbaumaterialien sowie Pferdegeschirr als für den russischen Kriegsgebrauch bestimmt angesehen werden, und es ist außer Zweifel, daß sie nach den Bestimmungen und der Praxis des Völkerrechts Kriegskonterbande sind.

Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande schlechtlin eingezogen werden kann. Der von dem Reklamanten geltend gemachte Verkauf ist nur ausgeführt worden, wo besondere vertragliche Abmachungen vorlagen. Im übrigen findet er sich in Theorie und Praxis nur vereinzelt. Keinenfalls kann er jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden.

Unter den zur Verhandlung stehenden Gütern befinden sich freilich solche, die nicht zur Kriegskonterbande gehören, da sie aber Ladung des Eigentümers der Konterbande auf demselben Schiff sind, so erkennt das Völkerrecht an, daß sie mit dieser zusammen eingezogen werden können, und das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird.

Da aus den obigen Gründen das Urteil erster Instanz auf Einziehung der zur Verhandlung stehenden Güter durchaus zutreffend ist, so erübrigt es sich, auf die einzelnen Berufungspunkte noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 30, November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: August Müller, deutscher Reichsangehöriger, Prokurist der Firma Diederichsen, Jebsen & Co. in Shanghai, China.

China Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Nagasakiken, Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41. In der Prisensache betreffend die Ladung an Bord des britischen Dampfers "Bawtry" wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten, auf dem Dampfer "Bawtry" verschifften Güter werden sämtlich eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter, welche in Kiautschou in China auf dem Dampfer "Bawtry" verladen waren und am 14. Januar 1905 den genannten Hafen mit Bestimmung nach Wladiwostok verließen, wurden am 17. Januar, 1 Uhr 15 Minuten nachmittags, auf offener See in 34 o 58′ nördlicher Breite und 130 o 28′ östlicher Länge zusammen mit dem genannten Dampfer, welcher unter dem Verdacht stand, Kriegskonterbande zu führen, von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff "Tokiwa" aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Tokiwa", Kapitänleutnants Torizaki Yasu zo, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Bawtry", Harry Ratcliff Shotton, und des Supercargo Otto Meier, das Schiffszertifikat des genannten Schiffes, das Deckjournal, den Chartervertrag, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

1. Die meisten Stücke der zur Verhandlung stehenden Güter seien solche, welche nur in Friedenszeiten gebraucht würden und seien keine Kriegskonterbande. Wenn auch einige Güter vorhanden seien, welche indirekt für Kriegszwecke verwendbar seien, also sogenannte relative Kriegskonterbande, so diene doch keins von ihnen direkt für Kriegszwecke und keins sei demnach sogenannte absolute Kriegskonterbande. Nun hätten aber die Staaten des europäischen Kontinents bis heute das Prinzip anerkannt, daß nur Güter, welche wirkliche Kriegsgebrauchsartikel darstellten, als Kriegskonterbande gälten, und daß die sogenannten relativen Kriegskonterbandegüter nicht unter dieselbe zu rechnen seien. Dies Prinzip sei zur Durchführung gekommen in dem dänischen Krieg von 1866, dem deutsch-französischen Krieg von 1870 und dem russisch-türkischen Krieg von 1877, und es sei heute eine fest bestimmte Regel des Völkerrechts, von der nur das englische Prinzip abweiche. Auch die Völkerrechtskonferenz zu Venedig im Jahre 1896 habe in ihrem Artikel 1 das Gebiet der Kriegskonterbandegüter strikt auf die absolute Kriegskonterbande beschränkt und beschlossen, daß die relative Kriegskonterbande auszuschließen sei. Der Reklamant sei

der Ansicht, daß diese Meinung von Gelchrten und Kongressen hinreichend gewichtig sei und beachtet werden müsse. In unserer Prisenordnung<sup>4</sup>) sei allerdings im § 14 die relative Kriegskonterbande anerkannt, aber da die Verordnung nur eine für unsere Marineoffiziere erlassene Instruktion sei, so habe sei nicht die Kraft einer völkerrechtlichen Regel. Daher könnten auch die unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befindlichen relativen Kriegskonterbandegüter nicht eingezogen werden.

- 2. Selbst wenn man zugebe, daß auch relative Kriegskonterbande eingezogen werden könne, so beschränke sich das doch lediglich auf solche Fälle, wo es ausreichend bewiesen sei, daß diese Güter für den Gebrauch von Heer oder Marine des Feindes bestimmt seien. Für die zur Verhandlung stehenden Güter sei aber auch nicht die geringste Spur eines solchen Beweises vorhanden, und lediglich aus der Tatsache, daß Wladiwostok feindliches Gebeit sci, eine derartige Vermutung abzuleiten und auf Grund dieser die Bestimmung der Güter für den Kriesgeschrauch als erwiesen zu erachten, sei ungerechtfertigt.
- 3. Da die Güter neutral seien, so unterlägen sie nicht der Wegnien. Selbst aber angenommen, sie seien feindliche Güter, so müßten sie nach Artikel 3 der Pariser Deklaration, weil sie nicht Konterbande seien, freigelassen werden.

Aus diesen Gründen werde eine Entscheidung auf Freilassung der Güter beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befindlichen Lebensmittel, Oetränke, Eisenbahnbaumateriallen, Schiffsbau- und Ausrüstungsgegenstände seien, weil sie nach Wladiwostok, dem Hauptstützpunkt der feindlichen Streitmacht, verschifft seien, und es nach Aussage des Kapitäns außer Zweifel stehe, daß der Empfänger der Ladung die russisch-chinesische Bank sei, für den Kriegsgebrauch des Feindes bestimmt und föglich Kriegskonterbande. Daher seien sie einzuzichen. Was ferner die unter der Ladung befindlichen Güter angehe, die nicht Kriegskonterbande seien, so müßten sie, weil der Eigentümer der Kriegskonterbandegüter gehörig, mit diesen zusammen eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

In den von der Kaiserlichen Regierung erlassenen und veröffentlichten Verordnungen des Marineministerlums Nr. 1 vom Jahre 1904<sup>3</sup> und Nr. 1 vom Jahre 1905<sup>3</sup>) ist ganz klar bezeichnet, welche Güter während des japanisch-russischen Krieges als Kriegskonterbande behandelt werden sollen. Der Prozeßvertreter behauptet unter Anführung einiger kontinentaler europäischer Präcedenzen und Meinungen von Gelehrten, daß der Begriff der Kriegskonterbande sich keldiglich auf

<sup>1)</sup> V. — 2) II. — 3) III.

direkt zum Kriegsgebrauch bestimmte Güter beschränke. Es ist aber nach englischen und amerikanischen Beispielen sowie wissenschaftlichen Ansichten des europäischen Kontinents ebenso klar, daß disse die Eigenschaft von Gütern als Kriegskonterbande nicht unbedingt danach begrenzen, ob sie direkt zum Kriegsgebrauch dienen oder nicht. Da der Standpunkt darin, welche Güter unter die Kriegskonterbande fallen, dergestalt in den verschiedenen Staaten variiert, so kann der Behauptung des ProzeRvertreters nicht beigepflichtet werden.

Was die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter angeht, so sind dieselben von dem Verschiffer, nämlich den Reklamanten, an "Order" nach Wladiwostok verschifft worden.

Unter diesen Gütern sind:

No. 46, 47, 52, 64, 92, 93, 130, 171, 177, 178, 262, 274, 275, 287, 288, 292, 293, 318, 321 bis 323, 326, 345, 347, 349, 356, 362, 363, 368, 375, 394, 398, 405, 415, 499, 512, 534 bis 536, 546

Schiffbau- und Ausrüstungsmaterialien, 4)

264

Waffen, 4) 35, 40, 114, 115, 131, 258, 425, 426, 428, 429, 511

Lebensmittel und Getränke, 5)

309, 338, 412

Pferdegeschirr. 5)

Da der Bestimmungshafen dieser Güter Wladiwostok, der einzige Kriegshafen Rußlands im fernen Osten ist, und da nach Aussage des Kapitäns der Empfänger wahrscheinlich die russisch-chinesische Bank ist, es demnach klar ist, daß dieselben für den Kriegsgebrauch des Feindes bestimmt gewesen sind, so müssen dieselben als Kriegskonterbande angesehen werden.

Was die übrigen Güter angeht, so sind sie zwar keine Kriegskonterbande, sie gehören aber alle dem Eigentümer der oben angeführten Kriegskonterbande. Daher sind die zur Verhandlung stehenden Güter, weil sie Kriegskonterbande sind, beziehungsweise demselben Eigentümer gehören, einzuriehen. 9

Die übrigen Ausführungen des Vertreters der Reklamation bedürfen keiner Erörterung.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. Juli 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

<sup>\*)</sup> II, Ziffer 1, - 5) II. Ziffer 2. - 6) V, § 43.

Abschnitt VI 20 e

Verzeichnis der auf dem Dampfer "Bawtry" verschifften Güter.

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zalıl der Stücke	Absender	Emp- fänge
25	Kleidung	1 Kiste	Diederichsen, Jebsen & Co. in Kiautschou	Order
26	Holzgeräte	2 Kisten		
27	Hüte	1 Kiste		
28		1 ,		
29	Emaillewaren	6 Kisten		
30	Gewebe	1 Kiste		
31	Wasserdichtes Tuch .	1 .		
32	Webstoff	1 .		1
33	Schreibfedern	1 .	1 : 1	1
34	Webstoff	1 .	1 : 1	
35	Saucen	4 Faß	1 1	1
36	Baumwolltuch	1 Kiste	1 1	
37	Emaillewaren	7 Kisten	1 1	
38	Webstoff	1 Kiste		
39	Kognak	96 Kisten		
40	Benediktiner	49		
41	Hanftuch	1 Kiste		
42	F 111	27 Kisten		-
43	Caldontuch	1 Kisten		
44	111 11 1 0 4			*
45	D :			
46	Schrauben	20 Ballen		
47		3 Kisten		
48		3 ,		
48	Soda	1 Kiste		
	Salzsäure	5 Kisten		
50	Salpetersäure	1 Kiste		
51	Hanf	8 Ballen		
52	Holzschrauben	4 Kisten	, ,	
56	Eisenstangen	474 Stück		
57	Fensterglas	207 Kisten		
63	Dachrinnen	1 Kiste		
64	Eisenschrauben	3 Kisten		
65	Spaten	2 .		
66	Wagen	7 .		
67	Fahrradteile	3 ,		
68	Emaillewaren	10 .	1 1	-
69	Metallwaren	3 .	1 : 1	
70	Bügeleisen	1 Kiste	1 1	
71	Möbel	3 Kisten	1 1	
72	Spaten	2 .		
73	Gummi und Pinsel	2 :		
74	Maschinen	10		
75	Films	3 :		-
76	Lichtempfdl, Papier .	1 Kiste		
77	Maschinen	5 Kisten		

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- fänger
78	Maschinen	16 Kisten	Diederichsen, Jebsen & Co. in Kiautschou	Order
79		16 ,	,,	**
80	Klosetts	2 .	,,	**
81	Chlorkalk	1 Kiste	,,	,,
82	Eisenrinnen	2 Kisten	,,	19
83	Baumwolltuch	2 .	,,	11
84	Delfter Porzellan	2 ,	,,	**
85	Sonnenschirme	3 ,	,,	29
86	Baumwollzeug	2 .	,,	,,
87	Schmirgelleinen	2 .	,,	**
88	Glas	1 Kiste	,,	11
89	Wollgewebe	1 .	,,	**
90		1 .	,,	19
91	Gewebe	1 .	,,	19-
92	Eisenschrauben	3 Kisten	,,	12
93		6 ,	,,	
94	Baumwollzeug	1 Kiste	,,	22-
114	Eingemacht, Rindfleisch	486 Kisten	"	"
115	Champagner	497	,,	12
116	Tafelmesser	1 Kiste	19	**
117	Bügeleisen	2 Kisten	,,	12
118	Bürsten	1 Kiste	,,	***
119	Nähmaschinen	7 Klsten	"	
120	Kokosmatten	1 Ballen	,,	- 19
121	Öfen und Zubehör.	2 Kisten	19	12
130	Drahtstifte	353	,,	**
131	Salz	777 Sack	"	,,,
132	Kleidungsartikel	1 Kiste		19
133	Zigarren	1 .	,,	"
141	Fleischhackmaschinen .	2 Kisten	,,	"
142	Bestandteile von Kinder-			"
	wagen	3 .	,,	,,
143	Nähmaschinen	45 .	,,	**
. 144	Sprungfedem	14 Ballen	,,	11
145	Sägen	1 Kiste	,,	
146	Fleischhackmaschinen .	6 Kisten	,,	11
147	Hufeisennägel	24 .	,,	**
148	Bügeleisen	2 .	,,	
149	Kinderwagen	6 .	,,	
150	Metallgeschirr	3 .	,,,	
151	Messerwaren	1 Kiste	,,	,,,
152	Messingteile	1 ,	"	"
153	Nähmaschinen	9 Kisten	,,,	,,
154	Schaufeln	23 .	,,	"
155	Nähmaschinen	30 .	, ,,	19
156	Bratpfannen	1 Kiste	, ,	,,,

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- fänger
157	Metallwaren	1 Kiste	Diederichsen, Jebsen & Co. in Kiautschou	Order
158		1 .		
159	Schaufeln	34 Bund		
160	Nähnadeln	100 Kisten		-
161	Schaufeln	18 Bund		-
162	Nähmaschinen	20 Kisten		-
163	Maßstäbe	1 Kiste		-
164	Schaufeln	78 Kisten		
165	Eisenwaren	1 Kiste		•
166		1 "		
167	Kinderwagen	2 Kisten		-
168	Sägen	4 .		-
169	Kurzwaren	1 Kiste		
170	Bandmaße	1 .		
171	Eisendraht	5 Kisten		
172	Petroleumkocher	4 .		
173	Eisenwaren	1 Kiste		
174		1		
175		1 .		-
176	Hufeisen	1 .		
177	Elsennägel	1 Faß		
178	Schrauben	1 Kiste		
179	Kinderwagen	1 .		
180	Sandpapier	2 Kisten		
181	Schmirgelleinen 1.	1 Ballen		
182	Schraubstöcke	35 Stück		
183	Eisenwaren	1 Kiste	. 4	
184	Sägen	5 Kisten		
185	Eisenwaren	2 .		
186	Ambosse	20 Stück		
187	Hammer	5 Kisten		
188	Eisenwaren	4 .		
189	Feilen	2 Faß		
190	Elsenwaren	1 Kiste		
191	Hufeisennägel	12 Kisten		
192	Fleischhackmaschinen .	5 ,		
193	Wagen	9 "		-
194	Sägen	5 ,		
195		6 ,		
196	Bandmaße	1 Kiste		
197	Maßstäbe	1 ,		
198	Fleischhackmaschinen .	2 Kisten		
199	Sprungfedern	3 ,		
200	Bandmaße und Wasser-			
1	wagen	1 Kiste		
201		1 .		

			_	
Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- fänger
202	Äxte	20 Klsten	Diederichsen, Jebsen & Co. in Kiautschou	Order
203	Bügeleisen	8 ,		
204	Emaillewaren	1 Kiste		
205	Sägen	1 ,		
206	Nähmaschlnen	50 Kisten		-
207		46 ,		
208	Nägel	1 Kiste		-
209	Kopierpressen	1 .		
210	Ofen und Kacheln	2 Kisten		
211	Āxte	100 ,		
212	Sensen	2 .		
213	Emaillewaren	10 ,		
214	Kaufmannsgüter	1 Kiste		
258	Stärke	3 Kisten		
259	Tonplatten	159 .		
260	Emaillegeschirr	10 ,		-
261		18 .		-
262	Verz. eiserne Nägel .	16 .		
263	Eisenwaren	3 ,		
264	Ladeapparate	1 Kiste		
265	Eisenwaren	1 ,		-
266	Papierwäsche	1 .		
267		1 .		-
268	Metallwaren	1 ,		-
269		1 Kollo		-
270	Baumwollwaren	1 Kiste		-
271	Schuhe	8 Kisten		-
272	Stahlfedern	1 Kiste		
273	Woliwirkwaren	1 .		
274	Verz. Nägel	20 Klsten		
275	Unterlegescheiben	13 Faß		-
276	Eisenwaren	2 Klsten		
277	Schleifsteine	1 Kiste		-
278	Schleifsteingestelle	5 Kisten		
279	Schleifsteine	1 Kiste		-
280	Schleifsteingestelle	1 .		-
281	Eisenwaren	7 Kisten		-
282	Wollwirkwaren	1 Kiste		-
283	Herrenstiefel	1		-
284	Fensterglas	548 Kisten		-
285	Glasschelben	7 .		
286	Schleifsteine	450 Stück		
287	Verz. eis. Nägel	25 Faß		
288	Unterlegescheiben	13 .		
289	Tischmesser u. Gabeln	1 Kiste		
290	Eiserne Türangeln	4 Kisten		

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- pfänger
291	Landwirtschaftliche Ma- schinen	9 Verschl. u. 3 Stück	Diederichsen, Jebsen & Co. in Kiautschou	Order
292	Verz. eis. Nägel	25 Faß		
293	Verzinkte eis. Unterlege-	20 1 au	"	"
230	scheiben	8 Kisten		
294	Verz. eis. Dachleisten	10 Verschl.		"
295	Verz. eis. Dachrinnen .	3 ,,	"	"
296	Sensenringe	2 Sack	"	,,,
297	Holzschuhleisten	2 Kisten	I	, ,
298	Drahtfußmatten	1 Kiste	"	,,
299	Emaillegeschirr	11 Kisten	",	
300	Petroleumkocher	2 "	",	
301	Papier	3 ,,	,,	"
302	Eis. Türangeln	2 ,,	1	,,
303	Verz. Waschbecken	7 Faß		,,,
304	Klosettanlagen	13 ,,		"
305	Maschinenteile	1		"
306	Petroleumöfen	3 Verschl.		,,,
307	Tonfliesen	27 Kisten		,,,
308	Nachtlichte	1 Kiste	,,	,,
309	Sporen, Steigbügel, Ge- bisse und Ketten	1 ,,	,,	
310	Baumwollwaren	1 ,,		"
311	Emaillegeschirr	50 Kisten	1	,,,
312	Schuhe und Rekiame-	3 ,,		
313	Gußeiserne Oberbalken- türen, Chamottesteine	, "	. ".	"
	und Reinigungstüren	40 ,,		
314	Eiserne Tafelrosten	12 ,,	1 "	
315	Pflügeu.Reservescharen	18 ,,	1	",
316	Emaillegeschirr	5	1 "	
317	Els. Mutterschrauben .	8 ,,		
318	Eiserne Nieten	3 Faß	,,	
319	Lackiertes eis. Draht-		1 "	1 "
	gewebe	1 Kiste	,,	,,
320	Verz. eis, Drahtgewebe	10 Rollen	,,	11-
321	Bandeisen	1595 Bund	,,	17
322	Winkeleisen	196	,,	**
323		1408 "	,,	,,
324	Stabeisen	3350 "	,,	,,
325		22819 Stück	,,	,,
326	Eisenwaren	1 Faß	,,	,,
327	Siebe	1 Kiste	,,	,,
328	Waschtische, Geschirre und Eimer	2 Kisten	,,	,,
329	Eisen- u. Messingwaren,		1	1
	Streichriemen usw	1 Kiste	,,	۱,,

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- fänger
330	Metallwaren, Abzieli-		Diederichsen,	
000	steine und Haar-		Jebsen & Co.	
	schneidemaschinen .	1 Kiste	in Kiautschou	Order
331	Handweiksgeräte, verz.			
	Eisenwaren	1 ,	,,	**
332	Salmiak	1 Faß		**
333	Salzsäure	1 Kiste	.,	**
334	Kupfervitriol in Kry-			
	stallen	1 .	,,	**
335	Schleifsteine	29 Stück	11	17
336	Pflüge	3 Kisten	,,,	19
337	Bohnnaschinen	2 ,	"	**
338	Sporen, Steigbügel,			
	Trensen, Gebisse und			
	Ketten	1 Kiste	"	**
339	Stählerne Steinkeile .	1	. "	19
340	Eiserne Heugabeln	1 Faß	11	11
341	Gußeiserne Hähne	1 Kiste	19	"
342	Wetzsteine	1 .	"	**
343	Eiserne Schrauben	2 Kisten	,,	11
344	Trockene Farbe	4 Faß	"	**
345	Eisendraht	16 Bund	"	"
346	Verzinkte eis, Träger .	1 Verschl,	"	"
347	Schrauben	2 Kisten	"	"
348	Draht	7 Trossen		1*
349	Segeltuch	5 Ballen	,,	**
350	Eisenwaren	1 Kiste		**
351	Hammer	1 ,	"	"
352	Mützen und Muster .	1 ,		**
353	Gußeiserne Pumpen u.			
	Zubehör	5 Kisten	,,	"
354	Pumpenstangen nebst	1 1/1 1		
	Kolben	1 Kiste	"	**
355	Eiserne Scharniere	1 *	" .	**
356	Verz. Stacheldrahtseil .	8 Bund	, "	"
357	Naphthalin	15 Faß 1 Kiste	"	"
358	Bindfaden		"	**
359	Eis. Schraubenschlüssel	1 ,,	"	**
360	Schleifsteine und Ge-	1		99
001	stelle	5 Faβ	,,	
361 362	Stählerne Spaten	1	"	**
	Flaschenzugblöcke		,,	**
363	Metallene Armaturen .	1 Kiste	,,,	"
364	Hobel mit Eisen	1 " 3 Kisten	. "	"
365	Eisenwaren		"	"
366	Handwerksgerät	3 ,,	"	"
367	Eiserne Rechen	1 Kiste	"	"
368	Weißblech	1 ,,	,,	"
369	Glaswaren, Laternen .	1 Faß	l "	**

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- pfänger
370	Eiserne Schrauben	1 Kiste .	Diederichsen, Jebsen & Co.	Order
			in Kiautschon	
371	Eiserne Farbenmühlen	1 ,,	"	
372	Äxte	28 Kisten	"	**
373	Stiele für Beile	2 "	"	11
374	Petroleumkocher	1 Kiste	"	**
375	Flachsschläuche	1 ,,		19
376	Gummischeiben	1 ,,,	,,	"
377	Glaspapier	2 Kisten	"	12
378	Eisendraht	7 Bund	,,	**
379	Els. Garderobenleisten	1 Kiste	9"	**
380	Eisen- und Metallwaren	1 "	,,	19
381	Elsen- u. Messingwaren	1 ,,	"	**
382	Sägen	2 Kisten		**
383	Parfümerien	1 Kiste		**
384	Parfümerien, Puder und	1	' '	
	Kataloge	1 ,,	"	"
385	Creme, Puder u. Seife	1 "	"	,,
386	Blech, Draht und Zink-	C Wint		
0.05	waren	6 Kisten 7 Faß	"	"
387	Gumml arabicum		. "	"
388	Dextrin	1 Kiste	"	**
389	Faßhähne	3 Kisten	,,	**
390	Schlösser		,,	"
391	Plätteisen	2 ,, 1 Kiste	"	**
392	Bettsteilen	22 Kisten	"	,,
393	Tapeten	66 Bund	,,	,,
394	Elsendraht	1 Faß und	"	"
395	Eiserne Ketten	3 Stücke		
396	Ambosse	5 Stücke	n 7,1.	"
397	Nieten	8 Faß	" "	**
398	Ashest- u. Gummiwaren	6 Kisten	,,	"
399		1 Kiste	"	"
400	Apparate aus Holz und	1 Kiste	." o	"
400	Gußeisen	1		
401	Lampengestelle	2 Kisten	<b>`</b>	"
402	Waschgarnituren	1 Kiste	"	"
403	Klosetts u. Wassereimer	1	"	**
404	Waschtische u. Geschirre	2 Kisten		"
405	Waschbecken, Spiegei		" -	"
700	und Kasten	1 Kiste		
406	Stahlfedern	1 "		,,,
407	Öfen	6 Verschlag		,,
408	Weiße Karten	1 Kiste	,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,	"
409	Stahidraht	37 Bund		.,,

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- pfänger
411	Papier	1 Kiste	Diederichsen, Jebsen & Co. In Kiautschou	Order
412	Sporen, Steigbügel, Trensen, Gebisse u.			
	Ketten	1 .		19
413	Schreibpapier	1 .		39
414		2 Kisten		19
415	Eisenwaren	1 Kiste		29
416	Laternen	4 Kisten	-	"
417	Badewannen u. Bürsten- waren	1 Kiste		**
418	Eisenwaren	5 Klsten		"
419		1 Faß		,,
420	Lampenwaren	2 Kisten		,,
421	Hohlglas	1 Kiste		,,
422	Emaillegeschirr a. Eisen	11 Kisten		19
423	Petroleumöfen	3 Verschlag		,,
424	Wollwirkwaren	1 Kiste		19
425	Stärke	5 Klsten		,,
426	Dosenhummer	8 "		,,
427	Kokosöl	10 Faß		19
428	Sardinen	38 Kisten		19
429	Cognac	98 Kisten		19
430	Woll- und Baumwoll-			
431	wirkwaren Zinkwaren	1 Kiste		"
432		1 ; "		"
433	Schwarzblech u. Zink-	1 "		"
100	waren	1		
434	Schwarzblechwaren	i "		"
435	Schwarzblech, Zlnk- waren und Weißblech-	- "	19	**
436	laternen	1 "	39	19
437	Elsenwaren Weißblechlaternen Messing- und Eisen-	1 "	39 .	*
	waren	1 "	19	19
438	Weißblechwaren	1 "	>>	19-
439	Weißblechlaternen und Glaswaren	1 ,,	,,	,,
440	Steingut, Weißblech- laternen, Spiegelglas und Eisenblechwaren	1 ,,	,,	,
441	Handwerksgeräte	i ".	"	*
442	Kristall-Glaswärmer	2 FaB		"
443	Parfümerien	1 Kiste	,,,	"
444	Lampenteile	8 Kisten	,,,	"
445	Emaillegeschirr a. Eisen	10		

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- pfänger
446	Zahnwasser und Puder	1 Kiste	Diederichsen, Jebsen & Co. in Kiautschou	Order
447	Lederwaren	1 "	,,	**
448	Baumwoilwaren	1 "	"	**
449	Feuerspritzen	1 "	,,	19
450	Emailiegeschirr a. Eisen- biech	8 Kisten		,,
451	Woliwirkwaren	1 Kiste		"
452	Kochgeschim	1		"
453	Eis. Schnailen	1 ,,	,,	
454	Hoizieisten	1 ,,	,,	.,
455	Kakaopulver und Re- klameartikei	3 Kisten		
456	Schrauben	2		"
457	Gußeiserne Oberbalken- türen und Reinigungs-	99	27	**
458	Gußeis, Roststäbe	10 "	19	**
459	Tafeiroste	E "	"	**
460	Stahlwaren	1 Kiste	"	17
461	Eisenwaren	1	27	**
462		, "		"
463	Wagen	. "	"	"
464	Eisenwaren	9 Kisten	"	"
465	Elementin on	0 11101011	"	"
466	Elecanosa.		"	17
467		1 Kiste 1 Faß	,,	19
468	Schieifsteine		,,	"
469		3 Kisten 1 Kiste	"	"
470	Teppichfeger		,,	"
471	Schleifsteine	1 "	"	**
472	Eisenwaren	1 "	"	**
473		1 ,, 1 Faß	"	17
474	,,		"	**
475	Warran	2 Kisten	"	**
476	Wagen	4 "	"	39
477	Verkupf. Mobelfedern .		"	**
478	Telephonapparate	3 Koili 2 Kisten	"	**
479			"	"
480	Ela-ani-	1 Kiste	"	"
480		1 ,,	"	17
482	Weinemasshin	6 Kisten	"	22
482	Wringmaschinen	1 Kiste	"	29
484	Eisenwaren	1 Faß	22	19
	Petroleumöfen	3 Verschlag	19	**
485	Eisenwaren	24 Kisten	"	**
486	,,	2 ,,	,,	11
487		2 Faß		

(38\*) 595

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- pfänger
488	Parfümerien	1 Kiste	Diederichsen, Jebsen & Co. in Kiautschou	Order
489	Papierwäsche mit Stoff- überzug und Plakate	2 Kisten	,,	,,
490	Baumwoll- und Leinen- waren	1 Kiste	,	,,
491	Schuhe	1		
492	Anilinfarben	2 Kisten		
493	Zinkblech	5 Faß		,,
494	Kalk	1 Kiste		
495	Stahlfedern, Metall- spiegelu.Drucksachen	1	, "	, ,
496	Drahtgeflecht	2 Rollen		"
497	Dezimalwagen	2 Kisten	,,	,,
498	Schreibpapier	3	, ,	
499	Eis. Schrauben	1 Kiste		,,
500	V	1 Faß	"	"
501	Kurzwaren	1 Kiste	"	1 "
502	Cult	11 Kisten	"	
503	mi i i i	1 Kiste	"	, "
504	Buchbinderpapier	8 Ballen	"	",
505	Puder und Schminke .	I Kiste	"	; "
506	Zeichenpapier		"	. "
507	Blei- u. Farbstifte, farb. Kreide, Drucksachen	1 ,,	"	. **
	und Plakate	1		,,,
508	Ölpapier	i "		"
509	Ultramarinblau	10 Kisten	"	,,,
510	Zeugstoffe	1 Kiste	"	
511	Stärke	3 Kisten	"	**
512	Geteerte Hanftaue	11 Rollen	,,	
513	Drahtgewebe	1 Kiste	"	**
514	Kinderwagen	•	,,	**
515	Papierbeutel	. "	"	**
516	Eis. Geldschränke	"	"	**
517	Emaillegeschirr aus Eisenblech	I "	"	19
518	Schreibpapier	86 Ballen	,,	10
519	Kochgeschirr aus Alumi-	1 Kiste	"	**
520	Schreibutensilien		"	" "
521	Tischlerwaren, Papier,	. "	. "	**
522	Filze, Farben	1 "	,,	29
500	Winkel u. Reißschien.	1 ,,	"	"
523	Gummiplatten	1 ,,	"	29
524	Spiral-Schläuche	1 ,,	"	21
525	Lampenwaren	8 Kisten	, ,	27

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- pfänger
526	Hohlglas ,	4 Kisten	Diederichsen, Jebsen & Co. in Kiautschou	Order
527	Tafelwagen	2 ,,	,,	,,
528	Schreib- und Zeichen-			
	material	1 Kiste	,, .	"
529	Fayence ,	1 "	,,	19
530	Wollentuch	1 "	,,	99
531	Eisenwaren	1 ,,	"	**
532	,,	1 "	,,	39
533	Glaswaren	4 Kisten	,,	**
534	Unterlegescheiben	4 Faß	,,	19
535	Nägel	2 "	,,	' "
536	Schrauben	2 ,,	,,	**
537	Eis. Bettstellen	12 Verschlag	,,	,,,
538	Eis. Waschständer und			
	Bettstellen	1 ,,	,,	99
539	Holzmöbel	28 Kisten	"	>>
540	Krist. Zitronensäure .	1 Faß	"	"
541	Wollwirkwaren	1 Kiste	,,	,,
542	Eisenwaren	1 "	"	99
543	Drahtwaren	1 ,,	i,	**
544	Pumpen	1 "	,,	**
545	Messingwaren, Werk-			
	zeug- und Bettstellen	1 "	"	**
546	Messingblech	1 "	"	19
547	Zinnplatten	2 Kisten	,,	"
548	Schrauben	3 "	"	99
549	Packpapier	10 Verschlag		**

Reklamant: Der deutsche Staatsangehörige August Müller, Prokurist der Firma Diederichsen, Jebsen & Co. in Shanghai, China.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

Am 10. Juli 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend Ladung des englischen Dampfers "Bawtry", welcher am 17. Januar 1905 auf 34° 58° nördlicher Breite und 130° 28° östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokkwa" aufgebracht worden sit, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der in dem dem Urteil beigefägten Verzeichnis aufgeführten Ladung des englischen Dampfers. Bawtry" erkannt worden ist. Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, August Müller, durch den Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalts Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, Ishibashi Tomokichi, und deren Begründung sind folgende:

1 Die Staaten des europäischen Kontinents hätten bis heute das Prinzip verfolgt, daß nur Güter, welche wirkliche Kriegsgebrauchsartikel darstellten, als Kriegskonterbande gölten, und daß die sogenannten relativen Kriegskonterbandegüter nicht unter dieselbe zu rechnen seien. Dies Prinzip sei zur Durchführung gekommen in dem dänischen Krieg von 1876, dem deutsch-französischen Krieg von 1870 und dem russischträksischen Krieg von 1870 und es sei heute eine fest bestimmte Regel des Völkerrechts, von der nur das englische Prinzip abweiche. Diesem englischen Prinzip stünden indes viele Ansichten gegenüber. So tudele zum Beispiel Perel s, daß die Rechte der Kriegführung die Rechte des neutralen Handels unbillig beschränkten. Selbst der Vertreter des englischen Prinzips, Holland, sage, daß

Lebensmittel und Schiffsbaumaterialien, wenn sie erwiesenermaßen an die Armee, Marine oder nach einer Festung des Feindes befördert würden, nicht unbedingt eingezogen werden dürften. Man müsse sich darauf beschränken, das Vorkaufsrecht auszuüben, um dem Feind die Möglichkeit zu nehmen, die Güter anzukaufen.

Diese Ansicht Hollands sei von dem gegenwärtigen Recht Englands anerkannt. Auch die Völkerrechtskonferenz zu Venedig im Jahre 1806 habe in ihrem Artikel 1 das Gebiet der Kriegskonterbandegüter strikt auf die absolute Konterbande beschränkt und beschlossen, daß die retative Konterbande auszuschließen sei. Reklamant meine, daß diese Ansichten und Beschlüsse von Gelehrten und Kongressen hinreichend gewichtig seien, um beachtet werden zu müssen.

Der größte Teil der Ladung sei Nichtkonterbande, welche außer zu friedlichen Zwecken keine Verwendung habe. Freilich befinde sich auch darunter einige sogenannte relative Kriegskonterbande, welche zu friedlichem und indirekt auch zu kriegerischem Gebrauch dienen könnte. Da sie aber keine absolute Konterbande sei, so müsse sie billigerweise aus den vorstehenden Gründen friegegeben werden.

Selbst wenn er sich einmal auf das englische Prinzip stelle, sei Reklamant der Ansicht, daß die japanische Regierung das Vorkaufsrecht ausüben, nicht aber unbedingte Einziehung verfügen dürfe.

Das Urteil erster Instanz besage, daß

in den von der Kaiserlichen Regierung erlassenen und veröffentlichten Verordnungen des Marineministeriums Nr. 1 vom Jahre 1904 und Nr. 1 vom Jahre 1905 ganz klar bezeichnet sei, welche Güter während des japanisch-russischen Krieges als Kriegskonterbande behandelt werden sollten.

Diese Verordnungen seien von dem Marineministerium indes nur zur Beachtung für sein Ressort erlassen. Außerhalb dieses Ressorts hätten sie keine bindende Kraft und könnten daher nicht als völkerrechtliche Normen angesehen werden.

2. Selbst einmal das Gebiet der Konterbande in der Weise erweitert wie es das Urteil erster Instanz ture, und angenommen, daß auch bedingte Konterbande als Kriegskonterbande gelte, so sei es doch selbstverständlich, daß sich die Einziehung auf solche Fälle beschränke, wo hinreichender Beweis für die Annahme vorliege; daß die Güter zum Gebrauch für die feindliche Armee oder Marine hätten geliefert werden sollen. Im vorliegenden Fall könne man jedoch nicht den geringsten Beweis finden, daß die Güter für den feindlichen Kriegsgebrauch bestimmt gewesen seien.

Das Gericht erster Instanz behaupte freilich, daß die Nägel, der Eisendraht usw: zum Bau und zur Ausrüstung der feindlichen Kriegsund sonstigen Schiffe bestimmt gewesen seien. Die Annahme finde jedoch in den Akten des Falls keinerlei Unterstützung, vielmehr sei es daraus klar, daß sie für Schiffe, Häuser, Werkstätten und Krankenhäuser bestimmt gewesen seien.

Auch sei es unzutreffend, lediglich daraus, daß Wladiwostok Feindesland sei, zu schließen, daß die zur Verhandlung stehenden Güter, welche Handelszwecken dienten, zum Kriegsgebrauch hätten geliefert werden sollen.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe aller dem Reklamanten gehörigen, auf dem Dampfer "Bawtry" verschifften Güter beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

1. Soweit bezüglich von Kriegskonterbande keine vertraglichen Bestimmungen vorlägen, an die ein Stata gebunden sei, gehöre es zu den Vorrechten der betreffenden Regierungsgewalt, zur Kriegszeit die bereits bestehenden Bestimmungen sowohl über absolute als relative Konterbandegülter zu erweiltern oder einzuschränken. Das Völkerrecht halte es für richtig, bei Beginn des Krieges im allgemeinen die für den Krieg zu befolgenden Regeln zu veröffentlichen und die Kriegskonterbandegülter festzustellen. Auch der europäische Kontinent nehme hierin keinen anderen Standpunkt ein, und es fehle nicht an Bespielen, wo in dortigen Kriegen Verordnungen von Marineministerien erlassen und die Liste der Konterbande vermehrt oder vermindert worden sei.

In den am 28. Februar vorigen Jahres von der russischen Regierung für den japanisch-russischen Krieg veröffentlichten, bei der
Kriegführung zu beobachtenden Regeln seien in der Aufstellung der
als Kriegskonterbande zu betrachtenden Gegenstände Brennholz und
Holzkohle, Telegraphen- und Eisenbahrzubehör aller Art, Waren für die
Kriegführung zu Wasser und zu Lande, Reis und Lebensmittel klar genannt. Daraus sei es klar, daß das kontinentale Prinzip die Konterbande nicht unbedingt auf die absolute beschränke. Überdies sei es
sehon seit dem japanisch-chineisschen Krieg allen Mächten bekannt,
daß Japan sich dem englischen Prinzip angeschlossen habe, und die
Liste der Konterbandegüter sei durch Verordnung des Marineministeriums
bekannt gemacht worden. Daher sei der Vorwurf, das Urteil erster
Instanz entspreche nicht dem kontinentalen Prinzip, unbegründet.

Da der Reklamant die Verordnungen oder Verträge, die von den Mächten tatsächlich ausgeführt worden seien, als Völkerrecht anerkenne, so sei die Behauptung, die Verordnung unseres Marineministeriums habe keine Wirkung außerhalb des Ressorts desselben und sei daher keine Bestimmung des Völkerrechts nicht anzuerkennen.

2. Der größte Teil der auf dem Dampfer "Bawtry" verladenen, zur Verhandlung stehenden Güter sei Kriegskonterbande. Der Bestimmungsort sei Wladiwostok, Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und die Hauptetappenbasis für seine Armee und Marine. Der Absender sei die Firma Jebsen & Co., weche auch Ladungseigentümer des "Veteran") gewesen sei, der die Blockade von Port Arthur gebrochen habe. Der Empfänger sei die mit der russischen Regierung als identisch zu betrachtende russisch-chinesische Bank. Danach stehe es außer Zweifel, daß die G\u00e4ter nach Ankunft sofort zum Gebrauch f\u00fcr Armee und Marine zu liefern gewesen und daher Konterbande seien.

Der Reklamant tadele das Urteil erster Instanz dafür, daß unzutreffenderweise Nägel und Eisendraht als Material zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegs- und anderen Schiffen angesehen worden seien. Es sei aber auf einen Blick offenbar, daß die hier in Frage stehenden Nägel nach ihrer Form und Stärke Material zum Bau von Kriegs- und anderen Schiffen seien. Der Eisendraht sei nicht als solches betrachtet worden.

Aus diesen Gründen sei das Urteil erster Instanz wohlbegründet und die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

 Da der Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Schiffes Wladiwostok ist, so ist es klar, daß die unter der Ladung befindlichen Waffen und Materialien für Bau und Ausrüstung von Kriegs- und anderen Schiffen Kriegskonterbande sind.

<sup>1)</sup> Vi 24a und c.

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handebervelken nach dort hat fast ganz aufgehört. Daher müssen auch die unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befindlichen Lebensmittel, Getränke und Pferdegeschir na sit ür den russischen Kriegsgebrauch bestimmt angesehen werden, und es ist außer Zweifel, daß sie nach den Bestimmungen und der Praxis des Völkerrechts Kriegskonterbande sind.

2. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande sehlechthin eingezogen werden kann. Der von dem Reklamanten geltendgemachte Vorkauf ist nur ausgef\u00e4hr worden, wo besondere vertragliche Abmachungen vorliegen. Im \u00fcbrigen findet er sich in Theorie und Praxis nur vereinzelt. Keinenfalls kann er jedoch als v\u00f6lkerrechtliche Regel anerkannt werden.

Unter den zur Verhandlung stehenden Gütern befinden sich freilich solche, die nicht zur Kriegskonterbande gehören, da sie aber Ladung des Eigentümers der Konterbande auf demselben Schliff sind, so erkennt das Völkerrecht an, daß sie mit dieser zusammen eingezogen werden können, und das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird.

Da aus den obigen Gründen das Urteil erster Instanz auf Einziehung der zur Verhandlung stehenden Güter durchaus zutreffend ist, so erübrigt es sich, auf die einzelnen Berufungspunkte noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 30. November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der österreichische Staatsangehörige Hermann: Kobritz, Shanghai, China, Quinsan Gardens Nr. 17.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Nagasaki, Togiyamachi Nr. 14.

In der Prisensache, betreffend Ladung des englischen Dampfers "Bawtry" wird, wie folgt, entschieden:

# Urteilsformel:

Die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter werden sämtlich eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter, welche in Klautschou in China auf dem Dampfer "Bawtry" verladen waren und am 14. Januar 1905 den genannten Hafen mit Bestimmung nach Wladiwostok ver-ließen, wurden am 17. Januar, I Uhr 15 Minuten nachmittags auf offener See in 34 '85' nördlicher Breite und 130 '26' östlicher Länge zusammen mit dem genannten Dampfer, welcher unter dem Verdacht stand, Kriegskonterbande zu führen, von dem Kaiserlich Japanischen Kriegsschilf "Tokiwa" aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Tokiwa", Kapitänleutnants Torizaki Yasuzo, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Bawtry", Harry Ratcliff Shotton, und des Supercargo Otto Meier, das Schiffszertifikat des genannten Schiffes, das Deckjournal, den Chartervertrag, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

 Die meisten Stücke der zur Verhandlung stehenden Güter seien solche, welche nur in Friedenszeiten gebraucht würden und seien keine Kriegskonterbande. Wenn auch einige Güter vorhanden seien, welche indirekt für Kriegszwecke verwendbar seien, also sogenannte relative Kricøskonterbande, so diene doch keins von ihnen direkt für Krieøszwecke und keins sei demnach sogenannte absolute Kriegskonterbande. Nun hätten aber die Staaten des europäischen Kontinents bis heute das Prinzip anerkannt, daß nur Güter, welche wirkliche Kriegsgebrauchsartikel darstellten, als Kriegskonterbande gälten, und daß die sogenannten relativen Kriegskonterbandegüter nicht unter dieselbe zu rechnen seien. Dies Prinzip sei zur Durchführung gekommen in dem dänischen Kriege von 1864, dem deutsch-französischen Kriege von 1870 und dem russischtürkischen Kriege von 1877, und es sei heute eine fest bestimmte Regel des Völkerrechts, von der nur das englische Prinzip abweiche. Auch die Völkerrechtskonferenz zu Venedig im Jahre 1896 habe in ihrem Artikel 1 das Gebiet der Kriegskonterbandegüter strikt auf die absolute Kriegskonterbande beschränkt und beschlossen, daß die relative Kriegskonterbande auszuschließen sei. Der Reklamant sei der Ansicht, daß diese Meinung von Gelehrten und Kongressen hinreichend gewichtig sei und beachtet werden müsse. In unserer Prisenordnung 1) sei allerdings im § 14 die relative Kriegskonterbande anerkannt, aber da die Verordnung nur eine für unsere Marineoffiziere erlassene Instruktion sei, so habe sie nicht die Kraft einer völkerrechtlichen Regel. Daher könnten auch die unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befindlichen relativen Kriegskonterbandegöter nicht eingesogen werden.

- 2. Selbst wenn man zugebe, daß auch relative Kriegskonterbande einzogen werden könne, so beschränke sich drs doch lediglich auf solche Fälle, wo es ausreichend bewiesen sei, daß diese Güter für den Gebrauch von Heer oder Marine des Feindes bestimmt seien. Für die zur Verhandlung stehenden Güter sei aber auch nicht die geringste Spur eines solchen Beweises vorhanden, und lediglich aus der Tatsache, daß Wladivostok feindliches Gebiet sei, eine 'derartige Vermutung abzuleiten und auf Grund dieser die Bestimmung der Güter für den Kriegsgebrauch als erwissen zu erachten, sei ungerechtfertigt.
- 3. Da die Güter neutral seien, so unterlägen sie nicht der Wegnache. Selbst aber angenommen, sie seien feindliche Güter, so müßten sie nach Artikel 3 der Pariser Deklaration, weil sie nicht Konterbande seien, freigelassen werden.

Aus diesen Gründen werde eine Entscheidung auf Freilassung der Güter beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befindlichen Lebensmittel, Getränke, Eisenbahnbaumaterialien, Schiffishau- und Ausrüstungsgegenstände seien, weil sie nach Wladiwostok, dem Hauptstützpunkt der feindlichen Streitmacht, verschifft seien, und es nach Aussage des Kapitäns außer Zweifel stehe, daß der Empfänger der Ladung die russisch-chinesische Bahk sei, für den Kriegsgebrauch des Feindes bestimmt und folglich Kriegskonterbande. Daher seien sie einzuziehen. Was ferner die unter der Ladung befindlichen Güter angehe, die nicht Kriegskonterbande seien, so müßten sie, weil dem Eigentümer der Kriegskonterbandegüter gehörig, mit diesen zusammen eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

In den von der Kaiserlichen Regierung erlassenen und veröffentlichten Verordnungen des Marineministeriums Nr. 1 vom Jahre
1904?) und Nr. 1 vom Jahre 1905?) ist ganz klar bezeichnet, welche
Güter während des japanisch-russischen Krieges als Kriegskonterbande
behandelt werden sollen. Der Proze®terrieter behauptet unter Anführung einiger kontinentaler europäischer Präcedenzen und Meinungen
von Gelehrten, daß der Begriff der Kriegskonterbande sich lediglich auf
direkt zum Kriegsgebrauch bestimmte Güter beschränke. Es ist aber
nach englischen und amerikanischen Beispielen, sowie wissenschaftlichen
Ansichten des europäischen Kontinents ebenso klar, daß diese die Eigen-

<sup>\*)</sup> II. - \*) III.

schaft von Gütern als Kriegskonterbande nicht unbedingt danach begrenzen, ob sie direkt zum Kriegsgebrauch dienen oder nicht. Da der Standpunkt darin, welche Güter unter die Kriegskonterbande fallen, dergestalt in den verschiedenen Staaten variiert, so kann der Behauptung des Prozeßwertreters nicht beigerflichtet werden.

Was die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Güter angeht, so sind dieselben von dem Verschiffer, nämlich dem Reklamanten, "an Order" nach Wladiwostok verschifft worden.

Unter diesen Gütern sind

Nr. 1, 13 bis 17, 24, 110, 113, 122, 127 bis 129, 134 Lebensmittel und Getränke, 4)

Nr. 2 bis 10

Eisenbahnbaumaterialien, 5)

Nr. 19, 22, 58, 95 bis 97, 245, 252, 253

Bau- und Ausrüstungsgegenstände für Kriegs- und andere Schiffe.

Da der Bestimmungshafen dieser Güter Wladiwostok, der einzige Kriegshafen Rußlands im fernen Osten ist und da nach Aussage des Kapitäns der Empfänger wahrscheinlich die russisch-chinesiche Bank ist, es demnach klar ist, daß dieselben für den Kriegsgebrauch des Feindes bestimmt gewesen sind, so müssen dieselben als Kriegskonterhande angesehen werden.

Was die übrigen Güter angeht, so sind sie zwar keine Kriegskonterbande, sie gehören aber alle dem Eigentimer der oben angeführten Kriegskonterbande. Daher sind die zur Verhandlung stehenden Güter, well sie Kriegskonterbande sind, beziehungsweise demselben Eigentümer gehören, einzuehen. 9)

Die übrigen Ausführungen des Vertreters der Reklamation bedürfen keiner Erörterung.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. Juli 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Valmamoto Taitsurokuro.

(Unterschriften.)

<sup>4)</sup> II. Ziffer 2. - 5) II. Ziffer 1. - 6) V. § 43.

Verzeichnis der auf dem Dampfer "Bawtry" verschifften Güter.

Eisenbahnschienen	Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- fänger
3   Fischplatten   1340	1	Weizenmehl	7540 Sack		Order
4 Zubehör 4 Kisten 7 Rader und Achsen 4 4 " 1		Eisenbahnschienen	670 Stück	,,,	,,
5 Rader und Achsen 4 " 6 Achsenbüchsen 2 " 7 Mulden 4 " 8 Untergestelle 4 " 9 Zungenweichen 6 Stück 10 " 11 Streichhölzer 60 Kisten 12 " 11 Streichhölzer 60 Kisten 12 " 13 Schwarzer Tee 223 " 14 " 37" " 13 Schwarzer Tee 223 " 14 " 37" " 15 " 525 " " 16 " 525 " " 17 " 525 " " 18 Schmitgeltäder 1 Kiste 10 " 19 Drahisel 14 Rollen 19 Drahisel 19 Drahisel 14 Rollen 19 Drahisel 19		Fischplatten	1340 ,,		,,
6 Achsenbūchsen 2 " 7 Mulden 4 " 8 Untergestelle 4 " 10   12 " 11 Streichhölzer 6 Stück   " 11 Streichhölzer 60 Kisten   12 " 13 Schwarzer Tee 233 " 14 " 525 " 15 " 525 " 16 " 525 " 17 Schmitgehäder 1 Kiste   15 Kisten   16 Kisten   17 Kisten   18 Kisten   19 Bisten   18 Kisten   19 Bisten   19 Bisten   19 Bisten   19 Kisten   10 Kisten   1	4	Zubehör	4 Kısten		
7 Mulden. 4 " 8 Untergestelle 4 " 9 Zungenweichen 6 Stück   10 " 11 Streichhölzer 60 Kisten 90 " 12 " 13 Schwarzer Tee 223 " 14 " 37" " 15 " 525" " 16 " 525" " 17 " 525" " 18 Schnirgehäder 5 Kisten 90 " 19 Drahen 10 " 10 " 10 " 10 " 10 " 11 Kisten 10 " 12 " 10 " 13 Schwarzer Tee 1223 " 14 " 37" " 15 " 525" " 16 " 525" " 17 " 525" " 18 Schnirgehäder 14 Kollen 19 " 19 Drahen 19 Drahen 19 " 10 Drahen 19 Drahen 19 " 11 Kisten 19 Drahen 19 " 12 Putzwolle 1 Ballen 19 " 13 Ballen 19 " 14 Kisten 19 " 15 Schwarzer 10 " 16 Kisten 10 " 17 " 18 Schwarzer 10 " 18 Kisten 10 " 19 Bund 10 " 19 Bund 10 " 19 Bund 10 " 19 Drahen 10 " 10 Galv. Zinnplatten 17 " 10 Galv. Zinnplatten 17 " 11 " 12 " 13 Schwarzer 10 " 14 " 15 " 16 Galv. Zinnplatten 17 " 17 " 18 Eisennlagel 10 " 19 Drahen 10 " 10 Farbe 100 Faß 100 Schreibmaschinen 3 Kisten 10		Räder und Achsen	4		
8 Untergestelle 4 9 Zungenweichen 6 Stück 10 11 Streichhölzer 60 Kisten 9 12 90 11 Sterichhölzer 223 " 13 Schwarzer Tee 223 " 14 90 223 " 15 " 525 " 16 " 85 " " 17 " 5 " 85 " " 18 Schmirgelader 1 Kiste 1 Kiste 1 Molten		Achsenbüchsen	2		
8 Untergestelle . 4		Mulden	4 ,,		
9 Zungemeichen 6 Stück 12 12 " " 13 Schwarzer Tee 223 " " 14 " " 37 " " " 15 " 525 " " 16 " 16 " " 55 " " " 17 " 525 " " 17 " 525 " " 17 " 55 " " 17 " 55 " " 17 " 17 "	8	Untergestelle	4		
10	9	Zungenweichen			
12	10		12	"	
12	11	Streichhölzer	60 Kisten		
33   Schwarzer Tee   223   14   14   15   15   15   16   17   17   17   17   17   17   17	12		90		
14 " 37 " 1525"   16 " 85 "   17 "   18 Schmingelader   1 Kiste   19 Drahtseil   14 Rollen   3   19 Drahtseil   16 Ballen   17   19   19   19   19   19   19   19	13	Schwarzer Tee	000	1	
15	14		27	l "	
16	15		525		
17	16		0.5		
18 Schmirgelader 1 Kiste 19 Drahstell 14 Rollen 19 Drahstell 14 Rollen 19 Drahstell 14 Rollen 19 Drahstell 15 Ballen 18 Ballen 19 Drahstell 16 Ballen 19 Drahstell 16 Ballen 19 Drahstell 16 Kisten 10 Rollen 19 Ballen 10 Reis 19 Drahstell 16 Kisten 10 Reis 19 Drahstell 16 Kisten 10 Reis 19 Drahstell 17 Ballen 19 Drahstell 17 Ballen 19 Drahstell 17 Ballen 19 Ballen 19 Drahstell 17 Ballen 19 Balle			- "		
19   Drahtseil   14   Rollen   3   20   Ol zum Einschmieren   42   Kisten     21   Putzwolle   1   Ballen   10   Rollen   22   Trossen   10   Rollen   16   Rollen   23   Fensterschelben   116   Kisten   17   24   Reis   2990   Sacke   18   Rollen   18   Rollen   19   Rollen	18			1	
20   01 zum Einschmieren   42   Kisten	19				
Putzwolle	20	Öl zum Einschmieren .	42 Kisten		1 "
Trossen	21	Putzwolle	1 Ballen		
23	22	Trossen	101 Rollen		
24 Res. 2900 Sacke 53 Seife. 1 Kiste 54 " 1 " 295 Kisten 55 " 295 Kisten 58 Eisenplatten 205 Kisten 60 Schwarze Stahlplatten 153 " 19 Bund " 19 Bund 1	23	Fensterscheiben	116 Kisten		
Selfe	24	D. I	2900 Säcke	l "	
54	53	Call-			
225 Kisten     255 Kisten     58 Eisenplatten   30 Stück     19 Bund     16 Color   1	54		1		l "
See   Schwarze Stahlplatten   30 Stück   19 Bund   19	55				
19 Bund   16	58	Eisenplatten			1
Schwarze Stabliplatten   153	59		19 Bund		
61 Galv. Zinnplatten 250 "  62 Galv. Eisenplatten 17 "  95 Drahtsell 110 "  96 Eisennagel 100 Faß "  97 122 "  98 Sake 23 Sukek "  99 Spiegel 2 Kisten 100 Faß 101 Farbe 160 Faß 101 Streichhölzer 309 Kisten 101 Streichhölzer 309 Kisten 102 Zeichenfederm 1 Kiste 103 Schreibmaschinen 3 Kisten 104 Buchbünderwaren 1 Kiste "	60	Schwarze Stahlplatten .	153		
62         Galv. Eisenplatten         17           95         Drahtstell         110           96         Eisennâgel         100 FaB           97         122           98         Sacke         23 Südek           99         Spiegel         2 Kistem           101         Farbe         160 FaB           101         Streichhötzer         309 Kisten           102         Zeichenfederm         1 Kiste           103         Schreibmaschinen         3 Kisten           104         Buchbünderwaren         1 Kiste	61		250		1. "
95 Drahtsell 110 " 96 Eisenalgel 100 Faß " 97 122 " 98 Säcke 23 Sück   99 Spiegel 2 Kisten   100 Farbe 160 Faß   101 Streichhölzer 309 Kisten   102 Zeichenfedem 1 Kiste   103 Schreibmaschinen 3 Kisten   104 Buchbünderwaren 1 Kiste	62	Galv. Eisenplatten	1.7		
96 Eisennägel 100 FaB 97 122 " 122 " 129 139	95		110		
97   122   98   Sake   23 Sück   99   Spiegel   2 Kisten   100   Farbe   160   Faß   101   Streichhölzer   309 Kisten   102   Zeichendedem   1 Kiste   103   Schreibmaschinen   3 Kisten   104   Buchbünderwaren   1 Kiste   104   Buchbünderwaren   1 Kiste   105   Schreibmaschinen   1 Kiste   106   Buchbünderwaren   1 Kiste   107   Schreibmaschinen   1 Kiste   108   Schreibmaschinen   1 Kiste   108   Schreibmaschinen   1 Kiste   109   S	96	Eisennägel			1
98 Sacke 23 Sück 99 Spiegel 2 Kisten 100 Farbe 160 Faß " 101 Streichholzer 309 Kisten 102 Zeichenfedern 1 Kiste 1 103 Schreibmaschinen 3 Kisten 104 Buchbinderwaren 1 Kiste 1	97		122		
99 Spiegel 2 Kisten   100 Farbe   160 Faß   170 Farbe   160 Faß   170 Farbe	98				
100   Farbe   160 FaB   101   Streichfölzer   309 Kisten   102   Zeichenfedem   1 Kiste   103   Schreibmaschinen   3 Kisten   104   Buchbinderwaren   1 Kiste   104   Buchbinderwaren   1 Kiste   105   106   10	99	Spiegel	2 Kisten		
101         Streichhölzer	100	P. I	160 Faß		
102	101	Constitution.			
103 Schreibmaschinen 3 Kisten " 104 Buchbinderwaren 1 Kiste "	102	Totales forton			
104 Buchbinderwaren 1 Kiste "	103		3 Kisten		
	104	Buchbinderwaren	1 Kiste		
105   Waschpulver   1 ,,   ,,   ,,	105	Wasshmutuus	1		
106 Löschpapier 1 " " "	106				

Nr. der Bekannt- machung	Art der Güter	Zahl der Stücke	Absender	Emp- fänger
107	Ing. Papier	1 Kiste	Hermann Ko- britz, Shanghai	Order
108	Putzpomade	1	, "	
109	Papier	1		
110	Rum	5 Kisten		-
111	Zigarren	1 Kiste	,	
112	Seife	50 Kisten		-
113	Weizenmehl	15 Sack	, ,	-
122	Kuba-Zucker	58 Kisten		-
123	Seife	12 "		-
124	,,	5 "	,	-
125	,,	9 "		-
126	,,	6 "		
127	Sardinen	2 "	,	-
128	,,	5 "	,	-
129	Butter	3 "		-
134	Reis	50 Sack		-
238	Verz. Wellblech	160 Bund		-
239	,, ,,	640 ,,	,	
240	,, ,,	323 ,,		
241	,, ,,	161 "	,	-
242	Glattes, verz. Eisenblech	200 "		-
243	Eisenblech	176 "		
244	,,	160 ,,		-
245	,,,	1369 Stück		
246	Schwarzes Stahlblech .	345 Bund	. 1	-
247	" " -	537 "		-
248		266 ,,		-
249	Eisenblech	380 "		-
250	Schwarzes Stahlblech .	165 "		
251	" " .	38 "	,	
252	Eisenblech	100 Stück		´*
253		35 "		
254	Stahlblech	366 ,,		
255	Schwarzes Stahibiech .	263 Bund		
256		182 "	i - 1	
257	Eisernes Dachblech .	198 "		

Reklamant: Der österreichische Staatsangehörige Hermann Kobritz in Shanghai, China, Quinsan Gardens Nr. 17.

Prozefiverreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

Am 10. Juli 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betteffend Ladung des englischen Dampfers, "Bastry", welcher am 17. Januar 1905 auf 34° 58' nördlicher Breite und 130° 28' östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der in dem dem Urteil beigefügten Verzeichnis aufgeführten Ladung des englischen Dampfers "Bawtry" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, Hermann Kobritz, durch den Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalts Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, Ishibashi Tomokichi, und deren Begründung sind folgende:

1. Die Staaten des europäischen Kontinents hätten bis heute das Prinzip verfolgt, daß nur Güter, welche wirklich Kriegsgebrauchsartikel darstellten, als Kriegskonterbande gölten, und daß die sogenannten relativen Kriegskonterbandegüter nicht unter dieselbe zu rechnen seien. Dies Prinzip sei zur Durchführung gekommen in dem dänsichen Kriege von 1864, dem deutsch-französischen Kriege von 1870 und dem russischtirkischen Kriege von 1870 und es sei heute eine fest bestimmte Regel des Völkerrechts, von der nur das englische Prinzip abweiche. Diesem englischen Prinzip stünden indes viele Ansichten gegenüber. So tadele zum Beispiel Perels, daß die Rechte der Kriegführung die Rechte des neutralen Handels unbillig beschränkten. Selbst der Vertreter des englischen Prinzips, H oll and, sage, daß

Lebensmittel und Schiffsbaumaterialien, wenn sie erwiesenermaßen an die Armee, Marine oder nach einer Festung des Feindes befördert würden, nicht unbedingt eingezogen werden dürften. Man müsse sich darauf beschränken, das Vorkaufsrecht auszuüben, und dem Feind die Möglichkeit zu nehmen, die Güter anzukaufen.

Diese Ansicht Hollands sei von dem gegenwärtigen Recht Englands anerkannt. Auch die Völkerrechtskonferenz zu Venedig im Jahre 1890 habe in ihrem Artikel 1 das Gebiet der Kriegskonterbandegüter strikt auf die absolute Konterbande beschränkt und beschlossen, daß die relative Konterbande auszuschließen sei. Reklamant meine, daß diese Ansichten und Beschlüsse von Gelehrten und Kongressen hinreichend gewichtig seien, um beachtet werden zu müssen.

Der größte Teil der Ladung sei Nichtkonterbande, welche außer zu friedlichen Zwecken keine Verwendung habe. Freilich befinde sich darunter auch einige sogenannte relative Kriegskonterbande, welche zu friedlichem und indirekt auch zu kriegerischem Gebrauch dienen könnte. Da sie aber keine absolute Konterbande sei, so müsse sie billigerweise aus dem vorstehenden Gründen freieverben werden.

Selbst wenn er sich einmal auf das englische Prinzip stelle, sei Reklamant der Ansicht, daß die japanische Regierung das Vorkaufsrecht ausüben, nicht aber unbedinzte Einziehung verfügen dürfe.

Das Urteil erster Instanz besage, daß

in den von der Kaiserlichen Regierung erlassenen und veröffentlichten Verordnungen des Marineministeriums Nr. 1 vom Jahre 1904 und Nr. 1 vom Jahre 1905 ganz klar bezeichnet sei, welche Güter während des japanisch-russischen Krieges als Kriegskonterbande behandelt werden sollten.

Diese Verordnungen seien von dem Marineministerium indes nur zur Beachtung für sein Ressort erlassen. Außerhalb dieses Ressorts hätten sie keine bindende Kraft und könnten daher nicht als völkerrechtliche Normen angesehen werden.

2. Selbst einmal das Gebiet der Konterbande in der Weise erweitert, wie es das Urteil erster Instanz tue, und angenommen, daß auch bedingte Konterbande als Kriegskonterbande gelte, so sei es doch selbstverständlich, daß sich die Einziehung auf solche Fälle beschränke, wo hinreichender Beweis für die Annahme vorliege, daß die Güter zum Oebrauch für die feindliche Armee oder Marine hätten geliefert werden sollen. Im vorliegenden Fäll könne man jedoch nicht den geringsten Beweis finden, daß die Güter für den feindlichen Kriegsgebrauch bestimmt gewesen seien.

Das Gericht erster Instanz behaupte freilich, daß die Nägel, der Eisendraht usw. zum Material zum Bau und zur Ausfüstung von feindlichen Kriegsschiffen 1) bestimmt gewesen seien. Die Annahme finde jedoch in den Akten des Falls keinerlei Unterstützung, vielmehr sei es daraus klar, daß sie für Schiffe, Häuser, Werkstätten und Krankenhäuser bestimmt gewesen seien.

Auch sei es unzutreffend, lediglich daraus, daß Wladiwostok Feindesland sei, zu schließen, daß die zur Verhandlung stehenden Güter, welche Handelszwecken dienten, zum Kriegsgebrauch hätten geliefert werden sollen.

<sup>&#</sup>x27;) Das Urteil erster Instanz gebraucht hier den im § 14 der Seeprisenordnung (V) erscheinenden Ausdruck, welcher nicht nur Krlegsschilfe bezeichnet, sondern "Kriegsschilfe und Schilfle", also Schilfle schlechthin bedeutet. Der Rechtsanwalt hat diesen Ausdruck so verstanden, als ob er nur Kriegsschilfte umfasse.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe aller dem Reklamanten gehörigen, auf dem Dampfer "Bawtry" verschifften Güter beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Vamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

1. Es sei das Vorrecht der Regierungsgewalt, zu bestimmen, was im Kriege, gleichgültig ob absolut oder relativ, als Konterbande gelten solle. Das Völkerrecht halte es für richtig, bei Beginn des Kriegs im allgemeinen die für den Krieg zu treffenden Regeln zu veröffentlichen und die Kriegskonterbandegüter festzustellen. Auch auf dem europäischen Kontinent mangele es nicht an solchen Beispielen.

In den am 28. Februar vorigen Jahres von der russischen Regierung veröffentlichten, für dem Krieg mit Japan zu betölgenden Regeln seien in der Aufstellung der als Konterbande zu betrachtenden Gegenstände Brennholz und Holzkohle, Telephon-, Telegraphen- und Eisenbahnzubehör aller Art, Reis und Lebensmittel klar genannt. Demnach beschränke das kontinentale Prinzip die Konterbande nicht unbedingt auf die absolute. Was insbesondere den Punkt angehe, daß die Regierungsgewalt das Vorrecht habe, das Gebiet der Kriegskonterbande zu begrenzen, so könne die Argumentation des Reklamanten, daß die diesbezügliche Verordnung unseres Marineministeriums auferhalb dieses Ressorts keinerlei Wirkung habe, völkerrechtlich keine Anerkennung finden.

2. Der größte Teil der auf dem Dampfer "Bawtty" verladenen, zur Verhandlung stehenden Güter sei Kriegskonterbande. Der Bestimmungsort sei Wladiwostok, Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und sein Hauptflottenstützpunkt. Des Anscheins wegen sei der Empfänger auf Order gestellt. Es ergebe sich aber aus der Aussage des Kapitäns, daß tatsächlich die einer russischen Behörde gleichzustellende russisch-chinesische Bank der Empfänger sei. Danach liege es auf der Hand, daß die ganze Ladung für den feindlichen Kriegsgebrauch hätte geliefert werden sollen und demnach selbstverständlich Kriegskonterbande sei.

Der Reklamant tadele das Urteil erster Instanz dafür, daß es unzutreffenderweise Nägel und Eisendraht als Material zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegsschiffen angesehen habe. Es sei aber auf einen Blick öffenbar, daß die hier in Frage stehenden Nägel Material zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegs- und anderen Schiffen seien. Der Eisendraht sei nicht als solches erachtet worden.

Demnach sei die Berufung unbegründet und abzuweisen. Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet: Da der Bestimmungsort der zur Verhandlung stehenden Güter Wladiwostok ist, so ist es klar, daß die Materialien für Bau und Ausrüstung von Kriegs- und anderen Schiffen Kriegskonterbande sind.

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Kriege mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dort hat fast ganz aufgehört. Daher missen auch die unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befindlichen Lebensmittel, Getränke und Eisenbahnbaumaterialien als für den russischen Kriegsgebrauch bestimmt angesehen werden, und es ist außer Zweifel, daß sie nach den Bestimmungen und der Praxis des Völkerrechts Kriegeshonterbande sind.

Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande schlechthin eingezogen werden kann. Der von dem Reklamanten geltend gemachte Vorkauf ist nur ausgeführt worden, wo besondere vertragliche Abmachungen vorlagen. Im übrigen findet er sich in Theorie und Praxis nur vereinzelt. Keinenfalls kann er jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden.

Unter den zur Verhandlung stehenden Gütern befinden sich freilich solche, die nicht zur Kriegskonterbande gehören, da sie aber Ladung des Eigentümers der Konterbande auf demselben Schiff sind, so erkennt das Völkerrecht an, daß sie mit dieser zusammen eingezogen werden können, und das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird.

Da aus den obigen Gründen das Urteil erster Instanz auf Einziehung der zur Verhandlung stehenden Güter durchaus zutreffend ist, so erübrigt es sich, auf die einzelnen Berufungspunkte noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 30. November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die deutsche Firma Karl Boetticher & Co. in Kiauschou, China, vertreten durch Harry Ratcliff Shotton, Kauptlän des Dampfers "Bawtry", wohnhaft in South Shields, Iorante Terrace Nr. 13, England.

Abschnitt VI 30 .

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache betreffend Ladungsstücke des Dampfers "Bawtry" wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Bawtry" verladenen vier Kisten Ausschnittwaren werden freigegeben.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden vier Kisten Ausschnittwaren sind in Kiautschou, China, zusammen mit einer großen Anzahl von Kriegskonterbandegütern, die anderen Absendern und Empfängern gehören, auf dem englischen Dampfer "Bawtry" verschifft worden. Am 14. Januar 1905 gingen sie mit der Bestimmung, nach Wladiwostok befördert zu werden, von Kiautschou ab und wurden am 17. desselben Monats auf öffener See in 349 58 n. B. r. und 1309 28 ö. d. zu sammen mit dem erwähnten Dampfer von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten der "Tokiwa", Kapitänleutnants Torizaki Yosu zo, das Vernehmungsprotokoll des Kapitäns der "Bawtry", Harry Rattliff Shotton, das Schiffszertifikat, den Chartervertrag, das Schiffsjournal, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis.

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende: Der Reklamant sei der Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Güter. Diese Güter seien keine Kriegskonterhande. Wenn auch an Bord der "Bawtty" Konterbandegüter sein sollten, so stehe doch keins von diesen im Eigentum des Reklamatten, so daß also die zur Verhandlung stehenden Güter nicht im Eigentum eines Konterbandeeigentümers stünden und daher nach Artikel 2 der Pariers Gezerchtsdeklaration vom Jahre 1856 nicht beschlagnahmt werden könnten. Sie müßten daher freigegeben werden.

Die Ansicht des Staatsanwalts geht im wesentlichen dahin, daß die zur Verhandlung stehenden Güter freilich keine Konterbande seien, daß aber angenommen werden müsse, daß sie im Eigentum eines Eigentümers der auf dem Schiff vorhandenen Konterbande stünden. Daher m
ßten sie eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

ministeriums Nr. 1 vom Jahre 1905 (III),

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind keine Konterbande, 1)

') Zur fraglichen Zeit waren Kieldungsstücke und deren Materialien noch keine Konterbande. Sie wurden erst für solche erklärt durch die Instruktion des Marine-

auch ist ihr Eigentümer von den Absendern und den Empfängern der auf der "Bawtry" verladenen Konterbandegüter durchaus verschieden. Es liegt kein Grund dafür vor, denselben Eigentümer anzunehmen. Sie sind lediglich gewöhnliche Güter, die auf einem neutralen Schiff nach feindlichen Gebiet befordert werden sollten und müssen daher billigerweise freigegeben werden.

Es wird demnach wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. Juli 1905 im Prisengericht zu Sascho im Beisein des Staatsanwalts Valmamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: William Robert Rea, Reeder des Dampfers, Oakley", wohnhaft in Belfast, Provinz Antrim in Irland, England, Donegal, Quay Nr. 19, vertreten durch den Kapitän des Dampfers, "Oakley", William Wisnow, wohnhaft in Maryport, Northstreet Nr. 20, England.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache betreffend den englischen Dampfer "Oakley" wird, wie folgt, entschieden:

Urteilsformel:

Der Dampfer "Oakley" wird eingezogen.

# Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Oakley" steht im Eigentum des Reklamanten R obert R e.a., er führt die englische Flagge, sein 
Heimatshafen ist Belfast in Irland, England, und er ist ein Handelsschiff, das ausschließlich zum Gütertransport dient. Der Reklamant hat 
am 1. November 1904 mit dem Vertreter des in England wohnhaften 
russischen Stratsangehörigen E. A. Grab ows ki, der Aktiengesellschaft 
Pyman Watson, einen Chartervertrag abgeschlossen, laut welchem der 
Dampfer Kohle von Cardiff nach Hongkong, Shanghai oder Kiautschou 
befördern sollte. Der Dampfer nahm in Cardiff 5893 Tons Kohlen 
ein. Mit einem Konnossennett wurde er nicht versehen. Dem Kapitän 
wurde brieflich mitgeteilt, daß die Agentur der Befrachter in Kiautschou 
die Firma Sietas, Plambeck und Co. sei. Daneben wurde dem Kapitän 
Order gegeben, nach Wladiewstokt zu fahren. Am 17. November d. J.

verließ der Dampfer Cardiff unter der Vorgabe, nach Kiautschou zu gehen, fuhr aber über Singapore und Hongkong direkt nach Wladiwostok. Auf dieser Reise wurde er am 18. Januar 1905, 4 Uhr nachmittags, auf der See in 34° 22' n. Br. und 120° 55' ö. L. von dem Kaiserlichen Krieseschiff. Tokiwa" aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Tokiwa", Kapitänleutnants Fukuzaki Setsuye, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Oakley", William Wisnom, und des Kochs Kurikawa Yosuke, das Schiffszertifikat, das Privatschiffsjournal, den Chartervertrag und die Ausklarierungspapiere der Hafenbehörden von Cardiff und Singapore.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Då der Reklamant und Reeder das zur Verhandlung stehende Schiff auf Grund eines Chartervertrages vermietet habe, so habe er weder Anteil daran gehabt, noch habe er darum gewußt, daß das Schiff nach Wladiwostok, welches im Chartervertrag nicht verzeichnet sei, gereist wire. Das zur Verhandlung stehende Schiff könne daher, wenn auch seine Ladung Konterbande sei, da der Reklamant nicht der Eigentlümer dieser Ladung sei, nicht das Schiffess derselben teilen und der Einziehung verfallen. Wenn ferner auch das Schiffs schon zur Zeit seiner Abfahrt von Cardiff mit der Absicht, es nach Wladiwostok fahren zu lassen, gechartert worden sei, so sei das lediglich ein Plan des Charterers oder des Absenders gewesen, an dem der Reeder in keiner Weise beteiltigt gewesen sei. Auch die Unterlassung der Eintragung Wladiwostoks als eines der Bestimmungsorte sei lediglich eine Handlung des Charterers oder Befrachters, zu der der Reeder in keiner Beziehung stehe.

Im übrigen sei die Unterlassung der Eintragung Wladiwostoks als Bestimmungshafens in die Schiffspapiere nicht geschehen, um dadurch der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen. Da das Schiff lediglich sich in Singapore eine Ausklarierung nach Kiautschou anstatt nach Wladiwostok habe geben lassen, so sei die Tatsache, daß in den Schiffspapieren Wladiwostok nicht als Bestimmungsort eingetragen sei, einfach als eine Unvollständigkeit derseiben anzusehen. Man könne aber daraus nicht schießen, daß das Schiff für den Kohlentransport betrügerische Mittel habe anwenden wollen; das auch um so weniger, als die Ladung nicht als absolute Konterbande gelten könne. Daher unterliege das Schiff nicht der Strafe der Einziehung.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Da es erwiesen sei, daß das zur Verhandlung stehende Schiff, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen, sich mit gefälschten Schiffspapieren versehen und daß es unter Angabe eines falschen Bestimmungshafens Konterbande nach Wladiwostok habe befördern wollen, so müsse es mit seiner Ladung eingezogen werden. Das Gericht ist folgender Ansicht:

In gewöhnlichen Fällen beschränkt sich die Strafe für Konterbandetransport auf die Einziehung der Konterbandeartikel. Wenn aber gefälschte Schiffspapiere verwandt werden und ein falscher Bestimmungsort angegeben wird, so ist es die Regel, auch das Schiff einzuziehen. Das ist im modernen Völkerrecht von Wissenschaft und Praxis allgemein anerkannt.

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Oaklev" hat Cardiffkohle, wie sie ausschließlich für Kriegsschiffe verwandt wird, geladen, um sie nach dem Hauptflottenstütznunkt Rußlands, Wladiwostok, zu befördern. Darüber, daß es sich um einen Transport von Konterbande handelt, besteht daher nicht der geringste Raum für Zweifel. 1) Obwohl es schon von der Zeit der Abreise von Cardiff an bestimmt war, daß Wladiwostok das Ziel der Reise sein sollte, hat der Dampfer stets vorgegeben, nach Kiautschou zu fahren. Er ist nicht mit einem Konnossement versehen worden. Der Chartervertrag gibt vor, die Ladung solle in Hongkong, Shanghai oder Kiautschou verkauft werden. In Cardiff, Singapore usw. hat der Dampfer sich unter Vorgabe, er gehe nach Kiautschou, Ausklarierungspapiere verschafft und ist dann von Hongkong direkt nach Wladiwostok gefahren. Alles dieses sind Handlungen, welche getan wurden, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen. Der Dampfer hat demnach dazu gedient, unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande zu befördern. Es ist daher recht und billig, daß er wie seine Ladung eingezogen wird, 2) und da betrügerische Handlungen vorliegen, so kann er der Strafe der Einziehung nicht entgehen, gleichviel ob diese Handlungen aus dem Willen des Reeders oder des Charterers hervorgegangen sind oder nicht.

Weil daher alle Ausführungen des Vertreters der Reklamation unbegründet sind, wird wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 12. April 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

## (Unterschriften.)

Reklamant: William Robert Rea, englischer Staatsangehöriger, England, Irland, County Antrim, Belfast, Donegal Quay Nr. 19.

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. - 2) V. § 44.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa. Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 12. April 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend den englischen Dampfer "Oakley", welcher am 18. Januar 1905 auf 34 v 22' n. Br. und 120 v 55' ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Oakley" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant William Robert Rea durch den Rechtsamwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation Akiyama Genzo und deren Begründung sind folgende:

- 1. Der einzige Grund, aus dem die Einziehung verfügt sei, sei der, daß unter Verwendung gefälschter Schlifspapiere und Angabe eines falschen Bestimmungsorts Konterbande befördert worden sei. Da aber die Konterbande nicht im Eigentum des Reeders stehe, so m\u00e4ses eich die Einziehung auf die Ladung beschr\u00e4nken. Das Schiff dagegen k\u00f6nne nicht konfisziert werden. Denn, um das Schiff zu konfiszieren, sei es unbedingt n\u00f6tig, daß neben der Annahme der Anwendung betr\u00e4gerischer Mittel bei der Verschiffung der Konterbande auch feststehe, d\u00e4\u00e4 Reeder an diesem betr\u00e4gerischen Verfahren beteiligt, d. h. im Einverst\u00e4ndnis sei. Wenn man daher, ohne daß diese Beteiligung bei dem in Frage kommenden Reeder vorliege, einfach den zivilrechtlichen Standpunkt einnehme, daß der Reeder Unkenntnis gegem\u00e4ber den Handlungen des Kapit\u00e4ns nicht vorsch\u00fctzen k\u00f6nne nund daraufhin ohne weiteres die Einziehung verf\u00e4ge, so sei das unrechtm\u00e4\u00e4nt h\u00e4n daraufhin ohne weiteres die Einziehung verf\u00e4ge, so sei das unrechtm\u00e4\u00e4nt h\u00e4\u00e4n daraufhin ohne weiteres die Einziehung verf\u00e4ge, so sei das unrechtm\u00e4\u00e4nt h\u00e4\u00e4n der h\u00e4\u00e4nt h\u00e4\u00e4n daraufhin ohne weiteres die Einziehung verf\u00e4ge, so sei das unrechtm\u00e4\u00e4nt h\u00e4\u00e4nt \u00e4\u00e4nt \u00e4\u00e4\u00e4nt \u00e4\u00e4\u00e4\u00e4\u00e4nt \u00e4\u
- 2. Der zur Einziehung des Schiffes erforderliche Tatbestand betrögerischer Maßnahmen könne damit, daß lediglich in den Schiffspapieren der Bestimmungsort nicht angegeben sei, nicht als vorliegend erachtet werden. Es sei nötig, daß die Papiere gefälscht seien in der bösen Absicht, die visitierende und durchsuchende kriegführende Marine zu fäuschen und dadurch der Aufbringung zu entgehen; auch m
  ßten die Mittel zu der Täuschung tauglich sein.
- Da aber keine tatsächliche Spur dafür vorliege, daß die Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffs in solcher Absicht ausgestellt worden seien, und es durchaus klar sei, daß die Papiere nicht geeignet seien, um damit der Beschlagnahme zu entgehen, so sei die Einziehung des Schiffes unrechtmäßig.
- 3. Der Reeder habe das Schiff zum Kohlentransport an den Ladungseigentümer vermietet und einen Chartevertrag abgeschlossen, in welchem Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungshäfen vereinbart worden seien. Daher habe der Reeder an der Bestimmung des

Schiffes nach einem anderen Hafen keinen Anteil gehabt. Wenn man mit dem englischen Recht annehme, daß der Chartevertag von der Nat einer Sachmiete sei, so stehe für die Zeit das Recht des Besitzes und die Verfügungsgewalt dem Charterer zu. Selbst wenn man den Fall nicht so auslege, sondern einen gewöhnlichen Frachtvertrag annehme, so entspreche doch dem Willen des Reeders die in dem Vertrag bezeichnete Reise und, wenn der Kapitän den Willen des Charterers ausgeführt habe, so könne man nicht sagen, daß der Reeder als Mittäter an dem Konterbandetransport gehandet habe. Dies um so weniger, als mangels Bewieses der Mittäterschaft die Verantwortung für eine das Völkerrecht verletzende Handlung, wie den Konterbandetransport unter Anwendung betrügerischer Mittel, dem Reeder nicht auferlegt werden könne, weil eine solche Handlung außerhalb der Vertretungsbefugnisse des Kapitäns als Vertreters des Reeders lieger.

4. Der Charterer habe bei der Abreise des Schiffes dem Kapitän für den Fall, daß er bei der Ankunft in Hongkong keine andere Order erhalte, Befehl gegeben, mit einem beliebigen Kurs nach Wladiwostok weiter zu fahren. Danach zu urteilen, sei damals Wladiwostok noch nicht fest als Bestimmungsort abgemacht gewesen. Dies sei erst fest bestimmt worden, als der Dampfer bei der Ankunft in Kiautschou keine andere Order erhalten habe. Daher könne darin, daß in dem im Ausfahrshafen ausgestellten Konnossement und Ausklarierungsschein Kiautschou als Bestimmungsort bezeichnet sei, ein Grund für Verdacht nicht liegen, und man könne daraus nicht schließen, daß die Papiere auf einen gefälschten Bestimmungsort ausgestellt worden seien in der bösen Absicht, dadurch der Aufbringung durch die kriegführende Macht zu entgehen.

Wenn der Dampfer sich in Singapore und Hongkong Ausklarierung für Klautschou beschafft habe, so sei das lediglich in der Befürchtung geschehen, daß zur Zeit die englischen Behörden die Reise nach Wladiwostok verweigern würden. Wenn er genötigt gewesen wäre, um Ausklarierung nach Wladiwostok zu bitten, so hätte re bei der Abreise Schwierigkeiten erfahren, welche er gescheut habe. So habe er lediglich, um seine Abfahrt zu erleichtern, den Behörden gegenüber eine falsche Meldung gemacht, die, wie von selber klar sei, nicht den Zweck gehabt habe, dadurch der Aufbringung durch die japanischen Kriegsschiffe zu entgehen.

Die Ausklarierungsbescheinigung sei eigentlich kein wichtiges Schiffspapier. Daß die verschiedenen Staaten ihr kein Gewicht belegten, könne man auch daraus entnehmen, daß sie sich unter den in den Artikeln 177 bis 194 der englischen Prisenordnung aufgeführten Schiffspapieren der einzelnen Staaten Europas und Amerikas nicht finde. Wenn daher auch in den fraglichen Ausklarierungsbescheinigungen nicht der richtige Bestimmungsort angegeben sei, so könne man doch nicht sagen, daß es den Pfinzipien des modernen Völkerrechts entspreche, wenn man daraufhin dem Schiffe die schwerste Strafe der Einziehung auferlege.

5. Die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes sei keine Kriegskonterbande, denn, wenn sie auch nach Wladiwostoh bestimmt sei, so vereinige dieser Platz doch in sich die Eigenschaften eines Kriegshafens und eines Handelshafens und es sei, wie das Beispiel des "Neptunus"-Falls im englisch-hollfankschen Krieg lehre, billig, in diesem Falle anzunehmen, daß die Ladung nach dem Handelshafen Wladiwostok eingeführt werden solle.

Ferner behaupte das Urteil erster Instanz, daß

in Władiwostok gewöhnliche Schiffe zurzeit fast gar nicht vorhanden seien und daß der Schluß gerechtfertigt est, daß die auf dem zur Verhandlung stehenden Dampfer verschiffte Cardiffkohle, welche von der Art sei, wie sie hauptsächlich auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme, wenn sie nach Władiwostok gelangt wäre, für den Gebrauch der Marine erzliefert worden wäre.

Diese Entscheidung sei unzutreffend, weil sie sich auf keinem richtigen Beweis gründe.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Abgabe einer Entscheidung auf Freilassung des zur Verhandlung stehenden Dampfers beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts Mizukami Chojiro vom Prisengericht zu Sasebo sind folgende:

1. Da der Reeder der Mietsherr des Kapitäns sei, so sei er mit Bezug auf die von dem Kapitän in Ausübung seiner Pflicht begangenen Handlungen, gleichgültig ob er darum wisse und daran beteiligt sei oder nicht, verantwortlich. Daher könne er nicht mit der Begründung, er habe keine Beziehung zu der Ausstellung der gefälschten Papiere durch den Kapitän, seine Verantwortlichkeit ablehnen.

2. Da die Frage, ob die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladene Kohle Konterbande sei oder nicht, sich nach den Verhältnissen des Bestimmungsorts entscheide, so müßten unstreitbar die Schiffspapiere als gefälscht gelten, weil in ihnen kein oder ein falscher Bestimmungsort angegeben, sei, gleichviel aus welchem Grunde dies geschehen sei. Denn dadurch könnten die im Kriege befindlichen Kriegsschiffe bei der Visitierung und Durchsuchung getäuscht werden. Zumal habe auch der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffes schon beim Verlassen von Barry die Absicht gehabt, nach Wladiwostok zu fahren. Wenn trotzdem in die Schiffspapiere ein falscher Bestimmungsort eingetragen sei,

618

so müsse man vermuten, daß dies geschehen sei, um der Gefahr der Aufbringung während der Reise zu entgehen.

3. Da es nach dem Wortlaut des Chartervertrages klar sei, daß er seiner Natur nach kein Mietsvertrag über das Schiff, sondern ein Transportvertrag sei, so müsse man annehmen, daß das Recht des Bestizes und der Verfügung über das Schiff nicht auf den Charterer übergegangen sei, sondern nach wie vor dem Reklamanten zustehe.

Da der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffes sehon bei der Abreise von Barry den Willen gehabt habe, nach Wladiwostok zu fahren, und versucht habe, dort hinzukommen, so könne der Reklamant als Mietsherr des Kapitäns der Verantwortung hierfür nicht entgehen.

Da, wie oben dargetan, das Urteil erster Instanz zutreffend und die Berufung in allen Punkten unbegründet sei, so müsse dieselbe abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Kriege mit Japan hat Rußland dasselbe zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Kriegsgerät, Lehensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden ist, so daß es ganz unzweifelhaft ist, daß sie für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präcedenzentscheidung, betreifend den "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die hier in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

 Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können.\*) Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders im vorliegenden
Fall, wo die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist und, obwohl erwiesenermaßen schon seit der Abfahrt von England Władiwostok das
Reiseziel war, der Chartervertrag und die anderen Schiffspapiere einen
falschen Bestimmungsort angegeben und das Schiff danach zur Beförderung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel
gedient hat. <sup>4</sup>)

Da schon nach dem in den Punkten 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des Schiffes unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt keine Notwendigkeit vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Pyman Watson A. G., England, Wales, Cardiff, Absender der auf dem Dampfer "Oakley" verschifften Kohlen, vertreten durch den Kapitän der "Oakley", William Wisnom, wohnhaft in England, Maryport North Street Nr. 20.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt A k i y a m a G e n z o, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Oakley" wird, wie folgt, entschieden.

#### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Oakley" verschiften 5893 Tons Steinkohlen werden eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden 5893 Tons Cardiffkohle sind auf Grund des am 1. November 1904 von dem Reklamanten als Vertreter des in England wohnhaften russischen Staatsangehörigen E. A. Grabowski mit dem Reeder des Dampfers "Oakley", Robert Rea, ab-

<sup>\*)</sup> Anders die Japanische Sceptisenordnung, §§ 43, 44 (V) und das ihr zu Grunde liegende englische Manual of Neval Prize Law, Art. 82-85.

<sup>4)</sup> V. § 44.

geschlossenen Chartervetrags in Cardiff geladen worden, um sie nach Wladiwostok zu befördern. Ein Konnossement wurde dem Dampfer nicht mitgegeben. Als Bestimmungsort wurde Kisutschou angegeben. Der Kapitian erhielt dagegen Order, nach Wladiwostok zu gehen. Am 17. November 1904 fuhr der Dampfer von Cardiff über Singapore umd Hong-kong direkt nach Wladiwostok. Auf dieser Reise wurden die zur Verhandlung stehenden Güter am 18. Januar 1905 nachmittags 4 Uhr auf der See in 34° 22° n. Br. und 120° 55° ö. L. zusammen mit dem genannnten Dampfer von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Tokiwa", Kapitänleutnants Fußu-zaki Sets uye, die Vernehmugsprotokolle des Kapitänds er "Oakley". William Wisnom, und des Kochs Kurikawa Yusuke, das Schiffszertifikat, das Privatschiffsjournal, den Chartervertrag und die Auskarierungspapiere der Hafenbehörden von Cardiff und Singapore.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Die von dem Reklamanten, einem neutralen Staatsangehörigen, unternommene Beförderung von Steinkohle nach Wladiwostok, einem Hafen einer kriegführenden Macht, sei eine offene Handelstransaktion, welche unter den Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs stehe und nicht vom Völkerrecht untersagt werde. Auch die japanische Prisenordnung betrachte Kohle nicht als absolute Konterhande. Kohle gelte als Konterbande nur, wenn sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine oder nach einem feindlichen Ort bestimmt sei, nach dessen Verhältnissen angenommen werden müsse, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder harine geliefert werden würde. In dem vorliegenden Fall, wo die Kohle nach Wladiwostok gehe, einem Hafen, welcher die Eigenschaften eines Kriegs- und eines Handelshaftens in sich vereinige, sei es billig anzunehmen, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok bestimmt und nicht für Kriegszweck zu liefern sei.

Auch wenn man einmal annehme, daß das Eigentum an den Üütern, wetche während der Reise beschlagnahmt worden seien, auf den Empfänger im Feindesland übergegangen, die Güter daher feindlichen Charakters seien, so könnten sie doch, weil sie unter neutraler Flagge stünden, nicht weggenommen werden.

Aus diesen Gründen sei eine Einziehung der zur Verhandlung stehenden Güter nicht zulässig.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehende Steinkohle sei nach dem Hauptstützpunkt der russischen Marine, Wladiwostok bestimmt gewesen, und es stehe außer Zweifel, daß sie für den Krieg habe verwandt werden sollen. Daher müsse sie eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Lebensmittel, Kohle und dergleichen nach einem von feindlichen Truppen innegehabten Hafen abgeschickt sind, so können sie, je nach den Verhältnissen, als für den Gebrauch dieser Truppen bestimmt angesehen werden. Da Wladiwostok der einzige Kriegshafen Rußlands im Osten und zurzeit der Huppstützpunkt seiner Flotte ist, wo gegenwärtig gewöhnliche Schiffe fast gar nicht vorhanden sind, so ist es gerechttertigt, anzunehmen, daß die zur Verhandlung stehende Cardiffkohle, welche von der Art ist, wie sie ausschließlich auf Kriegsschiffen zur Verwendung kommt, wenn sie nach Wladiwostok gehangt wäre, sicher für den Bedarf der Marine geliefert worden wäre. Es steht daher außer Zweifel, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande ist.)

Da dies somit feststeht, so erübrigt es sich, auf die weiteren Ausführungen des Vertreters der Reklamation einzeln einzugehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden, 2)

Verkündet am 12. April 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Pyman, Watson A. G., England, Wales, Cardiff, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Oakley", William Wisnom, wohnhaft in England, Maryport, North Street Nr. 20.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt AkiyamaGenzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 12. April 1904 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Oakley", welcher am 18. Januar 1905 auf 34 \* 22 ' n. Br. und 129 \* 55 ' ô. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tokiwa" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der auf dem Dampfer "Oakley", verladenen 5893 Tons Steinkohlen erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat William Wisnom als Vertreter des Reklamanten, der Pym an Watson A. G., durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozedvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. - 7) V. § 43.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Das Urteil erster Instanz, welches auf Einziehung der auf dem Dampfer "Oakley" verladenen 5893 Tons Steinkohlen entschieden habe, sei unzutreffend. Es werde Aufhebung desselben und Abgabe einer Entscheidung auf Freigabe der genannten Ladung beanfragt, und zwar aus folgenden Gränden:

- Es sei freilich in neuerer Zeit äußerst bestritten, ob Kohle Konterbande sei. In der japanischen Seeprisenordnung 3) sei aber als Prinzip anerkannt, daß sie nur als Konterbande gelte, wenn sie erwiesenermaßen zum Kriegsgebrauch des Feindes habe geliefert werden sollen. Aber wenn man selbst annehme, daß dies Prinzip mit den Grundsätzen des Völkerrechts übereinstimme, so sei doch der Bestimmungshafen der zur Verhandlung stehenden Ladung, Wladiwostok, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Da an diesem Platz alle Arten von kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen betrieben würden und neutrale Firmen dort Niederlassungen hätten, so könne man aus der Tatsache, daß Kohle, welche nicht absolute Konterbande sei, dorthin befördert werde, nicht ohne weiteres schließen, daß sie für den Gebrauch der Kriegsmacht bestimmt sei. Auch nach der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus" im Kriege zwischen England und Holland vom Jahre 1798 sei es billig. daß die zur Verhandlung stehende Ladung als zur Einfuhr rach dem Handelshafen Wladiwostok und zu friedlichem Gebrauch bestimmt angesehen werde.
  - 2. Das Urteil erster Instanz behaupte, daß

in Władiwostok zurzeit gewöhnliche Schiffe fast gar nicht vorhanden seien und daß der Schluß gerechtfertigt sei, daß die zur Verhandlung stehende Cardiffkohle, welche von der Art sei, wie sie hauptsächlich auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme, wenn sie nach Władiwostok gelangt wäre, für den Gebrauch der Marine geliefert worden wäre, usw.

Was für Beweise habe man dafür, daß in Wladiwostok zurzeit gewöhnliche Schiffe fast gar nicht vorhanden seien? Das Gericht habe isch nicht an die für die Beweisaufnahme geltenden Normen gehalten, sondern 'nach freier Überzeugung geurteilt. Es sei aber ein völkerrechtlicher Grundsatz für das Prisenwerfahren, daß man als Material für die Entscheidung nur die Papiere des aufgebrachten Schiffes und die Aussagen der Besatzung benutzen solle. Es sei daher unfraglich, daß das Urteil unzutreffend sei, weil es gegen diese völkerrechtliche Grundregel verstoßen habe.

5) V. § 14.

3. Bezüglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff weiche zwar das englische Prinzip von dem kontinentalen in etwas ab, aber im großen und ganzen sei ihr Sinn doch derselbe. Nach der englischen Praxis würden Güter, welche, weil für die feindlichen Kriegsschiffe oder Truppen bestimmt, als Kriegskonterbande anzusehen seien, unter Zahlung einer Vergütung eingezogen. Nach dem kontinentalen Prinzip sei, wie es die völkerrechtlichen Kongresse beschlossen hätten, für Güter, welche sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken dienen könnten, wenn sie auf der Reise nach einem feindlichen Hafen begriffen seien, bestimmt, daß dem kriegführenden Staat ihnen gegenüber unter der Bedingung der Vergütung das Beschlagnahmerecht und außerdem das Vorkaufsrecht zustehe. Während so die moderne Rechtspraxis mit Bezug auf relative Konterbande eine immer weitherziger werdende Tendenz zeige, sei nur Japan unbillig streng, indem es im Gegensatz zu den erwähnten Rechtsprinzipien und Gewohnheiten Kohle, die sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken diene, wenn sie nach einem Platz, der Handels- und Kriegshafen sei, bestimmt wäre, bedingungslos einziehe. Besonders, weil die japanische Prisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, daß, wo es sich um neutrale relative Konterbandegüter handele, eine billigere Haltung eingenommen würde.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro, sind folgende:

1. Cardiffkohle, wie die zur Verhandlung stehende, werde in der gegenwärtigen Zeit hauptsächlich auf Kriegsschiffen gebraucht. Die Ladung sei nach Władiwostok bestimmt, welches als Handelshafen seit dem japanisch-russischen Kriege nur dem Namen nach existiere, tatsächlich aber ein wirklicher Kriegshafen und der Hauptstützpunkt für die russische Kriegsflotte sei. Es sei bekannt, daß diese Flotte bezüglich der von ihr benötigten Kohle fast gänzlich auf Import von Cardiff angewiesen sei. Daher sei es klar, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Kohlen, welche nach Władiwostok bestimmt gewesen sei, unmittelbar für den Kriegsgebrauch des Feindes habe geliefert werden sollen und daher unzweitelhaft Kriegskonterhande sei.

Da man den holländischen Hafen Amsterdam, welcher weder dem Namen noch den tatsächlichen Verhältnissen nach zugleich die Eigenschaften eines Kriegshafens und eines Handelshafens habe, nicht auf gleiche Stufe mit Wladiwostok stellen könne, so könne die Präcedenzentscheidung des "Neptunus"-Falls nicht für den vorliegenden Fall angezogen werden.

 Da besondere Regeln für die Beweisaufnahme, an welche das Prisengericht gebunden wäre, nicht existierten, so könne das Gericht unter Zugrundelegung der Schiffspapiere, der Aussagen der Besatzung und jedes anderen Umstandes nach freier Überzeugung den Tatbestand feststellen. Daher lasse sich nicht sagen, daß es unrechtmäßig sei, bei Feststellung des Tatbestandes über die Schiffspapiere und die Aussagen der Besatzung hinauszugehen; besonders auch, da die von dem Urteil erster Instanz angenommenen Tatsachen allgemein bekannt seien.

3. Daß Kohle, welche für feindliches Gebiet bestimmt sei, wenn anzunehmen sei, daß sie für den feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden solle, als Konterbande angesehen und eingezogen werden müsse, sei nicht nur von der Völkerrechtspraxis anerkannt, sondern auch in der japanischen Seeprisenordung klar ausgesprotehen. Es sei däher zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz, weil es diese Tatsache angenommen habe, auf Einziehung der zur Verhandlung stehenden Kohle erkenne. Auch sei es als zutreffend zu bezeichnen, wenn das Prisengericht den Ausführungen des Reklamanten bezüglich Einziehung unter Leistung einer Vergütung, bezüglich bedingter Beschlagnahme und Vorkaufs nicht gefolgt sei, denn diese seien nur vereinzelte Staatenpraxis bzw. Gelehrtenansichten, könnten aber nicht als Bestimmungen oder Praxis des geltenden Völkerrechts anerkannt werden.

Da demnach, wie ausgeführt, das Urteil erster Instanz zutreffend sei und die Berufungspunkte sämtlich unbegründet seien, so müsse die Berufung abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Kriege mit Japan hat Rußland denselben zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Kriegsgedrät, Lebensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedarfssritkel aufgespichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskohterhande seien. Dies um so mehr, als die Kohlenladung ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch der Kriegsschiffe zur Kriegssecht keinen Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präecdenzentscheidung, betreffend dem "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

Daher ist Punkt 1 der Berufung unbegründet.

- 2. Da ein Prisengericht bei der Feststellung des Tathestandes die Schiffspapiere, die Aussagen des Kapitäns und der Besatzung und alle anderen Tatsachen und Umstände berücksichtigen und nach freier Überzeugung urteilen kann, so ist der zweite Berufungspunkt, in welchem das Urteil erster Instanz für unzutreffend erklärt wird, veil es Tatsachen, die außerhalb der Schiffspapiere und der Aussagen der Besatzung liegen, als Material für die Entscheidung verwandt habe, unbegründet.
- 3. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterhande schlechtlin konfisziert werden kann. Wönsteb bezüglich Vorkaufs, Enizelung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragliche Abmachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen im Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinenfalls können sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden.

Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas versehen habe, wenn es diesen Ansichten des Reklamanten nicht Folge leistete. Demnach ist auch Punkt 3 der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Societa Anonima Ungherese di Armamento Maritimo Oriente in Fiume, Österreich-Ungarn, vertreten durch die Geschäftsführer Luigi Cosulich und E. Cunradi.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Kyobashiku. Unemacho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend den österreichischen Dampfer "Burma" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des österreichisch-ungarischen Dampfers "Burma" erkannt.

## Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer steht im Eigentum des -Reklamanten, sein Heimatshafen ist Fiume in Österreich-Ungarn und er ist ein Handelsschiff, welches die österreichisch-ungarische Flagge führt.

Der Dampfer lud auf Grund eines am 11. November 1904 von dem Reklamanten mit der Firma Mann, George & Co. in London abgeschlossenen Chartervertrags mit der Bestimmung, sie nach Wladiwostok in Rußland zu befördern, in Cardiff, England, etwa 4000 Tons doppelt gesiebte Cardiffkohle. In dem Chartervertrag und dem Konnossement wurden Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungsorte genannt. Nach dem Konnossement sollte sich der Empfänger nach Order richten. Am 19. November desselben Jahres fuhr der Dampfer von Cardiff ab und traf am 9. Januar des folgenden lahres in Hongkong ein. Dort erhielt er auf Grund seiner Angaben Ausklarierung für Kiautschou, nahm aber bei Abreise von dort absichtlich einen Umweg und versuchte durch die Kunishiri-Straße beim Hokkaidoden Soyakanal zu passieren. Er geriet iedoch in Treibeis, fuhr nach Süden und wurde, als er mit einem südlichen Kurs finhr, der ihn durch die Tsugaru-Straße nach Wladiwostok bringen mußte, am 25. Januar 1905 nach 9 Uhr abends bei dem Shiokubi-Vorgebirge von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 30 beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten des Torpedobootes Nr. 30, Kapitän-leutnants AkiyoshiShoichi, durch die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Burma", M. Valentin, und des 1. Offiziers Giuseppe Peknlich, durch das Schiffszertifikat, den Chartervertrag, das Konnossement, das Tagebuch und die Ausklarierungspapiere von Hongkong.

# Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe am 11. November 1904 in London mit den Vertretern des in Glasgow, St. Vincent Street Nr. 127 wohnhaften Kaufmanns E. A. Grabowski, der Firma Mann, George & Co. in London einen Chartervertrag abgeschlossen, nach dem das zur Verhandlung stehende Schiff zum Transport von Kohle von Cardiff in England nach Hongkong, Shanghai oder Klautschou zur Verfügung zu stellen gewesen sei. Wenn das Schiff nach einem anderen als den in dem Chartervertrag benannten Bestimmungshäfen gereist sei, so sei das auf Maßnahmen des Charterers oder Absenders hin geschehen. Der Reeder habe sich daran nicht beteiligt und auch nicht darum gewatß. Da die Güter nicht im Eigentum des Reklamanten stünden, so könne das Schiff, wenn auch seine Ladung Konterbande sei, nicht mit dieser zusammen eingezogen werden. Wenn in den Schiffspapieren Wiladiwostok nicht als einer der Bestimmungsorte angefährt sei, so könnten freilich die Papiere dem Vorwurf der Unvollständigkeit nicht entgehen, man könne dies aber nicht ohne weiteres als Beweis für das Vorliegen betriftgerischen Vergehens erachten. Daß der Dampfer sich in Hongkong Ausklarierung nach Kiautschon habe geben lassen, sei lediglich zur Erleichterung der Reise geschehen. Daß es nicht auf Grund eines betrügerischen Plans geschehen sei, um der Aufbringung zu entgehen, könne man auch daraus ersehen, daß nach der Ahreise von Hongkong in dem Tagebuch Wlädiwostok als Reiseziel verzeichnet worden sei. Selbst aber wenn man annehme, ess eit geschehen, um die Reise heimlich ausfähren zu können, so sei dies doch eine Handlung des Charterers oder des Absenders. Es lieze indes kein Beweis vor, daß der Reeder darum gewaßt habe.

De die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs keine absolute Konterbande sei, so müsse im vorliegenden Fall, wo sie nach
Wladivostok gehe, einem Hafen, der die Eigenschaft sowohl eines Kriegswie eines Handelshafens besitze, mangels Gegenbeweises angenommen
werden, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok befördert und
nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollte. Daß dies billig
sei, tue auch die Präcedennetscheidung, betreffend die im englischholländischen Krieg im Jahre 1708 aufgebrachte "Neptunus" dar. Für
den vorliegenden Fall gelte dies um so mehr, als die Verwendbarkeit
der Ladung sich nicht auf den Kriegsgebrauch beschränke, diese vielmehr auch ganz allgemein im Gewerbebetriebe verwandt werde.

Aus diesen Gründen werde Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Władiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht, und sie ist mit allen Mitteln bestrebt, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewönliche Handelsevreker hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohle oder Lebensmittel und dergleichen Güter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Władiwostok befordert werden, so muß mangels klaren Gegenbeweises angenommen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezüglich der Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers, welche aus ausgewählter Cardiffkohle besteht, wie sie im wesentlichen nur zum Gebrauch auf Kriegssehiffen dient, nicht bezweifelt werden, daß sie wirklich für den Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Konterbande anzusehen.<sup>3</sup>)

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2.

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Neptunus"-Fall angeht, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett nach
Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im
Gegentell kann jenes Urteil viel cher zur Bekräftigung der Annahme,
daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes Konterbande ist,
geltend gemacht werden. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von
Wladiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das
in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen
Wladiwostoks viel mehr gleich.

Obwohl es bereits vor der Abfahrt von Cardiff bestimmt war, daß das Schiff nach Wladiwostok gehen sollte, geben doch der Chartervertrag und das Konnossement die neutralen Häfen Hongkong, Shanghai oder Klautschou als Bestimmungsorte an. Auch noch bei der Abfahrt von Hongkong gab der Dampfer fälschlich Klautschou als Reisziel an und erhielt entsprechende Ausklarierungspapiere. Von dort abfahrend, nahm er absichtlich einen Umweg, um durch die Soyastraßenach Wladiwostok zu gelangen. Alles dies ist nicht anzusehen als ein entschuldbares Versehen oder als zur Erleichterung der Reise geschehen. Vellenheir muß man annehmen, daß es der wohlüberlegten List entsprungen ist, den Bestimmungshafen zu verheimlichen, um so der Aufbringung zu entgehen.

Wenn sich auch zufälligerweise im Tagebuch nach der Abreise von Hongkong Wladiwostok als Bestimmungsort verzeichnet findet, so kann man nicht daraufhin allein die Fälschungen, die in den anderen Papieren ausgeführt worden sind, außer acht lassen und annehmen, das zur Verhandlung stehende Schiff habe sich keines betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht. Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Burma" hat demnach unter Anwendung betrügerischer Mittel Kriegskonterbande befördert.

Die völkerrechtliche Wissenschaft und Praxis erkennen aber an, daß Schiffe, welche sich derartigen betrügerischen Vorgehens schuldig machen, gleichviel ob der Reeder hierbei beteiligt ist oder nicht, zusammen mit ihrer Konterbandeladung eingezogen werden können. <sup>3</sup>)

Die Ausführungen des Reklamanten sind folglich unbegründet.

Da aus den obigen Gründen der zur Verhandlung stehende Dampfer einzuziehen ist, so erübrigt es sich, auf die weiteren Punkte des Reklamanten einzugehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

D V. 6 44.

Verkündet am 28. April 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka Uchida Shigenari.

## (Unterschriften.)

Reklamant: Societa Anonima Ungherese di Armamento Maritimo Oriente in Fiume, Österreich-Ungarn, vertreten durch Luigi Cosulich und E. Cunradi.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku Unemecho Nr. 15.

Am 28. April 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisenssenbetreffend den österreichisch-ungarischen Dampfer "Burma", welcher am 25. Januar 1905 bei dem Shiokubi-Vorgebirge von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 30 aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme des österreichischen Dampfers "Burma" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil haben die Vertreter des Reklamanten, der Societa Anonima Ungherese di Armamento Maritimo Oriente, Luigi Cosulich und E. Cunradi durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Die Entscheidung des Prisengerichts zu Vokosuka auf Einziehung des Dampfers "Burma" sei unzutreffend. Es werde Verwerfung desselben und Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- Der Eigenümer des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei von dem Ladungseigentümer verschieden und habe nicht unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande geladen. Wenn daher auch die Ladung als Konterbande angesehen werde, so könne doch das Schiff nicht eingezogen werden.
- Der einzige Grund, aus dem das Gericht erster Instanz die Wegnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs verfügt habe, sei der, daß

das Schiff unter Anwendung betrügerischer Mittel Kriegskonterbande befördert habe und daß ein Schiff, welches sich solchen betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht habe, gleichviel ob dies unter Beteiligung und mit Wissen des Reeders geschehen sei oder nicht, mit seiner Konterbandeladung eingezogen werden müsse.

Die Strafe für Konterbandetransport sei, wenn die Konterbandeladung nicht im Eigentum des Reeders stehe, lediglich der Verlust an Zeit, Fracht und Kosten; die Strafe der Einziehung könne indes nicht auferlegt werden. Auch sei es ein Grundsatz des modernen Völkerrechts, daß, wenn die Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel verschifft sei, doch auch das Schiff nur eingezogen werden könne, wenn es klar erwiesen sei, daß der Reader Mittäter bei dem betrügerischen Vorgehen sei. Nicht nur England erkenne dies an, auch die japanische Prisenordnung stehe auf demselben Standpunkt. Um annehmen zu können, daß ein Schiff unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande geladen habe, müsse unbedingt Beteiligung und Mitwissen des Reeders an dem betrügerischen Vorgehen vorliegen; derselbe müsse der Mittäterschaft schuldig sein. In dem vorliegenden Fall liege aber Mittäterschaft des Reeders ganz sicher nicht vor. Es sei daher unrechtmäßig, wenn das Urteil erster Instanz, ohne diese Tatsache zu prüfen und ohne sich überhaupt darum zu kümmern, ob der Reeder bei dem betrügerischen Vorgehen beteiligt gewesen sei oder nicht, entschieden habe, daß das Schiff zusammen mit seiner Ladung einzuziehen sei.

3. Um auf Grund von Anwendung beträgerischer Mittel die Strafe der Einziehung auferlegen zu können, genüge es nicht, daß in den Schiffspapieren lediglich der Bestimmungsort nicht angegeben sei, es sei vielmehr außerdem erforderlich, daß die Papiere hergestellt seien mit der Absicht, die im Kriege begriffene Marine bei der Visitierung und Durchsuchung zu täuschen und so der Aufbringung zu entgehen, und daß diese Marine auch wirklich dadurch gefäuserth werden könne. Es lägen aber keinerlei Anzeichen vor, daß die Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffs in der Absicht hergestellt worden seien; auch sei es klar, daß mit ihnen der Zweck, der Aufbringung zu entgehen, nicht hätte erreicht werden können. Daher könne das Schiff nicht eingezogen werden.

4. Der Reeder habe den zur Verhandlung stehenden Dampfer zum Transport von Kohle an den Ladungseigentümer vermietet und im Chartervertrag seien Hongkong, Shanghai oder Kinutschou als Bestimmungshäfen festgesetzt worden. Der Reeder habe daher von der Fahrt nach einem anderen Orte nichts ewwißt.

Was den Charakter und die Wirkung des in Frage stehenden Chartervertrags angehe, so sei dieser Vertrag nach dem Rechte Englands, wo er abgeschlossen sei, auszulegen. Nach dem englischen Recht habe aber der Vertrag den Charakter einer Sachmiete, und man müsse annehmen, daß der Besitz und die Verfügungsgewalt über das Schiff für die Zeit auf den Charterer übergegangen seien. Aber wenn man den vorliegenden Chartervertrag auch lediglich als einen gewöhnlichen Transportvertrag ansehe, so sei es doch offenbar, daß der Wille des Reeders über die in dem Vertrag bezeichnete Reise nicht hinausgereicht habe. Wenn daher der Charterer heimlich dem Kapitan Order gegeben habe, nach Wladiwostok zu gehen, und der Kapitän diesen Befehl ausgeführt habe, könne man nicht behaupten, daß der Reeder an diesem Vorhaben beteiligt sei und sich bei dem Konterbandetransport in Mittäterschaft gesetzt habe. Auch nach den gewöhnlichen Rechtsbegriffen könne, wenn auch der Kapitän als der Stellvertreter des Reeders gelte, dieser doch für willkürliche Handlungen des Kapitäns, welche außerhalb von dessen gewöhnlichen gesetzlichen Befugnissen lägen, nicht haftbar gemacht werden. Um so mehr müsse das gelten, wo es sich um einen Kriegskonterbandetransport unter Anwendung betrügerischer Mittel handele, da eine solche Handlung eine Verletzung des Völkerrechts sei, Aus diesen Gründen habe der Reeder selbstverständlich für keinerlei Eintragungen in die Schiffspapiere, abgesehen von dem Chartervertrag, die Verantwortung zu tragen. Selbst einmal angenommen, es wären falsche Eintragungen in die Schiffspapiere gemacht, so könne doch dem Reeder, solange nicht der Beweis seiner Mittäterschaft vorliege, die Verantwortung hierfür nicht auferlegt werden.

5. Der Charterer habe bei der Abreise des Schiffes dem Kapitän für den Fall, daß er bei Ankunft in Hongkong keine andere Order erhalte, Befehl gegeben, mit einem beliebigen Kurs nach Wladiwostok weiter zu fahren. Danach zu urteilen, seid amlas Wladiwostok noch nicht fest als Bestimmungsort abgemacht gewesen. Dies sei erst fest bestimmt worden, als der Dampfer bei Ankunft in Hongkong keine andere Order erhalten habe. Daher könne darin, daß in dem in Abfahrtshafen ausgestellten Konnossement und Ausklarierungsschein Hongkong oder Kautschou als Bestimmungsorte bezeichnet seien, ein Grund für Verdacht nicht liegen, und man könne daraus nicht schließen, daß die Papiere auf einen gefälschten Bestimmungsort ausgestellt worden seien in der Absicht, dadurch der Aufbringung durch die kriegführende Macht zu entgehen.

Wenn der Dampfer sich in Hongkong Ausklarierung für Kiautschou beschafft habe, so sei das lediglich in der Befürchtung geschehen, daß zurzeit die englischen Behörden die Reise nach Wladiwostok nicht erlauben würden. Wenn der Dampfer genötigt gewesen wäre, um Ausklarierung nach Wladiwostok zu bitten, so hätte er bei der Abreise Schwierigkeiten erfahren, welche er gescheut habe. So habe er, lediglich um seine Abfahrt zu erleichtern, den Behörden gegenüber eine falsche Meldung gemacht. Daß dies nicht geschehen sei, um der Aufbringung durch die jananischen Kriesesshiffe zu entreben, zehe auch daraus klar

hervor, daß in dem Tagebuch nach der Abreise von Hongkong Wladiwostok als Reiseziel angegeben sei.

Die Ausklarierungsbescheinigung sei eigentlich kein wichtiges Schiffspapier. Daß die verschiedenen Staaten ihr kein Gewicht beilegten, könne man auch daraus entnehmen, daß sie sich unter den in den Artikeln 177 bis 194 der englischen Prisenordnung aufgeführten Schiffspapieren der einzelnen Staaten Europas und Amerikas nicht finde. Wenn daher auch in den fraglichen Ausklarierungsbescheinigungen nicht der richtige Bestimmungsort angegeben sei, so könne man doch nicht sagen, daß es den Prinzipien des modernen Völkerrechts entspreche, wenn man daraufhin dem Schiffe die schwerste Strafe der Einziehung auferlege.

6. Die japanische Prisenordnung stehe auf dem Standpunkt, daß Kohle nur als Konterbande gelte, wenn es erwiesen sei, daß sie für den feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden solle. Einmal angenommen, dieser Standpunkt entspreche den völkerrechtlichen Grundsätzen, so sei doch Wladiwostok, der Bestimmungsort der in Frage kommenden Ladung, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Es sei daher unrechtmäßig, ohne weiteres anzunehmen, daß dorthin bestimmte Kohle, welche keine absolute Konterbande sei, für den Kriegsgebrauch bestimmt sel. Es müsse vielmehr entsprechend dem Urteil in dem "Neptunus"-Fall im englisch-holländischen Krieg im Jahre 1798 angenommen werden, daß die in Frage stehende Ladung für den Handelshafen Wladiwostok bestimmt sei und für friedlichen Gebrauch geliefert werden solle.

Aus diesen Gründen sei die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes keine Konterbande, und das Schiff könne daher nicht eingezogen werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari, sind folgende:

1. Schon vor der Abreise des zur Verhandlung stehenden Schiffs von Caraliff in England sei Wladiwostok als Bestimmungsort festgesetzt worden. In den Chartervetrag und dem Konnossement seien jedoch die neutralen Häfen Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungsorte angegeben. Auch noch bei der Abfahrt von Hongkong sei fälschlich Kiautschou als Bestimmung angegeben und eine entsprechende Ausklarierung erwirkt worden. Nach der Abreise von dort habe der Dampfer absichtlich einen Umweg genommen, um durch die Soyasträße nach Wladiwostok zu gelangen. Alles dies sei weder auf entschuldbarse Versehen zurückzuführen noch auf die Absicht, die für die Reise bequemere Route zu nehmen. Vielmehr sei die Verheimlichung des Bestimmungsorts eine List, durch welche man der Aufbringung durch die Japanische Marine zu entgehen gehofft habe. Es sei bekannt, daß

Wladiwostok, der Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Schiffs, zurzeit Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und der Hauptstützpunkt für seine Flotte sei. Seit dem Kriege habe die russische Regierung diesen Platz zu einem Hauptetappenort gemacht und häufe dort mit allen Kräften Kohle, Kriegswaffen und -Gerät und sonstige Kriegsbedarfsartikel an. Der gewöhnliche Handelsverkehr habe dort fast ganz aufgehört. Wenn daher nach diesem Platz Kohle befördert werde, so sei es billig, mangels klaren Gegenbeweises anzunehmen, daß sie für den Kriegsgebrauch geliefert werden solle. Besonders im vorliegenden Fall, wo die Ladung doppelt gesiebte Cardiffkohle sei, wie sie im Osten ausschließlich von der Kriegsmarine verwandt werde, mässe man mit Recht annehmen, daß sie sicher für den Kriegsgebrauch zu liefern und daher Konterbande sei.

Da demaach das zur Verhandlung stehende Schiff zur Beförderung von Konterbande unter Verwendung betrügerischer Mittel gedient habe, so könne es nach völkerrechtlichen Regeln, gleichgültig ob der Reeder an dem betrügerischen Vorgehen beteiligt gewesen sei oder nicht, mitsamt seiner Konterbandeladung der Einzehung nicht entgehen.

Selbst aber einmal angenommen, der Reeder sei an der Fälschung der Schiffspapiere nicht beteiligt gewesen, so machten doch die völkerrechtliche Wissenschaft und Praxis im Falle, daß ein Schiff unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande befördere, keinen Unterschied in der Strafe danach ob der Reeder Mittilder so doer nicht.

3. Die F\u00e4schung des Bestimmungsorts sei in ihrer Wirkung am sch\u00e4dlichsten, und das Schiff habe den Versuch, mit gro\u00e4ben Umweg die Soyastr\u00e4be zu passieren, in keiner anderen Absieht gemacht, als um durch diese List der Aufbringung zu entgehen. Daher sei es recht, daß das Schiff, weil es sich betr\u00fcgerischen Vorgehens schuldig gemacht habe, der Strafe der Einziehung verfalle.

Die Punkte 4, 5 und 6 erforderten keine Erwiderung, und es werde daher aus obigen Gründen Verwerfung der Berufung beantragt.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

 Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Sützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedafsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage daßir vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präcedenzentscheidung, betreffend die "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die hier in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmf gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewendet werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können.<sup>9</sup>) Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders im vorliegenden Fall, wo die ganze Ladung des Schiffes Konterbande ist und, obwohl erwiesenermaßen sehon seit der Abfahrt von England Wladiwostok das Reiseizel war, der Chartervertrag, das Konnossement und die Ausklarierungsscheine einen falschen Bestimmungsort angeben und das Schiff demnach zur Beförderung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel gedient hat.

Da schon nach dem in den Punkten 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des Schiffes unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt keine Notwendigkeit vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

<sup>3)</sup> Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage, das englische Manual of Naval Prize Law, Art. 82—85.

Reklamant: Mann, George & Co. in London, England, vertreten durch den Kapitan des österreichisch-ungarischen Dampfers "Burma". M. Valentin.

Prozeßvertrerer: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betroffend die Ladung des österreichischen Dampfers "Burma", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme der auf dem österreichisch-ungarischen Dampfer "Burma" verschifften etwa 4106 Tons Kohlen entschieden.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung von 4106 Tons doppelt gesiebter Cardiffkohle ist auf Grund des zwischen dem Reklamanten und
der Societa Anonima Ungherese di Armamento Maritimo Oriente in
Fiume, Österreich-Ungarn, abgeschlossenen Chartervertrags auf dem
dieser Gesellschaft gehörigen Dampfer "Burma" verschifft worden. Am
19. November fuhr sie mit Bestimmung nach Wladiwostok in Rußland
von Cardiff ab und surde am 25, Januar 1905 nach 9 Uhr abends auf
der Fahrt nach Wladiwostok durch die Tsugaru-Straße bei dem Kap
Shiokubi von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 30 mit dem genannten
Dampfer zusammen beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommadanten des Torpedobootes Nr. 30, Kapitänleutnants Akiyoshi Shoichi, durch die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Burma", M. Valentin, und des I. Offiziers Giuseppe Pekulich, durch das Schiffszertifikat, den Chartervertrag, das Konnossement, das Tagebuch und die Ausklarierungspapiere von Hongkong.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die von dem Reklamanten, einem neutralen Staatsangehörigen, unternommene Beförderung von Steinkohle nach Wladiwostok, einem Hafen einer kriegführenden Macht, sei eine öffentliche Handelstransaktion, welche unter den Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs stehe und nicht vom Völkerrecht untersagt werde. Auch nach der japanischen Seeprisenordnung sei Kohle keine absolute Konterbande. Sie gelte als Konterbande unz, wenn sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine oder auch nach einem feindlichen Ort bestimmt sei, nach dessen Verhältnissen angenommen werden müsse, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden würde. 1) In 3em vorliegenden Fall, wo die Kohle nach Whadiwostok gehe, einem Hafen,

welcher die Eigenschaften eines Kriegs- und eines Handelshaftens in sich verenige, sei es billig anzunehmen, daß sic" anch dem Handelshaften Wladlwostok bestimmt und nicht für Kriegszwecke zu lieferm sel, es sei denn, daß Gegenbeweis vorliege. Dies tue auch die Präcedenzentscheidung, betreffend die im englisch-hollandischen Kriege im Jahre 1798 aufgebrachte "Neptunus", dar. Für den vorliegenden Fäll gelte es auch um so mehr, als die Ladung nicht ausschließlich für den Kriegsgebrauch verwendbar sei, sondern auch ganz allgemein im Industrie-betriebe verbraucht werde.

Aus diesen Gründen werde Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Whadiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Igana hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht und sie ist mit allen Mitteln bestrebt, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewönnliche Handelsverkehr hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohle oder Lebensmittel oder dergleichen Güter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befördert werden, so muß mangels klaren Gegenbeweises angenommen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezäglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus ausgewählter Cardiffskohle besteht, wie sie im wesentlichen nur zum Gebrauch auf Kriegssebrauch zu liefett werden, daß sie wirklich für den Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Konterhande anzusehen.

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Neptunus"-Fall angeht, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett uach Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung jenes Urteils viel eher zur Bekräftigung der Annahme, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande ist, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von Wladiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwostoks viel mehr gleich.

Kurz, die zur Verhandlung stehende Ladung ist, weil für den Gebrauch der feindlichen Marine bestimmt gewesen, als Konterbande anzuselten. 3)

Die Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 sowie die völker-

1) II. Ziffer 2.

rechtliche Wissenschaft und Praxis erkennen aber an, daß Konterbande, wenn auch unter neutraler Flagge fahrend, eingezogen werden kann.<sup>3</sup>) Aus diesen Gründen wird wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 26. April 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

Reklamant: Mann, George & Co., London in England, vertreten durch den Kapitän des österreichisch-ungarischen Dampfers "Burma", M. Valentin.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 28. April 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensache, betreffend die Ladung des österreichisch-ungarischen Dampfers "Burma", welcher am 25. Januar 1905 bei dem Shiokubi-Vorgebirge von dem Kaiserlichen Torpedoboot Nr. 30 aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme der Ladung des österreichisch-ungarischen Dampfers "Burma", bestehend aus 4106 Tons Steinkohle, erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat M. Valentin, der Vertreter des Reklamanten, der Firma Mann, George & Co, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozefivertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und 1shiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts erster Instanz auf Einziehung der auf dem Dampfer "Burma" verschifften Steinkohle sei unzutreffend. Es werde Verwerfung dieser Entscheidung und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nach Wladiwostok, Rußlands einzigem Handelshafen im Osten bef\u00f6rdert worden und zu friedlichem Gebrauch bestimmt gewesen. Daher sei es unzutreffend, sie als Konterbande anzusehen.
- 2. Es sei freilich in neuerer Zeit äußerst bestritten, ob Kohle Konterbande sei. In der japanischen Seeprisenordnung ) sei jedoch als Prinzip

<sup>\*)</sup> V. § 43. — \*) V. § 14.

anerkannt, daß sie nur als Konterbande gelte, wenn sie erwiesenermaßen zum Kriegsgebrauch des Feindes habe geliefert werden sollen. Aber wenn man selbst annehme, daß dies Prinzip mit den Grundsätzen des Völkerrechts übereinstimme, so sei doch der Bestimmungshafen der zur Verhandlung stehenden Ladung, Wladiwostok, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Da an diesem Platze alle Arten von kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen betrieben würden und neutrale Firmen dort Niederlassungen hätten, so könne man aus der Tatsache, daß Kohle, welche nicht absolute Konterbande sei, dorthin transportiert werde, nicht ohne weiteres schließen, daß diese für den Gebrauch der Kriegsmacht bestimmt sei. Auch nach der Präcedenzentscheidung, betreffend die "Neptunus" aus dem Kriege zwischen England und Holland vom Jahre 1798 sei es billig, daß die zur Verhandlung stehende Ladung als zur Einfuhr nach dem Handelshafen Wladiwostok und zu friedlichem Gebrauch bestimmt angesehen werde.

3. Bezüglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff weiche zwar das englische Prinzip von dem kontinentalen in etwas ab, aber im großen und ganzen sei ihr Sinn doch derselbe. Nach der englischen Praxis würden Güter, welche, weil für die feindlichen Kriegsschiffe oder Truppen bestimmt, als Kriegskonterbande anzusehen seien, unter Zahlung einer Vergütung eingezogen. Nach dem kontinentalen Prinzip sei, wie es die völkerrechtlichen Kongresse beschlossen hätten, für Güter, welche sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken dienen könnten, wenn sie auf der Reise nach einem feindlichen Hafen begriffen seien, bestimmt, daß dem kriegführenden Staat ihnen gegenüber unter der Bedingung der Vergütung das Beschlagnahmerecht und außerdem das Vorkaufsrecht zustehe. Während so die moderne Rechtspraxis mit Bezug auf relative Konterbande eine immer weitherziger werdende Tendenz zeige, sei nur Japan unbillig streng, indem es im Gegensatz zu den erwähnten Rechtsprinzipien und Gewohnheiten Kohle. die sowohl friedlichen als kriegerischen Zwecken diene, wenn sie nach einem Platz, der Handelshafen und Kriegshafen sei, bestimmt wäre, bedingungslos einziehe. Besonders, weil die japanische Prisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, daß, wo es sich um neutrale relative Konterbandegüter handele, eine billigere Haltung eingenommen werde.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari, sind folgende:

 Der Reklamant habe dafür, daß die zur Verhandlung stehende Ladung zu friedlichen Zwecken geliefert werden solle, keinerlei Beweis erbracht. Wladiwostok sei nun zurzeit Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und der Hauptstützpunkt für seine Flotte. Seit dem Krieg mit

Japan habe die russische Regierung diesen Platz zu einem Hauptetappenort gemacht und sei mit allen Kräften bemüht, dort Kohle, Kriegswaffen und -Gerät sowie sonstige Kriegsbedarfsgegenstände anzuhäufen. Es sei bekannt, daß der gewöhnliche Handelsverkehr dort fast gänzlich aufgehört habe. Wenn daher Kohle und dergleichen Güter. deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig sei, nach Wladiwostok befördert würden, so sei es billig, mangels klaren Gegenbeweises anzunehmen, daß dieselben für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollten. Dies gelte besonders auch bezüglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus donnelt gesiehter Cardiffkohle bestehe, wie sie im Osten ausschließlich zum Kriegsgebrauch diene. Auch habe der Dampfer "Burma", um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen, die List angewandt, seinen Bestimmungsort zu verheimlichen. Daraus könne man mit Recht folgern, daß die Kohle wirklich für den russischen Kriegsgebrauch zu liefern gewesen und daher Kriegskonterbande sei. Das Völkerrecht erkenne aber an, daß Konterbande, wenn auch unter neutraler Flagge fahrend, der Einziehung nicht entgehen könne.

 Die Punkte 2 und 3 der Berufung seien nur eine Erweiterung der Ausführungen des Punktes 1, so daß eine besondere Erörterung derselben überflüssig sei.

Aus diesen Gründen sei die Berufung zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1 Es ist bekannt, daß Władirostok Rußands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflötte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsarikle aufgespeichet. Der gewöhnliche Handelsevrekhr nach dorthin hat fast gänzlich aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um somehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für soche im Osten so hoch sind, daß außer für den Grebrauch auf Kriegssekliften zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegssekein kriegsveischen Kriegssekein kriegsveischen Kriegssekein kriegsveischen Kriegssekein kriegsveischen Kriegssekeinen kriegsbeiten kriegsbeiten und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegssekein kriegsveischen Kriegssekeinen kriegsveischen Kriegssekeinen kriegsbeiten kriegsbeiten und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegssekeinen kriegsveischen kriegsveischen

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präeedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus"-Fall auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind eanz.

andere Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

Daher sind Punkt 1 und 2 der Berufung unbegründet.

2. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande sehlechthin konfisziert werden kann. Wünsehe, bezüglich Vorkaufs, Einziehung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragliche Abmachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinenfalls könne sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden. Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas versehen habe, wenn es diesem Ansuchen des Reklamanten nicht Folge leistete. Demach ist auch Punkt 3 der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Robert Dollar, Direktor der M. S. Dollar Dampfschiffsgesellschaft in Amerika, Californien, St. Francisco, California Street Nr. 134.

In der Prisensache, betreffend den Dampfer "M. S. Dollar" und seine Ladung ist von der oben genannten Person mittels eines englisch abgefaßten Schreibens vom 2. Februar 1905 die Reklamation erhoben worden.

Es wird hierüber, wie folgt, entschieden:

Die Reklamation wird abgewiesen. 1)

#### Gründe:

Nach § 26 Absatz 3 der Prisengerichtsordnung?) ist die Verhandlungssprache in den Prisengerichten und dem Oberprisengericht die Japanische, und es bestehen hierüber keine Ausnahmeb-stimmungen. Da aber die genannte Reklamationsschrift, wie oben gesagt, sich der englischen Sprache bedient, so steht is ein die er erwähnten Bestimmung

<sup>1)</sup> Diese Sache ist formgerecht zur Reklamation gebracht und entschieden in den Fällen VI 33b und c.
5) IV.

in Widerspruch und ist nicht gesetzmäßig. Sie kann daher nicht angenommen werden.

Die erwähnte Reklamationsschrift war an das Prisengericht in Sasebo gerichtet. Da aber die Prisensache, betreffend den Dampfer "M. S. Dollar" zur Zuständigkeit des unterzeichneten Prisengerichts gehört, so ist sie auf Grund der Überweisung durch das Prisengericht in Sasebo von dem unterzeichneten Gericht behandelt worden.

Gegeben im Prisengericht zu Yokosuka nach Anhörung des Staatsanwalts bei dem Prisengericht zu Yokosuka am 9. März 1905.

(Unterschriften.)

Reklamant: M. S. Dollar Steamship Company Ltd. in Britisch Columbia, Victoria, vertreten durch den Direktor Robert Dollar.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "M. S. Dollar" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des englischen Dampfers "M. S. Dollar" erkannt

# Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "M. S. Dollar" steht im Eigentum des Reklamanten, sein Heimatshafen ist Victoria in Britisch Columbien und er ist ein Handelsschiff, welches die englische Flagge führt.

Am 8. Dezember 1904 hat der Vertreter des Reklamanten, der Dampfergeselbschaft "M. S. Dollar", in San Francisco in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit Harry J. Hart in San Francisco einen Chartervertrag abgeselhossen, auf Grund dessen das Schiff mit Pferdefutter (ungefähr 26 200 Bündel Heu, 14 600 Sack Gerste und 32 200 Sack Hafer) beladen wurde, um es nach Wladiwostok zu befördern. In allen Schiffspapieren war Moji als Bestimmungsort angegeben und nach dem Konnossement sollte sich der Empfänger nach Order bestimmen. Am 31. d. M. fuhr der Dampfer von San Francisco ab und versuchte durch die Muchi-Straße in den Soyakanal zu gelangen, geriet aber in Treibeis, ging dann nach Süden und fuhr in die Straße von Etorup. In dem Tagebuch, dem Privatschiffsjournal und dem Maschinenjournal wurde die Fahrroute verheimlicht, und es wurden Eintragungen gemacht, als ob der Dampfer direkt von San Francisco nach der Tsugaru-Straße gefahren wäre. Als der Dampfer die Straße passiert hatte, und mit einem Kurs fuhr, der ihn nach Władiwostok führen mußte, wurde er am 27. Januar 1905 bei dem Vorgebirge von Ryuhi von dem Kaiserlichen Kriegsschiff, "Asama" mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Asama", Kapitänleutnants Kokur a Unoske, die Vernehmungsprotokolle des Genannten, des Kapitäns Charles Cross, anderer Leute der Besatzung und der Zeugen Edward Clarence Davis und R. Stanley Dollar, das Schiffszertifikat, die Konnossemente, das Ladungsverzeichnis, die Ausklarierungspapiere von San Francisco, den Gesundheitspaß, das Tagebuch, das Privatschiffsjournal, das Maschinenjournal und das, von dem Kapitän nach Geständnis verheimlichter Tatsachen herausgegebene wahre Privatschiffsjournal und die Aussagen des Vertreters der Reklamation.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe nach dem Chartervertrag dem Charterer das Schiff zum Gütertransport von San Francisco nach Moji zur Verfügung gestellt. Wenn der Dampfer nach einem anderen Bestimmungsort als dem in dem Chartervertrag bestimmten gefahren sei, so sei dies eine Handlung des Charterers, die ohne Beteiligung und Wissen des Reeders geschehen sei. Besonders auch, weil die Ladung nicht im Eigentum des Reeders stehe, könne, wenn sie auch Konterbande sei, das Schiff nicht zusammen mit der Ladung eingezogen werden.

Wenn zufälligerweise in den Schiffspapieren Wladiwostok nicht als Bestimmungsort angegeben sei, so könnten freilich die Papiere dem Vorwurt der Unvollständigkeit nicht entgehen, man könne aber nicht ohne weiteres als Grund hierfür einen betrügerischen Plan, um Jer Aufbringung zu entgehen, annehmen. Selbst aber wenn man annehme, es sei geschehen, um die Reise heimlich auszuführen, so habe der Charterer diese Maßnahme mit Rücksi-ht auf eine Aufbringung der Ladung getroffen. Diese Belästigung dürfe aber auf das Schiff, dessen Reeder nichts von der Sache gewußt habe, nicht ausgedehnt werden.

Do die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs keine absolute Konterbande sei, so müsse im vorliegenden Fall, wo sie nach Wladiwostoß gehe, einem Hafen, der die Eigenschaften sowohl eines Kriegswie eines Handelshafens besitze, mangels Gegenbeweises angenommen werden, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostoß befördert und nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollte. Daß dies billig sei, tue auch die Präcedenzentscheidung, betreffend die im englischholländischen Krieg im Jahre 1708 aufgebrachte "Neptunsu" dar. Für den vorliegenden Fall gelte dies auch um so mehr, als die Ladung nicht ausschließlich als Pferdefutter für Truppenzwecke verwendbar sei.

Aus diesen Gründen werde Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Władiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht. Sie ist mit allen Kräften bemüht, dort große Kriegsvorritea nazuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher eine Ladung von Pferdefutter, wie die des zur Verhandlung stehenden Schiffs, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befördert wird, so muß mangels klaren Gegenbeweises angenommen werden, daß dieselbe für den Kriegsgebrauch zu liefern war.

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Neptunus"-Fall angeht, so deekt sich jener Fall, in dem Tierfett nach Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung jenes Urteils viel eher zur Bekräftigung der Annahme, daß die hier in Frage stehende Ladung Ronterbande ist, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse vom Wladiwostol sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwostoks viel mehr gleich.

Wenn man insbssondere auch die Menge der Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes und die bei ihrer Beförderung angewandten betrügerischen Mittel sowie die Aussagen des Kapitäns zusammenhält, so fallen die Zweifel, daß die Ladung für die feindlichen Truppen befördert wurde, mehr und mehr hinweg. Es ist daher mit Recht anzunehmen, daß die Ladung Konterbande ist. 1)

Daß ferner Wladiwostok der Bestimmungsort war, geht, wie oben gesagt, aus den Vernehmungsprotokollen des Kapitäns und der übrigen Besatzung hervor. Auch steht es in dem echten Privatschiftsjournal genau beschrieben, wie das Schiff am 23. Januar nördlich von der Insel Kunishiri in Treibeis geriet und den Kurs änderte. Später wurden freilich die wahren Tatsachen aufgezeichnet, aber in allen, bei der Aufbringung überlieferten Schiffspapieren war Moji als Bestimmungshafen bezeichnet. Im Tagebuch, im Privatschiffsjournal und Maschienejournal war die bisherige Reise verheimlicht, und es waren Eintragungen gemacht, als ob das Schiff von San Francisco direkt nach der Straße von Tsugaru gefahren wäre. Bei der Vistiferung durch den Stellvertreter des Komfahren wäre. Bei der Vistiferung durch den Stellvertreter des Kom-

<sup>1) 11.</sup> Ziffer 2.

mandanten der "Asama" und bei der Vernehmung durch den mit dem Fall beauftragten Prisenrat haben der Kapitān und die Mannschaft zunächst keine wahren Aussagen gemacht, erst nach vielen Vernehmungen nach der Aufbringung gestanden sie die Wahrheit. Alles dies berechtigt hinreichend zu der Annahme, daß ein mit größter Vorsicht durchdachter beträgerischer Plan vorgelegen hat. Kurz, der Dampfer "M. S. Dollar" hat unter Anwendung betrügerischer Mittel Krieseskonterbande befördert.

Es ist aber völkerrechtlich in Theorie und Praxis anerkannt, daß solche Schiffe, welche sich betrügerischer Mittel bedienen, gleichgültig ob dies unter Beteiligung oder mit Wissen des Reeders geschieht oder nicht, mit ihrer Konterbandeladung einzuziehen sind.<sup>4</sup>)

Da das zur Verhandlung stehende Schiff aus den obigen Gründen einzuziehen ist, so erübrigt es sich, auf die weiteren Punkte des Reklamanten noch weiter einzugehen.

Es wird daher, wie in der Urteilsformel, entschieden.

Verkündet am 28. April 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio

(Unterschriften.)

Reklamant: The M. S. Dollar Steamship Company Ltd., Victoria, Britisch Columbien, vertreten durch Robert Dollar.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 28. April 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensache betreffend den englischen Dampfer "M. S. Dollar", welcher am 27. Januar 1905 bei dem Ryuhi-Vorgebirge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Asama" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme des englischen Dampfers "M. S. Dollar" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Robert Dollar als Vertreter des Reklamanten, der M. S. Dollar Steamship Company Ltd. durch den Rechtsanwalt A kiya ma Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuk Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Biniehi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts zu Yokosuka, welches auf Wegnahme des Dampfers "M. S. Dollar" erkenne, sei unrechtmäßig. Es werde Auf-644 hebung desselben und Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- Der Eigentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei von 'dem Ladungseigentümer verschieden und habe nicht unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande geladen. Wenn daher auch die Ladung als Konterband: angesehen werde, so könne doch das Schiff nicht eingezogen werden.
- Der einzige Grund, aus dem das Gericht erster Instanz die Wegnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs verfügt habe, sei der, daß

das Schiff unter Anwendung von betrügerischen Mitteln Kriegskonterbande befördert habe, und daß ein Schiff, welches sich solchen betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht habe, gleichviel ob dies unter Beteiligung und mit Wissen des Reeders geschehen sei oder nicht, mit seiner Konterbandeladung eingevogen werden müsse.

Die Strafe für Konterbandetränsport sei, wenn die Konterbandeladung nicht im Eigentum des Reeders stehe, lediglich der Verlust an Zeit, Fracht und Kosten; die Strafe der Einziehung könne indes nicht auferlegt werden. Auch sei es ein Grundsatz des modernen Völkerrechts, daß, wenn die Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel verschifft sei, auch das Schiff nur eingezogen werden könne, wenn es klar erwisens sei, daß der Reeder Mittäter bei dem betrügerischen Vorgehen sei. Nicht nur England erkenne dies an, auch die japanische Prisenordnung stehe auf demselben Standpunkt.

Um annehmen zu können, daß ein Schiff unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande geladen habe, müsse unbedingt Beteiligung und Mitwissen des Reeders an dem betrügerischen Vorgehen vorliegen; derselbe müsse der Mittäterschaft schuldig sein. In dem vorliegenden Fall liege aber Mittäterschaft se Reeders ganz sieher nicht vor. Es sei daher unrechtmäßig, wenn das Urteil erster Instanz, ohne diese Tatsache zu prüfen und ohne sich überhaupt darum zu kümmern, ob der Reeder bei dem betrügerischen Vorgehen beteiligt gewesen sei oder nicht, entschieden habe, daß das Schiff zusammen mit seiner Ladung einzurlehen sei.

3. Um auf Grund von Anwendung betrügerischer Mittel die Strafe der Einziehung auferlegen zu können, genüge es nicht, daß in den Schiffspapieren lediglich der Bestimmungsort nicht angegeben sei, es sei velmehr erforderlich, daß die Papiere hergestellt seien mit der Absieht, die im Kriege begriffene Marine bei der Visitierung und Durchsuchung zu täuschen, um so der Aufbringung zu entgehen, und daß diese Marine auch wirklich dadurch gefüssorht werden könne.

Es lägen aber keinerlei Anzeichen vor, daß die Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffs in der Absicht hergestellt worden seien; auch sei es klar, daß mit ihnen der Zweck, der Aufbringung zu entgehen, nicht habe erreicht werden können. Daher könne das Schiff nicht eingezogen werden.

4. Der Reeder habe den zur Verhandlung stehenden Dampfer zum Transport von Gerste, Hafer und Heu an den Ladungseigent\u00e4mer vermietet und in dem Chartervertrag sei Moji in Japan als Bestimmungsort festgesetzt worden. Der Reeder habe daher von einer Fahrt nach einem anderen Orte nichts gewußt.

Was den Charakter und die Wirkung des in Frage stehenden Chartervertrags angehe, so sei dieser Vertrag nach dem Rechte Englands, wo er abgeschlossen sei, auszulegen; nach dem englischen Rechte habe aber der Vertrag den Charakter einer Sachmiete, und man müsse annehmen, daß der Besitz und die Verfügungsgewalt über das Schiff für die Zeit auf den Charterer übergegangen seien. Aber auch wenn man in dem vorliegenden Chartervertrag lediglich einen gewöhnlichen Transportvertrag erblicke, so sei es doch offenbar, daß der Wille des Reeders über die in dem Vertrag bezeichnete Reise nicht hinausgereicht habe. Wenn daher der Charterer heimlich dem Kapitän Order gegeben habe, nach Wladiwostok zu gehen, und der Kapitän diesen Befehl ausgeführt habe, könne man nicht behaupten, daß der Reeder an diesem Vorhaben beteiligt sei und bei dem Konterbandetransport in Mittäterschaft stehe. Auch nach den gewöhnlichen Rechtsbegriffen, könne, wenn auch der Kapitän, als der Stellvertreter des Reeders gelte, dieser doch für willkürliche Handlungen des Kapitäns, welche außerhalb von dessen gewöhnlichen gesetzlichen Befugnissen lägen, nicht haftbar gemacht werden. Um so mehr müsse das gelten, wo es sich um einen Kriegskonterbandetransport unter Anwendung betrügerischer Mittel handele, da eine solche Handlung eine Verletzung des Völkerrechts sei. Aus diesen Gründen habe der Reeder selbstverständlich für keinerlei Eintragungen in die Schiffspapiere, abgesehen von dem Chartervertrag, die Verantwortung zu tragen. Selbst einmal angenommen, es wären fälschliche Eintragungen in die Schiffspapiere gemacht, so könne doch dem Reeder, solange nicht der Beweis seiner Mittäterschaft vorliege, die Verantwortung hierfür nicht auferlegt werden.

5. Die japanische Seeprisenordnung stehe auf dem Standpunkt, daß Gerste, Hafer und Hen unr dann als Konterbande gälten, wenn es erwiesen sei, daß sie zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert zerden sollten. Einmal angenommen, dieser Standpunkt entspreche den völkerrechtlichen Grundsätzen, so sei doch Wladiwostok, der Bestimmungsort der zur Verhandlung stehenden Ladung, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten.

Es sei daher unrechtmäßig, ohne weiteres anzunehmen, daß Gerste, Hafer und Heu, welche nicht absolute Konterbande seien, für den Kriegsgebrauch bestimmt seien. Es müsse vielmehr entsprechend dem Urteil in dem "Neptunus"-Fall im englisch-holländischen Krieg im Jahre 1798 angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für den Handelshafen Wladiwostok bestimmt gewesen sei und für friedlichen Gebrauch habe geliefert werden sollen.

Demnach sei die Ladung keine Konterbande und das Schiff, auf dem sie verladen sei, könne folglich nicht eingezogen werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, sind folgende:

1. Das zur Verhandlung stehende Schiff habe eine volle Ladung von Pferdefulter eingenommen, um sie nach Wladiwostok, dem Hauptstapelplatz des Feindes für Kriegsbedarfsartikel zu bef\u00f6rdern. Dabei habe es in dem Ladungsverzeichnis, dem Chartervertrag, dem Konnossement und dem Ausklarierungsschein immer Moji als den Hafen, nach dem die Ladung bef\u00f6rdert werden solle, angegeben. Au\u00dferdem sei in dem Tagebuch, dem Privatschtifsjournal und dem Maschinenjournal die Reise \u00fcber die Chishima-Insegruppe nach der Soyastra\u00e4\u00dfe nicht verzeichnet worden, vielmehr stehe dort, daß das Schiff vom Ausgangshafen andauernd mit demselben Kurs nach der Tsugarustra\u00e4\u00dfe gefahren sei. Diese Journale seien \u00fchrigten verteinen.

Nach allem diesen sei es zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz entschieden habe, daß das Schiff sich bei einem Transport von Konterbande betrügerischer Mittel bedient habe und daß es daher einzuziehen sei.

2. Aus der Urteilsschrift des Urteils erster Instanz ergebe sich klar, daß die Entscheidung auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes auf die Tatsache gegründet sei, daß in wichtigen Schiffspapieren, wie dem Chartervertrag und anderen, für die Konterbandeeigenschaft der Ladung wichtige Tatumstände wie der Bestimmungsort und dergleichen gefälscht worden seien. Da der Chartervertrag allgemein zwischen klem Reeder und dem Charterer abgeschlossen werde, sei es unfraglich, daß der Reeder in dieser Sache an dem betrügerischen Vorgehen beteiligt gewesen sei, und so erübrige es sich, zu entscheiden, ob es für die Einziehung erforderlich sei, daß ein Reeder an dem betrügerischen Vorgehen teilgenommen habe, oder nicht.

3. În dem Chartervertrag und dem Konnossement des zur Verhandlung stehenden Schiffes sei als Bestimmungsort der Ladung Moji angegeben. Wenn man, um die Wahrheit dieser Eintragung fest-zustellen, das Tagebuch und das Privatschiftsjournal prüfe, so finde man freillen überall Eintragungen, als ob das Schiff vom Ausgangshafen die gewöhnliche Route nach Moji gefahren wäre. Wenn diese Eintragungen

über die Reise wahr wären, so müßte man annehmen, daß auch die Angaben in den Ladungspapieren wahr wären, und müßte entscheiden, daß das Schiff und seine Ladung freizugeben seien. Da es aber durch das Geständnis des Kapitäns und durch das von ihm verborgen gehaltene Privatschiftsjournal erwisens ei, daß alle diese Eintragungen fälschlich seien, sei es zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz auf Einzichung des Schiffes entscheide, weil in diesen wichtigen Schiffspanieren fälschliche Eintragungen gemacht worden seien.

4. Der Chartervertrag sei keine Sachmiete. Daher sei auch der Kapitän selbstverständlich nicht den Orders des Charterers unterworfen, und der Reklamant könne mit der Behauptung, der Kapitän sei wider die Befehle des Reeders und in Befolgung der Order des Charterers willkürlich nicht nach Moji sondern nach Wladiwostok gefahren, nichts begründen.

Aus diesen Gründen müsse die Berufung abgewiesen werden. Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist Seit dem Kriege mit Japan hat es denselben zum Stitzpunkt für seine Kriegsfotte und Hauptelappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Kriegsgerät, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dort hat frast ganz aufgehört.

Wenn man daher die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladene Menge von Gerste, Hafer und Heu erwägt und sich überlegt, daß das Schiff versucht hat, die gefährliche Route durch den Soyakanal zu nehmen, und sich dabei betrügerischer Mittel bedient hat, so wird es offenbar, daß die Ladung jedenfalls als Pferdefutter für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte, und es ist durchaus zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz dieselbe als Konterbande erachtet hat.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend die "Neptunus", auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Da aber die Verhältnisse des Bestimmungsorts im "Neptunus"-Fall und im vorliegenden Fall von Grund aus verschieden sind, so ist es unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können.<sup>3</sup>) Auch das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders im vollegenden Fall, wo die ganze Ladung des Schiffes Konterbande ist und.

<sup>3)</sup> Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage, das englische Manual of Naval Prize Law, Art, 82-85.

obwohl erwiesenermaßen sehon seit der Abfahrt von San Francisco das Reiseziel Wladiwostok war, der Chartervertrag und die anderen Schiffspapiere einen falschen Bestimmungsort angeben und das Schiff demnach zur Beförderung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel gedient hat.

Da sehon nach dem in den Punkten 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des Schiffes unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt kein Bedürfnis vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Harry J. Hart, wohnhaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Californien, San Francisco.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt AkiyamaGenzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "M. S. Dollar" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme der Ladung des englischen Dampfers "M. S. Dollar", bestehend aus etwa 26 200 Bündeln Heu, 14 600 Sack Gerste und 32 200 Sack Hafer, erkannt.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung des Dampfers "M. S. Dollar" ist von dem Reklamanten versandt worden und beseht aus Gütern, die alle als Pferdefutter verwandt werden sollten. Im einzelnen sind vorhanden: etwa 20 200 Bündel Heu, 14 600 Sack Gerste und 32 200 Sack Hafer. Um diese Güter nach Wladiwostok zu schaffen, hat der Reklamant am 28. Dezember 1904 in San Francisco, Californien, Vereinigte Staaten von Nordamerika, mit dem Vertreter des Reklamanten, der Reederei des Dampfers "M. S. Dollar" dem M. S. Dollar Steamship Company, einen Chartervertrag geschlossen, auf Grund dessen der genannte Dampfer in San Francisco die zur Verhandlung stehende Ladung lud. In dem Konnossement und dem Ladungsverzeichnis wurde Moji als Be-

stimmungsort angegeben, und nach dem Konnossement sollte sich der Empfänger nach Order richten. Am 31. d. Mts. fuhr der Dampfer von San Francisco nach Wladiwostok ab und wurde, als er einen Kurs steuerte, der ihn durch die Tsugaru-Straße nach Wladiwostok führen sollte, am 27. Januar 1905 in der Nähe des Vorgebirges von Ryuhi von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Asama" zusammen mit den zur Verhandlung stehenden Gütern beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Asama", Kapitänleutants Kokur at Unoske, die Vernehmungsprotokolle des Genannten, des Kapitäns des Dampfers "M. S. Dollar", Charles Cross, und der Bestätzung sowie des Zeugen E. dw ard Clare ne e Davis, den Chartervertag, das Konnossement, das Ladungsverzeichnis, das Tagebuch und das Privatschiffsjournal.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die von dem Reklamanten unternommene Beförderung von Gerste, Heu und Hafer nach Wladiwostok, einem Hafen einer kriegführenden Macht, sei eine rechtmäßige Handelstransaktion, welche die Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs genieße.

Güter, wie die zur Verhandlung stehende Ladung, seien ihrer Art nach keine Konterbande, sondern könnten lediglich, wenn sie als Pferdefutter für die feindlichen Truppen bestimmt seien, als solche angesehen werden. Ob die zur Verhandlung stehende Ladung aber als Pferdefutter an die feindlichen Truppen zu liefern gewesen wäre, sei eine Taffrage, und in dem vorliegenden Fall, wo der Bestimmungsort Wladiwostok sei, ein Hafen, welcher die Eigenschaften eines Kriegs- und Handebshafens in sich vereinige, sei es billig anzunehmen, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok bestimmt und nicht für Kriegszwecke zu liefern gewesen sei, oalnage nicht besonderer Beweis däfür vorliege, daß sie für den Kriegsgebrauch bestimmt gewesen sei. Das tue auch die Präcedenzentscheidung, betreffend die im englisch-holländischen Kriege im Jahre 1798 aufgebrachte "Neptunus" dar. Für den vorliegenden Fall gelte dies um so mehr, als die Ladung nicht ausschlieblich als Pferdefutter für Trupperawecke verwendbar sei.

Selbst angenommen, das Eigentum an der Ladung sei bereits, während sie nach dem feindlichen Gebeit befördert worden sei, auf den Empfänger im Feindesland übergegangen, und sie habe daher feindlichen Charakter, so könne sie doch nicht eingezogen werden, weil sie unter neutraler Plagge verschiftt worden sein.

Aus diesen Gründen werde Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Władiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht und ist mit allen Kräften bestrebt, dort große Kriegsvorfäte anzuhäufen. Der gewönliche Handelsverkehr hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher eine Ladung wie die zur Verhandlung stehende, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Władiwostok befördert wird, so muß mangels klaren Gegenbeweises angenommen werden, daß dieselbe für den Kriegsperbauch zu liefern war.

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Neptunus"-Fall angeht, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett nach Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung jenes Urteils viel eher zur Bekräftigung der Annahme, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande ist, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von Wladiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwostoks viel mehr gleich.

Wenn man im besonderen auch die Menge der zur Verhandlung stenden Ladung und die bei ihrer Beförderung angewandten betrügerischen Mittel sowie die Aussagen des Kapitians zusammenhält, so fallen die Zweifel, daß die Ladung für die feindlichen Truppen befördert wurde, mehr und mehr hinweg. Es ist daher mit Recht anzunehmen, daß die Ladung Konterbande ist.

Daß aber Konterbande, wenn auch unter neutraler Flagge fahrend, eingezogen werden kann, ist von der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 sowie von der völkerrechtlichen Wissenschaft und Praxis anerkannt.<sup>3</sup>

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 28. April 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio.

(Unterschriften.)

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. - 2) V. § 43.

Reklamant: Harry J. Hart, San Francisco, Californien, Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt AkiyamaGenzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 28. April 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "M. S. Dollar", welcher am 27. Januar 1905 bei dem Ryuhi-Vorgebirge von dem Kaiserlichen Kritgsschiff "Asama" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme der auf dem englischen Dampfer "M. S. Dollar" verladenen etwa 26 200 Bündel Heu, 14 600 Sack Gerste und 32 200 Sack Hafer entschieden worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant Harry J. Hart durch den Rechtsanwalt Akiya ma Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Die Entscheidung des Prisengerichts in Vokosuka auf Wegnahme der Ladung des Dampfers "M. S. Dollar" sei unzutreffend. Es werde Aufhebung des Urteils und Freigabe der Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nach Wladiwostok, Rußlands einzigem Handelshafen im Osten, befördert worden und zum friedlichen Gebrauch bestimmt gewesen. Daher sei es unzutreffend, sie als Konterbande anzusehen.
- 2. Es sei freilich in neuerer Zeit äußerst bestritten, ob Gerste, Hafer und Heu Konterbande seien. In der japanischen Seeprisenordnung 3) sei aber das Prinzip anerkannt, daß sie nur als Konterbande gelten, wenn sie erwiesenermaßen zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden sollten. Aber wenn man selbst annehme, daß dies Prinzip mit den Grundsätzen des Völkerrechts in Einklang stehe, so sei doch der Bestimmungshafen der zur Verhandlung stehenden Ladung Wladiwostok, welches sowohl Rußlands einziger Kriegshafen wie auch sein einziger Handelshafen im Osten sei. Da an diesem Platz verschiedene Arten von kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen betrieben würden und neutrale-Firmen dort Niederlassungen hätten, so könne man aus der Tatsache, daß Gerste, Hafer und Heu, welche nicht absolute Konterbande seien, dorthin transportiert würden, nicht ohne weiteres schließen, daß diese für den Gebrauch der Kriegsmacht bestimmt seien. Auch nach der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus"-Fall aus dem Kriegezwischen England und Holland im Jahre 1798 sei es billig, daß die zur

Verhandlung stehende Ladung als zur Einfuhr nach dem Handelshafen Wladiwostok und zu friedlichem Gebrauch bestimmt angesehen werde.

3. Bezüglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff weiche zwar das englische Prinzip von dem kontinentalen in etwas ab, aber im großen und ganzen sei ihr Sinn doch derselbe. Nach der englischen Praxis würden Güter, welche, weil für die feindlichen Kriegsschiffe oder Truppen bestimmt, als Kriegskonterbande anzusehen seien, unter Zahlung einer Vergütung eingezogen. Nach dem kontinentalen Prinzip sei, wie es die völkerrechtlichen Kongresse beschlossen hätten, für Güter, welche sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken dienen könnten, wenn sie auf der Reise nach einem feindlichen Hafen begriffen seien, bestimmt, daß dem kriegführenden Staat ihnen gegenüber unter der Bedingung der Vergütung das Beschlagnahmerecht und außerdem das Vorkaufsrecht zustehe. Während so die moderne Rechtspraxis mit Bezug auf relative Konterbande eine immer weitherziger werdende Tendenz zeige, sei nur Japan unbillig streng, indem es im Gegensatz zu den vorerwähnten Rechtsprinzipien und Gewohnheiten Gerste. Hafer und Heu, die sowohl friedlichen als kriegerischen Zwecken dienten, wenn sie nach einem Platz, der Handels- und Kriegshafen sei, bestimmt wären, bedingungslos einziehe. Besonders weil die japanische Prisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, daß, wo es sich um neutrale relative Konterbandegüter handele, eine billigere Haltung eingenommen würde.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, sind folgende:

1. Es sei unbestreitbar, daß die ganze zur Verhandlung stehende Ladung von Heu, Gerste und Hafer Pferdefutter sei. Ferner sei es bekannt, daß ihr Bestimmungsort Wladiwostok seit dem Kriege der einzige Stapelplatz Rußlands für Kriegsbedarfsartikel im Osten sei. Außerdem lägen klare Spuren dafür vor, daß bei der Beförderung der Ladung betrügerisches Vorgehen im Spitel gewesen sei. Wenn man dies zusammenhalte, so sei es klar, daß die Ladung feindliche Kriegsbedarfsartikel darstelle, und die Entscheidung der ersten Instanz, welche die Güter für Kriegskonterbande erkläre und ihre Einziehung verfüge, zutreffend sei.

 Das in diesem Punkt von dem Reklamanten Vorgebrachte sei lediglich eine Wiederholung seiner Ausführungen in der ersten Instanz und, da deren Grundlosigkeit bereits in dem erstinstanzlichen Urteil im einzelnen dargetan sei, so erübrige es sich, aufs neue darauf einzugehen,

3. Daß eine kriegführende Macht das Recht habe, Konterbande, gleichviel ob sie absolut oder relativ sei, einzuziehen, erkenne das geltende Völkerrecht an, wie sich aus der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1850 klar ergebe. Die Präcedenzen, nach welchen bei Einziehung relativer Konterbande Vergütung geleistet werde, gründeten sich alle entweder auf besonderen Vertrag oder spezielle politische Erwägungen. Eine allgemeine völkerrechtliche Regel dieser Art bestehe indes nicht. Daher sei es zutreffend, daß das Urteil erster Instanz auf Einziehung der zur Verhandlung stehenden Ladung erkannt habe.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafeu ist. Seit dem Krieg mit Japan hat es denselben zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Kriegsgerät, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dort hat fast ganz aufgerböft.

Wenn man daher die auf dem Schiff verladene Menge von Gerste, Hafer und Heu erwägt und sich überlegt, daß das Schiff versucht hat, die gefährliche Route durch die Soyastraße zu nehmen, und sich dabei betrügerischer Mittel bedient hat, so wird es offenbar, daß die Ladung jedenfalls als Pferdefutter für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte, und es ist durchaus zutreffend, daß das Gericht erster Instanz dieselbe als Konterbande erachtet hat.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präcedenzentscheidung, betreffend die "Neptunus" auch im vorliegenden Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Da aber die Verhältnisse des Bestimmungsorts im "Neptunus"-Fall und im vorliegenden Fall von Grund aus verschieden sind, so ist es unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann. Demnach sind Punkt 1 und 2 der Berufung unbegründet.

2. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande sehlechthin konfisziert werden kann. Wünsche bezüglich Vorkaufs, Einziehung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragliche Abmachungen vorliegen. Im birigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinenfalls können sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden. Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas verschen habe, wenn es diesem Ansuchen des Reklamanten nicht Folge leistete. Denmach ist auch Punkt 3 der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Western Steamship Company, Nanaimo, Britisch Columbien, vertreten durch den Geschäftsführer John L. Howard. Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio,

Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache betreffend den englischen Dampfer "Wyefield" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des englischen Dampfers "Wyefield" erkannt.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Wyefield" steht im Eigentunt des Reklamanten, sein Heimatshafen ist Victoria in Britisch Columbien und er ist ein Handelsschiff, welches die englische Flagge führt.

Der Dampfer hat auf Grund eines am 17. Dezember 1904 in San Francisco in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zwischen dem Reklamanten und Harry J. Hart in San Francisco abgeschlossenen Chartervertrags mit der Absicht, sie nach Wladiwostok in Rußland zu befördern, in San Francisco eine Ladung Pferdedutter, nämlich ungefähr 64 400 Sack Gerste, 900 Sack Hafer und 10 300 Bündel Heu geladen. Nach dem Konnossement sollte sich der Empfänger nach Order richten. Am 31. d. M. fuhr der Dampfer von San Francisco ab und versuchte die Soyastraße zu passieren, geriet aber in Treibeis. Er wandte nach Süden und wurde, als er mit einem Kurs durch die Tsugaru-Straße fuhr, der ihn nach Wladiwostok bringen mußte, am 30. Januar 1905 bei dem Vorgebirge Shiokubi von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Mussahi" aufgebracht.

Von den Schiffspapieren geben das Konnossement und der Chartervertrag Wladiwostok als Reiszeid an, das Privatschiffsjournal und die Ausklarierungsbescheinigungen von San Francisco und Comox und der Gesundheitspaß geben jedoch eine Route über verschiedene Häfen nach Moji in Japan an und erwähnen den Bestimmungsort der gesamten Ladung Wladiwostok nicht. Auch im Ladungsverzeichnis steht "Moji über Comox" als Reise verzeichnet, nur an einer Stelle ist als Löschungsplatz der Ladung Wladiwostok eingetragen, und der Vertreter der Reklamation behauptet, daß der Kapitän nach Abreise von Comox diese Stelle, welche auf Moji gelautet habe, willkürlich umgeändert habe.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten der "Mussahi", Kapitänleutnants Yasumura Kailchi, die Vernehmungsprotokolle des Genannten, des Kapitäns der "Wyefield", Alexander "Watson, und des 1. Offiziers

Charles Harry Web, das Schiffszertifikat, den Chartervertrag, das Konnossement, das Ladungsverzeichnis, die Ausklarierungspapiere und den Gesundheitspaß.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Bei der diesmaligen Reise des zur Verhandlung stehenden Dampfers sei der Ausfahrtsort San Francisco, der letzte Bestimmungsort Moji in Japan gewesen. Dazwischen hätten Wladiwostok und andere bequem gelegene Häfen angelaufen werden sollen.

Es sei unbestreitbar, daß die Absendung der dem Charterer gehörigen Ladung von Gerste, Hafer und Heu nach Wladiwostok auch während des Krieges zwischen Japan und Rußland, weil auf einem neutralen Schiff geschehen, eine rechtmäßige Handlung sei. Auch seien die Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffs alle in Ordnung, und man könne ihnen keine Fälschung vorwerfen.

Selbst wenn man daher einmal annehme, die Ladung sei Konterbande, so könne doch nach den völkerrechtlichen Prinzipien das Schiff nicht das Schicksal der Ladung teilen und der Strafe der Aufbringung verfallen. Dies erkenne auch die Japanische Seenrisenordnung an.

Es werde daher Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht und ist mit allen Kräften bestrebt, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher eine Ladung von Pferdefutter, wie die des zur Verhandlung stehenden Schiffes, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befördert wird, so muß mangels klaren Gegenbeweises angenommen werden, daß dieselbe für den Kriegsgebrauch zu liefern war. Wenn man insbesondere auch die Menge der Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs und die bei ihrer Beförderung angewandten betrügerischen Mittel, sowie die Aussagen des Kapitäns zusammenhält, so fallen die Zweifel, daß die Ladung für die feindlichen Truppen befördert wurde, mehr und mehr hinweg. Es ist daher mit Recht anzunehmen, daß die Ladung Konterbande ist. 1)

Das Schiff ist als ganzes nach Wladiwostok verchartert und es stand bereits in San Francisco bei Anfang der Reise fest, daß die gesamte Ladung in Wladiwostok gelöscht werden sollte. Trotzdem ist in dem Ladungsverzeichnis Moji als Reiseziel angegeben, und auch bei der Einwirkung des Ausklarierungssecheins und des Gesundheitspasses

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2.

ist die Absicht, nach Wladiwostok zu gehen, verheimlicht und so Moji als Bestimmungsort eingetragen worden. Daß auf diese Weise der Anschein erweckt wurde, als ob die Ladung nach Moji in Japan bestimmt worden sei, genügt, um zu der Überzeugung zu kommen, daß nach einem betrügerischen Plan vorgegangen worden ist, der das Schiff der Aufbringung entziehen sollte. Daß in einigen Papieren Wladiwostok als Reiseziel bezeichnet worden ist, kann allein nicht die Tatsache, daß die anderen Papiere gefähcht sind, umstößen und berechtigt nicht zu dem Schluß, daß das zur Verhandlung stehende Schiff sich keines betrügerischen Vorgehens sehuldig gemacht hat.

Der Vertreter der Reklamation bringt freilich vor, daß die Worte"über verschiedene Häfen nach Moji" in sich schlössen, daß die Reise
über Wladiwostok habe gehen sollen und daß es sich in keiner Weise
um eine Verheimlichung der Tatsache, daß das Schilf nach Wladiwostok
habe fahren sollen, handele. Da es aber den tatsächlichen Verhältnissen
nicht entspricht, wenn man annimmt, daß für eine Reise von Amerika
nach Moji die Worte "über verschiedene Häfen nach Moji matürlich
Wladiwostok in sich schlössen, so kann diesem Vorbringen des Reklamanten nicht beigenflichtet werden.

Kurz, das zur Verhandlung stehende Schiff "Wyefield" hat mit betrügerischen Handlungen Konterbande befördert.

Die völkerrechtliche Theorie und Praxis erkennen es aber an, daß solche Schiffe, bei denen betrügerisches Vorgehen vorliegt, mit ihrer Konterbandeladung eingezogen werden können.\*)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 28. April 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

**Reklamant:** The Western Steamship Company in Nanaimo, Britisch Columbien.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 28. April 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Wyefield", welcher am 30. Januar 1905 in der Tsugarustraße von dem Kaiserlichen Kriegs-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) V. § 44.

schiff "Musashi" aufgebracht worden ist, ein Urteil erlassen, in welchem auf Wegnahme des englischen Dampfers "Wyefield" erkannt worden ist,

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, die Western Steamship-Company, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi beim Oberprisenereicht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts zu Yokosuka auf Wegnahme des Dampfers "Wyefield" sei unzutreffend. Es werde Verwerfung desselben und Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

 Der Eigentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffes sei on dem Ladungseigentümer verschieden und habe nicht unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande geladen. Wenn daher auch die Ladung als Konterbande angesehen werden möge, so könne doch das Schiff nicht eingezogen werden.

 Der einzige Grund, aus dem das Gericht erster Instanz die Wegnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes verfügt habe, sei der. daß

> das Schiff unter Anwendung betrügerischer Mittel Kriegskonterbande betördert habe und daß ein Schiff, welches sich solchen betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht habe, gleichviel ob dies unter Beteiligung und mit Wissen des Reeders geschehen sei oder nicht, mit seiner Konterbandeladung eingezogen werden müsse.

Um annehmen zu können, daß ein Schiff unter Anwendung betrügerischer Mittle Konterbande geläden habe, müsse unbedigte Betelligung und Mitwissen des Reeders an dem betrügerischen Vorgeben vorliegen; derselbe müsse der Mittälerschaft schuldig sein. In dem vorliegenden Fall liege aber Mittälerschaft des Reeders ganz sieher nicht vor. Es sei daher unrechtmäßig, wenn das Urteil erster Instanz, ohne diese Tatsache zu prüfen, einfach annehme, daß bei dem Schiff betrügerisches Vorgehen vorliege, und entscheide, daß es mit seiner Ladung einzuziehen sch

3. Um auf Grund von Anwendung beträgerischer Mittel die Strafe er Einziehung auferlegen zu können, genüge es nicht, daß in den Schiffspapieren lediglich der Bestimmungsort nicht angegeben sei, es ei vielmehr außerdem erforderlich, daß die Papiere bergestellt seien mit der Absicht, die im Kriege begriffene Marine bei der Visitierung und Durchsuchung zu däusehen und so der Aufbringung zu entgeben, und daß diese Marine auch wirklich dadurch gefäuseht werden könne.

Es lägen aber keinerlei Anzeichen vor, daß die Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffes in der Absicht hergestellt worden seien; auch sei es klar, daß mit ihnen der Zweck, der Aufbringung zu entgehen, nicht habe erreicht werden können.

Daher könne das Schiff nicht eingezogen werden.

4. Der Ausfahrtshafen des Dampfers sei San Francisco in Amerika, der letzte Bestimmungshafen Möji in Japan gewesen. Dazwischen haben Władiwostok und andere bequem gelegene Häfen angelaufen werden sollen. Der von dem Absender Harry J. Hart in San Francisco abgeschlossene Chartervertrag habe bezweckt, das Schiff in Władiwostok anlaufen zu lassen, um die ihm gehörige Ladung von Gerste, Hafer und Heu nach dort zu schaffen. Dies sei, weil das Schiff ein neutrales Fahrzeug sei, unbestreitbar eine rechtmäßige Handlung.

Wenn unter den Schiffspapieren der Chartervertrag und das Konnossement offen die Absicht, Wladiwostok anzulaufen. zum Ausdruck brächten und die übrigen Papiere, nämlich die Ausklarierungsbescheinigung, der Gesundheitspaß, das Ladungsverzeichnis und das Tagebuch eine Reise über verschiedene Häfen nach Moji angäben, so seien die Schiffspapiere alle in bester Ordnung und es gebe keinen Punkt, der auf Betrug hindeute. Wenn man, wie das Urteil erster Instanz, annehmen wolle, daß in der Ausklarierungsbescheinigung und den anderen Papieren Moji mit der Absicht, die Reise nach Wladiwostok zu verheimlichen, als Bestimmungshafen angegeben worden sei, so frage man sich vergebens, weshalb dann die wichtigsten Schiffspapiere, nämlich der Chartervertrag und das Konnossement, auf Wladiwostok lauteten, und es werde von selbst klar, daß die Absicht, die Bestimmung nach Wladiwostok zu verheimlichen, nicht bestanden haben könne. Es lägen daher bei dem zur Verhandlung stehenden Schiff keine Handlungen vor. welche man als betrügerisch bezeichnen könne.

5. Die japanische Seeprisenordnung stehe auf dem Standpunkt, daß Gerste, Hafer und Heu nur dann als Konterbande g\u00e4ten, wenn es erwiesen sei, daß sie zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefcrt werden sollten.

Einmal angenommen, dieser Standpunkt entspreche den völkerrechtlichen Grundsätzen, so sei doch Wladiwostok, der Bestimmungsort der in Frage stehenden Ladung, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handekshafen im Osten. Es sei daher unrechtmäßig, ohne weiteres anzunehmen, daß Gerste, Hafer und Heu, welche nicht absolute Konterbande seien, für den Kriegsgebrauch bestimmt seien. Es müsse vielmehr entsprechend dem Urteil in dem "Neptunus"-Fall im englisch-holländischen Krieg im Jahre 1798 angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für den Handelshafen Whaldwostok bestimmt sei und für den Friedensgebrauch habe

(42°)

geliefert werden sollen. Demnach sei die Ladung keine Konterbande, und das Schiff, auf dem sie verladen sei, könne folglich nicht eingezogen werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, Uchida Shigenari und Yanagita Kunio, sind folgende:

1. Der Reklamant mache geltend, daß

der Konterbandetransport des zur Verhandlung stehenden Schiffs nicht unter Anwendung betrügerischer Mittel geschehen sei, das Schiff daher nicht einzezogen werden könne.

Aus dem Folgenden gehe indes klar hervor, daß betrügerische Mittel angewendet seien, und es sei völkerrechtliche Regel, daß in solchen Fällen, auch wenn der Eigentümer des Schiffs und der Ladung verschiedene Personen seien, das Schiff der Einziehung nicht entgehen könne.

a) Wenn, obwohl das Schiff das alleinige Ziel verfolgt habe, seine ganze Ladung nach Wladiwostok zu schaffen, in dem größten Teil der Schiffspapiere Moji, welches nur ein Anlaufshafen auf der Rückreise gewesen sei, als Bestimmungsort verzeichnet sei, so sei der Ortund dafür einmal der, zu verhindern, daß sich bei seiner Abreise von San Francisco das Gerücht verbreitete, daß das Schiff nach Wladiwostok gehe. Sodann sei aber auch damit bezweckt gewesen, dadurch auf der Reise ein visitierendes Schiff, wenn möglich, zu täuschen.

b) Wenn, obwohl es von Anfang an besimmt gewesen sei, daß die Ladung in Wladiwostok habe gelöseht werden sollen, in dem Ladungsverzeichnis stehe, daß sie in Moji zu löschen sei, so sei das die offenbarste Fälschung des Bestimmungsortes und diese sei mit Willen des Reeders oder seines Vertreters geschehen.

Der Reklamant bringe vor, daß

die Fälschungen der Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffs ohne Beteiligung und Wissen des Schiffseigentümers geschehen sei.

Nach dem englischen Sechandelsrecht könne indes ein gewöhnlicher Charterer diese Papiere überhaupt nicht herstellen. Ferner kenne aber selbst die völkerrechtliche Wissenschaft bei Fälschung der Schiffspapiere keinen Unterschied in der Bestrafung je nachdem, ob der Reeder im gutten Glauben sei oder nicht.

3. Der Reklamant sage,

die Unwahrheiten in den Papieren des zur Verhandlung stehenden Schiffs könnten nur eine unbedeutende Fälschung darstellen.

Die Fälschung des Bestimmungsortes sei aber im Gegenteil die bedeutungsvollste und, wenn auch das Mittel sehr ungeschiekt sei, so liege

660

doch darin kein Grund zur Nachsicht, um so weniger, als der Plan wohl vorbedacht gewesen sei und kein anderes Ziel verfolgt haben könne, als den Kaptor zu täuschen.

4. Das Reiseziel des zur Verhandlung stehenden Schiffes sei Wladiwostok gewesen. Wenn demgegenüber Moji als Bestimmungsort bezeichnet und wenn angegeben worden sei, daß die für Wladiwostok bestimmte Ladung in Moji habe gelöscht werden sollen, so sei das ein mleugbarer Betrug. Wenn ferner der Vertreet der Reklamation behaupte, das Schiff sei von Anfang an nach Moji bestimmt gewesen, so habe er offenbar von dem, was ein Chartervertrag sei, keine Ahnung.

Aus diesen Gründen sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafer ist. Seit dem Krieg mit Japan hat es denselben zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Kriegsgerät, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dort hat fast agnaz aufgehört.

Wenn man daher die auf dem Schiff verladene Menge von Oerste, Hafer und Heu erwägt und sich überlegt, daß das Schiff versucht hat, die gefährlichste Route durch den Soyakanal zu nehmen, und sich dabei betrügerischer Mittel bedient hat, so wird es offenbar, daß die Ladung jedenfalls als Pferdefutter für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte, und es ist durchaus zutreffend, daß das Gericht erster Instanz dieselbe als Kontrebande erachtet hat.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präcedenzentscheidung, betreffend die "Neptunus", auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei, Da aber die Verhältnisse des Bestimmungsorts im "Neptunus"-Fall und im vorliegenden Fall von Grund aus verschieden sind, so ist es unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. 3) Auch das Oberpriscngericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders im vorlegenden Fall, wo die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist und, obwohl erwiesenermaßen schon seit der Abfahrt von San Francisco das Reiseziel Władiwostok war, die Ausklarierungsbeschenigung, das Privastchiffsjournal und andere Schiffspapier einen falschen Bestimptigung und prediction in der Schiffspapier einen falschen Bestimptigung und production in der Schiffspapier einen falschen Bestimptigung und production in der Schiffspapier einen falschen Bestimptigung und production in der Schiffspapier einen falschen Bestimptigung und der Schiffspapier ein

<sup>3)</sup> Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage, das englische Manual of Naval Prize Law, Art. 82-85.

mungsort angeben und das Schiff demnach zur Beförderung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel gedient hat.

Da schon nach dem in Punkt 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des Schiffs unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt kein Bedürfnis vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

#### (Unterschriften.)

Reklamant: Harry G. Hart, San Francisco, Californien, Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Wyefield" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden.

Es wird auf Wegnahme der Ladung des Dampfers "Wyefield", bestehend aus ungefähr 64 400 Sack Gerste, 10 300 Bündel Heu und 900 Sack Hafer entschieden.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist von dem Reklamanten versandt worden. Sie wurde auf Grund eines am 17. Dezember 1904 on dem Reklamanten mit der Reederei, der Western Steamship Company in Nanaimo in Britisch Columbien in San Francisco abgeschlosenen Chartervertrags auf dem englischen Dampfer "Wyelfeid" verladen, um nach Wladiwostok in Rußland befördert zu werden. In dem Privatschiffsjournal und den in San Francisco und Comox ausgestellten Ausklarierungsscheinen und Gesundheitspässen steht überall "über verschiedene Hälen nach Moji in Japan" und die Bestimmung der Ladung für Wladiwostok wird nicht Offenbart. Nach dem Konnossement sollte der Empfänger sich nach Order bestimmen. Am 30. Januar 1905 wurde die Ladung auf der Reise nach Wladiwostok bei dem Shiokubi-Vorgebirge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Mussshi" mit dem genannten Dampfer zusammen beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Musashi", Kapitänleutnants Yasumura Kaiichi, die Vernehmungsprotokolle des Genannten sowie des Kapitäns des Dampfers "Wyefield", Alexander Watson, den Chartervertrag, das Konnossement, das Ladungsverzeichnis, das Privatschiftsjournal, den Gesundheitspaß und die Ausklarierungsbescheinigungen.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die Beförderung einer Ladung, wie der zur Verhandlung stehene, durch einen neutralen Staatsangehörigen nach Wladiwostok, einem Hafen einer kriegübrenden Macht, sie eine offene Handelstransaktion, welche unter den Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs stehe und umbestreitbar von dem Völkerrecht als eine erlaubte Handlung anerkannt werde.

Güter wie die zur Verhandlung stehenden seien ihrer Art nach keine absolute Konterbande, sondern könnten lediglich, wenn sie als Pferdefutter für die feindlichen Truppen bestimmt seien, als Konterbande angesehen werden. Ob die zur Verhandlung stehende Ladung aber als Pferdefutter an die feindlichen Truppen zu liefern gewesen, wäre, sei eine Tatfrage. In dem vorliegenden Falle, wo der Bestimmungsort Wladiwostok sei, ein Hafen, welcher die Eigenschaften eines Handelshafens und eines Kriegshafens in sich vereinige, müsse ein besonderer Beweis vorliegen, nach dem man annehmen müsse, daß die Ladung zum feindlichen Kriegsgebrauch zu liefern gewesen sei. Andernfalls müsse angenommen werden, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok zu befördern gewesen sei. Daß dies billig sei, tue auch die Präcedenzentscheidung, betreffend die im englisch-holländischen Krieg im Jahre 1798 aufgebrachte "Neptunus", dar. Für den vorliegenden Fall gelte dies auch um so mehr, als die Ladung nicht ausschließlich als Pferdefutter für Truppenzwecke verwendbar sei,

Da die Ladung demnach keine Konterbande sei, so könne sie, wenn auch angenommen werde, daß sie ihrem Charakter nach feindlich sei, nach Artikel 2 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 nicht beschlagnahmt werden, weil sie unter neutraler Flagge verschifft sei

Es werde daher Freigabe beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Władiwostok Rußlands wichtigster Krieghafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht, und sie ist mit allen Kräften bemühl, dort große Kriegsvorfäe anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher eine Ladung von Pferdefutter, wie die zur Verhandlung stehende, deren Konterbandeeigenschalt von besonderen Umständen abhängig ist, nach Władiwostok befördert wird, so muß mangels klaren Gegenbeweises angenommen werden, daß dieselbe für den Kriegsgebrauch zu liefern war.

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Neptums"-fall angeht, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett nach Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung jenes Urteils viel eher zur Bekräftigung der Annahme, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande sits geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von Wildiwostok sind aber, wie oben dragelan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen von Wildiwostok viel aber gleich.

Wenn man insbesondere auch die Menge der zur Verhandlung scheichen Ladung und die bei ihrer Beförderung angewandte betrügerischen Mittel sowie die Aussage des Kapitäns zusammenhält, sofallen die Zweifel, daß die Ladung für die feindlichen Truppen befördert wurde, mehr und mehr hinweg. Es ist daher mit Recht anzunehmen, daß die Ladung Kontrebande ist.)

Daß aber Konterbande, wenn unter neutraler Flagge fahrend, eingezogen werden kann, ist von der Pariser Seerechtsdektaration vom Jahre 1856 sowie von der völkerrechtlichen Wissenschaft und Praxis anerkannt.<sup>3</sup>)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 28. April 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari.

# (Unterschriften.)

Reklamant: Harry J. Hart, San Francisco, Californien, Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 28. April 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers, "Wyfeidel", welcher am 30. Januar 1905 in der Tsugarustraße von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Mussah" aufgebracht worden ist, ein Urteil erlassen, Twelchem auf Wegnahme der Ladung des Dampfers "Wyfeidel" von un-

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. - 2) V. § 43.

gefähr 64 400 Sack Gerste, 10 300 Bündel Heu und 900 Sack Hafer erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant durch den Rechtsanwalt A kiya ma Genzo, als Prozebvertreter, die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, AkiyamaGenzo, sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts zu Yokosuka auf Wegnahme der Ladung des Dampfers "Wyefield" sei unzutreffend. Es werde Verwerfung desselben und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Orlinden:

 Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nach Wladiwostok, Rußlands einzigem Handelshafen im Osten, bef\u00f6\u00fcrdert worden und zu friedlichem Gebrauch bestimmt gewesen. Daher sei es unzutreffend, sie als Konterbande anzusehen.

2. Es sei freilich in neuerer Zeit äußerst bestritten, ob Gerste, Hafer und Heu Konterbande seien. In der japanischen Prisenordnung sei aber als Prinzip anerkannt, daß sie nur als Konterbande gölten, wenn sie erwiesenermaßen zum Kriegsgebrauch des Feindes geliefert werden sollten. Aber wenn man selbst annehme, daß dies Prinzip mit den Grundsätzen des Völkerrechts in Einklang stehe, so sei doch der Bestimmungshafen der zur Verhandlung stehenden Ladung Wladiwostok, welches sowohl Rußlands einziger Kriegshafen wie auch sein einziger Handelshafen sei. Da an diesem Platz verschiedene Arten von kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen betrieben würden und neutrale Firmen dort Niederlassungen hätten, so könne man aus der Tatsache, daß Gerste, Hafer und Heu, welche nicht absolute Konterbande seien, dorthin transportiert würden, nicht ohne weiteres schließen, daß diese für den Gebrauch der Kriegsmacht bestimmt seien. Auch nach der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus"-Fall im Krieg zwischen England und Holland vom Jahre 1798 sei es billig, daß die zur Verhandlung stehende Ladung als zur Einfuhr nach dem Handelshafen Wladiwostok und zu friedlichem Gebrauch bestimmt angesehen werde. Wenn das Gericht erster Instanz Wladiwostok als einen reinen Kriegshafen ansehe und es mit dem in dem "Neptunus"-Urteil erwähnten Kriegshafen Brest auf gleiche Stufe stelle, so sei das eine falsche Auffassung der Tatsachen; folglich sei auch die Präcedenzentscheidung nicht richtig angezogen.

Ferner übersehe das Ürteil, daß auch heute noch, nach dem Ausbruch des Krieges mit Japan, in Wladiwostok der gewöhnliche Handelserkehr wie früher ausgeübt werde, und sage, es sei eine bekannte Tatsache, daß der Handelsverkehr des genannten Hafens gesperrt sei. Dies sei eine starke Entstellung der Tatsachen und man müsse daher behaupten, daß das Urteil, welches so mit dem Sachverhalt in Widerspruch stehe, unrechtmäßig sei.

3. Bezüglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff weiche zwar das englische Prinzip von dem kontinentalen in etwas ab, aber im großen und ganzen sei ihr Sinn doch derselbe. Nach der englischen Praxis würden Güter, welche, weil für die feindlichen Kriegsschiffe oder Truppen bestimmt, als Kriegskonterbande anzusehen seien, unter Zahlung einer Vergütung eingezogen. Nach dem kontinentalen Prinzip sei, wie es die völkerrechtlichen Kongresse beschlossen hätten, für Güter, welche sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken dienen könnten, wenn sie auf der Reise nach einem feindlichen Hafen begriffen seien, bestimmt, daß dem kriegführenden Staat ihnen gegenüber unter der Bedingung der Vergütung, das Beschlagnahmerecht und außerdem das Verkaufsrecht zustehe. Während so die moderne Rechtspraxis mit Bezug auf relative Konterbande eine immer weitherziger werdende Tendenz zeige, sei nur Japan unbillig streng, indem es im Gegensatz zu den erwähnten Rechtsprinzipien und Gewohnheiten Gerste, Hafer und Heu, die sowohl friedlichen als kriegerischen Zwecken dienten, wenn sie nach einem Platz, der Handels- und Kriegshafen sei, bestimmt wären, bedingungslos einziehe. Besonders weil die japanische Prisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, daß, wo es sich um neutrale relative Konterbandegüter handele, eine billigere Haltung eingenommen werde.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Yokoska, Kobayashi Yoshio, Uchida Shigenari und Yanagita Kunio, sind folgende:

1. Die zur Verhandlung stehende Ladung von Gerste, Hafer und Heu sei Pferdefutter. Die Prasis aller L\u00e4nder und die Wissenschaft s\u00e4nmeten aber darin \u00fcberein, da\u00e4 Pferdefutter, wenn nach den Ums\u00e4nder des Bestimmungsorts anzunehmen sei, da\u00e4 es in den feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden w\u00fche, als Kriegskonterbande anzusehen sei. Auch habe Japan sich in der Instruktion Nr. 1 des Marineministerlums vom lahre 1904 n\u00e4jessen Prinzip angeschlossen.

Der Reklamant behaupte,

die zur Verhandlung stehende Ladung sei zu friedlichem Gebrauch bestimmt und sei daher keine Konterbande,

doch bringe er dafür keinen Beweis vor.

a) Der Bestimmungsort des in Frage stehenden Schiffs sei Wladiwostok, der einzige Seezugang nach dem östlichen Rußland und der Endpunkt der Eisenbahn, welche die Sammelpunkte der feindlichen Armee passiere.

3) 11.

666

- b) Es befänden sich in Wladiwostok und seiner Umgebung viele Truppen, die unaufhörlich mit Kriegsrüstung beschäftigt seien.
- c) Da der Verkehr mit Europa auf der sibirischen Eisenbahn sehr weit sei und die Transportfähigkeit der Bahn nicht ausreiche, so plane man Wladiwostok zum zentralen Stapelplatz für alle Materialien zu machen.
- d) Auch nach der Menge und Art betrachtet, könne man nicht annehmen, daß die Ladung für die kleine Anzahl von Pferden, welche hie und da in der Bevölkerung gehalten würden, habe geliefert werden sollen.
- e) Es lägen Anzeichen dafür vor, daß der Empfänger der Ladung im Bestümmungsort vorsätzlich unbestimmt glassen sei, und daß man fälschlicherveise Moji als Bestimmungsort in die Schiffspapiere eingetragen habe, um nicht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken und um so der Aufbrignung zu entzehen.
- Alles dies lasse erkennen, daß der Zweck der Ladung der gewesen sei, von den feindlichen Truppen verbraucht zu werden.

Die Punkte 2 und 3 der Berufung seien lediglich eine Erweiterung des im Punkte 1 Gesagten und bedürfen keiner Erwiderung.

Aus diesen Gründen sei die Berufung abzuweisen. Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen is. Seit dem Krieg mit Igana hat es denaelben zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Kriegsgerät, Izebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikei aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dort hat fast ganz aufgehört. Wenn man daher die auf dem Schiff verladene Menge von Gerste, Hafer und Heu erwägt und sich überlegt, daß das Schiff versucht hat, die gefährlichste Route durch den Soyakanal zu nehmen und sich dabei beträgerischer Mittel bedient hat, so wird es offenbar, daß die Ladung sicher als Pferdefutter für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte, und es ist durchaus zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz dieselbe als Konterbande erachtet hat.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präeedenzentscheidung, betreffend die "Neptunus", auch in diesem Fall angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Da aber die Verhältnisse des Bestimmungsorts im "Neptunus"Fall und im vorliegenden Fall von Grund aus verschieden sind, so ist es unfraglich, daß jener Fall nicht als Präeedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

Daher sind Punkt 1 und 2 der Berufung unbegründet.

2. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande schlechtlin konfisziert werden kann. Wünsche bezüglich Verkaufs, Einziehung gegen Enigelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragliche Abmachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinenfalls können sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden. Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas versehen habe, wenn es diesen Ansuschen des Reklamanten nicht Fölge leistet.

Demnach ist auch Punkt 3 der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Societa Anonima Ungherese di Armamento Maritimo Oriente in Fiume, Österreich-Ungarn, vertreten durch die Gesehaftsführer Luigi Cosulich und E. Cunradi.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend den österreichisch-ungarischen Dampfer "Siam" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des österreichisch-ungarischen Dampfers "Siam" entschieden.

### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Siam" steht im Eigentum des Reklamanten, sein Heimatshafen ist Fiume in Österreich-Ungarn, und er ist ein Handelsschiff, welches die österreichisch-ungarische Flagge führt.

Der Dampfer lud auf Grund eines am 11. November 1904 von dem Reklamanten mit der Firma Mann George and Co. in London abgeschlossenen Chartervertrags mit der Bestimmung, sie nach Wladiwostok in Rußland zu befördern, in Cardiff, England, etwa 4100 Tons doppelt gesiebte Cardiffkohle. In dem Chartervertrag und dem Konnossement wurde Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungssement wurde Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungssement wurde Hongkong.

ort angegeben, und der Empfänger sollte sich laut dem Konnossement nach Order bestimmen. Am 23. November desselben Jahres fuhr der Dampfer von Cardiff ab. In Hongkong erhielt er auf Grund seiner Angaben einen Ausklarierungsschein für Klaustehou, nahm aber bei Abreise von dort absiehtlich einen Umweg und versuchte den Soyakmal zu passieren. Er geiret aber in Treibes und wurde, als er mit einem sädlichen Kurs fuhr, der ihn durch die Tsugarustraße nach Wladiwostok bringen mußle, am 31. Januar 1905 um 31. Uhr 50 Minuten nachmittags bei dem Erisuso-Vorgebirge von dem Kalserlichen Kriegsschiff "Asama" aufserbaracht.

Die Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Assama", Kapitänleutnants Ogur a Voshiaki, die Vernehmungsprotoklie des Oenannten, des Kapitäns der "Siam", S. A. Xigga und des ersten Offiziers Jovanni Stipanowitsch, das Schiffszertifikat, das Tagebuch, den Chartervertrag, as Konnossement und die Auskairerungsbescheinjung von Hongkong.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe am 11. November 1904 in London mit den Vertretern des in Glasgow, St. Vincent Street Kr. 127 wohnhaften Kaufmanns E. A. Grabowski, der Firma Mann, George & Co. in London, einen Chattervertrag abgeschlossen, nach dem das zur Verhandlung stehende Schiff zum Transport von Kohle von Cardiff in England nach Hongkong, Shanghai oder Kiautschou zur Verfügung zu stellen gewesen sei. Wenn das Schiff nach einem anderen als den in dem Chartervertrag benannten Bestimmungshäfen gereist sei, so sei das auf Maßnahmen des Charterers oder Absenders hin geschehen. Der Reeder habe sich daran nieht beteiligt und auch nicht darum gewußt. Da die Güter nicht im Eigentum des Reklamanten Stünden, so könne das Schiff, wenn auch seine Ladung Konterbande sei, nicht mit diesem zusammen eingezogen werden.

Wenn in den Schiffspapieren Wladiwostok nicht als Bestimmungstrangeführt sei, so könnten freilich die Papiere dem Vorwurf der Unvollständigkeit nicht entgehen, man könne dies aber nicht ohne welteres als Beweis für das Vorliegen berügerischen Vorgehens erachten. Daß der Dampfer sich in Hongkong Ausklarierung nach Klautschou habe geben lassen, sei lediglich zur Erleichterung der Reise geschehen. Daß des nicht auf Grund eines betreitgerischen Planes geschehen sei, um der Aufbringung zu entgehen, könne man auch daraus entnehmen, daß nach der Abreise von Hongkong in dem Tagebuch Wladfwestokt als Reiszeiel verzeichnet worden sei. Selbst wenn man aber annehme, es ig geschehen, um die Reise heimlich ausführen zu können, so sei dies eine Handlung des Charterers oder Absenders. Es liege dagegen kein Beweis vor, daß der Reeder darum gewußt habe.

Da die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs keine absoblie Konterhande esi, so misse im vorliegenden Fall, wo sie nach Wladiwostok gehe, einem Hafen, der die Eigenschaft sowohl eines Kriegs- als eines Handelshafens besitze, mangels Gegenbeweises angenommen werden, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok befordert und nicht für den Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen. Daß dies billig sei, tue auch die Präcedenzentschedung, betreffend die im englisch-holländischen Krieg im Jahre 1798 aufgebrachte "Neptunus" dar. Für den vorliegenden Fall gelte dies um so mehr, als die Verwendbarkeit der Ladung sich nicht auf den Kriegsgebrauch beschränke, diese vielmehr auch eauz elleveni im Gwerzbehriebe verwandt werde.

Auch müsse man danach, daß der Dampfer in Erkenntnis, daßein Passieren des Soyakanlas unmöglich gewesen sei, durch die Tsugraustraße nach Klautschou zu fahren beabsichtigt habe, um dort Order des Reeders oder des Charterers abzwarten, zu der Ertsscheidung kommen, daß die Reise nach Wladiwostok aufgegeben gewesen sei, daher ein Transnort von Konterbande nicht mehr voreeleven habe.

Aus diesen Gründen werde eine Entscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Huptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einzm Hauptetappenort gemacht und sie ist mit allen Mitteln bestrebt, dort große Kriegsvorräte aufzahläufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr hat dort ats gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohle oder Lebensmittel oder dergleichen Güter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladivostok befördert werden, som mangels klaren Gegenbeweisse angenommen werden, daß dieselbem für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezäglich er Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers, welche aus ausgewählter Cardiffkohle besteht, wie sie nur zum Gebrauch auf Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Konterbande anzusehen. 3)

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Nepnuns"-Hall nagelt, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett nach Amsterdam befördert werden sollte, nicht nitt dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung jenes Urteils viel eher zur Bekrätigung der Annahme, daß die hier in Betracht kommende Ladung Konterbande ist, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von

<sup>1)</sup> IL Ziffer 2.

Wladiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen von Wladiwostok vielmehr gleich.

Obwohl es bereits vor der Abfahrt von Cardiff bestimmt war, daß as Schiff nach Wladiwsots gehen sollte, gaben doch der Chartervertrag und das Konnossement die neutralen Häfen Hongkong, Shanghai oder Klautschou als Bestimmungsort an. Auch noch bei der Abfahrt von Hongkong gab der Dampfer fälschlich Kläutschou als Reiszeit an und rehielt dementsprechende Auskairerungspapiere. Von dort abfahrend, nahm er absichtlich einen Umweg, um durch die Soyastraße nach Wladiwostok zu gelangen. Alles dies ist nicht anzusehen als entschuldbares Verschen oder als zur Erleichterung der Reise geschehen. Vielmehr muß man annehmen, daß est er wohlüberleigten List entsprungen ist, den Bestimmungshafen zu verheimlichen, um so der Aufbringung zu entgeben.

Wenn sich auch zufällig im Tagebuch nach der Abreise von Hongsom Waldwooks als Bestimmungsort verzeichnet findet, so kann una nicht daraufhin allein die Fälschungen, die in den anderen Papieren ausgeübt sind, außer acht lassen und annehmen, das zur Verhandlung stehende Schiff habe sich keines betrügerischen Vergehens schuldig gemacht. Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Sämt" hat demaach unter Anwendung betrügerischer Mittel Kriegskonterbande befördert.

Die völkerrechtliche Wissenschaft und Praxis erkennt aber an, daß Schiffe, welche sich derartigen betrügerischen Vorgehens schuldig machen, gleichviel ob der Reeder hierbei beteiligt ist oder nicht, zu-sammen mit ihrer Konterbandeladung eingezogen werden können.<sup>3</sup>)

Der Vertreter der Reklamation macht ferner geltend, daß anzunehmen sei, daß die Reise des zur Verhandlung stehenden Schiffs nach Wladiwostok aufgegeben gewesen sei. Da aber das Schiff von Anfang an die Absicht gehabt hatte, nach Wladiwostok zu gehen und auch bei dem Vorhaben, durch die Tsugarustraße zu fahren, den tatsächlichen Verhältnissen nach als selbstverständlich angenommen werden muß, daß das Schiff nach Passieren dieser Straße direkt nach dem genannten Bestimmungshafen gefahren sein würde, so kann man, solange noch das Schiff den Kurs nach Wladiwostok nicht unverkennbar verlassen hatte, wenn auch das Tagebuch auf Hongkong oder Kiautschou lautet, daraufhin nicht ohne weiteres zu der Überzeugung gelangen, daß die Reise nach Wladiwostok aufgegeben war. Vielmehr berechtigen die Position, der Kurs und die Tageszeit bei der Aufbringung des Schiffes durchaus zu der Annahme, daß es vorhatte, die Tsugarustraße im Dunkel der Nacht zu passieren und so seine von Anfang an beabsichtigte Reise nach Wladiwostok durchzuführen.

<sup>1)</sup> V. § 44.

Dampfer einzuziehen ist, so erübrigt es sich, auf die weiteren Punkte des Reklamanten einzugehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 28. April 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Bejsein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

Reklamant: Societa Anonima Ungherese di Armamento Maritimo Oriento in Fiume, Österreich-Ungarn, vertreten durch Luigi Cosulich und E. Cunradi.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15. Am 28. April 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisen-

sache, betreffend den österreichisch-ungarischen Dampfer "Siam", welcher am 31. Januar 1905 bei dem Erisu-Vorgebirge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Asama" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme des österreichisch-ungarischen Dampfers "Siam" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil haben Luigi Cosulich und E. Cunradi, die Vertreter des Reklamanten, der Societa Anonima di Armamento Maritimo Oriente, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation. Akivama Genzo, sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts zu Yokosuka auf Einziehung des Dampfers "Siam" sei unzutreffend. Es werde Verwerfung desselben und Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der Eigentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffes sei von dem Ladungseigentümer verschieden und habe nicht unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande geladen. Wenn daher auch die Ladung als Konterbande angesehen werden solle, so könne doch das Schiff nicht eingezogen werden.

Der einzige Grund, aus dem das Gericht erster Instanz die Wegnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs verfügt habe, sei der, daß

672

das Schiff unter Anwendung von betrügerischen Mitteln Kriegskonterbande befördert habe, und daß ein Schiff, welches sich solchen betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht habe, gleichviel ob dies unter Beteiligung und mit Wissen des Reeders gesichen sei oder nicht, mit seiner Konterbandeladung eingezogen werden müsse.

Die Strafe für Konterbandetransport sei, wenn die Konterbande daung nicht im Eigentum des Reeders stehe, lediglich der Verlust an Zeit, Fracht und Kosten; die Strafe der Einziehung könne indes nicht auferlegt werden. Auch sei es ein Grundsatz des modernen Völkerrechts. daß, wenn die Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel verschifft sei, doch auch das Schiff nur eingezogen werden könne, wenn es klar erwissen sei, daß der Reeder der Mittater bei dem betrügerischen Vorgehen sei. Nicht nur England erkenne dies an, auch die jannische Prissenordnung seihe auf demselben Standpunkt

Um annehmen zu können, daß ein Schiff unter Anwendung beträgerischer Mittel Konterbande geladen habe, müsse unbedingt Beteiligung und Mitwissen des Reeders vorliegen; derselbe müsse der Mittalterschaft schuldig sein. In dem vorliegenden Fall liege aber Mittäterschaft des Reeders ganz sicher nicht vor. Es sei daher unrechtmäßig, wenn das Urteil erster Instanz, ohne diese Tatsache zu untersuchen und ohne sich überhaupt darum zu kümmern, ob der Reederbei dem beträgerischen Vorgehen beteiligt gewesen sei oder nicht, entschieden habe, daß das Schiff zusammen mit seiner Ladung einzuziehen sel.

3. Um auf Grund von Anwendung betr\u00e4gerischer Mittel die Strafe er Einziehung auferlegen zu k\u00f6nnen, gen\u00e4ge es nicht, da\u00e4 in den Schiffs-papieren lediglich der Bestimmungsort nicht angegeben sei; es sei vielmehr außerdem erforderlich, da\u00e4 die Papiere hergestellt seien mit der Absich, die im Krieg begriffene Marine bei der Visitierung und Durchsuchung zu t\u00e4usehen und so der Aufbringung zu entgehen, und da\u00e4 diese Marine auch wirklich dadurch get\u00e4useht werden k\u00f6nne. Daher k\u00f6nne das Schiff nicht eingezogen werden.

4. Der Reeder habe den zur Verhandlung stehenden Dampfer zun Transport von Kohle an den Ladungseigentühmer vermietet, und im Chartervertrag seien Hongkong, Shanghai oder Klautschou als Bestimmungsorte festgesetzt worden. Der Reeder habe daher von einer Fahrt nach einem anderen Orte nichts gewalb.

Was den Charakter und die Wirkung des in Frage stehenden Chartervertrags angehe, so sei dieser Vertrag nach dem Rechte Englands, vo er abgeschlossen sei, auszulegen. Nach dem englischen Recht habe aber der Vertrag den Charakter einer Sachmiete, und man müsse annehmen, die der Bestiz und die Verfügungsgewat über das Schiff für die Zeit auf den Charterer übergegangen seien. Aber auch wenn am in dem vorliegenden Chartervertag lediglich einen gewöhnlichen Transportvertrag erblieke, so sei es doch offenbar, daß der Wille des Reeders über die in dem Vertrag bezeichnet Rese nicht hinausgereicht habe. Wenn daher der Charterer heimlich dem Kapitän Order gegeben habe, nach Wladiwostok zu gehen, und der Kapitän diesen Befehl ausgeführt habe, könne man nicht behaupten, daß der Reeder an diesem Vorgehen beteiligt sei und sich bei dem Konterbanderansport in Mitterschaft gesetzt habe. Auch nach den gewöhnlichen Rechtsbegriffen könne, wenn auch der Kapitän als Stellvertreter des Reeders gelte, dieser doch für willküriche Handlungen des Kapitäns, welche außerhalb von dessen gewöhnlichen Befugnissen lägen, nicht haftbar gemacht werden. Um so mehr misse das gellen, wenn es sich um einen Kriegskonterbandertansport unter Anwendung betrügerischer Mittel handele, da eine solche Handlung eine Verletzum des Völkerrechts der Völkerrechts der

Aus diesen Gründen könne den Reeder selbstverständlich für keinerlei Eintragungen in die Schiffspapiere, abgesehen von dem Chartervertrag, die Verantwortung treffen. Selbst einmal angenommen, es wären fälschliche Eintragungen in die Schiffspapiere gemacht, so könne doch dem Reeder, solange nicht der Beweis seiner Mittäterschaft vorliege, die Verantwortung hierfür nicht auferlegt werden.

5. Der Charterer habe dem Kapitin bei der Abreise Order geben, wenn bei Ankunft in Hongkong andere Order nicht eingehe, mit beliebigem Kurs nach Wladiwostok zu fahren. Wladiwostok sedemanch zur Zeit der Abreise noch nicht als Bestimmungsort festgesetzt gewesen. Erst nach Ankunft in Hongkong, als keine andere Order vorgelegen habe, sei Wladiwostok zum Bestimmungsort gemacht vorden. Daher sei darin, daß in dem im Ausfahrshafen hergestellten Komnossement und den Ausklarierungspapieren Hongkong oder Käutschou als Bestimmungshäfen verzeichnet worden seien, durchas nichts Verdächtiges zu erblicken, und man könne daraus nicht schließen, daß die Papiere auf einen falschen Bestimmungsort ausgestellt worden seien in der bösen Absicht, dadurch der Aufbringung durch die kriegführende Macht zu entrechen.

Wenn der Dampfer sich in Hongkong Ausklarierung für Käustschou beschafft habe, so ei das ledigich in der Befürchtung geschehen, daß zurzeit die englischen Behörden die Reise nach Wladirostok verweigern wirden. Wenn der Dampfer genötigt gewesen wäre, um Ausklarierung nach Wladirostok zu bitten, so hätte er bei der Abreise Schwierigkeiten erfahren, welche er gescheut habe. So habe er, ledigicht um seine Abfahrt zu erleichtern, den Behörden gegenüber eine falsche Medlung gemacht. Daß dies nicht geschehen sei, um der Aufbringung durch die japanischen Kriegsschiffe zu ertigehen, gehe auch daraus kär hervor, daß in dem Tagebuch nach der Abreise von Hongkong Wladiwostok als Reiseziel angegeben sei.

6. Der Dampfer habe freilich anfangs die Absicht gehabt, nach Waldswostok zu fahren, aber erkannt, daß es unmöglich gewesen sei, die Soyastraße wegen des Treibeises zu passieren. Wie aus dem Tagebuch hervorgehe, hätten dann der Kapifian und die Offliefer auch Beratung die Reise nach Waldiwostok aufgegeben und Kurs auf Kiautschou genommen, um dort die Order des Reeders oder des Chatteretes abzuwarten. Daß der Dampfer bei dieser Fahrt nach Kläutschou seinen Weg durch die Tsugarustraße habe nehmen wollen, sei durchaus unverdächtig, da dies die gewöhnlich von Seeleuten benutzte, nächste Route seit.

Das Gericht erster Instanz habe aber die Eintragungen in das an Tagebuch g\u00e4nzilich außer acht gelassen und sich darum, daß die Fahrt Instanzen Nach Wiladiwostok aufgegeben gewesen sei, nicht gek\u00e4nmmert. Vielmehr habe es willk\u00e4ir\u00e4ch en, daß das Schiff auch nach Passieren der Tsugarustra\u00e4e nach seinem urspr\u00fcnglichen Ziel, Wladiwostok, habe fahren wollen.

Wenn es auch feststehe, daß ein Schiff mit einer Ladung, die als Konterbande anzusehen sei, nach einem feindlichen Hafen habe fahren wollen, so könne doch weder Schiff noch Ladung eingezogen werden, wenn sie, nachdem die anfängliche Absicht aufgegeben worden sei, auf der Fahrt nach einem anderen Hafen beschlagnahmt würden. Das tue auch das Beispiel der Entscheidung in dem "Inimä-Yfall dar. Das genannte Schiff habe im Jahre 1800 während des englisch-höllsnischen Kriegs mit Schiffsbaumaterial nach Amsterdam fahren wollen, sei aber, als es von der Blockade dieses Paltzes erfahren habe, nach dem euttralen Hafen Emden gesteuert. Auf dieser Reise sei es von einem englischen Kriegsschiff aufgebracht worden. Das Ergebnis der Prisenuntersuchung sei das gewesen, daß schließlich Schiff wie Ladung freigelassen und den Eigentümern zurückgegeben worden seien.

7. Die japanische Prisenordnung stehe auf dem Standpunkt, daß Kohle nur als Konterbande gelte, wenn es erwisen sei, daß sie für den feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden solle. Einmal angenommen, dieser Standpunkt entspreche den völkerrechtlichen Grundsätzen, so sei doch Wladisvostok, der Bestimmungsort der in Frage stehenden Ladung nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Es sei daher unnechtmäßig, ohne weiteres anzunehmen, daß dorthin bestimmte Kohle, welche keine absolute Konterbande sei, für den Kriegsgebrauch bestimmt sel. Es müsse vielmehr entsprechend dem Urteil in dem "Neptunus"-fall im englisch-holländischen Kriege vom Jahre 1798 angenommen werden, daß die hei ni Frage stehende Ladume für den Handelshafen Wladiswostok

(43°)

bestimmt gewesen sei und für den friedlichen Gebrauch habe geliefert werden sollen. Demnach sei die Ladung keine Konterbande und das zur Ver-

Demnach sei die Ladung keine Konterbande und das zur Verhandlung stehende Schiff könne daher nicht eingezogen werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari, sind folgende:

1. Schon vor der Abreise des zur Verhandlung stehenden Schiffsvon Cardiff in England sei Wladiwostok als Bestimmungsort festgesetzt worden. In dem Chartervertrag und dem Konnossement seien jedoch die neutralen Häfen Hongkong, Shanghai doer Käutschon als Bestimmungsorte angegeben. Auch noch bei der Abfahrt von Hongkong sei fälschlich Käutschou als Bestimmung angegeben und eine entsprechende Auskahrierung bewirkt worden. Nach der Abreise von dort habe der Dampfer absichtlich einen Umweg genommen, um durch die Soyastraße nach Wladiwostok zu gelangen. Alles das sei weder auf entschuldbares Verschen zurückzuführen noch auf die Absicht, die für die Reise beweiner Route zu nehmen. Vielmehr sei die Verheimischung des Bestimmungsortes eine List, durch welche man der Aufbringung durch die inannische Marine zu entreben epohft habe.

Es sei bekannt, daß Wladiwostok, der Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Schiffs, zurzeit Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und der Hauptstützpunkt für seine Flotte sei. Seit dem Kriegs habe die russische Regierung diesen Platz u einem Hauptetappenort gemacht und häufe dort mit allen Kräften Kohle, Kriegswaffen und gerät sowie sonstige Kriegsbedarfsartikel an. Der gewöhnliche Handelsverkehr habe dort fast glanzlich aufgehört. Wenn daher nach diesem Platz Kohle befördert werde, so sei es billig, mangels klaten Gegenbewiese anzunchmen, daß sie für den Kriegsgebrauch geliefert werden solle. Besonders im vorliegenden Falle, wo die Ladung doppelt gesiebte Cardiffkohle sei, wie sei im Osten ausschließheit von der Kriegsgemarine verwendet werde, müsse man mit Recht annehmen, daß sie sicher für den Kriegsgebrauch zu lieferan gewesen und daher Konterbande sei.

Da demnach das zur Verhandlung stehende Schiff zur Beförderung von Konterbande unter Verwendung betrügerischer Mittel gedient habe, so könne es nach völkerrechtlichen Regeln, gleichgültig ob der Reeder an dem betrügerischen Vorgehen beteiligt gewesen sei oder nicht, mitsant seiner Konterbandeladung der Einziehung nicht entechen.

2. Es sei sehon vor der Äbreise des Schiffs von Cardiff bestimmt gewesen, daß es nach Wladiwostok habe fahren sollen. Obwohl aber der Reeder dem Kapitän in Cardiff Order gegeben habe, nach Wladiwostok zu fahren, fänden sich doch in dem Chartervetrag, von dem ann nur annehmen könne, daß er unter Mitwirkung des Reeders hergestellt worden sei, Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimber.

676

- 3. Die F\u00e4schung des Bestimmungsorts sei in ihrer Wirkung am seh\u00e4dichsten, und das Schiff habe den Versuch, mit gro\u00e4em Umweg die Soyastr\u00e5e zu passieren, in keiner anderen Absicht gemacht, als um durch diese List der Aufbringung zu entgehen. Daher sei es recht, da\u00e5 das Schiff, weil es sich betr\u00e4gerischen Vorgehens schuldig gemacht habe, der Str\u00e4e der Str\u00e4de et Sir\u00e4nde et Sir\u00e4n
- 4. Es sei zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz angenommen habe, daß

das zur Verhandlung stehende Schiff zur Zeit der Aufbringung seine Route nach Wadiwostok noch nicht aufgegeben gehabt habe, daß vielmehr aus der Position, dem Kurs und der Zeit geschlossen werden misse, daß es vorgehabt habe, zur Nachtzeit die Straße von Tsugaru zu passieren und seine anfängliche Absieht, nach Wladiwostok zu fahren, zur Ausführung zu beringen.

Die Punkte 4, 5 und 7 erforderten keine Erwiderung, und die Berufung müsse abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

 Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshast. Seit dem Krieg mit Japan har Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgefehr.

Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmte Steinkohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte und daher Kriegskonterbande sei. Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für sokhe im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit kien Asolfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den rgssischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präcedenz-Entscheidung, betreffend die "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die hier in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegender Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß Jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

Der Reklamant bringt vor, der Kapitin des zur Verhandlung stehenden Dampfers habe erkannt, daß das Passieren der Soyastraße unmöglich sein würde, und habe daher die Reise nach Wladitwostob unfgegeben. Er habe dann, wie sich aus den Eintragungen im Tagebuch ergebe, die Route nach der Tsugarustraße eingeschlagen, um den neutralen Hafen von Käutschou zu erreichen. Deshalb seien das Schiff und die Ladung, entsprechend der Entscheidung in dem "Imina"-Fall, freizugeben. Das Schiff hat aber von der Abreise an nach Właditwostok fahren wollen. Wenn es nun auch bei dem Versuch, die Soyastraße zu passieren, erkannt hat, daß dies nicht möglich war, umd daher die Route nach der Tsugarustraße einschlug, so liegt doch diese Straße auch auf dem Wege nach Wladitwostok und das Schiff hatte daher seinen Kurs noch nicht trazu, verlassen.

Der Kapitän beruft sich auf seine Eintragungen im Tagebuch und behauptet, er habe nach Kiautschou fahren wollen. Wenn man aber in Betracht zieht, daß die Mehrzahl der Schiffspapiere falsche Eintragungen enthält, so kann man dem Tagebuch nicht ohne weiteres Glauben schenken. Auch liegen sonst keinerlei Beweise vor, welche zu der Annahme berechtigen, daß die Reise nach Wladiwostok aufgegeben worden sei. Dagegen kann die eingeschlagene Route nicht als die für die Winterszeit geeignete Route nach Kiautschou bezeichnet werden, und es liegt auch kein Grund vor, weshalb das Schiff, wenn es nach Kiautschou fahren wollte, die Tsugarustraße wählen sollte, wo es am meisten den Störungen durch Visitierung und Durchsuchung seitens japanischer Kriegsschiffe ausgesetzt sein mußte. Es muß daher vielmehr angenommen werden, daß das Schiff nach Wladiwostok zu fahren vorhatte. Auch die Tatsache, daß andere Schiffe, welche in gleicher Charter und gleichem Eigentum standen und gleiche Ladung hatten. als sie die Soyastraße nicht passieren konnten, die Route durch die Tsugarustraße nahmen, um nach Wladiwostok zu gelangen, spricht für die Vermutung, daß auch das zur Verhandlung stehende Schiff, als es die Soyastraße nicht passieren konnte, in gleicher Weise versucht hat, durch die Tsugarustraße nach Wladiwostok zu gelangen. Der vorliegende Fall kann daher mit dem der "Imina", welche ihre anfängliche Reiseroute gänzlich geändert hatte, nicht auf eine Stufe gestellt werden.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande

ist, eingezogen werden können.<sup>3</sup>) Das Oberprisengericht ist der Ansieht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders im vollegenden Fall, wo die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist, und, obwohl erwiesenermaßen sehon seit der Abfahrt von England das Reisseil Wladiwostok war, der Chartervertrag, das Konnossement und die Ausklarierungsbescheinigung einen falsehen Bestimmungsort angeben und das Schiff demnach zur Beförderung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittle gedient hat.

Da schon nach dem in den Punkten 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffs unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt keine Notwendigkeit vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Mann, George & Co., London, England, vertreten durch den Kapitan des Dampfers "Siam", S. A. Xigga.

Prozefivertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kvobashiku. Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des österreichisch-ungarischen Dampfers "Siam" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden.

# Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme der auf dem österreichisch-ungarischen Dampfer "Siam" verschifften ungefähr 4106 Tons Cardiffkohle entschieden.

# Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist von dem Reklamanten int der Absicht, sie nach Wlädnievosto im Rußland zu befördern, auf dem am 11. November 1904 gecharterten österreichisch-ungarischen Dampfer "Siam" verladen worden. Der Dampfer verließ Cardiff am 23. November desselben Jahres und fuhr über verschiedene Hillen nach

a) Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage, das englische Manual of Naval Prize Law, Art. 82—85.

Abschnitt VI 356

Wladiwostok. Er geriet indes, als er versuchte, die Soyastraße zu passieren, in Treibeis und wurde, als er mit einem südlichen Kurs fuhr, der ihn durch die Tsugarustraße nach Wladiwostok bringen mußte, am 31. Januar 1905, 3 Uhr 50 Minuten nachmittags, bei dem Erisuso-Vorgebirge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Asama" mitsamt der zur Verhandlung sehnenden Laduno beschlomabathu.

Diese Talsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Verterters des Kommandanten der "Asama", Kapitänleutnants Og u ra Yo sh ia ki, die Vernehmungsprotokolle des Genannten, des Kapitäns der "Siam", S. A. Xigga, und des ersten Offiziers, Jovanni Stipanowitsch, durch das Schiffszertifikat, das Tagebuch, den Chartervertrag und das Konnossement.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die von dem Reklamanten, einem neutralen Staatsangehörigen, unternommene Beforderung von Steinkohle nach Wladiwostok, einem Hafen einer kriegführenden Macht, sei eine öffentliche Handelstransaktion, welche unter den Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs stehe und unbestreitbar eine völkerrechtlich nicht anfechtbare Handlung sei.

Da Kohle keine absolute Konterbande sei, so müsse im vorliegenden Falle, wo Kohle nach Wladivosotk gehe, einem Hafen, der die Eigenschaften sowohl eines Kriegs- als eines Handelshafens besitze, mangels Gegenbeweises angenommen werden, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok befördert und nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollte. Daß dies billig sei, tue auch die Präcedenzentscheidung, betreffend die im englisch-holländischen Kriege im Jahre 1798 aufgebrachte "Neptunus", dar. Für den vorliegenden Fall gelte dies auch um so mehr, als die Ladung nicht ausschließlich für den Krieggebrauch verwendbar sei, sondern auch ganz allgemein im Industriebetriebe werbraucht werde.

Daher sei es zutreffend, die zur Verhandlung stehende Ladung nicht als Konterbande anzusehen.

Besonders auch danach, daß der Dampfer, auf dem die zur Verhandlung stehende Ladung verschifft sei, in Erkenntnis, daß ein Passieren der Soyastraße unmöglich gewesen sei, durch die Tsugarustraße nach Kiautschou zu fahren beabsichtigt habe, um dort Order des Reeders oder des Charterers abzuwarten, müsse man zu der Entscheidung kommen, daß die Reise nach Wladiwostok aufgegeben gewesen sei und daß demnach die zur Verhandlung stehende Ladung keine Konterbande sei.

Aus diesen Gründen werde eine Entscheidung auf Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafer Mosten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht, und sie ist mit allen Mitteln bestrebt, dort große Kriegsvoräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handebsverkehr hat dort fast ganz aufgehört. Wenn daher Kohle, Lebensmittel oder dergleichen Gülter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befördert werden, so muß mansels klaren Oegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezäglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus ausgewählter Cardiffieholie besteht, wie sie nur zum Gebrauch auf Kriegsschiffen dient, nicht bezweifelt werden, daß sie wirklich für den Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Kontrebande anzusehen.)

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Nepnuns"-Fall angeht, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett nach Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung jenes Urteils vielmehr zur Bekräftigung der Annahme, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande sit, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von Wladiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwsokos vielmehr gleich.

Der Vertreter der Reklamation macht ferner geltend, daß anzunehmen sei, daß der Dampfer "Siam", auf welchem die zur Verhandlung stehende Ladung verschifft sei, seine Reise nach Wladiwostok aufgegeben habe. Da aber das Schiff von Anfang an die Absicht hatte, nach Wladiwostok zu gehen, und auch bei seinem Vorhaben, durch die Tsugarustraße zu fahren, den tatsächlichen Verhältnissen nach als selbstverständlich angenommen werden muß, daß das Schiff nach Passieren dieser Straße direkt nach dem genannten Bestimmungsorte gefahren sein würde, so kann man, solange noch das Schiff den Kurs nach Władiwostok nicht unverkennbar verlassen hatte, wenn auch das Tagebuch auf Hongkong oder Kiautschou lautete, daraufhin nicht ohne weiteres zu der Überzeugung gelangen, daß die Reise nach Wladiwostok aufgegeben war. Vielmehr berechtigen die Position, der Kurs und die Tageszeit bei der Aufbringung des Schiffes durchaus zu der Annahme, daß es vorhatte, die Tsugarustraße im Dunkel der Nacht zu passieren und so seine von Anfang an beabsichtigte Reise nach Wladiwostok durchzuführen.

<sup>1)</sup> il. Ziffer 2.

Die Pariser Seerechtsdeklaration sowie die völkerrechtliche Theorie und Praxis nehmen aber an, daß Konterbande, wenn auch unter neutraker Flagge fahrend, eingezogen werden kann. 2)

Demnach ist die zur Verhandlung stehende Ladung einzuziehen, und es erübrigt sich, auf die übrigen Punkte des Reklamanten einzugehen. Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden

Verkündet am 28. April 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, U e h i da S h igenari.

(Unterschriften.)

Reklamant: Mann, George & Co., London, England, vertreten durch den Kapitän des österreichisch-ungarischen Dampfer "Siam", S. A. Xigga.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku Unemecho Nr. 15.

Am 28. April 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensache, betreffend den österreichisch-ungarischen Dampfer "Siam", welcher am 30. Januar 1905 bei dem Erisuso-Vorgebirge von dem Kaiserlichen Kriegschiff "Asama" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme der auf dem österreichisch-ungarischen Dampfer "Siam" verschifften ungefähr 4100 Tons Cardiffkohle erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat S. A. Xigga als Vertreter des Reklamanten, der Firma Mann, George & Co., durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozebvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und 1shiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, A ki y a m a G e n z o , sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts zu Yokosuka auf Wegnahme der auf dem Dampfer "Siam" verschifften Steinkohle sei unzutreffend. Es werde Aufhebung desselben und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

 Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nach Wladiwostok, Rußlands einzigem Hadelshafen im Osten, befördert worden und zu friedlichem Gebrauch bestimmt gewesen. Daher sei es unzutreffend, sie als Konterbande anzusehen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) V. § 43,

2. Es sei freilich in neuerer Zeit äußerst bestritten, ob Kohle Konterbande sei. In der japanischen Seeprisenordnung 3) sei jedoch als Prinzip anerkannt, daß sie nur als Konterbande gelte, wenn sie erwiesenermaßen zum Gebrauch des Feindes habe geliefert werden sollen. Aber wenn man selbst annehme, daß dies Prinzip mit den Grundsätzen des Völkerrechts übereinstimme, so sei doch der Bestimmungshafen der zur Verhandlung stehenden Ladung, Wladiwostok, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Da an diesem Platze alle Arten von kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen betrieben würden und neutrale Firmen ihre Niederlassungen hätten, so könne man aus der Tatsache, daß Kohle, welche nicht absolute Konterbande sei, dorthin transportiert werde, nicht ohne weiteres schließen, daß diese für den Gebrauch der Kriegsmacht bestimmt sei. Auch nach der Präcedenzentscheidung, betreffend die "Neptunus" im Kriege zwischen England und Holland vom Jahre 1798, sei es billig, daß die zur Verhandlung stehende Ladung als zur Einfuhr nach dem Handelshafen Wladiwostok und zu friedlichem Gebrauch bestimmt angesehen werde.

Wenn das Gericht der ersten Instanz Wladiwostok als einen reinen Kriegshafen erkläre und es mit dem in dem "Neptunus"-Urtell erwähnten Kriegshafen Brest auf gleiche Stufe stelle, so sei das eine falsehe Auffassung der Tatsachen. Folglich sei auch die Präcedenzentscheidung nicht richtig angezogen. Ferner übersehe das Urteli, daß auch heute noch nach dem Ausbruch des Kriegs mit Japan im Wladiwostok der gewöhnliche Handelsverkehr wie früher ausgesicht werde, und sage, es sei eine bekannte Tatsache, daß der Handelsverkehr des genannten Hafens gespentt sei.

Während ferner Cardiffkohle in allen Ländern der Erde sowohl zum Kriegs- als Gewerbegebrauch verwandt werde, sage das Urteil erster Instanz, daß eine Ladung wie die zur Verhandlung stehende im Osten aussehließlich bei der Kriegsmarine zur Verwendung kommet, Alles dies sei eine starke Entstellung der Tataschen, und das Urteil sei widerrechtlich, weil es mit dem allgemeinen Sachverhalt nicht in logischen Einkang stehe.

3. Selbst einmal angenommen, die zur Verhandlung stehende Ladung sei Konterbande, so habe der Dampfer, wenn er auch unfraglich beabsichtigt habe, nach Wladireostok zu fahren, doch unterwegs wegen Treibeises seine anfängliche Absicht geändert und die Reise nach dort aufgegeben. Er sei dann aufgebracht worden, während er nach dem neutralen Kiautschou gefahren sei. Daher könne man nicht sagen, daß die zur Verhandlung stehende Ladung auf der Reise nach einem feindichen Hafen begriffen gewesen sei. Da die Ladung demnach gar nicht

<sup>9</sup> V. 6 14.

an den Feind habe gelangen können, so sei es klar, daß sie nicht für Konterbande angesehen und eingezogen werden könne.

Eine Präcedenz, welche den vorliegenden Fall gänzlich decke, sei der Fall der in dem englisch-holländischen Kriege im Jahre 1800 aufgebrachten "Imina". Der Fall sei folgender: Der genannte Dampier 9 sei während des englisch-holländischen Krieges mit Schiffbaumaterialien nach Amsterdam gefahren, habe aber, als er von der über diesen Hafen verhängten Blockade erfahren habe, seine Reise gefandert und sei nach dem neutralen Einden gereist. Auf der Fahrt dorthin sei er von einem englischen Kriegsschiff aufgebracht worden. In der Begrändung des Prisenurleis über das Schiff heiße es:

Die "Imina" habe ihre anfängliche Absicht geändert gehabt und sei im Begriff gewesen, nach einem neutralen Hafen zu fahren. Da hieratu srechtlich kein Vorwuf gemacht werden könne, so könnte weder Schiff noch Ladung eingezogen werden, sie seien vielmehr ungesäumt dem Eigentimer zurückzugeben.

Wenn man den Inhalt dieses Urteils auf den vorliegenden Fall anwende, so liege es auf der Hand, daß weder Schiff noch Ladung eingezogen werden könne. Es sei daher unrechtmäßig, wenn das Urteil erster Instanz diesen Präcedenzfall ignoriere und auf Einziehung des Schiffs sowohl wie der zur Verhandlung sehenden Ladung erksnne.

4. Bezüglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff weiche zwar das englische Prinzip von dem kontinentalen in etwas ab, aber im großen und ganzen sei ihr Sinn doch derselbe. Nach der englischen Praxis würden Güter, welche, weil für die feindlichen Kriegsschiffe oder Truppen bestimmt, als Kriegskonterbande anzusehen seien, unter Zahlung einer Vergütung eingezogen. Nach dem kontinentalen Prinzip sei, wie es die völkerrechtlichen Kongresse beschlossen hätten, für Güter, welche sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken dienen könnten, wenn sie auf der Reise nach einem feindlichen Hafen begriffen seien, bestimmt, daß dem kriegführenden Staat ihnen gegenüber unter der Bedingung der Vergütung das Beschlagnahmerecht und außerdem das Vorkaufsrecht zustehe. Während so die moderne Rechtspraxis mit Bezug auf relative Konterbande eine immer weitherziger werdende Tendenz zeige, sei nur Japan unbillig streng, indem es im Gegensatz zu den erwähnten Rechtsprinzipien und Gewohnheiten Kohle, die sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken diene, wenn sie nach einem Platz, der Handels- und Kriegshafen sei, bestimmt wäre, bedingungslos einziehe. Besonders weil die japanische Prisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wün-

<sup>&</sup>quot;) "Dampfschiff" dürfte ein leichter Anachronismus sein.

schenswert, daß, wo es sich um neutrale relative Konterbandegüter .
handele, eine billigere Haltung eingenommen werde.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari, sind folgende:

Det Reklamant habe dafür, daß die zur Verhandlung stehende Ladung zu friedlichem Gebrauch geliefert werden solle, keinerlei Beweis erbracht.

Wladiwostok sei nun zurzeit Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und der Hauptstützpunkt für seine Flotte. Seit dem Kriege mit Japan habe die russische Regierung diesen Platz zu einem Hauptetappenort gemacht, und sei mit allen Kräften bestrebt, dort Kohle, Kriegswaffen und -gerät und sonstige Kriegsbedarfsgegenstände anzuhäufen. Es sei bekannt, daß der gewöhnliche Handelsverkehr dort fast gänzlich aufgehört habe. Wenn daher Kohle und dergleichen Güter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig sei, nach Wladiwostok befördert würden, so sei es billig, mangels klaren Gegenbeweises anzunehmen, daß dieselben für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollten. Dies gelte besonders auch bezüglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus doppelt gesiebter Cardiffkohle bestehe, wie sie im Osten ausschließlich zum Kriegsgebrauch diene. Auch habe der Dampfer "Siam", um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen, die List angewandt, seinen Bestimmungsort zu verheimlichen. Daraus könne man mit Recht folgern, daß die Kohle wirklich für den russischen Kriegsgebrauch zu liefern gewesen und daher Konterbande sei. Das Völkerrecht erkenne aber an, daß Konterbande, wenn auch unter neutraler Flagge fahrend, der Einziehung nicht entgehen könne.

Die übrigen Berufungspunkte seien nur eine Erweiterung des ersten Punktes und bedürften daher keiner Erwiderung.

Aus diesen Gründen werde Verwerfung der Berufung beantragt. Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladireotok Rußlands wichtigater Kriegahen ist. Seit dem Kriege mit Japan hat Rußland es zum Stitzpunkt für seine Kriegaflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für dem rusischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Konterbande seien. Dies um so mehr, als die zur Verhandlung stehende Ladung ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiften zur Kriegszeit keine Nachfrage däfür den Gebrauch auf Kriegsschiften zur Kriegszeit keine Nachfrage däfür den Gebrauch auf Kriegsschiften zur Kriegszeit keine Nachfrage däfür.

vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle sicher für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Prücedmenscheidung, berteffend die "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friehlet. Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"- Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmtagnoste sind aun daren. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

Daher sind Punkt 1 und 2 der Berufung unbegründet.

2. Der Reklamant bringt vor, der Kaptiän des Dampfers "Sämz uft den die zur Verhandlung stehende Ladung verschifft sei, häher "kannt, daß das Passieren der Soyastraße unmöglich sein wirde und habe daher die Reise nach Waldivorstok zufgegeben. Er habe dann, wie sich aus den Eintragungen in dem Tagebuch ergebe, die Routs nach der Taugrarstraße eingeschlagen, um den neutralen Haßen von Käustehou zu erreichen. Deshalb seien das Schiff und die Ladung, ernserechend der Entscheidung in dem "Iminiar"-Fall, freizugeben. Das Schiff hat aber von der Abreise an nach Waldivostok fahren wollen. Wenn es nun auch bei dem Versuch, die Soyastraße zu passieren, erkannte, daß dies nicht möglich war, und daher die Route nach der Taugrarstraße einschlug, so liegt doch diese Strafte auch auf dem Weg nach Waldivostok und das Schiff hatte daher seinen Kurs nach Wladivostok und da

Der Kapitän beruft sich auf seine Eintragungen im Tagebuch und behauptet, er habe nach Kiautschou fahren wollen. Wenn man aber in Betracht zieht, daß die Mehrzahl der Schiffspapiere falsche Eintragungen enthält, so kann man dem Tagebuch nicht ohne weiteres Glauben schenken. Auch liegen sonst keinerlei Beweise vor, welche zu der Annahme berechtigen, daß die Reise nach Wladiwostok aufgegeben worden sei. Dagegen kann die eingeschlagene Route nicht als die für die Winterszeit geeignete Route nach Kiautschou bezeichnet werden, und es liegt auch kein Grund vor, weshalb das Schiff, wenn es nach Kiautschou fahren wollte, die Tsugarustraße wählen sollte, wo es am meisten den Störungen durch Visitierung und Durchsuchung seitens japanischer Kriegsschiffe ausgesetzt sein müßte. Es muß daher vielmehr angenommen werden, daß das Schiff nach wie vor nach Wladiwostok zu fahren vorhatte. Auch die Tatsache, daß andere Schiffe, welche in gleicher Charter standen und gleiche Ladung hatten, als sie die Soyastraße nicht passieren konnten, die Route durch die Tsugarustraße nahmen, um nach Wladiwostok zu gelangen, spricht für die Vermutung, daß auch das zur Verhandlung stehende Schiff, als es die

Soyastraße nicht passieren konnte, in gleicher Weise versucht hat, durch die Tsugarustraße nach Wladiwostok zu gelangen. Der vorliegende Fall kann daher mit dem der "Imma", welche ihre anfängliche Reiseroute eänzlich egändert hate, nicht auf eine Stufe øesstellt werden.

Daher ist auch Punkt 3 der Berufung unbegründet.

3. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande schlechtlin konfisziert werden kann. Wünsche bezüglich Vorkaufs, Einziehung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur vereinzlich, wo besondere verägliche Abmachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinerfalls können sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden. Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwa versehen habe, venn es diesem Ansuchen des Reklamanten nicht Folge leistete.

Daher ist auch Punkt 4 der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

# (Unterschriften.)

In Sachen des am 7. Februar 1905, 3 Uhr nachmittags in der Straße von Tsugaru von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Matsushima" beschlagnahmten Dampfers "Eastry" wird nach stattgehabter Untersuchung, wie folgt, entschieden.

## Urteilsformel:

Der englische Dampfer "Eastry" und seine gesamte Ladung von 3725 Tons Steinkohlen werden freigegeben.

# Tatbestand und Gründe:

Der Heimatshafen des genannten Dampfers ist West Hartlepool, es steht im Eigentum des in Durham, West Hartlepol, wohnhalten englischen Staatsangehörigen William John Sivewright und ist ein 
Stahldampfer von 1924.27 Register Tons. Er ist, ausgerüstet mit fabschen 
Papieren, mit einer Ladung von Cardiffkohlen in dem letzten Drittel 
des November 1904 nach Wladiwostols gefahren und wurde auf seiner 
Rickfahrt von dort am S. Dezember desselben Jahres in der Nähe der 
Straße von Tsushima von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschilf 
"Tsushima" visitert. Danach fuhr er über Moji und Wasung nach 
Hongkong. Während er dort lag, wurde er von der Firma D od w ell

& Co. in Yokohama am 20. Januar 1905 für eine Reise von Muroran nach Singapore gechartert. Er fuhr am 21. desselben Monats von Hongkong ab und traf am 1. Februar in Muroran ein. Dort nahm er 3725 Tons von der Hokkaido Tanko Tetsudo Kaisha für Peterson, Simons & Co. in Singaporee und 560 Tons für den Reiseverbrauch des Dampfers bestimmte Vubari-Kohlen an Bord. Am 7. Februar am 8 Uhr vormittags fuhr er mit Bestimmung nach Singapore von Muroran ab. wurde iedoch in der Nähe der Tsugarustraße auf 41° 43' n. Br. und 141 º 5 ' ō, L. von dem Kaiserlich japanischen Kriegsschiff "Matsushima" visitiert und am selben Tage 3 Uhr nachmittags unter dem Verdacht, Konterbande nach Wladiwostok zu führen, mit Beschlag belegt,

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die von dem stellvertretenden Offizier des Kommandanten der "Matsushima", Kapitänleutnant Taira Saneo, eingereichte Aussageschrift über die Aufbringung des Dampfers "Eastry", die Vernehmungsprotokolle des Kapitans der "Eastry", W. T. Horsfield, und des O. M. Poole von der Firma Dodwell & Co. in Yokohama, ein von dem Kommandanten der "Matsushima" an den mit dem Fall beauftragten Rat des Prisengerichts gerichtetes Telegramm, das Schiffszertifikat, das Schiffsjournal und den Chartervertrag des genannten Dampfers.

Der Kommandant der "Matsushima" hat den zur Verhandlung stehenden Dampfer beschlagnahmt, weil derselbe früher mit falschen Papieren Konterbande nach Wladiwostok geführt hatte und weil er daraus, daß der Dampfer nicht den mittleren, sondern einen an der Küste entlang führenden Kurs durch die Straße von Tsugaru nahm. schloß, daß das Reiseziel Singapore nur vorgegeben sei und der Dampfer, wie das vorige Mal, mit gefälschten Schiffspapieren nach Wladiwostok zu fahren vorhabe.

Die genaue Prüfung der an Bord befindlichen Schiffspapiere sowie die Vernehmung der Interessenten durch das Prisengericht hat iedoch ergeben, daß die Charterer für die frühere und für diese Reise verschiedene Personen sind. Dazu ist es unzweifelhaft erwiesen, daß die an Bord befindliche Ladung von Kohlen von der Hokkaido Tanko Tetsudo Kaisha für Peterson, Simons & Co, bestimmt sind und daß auch der Bestimmungshafen des Dampfers Singapore ist. Die diesmalige Reise des Dampfers kann also nicht als zum Zwecke von Konterbandetransport unternommen angesehen werden, und es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Gegegeben am 12. Februar 1905 im Prisengericht zu Yokosuka nach Einsichtnahme des Schriftsatzes des Staatsanwalts beim Prisengericht in Yokosuka.

(Unterschriften.)

688

Reklamanten: Deutsche Levante-Linie A. Ges. zu Hamburg. Deutschland, vertreten durch die Direktionsmitglieder Charles Edward John Campbell und Georg Christian Dressen, sowie die Firma Kunst & Albers zu Hamburg, Deutschland.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro zu Tokio, Kyobashiku, Tsukiji Ichome Nr. 14.

In der Prisensache, betreffend den deutschen Dampfer "Paros" und seine Ladung wird, nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des deutschen Dampfers "Paros" sowie der nachstehend aufgeführten, zur Ladung des Dampfers gehörigen Güter erkannt:

Outer crammin							
Eisensplinte .				387 Kisten	Kupfer- und Messing-		
Bindfaden .	Ċ	÷	Ċ	43 -	blech	49	Stück
Eisendraht .			1	230 Fa6	Messingblech	18	
Stahltrossen .				580 Rollen	Milch	300	Kisten
Linoleum				25 Kisten	Chokolade	1	Kiste
Fensterglas .				600	Kindernahrungsmehl .	20	Kisten
remengias .	•	•	•	(1 Kiste etwas beschädigt)	Butter	40	,
Wagen				250 Kisten	Käse	41	
Lötmetalle .	٠	:	:	81 -	Sardinen	100	
Eisenwaren .					Gelatine	5	
					Cigarren	5	
Fabrikate			٠	29 Kolli	Wurzel von Stemone		
				37 Kisten	sessilifolia	10	
Pumpen Feldschmieden			٠	£1	Gesalzene Gemüse .	226	
		٠	٠		Champagner	583	
Kupfer			٠	5842 Barren	Likōr	120	- 1
Zinkblech			*	92 Faß	Cognac	150	- 7
				132 Kisten	Rum	30	•
Verzinkter Stah				16 ,	Lukentransportvor-	00	
Dampfdruckmes		r.		1 ,	richtung	1	Kiste
Schlösser				13 .	Stützpfeiler		Stück
Sägen				2 .	Treppenstufen und Ge-	-	Diuen
Hanfschläuche				100 .	länder	33	Kolli
Bratspills				300 Stück	Rotationstüren		Kisten
Eisennägel .				5300 Kisten	Porzellan	8	
Eisenschrauben		ì		34 -	Photographische Che-	0	
Putzbaumwolle				739 Kolli	mikalien	1	Kiste
Hammer			÷	10 Faß	Kaffeemühlen	î	Riste
Spaten, Hamme			Ċ	53 .	Muster von Putzbaum-	1	
Kupfervitriol.			:	660 Kisten	wolle	1	
Soda	•	•	:	500 Kannen	Muster von Katalogen		Kisten
Teertuch	•	•		17 Kolli	Pelze und Muster.	1	
Kupferrohre .	•	•	:	12 Kisten	Verschiedenes (Bei-		Riste
	:	:		10	packwaren)	1	
			٠	52 Stück	Linoleum-Proben	i	•
	•	٠	•	oz stuck	Linoieum-Proben		**

689

### Abschnitt VI 37 a

#### Prisengerichtsentscheldungen: "Paros".

Milchpulver	3 Kisten	Steinsalz 6100 Sack
Mineralwasser	5	Leere Säcke 1 Ballen
Kuchen	1 Kanister	Bindfaden und Nadeln 1 "
Hafermehl	5 Kisten	Eisenblech 170 "
Gerste	25 "	Talkumpackungen 291 "
Pflaumen	13 ,,	Asbestplatten 25 Kisten
Kartoffelmehl	13 "	Oliven 25 "
Kirschen	3 "	Farbstoffe 100 "
Krollhaar	10 Ballen	Eisenrohre 4561 Bund
Pflanzenhaar	100 "	" 7767 Stück
Bimen	50 Kolli	Spiritus 500 Faß
Getrocknete Äpfel	50 Kisten	Cement 195 Kisten
Leder	65 Ballen	Kaffee *20 "

### Tathestand und Gründe:

Der Dampfer "Paros" steht im Eigentum des Reklamanten, der Aktiengesellschaft Deutsche Levante-Linie in Hamburg, sein Heimatshafen ist Hamburg in Deutschland. Er ist ein Handelsdampfer und führt die deutsche Flagge. Der Dampfer hatte auf Grund eines am 26. Oktober 1904 zu Hamburg zwischen dem Reklamanten, Deutsche » Levante-Linie, einerseits und der Firma Pinkernelle als Vertreter der Reklamanten Kunst & Albers anderseits abgeschlossenen Chartervertrags die in der Urteilsformel angegehenen, der Firma Kunst & A1bers gehörigen Waren in Hamburg geladen, um dieselben nach Wladiwostok zu befördern. In dem Chartervertrag, im Ladungsverzeichnis, im Konnossement und auf der Außenseite einer großen Anzahl der zur Ladung gehörigen Kisten ist Hongkong als Reiseziel angegeben. Als Empfänger ist im Konnossement die Firma Melchers in Hongkong angegeben. Der Dampfer brach am 24. November 1904 von Hamburg auf und traf am 15. Januar 1905 zu Labuan im englischen Gebiet der Insel Borncoein. Den dortigen Behörden gab der Dampfer fälschlich Hongkong als Reiseziel an und erhielt entsprechende Ausklarierung sowie einen Gesundheitspaß. Am 19. Januar verließ der Dampfer den Hafen von Labuan und nahm absichtlich einen Umweg, fuhr durch die Straße von Surigao und versuchte, im Privatschiffsjournal und in dem Tagebuch immer fälschlich Hongkong als Reiseziel angebend, durch die Soyastraße heimlich nach Wladiwostok zu kommen. Auf dieser Fahrt wurde der Dampfer am 10. Februar 1905 am frühen Morgen in der Nähe der Insel Etorup von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" gesichtet und am Nachmittag desselben Tages von dem genannten Kriegsschiff aufgebracht.

Diese Tatsachen ergeben sich aus der Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Hongkong Maru", Kapitiänleutnants Abe Sampe i, aus den Vernehmungsprotokollen des Genannten, des Kapitiäns des Damofers "Paros", Paul Niemann, des ersten Offiziers Ernst Junge, des Prokuristen der Filiale der Firma Kunst & Albers zu Nagasaki, August Gese, aus den Abschriften der von der Firma Kunst & Albers an den vorgenannten August Gese gerichteten Briefe. aus dem Schiffszertifikat, dem Privatschiffsjournal, dem Tagebuch, dem Chartervertrag, der Musterrolle, dem Konnossement, dem Aushirerungsschein des Hafens von Labuau und dem Gesundheitsnaß.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Der Dampfer "Paros" stehe im Eigentum der deutschen Aktiengesellschaft Deutsche Levante-Linie zu Hamburg, die Ladung gehöre der ebenfalls zu Hamburg ansässigen deutschen Firma Kunst & Albers, Empfänger der Ladung sei die Filiale der genannten Firma in Wlodiwostok gewesen. Diese Firma habe über 20 Zweigniederlassungen und importiere außer nach Rußland auch nach China und Japan Waren. Die Ladung des Schiffes habe aus Waren bestanden, wie sie die Firma alljährlich in den verschiedenen Plätzen, wo sie Handel treibe, einzuführen pflege Die Firma habe nicht die Absicht gehabt, durch die Warenzufuhr die Kriegsbereitschaft des Feindes zu erhöhen, es handele sich auch bei der überwiegenden Mehrzahl der Güter nicht um Kriegskonterbande, und selbst wenn man annehme, daß auch die eine oder andere Ware dabei gewesen sei, welche als Kriegskonterbande betrachtet werden könne, so fehle es doch an einen: Grund zur Wegnahme, weil der Zweck der Einfuhr nicht die Zufuhr von Kriegskonterbande gewesen sei, vielmehr diese Einfuhr lediglich im Verlauf des regelmäßigen Handelsbetriebes der Gesellschaft bewirkt worden sei-

Nach den Bestimmungen der Artikel 2 und 3 der Pariser Scerechtsdeklaration vom Jahre 1856 müßten Schiff und Ladung freigegeben werden Dazu komme, daß Wladiwostok, seit es 1865 zum Freihafen erklärt worden sei, einen donnelten Charakter als Kriegs- und als Handelshafen habe. Es entspreche den völkerrechtlichen Präcedenzfällen, wenn die zur Verhandlung stehenden Güter, welche auf der Reise nach dem genannten Hafen begriffen gewesen seien, den Bestimmungen über relative Konterbande unterstellt und von der Beschlagnahme befreit würden. Auch würde geltend gemacht, daß die Eigentümer des Schiffes mit den Eigentümern der Ladung nichts gemein hätten. Das Schiff hätte bei der Abfahrt von Hamburg von dem Reklamanten und Reeder den Befehl erhalten, wenn angängig, seine Ladung nach Wladiwostok zu bringen, wenn aber über Wladiwostok die Blockade erklärt sein solle, sich nach Hongkong zu begeben. Aus diesem Grunde sei im Chartervertrag, im Ladungsverzeichnis, im Konnossement und auf den Kisten der Güter Hongkong als Bestimmungshafen angegeben worden, nicht etwa, weil man schon bei der Abreise von Hamburg in böser Absicht oder vorsätzlich betrügerische Mittel angewandt habe. Wenn der Kapitan des Dampfers im Hafen von Labuan unter der Angabe, das Reiseziel

(44\*) 691

des Dampfers sel Hongkong, sich seinen Ausklarierungsschein und seinen Gesundheitspäh habe ausstellen lassen, wenn er ferner während 21 Tagen vom Tage seiner Abfahrt von Labuan bis zum Tage seiner Aufbringung im Privatschiffsjournal und im Tagebuch Hongkong als Reiszeid angegeben habe, ao sei das alles für den Fall geschehen, daß Whadiwostok, wie erwartet, blockiert sein würde, und man könne hierin nicht ein beträgerisches Vorgehen erblicken, auf Grund dessen man die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes als gerechtfertigt erklären könne. Kurz, die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes bestehe der Hauptsache nach nicht aus Kriegskonterbande, der Eigentimer des Schiffes sei mit dem Eigentümer der Ladung nicht identisch, das Schiff habe sich kein betrügerisches Vorgehen zu Schulden kömmen lassen, aus welchem sich die Beschlägnahme rechtfertigen ließe. Aus diesen Gründen werte Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffsund seiner Ladung beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Ladung des Schiffs war nach Wladiwostok bestimmt. Unter der Ladung befanden sich Güter wie Zement, Feldschmiedegeräte, welche als Kriegsausrüstung aufzufassen sind, eiserne Platten von 1 mm bis 4 mm Stärke, eiserne Nägel, Asbestplatten, Lagermetall (white metal), Talkumpackung für Maschinen, Gummiwaren (Packung), Lötmetall, Stahltrossen, Linoleum, Kupferröhren, Eisenröhren, welche als Material zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegs- und sonstigen Schiffen dienen, ferner Kupfervitriol, Zinkbleche, Messingbleche usw., welche sämtlich Arsenalmaterialien sind. Alle diese Waren sind absolute Kriegskonterbande und es bedarf gar keiner Ausführung darüber, daß diese nach dem Völkerrecht echte Prisenobiekte sind. Aber auch Eisendraht (Telephondraht), Steinsalz, Milch, Butter, Käse, Gerste und dergleichen sind unter den obwaltenden Umständen als Kriegskonterbande aufzufassen. Denn Wladiwostok ist Rußlands bedeutendster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt seiner Flotte. Seit dem Kriege mit Japan ist es zu einem Hauptetappenorte und zentralen Stapelplatz für die Kriegsvorräte gemacht worden. Da die Güter nach einem Platz, in dem der gewöhnliche Handelsverkehr fast gänzlich zum Stillstand gekommen ist, befördert werden, so muß, mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben zum Kriegsgebrauch geliefert werden sollten. Der Empfänger dieser Güter, die Firma Kunst & Albers, ist in gewöhnlichen Zeiten eine Lieferantin der russischen Regierung, es darf also mit Sicherheit angenommen werden, daß diese Waren nach ihrer Ankunft in Wladiwostok an die russische Regierung geliefert werden sollten. Die Waren sind also als Kriegskonterbande aufzufassen. 1)

<sup>1)</sup> II. Ziffer 1 und 2.

Der Vertreter der Reklamation hat behauptet, Wladiwostok sei gleichzeitig Kriegs- und Handelshafen und es entspreche den völkerrechtlichen Präcedenzfällen, wenn die zur Verhandlung stehenden Güter,
welche auf der Reise nach dem: genannten Hafen begriffen gewesen
seien, den Bestimmungen über relative Konterbande unterstellt und von
der Beschlagnahme befreit wirden. Diese Behauptung enthehrt aber
jeder glaubwürdigen Unterlage. Nach völkerrechtlicher Theorie und
Praxis ist vielmehrt, wenn Güter, die ni die Kategorie der sogenannten
bedingten Kriegskonterbande fallen, nach Plätzen eingeführt werden,
die sich in densebben Umständen befinden wie gegenwärtig Whadtwostok,
regelmäßig angenommen worden, daß dieselben Kriegskonterbande seien
und eingezonen werden könnten.

Was nun die Waren wie Wagen und Kuchen anbelangt, so sind sie freilich ihrer Art nach keine Konterbande, sie gehören aber dem Reklamanten, welcher Eigentümer der oben besprochenen Kriegskonterbandegüter ist, und es wird von der völkerrechtlichen Theorie und Praxis anerkannt, daß in Fällen, wo Güter, die nicht Konterbande sind, mit Konterbandegütern auf demselben Schiff sind, wenn auch das Schiff die neutrale Flagge führt, die ganze Ladung eingezogen werden kann, wenn der Eigentümer der Nichtkonterbandegüter und der der Konterbandegüter derselbe ist.2) Die vom Vertreter der Reklamation angezogenen Bestimmungen der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 passen nicht auf den vorliegenden Fall. Was nun den Umstand anbelangt, daß im Chartervertrag, im Ladungsverzeichnis und im Konnossement sowie auf den Kisten der Ladung Hongkong als Bestimmungsort angegeben ist, so hat der Vertreter der Reklamation behauptet, die Schiffseigentümer hätten dem Schiff vor der Abfahrt von Hamburg die Instruktion gegeben, falls Wladiwostok blockiert sein sollte, nach Hongkong zu gehen. Damit hinge diese Maßregel zusammen, keineswegs seien dagegen von Anfang an in böser Absicht oder vorsätzlich betrügerische Mittel angewandt worden. Daß aber das Schiff von Anfang nach Wladiwostok bestimmt gewesen ist, ergibt sich aus der Abschrift eines vor Abfahrt des Schiffs von Hamburg an den Vertreter der Firma Kunst & Albers in Nagasaki, August Gese, gerichteten Briefes der Reklamanten Kunst & Albers in Hamburg. Auch aus den Ausführungen des Vertreters der Reklamation ergibt sich, daß das Schiff, außer im Falle, daß über Wladiwostok die Blockade verhängt wäre, sich nach Wladiwostok zu begeben hatte. Das Schiff war also nach gewöhnlichem Seehandelsbrauch verpflichtet, dieses wahre Reiseziel in den oben genannten Papieren anzugeben und, wenn anstatt dessen in allen diesen Dokumenten Hongkong als Bestimmungshafen angegeben wurde, so kann dies nur damit erklärt werden, daß

man absichtlich den wirklichen Bestimmungshafen verheimlichen wollte. Der Vertreter der Reklamation hat geltend gemacht, wenn der Kapitän des Dampfers in Labuan unter der Angabe, das Reiseziel sei Hongkong, sich einen Ausklarierungsschein und einen Gesundheitspaß habe ausstellen lassen; wenn er drei Wochen lang vom Tage seiner Abfahrt von Labuan bis zum Tage seiner Aufbringung im Privatschiffsiournal und im Tagebuch Hongkong als Reiseziel angegeben habe, so sei dies alles für den Fall geschehen, daß Wladiwostok, wie erwartet, blockiert sei, man könne hierin nicht ein betrügerisches Vorgehen erblicken, auf Grund dessen nan die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffes als gerechtfertigt erklären könne. Demgegenüber ist geltend zu machen, daß der Kapitän dem mit dem Fall beauftragten Rat gegenüber ausgesagt hat, er hätte das getan, weil er hoffte, daß ihm die japanischen Kreuzer und überhaupt jedermann glauben würden, daß er nach Hongkong ginge, und daß er auf diese Weise der Aufbringung würde entgehen können. Wenn er glücklich aus der Etorup-Straße heraus in den Stillen Ozean gelangt wäre, so hätte er seinen Kurs in großen: Bogen von der Küste weg genommen und hätte dann versucht, abends im Schutz der Dunkelheit zurückzukehren und die Tsugarustraße ohne Lichter zu passieren. Und dann wieder, er hätte sich, soviel als in seinen Kräften gestanden hätte, bemüht, der Aufbringung zu entgehen, aber als man ihm in der Etorup-Straße das Messer an die Kehle gesetzt hätte, habe er sich gesagt, jetzt sei es aus, und habe daher der "Hongkong Maru" sogleich signalisiert, er wolle nach Wladiwostok. Aus den Äußerungen des Kapitäns ergibt sich, daß die vorher besprochenea betrügerischen Mittel alle den Zweck hatten, den heimlichen Transport der Kriegskonterbande zu ermöglichen. Schiffe aber, die solche betrügerischen Mittel anwenden, sind nach völkerrechtlicher Theorie und Praxis einzuziehen, einerlei, ob der Schiffseigentümer etwas mit dieser Handlungsweise zu tun gehabt hat oder nicht, und einerlei, ob die Kriegskonterbandeladung dem Reeder gehört oder nicht. 3)

Aus diesen Gründen sind das Schiff und die in der Urteilsformel angegebenen Güter einzuziehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. Mai 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Beisein des Staatsanwalts Vanagita Kunio.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Deutsche Levante-Linie A. Ges. zu Hamburg. Deutschland, vertreten durch die Direktionsmitglieder Charles Edward John Campbell und Georg Christian Dressen sowie die Firma Kunst & Albers zu Hamburg. Deutschland.

Prozegvertreter: Rechtsanwalt Nagashima Washitaro zu Tokio, Kyobashiku, Tsukiji Ichome Nr. 14.

Am 10. Mai 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensache, betreffend den am 10. Februar 1905 von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" in der Nähe der Etorup-Straße aufgebrachten

deutschen Dampfer "Paros" und seine Ladung, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme des deutschen Dampfers "Paros" und der auf ihm verschifften Eisensplinte und 87 anderen Warensorten erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil haben die Reklamanten, die Deutsche Levante-Linie, Aktiengesellschaft, vertreten durch Charles Edward John Campbell sowie durch Georg Christian Dressen und die Firma Kunst & Albers, durch den Rechtsanwalt Nagashima Washitaro als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauntnunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation,

Nagashima Washitaro, sind folgende:

Es werde auf Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe des Dampfers "Paros" und seiner Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das Urteil der ersten Instanz habe anerkannt, daß nur das zur Verhandlung stehende Schiff Eigentum der deutschen juristischen Person, der Aktiengesellschaft "Deutsche Levante-Linie" sei und daß dieselbe mit dem Eigentümer der Ladung nicht identisch sei, Der § 43, Absatz 2 der japanischen Seeprisenordnung 4) bestimme, daß ein Schiff, welches Konterbande an Bord habe, einzuziehen sei, wenn der Reeder und der Eigentümer der Konterbande dieselbe Person seien, Daraus folge, daß, wenn sich auch unter der zur Verhandlung stehenden Ladung Kriegskonterbande befinde, das Schiff doch nicht eingezogen werden dürfe, da der Eigentümer des Schiffes und der Eigentümer der Kriegskonterbande nicht dieselbe Person seien.

2. Das Gericht erster Instanz habe erklärt, um das Vorbringen

des Punktes 1 umzustürzen,

es sei ein von der Theorie und der Praxis des Völkerrechts anerkannter Grundsatz, daß Schiffe, welche sich eines betrügerischen Vorgehens schuldig machten, einzuziehen seien, einerlei, ob der Schiffseigentümer etwas damit zu tun gehabt

Eigentümer der Kriegskonterbandegüter sei oder nicht. Die Reklamanten erkennten eine solche Theorie und Praxis nicht an. Sowohl nach dem Sinn der §§ 43 und 44 der japanischen Seeprisenordnung als auch nach der völkerrechtlichen Praxis könne ein Schiff bei Verschiedenheit der Eigentümer des Schiffes und der Konterbandegüter nur eingezogen werden, wenn der Schiffseigentümer an dem betrügerischen Vorgehen beteiligt gewesen sei. Denn es sei eine allgemeine Rechtsregel, daß denienigen, der in Unkenntnis sei, keine Strafe treffen könne. Auch das Völkerrecht dürfe aus diesem Geleise nicht heraustreten, und es sei klar, daß die japanische Prisenordnung diesen Grundsatz auch befolge. Im Chartervertrag sei ausdrücklich Wladiwostok als Bestimmungsort angegeben. Nur für den Fall, daß es blockiert sei, habe das Schiff seine Ladung in Hongkong löschen sollen. Da das Völkerrecht die Blockade anerkenne und zu der damaligen Zeit der japanisch-russische Krieg immer größere Dimensionen angenommen habe. so sei es ein durchaus berechtigtes Vorgehen gewesen, wenn die Bestimmungen des Chartervertrages mit Berücksichtigung dieser Umstände festgesetzt worden seien. Irgendwelcher Dolus oder Betrug habe dabei nicht vorgelegen. Angenommen aber, daß bei dem späteren Vorgehen etwas nicht ganz in Ordnung gewesen sei, so könne man doch daraufhin noch nicht behaupten, daß bei der Befrachtung des Schiffes betrügerische Mittel angewandt seien, wenn man sehe, daß in dem Chartervertrag, der den Bestimmungsort klar erkennen lasse, absolut nichts verheimlicht worden sei. Die von dem Gericht erster Instanz zum Nachteil der Reklamanten angezogenen Aussagen des Kapitäns gäben im Grunde nichts wieder als Maßnahmen, welche zur Erreichung des Zwecks des genannten Chartervertrags gebraucht worden seien, und es dürfe aus ihnen noch nicht die Folgerung gezogen werden, daß eine bose Absicht zur Zeit der Verladung bestanden hätte.

3. Nach Artikel 2 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 dürften Güter, die auf einem Schiffe, das neutrale Flagge führe, verschifft seien, mit Ausnahme von Kriegskonterbandegütern nicht beschlagnahmt werden. Daraus folge, daß diese Deklaration die der Beschlagnahme unterworfenen Güter auf Kriegskonterbandegüter beschränkt habe. Die zur Verhandlung stehenden Güter seien nun neutrale Güter, welche auf einem neutralen Schiff verladen seien. Wenn daher, wie das Gericht erster Instanz annehme, unter der Ladung Kriegskonterbandegüter vorhanden seien, so seien doch selbstverständlich diejenigen Waren, die keine Kriegskonterbande darstellten, in Gemäßheit der Pariser Deklaration freizugeben. Das Gericht erster Instanz führe freilich aus.

es sei von der völkerrechtlichen Theorie und Praxis anerkannt, daß in Fällen, wo Güter, die nicht Konterbande seien, mit Konterbandegütern auf demselben Schiff seien, wenn auch das Schiff die neutrale Flagge führe, die ganze Ladung eingezogen werden könne, wenn der Eigentümer der Nichtkonterbandegüter und der der Konterbandegüter derselbe sei. Die vom Vertreter der Reklamation angezogenen Bestimmungen der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 paßten nicht auf den vorliegenden Fall.

Aus verschiedenen neuen Entscheidungsbeispielen nach Ausbruch des russisch-japanischen Krieges gehe jedoch ganz klar hervor, daß die völkerrechtliche Theorie und Praxis nicht unbedingt maßgebend seien. Da ferner das moderne Völkerrecht sich dahin entwickle, den Schaden, der dem Privateigentum durch den Krieg erwachse, möglichst zu verringern, so sei es außer Frage, daß der Inhalt der Pariser Sererchtsdeklaration mit Recht auf den vorliegenden Fäll anzuwenden und daß die Güter, soweit sie nicht Kriegskonterbande seien, freizugeben seien.

4. Wladiwostok sei ein Handelshafen, welcher seit dem Jahre 1800 zum Frühafen erklärt worden sei. Es m
ßßen daher auf Gütter, wie die in Verhandlung stehenden, die Bestimmungen über das, was das V
ßler-recht als bedingte Kriegskonterbande bezeichne, Anwendung finden. Denn wenn ein Hafen den doppelten Charakler eines Kriegs- und Handelshafens besitze, so m
ßten die Bestimmungen über bedingte Konterbande Anwendung finden, und die Bestimmungen über bedingte nicht aufrecht zu erhalten. Das Gericht erster Instanz weise die Begr
ündt zu erhalten. Das Gericht erster Instanz weise die Begr
ündtung der Reklamanten über diesen Punkt zur
ück, indem es behaupte, daß

die Ausführung jeder glaubwürdigen Unterlage entbehre. Nach völkerrechtlicher Theorie und Praxis sei veilenchr, wenn Güter, die in die Kategorie der sogenannten bedingten Kriegskonterbande fielen, nach Plätzen eingeführt würden, die sich in denselben Umständen befänden wie gegenwärig Wladiwostok, regelmäßig angenommen worden, daß dieselben Kriegskonterbande seien und eingezogen werden sönnten.

Es sei aber selbstverstindlich, daß, solange keine völkerrechtliche Blockade vorliege, die Freiheit des neutralen Handels keine Störung erfahren düffe und daß eine Firma, wie die der Reklamanten, welche viele Filialen im Innern Sibiriens besitze und alljährlich die gleichen Waren dorthin importiere, vielmehr eine zu ihren Gunsten sprechende Vermutung genießen müsse. Offenbar finde das Entscheidungsbeispiel in dem "Neptunus"-Falle aus dem englisch-holländischen Kriege vom Jahre 1798 auf den vorliegenden Fall Anwendung.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, sind folgende:

Im Chartervertrag sei einfach Hongkong und nicht Wladiwostok als Reiseziel angegeben. Daß diese Eintragung betrügerisch sei, sei, wie das Urteil erster Instanz dartue, offenbar. Es sei danach außer allem Zweifel, daß auch der Schiffseigentimer an dem ganzen betrügerischen Vorhaben beteiligt gewesen sei. Daher sei es zur Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes auf Grund von betrügerischem Vorgehen nicht nötig, die Frage zu lösen, ob es dazu der Teilnahme des Reeders bedürfer oder nicht.

Daß die Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 die Einziehung von Gütern, welche keine absolute Konterbande seien, nicht ohne Betücksichtigung der besonderen Umstände habe untersagen wollen, gehe hervor aus der Instruktion, die Frankreich, welches die Anregung zu jener Deklaration gegeben habe, im Jahre 1870 über das Prisenwesen erlassen habe; ferner aus dem von Ortolan vertretenen, als normale wissenschaftliche Anschitt zu bezeichnenden Standpunkt; der Prisentechtspraxis Englands, welches im wesentlichen der Pariser Deklaration beigetreten sei, und seiner modernen, allgemeinen wissenschaftlichen Doktrin.

Es sei daher zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz ausführe, daß die Pariser Seerechtsdeklaration auf den vorliegenden Fall, wo die Ladung, welche keine Konterbande sei, dem Eigentümer der Konterbandegüter gehöre, nicht zutreffe und daß es von der völkerrechtlichen Wissenschaft und Praxis anerkannt sei, daß in solchem Falle die Nichtkonterbandegüter mit eingezogen werden könnten.

Die Entscheidung erster Instanz auf Einziehung sei demnach richtig und die Berufung unbegründet.

Die zur Verhandlung stehende Ladung umfasse drei Arten von Gütern 'ämlich absolute Kriegskonterbandegüter, dem Eigentümer dieser gehörige, beziehungsweise Kriegskonterbandegüter und Nichtkonterbandegüter. Der Eigentümer und Reklamant dieser Güter habe am Bestimmungsort derselben, Wladiwostok, eine Filiale und beschäftige sich mit Lieferungen für die russische Regierung. Wladiwostok sei die einzige Etappenbasis Rußlands im Osten. Alles dies gehe aus den Darlegungen des Urteils erster Instanz klar hervor. Selbst wenn daher Wladiwostok, wie der Vertreter der Reklamation behaupte, daneben auch die Eigenschaft eines Handelshafens besitze, könne diese Eigenschaft auf die Annahme, daß die unter der Ladung befindliche absolute Konterbande und auch daß die als beziehungsweise Konterbande anzusehenden Güter zum russischen Kriegsgebrauch hätten geliefert werden sollen, keinerlei Einfußt aussiben.

Aus diesen Gründen sei das Urteil erster Instanz zutreffend und die Berufung unbegründet,

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Die ganze Ladung des Schiffes war nach Wladiwostok bestimmt. Sie enthielt Zement, Feldschmiedegeräte, welche als Kriegsausrüstung aufzufassen sind, eiserne Platten, eiserne Nägel, Linoleum zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegsschiffen und anderen Schiffen, Zinkblech, Kupfer, Kupferblech, Messingblech usw., welche als Arsenalmaterialien dienen. Es bedarf keiner Ausführung, daß solche Waren absolute Kriegskonterbande sind und daher weggenommen werden können. Aber auch bezüglich von Steinsalz, Milch, Butter, Käse, Konserven, Gerste und dergleichen Lebensmitteln erkennt das Völkerrecht ohne Zweifel an, daß sie als Kriegskonterbande angesehen und weggenommen werden können, wenn sie nach einem Hafen wie Wladiwostok befördert werden. Denn Wladiwostok ist der bedeutendste Kriegshafen Rußlands und zu gleicher Zeit ein Hauptetappenort. Der gewöhnliche Handel ist dort fast ganz zum Stillstand gekommen. Die Reklamanten haben zwar geltend gemacht, daß Wladiwostok zugleich Handels- und Kriegshafen sei und behauptet, daß die dahin bestimmte Ladung nach dem Präcedenzfall des "Neptunus" freizulassen sei. Die Verhältnisse der Bestimmungsorte in ienem und dem vorliegenden Fall sind aber verschieden. so daß iener Fall keineswegs als Präcedenz für den vorliegenden dienen kann.

2. Die ganze Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes war von dem Charterer, der Firma Kunst & Albers, an ihre Filiale in Wladiwostok versandt. Da der größte Teil der Ladung Kriegskonterbande ist, so muß man sagen, daß der Reisezweck des Schiffes der Transport von Konterbande gewesen ist, und es ist völkerrechtlich anerkannt, daß solche Schiffe eingezogen werden können.5) Dies gilt um so mehr, als in dem Chartervertrag und in den anderen Schiffspapieren, obwohl bereits bei der Ausfahrt von Hamburg Wladiwostok als Reiseziel feststand, ein falscher Bestimmungsort angegeben wurde, d. h. also, Anwendung betrügerischer Mittel zum Transport von Konterbande vorliegt. Die Reklamanten bringen freilich vor, in dem Chartervertrag sei deutlich Wladiwostok als Bestimmungsort angegeben, ebenso sei klar ausgesprochen, daß die Ladung nur in dem Fall, daß Wladiwostok blockiert sei, in Hongkong gelöscht werden solle. Der Bestimmungsort sei demnach nicht gefälscht. In dem Chartervertrag heißt es jedoch nur, daß das Schiff, wenn es nach dem Passieren des Suezkanals nicht in Hongkong einfahren könne, nach einem sicher zu erreichenden benachbarten Platz gehen solle. Es ist demnach ganz offenbar, daß der Bestimmungsort gefälscht worden ist,

 Wenn sich auch unter der Ladung vereinzelte Nichtkriegskonterbandegüter finden, so gehören sie doch demselben Eigentümer, der die

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) Anders die Japanlsche Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage, das englische Manual of Naval Prize Law, Art. 82—85.

Beförderung der Kriegskonterbandegüter geplant hat, und es ist wiederum ein Grundsatz des Völkerrechts, daß solche Güter zusammen eingezogen werden können. Die Behauptung, daß dies im Widerspruch mit der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 stehe, entbehrt der Beoründung.

Demnach ist, wie ausgeführt, die Entscheidung des Gerichts erster Instanz auf Wegnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs und seiner Ladung gerechtfertigt und die Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 2. November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Die deutsche Levante-Linie A. G. in Hamburg, Deutschland, vertreten durch die Prokuristen Charles Edward John Campbell und Georg Christian Dressen

und Kunst & Albers in Hamburg, Deutschland und Eduard Schultz in Wladiwostok, Rußland.

Prozeßvertreter: Nagashima Washitaro, Tokio, Kyobashiku. Tsukiii Nr. 14.

In der Prisensache, betreffend Ladung des Dampfers "Paros" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden.

# Urteilsformel:

Die an Bord des Dampfers "Paros" verschifften, zum Privatgebrauch bestimmten Güter, nämlich je eine Kiste Bücher und Metallwaren, werden freigegeben.

## Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter stehen im Eigentum des Reklamanten Ed us ar d. Sei hat. Z. Sie wurden auf dem durch Vertrag zwischen der reklamierenden Deutschen Levante-Linie A. G. und der reklamierenden Firma K. un st. 8. A. Ib er z., vertreten durch die Firma Pin kern elle, am 26. Oktober 1904 gecharterten Dampfer "Paros" mit Bestimmung nach Wladivostok verladen und fuhren am 24. Noember d. J. von Hamburg ab. Als das Schiff am 10. Februar 1905, früh morgens, durch die Straße von Etorup fuhr, wurde es von dem Kaiserlichen Kriegsschiff, "Hongkong Marz" gesichtet und am selben

Tage nachmittags zusammen mit seiner verschiedenen Ladung von dem genannten Kriegsschiff beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewisen durch die schriftliche Aussage des Vertreters des Kommandnaten der "Hongkong Maru", des Offiziers Abe Sem pei, die Vernehmungsprotokolle des genannten Offiziers und des Kapitäns der "Paros", Paul Niemann, das Schiffszertliffstat, den Chartervetrag, die Konnossemente und den Brief des Reklamanten Ed uard Schultz an den Prokurisen der Filiale der Firma Kunst & Albers in Nagasaki, August Gese, vom 1. Februar 1005 russischen Silk.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter seien, wie aus ihrer Art selbst hervorgehe, gewöhnliche Privatelfekten, insbesondere seien die in der mit Nr. 101 bezeichneten Kiste enthaltenen Privatelfekten Hinterlassenschaften des verstorbenen Vaters des Reklamanten, E du ar d Schultz. Hrer Natur nach könnten diese Güter nicht beschägnahmt werden. Es werde daher ein Urteil auf Freigabe derselben beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der Dampfer "Paros", auf welchem die zur Verhandlung schenden Güter verschift waren, hat unter lashen Angaben Zement und sonstige Konterbandeartikel geladen gehabt, um sie heimlich nach Wladiwsotok zu befröderen. Auf dieser Reise wurde er von einem Kaiselichen Kriegsschiff beschlagnahmt. Da aber die zur Verhandlung stehenden Güter auf einem neutralen Schiff verladen waren und kein Konterbande sind, auch erweisenermaßen nicht dem Eigennühmer des genannten Schiffes oder der Konterbandegüter gehören, so sind sie freizugeben.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 22. Mai 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Yanagita Kunio.

(Unterschriften.)

Reklamant: The Cornhill Steamship Company, London, Grace Church Street Nr. 81, vertreten durch den Kapitān des Dampfers "Apollo", John Wiseman.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15. In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Apollo" und seine Ladung wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des englischen Dampfers "Apollo" und der auf ihm verladenen ungefähr 5600 Tons Cardiffkohle erkannt.

## Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Apollo" steht im Eigentum des Réklamanten, sein Hetmashafen ist London und er sit en Handekschifft, welches die englische Flagge führt. Der Reklamant ist zugleich der Absender der Ladung. Er hat, um sei nach Waldsvolls zu beforderen, in Barry Dock, England, ihm gehörige ungefähr 5770 Tonsdoppelt gesiebt. Cardiffilohle geladen (auf der Reise ist hiervonterbraucht worden, so daß zurzeit etwa 5900 Tons vorhanden sind). Der Empfänger sollte sich nach Order bestimmen. Als Bestimmungsort und Bangkok angegeben und ein dementsprechender Ausklafrerungsschein und Gesundheitspaß crarifikt.

Am 7. Dezember 1904 fuhr der Dampfer von dem genannten Hafen ab und lief unterwegs Port Said, Colombo und Singapore an. In Singapore gab et an, er führe nach Shanghai, und erhielt entsprechende Ausklarierung und Leuchturmsteuerquittung. Er nahm indes vorsätzlich einen Umweg und versuchte Wladiwostok durch die Soyastraße zu erreichen, wurde jedoch am 15. Februar 1905 bei der Straße von Etorus von dem Kasterlichen Kriesschiff "Honokon Maru" auferbracht.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Sellwerteters des Kommandanten der "Hongkong Maru", Kapitän-leutnants Nagas hi ma Den zo, die Vernehmungsprotokolle des Genanten und des Kapitäns der "Applöle", den Nu isse ma n, das Schiffszertifikat, das Konnossement, die Ausklarierungsbescheinigung, den Gesundheitspall und die Leuchturnsteuerquittung.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung stehe im Eigentum der Firma Harris and Dix on in London und sei von dem Rekhamatten als Absender befördert worden. Ihre Beförderung nach Wladiwostok, einem Hafen einer der kriegführenden Mächte, sei eine öffentliche Handelstransaktion, welche unter den Freiheiten des neutztahen Handelsverkehrs stehe und unbestreitbar eine völkerrechtlich nicht anfechtbare Handlung sei.

Aber selbst einmal angenommen, die zur Verhandlung stehende Ladung sei feindlichen Charakters, weil sie nach feindlichem Gebiet verschifft worden sei, so könne sie doch, weil unter neutraler Flagge fahrend, nach Artikel 2 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 nicht beschlagnahmt werden.

Daß in den im Ausganigshafen und den Anlaufshäfen erhaltenen Auskarierungen und Gesundfeispässen Bangoku und Shanghai als Bestimmungsort bezeichnet seien und der endgültige Bestimmungshafen Wladiwostok nicht aufgeführt sei, habe nur den Zweck gehabt, den Schwierigkeiten zu entgehen, wechte die zuständigen Behörden bei Aushändigung dieser Schriftstücke gemacht haben würden, wenn ihnen die Wahrheit gesagt worden wäre. Daß es keinenfalls in der bösen Absicht geschehen sei, sich dadurch der Aufbringung zu entzichen, könne man daraus entnehmen, daß das Konnossement lähr angebe, daß die Ladung für Wladiwostok bestimmt sei. Die Ausklarierungsbescheinigungen seien keine wichtigen Schiffspapiere, sondern bescheinigten lediglich eine Formalität. Wenn daher auch in ihrem Inhalt Aussasungen vorgekommen seien, so könne das nicht als Material zur Begründung der Einziehung des Schiffies zeltend gemacht werden.

Wenn ferner der Kapitän bei seinem Verbör durch den mit dem Fall beauftragen Rat geantwortet habe, Waldwostok sei ni die Ausklarierungspapiere nicht als Reiseziel eingetragen worden, um auf diese Weise der Aufbringung zu entgehen, os sei das nur eine in dem Moment gegebene Ausrede, auf Grund deren man nicht anzunehmen berechtiet sei, daß die Schiffsnapiere ereflischt worden seien.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Władiwostok Rußlands wichtigster Kriegshaften den Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht, und sie ist mit allen Mitteln bestrebt, dort Frogle Kriegsvorfte anzuhäufen. Der gewönnliche Handebsverkehr hat dort fast ganz aufgehört. Wenn daher Kohle, Lebensmittel oder dergleichen Gülter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Władiwostok befördert werden, so muß, mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezüglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, weche aus ausgewählter Cardiffschle besteht, wie sie ausschließlich zum Gebrauch auf Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Konterbande anzushen. 19

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Neptunus"-fall angeht, so deckt sich jener fall, in dem Tierfett nach Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung jenes Urteils vielmehr zu Bekräftigung der Annahme, daß die zur Verhandlung stehende Ladung

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2.

Konterbande ist, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von Wladiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwostoks vielmehr gelech.

Wenn der Dampfer sich Ausklarierungen und Gesundheitspässen anch den neutralen Häfen Bangkok und Shanghai geben ließ und vorsätzlich einen Umweg machte, um Wladiwostok durch die Soyastraße zu erreichen, so ist das unzweifelhaft nicht, wie der Reklamant sagt, geschehen, um das betreffende Verfahren ungehindert vor sich gehen zu lassen, auch liegt darin keine entschuldbare Nachlässigkeit. Vielmehr muß man annehmen, daß der Bestimmungshafen mit voller Absieht verheimlicht wurde, um durch diese List der Aufbringung zu entgehen. Wenn sich auch zufällig in dem Konnossement der wahre Bestimmungsort findet, so kann man doch nicht daraufhin allein die oben erwähnte List übersehen und annehmen, daß das Schiff sich nicht betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht habe.

Da es ferner aus der Aussage des Kapitäns klar hervorgeht, daß die zur Verhandlung stehende Ladung dem Reeder der "Apollo" und Reklamanten in dieser Sache gehört, so kann, solange nicht ein Gegenbeweis erbracht wird, der diese Annahme umstößt, der Ausführung des Vertreters der Reklamation, daß die Ladung der Firma Harris & Dixon gehöre, nicht beigepflichtet werden.

Kurz, der Dampfer "Apollo" hat unter Anwendung betrügerischer Mittel seinem Reeder gehörige Konterbande befördert, und es ist von der Wissenschaft und Praxis des Völkerrechts anerkannt, daß in derartigen Fällen Schiff und Ladung eingezogen werden können. ?)

Da aus diesen Gründen der zur Verhandlung stehende Dampfer und seine Ladung einzuziehen sind, so erübrigt es sich, die übrigen Punkte des Reklamanten zu erörtern.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 1. Juni 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Yanagita Kunio.

(Unterschriften.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) V. §§ 43, 44.

Reklamant: The Cornhill Steamship Company, London, England, Grace Church Street Nr. 81, vertreten durch den Kapitän des englischen Dampfers "Apollo". Io hn Wise man.

lischen Dampfers "Apollo", John Wiseman.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio,
Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 1. Juni 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensche, betreffend den am 14. Februar 1905 in der Straße von Elorup von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" beschlagnahmten englischen Dampfer "Apollo" und dessen Ladung ein Urteit eilzughanden in welchem auf Wegnahme des englischen Dampfers "Apollo" und der auf demselben verladenen ungefähr 5600 Tons Cardiffkohle erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat John Wiseman in Vertretung des Rekhamatten, der Corshill Steamship Company, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berafung eingelegt, welche im Beisein der Staabsanwälte Tsutsuki Keiroku und Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Das Urteil des Prisengerichts zu Vokosuka auf Wegnahme des Dampfers "Apollo" und der auf ihm verschifften Steinkohlen sei unzutreffend. Es werde Aufhebung desselben und Freigabe des zur Verhandlung stehenden Dampfers und seiner Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Der Eigentlämer des zur Verhandlung stehenden Schiffs und der der Ladung seien verschieden. Bei der Verladung und Beförderung der letzteren liege keinerlei betrügerisches Vorgehen vor. Auch sei die Ladung nicht als Konterbande anzusehen. Daher sei es unzutreffend, alb das Gericht erster Instanz die Ladung als Konterbande angesehen und bezüglich des Schiffs betrügerisches Vorgehen angenommen und für beide auf Einziehung erkannt habe.

2. Das Urteil erster Instanz besage,

es gehe aus den Aussagen des Kapitäns hervor, daß die zur Verhandlung stehende Ladung dem Eigentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffes gehöre.

Eine genaue Prüfung des Vernehmungsprotokolls des Kapitäns tue dies indes keineswegs dar, sondern liefere reichlichen Beweis dafür, daß das Gegenteil der Fall sei. Denn der Kapitän sage in diesem Vernehmungsprotokoll:

Der Ladungsherr der Steinkohlen sei die Cornhill Steamship Company. Er glaube, daß der Ladungsherr gewußt liabe, daß die zur Verhandlung stehende Ladung von Japan als Konterbande betrachtet werde, weil der Eigentümer der Kohle ihm dies selbst gesagt habe.

Wenn der Kapitin "Ladungshert" gesagt habe, so habe er "Absender" gemeint, und das genüge, um darzutun, daß außer diesem noch ein Eigentümer vorhanden sei. Daß der Reklamant und Eigentümer des Schiffes die Ladung im Auftrag des Ladungseigentümers versandt habe, lasse sich auch daraus ohne weiteres enthenhem, daß es zur Verschiffung von Gütern des Schiffseigentümers eines Konnossements nicht bedurft haben würde. Das Vorhandensein eines solchen beweis edaher, daß ein anderer der Eigentümer der Ladung sei. Wenn dieser seinen Namen nicht angegeben habe, so sei das vielleicht aus kaufmännischen Rücksichten geschehen. Das neue Beweisstück A tue indes dar, daß Harris & Dixon die Eigentümer seien. Daher sei die Annahme des Gerichts erster Instanz, daß das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung im gleichen Eigentum stünden, unzutreffend.

3. Das Urteil erster Instanz besage:

Obwohl es bereits bei der Abfahrt bestimmt gewesen sig, daß das Schiff nach Wladiwostok gehen sollte, sei doch den Behörden des Ausgangshafens und der Anlaufshäfen keine Anzeige darüber gemacht worden. Der Dampfer habe sich Ausklarierungen und Gesundheitspässe nach den neutralen Häfen Bangkok oder Shanghai geben lassen und vorsätzlich einen Umweg gemacht, um Wladiwostok durch die Soyastraße zu erreichen. Diese vorsätzliche Verheimlichung des Bestimmungsorts sei geschehen, um durch diese List der Aufbrüngung zu entgehen.

Da aber in dem Konnossement, dem wichtigsten der Schiffspapiere, der wahre Bestimmungsort, Wladiwostok, klar angegeben sei, so würde das Schiff dadurch, daß es in den Ausklarierungspapieren und dem Gesundheitspaß nur die Anlaufshäfen angegeben, den letzten Bestimmungsort aber verschwiegen habe, doch schließlich der Außbringung nicht haben entgehen können. Was die Annahme angehe, daß es ein unrechtmäßiges Vorgehen sei, in dem Ausklarierungsschein den wahren Bestimmungsort nicht angegeben, sondern Bangkok und Shanghai eingetragen zu haben, obwohl eine Absicht, dort anzulaufen, von vornherein nicht bestanden habe, so gehe aus den Tatumständen ohne weiteres von selbst hervor, daß der Reeder bzw. der Kapitän den Behörden gegenüber falsehe Angaben gemacht habe, lediglich mit Rücksicht auf die Anheuerung der Mannschaft und auf die Heuerbeträge, und daß diesem Vorgehen keineswegs die Absicht zugrunde gelegen habe, dadurch die Kaptoren zu tläuschen.

Was ferner die Tatsache angehe, daß der Kurs durch die Soyastraße gewählt worden sei, so könne darin, selbst wenn man alz Weck den annehme, der Visiterung und Durchsuchung durch die kriegührtende Marine zu entgehen, kein unrechtmäßiges Verhalten erblickt werden. Denn da im Kriege jedes Handelsschilff der Visitierung und Durchsuchung unterliege, so sei es natürkin, wenn die Schiffe ihren Kurs änderten, um dieser Belästigung zu entgehen. Was die Täusehung der Kaptoren angehe, so könne diese erst anfangen, nachdem ein auf der Fahrt begriffenes Schilf von dem Kaptor gesichtet und gestoppt worden sei. Solange es noch nicht gesichtet sei, stehe se dem Schiff frei, jeden beliebigen Kurs zu nehmen, und eine Änderung könne nicht ohne weiteres als betütgerisches Mittel angesehen werden.

4. Das Urteil erster Instanz wende die von dem Reklamanten angezogenen Entscheidungsgründe des "Neptunus"-Falls zur Begründung der gegenteiligen Behauptung, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande sei, an und sage, der in den Entscheidungsgründen erwähnte Hafen Brest sei den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwostoks sehr gleich. Das müsse indes als eine durchaus verkehrte Anwendung der Präcedenz bezeichnet werden. Denn Brest sei ein holländischer 3) Kriegshafen und habe nicht wie Wladiwostok auch die Eigenschaft eines Handelshafens. Es sei daher selbstverständlich, daß bedingungsweise Konterbande, welche nach einem solchen Hafen befördert werde, ohne weiteres als für den Kriegsgebrauch bestimmt angesehen werde. Dagegen habe Wladiwostok gerade wie das in dem Urteil des genannten Falls vorkommende Amsterdam zu gleicher Zeit die Eigenschaft eines Kriegs- und eines Handelshafens. Daher müsse unter Anwendung der erwähnten Präcedenz angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende, nach Wladiwostok bestimmte Ladung nicht für den Marinegebrauch bestimmt sei. Da so dies gleiche Gut, ie nach dem Bestimmungshafen, einen ganz anderen iuristischen Charakter gewinnen könne, so sei es unzutreffend, zu behaupten, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande sei.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, U chida Shigenari, sind folgende:

1. Da man sehr wohl annehmen könne, daß die gegenwärtigen Verhältinsse in Wadiwostok, dem Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Schiffes, so seien, wie das Urteil erster Instanz sie darstelle, so sei es zutreffend, wenn man, mangels klaren Gegenbeweises in einer Kohlenladung, die dorthin bestimmt sei, Kriegsbedarf erblicke. Auch lasse in dem vorliegenden Falle die Qualität der verschiffen Cardiffkohle keinen Zweifel darüber, daß sie wirklich zum Kriegsgebrauch habe ge-

a) Der Vertreter ist offenbar kein großer Geograph,

liefert werden sollen. Es sei daher Recht, sie als Konterbande anzusehen.

Daß ferner diese Konterbande im Eigentum des Reklamarten und Recders des zur Verhandung stehenden Schiffs sehe, sowie daß das Schiff, um der Aufbringung zu entgehen, die List angevandt habe, den Bestimmungsort zu verheimlichen, lasse sich gleichfalls auch den Darlegungen des Urteils erster Instanz entnehmen. Da daraus folge, daß das zur Verhandlung stehende Schiff betrügerische Mittel zum Zeweck der Beforderung von Konterbande, die dem Recder des Schiffs gehöre, angewandt habe, so habe das Urteil erster Instanz zu Recht in Chereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerrechts dahin entschieden, daß das Schiff mitsamt seiner Ladung eingezogen werden müsse.

Das Kreuzverhör des Kapitäns in dessen Vernehmungsprotokolle\*

beschäftige sich, wenn man es von vorn bis hinten durchlese, in allen seinen Fragen und Antworten damit, wer der Eigentümer der Steinkohle sei. Man könne daher nur annehmen, daß in Frage und Antwort das Wort "Ladungsherr" als "Eigentümer" und nicht als "Absender" der Ladung verstanden worden sei. Aber selbst angenommen, der Kapitan habe, wie der Reklamant es auslege, weiter nichts sagen wollen, als daß die Cornhill Steamship Company der Absender sei, so sei für die Annahme, daß die Kohle in iemandes anderen Eigentum als des Absenders stehe, ein stichhaltiger Beweis durch einen zu der Zeit errichteten Vertrag oder dergleichen nötig. Die Herstellung eines Konnossements genüge nicht, um daraus vermuten zu können, daß der Eigentümer iemand anders sei. Denn ein Konnossement diene einmal als Beweisinstrument dafür, daß der Kapitän das Ladungsgut erhalten habe. Sodann ziele aber sein Hauptzweck auf den Güterumsatz ab, indem es zum Ankauf und Verkauf derselben diene und die Rechtsverhältnisse zwischen Reeder und Empfänger festsetze. Was seine Fähigkeit zur Zirkulation angehe, so sei es eine Urkunde, die wie ein Wechsel auf Indossament hin oder durch Behändigung frei übertragen werden könne. Daher sei auch für einen Reeder, der auf seinem eigenen Schiff seine eigene Ware verschiffe und befördere, die Ausstellung eines Konnossements selbstverständlich erforderlich.

Was die als Beweisstäck A eingereichte Vollmacht angehe, so seis nach der hier in Frage stehenden Aufbringung ausgestellt und, wenn man ihren rechtlichen Bestand anerkennen müsse, so reiche sie doch nicht aus, um ohne weiteres das Eigentum der Firma Harry & Dixon an der zur Verhandlung stehenden Steinkohle zubeweisen.

 Es sei ganz klar, daß das Schiff eine Route, die einen beschwerlichen Umfang darstelle, genommen und von der Soyastraße aus Wladiwostok zu erreichen nur aus dem Grunde versucht habe, weil es befürchtet habe, daß es wegen seiner Konterbandeladung von der japanischen Marine aufgebracht werden würde und weil es dieser Aufbringung habe entgehen wollen.

Wenn das Schiff, obwohl Wladirostok schon zur Zeit der Abfahr von Cardiff als Bestimmungsort festgesetzt gewesen sie, den Behörden des Ausfahrtshafens und der Ausbaufshären gegenüber falsche Meldungen gemacht und sich so Auskahrterungen und Gesundheispaß für Bangkok und Shanghai beschafft habe, so habe dafür ein Bedürfnis mit Rücksicht kalmatt es geltend mache, nicht vorgeiegen. Nach dem Sachverhalt müsse vielmehr angenommen werden, daß die falschen Meldungen und die Frarikung lascher Papiere lediglich dar. Zweek gehabt Aüten, der Aufbringung zu entgehen. Wenn hinreichender Grund vorliege anzunehmen, daß die falschen Papiere ausgestellt worden seien, am den Kaptor zu täuschen, so werde keinerlei Nachsicht geübt, gleichviel ob sämtliche Papier oder nur ein Teil derselben gefälscht sein.

Es sei daher zutreffend, wenn das Urteil erister Instanz auf Grund dieser Tatsschen entschieden habe, daß das zur Verhandlung stehende Schiff dadurch, daß es, um der Kontrolle durch die japanische Marine zu entgehen, vorstätzlich einen Umwerg gemacht habe, sich des Konterbandetransports unter Anwendung betrügerischer Mittel schuldig gemacht habe.

Punkt 4 der Berufung laufe darauf hin, zu sagen, das Urteil erster nistanz, welches entschieden habe, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande sei, sei unzutreffend. Die Unhaltbarkeit dieser Behauptung sei indes bereits in Punkt 1 dargetan worden, so daß eine erneute Erwiderung nicht gemacht werde.

Aus diesen Gründen sei die Berufung in allen Punkten unbegründet und müsse abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil werde, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Władiwostok Rußlands wichtigster Kriegshefn ist. Seit dem Krieg mil Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensnittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverhehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkolten für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffstohle ist und die Preise für solche im OSten so außerordentlich hoch gestägen sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage däfür vorbanden und es somit

unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung im "Neptunus"-Fall auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandist, siehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. Das Oberprisengreicht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders im vorliegenden Fall, wo die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist, und obwohl erwiesenermaßen schon seit der Abfahrt von England Władiwostok das Reiseziel war, die Ausklarierungspapiere und andere Schiffspapiere einen falschen Bestimmungsort angeben und das Schiff demnach zu Befördrung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel gedient bat

Wenn man zudem die Aussage des Kapitäns, daß der Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Ladung und des Schiffs derselbe sei, sowie die Tatsache, daß weder in den Schiffspapieren noch auch sonst ein Anhalt dafür gegeben ist, daß ein von dem Reeder verschiedener Ladungseigentümer vorhanden ist, vergleicht, so muß man annehmen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff demselben Eigentümer gehört wie die Ladung.

Da schon nach dem in Punkt 1 und 2 Gesagten die Entscheidung auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffs und sciner Ladung unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt keine Notwendigkeit vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzeln einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.
(Unterschriften.)

Reklamant: Furness Withy & Co. Ltd., englische juristische Person, West-Hartlepool, England, County Durham, vertreten durch die Geschäftsführer S. W. Furness und R. W. Wiek. Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Kanagawaken, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Sylviana" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Der englische Dampfer "Sylviana" wird eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Sylviana" steht im Eigentum des Reklamanten, der Firma Furness Whithy & Co. Ltd., sein Heimatshafen ist Westhartlepool, er führt die englische Flagge und ist ein Handelsschiff, das ausschließlich zum Gütertransport dient. Er hat 6534 Tons Cambrische Kohle in Barry, England, geladen, um sie nach Wladiwostok in Rußland einzuführen. Die genannte Firma ist selbst Absender. Der Dampfer fuhr am 14. Dezember 1904 mit einem Konnossement, nach welchem der Empfänger sich nach Order richten sollte, von Barry ab und gelangte über Sabang am 4. Februar 1905 in Hongkong an. Dort erhielt er auf Grund seiner Angabe, er gehe nach Shanghai, entsprechende Ausklarierung, obwohl er vorhatte, direkt nach Wladiwostok zu fahren. Am 11. desselben Monats fuhr er von Hongkong ab, trug in seinem Privatschiffsjournal fälschlicherweise Shanghai als Reiseziel ein, änderte iedoch auf der Höhe von Shanghai plötzlich seinen Kurs und wurde auf der Fahrt nach Wladiwostok am 19. Februar 1905 in 33 ° 35 ' n. Br. und 128 ° 45 ' ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru", weil er Konterbande führte, aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewisen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Nikko Marz", Marineuntrelutnants Nikuta Hitoshi, die Vernehmungsprotokolle des Kapitins der "Sylvana", P. Glison, des ersten Offiziers John Edwards, des ersten Maschnisten E. S. Dixon und des zweiten Offiziers D. J. Davis, das Schiffszertflikat, das Tagebuch, das Privatschiffsjournal, das Konnossement und die Ausklarierungsbescheinigung des Hafenamts in Hongkong.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei keine Konterbande. Selbst wenn man sie aber als solche betrachte, so könne doch das Schiff nicht das Schicksal der Ladung teilen und eingezogen werden, weil dieselbe nicht im Eigentum des Reeders und Reklamanten stehe.

Da das Konnossement Wladiwostok klar als Bestimmungsort angebe, so könne darin, daß zufällig in Hongkong eine Ausklarierung für Shanghai genommen sei, und daß in dem Privatschiffsjournal der Bestimmungsort nicht angegeben sei, keine betrügerische Handlung erblickt werden. Daher müsse das zur Verhandlung stehende Schiff schleunig wieder freigegeben werden.

wieder freigegeben werden.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

De der Fierstellung des zum Verhandlung etwhenden Schiffe und

Da der Eigentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffs und der auf demselben verschifften Ladung dieselbe Person sei und das Schiff unter Verwendung falscher Schiffspapiere Konterbande befördert habe, so müsse es mit Recht eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Bestimmungen und die Praxis des Völkerrechts erkennen an, daß Schiffe, welche Konterbande führen, wenn der Eigentümer des Schiffs und der Konterbande derselbe ist und bei der Beförderung betrügerische Mittel angewandt worden sind, eingezogen werden müssen.

Die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs ist aber Cambrische Kohle, wie sie gegenwärig vorzüglich von Kriegsschiffen gebraucht wird, und ihr Bestimmungsort ist Władiwostok, der einzige Kriegshafen Rußlands im Osten und zurzeit der Hauptsfützpunkt seiner Marine. Daraus geht unzweifelhalt hervor, daß sie für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollte. Sie ist deshalb Konterbande. 1)

Aus dem Konnossement geht klar hervor, daß der Reeder der Absender der Ladung ist und daß der Empfänger durch Order bestimmt werden sollte. Der Kapitän hat ferner ausgesagt, daß die Ladung bis zur Zahlung der vollen Vertragssumme im Eigentum von With y & Co. stehe. Es ist daher zutreffend, wenn man annimmt, daß die Ladung und das Schiff im gleichen Eigentum stehen.

Der Vertreter der Reklamation zütert die Aussage des Kapitäns, daß die Ladung auf Bestellung von Gins burg nach Wladiwostok habe eingeführt werden sollen, und behauptet, daß dieselbe im Eigentum von Gins burg stehe und der Reeder lediglich Auftragerhalten habe, dieselbe zu transportieren. Die Aussage des Kapitäns besagt jedoch nur, daß die Ladung auf Bestellung habe eingeführt werden sollen, und da der Vertreter der Reklamation sonst kein: Beweise vorgebracht hat, so kann seine Behauptung nicht anerkannt werden.

Obwohl ferner der zur Verhandlung stehende Dampfer von Hongkong direkt nach Wladiwostok hat fahren wollen, hat er in Hongkong fälschlich Shanghai als Bestimmungsort angegeben und dementsprechend Ausklarierung erhalten. Auch hat er während der Reise im Privatschiffsjournal Shanghai als Reiszied eingetragen, hat dann aber auf der Höhe von Shanghai plötzlich seinen Kurs geändert und ist nach Wladiwostok gefahren. Er hat sich dennach zum Transport von Konterbande betrügerischer Mittel bedient.

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2,

Der Vertreter der Reklamation bringt hierzu vor, da das Konnossement Waldwostok offen als Reisziel bezeichne, so bedeute die Erwirkung einer Ausklarierung nach Shanghai nur eine Täuschung der eigernen Landesbehörden. Und wenn in dem Privatschiffsjournal Waldiwostok nicht als Bestimmungsort verzeichnet set, so sei der Grund der, daß dafür noch immer Zeit da gewesen sei. Auf keinen Fall könne aber angenommen werden, daß dies betrügerische Mittel seien, mit denen man der Aufbringung habe entgehen wollen. Aus dem Geständnis des Rapitäns geht aber klar hervor, daß die Eintragung von Shanghai als Bestimmungsort, bis er auf die Höhe von Shanghai gekommen, und späterhin die Unterlassung der Eintragung eines Bestimmungsorts geschehen seien, um bei der Visitierung durch die Kaiserliche Marine die Gelahr der Aufbrinung zu vermeiden.

Auch daraus, daß der Dampfer, obwohl er von Hongkong direkt nach Wladiwostok fahren wollte, absichtlich erst den Umweg bis in die See von Shanghai nahm, ergibt sich unzweielhalt, daß alle diese Maßnahmen getroffen worden sind, um auf diese beträgerische Art der Beschlagnahme zu entgehen. Wenn daher auch das Konnossement Wladiwostok als das Reiseziel angibt, so kann deshalb doch nicht behauptet werden, daß das Schiff nicht zum Transport von Konterbande unter Answendung betrügerischer Mittel verwandt worden sei.

Kurz die Behauptungen des Vertreters des Reklamanten sind alle unbegründet, und das zur Verhandlung stehende Schiff muß, weil es eine dem Reeder gehörige Ladung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel befördert hat, eingezogen werden. <sup>2</sup>)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 15. Mai 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

**Reklamant:** Furness Withy & Co., Ltd., West Hartlepool, England, County Durham, vertreten durch die Geschäftsführer S. W. Furness und R. W. Wyck.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 15. Mai 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Sylviana", welcher am

2) V. §§ 43, 44.

19. Februar 1905 auf 33° 35' n. Br. und 128° 25' õ. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Sylviana" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil haben S. W. Furneß und R. W. Wick in Verttetung des Reklamanten, der Firms Furneß With 19 & Co., der den Rechtsanwall Akiya ma Genzo ab Prozebvertretet die Berufung neignelget, welche im Beiscin der Staatsanwält er sut su ki Kertu und Dr. jur. 18 hiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Qenzo, und deren Begründung sind folgende:

Für seine Ansicht, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs Konterbande sei, führe das Gericht erster Instanz an, daß

> solche Ladungen zurzeit vorzugsweise zum Marinegebrauch geliefert würden und daß der Bestimmungsort, Wladiwostok, Rußlands einziger Kriegshafen im Osten sei.

Władiwostok sei aber zugleich Rußlands einziger Handelshafen in Osten, und es würde der Völkerrehtlichen Prasis entsprechen, wenn man nach dem Beispiel des "Neptunus"-Falls entscheide, daß die zur Verhandlung stehende Kohle zu friedlichem Gebrauch nach dem ge-nannten Hafen befördert worden und dahre keine Konterbande sei. Es sei daher unrechtmäßig, daß diese Präcedenz nicht angewandt und die Ladung für Konterbande angesehen worden sei.

Selbst wenn man die Ladung aber als Konterbande ansehe, so sei doch der Eigentütuer des zur Verhandlung stehenden Schiffs von dem Ladungseigentümer verschieden und habe nicht unter Anwendung beträgerischer Mittel Konterbande geladen. Daher könne das Schiff nicht der Strafe der Einziehung unterliegen.

Das Urteil erster Instanz behaupte, daß es zutreffend sei anzunehmen, daß die Ladung im Eigentum des Reeders stehe und für hier hierfür die Aussage des Kapitäns an, daß die Ladung bis zur Zahlung der vollen Vertragssumme im Eigentum des Reklamanten stehe. Das Vernehmungsprotokoll zeige indes, daß der Kapitän eine derartige Aussage nicht gemacht, Vielmerh das Gegenteil behauptet habe. Er hab nämlich ausgesagt, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs auf Bestellung von Glins bur ge reschifft worden sei. Daraus ergebe sieh, daß die Ladung G in s bur g geböre und in seinem Auftrag von dem Reklamanten verschifft worden sei.

Ferner sage das Urteil,

obwohl der zur Verhandlung stehende Dampfer für Wladiwostok bestimmt gewesen sei, habe er einerseits sich Ausklarierung für Shanghai verschafft und im Privatschiffsjournal Shanghai als Reiseziel eingetragen, anderseits aber auf der Höhe von Shanghai seinen Kurs geändert und auf Wladiwostok gehalten. Er habe demnach betrügerische Mittel verwandt.

Da aber in dem wichtigsten Schiffspapier, dem Konnossement, von Anfang an Władiwostok als Bestimmungsort eingetragen gewesen sei, so würde das Schiff doch dadurch, daß die anderen Schiffspapiere diesen Bestimmungsort nicht enthielten, die kriegführende Macht nicht haben täuschen und der Aufbringung nicht haben entgeben können.

Um annehmen zu können, daß Schiffspapiere oder Handlungen eines Kapitäns auf beträgerische Mittel zur Vermeidung der Aufbringung schießen ließen, genüge es nicht, daß nur eine der Wahrheit nicht entsprechende Eintragung oder eine Anderung des Kurses vorliege; vielmehr sei es auch erforderlich, daß die böse Absicht, die kriegfihrende Macht bei der Visitierung zu täusschen und der Aufbringung durch sie zu entgehen, vorliege; auch müßten die Mittel zur Täuschung gereinent sein.

Das Verhalten des Kapitäns des zur Verhandlung stehenden Schiffes und die Eintragung in dem Ausklarierungsschein, dem Tagebuch usw. seien indes nicht geeignet, um den Erfolg der Täuschung der kriegführenden Macht herbeizuführen und dieselbe in ihrem Recht zu verletzen. Denn selbst wenn die Absicht, die Reise nach Wladiwostok zu verheimlichen, vorgelegen hätte, so wäre dies schon aus dem Grunde nicht möglich gewesen, daß das Konnossement klar von Wladiwostok als Reiseziel von Schiff und Ladung spreche. Wenn daher der Kapitan auch in dem Tagebuch eingetragen habe, daß er nach Shanghai gehe, und ausgesagt habe, dies sei geschehen, um bei einer Visitierung durch japanische Kriegsschiffe der Gefahr der Aufbringung zu entgehen, so habe doch dieser Betrug niemals ausgeführt werden können. Daher sei den Aussagen des Kapitäns mit Bezug auf diese Sache kein Gewicht beizulegen. Kurz, daraus, daß in dem Tagebuch und der Ausklarierung Shanghai als Ziel verzeichnet worden sei, und aus den Aussagen des Kapitäns könne nicht gefolgert werden, daß bei dem zur Verhandlung stehenden Schiff betrügerisches Vorgehen vorgelegen habe.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs beantragt.

Die Hauptpunkte der Staatsanwälte bei dem Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Das in dem Schiffe vorhanden gewesene Konnossement laute auf Ordet und bezeichne den Reeder als Absender. Man müsse aber, wenn nicht besondere Umstände vorlägen, mit Recht vermuten, daß die in dem Konnossement als Absender bezeichnete Person der Eigentümer sich Der Kapitin habe außerdem, ausweißlich des Schlusses des Protokolls seiner zweiten Vernehmung, ausgesagt, die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei nach Wladiwostok bestimmt und sehe bis zur Zahlung des vollen Kaufpreises im Eigentum des Reders. Daraus ergebe sich ohne allen Zweifel, daß die Kohle im Eigentum des Reklamanten und Reseders stehe.

Der Reklamant mache geltend, daß in dem Konnossement Wladiwostoł als Bestimmungsort bezeichnet sei. Das Konnossement sei aber kein unentbehrliches Schiffspapier. In Fällen, wo nur eine Art von Ladung befördert oder nur dem Reeder gehörige Ladung verschifft werde, komme es vor, daß die Ausstellung eines Konnossements unterlassen werde. Dagegen sei das Privatschiffsjournal im vorliegenden Falle, wo ein Tagebuch nicht vorhanden sei, das für die Reise des Schiffes unentbehrlichste Papier, und kein Staat gestatte in seinen Gesetzen oder Gewohnheiten, daß in diesem Auslassungen gemacht würden. Vielmehr müßten die Eintragungen in demselben durchaus zuverlässig sein. Wenn daher darin betrügerische oder unwahre Angaben stünden, so könnten diese, ob sie nun absichtlich gemacht worden seien oder nicht, ein Vorhaben unterstützen, durch welches die im Kriege begriffenen Kriegsschiffe getäuscht würden und die Aufbringung durch dieselben widerrechtlich vermieden werde. Daher könne man, wenn auch das Konnossement die Wahrheit angebe, nicht sagen, daß betrügerische Handlungsweise nicht vorgelegen habe, um so weniger als der Kapitän nach dem Vernehmungsprotokoll klar ausgesagt habe, daß er sich Ausklarierung nach Shanghai habe geben lassen, sei geschehen, zur Unterstützung seines Vorhabens, der Aufbringung durch die japanische Kriegsflotte zu entgehen.

Die Ladung des zur Verhandlung sehenden Schiffes sei Cardifficholle, wie sie vorzugweise für Kriegsschiffe gellerett werde; ihr Bestimmungsort, Whadiwoolok, sei der Haupstützpunkt der feindlichen Hotte und seit dem Krig mit Japan hätten die gewönnlichen Handelsschiffe ihren Verkehr nach dort tast gänzlich eingestellt. Es sei bekannt, daf Wladiwootok ein Handelshafen nur dem Namen nach, tatskelhich aber seinen Verhällnissen nach ein reiner Kriegshafen sei. Es sei von dem in dem "Neptunus"-Fall in Betracht kommenden Amsterdam der damaligen Zeit so verschiechen, daß die beiden Häfen nicht auf eine Stufe gestellt werden könnten. Demanch könne jener Fall nicht als Präcedenz für den vorliegenden angewandt werden. Das Urteil der ersten Instanz sei ihm daher mit Recht nicht gefolgt, und die Berufung sei in diesem Punkte unhegründer.

Da, wie dargetan, das Urteil erster Instanz zutreffend und die Berufung unbegründet sei, müsse sie abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

740

1. Es ist bekannt, daß Wladirostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichet. Der gewöhnliche Handelsevrekehr nach dorthin hat fast gänzlich aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Orte bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsseihlfen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch gellefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend die "Neptunus", auch in diesem Falle angenommen werden, daß die in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nieht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders im vorliegenden Falle, wo die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist und, obwohl erwiesenermaßen schon bei der Abreise von Hongkong Wladiwostok das Reiseziel war, das Privatschiffsjournal und andere Schiffspapiere einen falschen Bestimmungsort angeben und das Schiff demnach zur Beförderung von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel gedient hat. Wenn man zudem die Aussagen des Kapitäns, daß der Eigentümer der in Frage stehenden Ladung und des Schiffes derselbe sei, sowie die Tatsache, daß weder aus den Schiffspapieren noch sonst ein Anhalt dafür gegeben ist, daß ein von dem Reeder verschiedener Eigentümer vorhanden ist, vergleicht, so ist anzunehmen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff und die Ladung demselben Eigentümer gehören.

Da schon nach dem in Punkt 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt keine Notwendigkeit vor, auf die Berufungspunkte noch besonders einzeln einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905 im Oberprisengericht.

#### (Unterschriften.)

Reklamant: Furness With v & Co. Ltd., englische juristische Person, West Hartlepool, England, County Durham, vertreten durch P. Gibson, Kapitan des Dampfers "Sylviana", wohnhaft in Craigavad, Belfast Irland

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akivama Genzo, Kanagawaken Vokohama Vamashitacho Nr. 75

In der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers-"Sylviana", wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Die auf dem Dampfer "Sylviana" verladenen 6534 Tons Steinkohlen werden eingezogen.

### Tathestand und Gründe: Die zur Verhandlung stehenden 6534 Tons Cambrische Kohle sind

von dem Reklamanten, der Firma Furness Withy & Co. Ltd. in Barry, England, auf dem Dampfer "Sylviana" verschifft worden, um sie nach Władiwostok einzuführen. Die genannte Firma ist Absender. Die Ladung wurde mit einem auf Order lautenden Konnossement versandt.

Am 14. Dezember 1904 verließ die Ladung Barry und wurde auf der Reise nach Wladiwostok über Sabang und Hongkong am 19. Februar 1905 in 33 ° 35 'n, Br. und 128 ° 45 'ö, L. mit dem genannten Schiff von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Nikko Maru", Marineleutnants Nikuta Hitoshi, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Sylviana", P. Gibson, des ersten Offiziers John Edwards, des ersten Maschinisten E. S. Dixon und des zweiten Offiziers D. I. Davis, das Schiffszertifikat, das Tagebuch, das Privatschiffsjournal, das Konnossement und die Ausklarierungsbescheinigung des Hafenamts in Hongkong.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Da Wladiwostok die beiden Eigenschaften eines Handelshafens und eines Kriegshafens besitze, so könne man nicht sogleich unbedingt 718

entscheiden, daß Kohle, die dorthin befördert werde, für den Kriegsgebrauch zu liefern sei. Vielmehr gehe aus dem Urteil in dem "Nepnuus-"räll hervor, daß es billig sei, anzunehmen, daß die Ladung für friedlichen Gebrauch bestimmt sei. Daher sei die zur Verhandlung stehende Kohle keine Konterbande.

Selbst wenn man annehme, daß die zur Verhandlung stehende kohle, weil sie nach einem feindlichen Platz befördert zu werden im Begriff gewesen sei, feindlichen Charakter habe, so könne sie doch, weil unter neutraler Flagge fahrend, nach Artikel 2 der Pariser Seerechtsdekhrafton vom Jahre 1856 nicht beschlagnahmt werden.

Daher werde die Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung sei Kohle zum Marinegebrauch. Ihr Bestimmungsort sei der russische Kriegshafen Wladiwostok. Es sei daher klar, daß sie für den feindlichen Kriegsgebrauch zu liefernde Konterbande sei. Daher müsse sie eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn Grund für die Annahme vorliegt, daß Kohle, die nach einem feindlichen Hafen befördert wird, für den Armee- oder Marinegebrauch des Feindes geliefert werden soll, so erkennen die Bestimmungen und die Praxis des Völkerrechtes an, daß sie als Konterbande anzasehen und einzuziehen ist.

Der Bestimmungsort der zur Verhandlung stehenden Ladung, Wladiwostok, ist seinen Verhältnissen nach grundverschieden von dem in dem "Neptunus"-Fall vorkommenden Amsterdam. Es ist Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und dient zurzeit als Hauptstützpunkt für seine Flotte. Von gewöhnlichen Handelsschiffen ist dort zurzeit keine Spur mehr zu sehen.

Wenn die zur Verhandlung stehende Ladung, welche als Kohle, wie sie aussehließlich für den Marinegebrauch dient, bezeichnet werden muß, nach diesem Platz bestimmt ist, so ist es zutreffend anzunehmen, daß dieselbe ausschließlich zum Kriegegebrauch geliefert werden sollte. Daher ist die Ladung Konterbande. 1)

Da somit die Behauptungen des Vertreters der Reklamation unbegründet sind, so ist die Ladung mit Recht einzuziehen. 2)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 15. Mai 1905 im Prisengericht zu Sasebo, im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

#### (Unterschriften.)

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. - 2) V. § 43.

Reklamant: Furneß Withy & Co. Ltd., England, County Durham, West Hartlepool, vertreten durch den Kapitän der "Sylviana", P. Gibson, England, Belfast, Craigavad.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 15. Mai hat das Prisengericht zu Saebo in der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers, "Sylviana", wechers am 19. Februar 1905 aus 33° 35° n. Br. und 128°25° 6. L. von dem Kaiserlichen Kiegsschiff "Nikko Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in wechem auf Einziehung der auf dem Dampfer "Sylviana" verschifften 633′ Tons Steinkohlen erkannt vorden ist.

Gegen disess Urteil hat P. Gibs on als Vertreter des Reklamanten, der Firma Fur ness Withy & Co. Ltd., durch den Rechtsanwalt A kiya ma Genzo als Prozesvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuk i Keiroku und Dr. jur. I shiwatari Binichi beim Oberprisengricht geprüft worden is

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, und deren Begründung sind folgende:

Es sei freilich in neuerer Zeit äußerst bestritten, ob Kohle Konterbande sei. In der japanischen Seeprisenordnung 3) sei jedoch als Prinzip anerkannt, daß sie nur als Konterbande gelte, wenn sie erwiesenermaßen zum Kriegsgebrauch des Feindes habe geliefert werden sollen. Aber wenn man selbst annehme, daß dies Prinzip mit den Grundsätzen des Völkerrechts übereinstimme, so sei doch der Bestimmungshafen der zur Verhandlung stehenden Ladung, Wladiwostok, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Da an diesem Platz alle Arten von kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen betrieben würden und neutrale Firmen dort Niederlassungen hätten, so könne man aus der Tatsache, daß Kohle, welche nicht absolute Konterbande sei, dorthin transportiert werde, nicht ohne weiteres schließen, daß diese für den Gebrauch der Kriegsmacht bestimmt sei. Auch nach der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus"-Fall im Kriege zwischen England und Holland im Jahre 1798, sei es billig, daß die zur Verhandlung stehende Ladung, als zur Einfuhr nach dem Handelshafen Wladiwostok und zu friedlichem Gebrauch bestimmt, angesehen werde.

Bezägich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff weiche zwar das engigische Prinzip von dem kontinentalen in etwas ab, aber im großen und ganzen sei im Sinn doch derselbe. Nach der engischen Prasis wirden Güter, welche, weil für die feindlichen Kriegsschiffe oder Truppen bestimmt, als Kriegskonterbande anzusehen seien, unter Zahlung einer Vergütung eingezogen. Nach dem kontinentalen

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) V. § 14.

Prinzip sei, wie es die völkerrechtlichen Kongresse beschlossen hätten, für Güter, veche sowold Irfedichen als auch kriegerischen Zwecken dienen könnten, wenn sie auf der Reise nach einem feindlichen Hafen begriffen seien, bestimmt, daß dem kriegführenden Staat ihnen gegenüber, unter der Bedingung der Vergütung, das Beschlagnahmerecht und 
außerdem das Vorkaufsrecht zustehe. Während so die moderne Rechtspraxis mit Bezug auf relative Konterbande eine immer weitherziger 
werdende Tendenz zeige, sei nur Japan unbillig streng, indem es im 
Gegenstaz zu den erwähnten Rechtsprinzighen und Gewonhlehen Kohle, 
die sowohl friedlichen als kriegerischen Zwecken diene, wenn sie nach 
einem Platz, der Handels- und Kriegshafen sei, bestimmt wäre, bedingungslos einziehe. Besonders weil die japanische Prisenordnung sich 
auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, daß, wo 
es sich um neutrale relative Konterbande handele, eine billigere Haltung einvenommen würde.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung sei Gardiffkohle, wie sie vorzugsweise für Kriegsschiffe geliefert werde. Ihr Bestimmungsort, Wladiwostok, sei der Hauptstützpunkt der feindlichen Flotte und seit em Kriege mit Japan hätten die gewöhnlichen Handelschäffe ihren Verkehr nach dort fast ganz eingestellt. Es sei bekannt, daß Wladiwostok ein Handelshafen nur dem Namen nach, tatsächlich aber seinen Verhältnissen nach ein reiner Kriegshafen sei. Es sei von dem in dem "Neptunus"-Tall in Betracht kommenden Amsterdam in der damaligen Edit so verschieden, daß die beiden Häfen nicht auf eine Stutte gestellt werden könnten. Danach könne jeme Fall nicht als Präcedenz für den vorliegenden angewandt werden. Das Urtell erster Instanz sei ihm daher mit Recht nicht gefolgt und die Berufung sei in diesem Punkte unbegrändet.

Daß Kohle, welche für feindliches Gebiet bestimmt sei, wenn anzunehmen sei, daß sie für den feindlichen Kriegsgebraute gleifertt werden solle, als Konterhande angesehen und eingezogen werden müsse, sei nicht nur von der Völkerrechtsprasis anerkannt, sondern auch in der japanischen Seeprisenordnung klar ausgesprochen. Es sei daher zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz, wei se diese Tabsarbe angenommen habe, auf Einzichung der zur Verhandlung stehenden Ladung erkenne. Auch sei es als zutreffend zu bezeichnen, wenn das Prisengericht den Ausführungen des Reklamanten bezüglich Einziehung

(46)

unter Leistung einer Vergütung, bedingter Beschlagnahme und Vorkaufs nicht gefolgt sei, denn diese seien nur vereinzelte Staatenpraxis beziehungsweise Gelehrtenansichten, könnten aber nicht als Bestimmungen oder Praxis des geltenden Völkerrechts anerkannt werden.

Daher sei die Berufung auch in diesem Punkte unbegründet.

Da demnach das Urteil erster Instanz, wie ausgeführt, zutreffend und die Berufung unbegründet sei, müsse sie abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshefen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast gänzlich aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Orte bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Rekkmant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend die "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt geween seh. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist ilaher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt als Prinzip an, daß Konterbande schlechthin konfisziert werden kann. Wänsche bezüglich Vorkunfs, Einziehung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragliche Abmachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinnfalls können sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden. Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas versehen habe, wenn es diesem Ansuchen des Reklamanten nicht Folge leistete.

Demnach ist die Berufung in allen Punkten unbegründet.

722

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 26. August 1905. Im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Powderham Steamship Company, Ltd., England, Plymouth, Southside Street, vertreten durch Joseph Arthur Bellamy.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Powderham" wird, wie folgt, entschieden:

# Urteilsformel:

Der Dampfer "Powderham" wird eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Powderham" steht im Eigentum der Powderham Steamship Company Ltd. in Plymouth, England. Er führt die englische Flagge und ist ein Handelsschiff, das zum Gütertransport dient.

Der Kapitän Alfred B. Toms lud Anfang November 1904 auf Order des Prokurisen der Receter, Joseph A. Be Ilam yin Cardiff, England, 4000 Toms Steinkohlen und verließ diesen Hafen am 12. d. M. mit Bestimmung für Wladiwostok. Am 3. Januar traf er in Hongkong ein, fragte bei dem Reeder an, ob er nach Wlodiwostok fahren solle, und erhielt Order, dorthin zu fahren. Am 11. d. M. verließ er Hongkong, lief Shanghai au und wurde auf der Fahrt nach Wladiwostok am 19. Februar, 11.50 Uhr abends auf 34° 41' n. Br. und 129° 3' 6. L., weil er Konterbande führe, von dem Kaiserichen Kriegsschiff "Nikko Maru" aufgebracht. Ein Konnossement ist nicht ausgestellt worden.

Diese Tatsachen werden bewisen durch die Aussageschrift des Stellwertreters des Kommandanten der "Dikko Maru", Marineunterleutnants Murak am i Toru, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Powderham", Alfred B. Toms, des ersten Offiziers Ernest Howe und des Obermaschinisten David Milne, durch das Schiftszertfikat, das Privatschiftsjournal und ein Telegramm von Joseph Bellamy an den Kapität

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei Eigentum des Relimanten und sei im November 1904 nu die Firma Py na n Wat son Ltd. in London zum Kohlentransport von Cardiff, England, nach Hongkon, Shanghai und Kulustehou vercharert worden. Der Charterer habe indedie Kohle von Hongkong aus nach dem in dem Chartervertrag nicht genannten Waldewssok bevordert.

Die Ladung sei keine absolute Konterbande und, wenn man auch annehmen weile, daß der Reeder um die Bestimmung derselben nach Wladivosoks gewülft habe, so habe er doch an dem Transport von Konterbande keinen Anteil und könne nicht daffte bestraft werden, der weniger daher noch, wo er von der Reise des Schiffes nach einem Anteil und dem Chartervatra nicht wenannen Platz keine Kenntiss sehalt bie dem Chartervatra nicht wenannen Platz keine Kenntiss sehalt bie dem Chartervatra nicht wenannen Platz keine Kenntiss sehalt bie dem Chartervatra nicht wenannen Platz keine Kenntiss sehalt bie dem Schieder und dem Schieder

Selbst wenn die Ladung als Konterbande angesehen werde, so stehe sie doch nicht im Eigentum des Reklamanten und daher könne das Schiff nicht zusammen mit der Ladung eingezogen werden.

Es werde daher Freigabe desselben beantragt,

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladene Steinkohle sei nach dem russischen Kriegshafen Wladiwostok bestimmt und sei, da es somit offenbar sei, daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen, Konterbande.

Da ferner angenommen werden könne, daß die Kohle im Eigentum des Reeders stehe, so sei das zur Verhandlung stehende Schiff einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Bestimmungen und die Praxis des Völkerrechts stehen auf dem Standpunkt, daß ein Schiff, welches Konterbande führt, im Falle daß sein Eigentümer und Eigentümer der Konterbande dieselbe Person ist, einzezogen werden muß. <sup>13</sup>

Die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs besteht aus Cardiffkohle, wie is zurzeit vorzugsveise auf den Kriegsschiffen verwandt wird. Ihr Bestimmungsort ist Wladirovotok, der Haupstättzpunkt der russischen Flotte. Dansch sit es unzweiselichst, daß die Kohle für den iefindlichen Kriegsgebrauch zu liefern war und daher Konterbande sit. 9 Wenn man weiter überlegt, daß ein Chartevertrag und Konnossment auf dem Schiff nicht vorhanden wur, daß der Kapilän die Kohle auf Anordnung der Reederei in Cardiff geladen hat, und von Hongkong nach Empfang einer Order des Reeders nach Wladirovstok appereist ist, sowie daß der Reeder den Kohlenhandel nicht zum Gewerbe hat, so kann nicht bezweitelt werden, daß die Kohle im Eigentum des Reeders steht.

Der Vertreter der Reklamation macht freilich geltend, daß das zur Verhandlung stehende Schiff von der Firma Pyman, Watson & Co.

1) V. § 43.2. - 2) II. Ziffer 2.

gechartert worden sei und daß die Kohle diesem Charterer gehöre. Da er aber für diese Behauptung keinerlei Beweis erbracht hat, so kann sie nicht anerkannt werden.

Zwar führt der Vertreter der Reklamation aus: das Vernehmungsprotokoll des Kapilitan besage freilich, daß dersible dem mit dem Falle beauftragten Rat gegenüber ausgesagt habe, er habe die Kohle auf Anordnung des Prokuristen, der die Reederei in Cardiff vertrette, geladen. Dies sei aber eine falsche Übersetzung durch den Dolmetscher. Der Kapitän habe bei der Vernehmung ausgesagt, daß er die Kohle im Auftrage des Charterers geladen habe. Da es aber so der Charterer gewesen sei, der die Kohle habe laden lassen, so sei der Reeder daran nicht im gerüngsten betriefigt.

Die Aussage des Kapitäns bei der Vernehmung ist aber sehr unbestimmt gewesen, so daß sie nicht als glaubwürdig angesehen werden und der Aussage des Vertreters der Reklamation nicht beigepflichtet werden kann.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden,

Verkündet am 11. Juni 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

#### (Unterschriften.)

Reklamant: Die Powderham Steamship Company Ltd., Plymouth, South Side Street Nr. 23.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 11. Juni 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisenseche, berteffend den englischen Dampfer "Powerbam", welchen 19. Februar 1905 auf 34º 41° n. Br. und 120° 3° 6. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru" aufgebracht worden ist, eil urtleg fällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Powderham" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, die Powderham Steamship Company Ltd., durch den, Rechtsanwalt A kiya ma Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Is hiwatari Binichi beim Oberprisengreicht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende: Das von dem Prisengericht in Sasebo am 11. Juni 1905 erlassene Urteil auf Einziehung des Dampfers "Powderham" sei unzutreffend, es werde Aufhebung desselben und Freigabe des Dampfers "Powderham" beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Der Eigentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei verschen von dem der Ladung und er habe sich keiner betrügerischen Handlung schuldig gemacht. Das Gericht erster Instanz habe indessen unzutreffenderweise entschieden, daß das Schiff und die Ladung im selben Eigentum stätinden und daß die Ladung unter Anwendung betrügerischer Mittel verschifft und befördert worden sei.
- 2. Die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs stehe nicht im Eigentum des Reeders und Reklamanten, sondern im Eigentum von Pyman Watson Ltd. Dies lasse sich aus der Aussage des Kapitäns entnehmen, in welcher es heiße:

er wisse nicht, wer der Eigentümer der Ladung sei. . . . der glaube, daß die Kohle des zur Verhandlung stehenden Schiffs nicht dem Reeder gehöre, wisse aber nicht, an wen sie verkauft sei. Er selber glaube, daß sie der Firma Pyman Watson gehöre.

Das Gericht erster Instanz schließe indes daraus, daß der Kapitän die Kohle auf Anordnung des den Reeder in Cardiff vertreetende Prokuristen verladen habe; daß dieselbe von Hongkong auf Order des Reeders nach Wladirevstok abgegangen sei; daß auf dem Schliff kein Chartervertrag und kein Konnossement vorhanden gewesen sei; und dah der Reeder als Gewerbe den Kohlenhandel betreibe, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schliffes im Eigentum des Reeders stehe. Dies sei eine Entscheidung, die sich auf falscher Auffassung der Tatsachen gründe.

Der Kapitän habe im Gerichtshof der ersten Instanz das Protokoll ber seine Vernehmung dahin verbessert, daß der Passus, daß die Ladung im Auftrage des den Reeder vertreienden Prokuristen verhaden worden sei, auf einem Irrtum des Dohmetschers beruhe und daß er ganz klar gesagt habe, daß die Kohle im Auftrage des Charterers geleden worden sei. Das Gericht erster Instanz sage dazu, daß diese Aussage nicht klar und galuberfürgt sei und daher nicht anerkannt werden könne. Aber selbst einmal angenommen, daß der Kapitän wirklich so ausgesagt habe, wie es in dem Protokoll stehe, so berechtige das noch keineswegs zu der Annahme, daß der Reeder der Eigentümer der Kohle sei. Denn auch wenn der Reeder den Kohlentransport für Pyman Watson übernommen habe, würde es für den Reeder das ganz gewöhnliche Verfahren sein, wenn er dem Kapitän Order gebe, die Kohle in seinem Schiffe zu verladen.

Wenn ferner der Reeder dem Kapitän in Hongkong Order gegeben habe, nach Wladiwostok weiterzufahren, so sei das nur eine Ausübung seines Reeths, dem Kapitän Befehle zu erteilen, und könne nicht als Unterlage für die Entscheidung dienen, daß die Ladung im Eigentum des Reeders stehe.

Was die Tatsache angehe, daß kein Chartervertrag und kein Konnossement auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff vorhanden gewesen sei, so sei der Grund dafür der, daß der Kapitän, welcher alle diese Papiere bis zur Ankunft in Hongkong mitgehabt habe, dieselben, als er die Order bekommen habe, nach Wladiwostok zu gehen, alle weggeworfen habe, da er der Ansicht gewesen sei, daß ein Bedürfnis für diese auf Hongkong ausgestellten Papiere nicht mehr vorliege. Wenn man dieses Vorgehen vielleicht auch nicht als geringfügig ansehen werde, so könne man doch nicht annehmen, daß es vorsätzlich mit Rücksicht auf eine Aufbringung geschehen sei, um durch Zerstörung oder Verheimlichung der Papiere Beweismaterial zu vernichten. Denn ob das Schiff, welches nach Wladiwostok gegangen sei, die auf Hongkong als Bestimmungsort lautenden Papiere an Bord geführt, oder ob es keins von ihnen bei sich gehabt hätte, jeder von diesen Fällen würde in gleicher Weise ein Verdachtsgrund für die Beschlagnahme geworden sein. Wenn die Papiere daher auch weggeworfen worden seien, so habe das Schiff doch dadurch nicht der Aufbringung entgehen können, so daß ein derartiger Vorsatz ihrer Vernichtung nicht zugrunde gelegen habe.

Wenn des weiteren von dem Gericht erster Instanz vorgebracht werde, daß der Redert den Kohlenhandel als Gewerbe betreibe, und daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs Ware sei, wie er sie verkaufe, so betreibe er doch eigentlich ein Seetransportgeschäft und es sei sein Gewerbe, Gütertransporte für andere zu übernehmen. Wenn er daneben auch gelegentlich Kohlengeschäfte mache, so sei doch die Entscheidung, welche darzufthin die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs als im Eigentum des Reeders stehend betrachte, mit dem Sachverhalt im Widerspruch.

3. Das Gericht erster Instanz behaupte.

die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs<sup>4</sup>) sei Cardiff-Kohle, wie sie zurzeit vorzugsweise auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme. Ihr Bestimmungsort, Wladiwostok, sei Rußlands Haupfflottenstützpunkt. Weil es daher außer Zweifel stehe, daß die Kohle für den feindlichen Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen, sei sie Konterhande.

Da aber Wladiwostok Rußlands einziger Handelshafen im Osten sei,

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup>) Diese Stelle ist falschlich zitlert aus dem Urteil über die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs. (VI. 40b.)

so sei es unzutreffend, wenn Kohle dorthin befördert werde, ledigidin daraufhin, daß es Kriegshafen sei, zu entscheiden, daß sie Kriegsbedarf sei. Es sei bekannt, daß in unserer Zeit Cardiff-Kohle nicht ausschließlich für die Marine zur Verwendung komme, vielmehr ganz allgemein im Industriebetrieb und auch zu sonstigem Gebrauch verwandt werde.

Daher müsse besonders in einem Falle, wo eine solche zu friedlichem und kriegerischem Gebrauch verwendbare Ladung Köhle nach
einem Hafen versandt werde, der wie Wladiwostok die Eigenschaft eines
Handekshafens und eines Kriegshafens in sich vereinige, angenommen
werden, daß es der Praxis des Völkerrechts entspreche, wenn man das
in anderen Fallen schon häufig angezogene Urteil des "Neptunus"-Falles
aus dem Jahre 1708 zugrunde lege und annehme, daß die Ladung des
zur Verhandlung stehenden Schiffes nach dem Handelshafen Wladiwostok habe befördert und zu friedlichem Gebrauch geliefert werden
sollen

Kurz, das zur Verhandlung stehende Schiff habe keine Konterbande geladen und könne, da die Ladung überdies nicht dem Reeder gehöre, nicht eingezogen werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

1. Wenn man die Aussage des Kapitäns bei seiner Vernehmung durch den mit dem Fall beauftragten Rat des Prisengerichts erster Instanz und die Tatsache, daß der Reeder Kohlenhandel betreibe, zusammenhalte, so müsse man zu dem Schluß kommen, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs dem Reeder gehöre.

Der Reklamant habe freilich bei der mündlichen Verhandlung über diesen Punkt ausgesagt, das zur Verhandlung stehende Schiff sei von Pyman nW at son Ltd, gechartert und die Kohle gehöre dem Chartere. Da aber an Bord des Schiffes ein Chartervertrag und ein Konnossement nicht vorhanden gewesen seien und auch sonst keinerfel Beweis zur Bekräftigung der Behauptung des Reklamanten vorliege, so sei es zureftend, wenn das Gericht ertsetr Instarzu Giesen Behauptungen keine Anerkennung geschenkt und angenommen habe, daß Schiff und Ladung demselben Eigentümer gebörten.

2. Das Gericht erster Instanz habe in dieser Sache nicht die Anahme gestellt, daß die Ladung unter Anwendung von betrüggerischen Mitteln verladen und versandt worden sei. Dies sei ein g\u00e4nzliches M\u00e4\u00e4berrauf hier vers\u00e4ndheid des Reklamanten. Daher sei eine Erwiderung hierauf nicht erforderlich.

Aus diesen Gründen werde Verwerfung der Berufung beantragt. Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet: 1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichügster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt f\u00e4rs eine Kriegsfoltte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gew\u00f6hnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgeh\u00f6rt. Es ist daher durchaus begr\u00e4ndet diesem Hafen bestimmten Steinkohlen f\u00e4r den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgew\u00e4hlte Cardiff-Kohle ist und die Preise für solche im Osten so au\u00e4srordentlich hoch sind, daß au\u00e4er f\u00e4r die roben auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage daf\u00e4ir vorhanden und es somit unzweifel-haft ist, daß die Kohle f\u00fcr den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die hier in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe wie das zur Verhandlnug stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist eingezogen werden können. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird, besonders im vorliegenden Falle, wo die ganze Ladung des Schiffes Konterbande ist.

Da schon nach dem in den Punkten 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des Schiffes unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt keine Notwendigkeit vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen. Am 5. September 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Pyman, Watson & Co. Ltd., England, Wales, Cardiff, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Powderham", Alfred B. Toms aus Liverpool, Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Akiyama Genzo und Nishi Noshun, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Powderham" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die Reklamation wird abgewiesen.

Die auf dem Dampfer "Powderham" verschifften 4000 Tons Steinkohlen werden eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung von 4000 Tons Cardiffkohle ist in Cardiff auf dem Dampfer "Powerham" verschifft worden und am 12. November 1904 von dort nach Wladiwostok abgesandt worden. Am 19. Februar 1905, abends 11 Uhr 50 Minuten wurde sie auf der See in 34° 41° n. Br. und 129° 3° 6.1., als die "Powderham", weil sie Konterbande führe, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru" aufgebracht wurde, mit dieser zusammen beschlagnamen

Disse Tatsachen werden bewisen durch die Aussageschrift des Stellwertretes des Kommandanten der "Nikko Maru", Marineunterleutnants Murakami Toru, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Powderham", Alfred B. Toms, des ersten Offiziers Ernest Howe, des Obermaschinisten David Milne, durch das Schiffszertiffkat, das Privatschiffsjournal und ein Telegramm von Joseph A. Bellam van den Kapitän.

Die Hauptpunkte der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe im November 1904 den Dampfer "Powderham" gechartert und die zur Verhandlung stehende, ihm gehörige Ladung darauf verschiftt. Am 12. d. M. sei dieselbe von Cardiff in England abgesandt worden, um nach Wladiwostok in Rußland befördert zu werden.

Kohle sei ihrer Art nach keine natürliche Konterbande, und lediglich daraus, daß sie nach einem Hafen einer kriegführenden Macht bestimmt sei, könne nicht abgeleitet werden, daß sie zum Kriegsgebrauch
dienen solle. Da Wladiwostok die doppelte Eigenschaft eines Handelsund eines Kriegshafens habe, so könne nicht ohne weiteres angenommen
werden, daß die dorthin bestimmte Kohle zum Kriegsgebrauch verwandt
werden solle. Veilenhert use die Entscheidung des "Neptunus"-Falls dar,
daß es billig sei, anzunehmen, daß sie zu friedlichem Zweck habe geliefert werden sollen.

Daher werde Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

730

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehende Kohle sei nach Wladiwostok, dem Hauptflottenstützpunkt Rußlands, bestimmt gewesen. Sie sei daher, weil es offenhar sei, daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch habe dienen sollen. Konterbande. Deshalb sei sie einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der Vertreter der Reklamation behauptet, daß der Reklamant der Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Ladung sei und die "Powderham" gechartert habe. Da er aber dafür keinerlei Beweis erbracht hat, so kann diese Behauptung nicht anerkannt werden. Dagegen ist kein Chartervertrag und kein Konnossement auf dem Schiff vorhanden gewesen; in Cardiff hat der Kapitan die zur Verhandlung stehende Ladung auf Anordnung des den Reeder in Cardiff vertretenden Prokuristen verladen; dieselbe ist auch von Hongkong auf Order desselben nach Wladiwostok abgegangen; und endlich betreibt der Reeder als Gewerbe den Kohlenhandel. Wenn man aber dies erwägt, so scheint es gerechtfertigt, anzunehmen, daß die zur Verhandlung stehende Kohle im Eigentum des Reeders steht.

Demnach ist das rechtliche Interesse des Reklamanten an der zur Verhandlung stehenden Ladung als nicht erwiesen zu erachten, und die Reklamation ist abzuweisen. 1)

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist Cardiffkohle, wie sie zurzeit vorzugsweise auf Kriegsschiffen zur Verwendung kommt. Ihr Bestimmungsort ist Wladiwostok, Rußlands Hauptflottenstützpunkt. Von gewöhnlichen Handelsschiffen ist dort zurzeit fast nichts mehr zu sehen, so daß man annehmen kann, daß die zur Verhandlung stehende Ladung nach Ankunft in Wladiwostok gänzlich zum Gebrauch bei der Marine gedient haben würde. Sie ist daher Konterbande 1) und muß nach den völkerrechtlichen Grundsätzen mit Recht eingezogen werden. 5)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 11. Juni 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

# (Unterschriften.)

Reklamant: Pyman Watson Ltd., England, Wales, Cardiff, vertreten durch Alfred B. Toms aus Livernool, England.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Akivama Genzo und N is h i K o s h u n, Regierungshezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

<sup>1;</sup> IV. § 16,2. - 1 II. Ziffer 2. - 7 V. § 43.

Am 11. Juni 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensche, betreffend die Ladung des englischen Dampfers, "Powederham", welcher am 19. Februar 1905 auf 34° 41′ n. Br. und 129° 3′ ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Abweisung der Reklamation und Einziehung der auf dem Dampfer "Powderham" verschifften 4000 Tons Steinkohlen erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Alfred B. Toms als Vertreter des Reklamaten, der Firma Pyman Watson Ltd., durch die Rechtsanwälte Akiyam a Genzo und Nishi Koshun als Prozeßwerteret die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung der Vertreter der Reklamation, Akiyama Genzo und Nishi Koshun, sind folgende:

Das von dem Prisengericht zu Saseho am 11. Juni 1905 gefällte Urteil auf Abweisung der Reklamation und Einziehung der auf dem Dampfer "Powderham" verschiftten 4000 Tons Steinkohlen sei unzutreffend. Es werde daher Aufhebung desselben und Freigabe der genannten Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen.

 Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nicht Eigentum des Reeders und auch keine Kriegskonterbande. Es sei unzutreffend, wenn das Gericht erster Instanz angenommen habe, daß sie dem Reeder gehöre und Konterbande sei.

 Das Gericht erster Instanz stelle die Tatsachen nebeneinander, daß

die zur Verhandlung stehende Ladung nicht im Eigentum des Reklamanten, sondern des Reeders stehe; daß kein Beweis für die Charterung der "Powedrham" vorhanden sei; daß ein Chartervertrag und ein Konnossement an Bord nicht vorhanden geween sein; daß der Kapifian auf Anordnung des den Reeder vertretenden Prokuristen die Ladung eingenommen und auch von Hongkong auf Order des Genannten nach Wladiwestok weiterbefürdert habe; schließlich, daß der Reeder Kohlenhandel betreibe

Auf Grund dieser Tatsachen entscheide es, daß der Reklamant an der zur Verhandlung stehenden Ladung kein rechtliches Interesse habe und daß daher die Reklamation abzuweisen sei.

Daß aber die zur Verhandlung stehende Ladung dem Reklamanten gehöre, gehe aus der Aussage des Kapitäns hervor, in der es heiße: die Kohlen gehörten nicht dem Reeder . . . . . nach seiner ldee gehörten dieselben der Firma Pyman Watson.

732

Daß ferner der Dampfer, auf dem die zur Verhandlung stehende Ladung verschifft sei, von Pyman Watson Ltd. gechartert worden sei, lasse sich daraus entnehmen, daß der Kapitän ausgesagt habe,

> in dem bis Hongkong mitgehabten Chartervertrag habe gestanden, daß Pyman Watson das Schiff von dem Reeder gechartert hätten.

Was die Tatsache angehe, daß dieser Chartervertrag und das Konnossement nicht an Bord vorhanden gewesen seien, so sei der Grund dafür der, daß der Kapitän, der diese Papiere bis zur Ankunft in Hongkong mitgehabt habe, dieselben, als er Order bekommen habe, nach Wladiwostok zu gehen, alle weggeworfen habe, da er der Ansicht gewesen sei, daß ein Bedürfnis für diese auf Hongkong als Bestimmungsort ausgestellten Papiere nicht mehr vorliege. Wenn man dieses Vorgehen auch vielleicht nicht als geringfügig ansehen werde, so könne man doch nicht annehmen, daß es vorsätzlich mit Rücksicht auf eine Aufbringung geschehen sei, um durch Zerstörung oder Verheimlichung der Papiere Beweismaterial zu vernichten. Denn ob das Schiff, welches nach Wladiwostok gegangen sei, die auf Hongkong als Bestimmungsort lautenden Papiere an Bord geführt oder ob es keins von ihnen bei sich gehabt hätte, jeder von tliesen Fällen würde in gleicher Weise ein Verdachtsgrund für die Beschlagnahme geworden sein. Wenn die Papiere daher auch weggeworfen worden seien, so habe das Schiff doch dadurch nicht der Aufbringung entgehen können, so daß ein derartiger Vorsatz ihrer Vernichtung nicht zugrunde gelegen habe.

Der Kapitân habe im Gerichtshof der ersten Instanz das Protokoll über seine Vernehmung dahin verbessert, daß er Passus, daß die Ladung im Auftrag des den Reeder vertreienden Prokuristen verladen worden est, auf einem Irtum des Dolmetschers berühe und daß er ganz klar gesagt habe, daß die Kohle im Auftrage des Chartverse geladen worden sel. Das Gericht erster Instanz sage dazu, daß dies Aussage nicht klar und glaubwürdig sei und daher nicht anerkannt werden könne. Aber selbst einmal angenommen, daß der Kapitân wirklich so ausgesagt habe, wie es in dem Protokolle stehe, so berechtige das noch keineswegs zu der Annahme, daß der Reeder der Kohle sei. Denn auch wenn der Reeder den Kohlentransport für Pyman Watson übernommen habe, würde es für den Reeder das ganz gewähnliche Verfahren sein, wenn er dem Kapitân Order gebe, die Kohle in seinem Schiff zu verbaden.

Wenn ferner der Reeder dem Kapitän in Hongkong Order gegeben habe, nach Wladiwostok weiterzufahren, so sei das nur eine Ausübung seines Reeths, dem Kapitän Befehle zu erteilen, und könne nicht als Unterlage für die Entscheidung dienen, daß die Ladung im Eigentum des Reeders stehe.

Wenn des weiteren von dem Gricht erster Instanz vorgebrach werde, daß der Reeder den Kohlenhandel als Gewerhe betreibe, und daß die zur Verhandlung stehende Ladung Ware sei, wie er sie verkaufe, so betreibe er doch eigentlich ein Sectransportgeschäft, und es sei sein Gewerbe, Glütertransporte für andere zu übernehmen. Wenn er daneben auch gelegentlich Kohlengeschäfte mache, so sei doch die Entscheidung, welche daraufhin die Ladung des Schiffes als im Eigentum des Reeders stehend betrachte, mit dem Sachverhalt im Wüderspruch.

3. Das Gericht erster Instanz behaupte,

die zur Verhandlung stehende Ladung sei Cardiffkohls, wie sie zurzeit vorzugsweise auf Kriegsseinffen zur Verwendung komme; ihr Bestimmungsort, Waldtwostds, sei Rußlands Hauptflottenstützpunkt. Weil es daher außer Zweifel stehe, daß die Kohle für den feindlichen Kriegsgebrauch habe geliefert werden sollen, sei sie Konterbande.

Da aber Władiwostok Rußlands einziger Handekhafen im Osten sei, so sei su natureffend, wenn Kohl dorhinh heförert werde, lediglich darauf-hin, daß es Kriegshafen sei, zu entscheiden, daß sei Kriegsbedarf sei. Se sei bekannt, daß in unserer Zeit Cardiffikhelhe nicht ausschließlich bei der Marine zur Verwendung komme, vielmehr ganz allgemein im Indistriebteirbe und auch zu sonstigem Gebrauch verzwendet werde. Daher müsse besonders in einem Falle, wo eine solche zu friedlichem und kriegerischem Gebrauch verwendbare Ladung Kohlen nach einem Hafen versandt werde, der wie Wladiwostok die Eigenschaften eines Handels- und eines Kriegshafens in sich wereinige, angenommen werden, daß es der Praxis des Völkerrechts entspreche, wenn man das in anderen Fällen schon häufig angezogene Urteil des "Neptunus"-Fälles zugrunde lege und annehme, daß die zur Verhandlung stehende. Ladung nach dem Handeshafen Władiwostok habe befördert und zu friedlichem Gebrauch geliefert werden sollen.

Kurz, die zur Verhandlung stehende Ladung gehöre dem Reklamanten und sei keine Kriegskonterbande. Er habe daher rechtliches Interesse an der genannten Ladung und sei befugt, eine Reklamation auf Freigabe derselben zu erheben. Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojíro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Die Ladung des Dampfers "Powderham" sei rauchlose Çardiffkohle, wie sie zurzeit vorzugsweise auf den Kriegsschiffen gebraucht werde. Ihr Bestimmungsort Wladiwostok habe freilich in Friedenszeiten neben seiner Eigenschaft als Kriegshafen auch die eines Handelshafens. Seit dem Krieg mit Japan sei dieser Platz aber der einzige Flottenstützpunkt des Feindes im Osten und es sei eine bekannte Tatsache, daß der Verkehr mit dem Handelshafen aufgehört habe. Es sei daher sicher, daß die genannte Kohle, wenn sie dorthin gelangt wäre, zum Gebrauch des feindlichen Geschwaders gedient haben würde. Deshalb sei es rechtmäßig, wenn das Gericht erster Instanz entschieden habe, daß die zur Verhandlung stehende Ladung als Konterbande anzussehen und einzuziehen sei.

Der Reklamant werfe dem Gericht erster Instanz vor, daß es angenommen habe, daß die Ladung dem Reeder gehöre. Da der Reklamptt aber nur mündlich und ohne Beweis behauptet habe, daß die Ladung ihm gehöre, so sei die Verwerfung dieser Behauptung und die sich auf die in dieser Sache vorgekommenen Beweise gründende Annahme, daß sie dem Reeder gehöre, rechtmäßig

Aus diesen Gründen sei die Berufung zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es sind dafür, daß der Reklamant an der zur Verhandlung stehenden Kohle ein rechtliches Interesse hat, keine Schiffspapiere und auch sonst keinerlei stichhaltige Beweise vorhanden. Wenn der Kapitän auch ausgesagt hat, daß er glaube, daß die Kohle der Firma Pyman Watson gehöre und ferner, daß in dem Chartervertrag, der bis Hongkong vorhanden gewesen sei, gestanden habe, daß der Reeder das Schiff an Pyman Watson verehartert habe, so ist das nur eine mindliche Aussage, der kein Glauben beigemessen werden kann. Es ist däher durchaus nicht unzutreffend, wenn das Gericht erster Instanz auf Grund anderer Beweise angenommen hat, daß der Reeder der Figentümer der zur Verhandlung stehenden Kohle sei, und die Ablehnung der Reklamation ist gerechtfertigt. Daher ist der erste Teil von Punkt 1 und Punkt 2 unbegründet.

Selbst wenn man einmal annimmt, der Reklamant habe rechlüches Interesse an der zur Verhandlung stehenden Kohle, so steht doch das Völkerrecht auf dem Standpunkt, daß ütter wie Kohle, Lebensmittel und dergleichen, im Falle, daß sie für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sind oder nach einem Platz in Feindesland gehen und angenommen werden muß, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen würden, als Kriegskonterbande anzusehen sind und eingezogen werden können.

Es ist nun aber unbestritten, daß die zur Verhandlung stehende Cardiffkohle nach Wladiwostok bestimmt gewesen und auf der Reise dorthin von dem Kaiserlichen Kriegsschiff, "Nikko Maru" beschlagnahmt worden ist. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen und sein Haupflöttenstützpunkt ist. Seit dem Krieg mit Japan hat es diesen Platz zum Hauptetappenort für seine Armæ und seine Marine gemacht. Es ist mit ganzer Kraft bestrebt, dort große Kriegvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr ist in diesem Hafen fast ganz zum Stillstand gekommen. Die zur Verhandlung stehende Kohle ist ausgewählte Cardiffkohle, und die Preise für solche sind im Osten so außerordentlich hoch, d\u00e4a dusfter giften Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage daf\u00fcr vorhanden ist. Wenn die Kohle daher einmal in Wladiwostok eingetroffen sein w\u00fcrde, ost on die unzweifelhalt, d\u00e4b sie für den Gebrauch des russischen Geschwaders geliefert worden w\u00e4re. Es ist daher mit Recht geschehen, d\u00e4d das Gericht erster Instanz die Kohle als Kriegskonterhande anwesehen hat.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung in dem "Neptunus"-Falle und die dev vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse des Bestimmungsorts sind ganz andere, sit daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewendet werden kann. Daher ist auch der letzte Teil des Punktes 1 und Punkt 3 der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 5. September 1905 im Oberprisengericht.

### (Unterschriften.)

In der Prisensache, betreffend den deutschen Dampfer "Severus", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des deutschen Dampfers "Severus" und seiner aus 3845 Tons Steinkohlen bestehenden Ladung erkannt.

# Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer steht im Eigentum von Claus Peter Andersen in Hamburg, Deutschland. Sein Heimatshafen ist Hamburg. Er ist ein Stahlschiff mit einem Raumgehalt von 2133.42 Registertons und fährt unter deutscher Flagge.

Der Dampfer lud in Cardiff, England, 3845 Tons doppelt gesiebte Cardiffkohle, um diese nach Władiwostok in Rußland zu befördern. Die Absender waren Powell, Dufflin & Co., der Ladungseigentümer ist unbekannt. Im Konnossement ist der neutrale Hafen Manila als Reiseziel angegeben, der wirkliche Bestimmungshafen wurde verheimlicht, und der Dampfer erhielt einen Ausklarierungsschein mit der Angabe von Manila als Reiseziel. Am 24. November 1904 brach er von Cardiff auf und lief unterwegs die Häfen Algier, Port Said, Sabang und Labuan an, Nach der Abfahrt von Labuan am 31, Januar 1905 führ der Dampfer, ohne Manila und andere Häfen anzulaufen, durch die Philippinen in den Stillen Ozean und versuchte, sich möglichst weit vom Hokkaido entfernt haltend, Wladiwostok zu erreichen. Zu diesem Zweck wollte der Dampfer nach dem Passieren der Etorup-Straße und der Sova-Straße zunächst in der Olga-Bucht einen Lotsen annehmen und dann nach Wladiwostok gelangen. Am 23. Februar 1905, nachmittags um 1 Uhr wurde der Dampfer, nachdem er die Etorup-Straße bereits passiert und die offene See bei dem Shibetoro-Vorgebirge erreicht hatte, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Hongkong Maru" nach seinem Reiseziel gefragt. Da er darauf antwortete, daß er mit Steinkohlen nach der Olga-Bucht fahre, wurde er im Ende von dem genannten Kriegsschiff aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussigeschrift des Leutnants zur See, Ni sin ich it Vui, und des Kapiläns des "Severus", Wilhelm Berndt, durch das Konnossement, drei Ausklarierungsscheine, das Schiffszertfiktat, zwei Schiffsjournale, die Kladde des Schiffsjournals und die Abschrift des Vernehmungsprotokolis des Kapitäns von dem Dampfer "Romulus", namens Grevenitz, in Sachen der Aufbrineum des letztenannten Damofers.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Dis Gerent is rügender Ansient:

Es ist bekannt, daß Wladivessok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist; seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung diesen Platz zu einem Hauptetappenort gemacht; ihre ganze Kraft ist dorthin gewandt und eis ist bestreht, dort große Kriegsvorräte anzuhalden; der gewöhnliche Handelsverkehr in Wladiwostok hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohlen und dergleichen Glüter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befordert werden, so muß, mangek haren Gegenbeweises, angenomen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezöglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus ausgewählter Cardiffkohle besteht, wie sie im Osten ausschließlich zum Gebrauch auf Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Kriegskonterbande aruzsischen.)

Wenn der Dampfer ferner, obwohl er schon von Anfang an vor der Abfahrt von Cardiff für Wladiwostok bestimmt war, in den Kon-

Maratrand-Mechlenburg, Das japanischa Prisenrecht.

(47)

<sup>1)</sup> Il, Ziffer 2,

nossementen und dem Ausklarierungsschein den neutralen Hafen Manila als Reiseziel bezeichnete und auch noch bei der Abfahrt von Labuan unter der falschen Angabe, nach Manila gehen zu wollen, einen Ausklarierungsschein erhielt und wenn er endlich nach der Abfahrt von Labuan in einem weiten Bogen Wladiwostok durch die Soya-Straße zu erreichen trachtete, so ist dies alles auf die betrügerische Absicht zurückzuführen, durch eine vorsätzliche Verschleierung seines Bestimmungsorts der Aufbringung zu entgehen, und nicht etwa auf ein entschuldbares Versehen oder auf die Absicht, eine für die Fahrt bequemere Route zu nehmen. Wenn nun auch der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgesagt hat, die in dem Ausklarierungsschein enthaltene Angabe von Manila als Bestimmungsort sei nicht richtig, vielmehr sei das wirkliche Reiseziel, wie in dem Schiffsjournal angegeben, die Olga-Bucht, so entspricht auch dieses nicht den Tatsachen. Schiff und Ladung waren vielmehr nach Wladiwostok bestimmt. Das ergibt sich aus folgendem: in dem Tagebuch des Dampfers ist bei der Abfahrt von Labuan am 31. Januar 1905 folgendes eingetragen worden, "Da der Dampfer "Romulus" nach dem gleichen Hafen wie dieser Dampfer fahren soll, so habe ich den Kohlenzieher Brandt, welcher in Labuan verhaftet worden war, dem "Romulus" überlassen, um ihn nachzubringen." Ferner enthält die Abschrift des Protokolls über das Verhör des Kapitäns Grevenitz vom deutschen Dampfer "Romulus", welcher demselben Reeder gehört wie der "Severus" und von dem gleichen Platz mit gleicher Ladung abgefahren ist, folgende Aussagen des genannten Kapitäns: "Ich habe von Labuan einen Mann der Besatzung des "Severus" auf dem "Romulus" mitgenommen"; "als Reiseziel des "Romulus": war Hongkong angegeben; in Wirklichkeit aber sollte der Dampfer die Olga-Bucht anlaufen und von dort unter Führung eines Lotsen nach Wladiwostok gehen"; "obwohl ich in das Tagebuch als Bestimmungsort die Olga-Bucht hätte eintragen müssen, habe ich es nicht getan und zwar, weil ich das Reiseziel der Mannschaft verheimlichen zu müssen glaubte." Vergleicht man vorstehende Punkte miteinander, so ergibt sich, wie oben gesagt, daß der Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Schiffes und seiner Ladung ohne allen Zweifel Wladiwostok in Rußland war. Kurz, der Dampfer "Severus" hat auf betrügerische Weise Kriegskonterbande befördert. Schiffe aber. welche solche betrügerischen Mittel anwenden, sind nach völkerrechtlicher Theorie und Praxis samt ihrer Ladung, soweit sie aus Kriegskonterbande besteht, einzuziehen, 2)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup>) V. §§ 43, 44.

Gegeben am 28. April 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, nach Anhörung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka.

#### (Unterschriften.)

In der Prisensache, betreffend den deutschen Dampfer "Romulus", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des deutschen Dampfers "Romulus" sowie seiner aus etwa 3400 Tons Cardiffkohlen bestehenden Ladung entschieden.

## Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Romulus" steat im Eigentum von C. Andersen in Hamburg, Deutschland, sein Heimatshafen ist Hamburg und er ist ein Handelsschiff, welches die deutsche Flagge führt. Er lud in Cardiff, England, eine dem Reeder gehörige Ladung von etwa 3500 Tons dreimal gesiebter Cardiffkohle. Absender waren Cory Brothers, der Empfänger sollte sich nach Order bestimmen, Im Konnossement und dem Ladungsverzeichnis ist Hongkong als Bestimmungsort angegeben, und der Ausklarierungsschein lautet auch auf Hongkong, Am 11. Dezember 1904 verließ der Dampfer Cardiff und lief unterwegs die Häfen Algier, Port Said, Sabang und Labuan an. Von dort fuhr er am 1. Februar dieses Jahres nach Wladiwostok ab, wobei er vorsätzlich einen Umweg durch die Philippinen in den Stillen Ozean hinaus nahm. Am 21. Februar fuhr er durch die Etorup-Straße in den Sovakanal, worauf er jedoch in Treibeis geriet und Schaden an seinem Schiffskörper nahm. Wegen Widerstands der Mannschaft änderte er den vorbestimmten Kurs und fuhr am 23, d. M. wieder in die Straße von Etorup zurück. Auf der Fahrt mußte er, zur Sicherheit des Schiffes, ungefähr 100 Tons Kohlen werfen. Als er dann von der Tsugarustraße nach Wladiwostok weiterfuhr, wurde er am 26. Februar 1905 bei Tagesanbruch von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Iwate" gesichtet und bei dem Shiokubi-Vorgebirge aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussegeschrift des Vertreters des Kommandanten der "Naut", Kapilanleutnants U ei hie R iki e hi, durch die Vernehmungsprotokolle des Genannten, des Kapibran des "Romulus" und anderer Leute aus der Beastzung des Schiftsberichts, den Ausklarierungssehren von Cartifft, das Tagebuch, die Kladde dessehnen von Cartifft, das Tagebuch, die Rudde dessehnen von Cartifft, das Tagebuch, die Rudde dessehnen von Cartifft, das Tagebuch, die Rudde dessehnen von Cartifft, das Tagebuch, die state von Cartifft, das Versierungs von Versierung von Versierun

739

die Abschrift eines Telegramms der Firma Dreyer & Co. an den Kapitän des "Romulus".

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wiehtigster Krigsghafen in Osten und zurzeit der Hupptstürpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kikge mit Japan hat die russische Regierung diesen Platz zu einem Hupptetappenort gemacht, und sie ist mit allen Kräften bemüht, dort große Krigsgorfde anzuhäulen. Der gewöhnliche Handel hat fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohle oder dergleichen Güter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befördert werden, so muß, mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß diesebben für den Krigsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezüglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus ausgewählter Cardifikohle besteht, wie sie im Osten ausschließlich zum Gebrauch auf Kriegsschiften dietn, incht bezweifelt werden, daß sie wirklich für den Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Konterbande anzusehen. 3)

Der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffs hat freilich dem mit dem Fall beauftragten Prisenrat gegenüber ausgesagt, daß er zur Zeit der Abreise von Cardiff davon, daß er nach Wladiwostok gehen solle, nichts gewußt habe und erst, als er Labuan angelaufen habe, von dem Reeder Order für Wladiwostok erhalten habe. Er wisse nicht, ob der Reeder schon von Anfang an die Absicht gehabt habe, das Schiff nach Wladiwostok gehen zu lassen oder nicht. Bei seiner Vernehmung über die Heuerzulage der Mannschaft hat er dagegen geantwortet, daß er mit dem Reeder schon im voraus abgemacht gehabt habe, daß er, wenn die Mannschaft die Bestimmung des Schiffes nach Wladiwostok erraten solle, ihr entsprechende Zulagen solle gewähren können. Als er bei der Visitierung von dem Offizier, der die Beschlagnahme ausführte, über den Grund, weshalb Hongkong als Bestimmungsort des Schiffes angegeben sei, befragt wurde, gab er an, daß das Schiff von Wladiwostok aus nach Hongkong gehen solle. Die Aussagen des Kapitäns sind daher völlig widersprechend und, da kein Beweis vorhanden ist, daß der Reeder den Bestimmungsort des Schiffs während der Reise zugunsten von Wladiwostok geändert habe, so muß angenommen werden, daß das Schiff schon von Cardiff aus das Reiseziel Wladiwostok hatte. Es ist daher mit Recht zu schließen, daß die Eintragung von Hongkong als Bestimmungsort in den Schiffspapieren eine betrügerische Erklärung darstellt.

Aber auch angenommen, das Schiff habe bei der Herstellung der Schiffspapiere zur Zeit der Abreise von Hongkong keine böse Absicht gehabt, so ist doch auch nach der Abreise von Labuan, obwohl es da-

<sup>1)</sup> If. Ziffer 2.

mals klar war, daß das Schiff nach Wladiwostok gehe, in dem Schiffstagebuch am Tage der Abreise von dort noch immer Hongkong als Bestimmungsort verzeichnet worden, und vom folgenden Tage ab ist sowohl im Tagebuch als in der Kladde desselben überhaupt kein Bestimmungsort mehr angegeben worden. Bei der Weiterreise machte das Schiff dann einen vorsätzlichen Umweg und löschte, als es in die Nähe Japans kam, seine Lichter aus. Mit den Schiffspapieren ist eine Ausklarierungsbescheinigung von Labuan nicht übergeben worden. Alles dies ist nicht auf entschuldbares Versehen oder auf die Absieht, eine tür die Fahrt bequemere Route zu nehmen, zurückzuführen, sondern muß als einem betrügerischen Plan entsprungen betrachtet werden, der bezweckte, der Außringung zu entgelehen.

Der Kapitän hat ferner ausgesagt, daß er, weil durch den im Treibeis erlittenen Maschinenschaden die Fortsetzung der Reise nach Wladiwostok schwierig gewesen wäre, dieselbe aufgegeben und beabsichtigt gehabt habering gewesen vare, dieselbe aufgegeben und beabsichtigt gehabt haber auch Hakodate zu fahren, weil es notwendig gewesen zei, zwecks Reparatur des Schadens den nächsten Hafen anzulaufen. Wenn man aber die Vernehmungsprotokolle des ersten Offiziers, J. Nielson, und der übrigen Besatzung sowie des Marincoberingenieurs, Okubo Rilsur, über den Zustand des Schiffes während der Reise nach erlittenem Schaden in Betracht zieht, so kann man nicht schließen, daß der damals von dem Schiffe erlittene Schaden ein so erheblicher gewesen sei, daß es die Reise nach Wladivostok deshalb nicht hätte ausführen können.

Nach dem Vernehmungsprotokoll des Kapitäns und der Mannschaft zu schlißen, hat der Kapitän in der Nacht vom 25. Februar, also einige Stunden vor der Aufbringung des Schiffes, einen Heizer aus der Mannschaft gerufen und ihm gesagt; "Wenn ihr mit meinem Befehl, durch die Tsugarustraße nach Wladitvostok zu fahren, einverstanden seid, bekommt ihr eine Zulage von einer Monatsheuer. Andernfalls lasse ich euch, wenn wir nach Hakodate kommen, wegen Widersetzlichkeit gegen den Kapitän ins Gefängnis schaffen." Diese Mitteilung ließ der Kapitän der ganzen Mannschaft machen. Auch aus diesem Vorgang muß man entuchmen, daß der Kapitän noch, als das Schiff sich der Straße von Tsugaru näherte, die Absieht nach Wladitwostok zu gehen, nicht aufgegeben hatte, viel-mehr versucht hat, unter Bedrohung der Mannschaft die Straße zu passieren und seinen anfänglichen Zweck zu erreichen.

Daß sich gelegentlich in der Kladde des Schiffsjournals unter dem 23. Februar eine Eintragung findet, daß die Matrosen sich widersetzt hätten und daß das Schiff unter der Bedingung, den ersten Hafen anzulaufen, umgekehrt sei, genügt nicht zum Beweise dessen, daß die Absieht, nach Wäldwostok zu gehen, aufgegeben worden sei.

Kurz, der Dampfer "Romulus" hat sich des Konterbandetransports

unter betrügerischem Vorgehen schuldig gemacht und hat diesen Zweck auch, nachdem er den Schiffsschaden erlitten hatte, nicht aufgegeben.

Es ist aber von Theorie und Praxis des Völkerrechts anerkannt, daß ein Schiff, welches sich in dieser Art betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht hat, mitsunt seiner Konterbande-Ladung der Einziehung unterliegt und daß Schiff und Ladung, weil der Eigentümer der geleich ist, dem gleichen Schicksal verfallen müssen. <sup>3</sup>)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Entschieden am 16. Mai 1905 im Prisengericht zu Yokosuka nach Anhörung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka.

## (Unterschriften.)

Reklamant: Pyman Watson Ltd., England, Cardiff, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Easby Abbey", Robert Prideaux.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Easby Abbey", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden".

# Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des englischen Dampfers "Easby Abbey" erkannt.

# Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Easby Abbey" steht im Eigentum des Rekkmanten, sein Heimatshfen ist Cardiff in England, und er ist ein Handelsschiff, welches die englische Flagge fährt. Am 24. November 1904 schlöd der Reklamant nit dier Firma Man n. G. en z. g. 8. C. o. in London, England, einen Chartervertrag ab, auf Grund diessen er Dampfer in Cardiff ungefähr 3005 Tom soloppelt gesiebte Cardiffschil- lud, um sie nach Wladivestok in Rußland zu befördern. Der Chartervertrag den Heuervertrag und ak Konnossement bezeichnen Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungsort und im Konnossement ist bei Empfanger "für Order" eingetragen. Am 7. Dezember desselben Jahres fuhr der Dampfer von Talbot in England ab und erhielt am 10. Februar 1905 in Hongkong unter der Angabe, daß seine Bestimmung Kautschou sei, eine entsprechende Ausklarterung. Von dord abreisend

<sup>3)</sup> V. §§ 43, 44.

nahm er absichtlich einen Umweg, um durch die Soyastraße zu fahren, geriet, als er am 20. d. M. in der See sdillich von die Insel Etzurp angekommen war, in Treibeis, erlitt Schaden an dem Schiffskörper und verlor lange Zeit seine Manövierfalbigkeit. Als ers os verschlagen war und Reparaturen zu machen versuchte, wurde er am 27. d. M. vormittage von dem Kasierichen Kriegsschiffs, Kommandanten des genannten Visiterung durch den Vertreter des Kommandanten des genannten Kriegsschiffs, Korvettenkapilin Tan aka Eitzar, og gab der Kapitän Robert Prideaux als Bestimmungsort des Schiffes Shanghai an, batter gestand er aber zu, daß im Wirlichkeite Whadfwostok der Bestimmungshafen sei. So wurde der Dampfer schließlich vön dem genannten Kriegsschiffs aufgebenktil aufgebenkt

liese Talsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten der "Nippon Mauri", Korvettenkapten Stellvertreters des Kommandanten der "Nippon Mauri", Korvettenkapten Ta na ka Eitaro, die Vernehmungsprotokolle des genannten und des suur Verhandlung sehenden Schlifts, Ro bert P Fride aux, das Stellste zertifikat, das Tagebuch, den Chartervetrag, den Heuervetrag, das Komnossement und den Ausklafrenunssehein von Homekone.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei am 24. November 1004 durch Vertrag zweischen dem Reklamanten und den Vertrag zweischen dem Reklamanten und den Vertrag von Grab ow ski im Glasgow, England, der Firma Mann, George & Co. in London verchartert worden, um in Cardiff, England, Kohlen zu nehmen, und sei auf der Reise nach Waldiwestok von einem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff aufgebracht worden. Da aber die Kohlen nicht im Eigentum des Reklamanten stünden, so könne der Dampfer, wenn auch die Ladung als Konterbande angesehen werden könne, nicht wie diese der Stuffe der Eliniziehung verfallen.

Da ferner die Ladung des Schiffes keine absolute Konterbande sei, so treffe den Reeder, wenn er auch gewuß haben möge, daß die Ladung nach Wladiwostok habe befürdert werden sollen, doch nicht die Verantwortung und Strafe für einen Konterbandetransport. Der Recht habe davon, daß der Dampfer nach einem anderen als den in dem Chartervertrag verzeichneten Bestimmungshäfen Shanghai oder Klautschou gehen würde, nicht die geringste Vorkenntnis gehabt und die nach dem Vernehmungsprotokoll von dem Kapilfan Robert Prid ea ux gegebene Antwort, er habe die Order, nach Wladiwostok zu gehen, von Py m an Wat son erhalten, berube durchaus auf einem Irrtum des Genantien.

Daß ferner in den Schiffspapieren und Ausklarierungen der wahre Bestimmungsort sich nicht verzeichnet finde, habe seinen Grund nur darin, daß das Schiff Hindernissen, welche die englischen Behörden seiner Reise in den Wee hätten legen können, habe entwehen wollen, und man

könne darin nicht ohne weiteres eine Maßnahme erblicken, die getroffen sei, um der Aufbringung zu entgehen. Wenn daher der genannte Kapitän in seiner Vernehmung erklärt habe, diese Mittel seien alle angewandt, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu eutgehen, so so ei das wiederum eine falsche Ansicht desselben. Auch die dem visitlierenden Korvettenkapitän 7 an a ka Ei Liten o bei der Visite gegebene Antwort, der Bestimmungsort sei Shanghai, sei kindisch and verdiene keine Berückschlitzung.

Da Kohle keine absolute Konterbande sei, so müsse im vorliegenden Falle, wo Kohle nach Waldwisotls gehe, einem Hafen, der die Eigenschaft sowohl eines Kriegs- wie eines Handelsbafens besitze, mangels Gegenbeweises angenommen werden, daß sie nach dem Handelsbafen Wladwostok befördert werden und nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden solle. Daß dies billig sei, tue auch die Präcednzentscheidung betreffend den im englisch-hollandischen Kriege im Jahre 1798 aufgebrachten "Neptunus" dar. Für den vorliegenden Fall gelte dies auch um so mehr, als die Ladung nicht ausschließlich für den Kriegsgebrauch verwendbar sei, sondern auch ganz allgemein im Industriebetriebe verbraucht werden könne.

Da so schließlich die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes keine Konterbande sei, auch betrügerisches Vorgehen, welches die Aufbringung rechtfertigen könne, nicht vorliege und der Eigentlumer des Schiffs von dem der Ladung verschieden sei, so werde eine Entscheidung auf Freizabe des Schiffes beantrach

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen in Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptelappenort gemacht, und sie ist mit allen Kräften bemüht, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelswrecher hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kolhe oder Lebensmittel und degleichen Gülter, deren Konlerbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befordert werden, so muß, mangek klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezüglich der Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers, weche aus ausgewählter Cardiffkohle besteht, wie sie nur zum Gebrauch auf Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Konterbande anzusehen.<sup>19</sup>

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Neptunus"-Fall angeht, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett nach Amster-

<sup>&#</sup>x27;) II. Ziffer 2.

dam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegentell kann man die Begründung jenes Urteils vielmehr zur Bekräftigung der Annahme, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande ist, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von Wladiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwsotoks vielmehr gleich.

Obwohl es bereits vor der Abfahrt von Cardiff bestimmt war, daß das Schiff nach Wladiwostok gehen sollte, geben doch der Chartervertrag, der Heuervertrag und das Konnossement die neutralen Häfen Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungsorte an. Auch noch bei der Abfahrt von Hongkong gab der Dampfer fälschlich Shanghai als Reiseziel an und erhielt dementsprechende Reisepapiere. Von dort abfahrend, nahm er absichtlich einen Umweg, um durch die Soya-Straße nach Wladiwostok zu gelangen und bei der Visitierung durch den Vertreter des Kommandanten der "Nippon Maru", Tanaka Eitaro, gab der Kapitän, Robert Prideaux, als Antwort, er gehe nach Shanghai. Alles dies kann nicht, wie der Vertreter der Reklamation behauptet, als mit dem Zweck geschehen. Hinderungen der Reise durch die englischen Behörden zu entgehen, oder als kindisches Verhalten bezeichnet werden. Vielmehr dient es alles dem Plan, absiehtlich den Bestimmungshafen zu verheimlichen und der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen. Das genügt, um anzunehmen, daß der Kanitän dem mit dem Fall beauftragten Prisenrat gegenüber die Wahrheit gesagt hat, als er aussagte, daß alle diese Mittel angewandt worden seien, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen.

kurz, der Dampfer "Easby Abbey" hat unter Anwendung betrügerischen Miltel Kriegskonterbande befördert, und daß solche Schiffe, bei denen betrügerisches Vorgehen vorliegt, zusammen mit der Konterhandeladung eingezogen werden können, gleichgültig, ob der Reeder an diesem Vorgehen beteiligt ist oder nicht, wird von der völkerrechtlichen Wissenschaft und Praxis in gleicher Weise anerkannt.<sup>3</sup>) Überdies geht aus der eigenen Aussage des Kaptitäns herovi, daß das zur Verhandlung stehende Schiff von dem Eigentilmer selbst Order bekommen hat, nach Wladiwostok zu gehen, und die Behauptung des Vertreters der Reklamation, daß der Kapitän sich hierin irre, entbehrt völlig jeder Begründung.

Da aus den obigen Gründen die Einziehung des Schiffes erfolgen muß, so erübrigt es sich, auf die weiteren Reklamationspunkte des Reklamanten noch besonders einzugehen.

<sup>2:</sup> V. 6 44.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 4. Mai 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

Reklamant: Pyman Watson Ltd., Cardiff, England, vertreten durch John William Pyman.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 4. Mai 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensache, betrefiend den englischen Damfer "Easty Abbey", welcher am 27. Februar 1905 bei der Insel Etorup von dem Kaiserlichen Kriegsschifft "Nippon Maru" beschlagnahm vorden ist, ein Urteil gefällt, im welchern auf Wegnahme des englischen Dampfers "Easby Abbey" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat John William Pyman in Vertretung des Reklamanten, der Firma Pyman Watson Ltd., durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozelberterte die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälle Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwat at i Binich biem Obernisengericht geröft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, AkjyamaGenzo, und deren Gründe sind folgende:

- 1. Der Eigentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei von dem Ladungseigentümer verschieden und habe nicht unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande geladen. Wenn daher auch die Ladung als Konterbande angesehen werde, so könne doch das Schiff nicht einezwegen werden.
- 2. Die Strafe für Konterbandetransport sei, wenn die Konterbandelung nicht im Eigentum des Reeders stehe, lediglich der Verlust an Zeit, Fracht und Kosten, die Strafe der Einziehung könne indes nicht auferlegt werden. Auch sei es ein Grundsatz des modernen Völkerrechts, daß, wenn die Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel verschifft sei, auch das Schiff nur eingezogen werden könne, wenn sklar erwiseen sei, daß der Reeder Mittafter bei dem betrügerischen Vorgehen sei. Nicht nur England erkenne dies an, sondern auch die japanische Prisenordnung stehe auf diesem Standpunkt. In dem vorliegenden Fall sei aber der Reeder ganz sicher nicht Mittâter bei dem betrügerischen Vorgehen, und es sei unrechtmäßig, wenn das Urteil erster Instanz, ohne zu untersuchen, ob der Reeder bei dem betrügerten stehen.

rischen Vorgehen beteiligt gewesen sei oder nicht, entschieden habe, daß das Schiff zusammen mit der Konterbandeladung einzuziehen sei.

3. Um auf Grund von Anwendung beträgerischer Mittel die Strafe er Einziehung verfügen zu können, genüge es nicht, daß in den Schiffspapieren lediglich der letzte B-stimmungsort nicht angegeben sei, es sei vielmehr erforderlich, daß die Papiere mit der Absicht hergestellt seien, der Aufbringung durch die im Kriege begriffen Marine zu entgehen, und daß diese Marine auch wirklich dadurch gefäuscht werden könne. Wie aber unten des weiteren dargetan sei, sei kein Grund vorhanden für die Annahme, daß die Papiere des zur Verhandlung stehenden Schiffs mit dieser bösen Absicht hergestellt worden, noch auch daß sie gegignet seien, um mit ihrer Hülfe der Aufbringung zu entgehehen.

Hall sage:

Sigge. Ween falsche Schiffspapiere angefertigt würden, um die aufbringende kriegführende Macht zu täuschen, so könnten sie nur in den Fällen als schädlich betrachtet werden, wo dadurch, daß sie als echte passierten, die Rechte der Kaptoren schließlich zunichte gemacht werden könnten. Andernfalls seien sie im alloweniene milde zu beutreilen

Danach betrachtet, stellten die Papiere des zur Verhandlung stehenden Dampfers keinen ausreichenden Grad von Täuschung dar, um Einziehung des Schiffes nach sich ziehen zu können.

4. Der Reeder habe dem Ladungseigentümer den Dampfer zum Kohlentransport vermietet, und in dem Chartervertrag sei Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungsort festgesetzt worden. Der Reeder habe daher nicht gewußt, daß die Fahrt nach einem anderen Ort gerichtet worden sei. Der Chartervertrag habe nach dem Rechte Englands, wo er abgeschlossen worden sei, den Charakter eines Sachmietvertrages, und man müsse daher annehmen, daß der Besitz und die Verfügungsgewalt über das Schiff damit für die Zeit auf den Charterer übergegangen seien. Aber auch wenn man in dem vorliegenden Chartervertrag lediglich einen gewöhnlichen Transportvertrag erblicke, so sei es doch offenbar, daß der Wille des Reeders über die in dem Vertrag bezeichnete Reise nicht hinausgegangen sei. Wenn daher der Charterer heimlich dem Kapitän Order gegeben habe, nach Władiwostok zu gehen, und der Kapitän diesen Befehl ausgeführt habe, könne man nicht behaupten, daß der Reeder an diesem Vorhaben beteiligt gewesen sei und bei dem Konterbandetransport in Mittäterschaft stehe. Auch könne nach den gewöhnlichen Rechtsbegriffen, wenn auch der Kapitän als der Stellvertreter des Reeders geite, dieser doch für willkürliche Handlungen des Kapitäns, welche außerhalb von dessen gewöhnlichen Befugnissen lägen, nicht haftbar gemacht werden. Um so mehr müsse dies gelten, wo es sich um einen Kriegskonterbandetransport unter Anwendung betrügerischer Mittel handele, da eine solche Handlung eine Verletzung des Völkerrechts sei.

Aus diesen Gründen könne dem Reeder dafür, daß die Schiffspapiere, den Chartervertrag ausgenommen, falsche Eintragungen enthielten, solange nicht Beweis für die Mitäterschaft des Reeders vorliege, die Verantwortung nicht auferlegt werden.

- 5. Der Charterer habe dem Kapitän bei der Abreise des Schiffs Order gegeben, wenn bei Ankunft in Hongkong andere Order nicht eingehe, mit beliebigem Kurs nach Wladiwostok zu fahren. Wladiwostok sei demnach zur Zeit der Abreise noch nicht als Bestimmungsort festgesetzt gewesen. Erst nach Ankunft in Hongkong, als keine andere Order vorgelegen habe, sei Wladiwostok zum Bestimmungsort gemacht worden. Daher sei darin, daß in dem im Ausfahrtshafen hergestellten Konnossement und den Ausklarierungspapieren Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungsort verzeichnet worden sei, durchaus nichts Verdächtiges zu erblicken. Ebenso sei in Hongkong eine Ausklarjerung für Shanghai erwirkt worden, weil es zu befürchten gewesen sei, daß die englischen Behörden die Reise nach Wladiwostok verweigern würden. Die unwahre Angabe sei dieser Behörde gegenüber also nur gemacht worden, um die Abfahrt zu erleichtern. Es sei von selbst klar, daß die Handlungen alle nicht der Absicht entsprungen seien, dadurch der Aufbringung durch japanische Kriegsschiffe zu entgehen,
- Da ferner die Ausklarierungspapiere unter den Schiffspapieren nur eine unbedeutende Rolle spielten, so könne es nicht als ein Grundsatz des modernen Völkerrechts anerkannt werden, daß die Eintragung eines falschen Bestimmungsorts in diese Papiere die Strafe der Einziehung bewirken solle.
- 6. Da die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes nach Rüllands einzigem Handeshafen im Osten, nach Waldiwostok, zu befördern gewesen sei und zu friedlichen Gebruuch dienen könne, so sei die Entscheidung, daß sie Konterbande sei, unzutreffend. Denn die japanische Prisenordnung stehe auf dem Standpunkt, 9 daß Kohle nur in dem Falle als Konterbande gelte, wenn es erwisen sei, daß sie zum feindlichen Kriegsgebrauch geltiert werden solle.

Einmal angenommen, dieser Standpunkt entspreche den völkerrechtlichen Grundsätzen, so sei doch Wladiwostok, der Bestimmungsort der in Frage stehenden Ladung, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen im Osten, sondern auch sein einziger Handelshafen. Es sei daher unrechtmäßig, ohne weiteres anzunehmen, daß dorftin bestimmte Kohle, welche keine absolute Konterbande sei, für den Kriegsgebrauch bestimmt sei. Es müsse vielmehr entsprechend dem Urteil in dem "Neptunus"-Fall im englisch-holländischen Kriege im Jahre 1798 angenommen

<sup>3)</sup> V. § 14.

werden, daß die in Frage stehende Ladung für den Handelshafen Wladiwostok bestimmt sei und für friedlichen Gebrauch geliefert werden solle.

Das Urteil erster Instanz übersehe, daß auch heute noch-der gewähnliche Handelsverkehr mit Wladiwestok in Ausübung begriffen sei,
und sage es sei eine bekannte Tatsache, daß der Handelsverkehr des
genannten Hafens gesperrt sei. Auch darin entstelle das Urteil die
Tatsachen, daß es behaupte, daß Cardiffkohle, welche überall auf der
Erde sowohl für den Kriegsgebrauch als für den industriegebrauch
verwandt werde, im ternen Osten ausschließlich auf Kriegsschiffen zur
Verwendung komme. So stehe das Urteil mit dem Sachwerhalt im Widerspruch. Auch darin sei es unhöllig, daß es die einseitigne Tinbildungen
des Kapitäns Robert Prideaux als Material für seine Entscheidung
angenommen habe.

Aus diesen Gründen wird Aufhebung des Urteils erster Instanz und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari, sind folgende:

1. Schoh vor der Abreise des zur Verhandlung stehenden Schiffes von Cardiff sei Wladiwostok als Bestimmungsort festgesetzt gewesen. Obwohl die Gesellschaft, der das Schiff gehöre, dem Kapitän Robert Prideaux Order gegeben habe, nach Wladiwostok zu fahren, lauteten das Konnossement, der Chartervertrag und der Heuervertrag auf die neutralen Häfen Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungsort. Auch bei der Abreise von Hongkong habe der Kapitän auf Grund seiner fälschlichen Angabe Ausklarierung für Shanghai erhalten, habe jedoch absichtlich einen Umweg gemacht, um durch die Soyastraße nach Wladiwostok zu gelangen, wobei er von dem ersten Offizier in das Privatschiffsjournal Shanghai habe eintragen lassen. Auch habe der Kapitän bei der Visitierung durch den Stellvertreter des Kommandanten der "Hippon Maru", den Offizier Tanaka Eitaro, geantwortet, er führe nach Shanghai. Es sei offenbar, daß alles dieses dem wohlüberlegten Plane entsprungen sei, durch Verheimlichung des Bestimmungsorts der Aufbringung durch die japanischen Kriegsschiffe zu entgehen.

Die Ladung des zur-Verhandlung stehenden Dampfers sei ausgewählte Cardiffkohle, wie sie im Osten ausschließlich bei der Kriegsmarine Verwendung finde. Außerdem sei ihn Bestimmungsort, Wladiwostok, wie bekannt, Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und
zurzeit der Hauptsammelplatz für seiem Marine. Seit dem Krieg mit
Japan habe die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort
gemacht. Sie sei mit allen Kräften bemüht, dort große Kriegsvorräte
anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr habe dort fast gänzlich

aufgehört. Die nach dort bestimmte Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei daher mit Recht als Konterbande zu betrachten.

Es entspreche daher den völkerrechtlichen Bestimmungen, das zur Verhandlung stehende Schiff, weil es unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande befördert habe, mitsamt seiner Konterbandeladung einzuziehen.

- 2. Es sei bereits von Anfang geplant gewesen, das Schiff nach Wladiwostok fahren zu lassen. Wenn man erwäge, daß auch der Reeder dem Kapitän Order gegeben habe, von Hongkong sogleich nach Wladiwostok zu fahren, so sei es unbegründet, anzunehmen, daß der Reeder nicht darum gewußt habe, daß in dem Chartervertrag, der doch mit seiner Beteiligung abgeschlossen sei, der wahre Bestimmungsort verschwiegen und ein falscher angegeben sei. Aber auch angenommen, der Reeder habe an den Fälschungen in den Schiffspapieren keinen Anteil. so habe doch nach der völkerrechtlichen Wissenschaft und Praxis das Vorliegen oder Nichtvorliegen solcher Beteiligung auf die Bestrafung des Schiffes keine Einwirkung.
- 3. Die Fälschung des Bestimmungsorts trage die größte Schädigung in sich, und der Umweg, den das Schiff von Hongkong aus genommen habe, sei eine Täuschung, mit deren Hilfe das Schiff der Aufbringung habe entgehen wollen. Es sei daher recht, das Schiff einzuziehen. 4. Punkt 4 und 5 der Berufung seien nur Erweiterungen der
- Punkte 2 und 3. Punkt 6 behaupte lediglich, die Ladung sei keine Konterbande. Es erübrige sich, noch einmal darauf zu erwidern. Aus diesen Gründen sei die Berufung in allen Punkten unbegründet

und zu verwerfen

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Kriege mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus", auch in diesem Fall angenommen werden, daß die hier in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß Jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. 9 Auch das Oberprisengericht hält dies für den Verhältnissen gerecht werdend. Besonders im vorliegenden Fall, wo die ganze Ladung des Schiffes Konterbande ist, wo der Reeder dem Kapitän bei der Abfahrt des Schiffes Order gegeben hat, nach Wladiwostok zu gehen, während der Chartervertrag und die sonstigen Schiffspapiere einen gefäßehten Bestimmungsort enhalten; also das Schiff sich des Transports von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel schuldig ermacht hat.

Da schon nach dem in den Punkten 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffs unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt kein Bedürfnis vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

# (Unterschriften.)

Reklamant: Mann, George & Co. in London, England, vertreten durch den Kapitän der "Easby Abbey", Robert Prideaux. Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio,

Kyobashiko, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Easby Abbey", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden

#### Urteilsformel:

Es wird auf Einziehung der auf dem englischen Dampfer "Easby Abbey" verladenen etwa 4005 Tons Cardiffkohlen erkannt.

<sup>4)</sup> Anders die japanische Seeprisenordnung §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage, das englische Manual of Naval Prize Law, Artikel 82—85.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist von dem Reklamanten, mit der Absicht, sie nach Wladiwostok in Rußland zu befördern, am 24. November 1904 auf dem gecharterten englischen Dampfer "Easby Abbey" verladen worden. Der Dampfer ist am 7. Dezember des Jahres von Talbot in England abgefähren, über verschiedene Häfen gereist und bei dem Versuch, durch die Soyastraße nach Wladiwostok zu gelangen, in der Ses südikt von Etorup in Treibeis geraten, wodurch er Schaden an seinem Schiffskörper nahm und lange seine Beregungsfähigkeit einbüßee. Am 27. Februar 1905 vormittags wurde der Dampfer, während er so verschlagen und mit Reparatur beschäftigt war, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nippon Maru" mit der zur Verhandlung stehenden Ladung beschlagnahmt.

Diese Talsachen werden bewisen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Nippon Maur", des Korvettenkapitäns T an aks Eitaro, die Vernehmungsprotokolle des Genannten und des Kapitins Ab ober tP riela eu zu des genannten Dampfers, das Schiffszertifikat, das Tagebuch, den Chartervertrag, den Heuervertrag und das Konnossement.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die von dem Reklamanten, einem neutralen Staatsangehörigen, unternommene Beförderung von Steinkohle nach Wladiwostok, einem Hafen einer kriegführenden Macht, sei eine öffentliche Handelstransaktion, welche unter den Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs stehe und unbestrehtar eine völkerrechtlich nicht anfechtbare Handlung sei.

Da Kohle keine absolute Konterbande sei, so müsse im vorliegenden Falle, wo Kohle nach Wladiwostok gehe, einem Hafen, der die Eigenschaften sowohl eines Kriegs- als eines Handelshafens besitze, mangels Gegenbewebes, angenommen werden, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok habe befördert und nicht für den Kriegsgebrauch gsliefert werden sollen. Daß dies billig sei, tue auch die Präcedenz-Enscheidung, betreffend den im englisch-holliadischen Krieg im Jahre 1708 aufgebrachten "Neptunus" dar. Für den vorliegenden Fall gelte die auch um so mehr, als die Ladung nicht ausschließlich für den Kriegsgebrauch verwendbar sei, sondern solche auch ganz allgemein im Industriebetriebe verbraucht werde. Daher sei es zutreffend, die zur Verhandlung stehend Ladung nicht als Konterbande anzusehen.

Ferner einmal angenommen, daß die zur Verhandlung stehende Ladung, obwohl keine Konterbande, feindlichen Charakter habe, weil sie nach feindlichem Gebiet habe befördert werden sollen, so könne sie doch, weil sie unter neutraler Flagge fahre, nach der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1886 nicht eingezogen werden. Es werde daher eine Entscheidung auf Freigabe der Ladung beantragt. Das Gericht ist der folgenden Ansicht:

Es ist bekannt, daß Wiodiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Haupstätignunkt für seine Marine Ist.
Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu
einem Hauptetappenort gemacht und sie ist mit allen Mitteln bestrebt,
dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr
hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohle, Lebensmittel oder
dergleichen Gülter, deren Kontrebandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befördert werden, so mug
mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben für
den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bez\(\tilde{g}\)iden der zur Verhandung stechenden Ladung, weche aus ausgew\(\text{kinter}\) Cardiffkohle besteht, wie sie im wesentlichen nur zum Gebrauch auf Kriegssehlfen dient, nicht bezweifelt werden, daß sie wirklich zum Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Konterbande
anzuschen.\(\text{3}\)

Der Kapitän Robert Prideaux hat durch seine Aussage,

er glaube wohl, daß die Kohle in Wladiwostok der russischen Regierung hätte geliefert werden sollen, doch wisse er es nicht sicher.

den wahren Charakter der Ladung enthüllt.

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Neptunus"-Fall angeht, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett nach Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung jenes Falls viel cher zur Bekräftigung der Annahme, daß die hier zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande ist, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von Władiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich andere. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen Władiwostoks viel mehr gleich.

Da so die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande ist, sokann sie, obwohl unter neutraler Flagge fahrend, eingezogen werden. 2) Dies ist von den Pariser Seerechtsdeklaration vom 16. April 1856 und der völkerrechtlichen Wissenschaft und Praxis anerkannt.

Daher ist die zur Verhandlung stehende Ladung einzuziehen und es wird wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 4. Mai 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

1) II. Ziffer 2. - 1) V. § 43.

Marstrand-Mechlenburg, Das japanische Prisenrecht.

(48) 753

Reklamant: Mann, George & Co. in London, England, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Easby Abbey", Robert Prideaux

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 4. Mai 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensche, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Easby Abbey", welcher am 27. Februar 1905 bei der Straße von Etorup von dem Kaiserlichen Kriegsschift", "Nippon Maru" beschlagnahmt worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme der auf dem englischen Dampfer "Easby Abbey" verladenen etwa 4005 Tons Cardiffkohle erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Robert Prideaux als Vertreter des Reklamanten, der Firma Mann, George & Co. durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeflvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. Jr. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengefeht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, A kiyama Genzo, und deren Gründe sind folgende:

 Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nach Wladiwostok, dem einzigen Handelshafen Rußlands im Osten, bef\u00f6rdert worden und zu friedlichem Gebrauch bestimmt. Daher sei es eine ungerechte Entscheidung, sie als Konterbande anzusehen.

2. Die japanische Prisenordnung stehe auf dem Standpunkt, daß Kohle nur als Konterbande gelte, wenn es erwiesen sei, daß sie für den feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden solle. 3) Einmal angenommen, dieser Standpunkt entspreche den völker-

rechtlichen Orundsätzen, so sei doch Wladiwestok, der Bestlimmungsort der in Frage kommenden Ladung, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Es sei daher unrechtmäßig, ohne weiteres anzunehmen, daß dorthin bestimmte Kohle, welche keine absolute Konterband es, für den Kriegsgebrauch bestimmt sei. Es müsse vielmehr entsprechend dem Urteil in dem "Neptunus". Fall im englisch-hollkändischen Kriege vom Jahre 1798 angenommen werden, daß die hier in Frage stehende Ladung für den Haudelshafen Wladiwostok bestimmt sei und für friedlichen Gebrauch geliefert werden solle.

Wenn das Urteil erster Instanz Wladiwostok als einen reinen Kriegshafen ansche und es mit dem in dem "Nephunus"-Urteil ersähnten Kriegshafen Brest auf eine Stufe stelle, so sei das eine falsche Auffassung der Tatsachen. Folglich sei auch die Präcedenzentscheidung nicht richtig angezogen. Das Urteil erster Instanz übersehe, daß auch heute noch der

<sup>3)</sup> V. § 14.

gewöhnliche Handelsverkehr mit Wladtwostok in Ausübung begriffen sei, und sage, es sei eine bekannte Taksache, daß der Handelsverkehr des genannten Hafens gespert sei. Auch darin entstelle das Urteil die Tatsachen, daß es behaupte, daß Cardiffköhle, welche überall auf der Erd sowohl für den Krieges als für den Industrigeperbauch verwandt werde, im fernen Osten ausschließlich auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme. So stehe das Urteil mit dem Sachverhalt in Widerspruch. Auch darin sei es unbillig, daß es die einseitigen Einbildungen des Kapitäns Robert Prideaux als Material für seine Entscheidung angenommen habe

3. Bezäglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff stehe die englische Praxis auf dem Standpunkt, daß Einziehung gegen Leistung einer Entschädigung erfolgen könne. Das kontinentale Prinzip, welches mit den Beschlüssen des internationalen Völkerrechtsongresses übereinstimme, erkenne mit Bezug auf derartige Güter unter der Bedingung der Einschädigung nur ein Recht der Beschlagnahme der des Vorkaufs für den kriegführenden Stata an. Japan weiche von diesen Prinzipien und Gewohnheiten ab und bestimme in unbilliger Strenge bedingungslose Einziehung. Besonders auch da die japanische Seprisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, daß, wo es sich um neutrale relative Konterbandegüter handele, eine billigerer Haltung eingenommen werde.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Vokosuka, Uchida Shigenari, sind folgende:

 Der Reklamant habe dafür, daß die zur Verhandlung stehende Ladung zu friedlichem Gebrauch geliefert werden solle, keinerlei Beweis erbracht.

Wladiwostok sei nun zurzeit Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und der Haupstützpunkt der russischen Flotte. Seit dem Kriege mit Japan habe die russische Regierung diesen Platz zu einem Hauptstützpunkt in Kroßen und sonstige Kriegsbedarfsigegenstände anzuhäufen. Es sei bekannt, daß der gewöhnliche Handelsverkehr dort fast gänzlich aufgehört habe. Wenn daher Kohle und dergleichen Gülter, deren Konterbandeeigenschalt von besonderen Umständen abhängig sei, nach Waldswostok befördert würden, sos eie sbillig, mangels klaren Gegenbeweises anzunehmen, daß dieselben für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollten. Dies gelte besonders auch bezüglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus ausgewählter Gardiffsohle bestehe, wie sie im OSten ausschließlich zum Gebrauch auf Kriegsschiffen diene.

755

Auch habe die "Easby Abbey", auf der die Kohle vertaden sei, vorsätzlich den Bestimmungsort verheimlicht und versucht, dadurch der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgelten. Daraus könne man mit Recht folgern, daß die Kohle wirklich für den russischen Krieggebrauch zu liefern gewesen und daher Konterbande sei. Das Völkerrecht erkenne aber an, daß Konterbande, wenn auch unter neutraler Flagge fahrend, der Einziehung nicht entgehen könne.

 Die Punkte 2 und 3 der Berufung seien nur eine Erweiterung der vorherigen Argumente, so daß eine besondere Erörterung derselben überflüssig erscheine.

Aus diesen Gründen sei die Berufung in allen Punkten unbegründet und zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

- 1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Walfen, Lebensnittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die zur Verhandlung stehende Ladung ausgewählte Cardiffkohle ist und die zur Verhandlung stehende Ladung ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.
- Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus", auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

Daher sind Punkt 1 und 2 der Berufung unbegründet.

2. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande schlechtlin konfisziert werden kann. Wünsche bezäglich Vorkaufs, Einziehung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragliche Abmachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinenfalls können sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkannt werden. Man kann daher

nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas versehen habe, wenn es diesem Ansuchen des Reklamanten nicht Folge leistete.

Demnach ist auch Punkt 3 der Berufung unbegründet. Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Die "Vegga"-Dampfschiffahrt-Aktiengesellschaft, Reederei des Dampfers "Vegga", Schweden, Limnham, vertreten durch Charles Francis Benson, Kapitän des Dampfers "Vegga" aus Varherr in Schweden.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Akiyama Genzo und Nishi Noshun, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend den schwedischen Dampfer "Vegga" wird, wie folgt, entschieden:

Urteilsformel:

Der Dampfer "Vegga" wird eingezogen.

Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Vegga" steht im Eigentum des Reklamanten, der "Vegga"-Dampfschiffahrt-Aktiengesellschaft, führt die schwedische Flagge und ist ein Handelsschiff, das zum Gütertransport dient. Im Auftrage der Agentur der Reederei in West-Hartlepool, England, der Aktiengesellschaft Jacob Hessler, wurden in Barry von der dortigen Agentur der Reederei, Watts Watts & Co. 3616 Tons rauchloser Cardiffkohle geladen, um nach Wladiwostok in Rußland befördert zu werden. Der Dampfer fuhr, ohne ein Konnossement zu besitzen, am 10. September 1904 unter der Vorgabe nach Sabang auf der Insel Puloway zu gehen, von Barry ab. Als Bestimmungsorte wurden Sabang, Labuan und Hongkong bezeichnet. In Hongkong angekommen, ließ der Dampfer sich Ausklarierung nach Shanghai geben, fuhr aber von dort, wie auch im Tagebuch und Maschinenjournal von da ab richtig eingetragen wurde, ohne Shanghai anzulaufen, direkt nach seinem Bestimmungsort. Auf dieser Fahrt wurde er am 3. März 1905 auf 34 º 10 ' n. Br., und 127 º 43 ' ö. L., weil er Konterbande führe, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru" aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen-durch die Aussageschrift des Stellwertreters des Kommandanten der "Nikko Maru", Marineleutnants Nikuta Hitoshi, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Vegga", Charles Francis Benson, des ersten Offiziers Christian Nordström, des zweiten Offiziers Carl Larson und des Obermaschinisten Berndt Frederikson, das Schiffszerfülkat, das Tagebuch, das Maschinenjournal, den Ausklarierungsschein, den Gesundheitspaß, eine Tonssteuerbescheinigung und eine Leuchtturmsteuer-quittung.

Die Hauptpunkte der Ausführungen der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Das zur Verhandlung stehende Schiff sei ein neutrales Fahrzeug, und die auf ihm verschiffte Kohle gehöre der Firma Harris, Dixon & Co. Ltd. in London, England, und sei von der Firma Furness Withy & Co. Ltd. in West-Hartlepool als Absender verschifft. Daher seien Schiffseigentümer und Ladungseigentümer verschieden.

Der Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Schiffes, Wladivostok, sei in dem Tagebuch offen angegeben. Wenn daber auch in den anderen Papieren ein falsches Reiseziel verzeichnet sei, so könne man deshalb nicht behaupten, daß das Schiff auf betrügerische Weise der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen versucht habe

Selbst wenn man demnach annehme, daß die Kohlenladung des Schiffs Konterbande seis, könne doch das Schiff nicht eingezogen werden. Viel weniger daher, wo die Kohle keine Konterbande sei, sondern als eine gewöhnliche, zum Transport nach dem Handelshafen Wladiwostok bestimmte Ladung angesehen werden müsse.

Aus diesen Gründen sei das zur Verhandlung stehende Schiff freizugeben.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Es stehe außer Zweifel, daß die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladene Kohle Konterbande sci. Auch habe das Schiff sich bei der Beförderung derselben betrügerischer Mittel bedient, und es könne nicht angenommen werden, daß der Eigentümer des Schiffes und der Kohle derselbe sci. Daher müsse das zur Verhandlung stehende Schiff eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Bestimmungen und die Praxis des Völkerrechts stehen auf dem Standpunkt, daß Schiffe, welche unter Anwendung betrügerischer Mittel Konterbande führen und bei denen der Eigentümer des Schiffs und der Ladung derselbe ist, eingezogen werden müssen.

Die auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladene Kohle ist nach Wladiwostok bestimmt, dem einzigen Flottenstützpunkt Ruß-

lands im Osten. Ihrer Qualität nach ist sie rauchlose Cardiffkohle, wie sie so gut wie ausschließlich bei der Kriegsmarine zur Verwendung kommt. Weil sie somit für den feindlichen Kriegsgebrauch bestimmt war, ist sie Konterbande. 1)

Die Firma Jacob Hessler & Co. in West-Hartlepool trug dem Kapitän auf, im Bestimmungsort in Verbindung mit O in s bur g über die Kohle zu verfügen, und der Kapitän sagt aus, daß er nach Ankunft in Hongkong erfahren habe, daß O in s bur g in Wladiwostok sei. Danach zu schließen, hat es schon vor Verschiffung der Kohle festgestanden, daß sie nach Wladiwostok gehen sollte. Trotzdem hat der Dampfer nach seiner Abfahrt von Barry während der Reise andauernd fälschlicherweise neutrale Häfen als Bestimmungsort angegeben. Insbesondere hat er in Hongkong sich Ausklarierung nach Shanghai geben lassen, welches er gar nicht anzulaufen beabsichtigte, und ist direkt nach Wladiwostok abgefahren.

Da dies unfraglich geschehen ist, um der Aufbringung durch die japanischen Kriegsschiffe zu entgehen, so ist es klar, daß das Schiff sich des Konterbandetransports unter Anwendung betrügerischer Mittel schuldig gemacht hat. Wenn auch seit der Abreise von Hongkong im Tagebuch und Maschinenjournal Wladiwostok als Reiseziel eingetragen worden ist, so kann doch das Schiff um dieses unbedeutenden Punktes willen nicht dem Vorwurf des Konterbandetransports unter Anwendung betrügerischer Mittel entgehen.

Da ferner die Kohle im Auftrage einer Agentur des Reeders von einer anderen Agentur desselben verladen worden ist, so muß vermutet werden, daß sie im Eigentum des Reeders steht. Weder aus den Aussagen der Besatzung noch den auf dem Schiff vorgefundenen Papieren, noch auch sonst ergibt sich ein Beweis für das Vorhandensein eines anderen Eigentütmers.

Die Vertreter der Reklamation haben eine Vollmacht der Firma Harris, Dixon & Co. und eine Abschrift des Konnossements eingereicht und behaupten, das Schiff und die Ladung stünden in verschiedenem Eigentum. Aber in der Vollmacht bezeichnen sich Harris, Dixon & Co. einfach selbst als Eigentümer der Ladung, ohne dafür irgendwie Beweise beizubringen.

Was ferner die Abschrift des Konnossements angeht, so ist sie weder auf dem Schiff vorhanden gewesen, noch trägt sie die eigenhändige Unterschrift der betreffenden Firma. Deshalb kann ihr keine Anerkennung zuteil werden; es muß vielmehr angenommen werden, daß das zur Verhandlung stehende Schiff im gleichen Eigentum steht wie die auf ihm verladene Konterbande.

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2.

Das zur Verhandlung stehende Schiff ist daher mit Recht einzuziehen, 2) und es wird wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. Juni 1905 im Prisengericht zu Sasebo, im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

## (Unterschriften.)

Reklamant: Die "Vegga" - Dampfschiffahrt - Aktiengesellschaft, Schweden, Limnham, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Vegga", Charles Francis Benson, aus Varberg in Schweden.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Akiyama Genzo und Nishi Koshun, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 10. Juni 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend den schwedischen Dampfer "Vegga", welcher am 3. Marz 1905 auf 34 ° 10 ° n. Br. und 127 ° 43 ° 6. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Vegga" erhant worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Charles Francis Benson als Vertreter des Reklamanten, der "Vegga"-Dampfschiffahrt-Aktiengesellschaft, durch die Rechsanwälte Akiya ma Genzo und Nishi Koshun die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte der Vertreter der Reklamation, Akiyama Genzo und Nishi Koshun, sind folgende:

Die am 10. Juni 1905 vom Prisengericht zu Sasebo gefällte Entscheidung auf Einziehung des Dampfers "Vegga" sei unzutreffend. Es werde Aufhebung des Urteils und Freigabe des genannten Dampfers beantract, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Der Eigentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei verschieden von dem der Ladung und er habe sich keiner betrügerischen Handlungen schuldig gemacht. Das Gericht erster Instanz habe indessen unzutreffenderweise entschieden, daß das Schiff und Ladung im selben Eigentum stünden und daß die Ladung unter Anwendung betrügerischer Mittel verschifft und bef\u00f6rdert worden sei.
- Das Urteil erster Instanz behaupte, die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei nach Wladiwostok bestimmt, dem einzigen Flottenstützpunkt Rußlands im Osten, und ihrer Qualität nach sei

<sup>2)</sup> V. § 43.

sie Cardiffkohle, wie sie fast ausschließlich bei der Kriegsmarine zur Verwendung komme. Sie sei demnach als zum feindlichen Kriegsgebrauch bestimmt und als Konterbande anzuschen.

Wladiwostok sei aber nicht nur ein Kriegshafen Rußlands, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Handel- und Gewerbetreißende aller Länder hätten an diesem Handelsplatz Niederlassungen eröffnet und übten zurzeit ihre Geschäfte dort aus. Es könne daher nicht als zutreffend erachtet werden, wenn man Kohle, die dorthin befördert werde, lediglich mit der Begründung, daß Wladiwostok Kriegshafen sei, ohne weiteres als Kriegsbedarfsgegenstand betrachte. Es sei bekannt, daß in unserer Zeit Cardiffkohle nicht ausschließlich bei der Marine zur Verwendung komme, vielmehr ganz allgemein im Handels- und Industriebetrieb und auch zu sonstierem Gebrauch verwandt werde.

In einem Falle, wo eine zu kriegerischem und friedlichem Gebrauch verwendbare Ladung, wie Kohle, nach einem Hafen versandt werde, der wie Wladiwostok die Eigenschaft eines Handels- und eines Kriegshafens in sich vereinige, müsse angenommen werden, daß es den Satzungen und der Praxis des Völkerrechts entspreche, wenn man in Nachachtung des Urtelis im "Neptunus"-Fall vom Jahre 1798 entscheide, daß die Kohle nach dem Handelshafen Wladiwostok habe befördert und zu friedlichem Gebrauch veilefert werden sollen.

3. Das Urteil sage, daß

der Dampfer nach seiner Abfahrt von Barry während der Reise andauernd fälschlicherweise neutrale Häfen als Bestimmung angegeben habe. Insbesondere habe er in Hongkong sich Ausklarierung nach Shanghai geben lassen, welches er gar nicht anzulaufen beabschigt habe, und sei direkt nach Wladitvostok abgefahren. Da dies unfraglich geschehen sei, um der Aufbringung durch die japanischen Kriegsschiffe zu entgehen, so sei es klar, daß das Schiff sich des Konterbandetransports unter Anwendung betrügerischer Mittel schuldig gemacht habe.

Wenn aber der Dampfer nach der Abfahrt von Barry als Bestimmung neutrale Häfen angegeben habe, so sei das geschehen, um die Mannschaft, welche keine Neigung gehabt habe, nach Wladivostok zu gehen, den Bestimmungsort nicht wissen zu lassen. Als in Labuan der Mannschaft gesagt worden sei, daß das Sehiff nach Wladivostok bestimmt sei, habe dieselbe sofort auf ihre Abmusterung gedrungen, so daß diese bei ihrer Ankunft in Hongkong unvermeidlich geworden und eine neue Mannschaft angemustert worden sei.

Daß ferner das Schiff sich in Hongkong Ausklarierung für Shanghai habe geben lassen, habe seinen Grund darin, daß es bei seiner Agentur gehört habe, daß es schwierig sein würde. Ausklarierung für Wladiwostok zu erhalten. Daher sei der betreffenden Behörde eine falsche Angabe gemacht und Ausklarierung für Shanghai genommen worden.

Daß diese Handlungen nicht in böser Absicht begangen seien, um dadurch der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen, werde daraus offenbar, daß in dem Tagebuch und dem Maschinenjournal des zur Verhandlung stehenden Schiffes Wladiwostok als Bestimmungsort eingetragen sei. Wenn man annehmen volle, daß die Absicht, die Kaptoren zu täuschen, vorgelegen habe, so hätten doch auch falsche Eintagungen in das Tagebuch gemacht werden müssen. Denn es sei klar, daß, wo dies nicht geschehen sei, vielmehr nur in der Ausklarierung der Bestimmungsort verheimlicht, in den übrigen Schiffspapieren aber der wahre Bestimmungsort angegeben sei, ein möglicherweise beabsichtigter Betrug nicht hätte erreicht werden können. Denn es könne nicht angenommen werden, daß die Kaptoren auf diese unmögliche Weise hätten gefäuscht werden können. Diese Handlungen könnten daher nicht als das angesehen werden, was das Völkerrecht als betrügerische Mittel bezeichne.

4. Das Urteil erster Instanz habe entschieden, daß

die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs im Auftrag der Agenten der Reeder verschifft worden sei und daher im Eigentum der letzteren stehe.

In dem Bericht des Offiziers, der die Beschlagnahme ausgeführt habe, betreffend die Umstände derselben, heiße es indes,

daß die Frau des Kapitāns, ohne gefragt zu sein, gesagt habe, daß die Kohlen demselben Eigentümer gehörten, wie der "Sylviana".) Als dann der Kapitān darüber gehört worden sei, habe er anfangs gesagt, er wisse nichts darüber, später aber diese Tatsachen zugestanden . . . . Da unter den Schiffspapieren kein Frachtbrief vorhanden gewesen sei, so habe er angenommen, daß dieser wohl verborgen worden sei. Nach vielen Vernehmungen habe der Kapitān endlich gesagt, daß er von dem Ladungseigentümer mündlich beauftragt worden sei, nach Ankunft in Wladiwostok M. Ginsburg Mitteilung zu machen.

Daraus müsse man entnehmen, daß die Ladung nicht dem Reeder gehöre, sondern daß ein anderer Eigentümer vorhanden sei. Da eine Erörterung über die Beziehungen von M. Ginsburg und Harris & Dixon bezüglich der Ladung überflüssig sel, so werde darauf hier nicht eingegangen. Schon daraus aber, daß Harris & Dixon auf eigenen Antrieb die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes als ihr Eigentum bezeichnet und dem Prozeßvertreter die von diesem eingereichte Vollmacht geschickt hätten, könne man vermuten, daß die Ladung

<sup>5)</sup> VI. 39a und b.

nicht im Eigentum der Reeder stehe, daß vielmehr ein anderer richtiger Eigentümer vorhanden sei.

Was ferner die Tatsache angehe, daß die zur Verhandlung stehende Ladung im Auftrag der Agentur der Reeder verschifft worden sei, so habe der Reklamant als Seetransportfirma einen Gütertransport für eine andere Person übernommen, und in solehem Fall sei es ein ganz natürliches geschäftsmäßiges Vorgehen, die Verschiffung entweder so zu bewerkstelligen, daß der Reeder seibst dem Kapitän Order gebe oder durch seinen Vertreter geben lasse. Wenn auf Grund dieser Tatsachen angenommen worden sei, daß die Ladung dem Reeder gehöre, so sei das eine verfehlte Vermutung.

Kurz, das zur Verhandlung stehende Schiff sei nicht schuldig. Kure, die als Konterbande angesehen werden müsse, unter Anwendung betrügerischer Mittel verladen zu haben. Auch könne es aus dem Grunde, daß die Ladung nicht dem Reeder gehöre, nicht eingezogen werden.

Auch einmal angenommen, die Ladung sei Konterbande, so könne das Schiff doch nicht die Strafe der Einziehung mit der Ladung teilen, da der Reeder darum nicht gewußt habe und bei dem Transport nicht im Einverständnis gewesen sei.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

- 1. Nach dem Inhalt der Aussage des Reklamanten, d. h. des Kapitäns, in der Vernehmung durch den mit dem Fall beauftraten Rat und daraus, daß kein Konnossement an Bord gewesen, noch irgendwelcher Beweis dafür vorhanden sei, daß ein anderer der Eigentümer der Steinkohle sei, mässe man annehmen, daß die Kohle im Eigentum von Jacob Hessler & Co., d. l. der Agentur der Reederei, stehe und daß Schiff und Ladung denselben Eigentümer hätten. Freilich habe der Reklamation die Vollmacht von Harris & Dixon, welche sich selbst als Eigentümer der Kohle bezeichnet hätten, und eine Abschrift des Konnossements vorgelegt. Es sei aber zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz dieselben nicht als beweiskräftig anerksannt habe, da solche Schriftstücke unter den Beteiligten jederzeit hergestellt werden könnten, und sich lediglich an die Aussage des Kapitäns gehalten und angenommen labe, daß Schiff und Ladung demselben Eigentümer gehörten.
- 2. Das Gericht erster Instanz habe freilich angenommen, daß das Schiff sich bei der Beförderung der Konterbande betrügerischer Mittel bedient habe. Es habe aber nicht angenommen, daß es dies bei der Verschiffung derselben getan habe.

Der Kapitän habe von Jacob Hessler Order bekommen, über die

erhaltene Kohle am Bestimmungsort im Einvernehmen mit G in s burg zu verfügen. Danach sei Wädiwostok von ovrnherein als Bestimmungsort festgesetzt gewesen. Das Schiff habe aber seit seiner Abfahrt von Barry vorsätzlich während seiner Reise neutrale Häfen als Bestimmungsorte vorgegeben. Besonders habe es sich auch in Hongkong einen Ausklarierungsschein nach Shanghai ausstellen lassen, obwohl dort anzulaufen gar nicht beabsichtigt gewesen sei; und, obgleich das Schiff mit dieser Ausklarierung versehen worden sei, sei es tatsächlich direkt nach Wladiwostok gefahren, so daß man nicht annehmen könne, daß die Ausstellung unbeabsichtigt geschehen sei. Es sei vielnehr gar nicht zu verdecken, daß dies eins der gewöhnlichsten Mittel gewesen sei, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen.

Die von dem Urteil erster Instanz angenommenen Tatsachen seien daher zutreffend und die Berufung sei, weil in allem unbegründet, zu verwerfen

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladivostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsevrichen nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmte Steinkohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte und daher Kriegskonterbande sei. Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist, und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus versehieden und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

 Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können.<sup>4</sup>) Das Oberprisengericht ist der An-

<sup>4)</sup> Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage, das englische Manuai of Naval Prize Law, Art. 82—85.

sicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders im vorliegenden Falle, wo die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist. Auch wurde, obwohl von Anfang der Reise in Barry an Wladiwostok als Bestimmungsort festgesetzt war, zunächst Sabang als solcher angegeben, dann des öfteren der Bestimmungsort gewechselt, immer aber fälschlicherweise ein neutraler Hafen vorgegeben. Insbesondere ließ sich das Schiff in Hongkong auf Grund seiner Angaben Ausklarierung für Shanghai geben, welches es anzulaufen gar nicht beabsichtigte, und fultr. dann direkt nach Wladiwostok. Da das Schiff demnach von Anfang an vorhatte, die auf ihm verschiffte Konterbandeladung von Cardiffkohle nach Wladiwostok zu schaffen, so sind die falschen Eintragungen in den Schiffspapieren mit der Absicht gemacht worden, für den Fall einer Aufbringung auf der Reise durch japanische Kriegsschiffe der Wegnahme des Schiffes vorzubeugen. Es liegt demnach nichts anderes vor, als die Anwendung betrügerischer Mittel zur Ausführung eines Konterbandetransports.

Da schon nach dem in den Punkten 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des Schiffs unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt keine Notwendigkeit vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 5. September 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Furness, Withy & Co. Ltd., England, County Durham, West-Hartlepool, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Vegga", Charles Francis Benson aus Varberg in Schweden.

Prozefivertreter: Die Rechtsanwälte Akiyama Genzo und Nishi Noshun, Regierungsbezirk Kanagawa, Vokohama, Yamashitacho Nr. 75.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des schwedischen Dampfers "Vegga", wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die Reklamation wird abgewiesen.

Die auf dem Dampfer "Vegga" verladenen 3616 Tons Steinkohlen werden eingezogen.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung von 3616 Tons rauchloser Cardiffkohle ist auf dem schwedischen Dampfer "Vegga" im Auftrag der Agentur der Reederei des Dampfers, der Firma Jacob Hessler & Co. Ltd., in Weest-Hartlepool, England, von der Agentur der Reederei in Barry, Watts, Watts & Co., verladen worden, nm nach Wladiwostok in Rußland befördert zu werden.

Am 10. Dezember 1904 fuhr der Dampfer von Barry über Sabang, Labuan und Hongkong nach Władiwostok ab, Auf dieser Reise wurde die zur Verhandlung stehende Ladung am 3. März 1905 auf 34° 10° n. Br. und 127° 43° 6. L. zusammen mit dem genannten Dampfer von dem Kaiserichen Kriegsschiff, "Nikko Maru" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten der "Nikko Maru", Mariueunterleutnants Nikuta Hitoshi, die Vernehmungsprotokolle des Kapitänder "Veggat", Charles Francis Benson, des ersten Offiziers Christian Nordström, des zweiten Offiziers Carl Larson, des Obermaschinisten Berndt Frederikson, durch das Schiffszertfükal, das Tagebuch und das Maschinenjournal.

Die Hauptpunkte der Vertreter der Reklamation sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Kohle sei von dem Reklamanten als Absender auf dem Dampfer "Vegga" verschifft worden, um nach Wladiwostok befördert zu werden.

Kohle sei nur, wenn anzunehmen sei, daß sie für den feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte, Konterbande, und Güter, welche nach einem Hafen, der wie Wladiwostok die Eigenschaften eines Kriegshafens und eines Handelshafens in sich vereinige, geschicht würden, seien nicht als für den Kriegsgebrauch, sondern wielmehr für friedlichen Gebrauch bestimmt, daher nicht als Konterbande anzusehen. Daß dies billig sei, tue die Präcedenzentscheidung in der Prisensache, betreffend die "Neptunus" den

Selbst wenn man die zur Verhandlung stehende Kohle als feindliches Gut ansehen wolle, so sei es doch ein unrechtmäßiges Vorgehen gewesen, sie zu beschlagnahmen, da sie unter neutraler Flagge gefahren sei.

Aus diesen Gründen sei die zur Verhandlung stehende Ladung freizugeben.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Die zur Verhandlung stehende Kohle sei nach Wladiwostok, den Hauptflottenstützpunkt Rußlands, bestimmt gewesen. Sie sei daher, wei es offenbar sei, daß sie zu feindlichem Kriegsgebrauch habe dienen sollen, Konterbande. Deshalb sei sie einzuziehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Vertreter der Reklamation behaupten, daß der Reklamant der Absender der zur Verhandlung stehenden Ladung sei. Die als Beweis hierfür eingereichte Abschrift des Konnossements ist aber weder auf dem Schiff vorhanden gewesen, noch trage sie die eigenhändige Unterschrift des Ausstellers. Daher könne ihr keine Anerkennung gewährt werden. Danach ist das rechtliche Interesse<sup>3</sup>) des Reklamanten an der zur Verhandlung stehenden Ladung als nicht erwiesen zu erachten, und die Reklamation ist abzuweisen.

Die zur Verhandlung stehende Ladung ist Cardiffkohle, wie sie zurzeit vorzugsweise auf Kriegsschiffen zur Verwendung kommt. Ihr Bestimmungsort, Wladiwostok, ist Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und gegenwärtig der Hauptstützpunkt seiner Flotte. Es ist daher gerechtfertigt anzunehmen, daß die Kohle, wenn sie dort ankommen würde, sicher zum Kriegsgebrauch des Feindes dienen würde.

Sie ist daher als Konterbande anzusehen 2) und muß mit Recht eingezogen werden. 3)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 10. Juni 1905 im Prisengericht zu Sasebo, im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamant: Furness, Withy & Co. Ltd., England, County Durham, West-Hartlepool, vertreten durch Charles Francis Benson, Kapitän des Dampfers "Vegga" aus Schweden, Varberg.

Prozeßvertreter: Die Rechtsanwälte Akiyama Genzo und Nishi Koshun, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 75.

Am 10. Juni 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend die Ladung des schwedischen Dampfers "Vegga", welcher am 3. März 1905 auf 34° 10′ nördlicher Breite und 127° 43′ östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru" beschlagnahmt worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Abweisung der Reklamation und auf Einziehung der auf dem Dampfer "Vegga" verschifften 3016 Tons Steinkohlen erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Charles Francis Benson als Vertreter des Reklamanten, der Firma Furness With y & Co. Ltd., durch die Rechtsater allte Akiyama Genzo und Nishi Koshun als Prozeflvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsamwälte.

<sup>1)</sup> IV. § 16,2, - 2) II. Ziffer 2. - 2) V. § 43.

Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung der Vertreter der Reklamation, Akiyama Genzo und Nishi Koshun, sind folgende:

- Am 10. Juni 1905 habe das Prisengericht zu Sasebo ein Urteil gefall, in welchem auf Abweisung der vorliegenden Reklamation und Einziehung der auf dem Dampfer, "Vegga" verschifften 3016 Tons Steinkohlen erkannt worden sei. Diese Entscheidung sei unzutreffend, es werde Aufrebung derselben und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:
- Die zur Verhandlung stehende Ladung sei weder Eigentum des Reeders noch Kriegskonterbande. Es sei daher unzutreffend, wenn das Gericht erster Instanz angenommen habe, daß sie dem Reeder gehöre und Konterbande sei, und daraufhin auf Einziehung dieser Ladung mitsamt dem Schiff entschieden habe.
- 2. Das Gericht verweigere der von dem Reklamanten zum Beweise dessen, daß er der Absender sei, eingereichten Kopie des Konnossements die Anerkennung, mit der Begründung, daß sie nicht auf dem Schiff vorhanden gewesen sei und nicht die eigene Unterschrift des Reklamanten trage. Die darauf gegründete Entscheidung, welche dem Reklamanten das rechtliche Interesse an der Ladung abspreche und die Reklamation abweise, sei unzutreffend. Denn der Grund, weshalb das Konnossement in Kopie eingereicht sei, sei der, den Inhalt des zur Zeit der Verschiffung der Ladung ausgestellten, aber von Anfang auf dem Schiff nicht vorhanden gewesenen Originals, der derselbe gewesen sei wie der der Kopie, darzutun. Es sei in den Regeln über die Beweisaufnahme anerkannt, daß im Falle des Nichtvorhandenseins des originalen Beweisdokuments eine Kopie an seiner Stelle dienen könne. Wenn daher auch die Unterschrift nicht die eigene Unterschrift des Reklamanten sei, so müsse doch in einem solchen Falle die Beweiskraft der Konie anerkannt werden. Weshalb das Original nicht auf dem Schiff vorhanden gewesen sei, ergebe sich aus dem Vernehmungsprotokoll des Kapitäns, wo es heiße:

der Grund dafür, daß er kein Konnossement habe, sei der, daß die Verschiffung der Kohle am Sonnabend fertig gewessn und daß er am selben Abend abgereist sei. Wenn er bis zum Montag gewartet hätte, wäre ihm das Konnossement ausgehändigt worden. Da er aber am Sonnabend abgefahren sich labe er es nicht erhalten können und es habe ihm nachgeschickt werden sollen. Daher habe er es nicht an Bord gehabt.

Daraus ergebe sich, daß das Konnossement über die zur Verhandlung stehende Ladung zur Zeit der Verschiffung ordnungsmäßig ausgestellt und in Händen der Agentur des Schiffes gewesen, von dieser aber dem Kapitän nicht geschickt worden sei. Daher habe das Schiff nicht mit dem Original versehen werden und dieses nicht bei der Aufbringung vorgelegt werden können.

Es sei freilich nicht zu bestreiten, daß das Nichtvorhandensein des Konnossements auf dem Schiff den gebräuchlichen Regelen zweider sei. Dem Fehlen des Konnossements liege aber kein höser Glaube auf seiten des Reeders oder des Kapitäns zugrunde, insofern als das Nichtvorhandensein nicht von ihnen beabschitgt, sondern schließlich nur die Folge einer Versäumnis der Agentur des Dampfers gewesen sei. Daraufhin dem Absender und Reklamanten die Verantwortung dafür aufzuerlegen, und seine Reklamationsbefugnis zu leugnen, sei eine Entscheidung. welche der Verrunft zweiderfaufe.

3. Das Gericht erster Instanz habe folgendes entschieden:

die zur Verhandlung stehende Ladung sei Cardiffkohle, wie sei zurzeit vorzugsweise auf Kriegsschiffen zur Anwendung komme. Der Bestimmungsort, Wladiwostok, sei Rußlands einziger Kriegshafen im Osten und gegenwärtig der Hauptstützpunkt seiner Flotte. Es sei daher gerechtfertigt, anzunehmen, daß die Kohle, wenn sie dort ankommen würde, zum Kriegsgebrauch des Feindes dienen würde. Daher sei sie als Konterbande anzusehen und müsse mit Recht eingezogen werden.

Wladiwostok sei aber nicht nur ein Kriegshafen Rußlands, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten, in dem alle Arten von Handelsund Gewerbeunternehmungen betrieben würden. Auch zur Zeit der Beförderung der zur Verhandlung stehenden Ladung hätten Handels- und 
Gewerbetreibende aller Länder dort nach wie vor ihre Geschäfte betrieben. Es könne daher nicht als zutreffend erachtet werden, wenn 
man Kohle, die dorthin befördert werde, lediglich mit der Begründung, 
daß Wladiwostok Kriegshafen sei, ohne weiteres als Kriegsbedarfsgegenstand betrachte. Es sei bekannt, daß in unserer Zeit Cardiffkohle nicht 
ausschließlich bei der Marine zur Verwendung komme, vielmehr ganz 
allgemein im Handels- und Industriebetrieb und auch zu sonstigem 
Gebrauch verwandt werde.

In einem Falle, wo eine zu kriegerischem und friedlichem Gebrauch verendbare Ladung wie Kohle nach einem Hafen versandt werde, der wie Wladiwostok die Eigenschaften eines Handels- und eines Kriegshafens in sich vereinige, müsse angenommen werden, daß es den Satzungen und Gebräuchen des Völkerrechts entspreche, wenn man nach dem schon in anderen Fällen zitierten Urteil des "Neptunus"-Fälles entscheide, daß die Kohle nach dem Handelshafen Wladiwostok habe befördert und zu friedlichem Gebrauch ereliefert werden sollen.

Kurz, der Reklamant sei der Absender der zur Verhandlung stehenden Ladung und habe somit ein rechtliches Interesse an derselben. Ferner sei die Ladung keine Kriegskonterbande. Es werde daher Annahme der zur Verhandlung stehenden Reklamation und Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

- 1. Da für die Behauptung des Reklamanten, daß die zur Verhandlung stehende Ladung in seinem Eigentum stehe, und daß er der Absender derselben sei, keinerlei Beweis erbracht worden sei, so m\u00e4sse man annehmen, daß der Reklamant keinerlei Beziehungen zu der Ladung habe. Da ihm demnach keine Reklamationsbefugnis zusteht, so si die Entscheidung erster Instanz auf Abweisung der Reklamation begr\u00e4m\u00e4ch.
- 2. Da die zur Verhandlung stehende Ladung ausschließlich bei der Marine zur Verwendung kommende rauchlose Cardiffkohle, und hir Bestimmungsort Wladiwostok sei, der einzige Kriegshafen Rußlands im Osten und Hauptstützpunkt für seine Flotte; da ferner der Empfänger der Ladung der russische Regierungslieferant, der bekannte G in s b ur g, sei, so sei es sicher, daß sie, wenn sie angekommen wäre, zum feindlichen Kriegspebrauch geliefert worden wäre. Daher sei die Annahme des Gerichts erster Instanz, daß die Ladung Konterbande, und die Entscheidung, daß sie einzusiehen sei, zutreffend.

Demnach sei die Berufung, weil in allen Punkten unbegründet, abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Schiffspapiere und andere Beweismittel, welche dartun könnten, daß der Reklamant ein rechtliches Interesse an der zur Verhandlung stehenden Kohle hat, sind nicht vorhanden. Der Reklamant hat freilich bei der mündlichen Verhandlung in der ersten Instanz zum Beweise dafür, daß Harris & Dixon die Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Ladung seien, eine Vollmacht und eine Abschrift des Konnossements eingereicht. Diese Vollmacht beweist indes nichts weiter, als daß Harris & Dixon, weil sie die Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Kohle seien, dem Rechtsanvalt und Prozeßvertreter der zur Verhandlung stehenden Berufung, Akiyam a Genzo, zur Einreichung der Reklamation den Auftrag gegeben haben. Sie beweist aber nicht, daß die Kohle der Firma Harris & Dixon gehört.

Was ferner die erwähnte Kopie des Konnossements angeht, so kann dieselbe jederzeit von dem Vertreter des Reklamanten, dem Kapitän, hervestellt worden sein.

Daher ist es durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz unter Verwerfung dieser Beweise angenommen hat, daß außer dem Reeder ein Interessent an der Ladung nicht vorhanden ist, und die Reklamation des Reklamanten abgewiesen hat.

Demnach ist die Berufung im Eingang des Punktes 1 und im Punkt 2 unbegründet.

Selbst wenn man einmal annimmt, der Reklamant habe rechtliches Interesse an der zur Verhandlung stehenden Kohle, so steht doch das Völkerrecht auf dem Standpunkt, daß Güter, wie Kohle, Lebensmittel und dergleichen, im Falle, daß sie für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sind oder nach einem Platz im Feindesland gehen und angenommen werden muß, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Armee und Marine dienen würden, als Kriegskonterbande anzusehen sind und eingezogen werden können.

Es ist nun aber unbestritten, daß die zur Verhandlung stehende Cardiffkohle nach Wladiwostok bestimmt gewesen und auf der Reise dorthin von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nikko Maru" beschlagnahmt worden ist. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen und sein Hauptflottenstützpunkt ist. Seit dem Krieg mit Japan hat es diesen Platz zum Hauptstützpunkt für seine Armee und Marine gemacht. Es ist mit ganzer Kraft bestrebt, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr in diesem Hafen ist fast ganz zum Stillstand gekommen. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterhande seien Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach der Art der Präcedenz-Entscheidung, betreffend den "Neptunus", auch in diesem Fall angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

Daher sind auch der letzte Teil des Punktes 1 und der Punkt 3 der Berufung unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 5. September 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: The Cornhill Steamship Company, England, London, Grace Church Street Nr. 81, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Venus", William Fargher.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Venus" und seine Ladung wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des englischen Dampfers "Venus" und seiner Ladung von etwa 5200 Tons Cardiffkohle entschieden.

### Tatbestand und Gründe:

Der Dampfer "Venus" steht im Eigentum des Reklamanten, sein Heimatshafen ist London in England und er ist ein Handelsschiff, welches die englische Flagge führt. Der Reklamant ist selbst der Befrachter. Er hat in Cardiff in England ungefähr 5200 Tons zweimal gesiebte Cardiffkohle geladen, um sie nach Wladiwostok in Rußland zu befördern. Der Empfänger sollte sich nach Order bestimmen. Da als Bestimmungsort Saigon angegeben wurde, erhielt der Dampfer entsprechenden Ausklarierungsschein und Gesundheitspaß. Am 25. Dezember 1904 fuhr der Dampfer von Cardiff ab und erhielt auch beim Anlaufen von Port Said auf seine Angaben hin einen Gesundheitspaß für Saigon. In Singapore nahm er unter der Angabe, nach Shanghai zu fahren, eine Mannschaft an und ließ in der Ausklarierung und der Leuchtturmsteuerquittung Shanghai als Bestimmungsort eintragen. Auch in dem Tagebuch wurde seit der Abreise von Singapore, bis zur Aufbringung, Shanghai verzeichnet. Während dann der Dampfer mit einem großen Umweg einen Kurs fuhr, der ihn durch die Soyastraße nach Władiwostok führen sollte, wurde er am 4. März 1905, 1 Uhr nachmittags in der Straße von Etorup von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nippon Maru" aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Nippon Maru", Kapitänleutnants Taira Saneo, die Vernehmungsprotokolle des Genannten und des Kapitäns der "Venus", William Fargher, das Schiffszertifikat, das Privatschiffsjournal, das Konnossement, die Ausklarierungsbescheinigung, den Gesundheitspaß und die Quittung über die Leuchturmsteuer.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung stehe im Figentum der Firma Harris & Dixon in London und sei von dem Reklamanten als Absender befördert worden. Ihre Beförderung nach Wladiwostok, einem Hafen einer der kriegführenden Mächte, sei eine offenbare Handelstransaktion, die unter den Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs stehe, und unbestreibtar eine völkerrechtlich nicht anfechtbare Handlung sei,

Da Kohle keine absolute Konterbande sei, so müsse im vorliegenden Falle, wo Kohle nach Wladiwostok gehe, einem Hafen, der die Eigenschaft sowohl eines Kriegs- als eines Handelshafens besitze, mangels Gegenbeweises angenommen werden, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok befördert, und nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollte. Daß dies billig sei, tue auch die Präcedenzentscheidung, betreffend den im englisch-holländischen Krieg im Jahre 1798 aufgebrachten "Neptunus" dar. Für den vorliegenden Fäll gelte dies um so mehr, als die Ladung nicht ausschließlich für den Kriegsgebrauch verwendbar sei, sondern auch vanz alleemen im Industriebetriebe verbraucht werde.

Aber selbst einmal angenommen, die zur Verhandlung stehende Ladung sie feindlichen Charakters, weil sie nach feindlichen Gebiet befördert werde, so könne sie doch, weil unter neutraler Flagge verschift, nach Artikel 2 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 nicht beschlägnahmt werden.

Daß in den im Ausgangshafen und den Anlaufshäfen erhaltenen Ausklarierungen und Gesundheitspässen Saigon und Shanghai als Bestimmungsorte bezeichnet seien und der endgültige Bestimmungshafen, Wladiwostok, nicht aufgeführt sei, habe nur den Zweck gehabt, den Schwierigkeiten zu entgehen, welche die zuständigen Behörden bei der Aushändigung dieser Schriftstücke gemacht haben würden, wenn ihnen die Wahrheit gesagt worden wäre. Daß es keinerfalls in der bösen Absicht gesechehen sei, sich dadurch der Aufbringung zu entziehen, könne man daraus entnehmen, daß das Konnosement klar angebe, daß die Ladung für Wladiwostok bestimmt sei. Die Ausklarierungsbescheinigungen seien keine wichtigen Schiffspapiere, sondern bescheinigten lediglich eine Formalität. Wenn daher auch in ihrem Inhalt Auslässungen vorgekommen seien, so könne das nicht als Material für die Begründung der Einziehung des Schiffse geltend gemacht werden.

Aus diesen Gründen werde Freigabe des Schiffes und seiner Ladung beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht, und sie ist mit allen Mitteln bestrebt, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohle oder Lebensmittel und dergleichen Güter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Wladiwostok befördert werden, so muß, mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezüglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus ausgewählter Cardiffkohle besteht, wie sie nur zum Gebrauch auf Kriegsschiffen dient, nicht bezweifelt werden, daß sie wirklich für den Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Konterhande anzusehen. 1)

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Nentunus"-Fall angeht, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett nach Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung ienes Urteils vielmehr zur Bekräftigung der Annalime, daß die hier zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande ist, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von Wladiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwostoks viel mehr gleich.

Obwohl es bereits bei der Abfahrt von Cardiff bestimmt war, daß das Schiff nach Wladiwostok gehen sollte, ist doch den Behörden des Ausgangshafens und der Anlaufshäfen keinerlei Anzeige über Wladiwostok gemacht worden. Wenn der Dampfer sich Ausklarierungen und Gesundheitspässe nach den neutralen Häfen Saigon und Shanghai geben ließ, das Schiffsiournal mit falschen Eintragungen versah und einen Umweg nahm, um durch die Sovastraße nach Wladiwostok zu gelangen. so ist das unzweifelhaft nicht, wie der Reklamant sagt, geschehen, um das betreffende Verfahren ungehindert vor sich gehen zu lassen, auch liegt darin keine zu übersehende Nachlässigkeit. Vielmehr muß man annehmen, daß durchaus mit voller Absicht der Bestimmungsort verheimlicht wurde, um durch diese List der Aufbringung zu entgehen. Wenn sich auch zufällig in dem Konnossement der wahre Bestimmungsort findet, so kann man doch nicht daraufhin allein die oben erwähnte List übersehen und annehmen, daß das Schiff sich nicht betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht habe.

Der Dampfer "Venus" hat demnach unter Anwendung betrügerischer Mittel Kriegskonterbande befördert, und es ist von der Theorie

<sup>1)</sup> Il. Ziffer 2.

und der Praxis des Völkerrechts gleichermaßen anerkannt, daß derartige Schiffe, welche sich betrügerischer Mittel bedient haben, zusammen mit der Konterbandeladung eingezogen werden können. 2)

Da aus diesen Gründen das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung einzuziehen sind, so erübrigt es sich, auf die übrigen Punkte des Reklamanten weiter einzugehen.

Es wird daher, wie in der Urteilsformel, entschieden.

Verkündet am 4. Mai 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

Reklamant: The Cornhill Steamship Company, London, England, Grace Church Street Nr. 81, vertreten durch den Kapitän der "Venus", William Fargher.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 4. Mai 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensache, hetreffend den englischen Dampfer "Venus" und seine Ladung, welche am 4. März 1905 bei der Straße von Etorup von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nippon Maru" beschlagnahmt worden sind, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme des englischen Dampfers "Venus" und der auf ihm verladenen ungefähr 5200 Tons Cardiffkohle erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat William Fargher als Vertreter des Reklamanten, The Cornhill Steamship Company, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeflvertreter die Berufung eingelegt, welche im Belsein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. 1shiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, und deren Gründe sind folgende:

1. Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nach Wladiwostok, dem einzigen russischen Handelshafen im Osten, befördert worden und zu friedlichem Gebrauch bestimmt gewesen. Es sei daher unzutreffend, sie als Kriegskonterbande zu betrachten. Aber einmal angenommen, die Ladung sei Konterbande, so könne doch das Schiff nicht zusammen mit der Ladung eingezogen werden, da der Eigenfümer des Schiffs und der der Ladung verschiedene Personen seien und kein Beweis dafür vor-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) V. §§ 43, 44.

handen sei, daß bei der Verladung betrügerische Mittel angewandt worden seien.

- 2. Bei Konterbandetransport beschränke sich, wenn die Konterbande nicht im Eigentum des Reeders stehe, die Strafe der Einziehung auf die Ladung, das Schiff könne als Strafe lediglich der Verlust an Fracht, Zeit und Kosten treffen; Einziehung könne dagegen nicht verfügt werden. Auch sei es ein Grundsatz des modernen Völkerrechts, dak, wenn die Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel verschiffts esi, auch das Schiff nur eingezogen werden könne, wenn es erwisen sei, auch das Schiff unt eingezogen werden könne von ein eine sein sein sich inter unter die Japanische Prisenordnung stehe auf demselben Standpunkt. In dem vorliegenden Fall sei aber der Reeder ganz sicher nicht Mittäter bei dem betrügerischen Vorgehen, so daß es unrechtmäßig sei, wenn das Urteil erster Instan, ohne zu untersuchen, ob der Reeder bei dem betrügerischen Vorhaben beteiligt gewesen sei oder nicht, einschieden habe, daß das Schiff zusammen mit der Konterbandeladung einzuziehen sei.
- 3. Um auf Grund von Anwendung betrügerischer Mittel die Sträfe der Einziehung auferlegen zu können, genüge es nicht, daß lediglich in den Ausklarierungspapieren umd dem Gesundheitspaß der letzte Bestimmungsort nicht angegeben sei. Es sei vielmehr erforderlich, daß die Papiere hergestellt seien mit der Absicht, der Aufbringung durch die im Krieg befindliche Marine zu entgehen, und in einer Art, daß diese Marine auch wirklich dadurch getäuscht werden könne. Was nun die Schiffspapiere des zur Verhandlung stehenden Schiffes angehe, so könne man daraus, daß in dem Konnossement Wladiwostok als Bestimmungsort angegeben sei, schon entnehmen, daß eine Fälschung derselben, um der Aufbringung zu entgehen, nicht vorliege. Daß ferner in den Auskarierungspapieren und dem Gesundheitspaß Wladiwostok nicht als Bestimmungsort aufgeführt sei, sei lediglich auf eine zur Vermeidung von formalen Schwierigkeiten den Behörden des eigenen Landes gegenüber abgegeben fälschliche Erklärung zurückzuführen.

Hall sage:

Wenn falsche Schiffspapiere angefertigt würden, um die aufbringende kriegführende Macht zu täuschen, so könnten sie nur in den Fällen als schädlich betrachtet werden, wo dadurch, daß sie als echte passierten, die Rechte der Kaptoren schließlich zunichte gemacht werden könnten. Andernfalls seien sie im allgemeinen milde zu beurteilen.

Danach betrachtet, stellten die in den Papieren des zur Verhandlung stehenden Dampfers vorkommenden falschen Eintragungen keinen ausreichenden Orad von Täuschung dar, um die Einziehung des Schiffes nach sich ziehen zu können.

- 4. Die japanische Prisenordnung stehe auf dem Standpunkt, daß Kohle nur als Konterbande gelte, wenn es erwiesen sei, daß sie für den feindlichen Kriegsgebrauch geliefert werden solle. Einmal angenommen, dieser Standpunkt entspreche den völkerrechtlichen Grundsätzen, so sei doch Wladiwostok, der Bestimmungsort der zur Verhandlung stehenden Ladung, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Es sei daher unrechtmäßig, ohne weiteres anzunehmen, daß dorthin bestimmte Kohle, welche keine absolute Konterbande sei, für den Kriegsgebrauch bestimmt sei. Es müsse vielmehr entsprechend dem Urteil in dem "Neptunus"-Fall im englisch-holländischen Kriege im Jahre 1798 angenommen werden, daß die in Frage stehende Ladung für den Handelshafen Wladiwostok bestimmt sei und für friedlichen Gebrauch geliefert werden solle. Wenn das Gericht erster Instanz Wladiwostok als einen reinen Kriegshafen ansehe und es mit in dem "Neptunus"-Fall erwähnten Kriegshafen Brest auf gleiche Stufe stelle, so sei das eine falsche Auffassung der Tatsachen. Folglich sei auch die Präcedenzentscheidung nicht richtig angezogen. Das Urteil erster Instanz übersehe, daß auch heute noch der gewöhnliche Handelsverkehr mit Wladiwostok in Ausübung begriffen sei und sage, es sei eine bekannte Tatsache, daß der Handelsverkehr des genannten Hafens gesperrt sei. Auch darin entstelle das Urteil die Tatsachen, daß es behaupte, daß Cardiffkohle, welche überall auf der Erde sowohl für den Kriegsgebrauch als im Industriebetriebe verwandt werde, im fernen Osten ausschließlich auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme. So stehe das Urteil mit dem Sachverhalt in Widerspruch.
- 5. Bezüglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff stehe die englische Prasis auf dem Standpunkt, daß Einziehung gegen Leistung einer Entschädigung erfolgen könne. Das kontinentale Prinzip, welches mit den Beschlüssen des Internationalen Völkerrechtskongresses übereinstimme, erkenne mit Bezug auf derartige Güter unter der Bedingung der Entschädigung nur ein Recht der Beschlagnahme oder des Vorkaufs für den kriegführenden Staat an. Japan weiche von diesen Prinzipien und Gewohnheiten ab und bestimme in unbilliger Strenge bedingungslose Einziehung. Besonders auch, da die japanische Seeprisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, daß, wo es sich um neutrale relative Konterbandegüter handele, eine billigere Haltung eingenommen werde.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs und seiner Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, sind folgende:

1. Es sei unbestritten, daß das zur Verhandlung stehende Schiff im Eigentum des Reklamanten, der Cornhill Steamship Company, stehe. Daß diese Firma auch der Absender der Ladung sei, lasse sich daraus entnehmen, daß kein Chartervertrag vorhanden sei, und gehe auch aus dem Konnossement und der Aussage des Kapitäns hervor. Wenn aber der Reeder der Absender der Ladung sei, so sei es gerechtfertigt, solange kein Gegenbeweis vorliege, anzunehmen, daß er auch der Eigentümer der Ladung sei.

Da es ferner bekannt sei, daß eine Ladung, wie die zur Verhandlung stehende, welche aus dopplett gesiebter Cardiffshohe bestehe, im Osten nur auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme, und außerdem die Ladung nach Wladiwostok, dem einzigen Marinestützpunkt des Feindes im Osten, bestimmt sei, so unterstehe es, wenn man alles dies zusammenhalte, keinem Zweifel, daß die Ladung der feindlichen Marine habe geliefert werden sollen.

Ferner habe das zur Verhandlung stehende Schiff bei der Abreise von England fälschlicherweise Saigon, und in Singapore Shanghai als Bestimmungsort der Ladung angegeben und dementsprechende Ausklarierungspapiere erhalten. Auch das Schiftsjournal sei mit den gleichen falschen Eintragungen versehen worden.

- 2. Daß das betrügerische Vorgehen in dieser Sache nicht nur eine Handlung des Kapitäns sei, sondern auf das Verhalten des Reeders oder seines Vertreters zurückzuführen sei, gehe aus dem Vernehmungsprotokoll des Kapitäns hervor. Mithin sei das betrügerische Vorgehen in dieser Sache in vollem Maße mit dem Einverständnis des Reeders gesehehen.
- 3. Die Ausklarierungspapiere und Gesundheitspässe seien für die Ermittlung des wahren Bestimmungsortes eines Schiffes seitens des Kaptors Schiffspapiere, welche für die Durchführung der Untersuchung von größter Bedeutung seien. Auch beschränkten sich die falschen Angaben im vortiegenden Falle nicht auf diese Papiere, sondern auch das Privatschiffsjournal enthalte einen falschen Bestimmungsort. Daß dies ausschließlich geschehen sei, um den Kaptor zu täuschen, liege auf der Hand.
- 4. Daß eine Ladung von zweimal gesiebter ausgewählter Cardiftkohle im Osten nur auf Kriegsschiffen gebraucht werde, sei eine allgemein bekannte Tatsache. Wenn daher auch Wladiwostok zugleich ein Handelshafen sein möge, so könne man doch, weil es vor allem der Hauptstützpunkt der feindlichen Marine sei, nichts anderes annehmen, als daß die Ladung für die feindliche Marine bestimmt gewesen sei.
- Wenn auch ein Gut sowohl zu friedlichem als zum Kriegsgebrauch dienen könne, so erkenne doch das geltende Völkerrecht an,

daß es, wenn seine Konterbandeeigenschaft festgestellt sei, von der kriegführenden Macht eingezogen werden könne.

Präcedenzfälle, in welchen bei Einziehung bedingungsweiser Konterbande Entschädigung geleistet worden sei, gründeten sich entweder auf besonderen Vertrag oder auf besondere politische Rücksichten. Das Völkerrecht enthalte dagegen keine allgemeine diesbezügliche B-stimmung, welche man zu befolgen verpflichtet zu

Die Berufung sei daher unbegründet und müsse abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in auchter der Beiter Be

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präeedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus" auch in diesem Fall angenommen werden, daß die in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präeedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande schlechtlin konfisziert werden kann. Wünsche bezöglich Vorkaufs, Einziehung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie sie der Reklamant äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragliche Abmachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorien nur vereinzelt. Keinenfalls können sie jedoch ab völkerrechtliche Regel anerkannt werden. Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas versehen hätte, wenn es diesen Ansichten des Rekklamanten nicht Folge leistet.

hatte, wenn es diesen Ansichten des Reklamanten nicht Folge leistete.

3) Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und das ihr zu Grunde liegende englische Manual of Naval Prize Law, Art. 82—85.

- 3. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. Auch das Oberprisengericht hält dies für billig, besonders im vorliegenden Fall, wo die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist, wo die Agentur des Reeders dem Kapifan bei der Abfahrt des Schiffes Order gegeben hat, nach Waladiwostok zu fahren, während das Privatschiffsjournal und die Ausklarierungspapiere einen gefälschten Bestimmungsort enthalten, wo also das Schiff sich des Transports von Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel schuldig gemacht hat.
- Da schon nach dem in den Punkten 1, 2 und 3 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffs und seiner Ladung unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt kein Bedürfnis vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzugehen.
  - Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: The Cornhill Steamship Company, England, London, Grace Church Street Nr. 81, vertreten durch den Kapitän der "Aphrodite", F. O. Edmunds.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Aphrodite" und seine Ladung wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des englischen Dampfers "Aphrodite" und seiner Ladung von etwa 5600 Tons Cardiffkohle erkannt.

### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Aphrodite" steht im Eigentum des Reklamanten, sein Heimatshafen ist London und es ist ein Handelsschiff, welches die englische Flagge führt. Der Reklamant ist selbst der Absender. Er hat in Cardiff in England ungefähr 5000 Tons zeweimal gesiebte Cardiffshole geladen. Der Empfänger sollte sich nach Order bestimmen. Da als Bestimmungsort Saigon angegeben wurde, erhielt der Dampfer entsprechenden Ausklarierungssehein und Gesundheitspaß. Am 22. Dezember 1004 fuhr der Dampfer von Cardiff ab. Im Privatschiffsjournal wurde ebenfalls Saigon als Refesziel eingetragen. In Singapore erhielt der Dampfer auf seine Angabe hin Ausklarierung für Shanghai. Am 8. Februar 1905 fuhr er von Singapore ab. Bis zum 20. Februar lautet das Privatschiffsjournal auf Shanghai; vom 21. an ist Wladiwsotsk als Ziel der Reise angegeben. Der Dampfer nahm dann absichtlich einen Umweg, um durch die Soyastraße nach Wladiwostok zu gelangen. Auf dieser Fahrt wurde er am 6. März d. J. in der Nähe von Etorup von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nippon Maru" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Verterters des Kommandanten der "Nippon Maru", Kapitänleutnants Nakash in a Den zo, die Vernehmungsprotokolle des Genannten und des Kapitäns der "Aphrodite", F. O. Edmunds, das Schiffszertifikat, das Privatschiffsjournal, das Konnossement, die Ausklarierungspapiere und Gesundheitsnässe.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die Beförderung von Kohlen durch neutrale Statskangehörige nach Wladiwostok, einem Hafen einer der kriegführenden Mächte, sei eine öffentliche Handelstranssktion, welche unter den Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs stehe und unbestreitbar eine völkerrechtlich nicht anfechtbare Handlung sei.

Da Kohle keine absolute Konterbande sei, so müsse im vorliegenden Falle, wo Kohle nach Wladiwostok gehe, einem Hafen, der die Eigenschaft sowohl eines Kriegshafens als eines Handelshafens besitze, mangels Gegenbeweises, angenommen werden, daß sie nach dem Handelshafen Wladiwostok befördert und nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden solle. Daß dies billig sei, tue auch die Präcedenzentscheidung, betreffend den in englisch-holländischen Kriege aufgebrachten "Neptunus" dar. Für den vorliegenden Fall gelte dies umsomehr, als die Ladung nicht ausschließlich für den Kriegsgebrauch verwendbar sei, sondern solche Kohle auch ganz allgemein im Industriebetriebe verbraucht werde.

Äber einmal angenommen, die zur Verhandlung stehende Ladung sei feindlichen Charakters, weil sie nach feindlichem Gebiet befördert werde, so könne sie doch, weil unter neutraler Flagge verschifft, nach Artikel 2 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 nicht beschlagnahmt werden.

Daß, obwohl Władiwostok der Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Schiffs gewesen sei, dieser Hafen in den Ausklarierungspapieren nicht als Bestimmungsort angegeben, sondern Saigon bzw. Shanghai verzeichnet sei, habe seinen Grund nicht in der Absicht, dadurch der Aufbringung zu entgehen. Dies könne man mit hinrichenden Sicherheit daraus entnehmen, daß das Konnossement besage, die Güter seien an Order in Wladiwostok abzuliefern, und daß das Schiffsjournal vom 21. Februar bis zum 2. März d. J. als Reise "von Singapore nach Wladiwostok" angebe.

Daß ferner der Dampfer für die Reise nach Wladiwostok keine Ausklarierungspapiere besessen habe, erkläre sich lediglich daraus, daß er, weil ihm schließlich bei dem betreffenden amtlichen Verfahren Schwierigkeiten hätten entstehen können, damit die Angelegenheit glatt vonstatten gehe, den Bebörden den Bestimmungsort nicht offenbart habe.

Wenn des weiteren der Kapitän in dem Konnossement mit Bleisturermerkt habe, daß die Ladung bis zur Ablieferung an die russische Marine noch in Rechnung des Reeders stehe, so sei der Beweggrund für diesen Vermerk völlig unersichtlich. Denn an und für sich sei dieser Vermerk eine willkürliche und ungeheuerliche Kompetenzübrschreitung des Kapitäns. Aber selbst angenommen, er habe denselben bei normalem Verstande ausgeführt, so habe der Vermerk doch keinzleit Wirkung, und könne dem Reeder nicht zugerechnet werden.

Auch wenn der Kapitän ausgesagt habe, die Ladung stehe im Eigentum des Reeders, so sei das nur seine Einbildung und tatsächlich seien erwiesenermaßen Harris and Dixon in London die Eigentümer

Aus diesen Gründen werde eine Entscheidung auf Freilassung des zur Verhandlung stehenden Dampfers und seiner Ladung beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Władiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung den Platz zu einem Hauptetappenort gemacht, und sie ist mit allen Mitteln bestrebt, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkeh hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohle oder Lebersmittel und dergleichen Güter, deren Konterhandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Władiwostok befördert werden, so muß, mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezäglich der ur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus ausgewählter Cardiffkohle besteht, wie sie im wesentliehen nur zum Gebrauch auf Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht als Kriegskonterbande anzusehen. <sup>1</sup>)

Was das von dem Reklamanten angezogene Urteil in dem "Neptunus"-Fall angeht, so deckt sich jener Fall, in dem Tierfett nach

<sup>1)</sup> II, Ziffer 2.

Amsterdam befördert werden sollte, nicht mit dem vorliegenden. Im Gegenteil kann man die Begründung jenes Urteils vielmehr zur Bekräftigung der Annahme, daß die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande ist, geltend machen. Denn Amsterdam hatte damals einen vorwiegend kommerziellen Charakter. Die gegenwärtigen Verhältnisse von Wladiwostok sind aber, wie oben dargetan, wesentlich verschieden. Das in dem Urteil erwähnte Brest kommt den gegenwärtigen Verhältnissen Wladiwostoks vielmehr geich.

Obwohl es bereits vor der Abfahrt von Cardiff bestimmt war, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer nach Wladiwostok fahren sollte, gab der Dampfer in Cardiff an, er fahre nach dem neutralen Hafen Saigon, und erhielt einen dementsprechenden Ausklarierungsschein und Gesundheitspaß. Auch in das Schiffsjournal wurde diese fälschliche Eintragung gemacht.

In Singapore erhielt der Dampfer entsprechend seinen Angaben eine Ausklarierung nach Shanghai. Seit der Abreise von Singapore am 8. Februar bis zum 20. Februar 1905 wurde auch in dem Schiffs-journal Shanghai als Ziel angegeben. Aber der Dampfer nahm, ohne nach Saigon oder Shanghai zu fahren, einen Umweg, um durch die Soyastraße nach Wladiwostok zu gelangen.

Alles dies ist nicht anzusehen als ein entschuldbares Versehen oder zur Erleichterung der Reise, und der dafür von Gesetzes wegen vorgeschriebenen Handlungen geschehen. Vielmehr muß man annehmen, daß es der wohlüberlegten List entsprungen ist, den Bestimmungshafen zu verheimlichen, um so der Aufbringung zu entgehen. Wenn sich auch im Konnossement und in Stellen des Tagebuchs der wahre Bestimmungsort eingetragen findet, so kann man daraufhin nicht ohne weiteres zu der Annahme kommen, das zur Verhandlung stehende Schiff habe sich keines betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht. Der zur Verhandlung betrügerischen Mittel Kriegskonterbande befördert.

Die völkerrechtliche Wissenschaft und Praxis erkennt es aber an, daß Schiffe, welche sich derartigen betrügerischen Vorgehens schuldig machen, zusammen mit ihrer Konterbandeladung eingezogen werden können. <sup>4</sup>)

Da nach den obigen Gründen der zur Verhandlung stehende Dampfer und seine Ladung einzuziehen sind, so erübrigt es sich, auf die weiteren Punkte der Reklamation einzugehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

<sup>2)</sup> V. §§ 43, 44.

Verkündet am 4. Mai 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

Reklamant: The Cornhill Steamship Company, England, London, Grace Church Street Nr. 81, vertreten durch den Kapitän F. O. Edmunds.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 4. Mai 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensache, betreffend den am 6. März 1905 bei der Straße von Etorup von dem Kalserlichen Kriegsschiff "Nipon Maru" aufgebrachten englischen Dampfer "Aphrodite" und dessen Ladung ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme des englischen Dampfers "Aphrodite" und der auf ihm verladenen etwa 5000 Tons Cardiffshohle erkant worden ist.

Gegen dieses Urteil hat F. O. Edmunds in Vertretung des Rechtsannten, The Cornhill Steamship Company, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozebvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binich beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Dic Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, und deren Gründe sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung sei nach Wladiwostok, den einzigen russischen Handelshafen im Osten, befördert worden und zu friedlichem Gebrauch bestimmt gewesen. Es sei daher unzutreffend, sie als Kriegskonterbande zu betrachten.

Aber einmal angenommen, die Ladung sei Konterbande, so könne doch das Schiff nicht zusammen mit der Ladung eingezogen serden, da der Eigentümer des Schiffs und der der Ladung verschiedene Personen seien und kein Bewois dafür vorliege, daß bei der Verladung betrüberische Mittel angewandt worden seien.

2. Bei Konterbandetransport beschränke sich, wenn die Konterbande nicht im Eigentum des Reeders stehe, die Strafe der Einziehung auf die Ladung; das Schiff könne als Strafe lediglich der Verlust an Zeit, Fracht und Kosten treffen. Einziehung könne dagegen nicht verfügt werden. Auch sei es ein Orundsatz des modernen Völkerrechts, daß, wenn die Konterbande unter Anwendung betrügerischer Mittel verschifft sei, auch das Schiff nur eingezogen werden könne, wenn es klar erwisens est, daß der Reeder Mittalte bei dem betrügerischen Vorgehen sei. Nicht nur England erkenne dies an, sondern auch die

japanische Prisenordnung stehe auf demselben Standpunkt. In dem vorliegenden Fall sei aber der Reeder ganz sicher bei dem betrügerischen Vorgehen nicht Mittäter. Daher sei es unrechtmäßig, wenn das Urteil erster Instanz, ohne zu untersuchen, ob der Reeder bei dem betrügerischen Vorgehen beteiligt gewesen sei oden nicht, entschieden habe, daß das Schiff zusammen mit der Konterbandeladung einzuziehen sei.

3. Um auf Grund von Anwendung betrügerischer Mittel die Strafe der Einziehung auferlegen zu können, genüge es nicht, daß lediglich in den Ausklarierungspapieren und dem Gesundheitspaß der letzte Bestimmungsort nicht angegeben sei. Es sei vielmehr erforderlich, daß die Papiere hergestellt seien mit der Absicht, der Aufbringung durch die im Krieg befindliche Marine zu entgehen, und in einer Art, daß diese Marine auch wirklich daufurch gefäuseht werden könne.

Was nun die Schiffspapiere des zur Verhandlung stehenden Schiffs angehe, so könne man daraus, daß in dem Konnossement Wladiwostok als Bestimmungsort bezeichnet sei und daß auch die Eintragungen in dem Tagebuch vom 21. Februar bis 2. März d. J. die Absicht, von Singapore nach Wladiwostok zu fahren, klar angäben, schon entnehmen, daß eine Fäßschung derselben, um der Aufbringung dadurch zu entgehen, nicht vorliege. Daß ferner in den Ausklarierungspapieren und dem Gesundheitspaß Wladiwostok nicht als Bestimmungsort aufgeführt sei, sei lediglich auf eine zur Vermeidung von formalen Schwierigkeiten den Behörden des eigenen Landes gegenüber abgegebene falschliche Erklärung zurückzuführen.

Hall sage:

Wenn falsche Schiffspapiere angefertigt wären, um die aufbringende kriegführende Macht zu täuschen, so könnten sie nur in den Fällen als schädlich betrachtet werden, wo dadurch, daß sie als echte passierten, die Rechte der Kaptoren schließlich zunichte gemacht werden könnten. Andernfalls seien sie milde zu beurteilen.

Danach betrachtet, stellten die Papiere des zur Verhandlung stehenden Dampfers keinen ausreichenden Grad von Täuschung dar, um die Einziehung des Schiffes nach sich ziehen zu können.

4. Die japanische Prisenordnung stehe auf dem Standpunkt, daß Kohle nur als Konterbande gelte, wenn es crwiesen sei, daß sie für den feiudlichen Kriegsgebrauch geliefert werden solle. <sup>3</sup>) Einmal angenommen, dieser Standpunkt entspreche den völkerrechtlichen Grundsätzen, so sei doch Władiwostok, der Bestimmungsort der in Frage kommenden Ladung, nicht nur Rußlands einziger Kriegshafen, sondern auch sein einziger Handelshafen im Osten. Es sei daher unrechtmäßig.

<sup>3)</sup> V. § 14.

ohne weiteres anzunehmen, daß dorthin bestimmte Kohle, welche keine absolute Konterbande sei, für den Kriegsgebrauch bestimmt sei. Es müsse vielmehr entsprechend dem Urteil in dem "Neptunus"-Fall im englisch-holländischen Krieg vom Jahre 1798 angenommen werden, daß die hier in Frage stehende Ladung für den Handelshafen Wladiwostok bestimmt sei und für friedlichen Gebrauch geliefert werden solle. Wenn das Gericht erster Instanz Wladiwostok als einen reinen Kriegshafen ansehe und es mit dem in dem "Neptunus"-Urteil erwähnten Kriegshafen Brest auf gleiche Stufe stelle, so sei das eine falsche Auffassung der Tatsachen. Folglich sei auch die Präcedenzentscheidung nicht richtig angezogen. Das Urteil erster Instanz übersehe, daß auch heute noch der gewöhnliche Handelsverkehr mit Wladiwostok in Ausübung begriffen sei, und sage, es sei eine bekannte Tatsache, daß der Handelsverkehr des genannten Hafens gesperrt sei. Auch darin entstelle das Urteil die Tatsachen, daß es behaupte, daß Cardiffkohle, welche überall auf der Erde, sowohl für den Kriegs- als für den Industriegebrauch verwandt werde, im fernen Osten ausschließlich auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme. So stehe das Urteil mit dem Sachverhalt in Widerspruch.

5. Bezüglich der Behandlung relativer Konterbande auf neutralem Schiff stehe die englische Praxis auf dem Standpunkt, daß Einziehung gegen Leistung einer Entschädigung erfolgen könne. Das kontinentale Prinzip, welches mit den Beschlüssen des internationalen Völkerrechtskongresses übereinstimme, erkenne mit Bezug auf derartige üßter unter der Bedingung der Entschädigung nur ein Recht der Beschlagnahme oder des Vorkaufs für den kriegführenden Staat an. Japan weiche von diesen Prinzipien und Gewohnheiten ab und bestimme in unbilliger Strenge bedingungslose Einziehung. Besonders auch, da die japanische Seprisenordnung sich auf den englischen Prinzipien aufbaue, sei es wünschenswert, daß, wo es sich um neutrale relative Konterbande handele, eine billigere Haltung eingenommen werde.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs und seiner Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, sind folgende:

1. Es sei unbestritten, daß das zur Verhandlung stehende Schiff im Eigentum des Reklamanten, The Cornhill Steamship Company, stehe. Daß diese Firma auch der Absender der Ladung sei, lasse sich daraus entnehmen, daß kein Chartervertrag vorhanden sei, und gehe auch aus dem Konnossement und der Aussage des Rapitäns hervor. Wenn aber der Reeder der Absender der Ladung sei, so sei es gerechtfertigt, solange kein Gegenbeweis vorliege, anzunehmen, daß er auch der Eigentümer der Ladung sei.

Da es ferner bekannt sei, daß eine Ladung wie die zur Verhandlung stehende, welche aus doppeltgesiebter Cardiffkohle bestehe, im Osten nur auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme, und außerdem die Ladung nach Wladiwoslok, dem einzigen Marinestützpunkt des Feindes im Osten, bestimmt sei, so unterliege es, wenn man alles dieses zusammenhalte, keinem Zweifel, daß die Ladung der feindlichen Marine habe geliefert werden sollen.

Ferner habe das zur Verhandlung stehende Schiff bei der Ahreise von England fälschlicherweise Stigon, und in Singapore Shanghai als Bestimmungsort für die Ladung angegeben und dementsprechende Ausklarierungspapiere erhalten. Auch das Schiffsjournal sei mit den gleichen falschen Eintzgungen verschen worden.

- 2. Die Eintragungen eines falsehen Bestimmungsorts in die Schiifspater f\u00e4nder hier dem Verlieden von der Ausklarierungsscheinen sowie in den Gesundheitspa\u00e4b. Das Schiff ge\u00e4nder demselben Eigent\u00e4mer wie der aufgebrachte Dampfer "Wenus". 9) Die Ladung, der Bestimmungsort und das betr\u00e4gerische Vorgehen \u00e7ien in beiden F\u00e4llen gleich. Daher m\u00e4sse angenommen werden, da\u00e4 aunf\u00fcr auf laschen Eintragungen in den Ausklarierungspapieren dieses Dampfers in gleicher Weise wie bei der \u00e7venus" auf falsche Anzeigen des Reders oder seines Vertreters zur\u00fcckzuf\u00fchrungen ei. Es sei daher unzweifelhaft, da\u00e4 das betr\u00e4gerische Verhalten in dieser Sache in vollem Ma\u00e4\u00e4n mit Einverst\u00e4nfins des Reders geschehen sei.
- 3. Die Ausklarierungspapiere und Gesundheitspässe seien für die Ermittlung des währen Bestimmungsortes eines Schiffes seitens des Kaptors Schiffspapiere, welche für die Durchführung der Untersuchung von größter Bedeutung seien. Auch beschränkten sich die falschen Angaben in diesem Fall nicht auf diese Papiere, sondern auch das Privatschiffsjournal enthalte einen falschen Bestimmungsort. Daß dies ausschileßlich geschehen sei, um den Kaptor zu täuschen, liege auf der Hand.
- 4. Daß eine Ladung von doppeltgesiebter, ausgewählter Cardiff-kohle im Osten nur auf Kriegsschiffen gebraucht werde, sei eine all-gemein bekannte Tatsache. Wenn daher auch Wladiwostok zugleich ein Handelshafen sein möge, so könne man doch, weil es vor allem der Hauptstützpunkt der feindlichen Marine sei, nichts anderes annehmen, als daß die Ladung für die feindliche Marine bestimmt sein.
- 5. Wenn auch ein Out sowohl zu friedlichem als zum Kriegsgebrauch dienen könne, so erkenne doch das geltende Völkerrecht an, daß es, wenn seine Konterbandeeigenschaft festgestellt sei, von der kriegführenden Macht eingezogen werden könne.

<sup>4)</sup> VI. 45.

Präcedenzfälle, in welchen bei Einziehung bedingungsweiser Konterbande Entschädigung geleistet worden sei, gründeten sich entweder auf besonderen Vertrag oder besondere politische Rücksichten, das Völkerrecht enthalte dagegen keine allgemeine diesbezügliche Bestimmung, welche man zu befolgen verpflichtet sei.

Die Berufung sei daher unbegründet und müsse abgewiesen werden. Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1; Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußands wichtigster Kriegshar ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt
für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedarfsartlied aufgespeichet. Der gewöhnliche Handelseverkehr nach
dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn
das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen
bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert
werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr,
als die zur Verhandlung stehende Kohlendadung ausgewählte Cardifkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch
sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit
keine Nachfrage dafür vorhanden und es somti unzweifelhaft ist, daß
die Kohle jedenfalls für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden
sollte.

Der Reklamant sagt, es mässe nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus", auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falls sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist dalter unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

- 2. Es ist völkerrechtliches Prinzip, daß Konterbande sehlechthin konfisiert verden kann. Wönsche bezüglich Vorkaufs, Einzelung gegen Entgelt oder Beschlagnahme unter der Bedingung der Entschädigung, wie der Reklamant sie äußert, sind nur verwirklicht, wo besondere vertragliche Abnachungen vorliegen. Im übrigen finden sich diese Erscheinungen in Praxis und Theorie nur vereinzelt. Keinenfalls können sie jedoch als völkerrechtliche Regel anerkamt werden. Man kann daher nicht sagen, daß das Urteil erster Instanz es in etwas versehen habe, wenn es diesen Ansichten des Rekkamanten nicht Folge leistete.
- 3. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird; besonders im vorliegenden Falle,

wo die ganze Ladung des Schiffes Konterbande ist, wo die Agentur des Reeders dem Kapitän bei der Abfahrt des Schiffes Order gegeben hat, nach Wladiwostok zu fahren, während das Privatschiffsjournal und die Ausklarierungspapiere einen gefälschten Bestimmungsort enthalten, wo also das Schiff sich des Transports von Konterbande unter Anwendung beträgerischer Mittel schuldig gemacht hat.

Da schon nach dem in den Punkten 1, 2 und 3 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffs und seiner Ladung unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt kein Bedürfnis vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht,

(Unterschriften.)

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Saxon Prince" und seine Ladung wird nach Einsichtnahme von dem Schriftsatz des Staatsanwalts YamamotoTatsurokuro, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Der Dampfer "Saxon Prince" und seine ganze Ladung werden freigegeben.

### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer steht im Eigentum der "Prince Line" A. G. in England, er führt die englische Handelsflagge und dient vorzugsweise zum Gütertransport. Er nahm in New York, Amerika, gemischte Ladung an Bord und führ am 11. Dezember 1904 von dort über das portugiesische S. Vincente und D'Urban im englischen Natal nach Singapore und Shanghai. In diesen beiden Plätzen löschte er einen Teil siener Ladung. Die übrige Ladung bestand aus Eisenbahnmaterial, welches für Muroran bestimmt war. In Shanghai erhielt der Dampfer einen Ausklarierungssehein von dem englischen Generalkonsulat, in welchem unter Ladung "Ballast" und unter Bestimmungsort "Muroran" angegeben war. Am 7. März dieses Jahres um die Mittagszeit führ er von dort ab und wurde auf der Reise nach Muroran am 10. des

selben Monats, 12 Uhr 45 Minuten nachts auf 34° 13' n. Br. und 130° 20' ö. L. unter dem Verdacht, Konterbande nach Wladiwostok zu führen, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Akashi" aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussägeschrift des Vertreters des Kommandanten der "Akashi", Kapitänleutnants Miya no Koji, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns W. S. Ja mes on, des ersten Offiziers J. R. Gray und des Maschinisten J. R. Smith, das Schiffszertliskt, das Privatschiffsjournal, die Konnossemente und das Ladungsverzeichnis des Dampfers "Saxon Prince" und den Ausklarierungsschein des englischen Generalkonsulats in Shamphai.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Staatsanwalts sind folgende:

Es seien in den Schiffspapieren des zur Verhandlung stehenden Dampfers Punkle, welche nicht übereinstimmen. Da ferner nach dem Kurs des Schiffes der Verdacht, daß es Muroran nur als Bestimmungsort vorgegeben, tatsächlich aber heimlich nach Wladiwostok habe fahren wollen, habe aufkommen müssen, so sei die Beschlagnahme zu Recht erfolgt. Die Untersuchung im Prisengericht habe ergeben, daß der Dampfer tatsächlich auf der Reise nach Muroran begriffen war; daher sei er mitsamt seiner Ladung sofort freizuerben.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

In den zur Zeit der Beschlagnahme an Bord vorgefundenen, sich auf das Eisenbahnmaterial beziehenden Konnossementen findet sich Shanghai als Bestimmungsort verzeichnet, und in dem von dem englischen Generalkonsulat in Shanghai ausgestellten Ausklarferungsschein ist unter Ladung "Ballast" angegeben. Als der Dampfer den Tsushimakanal passierte, leistete er dem Signal der "Akashi", zu stoppen, keine Folge und stoppte erst nach dem Warnungsschuß.) Infolgedessen erhob sich auf der "Akashi" der Verdacht, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer Muroran als Bestimmungshafen vorgebe, tatsächlich aber Konterbande nach Wladiwostok führe. Die Beschlagnahme war unter diesen Umständen gerechtertigt. 9

Aber die Untersuchung in dem unterzeichneten Prisengericht hat ergeben, daß die Ladung von Eisenbahnmaterial von der Mitsui Bussan Kaisha an die Hokkaido Tanko Tetsudo Kaisha zu liefern ist und von jener bei der U. S. Steel Products Export Company in New York bestellt und für Muroran bestimmt war. Dies wird bewisen durch den Lieferungsvertrag zwischen der Mitsui Bussan Kaisha und der Hokkaido Tanko Tetsudo Kaisha üher Eisenbahnschienen und Zubehör, den von der U. S. Steel Products Export Company als Absender an die Mitsui Bussan Kaisha geschickten Frachtbrief, Telegramme der Hokkaido Tanko Tetsudo Kaisha und der American Trading Company in Vokohama an

<sup>1)</sup> V. 8 54.2. - 1) V. 8 37.2 und 6.

das unterzeichnete Prisengericht und verschiedene Briefe der Reederei und der Agenturen an den Kapitän des Dampfers, in welchen derselbe angewiesen wird, nach Muroran zu fahren.

Daher sind das zur Verhandlung stehende Schiff und seine gesamte Ladung ungeachtet der Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme freizugeben.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Am 16. März 1905 im Prisengericht zu Sasebo.

(Unterschriften.)

Reklamant: North-Western Steamship Company Ltd., Vereinigte Staaten von Nordamerika, Staat Washington, Kings County, Seattle, vertreten durch den Direktor John Rosene.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend den nordamerikanischen Dampfer "Tacoma", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden.

# Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des nordamerikanischen Dampfers "Ta-coma" entschieden.

# Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Tacoma" steht im Eigentum des Reklamanten, sein Heimatshafen ist Seattle im Staat Washington, Vereinigte Staaten von Nordamerika, und er ist ein Handelsschiff, welches die Flagge der Vereinigten Staaten von Nordamerika führt.

Für die Befrachter, Charles Nelson & Co. in San Francisco, Vereinigte Staaten von Nordamerika, lud der Dampfer in Seattle mit der Bestimmung für Wladiwostok in Rußland etwa 9000 Faß gesalzenes Rindfleisch (einige Faß davon wurden auf der Reise zur Beköstigung der Mannschaft verbraucht), welche auf Grund eines zwischen dem in Shanghai ansässigen russischen Generalmajor Dessino und den russischen Kaufleuten Den bigh und Ebbecke & Co. in Shanghai abgeschlossenen Vertrages in Nordamerika eingekauft waren, sowie ein Kolli Stahlstäbe und eine Kiste Maschinenteile, welche im Eigentum des Supercargos des Dampfers, des russischen Staatsangehörigen Alexan der Georgiewitsch Bollanann stehen. Als Empfänger

des gesalzenen Rindfleisches in Wladiwostok ist die dortige russischchinesische Bank genannt.

Der oben genannte Bollmann ist von Denbigh als Vertreter und Beauftragter für seine Einkäufe von Lieferungen an Behörden. Private und Firmen bevollmächtigt worden. Von der genannten Firma Ebbecke&Co. war Bollmann beauftragt, das in Amerika angekaufte, nach Władiwostok zu befördernde gesalzene Rindfleisch zu prüfen, mit dem gleichen Schiff wie dieses nach dem Bestimmungsort zu fahren und dort das Fleisch an den Empfänger abzuliefern. Auf Anordnung des Reklamanten wurde Bollmann demnach als Supercargo auf das zur Verhandlung stehende Schiff genommen. Der Kapitän erhielt vor der Abreise am 2. Januar 1905 von dem Reeder Order, nach Wladiwostok oder, falls dort infolge einer Blockade oder Frostes Hindernisse seien, nach Shanghai zu fahren. Der Kapitan gab darauf Shanghai als Bestimmungsort auf und erhielt für diesen Hafen Ausklarierung und Gesundheitspaß. Auch in dem der Zollbehörde übergebenen Ladungsverzeichnis gab er fälschlich Shanghai als Bestimmungsort an. Auch in einem anderen Ladungsverzeichnis wurde angegeben, daß das Schiff über verschiedene Häfen nach Hongkong weiter führe. In der Ladungsempfangsbescheinigung ist die Stelle, wo der Bestimmungsort steht, zerstört

Am 5. Januar 1905 fuhr der Dampfer von Seattle ab. Das Privatschiffsjournal, das Notizbuch, das Deckjournal und Maschinenjournal geben alle an, daß Shanghai das Reiseziel war. Unterwegs wurde Dutch Harbour angelaufen, Kohlen eingenommen und am 19. d. M. von dort wieder abgefahren. Das Schiff fuhr dann an den Aleuten vorbei durch die Boussole-Straße in das Ochotskische Meer und versuchte nach Wladivostok zu gedangen. Unterwegs wurde es jedoch von Treibeis eingeschlossen, verlor seine Bewegungsfähigkeit, trieb viele Tage hin und her und erlangte erst am 13. März seine Manövrierfähigkeit wieder. Als es dann aufs neue seine Reise nach dem Bestimmungsort fortzusetzen versuchte, wurde es am 14. März, 8 Uhr morgens auf einer Stelle etwa 40 Seemeilen südwestlich von Kap Shibetonitara von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Takachihot" beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Verterters des Kommandanten der "Takachiho", Kapitänleutnants Utgawa Sai, die Vernehmungsprotokolle des genannten Offiziers, des Kapitäns der "Tacoma" S. S. Connauton, des Supercargo, russischen Staatsangehörigen Alexander Georgiewitsch Bollmann, die bei dem zuletzt genannten beschlagnahmten Papiere, das Schiffszertifikat, die Konnossemente (der Kapitän behauptet, diese Papiere seien zugleich Konnossemente und Chartervertrag, aber ihrer Art nach sind sie als Konnossemente zu betrachten), die Ausklarierungs-

papiere, den Gesundheitspaß, zwei Ladungsverzeichnisse, die Ladungsempfangsbescheinigung, das Privatschiftsjournal und Notizbuch, das Deckjournal, Maschinenjournal und ein Schreiben des Reeders an den Kapitän vom 2. Januar 1905.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Da die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs nicht im Eigentum des Reeders stehe, so könne das Schiff, selbst wenn die Ladung Konterbande sei, nicht mit dieser zusammen eingezogen werden. Ferner habe der Reeder in seinem Schreiben vom 5. Februar d. J. (vermutlich irrtümlich für 2. Januar) dem Kapitän Order gegeben, nach Wladiwostok oder, wenn er wegen Blockade oder Fises nicht dorthin kommen könne. nach Shanghai zu fahren. Auch daraus, daß die Konnossemente Wladiwostok offen als Bestimmungsort angäben, sei ersichtlich, daß der Transport durchaus bona fide unternommen worden sei. Daß in den Ladungsverzeichnissen und den Ausklarierungspapieren Shanghai als Bestimmungsort angegeben sei, habe einen Grund darin, daß der Kapitän zugleich die Absicht des Reeders und den Fall, daß er nicht nach Wladiwostok werde gehen können, in Rücksicht genommen habe, und sei durchaus der Absicht entsprungen, auf diese Weise der Aufbringung zu entgehen. Da eine solche Eintragung von zwei verschiedenen Bestimmungsorten in den Schiffspapieren sofort habe bemerkt werden müssen und daher nicht geeignet gewesen sei, um ein beschlagnehmendes Kriegsschiff zu täuschen, so könne man dies nicht völkerrechtlich als ein betrügerisches Mittel betrachten. .

Da ferner gesalzenes Rindfleisch keine absolute Konterbande sel, so müsse im vorliegenden Falle, wo solches nach Wladdwostok gehe, einem Hafen, der die Eigenschaft sowohl eines Kriegs- als eines Handelshafens besitze, mangels Gegenbeweises angenommen werden, daß es nach dem Handelshafen Wladiwostok habe befördert werden und nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollen. Daß dies billig sel, tue auch die Präcedenzenscheidung, betreffend den im englisch-holländischen Kriege im Jahre 1798 aufgebrachten "Neptunus", dar. Für den vorliegenden Fall gelte dies um so mehr, als die Ladung nicht ausschließlich für den Kriegspebrauch verwendbar sei.

Was die Stahlstäbe und die Maschinenteile angehe, so stünden sie im Eigentum des russischen Staatsangehörigen Bollm ann und seien in dessen Auftrag von dem Befrachter zusammen mit der anderen Ladung verladen worden. Sie seien, wie bereits oben gesagt, keine Konterbande.

Daher werde Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Was das unter den zur Verhandlung stehenden Gütern befindliche gesalzene Rindfleisch angeht, so hat der gegenwärtig in Shanghai ansässige, an den militärischen Unternehmungen des Feindes offiziell beteiligte russische Generalmajor Dessino mit den russischen Kaufleuten Den bigh und Ebbecke & Co. im November v. J. einen Vertrag auf Einkauf desselben in Amerika und Lieferung nach Wladiwoslok, dem wichtigsten Stützpunkt und Hauptetappenort, abgeschlossen. Seiner Bestimmung nach war es demnach Kriegsbedarf für den Feind.

Da ferner der Empfänger die russisch-chinesische Bank in Wladiwostok war, so ist darüber, daß es für den Kriegsgebrauch des Feindes zu liefern war, auch nicht der geringste Zweifel möglich. Er ist daher unfraglich als Konterbande anzusehen. 1)

Die oben bezeichneten, dem Bollmann gehörigen Stahlstäbe und Maschinenteile sind Material für den Bau von Schiffen und erwiesenermaßen nach Wladiwostok bestimmt. Daher sind auch sie unzweifelhaft Konterbande. ?)

Aus dem Schreiben des Reeders an den Kapitän vom 2. Januar dieses Jahres geht hervor, daß die Bestimmung des Schiffes nach Wladiwostok schon vor der Abreise desselben von Seattle festgesetzt war. Trotzdem ließ der Kapitän sich in Seattle auf Grund seiner Angaben Ausklarierung und Gesundheitspaß für Shanghai geben. In der Ladungsempfangsbescheinigung ist die Stelle, wo der Bestimmungsort stehen soll. zerstört. Das Privatschiffsjournal, das Notizbuch, das Deckjournal und Maschineniournal geben alle fälschlicherweise Shanghai an. Das Schiff hat zur Winterszeit den wegen der Winde, des Schnees und Eises gefährlichsten Weg genommen, um durch die Soyastraße nach Wladiwostok zu gelangen. Alle diese Tatsachen können nicht auf entschuldbares Versehen bzw. Erleichterung der Reise oder der behördlichen Formalitäten zurückgeführt werden. Es muß vielmehr angenommen werden, daß sie dem betrügerischen Plan, durch Verheimlichung des Bestimmungsortes der Aufbringung zu entgehen, entsprungen sind. Auch daraus, daß sich im Konnossement und dem Briefe des Reeders an den Kapitän der wahre Bestimmungsort verzeichnet findet, kann nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß das zur Verhandlung stehende Schiff sich nicht betrügerischer Mittel bedient habe. Dies um so weniger, als, wie aus der schriftlichen Aussage und der Vernehmung des Stellvertreters des Kommandanten der "Takachiho" hervorgeht, der Kapitän bei der Visitierung die beiden erwähnten Schriftstücke unter der Vorgabe, sie seien unerheblich, beiseite zu schaffen versucht hat, um sie dem visitierenden Offizier zu verheimlichen

Wie ferner aus dem Vernehmungsprotokoll des oben erwähnten Bollmann hervorgeht, hat der Reklamant diesem, obwohl er die ihm

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. -- \*) Ziffer 1.

von Ebbecke & Co. anvertraute besondere Aufgabe kannte, s) dazu bestimmt, als Supercargo mit dem Schiff zu fahren.

Auch beweist der erwähnte Brief, den der Reklamant vor Abreise des Schiffs von Seattle an den Kapitän richtete, nach der Art, wie dort die Route, um nach Wladiwostok zu gelangen, festgelegt ist, daß der Kapitän eine Route wählen sollte, auf der er der Aufbringung durch das iapanische Geschwader entrechen sollte.

Wenn man alles dies zusammenhält, so kann man wohl annehmen, daß der Reklamant den Transport der Ladung mit seinem Schiff unternommen hat, obwohl er hinreichend über den Charakter derselben unterrichtet war. Mit anderen Worten, der Reklamant hat sich der Unterstützung des Feindes mit seinem Schiff schuldig gemacht.

Es ist aber vor Theorie und Praxis des Völkerrechts anerkannt, daß ein Schiff, welches sich betrügerischen Verhaltens zur Unterstützung des Feindes schuldig macht, mit seiner Konterbandeladung eingezogen werden kann.

Da aus diesen Gründen das zur Verhandlung stehende Schiff einzuziehen ist, so erübrigt es sich, die weiteren Punkte des Vertreters der Reklamation zu erörtern.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 1. Juni 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Beisein des Staatsanwalts des Prisengerichts zu Yokosuka, Yanagita Kunio.

(Unterschriften.)

Reklamant: John Rosene, Direktor der North Western Railway Company Ltd. in Seattle, Kings County, Vereinigte Straten von Nordamerika.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku Unemecho Nr. 15.

Am 1. Juni 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensche betreffend den amerikanischen Dampfer "Tacoma", wechter am
14. März 1905 etwa 40 Seemeilen südwestlich von dem Vorgebirge
Shibetonitara von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Takachiho" öeschlagnahmt worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme des
amerikanischen Dampfers "Tacoma" entschieden worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant John Rosene durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) nämlich: die Bestellung des russischen Generalmajors Dessino auszuführen.

eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters, der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Am 1. Juni 1905 habe das Prisengericht zu Vokosuka ein Urteil auf Wegnahme des Dampfers "Tacoma" verkündet. Dieses Urteil sei unzutreffend, und es werde Aufhebung desselben und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe des Dampfers "Tacoma" beantragt.

Die Hauptpunkte der Begründung sind folgende:

Wenn der Reklamant mit seinem eigenen Schiffe einen Iransport unternommen habe, so sei das eine Handlung, die unter den Freiheiten des neutralen Handelsverkehrs stehe. Er habe dabei keinertei betrügerische Mittel geplant, und es liege nicht der geringste Grund für die Annahme vor, daß er sich der Unterstützung des Feindes schuldig gemacht habe. Wenn daher das Urteil erster Instanz annehme, daß das Schiff betrügerische Mittel gebraucht und den Feind zu unterstützen vorgehabt habe, und zusammen mit der Ladung auf Einziehung des Schiffes erkannt habe, so sei das unrechtmäßig.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Yanagita Kunio, sind folgende:

Der Reklamant sage, daß

die "Tacoma" betrügerische Mittel zum Transport von Konterbande nach Wladiwostok nicht angewandt, auch sich der Unterstützung des Feindes nicht schuldig gemacht habe. Daher sei die Entscheidung auf Einziehung des Schiffs unrechtmäßig.

Das Schiff habe aber einen falschen Bestimmungsort angegeben. Seine Papiere seien größtenteils absichtlich gefälscht. Dies und auch die Tatumstände nach der Abreise von Seattle liefern klaren Beweis dafür, daß der Reeder tatsächlich an der Lieferung der Kriegsbedarfsartikel beteiligt gewesen sei und sich im Interesse des Feindes bemüht habe. Daher könne denn auch das Schiff der Verantwortung nicht entgehen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es geht aus dem bei dem Supercargo Ålexander Georgiewitsch Bollmann beschlagnahnten Vertrag und einer Vollmacht sowie aus dem Vernehmungsprotokoll des Genannten hervor, daß das unter der in Frage stehenden Ladung befindliche gesalzene Rindleisch von dem bei den militärischen Unternehmungen des Feindes ständig engagierten, in Shanghai wohnhalten Generalmajor Dessino bei dem russischen Kaufmann De n big he bestellt und von der Makefrifrum Ebbeeke & Co. in Amerika eingekauft worden ist. Außerdem wird es durch das Schreiben des Reeders an den Kapitian von 2. Januar d. 1., durch die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns S. S. Connauton und des obengenannten Bollmann außer jeden Zweifel gestellt, daß der Bestimmungsort Wladiwostok und der Empfänger die russisch-chinesische Bank war.

Seit dem japanisch-russischen Kriege ist Whadiwostok ein Hauptstützpunkt für die Kriegsoperationen gewesen und zum Hauptetappenort gemacht worden. Der Empfänger der Güter, die russisch-chinesische Bank, steht in enger Beziehung zu der russischen Regierung und den politischen Unternehmungen derselben im Fernen Osten.

Da demnach das zur Verhandlung stehende Rindfleisch im Bestimmungsort offenbar für den feindlichen Heeresbedarf geliefert werden sollte, so ist es unbestreitbar, daß es als Konterbande angesehen werden muß. Das geltende Völkerrecht erkennt aber an, daß ein Schiff, welches Güter, von denen es wuße, daß sie Konterbande sind, geladen und befördert hat, zusammen mit dieser Konterbande eingezogen werden kann. 3)

Nach dem Vernehmungsprotokoll B oll manns und den zwei erwähnten, bei ihm beschlagnahmten Dokumenten ist es erwiesen, daß
B oll mann die Aufgabe hatte, das zur Verhandlung stehende
amerikanische Rindfleisch einzukaufen und zu prüfen, und daß der Reklamant und Reeder in Kenntis dieser Tasache den Boll mann als
Supercargo an Bord genommen hat. Es muß daher anerkannt werden,
daß der Reeder von Anfang an die Ladung als Konterbande befördert hat
und bestrebt gewesen ist, der feindlichen Armee zu helfen.

Ferner hat der Reeder den Bestimmungsort der Güter verheimlicht und sich bemüht, die Löschung derselben in Wladiwostok, einem Hauptstützpunkt Rußlands, ins Werk zu setzen. Zu diesem Zweck hat er, während er dem Kapitän, wie oben gesagt, schrieb, der Bestimmungsort sei Wladiwostok, bei der Abreise von Seattle angegeben, der Dampfer ginge nach Shanghai, und hat dementsprechend Ausklarierungsbescheinigung und Gesundheitspaß erhalten. In der Ladungsempfangsbescheinigung, welche von dem Empfänger gezeichnet werden muß, hat er ausdrücklich die Stelle, wo der Bestimmungsort steht, zerstört und sie so unleserlich gemacht. In das Privatschiffsjournal, Notizbuch, Deckjournal und Maschinenjournal wurde Shanghai eingetragen. Auch wenn man die Zeit der Abreise in Erwägung zieht, so ist es bezeichnend, daß das Schiff ohne Rücksicht auf die größere Bequemlichkeit der Route, welche es durch die Tsugarustraße nach seinem Ziel führte, den bei der Winterszeit wegen der Winde, des Schnees und Eises allergefährlichsten Weg einschlug und versuchte, Wladiwostok durch die Sovastraße zu erreichen.

<sup>4)</sup> Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V).

798

Es ist daher in jeder Beziehung zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz gegen das zur Verhandlung stehende Schiff auf Einziehung erkannte, und die Berufung ist unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Charles Nelson & Co., Vereinigte Staaten von Nordamerika, Californien, S. Francisco, vertreten durch den Vizedirektor James Tyson.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend Ladung des amerikanischen Dampfers "Tacoma", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme der auf dem amerikanischen Dampfer "Tacoma" verladenen ungefähr 8990 Faß gesalzenen Rindfleischs, 15 Stahlstäbe, 9 Bündel Stahlstäbe, 1 Kiste Maschinenteile entschieden.

# Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter sind von dem Reklamanten versandt worden. Die darunter befindlichen ungefähr 8990 Faß eingesalzenes Rindfleisch (es sind anfangs bei Verladung in Seattle, Vereinigte Staaten von Nordamerika, ungefähr 9000 Faß vorhanden gewesen; einige Faß sind auf der Reise zur Verpflegung der Mannschaft verbraucht worden) wurden auf Grund eines von dem in Shanghai wohnhaften russischen Generalmaiors Dessino im November vorigen Jahres mit den russischen Kaufleuten Den bigh und Ebbecke & Co. in Shanghai abgeschlossenen Vertrags in Nordamerika eingekauft, um nach Wladiwostok geliefert zu werden. Die Stahlstäbe und Maschinenteile gehören dem russischen Staatsangehörigen Alexander Georgiewitsch Bollmann. Der Reklamant hat die Güter mit Bestimmung nach Wladiwostok (für das gesalzene Rindfleisch war als Empfänger die russisch-chinesische Bank in Wladiwostok bezeichnet) in Seattle auf der "Tacoma" verschifft. Am 5. Januar 1905 fuhr die "Tacoma" von Seattle ab. lief Dutch Harbour an, dampfte von dort

am 19. d. M. wieder ab, fuhr an der Aleuten-Inselgruppe vorbei und gelangte durch die Boussole-Straße in das Ochotskische Meer. Sie versuchte nach Wladiwostok zu kommen, wurde auf der Fahrt von Treibeis eingeschlossen, verlori ihre Bewegungsfähigkeit und wurde während einiger Tage hin- und hergetrieben. Erst am 13. März erlangte sie ihre Manovireifähigkeit wieder und wurde, als sie im Begriff war, die Reise nach ihrem Bestimmungsort fortzusetzen, missamt der zur Verhandlung stehenden Ladung am 14. März, 8 Uhr vormittags etwa 40 Seemeiken sädwestlich von dem Vorgebirge Shibetonitara auf der Insel Shikotan von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Takachiho" beschlag-nahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvetreters des Kommandanten der "Takachiho", Kapitänleutnants Ugawa Sai, die Vernehmungsprotokolle des genannten Offiziers, des Kapitäns der "Tacoma", S. S. Connauton, des Supercargo, russischen Staatsangehörigen Alexan der Georgiewitsch Bollmann, die bei dem zuletztgenannten beschlagnahmten Papiere, die Konnossemente und Chartervetrag, aber ihrer Art nach müssen sie als Konnossemente turchtet werden), zwei Ladungsverzeichnisse und die Ladungsempfangsbescheinigune.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Die zur Verhandlung stehenden Güter seien ihrer Natur nach keine Konterbande. Da sie nach Władiwostok, einem Hafen, der die Eigenschaften eines Handels- und eines Kriegshafens in sich vereinige, versandt worden seien, so mässe, wenn kein gegenteiliger Beweis vorliege, angenommen werden, daß sie nach dem Handelshafen Władiwostok versandt worden seien und nicht für den Kriegsgebrauch geliefert werden sollten. Daß dies billig sei, beweise die Präcedenz der in dem Kriegs zwischen England und Holland im Jahre 1798 in dem Prisenfall "Neptunus" gefällten Entscheidung. Dies gelte auch um so mehr, als die in Frage stehende Ladung nicht aussehließlich zum Kriegsgebrauch bestimmt zu sein brauche.

Die Stahlstäbe und Maschinenteile stünden im Eigentum des russischen Staatsangehörigen Bollmann und seien im Auftrage desselben gleichzeitig mitbefördert worden. Sie seien ebenfalls keine Kriegskonterbande.

Es werde daher Freigabe der zur Verhandlung stehenden Güter beantragt.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Was das unter den zur Verhandlung stehenden Gütern befindliche gesalzene Rindfleisch angeht, so hat der gegenwärtig in Shanghai ansässige, an den militärischen Unternehmungen des Feindes offiziell betelligte russische Generalmajor Dess in o mit den russischen Kauffeuten Den bigh und Ebbecke & Co. im November vorigen Jahres einen Vertrag auf Einkauf desselben in Amerika und Lieferung nach Wladiwoch, dem wichtigsten Stützpunkt und Hauptetappenort des Feindes, abgeschlossen. Seiner Bestimmung nach war demnach das Fleisch Kriegsproviant für den Feind. Da ferner der Empfänger die russischchineissche Bank im Wladiwostok war, so ist darüber, daß es für den Kriegsgebrauch des Feindes zu lieferm war, auch nicht der geringste Zweifel möglich, und es ist unfraglich als Konterbande anzusehen.)

Die oben verzeichneten, dem Bollmann gehörigen Stahlstäbe und Maschinenteile sind Schiffsbaumaterial und sind erwiesenermaßen nach Wladiwostok bestimmt. Daher sind auch sie unzweifelhaft Konterbande. <sup>2</sup>)

Bezüglich von Konterbande, wenn auch auf einem Schiff unter neuteller Flagge, ist es aber in der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 sowie in Theorie und Praxis des Völkerrechts anerkannt, daß dieselbe eingezogen werden kann.

Da schon aus diesen Gründen die zur Verhandlung stehenden Güter einzuziehen sind, so erübrigt es sich, auf die weiteren Punkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation erörternd einzugehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 1. Juni 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts Yanagita Kunio.

(Unterschriften.)

Reklamant: Harland & Bartlett Steamship Company, England, London, St. Mary Axe, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Harberton" William Duncombe.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Shigefuji Tsurutaro, Nagasaki, Hikijimachi Nr. 33.

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Harberton", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des Dampfers "Harberton" entschieden.

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2. — 2) II. Ziffer 1.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Harberton" steht im Eigentum der Reklamanten, sein Heimatshafen ist London in England und er ist ein Handelsschiff, welches die englische Flagge führt. Auf Grund eines zwischen dem Reklamanten und der Firma Mann. George & Co. in London am 11. November 1904 abgeschlossenen Chartervertrages lud der Dampfer in Cardiff, England, mit der Bestimmung für Wladiwostok ungefähr 5000 Tons zweimal gesiebte Steinkohle, von denen für die Reise des Schiffs 100 Tons verbraucht worden sind, so daß zurzeit ungefähr 4900 Tons vorhanden sind. Im Chartervertrag ist als Bestimmungsort Hongkong, Shanghai oder Kiautschou angegeben. Das Konnossement lautet auf Kiautschou und der Empfänger sollte durch Order bestimmt werden. Am 30. November fuhr der Dampfer von Cardiff ab, fuhr über Malta, Port Said und Colombo nach Hongkong und erhielt dort auf Grund seiner Angaben Ausklarierung für Kiautschou als Bestimmungsort. Am 10. Februar 1905 fuhr er, obwohl sein Tagebuch noch immer fälschlicherweise auf Kiautschou lautete, von dort mit absichtlichem Umweg nach der Straße von Etorup, von wo er jedoch am 1. März d. I. wegen Schneesturms umkehren mußte. Am 3. März beim zweiten Male passierte er die Straße und gelangte in das Ochotskische Meer. wo er jedoch am 4. in Treibeis geriet und nicht weiter fahren konnte, Er änderte daher notgedrungen seinen Kurs und fuhr wieder in die Straße von Etorup zurück. Als er aufs neue nach Wladiwostok zu fahren versuchte, wurde er am 18, März 1905, 2 Uhr nachmittags auf 45 º 13 ' n, Br, und 149 º 6 ' ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Akitsushima" gesichtet und von dem Kapitänleutnant Takarura Shoii als Vertreter des Kommandanten der "Akitsushima" visitiert. Dabei gab der Kapitän William Duncombe an, das Schiff gehe nach Kiautschou. Nach seiner bisherigen Reise wurde iedoch angenommen, daß es nach Wladiwostok fahre, und es wurde daher schließlich von dem genannten Kriegsschiff aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Aktisushima", Kapitänleutnants Takakura Shoji, die Vernehmungsprotokolle des genannten Offiziers, des Kapitäns der "Harberton", William Duncombe, des ersten Offiziers Daniel Burns, des ersten Maschinisten William Thompson Brown, das Schiffszertifikat, den Chartervertrag, das Konnossement, das Privatschiffsjournal und die Ausklarierungsbescheinigung von Hongkong.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe mit Mann, George & Co. in London einen Chartervertrag geschlossen, auf Grund dessen das Schiff zum Transport von Steinkohle von Cardiff in England nach Hongkong, Shanghai oder Klautschou überlassen werden sollte. Wenn das Schiff nach Wladiwostok, einem in dem Chartervertrag nicht benannten Bestimmungshafen beordert worden sei, so sei das eine Handlung des Charterers oder des Ladungseigentümers, die ohne Beteiligung und Wissen des Reeders vorgenommen sei.

Aber selbst einmal zugegeben, der Reklamant sei an diesem Vorhaben beteiligt gewesen, so werde doch Kohle auch außer zum Kriege verwandt und könne nicht unbedingt als Konterbande betrachtet werden. Der Kohlentransport sei eine dem Völkerrecht nicht zuwiderlaufen de Transaktion. Zudem sei Wladiwostok zu der Zeit nicht unter Blockade gewesen und, wenn es auch ein echter Kriegshafen sei, so verlören darum Neutrale nicht das Recht, freie Güter, die Handelszwecken dienten, einzuführen. Das Völkerrecht erkenne nur ein Mittel an, dessen sich ein kriegführender Staat bedienen dürfe, um den neutralen Einfuhrhandel zu unterbrechen, nämlich die Blockade. Obwohl nun Japan seit Januar dieses Jahres in der Lage gewesen sei, Władiwostok zu blockieren, habe es doch keine Blockade erklärt. Damit habe es stillschweigend anerkannt, daß Wladiwostok noch für den neutralen Handel offen sei. Daß Japan so, ohne eine Blockade erklärt zu haben, den neutralen Handel tatsächlich blockiere, heiße nichts anderes, als neutrale Schiffe in eine Falle locken, Da ferner Wladiwostok im Winter der einzige Hafen in Ostsibirien und neben einem Kriegshafen auch ein Handelshafen sei, so könne, wenn Władiwostok auch vorzugsweise von Truppen innegehabt werde, Steinkohle, die dorthin befördert werde, nicht ohne weiteres als an die feindliche Streitmacht zu liefernde Kohle bezeichnet werden.

Da die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs nicht im Eigentum des Reeders stehe und nicht Konterbande sei, könne das Schiff nicht eingezoren werden.

Daß in den Schiffspapieren Wladiwostok nicht als Bestimmungsort verzeichnet sei, komme daher, daß das Schiff von Cardiff bis Hongkong 10 Wochen brauche und daß der Ladungseigentümer und Absender mit Rücksicht auf ungewöhnliche Ereignisse während der Reise und in Erwartung einer Blockadeerklärung es für vorteilhaft gehalten hätten, mit Bezug auf die Ladung noch keine definitive Entscheidung zu treffen. Als dann nach Ankunft in Hongkong es sich erwiesen habe, daß noch keine Blockade über Wladiwostok verhängt gewesen sei, hätten sie Order gegeben, nach dort weiter zu fahren. Wenn die Ladungseigentümer von vornherein erklärt hätten, die Ladung sei für Władiwostok bestimmt, und wenn dieser Hafen nachher unter Blockade gestellt worden wäre, so hätten sie durch Änderung des Bestimmungsortes große Unbequemlichkeit und Verluste haben müssen. Auch hätte der Dampfer, wenn von Anfang an Wladiwostok als Bestimmungsort erklärt worden sei, in Cardiff und in Häfen auf seiner Reise seitens der englischen 802

Behörden allerhand Hindernisse erfahren müssen. Auch dadurch, daß die Mannschaft in Hongkong vielleicht nicht willig gewesen sein würde, nach einem Hafen einer kriegführenden Macht zu reisen, hätten zwischen dem Kapitän und der Mannschaft Schwierigkeiten heraufbeschworen werden können. Daher sei es ein guter Plan gewesen, daß der Kapitän, um allen diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, bis nach Abfahrt von Hongkong den wahren Bestimmungshafen verheimlicht habe. Eine Absicht, die Marinen der kriegführenden Staaten zu täuschen, habe nicht vorgelegen. Die Autoritäten des Völkerrechts stünden aber auf dem Standpunkt, daß das Vorhandensein von gefälschten Papieren auf einem Schiff nur, venne selar sei, das zum Zweck der Täuschung der im Krieg begriffenen Staaten gefälscht seien, Strafe nach sich ziehen könne.

Daher werde eine Entscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs beantragt.

Obwohl dem Verfahren entsprechend geladen, ist der Vertreter der Reklamation ohne irvendwelche Mitteilung nicht erschienen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Władiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine
ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung diesen Platz
zu einem Hauptetappenort gemacht. Sie ist mit allen Kräften bemüht,
dort große Kriegsworräte anzuhaiden, und der gewönliche Handelsverkehr hat dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohlen oder
dergleichen Güter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, nach Władiwostok befördert werden, so muß,
mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben für
den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezüglich der
Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs, welche aus ausgewählter Cardiffkohle besteht, wie sie im Osten ausschließlich zum
Gebrauch auf Kriegsgehiffen dient, nicht bezweifelt werden, daß sie wirkkich für den Kriegsgebrauch bestimmt war. Sie ist daher mit Recht
als Konterbande anzusehen.)

Der Reklamant führt aus, daß

das Völkerrecht nur ein Mittel anerkenne, dessen sich ein kriegführender Staat bedienen dürfe, um den neutralen Einfuhrhandel zu unterbrechen, nämlich die Blockade. Daß Japan, ohne eine Blockade erklärt zu haben, den neutralen Handel nach Wladiwostok tatsichlich blockiere, heiße nichts anderes, als die neutralen Schiffe in eine Falle locken.

Da aber die Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs durch ein japanisches Kriegsschiff geschehen ist, weil es Kriegs-

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2.

konterbande beförderte, so liegt darin keine Unterbrechung des berechtigten neutralen Einfuhrhandels nach Wladiwostok, und es ist völkerrechtlich in Theorie und Praxis anerkannt, daß ein kriegführender Staat auch, wo keine Blockade erklärt ist, Schiffe, welche Konterbande führen, aufbringen kann.

Das zur Verhandlung stehende Schiff ist wie zwei etwa zur selben Zeit auf der Reise nach Wladiwostok von der Kaiserlichen Marine aufgebrachten Schiffe, nämlich wie der englische Dampfer "Easby Abbey" 2) und der österreichisch-ungarische Dampfer "Burma" 3) von der englischen Firma Mann, George & Co. in London gechartert worden; der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffs, William Duncombe hat ausgesagt, daß sein Schiff genau so verfahren sei wie die "Easby Abbey"; der Kapitän dieses Schiffes, Robert Prideaux, hat erklärt, er habe gewußt, daß die Ladung nach Wladiwostok gehen solle, er habe vor Abreise von England die mündliche Order erhalten, nach Wladiwostok zu fahren, und er vermute, daß dies auch bei anderen Schiffen der Fall sei; die "Easby Abbey" ist inzwischen auf der Reise von Wladiwostok aufgebracht und von dem unterzeichneten Prisengericht zur Wegnahme verurteilt worden. Wenn man alle diese Tatsachen nebeneinander hält, so wird es klar, daß Wladiwostok schon vor der Abreise des zur Verhandlung stehenden Schiffs von Cardiff als Bestimmungsort festgesetzt war. Trotzdem lautet der Chartervertrag auf Hongkong, Shanghai oder Kiautschou als Bestimmungsort, und das Konnossement bezeichnet Kiautschou als solchen. Obwohl der Kapitän vor der Abfahrt von Hongkong klare Order für Wladiwostok von dem Reeder erhielt, gab er doch wieder fälschlicherweise als Bestimmungsort Kiautschou an und erhielt entsprechende Ausklarierungspapiere. Von dort abfahrend nahm er absichtlich einen Umweg und versuchte, während das Journal auf Kiautschou lautete, nach Wladiwostok zu gelangen. Als er von dem Vertreter des Kommandanten der "Akitsushima", Kapitänleutnant Takakura Shoji, visitiert wurde. gab der Kapitän bis zuletzt an, daß er nach Kiautschou führe und erst. als er von dem mit dem Fall beauftragten Rat vernommen wurde, gab er an, daß der wahre Bestimmungsort Wladiwostok gewesen sei. Alles dies ist nicht aus entschuldbarer Nachlässigkeit oder, um die Reise zu erleichtern, geschehen, vielmehr ist von vornherein mit größter Überlegung geplant worden, durch Verheimlichung des Bestimmungsorts der Aufbringung, wenn möglich, zu entgehen,

Kurz, der Dampfer "Harberton" hat unter Anwendung betrügerischer Mittel Kriegskonterbande befördert, und es ist von der völkerrechtlichen Theorie und Praxis anerkannt, daß ein solches Schiff, wellsich betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht hat, gleichgültig ob

<sup>5</sup> VI. 43a und b. - 5 VI. 32a und b.

der Reeder an diesem Vergehen beteiligt ist oder nicht, mitsamt seiner Konterbandeladung eingezogen werden muß. 4)

Da aus diesen Gründen der Dampfer einzuziehen ist, so erübrigt es sich, auf die anderen Punkte des Vertreters der Reklamation besonders einzurerhen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 7. Juni 1905 im Prisengericht zu Yokosuka, im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio

(Unterschriften.)

Reklamant: Harland & Barlett Steamship Company Ltd., London, St. Mary Axe Nr. 43, vertreten durch den Kapitän des englischen Dampfers "Harberton", William Duncombe.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Shigefuji Tsurutaro, Nagasaki, Hikijimachi Nr. 33.

Am 7. Juni 1095 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensache betreffend den englischen Dampfer "Harberton", welcher am 18. März 1905 auf 45° 13′ n. Br. und 140° 6° ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Akitsushima" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme des englischen Dampfers "Harberton" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat William Duncombe in Vertretung des Reklamanten, der Harland & Barlett Steamship Company Ltd., durch den Rechtsanwalt Shigefuji Tsurutaro als Prozebvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keirok u und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Shigefuji Tsurutaro, und deren Begründung sind folgende:

Der Reklamant habe mit Mann, George & Co. in London einen Chartervertrag geschlossen, auf Grund dessen das Schiff zum Transport von Steinkohle von Cardiff in England nach Hongkong, Shanghai oder Klautschou überlassen werden sollte. Wenn das Schiff nach Wladiwostok, einem in dem Chartervertrag nicht genannten Bestimmungshafen, beordert worden sei, so sei das eine Handlung des Charterers oder des Ladungseigentimers, die ohne Beteiligung und Wissen des Reeders vorgenommen worden sei.

<sup>4)</sup> V. § 44.

Aber selbst einmal zugegeben, der Reklamant sei an diesem Vorhaben beteiligt gewesen, so werde doch Kohle auch außer zum Kriege verwandt und könne nicht unbedingt als Konterbande betrachtet werden. Der Kohlentransport sei eine dem Völkerrecht nicht zuwiderlaufende Zudem sei Wladiwostok zu der Zeit nicht unter Blockade gewesen und, wenn es auch ein echter Kriegshafen sei, so verlören darum Neutrale nicht das Recht freie Güter, die Handelszwecken dienten, einzuführen. Das Völkerrecht erkenne nur ein Mittel an, dessen sich ein kriegführender Staat bedienen dürfe, um den neutralen Einfuhrhandel zu unterbrechen, nämlich die Blockade. Obwohl nun Japan seit Januar dieses Jahres in der Lage gewesen sei, Wladiwostok zu blockieren, habe es doch keine Blockade erklärt. Damit habe es stillschweigend anerkannt, daß Wladiwostok noch für den neutralen Handelsverkehr offen sei. Daß Japan so, ohne eine Blockade zu erklären, den neutralen Handel tatsächlich blockiere, heiße nichts anderes, als die neutralen Schiffe in eine Falle locken. Da ferner Wladiwostok im Winter der einzige Hafen in Ostsibirien und neben einem Kriegshafen auch ein Handelshafen sei, so könne, wenn Wladiwostok auch vorzugsweise von Truppen innegehabt werde. Steinkohle, die dorthin befördert werde, nicht ohne weiteres als der feindlichen Streitmacht zu liefernde Kohle bezeichnet werden.

Da die Ladung des zur Verhandung stehenden Schiffs nicht im Eigentum des Reeders stehe und nicht Konterbande sei, könne das Schiff nicht eingezogen werden.

Daß in den Schiffspapieren Wladiwostok nicht als Bestimmungsort verzeichnet sei, komme daher, daß das Schiff von Cardiff bis Hongkong 10 Wochen brauche und daß der Ladungseigentümer und Absender mit Rücksicht auf ungewöhnliche Ereignisse während der Reise und auf eine Blockadeerklärung es für vorteilhaft gehalten hätten, mit Bezug auf die Ladung noch keine definitive Entscheidung zu treffen. Als dann nach Ankunft des Schiffs in Hongkong es sich erwiesen habe, daß noch keine Blockade über Wladiwostok verhängt gewesen sei, hätten sie Order gegeben, nach dort weiter zu fahren. Wenn die Ladungseigentümer von vornherein erklärt hätten, die Ladung sei für Wladiwostok bestimmt, und wenn dieser Hafen nachher unter Blockade gestellt worden wäre, so hätten sie durch Änderung des Bestimmungsortes große Unbequemlichkeiten und Verluste haben müssen. Auch hätte der Dampfer, wenn von Anfang an Wladiwostok als Bestimmungsort erklärt worden sei, in Cardiff und den Häfen auf seiner Reise seitens der englischen Behörden allerhand Hindernisse erfahren müssen. Auch hätten dadurch, daß die Mannschaft in Hongkong nicht willig gewesen sein würde, nach einem Hafen einer kriegführenden Macht zu reisen, zwischen dem Kapitän und der Mannschaft manche

Schwierigkeiten heraufbeschworen werden können. Daher sei es ein guter Plan gewesen, daß der Kapitän, um all diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, bis nach Abfahrt von Hongkong den wahren Bestimmnungshafen verheimlicht habe. Eine Absicht, die Marinen der kriegführenden Staaten zu täuschen, habe nicht vorgelegen. Die Autoritäten des Völkerrechts stünden aber auf dem Standpunkt, daß das Vorhaudensein von gefälschten Papieren auf einem Schiff, nur wenn es klar sei, daß sie zum Zwecke der Täuschung der im Krieg begriffenen Marinen gefälscht seien. Strafe nach sich ziehen könne.

#### Das Urteil erster Instanz besage:

Es sei bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptsammelplatz für seine Marine sei. Seit dem Kriege mit Japan habe die russische Regierung diesen Platz zu einem Etappenort gemacht und sie sei mit allen Kräften bemüht, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr habe dort last gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohle und dergleichen Güter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig sei, nach Wladiwostok befördert werde, so müsse, mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern gewesen seien.

Das müsse als eine unzutreffende Darstellung der Verhältnisse bezeichnet werden. Denn wenn Wladiwostok auch ein russischer Kriegshafen sei, so sei es doch auch zu gleicher Zeit ein Handelshafen, der für den neutralen Einfuhrhandel nicht gesperrt sei. Was daher relative Konterbandegüter, wie die zur Verhandlung stehenden, angehe, die als Konterbande nur in dem Fall zu betrachten seien, wenn sie für den Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine bestimmt seien, so könne man lediglich daraus, daß sie nach einem feindlichen Kriegshafen gingen, nicht sogleich schließen, daß sie der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden sollten. Wie auch, wenn der Bestimmungsort nicht ein Kriegshafen sei, die Frage, ob die Güter für die Armee oder die Marine bestimmt seien, nach den besonderen Umständen des Falls betrachten würden und Fälle möglich seien, wo sie als Konterbande anzusehen seien, so sei es auf der anderen Seite ein Fehler, wenn der Bestimmungshafen ein Kriegshafen sei, einfach obenhin anzunehmen, daß die Güter für die feindliche Armee oder Marine zu liefern seien. Es sei daher unrechtmäßig, daß das Urteil erster Instanz die Konterbandeeigenschaft, der zur Verhandlung stehenden Güter einfach danach bestimmt habe, daß Wladiwostok ein russischer Kriegshafen sei, ohne den Tatbestand über die Frage, ob die Güter für die

russische Armee oder Marine bestimmt gewesen seien, im geringsten klarzustellen.

Im übrigen gehe die Tatsache, daß der gewöhnliche Handelsverhehr im Wladiwostok zu der fraglichen Zeit nicht aufgehört gehabt habe, aus folgendem ganz offenbar hervor. Die "Wilhelmina"
und viele andere neutrale Schiffe seien mit Steinkohlen, Petroleum
und sonstiger verschiedener Ladung nach dort gefahren und Firmen
wie Hermann Kobritz und viele andere hätten dort wie früher
ihr Handelsgewerbe betrieben.

Wenn daher Cardiffkohle, die auch 'außer dem Kriegsgebrauch Verwendung finde, nach Wladitwosto befördert werde, welches ein Kriegshafen sei, in dem zugkich gewöhnlicher Handelsverkehr stattfinde, so müsse nach der Präcedenzentscheidung in dem "Neptunus"-Fall angenommen werden, daß die Ladung nach dem Handelshafen und zu Friedensgebrauch bestimmt sei. Das Urteil erster Instanz behaupte dagegen, daß, mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden nüsse, sie solle für den Kriegsgebrauch geliefert werden, und drehe so die Beweisbat um

Es werde daher Verwerfung des Urteils erster Instanz in allen seinen Punkten und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe des englischen Dampfers "Harberton" beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung sei doppelt gesiebte, ausgewählte Cardiffkohle, welche im Osten nur auf Kriegsschiffen verwandt werde. Ihr Bestimmungsort sei Wladiwostok, welches zurzeit den Hauptstützpunkt der russischen Marine bilde. Daher sei es zutreffend, daß das Urteil erster Instanz angenommen habe, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für die feindliche Marine habe geliefert werden sollen; und wenn die Berufung behaupte, die Verhältnisse seien unrichtig dargestellt, so sei das völlig unbegründet. Es liege bei Beurteilung der Frage, ob die Ladung Konterbande sei oder nicht. kein Bedürfnis vor zu entscheiden, ob der gewöhnliche Handelsverkehr ihres Bestimmungsorts Wladiwostok seit dem Kriege mit Japan aufgehört habe oder nicht. Da, wie bereits besagt, eine Ladung wie die zur Verhandlung stehende im Osten nur auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme und der genannte Hafen ein russischer Marinestützpunkt sei, welcher von einem Stocken des gewöhnlichen Handelsverkehrs nicht berührt werde, so könne man gar nicht zu einer anderen Annahme kommen, als daß die Ladung für die Marine habe geliefert werden sollen. Kurz, die Behauptung des Reklamanten, der gewöhnliche Handelsverkehr in Wladiwostok habe seit der Eröffnung des Krieges

808

nicht aufgehört, stehe zu der Frage, ob die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande sei oder nicht, in keiner Beziehung.

• Was ferner die Anwendung betrügerischer Mittel angehe, so sei die Beteiligung des Reklamanten und Reeders an derselben dadurch erwiesen, daß in dem Chartervertrag ein falscher Bestimmungsort angegeben sei und daß der Kapitän nach seiner eigenen Aussage von dem Reeder Order für Wladdiwostok erhalten habe. Daher sei die Berufung in der Behauptung, der Reeder habe an dem betrügerischen Vorgehen keinen Anteili gelabh, unbegründet.

Ferner liege es auf der Hand, daß in dem Chartervertrag und den anderen auf die Ladung Bezug habenden Schiffspapieren der falsche Bestimmungsort nur deshalb eingetragen worden sei, um dadurch der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen. Das zur Verhandlung stehende Schiff habe den Bereich der seerechtlichen Befugnisse Japans durchquert, um nach Wladiwostok zu gelangen. Wenn es dabei in die Schiffspapiere, welche zur Entscheidung über die Konterbandeeigenschaft seiner Ladung von der größten Bedeutung seien, einen falschen Bestimmungsort eingetragen habe, so hätten der Reeder und der Ladungseigentümer voraussehen müssen, daß das Schiff damit der japanischen Marine habe im höchsten Grade verdächtig werden und sich den größten Belästigungen aussetzen müssen. Niemand werde bei gesundem Menschenverstand, um kleinen Unbequemlichkeiten bei der Ausklarierung zu entgehen, sich eine so große Gefahr aufladen, Wenn dabei wirklich die Vorstellung einer Blockierung Wladiwostoks vorgelegen hätte, so wäre es ausreichend gewesen, diesen Gedanken aufrichtig in den genannten Papieren zu verzeichnen.

Der in dieser Sache ausgeführte Betrug sei demnach ein sehweres Vergehen, für das sich keinerlei Entschuldigung finden lasse, und es sei durchaus zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz auf Grund dieses sehweren Vergehens auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes erkannt habe.

Die Berufung sei daher als unbegründet zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Walfen, Lebensmittel, Kohlen und sonstige Kriegsbedarfsartlikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handebeverkehr nach dorthin hat fast ganz aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die Kohlenladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers

ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfrage dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollte.

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präeedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus", auch in diesem Falle angenommen werden, daß die in Frage stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden, und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präeedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

2. Das Völkerrecht erkennt an, daß Schiffe, wie das zur Verhandlung stehende, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. ¹) Das Oberprisengericht ist der Ansicht. daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Besonders ist es billig im vorliegenden Falle, wo die ganze Ladung des Schiffs Kontrebande ist, wo der Reeder dem Kapitän Order gegeben hat, nach Wiladiwostok zu fahren, während das Privatschiffsjournal und andere Schiffspapiere einen gefälschten Bestimmungsort enthalten, wo also das Schiff sich des Transports von Kontrebande unter Anwendung betrügerischer Mittel schuldig gemacht hat.

Da schon nach dem in den Punkten 1 und 2 Gesagten die Entscheidung der ersten Instanz auf Einzehung des zur Verhandlung stehenden Schiffs unfraglich gerechtfertigt ist, so liegt kein Bedürfnis vor, auf die einzelnen Punkte der Berufung noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 8. August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

**Reklamant:** Pyman Watson Steamship Company Ltd., England, Wales, Cardiff, vertreten durch den Kapitän des Dampfers "Harberton", William Duncombe.

<sup>5)</sup> Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und Ihre Grundlage, das englische Manual of Naval Prize Law, Art. 82—85.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Shigefuji Tsurutaro, Nagasaki, Hikijimachi Nr. 33.

In der Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Dampfers "Harberton" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme der auf dem englischen Dampfer "Harberton" verladenen etwa 4900 Tons Steinkohlen erkannt.

#### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehende Ladung von etwa 4900 Tons doppeltgesiebter Cardiffkohle (zur Zeit des Ladens in Cardiff waren etwa 5000 Tons vorhanden, von denen jedoch für die Reise des Dampfers "Harberton" 100 Tons verbraucht worden sind, so daß zurzeit etwa 4900 Tons übrig sind) ist von dem Reklamanten als Absender auf dem am 11. November 1904 von der Firma Mann, George & Co. in London gecharterten englischen Dampfer "Harberton" verladen worden, um nach Wladiwostok befördert zu werden. Der Dampfer ist am 30. November d. J. von Cardiff in England abgereist und über Malta, Port Said, Colombo und Hongkong auf der Reise nach Wladiwostok am 1. März 1905 bis nach der Straße von Etorup gelangt, von wo er jedoch wegen Schneesturms wieder nach Süden abwenden mußte. Am 3. März passierte er zuni zweiten Male die Straße und gelangte in das Ochotskische Meer, wo er jedoch am 4. in Treibeis geriet und nicht weiter fahren konnte. Er änderte daher notgedrungen seinen Kurs und fuhr wieder in die Straße Etorup zurück. Als er aufs neue nach Wladiwostok zu fahren versuchte, wurde er am 18. März 1905 auf 45 9 13 'n. Br. und 149 9 6 ' ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Akitsushima" mit seiner Ladung beschlagnahmt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Akitsushima", Kapitänleutnants Takakura Shoji, die Vernehmungsprotokolle des genannten Offiziers, des Kapitäns der "Harberton" William Duncombe, des ersten Offiziers Daniel Burns, des ersten Maschinisten William Thompson Brown, das Schiffszertifikat, den Chartervertrag und das Konnosement.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant und Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Ladung sei ein neutraler Staatsangehöriger. Er habe die Steinkohle nach einem nicht blockierten Hafen einer der kriegführenden Mächte befördern wollen. Dies sei, da man Kohle als eine zu allgemeinem Gebrauch dienende Ware anzusehen habe, nichts Unrechtmäßiges. Kohle sei nur, wenn sie der feindlichen Kriesgmacht geliefert werden solle, nicht aber schon an und für sich Konterbande. Es liege aber keinerlei Beweis dafür vor, daß der Reklamant beabsichtigt habe, die Kohle der feindlichen Kriegsmacht zu liefern.

Zudem sei Wladiwostok zu der Zeit nicht unter Blockade gewesen, und, wenn es auch ein echter Kriegshafen sei, so verlören darum Neutrale nicht das Recht, Güter wie die zur Verhandlung stehende Ladung, die Handelszwecken dienten, einzuführen. Das Völkerrecht erkenne nur ein Mittel an, dessen sich ein kriegführender Staat bedienen dürfe, um den neutralen Einfuhrhandel zu unterbrechen, nämlich die Blockade. Obwohl nun Japan seit Januar dieses Jahres in der Lage gewesen sei. Władiwostok zu blockieren, habe es doch keine Blockada erklärt. Damit habe es stillschweigend anerkannt, daß Wladiwostok noch für den neutralen Handelsverkehr offen sei. Daß lapan so, ohne eine Blockade erklärt zu haben, den neutralen Handel tatsächlich blockiere, heiße nichts anderes, als die neutralen Schiffe in eine Falle locken. Da ferner Wladiwostok im Winter der einzige Hafen in Ostsibirien und neben einem Kriegshafen auch ein Handelshafen sei, so könne, wenn Władiwostok auch vorzugsweise von Truppen innegehabt werde. Steinkohle, die dorthin befördert werde, nicht ohne weiteres als der feindlichen Streitmacht zu liefernde Kohle betrachtet werden.

Daß in den Schiffspapieren Wladiwostok nicht als Bestimmungsort verzeichnet sei, komme daher, daß das Schiff von Cardiff bis Hongkong 10 Wochen brauche und daß der Landungseigentümer und Absender mit Rücksicht auf ungewöhnliche Ereignisse während der Reise und in Erwartung einer Blockadeerklärung es für vorteilhaft gehalten hätten. mit Bezug auf die Ladung noch keine definitive Entscheidung zu treffen. Als dann nach Ankunft des Schiffes in Hongkong es sich erwiesen habe. daß noch keine Blockade über Wladiwostok verhängt gewesen sei, hätten sie Order gegeben, nach dort weiter zu fahren. Wenn die Ladungseigentümer von vornherein erklärt hätten, die Ladung sei für Wladiwostok bestimmt, und wenn dieser Hafen nachher unter Blockade gestellt worden wäre, so hätten sie durch Änderung des Bestimmungsorts große Unbequemlichkeit und Verluste haben müssen. Auch hätte der Dampfer, wenn von Anfang an Wladiwostok als Bestimmungsort erklärt worden sei, in Cardiff und in Häfen auf seiner Reise seitens der englischen Behörden allerhand Hindernisse erfahren müssen.

Aus diesen Gründen werde eine Entscheidung auf Freigabe der zur Verhandlung stehenden Ladung beantragt.

Der Vertreter der Reklamation ist auf die dem Verfahren entsprechende Ladung, ohne irgendwelche Mitteilung zu machen, nicht erschienen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptstützpunkt für seine Marine ist. Seit dem Kriege mit Japan hat die russische Regierung diesen Platz zu einem Hauptetappenort gemacht und ist bestrebt, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsversherh nat dort last gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohlen oder dergleichen Güter, deren Konterbandecigenschaft von besonderen Umständen abhängig ist, unch Wladiwostok befördert werden, so muß, mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern waren. Besonders kann es bezüglich der zur Verhandlung stehenden Ladung, welche aus ausgewählter Cardiffkohle besteht, wie sie im Osten ausschließlich zum Gebrauch auf Kriegsgebräuch bestimmt war. Sie ist daher mit Bercht als Konterbande anzusehen.)

Der Reklamant führt aus, daß

das Völkerrecht nur ein Mittel anerkenne, dessen sich ein kriegführender Staat bedienen dürfe, um den neutralen Eindinhrhandel zu unterbrechen, nämlich die Blockade. Daß 
Japan, ohne eine Blockade erklärt zu haben, den neutralen 
Handel nach Wladiwostok tastächlich blockiere, heiße nichts 
anderes, als die neutralen Schiffe in eine Falle locken.

Da aber die Beschlagnahme des Dampfers "Harberton" durch ein japanisches Kriegsschiff geschehen ist, weil es Kriegskonterbande beförderte, so liegt darin keine Unterbrechung des berechtigten neutralen Einfuhrhandels nach Wladiwostok, und es ist völkerrechtlich in Theorie und Praxis anerkannt, das ein kriegtführender Statat, auch wo keine Blockade erklärt ist, Schiffe, welche Konterbande führen, aufbringen kann.

Demnach ist die zur Verhandlung stehende Ladung als Konterbande, welche auf der Reise nach Wladiwostok begriffen war, anzusehen. Die Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 sowie die Theorie und Praxis des Völkerrechts erkennen aber an, daß Konterbande, wenn auch unter neutraler Flagge; fahrend, eingezogen werden kann. 9

Da aus diesen Gründen die zur Verhandlung stehende Ladung einzuziehen ist, so erübrigt es sieh, die anderen Punkte des Vertreters der Reklamation noch besonders zu erörtern.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 7. Juni 1905 im Prisengericht zu Vokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Vokosuka Kobayashi Yoshio.

(Unterschriften.)

<sup>&#</sup>x27;) II. Ziffer 2. - ') V. § 43.

Reklamant: Pyman Watson Steamship Company Ltd. in England, Wales, Cardiff, vertreten durch den Kapitän des englischen Dampfers "Harberton", William Duncombe.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Shigefuje Tsurutaro, Nagasaki, Hikijimachi Nr. 33.

Am 7. Juni 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensache, betreffend die Ladung des am 18. März 1905 auf 15° 13′ n. B. und 149° 6′ ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Aktisushima" aufgebrachten englischen Dampfers "Harberton", welche aus ungefähr 4900 Tons Kohlen besteht, ein Urteil erlassen, in welchem auf Einziehung dieser Ladung erkannt worden ist.

Oegen dieses Urteil hat William Duncombe, der Vertreter des Reklamanten, Pyman Watson Steamship Company, durch den Rechtsanwalt Shig ef uji Tsur utar oals Prozeskertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Shigefuji Tsurutaro, und deren Gründe sind folgende:

Der Reklamant und Eigentümer der zur Verhandlung stehenden Ladung sei ein neutraler Staatsangehöriger. Er habe die Steinkohle nach einem nicht blockierten Hafen einer der kriegführenden Mächte befördern wollen. Dies sei, da man Kohle als eine zu allgemeinem Gebrauch dienende Ware betrachten müsse, nichts unrechtmäßiges. Kohle sei nur, wenn sie der feindlichen Kriegsmacht geliefert werden solle, nicht aber schon an und für sich Konterbande. Es liege aber keinerlei Beweis dafür vor, daß der Reklamant beabsichtigt gehabt habe, die Kohle der feindlichen Kriegsmacht zu liefern. Zudem sei Wladiwostok zu der Zeit nicht unter Blockade gewesen und, wenn es auch ein echter Kriegshafen sei, so verlören darum Neutrale nicht das Recht, die zur Verhandlung stehende Ladung, die Handelszwecken diene, einzuführen. Das Völkerrecht erkenne nur ein Mittel an, dessen sich ein kriegführender Staat bedienen dürfe, um den neutralen Einfuhrhandel zu unterbrechen, nämlich die Blockade. Obwohl nun Japan seit Januar dieses Jahres in der Lage gewesen sei, Wladiwostok zu blockieren, habe es doch keine Blockade erklärt. Damit habe es stillschweigend anerkannt, daß Wladiwostok noch für den neutralen Handelshafen offen sei. Daß Japan so, ohne eine Blockade erklärt zu haben, den neutralen Handel tatsächlich blockiere, heiße nichts anderes, als die neutralen Schiffe in eine Falle locken. Da ferner Wladiwostok im Winter der einzige Hafen in Ostsibirien und neben einem Kriegshafen auch ein Handelshafen sei. so könne, wenn Władiwostok auch vorzugsweise von Truppen innegehabt

werde, Steinkohle, die dorthin befördert werde, nicht ohne weiteres als der feindlichen Streitmacht zu liefernde Kohle bezeichnet werden.

Daß in den Schiffspapieren Wladiwostok nicht als Bestimmungsort verzeichnet sei, komme daher, daß das Schiff von Cardiff bis Hongkong 10 Wochen brauche und daß die Ladungseigentümer und Absender mit Rücksicht auf ungewöhnliche Ereignisse während der Reise und auf eine Blockadeerklärung es für vorteilhaft gehalten hätten, mit Bezug auf die Ladung noch keine definitive Entscheidung zu treffen. Als dann nach Ankunft des Schiffs in Hongkong es sich erwiesen habe, daß noch keine Blockade über Wladiwostok verhängt gewesen sei, hätten sie Order gegeben, nach dort weiter zu fahren. Wenn die Ladungseigentümer von vornherein erklärt hätten, die Ladung sei für Wladiwostok bestimmt, und wenn dieser Hafen nachher unter Blockade gestellt worden wäre. so hätten sie durch Änderung des Bestimmungsortes große Unbequemlichkeit und Verluste haben müssen. Auch hätte der Dampfer, wenn von Anfang an Wladiwostok als Bestimmungsort erklärt worden sei, in Cardiff und Häfen auf seiner Reise seitens der englischen Behörden allerhand Hindernisse erfahren müssen.

#### Das Urteil erster Instanz behaupte:

Es sei bekannt, daß Wiladiwostok Rußlands wichtigster Kriegshafen im Osten und zurzeit der Hauptsammelplatz für seine Marine sei. Seit dem Kriege mit Japan habe die russische Regierung diesen Platz zu einem Etappenort gemacht, und sie sei mit allen Kräften bemüht, dort große Kriegsvorräte anzuhäufen. Der gewöhnliche Handelsverkehr habe dort fast gänzlich aufgehört. Wenn daher Kohle und dergleichen Güter, deren Konterbandeeigenschaft von besonderen Umständen abhängig sei, nach Wladiwostok befördert würden, so müsse, mangels klaren Gegenbeweises, angenomen werden, daß dieselben für den Kriegsgebrauch zu liefern gewesen seien.

Das müsse als eine unzutreffende Darstellung der Verhältnisse bezeichnet werden. Denn wenn Wladiwostok auch ein russischer Kriegshafen sei, so sei es doch zu gleicher Zeit auch ein Handelshafen, der für den neutralen Einfuhrhandel nicht gesperrt sei. Was daher relative Konterbandegüter, wie die zur Verhandlung stehenden, angehe, die als Konterbande nur in dem Falle zu betrachten seien, wenn sie für den Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine bestimmt seien, so könne man lediglich daraus, daß sie nach einem feindlichen Kriegshafen gingen, nicht sogleich schließen, daß sie der feindlichen Armee oder Marine geliefert werden sollten. Wie auch, wenn der Bestimmungsort nicht ein Kriegshafen sei, die Frage, ob die Güter für die Armee oder die Marine bestimmt seien, nach den besonderen Umständen des Falls betrachte

würden und Fälle möglich seien, wo sie als Konterbande anzusehen seien, so sei es auf der anderen Seite ein Fehler, wenn der Bestimmungshafen ein Kriegshafen sei, einfach obenhin anzunehmen, daß die Güter für die feindliche Armee oder Marine zu liefern seien.

Es sei unrechtmåßig, daß 'das Urteil erster Instanz die Konterbandeeigenschaft der zur Verhandlung stehenden Ladung einfach danach
bestimmt habe, daß Wladiwostok ein russischer Kriegshafen sei, ohne
den Tatbestand über die Frage, ob die Güter an die russische Armee
oder Marine bestimmt gewesen seien, im geringsten klarzustellen.

Außerdem gehe die Tatsache, daß der gewöhnliche Handelsverkehr in Wladiwostok zu der fraglichen Zeit nicht aufgehört habe, aus Folgendem ganz offenbar hervor: Die, "Wilhelmia" und viele andere neutrale Schiffe seien mit Steinkohlen, Petroleum und sonstiger verschiedener Ladung nach dort gefahren, und Firmen wie Hermann Kobritz und viele andere hätten dort wie früher ihr Handelsgewerbe betrieben.

Wenn daher Cardiffkohle, die auch außer zum Kriegsgebrauch Verwendung finde, nach Wladitwosto befördert werde, welches ein Kriegshafen sei, in dem zugleich gewöhnlicher Handelsverkehr stattfinde, so müsse nach der Präedenzentscheidung in dem "Neptunus"-Fall angenommen werden, daß die Ladung nach dem Handelshafen und zum Friedensgebrauch bestimmt sei. Das Urteil erster Instanz behaupte dagegen, daß, mangels klaren Gegenbeweises, angenommen werden müsse, sie sollte für den Kriegsgebrauch geliefert werden, und drehe so die Beweislast um.

Wenn nun so Wladiwostok als Handelshafen anzusehen sei, und es auf der anderen Seite nicht bewiesen sei, daß die Ladung an die feindliche Streitmacht hätte abgeliefert werden sollen, so müsse die Ladung als Nichtkonterbande unter neutraler Flagge freigegeben werden.

Es werde daher Aufhebung des Urteils erster Instanz in allen Punkten und Erlaß einer Entscheidung auf Freilassung der auf dem englischen Dampfer "Harberton" verladenen etwa 4900 Tons Kohlen beantraet.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, sind folgende:

Die zur Verhandlung stehende Ladung sei doppelt gesiebte Cardifikohle, welche im Osten nur bei der Kriegsmarine zur Verwendung komme. Ihr Bestimmungsort sei Wladiwostok, zurzeit der Hauptstützpunkt der russischen Flotte. Danach sei es offenbar, daß die Ladung der feindlichen Marine hätte geliefert werden sollen. Wenn daher das Urteil erster Instanz dies angenommen habe, so sei die Behauptung des Reklamanten, es habe die Verhältnisse unzutreffend dargestellt, völlig unbegründet. Es liege bei Beurteilung der Frage, ob die Ladung Konterbande sei oder nieht, kein Bedüffnis vor, zu entscheiden, ob der gewöhnliche Handelsverkehr ihres Bestimmungsorts Wladiwostok seit dem Kriege mit Japan aufgehört habe oder nicht. Da, wie bereits gesagt, eine Ladung wie die zur Verhandlung stehende im Osten nur auf Kriegsschiffen zur Verwendung komme und der genannte Hafen ein russischer Marinestützpunkt sei, welcher von einem Stocken des gewöhnlichen Handelsverkehrs nicht berührt werde, so könne man gar nicht zu einer anderen Annahme kommen, als daß die Ladung für die Marine habe geliefert werden sollen. Kurz, die Behauptung des Reklamanten, der gewöhnliche Handelsverkehr in 'Wladiwostok habe seit der Eröffnung des Krieges nicht aufgehört, stehe zu der Frage, ob die zur Verhandlung stehende Ladung Konterbande sei oder nicht, in keineriel Beziehung.

Es müsse daher auf Verwerfung der Berufung entschieden werden. Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Es ist bekannt, daß Wladiwostok Rußands wichtigster Kriegshafen ist. Seit dem Krieg mit Japan hat Rußland es zum Stützpunkt für seine Kriegsflotte und Hauptetappenort gemacht. Es hat dort in ausgedehntem Maße Waffen, Lebensmittel, Kohle und sonstige Kriegsbedarfsartikel aufgespeichert. Der gewöhnliche Handelsverkehr nach dorthin hat fast gänzlich aufgehört. Es ist daher durchaus begründet, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die nach diesem Hafen bestimmten Steinkohlen für den russischen Kriegsgebrauch geliefert werden sollten und daher Kriegskonterbande seien. Dies um so mehr, als die zur Verhandlung stehende Kohlenladung ausgewählte Cardiffkohle ist und die Preise für solche im Osten so außerordentlich hoch sind, daß außer für den Gebrauch auf Kriegsschiffen zur Kriegszeit keine Nachfräge dafür vorhanden und es somit unzweifelhaft ist, daß die Kohle für den

Der Reklamant sagt, es müsse nach Art der Präcedenzentscheidung, betreffend den "Neptunus" auch in diesem Falle angenommen werden, daß die zur Verhandlung stehende Ladung für friedliche Zwecke bestimmt gewesen sei. Aber die Ladung im "Neptunus"-Fall und die des vorliegenden Falles sind ihrer Art nach von Grund aus verschieden und auch die Verhältnisse der Bestimmungsorte sind ganz andere. Es ist daher unfraglich, daß jener Fall nicht als Präcedenz auf den vorliegenden angewandt werden kann.

Demnach sind die Ausführungen des Reklamanten sämtlich unbegründet, und es wird, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Im August 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Der in Tsingtau in China ansässige deutsche Kaufmann Jürgen Block.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Regierungsbezirk Nagasaki, Nagasaki, Togiyamachi 41.

In der Prisensache, betreffend den deutschen Dampfer "Industrie", wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Industrie" wird eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Der Dampfer "Industrie" ist Eigentum des Reklamanten, hat den Heimatshafen Hamburg, führt die deutsche Flagge und ist ein Bergungsund Schleppdampfer. Am 8. Februar des Jahres 1005 wurde der Dampfer in 
intagahat von dem in Tschifu ansässigen Zeitungseigentümer, dem 
Amerikaner R. R. Mac Dermid für eine monatliche Summe von 
1500 Shanghai-Taels als Zeitungskorrespondenzboot für drei Monate 
gemietet und der deutsche Reichsangehörige Adolf Bannier mit 
einem Gehalt von \$ 400 monatlich als Zeitungskorrespondent auf denselben gesetzt.

Am 19, desselben Monats fuhr der Dampfer von Shanghai ab mit der Aufgabe, unter Leitung Banniers die Bewegungen der japanischen Flotte auszuspüren und dieselben durch Vermittlung von Mac Dermid an die russische Regierung zu berichten. Am 3. März war der Dampfer bereits über Saddle Islands bis zu einem Punkte 40 Seemeilen südwestlich von Tsushima gelangt, kehrte aber am 13. desselben Monats wieder nach Shanghai zurück, von wo er am 15. wieder abfuhr. Am 23. war er bei North Seen Island, Korea, angelangt und ging, nachdem er bis zum 27. Quelpart Island. Anderson Island und die benachbarten Gewässer rekognosziert hatte, bei Anbruch dieses Tages noch weiter vor, wo er einem Punkte 5 Seemeilen östlich von der Insel Katok die Konzentration unserer Flotte beobachtete. Er stellte die Typen und Namen der Schiffe fest und fuhr mit der Absicht, dies an Mac Dermid zu telegraphieren, nach Fusan ab. Zu dieser Zeit, um 3 Uhr nachmittags desselben Tages, wurde der Dampfer, unter dem Verdacht, im Interesse des Feindes zu spionieren und demselben Nachrichten zu liefern. 2 Seemeilen südlich von der Insel Katok von dem japanischen Kriegsschiff "Kasuga" aufgebracht.

Diese Tatsachen gehen klar hervor aus der Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten der "Kasuga", Kapitänleutnants Oimikado Shigetaka, dem Vernehmungsprotokoll des Kapitäns der "Industrie", Udden, des ersten Offiziers Sjöstedt und des

Korrespondenten Bannier sowie aus dem Schiffszertifikat, der Schiffsverkaufsurkunde und dem Schiffsjournal des Dampfers.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der Staatsanwalt behaupte, der Dampfer sei von Mac Der mid, dem Eigentümer der von der russischen Regierung unterstützten, in Tschifu erscheinenden "Chefoo Dally News" gechartert, um anter Leitung des als Korrespondenten engagierten Bannier nach dem Sammelplatz unserer Flotte zu fahren und im Interesse des Feindes zu spionieren und demselben Meldungen zu machen.

 Die Behauptung, daß die "Daily News" ein Blatt sei, welches mit Unterstützung der russischen Regierung herausgegeben würde, sei grundlos und könne nicht anerkannt werden.

- 2. Der Korrespondent Bann i er sei nur ein von Mac Dermid für einige Zeit engagierter gewöhnlicher Kriegskorrespondent, der die Aufgabe gehabt hätte, die Bewegungen der Flotten, sowohl Japans als Rußlands, ohne irgendwelche Parteinahme zu beobachten, und er sei kein russischer Spion, welcher im Interesse des Feindes die Bewegungen der japanischen Flotte habe ausforschen sollen.
- 3. Der Reklamant und Eigentfimer des Dampfers habe denselben nicht mit der Absicht, daß er zum Vorteil Rußlands kundschaften solle, verchartert, und ebenso sei auch die Behauptung des Staatsanwalts, daß zwischen dem Reklamanten und dem russischen Generalmajor Des sin o ein Verkaufsvertrag über den Dampfer abgeschlossen gewesen sei, völlig grundlos, wie aus der Korrespondenz des Reklamanten mit Mac Dermid seit dem 13. Januar und einem Brief der Kawasaki Dockyard Co. in Kobe vom 24. Mätz ersieftlich sei.
- Die T\u00e4tigkeit journalistischer Korrespondenz geschehe im \u00f6ffentlichen Interesse und sei keine Verletzung der Neutralit\u00e4t.
- 5. Neutrale Schiffe könnten nicht eingezogen werden, wenn sie nicht Kriegskonterbande führten oder als Blockadebrecher handelten. Wenn es sich darum handele, ein Schiff einzuziehen, welches im Interesse des Feindes tätig sei, so müsse eine derartige Handlung bereits ausgeführt worden sein, und es müsse klarer Beweis hierfür vorliegen. In dem gegenwärtigen Falle fehle es aber an einem solchen Beweise.

Daher müsse der zur Verhandlung stehende Dampfer als ein harmloses Schiff eines neutralen Landes freigegeben werden.

Der Staatsanwalt ist im wesentlichen der Ansicht, daß das zur Vernahalung stehende Dampfschiff nur zum Schein als ein gewöhnliches Korrespondenzbott aufgeputzt, in Wirklichkeit aber laut einem geheimen Abkommen zwischen Mac Dermid und der russischen Regierung dazu bestimmt gewesen sei, die Bewegungen unserer Flotte auszukundschaften und dem Feinde zu melden.

(52\*) 819

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Es ist als allgemein anerkannte völkerrechtliche Regel zu bezeichnen, daß ein Neutraler, welcher im Interesse der einen kriegführenden Macht die Kriegslage betreffende Oeheinmisse der andern Macht ausforseht und der ersteren mitteilt, sich eines Neutralitätsbruches schuldig macht, und daß ein hierzu benutztes Schiff der Strafe der Einzichung verfällt.) Der Prozeßvertreter behauptet freilich, der fragliche Dampfer sei nur Preßboot der "Chefoo Daily News" gewesen, welche keine Unterstützung seitens der russischen Regierung erfahre, und er sei lediglich zur unparteilsichen Mitteilung der Bewegungen der Flotten beider Kriegfihrenden bestümmt gewesen; dem steht aber entgegen, daß die "Chefoo Daily News", welche kurz nach Beginn des japanisch-russischen Krieges zuerst herauskam und ein kleines Blatt ist, aus eigenen Mitteln ein eigenes Preßboot zu entsenden nicht imstande sein würde, daß es beständig für Rußland gewesen ist und auch besonders für Japan ungünstige Artikel publiziert hat.

In dem Protokoll der dritten Vernehmung Banniers findet sich folgende Frage des mit dem Fall beauftragten Richters: "Halten Sie es für wahr, daß die "Chefoo Daily News" ein Organ der russischen Regierung ist oder nicht?" Darauf antwortete Bannier: "Davon habe ich bis jetzt nichts gewußt, aber wo ich jetzt höre, daß es eine so kleine Zeitung ist, ist es wohl möglich, daß die Zeitung russische Unterstützung erhält. Ich kann Ihre Frage bezüglich dieser Tatsache nicht dahin beantworten, daß die Zeitung eine Unterstützung nicht erhält." Auf eine andere Frage antwortete er: "Ich glaube, daß meine Nachrichten an die russischen Konsuln in Tschifu und Shanghai und von dort an die russische Regierung geschickt worden wären. Aber zur Zeit meiner Abreise von Shanghai wußte ich das nicht und beabsichtigte. alles, was ich von der japanischen und der russischen Flotte sehen würde. zu berichten. Ich bin der Ansicht, daß meine Nachrichten alle der russischen Regierung nützlich gewesen wären." Die Aussage des Kapitäns U d d e n stimmt hiermit im großen und ganzen überein.

Hieraus und aus der Tatsache, daß zu dieser Zeit in den östlichen Gewässern auch nicht ein einziges russisches Kriegsschiff zu sehen war, muß geschlossen werden, daß die russische Regierung unter Ausnutzung der neutralen Nationalität der "Chefoo Daily News" dieser eine Subvention gab und sie unter dem Gewande eines Kriegskorrespondenten unsere Kriegsgeheimnisse erforschen und berichten zu lassen vorhatte, und daß auch der Reklamant von dieser Tatsache Kenntnis hatte.

Es wird demnach mit der Begründung, daß das zur Verhandlung stehende Schiff als ein solches betrachtet werden muß, welches die

<sup>1)</sup> V. § 47.

Aufgabe hatte, die Bewegungen der japanischen Kriegsflotte im Interesse des Feindes auszukundschaften und hierüber Meldung zu machen, für rechtens erkannt, daß dasselbe einzuziehen ist.

Es ist überflüssig, die übrigen Punkte der Verteidigung des Reklamanten zu erörtern.

Es wird demnach wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet im Prisengericht zu Sasebo, im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro am 13. Juli 1905.

## (Unterschriften.)

Reklamant: Der deutsche Reichsangehörige Jürgen Block in Tsingtau, China,

Prozefivertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Nagasaki Togiyamachi Nr. 41.

Am 13. Juli 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend den deutschen Dampfer "Industrie", welcher am 28. März 1905 bei der koreanischen Insel Katok von dem Kaiserlichen Kriegsschilf", Kasuga" aufgebracht wurde, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers, Industrie" erkannt worden ist.

Oegen dieses Urteil hat der Reklamant Jürgen Block durch den Rechtsanwalt 1shibashi Tomokichi die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalts Dr. jur. 1shiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptberufungsgründe des Vertreters der Reklamation 1shibashi Tomokichi sind folgende:

Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe des Dampfers "Industrie" beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Im Urteil erster Instanz sei ausgeführt, daß die "Chefoo Daily News" eine kleine, erst kürzlich gegründete Zeitung sei, daß dieselbe nicht in der Lage gewesen sein könne, selbständig ein Nachrichtenboot zu entsenden, und daß sie gewohnheitsmäßig für Rußland schreibe. Aus diesen drei Gründen müsse es als feststehende Tatsache erachtet werden, daß das zur Verhandlung stehende Schiff im Dienste des Redakteurs der mit russischer Unterstützung herausgegebenen "Chefoo Daily News" Mac Dermid und unter Führung des Korrespondenten Bannier die Bestimmung gehabt habe, im Interesse Rußlands die Basis der japanischen Flotte auszukundschaften und der russischen Regierung darüber Nachrichten zukommen zu lassen.

Die angeführten drei Gründe seien jedoch völlig willkürlich zurechtgemachte Gründe, für die es in den Akten des vorliegenden Falles an jeder Grundlage fehle. Das Urteil erster Instanz erkläre diese drei Gründe für feststehende Tatsachen, entziehe sich indes der Beweispflicht für dieselben. Der Reklamant bestreite, daß die genannten Tatsachen feststünden, und das Urteil erster Instanz gründe sich auf der Annahme eines unzutreffenden Tatbestanden.

2. Als Material für die Feststellung der im vorigen Absatz erwähnten Tatsachen habe das Urteil erster Instanz die Aussage Banniers und die damit annähernd übereinstimmende Aussage des Kapitians Udden angezogen, wie sie sich aus dem Vernehmungsprotokoll ergäben. Den Aussagen beider Personen könne jedoch als Material für die Feststellung der fraglichen Tatsachen nicht der geringste Wert beigemessen werden. Bei dem Verhör vor dem mit dem Fall beauftragten Rat habe Bannier ausgesagt.

bisher habe er es nicht gewußt, aber nach dem, was ihm mitgeteilt worden sei, könne es wohl möglich sein, daß usw. und Udden habe erklärt,

er habe sich bei Blocks Verhalten nichts weiter gedacht; aber nachdem er an Gerichtsstelle, bei dem Verhöre, die näheren Umstände erfahren habe, könnte es wohl sein, daß usw.

Diese beiden Personen hätten somit hinsichtlich der fraglichen Tatsachen ihre völlige Unwissenheit yersichert und auf die Auseinandersetzungen und irreführenden Fragen des Prisenrats lediglich die Möglichkeit der fraglichen Tatsachen bekundet. Sie hätten beide ausdrücklich gesagt, sie wüßten nichts darüber, und es seien Sachen, die ihnen nicht von selbst in den Kopf gekommen wären. Infolgedessen sei es völlkommen haltlos, diese Aussagen als Material für eine Entscheidung hinsichtlich des Bestehens der fraglichen Tatsachen zu verwenden.

3. Der Reklamant habe den zur Verhandlung stehenden Dampfer vom 17. Februar d. Jahres an auf die Dauer von zwei und einem halben Monat versichert gehabt und der Versicherungsvertrag habe die Klauseln enthalten, daß die Versicherung nicht Platz greife auf die Schiffahrt nördlich von Otzur, städlich von den Philippinen oder östlich von Vezoz; daß auch die Fahrt nicht über Moji hinausgehen solle, und daß die Hälfte der Versicherungsprämie zurückgezahlt werden solle, falls der Dampfer innerhalb eines Monats, von dem oben erwähnten Datum an gerechnet, verkauft werden solle, Sodann sei in dem Chartervertrag zwischen dem Reklamanten und Mac Der mid dar Fall vorgssehen, daß der Dampfer in Seenot Beistand erhielte, und es seien in dieser Hünsicht besondere Abmachungen getroffen worden. Weiter crgebe ein Brief von Mac Der mid an Bannier, daß das Schiff if Moji oder

einem andern japanischen Hafen möglicherweise von einem eventuellen Käufer besichtigt werden würde. Als Ghartergeld seien ursprünglich für drei Monate 7000 Taels festgesetzt gewesen; nachträglich sei diese Summe jedoch auf monatlich 1500 Taels herabgesetzt worden. Schließlich sei es Tatsache, daß Verhandlungen mit der Kawasaki Dockvard Company über den Verkauf des Schiffes geschwebt hätten und daß dem Reklamanten, als zu erwarten gestanden habe, daß der größte Teil seiner Bedingungen angenommen werden würde und er bereits dem Abschluß des Kaufvertrages entgegensah, Mac Dermid dazwischen gekommen sei. Er, der Reklamant, habe sich bestimmt in dem Glauben befunden. daß die "Industrie" am 24. Februar ds. Jahres nach Moii abgegangen sei; andernfalls würde er sie haben nach Süden gehen lassen, da, wie er damals erfahren habe, ein Schiff bei den Pescadores und ein französischer Kreuzer in der Siam-Bay gewesen seien, mit deren Bergung er viel Geld hätte verdienen können. Als Beweis für seine Absicht, den Dampfer nach Süden zu senden und für die anderen angeführten Tatsachen habe er in dem erstinstanzlichen Verfahren Schriftstücke vorgelegt. Durch diese Beweisurkunden werde hinreichend dargetan, daß der Dampfer, weit entfernt davon, für die Russen Spionendienste leisten zu sollen, wirklich als Zeitungskorrespondentenboot verchartert worden sei. Durch das Protokoll der eidlichen Vernehmung des Mac Dermid aber werde hinreichend bewiesen, daß der Genannte von mehreren amerikanischen Zeitungen mit der Kriegsberichterstattung beauftragt worden sei und aus dieser Tätigkeit gute Einnahmen und Barmittel zur Verfügung gehabt habe, und daß eine böse Absicht, Japan zu schaden, seinerseits nicht vorgelegen habe. Da infolgedessen kein Grund für die Annahme vorhanden sei, daß der Genannte von Rußland unterstützt werde und die Sache dieser Macht vertrete, so müßten die von der ersten Instanz als irrtümlich erwiesen angenommenen Tatsachen als irrtümlich angesehen werden.

Die Hauptpunkte der Erwiderung der Staatsanwälte des Prisengerichts zu Sasebo, Yamamoto Tatsurokuro und Mizukami Chojiro, sind folgende:

1. Durch die Aussage des Kapitäns sei einerseits erwiesen, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer "Industrie" am 3. März dieses Jahres etwa 40 Seemeilen südlich von Tsushima gekreuzt habe, am 13. März nach Shanghai zurückgekehrt und am 15. wieder in See gegangen sei, am 23. die koreanischen North Seen Islands passiert und danach bis zum 27. morgens die Gewässer bei Quelpart Island und Anderson Island rekognosziert habe. Betrachte man andererseits die in dem dritten Vernehmungsprotokoll aufgezeichneten Aussagen des Ad olf Bannier, der als Zeitungskorrespondent mit der Befugnis an Bord gewesen sei, den Kurs des Schiffes zu bestimmen, nämlich

folgende Aussagen: "es sei möglich, daß die "Daily News", eine kleine Zeitung, von der russischen Regierung unterstützt wärde etc."; "er glaube, daß seine Berichte den russischen Konsulaten in Tschifu oder Shanghai und von dort der russischen Regierung mitgeteilt würden"; und schließlich, "er nehme an, daß seine Meldungen im allgemeinen wichtige Dinge für die russische Regierung enthielten etc.", so ergebe sich die unabweisbare Talssache, daß es sich nicht um bloße Zeitungsnachrichten gehandelt habe, sondern daß die Absicht bestanden habe, im Interesse der russischen Regierung die Bewegungen der japanischen Flotte auszukundschaften und die Beobachtungen den Russen mitzettellen.

- 2. Überall in der Welt würden zu Kriegszeiten Dinge wie die Basis der Hauptflotte und Schiffsbewegungen seitens der kriegführenden Parteien als militärische Geheimnisse behandelt. Schon wenn derartige Dinge, die gewöhnlichen Menschen unbekannt blieben, durch bloßen Zufall zur Kenntnis von Neutralen kämen, so hätten letztere die moralische Verpflichtung, dieselben nicht an die Öffentlichkeit zu bringen: um wieviel mehr, wenn sie ausdrücklich darauf ausgingen, derartige Dinge ausfindig zu machen. Wenn das zur Verhandlung stehende kleine Schiff von ungefähr 100 Tonnen Raumgehalt Wind und Wellen getrotzt und tagelang in den koreanischen Küstengewässern rekognosziert habe, so sei dies lediglich in der Absicht geschehen, den Verbleib der japanischen Flotte ausfindig zu machen; und es sei eine leere Ausrede, wenn Bannier behaupte, er habe über die japanische und russische Flotte in gleicher Weise Erkundigungen einziehen und Zeitungsmeldungen machen wollen, da sich tatsächlich zu jener Zeit kein einziges russisches Kriegsschiff in den östlichen Gewässern habe blicken lassen. Als diese Angaben nicht durchgeschlagen hätten, da habe er auf die Fragen des untersuchenden Richters geantwortet, "nach dem, was er nunmehr erfahren habe, könne es wohl so sein etc.", und "er glaube, daß es so sei." Da nun diese Aussagen mit den wahren Tatsachen übereinstimmten, so sei es durchaus nicht rechtswidrig, die Aussagen als Beweismaterial zu verwenden.
- 3. Was die Aussagen, betreffend die Seeversicherung und einen beabsichtigten Verkauf des Dampfers anlange, so seien sie als Beweismaterial dafür, daß das Schiff lediglich für die Zwecke der Zeitungsberichterstattung tätig gewesen sei, ohne Frage ganz ungenügend. Man habe sich in diesem Punkte an die Zeugenaussagen zu halten.

Die Aussage des Kapitäns des Schiffes, wie sie sich im Protokoll der vierten Vernehmung finde, laute, "er habe sich über Blocks Verhalten keine Gedanken gemacht, aber nachdem er an Gerichtsstelle, bei dem Verhöre, die näheren Umstände erfahren und die Sachlage recht betrachte, erscheine es ihm glaubhaft, daß die "Daily News"

ein Organ der russischen Regierung sei, daß die "Industrie" zwecks Verkaufs habe nach Wladiwostok gebracht werden sollen, und daß, falls sie auf der Fahrt dorthin aufgebracht werden sollen"; ferner, Block habe ihm ursprünglich allerdings Order gegeben, mit der "Industrie" als Zeitungskorrespondenzboot nach Japan zu gehen, es könne jedoch möglich sein, daß die Absicht bestanden habe, nach Wladiwostok zu gehen, falls das Schiff nicht etwa aufgebracht werden sollte; Block habe, um einer etwaigen Aufbringung vorzubeugen, die Schiffspapiere im voraus danach augeferite gehabt".

Was den Zeugen Bannier angehe, so sei er, ausweislich des Protokolls der vierten Vernehmung, darüber befragt worden, ob Block mit dem General Dessino in Shanghai einen Vertrag abgeschlossen habe, wonach die "Industrie" für 135000 Taels verkauft worden sei und der Kaufpreis nach Ankunft des Schiffes in Wladiwostok habe bezahlt werden sollen, und ob diesem Vertrag, im Hinblick darauf, daß das Schiff möglicherweise von der japanischen Flotte aufgebracht werden könnte, die Klausel beigefügt worden sei, daß im Falle einer derartigen Aufbringung von der russischen Regierung an Block 85000 Taels gezahlt werden sollten. Auf diese Frase habe er geantwortet.

da er mit diesen Dingen direkt nichts zu tun gehabt habe, so könne er zwar positiv nichts versichern, er glaube indessen, daß dies der wahre Sachverhalt sei. Vor der Abreise von Shanghai habe Block ihm bezüglich des Reiseised er "indiustrie" den Befehl gegeben, nach Wladiwostok zu fahren und ausdrücklich gesagt, sie müsse nach diesem Hafen gehen. Obwohl er, Bannier, dem Kapilän nichts davon gesagt habe, daß die Fahrt nach Wladiwostok gehen solle, seien bei der Abfahrt von Shanghai die Seekarten der Gewässer bei Wladiwostok an Bord gebracht worden, woraus sowohl er als auch der Kapilän geschlossen hätten, daß ein ach Waldiwostok hähren sollten; er nehme an, daß die Seekarten auf Befehl des Block an Bord gebracht worden seien

Prüfe man diese Aussagen, so müsse man zu der Überzeugung kommen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff von der russischen Regierung angekauft gwesen sei und daß überdies zwischen dem Redere Block und dem Zeitungsredakteur Mac Dermid und Genossen ein geheimes Abkommen bestanden habe, wonach sie, unter dem Deckmantel der Preßberichterstattung, militärische Übeheimnisse der japanischen Flotte ausspionieren und dieselben nach Möglichkeit telegraphisch weitergehen lassen wöllten. Das auf den angeführten Gründen bertuhende Urteil

der ersten Instanz, das auf Einziehung des Dampfers laute, sei daher rechtlich zutreffend und die Berufung sei somit zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der Reklamant behauptet, daß das 'zur Verhandlung stehende Schiff an den Herausgeber der "Chefoo Daily News", Ma e Der mi d., als Preßnachrichtenboot verchartert worden sei. Dieser Behauptung stehen jedoch die Tatsachen entgegen, daß das Schiff in der Korea-Straße gekreuzt und in der Nähe der Chin-Hai-Bay die japanische Flotte beobachtet hat; daß der Reeder vorgab, das Schiff solle nach Moji fahren, vor der Abreise jedoch anordnete, daß es nach Wladiwostok gehen solle, und zu diesem Behufe die für die Reise dorthin notwendigen Seckarten an Bord bringen ließ und sechließlich, daß die "Chefoo Daily News" gewohnheitsmäßig die Sache Rußlands vertritt und gegen lanan gerichtete Artikel veröffentlicht.

Zudem hat der Korrespondent Bannier in der ersten Instanz auf die Frage, ob Block mit dem General Dessino in Shanghai einen Vertrag des Inhalts abgeschlossen habe, daß die "Industrie" für 135 000 Taels verkauft und der Kaufpreis nach Überführung des Schiffes nach Wladiwostok gezahlt werden solle, und ob dem Kaufvertrag im Hinblick darauf, daß das Schiff möglicherweise von der japanischen Flotte aufgebracht werden könnte, die Klausel beigefügt gewesen sei, daß im Falle einer derartigen Aufbringung von der russischen Regierung an Block 85 000 Taels gezahlt werden sollten, geantwortet, da er selbst direkt mit diesen Dingen nichts zu tun habe, so könne er nicht positiv angeben, daß dies der wahre Sachverhalt sei, er glaube indessen, daß es der wahre Sachverhalt sei. Als er weiter zur Sicherheit befragt wurde, ob er glaube, daß es Tatsache sei, daß die russische Regierung an Block 85 000 Taels ausgezahlt habe, und daß die "Daily News" ein Organ der russischen Regierung sei, oder ob er glaube, daß es nicht so sei, hat er geantwortet, er glaube, daß es Tatsache sei, und hat weiterhin gesagt, nachdem er soeben erfahren habe, daß die russische Regierung an Block 85 000 Taels gezahlt habe und daß die "Daily News" eine Zeitung sei, die von der russischen Regierung Subvention erhalte, glaube er, daß seine Meldungen an die russischen Konsulate in Tschifu oder Shanghai weitergegeben und von diesen Konsuln an die russische Regierung berichtet worden seien usw. Daher nehme er an, daß die von ihm gemeldeten Dinge für die russische Regierung im allgemeinen von Vorteil gewesen seien.

Hill man alles dies mit den damit im allgemeinen nahezu übereinstimmenden Aussagen des Schiffskapitäna zusammen, so muß man zu der Überzeugung gelangen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff an die russische Regierung verkauft war, und daß es zwecks Übergabe nach Wladiwostok fuhr, unterwegs jedoch unter dem Deckmantel der Zeitungsberichterstattung versuchte, für die feindliche Regierung militärische Geheimnisse der Kaiserlichen Flotte zu erforschen.

Der Reklamant hat zwar behauptet, daß es rechtswidrig sei, die in der ersten Instanz gemachten Aussagen des Ba nier und des Schiffskapitäns als Material für die Feststellung des Tatbestandes heranzuziehen, da diese Aussagen den Betreffenden Iediglich durch die irreleitenden Fragen des mit dem Falle beauftragten Rats entlockt worden seien. Da jedoch das Verhör des beauftragten Rats den Erfolg gehabt hat, daß die Zeugen die Wahrheit ausgesagt haben, so ist es durchaus ordnungsgemäß, derartige Aussagen als Material für die Feststellung des Tatbestandes zu verwenden.

Der Reklamant hat schließlich zum Beweise, daß das zur Verhandlung stehende Schiff ein Zeitungsnachrichtenboot sei, eine Seeversicherungspolice, einen Chartervertrag und seine Korrespondenz mit Mac Dermid vorgelegt. Keine dieser Urkunden ist jedoch geeignetes Material, um die obige Feststellung des Tatbestandes hinfällig zu machen.

Vielmehr steht nach den obigen Ausführungen fest, daß das zur Verhandlung stehende Schiff darauf aus war, japanische Kriegsgeheimnisse zu erforschen, <sup>2</sup>) und daß es überdies, da es im Dienste des feindlichen Staats stand, ein feindliches Fahrzeug ist. <sup>2</sup>)

Infolgedessen ist die Entscheidung erster Instanz, die auf Einziehung des Dampfers lautet, zu Recht gefällt.

Was die übrigen vom Reklamanten vorgebrachten Punkte anlangt, so erscheint es nicht notwendig, besonders auf sie einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 30. November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

**Reklamant:** Otto Walaas, wohnhaft zu Hitterő, Flekkefjord, Norwegen.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, wohnhaft zu Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

In der Prisensache, betreffend den norwegischen Dampfer "Henry Bolckow", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

<sup>2)</sup> V. \$\$ 40, 47. - 3) V. \$ 6,1.

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des norwegischen Dampfers "Henry Bolckow" erkannt.

#### Tatbestand und Gründe:

Der Heimatshafen des Dampfers "Henry Bolckow" ist Tönsberg in Norwegen. Er ist ein Handelsschiff, welches berechtigt ist, vom 29. Oktober 1904 ab auf 6 Monate die norwegische Flagge zu führen. Der Reklamant hat als Kapitän des genannten Schiffes am 17. März 1905 etwa 18190 Sack amerikanisches Mehl von dem Befrachter, der Firma Melchers & Co. in Shanghai, China, erhalten und verladen, um dieselben nach dem Hafen Korsakoff auf der Insel Sachalin, Rußland, zu befördern. Um den Bestimmungsort zu verheimlichen, gab der Dampfer dem Zollamt in Shanghai Hongkong als Reiseziel an und erhielt einen entsprechenden Ausklarierungsschein. Ferner ließ er von dem norwegischen Konsul in Shanghai die Musterrolle mit einem Ausklarierungsvermerk nach Hongkong versehen. Nachdem der Dampfer von der Firma Melchers & Co. den Auftrag erhalten hatte, die Ladung baldigst zu befördern und den Fahrweg östlich von Japan zu nehmen, brach er am 18. März etwa 1 Uhr nachmittags von Shanghai auf und schlug, ohne Hongkong anzulaufen, eine südöstliche Fahrtrichtung ein. Nachdem der Dampfer nördlich an den Okinoerabu-Inseln vorbeigefahren war, passierte er zwischen den Bonafiden-Inseln und den Rockwife-Felsen durch, setzte dann die Fahrt in nordöstlicher Richtung fort und gelangte Anfang April d. J. in die Nähe von Hokkaido. Nach wiederholten Versuchen, die Boussole-Straße, nordöstlich von der Insel Etorup, zu passieren, sah sich der Dampfer durch das Treibeis genötigt, nach Süden zu wenden, um durch die Etorup-Straße zu fahren. Auf dieser Fahrt wurde er am 7. April, nachmittags um 2 Uhr auf 45 ° 10 ' n. B. und 149 ° 29 ' ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Kumano Maru" gesichtet und aufgebracht, weil er Lebensmittel, die für den Kriegsbedarf des Feindes bestimmt waren, an Bord führe. Zwar besaß das Schiff zur Zeit der Aufbringung unvollständige Abschriften der Konnossemente, doch fehlten ihm der Ausklarierungsschein, das Manifest usw. vollständig. Außerdem ist der Dampfer, als er sich Japan näherte, den gesetzlichen Bestimmungen entgegen wiederholt ohne Lichter gefahren.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch den Bericht des Oberleutnants zur Ser Toriya ma Sadayoshi, Vertreters des Kommandanten des Kaiserlichen Kriegsschilfs "Kumano Maru", durch die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns des zur Verhandlung stehenden Dampfers Otto Walaas, des ersten Offiziers E. Am und sen, des ersten Maschinisten S. Lee, des Obermatrosen Chiun Cheng Sang, der Steuerer Cheng Hyong Yuen und Cheong Shu Lok, der Matrosen Ah Sang und Ah Chiun sowie des vorgenannten Toriyama Sadayoshi, durch ein Antworttelegramm des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, durch das Schiffsjournal, das Schiffszertifikat, das Haggenattes, durch die von der Firma Mel-chers & Co. an den Kapitän gerichteten Briefe und die ihnen beliegenden Telegramme, durch die Musterrolle usw.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Der Reklamant habe als Kapitan des ihm gehörigen Dampfers am 17. März dieses Jahres von der Firma Melchers & Co. in Shanghai den Auftrag erhalten. 18 190 Sack amerikanisches Mehl zu laden und nach Korsakoff auf der Insel Sachalin zu befördern. Der Dampfer sei unterwegs am 7. April desselben Jahres in der Nähe der Etorup-Straße von einem Kaiserlich Japanischen Kriegsschiff aufgebracht. Die Ladung hätte aber die Firma Melchers & Co. im Auftrag der Firma Det Östasiatiske Compani in Kopenhagen eingekauft und nach Korsakoff auf Sachalin geschickt, um der dortigen hungerleidenden Bevölkerung Unterstützung zu gewähren. Die Ladung sei nicht für Kriegszwecke bestimmt gewesen und das Schiff habe sich also nicht der Beförderung von Kriegskonterbande schuldig gemacht. Daß unter den Schiffspapieren in der Musterrolle zufällig Hongkong als Bestimmungsort angegeben sei, liege daran, daß der Kapitän der Mannschaft das Reiseziel habe verheimlichen wollen. Daß dies aber nicht in der Absicht, der Aufbringung zu entgehen, geschehen sei, wäre schon daraus zu ersehen, daß in den Konnossementen Korsakoff als Bestimmungshafen angegeben sei. Aus diesen Gründen müsse das Schiff sofort freigelassen werden, da es keinerlei Handlungen begangen habe, die seine Aufbringung rechtfertigen könnten.

Das Gericht ist der folgenden Ansicht:

Obwohl der Reklamant behauptet, daß die Ladung des genannten Dampfers, nämlich amerikanisches Meh, nach Korsakoff befördert werden sollte, um der dortigen hungerleidenden Bevölkerung zu helfen, so weiß er selber doch nicht, welche Bevölkerung der Hungersnot ausgesetzt ist und in welchem Grade. Zwar steht in dem Briefe der Firma Melchers & Co. an den Kapitän, daß die genannte Ladung nur der hungernden Bevölkerung des Hafens Korsakoff auf Sachalin zu liefern sei und nicht nach einem Hafen außerhalb Sachalins befördert werden dürfe und daß der Konsul die Richtigkeit dieser Tatsachen bescheinigen werde. Diese Bescheinigung ist aber talstächlich unmöglich, da der Konsul schon in die Musterrolle eingetragen hat, daß der Bestimmungsort des Schiffes Hongkong sei. Die in dem erwähnten Briefe vorkommenden Worte "die hungernde Bevölkerung" sind nur mit der Absieht der Bemäntelung unterstrichen, um dadurch der Aufbringung zu entgehen, und man kann nicht annehmen, daß die dort geschriebene Angabe tatsächlich gemeint gewesen ist. Auch ist nicht der geringste Beweis erbracht, wer der Frachtempfänger ist, obwohl hierfür genügend Zeit vorhanden war. Der Punkt, daß die Ladung der hungernden Bevölkerung geliefert werden sollte, ist keineswegs glaubhaft gemacht worden. Dagegen ist der Hafen von Korsakoff ein wichtiger Verteidigungsplatz in dem südlichen Teile von Sachalin. Seit dem Ausbruch des japanisch-russischen Krieges hat Rußland nicht nur die dortige Besatzung verstärkt, sondern auch das System freiwilliger Soldaten eingeführt und solche angeworben. Außerdem hat der Generalgouverneur von Ostasien erst am 31. März 1904 russischer Zeitrechnung die Anwerbung von Freiwilligen dadurch befördert, daß er eine besondere Verordnung erließ, wonach jedem Verbannten, wenn er als Freiwilliger eintrat, die Strafe gemildert wird. Die Folge davon war, daß sich die Stärke des Militärs dort neuerdings plötzlich vermehrt hat. Überdies hat die schon in der Friedenszeit an und für sich wenig zahlreiche Zivilbevölkerung nach dem Ausbruch des Krieges noch bedeutend abgenommen, da ein Teil derselben aus Furcht vor einem Angriff der japanischen Armee sich nach anderen Plätzen zurückgezogen hat und ein anderer Teil als Freiwillige angeworben wurde.

Folgende Handlungen des Schiffes sind lediglich als Mittel anzusehen, um der Aufbringung durch die Marine zu entgehen; erstens, daß das Schiff, obwohl es schon zur Zeit der Abfahrt von Shanghai nach dem Hafen von Korsakoff bestimmt war, doch sich durch falsche Angaben von dem dortigen Zollamt einen Ausklarierungsschein nach Hongkong ausstellen und auch von seinem Konsul durch eine gleiche Anzeige den falschen Bestimmungsort in die Musterrolle eintragen ließ; zweitens, daß der Kapitän, obwohl die Ladung möglichst schnell befördert werden sollte, doch nicht den kürzesten Weg nahm, sondern weit über den Stillen Ozean durch die Boussole- oder Etorup-Straße passieren wollte und trotz des Eisgangs diese schwierige Fahrt mit aller Kraft fortzusetzen versuchte; drittens, daß das Schiff, nachdem es sich dem japanischen Lande genähert hatte, gegen die bestehenden Bestimmungen ab und zu ohne Lichter fuhr und anderes mehr. Überlegt man nun. weshalb wohl alle diese betrügerischen Mittel angewandt wurden, so ist es klar, daß die Ladung des Schiffes nicht im gewöhnlichen Handelsverkehr, wie es zum Beispiel die Lieferung für eine der Hungersnot ausgesetzte Bevölkerung sein würde, sondern lediglich für den Kriegsbedarf des feindlichen Landes befördert wurde. Die Ladung muß also selbstverständlich als Kriegskonterbande betrachtet werden. 1) Die Tatsache, daß das Schiff selbst, wie erwähnt, durch falsche Angaben einen Ausklarierungsschein erhielt und einen falschen Bestimmungsort in die

<sup>1)</sup> II. Ziffer 2.

Musterrolle eintragen ließ, daß es ferner absichtlich den weiteren Fahrweg nahm und gegen die bestehenden Bestimaungen ohne Lichter fuhr, sowie endlich, daß es den Ausklarierungsschein und das Ladungsverzeichnis nicht aufbewahrt hat, ist der Beweis dafür, daß der Re-klamant unter Anwendung betrügerischer Mittel zur Vermeidung der Aufbringung Kriegskonterbande befördert hat. Schiffe, die solche Handlungen begangen haben, sind nach völkerrechtlicher Theorie und Praxis einzuziehen.<sup>3</sup>

 Da aus diesen Gründen das Schiff zu konfiszieren ist, so braucht auf die anderen Ausführungen des Reklamanten nicht weiter eingegangen zu werden.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 28. Juni 1905 im Prisengericht zu Vokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Kunio.

(Unterschriften.)

Reklamant: Otto Walaas, wohnhaft zu Hitterö, Flekkefjord, Norwegen.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Akiyama Genzo, wohnhaft zu Tokio, Kyobashiku, Unemecho Nr. 15.

Am 28. Juni 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisenscheiden den norwegischen Dampfer "Henry Bolckow", welcher am 7. April 1905 auf 45 °10' nördlicher Bertie und 149 °29' östlicher Länge von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Kumano Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme des norwegischen Dampfers "Henry Bolckow" entschieden worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Reklamant, Otto Walaas, durch den Rechtsanwalt Akiyama Genzo als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalts Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Haustpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Akiyama Genzo, sind folgende:

Die Entscheidung des Prisengerichts zu Vokosuka auf Wegnahme des Dampfers "Henry Bolckow" sei unzutreffend. Es werde Aufhebung derselben und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe des genannten Dampfers beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

<sup>2)</sup> V. § 44.

1. Es sei mach Nachrichten glaubwürdiger europäischer Zeitungen bekannt, daß infolge unzureisehender Versorgung mit Fischen auf Sachhili eine große Hungersnot ausgebrochen sei und, da es auch vollständig an Mehl fehle, viele Todesfälle durch Verhungern vorgekommen seien. Der Reklamant, welcher die Ladung amerikanischen Mehls des zur Verhandlung stehenden Dampfers zur Abhilfe gegen die dort herrschende Hungersnot nach dem Hafen Korsakoff auf Sachalin befordert habe, habe freilich nicht gewüßt, welcher Teil der Bevölkerung Hungersnot leide und in welchen Umfange. Aber der Transport sei nicht unternommen gewesen, um den russischen Truppen zu helfen. Demnach erkenne das Völkerrecht die Handelung des Reklamanten als eine die Freiheiten des neutralen Handels genießende, rechtmäßige Handelstransaktion an, in der keinenfalls ein Kriegskonterbandetransport erblickt werden könne.

Das Gericht erster Instanz habe indes seine Ansicht, die Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers sei Kriegskonterbande und der Reklamant habe dies bei der Verladung gewußt, mit der Ausführung begründet, daß

der Hafen von Korsakoff ein wichtiger Verteidigungsplatz im süldichen Teil von Sachalin sei, an welchem viele Besatzungstruppen und freiwillige Truppen angehäuft seien. Die gewöhnliche Bevölkerung habe sieh in großer Zalh zurückgezogen und sei nach anderen Orten umgesiedelt.

Selbst einmal angenommen, diese Ausführung entspreche der Wahrheit, so könne das doch auf die Entscheidung darüber, ob die Handlung des Reklamanten recht oder unrecht sei, keinerlei Einfligh haben. Denn da Korsakoff kein Kriegshafen sei, so sei die Übernahme eines Gütertransports nach dort seitens des Reklamanten eine durchaus berechtigte Handlung, und man könne nieht annehmen wollen, daß er seine anfänglich friedliche Absicht mit Bezug auf die Ladung plötzlich nach den Verteidigungsverhältnissen des Bestimmungsortes dahin geändert habe, einen Kriegskonterbandetransport zu unternehmen.

Was ferner die Frage, wer der Empfänger sei, angehe, so würde der Reklamant die Ankunft in dem genannten Hafen telegraphiert haben und hätte sodann sofort eine Mittellung des Absenders hierüber erhalten müssen. Es liege absolut kein Grund vor, weshalb der Reklamant vor seiner Ankunft über den Empfänger unterrichtet sein müsse, und da es vielmehr durchaus natürlich sei, daß er darüber nicht unterrichtet seis, so müsse man sagen, daß der Vorwurf des Gerichts erster Instanz deswegen, daß der Reklamant betreffs des Empfängers keinen Beweis erbracht habe, sich gegen etwas Unmögliches richte.

2. Das Gericht erster Instanz sage,

die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes sei nicht im gewöhnlichen Handelsverkehr, wie es die Lieferung für eine der Hungersnot ausgesetzte Bevölkerung sein würde, sondern für den Kriegsgebrauch des Feindes befördert worden.

Als Grundlage für diese Annahme führe es an, daß das Schiff in der Musterrolle einen gefälschten Bestimmungsort angebe, daß es nicht die richtige kürzere Route gefähren sei, sondern einen gefährlichen Umweg durch den Stillen Ozean genommen habe, und daß es, gegen die bestehenden Bestimmungen, zeitweise ohne Lichter gefahren set. Alles dies sei gesehehen, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen und müsse als Anwendung beträgerischer Mittel zum Transport von Konterbande betrachtet werden.

Keine dieser Handlungen könne indes völkerrechtlich als betrügerische Handlung, um die Kaptoren zu täuschen, angesehen werden. Daß das zur Verhandlung stehende Schiff bei der Abfahrt von Shanghai Honge kong als Bestimmungsort angemeldet und in die Musterrolle dasselbe eingetragen habe, sei geschehen, um zu verhüten, daß die Mannschaft sich weigere, in die nördlichen Meere zu fahren. Es sei nur eine falsche Anmeldung gegenüber der betreffenden Behörde, und sei nicht in der Absicht geschehen, der Aufbringung durrch die japanische Marine zu entgehen. Das gehe daraus klar hervor, daß das wichtigste der Schiffspapiere, das Konnossement, deutlich Korsakoff als Bestimmungshafen bezeichne.

Was sodann die Wahl des Kurses betreffe, so könne in ihr ein betrügerisches Mittel, um die Kaptoren zu täuschen, nicht gesehen werden. Was man eigentlich als betrügerische Mittel, um der Aufbringung zu entgehen, bezeichne, seien Maßnahmen, mittels derer bei Entdeckung des Konterbandetransports der Kaptor getäusseht werden Könne. Wenn das Schiff nicht den richtigen Kurs, sondern einen Umweg genommen habe, so sei der Plan lediglich der gewesen, den Kaptoren nicht zu begegnen, um der Belästigung durch die Visitierung und Durchsuchung zu entgehen. Der Plan, durch Täuschung der Aufbringung zu entgehen, habe dagegen nicht vorgelegen.

Wenn ferner auch auf der Fahrt in den Gewässern, in welchen der Schiffsserkehr nicht sehr lebhaft sei, die Bordlaternen nachts zeit-weilig ausgelöscht gewesen seien, so sei das aus Sparsamkeit geschehen. Die Fihrung von Lichtern bezwecke vor allem die Vermeidung von Zusammenstößen. In Meeren, wo der Schiffsserkehr so außerordentlich gering sei, daß diese Befürchtung nicht vorliege und daß ein zeitweiliges Löschen der Lichter der Fahrt keinen Schaden tun könne.

betrachteten die Schiffahrtkreise dies fast als einen Brauch. Daher sei es unzutreffend, hierin eine Handlung zu erblicken, durch welche die Kaptoren hätten getäuscht werden sollen.

Wenn das Schiff ferner keinen Ausklarierungsschein gehabt habe, so ei der Grund der, daß, wie das Zollant in Shanpshi bescheinige, dort die Bestimmung herrsche, solche nicht auszugeben. Daß schließlich ein Ladungsverzeichnis nicht an Bord vorhanden gewesen sei, sei der fast allgemeine Zustand, der sich nicht nur auf dies Schiff beschränke. Wenn daher auch ein Ausklarierungsschein und ein Ladungsverzeichnis nicht vorhanden seien, so könne daraufhin noch nicht angenommen werden, daß dies ein betrügerisches Mittel zur Vermeidung der Aufbringung sei.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, sind folgende:

In den von dem Reklamanten und Kapitan des zur Verhandlung stehenden Schiffes eingerichteten Konnossementen und dem Schreiben des Absenders an den Kapitän sei überall Korsakoff als Bestimmungsort bezeichnet worden. Im besonderen stehe in dem Brief, daß die Ladung an keine kriegführenden Parteien geliefert werden und auch nach keinem außerhalb Sachalins gelegenen Hafen geschafft werden solle, sondern vielmehr für die hungerleidende Bevölkerung von Korsakoff auf der genannten Insel bestimmt sei. Die Worte "die hungerleidende Bevölkerung" seien besonders unterstrichen. Der Vertreter der Reklamation behaupte, daß das, was dort geschrieben sei, die reine Wahrheit sei. Das Urteil erster Instanz habe die Worte, daß Sachalin der Bestimmungsort sei, geglaubt, die Worte dagegen, daß die Ladung der hungerleidenden Bevölkerung geliefert werden solle, als betrügerisch angesehen und angenommen, daß sie für die Truppen auf der genannten Insel bestimmt sei. Er, der Staatsanwalt, sei indes überzeugt, daß alles, was dort geschrieben sei, unwahr, und daß der wahre Bestimmungsort Władiwostok sei, und daß die genannte Ladung an die Etappenintendantur habe geliefert werden sollen.

Der Vertreter der Reklamation behaupte,

es sei nach Nachrichten glaubwürdiger europäischer Zeitungen bekannt, daß es in Sachalin vollständig an Weizenmehl fehle, so daß viele Todesfälle durch Verhungern vorgekommen seien.

In was für Zeitungen dies gestanden habe, sei indes nicht dargetan worden.

Wenn die Behauptungen über die Hungersnot wahr und die Bestimmung der Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes Sachalin sei, so fehle es an jeder Auslegung dafür, aus welchen Befürchtungen das Schiff, anstatt sicher den kürzesten Weg durch die TsushimaStraße und das Japanische Meer zu fahren, von Shanghai gleich in säidöstlicher Richtung nördlich von Okinawa in den Stillen Ozean hinaussteuerte und, trotz der Gefahr des Treibeises, diesen gefährlichen Umweg wählte und durch die Boussole- oder Etorup-Straße fuhr. Der Vertreter der Reklamation behaupte freilich, dies sei geschleen, um der Belästigung durch die Visitierung und Durchsuchung zu entgehen. Wenn aber bei einem rechtmäßigen Vorgehen der vorgeschriebens Pro-zeß sich vollziehe, bedeute das nichts weiter, als daß, wenn die verschiedenen Ladungspapiere vollständig und womöglich noch Bescheinungen zuständiger Behörden vorhanden seien, und das Schiff öffen den richtigen Rurs fahre, dem Offizier bei der Visitierung die wahren Tatsachen darzulegen seien. Wenn man dies als eine Belästigung bezeichne, so möge das seine Berechtigung haben, man könne aber kaum davon sprechen, wenn man die Schwierigkeiten der viel weiteren und vefahrvollen Schleichfahrt daneben stelle.

Die Tatsache, daß das zur Verhandlung stehende Schiff vorsätzlich diesen gefahrvollen Umweg gewählt habe, mache es klar, daß die Angaben des Konnossements und des Briefs an den Kapitin in allem unwahr seien, und daß der wahre Bestimmungsort ein Hafen außerhabl Sachalins gewesen sei.

Außerdem sei bekannt, daß zur Zeit, als das zur Verhandlung stehende Schiff aufgebracht worden sei, der Schleichttansport von Kriegsbedarfsartikeln zu Schiff nach Wladiwostok in großem Umfange betrieben worden sei, und daß diese Schiffe immer einen Kurs von dem chinesischen Meer in einem Bogen durch den Süllen Ozean genommen lätten und durch die Soyastraße gefahren seien, beziehungsweise zu fahren verseucht hätten. Der von dem zur Verhandlung stehenden Schiff genommene Kurs sei der bei Schleichtransport von Kriegsworrat nach Wladiwostok bilbich gewessen. Daher sei es offenbar, daß auch die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes nach Wladiwostok bestimmt und russischer Kriegsbedarf gewesen sei.

Da das zur Verhandlung stehende Schiff bei diesem Transport von russischem Kriegsbedarf nach Wladiwostok in dem Konnossement usw. einen gefälschten Bestimmungsort eingetragen gehabt habe, so sei die Entscheidung auf Einziehung zutreffend und die Berufung unberründet.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der Reklamant behauptet, die Ladung amerikanischen Mehls des zur Verhandlung stehenden Schiffes habe für die hungerleidende Bevölkerung nach dem Hafen Korsakoff befördert werden, nicht aber an russische Truppen geliefert werden sollen. Das Schiff hat aber bei der Abfahrt von Shanghai den falsehen Bestimmungsort Hongkong angeveben und von der Zollbehörde die Abfahrtserlabnis erhalten. Ob-

835

wohl auch in der Musterrolle Hongkong als Bestimmungsort verzeichnet war, ist das Schiff dort nicht angelaufen. Obwohl ferner behauptet wird, daß der Bestimmungsort Korsakoff, also nicht ein Kriegshafen, und daß der Zweck der gewesen sei, gegen die Hungersnot Abhilfe zu schaffen, hat das Schiff nicht versucht, mit dem gewöhnlichen und sicheren Kurs direkt und offen dorthin zu fahren, sondern mit einem Umweg durch den Stillen Ozean die Boussole-Straße, und als es dort in Treibeis geriet, die Etorup-Straße zu passieren. Besonders hat es auch entgegen den bestehenden Bestimmungen zeitweise die Lichter gelöscht und hat einen Ausklarierungsschein und ein Ladungsverzeichnis nicht an Bord gehabt. Hieraus und nach den Aussagen der Mannschaft des zur Verhandlung stehenden Schiffes zu urteilen, hat die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes nicht nach Korsakoff befördert werden sollen, um der hungerleidenden Bevölkerung geliefert zu werden. Vielmehr muß angenommen werden, daß die Ladung zum Kriegsgebrauch nach Wladiwostok, dem wichtigsten Kriegshafen und der Hauptetappenbasis Rußlands, hat befördert werden sollen. Das heißt also, daß das zur Verhandlung stehende Schiff einen Konterbandetransport beabsichtigt gehabt hat. Das Völkerrecht erkennt aber an, daß solche Schiffe, deren Reisezweck der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. 3) Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Dies umsomehr, als die ganze Ladung des Schiffs Konterbande ist und dasselbe bei ihrem Transport, wie oben ausgeführt, sich betrügerischer Mittel bedient hat,

Da nach dem oben Angeführten die Berufung unbegründet ist, so erübrigt es sich, auf die einzelnen Berufungspunkte noch besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 30. November 1905 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

In der Prisensache, betreffend die Ladung des norwegischen Dampfers "Henry Bolckow", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

a) Anders die japanische Secprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und das ihr zu Grunde liegende Manuai of Navai Prize Law, Art. 82-85.

## Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme der auf den norwegischen Dampfer "Henry Bolckow" verladenen 18190 Sack amerikanischen Mehls erkannt.

#### Tatbestand und Gründe:

Der Heimatshafen des Dampfers "Henry Bolckow" ist Tönsberg in Norwegen. Er ist ein Handelsschiff, welches berechtigt ist, vom 29. Oktober 1904 ab auf 6 Monate die norwegische Flagge zu führen. Der Reklamant hat als Kapitan des genannten Schiffes am 17, März 1905 etwa 18190 Sack amerikanisches Mehl von der Firma Melchers & Co. in Shanghai, China, erhalten, um dieselben nach dem Hafen Korsakoff auf der Insel Sachalin, Rußland, zu befördern. Um den Bestimmungsort zu verheimlichen, gab der Dampfer dem Zollamt in Shanghai Hongkong als Reiseziel an und erhielt einen entsprechenden Ausklarierungsschein. Ferner ließ er von dem norwegischen Konsul in Shanghai die Musterrolle mit einem Ausklarierungsvermerk nach Hongkong versehen. Nachdem der Dampfer von der Firma Melchers & Co. den Auftrag erhalten hatte, die Ladung baldigst zu befördern und den Fahrweg östlich von Japan zu nehmen, brach er am 18. März etwa 1 Uhr nachmittags von Shanghai auf und schlug, ohne Hongkong anzulaufen, eine südöstliche Fahrrichtung ein. Nachdem der Dampfer nördlich an den Okinoerabu-Inseln vorbeigefahren war, passierte er zwischen den Bonafiden-Inseln und den Rockwife-Felsen durch, setzte dann die Fahrt in nordöstlicher Richtung fort und gelangte Anfang April d. I. in die Höhe von Hokkaido. Nach wiederholten Versuchen, die Boussole-Straße nordöstlich von der Insel Etorup zu passieren, sah sich der Dampfer durch das Treibeis genötigt, nach Süden zu wenden, um durch die Etorup-Straße zu fahren. Auf dieser Fahrt wurde er am 7. April, nachmittags um 2 Uhr, auf 45° 10' n. Br, und 149° 29' ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Kumano Maru" gesichtet und aufgebracht. Der Dampfer ist, als er sich Japan näherte, den gesetzlichen Bestimmungen entgegen wiederholt ohne Lichter gefahren.

Disse Tatsachen werden bewissen durch den Bericht des Oberleutnants zur See Toriyama Sadayoshi, Vertreters des Kommandanten des Kaiserlichen Kriegsschiffs "Kumano Maru", durch die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns des zur Verhandlung stehenden
Dampfers, Olto Walaas, des ersten Offiziers E. Am un dsen, des
ersten Maschinisten S. Lee, des Obermatrosen Chiun Cheng Sang,
der Steuerer Cheng Hyong Yuen und Cheong Shu Lok, der
Matrosen Ah Sang und Ah Chiun sowie des vorgenannten Toriyama Sadayoshi, durch ein Antworttelegramm des Ministers der
Auswärtiene Angelegenheiten, durch das Schiffstournal, das Schiffs

zertifikat, das Flaggenattest, durch die von der Firma Melchers & Co. an den Kapitän gerichteten Briefe und die ihnen beiliegenden Telegramme, durch die Musterrolle usw.

Das Gericht ist der folgenden Ansicht:

Nach dem Vernehmungsprotokoll des Kapitäns zu urteilen, ist die zur Verhandlung stehende Ladung, nämlich amerikanisches Mehl, für die hungerleidende Bevölkerung nach Korsakoff zu befördern gewesen. Aber der Kapitän weiß selber nicht, welche Bevölkerung Hungersnot leidet und in welchem Grade. Auch sagt er, er wisse nicht wer der Empfänger ist. Zwar steht in einem Brief der Firma Melchers & Co. an den Kapitän, daß die genannte Ladung nur der hungernden Bevölkerung des Hafens Korsakoff auf Sachalin zu liefern sei und nicht nach einem Hafen außerhalb Sachalins befördert werden dürfe und daß der Konsul die Richtigkeit dieser Tatsachen bescheinigen werde. Diese Bescheinigung ist aber tatsächlich unmöglich, da der Konsul schon in die Musterrolle eingetragen hat, daß der Bestimmungsort des Schiffes Hongkong sei. Die in dem erwähnten Briefe vorkommenden Worte "die hungernde Bevölkerung" sind nur mit der Absicht der Bemäntelung unterstrichen, um dadurch der Aufbringung zu entgehen, und man kann nicht annehmen, daß die dort geschriebene Angabe tatsächlich gemeint gewesen ist. Auch ist über den Punkt, daß die Ladung der hungernden Bevölkerung geliefert werden sollte, irgend ein glaubwürdiger Beweis nicht erbracht worden. Dagegen ist der Hafen von Korsakoff ein wichtiger Verteidigungsplatz in dem südlichen Teile von Sachalin. Seit dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges hat Rußland nicht nur die dortige Besatzung verstärkt, sondern auch das System freiwilliger Soldaten eingeführt und solche angeworben. Außerdem hat der Generalgouverneur von Ostasien erst am 31. März 1904 russischer Zeitrechnung die Anwerbung von Freiwilligen dadurch befördert, daß er eine besondere Verordnung erließ, wonach jedem Verbannten, wenn er als Freiwilliger eintritt, die Strafe gemildert wird. Die Folge davon war, daß sich die Stärke des Militärs dort neuerdings plötzlich vermehrt hat. Überdies hat die schon in der Friedenszeit an und für sich wenig zahlreiche Zivilbevölkerung nach dem Ausbruch des Krieges noch bedeutend abgenommen, da ein Teil derselben aus Furcht vor einem Angriff der japanischen Armee sich nach anderen Plätzen zurückgezogen hat und ein anderer Teil als Freiwilliger angeworben wurde.

Folgende Handlungen des Schiffes sind lediglich als Mittel anzusehen, um der Aufbringung durch die japanische Marine zu entgehen: Erstens, daß das Schiff, obwohl es schon zur Zeit der Abfahrt von Shanghai nach dem Hafen von Korsakoff bestimmt war, doch sich durch falsche Angaben von dem dortigen Zollamt einen Ausklarierungsschein nach Hongkong ausstellen und auch von seinem Konsul durch eine

gleiche Anzeige den falschen Bestimmungsort in die Musterrolle eintragen ließ. Zweitens, daß der Kapitän, obwohl die Ladung möglichst
schnell befördert werden sollte, doch nicht den kürzesten Weg nahm,
sondern weit über den Stillen Ozean durch die Boussole- oder EtorupStraße passieren wollte und trotz des Eisgangs diese schwierige Fahrt
mit aller Kraft fortzusetzen versuchte. Drittens, daß das Schiff, nachdem es sich dem japanischen Lande genähert hatte, gegen die bestehenden Bestimmungen ab und zu ohne Lichter fuhr und anderes
mehr. Überlegt man nun, weshalb wohl alle diese betrügerischen Mittel
angewandt wurden, so ist es klar, daß die Ladung des Schiffs nicht
im gewöhnlichen Handelsverkehr, wie es zum Beispiel die Lieferung
für eine der Hungersnot ausgesetzte Bevölkerung sein würde, sondern
lediglich für den Kriegsbedarf des feindlichen Landes befördert wurde.
Die Ladung muß also selbstverständlich als Kriegskonterbande betrachtet werden. <sup>3</sup>)

Daß aber Güter, welche Kriegskonterbande sind, wenn auch unter neutraler Flagge fahrend, eingezogen werden können, ist sowohl von der Pariser Seerechtsdeklaration im Jahre 1856 als auch von der völkerrechtlichen Wissenschaft und Praxis anerkannt worden.<sup>2</sup>)

Aus diesen Gründen ist die zur Verhandlung stehende Ladung einzuziehen und es wird wie in der Urteilsformel entschieden.

Gegeben am 28. Juni 1905 im Prisengericht zu Yokosuka nach Anhörung des Staatsanwalts.

# (Unterschriften.)

In der Prisensache, betreffend den englischen Dampfer "Lincluden", wird nach Einsichtnahme des Schriftsatzes des Staatsanwalts Yamamoto, wie folgt, entschieden.

## Urteilsformel:

Der Dampfer "Lincluden" und seine gesamte Ladung werden freigegeben.

## Tatbestand und Gründe:

Der Dampfer "Lincluden" steht im Eigentum der Lincluden-Dampfer-Aktiengesellschaft in Manchester, England. Er führt die englische Handelsflagge und dient zum Gütertransport. Im Auftrage der Reederei heuerte der Kapitän am 11. Januar 1905 in Savona in Italien

<sup>1)</sup> il. Ziffer 2. - 1) V. 8 43.

eine Mannschaft an, um nach dem Schwarzen Meere zu fahren und von dort mit Ladung nach Wladiwostok zu gehen. Am selben Tage fuhr er von dort ab und langte am 23. desselben Monats in Nikolajew in Rußland an, wo er 8078 273 Pfund oder 3697 Tons Gerste lud. Der Absender versah ihn mit Konnossementen, in denen als Empfänger "Order in Tsingtau in China" angegeben war. Am 28. d. M. fuhr er von Nikolajew ab und traf nach einer Fahrt über Konstantinopel, Port Said und Labuan am 12. Mai in Wusung in China ein. Dort erhielt er von dem Reeder Order für Str om e 8 Co. in Kobe und fuhr am folgenden Tage, dem 13., von dort nach Kobe ab. Auf dieser Reise wurde der Dampfer am 16. d. M., 9 Uhr 30 Minuten vormittags, auf 339 10° n. Br. und 127° 37° ö. L. unter dem Verdacht, Konterbande zu befördern, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Sado Maru" aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die schriftliche Aussage des Vertreters des Kommandanten der "Sado Maru", Marincoberleutnants Kim ura Toyokino, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns C. H. Laing, des ersten Offiziers T. D. Sam brid ge, das Schiffszertfikat, Tagebuch, Privatschiffsjournal der "Lincluden", die Konnossemente, das Ladungsverzeichnis, die Ausklarierungspapiere von Shanghai, die Telegramme des Reeders an den Kapitän, einen Brief der Firma Dodwell & Co. an den Kapitän und ein Telegramm der Firma Strome & Co. in Yokohama an das Prisengericht.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Da der Dampfer Gerste geladen gehabt habe und anfangs mit der Bestimmung nach Wladiwostok abgefahren gewesen sei, so sei es nicht zu umgehen gewesen, daß er unter dem Verdacht, Kriegskonterbande zu transportieren, aufgebracht worden sei.

Durch die Untersuchungen im Prisengericht sei es indes offenbargeworden, daß der Dampfer auf der Reise den Bestimmungsort gewechselt habe und auf der Fahrt nach Kobe begriffen gewesen sei. Da er demnach keinen Kriegskonterbandetransport betrieben habe, so sei er sogleich freizugeben.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Nach dem zwischen dem Kapitän und der Mannschaft abgeschlossenen Heuervertrag war der zur Verhandlung stehende Dampfer bestimmt, Gerste nach Władiwosłok, einem Sützpunkt der feindlichen Marine, zu schaffen. Sein anfänglicher Zweck war also offenbar der Transport von Konterbande.

Da es nun für Schiffe, welche zu Konterbandetransport benutzt werden, gebräuchlich ist, einen falschen Bestimmungsort in den Schiffspapieren anzugeben, um der Aufbringung zu entgehen, so genügten die Angaben des Privatschiffsjournals, der Ausklarierungspapiere von Shanghai und der Telegramme und Briefe an den Kapitän nicht, obwohl sie Kobe deutlich als Bestimmungsort bezeichneten, um zu der Entscheidung zu kommen, daß das anfängliche Ziel geändert worden sei. Daher war die Beschlagnahme seitens der "Sado Maru" gerechtfertigt.

Aber nach der Üntersuchung im unterzeichneten Prisengericht ist es unzweifelhaft geworden, daß der zur Verhandlung stehende Dampfer während der Reise seinen Plan, nach Wladiwostok zu gehen, endgültig aufgegeben hatte und nach Kobe zu fahren und seine Ladung dort an die Firma S110 me & Co. abzulferen bestimmt war.

Das zur Verhandlung stehende Schiff und seihe gesamte Ladung sind demnach, ungeachtet der Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme, freizugeben.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Am 21. Mai 1905 im Prisengericht zu Sasebo.

(Unterschriften.)

Reklamant: Mottet & Cie., Saigon, vertreten durch den französischen Staatsangehörigen Marc Mottet, ebendaselbst.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Magaki Jocho, Tokio, Shibaku Akefunecho Nr. 17.

In der Prisensache, betreffend den französischen Dampfer "Quang Nam" wird, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Die Reklamation wird abgewiesen. Der Dampfer "Quang Nam" wird eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Quang Nam" steht im Eigentum der in Paris errichteten Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt. Als sein Liegeplatz war Saigon in Cochinchina bestimmt, er führt die französische Flagge und dient zum Gütertransport. Im April 1905 lud er in Saigon 800 Kisten Spirituosen; am 23. d. Ms. lichtete er Anker und gelangte am nächsten Tage, dem 24., nach der Kamranh-Bucht, und überlieferte seine Ladung an das zurzeit in dieser Bucht ankernde russische zweite pazifische Geschwader. Am 26. d. Mts. fuhr er von dort ab und gelangte über Hongkong nach Shanghai. Dort lud er 130 Tons Cardiffkohle in seine Bunker, ohne sonst Ladung

zu nehmen, und fuhr am 12. d. Ms. 1) von dort wieder ab, wobei er angab, nach Manila zu gehen. Er wählte die Route zwischen Formosa und den Pescadores, Inhr in die Hattan-Straße?) ein und wurde am 16. d. Mts. nördlich von Toreajima von dem Kaiserlichen Kriegsschilf "Bingo Maru", weil er für den Feind Spiondienste leiste, aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Kommandanten des Kaiserlichen Kriegsschiffs, Bingo Maru", Kapitäns zur Sec Arigawa Taihaku, das Protokoll des Kapitänleutnants Yasumura Kaifchi, das Gutachten des Marineingenieurs Tsu-bouchi Minoru über den Zustand der Maschine der "Quang Nam", Paul Bouisson, des Vizekapitäns Philippe Antoine Paoli, des Offiziers Ernesto Charlotti, des ersten Maschinisten Antoine Castaldi, des zweiten Maschinisten Charles Emile Pierre Amiss und des dritten Maschinisten Leopold Blazy, durch das Schiffszertfikat, das Tagebuch und das Maschineinourn.

Die Hauptpunkte der Ausführungen des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Quang Nam" stehe im Eigentum der in Paris errichteten Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt und verkehre zwischen Saigon, den Philippinen, Manila, Ilo-Ilo und Cebu. Der Reklamant habe mit jener Gesellschaft einen Chartervertrag abgeschlossen und das Schiff zum Gütertransport benutzt. Im April 1905 habe er in Saigon Kisten mit Spirituosen geladen, sei nach der Kamranh-Bucht gefahren und habe dort seine Ladung abgeliefert. Auf der Reise über Hongkong und Shanghai nach Manila habe der Dampfer Maschinenschaden erlitten. Als er, um entweder zwecks Reparaturen die Hilfe eines anderen Schiffes zu erhalten, oder um einen Hafen anzulaufen, in die Pescadores-Straße eingefahren sei, sei er am 16. Mai von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Bingo Maru" beschlagnahnt worden.

Das zur Verhandlung stehende Schiff sei ein neutrales Fahrzeug, und auch der Reklamant und Charterer sei von neutraler Nationalität. In Shanghai habe der Dampfer 130 Tons Steinkohlen geladen und weder Konterbandepersonen, noch Konterbandedokumente, noch Konterbandegiter an Bord genommen. Da der Kapitän nicht gewüht habe; daß für die Gegend bei den Pescadores eine Seeverteidigungsverordnung erlassen sei, so könne dies nicht als Grundlage für die Beschlagnahme angenommen werden.

Nach seinem Schriftsatz nehme der Staatsanwalt an, daß

<sup>1)</sup> Offenbar am 12, Mai.

<sup>2)</sup> Der japanische Name für die Roverstraße,

das zur Verhandlung stehende Schiff von der russischen Regierung gechartert sei und, um dem Feind zu nützen, die Verteidigung Japans und die Bewegungen seines Geschwaders ausgekundschaftet habe.

Der Kapitān und die ihm unterstehenden Offiziere hätten vordem immer nur auf Handelsschiffen gedient und alle anderen an Bord befindlichen Personen seien Leute, welche nur die Schiffsarbeit verrichteten. Daß sie alle nicht imstande seien, militärische Kundschafterdienste zu leisten, sei auch für einen Menschen mit gewöhnlichem Verstand klar.

Freilich stimmten, wenn man die Akten durchsehe, die Aussagen des Kapitäns, des Vizekapitäns und der Maschinisten in den Hauptpunkten nicht überein. Aus einem von dem Kapitän an den in Nagasaki ansässigen französischen Konsul gesandten Bericht könne man indes ersehen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff auf der Reise von Shanghai nach Manila Maschinenschaden erlitten habe.

Im § 37 Ziffer 5 der japanischen Seeprisenordnung 3) sei die Rede von

"Schiffen, von denen anzunehmen ist, daß sie im Interesse des Feindes Kundschafterdienste leisten oder Nachrichten übermitteln oder sonst offenbar tätig sind, um den Feind zu unterstützen."

Es sei offenbar, daß Fälle gemeint seien, in welchen die Tätigkeit zur Unterstützung klar erwiesen sei.

m Artikel 23 der völkerrechtlichen Bestimmungen über Seeprisen, welche der Völkerrechtskongreß in Turin im Jahre 1882 beschlossen habe, werde gesprochen von Schiffen, welche am Kriege teilnähmen oder solche Teilnahme beabsichtigen; und es werde bestimmt, daß bei Vorliegen solcher Fälle neutrale Schiffe beschlagnahmt werden könnten.

In einem Falle jedoch, wie, dem vorliegenden, wo es durchaus nicht klar erwiesen sei, ob der Kapitän mit der Absicht, dem feindlichen Staat zu nützen, gehandelt habe oder nicht, könnten derartige Bestimmungen nicht Platz greifen.

Aus diesen Gründen sei das zur Verhandlung stehende Schiff freizugeben.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Der von dem Reklamanten eingereichte Chartervertrag sei eine Privaturkunde, die sich jederzeit herstellen lasse und keinen Glauben verdiene. Demnach sei der Reklamant nicht legitimiert zur Erhebung der Reklamation und diese sei daher abzuweisen.

Da ferner anzunehmen sei, daß das zur Verhandlung stehende Schiff von der russischen Regierung gechartert worden sei und dazu gedient habe, für den Feind unsere Verteidigung und die Bewegungen unserer Flotte auszukundschaften, so müsse es eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Der Vertreter der Reklamation behauptet, daß der Reklamant Mottet das zur Verhandlung stehende Schiff von der Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt gechartert habe, und hat zum Beweise hierfür einen zwischen Mottet und dem Generalvertreter der französischen Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt in Saigon Ascoli abgeschlossenen Chartervertrag eingereicht. Auch bringt er eine Prozeßvertretungsvollmacht bei. Der Chartervertrag ist indessen zur Zeit der Aufbringung nicht an Bord der "Quang Nam" vorhanden gewesen und kann, weil er ein Privatdokument ist, das jederzeit von den Zeichnern hergestellt werden kann, keinen Glauben beanspruchen. Was ferner die Vollmacht angeht, so wird behauptet, daß bewiesen werden könne, daß Mottet den Inhalt vor einem Notar erklärt habe, da aber die Wahrheit dieser Behauptung nicht bewiesen ist, so kann sie gleichfalls nicht anerkannt werden. Da auch sonst keinerlei Beweise für das rechtliche Interesse 4) des Reklamanten in dieser Sache vorliegen, so ist die Reklamation abzuweisen.

Der zur Verhandlung stehende Dampfer hat am 22. April 1905 in Saigon 800 Kisten Spirituosen geladen und ist ohne Ladungswerzeichnis und Chartervertrag nach der Kamranh-Bucht gefahren, wo er die Ladung an das zweite russische pazifische Geschwader geliefert hat.

Aus dem Vernehmungsprotokoll des Kapitāns, in welchem es heißt: er glaube, daß die an Bord genommene Cardiffkohle aus einem russischen Kohlenlager stamme, . . . . . er nehme an, daß das zur Verhandlung stehende Schiff von der russischen Regierung gechartert worden sei . . . . . ergibt sich klar, daß das Schiff von der russischen Regierung gechartert worden ist.

Daß das Schiff, obwohl es angab, von Shanghai nach Manila zu gehen, vorsätzlich die schwierige Route zwischen Formosa und den Pescadores wählte und unter Kursänderung in die Hattan-Straße eindrang, ist offenbar geschehen, weil ihm die Aufgabe oblag, die Vertedigungsverhältnisse bei den genannten Inseln und die Bewegungen unserer Flotte auszusplonieren. Überdies hat das Schiff in Saigon Cardiffkohle eingenommen, welche es bisher noch nie gebraucht hatte. Ferner ist es ohne jegliche Ladung von der Kamranh-Bucht über Hongkong nach Shanghai gegangen. Dort nahm es auch wieder keine Ladung, sondern 130 Tons Cardiffkohle ein, obwohl es noch reichlich Kohlen hatte um nach Manila zu fahren. Alle diese Handlungen sollten offenbar die Kundschafterdienste reichtern.

Daß ein Schiff, welches zum Nutzen des Feindes Verteidigungs-

<sup>1)</sup> IV. § 16,2.

verhältnisse und Bewegungen der Kriegsflotte auskundschaftet, auch wenn es ein neutrales Schiff ist, eingezogen werden kann, ist völker-rechtlich allgemein zugestanden. Demnach ist das zur Verhandlung stehende Schiff einzuziehen.<sup>5</sup>)

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 28. November 1905 im Prisengericht zu Sasebo, im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

## (Unterschriften.)

Reklamant: Mottet & Cie., Saigon, Cochinchina, vertreten durch den französischen Staatsangehörigen Marc Mottet, ebendaselbst.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Magaki Jocho, Tokio, Shibaku, Nichinokuba, Akefunecho Nr. 17.

Am 28. November 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend den französischen Dampfer "Quang Nam", welcher am 16. Mai 1905 auf der Reede von Bako nördlich von Toreajima von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Bingo Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Abweisung der Reklamation und Einziehung des Dampfers "Quang Nam" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Marc Mottet in Vertretung des Reklamanten, der Firma Mottet & Cie, durch den Rechtsanwalt Magaki Joch o als Prozeflvertreter die Berufung eingelegt, welche im Oberprisengericht im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuk i Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi geprüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation Magaki Jocho und deren Gründe sind folgende:

 Wenn man die Gründe des Urteils erster Instanz ansehe, so heiße es dort:

Der Vertreter der Reklamation behaupte, daß der Reklamati Mottet das zur Verhandlung stehende Schiff von der Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt gechartert habe, und habe zum Beweise hierfür einen zwischen Mottet und dem Generalvertreter der fernazösischen Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt in Saigon, Ascoli, abgeschlossenen Chartervertrag eingereicht. Auch bringe er eine Prozefivertretungsvollmacht bei. Der Chartervertrag sei indessen zur Zeit der Aufbringung nicht an Bord der "Quang Nam" vorhanden gewesen und könne, weil er ein Privat-

dokument sei, das jederzeit von den Zeichnern hergestellt werden könne, keinen Glauben beanspruchen. Was ferme die Vollmacht angehe, so werde behauptet, daß bewiesen werden könne, daß Mottet den Inhalt vor einem Notar erklirt habe; da aber die Wahrheit dieser Behauptung nicht bewiesen sel, so könne sie gleichfalls nicht anerkannt werden. Da auch sonst keinerlei Beweise für das rechtliche Interess des Reklamanten in dieser Sache vorliege, so sei die Reklamation abzuweisen.

Damit werde der zwischen dem Reklamanten und der Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt abgeschlossene Chattervertrag lediglich mit der Begründung, daß er zur Zeit der Beschlagnahme nicht an Bord vorhanden und ein privates Dokument sei, welches auch später hergestellt sein könne, für unecht erfältt. Demzulolge sei angenommen worden, der Reklamant habe keinerlei rechlitiches Interesse an dieser Sache. Des sei eine unzureichende Entscheidung, welche den § 16 der Prisengerichstordnung 9 außer acht lasse, und der Reklamant könne sich dabei nicht bescheiden.

2. Es möge wohl die Frage entstehen, weshalb die Eigentümer des zur Verhandlung stehenden Schiffs, die Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt, nicht den Reklamationsprozeß führe und weshalb vielmehr der Charterer, der weit geringeres Interesse habe, die Reklamation erhebe. Dies sei indessen nicht schwer zu verstehen, wenn man den Inhalt des zwischen dem Reklamanten und der genannten Gesellschaft abgeschlossenen Chartervertrags ansehe. Nach Artikel 15 des Vertrages liege je nach den Umständen im Falle von Seeschaden oder Aufbringung des Dampfers "Quang Nam" die Verantwortung dem Reeder gegenüber dem Charterer ob. Wenn ferner der Charterer am Tage des Ablaufs des Chartervertrags das Schiff nicht abliefere, so gelte das Schiff unter den Beteiligten als verloren. Dann sei noch eine weitere Frist von 15 Tagen zu gewähren, nach deren Ablauf der Charterer den Eigentümern des Schiffes den Preis desselben mit 24 000 Pfund Sterling bezahlen solle. Nach Artikel 14 desselben Vertrags habe der Charterer für diesen Preis ein entsprechendes Pfand zu leisten. Da dies Geld tatsächlich bei einer Bank in Saigon hinterlegt sei, so habe die Reederei keine Veranlassung bezüglich der "Quang Nam" irgendwie in Sorge zu sein. Daß ferner die Ausübung des Klagerechts bezüglich des Schiffes dem Charterer als Pflicht obliege, gehe aus dem Ende des Artikels 15 des Vertrages hervor. Sobald die Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt Mitteilung erhalten habe, daß die zur Verhandlung stehende "Quang Nam" von einem japanischen Kriegsschiff aufgebracht worden sei, habe sie den Reklamanten sofort in Klage genommen und auf Grund des Charter-

<sup>9</sup> IV.

vertrags beim Landgericht in Saigon einen Prozeß auf Herausgabe des hinterlegten Geldes angestrengt. In den Zeitungen Saigons sei zu lesen, daß dieser Prozeß noch bei jenem Gericht anhängig sei. Auch dadurch könne der Reklamant beweisen, daß er der Charterer sei, und es genüge, um sein rechtliches Interesse zu ersehen.

3. Die Vertretungsvollmacht für die vorliegende Reklamation sei von einem Notar ausgestellt und von einem Richter des Landgerichts in Saigon beglaubigt. Sie sei von dem Reklamanten, wether die "Quang Nam" von den Eigentümern der Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt gechartert habe, d. h. also in der Eigenschaft eines Charterers, erteilt worden.

Der Reklamant habe in Saigon ein großes Spirituosen- und Lebensmittelgeschäft und sei der Eigentümer des großen Hotel de l'Univers
und ein bekannter und reicher Mann. Nach der Stellung des Reklamanten sei es daher ausgeschlossen, daß derselbe sich einer beträgerischen Handlung schuldig machen sollen, durch weiche auf Grund
seiner falschen Angaben der Notar, ein Beamter mit öffentlichem Glauben,
gefüuscht worden sei und unwähre Tatsachen in ein notarielles Dokument
über Rechte und Pflichten des Reklamanten aufgenommen habe, welchem
dann das Gericht seine Beglaubigung erfelt habe.

Wenn man dies vom gesetzlichen Standpunkt beleuchte, so ergebe eine Betrachtung der Artikel des französischen Strafrechts, betreffend Fälschung öffentlicher und notarieller Dokumente, daß dieses Vorgehen zustande kommt, venn jenand einem öffentlichen Beamten gegenüber betrügerische Angaben macht, auf Grund deren ein öffentliches Dokument aufgesetzt werde. Hierfür gebe es Entscheidungsbeispiele des französischen Kassationshofes und die Strafrechtsgelcherten seien darin einig. Auch im deutschen Strafrecht sei dies wörllich ausgesprochen und der Strafgesetzentwurf von Boissonade und der dem japanischen Landtag vorgelegte Abänderungsentwurf des Strafgesetzes enthielten gleiche Bestimmungen.

Man könne doch kaum annehmen, daß der Reklamant für eine Sache, die außerhalb eines rechtlichen Interesses liege, Behauptungen aufstellen solle, welche eine Verletzung des Strafrechts darstellen würde.

Wenn man einmal annehme, wie das Urteil erster Instanz, daß der Reklamant, ohne rechtliches Interesse zu besitzen, die vorliegende Reklamation erhoben habe, so müsse man seinen Zweck dabei als einen mit gesundem Menschenverstand nicht zu ersehenden und unvernünftigen bezeichnen. Denn wenn der Zweck der Reklamation erreicht und die "Quang Nam" freigegeben werde, so würden den Vorteil davon, wie leicht einzusehen, nur die Eigentlümer des Schiffes, die Gesellschaft für chinesische Küstenschiffahrt, erlangen.

4. Wenn man den Schluß der Begründung des Urteils erster Instanz ansehe, so sei dort entschieden, daß

es völkerrechtlich allgemein zugestanden sei, daß ein Schiff, welches zum Nutzen des Feindes Verteidigungsverhältnisse und Bewegungen der Kriegsflotte auskundschafte, auch wenn es ein neutrales Schiff sei, eingezogen werden könne. Demnach sei das zur Verhandlung stehende Schiff einzuziehen.

Für diese Annahme werde ausgeführt:

Aus dem Vernehmungsprotokoll des Kapitāns, in welchem es heiße: er glaube, daß die an Bord genommene Cardifikohle aus einem russischen Kohlenlager stamme . . . . . er nehme an, daß das zur Verhandlung stehende Schiff von der russischen Regierung gechartert worden sei . . . ergebe sich klar, daß das Schiff von der russischen Regierung gechartert worden sei.

Daß das Schiff, obwohl es angegeben habe, von Shanghai nach Manila zu gehen, vorsätzlich die schwierige Route zwischen Formosa und den Pescadores gewählt habe und unter Kursänderung in die Hattan-Straße eingedrungen sei, offenbar geschehen, weil ihm die Aufgabe obgelegen habe, die Verteidigungsverhältnisse bei den genannten Inseln und die Bewegungen unserer Flotte auszuspionieren. Überdies habe das Schiff in Saigon Cardiffkohle eingenommen, welche es bisher noch nie gebraucht gehabt habe. Ferner sei es ohne jegliche Ladung von der Kamranh-Bucht über Hongkong nach Shanghai gegangen. Dort habe es auch wieder keine Ladung, vielmehr 130 Tons Cardiffkohlen genommen, obwohl es für eine Reise nach Manila noch reichlich Kohlen gehabt habe. Alle diese Handlungen hätten offenbar die Kundschafterdienste erleichtern sollen.

Das Gericht erster Instanz habe also offenbar allein auf eine unbestimmte Aussage des Kapitäns und die Qualität der geladenen Kohle ein so großes Gewicht gelegt, daß es zu jener Entscheidung gekommen sei

5. Wie in der Reklamation gesagt, habe das zur Verhandlung stehende Schiff keine Konterbande geladen. Die Besatzung, Kapit\u00e4n sowohl wie die geringe Mannschaft, seien alle Leute, welche nur auf Handelsschiffen gedient h\u00e4tten um milt\u00e4rissche Spionagedienste nicht zu erf\u00e4llen instande seien. Ferner habe das Schiff auf der Reise von Shanghai nach Manila Maschinenschaden genommen und sei gen\u00f6tigt gewesen, zu stoppen. Dies gehe unbestreitbar hervor aus dem Bericht des Kapit\u00e4ns der ",Quang Nam" an den franz\u00f6sischen Konsul in Naget.

saki voni 13. Juli 1905 und aus den Akten dieses Falls. In ersterem heiße es:

Als am 15. Mai, nachmittags 3 Uhr, die Insel Agincourt in Sicht gekommen sei, habe der Kondensator Schaden genommen, und das Schiff sei darauf nach der Westseite von Formosa gefahren usw.

Nach dem zweiten Vernehmungsprotokoll habe der Vizekapitän auf die Frage, was er für einen Grund annehme dafür, daß man nach der Roverstraße gefahren sei, in kurzem geantwortet,

Er nehme an, daß man vielleicht zur Reparatur des Maschinenschadens dorthin gefahren sei.

In dem Vernehmungsprotokoll des dritten Maschinisten heiße es: Ehe das Schifff in die Nähe der Pescadores gekommen sei, habe es Maschinenschaden erlitten, infolgedessen in den Kondensator Seewasser eingedrungen und aus der Soupape Dampf ausgeströmt sei. Der Obermaschinist habe den Kapitän gebeten, das Schiff stoppen zu lassen, worauf der Kapitän geantwortet habe, daß das Schiff bald vor Anker gehen werde usw.

Daß das Schiff ferner bei der Aufbringung eine andere Flagge als die französische geführt habe, dafür lägen nach dem Bericht des Offiziers, der die Beschlagnahme ausgeführt habe, keine Anhaltspunkte vor.

Daß daher das zur Verhandlung stehende Schiff vorsätzlich die schwierige Route zwischen Formosa und den Pescadores gewählt haben und unter Kursänderung in die Hattan-Straße eingedrungen sein solle, well ihm die Aufgabe obgelegen habe, die Verteidigungsverhältnisse bei den genannten Inseln und die Bewegungen unserer Flotte auszuspionieren, sei eine Annahme, welche einfach eine Tatsache aufstelle, für welche keine wirklichen Beweise vorlägen und welche daher als unzutreffend bezeichnet werden müsse.

Wenn man annehme, daß die "Quang Nam" sich eines Neutralitätsbruchs durch Unterstützung der Handlungen des Feindes schuldig gemacht habe, weshalb würden dann der Kapitän und seine Untergebenen nicht bestraft? Der Grund, weshalb man nur das Schiff einziehen wolle, werde wohl der sein, daß man jene nicht bestrafen könne.

6. Der Artikel 23 der von dem Völkerrechtskongreß von Turin im Jahre 1882 gefaßten Beschlüsse über das Seeprisenwesen spreche klar aus, daß neutrale Schiffe nur, wenn sie tatsächlich an dem Krieg teilgenommen oder die Absicht solcher Teilnahme gehabt hätten, aufgebracht werden könnten. Wenn der § 37 der japansichen Seepriserordnung¹) in Ziffer 5 von Schiffen spreche, "von denen anzunehmen

ist, daß sie im Interesse des Feindes Kundschafterdienste leisten oder Nachrichten übermitteln oder sonst offenbar tätig sind, um den Feind zu unterstützen", so sei es unzweifelhaft, daß der Paragraph solche Fälle bezeichne, in welchen es bekannt und klar sei, daß solche Tätigkeit zur Unterstützung des Feindes vorliege.

Was die Tätigkeit des Kapitäns im vorliegenden Fall angehe, so seien Reeder und Charterer hieran in keiner Weise beteiligt, noch hätzen sie darum gewußt. Da es überdies nicht klar sei, ob der Kapitän in das japanische Seeverteidigungsgebiet einzudringen im Begriff gewesen sei, um dem Feinde dadurch zu nützen, so könnten § 37, Ziffer 5 und § 47 der iananischen Seeprisenordnung keine Anwendung finden.

Die Pariser Deklaration vom Jahre 1856 erklärt die Freibeuterei mit Privatschiften für aufgehoben. Sie spreche aus, daß auch feindliches Gut, wenn es auf einem Schiff mit neutraler Flagge verladen sei, abgesehen von Konterbande, nicht aufgebracht und eingezogen werden dürfe. Das moderne Völkerrecht erkenne in Wissenschaft und Praxis an, daß bezäglich von Seeprisen Kriegskonterbandegüter sehr sehwer zu bearteilen, neutrale Schiffe dagegen, welche solche nicht geladen hätten, nicht so leicht aufzubringen und einzuziehen seien.

Da in dem vorliegenden Falle der "Quang Nam", wie aus den Akten hervorgehe, nur die widersprechenden Aussagen der Besatzung, dagegen keine richtigen Beweise vorlägen, so sei Reklamant der Ansicht, daß das Urteil erster Instanz völlig unbegründet sei, und beantrage die Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Mizukami Chojiro, sind folgende:

1. Es sei in Schiffahrtskreisen allgemeiner Brauch, daß der Chartervertrag, da er ein wichtiges Schiffspapier sei, um die Bewegungen eines
Schiffes und sonstige Tabsachen zu erkennen, an Bord sei. Der von
dem Reklamanten eingereichte, zwischen ihm und der Gesellschaft für
chniesische Küstenschiffahrt abgeschlossene Chartervertrag sei indessen
bei der Beschlagnahme nicht an Bord gewesen, auch sei nichts vorgebracht, was seine Abwesenheit hätte begründen können. In der ersten
Aussage des Kapitäns des zur Verhandlung stehenden Schiffes, gegenüber dem mit dem Fall beauftragten Prisenath, heiße es veilmehr:

Er wisse, daß das Schiff von der russischen Regierung gechartert sei ..... Das Schiff habe keinen Chartervertrag besessen; der Grund sei wahrscheinlich der, daß es von der russischen Regierung gechartert sei ....

In der zweiten Aussage heiße es:

Seine Annahme, daß das Schiff von der russischen Regierung gechartert sei, rühre schon aus der Zeit vor der Abreise von Saigon her. Überdies schließe er, daß das Schiff von der russischen Regierung gechartert sei, daraus, daß es Kohlen aus den Kohlenlagern der russischen Regierung erhalten habe.....

Der Vizekapitän habe in seiner ersten Vernehmung ausgesagt:

Davon, daß das Schiff an die russische Regierung verkauft worden sei, habe er nichts gehört, wohl sei aber in unbestimmter Weise davon gesprochen worden, daß es verchartert worden sei. Etwas gewisses müsse der Kapitän darüber wissen . . .

In der Vernehmung des ersten Maschinisten stehe:

Er habe wohl von einem Gerücht gehört, nach welchem das zur Verhandlung stehende Schiff der russischen Regierung verchartert worden sei, könne das aber nicht bestimmt behaunten ......

Die Mannschaft sei einmütig der Ansicht, daß das Schiff in Charter der russischen Regierung stehe, und sage kein Wort darüber, daß das Schiff von dem Reklämanten gechartert worden sei. Nach diesen Aussagen und Tatumständen sei es nicht schwer zu schließen, daß der Chartervertrag in Wahrheit nicht errichtet worden sei, umsomehr, als der Chartervertrag nur ein privates Dokument sei, welches jederzeit zwischen den Zeichnern hergestellt sein könne und daher nicht ohne weiteres glaubwürdig sei.

Es sei daher zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz den Chartervertrag abgewiesen und nicht als tatsächlich anerkannt habe; und die Berufung sei unbegründet.

- 2. Die Gründe, weshalb der von dem Reklamanten eingereichte Chartervertag keinen Glauben verdiene, seien oben dargetan. Wenn man danach seiner Errichtung keinen Glauben schenke, so könne, wenn der Reklamant auch behaupte, daß auf Grund dieses Charterverfrags ein Prozeß erhoben und tabächlich beim Gericht in Saigon anhängig sei, diese eine Sache seine Errichtung nicht beweisen. Überdies sei die Tatsache, daß die Zeichner des Vertrages einen Prozeß angestrengt hätten, lediglich eine Behauptung des Vertreters der Reklamation, welche nicht bewissen worden sei.
- 3. In der von dem Vertreter der Reklamation eingereichten notariellen Vollmacht sei der Auftrag des Reklamanten an den Vertreter niedergelegt, nach welchem derselbe die Reklamation in der vorliegenden Prisensache erheben und andere wichtige "Maßnähmen ergerelen solle. Der Hauptzweck der Vollmachtt sei eben der, die Einzelheiten der Vollmacht klar darzustellen, und es sei nach der Art des Dokuments und seinem Sinn klar, daß man über die Frage, ob der Vollmachttgeber der Eigentümer oder der Charterer des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei oder nicht, keinen notariellen Akt habe nehmen

wollen. Wenn daher auch in der Vollmacht stehe, daß der Reklamant die Eigenschaft eines Charterers besitze, so könne man darin doch keinen Beweis für das Bestehen des Chartervertrags erblichen. Dies um so weniger, als die Tatsache, daß das Wort "Charterer" dort verzeichnet sei, wohl beweisen könne, daß der Reklamant dem Notar gegenüber eine solche Aussage gemacht habe, nicht aber, daß diese Aussage auch wahr gewesen sei.

Der Reklamant führe für die Behauptung, daß seine Aussage gegenüber dem Notar wahr sei, deutsche und andere Rechtsbestimmungen an. Diese hätten aber zu der vorliegenden Sache keine direkte Beziehung und außerdem sei die Behauptung, wie oben dargetan, offenbar unbegründet und brauche hier nicht aufs neue erörtert zu werden.

4. In der ersten Aussage des Kapitäns, gegenüber dem mit dem Fall beauftragten Prisenrat, heiße es:

> Er könne selbst den Grund, weshalb er bis nach den Pescadores gegangen sei, nicht klar aussprechen, meine aber, der Prisenrat müsse ihn selber kennen...

In der zweiten Aussage heiße es:

Er glaube, daß die auf dem zur Verhandlung stehenden schiff verladenen Cardiffkohlen aus einem russischen Kohlenlager entnommen seien.... Er glaube, daß das zur Verhandlung stehende Schiff von der russischen Regierung gechartert worden sei.

In der ersten Vernehmung des Vizekapitäns heiße es:

Freilich sei ein Maschinenschaden entstanden, da aber darin für die Reise kein Hindernis gelegen habe, so sei die Reise fortgesetzt worden. Es sei nur ein kleiner Schaden gewesen, der es nicht erfordert habe, zu seiner Reparatur in einen Hafen einzulaufen oder die Hilfe eines anderen Schiffes in Anspruch zu nehmen....

Der erste Maschinist habe in seiner ersten Aussage gesagt:

Er habe sich mit niemandem darüber besprochen, daß zur Reparatur des Schadens Kilung angelaufen werden solle... Sie hätten ein zwischen Formosa und den Pescadores fahrendes Schiff gesichtet und seien demselben etwa einen halben Tag gefolgt. Dies sei aber nicht geschehen, um seine Unterstützung bei der Reparatur zu erbitten....

Aus allen diesen Aussagen und der Tatsache, daß das Schiff ohne irgendwelche Ladung von der Kamranh-Bucht über Hongkong nach Shanghai gelahren sei, wo es gleichfalls wiederum keine Ladung genommen, sondern eine große Menge Cardiffkohle zum eigenen Gebrauch geladen habe; ferner aus der Vorgabe, nach Manila zu gehen, während es absichtlich die schwierige Route zwischen Formosa und den Passadorse genommen habe und unter Kursänderung in die Hattansträße eingedrungen sei; sowie aus der bekannten Tabsache, daß auf den Pescadores ein Kriegshafen und eine Festung seien, welche in militärischer Beziehung von größter Bedeutung seien: aus allem dissen sei es über jeden Zweifel erhaben, daß das zur Verhandlung sehende Schiff nach den Pescadores gefahren sei, nicht um seinen Maschinenschaden zu reparieren, sondern um für Rußland unseren Verteilgungszustand auf den genannten Inseln und die Bewegungen unserer Flotte auszukundschaften. Wenn daher das Urteil diese Tatsachen angenommen und auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffs erkannt habe, so sei das zutreffend, und die Berufung unbergündet.

Aus diesen Gründen sei die Berufung abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Nach dem von dem Reklamanten aufs neue dem Oberprisengericht eingereichten, von dem Landgerichtsdirektor in Saigon beglaubigten Chartervertrag kann freilich angenommen werden, daß der Reklamant an dem zur Verhandlung stehenden Schiff rechtliches Interesse hat.

Das Schiff ist aber von Saigon über Hongkong nach Shanghai gegangen, und hat, obwohl es angegeben hat, von Shanghai nach Manila zu gehen, und auf dieser Route begriffen war, seine ganze, bei Abreise von Shanghai eingenommene Ladung in der Kamranh-Bucht der russischen baltischen Flotte abgeifeeft und ist danach ohne jede Ladung weitergefahren. Auf dieser Reise brannte es Cardiffkohle, welche weder dieses Schiff jemals verwandt hatte, noch überhaupt im Osten gewöhnliche Handelsschiffe verwenden. Obwohl es in Shanghai noch reichlich Kohlen für eine Reise nach Manila an Bord hatte, nahm es noch weitere 130 Tons Cardiffkohle ein. Während es angab, von Shanghai nach Manila zu gehen, fuhr es zwischen Formosa und den Pescadores ein, änderte absichtlich seinen Kurs und versuchte in die Hattan-Straße einzudringen.

Der Kapitän hat nach dem Vernehmungsprotokoll ausgesagt, daß das Schiff ein französisches sei und daß er nicht gehört habe, daß es bis zur Abfahrt von Saigon an die russische Regierung verkauft worden sei. Doch habe er gehört, daß es später an die russische Regierung verchartert worden sei. Schon vor der Abreise von Saigon habe er gedacht, daß das Schiff von der russischen Regierung gechartert worden sei; dies habe er auch daraus geschlossen, daß das Schiff Kohlen aus den russischen Kohlenlagern erhalten habe. Da aber kein Chartervetrag da set, so Könne er es nicht bestimmt behaupten. Er könne nicht deutlich darüber aussagen, weshalb er nach den Pescadores gefahren sei. Aber der Richter müsse das selber wissen... Frelich bestehe an und für sich durchaus kein Hindernis, weshalb er den Grund, aus welchem er nach den Pescadores gegenapen sei, nicht nennen solle, wie ofter aber auch

gefragt werde, werde er ihn doch nicht sagen, weil das ihm nach seiner Rückkehr in seine Heimat persönlich schaden werde. Wenn ferner das Schiff keinen Chartervertrag gehabt habe, so nehme er an, daß der Grund dafür vielleicht der sei, daß es von der russischen Regierung gechartet sei

Wenn man diese Aussagen und den Umstand zusammenhält, daß auch der Vizekapitän, der erste Maschinist und der dritte Maschinist ausgesagt haben, sie hätten unbestimmt gehört, daß das zur Verhandlung stehende Schiff von der russischen Regierung gechartert worden sei, so muß man zu dem Schluß kommen, daß das Schiff von der russischen Regierung gechartert worden ist und versucht hat, für den Feind militärische Geheimnisse laansa auszuspisionieren.

Der Reklamant behauptet freilich, daß die Besatzung des zur Verhandlung stehenden Schiffs nur aus Leuten bestehe, welche nur in der Handelsschiffahrt gedient hätten und zu militärischer Spionage nicht imstande seien. Militärische Spionage erfordert aber keineswegs unbedingt, daß der Betreffende besondere militärische Kentnisise bestitzt. Es ist daher unbegründet, daß die Besatzung eines Handelsschiffs dazu nicht imstande ist.

Der Reklamant sagt ferner, das Schiff habe sich den Pescadores genähert, weil es damals Maschinenschaden gehabt habe, der es nötigte, zur Reparatur die Hilfe eines anderen Schiffs in Anspruch zu nehmen oder einen Hafen anzulaufen. Es geht indes aus dem Bericht des zur Besatzung des Kaierlichen Kriegsschiffs, "Bingo Maru" gehörigen Marineingenieurs Tsubouchi Minoru hervor, daß das zur Verhandlung stehende Schiff in keiner Weise Reparaturen nötig gehabt habe, wegen deren es habe vor Anker gehen müssen. Außerdem geht aus der oben angegebenen Aussage des Kapitäns hervor, daß das Schiff nicht, weil Reparaturen nötig gewesen seien, nach den Pescadores gefahren ist. Daher kann auch die Behauptung des Reklamanten über diesen Punkt nicht anerkannt werden.

Aus diesen Gründen ist es durchaus zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz angenommen hat, daß das zur Verhandlung stehende Schiff für den Feind unseren Verteidigungszustand und die Bewegungen unserer Flotte ausspioniert hat, und daraufthin seine Einziehung entschieden hat. Daher ist die Berufung unbegründet.

Es wird demnach wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 12. März 1906 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

In der Prisensache, betreffend das Lazarettschiff "Orel" des russischen Roten Kreuzes, wird nach Einsicht des Schriftsatzes der Staatsanwälte Mizu kami Chojiro und Yamamoto Tatsurokuro, wie folgt, entschieden:

Urteilsformel:

Das Lazarettschiff "Orel" wird eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Das zur Verhandlung stehende Lazarettschiff "Orel" steht im Eigentum der Gesellschaft der russischen freiwilligen Flotte. Sein Heimatshafen ist Odessa in Rußland, es führt die russische Handelsflagge und dient zum Personen- und Gütertransport. Das russische Rote Kreuz hat das Schiff anläßlich des japanisch-russischen Krieges als Lazarettschiff gechartert, und am 29. Juni 1904 hat die russische Regierung durch Vermittlung des französischen Gesandten in Japan für dasselbe um Bewilligung der Freiheiten nachgesucht, welche in den Artikeln 1 bis 5 des Haager Vertrages vom 29. Juli 1899 über die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention vom 22. August 1864 auf den Seekrieg bestimmt sind. Auf Grund der Zustimmung der Kaiserlichen Regierung wurde das Schiff in Toulon in Frankreich ausgerüstet und mit der für ein Lazarettschiff notwendigen Einrichtung versehen. Es erhielt eine Bescheinigung von dem französischen Marineoberingenieur der Schmiedeund Schiffsbauwerkstätten in Caen und eine Konzessionsurkunde der russischen Regierung und wurde der zweiten russischen pazifischen Flotte zugeteilt. Es stieß in Tanger in französisch Afrika zu dieser Flotte und fuhr mit ihr zusammen nach dem Osten. Am 21. November 1904 russischen Stils befolgte es den Befehl des Kommandierenden des Geschwaders. dem zu dem Geschwader gehörigen Schiff "Malaia" nachzufahren und ihm Order zu geben, sich nicht aus dem Signalbereich zu entfernen. Ferner nahm es am 21. Mai 1905 auf Befehl des Geschwaderchefs den Kapitän Alex Steward und drei andere Leute des von dem zum Geschwader gehörigen Kriegsschiff "Oleg" aufgebrachten englischen Dampfers "Oldhamia", obwohl diese ganz gesund waren, mit der Weisung, sie nach Wladiwostok mitzunehmen, an Bord. Bei Kapstadt erhielt es von dem Stab des Geschwaders Order, 10 000 Fuß 2 mm starken und 1000 Fuß 1 mm starken gut isolierten Leitungsdraht zu beschaffen. Als das zweite und dritte Geschwader sich der Straße von Tsushima näherten, fuhr die "Orel", wie auch das andere Lazarettschiff "Kastroma" bald auf der Höhe der ersten, bald der zweiten Kriegsschiffe des Geschwaders, welches in Formation von zwei und drei Linien vorrückte. Die beiden Schiffe standen dabei auf den Flügeln und bildeten mit dem an der Tête fahrenden Schiff ein Dreieck.

Am 27. Mai 1905, 3 Uhr 30 Minuten nachmittags, wurde das zur Verhandlung stehende Schiff 10 Seemeilen westlich von Okinoshina, während das russische Geschwader mit der vereinigten japanischen Kriegsflotte in Kampf war, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Sado Maru" zu stoppen beordert und in der Folge nach der Miura-Bueth bei Tsushima geführt und, weil es die Operationen des Feindes unterstützt hatte, mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Stellvertreters des Kommandanten der "Sado Maru", Korvettenkapitäns Hashi Kanshiro, durch die Konzessionsurkunde seitens des russischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers in Frankreich, die Bescheinigung des Oberingenieurs der Schmiede- und Schiffsbauwerkstätten in Caen in Frankreich, die Abschrift einer Note des französischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers in Japan an den Käiserlichen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Ore", Jacob Konstantin owitsch Lafmatoff, des ersten Offiziers Alexan der Behrmann, des Chefarztes Jacob Muritanowski, des Rendanten Walter Osten-Sacken, den Meßbrief und das Tagebuch des genannten Dampfers, das Vernehmungsprotokoll des Kapitäns der "Oldhamia", Alex Steward, und Bescheinigungen dieses Kapitäns der "Oldhamia", Alex Steward, und desscheinigungen dieses Kapitäns der "Oldhamia", Alex Steward, und denselben Dampfer.

Die Hauptpunkte der Staatsanwälte sind folgende:

Da das zur Verhandlung stehende Lazarettschiff erwiesenermaßen von dem Feinde zu Zwecken der Kriegsführung benutzt worden sei, so müsse es mitsamt seinem Zubehör eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Da sich die Vergünstigung der Unverletzlichkeit von Lazaretschiffen auf solche Fälle beschränkt, wo das Schiff die festbestimmten Bedingungen erfüllt und ausschließlich dem wohltätigen Zweck der Hildleistung an Verwundete, Kannke und Schiffbreichige dient, so kann ein solches Schiff, wenn es zu Kriegszwecken eines der kriegführenden Staaten benutzt wird, der Wegnahme nicht entgehen. Das erkennt das Völkerrecht allgemein an und das geht auch aus dem Wortlaut des Haager Vertrages, welcher die Genfer Konvention für den Seekrieg in Anwendung setzt, klar hervo.

Das zur Verhandlung stehende Lazarettschiff hat freilich eins seinem Namen entsprechende Ausrüstung erhalten und der Kaiserlichen Regierung ist von der russischen Regierung Mitteilung gemacht worden: aber es hat, während es dem russischen zweiten pazifischen Geschwader folgte, auf der Fahrt nach dem Osten einem zu dem Geschwader gehörigen Dampfer Betehle des Geschwaderchefs übermittelt und den Kapitän und der iandere Leute eines von dem Geschwader aufgebrachten englischen Dampfers, obwohl diese gesund waren, an Bord genommen, um dieselben nach dem feindlichen Kriegshafen Władiwostok zu befördern. Dadurch hat es offenbar die feindlichen Kriegsoperationen unterstützt.

Ferner muß daraus, daß es von dem Geschwader Befehl erhielt, Kriegsbedarfsartikel zu besorgen und daß es während der Fahrt den Platz, den gewöhnlich Wachtschiffe haben, einnahm, geschlossen werden, daß dem zur Verhandlung stehenden Lazarettschiff stets die Erledigung von kriegerischen Aufgaben für das feindliche Geschwader oblag.

Das Schiff kann daher die besondere Vergünstigung des Haager Vertrages, welcher die Genfer Konvention für den Seckrieg in Anwendung setzt, nicht beanspruchen und kann völkerrechtlich mit allem Recht eingezogen werden. 1)

Da innerhalb der von dem unterzeichneten Prisengericht in der Bekanntmachung festgesetzten Frist eine Reklamationsschrift nicht eingegangen ist, so wird nach Antrag des Staatsanwalls auf Grund des letzten Absatzes des § 16 der Prisengerichtsordnung\*) ohne Verhandlung wie in der Urteilsformel entschieden.

Am 25. Juli 1905 im Prisengericht zu Sasebo.

(Unterschriften.)

In der Prisensache, betreffend dem Lazarettschiff "Orel" des russischen Roten Kreuzes gehöriges Geld, wird, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Das dem Lazarettschiff "Orel" gehörige Geld im Betrage von 54569 Francs, 83 Centimes und 2486 Rubel, 44 Kopeken wird eingezogen.

## Tatbestand und Gründe:

Das zur Verhandlung stehende Geld ist dem der russischen Gesellschaft vom Roten Kreuz angehörigen Lazarettschiff "Orel" zur Bestreitung der Gehälter der Angestellten der Gesellschaft auf diesem Schiff und der sonstigen allgemeinen Ausgaben geliefert worden. Das genannte Lazarettschiff ist aufäßlich des japanisch-russischen Krieges dem zweiten russischen pazifischen Geschwader beigegeben worden und reiste mit diesem zusammen nach dem Osten. Am 21. November 1904 russischen Stils befolgte es den Befehl des Kommandanten des

<sup>1)</sup> V. § 47. - 2) IV.

Geschwaders, dem zu dem Geschwader gehörigen Schiff "Malaia" nachzufahren und ihm Order zu geben, sich nicht aus dem Signalbereich zu entfernen. Ferner nahm es am 21. Mai 1905 auf Befehl des Geschwaderchefs den Kapitän Alex Steward und drei andere Leute des von dem zum Geschwader gehörigen Kriegsschiff "Oleg" aufgebrachten englischen Dampfers "Oldhamia", obwohl diese ganz gesund waren, mit der Weisung, sie nach Wladiwostok mitzunehmen, an Bord. Bei Kapstadt erhielt es von dem Stab des Geschwaders Order, 10 000 Fuß 2 mm starken und 1000 Fuß 1 mm starken gutisolierten Leitungsdraht zu beschaffen. Als das zweite und dritte Geschwader sich der Straße von Tsushima näherten, fuhr die "Orel" wie auch das andere Lazarettschiff "Kastroma" bald auf der Höhe der ersten, bald der zweiten Kriegsschiffe des Geschwaders, welches in Formation von zwei und drei Linien vorrückte. Die beiden Schiffe standen dabei auf den Flügeln und bildeten mit dem an der Tête fahrenden Schiff ein Dreieck.

Als am 27. Mai 1905 das Schiff in der Miura-Bai bei Tsushima aufgebracht wurde, wurde auch das zur Verhandlung stehende Geld mit Beschlag belegt.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift des Stellvertretzes des Kommandanten der "Sado Maur", Korvettenkapitäns Hashi Kanshiro, durch die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Ore", Jacob Konstantitinowitsch Lafmatoff, des ersten Offiziers Alexander Behrmann, des Chefarztes Jacob Muritanowski, des Rendanten Walter Osten-Sacken sowie des Kapitäns der "Oldhamia", Alex Steward, und durch die Bescheingungen dieses Kapitäns und der drei anderen Leute desselben Dampfers. Die Hauutpunkte der Ansicht der Staatsanwälte sind folgende:

Da das in Frage stehende Lazarettschiff von dem Feinde zu Zwecken der Kriegsführung benutzt worden sei, so müsse das zur Verhandlung stehende Geld, welches zur Bestreitung der verschiedenen Ausgaben des Schiffes bestimmt gewesen sei, als diesem Lazarettschiff zugehöriges Out zusammen mit demselben eingezogen werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Da das Lazarettschiff die Fähigkeit des Genusses der besonderen Vergünstigung der Unverletzlichkeit verloren hat und als Prise zu behandeln ist, so muß auch das gesamte an Bord befindliche Zubehör eingezogen werden.

Das dem russischen Roten Kreuz angehörige Lazarettschiff "Orel" hat, während es dem zweiten russischen pazifischen Geschwader folgte, auf der Fahrt nach dem Osten einem zu dem Geschwader gehörigen Dampfer Befehle des Geschwaderchefs übermittelt und den Kapilia und drei andere Leute eines von dem Geschwader aufgebrachten englischen

Dampfers, obwohl diese gesund waren, an Bord genommen, um dieselben nach dem feindlichen Kriegshafen Wladiwostok zu befördern. Dadurch hat es offenbar die feindlichen Kriegsoperationen unterstützt.

Ferner muß daraus, daß es von dem Geschwader Betehl erhielt, Kriegskonterbande zu besorgen und daß es während der Fahrt den Platz, den gewöhnlich die Wachtschiffe haben, einnahm, geschlossen werden, daß dem genannten Lazarettschiff stets die Erledigung von kriegerischen Aufgaben für das feindliche Geschwader oblag.

Es kann daher die besondere Vergünstigung des Haager Vertrages vom 29. Juli 1899, welcher die Grundsätze der Genfer Konvention vom 22. August 1864 auf den Seekrieg zur Anwendung bringt, nicht empfangen.

Das zur Verhandlung stehende Geld ist zum Betriebe des genannten Lazarettschiffs bestimmt gewesen und muß daher in gleicher Weise wie die medizinischen Instrumente und Materialien als unentbehrlich notwendiges Zubchör des Schiffes mit diesem zusammen von rechtswegen eingezogen werden.)

Der auf dem Lazarettschiff befindliche Generalbevollmächtigte und Kassenführer der russischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, Baron Walter von Osten-Sacken, hatte freilich in dieser Angelegenheit eine Reklamation auf Freigabe der gesamten zur Verhandlung stehenden Gelder eingereicht, er hat dieselbe aber nach Schluß der mündlichen Verhandlung zurückgezogen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 31. Juli 1905 im Prisengericht zu Sasebo, im Beisein des Staatsanwalts Yamamoto Tatsurokuro.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Theodor und F. Eimbcke, offene Handelsgesellschaft und H. Wilhelm Dieckmann jr., Kommanditgesellschaft, beide in Hamburg, Deutschland, vertreten durch Reinhold Richter, Führer des Dampfers "Lydia", wohnhaft in Deutschland, Bremerhaven, Bürgermeister-Schmidtstraße Nr. 107. Prozeelwertreter: Rechsanwalt Ishibashi Tomokichi, Na-

gasaki, Togi, Togiyamachi Nr. 41.

In der Prisensache betreffend den deutschen Dampfer "Lydia" wird.

In der Prisensache betreffend den deutschen Dampfer "Lydia" wird, wie folgt, entschieden:

<sup>1) 6 47.</sup> 

#### Urteilsformel:

Der Dampfer "Lydia" wird eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Lydia" steht im gemeinsamen Eigentum der Rekhamaten Theod or und F. Eim becke
(offene Handelsgesellschaft) und der Kommanditgesellschaft H. Wilhelm Dieckmann jr., führt die deutsche Flagge und dient zum
Gütertransport. Der Dampfer wurde von der im Miteigentum stehenden
Kommanditgesellschaft H. Wilhelm Dieckmann jr. gechartert und
mit Bestimmung für den russischen Hafen Nikolajewsk in Hamburg
mit Maschinenöl, Zylinderöl, Wagenfett, Madiafett, Essigsäure, Schmierkannen, Zwischenlegscheiben, Bandeisen, Treibriemen, Schmirgel, Hanfseilen, Kochsalz und Salz beladen. Es wurden zweierlei Ladungsmanifeste
und Konnossemente ausgestellt, von denen die einen Hongkong, die
anderen Nikolajewsk als Bestimmungsort angeben. Das Schiff wurde
jedoch nur mit den ersteren versehen, um ihm den Anschein zu geben,
als ob es nach Hongekong bestimmt sei.

Am 8. April 1905 fuhr der Dampfer von Hamburg ab, traf am 4. Juni in Hongkong ein und fuhr, nachdem der Kapitän das bereits vor seiner Ankunft in Hongkong von der Reederei eingetroffene, auf Nikolajewsk lautende Ladungsmanifest und die Konnossemente in Empfang genommen hatte, am 8. Juli nach Nikolajewsk ab, wobei er Kurs östlich um Formosa und südlich von Okinawa nahm. Vom 16. desselben Monats gefreit der Dampfer in einen Taifun, infolgedessen am 17. sein Ruder brach.

Während der Dampfer auf der See trieb, wurde am 20. ein Notruder fertiggestellt und beschlossen, nach Nagasaki als Nothafen zu
fahren. Da aber das Ruder nicht, wie erwartet, operierte und die
Fahrt nach Nagasaki nicht möglich war, so wurde beschlossen, Shanghai
als Nothafen anzulaufen. Als der Dampfer am 23. desselben Monats
in die Nähe der Hauptinsel Okinawa kam, brach das Ruder wieder
und das Schiff mußte, weil es bewegungsunfahig war, seine Fahrt nach
Shanghai aufgeben und die Signalstation von Kap Kiamu auf der genannten Insel um Hilfe angehen. Es fuhr alsdann unter Beistand des
japanischen Dampfers "Futami Maru" nach dem Hafen von Naha und
wurde daselbst am 26. desselben Monats, weil es Kriegskonterbande
an Bord haben sollte, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nippon Maru"
beschlagnahmt.

Die obigen Tatsachen gehen klar hervor aus der schriftlichen Aussage des Kommandanten des Kriegsschiffs "Nippon Maru", Narik awa Ki, aus den Vernehmungsprotokollen des Kapitäns Rein hold Richter, des ersten Offiziers Franz Bernau, des zweiten Offiziers

Hans Ostermann vom Dampfer "Lydia", aus dem Schiffszertifikat, dem Ladungsmanifest, den Konnossementen, dem Logbuch, dem Chartervertrag und dem Gesundheitspaß des genannten Dampfers.

- Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende:
- 1. Der Dampfer sei nicht auf der Fahrt nach Nikolajewsk beschlag-nahmt worden. Er habe vielmehr seine Reise nach Nikolajewsk und-gegeben gehabt und sei bereits 250 Seemeilen nach Shanghai zurück-gekehrt gewesen, als er die Signalstation von Kap-Klamu auf Okinawa um Hilfe bat und in den Halen von Naha einfuhr. Während er dort vor Anker lag, sei er beschlagnahmt worden. Selbst angenommen, der Dampfer habe Konterbandeschiffahrt betrieben, so habe er doch unterwegs seinen Plan geändert und sein Ziel aufgegeben und könne deshalb nicht beschlagnahmt werden.
- 2. Eine Entscheidung darüber, ob die Fahrt völkerrechtlich als verboten anzusehen sei oder nicht, könne nur unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Tatsachen und Umstände getroffen werden. Auf bloße Vermutung zukünftiger, noch unbestimmter Tatsachen hin, wie z. B. daraufhin, daß der Dampfer nach Fertigstellung seiner Reparaturan die einstweilen unterbrochene Fahrt wieder aufgenommen haben würde. könne eine derartige Entscheidung rechtmäßig nicht gefällt werden. Angenommen aber, die Entscheidung entspreche dem Recht, so wäre es doch unmöglich gewesen, daß der Dampfer, nachdem er in Shanghai angekommen wäre und seine Reparaturen bewerkstelligt hätte, früher als am 15. Oktober Shanghai hätte verlassen können. Da zu dieser Zeit die See schon zugefroren gewesen sein würde, so würde der Dampfer seine Reise nach Nikolajewsk erst im April nächsten Jahres haben ausführen können. Es erübrige sich, gegenwärtig, wo der Frieden zwischen Japan und Rußland bereits geschlossen und die Ratifikation schon ziemlich sicher sei, darüber Worte zu verlieren, daß eine Beschlagnahme auf Grund von Tatsachen, die erst nach dem April nächsten Jahres eintreten könnten, nicht zu rechtfertigen sei.
- 3. Angenommen, die Verteidigungspunkte zu 1 und 2 h\u00e4tten keinen Bestand, so seien doch die an Bord des zur Verhandlung stehenden Dampfers verladenen G\u00e4tter vorzugsweise landwirtschaftliche Ger\u00e4te, also keine Kriegskonterbande. Weder sie noch der Dampfer, der sie f\u00e4hre, k\u00f6nnten demmach eingezogen werden.
- 4. Es befänden sich freilich unter der Ladung einige Güter, die nach dem Standpunkt der japanischen Regierung Kriegskonterbande wären; ihre Verladung sei aber ohne Dolus oder Prämeditation geschehen. Da ferner Schiffseigentümer und Ladungseigentümer verschiedene Personen wären, so erscheine es recht und billig, nur die Kriegskonterbande einzuziehen, die übrige Ladung aber sowie das Schiff freizulassen.

Aus diesen Gründen beantrage er die Freilassung des zur Verhandlung stehenden Schiffes.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende:

Da das unter der Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers befindliche Bandeisen, Maschinenöl, die Treibriemen, das Kochsalz usw. nach Nikohijewsk bestimmt gewesen seien, so wären sie Kriegskonterbande. Da ferner der zur Verhandlung stehende Dampfer bei dem Transport dieser Kriegskonterbandegüter sich falscher Angaben bedient habe und Schiff und Ladung derselben Person gehöre, so sei das Schiff einzuschen

Das Gericht betrachtet es als Bestimmung und Gebrauch des Völkerrechts, daß Schiffe, welche unter Anwendung die Wahrheit entstellender Mittel Kriegskonterbande führen, einzuziehen sind.

Was die unter der Ladung des zur Verhandlung stehenden Dampfers befindlichen Güter, nämlich Maschinenöl, Zylinderöl, Wagenfett,
Madiafett, Essigsäure, Schmierkannen, Zwischenlegescheiben, Bandeisen,
Treibriemen, Schmirgel und Hanfselle angeht, so sind sie Materialien
zum Bau und zur Ausrüstung von Kriegs- und Handesschiffen; das
Kochsalz und sonstige Salz ist ein Nahrungsmittel; der Bestimmungsort
Nikolajewsk ist zusammen mit Wladiwostok der wichtigsle Verteldigungspunkt des russischen K\u00e4stengebiets; nachdem seit etwa Juni oder
Juli 1905 Wladiwostok von der Kaiserlichen Kriegsflotte von dem Seeverkehr mehr oder weniger abgeschnitten war, diente haupts\u00e4chlich
Nikolajewsk als Tor und T\u00fcr f\u00e4r die Einfuhr von Kriegsbedarfsarikeln.
Aus desen Tatsachen muß geschlosen werden, da\u00e4 die genannten
Waren f\u00e4r den Kriegsbedarf des Feindes geliefert werden sollten und
daß sie daher Kriegskonterbande sind.\u00e4)

Obwohl der Dampfer bereits bei seiner Abreise von Hamburg definitiv nach Nikoljewsk bestimmt war, wurden Ladungsmanifest und Konnossemente, um der Aufbringung durch das zu der Zeit zwischen Hongkong und Singapore kreuzende Kaiserliche Geschwader zu entgehen, auf Hongkong ausgestellt und das Schiff mit diesen Papieren versehen. Weil das Schiff derart unter Anwendung von Mitteln, welche die Wahrheit entstellen sollten, Kriegskonterbande geführt hat, ist dasselbe einzuziehen.<sup>4</sup>)

Der Prozeßvertreter behauptet, der zur Verhandlung stehende Dampfer habe seine Reise nach Nikolajewsk aufgegeben gehabt; angenommen aber, er habe sie nicht aufgegeben gehabt; so würde er doch wegen seiner Reparaturen die Reise nicht vor dem 15. Oktober d. Js. haben fortsetzen können. Zu dieser Zeit sei aber das Meer bereits zugefroren, so daß der Dampfer erst nach April nächsten Jahres seine Reise hälte unternehmen Können. Auf eine derartige noch völlig un-

<sup>&#</sup>x27;) II, Liffer I und 2, - 2) V. § 44.

bestimmte Tatsache hin das Schiff mit Beschlag zu belegen, sei unrechtmäßig. Dem steht entgegen, daß der Kapitän Rein hold Richter auf eine Frage des Untersuchungsrichters geantwortet hat, daß er nach Ausführung einer vorläufigen Reparatur in Okinawa nach Nikolaiewsk weitergefahren sein würde, woraus klar hervorgeht, daß der Kapitän zur Zeit der Beschlagnahme seinen Plan, nach Nikolajewsk zu fahren, nicht aufgegeben hatte. Es muß als ein allgemeiner Grundsatz des Völkerrechts angesehen werden, daß ein Schiff, welches Kriegskonterbande führt, wenn es zur Zeit der Aufbringung sein Ziel nicht endgültig aufgegeben hat, der Aufbringung unterliegt. Daher ist, selbst wenn wie im vorliegenden Falle das Schiff nicht in der Lage war, die Reise wegen seiner Reparaturen, eher als nach April nächsten Jahres auszuführen, in der Aufbringung eine Unrechtmäßigkeit nicht zu finden. Dieses um so weniger als, selbst wenn das Schiff nach Shanghai gefahren wäre und dort in Reparatur gegangen wäre, eine so lange Zeit, wie der Prozeßvertreter behauptet, dazu nicht erforderlich gewesen wäre und der Dampfer sehr wohl vor Zufrieren der nördlichen Gewässer in Nikolaiewsk hätte eintreffen können.

Die Behauptungen des Prozeßvertreters sind also unbegründet, und es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 18. Oktober 1905 im Prisengericht zu Sasebo, im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Theodor & F. Eimbeke, offene Handelsgesellschaft, und H. Wilhelm Dieckmann jr., Kommanditgssellschaft, beide in Hamburg, vertreten durch Reinhold Richter, Fährer des Dampfers "Lydia", wohnhaft in Bremerhaven, Bürgermeister-Schmidtstraße Nr. 107.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichiin Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

Am 18. Oktober 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend den am 26. Juli 1905 im Hafen von Naha von dem Kalserlichen Kriegsschiff "Nippon Maru" aufgebrachten deutschen Dampfer "Lydia", ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung des Dampfers "Lydia" rethant worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Reinhold Richter, als Vertreter der Reklamanten, der offenen Handelsgesellschaft Theodor

& F. Eimbeke und der Kommanditgesellschaft H. Wilh. Dieckmann jr., durch den Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Statsanwalts Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation sind folgende:

Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe des Dampfers "Lydia" beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei auf der Fahrt nach Nikolajewsk am 16. Juli 1905 auf offener See, 27 º 40 ' nördlicher Breite und 131 º 2 ' östlicher Länge von einem schweren Unwetter betroffen worden und habe bei zunehmendem Sturme am folgenden Tage Ruderhavarie erlitten. Nachdem der Dampfer drei Tage lang steuerlos getrieben sei, sei es am 20. Juli gelungen, ein Notruder fertigzustellen. Da jedoch mit Rücksicht auf die Schiffshavarie und die noch beträchtliche Entfernung bis Nikolajewsk die Fahrt nach dem ursprünglichen Bestimmungshafen unausführbar erschienen sei, so habe man am selben Tage (die Mittagsposition des Schiffes sei 26 º 45 ' nördlicher Breite und 131 º 35 ' östlicher Länge gewesen) zwischen 5 und 8 Uhr nachmittags in einem Schiffsrate der Offiziere beschlossen, nach Shanghai zu gehen. In Ausführung dieses Beschlusses sei das Schiff drei weitere Tage gefahren und habe zirka 250 Seemeilen zurückgelegt. Als es am 23. desselben Monats, nachmittags zwischen 1 und 4 Uhr unweit der Okinawa-Inseln infolge neuerdings erlittenen Schadens am Notruder bewegungsunfähig geworden sei, habe es durch Signale von der Signalstation bei Kap Kiamu Hilfe erbeten und sei am 24., 5 Uhr nachmittags, von dem Dampfer "Futami Maru" in den Hafen von Naha eingeschleppt worden. Während der Dampfer dort vor Anker gelegen habe, sei er am 26. desselben Monats von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nippon Maru" aufgebracht worden. Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei mithin keineswegs auf der Fahrt nach Nikolajewsk aufgebracht worden. Vielmehr sei der Verlauf der gewesen, daß der Dampfer die Reise dorthin längst aufgegeben gehabt, von der Fahrt nach Shanghai bereits 250 Seemeilen zurückgelegt, Naha als Nothafen angelaufen und daselbst vor Anker gelegen habe, als er aufgebracht worden sei. Nach völkerrechtlicher Praxis unterliege jedoch ein Schiff, das mit der Absicht, dem Feinde Konterbande zuzuführen, ausgefahren sei, nicht der Einziehung, wenn es während der Fahrt seine Absicht ändere und den Transport der Konterbande aufgäbe. Aus diesem Grunde müsse das zur Verhandlung stehende Schiff ganz fraglos freigegeben werden.

Im Urteil der ersten Instanz sei die im Vernehmungsprotokoll aufgezeichnete Aussage des Kapitäns Reinhold Richter "wenn sich

die Reparatur des Dampfers in Okinawa hätte bewerkstelligen lassen, so wäre er nach Nikolaiewsk gefahren", angezogen und auf Grund derselben die Fahrt nach Shanghai als Ausflucht angesehen worden. Daß sich iedoch der Dampfer wirklich auf der Fahrt nach Shanghai befunden habe, dafür spreche die effektive Tatsache, daß er drei Tage lang den Kurs auf Shanghai genommen und bereits annähernd 250 Seemeilen zurückgelegt habe. Die als Aussage des Kapitäns in dem Vernehmungsprotokoll verzeichneten Angaben entsprächen nicht den Tatsachen und seien nicht von ihm geäußert worden. Der Kapitän habe gegen diese unsinnige Aussage schon in der ersten Instanz protestiert; vermutlich beruhe sie auf einem Mißverständnis des Dolmetschers. Aber selbst, wenn der Kapitän ausgesagt haben sollte, er würde nach Nikolajewsk gegangen sein, so müsse man doch angesichts klaren Gegenbeweises, der darin liege, daß er tatsächlich nach Shanghai amgekehrt sei, nach den Grundsätzen der Beweisaufnahme diese Tatsachen als Beweis gelten lassen und jene Aussage verwerfen. Dies umsomehr, als auch in dem Schiffsjournal, welches nicht unter dem Verdacht nachträglicher Fälschung stehen könne, da es von dem die Aufbringung bewirkenden Offizier beschlagnahmt worden sei, sich ausdrücklich die Aufzeichnung finde, daß die Schiffsoffiziere am 20., nachmittags zwischen 5 und 8 Uhr. Schiffsrat abgehalten und einstimmig beschlossen hätten, nach Shanghai zu gehen. Von einem derartigen Beschluß aber könne der Kapitän, falls nicht neue Hindernisse einträten, nicht eigenmächtig abgehen. Jedoch einmal angenommen, daß die im Vernehmungsprotokoll aufgezeichnete Aussage des Kapitäns durchaus beweiskräftig sei, so könne man, wenn man die ganze Vernehmung genau lese, sie nur in dem Sinne interpretieren, daß die Reise nach Nikolajewsk tatsächlich aufgegeben gewesen sei. Es heiße nämlich in dem Protokoll:

Falls sich die Reparatur in Okinawa hätte bewerkstelligen. lassen, würde man nach Nikolajewsk gegangen sein; da jedoch an dem Platz kein Schmied ausfindig zu machen gewesen sei, so habe man beschlossen, nach Nagasaki zu gehen.

Diese Worte besagten doch, daß, weil die Reparatur in Okinawa nicht tunlich, die Reise nach Nikolajewsk unmöglich gewesen sei. Im übrigen seien sie eine Antwort auf die Frage des mit dem Fall beauftragten Rats: "was er zu tun beabsichtigt habe, wenn die Reparatur in Okinawa fertiggestellt worden wäre", d. h., auf eine Frage, welche einen zukünftigen Fall annehme. Demnach sei die Aussage, sozusagen, eine bedingte gewesen, die nicht geeignet sei, die Tatsache der wirklich angetretenen Fahrt nach Shanghai und die in dem Schiffsjournal aufgezeichneten Tatsachen zu entkräften.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

(55)

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Lydia" stehe im Eigentum der offenen Handelsgesellschaft Theodor & F. Eimbeke und der Kommanditgesellschaft H. Wilhelm Dieckmann jr. Der beiden Gesellschaften angehörige Dieckmann ir, habe, ohne eines besonderen Chartervertrags zu bedürfen, ausdrücklich einen Chartervertrag abgeschlossen. Er habe bei der Ausfahrt von Hamburg zwei Ladungsverzeichnisse ausgestellt, von denen das eine auf Hongkong, das andere auf Nikolajewsk lautete, habe das letztere per Post nach Hongkong geschickt und dadurch vermeiden wollen, daß das Schiff vom japanischen Geschwader aufgebracht würde. Er habe geplant, Kriegskonterbande nach dem feindlichen Hafen Nikolajewsk zu befördern, und wenn er auch infolge eines unerwarteten Hindernisses seinen Plan nicht habe ausführen können, so könne dieser Umstand dennoch die Tatsache des Transports von Kriegskonterbande nicht auslöschen. Die Einziehung von Schiff und Ladung im Falle der Zufuhr von Kriegskonterbande an den Feind beschränke sich keineswegs auf den Fall, wo anzunehmen sei, daß der Transport ohne Hindernisse hätte ausgeführt werden können. Vielmehr müsse ein Schiff, das zum Zwecke des Transports von Konterbande ausgefahren sei und in einem Sturm Havarie erleide, auch während es umhertreibe, oder Zuflucht suche, als auf der ursprünglich beabsichtigten Fahrt befindlich erachtet werden.

Die Reklamanten versuchten mit der Tatsache, daß das Schiff, nachdem ein einem Sturme Ruderhavarie erlitten, auf dem Wege nach Shanghai gewesen sei und bei Kap Kiamu um Hilfe gebeten habe, darzutun, daß es seine Reise aufgegeben gehabt habe. Dies offenbare jedoch vielmehr die Absicht, den Schaden zu reparieren, beziehungsweise der Seenot einstweilen zu entgehen und nachher die Reise fortzusetzen. Als Beweis daffry, daß die Reise aufgegeben gewesen sei, könnten diese Tatsachen dagegen nicht angesshen werden, zumal der Kapitän klar und deutlich ausgesagt habe, nach Ausbesserung der Schäden hätte er direkt nach dem ursprünglichen Bestimmungshafen Nikolaisewsk gehen wollen.

### Die Reklamanten argumentierten ferner,

wenn man die Vernehmung des Kapitäns genau lese, so könne man sie nur in dem Sinne interpretieren, daß die Reise nach Nikolajewsk taksächlich aufgegeben gewesen sei. Es heiße nämlich im Protokoll: "falls sich die Reparatur in Okinawa hätte bewerkstelligen lassen, würde man nach Nikolaiewsk gegangen sein; da jedoch an dem Platze kein Schmied ausfindig zu machen gewesen sei, so habe man beschlossen, nach Nagasaki zu gehen". Erwäge man nun, daß die Reparatur tatsächlich in Okinawa unmöglich gewesen sei, so werde-

durch die Aussage die tatsächliche Sachlage bestätigt, daß man bestimmt nicht nach Nikolajewsk habe gehen wollen. Indessen, wenn auch der Schaden, den der Schiffskörner erlitten gehabt habe, noch so groß gewesen wäre, so daß das Schiff absolut nicht nach Nikolajewsk hätte gehen können, so könne man daraus noch nicht folgern, daß es die Zufuhr von Konterbande aufgegeben habe. Stehe doch ausdrücklich in den Konnossementen, daß der Kapitän, falls er infolge von Unwetter oder aus einem andern Grunde verhindert sein sollte, die Ladung auf seinem Schiffe zu befördern, die Pflicht habe, die Güter auf ein anderes Schiff umzuladen, oder sich mit einem Schlepper nach dem Bestimmungshafen schleppen zu lassen. Übrigens sei auch der Schaden, den das Schiff genommen habe, gering, wiewohl nach Behauptung der Reklamanten die Reparatur so lange Zeit in Anspruch nehmen würde, daß das Schiff den Bestimmungshafen nicht vor seiner Vereisung hätte erreichen können. Was schließlich den einstimmigen Beschluß der Schiffsoffiziere, nach Shanghai zu gehen, anlange, so habe dieser Hafen nur als Nothafen angelaufen werden sollen; ebenso habe man Kap Kiamu nur um Beistand angesprochen und Okinawa angelaufen, tum das Ruder zu reparieren. Diese Tatsachen seien jedoch nicht das geringste Anzeichen dafür, daß die ursprüngliche Reise des Schiffes aufgegeben worden sei. Wenn daher die erste Instanz in der Überzeugung, daß es sich um den Transport von Kriegskonterbande unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gehandelt habe, das Schiff eingezogen habe, so sei diese Entscheidung wohl gerechtfertigt und die Berufung der Reklamanten sei daher als grundlos zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Nikolajewsk befindet sich im Mündungsgebiet des Amur-Flusses und ist gleichwie Wladiwostok einer der wichtigsten Stützpunkte im Rücken der Verteidigungslinie der die Mandschurei besetzt haltenden russischen Armee gewesen. Von dem Zeitpunkt an, wo die Kaiserliche Marine den Seeverkehr nach Wladiwostok vollständig abgeschnitten hatte. wurde Nikolajewsk zum Einfuhrort für den gesamten russischen Kriegsbedarf. Dazu kommt, daß Nikolajewsk befestigt war und daß Kanonenboote und Torpedoboote dort stationiert waren. Ferner waren in Nikolajewsk Landtruppen stationiert und es wurde tatsächlich energisch in Verteidigungszustand gesetzt. Unter diesen Umständen ist es klar, daß die Ladung des Dampfers "Lydia", unter welcher sich Material für den Bau und die Ausrüstung von Kriegsschiffen und anderen Schiffen, Maschinenöl, Zylinderöl, Wagenschmieröl, Madiafett, Essigsäure, Schmierkannen, Zwischenlegescheiben, Bandeisen, Treibriemen, Schmirgel, Hanfgarn - alles Gebrauchsartikel für solche Schiffe - und Proviant, wie z. B. Tafel- und anderes Salz, befand, dem Feind für dessen Kriegs-

bedarf zugeführt werden sollte und dementsprechend als Kriegskonterbande anzusehen ist. Wenn ferner die Sache äußerlich so arrangiert worden ist, daß zur Zeit des Antritts der Seereise der "Lydia" der H. Wilhelm Dieckmann jr. als Charterer des Schiffs und als Verschiffer der Ladung erscheint, so ist doch im Ladehafen Hamburg die ganze Verladung unter der Aufsicht des Faktors Dreier der im Miteigentum des Schiffs stehenden offenen Handelsgesellschaft F. Eimbeke & Co. erfolgt und der Empfänger der Ladung, die Firma Nobel & Co. in Nikolajewsk ist das im Miteigentum des Schiffs stehende, unbeschränkt haftende Mitglied der Kommanditgesellschaft. Aus dem Umstand, daß der Kapitän den Befehl erhalten hatte, nach seiner Ankunft am Bestimmungshafen die Schiffsflagge des Ladungsempfängers zu setzen, geht klar hervor, daß die Seereise des Schiffes mit der Absicht der Beförderung der Kriegskonterbande im gemeinschaftlichen Interesse der Miteigentümer des Schiffes unternommen wurde. In einem der Konnossemente steht geschrieben, das Schiff habe Ladung für Hongkong eingenommen. Der Kapitän behauptet zwar, er habe bei der Abreise aus Hamburg nicht gewußt, ob das Schiff nach Nikolaiewsk bestimmt sei oder wohin sonst: aber andererseits hat er auch erklärt, die beim Eintreffen des Schiffs in Rußland benötigten Papiere, nämlich ein Gesundheitsnaß, ausgestellt von den Hamburgischen Polizeibehörden sowie die anderen Konnossemente, aus denen die Absicht, die Ladung nach Nikolajewsk zu befördern, hervorgehe, seien am 7. April 1905, also vor der Abreise des Dampfers, zu Hamburg ausgestellt worden. Hieraus ergibt sich, daß das Schiff von Anfang an nach Nikolajewsk im russischen Staatsgebiet bestimmt war, daß es aber zunächst, um der Aufbringung durch die zwischen Singapore und Hongkong kreuzenden Schiffe der Kaiserlich Japanischen Flotte zu entgehen, nur Schiffspapiere bei sich führte, in denen Hongkong als Bestimmungshafen angegeben war, während die Konnossemente und der Gesundheitspaß, in denen Nikolajewsk als Bestimmungshafen angegeben war, besonders per Post gesandt wurden, um dem Schiff erst in Hongkong ausgehändigt zu werden, ein Plan, der offenbar den Zweck hatte, die Konterbandefahrt zu erleichtern. Es muß daher behauptet werden, daß das Schiff einen Konterbandetransport geplant und sich dabei betrügerischer Mittel bedient hat

Die Reklamanten behaupten, das zur Verhandlung stehende Schiff sei nicht auf der Reise nach Nikolajewsk aufgebracht worden, vielmehr habe es infolge eines Taifuns einen Schaden am Steuer erlitten, der es veranlaßt habe, seine Absicht, nach Nikolajewsk zu gehen, aufzugeben. Als es aber auf der Rückfahrt nach Shanghai schon etwa 250 Seemeilen zurückgelegt habe, sei es neuen Schwierigkeiten begegnet, habe daher Hilfe angerufen, um den Hafen von Naha anlaulen zu können, und sei,

als es in diesem Hafen verankert gewesen sei, beschlagnahmt worden. Selbst wenn daher anzunehmen wäre, daß es ursprünglich mit der Absicht der Beförderung von Kriegskonterbande ausgefahren sei, so habe es doch jedenfalls diese Absicht aufgegeben, und die Beschlagnahme des Schiffes nach Aufgabe der Absicht sei rechtlich unbegründet. Aber in dem zum Beweis dieser Behauptung angezogenen Schiffsjournal steht nur, das Schiff habe wegen des Taifuns und wegen des erlittenen Ruderschadens Shanghai als Nothafen anzulaufen und daher den Kurs zu ändern beschlossen. Es fehlt aber nicht nur an irgend einer anderen Angabe, aus welcher hervorginge, daß das Schiff die Absicht, nach Nikolaiewsk zu fahren, aufgegeben hätte; es ist vielmehr gerade nach dieser Eintragung anzunehmen, daß das Schiff beabsichtigte, seinen Schaden in Shanghai reparieren zu lassen, und daß es doch noch rechtzeitig genug aus Shanghai wieder auslaufen zu können hoffte, um seinen Bestimmungshafen Nikolajewsk noch vor dem Zufrieren zu erreichen. Es kann also nicht behauptet werden, daß das Schiff infolge des erlittenen Seeschadens seine Absicht, Kriegskonterbande zu befördern, aufgegeben habe.

Daß auch neutrale Schiffe, wenn sie eine Einfuhr von Kriegskonterbande vorgehabt haben, zusammen mit der Kriegskonterbande weggenommen werden können, ist von der völkerrechtlichen, Wissenschaft anerkannt. Da bei der in Frage stehenden Reise außerdem auch noch in der oben dargestellten Weise beträgerische Handlungen begangen sind, so ist es gerechtfertigt, daß das Urteil der ersten Instanz auf Einziehung des Schiffs mit Ladung lautet, und die Berufung ist unbegründet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 12, März 1906 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: H. Wilhelm Dieckmann jr., Hamburg, Deutschland, vertreten durch Reinhold Richter, Führer des Dampfers "Lydia", wohnhaft in Deutschland, Bremerhaven, Bürgermeister-Schmidtstraße Nr. 107.

Prozefivertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi, Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41. In der Prisensache, betreffend die an Bord des deutschen Dampfers "Lydia" befindliche Ladung wird, wie folgt, entschieden:

### Urteilsformel:

Die an Bord des Dampfers "Lydia" befindlichen, in beigeheftetem Ladungsverzeichnis aufgeführten Güter werden eingezogen.

### Tatbestand und Gründe:

Die zur Verhandlung stehenden Güter wurden in Hamburg auf dem Dampfer "Lydia" verschifft, verließen am 8. April 1905 diesen Hafen mit Bestimmung für Nikolajewsk und wurden am 26. Juli, als der Dampfer in Naha, weil er Kriegskonterbande führen sollte, von dem japanischen Kriegsschiff "Nippon Maru" beschlagnahmt wurde, mit diesem zusammen beschlagnahmt.

Die obigen Tatsachen gehen klar hervor aus der schriftlichen Aussage des Kommandanten des Kriegsschiffs "Nippon Maru", Narikawa Ki, aus den Vernehmungsprotokollen des Kapitäns Reinhold Richter, des ersten Offiziers Hans Ostermann vom Dampfer "Lydai", aus dem Schiffszerflikat, dem Ladungsmanifest, den Konnossementen, dem Logbuch, dem Chartervertrag und dem Gesundheitspaß des genannten Dampfers.

Die Hauptpunkte des Vertreters der Reklamation sind folgende:

- 1. Der Dampfer sei nicht auf der Fahrt nach Nikolajewsk beschlag-nahmt worden. Er habe vielmehr wegen Havarie seine Reise nach Nikolaiewsk aufgegeben und sei bereits 290 Seemsillen nach Shangha' zurückgekehrt gewesen, als er die Signalstation von Kap-Kaimun auf Okinawa um Hilfe bat und in den Hafen von Naha einfuhr. Während er dort vor Anker lag, sei er beschlagnahmt worden. Selbst angenommen, der Dampfer habe Konterbandeschiffahrt betrieben, so habe er doch unterwegs seinen Plan geändert und sein Ziel aufgegeben und könne deshalb nicht beschlagnahmt werden.
- 2. Eine Entscheidung darüber, ob die Fahrt völkerrechtlich ab verboten anzusehen sei oder nicht, könnte nur unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Tatsachen und Umstände getroffen werden. Auf bloße Vermutung zukünftiger, noch unbestimmter Tatsachen hin, wie z. B. daraufhin, daß der Dampfer nach Fertigstellung seiner Reparaturen die einstweilen unterbrochene Fahrt wieder aufgenommen haben würde, könne eine derartige Entscheidung rechtmäßig nicht gefällt werden. Angenommen aber, die Entscheidung entspreche dem Recht, so wäre es doch unmöglich gewesen, daß der Dampfer, nachdem er in Shanghai angekommen wäre und seine Reparaturen bewerkstelligt hätte, früher als am 15. Oktober Shanghai hätte verlassen können. Da zu dieser Zeit die See schon zugefroren gewesen sein würde, so würde der Dampfer zeit die See schon zugefroren gewesen sein würde, so würde der Dampfer

seine Reise nach Nikolaiewsk erst im April nächsten Jahres haben ausführen können. Es erübrige sich, gegenwärtig, wo der Frieden zwischen Japan und Rußland bereits geschlossen und die Ratifikation schon ziemlich sicher sei, darüber Worte zu verlieren, daß eine Beschlagnahme auf Grund von Tatsachen, die erst nach dem April nächsten Jahres eintreten könnten, nicht zu rechtfertigen sei.

- 3. Angenommen, die Verteidigungspunkte zu 1 und 2 h\u00e4tten keinen Bestand, so seien doch die an Bord des zur Verhandlung stehenden Dampfers vertadenen \u00fc\u00e4tten vorzugsweise landwirtschaftliche Ger\u00e4tte, das Bandeisen, Maschinen\u00f6, die Treibriemen usw. seien alle Zubeh\u00f6r der landwirtschaftlichen Ger\u00e4tte, das Kochsalz sei \u00edrig die Landleute bestimmt; die Sachen seien also alle nicht f\u00fcr den Kriegsgebrauch des Feindes bestimmt, daher keine Konterbande und k\u00f6nnten nicht eingezogen werden.
- 4. Es befänden sich freilich unter der Ladung einige Güter, die nach dem Standpunkt der Regierung Kriegskonterbande wären; ihre Verladung sei aber ohne Dolus oder Prämeditation geschehen. Da ferner Schiffseigentümer und Ladungseigentümer verschiedene Personen wären, so erscheine es recht und billig, nur die Kriegskonterbande einzuziehen, die übrige Ladung aber freizulassen.

Aus diesen Gründen beantrage er die Freilassung der zur Verhandlung stehenden Ladung.

Die Hauptpunkte der Ansicht des Staatsanwalts sind folgende: Da das unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befindliche Bandeisen, Maschinenöl, die Treibriemen, das Kochsalz usw. nach Nikolaiewsk bestimmt gewesen seien, so wären sie Kriegskonterbande. Da ferner der zur Verhandlung stehende Dampfer bei dem Transport dieser Kriegskonterbandegüter sich falscher Angaben bedient habe und Schiff und Ladung derseiben Person gehöre, so sei die ganze Ladung einzuiehen.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Was die unter der zur Verhandlung stehenden Ladung befindlichen Güter, nämlich Maschinenől, Zylinderől, Wagenfett, Madiafett, Essigsäure, Schmierkannen, Zwischenlegschelben, Bandeisen, Treibriemen, Schmirgel und Hanfseile angeht, so sind sie Materialien zum Bau und zur Ausrästung von Kriegs- und Handelsschiffer, das Kochstalz und sonstige Salz ist ein Nahrungsmittel. Der Bestimmungsort Nikolajewsk ist zusammen mit Waldiwostok der wichtigste Verteitigjungspunkt des russischen Küstengebiets; nachdem seit etwa Juni oder Juli 1905 Wladiwostok von der Kaiserlichen Kriegsblotte von dem Seeverkehr mehr oder weniger abgeschnitzen war, diente hauptsächlich Nikolajewsk als Tor und Tür für die Einfuhr von Kriegsbedarfsarfikeln. Aus diesen Tatsachen muß geschlossen werden, daß die genannten Waren für den Kriegsbedarf

des Feindes geliefert werden sollten und daß sie daher Kriegskonterbande sind. 1)

Die Güter, welche nicht Kriegskonterbande sind, sind ebenso wie alle andern von den Reklamanten an die Firma Noebel & Co. verschifft worden. Da demnach die Konterbandegüter und die unverfängliche Ladung demselben Eigentümer gehören, so ist die gesamte Ladung einzuziehen. ?

Der Prozeßvertreter behauptet, der zur Verhandlung stehende Dampfer habe seine Reise nach Nikolaiewsk aufgegeben gehabt; angenommen aber, er habe sie nicht aufgegeben gehabt, so würde er doch wegen seiner Reparaturen die Reise nicht vor dem 15. Oktober d. l. haben fortsetzen können. Zu dieser Zeit sei aber das Meer bereits zugefroren, so daß der Dampfer erst nach April nächsten lahres seine Reise hätte unternehmen können. Auf eine derartige noch völlig unbestimmte Tatsache hin das Schiff mit Beschlag zu belegen, sei unrechtmäßig. Dem steht entgegen, daß der Kapitän Reinhold Richter auf eine Frage des Untersuchungsrichters geantwortet hat, daß er nach Ausführung einer vorläufigen Reparatur in Okinawa nach Nikolaiewsk weitergefahren sein würde, woraus klar hervorgeht, daß der Kapitan zur Zeit der Beschlagnahme seinen Plan nach Nikolajewsk zu fahren, nicht aufgegeben hatte. Es muß als ein allgemeiner Grundsatz des Völkerrechts angesehen werden, daß ein Schiff, welches Kriegskonterbande führt, wenn es zur Zeit der Aufbringung sein Ziel nicht endgültig aufgegeben hat, der Aufbringung unterliegt. Daher ist, selbst wenn wie im vorliegenden Falle das Schiff nicht in der Lage war, die Reise wegen seiner Reparaturen eher als nach April nächsten Jahres auszuführen, in der Aufbringung eine Unrechtmäßigkeit nicht zu finden. Dieses um so weniger als, selbst wenn das Schiff nach Shanghai gefahren wäre und dort in Reparatur gegangen wäre, eine so lange Zeit, wie der Prozeßvertreter behauptet, dazu nicht erforderlich gewesen wäre und der Dampfer sehr wohl vor Zufrieren der nördlichen Gewässer in Nikolaiewsk hätte eintreffen können.

Die Behauptungen des Prozeßvertreters sind also unbegründet, und es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 18. Oktober 1905 im Prisengericht zu Sasebo im Beisein des Staatsanwalts Mizukami Chojiro.

(Unterschriften.)

<sup>1)</sup> II. Ziffer 1 und 2. - V. § 43.

Ladungsverzeichnis des Dampfers "Lydia".

No.	Art der Güter	Anzahl der Kolli	Ablader	Empfänger
1	Dreschmaschinen	4 Kolli	H. Wilh. Dieck- mann, Hamburg	Noebel & Co. Nikolajewsk
2	Roßwerke (Teile von land- wirtschaftl. Maschinen)	4 .		
3	Zahnräder dazu	4 .		
4	Eiserne Stangen dazu .	1 Verschl,		
5	Wagenfett	10 Kisten		
6	Fischtran	10 .		
7	Mähmaschinenöl	50 ,		
8	Salz	1000 Sack		
9	Zwanzig Getreide- maschinen	20 Kisten		•
10		20 Verschl.		
11		20 Kisten		*
12		10 Bunde		
13	Zehn Getreidemaschinen			
14		10 .		
15		10 ,		
16		10 ,		
17		5 Bunde		
18		10 Kisten		
20		10 Verselif.		
21		10 Kisten 5 Bunde		
22	Zwel Grasmäher	2 Kisten		
23	Zwei Grasmaner	1 0		
24		2 Bunde		
25	Vier Grasmäher	4 Kisten		
26		in .		
27		2 Bunde		•
28	Sechs Heurechen	1 Kiste		
29	Seens ricultenen	1 -		
30		6 Bunde		
31		6 -		
32		1 Kiste	1 1	
33		1		
34	Eiserne Reserveteile	l i "		× .
35	Fünfzehn Getreidemäh- und Bundmaschinen	15 Kisten	:	:
36		15 .		
37		15 St. Räder		
38		15	1 .	
39		3 Bunde	1 : 1	
40		2 .		
41		3 -		

No.	Art der Güter	Anzahl der Kolli	Ablader	Empfänger
42	Elf Getreidemäh- maschinen	11 Kisten	H. Wilh. Dieck- mann, Hamburg	Noebel & Co. Nikolajewsk
43		11 ,		
44		11 Verschl.		
45		2 Bunde		
46		1 Bund		
47		2 Bunde		
48		1 Bund		,
49	Sechs Getreidemäh- maschinen	6 Kisten		,
50	, ,	6 ,		
51		6 Verschl,		
52		1 Bund		
53		1 .		
54		1 ,		
55		1 ,		
56		1 ,		
57		1 ,		
58	Manila-Binde-Garn	150 Ballen		
59	Maschinenöl	300 Kisten		
60	Zylinderöl	49		
61	Kochsalz	300 Säcke		
62	Treibriemen	1 Kiste		
63	Madiafett	1 ,		
64 65		10 Faß 500 Sack		,
66		1 Kiste		,
67	Nägel	48 Kisten		
68	Essigsäure	2 Pack		,
69	Schmirgelpapier	1 Kiste		
70		6 Ballen		
71	Getr. Pflanzen	1 Kiste		-
72	Papierbeutel	1 ,		
73	Schmierkannen	1 1		,
74	Stearinkerzen	200 Kisten		
75	0.14	197 _	-	
76	Drahtstifte	165	,	
77		8943 Sack		,
78	Reservesäcke dazu	1 Ballen	,	
79	Wagenfett	, 10 Kisten	,	
80	Wellblech			
81	Dachfirste		,	
82	Magal	10 Eag	,	
83	Zwischenlegescheiben . Kochsalz	2	,	
84	Kochsalz	300 Sack	,	
85	Bandeisen	830 Bunde	1 :	
86	Sicherheitszündhölzer .	20 Kisten		
87	Maschinenöl	100 ,		

No.	Art der Güter	Anzahl der Kolli	Ablader	Empfänger
88	Zylinderöl	50 Kisten	H. Wilh, Dieck- mann, Hamburg	
89		1000 Sack		
90	Madlafett	2 Faß		
91	Drahtbürsten	1 Kiste		
92	Elektrische Türglocken .	3 Kisten		
93	Siegellack	1 Kiste		١.
94	Parfümerlen	3 Kisten		
95	Emaillegeschirr	18 .		
96	Eisenwaren	1 Kiste	١.	١.
97	Essigsäure	17 Kisten		1
98	Meßwerkzeug	1 Kiste		
99	Schmirgelleinen	3 Ballen	1 .	
100	Schmirgel	1 Kiste		
101	Eisenwaren	1 .		
102		1 .		
103	Fischnetze	3 Ballen		
104	Eisenwaren	1 Kiste	1 :	
105	Nägel	1 .		
106	Eisenwaren	2 Kisten		
107	Parfümerien u. Kataloge	1 Kiste		
108	Pfeifen und Tannenbaum-			
	schmuck usw			

Reklamant: H. Wilhelm Dieckmann in Hamburg, vertreten durch Reinhold Richter, Führer des Dampfers "Lydia", wohnhaft in Bremerhaven, Bürgermeister-Schmidtstraße Nr. 107.

wohnhaft in Bremerhaven, Bürgermeister-Schmidtstraße Nr. 107.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Ishibashi Tomokichi in Nagasaki, Togiyamachi Nr. 41.

Am 18. Öktober 1905 hat das Prisengericht zu Sasebo in der Prisensache, betreffend die an Bord des am 26. Juli 1905 im Hafen von Naha von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nippon Maru" aufgebrachten deutschen Dampfers "Lyda" befindliche Ladung, ein Urteil gefällt, in welchem auf Einziehung der an Bord des Dampfers "Lyda" befindlichen, in dem dem Urteil beigefügten Ladungsverzeichnis aufgeführten Güter erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat Reinhold Richter, als Vertreter des Reklamanten H. Wilhelm Dieckmann, durch den Rechtsanwall Ishibashi Tomokichi als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein des Staatsanwalls Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

beim Oberprisengericht geprüft worden ist. Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation sind folgende: Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe der gesamten an Bord des Dampfers "Lydia" verladen gewesenen Güter beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Dampfer, auf dem die zur Verhandlung stehenden Güter verladen gewesen seien, sei auf der Fahrt nach Nikolajewsk am 16. Juli 1905 auf offener See, 27º 40' nördlicher Breite und 131º 2' östlicher Länge, von einem schweren Unwetter betroffen worden und habe bei zunehmendem Sturme am folgenden Tage Ruderhavarie erlitten. Nachdem der Dampfer drei Tage lang steuerlos getrieben sei, sei es am 20. Juli gelungen, ein Notruder fertigzustellen. Da iedoch mit Rücksicht auf die Schiffshavarie und die noch beträchtliche Eutfernung bis Nikolajewsk' die Fahrt nach dem ursprünglichen Bestimmungshafen unausführbar erschienen sei, so habe man am selben Tage (die Mittagsposition des Schiffes sei 26º 45' nördlicher Breite und 131º 35' östlicher Länge gewesen) zwischen 5 und 8 Uhr nachmittags in einem Schiffsrate der Offiziere beschlossen, nach Shanghai zu gehen. In Ausführung dieses Beschlusses sei das Schiff drei weitere Tage gefahren und habe ca. 250 Seemeilen zurückgelegt. Als es am 23. desselben Monats, nachmittags zwischen 1 und 4 Uhr, unweit der Okinawa-Inseln, infolge neuerdings erlittenen Schadens am Notruder bewegungsunfähig geworden sei, habe es durch Signale von der Signalstation bei Kap Kiamu Hilfe erbeten und sei am 24., 5 Uhr nachmittags von dem Dampfer "Futami Maru" in den Hafen von Naha eingeschleppt worden. Während der Dampfer dort vor Anker gelegen habe, sei er am 26. desselben Monats von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Nippon Maru" aufgebracht worden. Der zur Verhandlung stehende Dampfer sei mithin keineswegs auf der Fahrt nach Nikolaiewsk aufgebracht worden. Vielmehr sei der Verlauf der gewesen, daß der Dampfer die Reise dorthin längst aufgegeben gehabt, von der Fahrt nach Shanghai bereits 250 Seemeilen zurückgelegt. Naha als Nothafen angelaufen und daselbst vor Anker gelegen habe, als er aufgebracht worden sei. Nach völkerrechtlicher Praxis unterliege jedoch ein Schiff, das mit der Absicht, dem Feinde Konterbande zuzuführen, ausgefahren sei, nicht der Einziehung, wenn es während der Fahrt seine Absicht ändere und den Transport der Konterbande aufgäbe.

Aus diesem Grunde müsse die zur Verhandlung stehende Ladung, ebenso wie das Schiff selbst, freigegeben werden.

Im Urteil der ersten Instanz sei die im Vernehmungsprotokoll aufgezeichnete Aussage des Kapitäns Reinhold Richter "wenn sich die Reparatur des Dampfers in Okinawa hätte bewerkstelligen lassen, so wäre er nach Nikolajewsk gefahren" angezogen und auf Grund derselben die Fahrt nach Shanghai als Ausflucht angesehen worden. Daß sich jedoch der Dampfer wirklich auf der Fahrt nach Shanghai be-

funden habe, dafür spreche die effektive Tatsache, daß er drei Tage lang den Kurs auf Shanghai genommen und bereits annähernd 250 Seemeilen zurückgelegt habe. Die als Aussage des Kapitäns in dem Vernehmungsprotokoll verzeichneten Angaben entsprächen nicht den Tatsachen und seien nicht von ihm geäußert worden. Der Kapitän habe gegen diese unsinnige Aussage schon in der ersten Instanz protestiert; vermutlich beruhe sie auf einem Mißverständnis des Dolmetschers. Aber selbst wenn der Kapitan ausgesagt haben sollte, er würde nach Nikolajewsk gegangen sein, so müsse man doch angesichts klaren Gegenbeweises, der darin liege, daß er tatsächlich nach Shanghai umgekehrt sei, nach den Grundsätzen der Beweisaufnahme diese Tatsachen als Beweise gelten lassen und jene Aussage verwerfen. Dies um so mehr, als auch in dem Schiffsjournal, welches nicht unter dem Verdacht nachträglicher Fälschung stehen könne, da es von dem die Aufbringung bewirkenden Offizier beschlagnahmt worden sei, sich ausdrücklich die Aufzeichnung finde, daß die Schiffsoffiziere am 20., nachmittags zwischen 5 und 8 Uhr, Schiffsrat abgehalten und einstimmig beschlossen hätten, nach Shanghai zu gehen. Von einem derartigen Beschluß aber könne der Kapitän, falls nicht neue Hindernisse einträten. nicht eigenmächtig abgehen; jedoch einmal angenommen, daß die im Vernehmungsprotokoll aufgezeichnete Aussage des Kapitäns durchaus beweiskräftig sei, so könne man, wenn man die ganze Vernehmung genau lese, sie nur in dem Sinne interpretieren, daß die Reise nach Nikolaiewsk tatsächlich aufgegeben gewesen sei. Es heiße nämlich in dem Protokoll:

falls sich die Reparatur in Okinawa hätte bewerkstelligen lassen, würde man nach Nikolajewsk gegangen sein; da jedoch an dem Platz kein Schmied ausfindig zu machen gewesen sei, so habe man beschlossen, nach Nagasaki zu gehen. Diese Worte besagten jedoch, daß, weil die Reparatur in Okinawa nicht tunlich, die Reise nach Nikolajewsk unmöglich gewesen sei. Im übrigen seien sie eine Antwort auf die Frage des mit dem Fall beauftragten Rats: "was er zu tun beabsichtigt habe, wenn die Reparatur in Okinawa fertiggestellt worden wäre", d. h. auf eine Frage, die einen zukünftigen Fall annehme. Demnach sei die Aussage, sozusagen, eine bedingte gewesen, die nicht geeignet sei, die Talsache der wirklich angetretenen Fahrt nach Shanghal und die in dem Schiffsjournal aufgezeichneten Tatsachen zu entkräften.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Sasebo, Yamamoto Tatsurokuro, sind folgende:

Die Angaben des Kapitäns auf die Frage des mit der Untersuchung beauftragten Rates der ersten Instanz, wie er beweisen könne, daß die Fahrt nach Nikolaiewsk aufgegeben gewesen sei, erbrächten diesen Beweis nicht im geringsten; vielmehr täten sie dar, daß die Absieht bestanden habe, den Bestimmungshafen Nikolajewsk auf die eine oder andere Weise zu erreichen. Was die Rückfahrt nach Shanghai angehe, so sei es klar, daß man wegen schweren Unwetters diesen Hafen lediglich vorübergehend als Nothafen anlaufen, nach Ankunft sofort das Ruder reparieren und die Reise haben fortsetzen wollen. Demnach sei die Behauptung, die Reise sie aufgegeben gewesyen, hinfälling,

Dei Reklamant behaupte ferner,

das erstinstanzliche Urteil sei ungesetzlich, da es sich auf die im Vernehmungsprotokoll aufgezeichnete Aussage des Kapitias Rein hold Richter "wenn sich die Reparatur des Dampfers in Okinawa hätte bewerkstelligen lassen, sowäre er sogleich nach Nikolajewsk gefahren" stütze, die Tatsache jedoch, daß das Schiff bereits auf dem Wege nach Shanghaig wesen sei, völlig außer acht lasse.

Die erste Instanz habe jedoch die Tatsache, daß das Schiff nach Shanghai umgekehrt sei, nicht verneint. In dem Tatbestand des Urteils heiße es vielmehr:

Vom 16. desselben Monats sei der Dampfer in einen Taifun geraten, infolgedessen er am 17. sein Ruder gebrochen habe. Während der Dampfer auf der See umhergetrieben sei, habe man am 20. ein Notruder fertiggestellt und beschlossen, nach Nagasaki als Nothafen zu fahren. Da aber das Ruder nicht, wie erwartet, operiert habe, und die Fahrt nach Nikolajewsk nicht möglich gewesen sei, so habe man beschlossen, Shanghai als Nothafen anzulaufen. Als der Dampfer am 23. d. M. in die Nähe der Hauptinsel Okinawa gekommen sei, habe er das Ruder wieder gebrochen, und das Schiff habe, weil es bewegungsunfähig gewesen sei, seine Fahrt nach Shanghai aufgegeben und die Signalstation von Kap Kiamu auf der genannten Insel um Hilfe angehen müssen usw.

Danach habe das Urteil wohl anerkannt, daß das Schiff nach Shanghai umgekehrt gewesen sei. Nicht dagegen habe es angenommen, daß die Fährt nach Nikolajewsk aufgegeben gewesen sei, denn der Kapitän habe über diesen Punkt klar ausgesagt, daß er, wenn die Reparatur des Ruders ausgeführt gewesen wäre, sogleich nach Nikolajewsk weitergefahren wäre. Man könne nicht schlechthin, wenn ein Schiff auf der Reise einem Taifun begegne, vorübergehend wegen Seenot nach dem nächsten Hafen umkehre oder von einem anderen Schiffe Beistand erbitte, unmöglich die Absicht unterstellen, daß es damit die Reise nach seinem Bestimmungshafen aufgebe. Im Gegenteil müsse man gam naturgemäß die Absicht unterstellen, daß das Schiff nach Beseitigung der Hindernisse seine Reise wiederum aufnehmen wolle. Infolgedessen sei auch dieser Punkt der Berufung hinfällig.

Der Reklamant behauptet ferner,

wenn man die Aussage des Kapitäns, sfalls sich die Reparatur in Okinawa hätte bewerkstelligen lassen, würde man nach Nikolajewsk gegangen sein: da jedoch an dem Platze kein Schmied ausfindig zu machen gewesen sei, so habe man beschlossen, nach Nagasaki zu gehen", prüfe, und erwäge, daß die Reparatur in Okinawa tatsächlich unmöglich gewesen sei, so besagten die Worte des Kapitäns, daß man nicht nach Nikolajewsk habe gehen können. Die Aussage könne daher nur in dem Sinne interpretiert werden, daß die Reise nach Nikolajewsk tatsächlich aufgegeben gewesen sei.

Nach den Aufzeichnungen im Schiffstagebuche und den Aussagen des Kapitäns und der Schiffsoffiziere sei dagegen die Sachlage folgende gewesen: Man habe in einem Sturme Ruderhavarie erlitten und nach Anbringung eines Notruders im nächsten Hafen, nämlich Nagasaki, Zuflucht suchen wollen, habe jedoch infolge der Wetterverhältnisse diese Absicht aufgegeben. Sodann habe man beschlossen, nach Shanghai zu gehen, habe jedoch unterwegs von neuem an dem Ruder Havarie erlitten und infolgedessen, da man weder vorwärts noch rückwärts weiter konnte, nunmehr auch diese Reise aufgegeben. Darauf habe man bei Kap Kiamu um Beistand gebeten, sei von der "Futami Maru" in den Hafen von Naha eingeschleppt worden und habe beabsichtigt, nach Reparatur des Ruders nach Nikolajewsk zu gehen. Da jedoch an dem genannten Platze ein für die Ruderreparatur geeigneter Schmiedehandwerker nicht ausfindig zu machen gewesen sei, so habe der Kapitän erwogen, ob er nach Nagasaki gehen und dort die Reparatur vornehmen lassen solle. Während er sich mit diesem Plane getragen habe, sei das Schiff aufgebracht worden. In Ansehung dieser Tatsachen stehe es ganz außer Zweifel, daß das Schiff unverzüglich die ursprünglich beabsichtigte Reise fortgesetzt haben würde, wenn es gelungen wäre, in Nagasaki das Ruder reparieren zu lassen. Von welcher Seite man auch immer die Sache ansehe, so müsse man doch als feststehende Tatsache erkennen, daß zur Zeit der Aufbringung des Dampfers die Absicht bestanden habe, die ursprünglich geplante Reise auszuführen, und daß diese Reise nur vorübergehend unterbrochen gewesen sei. Wenn daher die erste Instanz entschieden habe.

daß ein bei dem Transport von Kriegskonterbande betroffenes Schiff, falls es zur Zeit der Aufbringung seine Absicht nicht absolut aufgegeben habe, einzuziehen sei, und zwar zufolge einer allgemein anerkannten Regel des Völkerrechts usw.,

so besteht diese Entscheidung völlig zu Recht. Da somit die Berufung

auch in diesem Punkte der Begründung entbehre, so beantrage er Abweisung derselben.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Nikolaiewsk befindet sich im Mündungsgebiet des Amur-Flusses und ist gleich wie Wladiwostok einer der wichtigsten Stützpunkte im Rücken der Verteidigungslinie der die Mandschurei besetzt haltenden russischen Armee gewesen. Von dem Zeitpunkt an, wo die Kaiserliche Marine den Seeverkehr nach Wladiwostok vollständig abgeschnitten hatte, wurde Nikolajewsk zum Einfuhrort für den gesamten russischen Kriegsbedarf. Dazu kommt, daß Nikolajewsk befestigt war und daß Kanonenboote und Torpedoboote dort stationiert waren. Ferner waren in Nikolaiewsk Landtruppen stationiert und es wurde tatsächlich energisch in Verteidigungszustand gesetzt. Unter diesen Umständen ist es klar, daß die Ladung des Dampfers "Lydia", unter welcher sich Material für den Bau und die Ausrüstung von Kriegs- und anderen Schiffen, Maschinenöl, Zylinderöl, Wagenschmieröl, Madiafett, Essigsäure, Schmierkannen, Zwischenlegescheiben, Bandeisen, Treibriemen, Schmirgel, Hanfgarn - alles Gebrauchsartikel für solche Schiffe - und Proviant, wie z. B. Tafel- und anderes Salz, befand, dem Feind für dessen Kriegsbedarf zugeführt werden sollte und dementsprechend als Kriegskonterbande anzusehen ist. Was die übrigen Waren anlangt, so sind sie zwar nicht Kriegskonterbande, da sie jedoch, ausweislich des Lademanifestes, ebenso wie die oben angeführte Konterbande, im Eigentum der Firma Noebel & Co. stehen, so unterliegen die sämtlichen zur Verhandlung stehenden Güter der Wegnahme,

Der Reklamant behauptet, das Schiff "Lydia", das mit den fraglichen Gütern befrachtet war, sei nicht auf der Reise nach Nikolaiewsk aufgebracht worden, vielmehr habe es infolge eines Taifuns einen Schaden am Steuer erlitten, der es veranlaßt habe, seine Absicht, nach Nikolaiewsk zu fahren, aufzugeben. Als es aber auf der Rückfahrt nach Shanghai schon etwa 250 Seemeilen zurückgelegt gehabt habe, sei es neuen Schwierigkeiten begegnet, habe daher Hülfe angerufen, um den Hafen von Naha anlaufen zu können, und sei, als es in diesem Hafen verankert gewesen sei, beschlagnahmt worden. Selbst wenn daher anzunehmen wäre, daß es ursprünglich mit der Absicht der Beförderung von Kriegskonterbande ausgefahren sei, so habe es doch iedenfalls diese Absicht aufgegeben und die Beschlagnahme des Schiffes nach Aufgabe der Absicht sei rechtlich unbegründet. Aber in dem zum Beweise dieser Behauptung eingezogenen Schiffsiournal steht nur, das Schiff habe wegen des Taifuns und wegen des erlittenen Ruderschadens Shanghai als Nothafen anzulaufen und daher den Kurs zu ändern beschlossen. Es fehlt aber nicht nur an irgend einer anderen Angabe, aus welcher hervorgeht, daß das Schiff die Absicht, nach Nikolajewsk zu fahren, aufgegeben hätte; vielmehr íst gerade nach dieser Eintragung anzunehmen, daß das Schiff beabsichtigte, seinen Schaden in Shanghai reparieren zu lassen, und daß es doch noch rechtzeitig genug aus Shanghai wieder auskaufen zu können hoffte, um seinen Bestimmungshafen Nikolajewsk vor dem Zufrieren zu erreichen. Es kann also nicht behauptet werden, daß das Schiff infolge erlittenen Seeschadens seine Absicht, Kriegskonterbande zu befördern, aufgegeben hat.

Daß auch neutrale Schiffe, wenn sie eine Einfuhr von Kriegskonterbande vorgehabt haben, zusammen mit der Kriegskonterbande weggenommen werden können, ist von der völkerrechtlichen Wissenschaft anerkannt. 3) Da bei der in Frage stehenden Reise außerdem auch noch in der oben dargestellten Weise betrügerische Handlungen begangen sind, so ist es gerechtfertigt, daß das Urteil der ersten Instanz auf Einziehung der zur Verhandlung stehenden Güter erkannt hat, und die Berufung ist unberündet.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Am 12. März 1906 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamanten: Occanic Steamship Company, Vereinigte Staaten von Nordamerika, San Francisco, vertreten durch den Kapitin des Dampfers "Australia", James Rennie, und Lloyd, England, London, vertreten durch A. G. Morey Weale, Angehörigen der Firma Cornes & Co., Yokohama, Yamashitacho Nr. 40.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sato Hakuai, Yokohama, Honcho, Sanchomo Nr. 40.

In der Prisensache, betreffend den nordamerikanischen Dampfer "Australia", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

# Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des nordamerikanischen Dampfers "Australä" und der auf ihm verschifften Ladung (ungefähr 1400 Sack Weizenmehl und 200 Kisten sonstige Lebensmittel und Webwaren sowie gemischte Güter) erkannt.

<sup>3</sup> Anders die japanische Seeprisenordnung, §§ 43, 44 (V) und ihre Grundlage, das englische Manual of Naval Prize Law, Art. 82 bis 85.

#### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Australia" hat seinen Heimatshafen in San Francisco, Vereinigte Staaten von Nordamerika, und ist ein Handelsschlift, welches die Flagge dieses Staates führt. Er wurde am 10. April 1905 auf Grund eines auf den Namen der russischen Kamtschafta-Handels- und Industriegesellschaft abgeschlossenen Mistvertrags für etwa 4 Monate vermietet, um dazu zu dienen, die Aufgabe der russischen Regierung auszuführen, welche darin bestand, für das Etatjahr 1905 die amtlichen und privaten Bedarfsgegenstände nach den verschiedenen Küstenplätzen des Ochotskischen Meers und des Beringmeers zu sehaffen.

Zur Ausführung der Lieferung der genannten Bedarfsgegenstände wurde der Rat des Ministeriums des Innern, Nikolai Alexandrowitsch Grebnitzki, zum Oberlieferungskommissar ernannt. Dieser Beamte übernahm die Lieferungsgeschäfte und das allgemeine offizielle und private Nachrichtenwesen an der Küste des fernen Ostens. Daneben erhielt er Befehl, die Lage der Küstenplätze zu untersuchen. In San Francisco schaffte er über 100 Kolli Lebensmittel, Schießpulver, Bleistangen und -Barren, Webwaren und andere gemischte Güter zusammen, verlud dieselben auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff, auf dem er sich auch selber einschiffte, und fuhr am 25. Mai d. J. von San Francisco ab. Der Dampfer lief unter Leitung des genannten Beamten über die Commandorski-Inseln und den Hafen Petropawlowsk die verschiedenen Häfen des Ochotskischen Meeres an, verteilte einen großen Teil seiner Ladung und kehrte nach Ausübung der Nachrichtengeschäfte wieder nach Petropawlowsk zurück. Als er dort im Begriff war, zur Erledigung der noch übrigen Geschäfte Vorbereitungen zu einer neuen Reise nach den Küstenplätzen des Ochotskischen Meeres zu treffen. wurde er am 13. August von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Suma" beschlagnahmt.

Zur Zeit der Beschlagnahme befanden sich an Bord außer den der russischen Regierung gehörigen Sachen feindliche Güter, welche von der in Petropawlowsk niederlässigen Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft nach verschiedenen Küstenplätzen des Ochotskischen Meeres versandt werden sollten.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift de Vertreters des Kommandanten des Kriegsschiffs "Suma", Kapitänleutnants Om in at o Na otaro, die Vernehmungsprotokolle des Genannten, die Kapitäns des zur Verhandlung stehenden Schiffs, James Rennie, des mittreisenden Rats des russischen Ministeriums des Innern, Ni kolai Alexan drowitsch Grebnitzki, der Angestellten den Kamtschatka-Handels- und Industriegssellschaft A. Kantor und Peter Upman und des ersten Offiziers H. Caugh ell, durch die Abschrift

des Vernehmungsprotokolls mit Grebnitzki in der Prisensache, betreffend den Dampfer "Montara", 1) die Abschrift der Instruktion der russischen Regierung an den Kommissar für die Lieferungen an die Küsstenplätze des Ochotskischen und Beringmeers im Rechnungsjahr 1905, das Schiffszertflikät, den Chartervertrag, das Tagebuch, das Privatschiffsjournal, das Ladungsverzeichnis und das Verzeichnis der voroefundenen Güter.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

1. Der Dampfer "Australia" gehöre dem Reklamanten, der Oceanic Steamship Company, und sei ein neutrales Schifft, welches am Ort der Niederlassung der Oesellschaft, San Francisco, ordnungsmäßig eingetragen sei. Der Reklamant habe im April dieses Jahres mit der Kamstenkalt-Alandels- und Industriegesellschaft einen Chartervertrag abgeschlossen, nach welchem das Schiff derselben, zur Fahrt bei Kamtschakta und der Umgegend davon, für ungefähr 4 Monate vermietet worden sei. Die Bestimmungen dieses Vertrages entsprächen alle dem Gebräuchlichen. Ferner seien während der Ausübung des genannten Vertrages keine falschen Schiffspapiere angefertigt oder falsche Eintragungen vorgenommen worden. Diese Tatsachen bewiesen mehr als genug, daß weder der Reeder noch der Kapitän eine Verletzung der Neutralität zepelant hätten.

In Fällen wie dem vorliegenden, wo das Schiff im ganzen der Gegenstand des Chartervertrages sei, entspreche es dem allgemeinen Brauch, daß während der Reise die Bestimmung über Lösehen und Laden von Güttern dem Vertreter des Charterers zustehe. Es sei daher natürlich, daß der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffs da-von, daß unter der Ladung, der russischen Regierung gehörige, Güter gewesen seien, keine Kenntnis gehabt habe. Da Ferner der mitgereiste russische Beamte ihm als Passagier vorgestellt sei, so liege kein Grund vor, weshalb er über die Amtsbefugnis des Genannten hätte unterrichtet sein sollen. Es könne demnach nicht angenommen werden, daß der Reeder oder der Kapitän die Absicht gehabt hätten, das Schiff unter die Order der ussischen Regierung zu stellen und daß folglich der neutrale Charakter des Schiffs eine Veränderung erfahren habe.

Oberdies sei der in Frage stehende Transport durchaus eine Handelstransaktion des Charterers, und wenn auch ein Teil dieser Transaktion sich auf einen Transportkontrakt von Regierungsgütern beziehe, so infüsse doch eine Entscheidung, daß dadurch das Schiff ein im Dienste der Regierung stehndes Schiff werde, als unberechtigt erklärt werden. Eine solche Entscheidung könne nur, wenn man annehme, daß der vorliegende Chartervertrag nur ein Scheinvertrag und daß in Wahrheit der eine der kontrahierenden Teile die russische Regierung selbst sei, ab-

<sup>&#</sup>x27;) VI. 58.

gegeben werden. Da ferner der auf dem Schiff mitgereiste Beante sich nur eingeschifft habe, weil er die Aufgabe gehabt habe, dafür zu sorgen, daß ein Teil der Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs nach verschiedenen Plätzen geschafft und verteilt werde, so könne das nicht zum Beweis bei Entscheidung über die Frage dienen, ob der Chartervertrag wahr oder unwahr sei; dies um so weniger, als der Genannte seine Aufgabe bereits erfüllt gehabt und wegen Kranklei im Hospital in Petropawlowsk gelegen habe, wo er auf die Rückkehr des Schiffs von einer Reise nach verschiedenen Plätzen gewartet habe, um auf demselben in die Heimat zurücksucheren. Daraus gehe hervot, daß die Beziehungen zwischen dem Genannten und dem zur Verhandlung stehenden Schiff sohn vollständig abgerborehen gewesen seien.

2. Wenn ein Schiff in einen ausländischen Hafen einlaufe, so entspreche es einem bei Handelsschliffen allgemeinen Gebrauch, daß im Vormast die Flagge des betreffenden Landes geheißt werde. Wenn daher das zur Verhandlung stehende Schiff bei seiner Einfahrt in Petropawforsk im Vormast die russische Flagge geführt habe, so habe es sich darin nur nach den allgemeinen Gebräuchen gerichtet. Man könne daher, da das Schiff die von ihm zu führende Flagge, nämlich de amerikanische Landesflagge, nicht gestrichen gehabt habe, nicht auf Grund der obigen Tatsache behaupten wollen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff unter russischer Flagwe erfahren sei.

3. Der von dem Charterer übernommene Transport von Lebenmitteln stehe weder direkt noch indirekt in Beziehung zu den Zwecken des Krieges. Die Bevölkerung von Kamtschatka habe, weil es an Wegen zur Versorgung mit Lebensmitteln gefehlt habe, in entsetzlicher Weise Hunger gelitten. Es sei von völkerrechtlichen Präzedenzen anerkant, daß, wenn eine Reise dem Zweck der Wohlfahrt der Menschheit diene und keine Beziehung zu den Zwecken der Kriegsführung habe, selbs ein feindliches Regierungsschiff von der Aufbringung frei sein müsse. Auch Schiffe, welche wissenschaftliche, vohltätige oder religiöse Zwecke verfolgten, fielen alle unter diese Ausnahmebestimmung. Wieviel mehr müsse das gelten von dem in Frage stehenden Vorhaben, welches ein hungerleidende Bevölkerung mit Lebensmitteln habe versorgen wollen und mit welchem sich die gewöhnliche Wohltätigkeit an humanitärer Bedeutung nicht vergleichen könne.

4. Die Charterer des zur Verhandlung stehenden Schiffs hätten von jeher die Proviantversorgungstätigkeit nicht ausschließlich mit Schiffen ihres eigenen Landes betrieben, vielnehr lägen eine Menge Beispiele vor, wo sie ausländische Schiffe gechartert hätten. Einmal angenommen, es sei wahr, wie Gre b ni tzk ausgesagt habe, daß auf den Commandorski-Inseln schon seit lange der Handelsverkehr mit ausländischen Schiffen aufgehört habe, so sei das nur das Resultat der 884 Monopolisierung der Geschäfte durch die Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft; mit anderen Worten: es gründe sich auf einem speziellen Vertrag, der nur die Beziehungen der russischen Regierung und der genannten Gesellschaft berühre; habe indes nicht seinen Grunddarin, daß der Küstenhandel durch russischen Gesetz unschen sei. Wenn man ferner einmal eine derartige Abmachung beziehungsweise Instruktion für die Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft als russisches Gesetz ansehe, so betreffe dies doch nur die Beziehungen zwischen der Regierung und der Gesellschaft, und wenn auch die russische Regierung die alten Bedingungen abgeändert habe und die Gesellschaft ansländische Schiffe brauchen lasse, so könne man deshalb doch nieht annehmen, daß gecharterte ausländische Schiffe mit spezieller Erlaubnis der russischen Regierung führen.

Was der § 6 der gegenwärtigen japanischen Seeprisenordnung?) als "Schiffe, welche mit besonderer Erlaubnis des feindlichen Staats fahren" bezeichne, sei dasselbe, was die alte Seeprisenordnung als "Schiffe, welche einen Reisepaß des feindlichen Staats besitzen oder auf Grund einer Erlaubnis des feindlichen Staats fahren" bezeichne. Es seien also Schiffe gemeint, welche selbst eine besondere Erlaubnis erhalten hätten. Wenn man dennach diese Bestimmung auf den gegenwärtigen Fall anwenden wolle, so sei das nicht nur eine Verletzung des Sinnes der Seeprisenordnung, sondern stehe auch mit den Präcedenzen und dem Sinn des Völkerrechts nicht im Einklang. Man könne daher nicht behaupten, daß das zur Verhandlung stehende Schiff mit einer besonderen Erlaubnis der russischen Regierung fahre.

5. Die Wegnahme von Privateigentum zur See sei ein Überbleibsel aus barbarischen Zeiten Europas, welches man im Einklang mit dem Fortschrift der Zivilisation ausschließlich auf Fälle, wo ihre Vornahme im Kriegsinteresse des Staats notwendig sei, zu beschränken und von der Seeräuberie zu unterschieden bestrebt sei. Daher misse das Seeprisenwesen mit Wiederherstellung des Friedens sein Ende nehmen, und ess eis selbstverständlich, daß Prisen, welche noch nicht abgeurteilt seien, freigegeben werden müßten. Das bezeugten auch die Beispiele des französisch-mexikanischen Kriegs vom Jahre 1850 (wahrscheinlich fürfamlich für 1865), der Kriege zwischen Österreich gegen Frankreich und Piemont vom Jahre 1859, zwischen Dänemark und Preußen und Österreich vom Jahre 1864 und des letzten Teils des preußsch-französischen Kriegs.

Bezüglich der gegenseitigen Prisen der kriegführenden Staaten könnten diese Fragen entweder durch Vertrag oder nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit geregelt werden; neutrale Schiffe und Güter brauchten sich jedoch von Wiederherstellung des Friedens an nicht mehr der Entscheidung der Prisengerichtshöfe der kriegführenden Staaten zu unterwerfen. Daher müsse in dem vorliegenden Falle unfraglich auf Freigabe entschieden werden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Nach der obengenannten Instruktion der russischen Regierung an den Oberkommissar Grebnitzki und nach dem Vernehmungsprotokoll mit demselben, hat die russische Regierung früher durch die Gouverneure der Küstenprovinz jährlich auf Schiffen der freiwilligen Flotte oder direkt von der Regierung gecharterten Fahrzeugen Lebensmittel und allerhand Waren nach dem Ochotskischen und dem Beringsmeer geschickt. Die Regierungsgüter wurden direkt an die Regierungsdenots der verschiedenen Plätze ausgeantwortet. Die Privatartikel ließ die Regierung in der Regel durch die Landräte an die Kaufleute und die allgemeine Bevölkerung verkaufen. Infolge des japanisch-russischen Kriegs hörte jedoch der Verkehr nach den verschiedenen Küstenplätzen auf, und man konnte schließlich die Verteilung von Bedarfsgegenständen durch die Gouverneure nicht mehr durchführen lassen. Daher entsandte die Zentralregierung direkt den obengenannten Oberkommissar für die Lieferung von Bedarfsartikeln nach dem fernen Osten. Das zur Verhandlung stehende Schiff erfüllte diese Aufgaben und erledigte die Obliegenheiten, welche früher den Schiffen der freiwilligen Flotte oder den direkt von der Regierung gecharterten Fahrzeugen zugefallen waren. Es ist daher klar, daß der wirkliche Zweck des zur Verhandlung stehenden Schiffes der war, zum Gebrauch russischer Behörden zu dienen. Das Schiff ist speziell von der russischen Regierung durch die Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft gemietet worden, und Grebnitzki hatte selbst die Vollmacht, über dasselbe zu bestimmen, und wenn auch der Versicherungsvertrag über das Schiff zwischen einer Londoner Versicherungsgesellschaft und der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft abgeschlossen worden ist, so hat doch Grebnitzki gesagt, daß die russische Regierung die Versicherungsprämie bezahle. Wenn man nur die Abfassung des Chartervertrags über das zur Verhandlung stehende Schiff betrachtet, so ist freilich der Charterer des Schiffes die Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft und es hat den Anschein, als ob diese Gesellschaft auf Grund eines besonderen Vertrages mit der russischen Regierung die Beförderung der Regierungsgüter übernommen habe und als ob sie das Schiff für ihre eigenen Handelsgeschäfte benutze. Tatsächlich ist es aber unzweifelhaft, daß man das Schiff als ein im Dienst der russischen Regierung stehendes Fahrzeug ansehen muß.

Der Reklamant führt aus:

Weder der Reeder noch der Kapitän habe einen Neutralitätsbruch vorgehabt. Sie hätten nicht gewußt, daß es sich um

einen Transport von Regierungsgütern handele und daß der mitreisende russische Beamte die Aufgabe gehabt habe, die Bedarfsartikel zu verteilen. Daher hätten sie nicht die Absicht gehabt, das Schiff unter die Order der russischen Regierung zu stellen:

ferner:

Der Oberkommissar habe seine Aufgabe bereits erfüllt gehabt und habe wegen Krankheit im Hospital in Petropawlowsk gelegen. Daraus gehe hervor, daß die Beziehungen zwischen dem Genannten und dem zur Verhandlung stehenden Schiff sehon vollständig abgebrochen gewesen seien.

Die Frage, ob das Schiff zum Gebrauch der Behörden gedient hat, muß nach der Art der takschlichen Verwendung entschieden werden und hat nichts mit der Absicht des Reeders oder des Kapitäns zu tun. Als das Schiff aufgebracht wurde, war die Chartefrist noch nicht abgelaufen, und Gründe, wetche darauf schlieben lassen, daß eine Anderung gegen die bisherige Verwendung eingetreten war, liegen nicht vor. Da es zudem schon bestimmt war, daß das Schiff, um die noch übrigen Aufgaben zu erledigen, noch eine Reise an der Küste des Oberkommissars auf die Eigenschaft des Schiffs als eines Regierungsfahrzeugs keinerlei Wirkung haben.

Der Reklamant behauptet weiter:

Es habe zurzeit an Mitteln und Wegen zur Versorgung von Kamtschatka mit Lebensmitteln gefehlt, und die Bevölkerung habe sehon schrecklich von Hungersnot gelitten. Bei Erwägung der Humanität und Wohltätigkeit müsse das zur Verhandlung stehende Schiff von der Wegnahme befreit werden.

Nach der oben erwähnten Instruktion der russischen Regierung kann man aber nicht behaupten, daß die Reise zu Zwecken der Hilfeleistung umd Wohltätigkeit unternommen worden sei. In russischen offiziellen Schriftstücken, welche das Kaiserliche Kriegsschiff "Suma" im Hafen von Petropawiowsk beschlagnahmt hat, heißt es, daß die Dorrbewohner jener Gegend der Einberufung von Freiwilligenabteilungen eifrig nachgekommen seien und daß am 29. Mai russischen Stills Greb nit zk im It Lohn und Proviant für 300 Freiwillige für 3 Monate eingetroffen sei. Das deutet an, daß das zur Verhandlung stehende Schiff Proviant usw. an die in den verschiedernen Küstenplätzen lagernden Truppen und Freiwilligen geliefert hat. Daher ist die Argumentation des Reklamanten umbegründet.

Weiter bringt der Reklamant vor,

das Seeprisenwesen müsse mit der Wiederherstellung des

Friedens sein Ende nehmen. Daher sei es selbstverständlich, daß Prisen, welche noch nicht abgeureitil seien, freigegeben werden müßten. Neutrale Schiffe und Güter brauchten sich von Wiederherstellung des Friedens an nicht mehr
der Entscheidung der Prisengerichtshöfe der Arteigführenden
Staaten zu unterwerfen. Daher müsse unfraglich auf Freigabe
entschieden werden.

Was die hierfür angeführten Beispiele angeht, so haben dort entweder die kriegführenden Staaten in einem besonderen Vertrag die gegenseitigen Beziehungen geregett oder es handelt sich nur um Freigabe einer bestimmten Art feindlicher Schiffe auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschriften. Als Präcedenzen auf den vorliegenden Fall können sie indes nicht angesehen werden.

Wenn auch im allgemeinen das Recht, Prisen zu nehmen, mit der Wiederherstellung des Friedens aufhört, so werden doch bereits geschehene Aufbringungen dadurch nicht annulliert. Die Handlung der Aufbringung und die Handlung, welche über die Rechtmäßigkeit der Aufbringung entscheidet, sind zwei ganz verschiedene Sachen. Daher können die Prisengerichte, abgesehen wo sie durch besonderen Vertrag oder durch Gesetz gebunden sind, gleichviel ob es sich um neutrale Schiffe handelt oder nicht, auch nach Wiederherstellung des Friedens die Untersuchung fortsetzen und entscheiden, ob Wegnahme erfolgen soll oder nicht. Dies ist von der Präcedenzentscheidung betreffend die "Yeesung" aus dem japanisch-chinesischen Krieg der Jahre 1894/95 und von der sonstigen völkerrechtlichen Praxis und Wissensschaft in gleicher Weise anerkannt.

Kurz, wenn auch das zur Verhandlung stehende Schiff ein neutrales ist, so hat es doch, weil es zurzeit zum Gebrauch der russischen Regierung gedient hat, feindlichen Chrastker?) und kann nach dem Völkerrecht der Einziehung nicht entgehen. 9) Da ferner die Ladung des Schiffes der russischen Regierung und feindlichen Personen 9) gehört, so muß sie das Schicksal des Schiffes teilen.

Da aus den obigen Gründen das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung einzuziehen sind, so erübrigt es sich, auf die weiteren Ausführungen des Reklamanten einzugehen.

Es wird daher, wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 4. November 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) V. § 6, 1. — <sup>4</sup>) V. § 40, 1. — <sup>5</sup>) V. § 40, 2.

Reklamanten: Oceanic Steamship Company, Vereinigte Staaten von Nordamerika, San Francisco, vertretten durch den Kapitän des Dampfers "Australia", James Rennie, und Lloyd, England, London, vertreten durch A. D. Morey Weale, Angehörigen der Firma Cornes & Co. in Yokohama, Yamashiacho Nr. 50.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sato Hakuai, Yokohama, Honcho, Sanchome Nr. 40.

Am 4. November 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensache, betreffend den nordamerikanischen Dampfer "Australia" und seine Ladung (etwa 1400 Sack Weizemnehl, etwa 200 Kisten sonstige Lebensmittel und Webwaren sowie gemischte Güter), welche am 13. August 1909 im Hafen von Petropawlowsk von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Suma" beschlagnahmt worden sind, ein Urtell gefällt, in welchem auf Wegnahme des nordamerikanischen Dampfers "Australia" und seiner Ladung entschieden worden ist.

Gegen dieses Urteil haben James Rennie als Vertreter des Reklamanten, der Oceanie Steamship Company, und A. D. Morey Weale als Vertreter des Reklamanten, Lloyd, durch den Rechtsanwatt Sato Hakuai als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälle Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Biniehi beim Oberprisengericht eperüft worden ist.

Die Hauptberufungspunkte des Vertreters der Reklamation, Sato Hakuai, und deren Gründe sind folgende:

1. Die reklamierende Oceanic Steamship Company habe ihr Hauptgeschäft in San Francisco, Amerika. Durch Vermittlung der Firma Rosbram & Co. daselbst sei der zur Verhandlung stehende Dampfer "Australia" von der russischen Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft gemietet worden. Dies sei eine ganz alltägliche, gewöhnliche Handelstransaktion gewesen, die selber in keiner direkten Beziehung zu der russischen Regierung stehe. Daß die von Rosbram & Co. vertretene Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft mit der russischen Regierung irgendwelchen Vertrag abgeschlossen habe, sei durchaus unbekannt gewesen. Sowohl nach dem Willen wie den Handlungen des Reklamanten sei der andere Teil bei dem Vertrag die Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft, und nur ihr gegenüber sei der Vertrag ausgeführt und die Verbindlichkeit übernommen. Nach Ankunft des Schiffes in Petropawlowsk habe der Generalprokurist der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft den A. Kantor sich auf demselben einschiffen lassen und ihm die allgemeine Leitung beim Sammeln und Verteilen der Ladung übertragen. Die unmittelbare Hantierung der Ladung beim Einnehmen und Löschen habe, wie aus dessen Vernehmungsprotokolle hervorgehe, dem Upman obgelegen, der unter Order von Kantor zu handeln gehabt habe. Da so die

Charterer ihre Rechte als solche selbst ausgeübt hätten, so habe das Urteil erster Instanz, welche das zur Verhandlung stehende Schiff als im Gebrauch der russischen Regierung stehend betrachtet habe, den Tatbestand falsch aufgefaßt. Wenn auch der Oberkommissar für die Lebensbedürfnisse und Rat im russischen Ministerium des Inneren. Grebnitzki, auf dem Schiff mitgefahren sei, so könne man doch aus den Vernehmungsprotokollen des Kapitäns und Kantors entnehmen, daß Grebnitzki dem Kapitan als Passagier und Gouverneur der Kommandorski-Inselgruppe vorgestellt worden sei und daß die Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft ihn gegen Zahlung der Passage an Bord genommen habe. Danach sei es offenbar, daß Grebnitzki das Schiff nicht in der Stellung eines Charterers unter seinem Befehl gehabt habe. Wenn auch die russische Regierung die Charterer des zur Verhandlung stehenden Schiffes mit dem Transport, dem Ansammeln und der Verteilung von Lebensbedürfnissen zur Versorgung ihrer Untertanen im fernen Osten beauftragt habe und wenn auch tatsächlich die der russischen Regierung gehörigen Güter unter der von den Charterern verschifften Ladung mehr als die Hälfte ausgemacht hätten, so könne man doch deshalb das zur Verhandlung stehende Schiff nicht als im Gebrauch der russischen Behörden stehend ansehen. Dies um so weniger, als die andere Hälfte unzweifelhaft Handelswaren der Gesellschaft sei und diese so zugleich neben der Ausführung ihrer Aufgabe gegenüber der russischen Regierung ihre eigenen Handelsgeschäfte betrieben habe. Freilich habe Grebnitzki wirklich, mit Bezug auf das Ansammeln und die Verteilung der amtlichen Handelsgüter, die Anordnungen getroffen. Indes hätten sich die Anordnungen auf den Vertreter der Charterer beschränkt und, wie schon gesagt. habe der Kapitän seine Weisungen nur von dem Vertreter der Charterer erhalten. In einem Falle, wo viele Güter einem Schiffe übergeben würden, um an verschiedenen Orten verteilt zu werden, sei es ganz alltägliche Regel und gebe zu keinerlei Verdacht Grund, daß ein Vertreter des Ladungseigentümers zur Erteilung der nötigen Anweisungen an Bord sei. Die Charterer hätten nach ihrem Lieferungskontrakt die Pflicht gehabt, bezüglich des Ansammelns und Verteilens der Regierungswaren den Anordnungen des Regierungsvertreters Grebnitzki zu folgen; und der Kapitan habe in Erfüllung des Chartervertrags sich den Orders Kantors zu unterwerfen gehabt. So habe es außerlich den Anschein gehabt, als ob Grebnitzki bezüglich der Ansammlung und Verteilung der Regierungsgüter an Bord die Weisungen erteilt habe. Dies habe sich aber nur zufällig durch die Ausführung des Vertrags ergeben, und man könne deshalb nicht annehmen, daß Grabnitzki das zur Verhandlung stehende Schiff unter seiner Order gehabt

habe. Auch könne man es nicht so auslegen, als ob die Reeder oder der Kapitän das Schiff unter seine Order gestellt hätten.

Die Ansammlung und Verteilung sei bereits vollendet gewesen; nur ein wenig Tabak und Zucker sei nachgebilbeen, deren Verteilung Grebnitzki jedoch gänzlich dem Vertreter der Charterer überlassen gehabt habe. Während er selbst von Bord und zur Pflege in das Hospital von Petropawlowsk gegangen sei, hätten die Charterer die Verteilung ihrer eigenen und der noch übrigen Regierungswaren beendigt. Grebnitzki habe die Rückkehr des Dampfers und seine Einschiffung auf demselben, um nach San Francisco zurückzufahren, abgewartet. Dies gehe aus seinen Aussagen klar hervor, und es widerspreche daher noch mehr den Tatsachen, wenn angenommen worden sei, daß das Schiff zur Zeit der Beschlagnahme ein im Gebrauch der russischen Behörden stellendes. Fahrzeug gewesen sei.

Das Urteil erster Instanz führe aus. daß.

als das Schiff aufgebracht worden sei, die Charterfrist noch nicht abgelaufen gewesen sei und daß Gründe, welche darauf schließen ließen, daß eine Anderung in der bisherigen Verwendung eingetreten sei, nicht vorgelegen hätten. Da sez zudem schon bestimmt gewesen sei, daß das Schiff, um die noch übrigen Aufgaben zu erledigen, noch eine Reise an der Küste des Ochotskischen Meers habe machen sollen, so könne die Landung des Oberkommissars auf die Eigenschaft des Schiffes als eines Regierungsfahrzeugs keinerlei Wirkung haben.

Grebnitzki habe aber ausgesagt, daß

zur Zeit seines Verlassens des Schiffs die Verteilung der Regierungsgüter fast vollendet gewesen und die Verteilung des wenigen noch übrigen Tabaks und Weizenmehls dem Charterer ganz überlassen worden sei. Die Güter, außer diesem Tabak und Weizenmehl, seien Handelswaren der Charterer gewesen.

Der Genannte habe bei der Vernehmung, obwohl er an der Aufbringung des zur Verhandlung stehenden Schiffs in keiner Weise interessiert gewesen sei, von selbst die Instruktion für ihn als Oberkommissar gezeigt und ausgesagt, daß die Versicherung für das zur Verhandlung stehende Schiff der nussiechen Regierung obgelegen habe. Man möses annehmen, daß er dies nur in dem Wunsche getan habe, den Fortgang der Untersuchung durch den mit dem Fall beauftragten Rat zu unterstützen und dadurch schnell von der Detention freizukommen. Daher könne man die Wahrheit der Aussagen des Genanuten über diese Punkte nicht anzweifeln. Selbst wenn man daher einmal annehme, daß das zur Verhandlung stehende Schiff anfangs ein im Gebrauch der russischen

Behörden stehendes Fahrzeug gewesen sei, so könne man bezüglich der Zeit der Beschlagnahme doch nur annehmen, daß es damals völlig den Anordnungen der Charterer unterstanden habe.

Wenn auch zur Zeit der Beschlagnahme die Charterfrist noch nicht abgelaufen gewesen sei, so sei doch der Mielstvertrag von Anfang an ein Vertrag zwischen den Charterern und dem Reeder gewesen, und wenn man auch einmal, wie das Urteil erster Instanz, annehme, daß das Schiff zum Gebrauch der russsichen Behörden gedient labe, so beruhe das auf einer Handlung der Charterer und es sei selbstverständlich, daß das Schiff von der Zeit an, wo die Charterer aufgehört hätten, es den russischen Behörden zum Gebrauch zu stellen, nicht mehr ein im Gebrauch der russischen Behörden schendes Fahrzeug gewesen sei. Die Frage, ob die Charterfrist abgelaufen gewesen sei oder nicht, sei daher ohne Belang.

Wenn es auch wahr sei, daß die eigentlich dem Charterer obliegende Verpflichtung zur Zahlung der Versicherung der russischen Regierung auferlegt worden sei, so berühre das nur interne Verhältnisse, welche auf einem Übereinkommen zwischen den Charterern und der russischen Regierung beruhten. In Fällen, wo der Reeder den Versicherungsvertrag abschließe, werde die Versicherungsprämie beim Chartergeld in Anrechnung gebracht und falle so dem Charterer zur Last. Außerdem gebe es auch Fälle, wo der Charterer die Versicherung trage und das Chartergeld sich um einen dementsprechenden Betrag verringere. Diese Erwägung gelte auch für die Beziehungen dieser Art zwischen Charterer und Ladungseigentümer. Da über die Hälfte der Ladung der russischen Regierung gehöre, so müsse der größte Teil der Versicherungsprämie, welche die Charterer bezahlt hätten, in der Fracht eingeschlossen sein und somit der russischen Regierung als Ladungseigentümer zur Last fallen. Wenn dagegen die russische Regierung die Versicherungsprämie gezahlt habe, so könne man das nur als einen Abzug von der Fracht auffassen. Auch sei es ganz natürlich, daß die russische Regierung im Kriege, wo der Seetransport schwierig sei, einen für die Charterer günstigen Vertrag habe schließen müssen. Man könne daraus, daß der Ladungseigentümer für den Charterer die Versicherung trage, nicht ableiten wollen, daß der wahre Kontrahent bei dem Chartervertrag der Ladungseigentümer sei.

Wenn man übrigens annehmen wolle, daß die russische Regierung selber der wahre Charterer und das zur Verhandlung stehende Schiff ein im Gebrauch dieser Regierung stehendes Fahrzeug sei, so könne man die Stellung der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft wohl kaum erklären, welche neben den Regierungsgütern auf ihre eigene Rechnung das Geschäft betrieben habe.

Kurz, es fehle an ausreichenden Beweisen dafür, daß das zur Ver-

handlung stehende Schiff als ein im Gebrauch der russischen Behörden stehendes Fahrzeug anzusehen sei.

2. Die von den Charterern, der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft, der russischen Regierung gegenüber übernommenen Proviantlieferungsgeschäfte hätten weder mittelbar noch unmittelbar mit dem Krieg etwas zu tun. Da der Dampfer "Maniola", welcher im luni 1904 zwecks Lieferung von Lebensmitteln nach Kamtschatka abgefahren sei, unterwegs Schiffbruch erlitten habe, wobei die ganze Ladung verloren gegangen sei, so hätten die Landleute und Fischer auf Kamtschatka tatsächlich Hungersnot gelitten. Als das zur Verhandlung stehende Schiff seine Ladung an den verschiedenen Plätzen gelöscht habe, seien die dort zusammengekommenen Landleute und Fischer durch den Mangel an Lebensmitteln sehr entkräftet gewesen, bei vielen habe die Schkraft fast bis zur Blindheit abgenommen gehabt, und ihre Pelzkleider seien zerlöchert und Arme und Beine entblößt gewesen. Es habe Plätze gegeben, welche schon seit zwei Jahren keine Lebensmittel geliefert erhalten hätten. (Die von dem Reklamanten in der ersten Instanz zur Klarstellung dieser Tatsachen beantragte Aufnahme von Beweisen sei abgewiesen worden. Es sei daher billig, das anzunehmen, was zugunsten des Reklamanten sein würde.)

Die Warenlieferung des zur Verhandlung stehenden Schiffes habe das Bedürfnis, das in jenen Gegenden bestanden habe, noch nicht befriedigen können. Auch noch zur Zeit des am 18. September 1905 zwischen der russischen und japanischen Marine abgeschlossenen Waffenstillstands habe der Konteradmiral Essen als Vertreter Rußlands die dringende Bitte gestellt, man möge, da nach zwei Wochen der Seeverkehr nach Petropawlowsk aufhöre, die Entsendung eines Transportschiffs von Wladiwostok nach dorthin aus Menschlichkeit gestatten, da sonst die Bevölkerung an Hunger sterben müsse. Diesem Gesuch habe der Konteradmiral Shimamura als Vertreter des Oberstkommandierenden der vereinigten Flotte. Togo, weil die Umstände sehr drängten. zugestimmt und er habe einen besonderen Paß erteilt. Die völkerrechtliche Praxis stehe auf dem Standpunkt, daß auf einer Reise, welche Pflichten der humanen Wohltätigkeit diene und mit den Zwecken des Krieges nicht in Beziehung stehe, auch ein feindliches Regierungsschiff nicht weggenommen werden könne, sondern unter die, für wissenschaftliche, wohltätige und religiöse Zwecke bestehende allgemeine Ausnahme falle.6) Wieviel mehr müsse das für das zur Verhandlung stehende Schiff gelten, welches die Aufgabe gehabt habe, an die Landleute und Fischer auf Kamtschatka, welche während des Winters keine Kleidung und Nahrung erhalten könnten, wenn nach 1 bis 2 Monaten der Seeverkehr aufgehört habe, und welche dann dem Hungerstode ver-

<sup>9</sup> V. § 35,2.

fallen müßten, Lebensmittel zu liefern. Mit diesem Akt der Menschlichkeit könne sich die gewöhnliche Wohltätigkeit gar nicht vergleichen.

Wenn die russische Regierung unter Darlegung der dortigen Verhältnisse offiziell mit der japanischen Regierung verhandelt hätte, so würde die japanische Regierung, welche in jeder Beziehung die völkerrechtlichen und menschlichen Grundsätze achte, auch einem russischen Schiff, welchem die Aufgabe dieser Versorgung obgelegen hätte, gerade wie der Vertreter ihrer Marine entschieden habe, zweifellos die Erlaubnis erteilt haben.

Der Reeder und der Kapitän des zur Verhandlung stehenden Schiffes hätet dasselbe nicht unter die Order der russischen Regierung gestellt, auch selbst nicht eine solche Absieht gehabt. Der von den Charterern, der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft, übernommene Auftrag des Transports von Regierungsgütern sei eine Angelegenheit, welche die russische Regierung aus Menschlichkeit auch nicht einen Tag lang habe vernachlässigen dürfen. Auch stehe es zu den Kriegsinteressen des japanischen Staats in keiner Beziehung, daß die Bevölkerung Kamtschaftas Hungers sterbe. Daher müsse der zur Verhandlung stehende Fall unbestreitbar unter die Ausnahmen von der Beschlapanahme feindlicher Schiffe fallen.

3. Das Urteil erster Instanz habe angenommen, daß in den von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Suma" im Hafen von Petropaslowsk beschlagnahmten Telegrammentwürfen Spuren dafür vorhanden seien, daß das zur Verhandlung stehende Schiff den freivilligen Truppen Lebensmittel geliefert habe. Es gehe indes aus dem Geschriebenen hervor, daß es der Entwurf zu einem am 12. Mai russischen Stils, also am 23. Mai, von dem Provinzialchef von Petropawlowsk irgendwohin abgesandten Telegramm sei. Da indes der 25. Mai der Tag gewesen sei, an welchem das zur Verhandlung stehende Schiff von San Francisco abgefahren sei, so könne der Inhalt des Telegramms nicht geglaubt werden. Wahrscheinlich habe die russische Behörde, um ihren Vorgesetzten zu gefallen, wie das ihre Art sei, einen übertriebenen Bericht gemacht oder das Telegramm nur in dieser Form abgeschickt, weil sie genötigt gewesen sei, die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen.

4. Die Wegnahme von Privateigentum zur See, welches zum Kriege in keiner Beziehung stehe, sei dasselbe wie das Beutewesen des Landkriegs in alter Zeit, und eine solche Plünderung des Eigentums von Privat-personen sei eine Schädigung der eigenen Staatschre. Man behaupte dabei freilich, dies sei ein vom Völkerrecht zugestandenes Recht. Aber nach gewöhnlicher Verrunft stimme es mit echter Humanität nicht zusammen. Mit dem Fortschritt der Zivilisation seien daher allerhand Beschränkungen und Ausnahmen entstanden, und es werde jetzt viel verfochten, daß die bei Wiederherstellung des Friedens noch nicht

abgeurteilten Prisen freizugeben seien und daß die Befugnisse der Prisengerichtshöfe mit dem Schluß des Krieges ihr Ende finden müßten. Unter den großen Gelehrten des europäischen Kontinents seien nicht wenige, welche auf seiten dieser Ansicht stünden. Als Präecedenzen hierfür seien die Vorfälle-bei Beendigung des Krieges zwischen Frankreich und Mexiko im Jahre 1865, zwischen Österreich einerseits und Frankreich und Piemont andererseits im Jahre 1859, zwischen Dänemark einerseits und Preußen und Österreich andererseits im Jahre 1864 sowie zwischen Preußen und Frankreich zum Vergleich anzuziehen.

Das Urteil erster Instanz behaupte freilich, daß

solche Vorfälle sich auf besonderen Vertrag oder besondere Gesetze gründeten und keine Beispiele für den vorliegenden Fall abgeben könnten.

Daß aber bei Anwendung eines so dehnbaren Rechts wie des Völkerrechts das Bedüfrisie smpfunden worden sei, das, was die Vernunft
oder die Praxis anerkenne, vertraglich festzulegen oder gesetzlich zu
fixieren, sei ganz natürlich und das Vorhandensein solcher Verträge
oder Gesetzebestimmungen könne nicht zur Unterstützung der gegenteiligen Ansicht des Gerichts dienen. Auch sei es der gewöhnliche
Verlauf, daß Rechtsgrundsätze, welche zuerst in Verträgen oder gesetzlichen Bestimmungen erschienen, durch nachfolgende Anerkennung
mehrerer Staaten sich zum natürlichen Rechtsgrundsatz des Völkerrechts umgestatteten. Dies sei der Grund, weshalb mit der Entwicklung
der menschlichen Zivilisation auch das Völkerrecht sich fortentwickle,
Im lahre 1897 habe ein itallenisches Prisenericht in der "Doel-

in Jahre 1997 habe ein kaunischen Frisegeicht in der "Doerwyck"-Sache entschieden, daß das Recht, Prisen zu machen, auf dem
Recht berühe, Handlungen zu verbieten, durch welche der feindliche
Staat in seiner Widerstandfähigkeit verstärkt werden würde. Daher stehe
ein nach Wiederherstellung des Friedens abgegebenes Urteil auf Einziehung in Widerspruch zu der Herstellung der friedlichen Beziehungen.
Das Urteil habe es für unrecht erklärt, fremdem Eigentumsrecht
Schranken aufzuerlegen, welche nicht als durch die tatsächliche Notwendigkeit gerechtfertigt anerkannt werden könnten und habe daher
auf Freisprechung entschieden.

Da es, gleichviel ob dies im Gesetz ausgesprochen sei oder nicht, ein allgemeiner Grundsatz des Strafrechts der zivilisierten Staaten sei, daß, wenn nach einem nach Begehung einer strafbaren Handlung er-lassenen Gesetz, die Strafe aufgehoben werde, das Recht der öffentlichen Klage erfösche, so müsse man sagen, daß das Entscheidungsbeispiel des italienischen Prisengerichts in Übereinstimmung mit diesem Grundsatz vernunftgemäß entschieden habe. Wenn es Staaten gäbe, welche nach Aufhebung einer Strafe eine vor dieser Aufhebung be-

gangene strafbare Handlung als strafbar erklären würden, so würde wohl jeder die Härte dieses Gesetzes empfinden.

Wenn der Frieden sehon wiederhergestellt und ein Feind nicht micht vorhanden sei, so liege ein Bedürfnis für Maßregeln zur Verminderung der feindlichen Macht nicht mehr vor. Wenn demungeachtet auf Grund einer vor Friedensschluß bestehenden Verantwortlichkeit eine Einziehung verfügt werde, so sei das ganz dasselbe, als wenn nach Aufhebung einer Strafe der Schuldige verfolgt werde. Wenn Leute darin nichts Außerordentliches sähen, so sei der Grund nur der, daß sie es von alters her gewohnt seien.

Nach diesen Theorien, Überlegungen und Rechtsvorgängen das Völkerrecht auf gleiche Höhe mit der Zivilisation und Menschlichkeit zu bringen und unsererseits den Mächten ein Vorbild und Beispiel zu geben, das sei, was ein japanischer Prisengerichtshof sich zur Aufgabe machen müsse. Dann werde der Fortschrift der Zivilisation Japans dem seiner Kriegsüchtligkeit nicht nachstehen.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freigabe des zur Verhandlung stehenden Dampfers "Australia" und seiner Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuga, Uchida Shigenari, sind folgende:

1. Das zur Verhandlung stehende Schiff sei von der russischen Regierung zur Verteilung von amtlichen und privaten Bedarfsartikeln an verschiedene Häfen des fernen Ostens durch Vermittlung der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft, welche dem Namen nach als Charterer aufgetreten sei, gemietet worden. Der Rat des Ministeriums des Inneren Nikolai Alexandrowitsch Grebnitzki sei zum Oberkommissar der Lieferungen ernannt worden und er habe die Proviantlieferungsgeschäfte und den allgemeinen amtlichen und privaten Nachrichtendienst an den Küsten des fernen Ostens übernommen. Auch habe er Auftrag gehabt, die Lage der Küstenplätze zu untersuchen. In San Francisco habe er demgemäß Lebensmittel, Schießpulver, Bleistangen, Bleibarren und über 100 Sorten sonstiger Güter beschafft, auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff verladen und sich selbst eingeschifft. Unter seiner Leitung habe das Schiff die Küstenplätze des fernen Ostens abgefahren und sich der Warenlieferungsund Nachrichtengeschäfte entledigt. Dieses ergebe sich mit hinreichender Sicherheit aus den Vernehmungsprotokollen Grebnitzkis in dieser Sache und in der Prisensache betreffend den amerikanischen Dampfer "Montara" sowie auch aus der in seinem Besitz befindlichen Instruktion der russischen Regierung. Das Urteil erster Instanz habe diese Tatsachen angenommen und entschieden:

Wenn man nur die Abfassung des Chartervertrags über das zur Verhandlung stehende Schiff im Auge habe, so sei freilich der Charterer des zur Verhandlung stehenden Schiffs die Kamtschafka-Handels- und Industriegesellschaft, und en habe den Anschein, als ob diese Gesellschaft auf Grund eines besonderen Vertrages mit der russischen Regierung die Beförderung der Regierungsgürer übernommen habe und als ob sie das Schiff für ihre eigenen Handelsgeschäfte, benutze. Tatsächlich sei es aber unzweifelhaft, daß man das Schiff als ein russisches Regierungsfahrzeug ansehen müsse.

Der Reklamant führe zur Unterstützung der Behauptung, daß keine Beweise vorlägen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff als ein m Dienste der russischen Regierung stehendes Fahrzeug zu betrachten sei, in der Hauptsache aus, daß

sowohl nach dem Willen als nach den Handlungen des Reeders und des Kapitäns der andere Teil bei dem Vertrag die Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft gewesen sei und daß nur ihr gegenüber der Vertrag ausgeführt und die Verbindlichkeit übernommen worden sei. Bezüglich des Sammelns und der Verteilung der Ladung habe der Vertreter der Gesellschaft A. Kantor die Leitung gehabt, nicht aber Grebnitzki. Wenn es auch den Anschein gehabt haben möge, als ob Grebnitzki bezüglich der Ansammlung und Verteilung der Regierungsgüter an Bord die Anweisungen zu erteilen gehabt habe, so sei das nur zufällig durch die Ausführung des zwischen der russischen Regierung und der Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft abgeschlossenen Vertrages hervorgerufen, nach welchem die letztere bei der gegenüber der Regierung übernommenen Ansammlung und Verteilung der Regierungsgüter den Anordnungen des Regierungsvertreters zu folgen gehabt habe. Daraus könne man nicht folgern, daß Grebnitzki das zur Verhandlung stehende Schiff unter seiner Order gehabt habe, Auch könne man es nicht so auslegen, als ob der Reeder oder der Kapitän das Schiff unter seine Order gestellt hätten.

Selbst wenn man einmal annehme, daß das zur Verhandlung stehende Schiff anfangs ein im Gebrauch der russischen Regierung stehendes Fahrzeug gewesen sei, so sei doch zu der Zeit der Beschlagnahme die Ansammlung und Verteilung der antlichen Waren bereits vollendet gewesen und wenn auch noch ein wenig Tabak und Zucker nachgeblieben gewesen seien, so habe doch Grebnitzki derre Verteilung gänzlich dem Vertreter der Charterer überlassen

gehabt. Da Grebnitzki das Schiff bereits verlassen gehabt habe, so könne man doch wohl nur annehmen, daß es völlig den Anordnungen der Charterer unterstanden habe. Denn wenn das Schiff den russischen Behörden zum Gebrauch zur Verfügung gestellt worden sei, so misse das eine Handlung der Charterer sein, und es sei selbstverständlich, daß das Schiff von der Zeit an, wo die Charterer aufgehört hätten, es den russischen Behörden zum Gebrauch zu stellen, nicht mehr ein im Gebrauch der Behörden stehendes Schiff gewesen sei. Die Frage, ob die Charterfrist abgelaufen gewesen sei. Die Frage, ob die Charterfrist abgelaufen gewesen sei oder nicht, sei daher ohne Belang, und es widerspreche aus diesem Grunde noch mehr den Tatsachen, wenn angenommen worden sei, daß das Schiff zur Zeit der Beschlagnahme ein im Gebrauch der russischen Behörden stehendes Fahrzeug gewesen sei-

Wie aber oben ausgeführt, sei das zur Verhandlung stehende Schiff tatsächlich von der russischen Regierung gemietet worden, und nach den eigenen Aussagen des Oberkommissans Gre bnitzkische es außer Zweifel, daß die Bewegungen des Schiffes durchaus nach seinen Anordnungen zu erfolgen gehabt hätten. Wenn auch anzunchmen sei, daß Grebnitzki hin und wieder die Bewegungen durch den Vertreter der Gesellschaft habe anordnen lassen, so ei das nur geschehen, um formell die Anordnungen durch den angeblichen Charterer geschehen zu lassen. Darum könne man aber nicht sagen, daß Grebnitzki nicht das Schiff unter seiner Order gehabt habe.

Auch dafür, daß zur Zeit der Beschlagnahme des zur Verhandlung stehenden Schiffs die Beziehungen der russischen Regierung und der Handels- und Industriegssellschaft bezüglich des Schiffs als bereits aufgehoben zu betrachten gewesen seien, lägen keine Gründe vor. Da vielmehr tatäschlich das zur Verhandlung stehende Schiff, wie vorher, als Charterschiff der russischen Regierung im Begriff gewesen sei, sieh zur Ausführung der Lieferungsgeschäfte für die Kästenplätze des Ochotskischen Meers zu einer zweiten Reise zu rüsten, so könne man daraus, daß Greb nitzki wegen Krankheit vorübergehend an Land gegangen gewesen sei, nicht folgern, daß das Schiff aufgehört gehabt habe, im Dienst der Bebörden zu stehen.

Kurz, die Behauptung des Reklamanten, es lägen keine ausreichenden Beweise vor, daß das zur Verhandlung stehende Schiff im Dienst der russischen Behörden gestanden habe, sei unbegründet.

2. Aus der Instruktion des russischen Ministeriums des Inneren an ereb nitzki als Oberkommissar der Lieferungen für des Etatsjahr 1905 und aus den Aussagen Greb nitzkis ergebe sich dogendes: Die Lieferungsgeschäfte für die Küstenplätze im fernen Osten seien derart, daß die Regierungsgüter (Weizenmehl, gequetschte Gerste, Salz, Schießpulver und Blei) direkt an die amtlichen Magazine abgeführt, die übrigen privaten Güter an dortige Kaufleute gegen bares Geld oder gemäß den Zahlungsbestimmungen gegen Tierpelze geliefert würden. Wenn ein Gegenwert nicht vereinnahmt werden könne, so würden sie an die Landräte überwiesen, welche sie an die Kaufleute und die allgemeine Bevölkerung verkauften. Der erstliche Verkaufspreis werde, wenn die Landräte die Güter übernommen hätten, um 8% erhöht und je nach den Fällen in bar eingenommen oder unter der Veraufsvortung der Landräte Zahlung in Pelzen erlaubt.

Ferner habe dem Oberkommissar allgemein das Nachrichtenwesen für die Küstenplätze obgelegen, und daneben habe er Auftrag gehabt, die Lage der Küstenplätze zu untersuchen.

Danach könne man schließen, daß das Schiff der Aufgabe habe dienen sollen, den an den Küsten des fernen Ostens befindlichen Militärbehörden die von ihnen gebrauchten Güter zu liefern, und daß es daneben der Beförderung und dem Verkauf von privaten Materialien obgelegen und außerdem die allgemeine amtliche und private Postbeförderung und Untersuchung verschiedenartiger Verhältnisse zu erledigen gehabt habe. In seinen Aufgaben seien wohltätige Zwecke durchaus nicht zu ersehen. Vielmehr lasse sich aus der im Urteil erster Instanz angezogenen, von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Suma" in Petropawlowsk beschlagnahmte Abschrift eines Telegramms des Provinzialgouverneurs an den Militärgouverneur der Küstenprovinz entnehmen, daß das zur Verhandlung stehende Schiff den in den Küstenplätzen lagernden regulären und freiwilligen Truppen Lebensmittel geliefert habe. Daß das Telegramm am 12. Mai russischen Stils abgeschickt sei, stehe in dem russischen Original nicht. Dies sei, wie aus dem urtextlichen Entwurf des Telegramms hervorgehe, nur eine Bemerkung des Übersetzers, welche dieser nach seiner Vorstellung von dem Sinn des Originals hinzugefügt habe. Da in dem Telegramm stehe, daß Grebnitzki am 29. Mai die Löhnung von 300 freiwilligen Mannschaften für 3 Monate und eine gleiche Menge Lebensmittel eingeführt habe, so könne man daraus sehen, daß es nach dem 29. Mai abgesandt sei. Demnach sei die Behauptung des Reklamanten, das zur Verhandlung stehende Schiff müsse als ein zu wohltätigen Zwecken reisendes Fahrzeug von der Beschlagnahme frei sein, unbegründet.

3. Es sei von vielen Gelehrten sowie von der völkerrechtlichen Praxis anerkannt, daß die Prisengerichte auch nach Wiederherstellung des Friedens das Untersuchungsverfahren fortsetzen und in ihren Urteilen auf Einziehung erkennen könnten. Wenn auch mit Wiederherstellung des Friedens das Prisenrecht aufhöre und es Jaher unrechtmäßig sei, danach Aufbringungen auszuführen, so sei es doch im Interesse der Unparteilichkeit recht und nötig, die Rechtmäßigkeit von früher ausgeführten Aufbringungen zu untersuchen und zu entscheiden. Das Recht der Beschlagnahme und das der gerichtlichen Aburteilung seien durchaus zu unterscheiden. Das Recht einer kriegführenden Macht, Prisen abzuurteilen und einzuziehen, sei schon mit der Zeit der Aufbringung entstanden und die Aburteilung und Einziehung sei nur eine Formalität, durch welche die Wirkung der Beschlagnahme realisiert werde. Diese Formalität sei keine Kriegshandlung, sondern eine Maßnahme zur Ausführung eines durch eine Kriegshandlung erworbenen Rechtes. Wenn daher bei Beendigung des Krieges gelegentlich die Zeit zur Vollendung dieser Formalität nicht gereicht habe. so könne das nicht als Grund für den Untergang des schon entstandenen Rechts geltend gemacht werden. Die von dem Reklamanten für die Freigabe von Prisen bei Wiederherstellung des Friedens vorgebrachten Beispiele beschränkten sich auf Fälle, wo die kriegführenden Parteien im Friedensvertrag die gegenseitigen Beziehungen so festgelegt hätten oder wo aus politischen Gründen auf Grund besonderer gesetzlicher Bestimmungen eine bestimmte Art von feindlichen Schiffen freigelassen worden sei. Das reiche indes nicht aus, um daraus eine allgemeine Bestimmung oder Praxis zu konstruieren.

Was ferner die vom Reklamanten angezogene Entscheidung eines italienischen Prisengerichts über die "Dodwyck" aus dem Jahre 1807 angehe, so sei sie allerdings ein Beispiel, welches die Freigabe des aufgebrachten Schiffes mit der Begründung, daß der Frieden wieder hergestellt sei, für rechtmäßig erkläre; dies Urteil sei indes vernunftwidrig, wie auch der Präsident der Gesellschaft für Völkerschl Bru sa es in vorzüglicher Weise angegriffen und als eine Verletzung sowohl des Völkerrechts als auch der Verfassung verschrieen habe. Danach könne dieses Urteil keinenfalls als ein zu befolgendes rechtmäßiges Beispiel auerkannt werden.

Kurz, das Urteil erster Instanz sei in seiner Formel und seinen Gründen zutreffend und die Berufung in allen Punkten unbegründet und zu verwerfen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Die russische Regierung hat seit langer Zeit jährlich durch die Gouverneure der Küstenprovinz auf Schiffen der freisvilligen Hötte oder auf Fahrzeugen, welche direkt von der Regierung gechartert wurden. Lebensmittel und gemischte Güter nach den Küsten des Ochotskischen und des Beringmeers schaffen lassen. Die Regierungsgüter wurden direkt in die Regierungsdepots der verschiedenen Plätze ubgeführt und in der Rege wurden die zum Privatgebrauch bestimmten Güter durch die Landräte entsprechend dem Bedarf an die Kaufleute und die all-gemeine Bevölkerung verkauft. Da aber seit dem japanisch-russischen

Krieg der Verkehr mit den K\u00e4stenplatzen zum Stillstand kam, so entsandte die Zentraltegierung einen besonderen Oberkommissar \u00edre die
Lieferung von Bedarfsartikeln nach den K\u00fcsten des f\u00e4rnen Ostens und
hierzu wurde das zur Verhandlung stehende Sehiff verwandt. Da\u00ed
dasselbe so zum Gebrauch der russischen Beh\u00f6rden gedient hat, geht
hervor aus der dem Oberkommissar \u00edr\u00e4 in Eleferungen von Bedarfsartikeln von der russischen Regierung gegebenen schriftlichen Instruktion und dem Protokoll \u00e4ber die Vernehmung des Genannten durch den
mit diesem Fall beauftragten Rat des Prisengriehts zu Vokosuka.

Der Reklamant behauptet im Punkt 1 der Berufung, daß, das zur Verhandlung stehende Schiff von der Kamtschalka-Handels- und Industriegesellschaft gemietet sei und daß ein Vertreter dieser Gesellschaft an Bord gewesen sei und die ganzen Anordnungen bei der Ansammlung und Verteilung der Ladung in der Hand gehabt habe. Der Oberkommissar für die Lieferung der Bedarfsartikel, Grebnitzki, sei als Fahrgast mitgefahren, habe aber nicht die Order über das Schiff gehabt. Selbst wenn man aber annehme, das Schiff sei anfangs zum Gebrauch der Bechängnahme durchaus in Order der Charterer gewesen. Wenn ferner auch der größte Teil der Ladung des Schiffes der russischen Regierung gehöre, so hätten doch die Charterer auch eignen Handelswaren verladen gehabt und durch ihren an Bord befindlichen Vertreter auf eigene Rechnung Handelsgeschäfte betrieben. Danach sei das Schiff nicht zum Gebrauch der russischen Behörden gestellt worden.

In dem Vernehmungsprotokoll Grebnitzkis steht folgende Aussage: die Regierung habe das Schiff durch die Gesellschaft gechartert, daher habe ihr das Verfügungsrecht und die Bestimmung der Plätze, wo die Ladung verfeilt werden sollte, und die Anordnung bei Verteilung derselben selber zugestanden.

Wenn auch Grebnitzki zur Zeit der Beschlägnahme im Hospital war, so waren doch seine Geschäfte bei der Lieferung der Bedarfsartikel noch nicht erledigt, so daß er dieselben einem Vertreter der Charterer anvertraute. Nach diesen Tatsachen sowie dem Inhalt der oben genannten Instruktion der russischen Regierung ist der erste Teil des Punktes 1 der Berufung unbegründet.

Die Tatsache, daß neben der Verwendung des zur Verhandlung stehenden Schiffs für die Proviantlieferungsgeschäfte der russischen Regierung die Charterer eigene Handelsgüter geladen, einen Vertreter an Bord gehabt und ihre eigenen Geschäfte betrieben haben, ändert nichts an dem Charakter des Schiffes als eines im Gebrauch der Behörden stehenden Fahrzeugs. Daher ist auch der letzte Teil des ersten Berufungspunktes unbegründet.

Im zweiten Punkte der Berufung heißt es, die Lieferung der Lebensmittel habe weder direkt noch indirekt mit dem Kriege zu tun, sondern sei lediglich ein Akt der Wohltätigkeit gewesen. Daher müsse das Schiff, welches dabei verwandt sei, unter die für feindliche Schiffe bestehende Ausnahme von der Beschlagnahme fallen. Ein feindliches Fahrzeug kann aber auch, wenn es zu dem Kriege nicht in Beziehung steht, trotzdem weggenommen werden. Überdies geht es aus der oben genannten Instruktion der russischen Regierung hervor, daß das zur Verhandlung stehende Schiff keine Aufgaben der Wohltätigkeit hatte, und ein von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Suma" in Petropawlowsk beschlagnahmter Telegrammentwurf berechtigt zu der Annahme, daß das Schiff Proviant und dergleichen an die Truppen geliefert hat. Sonach ist Punkt 2 der Berufung unbegründet.

Der Reklamant sagt, dieses Telegramm sei nicht glaubwürdig, weil es am 12. Mai russischen Stils abgeschickt sei, d. h. am Tage, wo das zur Verhandlung stehende Schiff von San Francisco abgefahren sei. Aber in dem russischen Originalentwurf des Telegramms steht das Abgangsdatum gar nicht verzeichnet. Da in dem Telegramm steht, daß Grebnitzki am 29. Mai Löhnung für 300 Freiwillige für 3 Monate und eine entsprechende Menge Proviant gebracht habe, so ist es klar, daß das Telegramm nach dem 29. Mai abgesandt worden ist, und der dritte Punkt der Berufung ist grundlos.

Im Punkt 4 wird behauptet, daß die zur Zeit der Wiederherstellung des Friedens noch nicht abgeurteilten Prisen freizugeben seien. Es ist aber von völkerrechtlichen Präcedenzen anerkannt, daß Prisengerichte auch nach Wiederherstellung des Friedens Prisenuntersuchungen vornehmen und Entscheidungen auf Einziehung erlassen können. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird. Demnach ist auch Punkt 4 der Berufung unbegründet.

Nach dem oben Ausgeführten ist es somit zu recht geschehen. daß das Gericht erster Instanz das zur Verhandlung stehende Schiff als feindlich angesehen und seine sowie seiner feindlichen Ladung Wegnahme verfügt hat.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 13. Februar 1906 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamanten: R. C. Brook, Vizedirektor der Reederei Barque Annope Company Ltd. in Victoria, Britisch Columbien, Canada, Nordamerika, Wharf Street Nr. 63, vertreten durch P. G. R. Matheson, Kapitän des Segelschiffes "Antiope" und das Seetrahsportgeschäft Barneson, Hibbard & Co. in San Francisco, California, Nordamerika, Montgomery Street Nr. 456, vertreten durch den Direktor John Barneson.

ProzeBvertreter: Rechtsanwalt Deura Rikio, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 193.

In der Prisensache, betreffend das englische Segelschiff "Antiope" wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

## Urteilsformel:

Es wird auf Freigabe des englischen Segelschiffs "Antiope" und auf Wegnahme der Ladung von etwa 1800 Tons Salz erkannt.

# Tatbestand und Gründe:

Das zur Verhandlung stehende Segelschiff "Antiope" steht im Eigentum des Reklamanten, der Barque Antiope Company in Victoria, Britisch Columbien, sein Heimatshafen ist Victoria und es ist ein Handelsschiff, welches unter britischer Flagge fährt.

Es lud auf Grund eines zwischen dem Reklamanten der Firma Barneson, Hibbard & Co. in San Francisco und dem Vertreter der Reederei, Charles Nelson & Co. in San Francisco, abgeschlossenen Chartervertrags etwas mehr als 1800 Tons halb raffiniertes Steinsalz, einen Teil von ungefähr 9000 Tons, welche von M. Ruri in Nikolajewsk eingekauft waren, um sie an diesen und an die am gleichen Orte niederlässige Fillale der russisch-ehneissichen Bank zu befördern. Das Schiff verließ am 21. Juni d. J. San Francisco und wurde auf seiner Reise nach dem Bestimmungsort am 13. August, 9 Uhr vormittags, auf 53° 52° n. Br. und 141° 29° 5.1. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tänan Maru" gesichtet und, weil es Kriegskonterbande beförderte, aufgebracht.

Diese Tatsachen werden bewissen durch die Aussageschrift des Vertreters des Kommandanten der "Tainan Maru", Kapifianelutanta N be Tsuneo, die Vernehmungsprotokolle des Genannten, des Marineleutnants Ohara Shunji, des Kapitäns der "Antiope" P. G. R. Matheson und des ersten Offiziers R. M. Reed, das Schiffszertifikat, das Inventar, die Musterrolle, das Konnossement, den Ausklarierungsschein von San Francisco, das Ladungsverzeichnis, einen Brief von Charles Nelson an den Kapitän, das Tagebuch und das Privatschiffsjournal.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Das zur Verhandlung stehende Schiff stehe im Eigentum des vorerwähnten Reklamanten, der englischen Firma Barque Antiope Company und sei ein englisches Handelsschiff. Es habe auf Grund eines zwischen den Vertretern der genannten englischen Firma, der amerikanischen Firma The Charles Nelson Company und dem oben erwähnten Reklamanten, der Firma Barneson, Hibbard & Co., abgeschlossenen Chartervertrags in San Francisco 1800 Tons halbraffiniertes Steinsalz geladen, einen Teil von 4000 Tons, welche der russische Staatsangehörige M. Ruri eingekauft gehabt habe, um sie nach Nikolaiewsk in Sibirien zu befördern. Am 20. Juni d. I. sei das Schiff von San Francisco abgefahren und auf der Reise nach Nikolajewsk von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Taiwan Maru" unter dem Verdacht, Konterbande zu befördern, aufgebracht worden. Es habe aber durchaus keine Konterbande an Bord genommen, sondern nur Salz für das Fischereigewerbe befördert. Daher könne es nicht mit der Ladung zusammen weggenommen werden, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das zur Verhandlung stehende Schiff sei ein neutralss Fahrzeug, und weder die Reederei, noch deren Vertreter, The Charles Nelson Company, noch der Kapitän und die sonstige Besatzung des Schiffes hätten Kenntnis davon gehabt, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs von der russischen Regierung, bzw. von der Armee oder Marine eingekauft worden sei, noch davon, daß sie befördert worden sei, um zum Gebrauch der russischen Iruppen geliefert zu werden.

Selbst einmal zugegeben, der Einkäufer M. Ruri habe nur das Fischereigewerbe vorgeschützt und in Wirklichkeit die Ladung zum Zwecke, sie an die russischen Truppen zu liefern, einführen wollen, so falle doch dem Schiff nicht die Verantwortung für den Konterbandetransport zu.

- 2. Weder der Kapitān noch sonst jemand von der Besatzung habe sich der Aufbringung widersetzt, noch Fluchtversuch gemacht.
- Die an Bord befindlichen Schiffspapiere seien vollständig und erhielten keinerlei betrügerische Angaben. Auch habe die Besatzung keine der erforderlichen Papiere vernichtet oder verborgen.
- Da der Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Schiffes, Nikolajewsk in Rußland, nicht von japanischen Kriegsschiffen öffentlich blockiert worden sei, so liege in der beabsichtigten Reise dorthin kein Blockadebruch.
- Die Ladung bestehe nur aus Salz und außerdem seien keine Konterbandegüter noch Konterbandepersonen an Bord gewesen.
  - Daß die Ladung keine Konterbande sei, werde, wie folgt, begründet:

    1. Das in Frage stehende Salz sei halbraffiniertes amerikanisches
- Steinsalz, welches ohne weitere Bearbeitung durch Menschenhand nicht

als Speisesalz verwandt werden könne. Da es so seiner Art nach Salz sei, wit es zum Salzen oder Einlegen von Fischen diene, so falle es nicht unter die Nahrungsmittel. Freilich sei es für gewöhnliche gesalzene Fische etwas zu gut, man könne aber mit einem so vortreflichen Material auch wiederum einen schmackhaften Salzfisch herstellen und einen höheren Preis für denselben erzieken. Daher sei es natürlich, daß die betreffenden Gewerbetreibenden lieber eine gute Qualität, wie das hiet in Frage stehende Salz, wählten. Man könne daher daraus, daß das Salz für das Fischereigewerbe zu gut sei, nicht schließen, daß es nicht dazu habe dienen sollen.

Die Ziffer 2 der Instruktion des Marineministeriums Nr. 1 ) meine mit dem Ausdruck Nahrungsmittel, Güter, welche direkt als Speisen dienen könnten. Da aber das in Frage stehende Salz von der Art set, wie es zum Salzen oder Einlegen von Fischen verwandt werde, nicht aber ohne weiteres als Speisemittel dienen könne, so falle se nicht unter den Ausdruck "Nahrungsmittel" der genannten Instruktion. Es sei daher klar, daß das Salz selbst im Falle, daß es für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sei oder nach einem Platz in Feindesland gehe, nach dessen Verhältnissen angenommen werden müsse, daß es zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienem würde, keine Konterbande sei. Dieses müsse um so mehr gelten in dem vorliegenden Falle, wo es nicht für die feindliche Armee oder Marine bestimmt sei, sondern nach dem, freilich feindlichen, Platz Nikolajewsk gehe, nach dessen Verhältnissen nicht angenommen werden könne, daß es zum Gebrauch der feindlichen Armee oder Marine dienen werde.

2. Es möge den Anschein haben, daß das Salz zur Verwendung im Fischereibetriebe der Gegend des Amur in Sibirien nach seiner Menge nach viel zu viel sei. Dem sei aber nicht so. Es sei erstaunlich. welche Mengen von Salz jährlich im Fischereibetrieb jener Gegenden benötigt werde. Besonders seitdem durch den japanisch-russischen Krieg die Einfuhr von Japan völlig gefehlt habe, sei es nicht zu verwundern, daß man gezwungen gewesen sei, einen großen Import von Amerika zu beziehen. Wenn man dagegen einmal die Frage betrachte, ob das Salz zum Gebrauch der russischen Truppen habe dienen sollen, so sei im Gegenteil seine Menge viel zu bedeutend. Denn mit 4000 Tons Speisesalz könne man mehr als 600 000 Mann 6 Monate lang versorgen. Weder in Nikolajewsk noch in seiner Umgegend hätten aber so viele russische Truppen gelegen. Auch könne man sich schließlich nicht vorstellen, daß die russische Regierung, obwohl ihr der Inlandsweg zur Verfügung gestanden habe, viel Geld wegwerfen und die teure Fracht bezahlen und noch dazu die Gefahr laufen würde, welche einem Kriegskonterbandetransport durch Aufbringung seitens der japanischen Kriegsschiffe gedroht habe. Also wenn man mit der Menge argumentiere, könne das Salz keine Kriegskonterbande sein.

- 3. Nikolajewsk, der Bestimmungsort des in Frage stehenden Salzes, sedert Kriegshafen noch Festung, noch gebe es dort Kasernen, noch sei es ein Bereich, welcher von den japanischen Kriegsschiffen blockiert sei. Daher sei in der Einfuhr gewöhnlicher Handelsware nach dorthin durchaus nichts Verdächtiges zu ersehen. Das Salz diene aber keinem anderen Zwecke als eine gewöhnliche Handelsware tue.
- 4. Freilich sei es erwiesen, daß die russisch-chinesische Bank bei der Transaktion des Salzes beteiligt sei, ihre Teilnahme sei indes nur veranlaßt, um die Zahlung des Preises sicherzustellen. Ferner erscheine freilich die genannte Bank als K\u00e4\u00fcr von 600 Tons der Ladung. Da aber die Bank niemals Warenhandel treibe, so sei sie tas\u00e4\u00fchlich\u00e4\u00fcr von der russischen Regierung gehabt, so könne man daraus nicht ohne weiteres schlie\u00e4en, daß die Ware von der russischen Regierung eingekauft sei.
- 5. Der Grund, weshalb die Fracht für die in Frage stehende Ladung so hoch sei, liege darin, daß Schiffe, welche Güter nach Nikolajewsk beförderten, keine Rückfracht bekämen, vielmehr in der unvorteilhaften Lage seien, dort für die Rückreise Ballast zu kaufen.
- 6 Selbst wenn man annehme, der Käufer der Ladung, M. Ru ri, habe offenbar das Fischereigewerbe nur vorgeschützt, tatsächlich aber einen Vertrag gehabt, nach welchem er Salz zum Verkauf an die russische Regierung oder die russischen Truppen einkaufen sollte, so habe doch der Reklamant und Ladungsherr hieran keinen Anteil gehabt und auch nicht darum gewußt, so daß er an der Verantvung hierfür nicht mit zu tragen habe. Auch habe der Reklamant und Ladungsherr klär ausgesprochen, daß er die Ladung in der Überzeugung abgesandt habe, daß sie keine Konterbande sei.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Die Einfuhr von Salz nach Nikolajewsk in Friedenszeiten außer von Japan beträgt nach der Statistik der letzten Jahre (Nummer 2 der monalichen Statistik der statistischen Vereinigung der Küstenprovinz vom Februar 1903) nicht mehr als jährlich 140000 bis 170000 Ptd. (Das von Japan eingeführte gesamte Salz wird nach Aussage des Zeugen Ita ni I ch ij ir o zur Fabrikation der nach Japan gehenden gesalzenen Fische verbraucht; es trete wohl gelegentlich ein Mangel auf, doch komme ein Überschuß nicht vor. Heute aber, wo die Ein- und Ausfuhr fehlt. braucht das japanische Salz nicht in Rechnung gezogen zu werden.) Wenn trotzdem M. Ru ri, der Empfänger der auf dem zur Verhandlung stehenden Schiff beförderten Ladung, für sich allein einen so großen Import wie 4000 Tons (I Tom = 63 Pud) macht und man ferner die

Menge zusammenzieht, welche die "Barracouta" (ungefähr 1600 Tons Salz), die "Centennial" (ungefähr 1200 Tons Salz) und andere Schiffe zu befördern vorhatten, so kann man schon aus dem tatsächlich von der japanischen Marine aufgebrachten Schiffe allein den außerordentlichen Betrag erkennen.

Das Verhältnis des zum Einsalzen von Fischen gebrauchten Salzes ist das, daß auf 5 Pud Fisch 1 Pud Salz gebraucht wird. Dies wird erwiesen durch die von dem russischen Finanzministerium am 20. Juli 1905 veröffentlichte Zeitschrift für Handel und Industrie. Nach der großen Menge Einfuhrsalzes muß man annehmen, daß die verarbeiteten gesalzenen Fische eine enorme Menge erreichen. Bisher ist aber die Möglichkeit, die verarbeiteten Salzfische in Rußland selbet zu verkaufen, sehr gering gewesen. Der einzige Markt für den Konsum des größten Teils der gesalzenen Fische ist Japan. In letzter Zeit hat freilich der Wunsch bestanden, die Fische nach dem europäischen Rußland zu exportieren. Dies ist jedoch noch nicht zur Ausführung gelangt. Das ergibt sich aus den Angaben der Verhandlungsprotokolle der vierten Stadtversammlung von Chabarowsk vom Jahre 1903 und deren Materialquellen

Nachdem heute, infolge des japanisch-russischen Krieges, die Ausfuhr nach Japan vollkommen aufgehört hat, so ist es eine von selbst klare Tatsache, daß das Salz in der dünn bewohnten Küstenprovinz als gewöhnliche Handelsware unmöglich aufgebraucht werden kann. Ebenso ist es allgemein bekannt, daß von jeher die Hauptkonsumenten in Rußland selbst die in Wladiwostok und der Mandschurei lagernden Truppen gewesen sind. Auch ergibt sich dies aus dem Bericht der statistischen Kommission für die Küstenprovinz aus dem Etatsjahr 1901, wo verzeichnet ist, daß das Intendanturamt des Amurschen Armeebezirks im Etatsjahre 1900 zur Verpflegung der sibirischen Truppen und der mandschurischen Besatzungstruppen von den Fischern der Küstenproving direkt 114500 Pud gesalgenen Lachs eingekauft hat. Daß besonders auch im Kriege die Menge des Bedarfs für die Truppen noch gestiegen ist, beweisen auch die oben genannten "Neuen Mitteilungen über Handel und Industrie", in welchen es heißt; wenn auch im Kriege der Verkehr mit dem Auslande mehr oder weniger zum Stillstand gekommen sei, so nehme deshalb die Nachfrage nach gesalzenem Lachs nicht nur nicht ab, sondern steige vielmehr in hervorragendem Maße, Die Truppen kauften diesen für hohe Preise . . . . .

Da gewöhnlich Kaufleute, deren Zweck der Verdienst ist, kaum planen werden, besonders wo noch das Kriegsrisiko vorliegt, eine größere Menge Salzfisch herzustellen, als die Bevölkerung der Küstenprovinz nötig hat, so entspricht es nicht den gewöhnlichen Zwecken des Handels, daß M. Ru ri (7) selbst nach Amerika gehen und für sich allein eine den Friedensbedarf übersteigende Menge Salz einkaufen sollte, um es zur Fabrikation von Salzfisch zu verwenden. Man muß daher annehmen, daß er es den russischen Truppen als Nahrungsmittel hat liefern wollen.

Der Vertreter der Reklamation behauptet, daß das Wort "Nahrungsmittel" nur Güter andeute, welche direkt als Speisemittel dienen könnten. Man kann dagegen als Nahrungsmittel alle Sachen bezeichnen, sowohl solche, welche schon von Natur allein genossen und daher ohne weiteres verwandt werden können, als auch solche, welche erst mit anderen gemischt und zubereitet werden müssen. Wenn daher auch das in Frage stehende Salz nicht direkt als Speise dient, so steht doch uichts entgegen, es, wenn es zur Zubereitung von Salzfisch verwandt wird, als Lebensmittel zu betrachten.

Ob ein Gul Konterbande ist oder nicht, bestimmt sich nach seiner Natur und Verwendungsart. Ob der Absender dies weiß oder nicht, ist ohne Belang. Wenn auch, wie oben gesagt, die in Frage stehende Ladung nach dem Hafen von Nikolajewsk abgesandt worden ist, so ist doch klar, daß sie zum Gebrauch der feindlichen Truppen gedient haben würde. Sie ist daher als Kriegskonterbande zu bezeichnen.) Da sie aber Konterbande ist, so ist sie nach übereinstimmender Anerkennung der Wissenschaft und der Praxis des Völkerrechts einzuziehen), und die übrigen Punkte des Reklamanten bedürfen keiner Frörterung.

Der Staatsanwalt sagt bezüglich des Schiffs, daß die Vertreter der Reederei desselben die Eigenschaft der Ladung als Konterbande gekannt, abet trotzdem den Transport derselben übernommen hätten. Da die ganze Ladung Konterbande sei, so sei das Schiff einzuziehen.

Es ist indes nach den obigen Tatsachen schwer anzunehmen, daß die Reeder des zur Verhandlung stehenden Schiffes oder deren Vertreter gewußt haben, daß es sich um einen Konterbandetransport handelte. Ferner kann ein Schiff, selbst wenn, wie im vorliegenden Falle, die ganze Ladung Kriegskonterbande ist, wenn nicht Anwendung betrügerischer Mittel oder sonst irgendwelche Gründe dafür vorhanden sind, nicht eingezogen werden. Freilich liegen völkerrechtliche Theorien und Gebräuche vor, nach denen lediglich aus dem einen Grunde, daß die ganze Ladung Konterbande ist, auch das Schiff einzuziehen ist. Es gibt aber tatsächlich viele Stimmen dagegen, und auch unsere Seeprisenordnung hat dieses Prinzip nicht angenommen.4) Das unterzeichnete Prisengericht hält dies gleichfalls nicht für der Billigkeit entsprechend und hat es auch niemals anerkannt. Daher kann es dem letzten Satze der Argumentation des Staatsanwalts nicht beipflichten. Das Schiff ist daher, weil auch sonst keine Gründe für seine Einziehung vorliegen, freizugeben.

<sup>2)</sup> II. Ziffer 2. - 3) V. § 43. - 4) § 43, 44.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 30. November 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Yanagita Kunio.

(Untersehriften.)

Reklamanten: R. C. Brook, Vizedirektor der Reederei Barque Antiope Company Ltd. in Victoria, Britisch Columbien, Canada, Wharf Street Nr. 63, vertreten durch P. G. R. Matheson, Kapitän des Segelschiffes, Antiope".

Prozefivertreter: Rechtsanwalt Deura Rikio, Regierungsbezirk Kangawa, Yokohama, Yamashitaeho Nr. 193.

Am 30. November 1905 hat das Prisengericht zu Yokosuka in der Prisensache betreffend das am 13. August 1905 auf 33° 52' n. Br. und 141° 20° 5. L. von dern Ksiestlichen Kriegsschiff "Tainan Maru" aufgebrachte englische Segelschiff "Antiope" ein Urteil gefällt, in welchem auf Freigabe des englischen Segelschiffs "Antiope" erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil haben die Staatsanwälte beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayas hi Yoshio, Uchida Shig en ari und Yanagita Kunio, die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengerieht gerüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung der Staatsanwälte beim Prisengericht zu Yokosuka, Kobayashi Yoshio, Uchida Shigenari und Yanagita Kunio, sind folgende:

Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz auf Freigabe des englischen Segelschiffs "Antiope" und Erlaß einer Entscheidung auf Einziehung desselben beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Obwohl das Gericht erster Instanz die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes deutlich als Konterbande ansehe, sage es, daß dies die Einziehung des Schiffes nicht begründen könne, weil man nieht annehmen könne, daß die Reeder des Schiffes oder deren Vertreter gewußt hätten, daß es sich um einen Konterbandetransport handele.
- a) Nach dem Chartervertrag hatten die Vertreter der Reeder genau gewußt, zu welchem Zweck das Schiff gechartert worden sei.
- b) Auf Wunsch des Ladungseigentümers seien zwei getrennte Konnossemente hergestellt worden. Für das Salz des einen derselben sei von dem Kontrahenten des Chartervertrags eine Fracht von 5 Dollar

empfangen worden, und dieses Salz habe, ohne durch die Hände des in den: Chartevertrag erscheinenden Käufers M. Rur i'(?) zu gehen, direkt an die russisch-ehinesische Bank abgeliefert werden sollen. Wenn man annehmen wolle, daß die Reeder von den Tatsachen, welche nicht in den Schilfspapieren verzeichnet seien, keinerlei Kenntnis gehabt hätten, weshalb hätte der Ladungseigentümer sich dann die Last aufladen sollen, noch über den Vertrag hinaus Fracht zu zahlen? Danach zu urteilen, sei sicher zwischen dem Reeder und dem Ladungseigentümer eine besondere Abmachung vorhanden gewesen, und der Reklamant habe schließlich nicht den Nachweis erbringen können, daß diese Abmachung nicht bestanden, noch daß dieselbe eine offene und rechtmäßige gewesen sei.

c) Die Reeder hätten selbst dem amerikanischen Ministerium für Handel und Industrie angezeigt, sie beförderten jährlich Salz nach Nikolajewsk und hätten eine Bescheinigung erhalten, daß derartiges Salz nach Ansicht der japanischen Regierung nicht als Konterbande gelte. Wenn ein derartiges Verfahren für notwendig erachtet werde, so hätte der Ladungseigentümer es zu machen. Die Reader hätten aber ihrerseits diese Aufgabe übernommen und dem Ladungseigentümer bei dieser Darlegung geholfen. Außerdem werde tatskichlen nicht jährlich Salz von Amerika nach Nikolajewsk befördert. Es habe auch kein Grund vorgelegen, weshalb die Reeder dies hätten glauben sollen. Trotzdem hätten sie sich schleunig auf telegraphischem Wege eine öffentlich beglaubigte Bescheinigung verschafft, um im voraus auf einen anderen Tag vorbereitet zu sein.

Wenn man alles dies zusammenhalte, so könne man schließen, daß sie nicht nur von einem Vorhaben, das Salz zu befördern, gehört hätten, sondern auch über die beabsichtigte Verwendung wohl unterrichtet gewesen seien und, um diesen Zweck zu erreichen, über ihre Pflicht hinaus ihre Unterstützung gewährt hätten.

Alle diese Tatsachen habe das Gericht erster Instanz nicht in Erwägung gezogen und demgemäß die sich daraus ergebenden richtigen Vermutungen außer acht gelassen. Daher könne das Urteil auf keinen Fall guteeheißen werden.

2. Das Gericht erster Instanz habe weiter gesagt, daß

obwohl im vorliegenden Fall die ganze Ladung Konterbande sei, lediglich daraufhin nicht auf Wegnahme des Schiffes entschieden werden könne.

Es finde sich aber in der völkerrechtlichen Praxis, daß nicht nur, wenn die ganze Ladung Konterbande sei, sondern wenn auch ein Fell Nicht-konterbande darunter gemischt sei, das betreffende Schiff eingezogen werden könne, wenn es klar ertwissen sei, daß der Zweck der Reise der Transport von Konterbande sei. Wenn auch zufällig in der, eine

Instruktion für das Ressort der Marine darstellenden Seeprisenordnung dies nicht aufgestellt sei, so könne man doch nicht behaupten, daß Japan diesen Grundsatz verneint habe, wie aus Beispielen des diesmaligen Krieges wie der "Powderham"-1) und "Scotsman"-9Sache hinreichend erwiesen werde. Es müsse daher als unrechtmäßig bezeichnet werden, wenn das Gericht erster Instanz allein diesen Grundsatz verneint und auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffs erkannt habe.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Vertreters der Reklamation, Deura Rikio, sind folgende:

 $\label{eq:energy} Es \ werde \ Verwerfung \ der \ eingelegten \ Berufung \ beantragt, \ und \ zwar \ aus \ folgenden \ Gründen:$ 

 Da das zur Verhandlung stehende Schiff keinen Konterbandetransport ausgeführt habe, so sei es rechtmäßig, daß das Urteil erster Instanz seine Freigabe verfügt habe.

Selbst wenn man annehme, daß die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs Konterbande sei, so hätten doch die Reeder und die Vertreter derselben keine Kenntnis davon gehabt, daß es sich um einen Kriegskonterbandetransport gehandelt habe und brauchten daher die Strafe der Einziehung nicht zu tragen. Da ferner auch sonstige Gründe, welche es unmöglich machten, dieser Strafe zu entgehen, wie bösgläubige, ungesetzliche oder unrechtnäßige Handlungen, nicht vorlägen, so bestehe kein Grund für die Einziehung, und an der Einscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes sei nichts auszusetzen. Trotzdem häten die Staatsanwälte das Urteil für unnechtmäßig angesehen und die Berufung eingelegt. Die Gründe derselben könnten zwar alle nicht anerkannt werden, sollten aber der Sorgfalt halber hier noch einmal besprochen werden.

a) Wie in dem Chartervertrag klar angegeben sei, hätten die Verterer der Reeder das Schiff zum Transport von ungefähr 1800 Tons Salz von San Francisco nach Nikolajewsk verchartert und nur gewüht, daß das Salz zum Fischereibetrieb und Handel an den Küsten des Amurdistriks geliefert werden sollte. Selbst wenn man aber annehme, daß der Chartervertrag geschlossen sei mit der Absicht, Salz zu befördern, welches für die russische Regierung oder die russischen Truppen bestimmt gewesen sei oder ihnen zum Gebrauch habe geliefert werden sollen, oder welches zur Fabrikation von Salzfischen habe dienen sollen, welche den Truppen zu liefern gewesen seien, so hätten doch die genannten Vertreter davon keine Ahnung gehabt. Es sei aber unmöglich, auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes zu erkennen mit der Begründung, daß sie gewußt hätten, daß das Schiff zu werkennen mit der Begründung, daß sie gewußt hätten, daß das Schiff zu

<sup>5)</sup> VI. 40a, - 9 VI. 28a,

Transport von Salz verchartert werden sollte, welches zum Fischereiund Handelsgewerbe habe geliefert werden sollen.

b) Der Grund, weshalb die Teilung in zwei Konnossemente vorgenommen worden sei, sei der, daß der anfängliche Kaufvertrag auf ungefähr 4000 Tons Salz gegangen sei. Dies sei auf drei Schiffe, nänlich einen Dampfer und zwei Segelschiffe, verteilt worden. Obwohl nun für das zur Verhandlung stehende Schiff ungefähr 1800 Tons vereinbart gewesen seien, seien, weil nach ihrer Ladefähigkeit auf dem anderen Segelschiff ungefähr 1600 Tons und auf dem Dampfer 1200 Tons verladen worden seien, für das zur Verhandlung stehende Schiff nur 1200 Tons zu verladen übrig geblieben, so daß gegen den Chartervetrag ein Felhbertag entstanden sei. Auch sei die Ladung für ein Segelschiff nicht ausreichend gewesen, so daß noch ein mindlicher Vertrag auf Einkauf von weiteren 600 Tons geschossen und die Ladung er gänzt worden sei. Da vereinbart worden sei, daß die Fracht für dieses Salz nachträglich, nämlich nach Ankunft, zu zahlen sei, so sei se um 5 Dollar erböht, also auf 15 Dollar per Ton bemessen worden.

Da ferner die 600 Tons Salz außerhalb des Kaufvertrags von 4000 Tons gestanden hätten, sei en totig gewesen, über den Empfang des Preises einen besonderen Modus festzusetzen. Deshalb sei die russisch-ehinesische Bank als Vertreter mit dem Empfang des Geldes beauftragt worden. Für den Fall daher, daß der Käufer N. Rur i (?) das Kaufgeld und die Fracht nicht bezahlen würde, sei, damit die 600 Tons nicht an ihn abgeliefert würden, ausdrücklich die russisch-ehinesische Bank auch zum Empfänger gemacht worden. Die Trennung in zwei Dokumente habe also ihren Grund darin, daß die 4000 Tons und die 0000 Tons Salz unter verschiedenen Verträgen stünden, und gebe zu irgendwelchem Verdacht keine Veranlassung. Der Vertrag, betreffend die 600 Tons Salz sei daher, wie dargetan, unzweifelhaft offen und rechmäßie.

e) Da halbfabriziertes Steinsalz, wie die Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes nach keines Landes Bestimmung oder Prasis Konterbande sei, hätten Absender und Empfänger ruhig einen Vertrag auf Kauf und Transport derselben geschlossen. Nur die Vertreter der Reeder hätten, weil sie bezüglich des durch und durch vertrotteten und verworrenen Rußlands sehr mißtrauisch gewesen seien, beim amerikanischen Ministerium für Handel und Industrie sich versichert, ob Salz Konterbande sei oder nicht. Dies sei durchaus in gutem Glauben geschehen und sei eine zum Schutze der eigenen Interessen notwendige Maßnahme. Auch sei es die Pflicht der Vertreter gegenüber ihren Auftraggebern gewesen. Es sei nicht geschehen, um den Ladungseigentümern bei dieser Darlegung zu helfen oder um auf einen anderen Tag vorbereitet zu sein. Wenn auch dem amerikanischen Ministerlum für Handel und Industrie gegenüber erklärt worden sei, daß die Beförderung von Salz jedes Jahr stattfinde, so sei das keine Fälschung
der Tatsachen. Denn da auch nach Aussage des Zeugen 1 tan i I chiji ro wirklich erwiesen sei, daß ein kleiner Teil des Salzbedarfs aus
Amerika gekommen sei, so hätten sicher die Vertreter der Reeder in
diesem Punkte keinen bösen Glauben gehabt. Da, wie gesagt, ihr Vorgehen gutgfäubig gewesen sei, so könne es kaum zum Grund für die
Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes gemacht werden.

2. Daß das Gericht erster Instanz das Prinzip verneint habe, daß lediglich aus dem einen Grunde, daß die ganze Ladung Konterbande sei, auch das Schiff eingezogen werden könne, sei äußerst billig, und wenn die Staatsanwälte diese Entscheidung für unzutreffend erklärten. so sei das kurzsichtig. Das Völkerrecht erkenne freilich an, daß sowohl, wenn die ganze Ladung eines Schiffes, als auch wenn ein Teil derselben Konterbande sei, vorausgesetzt, daß der betreffende Kapitän die Konterbandeeigenschaft gekannt oder gewußt habe, daß der Zweck der Reise der Transport von Konterbande sei, das Schiff eingezogen werden könne. Aber für einen Fall, wo die Kenntnis von der Konterbande oder dem Zweck des Konterbandetransports fehle, wo weder betrügerische Mittel angewandt seien, noch sonst besondere Gründe vorlägen, gebe es in neuerer Zeit keine Präcedenzentscheidung, in welcher auf Einziehung des Schiffes erkannt worden sei. Jene Theorie und Praxis, welche auf den einen Grund hin, daß die ganze Ladung Konterbande sei, das Schiff einzögen, übten das Prisenrecht willkürlich aus, wo der Grund für sein Bestehen fehle, und seien unbestreitbar mit Recht und Billigkeit in Widerspruch.

Die Fälle der "Powderham" und "Scotsman" eien durchaus vom vorliegenden Fall verschieden, und für ihre Einziehung hätten, abgesehen davon, daß sie öffenbare Konterbande geladen gehabt hätten, noch manche andere Gründe vorgelegen. Nicht nur könnten diese Fälle nicht als Pfäcedenzen für die Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes geltend gemacht werden, vielmehr tue ein Vergleich derselben mit dem vorliegenden Fall mehr ab genfigend dar, daß das Urteil auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes billig sei.

Kurz, es lägen keine Gründe für die Strafe der Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffes vor.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

1. Der Bestimmungsort der Salzladung des zur Verhandlung stehenden Schiffs, Nikolajewsk, liegt in der N\u00e4be der Amurm\u00fcnundung und nimmt in der K\u00fcstehenvornz eine sehr wichtige Stellung ein. Durch Vermittlung von dem am Oberlauf des Amur gelegenen Chabarowsk steht es auf dem Wasserwege oder durch die Eisenbahn mit milit\u00e4rische wichtigen P\u00e4tazen in Verbindung. Diese Gegend ist die bedeutendste für die Lachsfischerei. Seit jeher ist mehr als die Hälfte des produzierten gesalzenen Lachses in Japan konsumiert worden. Unter den Russen hat seit vielen Jahren der Wunsch bestanden, die Nachfrage danach im europäischen Rußland zu steigern; dies ist aber noch nicht gelungen. Trotzdem nun seit dem japanisch-russischen Krieg der Verkehr zwischen dort und Japan vollständig aufgehört hat und die Nachfrage nach Lachs verloren gegangen ist, hat sich das Bedürfnis danach für die Truppen gesteigert. Daß diese außerordentliche Lebhaftigkeit der dortigen Nachfrage bestand, wird dargetan durch die Zeitschrift für Handel und Industrie des russischen Finanzaministeriums vom 20. Juli 1905 sowie durch die Sitzungsprotokolle der vierten Stadtversammlung von Chabarowsk im Jahre 1903.

Wenn nun zu der hier in Frage stehenden Zeit ein für ein Malso großel Transport nach dorthin stattgefunden hat, so muß man annehmen, daß dieses Salz zur Fabrikation von gesalzenen Fischen dienen sollte, welche zur Verpflegung der eindlichen Truppen bestimmt waren. Es ist daher zutreffend, wenn das Gericht erster Instanz angenommen hat, daß die Salzladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes nach dem feindlichen Gebeit bestimmt war und als Nahrungsmittel für die feindliche Armee oder Marine dienen sollte und daher Kriegskonterbande ist.

2. Es kann aus den obigen Gründen nicht angenommen werden, daß das nach Nikolajewsk verschiffte Salz im gewöhnlichen Handelsverkehr verschifft worden ist. Wenn man dazu die Tatssche in Betracht zieht, daß die ganze Ladung des zur Verhandlung stehenden Schiffes Kriegskonterbande ist, so muß man zu der Annahme gelangen, daß der Zweck der Reise des zur Verhandlung stehenden Schiffes der Transport von Konterbande gewesen ist.

Das Völkerrecht erkennt aber an, daß Schiffe, deren Reisezweck, wie im vorliegenden Falle, der Transport von Konterbande ist, eingezogen werden können. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den

Verhältnissen gerecht wird. 7)

Nach dem in den obigen Punkten 1 und 2 Ausgeführten ist das Urteil erster Instanz, welches die Freigabe des zur Verhandlung stehenden Schiffes ausgesprochen hat, unzutreffend.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Das Urteil erster Instanz wird aufgehoben. Das Segelschiff "Antiope" wird weggenommen.

Am 12. März 1906 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

<sup>3)</sup> Abweichend von den Bestimmungen der §8-13, 41 der japanischen Seeprisenordnung (V) und der Artikei 82 bis 85 des ihr zu Grunde liegenden englischen Manual of Naval Prize Law.

Reklamant: Barneson, Hibbard & Co., Vereinigte Staaten, von Nordamerika, Californien, San Francisco, Montgomery Street 456; vertreten durch den Direktor Iohn Barneson.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Deura Rikio, Regierungsbezirk Kanagawa, Yokohama, Yamashitacho Nr. 193.

Am 30. November 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der, Prisensache, betreffend die Ladung des englischen Segelschiffs "Antiope", welches am 13. August 1905 auf 53° 52′ n. Br. und 141° 29′ ö. L. von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Tainan Maru" aufgebracht worden ist, ein Urteil gefällt, in welchem auf Wegnahme der auf dem englischen Segelschiff "Antiope" verladenen ungefähr 1800 Tons Salz erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat John Barneson in Vertretung des Reklamanten, der Firma Barneson, Hibbard & Co., Jurch den Rechtsanwalt De ur a Rikio als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte beim Oberprisengericht, Tsutsuki Keiroku und Dr. jur. Ishiwatari Binichi, geprüft worden ist

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Deura Rikio, sind folgende:

Es werde Aufhebung des Urteils erster Instanz auf Wegnahme der Ladung von 1800 Tons Salz und Erlaß einer Entscheidung auf Freigabe derselben beantragt, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das Urteil erster Instanz behaupte, daß

das zur Verhandlung stehende Salz eingekauft worden sei, um zur Herstellung von eingesalzenem Lachs zu dienen, welcher an die russischen Truppen habe geliefert werden sollen. Wenn der Lachs, zu dessen Herstellung das Salz habe gebraucht werden sollen, ein Nahrungsmittel sei, so stehe nichts im Wege, auch das hierzu verwandte Salz als Nahrungsmittel zu bezeichnen. Da das Salz dem gesalzenen Lachs den Geschmack gebe, so müsse das zu diesem Zweck eingekaufte Salz als Kriegskonterbande gelten und aus diesem Grunde eingezogen werden.

Das Salz, welches zum Einsalzen von Lachs verwandt werde, sei kein erstklassiges Tafelsalz, sondern ein ganz gewöhnliches Salz. Der Zweck, weshalb man den Lachs in Salzwasser einlege oder dem Lachs Salz bei-füge, sei nicht der, durch das Salz dem Lachs einen salzigen Osschmack zu geben, sondern dies diene nur dazu, um das Verfaulen des Fleisches zu verhüten. Mit anderen Worten, gesalzener Lachs sei, nicht ein Lachs, dem durch das Salz Geschmack gegeben werde, sondern ein Lachs, welcher dadurch vor dem Verfaulen geschützt werde. Wenn die Absieht die sel, Geschmack zu geben, so werde wohl niemand das amerika-

nische Steinsalz oder ein Salz schlechter Qualifät verwenden, welches die Zunge reize und bitter schmecke. Tatsächlich werde selbst der in Japan hergestellte gesalzene Lachs erst nach Entfernung des Salzes als Nahrungsmittel genießbar. Das russische Fabrikat aber, so wie es in Tokio verkauft werde, misse erst drei oder vier Mal mit heißem Wasser übergossen oder zwei bis drei Tage in reines Wasser gelegt werden, um das Salz zu entfernen und selbst dann werde es erst genießbar, wenn man ihm einen anderen Geschmack zusetze. Da dem so sei, so sei es klar, daß das zur Verhandlung stehende Salz nicht den Zweck habe, mit dem Lachs zusammen als Nahrungsmittelt zu dienen, sondern nur bezwecke, das Verfaulen eines Nahrungsmittels zu verhindern. Das sei dasselbe, als wenn man Spirituosen mit Salizylsäure mische, um ihr Verderben zu verhüten. Niemand werde behaupten wollen, daß Salizylsäure, welche befördert werde, um geistigen Getränker zuwesetzt zu werche, ein Getränks ezi.

Daher könne solches Salz keinenfalls unter den Begriff der "Nahrungsmittel" der Instruktion des Marineministeriums fallen.

2. Das Urteil erster Instanz habe angenommen, daß

das zur Verhandlung stehende Salz, weil es zur Fabrikation von gesalzenem Lachs dienen solle, welcher an die rassischen Truppen geliefert werden solle und so mit dem Lachs zusammen gebraucht werde, ein Nahrungsmittel, d. h. Kriegskonterbande sei.

Wenn man so argumentiere, dann komme man dahin, daß auch das zur Herstellung von geräucherten Lachs in Sibirien eingeführte Brennmaterial oder der zum Ackerbau eingeführte Dennmaterial oder der zum Ackerbau eingeführte Dünger als Nahrungsmittel betrachtet und als Kriegskonterbande eingezogen werden könne. Denn dann würde das Brennmaterial, welches verbrannt werde, um den Lachs zu räuchern, zusammen mit den Lachs verbraucht. Ebenso werde mit dem Dünger Weizen kultiviert, aus dem Brot gemacht werde, so daß also der Dünger mit dem Weizenmehl zusammen verbraucht werde und so als Nahrung bezeichnet werden könne.

Selbst aber einmal zugegeben, daß das zur Verhandlung stehende Salz mit dem Lachs zusammen als Nahrung benutzt werde und so ein Nahrungsmittel darstelle, so beschränke sich doch der Konsum des mit diesem Salz zubereiteten Lachses nicht unbedingt auf die russischen Truppen, sondern er könne auch nach Rußhand und ins Ausland exportiert werden. Die Annahme des Urteils erster Instanz, daß der Lachs nur zum Truppengebrauch habe geliefert werden sollen, sei gänzlich unbewissen und unzutreffend.

3. Das Gericht erster Instanz sage,

nach der monatlichen Statistik des statistischen Vereins der russischen Küstenprovinz sei die Menge des von den Fischern der Küstenprovinz in einem Jahre verbrauchten Salzes festgestellt worden, und damit verglichen sei die Menge des zur Verhandlung stehenden Salzes übermäßig groß. Daher sei anzunehmen, daß es zur Herstellung von gesalzenem Lachs habe dienen sollen, welcher an die Truppen zu liefern rewesen sei.

Diese Statistik sei jedoch unglaubwürdig und wertlos, da sie in Rußland erschienen set, einem Land, wo die Beamten ganz offen Geld empfingen und die gestelliche Disziplin sehr in Unordnung sei. Man könne daher nicht wissen, ob nicht der Verbrauch von Salz seitens der Fischer der Küstenprovinz in Wirklichkeit ein Mehrfaches des dort Berichteten betrage. Der Reklamant sei daher im höchsten Grade empört, daß er ein Urteil erhalte, welches sich auf einer derartigen Publikätion gründe.

Überdies habe die Abreise des fraglichen Schiffes von Amerika nach Vernichtung der baltischen Flotte in der Straße von Tsushima stattgefunden. Wenn geplant worden sei, zu dieser Zeit das Salz mit einem langsam fahrenden Segelschiff zu befördern, dann nach und nach den Lachs einzusalzen und ihn an die russischen Truppen zu liefern, so würde zur Zeit seiner Fertigstellung Wladiwostok schon gefallen und die ganze Mandschurei von den japanischen Truppen bestzt gewesen sein. Wenn die Russen auch dumm seien, so müsse doch jeder diese Verhältnisse haben übersehen können. Wer wisse, ob nicht die Russen nach dem Tage, wo die Japaner die Besetzung ausgeführt hätten, ihre nach und nach hergestellten gesalzenen Fische an die japanischen Truppen verkauft und versucht hätten, so einen großen Verdienst zu erzielen?

Wenn man nach dem Urteil erster Instanz rechne, so betrage das zur Prise gemachte Salz über 6300 Tons, d. h. über 428-400 Pud, so daß man also 2 142 000 Pud gesalzenen Lachs hätte herstellen können. Im Etatsjahr 1900 habe die Menge des von den russischen Truppen in Sibirien und dem mandschurischen Oktupationsgebiet gekauften gesalzenen Lachses 114 500 Pud betragen. Wenn man nun die Gesamtsärke der damaligen russischen Truppen als 100 000 annehme, so könne man mit dem zur Verhandlung stehenden Salz soviel Lachs herstellen, daß man ein Jahr lang 2 Millionen russische Truppen damit versorgen könne. Ein solches Vorhaben müsse man doch wohl als zu töricht bezeichnen.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Yanagita Kunio, sind folgende:

 Es stimme nicht mit der Wirklichkeit, wenn der Reklamant behaupte, daß das zur Verhandlung stehende Speisesalz minderwertiges Salz sei, welches nicht zum Essen dienen könne. Das Salz sei von erster Qualität und könne durch Zerkleinerung zum Speissgebrauch hergerichtet werden. Wenn daher der Reklamant behaupte, daß schon nach seiner großen Menge beurteilt das Salz zur Herstellung von gesalzenen Fischen habe dienen müssen, so könne das nur für einen Teil desselben anerkannt werden.

- Daß Speisesalz neben der Aufgabe, daß es Geschmack verleihen solle, zugleich auch, wie der Reklamant sage, dem Zwecke der Konservierung diene, sei eine Tatsache, welche die Staatsanwälte aus der täglichen Küche selber sehr wohl kännten und die sich keineswegs auf die Fabrikation von Salzfisch beschränke. Man könne aber nicht diese eine Seite herausgreifen und, weil es zum Konservieren diene, behaupten, daß das Salz kein Speisemittle sie.
- 2. Wenn auch Brennmaterial und Dünger indirekt zur Herstellung von Speissenzen dienten, so müsse man es doch als verkehrt bezeichnen, wenn sie mit Speisemitteln verglichen würden. Wenn man aber schon das auf der "Antiope" verladene Speisesalz als eine Art Nahrungsmittel ansche, so sei es selbstverständlich, daß man an diesem seinen natürlichen Charakter eines Nahrungsmittels nicht ändern könne, selbst wenn man einmal annehme, daß durch seine Verbindung mit einem anderen Nahrungsmittel ein für hohen Preis verkäufliches neues Nahrungsmittel herestellt werde.
- Die Behauptung des Reklamanten, daß die monatliche Statistik unglaubwürdig sei, sei überaus grob.
- Bezüglich der Abreise der "Antiope" behaupte der Reklamant, daß sie nach dem großen Seesieg im japanischen Meer stattgefunden habe, aber sowohl die Zeit der Abreise M. Ruris von seiner Heimat, um das Salz einzukaufen, wie auch der Abschluß des Kaufvertrags in Amerika lägen vor der Seeschlacht im japanischen Meer. Außerdem sei, nachdem die Russen die Herrschaft zur See verloren und die Verkehrsschwierigkeiten sich sehr gesteigert gehabt hätten, das Bedürfnis nach der Ansammlung solcher Kriegsbedarfsartikel noch viel dringender geworden. Diese Tatsachen seien also durchaus nicht geeignet, um als Begründung zugunsten des Reklamanten dienen zu könnet.

Aus diesen Gründen müßten die neuen Streitpunkte, die der Reklamant anführe, auch wieder alle für unzutreffend angesehen und die Berufung abgewiesen werden.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Der Reklamant sagt: Salz wie das zur Verhandlung stehende sei minderwertige Ware, welche zum Speisegebrauch nicht dienen könne. Es sei lediglich dazu bestimmt, Lachs einzusalzen oder in Salzlake einzulegen, um ihn vor dem Verderben zu bewahren. Da es demnach den Lachs nicht schmackhaft zu machen und so als Nahrungsmittel zu dienen bestimmt sei, so falle es nicht unter den Ausdruck "Nahrungsmittel" der Instruktion des japanischen Marineministeriums.

Die Frage, ob Salz Nahrungsmittel ist oder nicht, bestimmt sich aber nicht nach der Feinheit der Qualitäl. Der Haupbasche nach ist alles das Kochsalz, was wegen seines charakteristischen Geschmacks verwandt wird. Wenn daher auch das zur Verhandlung stehende Salz minderwertige Ware wäre, so würde das seiner Eigenschaft als Kochsalz nicht entgegenstehen; wieviel weniger, wo nach sachverständigen Urteil erwiseen ist, daß es nach Trocknen und Zerkleinern eine erst-klassige Ware abgeben würde, welche sehr wohl als Kochsalz dienen könnte.

Wenn es aber Kochsalz ist, so verliert es diesen seinen eigenen Charakter als Nahrungsmitteln nicht dadurch, daß es mit anderen Nahrungsmitteln vermischt wird. Man kann es nicht mit richtigen Konservierungsmitteln von Getränken oder mit Brennmaterial zum Fischräuchern oder mit Dünger für Weizen, welche keine Nahrungsmittel sind, auf eine Stufe stellen. Dies besonders, weil Kochsalz nicht nur bei der Zubereitung von Fischen, sondern auch in der tiglichen Küche nichen der würzenden auch eine konservierende Wirkung hat. Nur die eine Seite seiner Wirkung ins Auge zu fassen und zu behaupten, es sei kein Nahrungsmittel, da es zur Konservierung diene, kann nur als anbillig bezeichnet wurden.

Der Bestimmungsort des zur Verhandlung stehenden Salzes, Nikolaiewsk, liegt in der Nähe der Amurmündung und nimmt in der Küstenprovinz eine sehr wichtige Stellung ein. Durch Vermittlung des am Oberlauf des Amur gelegenen Chabarowsk steht es auf dem Wasserwege oder durch die Eisenbahn mit militärisch wichtigen Plätzen in Verbindung. Diese Gegend ist die bedeutendste für die Lachsfischerei. Seit ieher ist mehr als die Hälfte des produzierten gesalzenen Lachses in Japan konsumiert worden. Unter den Russen hat seit vielen Jahren der Wunsch bestanden, die Nachfrage danach im europäischen Rußland zu steigern; dies ist aber noch nicht gelungen. Trotzdem nun seit dem japanisch-russischen Krieg der Verkehr zwischen dort und Japan vollständig aufgehört hat und die Nachfrage nach Lachs verloren gegangen ist, hat sich das Bedürfnis danach für die Truppen gesteigert. Daß diese außerordentliche Lebhaftigkeit der Nachfrage bestand, wird dargetan durch die Zeitschrift für Handel und Industrie des russischen Finanzministeriums vom 20. Juli 1905 sowje auch durch die Sitzungsprotokolle der vierten Stadtversammlung von Chabarowsk im Jahre 1903.

Wenn nun zu der in Frage stehenden Zeit ein für einmal so großer Transport von Salz nach dorthin stattgefunden hat, so muß man annehmen, daß dieses Salz zur Fabrikation von gesalzenen Fischen dienen sollte, welche zur Vernßegung der feindlichen Truppen bestimmt waren. Das zur Verhandlung stehende Salz ist demnach, weil es nach feindlichem Gebiet bestimmt war und als Nahrungsmittel für die feindliche Armee oder Marine dienen sollte. Kriegskonterbande.

Es ist aber völkerrechtlicher Grundsatz, daß Konterbande sehlechlhin eingezogen werden kann. Da es danach durchaus rechtmäßig ist,
wenn das Urteil erster Instanz es für gute Prise erklärt hat, so erübrigt es sich, auf die einzelnen Punkte der Berufung besonders einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden: Die Berufung wird abgewiesen.

Am 12. März 1906 im Oberprisengericht.

(Unterschriften.)

Reklamant: Pacific Coast Steamship Company, Vereinigte Staten von Nordamerika, San Francisco, vertreten durch den Kapitān des Dampfers, "Montara", Th om as Reilly, und Lloyd, England, London, vertreten durch A. G. Morey We ale, Angehörigen der Firma Cornes & Co., Vokohama, Yamashiacho Nr. 50.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sato Hakuai, Yokohama,

In der Prisensache, betreffend den nordamerikanischen Dampfer "Montara", wird nach Beendigung der Untersuchung, wie folgt, entschieden:

#### Urteilsformel:

Es wird auf Wegnahme des nordamerikanischen Dampfers "Montant" und der auf diesem verschifften Güter, nämlich 25 Sack Tabakblätter; 11 Kisten Tabak; 17 Kisten Zucker; 1 Dampfboot; 2 kleine Leuchter; ein Quantum Brennholz; ungefähr 4000 gesalzene Sechundsfelle; Robbenfelle, schwarze Dachsfelle, Koffuchsfelle, Fischotterfelle, Vielfraßfelle, Hermelinfelle und Bärenfelle, zusammen etwa 30 Stück, erkannt.

### Tatbestand und Gründe:

Der zur Verhandlung stehende Dampfer "Montara" steht im Eigentum des Reklamanten, der Pacific Coast Steamship Company, sein Heimatshafen ist San Francisco in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und er ist ein Handelsschiff, welches die nordamerikanische Flagge führt. Der Dampfer wurde durch den Charteryertrag, welcher am 22. März 1903 zwischen der Agentur der Kamtschafka-Handels- und Industriegesellschaft Rosbram & Co. und der Reederei abgeschlossen wurde, um die von der genannten Gesellschaft der russischen Regierung gegenüber übernommene Aufgabe der Lieferung von Lebensbedürfnissen nach den Commandorski-Inseln zu erfüllen, für ungefähr 5 Monate vom 1. Mai d. J. ab an die genannte Handels- und Industriegesellschaft vermietet. Der genannte Dampfer lud demgemäß als Lebensbedarf für die Bevölkerung der Commandorski-Inseln Lebensmittel, landwirtschaftliche Geräte und den obengenannten Zucker und Tabak, im ganzen etwa 200 Tons. Am 9, Juli 1905 fuhr der Dampfer von San Francisco ab und reiste direkt nach Kamtschatka in Rußland. Er lief die Koppe-Insel, Bering-Insel, Petropawlowsk und West-Kamtschatka an, löschte an den verschiedenen Plätzen gewisse Mengen seiner Ladung, lud dort Güter der Gesellschaft und eingekaufte Pelze, und kam wieder nach der Bering-Insel, wo er, als er den Rest der beförderten Ladung löschte, am 16. August 1905 nach 2 Uhr nachmittags auf seinem Ankerplatz bei Nikolsk auf dieser Insel von dem Kaiserlichen Kriegsschiff "Izumi" gesichtet wurde. Als Ergebnis der Visitierung wurde der Dampfer, weil im Gebrauch der russischen Regierung stehend und weil er Konterbande befördere, beschlagnahmt,

Für gewöhnlich können ausländische Schiffe auf den CommandorskiInseln nicht verkehren und Handel treiben. Aber seit dem japanischrussischen Krieg hat die russische Regierung für Schiffe, welche von
der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft und der Ostsibirischen Compagnie gechartert würden, eine besondere Erlaubnis zum
Verkehr in den genannten Gegenden erteilt. Daraufhin verkehrte das
zur Verhandlung stehende Schiff, obwohl es ein ausländisches Fahrzeug ist, unter der Vergünstigung jener Erlaubnis auf den CommandorskiInseln. Die in der Urteilsformel aufgeführten Güter, nämlich die noch
zu löschenden Waren, die neueingekauften Pelze, das Dampfboot usw.
gehören der russischen Kamteschakts-Handels- und Industriegesellschaft.

Diese Tatsachen werden bewiesen durch die Aussageschrift und das Guiterverzeichnis des Vertreters des Kommandanten des Kriserlichen Kriegsschiffs, "Zumi", Oberleutnants zur See, Ikaku Klzo, die Vernehmungsprotokolle des Kapitäns der "Montara", Thomas Reilly, des ersten Offiziers James Bowen, des Bootsmanns M. Bilke, des genannten Ikaku Kizo, des Vertreters der russischen Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft Nikolai Bruggen, des Oberkommissars für die Lieferungen nach den Plätzen des Ochotskischen Meers und des Beringsmeers für das Etatsjahr 1905, Rats des Ministeriums des Inneren, Nikolai Alexandrowitsch Grebnitzki, das Schiffszertifikat, den Chartervertrag, 6 Konnossemente, die Auskalrierungsbescheinigung von San Francisco, das Privatschiffsjournal, das Tagebuch, die Abschrift des Vernehmungsprotokolls mit dem genannten

Grebnitzki aus den Akten der Prisensache betreffend den amerikanischen Dampfer "Australia" und die Abschrift der Instruktion der russischen Regierung an den Oberlieferungskommissar.

Die Hauptpunkte der Reklamation sind folgende:

Der Dampfer "Montara" gehöre schon seit der Zeit vor dem japanisch-russischen Krieg dem Reklamanten, der Pacific Coast Steamship Company, sei in San Francisco eingetragen und sei ein neutrales Handelsschiff amerikanischer Nationalität. Im März 1905 habe die genannte Dampfergesellschaft mit der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft einen Chartervertrag abgeschlossen, nach welchem das Schiff zur Fahrt in dem Ochotskischen Meer bei Kamtschatka und der Umgegend davon, für ungefähr 5 Monate vermietet worden sei. Der Chartervertrag entspreche den gewöhnlichen Gebräuchen, und das verwandte Dokument sei von der allgemein verwandten gedruckten Art. Während Ausübung des Vertrages seien weder falsche Schiffspapiere angefertigt noch falsche Eintragungen vorgenommen worden. Das zeige, daß weder der Reeder noch der Kapitan eine Verletzung der Neutralität geplant hätten. Der Dampfer habe in San Francisco Tabak, Zucker, landwirtschaftliche Geräte, Eisen, andere Lebensmittel und dergleichen. alles Bedarfsartikel, welche für die Bevölkerung von Kamtschatka und den benachbarten Inseln notwendig seien, geladen. Am 9. Juli d. J. sei der Dampfer von dem genannten Hafen abgereist, habe Koppe-Insel, Petropawlowsk und West-Kamtschatka angelaufen, dort seine Ladung gelöscht und solche zur Beförderung nach San Francisco eingenommen. Auf der Rückfahrt sei er wieder bei der Beringinsel angekommen und habe auf dem Ankerplatz von Nikolsk geankert. Am 16. August d. I., nachmittags, als bereits die dort zu löschende Ladung von Bord des zur Verhandlung stehenden Schiffs genommen gewesen sei, und das Schiff vorgehabt hat, denselben Abend seine Reise nach San Francisco anzutreten, sei das Schiff, weil ein Teil seiner Ladung als Kriegskonterbande und das Schiff mit der Begründung, daß die Charterer unter der Gewalt und dem Schutz der russischen Regierung stünden, als ein im Gebrauch dieser Regierung stehendes Schiff angesehen worden sei, beschlagnahmt worden.

- Das Schiff habe durchaus keine Konterbande an Bord gehabt.
   Wenn man aber seine Ladung für solche halte, so sei doch die Aufbringung erst nach Löschung derselben geschehen und die völkerrechtliche Wissenschaft und Praxis verböten Wegnahme des Schiffs.
- 2. Die Charterer h\u00e4tten freilich von der russischen Regierung das Monopol des Pelzeinkaufshandels auf den Commandorski-Inseln einger\u00e4umt erhalten. Dadurch sei aber ihre Eigenschaft als einer privaten Gesellschaft nicht ver\u00e4ndert worden, und man k\u00f6nne folglich das zur Verhandlung stehende Schiff nicht nur daraftlin, da\u00e4
  e von der ge-

nannten Gesellschaft gemietet worden sei, als ein im Gebrauch der russischen Regierung stehendes Schiff betrachten.

- 3. Wenn der Verkehr ausländischer Schiffe im nördlichen Kamtschatka verboten würde, so würde das Rußland nur zum Nachteil gereichen und daher hätten auch vor dem jananisch-russischen Krieg ausländische Schiffe dort verkehren können. Aber selbst angenommen, dies sei besonders für die Kriegszeit erlaubt worden, so sei diese Erlaubnis doch nicht nur den Charterern des zur Verhandlung stehenden Schiffes bewilligt, sondern das Verbot sei vielmehr allgemein aufgehoben. Aber auch wenn man diese Erlaubnis als ein vereinzeltes, außerordentliches Vorrecht ansehen wolle, so berühre sie doch die rechtlichen Beziehungen der genannten Gesellschaft mit der russischen Regierung und sei keine besondere von diesem Schiff erhaltene Erlaubnis. Die in der Seeprisenordnung 1) im § 6 genannten "Schiffe, welche mit besonderer Erlaubnis des feindlichen Staats fahren", seien notwendig solche, welche für sich selbst die besondere Erlaubnis erhalten hätten. Aber selbst wenn eine solche besondere Erlaubnis vorliege, so könne doch das Schiff, nachdem es bereits die Löschung seiner Ladung vollendet gehabt habe, nicht wegen Neutralitätsbruchs zur Verantwortung gezogen werden.
- 4. Die japanische Seeprisenordnung sei nur f
  ür die betreffenden militärischen Beh
  örden erlassen, und k
  önne, soweit sie nicht mit den Pr
  äcedenzen und dem Sinne des V
  ölkerrechts 
  übereinstimme, außer auf die Schiffe des eigenen Landes und den Bereich der eigenen Hoheitsgewäser keine Anwendung finden.
- Die zur Verhandlung stehende Ladung sei dazu bestimmt gewesen, die hungerleidende Bevölkerung entlegener Inseln zu unterstützen. Der Transport diene also der Menschlichkeit.<sup>2</sup>)
- 6. Das Prisenwesen habe als Grundlage das militärische Bedürfnis und müsse daher mit Wiederherstellung des Frisdens vollständig aufhören. Es sei daher selbstverständlich, daß Prisen, welche noch nicht abgeurteit seien, freigegeben werden müßten. Das bezeugten auch die Beispiele des französisch-mexikanischen Kriegs vom Jahre 1850 (wahrscheinlich irrtümlich für 1865), der Kriege Osterreichs gegen Frankreich und Piemont vom Jahre 1839. Dönemarks gegen Preußen und Österreich vom Jahre 1864 und des letzten Teils des französisch-preußischen Krieges.

Bezüglich der gegenseitigen Prisen der kriegführenden Staaten könnten diese Fragen entweder durch Vertrag oder nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit geregelt werden; neutrale Schiffe und Güter brauchten sich jedoch von Wiederherstellung des Frisédens an nicht mehr der Entscheidung der Prisengerichskhöfe der kriegführenden Staaten zu

<sup>1)</sup> V. -- 1) V. 8 35.2.

unterwerfen. Daher müsse in dem vorliegenden Falle unfraglich auf Freigabe entschieden werden.

Zum Beweis der Behauptungen des Punktes 3 der Reklamation ist der japanische Staatsanzeiger vom 12. März 1902: Verkehr japanischer Schiffe im Wladiswostok; desgleichen vom 14. Oktober 1903: Schiffsverkehr in Wladiswostok; und das Beiblatt 8 der Monatsschrift des Zollamis: Bericht der Beamten Yashiro und Kuraoka vorgelegt worden.

Das Gericht ist folgender Ansicht:

Wenn der feindliche Staat für Orte, wo in Friedenszeiten der Handelsverkehr ausländischer Schiffe verboten ist, diesen Verkehr während der Kriegszeit für gewisse Schiffe besonders erlaubt, so erwerben auch neutrale Schiffe, die auf Orund dieser besonderen Erlaubnis Handelsverkehr betreiben, feindlichen Charakter 3) und unterliegen der Wegnahme.) Auch die auf solchen Schiffen verladenen, feindlichen Personen gehörigen Ütter sind einzuziehen.) Das ist von der Wissenschaft und Praxis des Völkerrechts anerkannt.

Die Commandorski-Inseln, wohin das zur Verhandlung stehende Schiffe erreits itst, ind von jeher von dem Handelsverkehr ausländischer Schiffe ausgeschlossen gewesen. Da aber seit dem Krieg mit Japan die russische Regierung die Versorgung dieser Inseln auf eigenen Schiffen nicht mehr durchführen konnte, so erteilte sie ausschließlich der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft und der ostsibirischen Compagnie die Erlaubnis, von ihnen gecharterte ausländische Schiffe dort verkehren zu lassen.

Da sich aus den Aussagen des oben genannten Grebnitzki ergibt, daß das zur Verhandlung stehende Schiff auf Grund des Vorzugs dieser besonderen Erlaubnis bei den Commandorski-Inseln verkehrt hat, und da das Schiff tatsächlich, während es auf dem Ankerplatz von Nikolsk auf der Commandorski-Insel lag, beschlagnahmt worden ist, so muß es als feindliches Schiff betrachtet werden.

Da ferner die ganze Ladung den Charterern des Schiffs, der russischen Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft, gehört, so ist sie als Feindesgut anzuschen und zusammen mit dem Schiff wegzunchmen.

1. Der Reklamant macht als Grund für die Freigabe geltend, daß-weder der Reeder noch der Kapitän einen Neutralfätisbruch geplant habe. Da aber die Frage, ob das zur Verhandlung stehende Schiff auf Grund einer besonderen Erlaubnis Handelsschiffahrt getrieben hat, sich nach den tatsächlichen Handlungen des Schiffs entscheidet, so kommt die Absicht des Reeders oder des Kapitäns dafür nicht in Betracht.

Der Reklamant behauptet, daß auch vor dem japanisch-russischen Krieg Verkehr ausländischer Schiffe in der Gegend von Commandorski

stattgefunden hat und hat zum Beweis hierfür zwei Notizen aus dem Staatsanzeiger und eine Beilage der Monatsschrift des Zollamts eingereicht. Daraus kann man aber nicht die Tatsache folgern, daß ausländische Schiffe ohne Erlaubnis der russischen Regierung frei Handelsschiffährt inder Gegend von Commandorski getrieben haben; und die Aussagen des früheren Gouverneurs von Commandorski und Oberlieferungskommissars für die Küsten des Beringmeers für das Etatsjahr 1095, Greb nitzki, können dadurch nicht widerlegt werden.

3. Der Reklamant führt aus, wenn man auch annehme, daß die Handelsschiffahrt frender Schiffe in der Oegend von Commandorski für die Kriegszeit besonders gestattet worden sei, so sei das doch nicht eine besondere Falaubnis für die Charterer des zur Verhandlung stehenden Schiffes, sondern das Verbot sei viellenher allgemein aufgehoben worden; und selbst wenn man diese Erlaubnis als ein vereinzeltes außerordentliches Vorrecht ansehen wolle, so stehe dies doch der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft, nicht aber dem zur Verhandlung stehenden Schiff zu.

Es geht indessen aus den Aussagen Øre bnitzkis klar hervor, daß diese Erlaubnis nur der Kamtschatka-Handels- und Industriegsellschaft und noch einer Handelsgesellschaft für die von ihnen gecharterten Schiffe erteilt worden ist und daß andere ausländische Schiffe, wenn sie die in Frage stehenden Plätze anlaufen würden, sich der Verletzung eines russischen Staatsverbots schuldig machen würden. Daher kann man von einer allgemeinen Aufhebung des Verbots nicht sprechen. Und auch wenn man annimmt, die Erlaubnis sei den Charterern des zur Verhandlung stehenden Schiffes und nicht dem Schiff selbst erteilt, so hat doch, wie oben ausgeführt, das Schiff auf Grund dieser Erlaubnis in dem verbotenen Bereich Handelsschiffahrt betrieben und damit feindlichen Charakter erworben.

4. Wenn der Reklamant vorbringt, die Reise des zur Verhandlung stehenden Schiffes sei aus Menschlichkeit gemacht worden und daher könne das Schiff nicht weggenommen werden, so steht dem entgegen, daß, wie oben gesagt, die Reise nur in Ausführung der gewöhnlichen Lieferungsantgaben als eine besondere Art von Handle sietnes der Kamtschatka Handels- und Industriegesellschaft gemacht worden ist und in keiner Weise auf Zwecke der Wohltätigkeit und Menschlichkeit hindeutet.

5. Der Reklamant behauptet unter Anführung von Beispielen, daß Prisen nach Wiederherstellung des Friedens nicht mehr gemacht werden könnten, daß weder das Schiff noch seine Ladung von Wiederherstellung des Friedens an sich der Entscheidung des Prisengerichts zu unterwerfen brauchten. Daher seien sie selbstredend freizugeben. Was die angeführten Beispiele angeht, so haben dort entweder die kriegführenden Staaten in einem besonderen Vertrag die zegenseitigen Beziehungen geregelt oder es handelt sich nur um Freigabe einer bestimmten Art feindlicher Schiffe auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschriften. Als Präcedenzen auf den vorliegenden Fall können sie indes nicht angesehen werden.

Wenn auch im allgemeinen das Recht, Prisen zu machen mit der Wiederherstellung des Friedens aufhört, so werden doch bereits geschehene Aufbringungen dadurch nicht annulliert. Die Handlung der Aufbringung und die Handlung, welche über die Rechtmäßigkeit der Aufbringung entscheidet, sind zwei ganz verschiedene Sachen. Daher können die Prisengerichte, außer wo sie durch Vertrag oder Gesetz gebunden sind, gleichviel ob es sich um neutrale Schiffe handelt oder nicht, auch nach Wiederherstellung des Friedens die Untersuchung forrsetzen und entscheiden, ob Wegnahme erfolgen soll oder nicht. Dies ist von der Präededneznsteheidung, betreffend die "Yeesung" aus dem japanisch-chinesischen Krieg der Jahre 1894/95 und von der sonstigen völkerrechtlichen Praxis und Wissenschaft in gleicher Weise anerkannt.

Da aus den obigen Gründen das zur Verhandlung stehende Schiff und seine Ladung einzuziehen sind, so erübrigt es sich, auf die weiteren Ausführungen des Reklamanten besonders einzugehen.

Es wird daher wie in der Urteilsformel entschieden.

Verkündet am 4. November 1905 im Prisengericht zu Yokosuka im Beisein des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Uchida Shigenari.

(Unterschriften.)

Reklamant: Pacific Coast Steamship Company, Vereinigte Staten von Nordamerika, San Francisco, vertreten durch den Kapitän der "Montara", Thomas Reilly, und Lloyd, England, London, vertreten durch A. O. Morey Weale, Angehörigen der Firma Cornes & Co., Vokohama, Vamashitacho Nr. 50.

Prozeßvertreter: Rechtsanwalt Sato Hakuai, Yokohama, Honcho, Sanchome Nr. 40.

Am 4. November 1905 hat das Prisengericht zu Vokosuka in der Prisensache, betreffend den amerikanischen Dampfer "Montara" und seine Ladung, welche am 16. August 1905 auf dem Ankerplatz von Nikolsk auf der Beringinsel von dem Kaiserlichen Kriegssechiff "Izumi" beschlagnahmt worden sind, ein Urteil gefällt, in weichem auf Einziehung des nordamerikanischen Dampfers "Montara" und der auf ihm verladenen 25 sack Blattabak, 11 Kisten Tabak, 17 Kisten Tauker, eines Dampfboots, zwei kleiner Leichter, eines Quantums Brennholz, ungefähr 4000 gesalzener Sechundsfelle, Robbernfelle, schwarzer Dachsfelle,

Rotfuchsfelle, Fischotterfelle, Vielfraßfelle, Hermelinfelle und Bärenfelle, zusammen etwa 30 Stück, erkannt worden ist.

Gegen dieses Urteil hat der Vertreter der Pacific Steamship Company, Thomas Reilly, und der Vertreter des Lloyd, A. G. More y Weale, durch den Rechtsanwalt Sato Hakuai als Prozeßvertreter die Berufung eingelegt, welche im Beisein der Staatsanwälte Tsutsuki Keirok u und Dr. jur. Ishiwatari Binichi beim Oberprisengericht geprüft worden ist.

Die Hauptpunkte der Berufung des Vertreters der Reklamation, Sato Hakuai, und deren Gründe sind folgende:

1. Daß Rußland auch vor dem Kriege in der K\u00e4stern und sonstiger aus-l\u00e4ndischer Schiffe gestattet habe, gehe hervor aus den von dem Reklamanten dem Gericht erster Instanz vorgelegten Beweisst\u00e4cken A. dem Statasnzeiger vom 12. M\u00e4rz 1902 (Bericht des Handelsagneten K as wakam in Wladiwostok); A2, dem Statsanzeiger vom 14. Oktober 1903 (Bericht des genannten Beamten); A3, Beiblatt 8 der Monatsschrift des Zollamts zu Yokohama (Bericht der Beamten Vashiro und Kuraoka über ihre Dienstreise nach Kamtschatka). Wenn man einmal annehme, daß die Aussage Grebnitzkis, daß auf den Commandorski-Inseln der Verkehr ausländischer Schiffe verboten sei, wahr sei, so ergebe sich das doch nur aus dem der Kamtschatka-Handels- und Industriegseilschaft einger\u00e4umten uns dem der Kamtschatka-Handels- und Industriegseilschaft einger\u00e4umten Monopolrecht. Man k\u00f6nne dagegen die Sache nicht so ansehen, als ob der K\u00e4stenhandel verboten sei.

Da, wie der Vertreter der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft, Bruggen, ausgesagt habe, diese Gesellschaft von der Reglerung das ausschließliche Recht erhalten habe, die Jagdbeute der Commandorski-Inseln allein anzukaufen und den Inselbewohnern die täglichen Lebensbedarfsartikel zu liefern, so könne man daraus entnehmen, daß keine Schiffe, einerlei ob russische oder ausländische, sofern sie nicht im Eigentum, bzw. in Charter, der Kamtschatka-Handelsund Industriegesellschaft stünden, auf den Commandorski-Inseln Handelsverträge treiben dürften. Wenn daher auch, wie Grebnitzki ausgesagt habe, die genannte Gesellschaft vor dem Kriege zum Handelsverkehr auf den Commandorski-Inseln ausländische Schiffe nicht habe mieten können, so sei das doch nur eine Bedingung der russischen Regierung in ihrer Instruktion gegenüber dieser Gesellschaft. Diese Bedingung sei indessen nach der Kriegseröffnung weggefallen, und die Gesellschaft habe dann die Freiheit zur Miete und zum Gebrauch ausländischer Schiffe erhalten. Aber darum könne man gecharterte ausländische Schiffe nicht als solche bezeichnen, welche mit besonderer Erlaubnis der russischen Regierung führen. Denn die Handels- und Industriegesellschaft könne jede Art von Schiffen, gleichgültig welcher Nationalität, chartern. Daß diese Gesellschaft diese Freiheit erhalten habe, gleichgültig was für Schiffe und welcher Nationalität chartern zu können, könne man nicht als die "Besondere Erlaubnis") auffassen. Um diesem Einwurf zu entgehen, habe das Urteil erster Instanz absichtlich die dunkle Erklärung gegeben, daß das Schiff auf Grund des Vorzugs der besonderen Erlaubnis, welche die Kamtschatka-Handels-und Industriegesellschaft erhalten habe, gefahren sei. Die in der Instruktion der genannten Gesellschaft enthaltene "Aufflebung der Beschränkung" oder, wie das Urteil erster Instanz sage, "besondere Erlaubnis" auffassen. Da ferner ein Vorzug, welchen jedes Schiff haben könne, nicht den Charakter des Besonderen habe, so stimme auf ihn nicht die im Eingang der Urteilsbegründung gegebene Voraussetzung, nämlich, daß

wenn der feindliche Staat für Orte, wo in Friedenszeiten der Handelsverkehr ausländischer Schiffe verboten sei, diesen Verkehr für die Kriegszeit für gewisse Schiffe besonders erlaube, auch neutrale Schiffe, die auf Grund dieser besonderen Erlaubnis Handelsverkehr betrieben, feindlichen Charakter erwürben und der Wegnahme unterlägen.

Kurz, die besondere Erlaubnis, auf Grund deren man neutralen Schiffen feindlichen Charakter beilegen könne, bedinge, daß ein Schiffe eine Erlaubnis von dem feindlichen Staat erhalten habs, oder die Erlaubnis erhalten habe, die Flagge desselben zu führen, oder Steuerfreiheit oder sonstige Unterstützung genieße; auf alle Fälle sei en folig, daß ein besonders bestimmtes Schiff eine besondere Vergünstigung oder Behandlung empfange.

Einfach aus dem geringfügigen Grunde, daß es einen zur Friedenszeit verbotenen Handel getrieben habe, einem Schiff eines befreundeten Staals feindlichen Charakter beizulegen, sei eine zu strenge Entscheidung, welche in der Neuzeit keine Beispiele finde. Dieses sei ein Grund, aus welchen dem Urteil widersprochen werde.

2. Da die Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft jedes ausländische Schiff zu chartern die Freiheit habe, so sei, wie sehon im vorigen Punkt dargetan, das zur Verhandlung stehende Schiff in Charter der genannten Gesellschaft auf den Commandorski-Inseln verkehrt, ohne daß es dazu von der russischen Regierung irgendwelche besondere Vergünstigung oder Behandlung erfahren habe.

Daß ein neutrales Schiff auf Grund dessen, daß es Handel getrieben habe, den der feindliche Staat zur Friedenszeit verbiete, weggenommen werde, erscheine, soweit der Reklamant wisse, nicht in den Bestimmungen der Prisenordnungen irgend eines modernen Staats. Zum Beispiel be-

<sup>9</sup> V. § 6.2.

schränkten die am 27. Juni des Jahres 1900 von dem Marineministerium der Vereinigten Staaten von Nordamerika erlassenen Bestimmungen über den Seekrieg die Wegnahme neutraler Schiffe auf die Fälle, daß ein Schiff im Dienst der feindlichen Armee oder Marten oder unter der Aufsicht des Feindes stehe (Art. 16); daß es Konterbande führe, daß es Blockadebruch versuche (Art. 19); oder daß es zurzeit im Dienste des Feindes stehend als Nachrichtenboot fahre (Art. 20). Obwohl ferner die Vereinigten Staaten die Pariser Deklaration nicht gezeichnet hätten, erklärten sie doch, daß ein neutrales Schiff, welches feindliches Gut führe, mit seiner Ladung der Aufbringung entgehen müsse (Art. 19). Die Staaten hätten den Artikel 2 der Pariser Deklaration anerkannt, ohne indes seine Ausnahme anzunehmen. Wenn der vorliegende Fall sich bei den Vereinigten Staaten ereignet hätte, so sei es unzweifelhaft, daß er keine Entschedung auf Wegnahme erhalten haben würch

In der russischen Seeprisenordnung vom 27. März 1895 beschränkten sich die Fälle, in welchen neutrale Handelsschiffe eingezogen werden könnten, auf solche Schiffe, welche Kriegskonterbande oder feindliche Truppen transportierten (Art. 11, Absatz 1, 2, und 3); welche vorsätzlich in einen blockierten Hafen einzudringen versuchten: welche sich dem Anhalten, der Besichtigung und der Beschlagnahme mit Waffengewalt widersetzten; und welche im Interesse des Feindes gegen Rußland handelten (Art. 11, Ziffer 2, 3, und 4). Der Fall, daß ein Schiff nach einem, im Frieden nicht geöffneten Hafen des feindlichen Staats Handel getrieben habe, sei außer Frage gelassen. Dieses könne mit einem tatsächlichen Beispiel belegt werden, nämlich dem Urteil des Prisengerichts zu Wladiwostok vom 24. Juli 1904, in welchem auf Wegnahme des englischen Dampfers "Alanton" erkannt worden sei. Das Schiff habe Cardiffkohle geladen und als Bestimmungsorte Hongkong oder Sasebo angegeben gehabt. Am 21. Februar 1904 sei es von Cardiff abgefahren und um das Kap der Guten Hoffnung und über Hongkong nach Sasebo gelangt. Dort habe es die Ladung gelöscht, sei nach Muroran auf Hokkaido gefahren, habe wieder Kohlen geladen und Singapore zum Bestimmungshafen gemacht. Auf der Fahrt nach dem Westen sei es bei Okinoshima von dem gewalttätigen russischen Geschwader aufgebracht worden. Freilich sei Sasebo Kriegshafen und Muroran kein geöffneter Hafen, 7) und die japanische Regierung habe auch während des Krieges niemals allgemein das Einfahren für ausländische Schiffe gestattet. Auch habe sie nicht einigen einzelnen Gesellschaften den Gebrauch ausländischer Schiffe freigestellt und den Verkehr in nicht geöffneten Häfen gestattet, 8) sondern für jedes ein-

i) Tatsächlich ist Muroran unter anderem für Kohlenausfuhr geöffnet,

<sup>3)</sup> Tatsächlich wurde ganz aligemein den bereils bestehenden, in Küstenschifffahrt engaglerten japanischen Reederelen die Verwendung ausländischer Charterschiffe hierzu freigeweben.

zelne Schiff besonders die Erlaubnis erteilt. Wenn es möglich wäre, daraufhin, daß ein Schiff auf Grund einer Erlaubnis des Feindes nach einem im Frieden verbotenen Hafen gefahren sei, demselben feindlichen Charakter beizulegen, so wäre es nicht so schwer gewesen, die Entscheidung auf Wegnahme des Dampfers "Alanton" zu begründen. Da aber ein solcher Grund von der russischen Prisenordnung nicht anerkannt sei, so habe das Prisengericht von Wladiwostok sehr viel Mühe gehabt, eine Begründung für die Wegnahme aufzubauen und sich hauptsächlich darauf gestützt, daß das Schiff seine ausschließlich aus Konterbande bestehende Ladung in Sasebo gelandet habe, obwohl die Haftung mit der Landung aufhöre. Wenn die "Alanton" aber nicht Konterbande befördert gehabt hätte, so würde offenbar das Prisengericht keinen Vorwand für die Entscheidung auf Wegnahme haben finden können. Wieviel mehr müsse das für die zur Verhandlung stehende "Montara" gelten, welche für sich selbst keinerlei besondere Erlaubnis von der russischen Regierung erhalten habe.

Auch in der am 20. Juni 1864 veröffentlichten preußischen Seeprisenordnung sei unter den im § 7 aufgeführten, als Prisen zu behandelnden Gegenständen der vorliegende Fall nicht enthalten.

Nach dem Handbuch des englischen Prisenrechts von Holland. Abschnitt 9, Artikel 141, habe man bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts nach den Kriegsbestimmungen vom Jahre 1756 neutrale Schiffe. welche zu einem, im Frieden anderen als feindlichen Schiffen verbotenen. Handel dienten, aufbringen können. Wenn auch der Handel nach den Kolonien und der Küstenhandel während einer Zeit gebräuchlicherweise verboten gewesen sei, so sei dieser Handel doch zurzeit für ausländische Schiffe allgemein freigegeben, so daß iene Kriegsbestimmungen ihre praktische Anwendbarkeit verloren hätten. Nach Ziffer 2 der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1856 hätten iene Bestimmungen in dem Sinne eine Einschränkung erfahren, daß dort bestimmt sei, daß die neutrale Flagge feindliches Gut, ausgenommen Kriegskonterbande, schütze. Aus diesen beiden Rechtsquellen ergebe sich klar, daß ein englischer Kreuzerkommandant, wenn er nicht besondere Instruktion habe, iene Kriegsbestimmungen nicht in Ausführung setzen dürfe. Die Kriegsbestimmungen aus dem Jahre 1756, welche Schiffen, die Handel nach Plätzen trieben, die im Frieden für ausländische Schiffe verboten seien, feindlichen Charakter beilegten, seien eine Gewohnheit, welche nur bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts in Übung gestanden habe. Das sei der Grund, weshalb in den seit Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Gegenwart erlassenen preußischen, amerikanischen und russischen Prisenordnungen iene Bestimmung nicht mehr zu finden sei. Ob die am Anfang des vorigen Jahrhunderts in Kraft gewesenen Kriegsbestimmungen heutzutage vollkommen aufgehoben seien, sei eine Frage,

über die man in englischen Juristenkreisen noch im Zweifel sei. In dem bei dem Obergericht in Hongkong vorgekommenen "Prometheus"-Fall sei dieser Putalt in Streit gewen und der Kläger habe behauptet, daß diese Bestimmungen in Kraft seien; der Beklagte habe dies bestritten. Der vorsitzende Richter H. S. Berkel ey sei der Entscheidung über diesen Streitpunkt aus dem Wege gegangen und habe entschieden, daß, wenn man selbst annehme, daß diese Bestimmungen noch in Kraft seien, nach den anderen Punkten die Forderung des Klägers abzuwesen sei. Wenn der Richter aber diese Kriegsbestimmungen als dem Recht entsprechend mit der völkerrechtlichen Praxis in Einklang stehend und als geltendes englisches Recht habe behandeln wollen, so würde er das Bestehen dieses Gesetzes klar haben anerkennen und danach entscheiden müssen. Wenn er dagegen durch die oben zwähnte Wendung das Bestehen desselben nicht klar gestellt habe, so könne daraus der Wert dieser Bestimmungen ermessen werden.

Selbst aber wenn man annehme, es lägen keine Beweise dafür vor, daß jene Bestimmungen in England völlig aufgehoben seien, so habe doch ihre Anwendung notwendigerweise, wie Holland ausführe, seitdem England die Pariser Deklaration gezeichnet habe, eine Beschränkung erfahren. Denn da sie offenbar mit Artikel 2 der Deklaration kollidierten, so könnten sie nur im Fälle eines Kriegs mit einem Staat, welcher der Deklaration nicht beigetreten sei, zur Anwendung kommen. Heutzutage seien diejenigen unter den zivilisierten Staaten, welche der Deklaration nicht beigetreten seien, nur einigs wenige. Die Vereinigten Staaten hätten in ihren Verordnungen über den Seskrieg, wie sehon ungeführt, die gleichen Bestimmungen getroffen, wie die Pariser Deklaration. Man könne daher in den Beziehungen zwischen den modernen zivilisierten Staaten. Bestimmungen oder Gebräuche wie die alten englischen Kriegsbestimmungen, tatsächlich nicht ausfindig machen.

Die als der wahre Ausdruck des Völkerrechts zu bezeichnende, von dem internationalen Völkerrechtskongreß beschlossene Seeprisenordnung sei auch natürlich frei von solchen veralteten Ideen (Art. 23).

Der Ausdruck der neuen japanischen Seepris-mordnung<sup>9</sup>) § 6, Ziffer 2): "Sehiffe, welche mit einer besonderen Erlaubnis des feindlichen Staats fahren" beziehe sich nur auf den Fall, wo das betreffende Schiff selbst die besondere Vergünstigung und Behandlung seitens der feindlichen Regferung genieße. Diese abstrakte Bestimmung sei nur eine Zusammenfassung und Vereinfachung des § 2, Ziffer 2 und Ziffer 3 der alten Prisenordnung, wo es heiße: "Schiffe, welche einen Reispaß des feindlichen Staats besitzen" bzw. "Schiffe, welche auf Grund eines Erlaubnisscheins der feindlichen Regferung fahren". Die alte Bestimmung habe offenbar nur Anwendung finden können auf Schiffe.

welche einen Reisepaß des feindlichen Staats besessen hätten oder mit einem Erlaubnisschein der feindlichen Regierung gereist wären oder eine, möglicherweise nach Auslegung, noch hervorragendere besondere Vergünstigung genossen hätten. Wenn man aber daraus, daß in der neuen Bestimmung jene abstrakte Wendung gebraucht sei, schließen wolle, daß sie auch noch in leichteren Fällen, als die alte Bestimmung vorsehe, angewendet werden könne, so heiße das sich dem Strom der zivlisierten Welt entgegenstemmen, welche in Wissenschaft und Praxis jahraus jahrein den Schutz des Privateigentums zur See, soweit es mit dem Kriege nicht in Beziehung stehe, zu fördern suche. Dies sei aber selbstredend nicht die Absicht bei Abänderung der alten Bestimmung gewesen, denn die japanische Regierung strebe danach, Menschlichkeit und Zivliksation in ihrer einsten Form darzustellen und zu verwirklichen.

Freilich könne man die Prisenordnungen der verschiedenen Staaten nicht ohne weiteres als Völkerrecht ansehen (die alten englischen Kriegsbestimmungen seien natürlich kein jetzt gültiges Völkerrecht), ihre Quellen seien aber die Ideen und die Praxis des Völkerrechts und sie könnten daher selbst wiederum als eine Quelle des Völkerrechts gelten, so daß man in ihnen dem Bestehen eines völkerrechtlichen Prinzips nachspüren könne. Was aber die Begründung des Urteils erster Instanz angehe, so würde es wohl schwer sein, die Wurzeln derselben in ihnen zu finden.

Dies sei der zweite Grund, weshalb der Reklamant sich mit dem Urteil erster Instanz nicht bescheiden könne.

3. Mit dem Fortschritt der Zivilisation seien die Fälle, in welchen Privateigentum, welches zu dem Krieg in keiner Beziehung stehe, weggenommen werden könne, mehr und mehr eingeschränkt worden. Wenn aber die letzten Spuren davion noch nicht verschwunden seien, so seien die Reste nur alle historische Überlieferungen, welche in ihrer Orausamkeit von dem Beutewesen des Landkriegs alter Zeit nicht verschieden seien. Eine solche Plünderung des Eigentums von Privatpersonne sei eine Schädigung der eigenen Staatsehre. Daß sie aus den Kriegen der Zivilisischen Welt verschwinden werde, sei nur eine Frage der Zeit.

Es sei ein Grundsatz der Auslegungslehre, daß Strafgesetze steng ausgelegt und daß ihr Anwendungsbereich eng gezogen werde. Da das Prisenrecht eine Art des Strafrechts und seine Existenz nur schwach begründet sei, so widerlaufe eine allzuweit greifende Anwendung desselben dem Gedanken des Rechts und der Menschlichkeit und es sei richtig, dasselbe streng auszulegen und seine Anwendung zu beschränken. Wenn daher das Urteil erster Instanz bei Auslegung des Prisenrechts vielmehr allzu frei vorgegangen sei und seinen Geltungsbereich erweitert habe, so habe es jene Grundlehre der Auslegung nicht beobachtet und sich mit den Bestrebungen der fortschreitenden Zivilisation in Widerspruch gesetzt. Auch sei es zu bedauern, daß die Entscheidung

sich nicht eigne, um als modernste Präcedenz für die zivilisierten Mächte dienen zu können.

Das sei der dritte Grund, aus dem der Reklamant dem Urteil widerspreche.

Aus diesen Gründen werde Aufhebung des Urteils erster Instanz und eine Entscheidung auf Freigabe des zur Verhandlung stehenden Dampfers "Montara" und seiner Ladung beantragt.

Die Hauptpunkte der Erwiderung des Staatsanwalts beim Prisengericht zu Yokosuka, Kabashi Yoshio, sind folgende:

Seit langer Zeit habe die russische Regierung die Ausübung der Handelsschifficht zwischen den russischen Commandorski-Inseln und den verschiedenen in der Nähe liegenden Häfen nur der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft und der Ostsibirischen Compagnie, und zwar aussichließlich mit russischen Fahrzeugen konzessioniert. Als seit dem japanisch-russischen Krieg Mangel an russischen Schiffen eingetreten sei, sei es den beiden Gesellschaften gestattet worden, aus-ländische Schiffe zu chartern und die ihnen konzessionierte, oben genannte Handelsschiffahrt mit diesen auszuüben. Auf Grund dieser Erlaubnis sei das zur Verhandlung stehende Schiff von der Kantschatka-Handels- und Industriegesellschaft gechartert worden und es sei in Ausübung dieser Tätigkeit beschlagnahmt worden. Diese Tätischen ergäben sich aus der Aussage des Oberkommissars für die Lieferungen an die genannten Häfen, des Rats im Ministerium des Inneren Or er b nit zk.i.

Das zur Verhandlung stehende Schiff habe also Geschäfte, deren Ausübung neutziane Schiffahrsunternehmern, ja sogar russischen Statsangehörigen, streng untersagt sei, auf Grund einer Desonderen Erlaubnis der russischen Regierung ausgeführt. Es sei daher zutrefiend, venn die erste Instanz angenommen habe, daß das zur Verhandlung stehende Schiff eine besondere Erlaubnis der russischen Regierung gehabt habe. Das Völkerrecht verlehe einem krizgführenden Staat das Recht, Schiffe, welche auf Gründ einer besonderen Erfaubnis der feindlichen Regierung reisten, als feindliche Schiff einzuziehen. Daß dies Recht zuch nach der Pariser Seerechtsdeklaration vom Jahre 1850 keine Beschränkung erleide, gehe aus dem Artikel 19, Ziffer 2 des von dem Vertreter der Reklamation angeführten Handbuchs des englischen Prisenrechts von Holland hervor.

Kurz, die Entscheidung der ersten Instanz auf Einziehung des zur Verhandlung stehenden Schiffs sei zutreffend und die Berufung unbegründet. Daher sei dieselbe abzuweisen.

Das vorliegende Urteil wird, wie folgt, begründet:

Die russische Regierung hat seit langer Zeit die Handelsschiffahrt auf den Commandorski-Inseln für ausländische Schiffe nicht gestattet. Da aber seit dem japanisch-russischen Krieg Mangel an eigenen Schiffen berichtet wurde, so erteilte die russische Regierung der Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft sowie der Ostsibirischen Compagnie die besondere Erlaubnis, ausländische Schiffe zu chartern und in der genannten Gegend verkehren zu lassen, um den genannten Gesellschaften die Ausführung der von ihnen der Regierung gegenüber übernommenen Lieferungen von Bedaffsartikeln zu erleichtern. Das zur Verhandlung stehende Schiff ist auf Grund dieser besonderen Erlaubnis gereist. Das geht hervor aus dem Vernehmungsprotokoll des mit diesem Fall beauftragten Rats des Prisengerichts zu Vokosuka mit dem Oberlieferungskommissar für die Bedaffsartiktel Grebn 112 k.j.

Das Völkerrecht erkennt in Praxis und Theorie an, daß neutrale Schiffe, welche so auf Grund einer besonderen Erlaubnis des feindlichen Staats fahren, feindlichen Charakter erwerben und zusammen mit der feindlichen Ladung weggenommen werden können. Das Oberprisengericht ist der Ansicht, daß dies den Verhältnissen gerecht wird.

Der Reklamant behauptet, daß Rußland auch vor dem Krieg in der Küstenprovinz und dem Gebiet von Kantschatka den Handelsverkehr von ausländischen Schiffen erlaubt habe und hat zum Beweise hierfür Abschriften aus zwei Nummern des Staatsanzzigers und eines Beiblatts der Montaszeischrift des Zollamts eingrecitett. Aus diesen Beweisstücken kann indes nicht ersehen werden, daß ausländische Schiffe in der Gegend der Commandorski-Inseln zur Handelsschiffahrt verwandt worden sind. Daher ist der Aussage des oben genannten Grebnitzki Glauben zu schenken, welche in seinem Vernehmungsprotokoll, wie folgt, erscheint: Im allgemeinen könnten nur russische Schiffe gechartert werden, um nach den Commandorski-Inseln zu fahren. Aus Anlaß des jetzigen Krieges seien jedoch die russischen Schiffe unzureichend geworden, so daß der Gesellschaft die Charterung von ausländischen Schiffen gestattet worden sei. Wenn man von besonderer Vergünstigung, reden könne, so sei dies eine besondere Vergünstigung.

Ferner, sagt der Reklamant, wenn man einmal annehme, die Ausseg Grebnitzkis, daß die Handelsschiffahrt für ausländische Schiffe in den bezeichneten Gegenden verboten gewesen sei und daß die Kamtschatka-Handels- und Industriegesellschaft für den dortigen Verkehr ausländische Schiffe nicht hätte chartern Können, sei wahr, so sei das doch nur eine Bedingung der russischen Regierung gegenüber dieser Gesellschaft. Diese Bedingung sei indessen nach der Kriegseröffnung aufgehoben und die Charterung ausländischer Schiffe sei möglich geworden. Da jedes ausländische Fährzeug demnach gechartert werden könne, so könne man das nicht als besondere Erlaubnis bezeichnen. Die besondere Erlaubnis etgerichnen Die besondere Erlaubnis erfordere unbedingt, daß ein besonders bestimmtes Schiff eine besondere Vergünstigung oder Behandlung empfange, und daß man ein neutrales Schiff aus dem Grunde, daß es einen vom Feinde im

Frieden verbotenen Handel betrieben habe, wegnehme, finde sich in keiner der Prisenordnungen der modernen Staaten ausgesprochen. Freilich könne man die Prisenordnungen der verschiedenen Staaten nicht ohne weiteres als Völkerrecht ansehen; da sie aber selbst als Quellen des Völkerrechts dienen könnten, so könne man in ihnen dem Bestehen eines völkerrechtlichen Prinzips durch vergleichende Forschung nachspüren. Die Wurzeln der Begründung des Urteils der ersten Instanz seien in ihnen nicht zu finden.

Zu einer besonderen Erlaubnis ist es indes nicht nötig, daß sie jedem besonderen Schiff einzeln erteilt werde. Eine besondere Erlaubnis für die Schiffe einer besonders benannten Gesellschaft, eine allgemein verbotene Fahrt zu machen, ist eine besondere Erlaubnis für die diese Fahrt unternehmenden Schiffe. Die Handelsschiffahrt nach der Gegend der Commandorski-Inseln war im allgemeinen, wie oben gesagt, den ausländischen Schiffen verboten und war nur für de von der Kamtschatlas-Handels- und Industriegesellschaft und noch einer anderen Firma gecharterten Schiffe gestattet. Es ist daher außer Zweifel, daß das zur Verhandlung stehende Schiff, welches von der genannten Gesellschaft gechartert war, auf Grund der besonderen Erlaubnis der russischen Regierung gelahren ist.

Wie aber oben schon gesagt, können völkerrechlich neutrale Schiffe, welche auf Grund einer besonderen Erlaubnis der feindlichen Regierung fahren, weil sie feindlichen Charakter haben, weggenommen werden. Da nun das zur Verhandlung stehende Schiff auf Grund einer besonderen Erlaubnis der feindlichen Regierung gefahren ist, so kann es nicht der Wegnahme entgehen, weil in den Prisenordnungen Amerikas, Preußens und Rußlands nicht bestimmt sei, daß Schiffe, welche zu einem im Frieden von dem feindlichen Staat untersagten Handelsverkehr gedient hätter, eingezogen werden könntet.

Aus diesen Gründen ist es zutreffend, wenn das Urteil erster Instanz das zur Verhandlung stehende Schiff als ein Schiff mit feindlichem Charakter angesehen und auf seine sowie seiner feindlichen Ladung Wegnahme erkannt hat. Demnach erübrigt es sich, auf die übrigen Punkt der Berufung noch weiter einzugehen.

Es wird daher, wie folgt, entschieden:

Die Berufung wird abgewiesen.

Im Oberprisengericht am 13. Februar 1906.

(Unterschriften.)

# Alphabetisch nach den Namen der Schiffe geordnete Übersicht über die Prisengerichtsentscheidungen.

					and the same of th														
																			Seite
17.	"Aggi", norwegisch																		. 265
6.	"Alexander", russisch																		. 199
57.	"Antiope", englisch																		
46.	"Aphrodite", englisch .																		. 780
38	"Apollo", englisch																		. 701
4.	"Argun", russisch																		. 129
56	"Australla", amerikanisch																		. 881
30.	"Bawtry", englisch																		. 569
13.	"Bobrik", russisch																		. 231
32.	"Burma", österrelchisch-ung	ari	sch	1															. 625
33.	"M. S. Dollar", englisch																		. 640
43.	"Easby Abbey", englisch																		. 742
36.	"Eastry", englisch																		. 687
1.	"Ekaterlnoslav", russisch																		. 48
22.	"Fuping", deutsch																		. 439
20.	"George", französisch																		. 432
49.	"Harberton", engilsch .																		. 800
51.	"Henry Bolckow", norwegis	sch																	. 827
11.	"Hermes", norwegisch .																		. 228
18.	"Hsi-Ping", englisch																		. 266
50.	"Industrie", deutsch																		. 818
14.	"Jullade", russisch																		. 240
25.	"King Arthur", englisch .																		. 494
9.	"Kotik", russisch																		. 219
10.	"Lesnik", russisch																		. 225
27.	"Lethington", englisch .																		. 519
52.	"Lincluden", englisch																		. 839
55.	"Lydia", deutsch																		. 859
5.	"Manschuria", russsich .																		. 140
15.	"Manschuria", russisch .																		. 242
7.	"Michael", russisch																		
58,	"Montara", amerikanisch																		. 920
2.	"Mukden", russisch																		. 67
12.	"Nadeschda", russisch .																		. 230
8.	"Nikolai", russisch																		. 212
23.	"Nigretia", englisch																		. 454
31.	"Oakiey", engilsch																		. 612
54.	"Orel", russisch																		. 855

														1	Seite
37. "Paros", deutsch															
19. "Pei-Ping", chinesisch .															354
40. "Powderham", englisch .															723
53. "Quang-Nam", französisch											:				841
42. "Romulus", deutsch															739
26. "Roseley", englisch															505
3. "Rossia", russisch															122
47. "Saxon Prince", englisch															789
28. "Scotsman", englisch															533
4i. "Severus", deutsch									٠.	ď					736
35, "Slam", österreichisch-ung	aris	ch							. '						668
21. "Si-Shan", englisch															437
39. "Sylviana", englisch															710
48. "Tacoma", amerikanisch .			٠.												791
16. "Thalla", russisch		٠.													246
44. "Vegga", schwedisch															757
45. "Venus", englisch															772
24. "Veteran", deutsch								. '							474
<ol><li>"Wiihelmina", holiändisch</li></ol>															558
34. "Wyefield", englisch							ď								655

E. S. Mittier & Sohn, Berlin SW., Kochstr. 68-71.